Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 5

Von Januar 1933
bis Mai 1945

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält außerdem Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden in der Regel nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht worden sind.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Errichtung der faschistischen Diktatur und die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch den faschistischen deutschen Imperialismus. Die Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront für den Sturz der Hitlerdiktatur und zur Verhinderung des Krieges (Periode von Januar 1933 bis August 1939)

Die Errichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur. Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands um die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen gegen das Hitlerregime (Januar 1933 bis Mitte 1934)

1. Die Errichtung der Hitlerregierung

„Adolf Hitler ist Reichskanzler", so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen der Presse des In- und Auslandes am 30. Januar 1933. Viele lasen sie mit Besorgnis, andere berührte diese Meldung nur wenig. Aber die Naziorganisationen und diejenigen Kreise der Bevölkerung, die die Hitlerpartei schon vorher bei den Wahlen unterstützt hatten, bejubelten den Machtantritt Hitlers. Am Abend des 30. Januar fanden in vielen großen Städten Deutschlands SA-Aufmärsche und Fackelzüge statt. Nicht unbeträchtliche Teile des deutschen Volkes begrüßten mit großer Erwartung die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Die Einsetzung der Hitlerregierung durch Hindenburg war kein Zufall. Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg hatte als Reichspräsident Adolf Hitler im Interesse der extremsten imperialistischen

Kräfte des deutschen Monopolkapitals zum Reichskanzler berufen. Mit der NSDAP übernahm jene Partei die Macht in Deutschland, die mit ihrem Chauvinismus und Revanchismus, mit ihrem Antikommunismus und ihrer hemmungslosen nationalen Demagogie, mit ihrem Terror gegen die fortschrittlichen Kräfte und mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärer Kreise am meisten entsprach. Die Errichtung der faschistischen Diktatur war der deutlichste Ausdruck für den antinationalen, antihumanistischen und fortschrittsfeindlichen Charakter des deutschen Imperialismus, der durch die brutale Versklavung des deutschen Volkes und die Ausraubung und Vernichtung anderer Völker seine historisch längst überlebte Herrschaft aufrechterhalten wollte.[1] „Hitler – das ist der Krieg!" – mit diesen Worten hatten die Kommunisten das deutsche Volk vor den Konsequenzen gewarnt, die Hitlers Machtübernahme mit sich bringen würde. Jetzt war Hitler Reichskanzler.

Die Machtergreifung durch die Nazipartei erfolgte in Form einer Koalitionsregierung. Neben dem Reichskanzler Hitler gehörten der Regierung die Naziführer Wilhelm Frick und Hermann Göring an. Frick wurde Innenminister, Göring erhielt ein Ministerium ohne Portefeuille, zugleich war er kommissarischer Innenminister von Preußen. Am 28. April 1933 wurde er Minister für Luftfahrt. Am 13. März 1933 trat Joseph Goebbels, der Spezialist für Lüge und Demagogie im Nazireich, als Minister für sogenannte Volksaufklärung und Propaganda in dieses Kabinett ein. Der Regierung gehörten weiter an: als Vizekanzler der Junker und Vertrauensmann der Großindustrie und Hochfinanz Franz von Papen; als Wirtschafts- und Ernährungsminister der ehemalige Direktor der Friedrich Krupp AG, Führer der Deutschnationalen Volkspartei und Vertrauensmann der deutschen Rüstungsindustrie Alfred Hugenberg; als Außenminister der ehemalige kaiserliche Diplomat und Botschafter der Weimarer Republik Freiherr von Neurath; als Arbeitsminister der Fabrikant und Führer des Stahlhelms Franz Seldte; als Finanzminister der erzreaktionäre Junker Graf Schwerin von Krosigk; als Kriegsminister General Werner von Blomberg; als Justizminister der Deutschnationale Franz Gürtner und als Minister für Post und Verkehr Freiherr von Eltz-Rübenach. Unter der Führung der Hauptvertreter der Hitlerpartei gehörten also dem ersten Kabinett der faschistischen Diktatur Mitglieder der Deutschnationalen

[1] Dokument Nr. 4.

Volkspartei an und Vertreter, die dieser Partei auf Grund ihrer konservativen Gesinnung sehr nahestanden. Einige Minister dieser Hitlerregierung hatten bereits der Papenregierung, die der faschistischen Diktatur den Weg vorbereiten half, angehört.

Mit der Machtergreifung des Hitlerfaschismus entstand im Zentrum Europas ein gefährlicher Kriegsherd. Das Hauptangriffsziel des faschistischen deutschen Imperialismus war die Sowjetunion. Die Errichtung der faschistischen Diktatur zeugte von dem Bestreben der aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals, den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der gesetzmäßig mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begonnen hatte, gewaltsam rückgängig zu machen, die Sowjetmacht zu vernichten und die ungeteilte Herrschaft des Weltimperialismus wieder herzustellen. Die Bildung der Hitlerregierung führte zu einer außerordentlichen Zuspitzung der internationalen Lage. Alle reaktionären Kräfte in der ganzen Welt sahen in der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland das Signal für eine wesentliche Verstärkung ihrer aggressiven Bestrebungen gegen die Sowjetunion. Das Ringen der Sowjetunion um die Verbesserung der internationalen Beziehungen, ihr unermüdlicher Kampf gegen jede Kriegsvorbereitung und Aggression wurden erheblich erschwert. Weil die Hitlerregierung den Antikommunismus nach innen und außen vertrat, fand sie bei einflußreichen Kreisen des internationalen Finanzkapitals unverhülltes Wohlwollen. Sie hofften, daß ihnen der Machtantritt des faschistischen Regimes in Deutschland, das im Brennpunkt des Kampfes beider Weltsysteme lag, vor allen Dingen bei ihren Plänen gegen die Sowjetunion zugute kommen werde. Reaktionäre Monopolkreise in Frankreich, Großbritannien und in den USA spekulierten darauf, Hitlerdeutschland für ein antisowjetisches Abenteuer und für die Niederschlagung der revolutionären und demokratischen Bewegungen in Europa ausnutzen zu können. Die reaktionäre, imperialistische Presse äußerte offen ihre Genugtuung über den Sieg der Hitlerpartei. Eifrig war sie bemüht, die Bedenken der demokratischen Öffentlichkeit über den antidemokratischen und aggressiven Charakter des faschistischen Regimes zu zerstreuen.

Mit der Machtübernahme durch die Hitlerregierung begannen die Jahre der faschistischen Diktatur in Deutschland, die Jahre des Terrors, der Kriegsvorbereitung und schließlich des blutigsten aller bisherigen Kriege. Die Hauptaufgabe der Hitlerdiktatur bestand darin, im Interesse des deutschen Monopolkapitals, der Junker und Militari-

sten die Kraft der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durch die Vernichtung ihrer marxistisch-leninistischen Führung, der Kommunistischen Partei Deutschlands, zu brechen, mit der Arbeiterklasse auch die anderen Kräfte des Volkes zu unterjochen und für einen Krieg willfährig zu machen.

Der erste Schritt der Faschisten auf diesem Weg sollte die Auflösung des Reichstages sein. Bei den dadurch notwendig werdenden Neuwahlen sollte versucht werden, im Reichstag die absolute Mehrheit zu erhalten, um dann die offene Diktatur ungehindert ausüben zu können. Mit diesen Aufgaben und Problemen befaßte sich die erste Kabinettssitzung der Hitlerregierung in den Nachmittagsstunden des 30. Januar 1933.[2] Beratungsgegenstand war die politische Lage. Adolf Hitler wies darauf hin, daß eine Vertagung des Reichstages ohne Mitwirkung des Zentrums nicht möglich sei. Man könne vielleicht daran denken, die Kommunistische Partei Deutschlands zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren, um auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erlangen. Jedoch befürchte er als Folge eines offen ausgesprochenen Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands schwere innerpolitische Kämpfe, unter Umständen sogar den Generalstreik. Das aber könne die Wirtschaft nicht gebrauchen. Sie müsse unbedingt Ruhe haben. Wenn man deshalb die Frage aufwerfe, was für die Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute, die mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung oder aber ein Generalstreik, so müsse man nach seiner Ansicht zu dem Ergebnis kommen, daß ein Generalstreik für die Wirtschaft weit gefährlicher werden könne. Es sei schlechterdings unmöglich, so meinte Hitler, die sechs Millionen, die hinter der Kommunistischen Partei Deutschlands stehen, einfach zu verbieten. Vielleicht könne man nach Auflösung des Reichstages und bei den dann folgenden Neuwahlen doch eine Mehrheit für die jetzige Regierung gewinnen. Am allerbesten sei es, wenn sich der Reichstag freiwillig vertage.

In der anschließenden Aussprache teilte Hermann Göring mit, daß die Kommunisten für den Abend desselben Tages eine Demonstration geplant hätten, die er jedoch verboten habe. Der Aufruf der Kommunistischen Partei zum Generalstreik würde seiner Meinung nach wenig Erfolg haben, da nach seinen Feststellungen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Augenblick an einem Generalstreik nicht interessiert sei. Vielmehr dränge die sozialdemokratische Frak-

[2] Dokument Nr. 3.

tion zur Zeit auf eine Aussprache im Reichstag. Seiner Auffassung nach, so schloß Hermann Göring, sei es am besten, möglichst bald den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Und so wurde auch beschlossen.

Am 1. Februar entsprach Reichspräsident von Hindenburg dem Antrag der Hitlerregierung. Der Reichstag wurde also aufgelöst, und für den 5. März wurden Neuwahlen angesetzt. Mit allen Mitteln, mit rücksichtslosem Einsatz des Staatsapparates, mit blutigem Terror und vor allem mit einer hemmungslosen chauvinistischen Propaganda sowie mit demagogischen Versprechungen, die Beendigung der Krise und die Milderung ihrer Folgen betreffend, versuchte die Hitlerpartei bei diesen Wahlen die Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Sie wollte ein willfähriges Parlament schaffen, um die terroristische Herrschaft des Monopolkapitals durch Gesetze und Verordnungen des Reichstages decken zu lassen.

In der gleichen Stunde, da im Kabinett darüber beraten wurde, wie der Terror gegen die Arbeiterklasse und gegen die anderen fortschrittlichen Kräfte am besten organisiert werden könne, da die Angst der Machthaber vor einem geschlossenen Abwehrkampf der Arbeiterklasse, dem Generalstreik, deutlich sichtbar wurde, riefen die Kommunisten zum Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Noch am 30. Januar 1933 überbrachte Walter Ulbricht im Auftrage Ernst Thälmanns und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Angebot zur Aktionseinheit, das auch als Flugblatt verteilt wurde. Darin hieß es:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!

Die KPD appelliert an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen:

Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Klassengenossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnvierteln die Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Helft den Kommunisten, die übrigen werktätigen Massen, die armen Bauern auf dem Lande, die Mittelschichten, die Intellektuellen in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren!"[3]

Nur wenige sozialdemokratische Führer zeigten Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten. Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte das Angebot der Kommunistischen Partei Deutschlands ab. Viele Sozialdemokraten sahen jedoch, daß nur gemeinsames Handeln dem Faschismus den Weg versperren konnte. Seit den Tagen des Kapp-Putsches und des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung hatte es bei den Antifaschisten und Demokraten keine so allgemeine und feste Überzeugung von der Notwendigkeit, die Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten abzuwehren, gegeben wie in diesen letzten Januartagen und in den ersten Tagen des Februar 1933. Seit den Tagen der Bewegung gegen die Abfindung der Fürsten und seit der Antifaschistischen Aktion war die Bereitschaft zum Zusammengehen gegen den gemeinsamen Feind nicht wieder so groß gewesen.

In vielen Teilen Deutschlands schlossen sich Arbeiter, Arbeiterinnen und andere Werktätige zum entschiedenen Kampf gegen das Hitlerregime zusammen. In Berlin-Charlottenburg zum Beispiel kam es zwischen Kommunisten und anderen Werktätigen und den faschistischen Terrorbanden zu einer regelrechten Straßenschlacht. An vielen anderen Stellen der Hauptstadt inszenierten die Faschisten bei antifaschistischen Kundgebungen Schießereien. In den frühen Nachmittagsstunden des 30. Januar organisierte die Unterbezirksleitung Prenzlauer Berg der KPD in Berlin eine Demonstration für den Sturz der Hitler-Papen-Regierung. In zahlreichen großen Städten fanden am 30. und 31. Januar machtvolle antifaschistische Aufmärsche und Kundgebungen statt, so in Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Düsseldorf, Elberfeld, Eßlingen, Frankfurt (Main), Halle, Hamburg, Karlsruhe, Köln, Konstanz, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Stuttgart und in anderen Orten. In einigen Städten kam es zu Streiks gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur, am 3. Februar in Lübeck, am 6. Februar in Staßfurt und am 24. Februar in Hannover. Auch in anderen

[3] Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936. Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat, Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 4. – Dokument Nr. 1.

Städten fanden Teilstreiks statt. In Dresden zogen etwa 30 000 Arbeiter zweieinhalb Stunden lang am Grabe ihrer von Faschisten ermordeten Klassenbrüder vorüber und demonstrierten damit gegen den faschistischen Terror. In vielen Städten Deutschlands schlugen Selbstschutzorganisationen der Arbeiterklasse die Angriffe von SA und SS auf Gewerkschafts- und Volkshäuser, auf Arbeiterlokale und Arbeiterwohnviertel zurück. In Düsseldorf zum Beispiel wehrte der proletarische Selbstschutz, der aus Kommunisten und aus Mitgliedern des sozialdemokratischen Reichsbanners bestand, Angriffe von über 300 Nazis auf das Parteihaus und die Druckerei der Kommunistischen Partei ab. In Wuppertal schlossen sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden zum gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten zusammen und sprengten einen Demonstrationszug der Nazis. In zahlreichen Orten des Reiches leisteten Arbeiter am 30. und 31. Januar den angreifenden Nazis einen so erbitterten Widerstand, daß die Hitlerbanden trotz stärksten Einsatzes von Schlägerkolonnen und rücksichtsloser Anwendung von Schußwaffen ihre Ziele nicht erreichen konnten. Nach Berichten des sozialdemokratischen „Vorwärts" kam es in den ersten Februartagen in Chemnitz, Duisburg, Kaiserslautern, in Oberschlesien, im Ruhrgebiet und in Wernigerode zu blutigen Zusammenstößen, Feuergefechten und Straßenkämpfen.

Die Auseinandersetzungen rissen auch in der folgenden Zeit nicht ab. Sie zeigten die Bereitschaft von Kommunisten und Sozialdemokraten, von Gewerkschaftern und christlich organisierten Arbeitern und Tausenden und aber Tausenden Parteilosen, sie bewiesen die Bereitschaft von Demokraten und anderen Antifaschisten, gegen das Hitlerregime zu kämpfen. Alle warteten auf das Signal. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte zum Generalstreik aufgerufen und die Aktionseinheit angeboten. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen lehnten jedoch ab.

Die KPD ließ sich dadurch nicht entmutigen. In allen Teilen Deutschlands kam es in diesen Tagen, Ende Januar und Anfang Februar, zu Aussprachen und Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und auch zwischen Leitungen beider Parteien auf verschiedenen Ebenen. Am 6. Februar 1933 erneuerte Wilhelm Pieck auf einer Pressekonferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands das Angebot zur Einheitsfront. Für den 7. Februar hatte der sozialdemokratische Parteivorstand zu einer großen Kund-

gebung im Berliner Lustgarten aufgerufen, um gegen die Errichtung der Hitlerdiktatur zu protestieren. 200 000 Arbeiter und andere Werktätige Berlins waren diesem Aufruf gefolgt. Damit bewiesen sie, daß sie bereit waren, den Faschisten in den Arm zu fallen. Sie erwarteten endlich von der sozialdemokratischen Parteiführung einen Aufruf zum Handeln und konkrete Anweisungen, was zu tun sei. Ein führender Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands wollte auf dieser Veranstaltung den Willen der Kommunisten zum Ausdruck bringen, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern in Berlin und im ganzen Reich gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen. Er wollte eine Erklärung verlesen, in der es hieß: „Alles steht für das Proletariat auf dem Spiele. Alles können wir in diesen Tagen und Wochen gewinnen, aber auch vieles verlieren. Wir müssen deshalb sofort die Einheitsfront zum gemeinsamen Kampf schließen. Es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, um Lohn und Brot.“[4]

Die sozialdemokratischen Funktionäre, die die Großkundgebung leiteten, hinderten jedoch den Vertreter der KPD am Sprechen. Er konnte deshalb den sozialdemokratischen Arbeitern das Angebot des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Aktionseinheit nicht überbringen und nicht erläutern. Die sozialdemokratischen Sprecher erklärten sich zwar auf dieser Kundgebung für die Arbeitereinheit und gegen die faschistische Diktatur, aber sie verstanden darunter nicht die Einheit mit den Kommunisten. Nachdem von Sozialdemokraten gegen diese Handlung protestiert worden war, erklärte der „Vorwärts“ am nächsten Tag, man hätte die Kommunisten deshalb nicht sprechen lassen können, weil dann die Gefahr bestanden hätte, daß die Polizei dies als Provokation aufgefaßt und die Großkundgebung aufgelöst hätte. Außerdem wäre der Lustgarten nicht der Platz für Diskussionen über die Einheitsfront. Handeln wäre besser als diskutieren.

Und gerade das wollte die Kommunistische Partei Deutschlands: gemeinsames Handeln zum Sturz der Hitlerregierung und zur Beseitigung der faschistischen Diktatur. Darauf war ihre ganze Politik gerichtet. Diese Politik entsprach der historischen Notwendigkeit, sie entsprach den Erfordernissen der Stunde. Diese Politik entsprach auch der Stimmung vieler sozialdemokratischer Arbeiter, Mitglieder des Reichsbanners und Gewerkschafter. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter standen in den Städ-

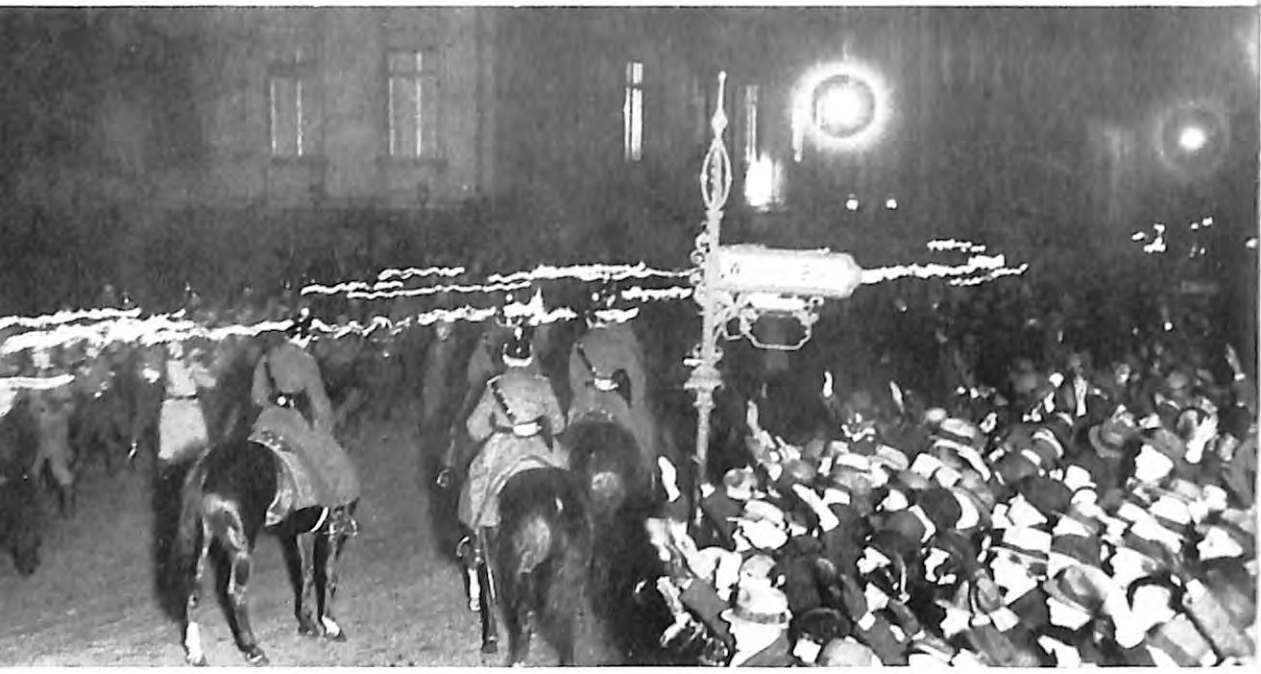
[4] Die Rote Fahne (Berlin), 8. Februar 1933.



Ein junger Sozialdemokrat und ein junger Kommunist reichen sich während der Kundgebung am Grabmal der Revolutionsopfer in Berlin-Friedrichsfelde zum Gedenken der von den Faschisten ermordeten jungen Arbeiter die Hand, 10. Februar 1933



Die Werktätigen Dresdens erweisen den neun Opfern des Polizeiüberfalls auf das Keglerheim die letzte Ehre, Ende Januar 1933



Fackelzug der SA in Berlin anläßlich der Machtübernahme
durch die Hitlerpartei, 30. Januar 1933



Das Bündnis zwischen Faschismus und Monopolkapital.
Adolf Hitler mit den führenden Vertretern des deutschen Monopolkapitals,
Albert Vögler, Fritz Thyssen und Walter Borbet, während einer Reise durch das Ruhrgebiet



Generalstreik

gegen die faschistische Terror-Herrschaft!

Hitler Reichskanzler! — Papen Vizekanzler — Hugenberg Wirtschaftsdiktator — die Frick und Göring an der Spitze der Polizei — Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister — dies neue Kabinett der offenen faschistischen Diktatur ist die brutalste unverhüllte Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!

Die Entscheidung des „letzten Gefechts" ist da. Das Zusammenspiel der Krise, der maßlosen revolutionären Aufwühlung der Massen infolge der Hoffnungslosigkeit des letzten Versuchs der Diktatur in äußerster Brutalität zu verhindern. An die Spitze der „letzten" Offensive treten die Hauptkräfte der Bourgeoisie, die Regierung der nackten SA.- und SS.-Banditen. Beispiellose Hetze der Lüge, schrankenloser Terror der braunen Mordgarde, Zertrümmerung der letzten noch bestehenden Errungenschaften der Rechte der Arbeiterklasse, konzentrischer Kurs auf den imperialistischen Krieg — das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus —

die KPD. will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD., die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO. sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terror-Regime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen ausführen! Setzt auch ihr Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt auch gegen die schwankende soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße!

Legt die Betriebe still!



Mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, reiht Euch in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeitervereinigungen, auf allen Straßenplätzen zum Kampf für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeiterdelegierten-Versammlungen! Beschließt Massen-Demonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit diesem Aufruf zugleich

an den ADGB., an den AFA.-Bund, an die SPD. und die christlichen Gewerkschaften

mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler, Hugenberg, Papen, gegen die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen!

Die KPD. appelliert an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen.

Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Klassenbrüdern in allen Betrieben und Arbeitsnachweisen die Massendemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Stellt den Kommunisten, die Obleute werktätiger Massen, die armen Bauern auf dem Lande, die Mittelschichten, die Intellektuellen in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren!

Bildet auch wie die bedrohte Kommunistische Partei, wie den KJVD., um die RGO., erkannt, daß der Schlag gegen das revolutionäre Proletariat ein Schlag gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse ist!

Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die faschistische Hitler-Diktatur!
Fort mit den Hitler, Papen, Hugenberg!
Es lebe der Generalstreik!
Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!
Es lebe der Kampf für eine Arbeiter u. Bauernrepublik!

Berlin, den 30. Januar 1933

Kommunistische Partei Deutschlands.



Ernst Thälmann ruft zur antifaschistischen Einheitsfront

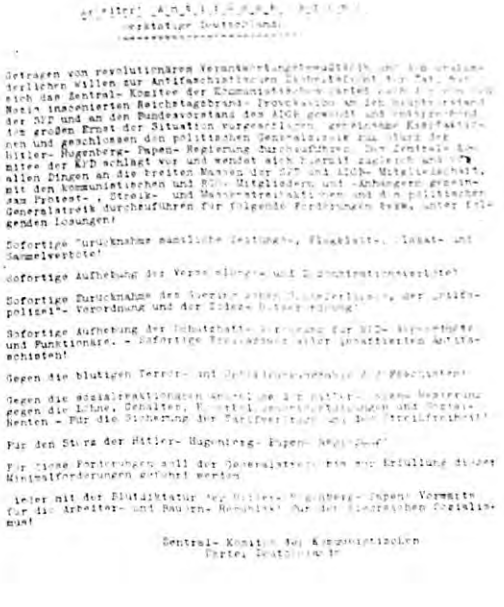
Offener Brief an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands An die Kollegen der freien Gewerkschaften und die Reichsbannerkameraden

Sofort!

Sofort!

Es lebe die proletarische Einheitsfront! Es lebe die antifaschistische Arbeitereinheit!
Es lebe der proletarische Kampf für Arbeitermacht und Sozialismus!

Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands.



Betrogen von revolutionären Verantwortungslosigkeit und [illegible] ihrer verräterischen Führer, zum Kampf für Sozialismus und Freiheit, [illegible] sich das Zentral- Komitee der Kommunistischen Partei [illegible] Nein! inszenierten Reichstagsbrand- Provokation an [illegible] der ADGB.-Vorstand und an den Bundesvorstand des AfA-Bundes gewandt und [illegible] den großen Ernst der Situation vorgestellt, gemeinsame Kampfaktionen und geschlossen den politischen Generalstreik zum Sturz der Hitler- Hugenberg- Papen- Regierung durchzuführen. Das Zentral-Komitee der KPD schlägt vor und wendet sich darauf zugleich auch mit allen Dingen an die breiten Massen der SPD und ADGB.-Mitgliedschaft, mit den kommunistischen und RGO.-Mitgliedern und -Anhängern gemeinsam den Protest-, Streik- und Massenstreikaktionen und dem politischen Generalstreik durchzuführen für folgende Forderungen heute, unter folgenden Losungen!

Sofortige Zurücknahme sämtlicher Notverordnungen, Einheits-, Lohnab- und Sammelverbote!

Sofortige Aufhebung des Verbots allerlei [illegible] Arbeiterblätter!

Sofortige Zurücknahme des Verbots [illegible] Organisationen, der politischen Verordnung und der Bildung [illegible] ordnung!

Sofortige Aufhebung der Lohnabbau-Verordnung für SPD-Reichstags- und Funktionäre. - Sofortige Freilassung aller gemaßregelten Antifaschisten!

Gegen die blutigen Terror- und Ausnahmeverordnungen [illegible] Faschisten!

Gegen die sozialreaktionären Angriffe der Hitler- [illegible] Regierung gegen die Löhne, Gehälter, Renten, Unterstützungen und Steuern - Für die Sicherung der Tarifverträge und [illegible] Streikfreiheit!

Für den Sturz der Hitler- Hugenberg- Papen- Regierung!

Für diese Forderungen soll der Generalstreik zur Erfüllung dieser Minimalforderungen führen.

Weder mit der Blutdiktatur der Hitler- Hugenberg- Papen- Vorwärts für die Arbeiter- und Bauern- Republik! Nur der Sozialismus Sozialismus!

Zentral- Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Aufrufe der KPD zur Einheitsfront gegen den Hitlerfaschismus, 1933



Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen, Tagungsstätte der illegalen Beratung des ZK der KPD, 7. Februar 1933



Polizei durchsucht das Karl-Liebknecht-Haus, den Sitz des ZK der KPD, 23. Februar 1933

A

Mobilisiert für die Liste 3

13. Jahrgang · Mittwoch, 15. Februar 1933 · Nr. 40

Arbeiter-Zeitung

Organ der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Nordwest

NSDAP sprengt wieder Ueberwachungsausschuß

Verfassungsbruch Methode

Lächerlicher SPD-Appell an Hitler, Hindenburg und Göring

Alles für die antifaschistische Einheitsfront

von Walter Ulbricht

Das ist das Neue, Gewaltige, daß die Arbeitermassen in den Betrieben in Lübeck, in Staßfurt, in Dresden und in zahlreichen anderen Orten wie ein Mann den politischen Proteststreik gegen faschistischen Terror und Unterdrückung durchführten. In Berlin und an anderen Orten bildeten kommunistische und Reichsbanner-Arbeiter gemeinsame Selbstschutzformationen zur Notwehr gegen faschistische Ueberfälle, zum Schutz der Arbeiterquartiere, der Arbeiterlokale, des Arbeiter-Eigentums und der Arbeiter-Versammlungen. Als Genosse Pieck als Vertreter des ZK der KPD, der Führer einer Reichsbanner-Formation und ein Funktionär der SAJ am Grabe des Genossen Berner gelobten, alle Kraft einzusetzen für den siegreichen Kampf der antifaschistischen Einheitsfront, da war nichts von „Vorbedingungen" die Rede, sondern ein Wille durchglühte die kommunistischen und Reichsbanner-Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter: alles einsetzen im Kampf um Brot und Freiheit gegen den Faschismus. Wenn jetzt in der sozialdemokratischen Presse angesichts des Vormarsches der antifaschistischen Einheitsfront immer mehr Aufsätze veröffentlicht werden über „Vorbedingungen", über „Nichtangriffspakt" und dergleichen, so werden wir Kommunisten demgegenüber alle Kraft einsetzen, um den „Angriffspakt" der kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbanner-Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter und Jungarbeiter und aller Organisationen, die zum antifaschistischen Kampf bereit sind, zu erweitern und zu stärken.

Artikel Walter Ulbrichts „Alles für die antifaschistische Einheitsfront", Februar 1933

16. Jahrg. — Nr. 37 — Preis 15 Pfennig

Berlin, Sonntag/Montag, 26. u. 27. Februar 1933

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verantwortlich: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Es lebe der Kommunismus!

Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — nie war die Freiheit der Kapitalisten so groß, nie wurden die Bürgerrechte so wenig angetastet wie heute.
Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — und Proletarierhäuser gehen in Flammen auf, während die Reichen ungestört in ihren Palästen wohnen.
Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — Papen und Hugenberg und die Millionäre jubeln!
Das Hakenkreuz regiert in Deutschland — und die Organisationen der Arbeiterklasse werden regelrecht [illegible]. Das Liebknecht-Haus ist bereits umstellt.

Das Hakenkreuz regiert — Die Teuerung regiert! Die Not regiert! Der Hunger regiert! Der Lohnabbau regiert!

Das Hakenkreuz regiert — aber die herrschende Klasse sitzt auf einem Vulkan. Denn wenn auch sämtliche KPD-Zeitungen Preußens verboten sind, die Arbeiter schweigen nicht! Mögen die faschistische Reaktion auf den Herrensitzen Ostelbiens, in den Kontoren der Trust-Direktoren, auf den Schlössern der oberen Zehntausenden für Hitler sein — in den Betrieben und Gruben, auf den Werften Hamburgs ebenso wie in den Chemiehöllen von Ludwigshafen, in den Kasernen der ostpreußischen Landarbeiter und vor der glühenden Esse der Hüttenöfen im Westen und vor den Stempelstellen — dort sind und bleiben die Todfeinde Hitlers, Papens und Hugenbergs!
Die Herren da oben verkünden als ihr Ziel die Ausrottung des Marxismus. Da müßten sie zuerst die gesamte Arbeiterklasse ausrotten. Denn sie haben es in uns ja nicht mit Verrätern am Marxismus zu tun, wie sie einmal in Deutschland an der „Macht" waren, um in 14jähriger Koalitions- und Tolerierungspolitik den Kapitalismus gegen den Kommunismus zu verteidigen.

Vor euch, ihr faschistischen Herren, steht ein marxistisches Arbeitergeschlecht, das nicht gewohnt ist, die Stirne in den Staub zu senken und den Nacken unter das kapitalistische Joch zu beugen. Bismarck und Wilhelm, Noske und Kapp, Seeckt, Brüning und Severing wollten den Marxismus-Kommunismus zertrümmern und sind daran gescheitert. Auch die Regenten von heute werden sich die Zähne an ihm ausbeißen. Denn in Deutschland wird nicht die Kreuzung von Potsdam, Hakenkreuz und Schwerindustrie siegen. In Deutschland wird die Arbeiterschaft, wird der Kommunismus triumphieren!

Sozialismus oder Kapitalismus? Arbeiter- und Bauernregierung oder Hitler-Papen-Hugenberg-Kabinett? Ihr, Arbeiter Berlins, Werktätige Deutschlands, seid zur Antwort aufgerufen. Tretet an, bewahrt dem Faschismus, daß die Fahne mit Hammer und Sichel oben bleibt, trotz alledem und alledem!

Mögen es alle hören, die es angeht: Die Partei der Zukunft, des sozialistischen Deutschlands, ist auch mit Blut und Eisen nicht auszurotten.

Die Kommunistische Partei, die einzige, die der Faschismus fürchtet, die einzige Partei, die niemals mit Kapitalisten paktiert hat noch paktieren wird, ruft alle, die zur antifaschistischen Einheitsfront streben, sie ruft in alle Städte, ins ganze Land hinaus:
Um geschichtliche Entscheidungen wird heute in Deutschland gerungen! In diesen Wochen, wo der Faschismus sich anmaßt, die Arbeiterorganisationen zu zerstückeln, die KPD noch vor den Wahlen verbieten zu wollen, darf niemand schwanken, keiner zaudern! Fort mit der Sabotage der SPD-Führer, die euch hinter der Phrase vom „Nichtangriffspakt" zum Abwarten und Stillehalten verleiten wollen! Verwandelt die Betriebe und Stempelstellen in Trutzburgen der wahren proletarischen Einheitsfront! Sichert in allen Arbeiterquartieren den Schutz des Arbeiterlebens und -eigentums gegenüber jeder faschistischen Provokation! Eure Zeitungen sind verboten, eure Druckereien geschlossen, eure Flugblätter beschlagnahmt. Aber ihr selbst seid da. Keiner kann euch daran hindern, von Mund zu Mund, von Etage zu Etage, von Betriebsabteilung zu Betriebsabteilung, vor und in der Stempelstelle mit aller Glut eures Herzens, mit der heißen Kraft eurer Ueberzeugung für die Wahl der Liste 3 zu werben, zu werben, zu werben und allermeist zu sein!
Kommunisten, Antifaschisten, all ihr Männer, Frauen und Jugendlichen des werktätigen Volkes! Die Sache der Freiheit und des Sozialismus ist in eure starken Hände gegeben. Vorwärts, Proletarier, alle an die Seite der Kommunistischen Partei! Mit ihr vorwärts! Mit ihr zum Sieg!

Wählt KPD Liste 3

Die letzte legale Nummer der „Roten Fahne"



Der Reichstag brennt, 27. Februar 1933



Jagd auf Antifaschisten, 1933



Verschleppte Berliner Antifaschisten im Keller des berüchtigten Columbiahauses

ten und Dörfern bereit und warteten auf das Signal ihrer Führung zum Kampf gegen den Faschismus.

Deshalb lag gerade in diesen Tagen auf der sozialdemokratischen Parteiführung und auf dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine große historische Verantwortung. Von ihrer Entscheidung war es letztlich abhängig, ob es gelingen würde, die Arbeiterklasse gemeinsam zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu führen. Oft genug hatten die sozialdemokratische Parteiführung und die Gewerkschaftsvorstände die Arbeiter und die anderen ihnen folgenden Werktätigen damit getröstet, daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr um ihre Verantwortung wisse und daß die Gewerkschaften nicht zurückschrecken würden, das letzte und entscheidende Kampfmittel der Arbeiterklasse, den Generalstreik, zur Verhinderung der faschistischen Diktatur anzuwenden. Doch die führenden sozialdemokratischen Funktionäre und die Führer der Gewerkschaften handelten nun, da diese Stunde der Gefahr gekommen war, anders.

Am 30. Januar 1933 schrieb der „Vorwärts": „Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und Gesetzlichkeit. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun. Sie wird vielmehr durch Ausnutzung aller verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel den allerschärfsten Kampf gegen diese Regierung führen ... Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat. Er steht dafür, daß diese Regierung den Boden der Verfassung nicht verläßt und daß sie sofort zurücktritt, wenn sie eine Mehrheit im Reichstag nicht erhält."[5]

Am 31. Januar erschien im „Vorwärts" ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, in dem es hieß: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte be-

[5] Vorwärts (Berlin), 30. Januar 1933.

reitzuhalten. Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen."[6]

Und für diesen Tag sollten sich Sozialdemokraten und Gewerkschafter bereithalten. Dann würden alle Mittel der Arbeiterbewegung zur Verteidigung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten eingesetzt werden. „Bereit sein ist alles!" – das war die große Parole der Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften am 30. und 31. Januar und in den folgenden Tagen.

„Bereit sein ist alles", das war auch das Leitmotiv der Tagung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei und anderer entscheidender Parteiinstanzen am 31. Januar, auf der die Generallinie der Sozialdemokratie für den Kampf gegen die Hitlerregierung festgelegt wurde. Der Parteiführung war die Stimmung der Mitglieder bekannt. Sie wußte, daß große Teile der Mitgliedschaft und der Gewerkschaften zur Aktion drängten. Aber der Vorstand der Sozialdemokratie bemühte sich nicht, die Massen zur Aktion zusammenzufassen, und lehnte es ab, gemeinsam mit den Kommunisten zu kämpfen. Er versuchte im Gegenteil alles, um die Kampfbereitschaft der eigenen Mitgliedschaft einzudämmen. Das Hauptreferat der Sitzung hielt Rudolf Breitscheid als Sprecher des Parteivorstandes. Unter Zurückstellung einiger persönlicher Auffassungen brachte er die Meinung der Mehrheit des Parteivorstandes zum Ausdruck, als er erklärte: „Seit gestern ist Adolf Hitler Reichskanzler! Und zwar ist er Reichskanzler geworden auf legalem Wege, nicht durch einen Putsch, nicht durch einen Marsch auf Berlin ... Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer Rechtsregierung, die wir bekämpfen können und müssen, mehr noch als die früheren; aber es ist dann eben eine verfassungsmäßige Rechtsregierung ... Es wäre töricht, wenn die Sozialdemokratische Partei und wenn die Arbeiterschaft überhaupt durch irgendwelche ungestümen und voreiligen Aktionen eine Entwicklung, die sich innerhalb der Regierung vollziehen muß, hindern und hemmen würde, wenn sie dazu beitrüge, diese einander widerstrebenden Kräfte zusammenzuschweißen."[7] Die Generallinie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestand also in dieser Gefahrenstunde für die deutsche Nation darin, abzuwarten und stillzuhalten. Sie wollte den

[6] Ebenda, 31. Januar 1933. – Dokument Nr. 2.

[7] Bereit sein ist alles! Rede des Genossen Breitscheid im Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 31. Januar 1933, Berlin o. J., S. 3, 10 u. 6.

ihrer Auffassung nach im Hitlerkabinett sich entwickelnden Widersprüchen nicht vorgreifen und vertraute auf die von Hindenburg als Aufpasser gedachten deutschnationalen Regierungsmitglieder. Nach Meinung der Mehrheit der sozialdemokratischen Führer sollte nicht zum Kampf gegen diese Regierung aufgerufen und keine Gemeinschaft mit den Kommunisten gesucht werden, weil das angeblich dieser „verfassungsmäßigen Rechtsregierung" den Vorwand zu schärfstem Eingreifen geben könne. Sie erwiesen sich als unfähig, den Charakter der Hitlerregierung in vollem Umfang zu erkennen, und unterschätzten die Gefahr, die dem deutschen Volke drohte. Sie hofften darauf, das Hitlerregime legal zu überleben. Auf Grund dieser Haltung kam die Einheit der Arbeiterklasse, der Hauptkraft der Nation für den Sturz der faschistischen Diktatur, nicht zustande. Die sozialdemokratische Führung stand auf dem Boden des bürgerlich-kapitalistischen Staates, deshalb schätzte sie den faschistischen deutschen Imperialismus falsch ein und versuchte, sich den neuen Herrschaftsverhältnissen in gewissem Maße anzupassen. Aus diesem Grunde lehnten die meisten rechten sozialdemokratischen Führer die Aktionseinheit mit den Kommunisten ab.

Natürlich dachten nicht alle sozialdemokratischen Führer so. Es gab unter ihnen nicht wenige, die, wie Otto Buchwitz und andere, für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten. Sie wollten die Sozialdemokratische Partei nicht in eine selbstgewählte Passivität führen, sondern waren bereit, alle Möglichkeiten des legalen und illegalen Kampfes auszunutzen. Doch konnten sie sich nicht durchsetzen.

Die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung war von entscheidender Bedeutung für die Einstellung der meisten bürgerlich-demokratischen Kräfte zur faschistischen Diktatur. Furcht vor dem Kommunismus bestimmte in entscheidendem Maße auch die Stellungnahmen der Parteien der bürgerlichen Mitte zur Hitlerregierung. Auch die ehrlichen demokratischen Kräfte der Mittelschichten erkannten tragischerweise nicht, daß sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse und den Kommunisten gegen den Faschismus kämpfen mußten, daß die humanistischen Ideale und Traditionen, die diesen demokratischen Kräften teuer waren, nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse gegen die faschistische Barbarei verteidigt und vor dieser gerettet werden konnten. Die Führer mancher bürgerlicher Parteien behaupteten von sich, ebenso wie die führenden sozialdemokratischen Funktionäre, entschiedene Verteidiger und Vorkämpfer der Demokratie zu sein. Aber sie

erkannten den Hitlerfaschismus nicht als den Totengräber der Demokratie, sondern sahen in ihm vor allem den Todfeind des Kommunismus, den auch sie für ihren Feind hielten. Das machte diese Vertreter des Bürgertums gegen den Faschismus wehrlos. Sie bereiteten damit selbst den Untergang ihrer Parteien vor.

Alle Möglichkeiten hatten bestanden, das faschistische Regime in den ersten Tagen seiner Machtübernahme zu schlagen. Weil aber die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse nicht zustande kam, konnten die Faschisten ihren Terror fast ungehindert ausüben, ja, er wurde ihnen dadurch eigentlich erst ermöglicht. Der Faschismus richtete seinen Hauptstoß sofort gegen alle demokratischen Kräfte, in erster Linie gegen die Kommunisten. Faktisch wurde der Ausnahmezustand geschaffen. Alle Kundgebungen, alle Demonstrationen der KPD unter freiem Himmel wurden untersagt, ihre Druckschriften und Zeitungen verboten und beschlagnahmt. Mehrmals wurde das Karl-Liebknecht-Haus, der Sitz des Zentralkomitees, polizeilich besetzt und durchsucht. Auf diese Weise wurde eine legale Tätigkeit für die Kommunistische Partei Deutschlands fast unmöglich gemacht. Auch in allen anderen Teilen Deutschlands wurden kommunistische Parteilokale und vielfach auch Büros der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Roten Hilfe gestürmt und geplündert, die Mitglieder und Funktionäre dieser Organisationen verfolgt und in den SA-Kellern grausam mißhandelt.

2. Der Übergang der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Illegalität. Der Kampf der KPD um die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen das Hitlerregime

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Gestalt der Hitlerregierung, die Verhinderung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Unmöglichkeit, das Hitlerregime im ersten Ansturm zu vernichten, die Kapitulation der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Mittelparteien vor dem Faschismus, diese neue Lage nach dem Machtantritt des Faschismus veranlaßte die KPD Stellung zu nehmen und die notwendigen Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf der Partei zu ziehen.

Am 7. Februar 1933 fand im Sporthaus Ziegenhals bei Zeuthen

eine illegale Tagung des Zentralkomitees mit etwa 40 Teilnehmern statt. Unter ihnen waren Mitglieder des Zentralkomitees, Bezirkssekretäre und Chefredakteure der wichtigsten Bezirkszeitungen der Partei. Sie waren zu verschiedenen Treffpunkten in Berlin bestellt worden und erhielten dort die Adresse einer neuen Anlaufstelle bei der Treptower Sternwarte. Von da aus wurden sie als Angehörige eines Sportvereins zum Tagungsort gefahren. Während der Tagung selbst sicherten drei Gruppen von zuverlässigen Parteimitgliedern in Reiseomnibussen die Umgebung des Lokals, um eine Entdeckung durch die Nazibanden zu verhindern.

In seinem Referat charakterisierte Ernst Thälmann das Hitler-Hugenberg-Papen-Kabinett als die offene faschistische Diktatur, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, als Regierung des imperialistischen Krieges, die die letzten spärlichen Rechte der Arbeiter vernichten und alle Formen des faschistischen Terrors anwenden werde.[8] Von dieser marxistischen Analyse der Lage ausgehend, warnte Ernst Thälmann vor jeglichen legalistischen Illusionen und stellte fest, daß diese Regierung nur durch den revolutionären Sturz abgelöst werden könnte. Er betonte dabei, der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution müßten nicht unbedingt ein und dasselbe sein. Ernst Thälmann erklärte, daß die Kommunistische Partei sich nicht darauf festlege, die Hitlerregierung erst in dem Augenblick zu stürzen, in dem die Situation schon für den vollen Sieg der proletarischen Revolution reif sei, sondern sie stelle die Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Die wichtigsten Maßnahmen dazu seien, den Massenkampf und die Einheitsfront der Arbeiter zu organisieren. Deshalb schlug Ernst Thälmann die Ausarbeitung eines Kampfprogramms der Partei vor. Es sollte Aktionslosungen enthalten, die den Forderungen der Massen entsprachen und für die augenblickliche Situation Geltung hatten, die aber zugleich ermöglichten, die Aktionen auf eine höhere Stufe des Klassenkampfes zu führen.

Dieser Orientierung entsprechend, forderte Ernst Thälmann, die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen mit dem politischen Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu verbinden. Er erklärte: „Wir müssen erreichen, daß die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in Deutschland nicht mehr abreißt...

[8] Dokument Nr. 5.

Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur."[9]

Ernst Thälmann stellte den Parteiorganisationen die Aufgabe, die Teilkämpfe über Demonstrationen und Streiks zum politischen Massenstreik für den Sturz der Hitlerregierung weiterzuentwickeln und die sozialdemokratischen Arbeiter zur Teilnahme an gemeinsamen Aktionen, zur Schaffung eines Selbstschutzes in den Arbeitervierteln und für die Einheitsfront zu gewinnen. Zum Aktionsprogramm der Kommunisten gehörte die Auslösung von Aktionen der Bauern gegen den Steuerwucher, die Gewinnung der proletarischen und werktätigen Jugend aus der Sozialistischen Arbeiterjugend und auch aus der Hitlerjugend sowie die Differenzierung zwischen den terroristischen Landsknechten der SA und SS und den Massen der Anhängerschaft der Nazis aus den Kreisen der Werktätigen. Alle Parteiorganisationen und Leitungen wurden aufgerufen, größte Aktivität und Selbständigkeit zu entwickeln und entschiedene Maßnahmen zum Schutz der Partei vor dem Terror der Faschisten zu treffen.

Ernst Thälmann war stark von der Situation gepackt, in der sich die Partei seit der Errichtung der Hitlerdiktatur befand. Er sprach mit erhobener Stimme. Als die mit der Sicherung Betrauten bemerkten, daß das Lokal unter Beobachtung stand, signalisierten sie ihre Wahrnehmungen Walter Ulbricht, der die Tagung leitete. Dieser schloß daraufhin gegen acht Uhr abends, kurz vor Beendigung der Rede Thälmanns, die Tagung. Die eine Hälfte der Teilnehmer sollte sich mit den bereitgestellten Reiseomnibussen nach Berlin begeben. Der andere Teil sollte mit einem Kahn über den See fahren, um von dort aus nach Berlin zurückzukehren. Dank der umsichtigen Leitung der Sitzung erreichten alle Teilnehmer unbehindert ihr Ziel. Als zwei Stunden später die SA erschien, war das Tagungslokal bereits leer.

Die Tagung des Zentralkomitees in Ziegenhals war die letzte, auf der Ernst Thälmann vor den Mitgliedern des Zentralkomitees und vor den Vertretern der Parteibezirke und der Massenorganisationen sprach. Mit ihrem Aktionsprogramm zum Sturz der Hitlerregierung bewies die Kommunistische Partei, daß sie vom ersten Tage der faschi-

9 Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, S. 10/11.

stischen Diktatur an den Widerstand gegen die Hitlerregierung organisierte. Die KPD gab diesem Widerstand Richtung und Ziel. Sie verkörperte damit die fortschrittliche, zukunftweisende Linie der deutschen Politik.

Der auf der Tagung des Zentralkomitees gegebenen politischen Linie entsprachen die Aufrufe, Einheitsfrontangebote, Parteirichtlinien und Maßnahmen, die die Partei im Februar 1933 herausgab und durchführte. Am 10. Februar auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde, am Grabe der drei von Faschisten ermordeten Jungarbeiter Erwin Berner, Alfred Kollatsch und P. Schulz, und am 23. Februar, auf der letzten großen Kundgebung der KPD im überfüllten Berliner Sportpalast, wandte sich Wilhelm Pieck vor Tausenden Berlinern erneut mit einem leidenschaftlichen Appell an die deutsche Arbeiterklasse, ihre Anstrengungen für den antifaschistischen Kampf zu vereinen.

Am 15. Februar erschien in der Bremer „Arbeiter-Zeitung" und in der „Sächsischen-Arbeiter-Zeitung" ein Artikel Walter Ulbrichts unter der Überschrift „Alles für die antifaschistische Einheitsfront". In diesem Artikel schrieb er über den Inhalt und die Zielrichtung der Einheitsfront. Er forderte sofortige gemeinsame Kampfmaßnahmen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, der Mitglieder des Reichsbanners, der Gewerkschaften und aller nichtorganisierten Arbeiter. Im Vordergrund stand der Kampf gegen den Lohnabbau, gegen die Zerschlagung der Tarifverträge, gegen Entlassungen und gegen Versammlungs-, Demonstrations- und Presseverbote sowie für die Abwehr des faschistischen Terrors. Walter Ulbricht schlug vor, die antifaschistische Einheitsfront durch den Zusammenschluß der aktivsten und kampferfahrensten kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in gewählten Aktionsausschüssen zu organisieren. Die einzige Bedingung für die Schaffung der Einheitsfront sollte der Wille zum Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind sein, erklärte Walter Ulbricht.

In einem offenen Brief „An die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands! An die Kollegen der freien Gewerkschaften und die Reichsbannerkameraden!" vom 27. Februar 1933 schlug Ernst Thälmann erneut den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus vor. In diesem Brief hob er besonders die Bedeutung der Einheitsfront der Arbeiterklasse als Grundlage für die Gewinnung der Millionen armer Bauern, Angestellten, Beamten und Mittelständler

und für eine umfassende antifaschistische Front hervor. Damit wurde die politische Linie des Kampfes um die antifaschistische Aktion aus dem Jahre 1932 unter den neuen Bedingungen fortgesetzt und die Idee eines breiten antifaschistischen Kampfbündnisses des Volkes weiterentwickelt.

Ein bedeutsames Ergebnis der Kämpfe gegen die faschistische Diktatur in den ersten Wochen nach ihrer Errichtung war die Tatsache, daß in fast allen Gegenden Deutschlands junge Sozialdemokraten und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, entgegen dem Willen ihrer Führer, mit jungen Kommunisten Seite an Seite standen. Die Bezirksleitungen des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands in Berlin, Hamburg, Niedersachsen und im Ruhrgebiet hatten sich nach dem 30. Januar wiederholt mit Einheitsfrontangeboten an die Bezirksvorstände der Sozialistischen Arbeiterjugend gewandt. Jedoch wurden alle diese Angebote abgelehnt. Die Führung der Sozialistischen Arbeiterjugend glaubte auf diese Weise, die legale Existenz ihres Jugendverbandes erhalten zu können. Gegen die klassenbewußten Funktionäre und Mitglieder, die auf örtlicher Ebene, wie zum Beispiel in Berlin, Hamburg und Leipzig, für die Zusammenarbeit mit den Jungkommunisten eintraten und den Übergang ihrer Gruppen in die Illegalität vorbereiteten, ging der Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend mit Maßregelungen und Ausschlüssen vor.

Weder das Verbot der kommunistischen Presse noch die Unterdrückung von Versammlungen und Kundgebungen konnten die Kommunistische Partei Deutschlands daran hindern, die Wahl zum Reichstag mit größter Aktivität vorzubereiten. Schon nach den ersten Wochen faschistischer Herrschaft war offenkundig, daß es der Hitlerregierung nur schwer gelingen würde, die absolute Mehrheit oder sogar die Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu erreichen. So suchten die Faschisten andere Wege, um die Kommunistische Partei zu vernichten. Sie bereiteten mit Zustimmung der reaktionärsten Gruppen der Monopolisten eine Provokation vor, die als Vorwand für einen hemmungslosen Terrorfeldzug gegen die Kommunisten und alle anderen demokratischen Kräfte dienen sollte.

Auf Vorschlag Hjalmar Schachts stellten am 20. Februar die Friedrich Krupp AG, die IG Farbenindustrie AG, die Vereinigte Stahlwerke AG und andere Monopole den Naziführern und der Deutschnationalen Volkspartei eine Summe von drei Millionen Reichsmark als Wahlfonds für die Bekämpfung der Kommunistischen Partei zur

Verfügung. Mit dieser finanziellen Unterstützung und der Zustimmung der einflußreichsten deutschen Konzernherren zur restlosen Beseitigung der bürgerlichen Demokratie organisierten die Faschisten die Neuwahlen für den Reichstag und nutzten dabei die Reichstagsbrandprovokation aus.

Am 23. Februar 1933 wurden als Vorspiel dazu das Karl-Liebknecht-Haus, der Sitz des Zentralkomitees der KPD, besetzt und damit auch die Redaktionsräume der „Roten Fahne" geschlossen. Einen Tag zuvor hatte Hermann Göring angeordnet, die bewaffneten SA-, SS- und Stahlhelmformationen in Preußen als Hilfspolizei einzusetzen. Sie erhielten den Befehl, rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. In allen Städten wurden Gefängnisse und Folterkeller hergerichtet.

Am 27. Februar 1933 fand die letzte Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees statt, an der Ernst Thälmann teilnahm. Als die Mitglieder des Politbüros den illegalen Tagungsort verließen, riefen die Zeitungshändler die Nachricht vom Brand des Reichstages aus. Wenige Minuten nach 21.00 Uhr hatte das Reichstagsgebäude in hellen Flammen gestanden. Von der Polizei wurde der Holländer Marinus van der Lubbe als angeblicher Brandstifter verhaftet. Alles spricht dafür, daß die eigentlichen Brandstifter, vermutlich Angehörige eines ausgesuchten SA-Trupps, durch einen unterirdischen Gang, der den Reichstag mit dem Palais des Reichstagspräsidenten Hermann Göring verband, entkommen waren. Schon kurze Zeit nach Ausbruch des Brandes trafen Joseph Goebbels, Hermann Göring und Adolf Hitler an der Brandstelle ein. Hitler beschuldigte vor Presseleuten die Kommunisten, den Brand gelegt zu haben. Er bezeichnete den Brand als ein von Gott gegebenes Zeichen, als ein Signal für die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland. Die Nazis benutzten die Reichstagsbrandprovokation, um eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten zu erzeugen. Sozialdemokraten und andere antifaschistische Kräfte sollten durch die der Brandnacht folgende Terrorwelle eingeschüchtert werden. Noch in der Brandnacht wurden Tausende von Kommunisten, Sozialdemokraten und aufrechte Demokraten verhaftet. Unter ihnen befanden sich ein großer Teil der Abgeordneten sowie Funktionäre der Bezirks- und Unterbezirksleitungen der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes. Allein in Berlin erfolgten in der Nacht zum 28. Februar über 1500 Verhaftungen; im ganzen Reich waren es mehr als 10 000.

Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnete am 28. Februar 1933 eine Notverordnung, die sofort in Kraft trat.[10] Mit dieser Verordnung wurde faktisch die Weimarer Verfassung, auf die Hitler nur wenige Wochen zuvor noch geschworen hatte, beseitigt. Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung wurden alle in ihr verbürgten demokratischen Grundrechte aufgehoben, das Recht der persönlichen Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Brief-, Post- und Telefongeheimnis. Mit dieser Notverordnung, die bis zum Sturz der Naziherrschaft in Kraft blieb, gingen die Faschisten zum organisierten Terror größten Ausmaßes über. Die blutigen Gewalttaten und Ausschreitungen wurden legalisiert. Schon in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur wurden über 460 Sondergesetze und Verordnungen erlassen. Überall entstanden Konzentrationslager; berüchtigt waren die Lager in Erfurt, Lichtenburg, Oranienburg, Papenburg und Sonnenburg.

Am 3. März 1933 fiel den Faschisten Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Partei, in die Hände. Das war in dieser besonders schwierigen Situation ein harter Schlag für die Partei. Mit dem Wirken Ernst Thälmanns, der im August 1925 an die Spitze der Partei getreten war, und der Bildung des leninistischen Zentralkomitees unter seiner Führung war ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der KPD eingeleitet worden. Die KPD entwickelte sich zu einer revolutionären marxistisch-leninistischen Massenpartei. Sie kämpfte an der Spitze des deutschen Volkes um die demokratischen Freiheiten und um nationale Unabhängigkeit und führte einen konsequenten und unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und kapitalistische Ausbeutung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Das gesamte theoretische Schaffen Ernst Thälmanns, die Anwendung der marxistisch-leninistischen Leitsätze auf die konkreten Entwicklungsbedingungen in Deutschland, sein unversöhnlicher Kampf für die Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Theorie, sein unablässiges Bemühen um die Erhöhung des politisch-ideologischen Niveaus der Parteimitglieder kennzeichnen ihn als hervorragenden Führer der deutschen Arbeiterklasse, als großen Revolutionär. Ernst Thälmann war ein glühender Patriot und ein leidenschaftlicher Internationalist. Er verbreitete unermüdlich die Wahrheit über die Sowjetunion und erzog das deutsche Volk im Geiste der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen Völkern.

10 Dokument Nr. 6.

In der Einheit der Arbeiterklasse, an derem Zustandekommen Ernst Thälmann unausgesetzt und beharrlich gearbeitet hatte, sah er die Grundlage für die nationale Einheit aller demokratischen Kräfte. Durch sein Vorbild wurden der Partei und der deutschen Arbeiterklasse hervorragende Kader erzogen, die eng mit den werktätigen Massen verbunden, mit trotzigem Mut und ihr Leben nicht schonend, gegen die faschistische Diktatur kämpften und für eine gesicherte und friedliche Zukunft der deutschen Nation eintraten. Sein revolutionäres Wirken schuf ein festes Kollektiv eng mit dem Volk verbundener marxistisch-leninistischer Parteiführer mit Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, John Schehr, Walter Ulbricht und anderen, die die Partei in erbitterten Klassenschlachten gegen das deutsche und internationale Monopolkapital zielklar und prinzipienfest führten. Als Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale hatte Ernst Thälmann wesentlichen Anteil an der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung im Geist des Leninismus.

Auch als Ernst Thälmann den Faschisten in die Hände gefallen war, blieb er für sie ein gefährlicher Gegner. Unbeugsam und stark durch sein Wissen um die historische Mission der Arbeiterklasse, stand er seinen faschistischen Peinigern gegenüber und setzte auch während der schweren Kerkerhaft, obwohl gefesselt, gemartert und gequält, den Kampf fort. Mit der ihm eigenen Energie und zielklaren Haltung bereitete er sich auf den gegen ihn geplanten Prozeß vor, nicht nur um seine Person zu verteidigen, sondern vor allem um als treuer Sohn der Arbeiterklasse und der Nation als Ankläger gegen das faschistische Regime aufzutreten. In dieser für Ernst Thälmann schweren Zeit stand das Politbüro der KPD in ständiger illegaler Verbindung mit ihm und half ihm, sich auf den Prozeß vorzubereiten. In Briefen und Erklärungen an die faschistischen Gerichtsbehörden vertrat Thälmann die Politik der Partei, zerfetzte er die Lügen über die Massenpolitik der Partei und verteidigte die Idee des Sozialismus.[11] Auch durch die Kerkermauern drang seine Stimme, erreichten seine Ratschläge zur Politik der Partei, über die er durch Verbindungsleute informiert wurde, die Parteiführung.

Am 9. März 1933 wurden Georgi Dimitroff, der in Berlin das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale bis zu dessen Auflösung Ende Februar geleitet hatte, und zwei andere bulgarische

[11] Dokument Nr. 13.

Kommunisten, Blagoj Popoff und Vasil Taneff, verhaftet. Gegen sie wurde die unsinnige Anklage erhoben, an der Reichstagsbrandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Im Zeichen eines beispiellosen faschistischen Terrors und einer ständig zunehmenden chauvinistischen und revanchistischen Verhetzung fanden am 5. März die Reichstagswahlen statt. Die Kommunistische Partei errang 4,85 Millionen Stimmen. Das war unter diesen Bedingungen ein großer Erfolg. Die Sozialdemokratische Partei erhielt 7,18 Millionen Stimmen. In vielen Städten überwog die Zahl der Stimmen der KPD und der Sozialdemokratie die der Faschisten. Insgesamt entfielen 17,3 Millionen Wahlstimmen auf die Nazipartei, über zwölf Millionen Stimmen auf die Arbeiterparteien und fast zehn Millionen Stimmen auf die anderen Parteien. Die KPD erhielt 81 Sitze im Reichstag. Mitglieder der neugewählten kommunistischen Reichstagsfraktion waren unter anderem Bernhard Bästlein, Hans Beimler, Albert Buchmann, Roman Chwalek, August Creutzburg, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Große, Ernst Grube, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Max Maddalena, Theodor Neubauer, Max Opitz, Wilhelm Pieck, John Schehr, Ernst Schneller, Georg Schumann, Fritz Selbmann, Ernst Thälmann, Matthias Thesen, Walter Ulbricht, Herbert Warnke, Walter Weidauer, Clara Zetkin.

Die Nazis konnten im Vergleich zu den Novemberwahlen 1932 die Zahl ihrer Wählerstimmen und ihrer Reichstagsabgeordneten erheblich vergrößern. Aber mit 43,9 Prozent der Stimmen erreichten sie nicht die absolute Mehrheit, geschweige denn die von ihnen angestrebte Zweidrittelmehrheit, die sie für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes benötigten. Deshalb ließ Hitler am 9. März die Reichstagsmandate der KPD, ebenso wie in den folgenden Tagen die kommunistischen Mandate in den Land- und Kreistagen, annullieren und viele Abgeordnete verhaften.

Auf diese Weise und mit Hilfe verschiedener Manöver mit anderen bürgerlichen Parteien gelang es den Faschisten, eine verfassungsändernde Mehrheit im Reichstag zusammenzuschieben. Diese beschloß am 23. März 1933 das Ermächtigungsgesetz.[12] Die Naziregierung konnte jetzt ohne Zustimmung des Reichstages Gesetze erlassen. Der Reichstag verzichtete auf sein Recht, das Staatsbudget aufzustellen und die Aufsicht über die Kredit- und Anleihepolitik der Regierung auszuüben. Der Naziregierung wurde ferner das Recht zugestanden,

[12] Dokument Nr. 7.

auch Gesetze verfassungsändernden Charakters zu verkünden. Schließlich wurde der faschistischen Regierung ermöglicht, ohne Zustimmung des Reichstages Verträge mit anderen Staaten abzuschließen. Damit erhielt die Hitlerregierung neue entscheidende Machtbefugnisse zur Durchsetzung ihrer verbrecherischen Politik im Interesse der reaktionärsten Gruppen des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Alle bürgerlichen Parteien stimmten mit den Nazis dem Ermächtigungsgesetz zu. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte gegen das Ermächtigungsgesetz. Das war eine mutige Tat. Aber statt vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt die unverkennbaren Aufrüstungs- und Kriegsabsichten der Faschisten anzuprangern, bekannte sich als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion der Parteivorsitzende Otto Wels zur These Hitlers von der Notwendigkeit der „Gleichberechtigung" des imperialistischen Deutschlands, die von der sozialdemokratischen Führung von jeher verfochten worden sei. Er leistete ferner mit der Behauptung, daß die ausländische Presse bei der Berichterstattung über die faschistischen Grausamkeiten in Deutschland übertreibe, der Hitlerregierung Hilfestellung. Er fand auch kein Wort des Protestes gegen den Raub der kommunistischen Reichstagsmandate.

Schon die ersten Wochen des Faschismus stellten die KPD vor die bisher schwerste Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Es gelang aber den Faschisten nicht, sie zu zerschlagen oder gar zu vernichten.

Nach der Verhaftung Ernst Thälmanns wurden Mitte Mai 1933 John Schehr, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Walter Ulbricht mit der Leitung der illegalen Parteiarbeit in Deutschland beauftragt. Franz Dahlem, Wilhelm Florin und Wilhelm Pieck verließen auf Parteibeschluß Deutschland und leiteten die Parteiarbeit von Paris aus an.

John Schehr war am 9. Februar 1896 als Arbeitersohn in Altona geboren worden. Er hatte den Schlosserberuf erlernt und war schon früh in die Gewerkschaft eingetreten. 1912 war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden. Von deren Politik im ersten Weltkrieg enttäuscht, hatte er sich 1919 der USPD und noch im gleichen Jahre der KPD angeschlossen. Seine ersten Verdienste hatte sich John Schehr beim Organisationsaufbau der KPD in Hamburg, in Hannover und im Ruhrgebiet erworben. Auf dem 10. Parteitag 1925, auf dem 11. Parteitag 1927 und auf dem 12. Parteitag 1929 war er in das Zentralkomitee gewählt worden. 1926 war John Schehr Organisationsleiter der Bezirksleitung Wasserkante geworden, 1930 bis 1932 war

er Politischer Leiter der Bezirksleitung Niedersachsen gewesen. 1932 hatte er die Leitung der Parteiorganisation des Bezirkes Ruhrgebiet übernommen. John Schehr war ein kluger politischer Führer und hervorragender Organisator, ein bescheidener, begabter, mutiger und selbstloser Schüler und Mitarbeiter Ernst Thälmanns. Mit schlichter, einprägsamer Rhetorik war er auf den Parteitagen und Beratungen des Zentralkomitees gegen sektiererische und opportunistische Auffassungen aufgetreten und hatte damit geholfen, die Thälmannsche Linie durchzusetzen. Er hatte ebenso verstanden, das Klassenbewußtsein einfacher Arbeiter anzusprechen und Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen die Politik der KPD zu erläutern. Besondere Aufmerksamkeit hatte er dem Aufbau von Parteiorganisationen in den Betrieben gewidmet und hatte sich als Organisator und Führer von Streiks bewährt. Seine ganze Kraft hatte John Schehr für die Verwirklichung der Einheitsfrontpolitik der KPD eingesetzt. Ende Mai 1932 war er Sekretär des Zentralkomitees und damit Mitglied des Politbüros geworden. Nachdem er jahrelang als Stadtverordneter der KPD in Altona tätig gewesen war, war er im April 1932 Abgeordneter des Preußischen Landtages und im August 1932 Abgeordneter des Reichstages geworden. Als Walter Ulbricht Ende Oktober 1933 auf Beschluß der Parteiführung Deutschland verlassen mußte, leitete John Schehr die gesamte zentrale politische und organisatorische Arbeit der illegalen KPD in Deutschland. Bei einem Treff am 13. November 1933 in Berlin wurde er erkannt und von der Gestapo verhaftet. Nachdem sie ihn unmenschlich gefoltert hatten, erschossen die Faschisten aus Rache für ihre Niederlage im Reichstagsbrandprozeß und in Wut über sein standhaftes Verhalten im Folterkeller der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin ihn und Eugen Schönhaar, Rudolf Schwarz und Erich Steinfurth in der Nacht vom 1. zum 2. Februar 1934 am Kilometerberg in Berlin-Wannsee.

Angesichts der faschistischen Reichstagsbrandprovokation, der fortschreitenden Vernichtung aller Reste der demokratischen Freiheiten und angesichts der damit zusammenhängenden Festigung der Hitlerregierung verstärkte die Kommunistische Partei in den Monaten März und April 1933 ihre Bemühungen, die Aktionseinheit herzustellen, weil nur die geeinte Kraft der Arbeiterklasse die Hitlerregierung stürzen konnte.

Am 1. März wandte sich das Zentralkomitee an die Vorstände der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mit dem Vorschlag, gegen

die Reichstagsbrandprovokation und gegen die Massenverhaftungswelle den Generalstreik auszurufen und in Massendemonstrationen dem Faschismus gemeinsam entgegenzutreten. Obwohl dieser Vorschlag abgelehnt wurde, wiederholte das Zentralkomitee am 14. März sein Angebot und schlug auf der Grundlage konkreter Tagesforderungen den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus vor. Der Kampf sollte für die Zurücknahme aller Zeitungs-, Flugblatt- und Plakatverbote geführt werden, ferner für die Aufhebung aller Demonstrations- und Versammlungsverbote und für die Freilassung der inhaftierten Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten, für die gemeinsame Abwehr der blutigen Terroraktionen und für die Auflösung der Nazi-Hilfspolizei, gegen Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie für den Sturz der Hitlerregierung durch Massenproteste, Massendemonstrationen und Massenstreiks.

Aber auch dieses Angebot und andere Vorschläge wurden von der sozialdemokratischen Führung abgelehnt, obwohl in den Wochen nach der Reichstagsbrandprovokation auch viele sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre dem faschistischen Terror zum Opfer gefallen waren. Am 7. März waren in Sachsen-Anhalt das Reichsbanner und die Eiserne Front verboten worden. Dennoch waren einige Führer der Sozialdemokratie nicht abgeneigt, sich den „neuen Verhältnissen" anzupassen. Sie betrieben weiterhin eine Politik des Abwartens und bemühten sich, den faschistischen Staatsorganen keinerlei Anlaß zum Vorgehen gegen die Sozialdemokratische Partei zu geben. Einige von ihnen versuchten sogar, sich dem Hitlerregime anzubiedern und sich in den faschistischen Staat einzuordnen.

Die gleiche Haltung legten einige Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wie Theodor Leipart und andere an den Tag. Am 21. März erklärte Leipart, der Vorsitzende des ADGB, in einem Brief an Adolf Hitler würdelos die grundsätzliche Bereitschaft, im faschistischen Staate mitzuarbeiten. Der Vorstand des ADGB gab eine Erklärung ähnlichen Inhaltes ab. In Fortsetzung der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Monopolherren, die diese Führer seit der Novemberrevolution 1918 betrieben hatten, bot Leipart am 29. März Hitler in einem zweiten Schreiben an, die Verbindung zur Sozialdemokratischen Partei aufzugeben, nicht mehr auf die Politik des Staates einwirken zu wollen und mit den Unternehmern „zwecks Lösung sozialer Fragen" eng zusammenzuarbeiten. In einem Aufruf vom 19. April begrüßte der Vorstand des ADGB sogar die Absicht

der Faschisten, den 1. Mai, den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, zum „Tag der nationalen Arbeit" zu erklären, und empfahl seinen Mitgliedern, an den faschistischen Maifeiern teilzunehmen.[13] Obwohl einige führende Funktionäre und vor allem große Teile der Mitgliedschaft gemeinsame Kampfaktionen gegen die sich ankündigende Zerschlagung der Gewerkschaften forderten, blieben die entscheidenden Führer des ADGB und des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) bei ihrer Politik der Kapitulation. Doch brachte der Versuch der Naziführer, den 1. Mai in den Dienst ihres sozialen Massenbetruges zu stellen, ihnen nicht den erhofften Erfolg. An den Feiern zum „Tag der nationalen Arbeit" beteiligten sich in Berlin nur etwa 30 Prozent der Belegschaften. Sie kamen vorwiegend aus staatlichen Betrieben, weil man diesen Arbeitern für den Fall der Weigerung die Entlassung angedroht hatte.

Die entscheidenden Schichten der organisierten Arbeiterschaft, auf die es den Faschisten in dieser Situation vor allem ankam, blieben den Nazikundgebungen fern. Es gelang der illegalen Kommunistischen Partei, in einer Reihe von Großstädten wie in Berlin, Chemnitz, Dresden, Halle, Hamburg, Leipzig, am Niederrhein und im Ruhrgebiet Gegendemonstrationen zu organisieren.

Die ablehnende Haltung beträchtlicher Teile der organisierten Arbeiterschaft gegenüber den Bestrebungen der Hitlerregierung, sich die Gewerkschaften unterzuordnen, bestärkten die Faschisten in ihrer Entschlossenheit, die Gewerkschaften als größte Massenorganisation des Proletariats endgültig zu zerschlagen. Dabei konnten sie die Kapitulationspolitik einiger Führer des ADGB ausnutzen.[14] Am 2. Mai 1933 besetzten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser. Sie beschlagnahmten die Gewerkschaftskassen und anderes Eigentum und verschleppten viele Angestellte und Funktionäre des ADGB in die Konzentrationslager. Die Faschisten raubten das Eigentum der Arbeiterorganisationen, einschließlich des Eigentums der Genossenschaften: Grundstücke, Druckereien, Häuser, Turnhallen, Bäder, Sportplätze, Büchereien, Fahrzeuge, Sportgeräte, Musikinstrumente und vieles andere mehr. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ordneten sich dem Naziregime unter.

Die Zerschlagung und Gleichschaltung der gewerkschaftlichen Organisationen, die in vielen Jahrzehnten unter großen materiellen

13 Dokument Nr. 8.

14 Dokument Nr. 9.

Opfern aufgebaut worden waren, war ein schwerer Schlag für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse verlor nicht nur die in vielen Massenkämpfen erprobte Organisation zur Wahrung ihrer sozialen Interessen, sondern gleichzeitig auch viele Möglichkeiten, den Kampf für die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte und Freiheiten der Werktätigen im Rahmen legaler, selbständiger Arbeiterorganisationen zu führen. Am 10. Mai 1933 gründeten die Faschisten die Deutsche Arbeitsfront (DAF), eine von der Hitlerpartei geleitete Organisation, die nach dem Führerprinzip aufgebaut war und in die die Werktätigen zwangsweise eintreten mußten.

Die nächste faschistische Gewalttat richtete sich gegen die humanistische Literatur, Kunst und Wissenschaft. Am 10. Mai 1933 verbrannten die Faschisten vor der Berliner Universität, an anderen Hochschulorten und in den meisten größeren Städten auf riesigen Scheiterhaufen die besten Zeugnisse des deutschen und internationalen Geisteslebens. Die Werke von Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin und anderer bedeutender Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wie August Bebel, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und die Bücher deutscher und ausländischer Schriftsteller und Dichter wie Henri Barbusse, Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Lion Feuchtwanger, Maxim Gorki, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Thomas Mann, Erich Maria Remarque, Romain Rolland, Kurt Tucholsky, Arnold Zweig und Stefan Zweig und vieler anderer wurden den Flammen übergeben und aus den Bibliotheken verbannt.

Bis zum 10. Mai 1935 wurden in Hitlerdeutschland etwa 4000 Bücher verboten. Doch die Faschisten ließen es damit nicht genug sein. Sie verfolgten die aufrechten humanistischen Schriftsteller ebenso wie alle wahrhaften Antifaschisten. Bruno Apitz, Willi Bredel, Louis Fürnberg mußten furchtbare Folterqualen hinter faschistischen Kerkermauern ertragen. Franz Braun, ein hoffnungsvoller junger revolutionärer Schriftsteller, und Erich Mühsam, der aufrechte Kämpfer gegen Krieg und Militarismus, wurden ermordet. Carl von Ossietzky starb am 4. Mai 1938 an den Folgen der Mißhandlungen, die er im faschistischen Konzentrationslager erdulden mußte.

Hervorragende Vertreter der deutschen Intelligenz und bekannte Künstler wurden außer Landes gejagt. Viele von ihnen gingen auch freiwillig in die Emigration, obwohl ihnen Propagandaminister Joseph Goebbels verlockende Angebote unterbreitet hatte. Die besten Köpfe

der deutschen Wissenschaft, die bedeutendsten Künstler, Architekten und Schriftsteller, die fähigsten Journalisten und hervorragende Vertreter des kulturellen Lebens wurden aus ihren Wirkungsstätten vertrieben. Namhafte Wissenschaftler wie Albert Einstein, James Frank, Fritz Haber, Gustav Hertz, Julius Schaxel und weit über tausend Professoren, Dozenten und Assistenten mußten ihre Lehr- und Forschungstätigkeit in Deutschland aufgeben. Weltbekannte Schauspieler und Regisseure, Musiker und Dirigenten wie Albert Bassermann, Elisabeth Bergner, Bertolt Brecht, Ernst Busch, Hanns Eisler, Paul Hindemith, Otto Klemperer, Fritz Kortner, Alexander Moissi, Max Pallenberg, Max Reinhardt und Kurt Weill verließen Deutschland. Käthe Kollwitz, Max Liebermann und Bruno Taut wurden gezwungen, aus der Preußischen Akademie der Künste auszuscheiden. Die Philosophische Fakultät der Universität Bonn strich Thomas Mann von der Liste ihrer Ehrendoktoren.

Als Begründung für ihre kulturfeindlichen Maßnahmen dienten den Faschisten sowohl die ablehnende Haltung vieler Vertreter des fortschrittlichen Geisteslebens gegenüber der faschistischen Diktatur als auch in vielen Fällen die jüdische Herkunft der verfemten, ausgebürgerten oder verhafteten Künstler und Wissenschaftler. Die Bücherverbrennungen und die Vertreibung der besten Künstler und Wissenschaftler waren ein besonders sinnfälliger Ausdruck der Kulturbarbarei des Hitlerfaschismus, seiner Mißachtung des nationalen Kulturerbes und der Unterdrückung des Marxismus und aller bürgerlichen humanistischen Ideen.

Trotz der Gleichschaltung der Gewerkschaften, trotz der am 10. Mai, also noch vor dem Verbot, erfolgten Beschlagnahme des gesamten Vermögens der Sozialdemokratie und trotz des Verbotes der sozialdemokratischen Zeitungen und der Schließung ihrer Druckereien versuchten Teile der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch immer, eine Basis für ihre loyale Einordnung in den faschistischen Staat oder sogar für ein Paktieren mit dem Hitlerregime zu finden. Das zeigte sich in der Reichstagssitzung am 17. Mai 1933, in der Adolf Hitler eine Erklärung zur Außenpolitik seiner Regierung abgab. Er forderte die Revision des Versailler Vertrages sowie die „Gleichberechtigung" des faschistischen Deutschlands. Die in der Sitzung anwesenden 65 sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten ebenso wie alle anderen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien dem außenpolitischen Programm der Hitlerregierung zu, obwohl bei ihnen kein

Zweifel darüber bestehen konnte, daß die Forderung Hitlers nach „Gleichberechtigung" gleichbedeutend war mit der Forderung nach Beseitigung derjenigen Schranken des Versailler Vertrages, die die Aufrüstung für einen neuen Weltkrieg behinderten. Indem sie dieser Politik Hitlers zustimmten, ermöglichten sie es ihm, große Teile des deutschen Volkes über die wahren Ziele seiner Außenpolitik irrezuführen.

Während solche Führer der Sozialdemokratie wie Friedrich Stampfer, Hans Vogel und Otto Wels nach der Zerschlagung der Gewerkschaften ins Ausland, zunächst nach Saarbrücken und dann nach Prag, gegangen waren, unternahmen andere im Lande verbliebene rechte Führer noch einen weiteren Versuch, Hitlers wohlwollende Duldung zu erringen. Auf einer Konferenz am 19. Juni 1933 wurden auf Betreiben Paul Löbes alle jüdischen Mitglieder aus dem Parteivorstand hinausgewählt. Die Löbe-Gruppe distanzierte sich von den inzwischen nach Prag emigrierten Mitgliedern des Parteivorstandes, die dort eine Auslandsleitung der Sozialdemokratischen Partei gebildet hatten, der Siegfried Aufhäuser, Karl Böchel, Siegmund Crummenerl, Paul Hertz, Erich Ollenhauer, Erich Rinner, Friedrich Stampfer, Hans Vogel und Otto Wels angehörten. Am 21. Juni 1933 bildete sich in Berlin ein Zwölferausschuß, dem unter anderen Otto Buchwitz, Max Fechner und Franz Klühs angehörten. Diese Berliner Zentrale, die auch vom Emigrationsvorstand in Prag anerkannt wurde, hielt durch Reisen ihrer Mitglieder in alle Bezirke lange Zeit Verbindung zu illegalen sozialdemokratischen Organisationen und zu einzelnen Sozialdemokraten in vielen Gegenden Deutschlands. Am 22. Juni verbot die Hitlerregierung der Sozialdemokratie jede politische Betätigung. Ihre Abgeordnetenmandate wurden in allen Parlamenten eingezogen und etwa 3000 sozialdemokratische Funktionäre kurzfristig verhaftet, darunter Friedrich Ebert und Franz Künstler.

Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei leitete die Gleichschaltung oder Selbstauflösung auch der übrigen Parteien ein. Am 27. Juni 1933 löste sich die Deutschnationale Volkspartei nach einem sogenannten Freundschaftsabkommen mit den Nazis auf. Am 4. Juli beschlossen die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei ihre Auflösung. Am 5. Juli folgte die Deutsche Zentrumspartei. Die Führer dieser Parteien ordneten sich widerstandslos dem faschistischen Regime unter und trugen auf diese Weise dazu bei, die Hitlerdiktatur zu festigen. Die Kräfte der liberalen Opposition in einigen

dieser Parteien vermochten infolge ihrer antikommunistischen Vorbehalte zu dieser Zeit noch nicht, mit den revolutionären Kräften der Arbeiterbewegung zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte und Freiheiten zusammenzugehen. In der Folge nahmen jedoch zahlreiche christliche Werktätige und Vertreter des liberalen Bürgertums an der Seite der Kommunisten und Sozialdemokraten mutig den Kampf gegen das faschistische Regime auf. Am 14. Juli 1933 erließen die Nazis ein Gesetz gegen die Neubildung von Parteien. Die Neubildung oder Fortführung von Parteien wurde mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. Als einzige Partei war die NSDAP zugelassen.

Einen Tag vor dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei, also am 21. Juni 1933, drangen bewaffnete SA-Banditen in Berlin-Köpenick in die Wohnungen bekannter Funktionäre und Mitglieder der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und anderer Antifaschisten ein. Die SA-Trupps waren mit Pistolen, Gummiknüppeln und anderen Hieb- und Stichwaffen ausgerüstet. Um einen Vorwand zur Festnahme der Antifaschisten zu haben, durchsuchten sie die Wohnungen und Häuser, durchwühlten und verwüsteten die Einrichtungen und terrorisierten ihre Bewohner. Binnen einer Woche wurden über 500 Menschen verhaftet. Die faschistischen Rollkommandos raubten und vernichteten persönliches Eigentum, insbesondere Bücher, Fahnen und Bilder von Führern der Arbeiterbewegung.

Während dieser Köpenicker Blutwoche wurden die Verhafteten grausam mißhandelt und gefoltert. Die Tatorte dieser furchtbaren Ereignisse, Stätten des Grauens und der Tyrannei, waren vier berüchtigte SA-Lokale und das Amtsgerichtsgefängnis. Um die Schreie der Gepeinigten zu unterdrücken, preßten die Schergen den Kopf des Gefolterten auf einen Strohsack; waren die Schmerzensschreie dennoch draußen zu hören, so ließen die Folterknechte ein Motorrad laufen oder übertönten sie mit lautstarker Musik. Einige der ermordeten Opfer wurden in Säcke genäht und mit Steinen beschwert in das Flußbett der Dahme geworfen.

Im Verlauf dieser Woche wurden 91 Antifaschisten auf grausamste Weise ums Leben gebracht, unter ihnen der Demokrat Eppenstein, der Kommunist Erich Janitzki, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling, Jungsozialisten und Jungkommunisten. So wie in Berlin-Köpenick terrorisierten die SA- und SS-Banditen die

fortschrittlichen Kräfte in ganz Deutschland. Viele der besten Söhne der deutschen Arbeiterklasse wurden bestialisch ermordet.

Am 20. Juni 1933 erlitt die Kommunistische Partei Deutschlands und mit ihr die internationale Arbeiterbewegung einen schweren Verlust. In Archangelskoje bei Moskau verstarb Clara Zetkin. Das Herz einer großen und tapferen Frau, einer aufrechten Kommunistin und glühenden Vorkämpferin der internationalen Frauenbewegung hatte aufgehört zu schlagen Trotz Alter und Krankheit hatte sich Clara Zetkin keine Ruhe gegönnt. Noch am Tage vor ihrem Tode begann sie einen Artikel zu diktieren, in dem sie leidenschaftlich für die Schaffung der Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg eintrat. Millionen Menschen in aller Welt trauerten um die große Kämpferin für die Sache des Friedens, für den Gedanken der internationalen Solidarität, für die Befreiung der Frau aus den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und für den Sozialismus. Unter Beteiligung von vielen Hunderttausenden Menschen wurde ihre Urne an der Kremlmauer in Moskau beigesetzt.

Zu einer bedeutenden Manifestation der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus wurde der Antifaschistische Arbeiterkongreß Europas, der vom 4. bis 6. Juni 1933 in Paris stattfand. An ihm nahmen etwa 3500 Delegierte aus allen Ländern Europas teil, darunter 120 Antifaschisten aus Deutschland. Das Hauptreferat des Kongresses „Der Kampf gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive" hielt Wilhelm Florin. Die Delegierten beschlossen unter anderem ein Manifest an die Werktätigen Europas, in dem der Faschismus als eine internationale Gefahr für die Werktätigen aller Länder charakterisiert wurde. Als Abwehrmaßnahmen wurde zur Bildung von Kampfkomitees, von Abwehrstaffeln der Arbeiter und von Hilfskomitees für die Opfer des faschistischen Terrors aufgerufen. Das auf dem Kongreß gewählte Antifaschistische Zentralkomitee und sein Sekretariat in Paris unternahmen alle Anstrengungen, um die gefaßten Beschlüsse zu verwirklichen. Im August 1933 wurden zwischen dem Antifaschistischen Zentralkomitee und dem Weltkomitee zum Kampf gegen den Krieg, das im August 1932 auf dem Antikriegskongreß in Amsterdam gewählt worden war, Besprechungen geführt. Einmütigkeit bestand darüber, daß der Kampf gegen den Krieg nicht vom Kampf gegen den Faschismus getrennt werden könne und daß es daher zweckmäßig sei, die beiden großen Bewegungen zu vereinigen. Durch die Verschmelzung der beiden leitenden Organe wurde das

Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus geschaffen, das unter Leitung von Henri Barbusse stand. Zu den bedeutendsten Aktionen des Weltkomitees zählten die Protestkampagnen gegen den Reichstagsbrandprozeß in der ganzen Welt und die jahrelang geführte Kampagne um die Befreiung Ernst Thälmanns. Seine unermüdliche und intensive Tätigkeit gegen Krieg und Faschismus und ebenso die seiner nationalen Komitees in den verschiedenen Ländern stellten eine große Unterstützung für den antifaschistischen Kampf der deutschen Widerstandsbewegung dar. Das Weltkomitee bereitete dem Hitlerfaschismus erhebliche Schwierigkeiten, indem es nachhaltig auf die öffentliche Meinung in den europäischen und außereuropäischen Ländern einwirkte und breite Schichten zum Widerstand gegen den Faschismus mobilisierte.

Um die Aktionsfähigkeit der KPD unter den Bedingungen der Herrschaft des Faschismus im Lande zu sichern, war es eine der vordringlichsten Aufgaben, die Organisationen der KPD und deren Leitung den neuen Bedingungen des Kampfes anzupassen. Die Kommunistische Partei stand vor einer außerordentlich komplizierten Aufgabe. Eine Massenpartei mit über 300 000 Mitgliedern mußte in die Illegalität gehen. Eine Partei, deren führende Funktionäre und deren meisten Mitglieder seit Jahren dem Staatsapparat bekannt waren, war gezwungen, sich vor dem Klassenfeind zu verbergen. Die Partei mußte den Übergang in die Illegalität so vornehmen, daß die Kader erhalten blieben, die Führung intakt blieb und die Verbindung zu den Massen nicht abriß. Die Kommunistische Partei Deutschlands meisterte diese Aufgaben unter unsäglichen Schwierigkeiten und großen Opfern. Der organisierte Übergang in die Illegalität ist eines der vielen Ruhmesblätter in der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Vom Zentralkomitee waren eine Reihe Vorkehrungen getroffen worden, um die Partei in die Illegalität zu führen. Dokumente der Partei, Parteieigentum, technische Apparaturen für die Herstellung illegaler Materialien usw. waren in Sicherheit gebracht und Ausweichquartiere für gefährdete Funktionäre und Parteimitglieder vorbereitet worden. Viele Grundorganisationen bildeten sich zu Gruppen von drei oder fünf Mitgliedern um, die zentral geleitet wurden, aber isoliert voneinander arbeiteten. Die Partei mußte nach neuen Wegen suchen, wie sie unter den Bedingungen der Illegalität dort wirken konnte, wo der größte politische Einfluß auf breite Massen zu errei-

chen war. Sie strebte danach, alle Mittel auszunutzen, um die Rechte und Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Es mußte deshalb versucht werden, auch in bestimmten faschistischen Massenorganisationen zu arbeiten, weil dort, vielfach durch Zwang, Millionen Werktätige organisiert waren.

Die Verbindung zu den Betriebs- und Straßenzellen und ihren Leitungen hielten von den höheren Leitungen beauftragte Instrukteure aufrecht. Die Hitlerfaschisten hatten durch Verhaftungen und Ermordung bereits große Lücken in die Reihen der Partei gerissen. Aber immer wieder waren neue Funktionäre zur Stelle, welche die entstandenen Lücken schlossen. Bis Anfang Juni 1933 wurden von 22 Bezirksleitungen der KPD 17 verhaftet, und bis April 1935 waren in den einzelnen Bezirken nacheinander bis zu acht Leitungen tätig gewesen.

Das politische Führungsorgan zwischen den Tagungen des Zentralkomitees war das Politbüro. Zur Sicherung der Parteiführung verlegte es seinen Sitz ins Ausland, und zwar nach Paris, dann nach Prag und schließlich nach Moskau. Die Landesleitung war das operative Organ des Politbüros. Sie setzte sich zum Teil aus Mitgliedern des Politbüros zusammen, hatte ihren Sitz im Lande und leitete die Arbeit der Obergebiete und Bezirksleitungen der KPD. Sie bestand bis Mitte 1935 und wurde dann aus Gründen der Dezentralisation der Parteiorganisationen und Leitungen aufgelöst. Die operative Leitung der Partei erfolgte von da an direkt durch die Auslandsleitung mit dem Sitz in Prag, ab November 1935 in Paris.

Die deutschen kommunistischen Emigranten gaben den in der Heimat kämpfenden Antifaschisten politische und materielle Hilfe. Immer wieder überschritten sie die Grenze, um vorübergehend unterbrochene Verbindungen neu zu knüpfen, um beim Aufbau der von der Gestapo zerschlagenen Organisationen zu helfen und Propaganda- und Informationsmaterial einzuschleusen. Bereits im April 1933 bestand zum Beispiel entlang der deutsch-tschechoslowakischen Grenze ein dichtes Netz von Stützpunkten, über die sich feste Verbindungen mit verschiedenen Bezirken Deutschlands entwickelten.

Nach der Errichtung der Hitlerdiktatur stand vor der Kommunistischen Partei Deutschlands die Aufgabe, die Ursachen der Niederlage aufzudecken, die die deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus im Januar 1933 erlitten hatte, und daraus alle Schlußfolgerungen für ihre Politik zu ziehen. Auf einer Tagung der Partei-

führung Ende Mai 1933 nahm die KPD nach vier Monaten Hitlerherrschaft erstmalig umfassend zur Lage und zu den nächsten Aufgaben Stellung. In der Entschließung dieser Beratung wurde erklärt, daß die Machtergreifung der Hitler-Hugenberg-Regierung den Versuch der Spitzen des Monopolkapitals und der Großbourgeoisie darstelle, durch eine brutale Diktatur die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen und mit einer raschen Aufrüstung die Voraussetzung für den Beginn eines imperialistischen Krieges und für eine Intervention gegen die Sowjetunion zu schaffen. Diese Einschätzung, die von der KPD schon bei Beginn der Hitlerherrschaft getroffen wurde, entlarvte vor dem Volk und der Welt den Faschismus als den Feind des Friedens und der Nation.

In dieser Entschließung widerspiegelten sich jedoch gleichzeitig auch die Schwierigkeiten in der Partei, die Lage und die Klassenkräfte unter den veränderten Verhältnissen real einzuschätzen. Viele Kommunisten in den illegalen Parteiorganisationen im Lande beurteilten auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen im Frühjahr 1933 die Aufrichtung der faschistischen Diktatur richtig als eine Niederlage der Arbeiterklasse. Dogmatische Kräfte dagegen ignorierten diese nüchterne Analyse der Lage. Sie unterschätzten den tatsächlichen Stand der Konsolidierung des faschistischen Regimes und überschätzten die realen Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in dieser neuen Situation. Sie erklärten, die Arbeiterklasse habe nur einen vorübergehenden Rückzug angetreten. Eine revolutionäre Situation und der Zusammenbruch der faschistischen Diktatur stünden unmittelbar bevor. Um diese Frage begannen bereits im März 1933 die Auseinandersetzungen der marxistisch-leninistischen Kader mit sektiererischen und dogmatischen Auffassungen.

In der Diskussion um die Strategie und Taktik spielte nach dem 1. Mai 1933 die Gewerkschaftsarbeit der Partei eine bedeutende Rolle. In der Entschließung des ZK der KPD vom Mai 1933 setzten sich in dieser Frage jene leninistischen Auffassungen durch, die Walter Ulbricht bereits Anfang Mai, wenige Tage nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften, in einem Artikel formuliert hatte. In diesem Artikel mit der Überschrift „Die Aufgaben der Kommunisten im Kampfe um die Gewerkschaften“[15] wurde die Forderung erhoben, allen Tendenzen des Austritts oppositioneller Arbeiter aus den Gewerkschaf-

[15] Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), 1933, Nr. 16, S. 501/502.

ten entgegenzutreten, weil eine solche Flucht die Isolierung von entscheidenden Schichten des Proletariats bedeuten würde. Allen Kommunisten wurde die Aufgabe gestellt, in der faschistischen Arbeitsfront oder einer ähnlichen Massenorganisation zu arbeiten und die Werktätigen durch die Vertretung der Tagesinteressen aller Schichten für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Walter Ulbricht forderte den Kampf aller Gewerkschaftsmitglieder und auch der nicht organisierten Arbeiter zur Verteidigung des Koalitions- und Streikrechts und der Tarifverträge, den Kampf gegen die Versuche des Lohnabbaus und gegen die Entlassung von Arbeiterfunktionären aus den Betrieben, für die Beschäftigung der Erwerbslosen nach Tariflöhnen und den Schutz der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge.

Die Entschließung der Mai-Beratung des Zentralkomitees verlangte den Kampf gegen sektiererische Auffassungen, die die Notwendigkeit der Verbindung der illegalen mit der legalen Arbeit verneinten und die gewerkschaftliche Arbeit und den ideologischen Kampf um die werktätigen Anhänger des Faschismus ablehnten. Aus Beschlüssen der Bezirksleitungen der KPD nach der Mai-Tagung des ZK geht hervor, wie sich die richtige Linie der Massenarbeit in den Parteiorganisationen allmählich durchzusetzen begann. Dennoch gelang es einer Gruppe sektiererischer und dogmatischer Kräfte in den Monaten Juni und August 1933 Beschlüsse herbeizuführen, in denen die antifaschistische Massenarbeit der Kommunisten innerhalb der Deutschen Arbeitsfront abgelehnt wurde.

Walter Ulbricht wies in einem im November 1933 erschienenen Artikel mit der Überschrift „Organisatorische Fragen der Massenarbeit der KPD“[16] auf die Gefahr hin, daß die Kommunisten sich mit einer solchen Politik von den Arbeitermassen isolierten. In einigen Betrieben, in denen die illegalen Organisationen der KPD mit revolutionärem Mut und großer Initiative den Widerstand gegen den Lohnabbau organisiert hatten, konnten Streikforderungen vor allem deshalb nicht durchgesetzt werden, weil Parteimitglieder sich nicht genügend auf die antifaschistischen kampfgewillten früheren Mitglieder des ADGB und auf die sozialdemokratischen Arbeiter gestützt und keine Opposition unter den Mitgliedern der faschistischen Arbeitsfront im Betrieb organisiert hatten. Walter Ulbricht faßte diese Erfahrungen aus dem Lande zusammen und zog daraus die Schlußfolgerung, daß die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse nur geschaffen wer-

[16] Ebenda, Nr. 44, S. 1743/1744 und Nr. 46, S. 1775/1776.

den könne, wenn die Kommunisten aufs engste mit den Arbeitern in den Großbetrieben, an den Stempelstellen und mit den Mitgliedern der faschistischen Arbeitsfront verbunden seien und tagtäglich eine systematische Massenarbeit leisten.

Auch der Kommunistische Jugendverband Deutschlands legte nach seiner Bayreuther Tagung im August 1933 das Schwergewicht seiner Arbeit auf die Bildung von illegalen Zellen des Jugendverbandes in den Betrieben und in den ersten Arbeitsdienstlagern. Dort war die Mehrzahl der Arbeiterjugend tätig, und die Gegensätze zwischen der Politik der Hitlerregierung und den Interessen der Jugend traten dort besonders deutlich hervor. Wilhelm Florin und Fritz Große, der Vorsitzende des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, hielten auf dieser Tagung die Hauptreferate über die neuen Aufgaben des Kommunistischen Jugendverbandes.

Eine außerordentlich nachhaltige Wirkung auf den illegalen Kampf der KPD und aller anderen antifaschistischen Kräfte hatte das heldenmütige Auftreten Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß, der vom 21. September bis 23. Dezember 1933 in Leipzig und in Berlin stattfand. Die faschistische Regierung wollte der internationalen Reaktion mit diesem Prozeß die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland als Beispiel für die Ausrottung der kommunistischen Weltbewegung vor Augen führen und die Kommunisten als kriminelle Verschwörer und Putschisten hinstellen. Mit diesem Prozeß gedachten die Faschisten, ihren Terror, die Bücherverbrennungen und den Feldzug gegen die humanistische Wissenschaft und Kunst und gegen alles freiheitliche Denken zu rechtfertigen. Er diente ferner der Vorbereitung eines weiteren Prozesses gegen die KPD und ihren Führer Ernst Thälmann.

Die Vorladung aller von Georgi Dimitroff benannten Zeugen hatte das Reichsgericht abgelehnt. Mutig und ungebrochen stand Dimitroff vor dem Gericht. Durch seine klugen und zupackenden Fragen trieb er den Staatsanwalt und dessen Zeugen in die Enge und zerfetzte die verlogene Anklage. Er zwang die Belastungszeugen, faktisch zuzugeben, daß weder die Angeklagten noch die KPD den Reichstag angezündet haben konnten. Die vorgeführten Zeugen der Anklagevertretung, fast alle Falschmünzer, Polizeiagenten und Renegaten, überführte er der Lüge. Die Faschisten zogen daraufhin Hermann Göring und andere Naziführer als Belastungszeugen hinzu. Auch sie wurden von Georgi Dimitroff der Lüge überführt. Alle Versuche des

Staatsanwaltes oder des Gerichtes, den Angeklagten Verstöße gegen die Prozeßordnung nachzuweisen und sie dadurch zu benachteiligen, scheiterten an Dimitroffs gründlicher Kenntnis der Vorschriften, an seiner Kenntnis der Akten, an seinem Mut und an seiner Standhaftigkeit.

In seinem vorbildlichen Auftreten vor dem faschistischen Reichsgericht wurde Georgi Dimitroff durch die Zeugenaussagen des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Theodor Neubauer unterstützt. Die Faschisten hatten ihn im Konzentrationslager Lichtenburg grausam mißhandelt. Durch unmenschliche Foltern wollten sie ihn zu einer Aussage gegen Dimitroff und seine Mitangeklagten zwingen. Doch ungebrochen und standhaft legte Theodor Neubauer in überzeugender Weise die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Februarwochen vor dem Reichstagsbrand dar. Georgi Dimitroff erklärte später nach seiner Ankunft in Moskau, daß sich Theodor Neubauer vor den Schranken des faschistischen Gerichtes wie ein wirklicher Kommunist verhalten habe.

Im Gegensatz zu dieser aufrechten Haltung Neubauers verriet der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion Ernst Torgler die Partei und unterstützte faktisch das Hitlerregime im Prozeß gegen Dimitroff, gegen die Kommunistische Internationale und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands. In verschiedenen Eingaben an die faschistischen Justizbehörden distanzierte er sich von seinen politischen Ansichten als Kommunist. Das Zentralkomitee der KPD schloß Torgler auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Oktober 1935 als Parteifeind aus der Kommunistischen Partei aus.

Georgi Dimitroff wies in seinen Reden vor dem Gericht nach, daß die hinter der Nazipartei stehenden Kräfte einen Anlaß suchten, um die Widerstandskraft der revolutionären Arbeiterbewegung durch blutigen Terror zu brechen. Dazu hatten die Faschisten den Reichstagsbrand ausgenutzt. Dimitroff verteidigte die KPD und die kommunistische Weltbewegung gegen die Verleumdung, den Brand gelegt und einen Putsch vorbereitet zu haben. Er bewies an vielen Tatsachen, daß die kommunistischen Parteien, geleitet vom Marxismus-Leninismus, die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen vertreten und in der ersten Reihe des Kampfes um die Verwirklichung der Lebensrechte des werktätigen Volkes stehen. Er erklärte, daß die Kommunisten ein fester Bestandteil der Arbeiterklasse und des Volkes sind, sich in ihrem Kampf um die Verteidigung der politischen und sozialen

Rechte der Werktätigen und um die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse auf die Massen stützen und deshalb nicht der Mittel des Putsches bedürfen. Mit dem Nachweis, daß die Marxisten-Leninisten Feinde jedes individuellen Terrors und jedes Putsches sind, legte er den entscheidenden Ausgangspunkt für die Zerschlagung der gesamten Anklage.

Aus dem Angeklagten Georgi Dimitroff wurde der Ankläger der Faschisten, der nachwies, daß der Reichstagsbrand völlig in die politischen Pläne der Nazis paßte, und das Ziel dieses Verbrechens aufdeckte. Dimitroff verkündete vor den Schranken des Reichsgerichtes kühn die Prinzipien des Kommunismus. Er verteidigte leidenschaftlich die sozialistische Sowjetunion, die deutsche und die internationale Arbeiterklasse und die bulgarische Nation, der er angehörte. Dimitroff analysierte vor der Öffentlichkeit die politische Lage in Deutschland in der Zeit vor und nach dem Reichstagsbrand. Er verteidigte die Kommunistische Partei Deutschlands und zeigte vor allem in seiner glänzenden Schlußrede den Werktätigen der ganzen Welt die Kampfmethoden der Kommunisten: *„Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer* – das ist das Alpha und Omega der kommunistischen Taktik."[17]

Dimitroff beantwortete die Frage vieler Arbeiter, warum die Einheitsfront noch nicht geschaffen worden sei, mit der klaren Feststellung, daß das Haupthindernis auf dem Wege zur Einheitsfront die Arbeitsgemeinschaftspolitik sozialdemokratischer Führer mit der Bourgeoisie sei. Diese Politik des „kleineren Übels" habe in Deutschland die Errichtung der faschistischen Diktatur ermöglicht. Er benutzte den Prozeß, um die deutsche Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf als dem einzigen Weg zum Sieg über den Faschismus aufzurufen. Er entwickelte wichtige Grundsätze für den Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und um eine breite antifaschistische Front entsprechend den neuen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland. Der deutschen Arbeiterklasse rief er in seinem Schlußwort die Worte Goethes zu: Wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein![18] Am Beispiel der Sowjetunion zeigte Georgi Dimitroff, daß die Arbeiterklasse der Träger des menschlichen Fortschrittes und der Entwicklung zu einer neuen Blüte der Menschheitskultur ist. Seine berühmte Schluß-

[17] Georgi Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, Berlin 1960, S. 166.

[18] Dokument Nr. 12.

rede in Leipzig gipfelte in den Worten, daß sich das Rad der Geschichte vorwärtsdrehen werde bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus.

Das heldenhafte Auftreten Dimitroffs belebte den antifaschistischen Kampf in Deutschland und fand in der ganzen Welt bis tief in die Reihen des Bürgertums stärksten Widerhall. Der von Georgi Dimitroff formulierte Appell zur Einheitsfront rüttelte viele Sozialdemokraten in Deutschland wach. Unter dem Druck der einfachen Mitglieder vieler sozialistischer Parteien vor allem in Europa nahm auch eine Reihe ihrer Führer offen gegen die faschistischen Brandstifter Stellung. Ohne formellen Pakt entstanden so die Anfänge einer antifaschistischen Einheitsfront im Weltmaßstab.

Die stürmische internationale Protestbewegung gegen den faschistischen Terror und die umfangreiche Solidaritätskampagne für die Opfer des Hitlerfaschismus, die beide schon nach der Reichstagsbrandprovokation begonnen hatten, erlebten während des Leipziger Prozesses einen neuen Aufschwung. Vom 14. bis zum 18. September 1933 tagte in London der Internationale Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des Reichstagsbrandes. Der Ausschuß war bereits im April 1933 vom Internationalen Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus, das ebenfalls seinen Sitz in London hatte und dem zahlreiche führende Politiker und Intellektuelle aus vielen Ländern Europas ihre Mitarbeit zugesagt hatten, ins Leben gerufen worden. Er setzte sich aus namhaften Juristen zusammen. Den Vorsitz hatte der britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt inne, der sich auf die Mitarbeit der holländischen Juristin und Funktionärin der demokratischen Frauenbewegung Bakker-Nort, des französischen Parlamentsabgeordneten Gaston Bergery, des schwedischen Senators Georg Branting, des amerikanischen Rechtsanwaltes Arthur Garfield Hays, des dänischen Juristen Vald Huidt, des französischen Advokaten V. de Moro-Giafferi und des belgischen Anwalts Pierre Vermeylen stützen konnte. Ein Sekretariat, dem unter anderen Georg Branting, Romain Rolland und der aus Berlin emigrierte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld angehörten, leitete die ständigen Arbeiten des Ausschusses.

Der Ausschuß nahm die Berichte der von ihm ernannten Kommissionen, die in Frankreich und Holland arbeiteten, entgegen, erörterte die Gutachten von Sachverständigen, prüfte notariell beglaubigte Dokumente und vernahm eine große Anzahl von Zeugen zum Reichs-

tagsbrand. Am 20. September 1933 veröffentlichte der Untersuchungsausschuß seinen Bericht, in dem die Unschuld der angeklagten Kommunisten bewiesen und in dem nachgewiesen wurde, daß nur die Nazis Vorteil vom Brand des Reichstages haben konnten. Deshalb lägen schwerwiegende Anhaltspunkte für die Bestätigung des Verdachtes vor, daß der Reichstag von ihnen in Brand gesetzt worden sei. Das Londoner Urteil wurde von den Rundfunkstationen in London, New York, Paris und anderen Städten in Sondersendungen übertragen und dem Reichsgericht in Leipzig zugestellt. Im September und im Oktober 1933 fanden in Brüssel, Chicago, London, New York, Paris, Sofia und in vielen anderen Städten der Welt antifaschistische Massenkundgebungen gegen den Reichstagsbrandprozeß statt. Die Teilnehmer forderten die sofortige Freilassung der unschuldig angeklagten Kommunisten und die Freilassung aller in Deutschland eingekerkerten Antifaschisten.

Zur Aufklärung der Weltöffentlichkeit über die wahren Brandstifter und über die verbrecherischen Ziele der Reichstagsbrandprovokation spielten die Braunbücher eine große Rolle. Das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror", das Braunbuch I, wurde im August 1933 auf Initiative des Weltkomitees zum Schutze der Opfer des Hitlerfaschismus in Basel herausgegeben. Dieses Braunbuch enthielt umfangreiches Beweismaterial über die Brandstiftung und über den faschistischen Terror in Deutschland. Es erschien bis Ende September 1933 in folgenden Sprachen: bulgarisch, deutsch, englisch, französisch, griechisch, hebräisch, holländisch, italienisch, lettisch, polnisch, rumänisch, russisch, schwedisch, serbokroatisch, spanisch und tschechisch. Es unterstützte die Organisierung der internationalen Solidaritätsaktionen für die Befreiung Georgi Dimitroffs, der anderen angeklagten Kommunisten sowie aller in den Gefängnissen und Zuchthäusern eingekerkerten Antifaschisten. In Deutschland wurde es in großer Anzahl als illegale Tarnschrift vertrieben. Bei der Fertigstellung dieses Braunbuches, beim Druck und bei der Übersetzung sowie beim Vertrieb spielten das Sekretariat des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe in Paris, dessen Leiter Willi Münzenberg war, und der Verlag „Éditions du Carrefour" eine wichtige Rolle. Im April 1934 erschien in Paris das Braunbuch II, „Braunbuch Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter". Es stützte sich auf Materialien des Londoner Gegenprozesses und des Internationalen Antifaschistischen Archivs, das in Paris eingerichtet worden war. In viele

Sprachen übersetzt, ging es ebenfalls in zahlreiche Länder und als illegales Material auch nach Deutschland.

Die Faschisten mußten im Reichstagsbrandprozeß eine empfindliche Niederlage einstecken. Georgi Dimitroff und die anderen angeklagten Kommunisten mußten freigesprochen werden. Nachdem die monarcho-faschistische Regierung Bulgariens Georgi Dimitroff die bulgarische Staatsbürgerschaft aberkannt hatte, rettete die Sowjetregierung sein Leben und befreite ihn aus den Klauen der Faschisten. Sie verlieh ihm und seinen bulgarischen Mitangeklagten die sowjetische Staatsbürgerschaft und forderte von der Hitlerregierung ihre unverzügliche Freilassung. Am Abend des 27. Februar 1934 trafen Georgi Dimitroff, Blagoj Popoff und Vasil Taneff in Moskau ein.

Das mutige Auftreten Georgi Dimitroffs vor den Schranken des faschistischen Gerichts war für die Kommunistische Partei Deutschlands eine unschätzbare Hilfe. Seine Ausführungen halfen der Partei, klarer zwischen dem Endziel des Kampfes der Arbeiterklasse und der Verteidigung der Tagesinteressen der werktätigen Massen zu unterscheiden und dementsprechende Forderungen und Teilziele in den Vordergrund zu rücken. Dimitroffs Reden vor dem Reichsgericht halfen der Partei, zu einer realen Einschätzung der Lage, zu einer konsequenten, breiten Massenarbeit und insbesondere zu einem besseren Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu kommen.

Nach seiner Freilassung bereitete Georgi Dimitroff zusammen mit anderen führenden Vertretern der kommunistischen Weltbewegung sorgfältig den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vor. In Moskau hatte inzwischen im Dezember 1933 das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) getagt. Der Bericht des Präsidiums, den O. W. Kuusinen vortrug, und die Thesen, die dazu angenommen wurden, gaben eine gründliche Einschätzung der Ursachen für den Machtantritt des Faschismus in Deutschland und seines Klassencharakters. Der Faschismus wurde als „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“[19] gekennzeichnet. Eindringlich wurden die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte vor den Gefahren gewarnt, die vom deutschen Faschismus und vom Vordringen faschistischer Kräfte in anderen europäischen Ländern für den Frieden ausgingen. Die Thesen enthielten

[19] XIII. Plenum des EKKI Dezember 1933. Thesen und Beschlüsse, Moskau-Leningrad 1934, S. 5.

jedoch einige fehlerhafte Losungen und Einschätzungen des Kräfteverhältnisses, was sich für die Organisierung des einheitlichen Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus durch die kommunistischen Parteien als Hindernis erwies. So wurde nicht erkannt, daß die Arbeiterklasse mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland eine Niederlage erlitten hatte. Im Gegenteil wurde auf einen in kurzer Zeit zu erwartenden revolutionären Aufschwung, der zur unmittelbaren Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Beispiel in Deutschland führen könnte, orientiert. Eine solche Politik war falsch und barg, vor allem unter den Bedingungen des illegalen Kampfes, die große Gefahr der Isolierung von den Massen in sich. Ebenso erschwerte das Festhalten an der vom VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale getroffenen Feststellung, daß die Sozialdemokratie die Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse sei, die Überwindung sektiererischer Auffassungen in den kommunistischen Parteien.

Die Erfahrungen des Klassenkampfes in den Jahren 1933 und 1934 vor allem in Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Spanien warfen für die kommunistische Weltbewegung eine Reihe von neuen Fragen auf. Auf Grund dieser Erfahrungen begann nach dem XIII. EKKI-Plenum in der Kommunistischen Internationale die Diskussion über die Veränderung der Strategie und Taktik, die vor allem von Georgi Dimitroff und anderen führenden Funktionären der kommunistischen Bewegung vorangetrieben wurde. In den dabei notwendigen Auseinandersetzungen auch in der Kommunistischen Partei Deutschlands unterstützte Georgi Dimitroff insbesondere die Initiative Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts, die nach der faschistischen Machtübernahme als erste und zeitweilig als Minderheit im Politbüro des Zentralkomitees die sektiererischen und dogmatischen Fehler in der Einschätzung der Sozialdemokratie, in der Gewerkschaftsfrage und in bezug auf die Arbeit unter den Massen bekämpften.

Der Kampf der internationalen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte um die Befreiung der im Reichstagsbrandprozeß Angeklagten war zugleich ein Ausdruck der brüderlichen Verbundenheit mit allen Widerstandskämpfern, die von den Faschisten verfolgt und eingekerkert worden waren. Die kommunistischen Parteien und andere Antifaschisten führten ihren Kampf auch nach dem Sieg über die Faschisten im Reichstagsbrandprozeß weiter und setzten sich für die Freilassung Ernst Thälmanns und aller in Gefängnissen und Zucht-

häusern schmachtenden Antifaschisten ein. In fast allen Ländern und vielen Städten der Erde wurden Komitees gebildet, welche die demokratische Weltöffentlichkeit zur Solidarität aufriefen. Ihre Bemühungen um die Befreiung des revolutionären Führers der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, des sozialdemokratischen Abgeordneten Carlo Mierendorff, des fortschrittlichen Publizisten und späteren Nobelpreisträgers Carl von Ossietzky und anderer waren ein Ausdruck dafür, daß die friedliebenden und demokratischen Kräfte der ganzen Welt im Hitlerfaschismus den Brandstifter eines neuen Krieges sahen. Für sie waren die antifaschistischen Kämpfer die Repräsentanten des wahren Deutschlands, und mit ihnen verteidigten sie die Sache des Friedens, der Freiheit und des Rechts.

Der Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns wurde zu einer „Frage der Ehre für jeden, der gegen den Faschismus kämpfen will"[20], erklärte Georgi Dimitroff nach seiner Ankunft in der Sowjetunion. „Freiheit für Thälmann!" – dieser Ruf ging um die ganze Welt und löste eine machtvolle Bewegung aller friedliebenden Menschen aus; dieser Kampfruf erklang, um alle Eingekerkerten, ob Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale oder Christen, den Faschisten zu entreißen. Millionen Bürger der Sowjetunion erhoben ihre Stimme für Ernst Thälmann und bekundeten ihre Solidarität mit dem Kampf der deutschen Werktätigen gegen das faschistische Regime. In Frankreich wurden 3,8 Millionen Unterschriften gegen die Hitlerbarbarei, für die Freilassung der Antifaschisten gesammelt. In Lissabon standen in den Maschinenfabriken die Räder still, die Arbeiter forderten in einem Solidaritätsstreik die Freilassung Ernst Thälmanns. In Warschau und Łódź marschierten streikende Arbeiter vor die Gebäude der diplomatischen Vertretungen Hitlerdeutschlands und protestierten gegen die widerrechtliche Einkerkerung des deutschen Arbeiterführers. In den Straßen Amsterdams hingen Plakate mit der Forderung: „Freiheit für Thälmann und alle Antifaschisten!" Aus den Zuchthäusern Spaniens schrieben Gefangene Kampfesgrüße an Ernst Thälmann. Flüsse und Ströme in Richtung Deutschland trugen auf Bojen und Flößen Transparente mit Freiheitslosungen. Arbeiter der großen Pariser Autofabrik Citroën versicherten Ernst Thälmann, ihren eigenen antifaschistischen Kampf zu verstärken. Bedeutende Persönlichkeiten der Weltöffentlichkeit, unter ihnen Henri Barbusse, Maxim Gorki, Sinclair

[20] Georgi Dimitroff: Thälmanns Befreiung ist Ehrensache des Weltproletariats. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, 1921–1935, Berlin 1958, S. 458.

Lewis, Martin Andersen Nexö, Romain Rolland und andere, erhoben ihre Stimme gegen den deutschen Faschismus. Bekannte amerikanische, britische und französische Professoren protestierten gegen den Terror, den Hitler gegenüber dem deutschen Volke ausübte, und forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen.

So spannte sich um den Erdball ein breites und festes Band der Solidarität der besten Vertreter der Menschheit, die mit ihren Sympathien für den antifaschistischen Kampf in Deutschland den Fortschritt, die Wahrheit und das Recht verteidigten.

Der beste, klassenbewußte Kern der deutschen Arbeiterklasse leistete unter der Führung der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei einen heldenmütigen Widerstand gegen die faschistische Diktatur. Die Parteiarbeit unter den Bedingungen der Illegalität war für jedes Mitglied eine schwere Bewährungsprobe. Sie bedeutete eine völlige Umstellung im Vergleich zu den legalen Organisationsformen und -methoden vor dem Machtantritt des Faschismus. Es war nicht mehr möglich, die Politik der Partei offen darzulegen. Die Beratungen der Leitungen und die Information der Parteimitglieder konnten nicht mehr in der alten, legalen Weise erfolgen. Es galt, neue Formen und Methoden zu entwickeln, die es ermöglichten, unter den Bedingungen des Terrors und der Verfolgungen Massenarbeit zu leisten. Illegale Arbeit hieß, ein doppeltes Leben zu führen. Nach außen mußte man ein „unauffälliger" Staatsbürger, im Herzen aber und mit der Tat ein Kämpfer sein, also voller Energie, Initiative, Mut und Tapferkeit, Bescheidenheit, Geduld, Selbstbeherrschung und eiserner Disziplin. Es war notwendig, in jeder Stunde zu jedem Auftrag bereit zu sein, persönliche Opfer zu bringen, ständig ein glaubwürdiges Alibi für alle Fälle zu haben, seinen Kampfgefährten Vertrauen entgegenzubringen und sich ihres Vertrauens würdig zu erweisen, wachsam zu sein und oft über lange Zeit mühevolle Kleinarbeit zu verrichten.

Eine wichtige Erkenntnis war, daß eine solche Aufgabe nur geleistet werden konnte, wenn die Kommunisten dorthin gingen, wo die Masse der Werktätigen zusammengefaßt war und deshalb in den nazistischen Massenorganisationen die antifaschistische Arbeit organisierten. Die Erziehung der Parteikader stellte die einzelnen Leitungen vor schwierige und komplizierte Aufgaben. Die genaue Übersicht über die Kader, die Gewinnung neuer Mitglieder für die Partei, ihre Schulung und Heranziehung zu verantwortlicher Arbeit, die Umgruppierung der Kräfte, der Schutz der Kader und der Kampf gegen

Gestapospitzel und Provokationen wurden zu einer lebenswichtigen Frage für die Partei.

Jeder Schritt der illegalen Parteiarbeit war unlöslich mit der Konspiration verbunden. Einige ihrer wichtigsten Regeln waren: Nichts darf aufgeschrieben werden, alles wird im Kopf behalten. Kein Illegaler darf mehr wissen, als für die Erfüllung seiner Aufgabe notwendig ist. Eine der wichtigsten Methoden, um die Verbindung zwischen den Leitungen und den illegalen Kämpfern aufrechtzuerhalten, waren die Treffs. Sie verlangten von den Beteiligten ein hohes Maß an Zuverlässigkeit, Mut, Umsicht, Kaltblütigkeit und ein geschicktes Verhalten bei Gefahr. Wenn jemand einen Treff nicht einhalten konnte, war für einen bestimmten späteren Zeitpunkt ein Reservetreff an einem anderen Ort angesetzt. Erschien er auch zu diesem Treff nicht, konnte mit Sicherheit angenommen werden, daß etwas „passiert" war. Das brachte zusätzliche Schwierigkeiten mit sich, denn die vorhandenen Verbindungen mußten zeitweise unterbrochen, neue Decknamen und Deckadressen festgelegt und die Parteiorganisation abgesichert werden.

Die illegalen Kämpfer gegen den Faschismus erhielten in vielfältiger Art und Weise Hilfe und Unterstützung aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen. Jene, die den Illegalen halfen, waren treue, unbeirrbare, standhafte Menschen, die Opfer auf sich nahmen und zusammenrückten, um den aktiven Kämpfern gegen das Hitlerregime Unterschlupf zu gewähren. Die Kommunistische Partei Deutschlands erwies sich unter den außerordentlich komplizierten Bedingungen der Illegalität und auch angesichts der großen Opfer, die sie bereits in diesem ersten Abschnitt der Hitlerherrschaft bringen mußte, als organisierte, wirklich kämpfende, standhafte und konsequente Gegnerin des faschistischen Regimes, die dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen und antifaschistischen Kräfte des deutschen Volkes Weg und Ziel zum Sturz der Hitlerdiktatur wies.

Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und der Sieg des Faschismus machten den Bankrott der Spaltungs- und Kapitulationspolitik der Sozialdemokratie sichtbar und verstärkten die Krise in der Sozialdemokratie. Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zerfiel die Partei als einheitliche Organisation. In Deutschland und in der Emigration entstanden zahlreiche Gruppen und Organisationen, von denen viele nur für eine begrenzte Zeit bestanden. Diese Gruppen waren unterschiedlich zusammengesetzt, und

sie besaßen wechselnden Einfluß auf den antifaschistischen Kampf im Lande und in den Emigrationsländern. In der deutschen Sozialdemokratie begannen heftige Diskussionen über die Ursachen und die Lehren der Niederlage, welche die deutsche Arbeiterklasse mit dem Machtantritt des Faschismus erlitten hatte. Viele Sozialdemokraten und sozialdemokratische Gruppen, vor allem in Deutschland, setzten sich kritisch mit der Politik der SPD in der Weimarer Republik auseinander. Auf Grund eigener bitterer Erfahrungen und beeinflußt von der Einheitsfrontpolitik der KPD, begann sich unter Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratie nach der Errichtung der Hitlerdiktatur die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Spaltung der Arbeiterklasse nur den Feinden der Demokratie und des Sozialismus nützte und daß der Faschismus nur durch den einheitlichen Kampf der Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse geschlagen werden konnte.

Entgegen dem Willen des nach Prag emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes nahmen illegale sozialdemokratische Gruppen und einzelne Mitglieder den aktiven Kampf gegen den Hitlerfaschismus auf und suchten den Weg zu ihren kommunistischen Klassenbrüdern und zu den illegalen Parteiorganisationen der KPD. So kam es zu Einheitsfrontverhandlungen zwischen der illegalen Berliner Organisation der KPD und dem „Proletarischen Pressedienst" sowie zwischen Kommunisten und Gruppen des sozialdemokratischen Roten Stoßtrupps. Gemeinsam kämpfende Gruppen kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter entstanden in Bielefeld, Bremen, Breslau, Dortmund, Dresden, Forst, Hannover, Leipzig, Oschatz und in Zeitz sowie in Baden, in Bayern, in Niedersachsen, im Saarland, in Württemberg und in anderen Orten und Gebieten.

In diesen für die Aktionseinheit eintretenden sozialdemokratischen Gruppen verkörperte sich das Streben nach einer wirklichen Arbeiterpolitik in der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Hitlerdiktatur. Die Mehrzahl dieser Gruppen stand 1933/1934 in entschiedener Opposition zum Prager Parteivorstand. Andere Gruppen in Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Dortmund, Frankfurt (Main), Hamburg, Magdeburg, Offenbach und Solingen, in Lippe, in der Pfalz und im Sauerland erkannten ihn als Führung an, obwohl sie in den meisten Fällen die von Prag gelieferten Materialien nur aus Mangel an eigenem illegalen Propagandamaterial verteilten.

Auch in der sozialdemokratischen Emigration zeigten sich unter-

schiedliche Auffassungen zum antifaschistischen Kampf und zur Aktionseinheit mit der KPD. In Paris erklärten sich Sozialdemokraten, die sich als Stoßbrigade Einheitsfront bezeichneten, für ein Zusammengehen mit den Kommunisten. In der Prager Emigration besaßen Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel, die seit der Reichskonferenz der Sozialdemokratie am 26. April 1933 Mitglieder des Parteivorstandes waren, starken Einfluß, wobei sie sich auf das Grenzsekretariat der Sozialdemokratie in Karlsbad und auf illegale Gruppen vor allem in den Bezirken Chemnitz und Halle sowie im Erzgebirge stützen konnten. In Prag konstituierte sich im Sommer 1933 ein Auslandsbüro der Gruppe Neu Beginnen, das in der Folgezeit auf den sozialdemokratischen Widerstand wachsenden Einfluß nahm.

Im Herbst 1933 erhielt der Prager Emigrationsvorstand Informationen über die Situation in den sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland, aus denen hervorging, daß die Mehrzahl dieser Gruppen eine Führung durch den Emigrationsvorstand in Prag ablehnte. Unter dem Druck der proletarischen und anderen oppositionellen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die den Parteivorstand und seine Politik für die Niederlage der Arbeiterklasse im Januar 1933 verantwortlich machten, sah er sich weitgehend in die Isolierung gedrängt. In dieser Situation veröffentlichte er am 28. Januar 1934 in seinen Publikationsorganen „Neuer Vorwärts" und „Sozialistische Aktion" ein Manifest unter dem Titel: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus – Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"[21]. In diesem programmatischen Dokument, als Prager Manifest bekannt, wurde zu den Ergebnissen von 14 Jahren sozialdemokratischer Politik in der Weimarer Republik Stellung genommen. In einigen Formulierungen des Manifestes rückten die Mitglieder des Parteivorstandes selber von der Koalitions- und Spaltungspolitik, die zum Machtantritt des Hitlerregimes geführt hatte, ab. Sie erklärten, daß die bisherige Politik gescheitert und die sozialdemokratischen Organisationen zerschlagen worden waren. Über die Gründe heißt es im Manifest: „Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm [1918] ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges des-

[21] Dokument Nr. 15.

orientierte deutsche Arbeiterbewegung beging." Darauf folgt die Erkenntnis, daß es eine Wiederholung dieses Fehlers nicht geben dürfe. Für ein zukünftiges neues Deutschland sei es notwendig, „den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln" und den alten politischen Apparat zu zerschlagen. Das erfordere: „Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, Überführung der Forsten in Reichseigentum und Reichsverwaltung, Verwendung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauernsiedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern mit ausreichender Förderung durch Staatsmittel. Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie ... Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen." Und weiter heißt es: „Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung ..."[22]

Die Grundgedanken des Manifestes entsprachen, trotz aller Widersprüchlichkeit in vielen Formulierungen, dem Willen und den Erwartungen vieler sozialdemokratischer Arbeiter, die, aufgerüttelt vom Untergang ihrer großen Organisationen, der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, nach einer neuen sozialdemokratischen Politik strebten. Die Schlußfolgerungen des Manifestes enthielten wichtige Voraussetzungen für eine selbständige, wirklich antifaschistische Arbeiterpolitik. Die Politik der maßgebenden Kräfte im Prager Emigrationsvorstand und anderer sozialdemokratischer Führer ließ jedoch die im Manifest liegenden Möglichkeiten zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf ungenutzt. Mehrere dieser sozialdemokratischen Führer rückten schon wenig später offen von den im Manifest enthaltenen Grundgedanken ab. Sie spekulierten weiter auf das Aufbrechen von Widersprüchen im faschistischen Lager, auf das Abwirtschaften des faschistischen Regimes; für diesen Zeitpunkt wollten sie sich als mögliche Koalitionspartner für vermeintliche oppositionelle Kräfte der Großbourgeoisie und der deutschen Militärs bereithalten.

[22] Sozialistische Aktion (Karlsbad), 28. Januar 1934.

3. Der Klassencharakter des Faschismus

Der Hitlerfaschismus war die Fortsetzung, Zusammenfassung und Steigerung aller reaktionären, volksfeindlichen und antidemokratischen Entwicklungstendenzen des deutschen Imperialismus und Militarismus seit seiner Entstehung um die Jahrhundertwende. Zugleich stellte er die Fortführung und den Höhepunkt aller antinationalen und antihumanistischen Tendenzen und Bestrebungen in der deutschen Geschichte überhaupt dar. Der Faschismus war die Antwort der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals in Deutschland und in der Welt auf die Veränderungen des Kräfteverhältnisses seit dem Beginn der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Sowjetunion einleitete.

Die faschistische Diktatur in Deutschland war nicht, wie von westdeutschen Historikern und von Historikern anderer kapitalistischer Länder behauptet wird, eine Form der Staatsmacht, die über den Klassen stand, nicht die Diktatur eines Mannes, Adolf Hitlers, oder seiner Nazipartei und auch nicht der Versuch des aufständischen Kleinbürgertums, sich mit terroristischen Mitteln der Staatsmaschinerie zu bemächtigen.

Der Faschismus war ein Regierungssystem des politischen Banditentums und der Provokationen, an die Macht gebracht im Interesse der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals, um die Arbeiterklasse und alle anderen Schichten des deutschen Volkes zu unterdrücken. Am Beispiel des Hitlerfaschismus zeigte sich, daß zwischen den antinationalen Ausbeutungs- und Machtinteressen der herrschenden monopolkapitalistischen Kreise und den Lebensinteressen des deutschen Volkes ein unüberbrückbarer Widerspruch bestand. Die Hintermänner der faschistischen NSDAP und der Hitlerregierung, die wahren Herren Deutschlands, waren die reaktionärsten Monopolherren, Militaristen und Junker.

So richtete das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 24. März 1933 an Hitler ein Schreiben, in dem es seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß der neue Staat die Grundlagen geschaffen habe, um die Wirtschaft vor den Störungen und politischen Schwankungen zu bewahren, die ihr angeblich der frühere, eng an die Verfassung gebundene Staat gebracht hätte. Am 4. April 1933

erklärte der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, daß die von ihm vertretenen Unternehmer von Industrie und Handel, Schiffahrt, Banken und Verkehr sich vorbehaltlos zur freudigen Mitarbeit am nationalen Staat bekennen würden. Auch der Reichsverband kommunaler und öffentlicher Arbeitgeberverbände und andere Unternehmervereinigungen wandten sich mit ähnlichen Dankadressen und Treueerklärungen an Adolf Hitler. Am 30. Mai 1933 schlug Gustav Krupp von Bohlen und Halbach in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vor, nach dem Vorbild der Hindenburg-Spende in der Weimarer Republik eine Adolf-Hitler-Spende zur ständigen Unterstützung der Nazipartei einzuführen.[23] Er selbst übernahm den Vorsitz des zu diesem Zweck gegründeten Kuratoriums. Alle Firmen und Verbände wurden aufgefordert, jährlich mindestens fünf vom Tausend der Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1932 an die NSDAP abzuführen. Von der Industrie wurden im Jahre 1935 etwa 20 Millionen und 1937/1938 rund 46 Millionen RM gezahlt. Der Gesamtbetrag der Adolf-Hitler-Spende in den zwölf Jahren faschistischer Diktatur betrug über 700 Millionen RM. Von diesen Geldern erhielten unter anderen die SS, der Sicherheitsdienst, die Hitlerjugend und die Auslandsorganisationen der Nazipartei jährlich feste Beträge.

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verstärkte und beschleunigte sich unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur in bedeutendem Maße. Die Verschmelzung der Macht der Finanzoligarchie mit der Macht des Staates, die völlige Unterordnung des gesamten Staatsapparates unter die Herrschaft der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Finanzkapitals, erreichte ihren bisherigen Höhepunkt in Deutschland und eine wesentlich höhere Stufe als in den USA. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges hatte das faschistische Deutschland die Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Konzentration und Monopolisierung des Kapitals und der Herrschaft der größten Monopole im Wirtschaftsleben des Landes beträchtlich überholt.

Die Militarisierung der Wirtschaft, der rasche Übergang zur Kriegswirtschaft, die großen staatlichen und privaten Kapitalanlagen in den Wirtschaftszweigen der Rüstungsindustrie, der Aufbau einer großen faschistischen Aggressionsarmee, die gewaltige Erweiterung des staatlichen Terror- und Unterdrückungsapparates und der Staatsbürokratie

[23] Dokument Nr. 10.

führten zu einer enormen Steigerung der Monopolprofite und verwandelten Hitlerdeutschland in eines der parasitärsten Länder des imperialistischen Systems. Die Vernichtung aller bürgerlich-demokratischen Freiheiten, der hemmungslose Terror bis zur physischen Vernichtung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes bedrohten die Existenz der deutschen Nation auf das äußerste.

Die Übernahme der alleinigen politischen Macht durch die Hitlerpartei und die terroristische Unterdrückung aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte diente den reaktionärsten Cliquen des Monopolkapitals dazu, ihre Vorherrschaft in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu sichern und auszubauen und sich die Volkswirtschaft zur Vorbereitung auf einen neuen Krieg vollständig zu unterwerfen. Zu diesem Zweck wurden die gesamte Industrie schrittweise der unmittelbaren Verfügungsgewalt der einflußreichsten Monopole unterstellt und in schneller Folge alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um eine Rüstungsproduktion größten Ausmaßes anlaufen zu lassen.

Schon am 25. April 1933 legte Gustav Krupp von Bohlen und Halbach im Namen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Hitlerregierung einen Plan zur „Neugestaltung der Industrie" vor. Er enthielt Vorschläge für die Koordinierung der wirtschaftlichen mit entsprechenden politischen Schritten, um die Aufrüstung zu beschleunigen. Eine erste Maßnahme war die Berufung des Generalrates der deutschen Wirtschaft durch Hitler am 15. Juli 1933. Diesem Rat gehörten 17 Mitglieder an, Vertreter der einflußreichsten Monopolgruppen, der Banken, der Großagrarier und der höheren Nazibürokratie. Am gleichen Tage erließ die Hitlerregierung ein Gesetz über die Errichtung von Zwangskartellen. Es bot die Möglichkeit, bisher außerhalb der „marktregelnden Verbände" stehende Unternehmen zwangsweise zu Syndikaten und Kartellen zusammenzuschließen. Das führte zur Stärkung der Positionen der großen kartellbeherrschenden Monopole und zur weiteren Konzentration des Kapitals. In der Folgezeit wurden viele mittlere und kleinere Betriebe mit Hilfe dieses Gesetzes ihrer Selbständigkeit beraubt und ausgeschaltet.

Diese ersten Schritte zum Ausbau des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus im faschistischen Deutschland waren von wichtigen Maßnahmen der Hitlerregierung in der Außenpolitik begleitet. Die herrschenden Kreise Deutschlands dachten nicht mehr daran, sich mit der Beschränkung und der Kontrolle ihrer militärischen Rüstungen

abzufinden. Unter dem Vorwand, daß der Völkerbund Deutschland keine „Gleichberechtigung" gewähren wolle, trat die faschistische Regierung am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund aus. Damit begann eine neue Etappe des Kampfes des deutschen Imperialismus und Militarismus gegen das Versailler System. Zur diplomatischen Vorbereitung des geplanten Krieges gehörte die schrittweise Zerschlagung des nach dem ersten Weltkrieg geschaffenen Systems von Verträgen, das es den deutschen Imperialisten erschwerte, ihre Pläne zur Kriegsvorbereitung und zur Eroberung der Weltherrschaft ungehindert zu verwirklichen.

Das am 27. Februar 1934 von der Hitlerregierung erlassene „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft" hatte zum Ziel, die Macht der Monopole noch stärker mit der Macht des faschistischen Staatsapparates zu verschmelzen.[24] Mit Hilfe dieses Gesetzes und einer Verordnung vom November 1934[25] wurde die gesamte Wirtschaft in sechs Reichsgruppen – Industrie, Handel, Handwerk, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft – aufgegliedert. In diesem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterwarfen die aggressivsten Monopole und Banken, wie die Vereinigte Stahlwerke AG, die IG Farbenindustrie AG, das Kali-Syndikat, der Siemens-Konzern und die Allgemeine Electrizitäts-Gesellschaft (AEG), die Friedrich Krupp AG und die Deutsche Bank, das gesamte gesellschaftliche Leben ihrer politischen und wirtschaftlichen Diktatur. Zu den führenden Exponenten der herrschenden Finanzoligarchie gehörten Hermann Abs, Friedrich Flick, Karl Haniel, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Robert Pferdmenges, Ernst Poensgen, Günther Quandt, Hermann Röchling, Hjalmar Schacht, Kurt von Schröder, Fritz Springorum, Emil Georg von Stauß, Hugo Stinnes, Fritz Thyssen, Albert Vögler, Wilhelm Zangen und andere.

Die Vertreter der mächtigsten Konzerne und Banken standen an der Spitze dieser Reichsgruppen. Sie leiteten die 31 Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie und die nach der Erzeugung bestimmter Rohstoffe, Halb- oder Fertigprodukte und -geräte gegliederten 161 Fachgruppen und 137 Fachuntergruppen der einzelnen Industriezweige. Für alle Unternehmer bestand der Zwang, der entsprechenden Wirtschaftsgruppe beizutreten. Auf diese Weise beherrschten die Vertreter der führenden Konzerne sehr bald den gesamten wirtschaftlichen

[24] Dokument Nr. 16.

[25] Dokument Nr. 20.

und finanzpolitischen Apparat des faschistischen Deutschlands. Nach dem „Führerprinzip" übten sie in ihren Wirtschaftszweigen die Kontrolle über Produktion und Preise aus. Sie lenkten die Staatsaufträge für die Rüstung, verteilten die Rohstoffe, kontrollierten die Warenvorräte, den Absatz, den Export und die Investitionen, die Lohnentwicklung und den Einsatz der Arbeitskräfte. Das Hauptziel der in diesem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus herrschenden Monopolverbände bestand darin, möglichst schnell eine straff organisierte und voll leistungsfähige Wirtschaft für den Krieg aufzubauen.

Den Reichsgruppen entsprach auf dem Gebiet der Agrarpolitik der Reichsnährstand, mit dessen Hilfe das Finanzkapital und die Großgrundbesitzer auch die Landwirtschaft Deutschlands völlig unter ihre Kontrolle brachten. Der Reichsnährstand war die Zwangsorganisation aller Beschäftigten der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei, des Gartenbaues und des Landhandels. Sein Hauptziel war die Vorbereitung der Autarkie auf dem Gebiet der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung und der Versuch, eine ausreichende Ernährungs- und Rohstoffgrundlage für den Krieg zu schaffen. Dadurch wurde der Einfluß der Junker und Großbauern auf dem Lande noch mehr gestärkt.

Mit einer Reihe von Maßnahmen vergrößerten die Faschisten außerdem ihren Einfluß auf dem Lande. In einem bestimmten Teil der Bauernschaft wollten sie sich mit einer Reihe von Vergünstigungen, welche sie diesen Bauern zugestanden, auf dem Dorfe eine ihnen ergebene Massenbasis sichern. So wurde bereits am 29. September 1933 das Reichserbhofgesetz erlassen.[26] Es bestimmte, daß ein Erbhof mindestens so groß sein müßte, daß von seinen Erträgen eine Familie ernährt werden könnte. Die Höchstgrenze lag bei 125 Hektar. Nur der Eigentümer eines Erbhofes durfte sich Bauer nennen. Erbhofbauer konnte nur werden, wer dem faschistischen Staat treu ergeben war und seine „arische Reinrassigkeit" ab 1800 nachweisen konnte. Ungeteilt ging der Erbhof an den ältesten Sohn über. Eine Schicht von zum Teil wirtschaftlich starken Bauern entstand, die ökonomisch, politisch und ideologisch mit der herrschenden Klasse verbunden war und sich in Abhängigkeit von der Hitlerregierung und vom Monopolkapital befand.

Im Einklang mit diesen Maßnahmen stand das von der Hitlerregierung am 20. Januar 1934 erlassene „Gesetz zur Ordnung der natio-

[26] Dokument Nr. 11.

nalen Arbeit"[27]. Es beseitigte die Rechte der Betriebsräte, die sich die Arbeiter nach der Novemberrevolution erkämpft hatten, und bestimmte den Unternehmer zum alleinigen Führer des Betriebes. Dieser hatte über alle innerbetrieblichen Fragen, wie Arbeitszeit, Lohnfragen, Einstellung, Entlassung und Strafen, zu bestimmen. An die Stelle der Betriebsräte traten sogenannte Vertrauensräte, die den Unternehmern beratend zur Seite stehen sollten. Der Betriebsführer wurde ohne Wahl zum Vorsitzenden des Vertrauensrates bestimmt. Vorschläge für die Listen zur Wahl der Vertrauensräte durften nur der Unternehmer und die faschistischen Organisationen einreichen. Der Vertrauensrat bekam die Aufgabe zugewiesen, innerhalb der sogenannten Betriebsgemeinschaft zu vermitteln und insbesondere für die Einhaltung der Betriebsordnung, die der Betriebsführer diktatorisch erließ, zu sorgen. Durch dieses Gesetz wurde das in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Recht der Arbeiterklasse zur Vertretung ihrer Interessen im Betrieb beseitigt. In die Betriebe des faschistischen Deutschlands zog ein militaristisches Regimes ein, in dem der Kapitalist als uneingeschränkter Befehlshaber kommandierte.

Im März und April 1934, nach dem Erlaß des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit", veranstalteten die Faschisten in den Betrieben die ersten Vertrauensrätewahlen. Die Nazis wagten nicht, das Ergebnis dieser Wahlen zu veröffentlichen. Gemeinsam hatten kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter durch die Ausnutzung dieser faschistischen Wahlen den Nazis eine empfindliche Niederlage bereitet. Ausgehend von den jeweiligen konkreten Bedingungen in den Betrieben, schlug die KPD vor, ungültige oder Nein-Stimmen abzugeben, unternehmerhörige Kandidaten und Vertreter der faschistischen Organisationen zu streichen, die Stimmen für klassenbewußte Arbeiter abzugeben oder zu versuchen, auch eigene Listen aufzustellen. Nur etwa 40 Prozent der Arbeiter beteiligten sich an den Wahlen, und die Kandidaten der Unternehmer und faschistischen Organisationen erhielten in den meisten Betrieben nicht mehr als 25 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dieser erste erfolgreiche Versuch, das faschistische Arbeitsgesetz zu durchbrechen, gab den Bestrebungen zur Herstellung einer Einheitsfront aller Teile der Arbeiterklasse Auftrieb.

Schon im ersten Jahr der Hitlerdiktatur waren in der Wirtschaft ein hohes Maß an Konzentration unter der Herrschaft der führenden

[27] Dokument Nr. 14.

Monopolgruppen und die verstärkte Versklavung der Arbeiterklasse erreicht. Mit der Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung der stärksten und ausschlaggebenden Monopolverbände gegen die Konkurrenten im eigenen Lager, gegen die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte des deutschen Volkes gelang es der Hitlerregierung und ihren Hintermännern, die faschistische Diktatur schrittweise zu konsolidieren.

Dieser Prozeß der Konsolidierung des Naziregimes verlief jedoch nicht ohne Schwierigkeiten und Widersprüche. Er erfolgte auf der einen Seite gegen den mutigen Kampf der Kommunistischen Partei, vieler Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie und anderer Antifaschisten und Demokraten. Es gab antifaschistisch-demokratischen Widerstand klassenbewußter Arbeiter und eine ganze Reihe spontaner, wenn auch isolierter Aktionen, die nicht über einen Betrieb oder ein Gebiet hinausgingen. Gegen diesen Widerstand gingen die Faschisten mit brutalem Terror vor.

Auf der anderen Seite verschärften sich die Widersprüche im Lager der herrschenden Klassen selbst. Sie entsprangen aus den Auseinandersetzungen der verschiedenen Hauptgruppen der deutschen Großbourgeoisie um die Besetzung der einflußreichsten Stellungen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie ergaben sich vor allem aber aus zeitweiligen Differenzen über den weiteren Weg, über die Formen und Methoden der Niederhaltung der Volksmassen, über das Tempo der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitung sowie über die nächsten Schritte zur Beseitigung des Versailler Vertrages.

Eine wichtige Rolle spielte die wachsende Unzufriedenheit in der kleinbürgerlichen Nazianhängerschaft, vor allem in der SA unter deren Stabschef Ernst Röhm. Diese Kräfte forderten immer nachdrücklicher, daß die vor dem Machtantritt der Faschisten abgegebenen Versprechungen, die materielle Lage dieser Schichten rasch zu verbessern und die Stellung der SA-Führer gegenüber der Reichswehr zu verstärken, erfüllt werden sollten.

Mit Zustimmung der Monopolherren um Friedrich Flick, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen und anderer sowie der Reichswehrgenerale um Werner von Blomberg und Walther von Reichenau richtete die führende Gruppe der Nazipartei am 30. Juni 1934 in Berlin, München und in anderen Teilen des Reiches ein grausames Blutbad unter ihren eigenen Anhängern an, dem über 1000 Personen zum Opfer fielen. Unter den Kugeln der Hin-

richtungskommandos der SS starben Ernst Röhm und einige andere höhere und mittlere SA-Führer, ferner die politischen Exponenten der Richtung um Gregor Strasser, die die Mißstimmung in der SA für ihre Zwecke ausnutzen wollten, und die Generale Kurt von Bredow und Kurt von Schleicher sowie die aktivsten Angehörigen der konservativ-monarchistischen Opposition. Außerdem nutzten Hermann Göring, Heinrich Himmler und Adolf Hitler die Gelegenheit, unbequem gewordene Mitwisser ihrer Verbrechen und andere ihnen mißliebige Personen erschießen oder in die Konzentrationslager verschleppen zu lassen.

Das Ergebnis des 30. Juni 1934 war der vorläufige Abschluß der Auseinandersetzung der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der deutschen Großbourgeoisie. Es gewannen diejenigen Kräfte die Oberhand, die den rücksichtslosen Terror noch verstärken und die Aufrüstung beschleunigen wollten. Die Machtpositionen der Gruppe um Hjalmar Schacht und der schwerindustriellen Ruhrmonopole festigten sich. Adolf Hitler und seinen engsten Anhängern gelang es, die Differenzen mit der Reichswehrführung zu überbrücken und sich mit ihr über die faschistische Expansionspolitik, wie sie im Programm der Hitlerregierung vorgezeichnet war, zu einigen. Die SA wurde auf ihre innenpolitische Aufgabe beschränkt. Der politische Einfluß der SS-Verbände in allen Zweigen des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens wurde bedeutend erhöht. Schon im April 1934 übernahm Heinrich Himmler das Kommando über die Geheime Staatspolizei, das wichtigste Terrorinstrument des faschistischen Machtapparates, in allen deutschen Ländern. Am 20. Juli hob Hitler mit einem Erlaß die Unterstellung der SS unter die SA auf und machte sie zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der Nazipartei.

Der Übergang der faschistischen Diktatur zur offenen Aufrüstung. Das Ringen der Kommunistischen Partei Deutschlands um die neue Strategie und Taktik zum Sturz der Hitlerdiktatur (Mitte 1934 bis Mitte 1935)

1. Der Übergang des Hitlerregimes zur offenen Aufrüstung. Die faschistische Ideologie

Die reaktionärsten politischen Kräfte nutzten die Ergebnisse des 30. Juni 1934 zur weiteren Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht. Nach der inneren Festigung der faschistischen Diktatur wurden weitere Schritte zur Aufrüstung eingeleitet. Immer stärker drängten diese Kräfte auf einen Krieg zur Revision der Niederlage von 1918 und zur Eroberung der Weltherrschaft.

Große Bedeutung für die Kriegsvorbereitung sowohl nach innen als auch nach außen hatte die Kampagne des faschistischen deutschen Imperialismus zur Rückgliederung des Saargebietes. Durch den Versailler Vertrag war das Saargebiet für die Dauer von 15 Jahren der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt worden. Im Herbst 1934 eröffneten die deutschen Faschisten im Saargebiet eine wilde chauvinistische

Hetze gegen den Vertrag von Versailles und namentlich gegen Frankreich. Den deutschen Monopolen ging es vor allem um die ökonomischen Potenzen des Saargebietes sowie um die Vorverlegung der Grenzen gegenüber Frankreich. Die Angliederung des Saargebietes sollte die wirtschaftlichen Potenzen des faschistischen deutschen Imperialismus wesentlich stärken und damit auch die Aufrüstung beschleunigen. Das fast 2000 Quadratkilometer große Saargebiet mit etwa 800 000 Einwohnern konnte in wichtigen Zweigen der Wirtschaft einen Produktionszuwachs bringen, der durch folgende Tabelle veranschaulicht wird:

Industrieproduktion des Deutschen Reiches und des Saargebietes 1934 (in Mill. t)

	Deutsches Reich	Saargebiet
Steinkohle	124,9	11,3
Roheisen	8,7	1,8
Rohstahl	11,7	2,0
Walzfertigerzeugnisse	8,5	1,4

Die Lage im Saargebiet war außerordentlich kompliziert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung war der jahrelang betriebenen chauvinistischen Kampagne gegen den Versailler Vertrag erlegen. Sie sah nicht, daß mit der Angliederung an das faschistische Deutschland auch an der Saar das Regime des Blutterrors errichtet und die letzten Reste demokratischer Rechte und Freiheiten liquidiert werden würden. Die Kommunistische Partei Deutschlands trug in ihrer Politik diesen Tatsachen Rechnung. Sie verstand zwar den berechtigten Wunsch der deutschen Saarbevölkerung nach Wiederangliederung an Deutschland. Aber unter den konkreten Bedingungen mußte dieser Anschluß Macht und Autorität des faschistischen Regimes bedeutend stärken. Deshalb organisierte die KPD den Kampf gegen die Angliederung des Saargebietes an Deutschland. Sie trat für den Status quo ein, das heißt für die Beibehaltung der Selbständigkeit des Saargebietes unter der Kontrolle des Völkerbundes. Damit ließ sie die Möglichkeit offen, zu gegebener Zeit, wenn Deutschland vom Faschismus frei sein würde, eine erneute Abstimmung für den Anschluß an Deutschland durchzuführen. Mitte Juni 1934 erklärten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs und die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei des Saargebietes in einem Aufruf, daß der Status quo der werktätigen Bevölkerung an der Saar die besten



Ernst Thälmann im Hof
des Berliner Polizeipräsidiums



Antifaschistischer Kongreß zum Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns in Zürich

Einheitsfrontangebot der K.P. Deutschlands

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Gegenüber dem unerhörten Terror der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung und den SA- und SS-Banden der Hitler-Partei gegen die werktätigen Massen, insbesondere die Kommunisten und auch die Sozialdemokraten, muss die kämpfende Einheitsfront aller Werktätigen geschaffen und sofort mit Kampfaktionen aus den Betrieben und von den Stempelstellen aus begonnen werden. Durch eine Welle von aktiven Kämpfen der verschiedensten Art und ihrer Zusammenfassung und Steigerung zu gewaltigen Massenstreiks muss die Arbeiterschaft den Kampf gegen diesen Terror aufnehmen.

Wir hatten uns bereits Ende Februar d.Js., als nach dem Reichstagsbrand von der Regierung eine Pogromhetze gegen Kommunisten und Sozialdemokraten entfaltet wurde, mit einem schriftlichen Angebot an Sie gewandt, gemeinsam mit uns die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Terror und die Unterdrückung jeder Wahlfreiheit aufzurufen. Sie haben dieses Angebot ablehnend beantwortet. Nachdem nunmehr auch der faschistische Umsturz in allen Ländern durchgeführt wird und bereits Massnahmen zur völligen Unterdrückung der Arbeiterbewegung eingeleitet werden, treten wir erneut an Sie mit dem Angebot des gemeinsamen Kampfes heran. Der Führer unserer Partei, der Genosse Ernst Thälmann, und auch Führer der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere aber Tausende von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, sind in den Kerkern dem faschistischen Mordterror ausgeliefert. Alle kommunistischen Zeitungen und auch ein grosser Teil der Zeitungen der Sozialdemokratie sind verboten. Gewerkschaftshäuser und Arbeiterwohnungen wurden von den Faschisten gestürmt und demoliert. Erschiessungen von Arbeitern "auf der Flucht" haben bereits in grösserem Umfange begonnen. Mit diesem ganzen Terror, der von der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung und von den S.A.- und S.S.-Banditen der Hitler-Partei verübt wird, sollen die werktätigen Massen geknebelt werden, um das grosskapitalistische und grossagrarische Wirtschaftsprogramm gegen die werktätigen Massen einzusetzen.

Wir machen Ihnen deshalb den Vorschlag, in einem gemeinsamen Aufruf die werktätigen Massen, insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten aufzufordern:

Kommunisten und Sozialdemokraten beginnen sofort mit der Organisierung und Durchführung der Abwehr gegen die Angriffe der faschistischen Reaktion auf die Arbeiterorganisationen, für die sofortige Freilassung aller verhafteten Arbeiter und Arbeiterführer, für die Aufhebung der Schutzhaftverfügung gegen die kommunistischen Abgeordneten und Funktionäre der Arbeiterorganisationen, für die Aufhebung der Notverordnungen über Zeitungs- und Demonstrationsverbote und die Einführung der Hilfspolizei.

Kommunisten und Sozialdemokraten organisieren die gemeinsame Abwehr gegen die bewaffneten Ueberfälle der faschistischen Banden und SA-Hilfspolizei durch Massenproteste, Massendemonstrationen, politische Massenstreiks und Massenselbstschutz.

Kommunisten und Sozialdemokraten organisieren Aktionsausschüsse in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln und organisieren Selbstschutzgruppen zum Schutz des Arbeiterlebens und Arbeitereigentums.

z/

Kommunisten und Sozialdemokraten beginnen unverzüglich durch Protestaktionen, Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks mit dem Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die Anschläge auf die Sozialversicherung, gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung, gegen die Entlassungen aus den Betrieben, für die Verteidigung der Arbeiterfunktionäre in den Betrieben und für die Entfernung der Polizei und SA-Hilfspolizei vor den Betrieben.

Bei der Annahme und praktischen Durchführung dieser zwei wichtigsten Kampfaufgaben wird das Zentralkomitee der KPD, im Einvernehmen mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale, sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und den Faschismus jedes Angriffes auf die Sozialdemokratie enthalten.

Gegen alle, die die Bedingungen des Abkommens bei der Durchführung der Einheitsfront verletzen, muss der rücksichtsloseste Kampf geführt werden.

Angesichts des Ernstes der Lage, die unmittelbare Kampfaktionen der Arbeiterschaft gegen den faschistischen Terror erfordert, halten wir es für notwendig, dass alle kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbannerarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder ohne die Resultate zentraler Verhandlungen abzuwarten, die Organisierung gemeinsamer Kampfaktionen und die Wahl gemeinsamer Kampfleitungen unverzüglich in Angriff nehmen.

Berlin, den 14. März 1933.

Zentralkomitee der Kommunistischen
Partei Deutschlands.

zum gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus. 14. März 1933



SA besetzt das Gewerkschaftshaus Am Engelufer in Berlin, Mai 1933



Plünderung und Zerstörung eines Gewerkschaftshauses durch SA, Mai 1933



Sozialdemokratische Funktionäre im Konzentrationslager Oranienburg, 1933. V. r. n. l.:
Kurt Magnus, Hans Flesch, Hermann Giesecke, Alfred Braun, Friedrich Ebert, Ernst Heilmann



Antifaschisten im Konzentrationslager Oranienburg, 1933



Verbrennung humanistischer Literatur auf dem Opernplatz in Berlin, 10. Mai 1933



Carl von Ossietzky im Konzentrationslager Papenburg-Esterwegen



Das Moorsoldatenlied, verfaßt von Häftlingen des Konzentrationslagers Börgermoor



Illegale kommunistische Zeitungen



muß, wenn man auch nur dem Aeußeren nach als ein Gentleman angesehen werden will. Sie werden in der englischen Romanliteratur häufig Hinweise auf die Kunst des Selbstrasierens finden.

Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt. Grundstürzend hat der Sieg der deutschen Gegenrevolution das Wesen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung geändert. Der Knechtschaft und Gesetzlosigkeit preisgegeben ist das Volk im totalen faschistischen Staat. Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Recht der Freiheit, die Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung.

I. Die Bedingungen des revolutionären Kampfes. Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es kein Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität

Illegale, getarnte Ausgabe des Prager Manifests der SPD, 1934

Möglichkeiten biete, ihre Interessen zu vertreten. Der Kampf der KPD für den Status quo entsprach sowohl den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes als auch dem proletarischen Internationalismus.

Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei kämpften im Saargebiet die Internationale Arbeiterhilfe, der Kommunistische Jugendverband, die Sozialdemokratische Landespartei, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Arbeiterwohlfahrt und andere Arbeiterorganisationen in einer antifaschistischen Einheitsfront. Am 2. Juli 1934 wurde zwischen Vertretern der Bezirksleitungen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes ein Einheitsfrontabkommen abgeschlossen. Es sah vor, daß beide Parteien gemeinsam gegen den Anschluß des Saargebietes an Hitlerdeutschland kämpften, einheitliche Kampfkomitees bildeten und gemeinsame Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Faschismus durchführten. Am 12. Juli 1934 erließen in Saarbrücken der Kommunistische Jugendverband und die Sozialistische Arbeiterjugend einen gemeinsamen Aufruf zum Kampf gegen die Angliederung der Saar an Hitlerdeutschland, gegen die Verschickung der Jugend in die Arbeitsdienstlager nach Deutschland und gegen die Einführung eines Arbeitsdienstes im Saargebiet. Sie forderten bezahlten Urlaub für die Jugendlichen und die Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche ab 14 Jahren. Dieser Aufruf war die erste Vereinbarung von Organisationen beider Arbeiterjugendverbände nach dem Machtantritt des Faschismus. Besonderen Anteil an diesen Schritten zur Aktionseinheit hatte Erich Honecker als Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes im Saargebiet.

Am 15. und 16. Dezember 1934 wurde in Saarbrücken, auf Initiative der Internationalen Arbeiterhilfe und kommunistischer, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen ein Saarländischer Sozialpolitischer Kampfkongreß durchgeführt, an dem 926 Delegierte verschiedener Organisationen teilnahmen. Es sprachen der Kommunist Philipp Daub und die Sozialdemokratin Luise Schiffgens. Der Kongreß nahm ein Programm an, das umfangreiche Sozialversicherungsmaßnahmen vorsah; ferner eine Entschließung, in der gefordert wurde, den Abbau der sozialen Errungenschaften und die Beseitigung der demokratischen Freiheiten zu verhindern. Es wurde zum gemeinsamen Kampf aller Antifaschisten für die Erhaltung des Status quo im Saargebiet aufgerufen. Im Dezember 1934 schlossen sich die stärksten Gewerkschaften des Saargebietes, der freigewerkschaftliche und

der rote Bergarbeiterverband, zu einer einheitlichen Organisation zusammen. Die Kommunistische Partei nutzte jede Möglichkeit, alle antifaschistischen Kräfte zu einer breiten Front zusammenzuschließen. Sie zog aus den Lehren der Kämpfe im Saargebiet wichtige Schlußfolgerungen für die Ausarbeitung der Einheits- und Volksfrontpolitik.

Dem Kampf für den Status quo war kein Erfolg beschieden. Mit offenem Terror wütete die faschistische Deutsche Front im Saargebiet. Sie mißbrauchte gewissenlos die aufrichtigen nationalen Gefühle der Saarbevölkerung und deren Unwissenheit über die Folgen eines Anschlusses an Deutschland. Mit ideologischem und physischem Terror und auch infolge der wohlwollenden Haltung reaktionärer Kreise Frankreichs und Großbritanniens erreichten die faschistischen Kräfte einen Abstimmungssieg. Am 13. Januar 1935 entschieden sich 90,76 Prozent der Stimmberechtigten für den Anschluß an Deutschland. Am 1. März 1935 wurde das Saargebiet an Hitlerdeutschland angegliedert. Unmittelbar nach der Abstimmung gingen die Faschisten in einem großangelegten Terrorfeldzug gegen antifaschistische Kräfte in ganz Deutschland vor. Massenverhaftungen erfolgten vor allem in den Industriestädten an Rhein und Ruhr.

Der Anschluß des Saargebietes an Deutschland bedeutete einen außenpolitischen Erfolg des faschistischen deutschen Imperialismus, der die weitere Aufrüstung stark begünstigte. Die Nazis nutzten dieses Ereignis zur chauvinistischen Verhetzung des deutschen Volkes und für die Kriegsvorbereitung aus.

Angesichts des Abstimmungssieges im Saargebiet versuchten die Faschisten auch in der Freien Stadt Danzig zum gleichen Erfolg zu kommen. Die nationalsozialistische Mehrheit des Danziger Volkstages beschloß in der Sitzung am 20. Februar 1935 die Auflösung des Volkstages. Der Danziger Senat schrieb Neuwahlen für den 7. April aus. Die Faschisten wollten unter allen Umständen im neuen Volkstag eine Zweidrittelmehrheit erreichen, um die Verfassung der unter Kontrolle des Völkerbundes stehenden Freien Stadt zu ändern. Durch den aufopferungsvollen Kampf der inzwischen auch in Danzig verbotenen Kommunistischen Partei und anderer Antifaschisten, darunter vieler Sozialdemokraten, konnte diese Absicht der Faschisten durchkreuzt werden. Mit den für die Liste der Faschisten abgegebenen 54,3 Prozent der Stimmen gelang es ihnen nicht, ihre Ziele durchzusetzen. Dieses Abstimmungsergebnis in Danzig veranlaßte demokratische

Kräfte in aller Welt, vom Völkerbund zu fordern, den Status der Freien Stadt Danzig vor den Anschlägen der Faschisten zu bewahren.

Nach der Eingliederung des Saargebietes konnten sich die Faschisten darauf konzentrieren, die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Beschränkung der Rüstung und der Heeresstärke zu beseitigen. Der beschleunigten Aufrüstung standen allerdings einige ernsthafte ökonomische Schwierigkeiten entgegen. Von den 30 wichtigsten strategischen Rohstoffen hatte Deutschland nur sieben in ausreichender Menge im eigenen Lande. Rüstungswichtige Materialien wie Nickel, Zinn, Wolfram, Molybdän, Chrom, Beryllium, Platin und Bauxit fehlten beinahe völlig, so daß die deutsche Wirtschaft auf Importe angewiesen war. Der Einfuhr dieser Rohstoffe aber waren finanzielle Grenzen gesetzt. Deutschland verfügte nur über unbedeutende Goldvorräte, und seine Devisenbestände waren fast erschöpft.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, wandten die Monopole die vom Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht proklamierte Politik des „Neuen Planes" an. Er wurde seit dem 24. September 1934 durchgeführt. Eine Serie von Verordnungen und Maßnahmen brachten die Import-, Export- und Devisenwirtschaft völlig unter staatsmonopolistische Kontrolle. Der Import von Fertigwaren und auch von Nahrungsmitteln wurde gedrosselt, die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten dagegen erhöhte sich bedeutend. Von 1934 bis 1937 sank die Einfuhr von Fertigwaren um 63 Prozent, während der Import zum Beispiel von Erzen um 132 Prozent, von Kautschuk um 71 Prozent und von Erdöl um 16 Prozent stieg.

Zur Politik des „Neuen Planes" gehörte auch, daß die gesperrten Auslandsguthaben deutscher Privatpersonen und auch Guthaben von Kleinsparern in Rüstungswechseln angelegt wurden. Ständig wurden die Steuern erhöht, wodurch besonders die Werktätigen geschröpft wurden. Alles das war Teil eines Systems zur völligen Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung.

Gestützt auf diese ökonomischen Maßnahmen konnte die Aufrüstung schnell vorangetrieben werden. Der Aufbau der Luftwaffe war durch den bereits im Juni 1933 geschaffenen Geheimfonds „Kassel" beschleunigt worden. Auch Reichswehr und Kriegsmarine waren erweitert worden. Bereits im Oktober 1934 standen in der Reichswehr, deren Stärke der Versailler Vertrag auf 100 000 Mann begrenzt hatte, 240 000 Mann unter Waffen. Eine weitere Ausweitung war im Rahmen der Reichswehr nun nicht mehr möglich. Am 16. März 1935

wurde deshalb mit großem propagandistischem Aufwand die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Das seit langem vorbereitete Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht setzte die Friedensstärke des Heeres auf zwölf Korpskommandos und 36 Divisionen, das waren 550 000 Mann, mit einjähriger Dienstzeit fest.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutete nicht nur eine rein zahlenmäßige Vergrößerung der faschistischen Streitkräfte. Sie besaß darüber hinaus einen außerordentlich wichtigen demonstrativen Charakter; Hitler erklärte damit den Vertrag von Versailles, der eine Beschränkung der Rüstungen vorsah, für einen Fetzen Papier.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands verurteilte in einer Erklärung entschieden den Aufbau der faschistischen Wehrmacht und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. In der Erklärung hieß es: „Die Hitler-Diktatur nutzt bei ihrer Kriegsvorbereitung den Haß breiter Massen gegen den Versailler Vertrag aus und versucht, sie für ihre Kriegspolitik zu gewinnen durch die Propaganda eines Großdeutschlands (‚Raum im Osten', ‚Krieg bringt Arbeit und Ehre'). Die Vorbereitung des faschistischen Raubkrieges, die den Massen des deutschen Volkes noch größere Lasten auferlegt als die Erfüllungspolitik der Weimarer Kapitalsdiktatur, wird Deutschland zu einer noch größeren Niederlage als im letzten Weltkriege, zur Katastrophe führen."[28] Die Beseitigung des Versailler Vertrages im Interesse des Volkes könne nicht durch einen imperialistischen Krieg, sondern nur durch die brüderliche Verständigung der Völker aller Länder erreicht werden. Dabei sei die Schaffung einer breiten Einheitsfront des Proletariats, vor allem mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Gruppen und Funktionären notwendig, um eine breite antifaschistische Volksfront gegen Krieg und Hunger und für den Sturz der Hitlerdiktatur, für Frieden, Freiheit und Brot herzustellen.

Die Sowjetuion unternahm angesichts der aggressiven Maßnahmen des faschistischen deutschen Imperialismus große Anstrengungen, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen. Im September 1934 war die Sowjetunion von 30 Staaten eingeladen worden, Mitglied des Völkerbundes zu werden. Die Sowjetregierung nahm diese Einladung an, da sie die Möglichkeit nutzen wollte, von der Tribüne des Völkerbundes für die Abrüstung und für die kollektive Sicherheit

28 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), 1935, Nr. 16, S. 813.

einzutreten. Die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund war ein sichtbarer Beweis für ihre große internationale Autorität. Die Sowjetunion setzte sich im Völkerbund energisch für die Interessen der Völker Abessiniens, Chinas, Spaniens und später auch anderer Völker ein, die Opfer imperialistischer Eroberer geworden waren.

Unter dem Druck großer Teile der französischen Bevölkerung war die Regierung Pierre Laval gezwungen, am 2. Mai 1935 einen von der Sowjetunion vorgeschlagenen Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung abzuschließen. Am 16. Mai schloß auch die Tschechoslowakei einen solchen Vertrag mit der Sowjetregierung. Die sowjetische Regierung erklärte sich darin bereit, ihren Verbündeten auch mit militärischen Mitteln gegen einen Aggressor zu helfen.

Die faschistische Regierung setzte ihre Kriegsvorbereitungen fort. Am 21. Mai 1935 erließ sie ein geheimes Reichsverteidigungsgesetz. Dieses Gesetz berechtigte die Hitlerregierung, über das gesamte Reichsgebiet den „Verteidigungszustand" zu verhängen. Für diesen Fall ging die ganze vollziehende Gewalt auf Adolf Hitler als dem „Führer und Reichskanzler" über. Von besonderer Wichtigkeit war die gleichzeitige Ernennung Hjalmar Schachts zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft. Damit wurde schon während der Vorbereitung des Krieges in die Tätigkeit aller Ministerien und Behörden, die mit Rüstungsfragen zu tun hatten, eingegriffen. Das waren wichtige Schritte für eine einheitliche Leitung der Kriegswirtschaft.

An dem Tage, an dem das Reichsverteidigungsgesetz hinter verschlossenen Türen verabschiedet wurde, hielt Adolf Hitler eine großangelegte, durch und durch heuchlerische Friedensrede vor dem Reichstag. Er bemühte sich, die ausländischen Warner vor einer von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr zu beschwichtigen und vor ihnen sowie vor dem eigenen Volk die Vorbereitungen zum Kriege zu verbergen. Während er den sowjetischen Vorschlag für ein kollektives Sicherheitssystem ablehnte und sich in wütenden Ausfällen gegen die UdSSR erging, bekundete er seine Bereitschaft, mit den Nachbarländern – außer mit Litauen – Nichtangriffsverträge abzuschließen. Es gehörte zum Wesen der faschistischen Propaganda, die Kriegsvorbereitungen durch laute Friedensphrasen zu übertönen. Sowohl das deutsche Volk als auch die anderen Völker sollten durch die Friedensbeteuerungen eingeschläfert werden. Immer wieder versicherten die Naziführer, die Souveränität anderer Länder wahren zu wollen und

Deutschland niemals in einen Krieg zu stürzen. Jedoch sollten mit dieser Demagogie nur die planmäßigen Vorbereitungen auf einen neuen Expansionskrieg des deutschen Imperialismus verschleiert werden. Die zielbewußte faschistische Demagogie, die täglich über alle deutschen Rundfunksender verbreitet wurde und in den in Millionenauflage erscheinenden gleichgeschalteten Nazizeitungen verbreitet wurde, wirkte mit der Zeit verheerend auf das Denken von Millionen Menschen in Deutschland. Sie glaubten den Reden und Beteuerungen Adolf Hitlers und anderer Naziführer, sie billigten die Maßnahmen der Hitlerregierung, die ja angeblich der Sicherheit Deutschlands und dem Frieden dienen sollten und erkannten nicht, daß die Hitlerclique die deutsche Nation in verbrecherischer Absicht auf einen Krieg zuführte, der nur den Interessen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Imperialismus und Militarismus diente.

Der gegenüber der britischen Regierung angeschlagene versöhnliche Ton der „Friedensrede" Hitlers vom 21. Mai trug mit dazu bei, daß sich führende Kreise des britischen Imperialismus bereit fanden, die faktische Zerreißung des Versailler Vertrages durch die Hitlerregierung offiziell anzuerkennen. Die britische Regierung schloß am 18. Juni 1935 mit dem faschistischen Deutschland ein Flottenabkommen ab. Darin wurde Hitlerdeutschland das Recht zugestanden, seine Kriegsmarine auf eine Stärke zu bringen, die 35 Prozent der Gesamttonnage des Britischen Reiches entsprach. Das bedeutete eine Erhöhung der Tonnage der faschistischen Flotte um das Dreifache und etwa die Gleichstellung mit der britischen Flotte im Atlantik und in den europäischen Gewässern.

Die aggressiven Maßnahmen des faschistischen deutschen Imperialismus, die von einflußreichen Kreisen der imperialistischen Westmächte unterstützt oder begünstigt wurden, verlangten eine rigorose Einordnung sämtlicher Lebensbereiche des deutschen Volkes in die Kriegsvorbereitung. Um die Bevölkerung wirkungsvoll beeinflussen und für antinationale Ziele mißbrauchen zu können, schufen die Faschisten eine Vielzahl von Organisationen. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) war nichts anderes als ein Instrument zur Bespitzelung, Entrechtung und Unterwerfung der deutschen Arbeiterklasse. Schon lange vor dem Kriege wurde die DAF für die ihr zugedachten Kriegsaufgaben vorbereitet und benutzt. Bereits vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, im Februar 1935, wurde in der DAF eine Abteilung Wehrmacht eingerichtet. 1936 folgte ein Amt Wehrmachts-

heime. Schließlich übernahm die DAF organisatorisch und finanziell die Unterbringung, Verpflegung und „Betreuung" der Arbeiter, die beim Bau des Westwalls und an anderen militärstrategisch wichtigen Stellen eingesetzt wurden.

Am 26. Juni 1935 schufen die Nazis den Reichsarbeitsdienst. Alle Männer zwischen 18 und 25 Jahren wurden für sechs Monate in diese halbmilitärische Organisation gepreßt. Sie wurden als billige Kräfte zur Arbeit in der Landwirtschaft, zur Bodenmelioration, zum strategischen Straßenbau und zu anderen Arbeiten herangezogen. Neben der halbmilitärischen Ausbildung verfolgten die Nazis das Ziel, die Jugendlichen chauvinistisch zu verhetzen.

Auf die Erziehung der Jugend im nazistischen Ungeist hatten es die Faschisten besonders abgesehen. Um einen ungeteilten Einfluß auf die Jugendlichen ausüben zu können und sie für den kommenden Krieg, wenn nötig gegen ihre eigenen Eltern, zu erziehen, wurden sie im Jungvolk und in der Hitlerjugend zusammengefaßt. Aus der Hitlerjugend (HJ) führte der Weg in die Nazipartei sowie deren Gliederungen und in die Wehrmacht. Diesem Drill waren nicht nur die Jungen ausgesetzt, sondern auch die Mädchen. Die zehn- bis vierzehnjährigen Mädchen gehörten den Jungmädeln an, die vierzehn- bis siebzehnjährigen dem Bund Deutscher Mädel, die siebzehn- bis einundzwanzigjährigen dem sogenannten BDM-Werk Glaube und Schönheit. Der Zugehörigkeit zu diesen Organisationen folgte dann die Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Frauenschaft. Ab 1. März 1938 wurde ein Pflichtjahr für Mädchen in der Land- und Hauswirtschaft eingeführt. Ab Januar 1939 wurde dieser Arbeitseinsatz als eine Maßnahme zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung festgelegt.

Die Gestapo, der Sicherheitsdienst, die SS, die SA, die verschiedensten Leiter der NSDAP, von den Blockleitern bis zu den Reichsleitern, die Führer der DAF, des Jungvolks, der HJ, die Leiterinnen der NS-Frauenschaft, des BDM und unzählige andere Organe und Nazispitzel überwachten ständig die deutsche Bevölkerung. Ihr Einfluß reichte in jedes Haus, in fast jede Familie. Sie verbreiteten die nazistische Ideologie und organisierten den Terror gegen jeden Andersdenkenden. Ihre Aufgabe war es zum Beispiel, sich in das Vertrauen der Bevölkerung einzuschleichen. Tausende deutscher Menschen büßten für ihr Vertrauen zu solchen Beauftragten des Nazistaates mit beruflichen Nachteilen, mit Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager und auch mit dem Tode.

Dem besonders aggressiven Charakter des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus entsprach ein raffiniert wirkendes und die niedrigsten Instinkte ansprechendes System der politischen Propaganda und der Ideologie. Die Unmenschlichkeit des faschistischen Regimes fand ihre Widerspiegelung in einer extrem antihumanistischen Ideologie. In ihren verschiedenen Erscheinungsformen diente die nazistische Ideologie als Deckmantel für die brutale und terroristische Diktatur der zum Kriege drängenden Cliquen des deutschen Finanzkapitals.

Noch nie in der deutschen Geschichte war solch ein reaktionärer ideologischer Druck auf alle Schichten des deutschen Volkes ausgeübt worden. „Wissenschaftler" der verschiedensten Disziplinen, Soziologen, Philosophen, Historiker, Juristen, Biologen, Mediziner und andere, stellten sich in den Dienst der ideologischen Kriegsvorbereitung des Faschismus. Nachdem die Kommunisten, nachdem Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen, Demokraten und andere Vertreter humanistischen Denkens unterdrückt und ihr Einfluß auf breitere Schichten weitgehend unmöglich gemacht worden war, halfen diese faschistischen „Wissenschaftler", bedeutende Teile des deutschen Volkes irrezuführen.

Große Teile des deutschen Volkes, vor allem seine Landbevölkerung, wurden mit der faschistischen Ideologie vom „Volk ohne Raum" und mit der „Blut-und-Boden"-Ideologie auf den kommenden Krieg vorbereitet. Demagogisch knüpften die Nazis an die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an und machten den angeblich mangelnden Lebensraum für die schlechte wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes verantwortlich. Die Nazis nutzten die räuberischen Bedingungen des Versailler Vertrages aus und forderten, die „Einkreisung" Deutschlands durch die „jüdischen Plutokratien" zu durchbrechen. Hier verbanden sich Antisemitismus und Ablenkung von den aggressiven Plänen der Hitlerregierung und des deutschen Finanzkapitals. Die Faschisten verkündeten, den „ewigen Germanenzug nach dem Süden" abstoppen zu wollen, um ihn in die weiten Gefilde des Ostens zu lenken. Dort sollte sich der deutsche Bauer sein Land erobern. Deutlich wies diese Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Diesen Zielen des deutschen Imperialismus und Militarismus diente ebenso die faschistische Kolonialpropaganda. Die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien sollte eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Eroberung der Weltherrschaft des deutschen Faschismus sein.

Ein entscheidendes Element der faschistischen Ideologie war die zur Barbarei führende sogenannte Rassentheorie. Die Faschisten wollten dem deutschen Volk einimpfen, daß es ein auserwähltes, zur Weltherrschaft berufenes Volk sei. Sie versuchten, vor allem der deutschen Jugend Hochmut und Dünkel gegenüber anderen Völkern anzuerziehen. Die ganze deutsche Geschichte wurde im Sinne dieser Ideologie verfälscht. Diese Geschichtsfälschungen sollten, so erklärte Georgi Dimitroff in seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, „die Geschichte Deutschlands so darstellen, als ob sich, kraft einer ‚historischen Gesetzmäßigkeit', durch zweitausend Jahre hindurch wie ein roter Faden eine Entwicklungslinie zöge, die zum Erscheinen eines nationalen ‚Retters' auf dem Schauplatz der Geschichte geführt habe –, eines ‚Messias' des *deutschen* Volkes: des bekannten ‚Gefreiten' *österreichischer* Herkunft"[29]. Die Hervorhebung der Sonderstellung des deutschen Volkes wurde mit einer skrupellosen Diskriminierung anderer, vor allem der slawischen Völker verbunden. Während die Faschisten die Deutschen als „Herrenmenschen" bezeichneten, diffamierten sie die Völker der Sowjetunion und eine Reihe anderer Völker als „Untermenschen". Das geschichtliche Los dieser Völker bestünde darin, entweder dem deutschen „Herrenvolk" zu dienen oder ausgerottet zu werden.

Eine der barbarischsten Erscheinungsformen der faschistischen Ideologie war der hemmungslose Antisemitismus. Mit dem Schlagwort vom „Kampf gegen das Weltjudentum" wollten die Faschisten ihre Expansionsziele verschleiern und von den Schwierigkeiten im eigenen Lande ablenken. Mit allen Mitteln mühten sie sich, an die Stelle des Klassenkampfes einen „Rassenkampf" zu setzen. Von den ersten Boykottmaßnahmen der Nazis gegen die Geschäfte jüdischer Bürger am 1. April 1933 über die Kristallnacht im November 1938 bis in die Konzentrationslager führte der furchtbare Weg von Millionen jüdischer Menschen. Unfaßbares Leid und grausame Marter fügten die Faschisten ihnen zu.

Hauptbestandteil der faschistischen Ideologie war der extreme Antikommunismus. Er wurde in den Jahren der faschistischen Dikta-

[29] Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935). Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S. 161.

tur zur offiziellen Staatsideologie erhoben. Dieser Antikommunismus äußerte sich in einem bisher nicht gekannten Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten. Er kam zum Ausdruck in der haßerfüllten Entstellung und Verunglimpfung des Kommunismus und der internationalen Arbeiterbewegung und vor allen Dingen in der Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion, in der verfälschten Darstellung der sowjetischen Gesellschaftsordnung, der sowjetischen Politik, Wirtschaft und Kultur. Mit ihrer antikommunistischen Hetze wollten die Faschisten den deutschen Menschen den Blick für die Erkenntnis der Bedeutung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion trüben, den zügellosen Terror gegen die Kommunistische Partei und gegen alle anderen Antifaschisten rechtfertigen und den „nationalen Sozialismus" als den wirklichen Sozialismus hinstellen. Mit einer Hochflut antikommunistischer Propaganda wurde das deutsche Volk auf den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet.

Direkter Ausdruck dieser Ideologie war die faschistische Literatur, die in ihrem Kern bereits vor der Machtübernahme der Hitlerpartei ausgebildet war. Wenn die Zahl der namhaften Schriftsteller, die zu unmittelbaren Parteigängern der Nazis wurden, auch gering blieb, so trug die faschistische Literatur doch viel zur Verbreitung der Irrlehren bei. Diese Literatur verband die soziale Demagogie von der „Volksgemeinschaft", die nationale Demagogie, einen äußerst aggressiven Chauvinismus mit einer barbarischen Scheinethik, die menschliche Gefühle und moralische Werte wie Ehre, Tugend, Kameradschaft, Liebe zur Heimat ins Antihumane verkehrte.

Um die faschistische Politik der Kriegsvorbereitung als eine den Interessen der Nation dienende Politik darzustellen, brüstete sich Hitler mit der Behauptung, die Arbeitslosigkeit beseitigt zu haben. Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt folgendermaßen:

1933 = 4 804 428	1936 = 1 592 655
1934 = 2 719 309	1937 = 912 312
1935 = 2 151 039	1938 = 429 461

Doch war der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1933 keineswegs ein Verdienst der Faschisten, er basierte vielmehr auf objektiven Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Krisenzyklus. Der Tiefpunkt der Krise, den Deutschland im Sommer 1932 erreicht hatte, war bereits

überschritten, als Hitler an die Macht kam. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war schon vor dem 30. Januar 1933 nicht nur in Deutschland, sondern auch in den meisten anderen kapitalistischen Ländern bemerkbar. Die Nazis aber nützten diesen Umstand geschickt aus. Sie stellten die Dinge so dar, als seien die wirtschaftliche Belebung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit das Ergebnis der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Hitlerregierung. Andererseits machte die faschistische Propaganda für alle Mißstände auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet die vergangenen Regierungen, die Juden, das Versailler System usw. verantwortlich. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nahm vor allem in dem Maße ab, wie der faschistische Imperialismus die Kriegsrüstung ankurbelte und seine Aggressionsarmeen aufbaute. Die Millionen, die aus den Statistiken der Arbeitsämter verschwanden, produzierten entweder in der rasch entstandenen Rüstungsindustrie beziehungsweise wurden in der ständig wachsenden faschistischen Wehrmacht ausgebildet, zum Reichsarbeitsdienst eingezogen oder in den Gefängnissen und Konzentrationslagern gefangengehalten.

Ein wichtiges Instrument zur Irreführung des Volkes war die schon im November 1933 gebildete Organisation Kraft durch Freude (KdF). Mit den Geldern der Arbeiter baute die Arbeitsfront KdF-Schiffe, die auch tatsächlich eine kurze Zeit für Urlaubsfahrten, dann aber als Truppentransporter oder Hilfskreuzer eingesetzt wurden.

Nicht anders verhielt es sich mit dem Schwindel über den Volkswagen. Die von den Werktätigen eingezahlten monatlichen Raten von 5 RM ergaben bis Ende 1944 bei 336 000 Sparern die erhebliche Summe von 284 Millionen RM. Das mit diesem Geld errichtete Volkswagenwerk baute während des Krieges Kübel- und Schwimmwagen für die Wehrmacht, Flugzeuge und Teile für V-Waffen. Die wirklich produzierten Volkswagen wurden fast ausschließlich als Kriegsfahrzeuge eingesetzt.

Der Einordnung in das System der Kriegsvorbereitungen dienten selbst die von der DAF und den anderen Organisationen durchgeführten Fahrten und Wanderungen. Viele der Teilnehmenden erhielten bei solchen Gelegenheiten eine vormilitärische Ausbildung. Das Autobahnnetz entstand nicht, wie die Nazis vorgaben, um schnell und sicher zu den Ausflugsorten zu gelangen und um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen, sondern um schnelle und sichere Nachschubwege für die Heere des faschistischen deutschen Imperialismus zu besitzen.

Die Volkswagen, KdF-Schiffe und vieles andere mehr wurden von den Nazipropagandisten als „nationaler Sozialismus" und als „Dienst an der Volksgemeinschaft" gepriesen. Schamlos wurde so der berechtigte Wunsch der Werktätigen nach Erleichterung ihrer schweren sozialen und politischen Lage mißbraucht. Die Phrasen vom „Trachten nach Frieden", vom „nationalen Sozialismus" und von der „Volksgemeinschaft" machten große Teile des deutschen Volkes gegenüber ihren eigentlichen Interessen blind. Die mit allen Mitteln des Volksbetrugs betriebene Demagogie der Nazis hinderte Millionen Menschen in Deutschland daran, ihre eigene Lage richtig einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Sie ließen sich täuschen von einer Fassade, hinter der ihr eigenes Unglück vorbereitet wurde, und sie folgten Hitler auf dem Wege zum Krieg. Wer sich dagegen auflehnte, wer, wie die Kommunisten, mutig gegen die faschistischen Volksverführer und -verderber kämpfte, um die nationale Katastrophe zu verhindern, wurde mit physischem Terror bedroht oder vernichtet.

2. Die Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die verschiedenen Klassen und Schichten des deutschen Volkes

Der Hitlerfaschismus bedeutete für die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten des Volkes nicht nur völlige politische Entrechtung und terroristische Verfolgung, sondern auch verstärkte soziale Unterdrückung und Ausbeutung.

Als Hitler die Regierungsgewalt übernahm, begann die Krise schon in die Phase der Depression überzugehen. Das führte unter den Bedingungen der sofort einsetzenden Aufrüstung zur ständig steigenden Ausnutzung der brachliegenden Industriekapazitäten, zur maschinellen Neuausrüstung großer Konzernbetriebe und zum Bau neuer Rüstungswerke, strategischer Autobahnen und umfangreicher militärischer Anlagen. Für bestimmte Teile der Arbeiterklasse, der Angestellten, Handwerker und für andere Schichten des Mittelstandes erfolgte dadurch eine gewisse Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation im Vergleich zu den Krisenjahren. So waren beim Bau der Autobahnen im Jahre 1935 etwa 750 000 Arbeiter beschäftigt, die lange Jahre vorher arbeitslos gewesen waren. Allerdings mußten sie für einen

Lohn arbeiten, der nur wenig über dem lag, was sie vorher als Arbeitslosenunterstützung bekommen hatten.

Der Umfang der gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller anderen werktätigen Schichten in den ersten Jahren der Nazidiktatur wurde dadurch gekennzeichnet, daß die Herstellung von Produktionsmitteln von 1932 bis 1937 um 174 Prozent und die Herstellung von Konsumgütern um 32 Prozent anstieg. Die durchschnittlichen Bruttowochenlöhne kletterten im gleichen Zeitraum von 22,88 auf 26,50 RM, das heißt nur um 15,8 Prozent. Die Lebenshaltungskosten waren von 1933 bis 1937 um sechs Prozent angestiegen. Durch die abnehmende Arbeitslosigkeit, durch erhöhte Arbeitszeit und durch Überstunden hatte sich die Lohnsumme in vielen Arbeiterfamilien jedoch vergrößert.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit hatte schon vor Ausbruch des Krieges die 48-Stunden-Grenze überschritten. Bis 1939 stieg beispielsweise die Arbeitszeit im Maschinenbau auf 51 Stunden. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit und durch die Erhöhung der Arbeitsintensität stieg die Leistung in der Eisen- und Stahlindustrie je Arbeiter um 44 Prozent, in der Fahrzeugindustrie sogar um 87 Prozent. Ständig wuchs die Zahl der angezeigten Unfälle und Berufserkrankungen. Im Jahre 1932 betrug sie noch 826 980, im Jahre 1937 bereits 1 799 512. Ständig wurden den Arbeitern und Angestellten bestimmte Beträge von den Löhnen abgezogen. So wurden die Werktätigen in den Betrieben gezwungen, Beiträge und „Spenden" an die faschistischen Organisationen zu zahlen, die der Finanzierung der Kriegsvorbereitung dienten. Für die Organisation Kraft durch Freude wurden dem Arbeiter von seinem Lohn, auch gegen seinen Willen, monatlich 0,30 RM, im Jahre also 3,60 RM, abgezogen. Legt man die Zahl von 39,1 Millionen Arbeitskräften im Jahre 1939 zugrunde, so ergibt sich allein aus diesem einen Abzug eine Gesamtsumme von rund 141 Millionen RM, die den Werktätigen jährlich gestohlen wurden.

Selbst von den Faschisten ideologisch stark beeinflußte Arbeiterschichten stießen sich bald an diesen Widersprüchen. Hatten gerade sie sich doch den Nazis in der Illusion angeschlossen, daß Hitler rasch ihre katastrophale Lage überwinden und den „nationalen Sozialismus" verwirklichen werde. Um so mehr sahen sie sich vor allem in den Jahren 1934 und 1935 enttäuscht. Für die Masse des werktätigen Volkes war keine grundlegende Verbesserung der sozialen Verhältnisse eingetreten, von ihrer politischen Lage ganz abgesehen. Beson-

ders unter den noch immer Erwerbslosen, den Notstandsarbeitern und den zwangseingestellten, unter Tarif bezahlten Arbeitern gärte es. Die Unzufriedenheit fand ihren Ausdruck in zahlreichen lokalen und betrieblichen Konflikten über Lohnfragen, Arbeitsbedingungen und ähnliches mehr. In den westlichen Gebieten Deutschlands kam noch innerhalb der katholischen Arbeiterschaft die Unzufriedenheit über die Versuche des faschistischen Regimes hinzu, die katholische Kirche gleichzuschalten und die katholischen Arbeiterorganisationen zu zerschlagen.

Die Diskriminierung der Frau erreichte unter der Herrschaft des Faschismus einen Höhepunkt. Das fand seinen Ausdruck in einigen Gesetzen, zum Beispiel im „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und zum Schutz der deutschen Ehre" vom 15. September 1935, im Ehegesundheitsgesetz vom 18. Oktober 1935 und im Ehegesetz vom 6. Juli 1938. Aus der beruflichen Arbeit wurden die Frauen immer mehr verdrängt. Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme begannen die Nazis eine Kampagne gegen die sogenannten Doppelverdiener, worunter man hauptsächlich die mitarbeitenden Ehefrauen, aber auch Töchter, die man durch ihre Väter für versorgt hielt, verstand. Erst in der Zeit der unmittelbaren Kriegsvorbereitung änderten die Faschisten ihre Taktik gegenüber der Berufstätigkeit der Frauen. Jetzt versuchten sie nachzuweisen, daß der beste Wirkungskreis der Frau in der Rüstungsindustrie und im direkten Kriegsdienst liege.

Für die Klein- und Mittelbauern hatte das Ende der Wirtschaftskrise den Prozeß der ständigen Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen und die massenhafte Ruinierung zwar aufgehalten, aber keine grundlegende Wandlung gebracht. Das Lebensniveau dieser bäuerlichen Schichten verbesserte sich wohl etwas gegenüber den schweren Krisenjahren, erreichte aber bei weitem nicht den Stand von 1928/1929. Die faschistische Agrargesetzgebung wurde 1933 zunächst von einem nicht unbedeutenden Teil der Bauernschaft begrüßt, da die Einführung von Festpreisen für landwirtschaftliche Produkte sowie der Ablieferungszwang für einen Teil der tierischen Erzeugnisse einen weiteren Preissturz verhinderten und einen gewissen Absatz sicherten. Ihre Einstellung änderte sich jedoch, als das faschistische Regime in den Jahren 1934 und 1935 die Preise für Getreide- und Futtermittel zugunsten der wirtschaftlich starken Produzenten beträchtlich erhöhte, während die Preise für Erzeugnisse der Viehwirtschaft, auf deren Ergebnisse die Kleinbauern und die schwächeren Mittelbauern vor

allem angewiesen waren, auf dem alten Stand gehalten wurden. Diese Schichten wurden nunmehr von den Folgen der agrarischen Marktordnung hart getroffen. Ihr Viehbestand, vielfach die Hauptquelle ihrer Einkünfte, ging zurück.

Die vom Reichsnährstand erlassene bäuerliche Marktordnung legte Preise und Anbaukontingente fest, verbot den freien Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und untersagte das freie Schlachten von Vieh. In einer sogenannten Hofkarte wurde der gesamte bäuerliche Besitz erfaßt. Das Versprechen der Faschisten, den Zwangsaufkauf von Bauernwirtschaften zu unterbinden, wurde nicht erfüllt. Die Zahl der versteigerten Bauernhöfe stieg von 1518 im Jahre 1934 auf 2270 im Jahre 1935. Darunter waren 1718 Höfe unter fünf Hektar. Die Großgrundbesitzer dagegen erhielten von der faschistischen Regierung jede Unterstützung. Sie wurden von der Zahlung der Arbeitslosenversicherung für die bei ihnen Beschäftigten befreit, wodurch sie fast 40 Millionen RM einsparten. Sie erhielten ferner unentgeltlich Arbeitskräfte aus dem Arbeitsdienst zur Verfügung gestellt und bekamen dafür vom Staat obendrein noch einen Unterhaltsbeitrag von etwa 35 Millionen RM. Die ostpreußischen Junker wurden aus dem Fonds der Osthilfe mit einer Zahlung von 213 Millionen RM unterstützt. Diese bauernfeindliche Politik des Hitlerfaschismus wirkte sich verheerend aus: Allein von 1933 bis 1939 verloren die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften mehr als ein Viertel ihres Pferde- und fast 15 Prozent ihres Rinderbestandes. Fast 1,5 Millionen Bauern verließen in den Vorkriegsjahren auf Grund dieser Politik das Dorf.

Auch den kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land brachten die ersten Jahre der faschistischen Diktatur nicht die ihnen von den Nazis demagogisch versprochene grundlegende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Faschisten 1933 zunächst den Mittelschichten eine Reihe wirtschaftlicher Vergünstigungen zukommen ließen beziehungsweise Maßnahmen durchführten, die von diesen zunächst als Verbesserung angesehen wurden. In den folgenden Jahren, 1934 und 1935, verschärfte jedoch die Hitlerregierung den ökonomischen Druck gegenüber diesen Kreisen. Da das Einkommen der Masse der Bevölkerung nur langsam stieg, gleichzeitig aber die Lebenshaltungskosten sich erhöhten, veränderte sich der Warenumsatz dieser Schichten kaum. Um die Verbraucherpreise nicht noch weiter ansteigen zu lassen, war die faschistische Preispolitik darauf gerichtet, die Zwi-

schengewinne der Einzelhändler, Handwerker und Gastwirte zu beschneiden, ohne die Großhandelspreise anzutasten. Viele Kleinhändler wurden wegen angeblicher Preistreibereien verhaftet und gerichtlich bestraft. Bittere Klagen erhoben vor allem die Handwerker. Sie kritisierten, daß die Großindustrie bei der Vergebung staatlicher Aufträge bevorzugt wurde, so daß für das Handwerk nur geringe Verdienstmöglichkeiten übrigblieben.

Diese politische und soziale Entwicklung unter den Bedingungen des faschistischen, staatsmonopolistischen Kapitalismus blieb auch nicht ohne Auswirkungen auf die Intelligenz. Das System der Einbeziehung und Einordnung der Volksmassen in die Politik der Kriegsvorbereitung ließ keinen Platz für das Wirken fortschrittlicher, humanistischer Ideen, für Gedanken der Völkerfreundschaft, für den proletarischen Internationalismus und für die Achtung vor den Leistungen der Nachbarvölker. Zeugten schon die Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 von der Kulturbarbarei des faschistischen deutschen Imperialismus, so wurde sie durch die folgenden Entlassungen zahlreicher Gelehrter und Künstler sowie durch die Verhängung des Berufsverbots erneut bewiesen. Im Wintersemester 1934/1935 wurden 1145 Lehrkräfte von Universitäten und Technischen Hochschulen entlassen; das waren nach dem Stand von 1932/1933 14,34 Prozent des gesamten Lehrkörpers.

Nach Schätzungen erlitt bis 1938 ein Drittel aller Hochschullehrkräfte dieses Schicksal. Auch die Zahl der in Deutschland immatrikulierten Studenten ging zurück. Im Jahre 1931 gab es 104 000 und 1932 128 000 Studenten. 1936 waren es nur noch 90 000. Besonders kraß war der Rückgang der Studentenzahl bei den Mädchen und Frauen. Im Wintersemester 1933/1934 wurden in einzelnen wissenschaftlichen Zweigen über 50 Prozent weniger Studentinnen immatrikuliert als im Jahr vorher.

Der einzige Nutznießer dieser Politik war das deutsche Monopolkapital. Je mehr für den Krieg produziert, je mehr die Arbeiter und Angestellten ausgebeutet wurden, desto höher stiegen die Profite. Nach eigenen, also sicher zu niedrigen Angaben der Aktiengesellschaften stieg die Durchschnittsdividende von 2,83 Prozent im Jahre 1932 auf 6,62 Prozent im Jahre 1941. Somit wuchs der allein in Form von Dividenden sichtbare Reingewinn in diesem Zeitraum um 134 Prozent. Der tatsächliche Reingewinn lag viel höher.

Die ungehinderte Ausbeutung des Volkes durch Monopolkapital

und Junkertum, der Übergang zur offenen Vorbereitung eines neuen Krieges verschärfte die dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche. Vor allem spitzte sich in Deutschland der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu. Zugleich damit verschärfte sich auch der Widerspruch zwischen den herrschenden Gruppen des Finanzkapitals auf der einen und allen übrigen Klassen und Schichten des Volkes auf der anderen Seite.

Diesen objektiven Entwicklungsprozeß versuchten die Faschisten mit ihrer Ideologie, mit ihrer zügellosen nationalen und sozialen Demagogie zu verschleiern. Die unausgesetzte ideologische Beeinflussung, der blutige Terror sowie gewisse innen- und außenpolitische Erfolge führten dazu, daß große Teile des deutschen Volkes den antinationalen und menschheitsfeindlichen Charakter der faschistischen Diktatur nicht erkannten, der Massensuggestion durch die Nazipropaganda erlagen und sich vor den Kriegskarren spannen ließen.

3. Die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes. Das Ringen der Kommunistischen Partei Deutschlands um die neue Strategie und Taktik zum Sturz der Hitlerdiktatur

Die Kommunistische Partei Deutschlands stand vor der komplizierten Aufgabe, unter Berücksichtigung der neuen Lage und der Erfahrungen des illegalen Kampfes im ersten Jahr der faschistischen Diktatur eine Politik zu entwickeln, die der neuen Situation in Deutschland entsprach. Dabei mußte sie vor allem berücksichtigen, daß sich das faschistische Regime immer mehr gefestigt hatte, was besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 deutlich geworden war. Das konnte nur eine Politik sein, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und die Schaffung einer breiten antifaschistischen Front ermöglichte.

Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus kamen aus nahezu allen Klassen und Schichten des deutschen Volkes, vor allem aber aus der Arbeiterklasse. Sie kamen aus den verschiedensten politischen Lagern. An ihrer Spitze jedoch stand die Kommunistische Partei Deutschlands. Nicht zuletzt ist die Liste der von den Nazis gemeuchelten politischen Gegner eine unwiderlegbare Bestätigung dafür. Bis Mitte 1935 waren zum Beispiel von 422 führenden Funktionären

der KPD, Mitgliedern des Zentralkomitees, leitenden Funktionären der Bezirke und der Massenorganisationen, über die Hälfte, nämlich 219, verhaftet und verurteilt worden, 24 waren bereits ermordet. Unter ihnen befanden sich Erich Baron, Albert Funk, Helene Glatzer, Sepp Götz, Walter Häbich, Christian Heuck, Martin Hoop, August Lüttgens, Ernst Putz, John Schehr, Eugen Schönhaar, Fiete Schulze, Walter Schütz, Rudolf Schwarz, Erich Steinfurth, Franz Stenzer, Georg Stolt und Paul Suhr. Die Parteiführung der KPD legte den Delegierten der Brüsseler Konferenz eine namentliche Liste der Opfer, die die Partei seit der Errichtung der faschistischen Diktatur gebracht hatte, vor. Bis zum Zeitpunkt der Konferenz waren nach diesen, unter den damaligen Bedingungen sicher nicht vollständigen Angaben 393 Parteimitglieder, darunter 21 Frauen und 36 Jugendliche, ermordet worden. Gegen 29 Parteimitglieder war die Todesstrafe verhängt und 21 waren zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. 860 Parteimitglieder, darunter 73 Frauen, hatten hohe Gefängnis- und Zuchthausstrafen von insgesamt 3980 Jahren erhalten. Ein Gestapo-Bericht vom Dezember 1934 stellte fest, daß es trotz schärfster Verfolgungen nicht gelungen sei, die Aktivität der Kommunisten zu unterdrücken. Dies sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die KPD über einen „Stamm von Revolutionären [verfügt], die jahrzehntelang als Aktivisten geschult und im Kampfe ihrer Bewegung gestählt wurden". Weiter heißt es: „Wenn auch von Zeit zu Zeit ein Schlag diese Kader trifft, so wird immer wieder ein Organisationszentrum auftauchen, das wieder versucht, die Fäden von neuem zu knüpfen."[30]

Ein wichtiges Teilgebiet des illegalen Kampfes war die Herausgabe und Verbreitung antifaschistischer Literatur. Sie war unter den Bedingungen der Illegalität eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen der Parteiführung und den Mitgliedern sowie zwischen der Partei und den Volksmassen. Walter Ulbricht schrieb dazu im September 1935: „Gegenwärtig können die führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei nur in seltenen Fällen und nur in großen Zeitabständen persönlich die unteren Funktionäre instruieren und leiten deshalb die Parteiorganisationen durch die ‚Rote Fahne' und anderes Druckmaterial an."[31] „Die Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD, er-

[30] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 35/56/a, Bl. 154.

[31] Walter Ulbricht: Der VII. Weltkongreß der Komintern und die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus

schien selbst in der Illegalität. Sie wurde in Berlin und in anderen Städten Deutschlands sowie im Ausland gedruckt. Kuriere brachten sie aus den Nachbarländern nach Deutschland und übergaben die Exemplare den Leitungen und den Anlaufstellen der illegalen Parteiorganisationen. Von dort wurden sie an mutige Antifaschisten zur Verteilung weitergegeben. Keine Verfolgung vermochte zu verhindern, daß „Die Rote Fahne" ihre Rolle als Agitator und kollektiver Organisator im täglichen antifaschistischen Kampf erfüllte. Im Kopf jeder Nummer der illegalen Ausgabe stand die Inschrift: „Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg." Karl Liebknechts „Trotz alledem!" war in der „Roten Fahne" und durch sie in Tausenden aufrechten Patrioten des deutschen Volkes auch in der Zeit finsterer faschistischer Nacht lebendig.

Neben der „Roten Fahne", die in den ersten Jahren dreimal monatlich mit je 60 000 Exemplaren erschien, wurden unter großen Schwierigkeiten die Bezirkszeitungen der KPD „Hamburger Volkszeitung", „Ruhr-Echo", „Der Kämpfer", „Der Klassenkampf", „Thüringer Volksblatt" und andere herausgegeben. Als illegales Organ des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands erschien „Die Junge Garde". Sein Chefredakteur war Paul Verner, der gleichzeitig auch in anderen verantwortlichen Funktionen an der illegalen antifaschistischen Jugendarbeit teilnahm. Hinzu kamen ungezählte illegale Flugschriften, die von kommunistischen Parteiorganisationen und Widerstandsgruppen, auch von Einzelpersonen in mühseliger Arbeit hergestellt und verteilt wurden. Als ungefährer Gradmesser für die Aktivität der Kommunisten auf diesem Gebiet können die Angaben der Gestapo über die Zahl der von ihr registrierten Materialien dienen. Im Jahre 1934 waren es 1 238 202 Stück, 1935 bereits 1 670 300. Diese Zahlen zeigen nur die Tendenz der Verbreitung illegaler antifaschistischer Literatur, da lediglich ein Teil dieser Materialien von den Faschisten aufgespürt werden konnte.

Die Parteiführung erarbeitete auf Grund einer wissenschaftlichen Analyse der Lage in Deutschland schöpferisch eine neue Strategie und Taktik, die das veränderte Kräfteverhältnis sowie die neuen Bedingungen des Klassenkampfes berücksichtigte. Das war eine große politische und wissenschaftliche Aufgabe, die in unversöhnlichen ideologischen Auseinandersetzungen mit opportunistischen Abweichungen und

Reden und Aufsätzen. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. II, 1933–1946, Berlin 1963, S. 84.

sektiererischen Auffassungen gelöst werden mußte. In einem Artikel mit der Überschrift „Der Weg zur Aktionseinheit in Deutschland", der im November 1934 veröffentlicht wurde, schrieb Walter Ulbricht: „Es ist erklärlich, daß angesichts der Notwendigkeit, unsere Taktik den veränderten Bedingungen anzupassen und gewisse Fehler und Schwächen unserer Parteiarbeit zu überwinden, in der Organisation Unklarheiten und bei manchen Genossen auch Schwankungen in Erscheinung treten. Zweifellos sind gegenwärtig die sektiererischen Tendenzen und Abweichungen in unserer Partei die größere Gefahr, aber wir dürfen auch solche rechtsopportunistischen Erscheinungen wie die Spekulation auf die Spontaneität und den Verzicht auf die Kritik an der Sozialdemokratie und an den verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen nicht unterschätzen."[32]

Unter den komplizierten Bedingungen der faschistischen Diktatur, vor allem des Terrors und infolge der illegalen Arbeit, war es nicht möglich, auf Konferenzen oder auf anderen größeren Zusammenkünften über die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, Unklarheiten und Abweichungen zu diskutieren und auf diese Weise die notwendige Klarheit zu schaffen. Alle diese Umstände erschwerten die verantwortungsvolle Arbeit der marxistisch-leninistischen Kräfte in der Parteiführung außerordentlich und trugen dazu bei, daß sich eine Zeitlang Mitglieder des Zentralkomitees und selbst des Politbüros gegen eine kritische Überprüfung der bisherigen Politik sowie gegen deren schöpferische Weiterentwicklung wandten. Deswegen gelang die Ausarbeitung einer Strategie und Taktik, die den neuen Kampfbedingungen entsprach, nur in einem längeren komplizierten Prozeß.

Die Träger sektiererischer Auffassungen im Politbüro waren vor allem Hermann Schubert und Fritz Schulte, die nicht erkennen wollten, daß die deutsche Arbeiterklasse mit dem Machtantritt des Hitlerfaschismus eine Niederlage erlitten hatte und daß aus dieser Tatsache neue Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei gezogen werden mußten. Sie ignorierten die nüchterne Analyse, die Ernst Thälmann auf der Februar-Tagung des Zentralkomitees 1933, wenige Tage nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, gegeben hatte. Schubert und Schulte unterschätzten die schrittweise Stabilisierung des faschistischen Regimes, und sie versuchten, die illegalen

[32] Walter Ulbricht: Der Weg zur Aktionseinheit in Deutschland. In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 54/55.

Parteiorganisationen auf eine unmittelbar bevorstehende revolutionäre Situation, die aus dem Niedergang und dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft entstehen sollte, zu orientieren. Schubert und Schulte erklärten deshalb als die wichtigste Aufgabe der Partei die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht in Deutschland. Sie waren der Ansicht, daß die antifaschistischen Aktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und anderen demokratischen Kräften bereits von dem von ihnen vorausgesagten revolutionären Aufschwung zeugten. Anstatt alle Kräfte der Partei auf die Organisierung des Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur, auf den Kampf um die Erringung demokratischer Rechte und Freiheiten zu konzentrieren, propagierten sie allgemeine revolutionäre Losungen. Die sektiererischen Kräfte um Schubert und Schulte negierten völlig die neue Lage, in welche die deutsche Sozialdemokratie nach der Errichtung der Nazidiktatur geraten war. Unverändert hielten sie an solchen alten Losungen fest, daß die linken Sozialdemokraten die gefährlichsten seien, daß man die sozialdemokratischen Arbeiter für den Übertritt zur KPD gewinnen müsse und daß es Einheitsfrontangebote nur an die unteren sozialdemokratischen Organisationen geben dürfe. Schubert und Schulte sowie auch andere sektiererische Kräfte lehnten die antifaschistische Arbeit in nazistischen Massenorganisationen ab. Sie behielten die falsche Losung von der Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften bei und forderten die Weiterführung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Verbände.

In den Beschlüssen, Resolutionen, Aufrufen, Stellungnahmen und anderen Dokumenten des Zentralkomitees, besonders vom Sommer 1934 an, widerspiegelt sich, wie die neuen Erkenntnisse in der Parteiführung und in den illegalen Parteiorganisationen reiften und neue Formen und Methoden des Kampfes zum Sturz der Hitlerdiktatur gefunden wurden. Es ging darum, in diesem Kampf das strategische Ziel und die taktischen Aufgaben so zu bestimmen, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglicht und die Breite der Bewegung aller antihitlerischen Kräfte gesichert wurde. Dabei handelte es sich vor allem um solche Fragen wie die Bedeutung des Kampfes um Demokratie, das neue Verhältnis zur Sozialdemokratie, den Aufbau einheitlicher freier Gewerkschaften, die Ausnutzung legaler Möglichkeiten für den antifaschistischen Kampf, die Organisierung einer breiten antifaschistischen Volksfront und die Bildung einer einheit-

lichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse auf dem Weg über die Aktionseinheit des Proletariats.

Bei der Ausarbeitung dieser neuen Politik spielten neben den eigenen Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Faschismus die Erfahrungen und Lehren der internationalen Arbeiterbewegung eine große Rolle. Im Februar 1934 hatten französische Faschisten versucht, durch einen Putsch auch in Frankreich ihre Diktatur zu errichten. Am 12. Februar traten in Frankreich fast 4,5 Millionen Arbeiter in den Generalstreik. Die Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Gewerkschaft Confédération Générale du Travail (CGT) mußten den Forderungen großer Teile ihrer Mitgliedschaft nach Verhandlungen mit den Kommunisten über deren Einheitsfrontvorschläge Rechnung tragen. Am 27. Juli 1934 wurde zwischen den Führungen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei Frankreichs ein Abkommen über die Aktionseinheit gegen den Faschismus unterzeichnet. Es sah gemeinsame Protestversammlungen und Demonstrationen gegen die noch nicht überwundene faschistische Gefahr vor.

Diese neuen Kampferfahrungen beeinflußten die in der Kommunistischen Internationale geführten Diskussionen und Auseinandersetzungen über alle wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung. Im Mai 1934 waren für die Ausarbeitung des Rechenschaftsberichtes des EKKI an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und für die Ausarbeitung des Referates Georgi Dimitroffs zwei vorbereitende Kommissionen gebildet worden. An der Arbeit dieser Kommissionen nahmen unter anderen Fritz Heckert, Max Maddalena und Wilhelm Pieck teil. Im Juni schrieb Georgi Dimitroff an die Kommission zur Vorbereitung seines Referates, dessen Grundzüge in einer Sitzung am 2. Juli beraten werden sollten, einen Brief.[33] Darin behandelte er wichtige Fragen der Einheitsfrontpolitik, der Einschätzung der Sozialdemokratie, insbesondere der linken Sozialdemokraten, der Gewerkschaftsarbeit und der Durchsetzung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse. Dimitroff wandte sich dagegen, die Sozialdemokratie schlechthin als sozialfaschistisch und als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu bezeichnen und die linken Sozialdemokraten als Hauptgefahr anzusehen. Er orientierte auf die Vereinigung der revolutionären und reformistischen Gewerkschaften, ohne dabei als Vorbedingung die Forderung nach der Hegemonie der Kommunistischen Partei zu stel-

[33] Dokument Nr. 17.

len. In der Einheitsfronttaktik sollte davon abgegangen werden, diese nur als Methode der Entlarvung der Sozialdemokratie anzuwenden und sich auf die Orientierung der Einheitsfront von unten zu beschränken.

Mit Hilfe Georgi Dimitroffs und anderer führender Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale arbeiteten Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, gestützt auf die praktischen Kampferfahrungen der kommunistischen Parteiorganisationen in Deutschland, die Grundzüge einer richtigen marxistisch-leninistischen Taktik entsprechend den neuen Bedingungen des illegalen Kampfes aus. Ende Juli/Anfang August 1934 tagte das Zentralkomitee der KPD gemeinsam mit führenden Bezirks- und Betriebsfunktionären. Diese Sitzung fand nur wenige Wochen nach den Ereignissen des 30. Juni statt, aus denen die Partei wichtige Lehren für ihre Politik und für den Kampf gegen das faschistische Regime zog. Diesem Plenum war am 9. und 10. Juli 1934 eine gemeinsame Tagung des Präsidiums des EKKI mit der Parteiführung der KPD vorausgegangen, auf der eine gründliche Analyse der Lage in Deutschland gegeben wurde. In Auswertung der Präsidiumssitzung beim EKKI beschloß das Zentralkomitee am 1. August die Resolution „Die Schaffung der Einheitsfront der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Hitlerdiktatur“[34]. In dieser Resolution spiegelten sich die Erfahrungen der illegalen Parteiorganisationen im Kampf gegen das faschistische Regime wider. In der Praxis des politischen Kampfes in Deutschland und dort, wo die KPD, wie im Saargebiet, noch unter legalen Bedingungen kämpfte, war bewiesen worden, daß die von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht im Politbüro vertretene politische Linie der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, der Verbindung der Tagesaufgaben mit den Grundfragen des antifaschistischen Kampfes, der Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften und der Herstellung eines neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie richtig war und den neuen Bedingungen des Klassenkampfes entsprach. In der Resolution wurde von allen Parteiorganisationen und Leitungen der KPD gefordert, mit den bestehenden sozialdemokratischen Gruppen sofort Verhandlungen aufzunehmen, mit ihnen gemeinsame Kampfziele aufzustellen, feste Vereinbarungen über die Führung des antifaschistischen Kampfes zu treffen und entsprechende Kampfkomitees zu bilden. Die Parteiführung regte an, auch die oppositionellen Elemente in der SA, in der

[34] Dokument Nr. 18.

Hitlerjugend, in der Deutschen Arbeitsfront und in anderen faschistischen Organisationen für die Aktionseinheit zu gewinnen. Besonders wurde auf die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit unter der Jugend, unter den werktätigen Frauen und den Angehörigen der Mittelschichten verwiesen. Von großer Bedeutung war die Forderung nach dem Wiederaufbau der freien Gewerkschaften. In der Resolution wurden die Kommunisten verpflichtet, die Initiative zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit zu ergreifen und alle dem entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Erstmals wurde damit in einem vom Zentralkomitee beschlossenen Dokument auf die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften orientiert. Damit korrigierte die Parteiführung die bisherige sektiererische Losung von der Bildung unabhängiger Klassengewerkschaften. Gleichzeitig beschloß das Zentralkomitee, überall dort, wo der Zusammenschluß in Gruppen der freien Gewerkschaften erfolgen werde, auf das Weiterbestehen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Verbände zu verzichten.

Jedoch konnten auf dieser Tagung des Zentralkomitees noch nicht alle Fragen des neuen Verhältnisses zur Sozialdemokratie geklärt werden. In den Beschlüssen fehlte die Forderung nach erneuten Bemühungen um Einheitsfrontabkommen mit dem Parteivorstand der Sozialdemokratie und mit den linken sozialdemokratischen Führern. Noch hatte die Auffassung der sektiererischen Gruppe Einfluß, die an Stelle der Einheitsfront die organisatorische Vereinigung der sozialdemokratischen Gruppen mit der KPD auf der Grundlage der Anerkennung der Diktatur des Proletariats in den Vordergrund rückte. Dagegen wies Walter Ulbricht in einem Artikel vom 9. August 1934 mit dem Titel „Für die Gewerkschaftseinheit in Deutschland" darauf hin, „daß es vor allem darauf ankommt, die breitesten Massen der Arbeiter für den Kampf um ihre nächstliegenden Forderungen zu sammeln, für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen"[35]. Es werde dann die Aufgabe der Kommunisten sein, die Arbeiter für die weiteren revolutionären Aufgaben zu gewinnen. Am 30. August 1934 erschien ein Artikel Wilhelm Piecks unter der Überschrift „Aktionseinheit gegen den Faschismus! Ein Feind, ein gemeinsamer Kampf aller Antifaschisten". Darin wurde die Aufforderung an alle Parteiorganisationen der KPD wiederholt, mit den bestehenden sozialdemokrati-

35 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), 1934, Nr. 44, S. 1805.

schen Gruppen Verhandlungen aufzunehmen, „um mit ihnen gemeinsam die Kampfforderungen aufzustellen und feste Vereinbarungen über die Führung des Kampfes durch Bildung von Einheitsfrontorganen, Kampfkomitees, Streikleitungen usw. zu treffen ... Es geht zunächst um die elementarsten Tagesforderungen, um die Verhinderung der Durchführung des faschistischen Arbeitsgesetzes und der Zwangsverschickung der Jugend aufs Land, gegen den Lohnabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es geht um deren Verbesserung und um die Erhöhung der Löhne. Es geht um die Befreiung des von den Faschisten eingekerkerten Führers der KPD, Genossen Ernst Thälmann, und aller eingekerkerten Antifaschisten. Es geht auch um die Sicherung der Existenz und die Verbesserung der Lebenshaltung der kleingewerblichen Mittelschichten und der armen Bauernschaft. Es geht darum, der faschistischen Kriegsbestie in den Arm zu fallen und zu verhindern, daß wieder Millionen Menschen dieser Bestie geopfert werden."[36]

Diese Artikel Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts waren zugleich eine Antwort an die Sektierer, die nicht bereit waren, die vorwärtsweisenden Beschlüsse der Juli-August-Tagung des Zentralkomitees durchzuführen. Die von Hermann Schubert und Fritz Schulte angeführte sektiererische Gruppe hatte die Mehrheit des Politbüros auf ihrer Seite und entfaltete einen erbitterten Gruppenkampf gegen die leninistischen Kräfte der Partei unter Führung von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Sie versuchten mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Beschlüsse der Tagung des Zentralkomitees in der Partei bekannt wurden. So wurde in den in der „Roten Fahne" veröffentlichten Artikeln, die über diese Beschlüsse berichteten, die Forderungen der Tagung des Zentralkomitees nach dem Wiederaufbau der freien Gewerkschaften anfangs unterschlagen.

Das beschwor eine außerordentlich komplizierte Situation für die Partei herauf. Die Mehrheit des Zentralkomitees und des Politbüros vertrat einen sektiererischen Standpunkt oder enthielt sich jeder Kritik an den Sektierern. Diese Tatsachen trugen erheblich dazu bei, daß sich die neue Orientierung in der Politik der Partei nur unter großen Schwierigkeiten durchsetzen konnte. Nur allmählich konnten die illegalen Parteiorganisationen mit den neuen Beschlüssen und Richtlinien vertraut gemacht werden. Die marxistisch-leninistischen Kräfte führten gegen das Sektierertum und den Dogmatismus einen energischen Kampf. Da-

[36] Ebenda, Nr. 48, S. 2022.

bei wußten sie sich eins mit Ernst Thälmann, mit dem sie über Kerkermauern hinweg Kontakt hatten. Mit ihrem konsequenten und unermüdlichen Ringen trugen sie dazu bei, daß immer mehr Parteiorganisationen im Lande, trotz ungenügender und teilweise falscher Informationen, auf der Grundlage der richtigen politischen Linie arbeiteten.

Die Berliner Bezirksleitung der KPD stellte im September 1934 in einer Resolution allen Mitgliedern die Aufgabe, an Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter, an ehemalige gewerkschaftliche Vertrauensleute sowie an oppositionelle Werktätige, die der SA oder einer anderen faschistischen Organisation angehörten, heranzutreten und mit ihnen zusammen Initiativkomitees zur Schaffung von Gruppen der freien Gewerkschaften zu bilden. Wie in Berlin wurden auch im Ruhrgebiet erste Erfolge bei der Schaffung der Einheitsfront und beim Wiederaufbau der freien Gewerkschaften erzielt. Gemeinsame Aktionen trugen dazu bei, daß Arbeiter in einigen Betrieben einen zwangsweisen Lohnabzug verhinderten. Im Verlauf dieser Entwicklung wuchs bei einem Teil der Sozialdemokraten das Vertrauen zu den Kommunisten sowie die Erkenntnis, daß der gewerkschaftliche Kampf gemeinsam mit den Kommunisten geführt werden müßte. In einigen Betrieben des Ruhrgebietes entstanden Ende 1934 Gruppen der freien Gewerkschaften. Diese Gruppen erfaßten in der Regel etwa 15 bis 25 Arbeiter. An ihrer Spitze standen Einheitsleitungen, die aus Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Arbeitern bestanden. Sie gaben eigene Zeitungen heraus. Eine Zeitlang erschien zum Beispiel im Ruhrgebiet regelmäßig eine Metallarbeiterzeitung mit einer Auflage von 500 Exemplaren und im Bezirk Niederrhein eine Textilarbeiterzeitung mit 300 Exemplaren.

Die Initiative der leninistischen Mitglieder der Parteiführung, die Durchführung von Grenzkonferenzen, der Einsatz von Instrukteuren des Zentralkomitees in den Bezirken und andere Maßnahmen führten so zu örtlich begrenzten Anfängen der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse. Der größte Erfolg dabei wurde mit dem Abschluß eines Einheitsfrontabkommens der illegalen Bezirksleitung der KPD Hessen-Frankfurt und der Bezirksleitung der SPD Hessen-Nassau am 5. September 1934 erreicht.[37] Die Bezirksleitungen riefen in der gemeinsam ausgearbeiteten Plattform alle Werktätigen auf zur Steigerung des Kampfes um die Verteidigung der „Lebenslage, zur Steigerung des einheitlichen Massenwiderstandes gegen den faschistischen

[37] Dokument Nr. 19.

Terror und zur Vervielfältigung des Kampfes um die Befreiung aller in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern schmachtenden Antifaschisten"[38]. Als erste und wichtigste Aufgabe der Aktionseinheit wurde der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften bezeichnet. Sozialdemokraten und Kommunisten wurden aufgefordert, unverzüglich in allen Betrieben illegale Gewerkschaftskomitees zu bilden und auch unzufriedene Elemente der SA, SS, in der Hitlerjugend und in anderen faschistischen Organisationen zu gewinnen. Das Abkommen legte fest, verschiedene Komitees zu bilden: Einheitskomitees zur Befreiung der eingekerkerten Antifaschisten, Bauernkomitees für die Landbevölkerung, Erwerbslosenkomitees sowie Jugend- und Frauenkomitees für den Kampf gegen Arbeitsdienst und Militarisierung, gegen die Entlassung der Frauen aus den Betrieben und für die Gleichstellung der Frauenlöhne.

Eine bedeutende Rolle bei den Auseinandersetzungen um die neue Politik der Partei spielte die Stellung der KPD zu denjenigen Führern der Sozialdemokratie, die sich für Verhandlungen mit den Kommunisten ausgesprochen hatten. Walter Ulbricht verhandelte nach der Tagung des Zentralkomitees im Auftrage des Politbüros mit Siegfried Aufhäuser und anderen Sozialdemokraten über Möglichkeiten, gemeinsame Schritte im antifaschistischen Kampf zu unternehmen. Im Ergebnis dieser Verhandlungen wurde mit Einverständnis des Politbüros vereinbart, von beiden Seiten Artikel über die Einheitsfront zu veröffentlichen. Die sektiererische Gruppe in der Parteiführung begann jedoch nach der Veröffentlichung des Artikels von Siegfried Aufhäuser in der „Weltbühne" und der im September/Oktober 1934 erschienenen Plattform des Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten, der sich seit Frühjahr 1934 herausgebildet hatte, mit einem verstärkten offenen Kampf besonders gegen die linken Sozialdemokraten.

Am 18. Oktober 1934 wurde die offene Antwort Walter Ulbrichts an Siegfried Aufhäuser und an andere führende Sozialdemokraten unter dem Titel „Für die Aktionseinheit, gegen den Hitler-Faschismus"[39] veröffentlicht. Walter Ulbricht legte in diesem Artikel die Auffassungen der Kommunisten dar. Als wichtigste Aufgabe forderte er die Einheitsfront der Tat durch konkrete Vereinbarungen über die näch-

[38] Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, S. 51.

[39] Walter Ulbricht: Schmiedet die Aktionseinheit! In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 36–41.

sten Schritte zwischen den kommunistischen Parteiorganisationen und den sozialdemokratischen Gruppen. Vor allem sollte beraten werden, für welche Teilforderungen die Werktätigen gewonnen werden konnten und wie der Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur geführt werden sollte. Die Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Weg zum Sozialismus durften dabei kein Hindernis für die Aktionseinheit gegen den Hitlerfaschismus sein. Die KPD, so erklärte Walter Ulbricht, stelle keine Vorbedingungen an die Sozialdemokraten. Entscheidend sei der Wille zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Faschismus. Die Kommunisten seien bereit, im Interesse der Herstellung der Aktionseinheit alle prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen. Die Aktionseinheit werde die Kraft der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen das barbarische Hitlersystem vervielfachen und schließlich der Einheit der Arbeiterklasse den Weg bereiten. Kurz nach der Veröffentlichung dieses Artikels antwortete Siegfried Aufhäuser in der „Weltbühne". Er sprach sich wohl erneut für eine Einheitsfront aus, lehnte aber dennoch die Vorschläge Walter Ulbrichts ab.

Dieser Artikel Walter Ulbrichts und die Haltung Aufhäusers und anderer linker Führer hatten entscheidende Bedeutung für die Ausarbeitung der neuen Strategie und Taktik der KPD zum Sturz des Hitlerfaschismus. Die Erfahrungen der illegalen Parteiorganisationen im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und das Drängen der revolutionär-proletarischen Kräfte in der Sozialdemokratie nach einer aktiven antifaschistischen Arbeiterpolitik unterstützten die Durchsetzung der richtigen Strategie und Taktik in der Parteiführung. Die Entwicklung der breiten Einheitsfrontpolitik durch die leninistischen Kräfte in der KPD stärkte das Vertrauen sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre gegenüber den Kommunisten und wirkte sich erfolgreich auf die Aktionseinheit aus. So wurden schon Ende 1934 und im Verlaufe des Jahres 1935 zahlreiche Einheitsfrontabkommen geschlossen, zum Beispiel in Dortmund, Mannheim, München-Gladbach, Wuppertal, im linksrheinischen Gebiet und in Oberschlesien. Im Oktober 1934 gaben die Bezirksleitung der KPD in Niedersachsen und das Komitee für proletarische Einheit, in dem Mitglieder der SPD und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) zusammenarbeiteten, einen Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus heraus. Er wandte sich an alle Mitglieder der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, der SAP und der Roten Hilfe, des Reichsbanners

und des Roten Frontkämpferbundes. Mit der Losung „Abwarten heißt kapitulieren!" forderten die Unterzeichner, die Zersplitterung in viele isoliert arbeitende illegale Gruppen, Zirkel und Komitees zu überwinden und gemeinsame Widerstandsaktionen auszulösen.

Die Sektierer, die die neue Entwicklung in der Sozialdemokratie nicht erkennen wollten, behielten jedoch ihre falsche dogmatische These von den Linken als den „gefährlichsten" Sozialdemokraten bei und eröffneten einen scharfen Kampf gegen Walter Ulbricht. In Berlin, in Hamburg und im Saargebiet wurden Resolutionen gegen seinen Artikel organisiert. Jedoch gelang es ihnen nicht mehr, andere Parteiorganisationen auf die sektiererische Linie zurückzuziehen. Illegale Kommunisten der Bezirke Frankfurt (Main), Mannheim, Stuttgart und vieler anderer Bezirke wandten sich gegen diese die Einheit der Partei gefährdenden Machenschaften. Am 27. Oktober 1934 billigte die Politkommission des EKKI die Haltung Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts und verurteilte das Vorgehen der Sektierer. Diese Kräfte erkannten die Kritik zwar formell an, sie setzten aber in den Monaten November und Dezember 1934 ihren Kampf gegen die Einheit der Partei fort. Das Präsidium des EKKI sah sich daraufhin veranlaßt, Mitte Januar 1935 eine Aussprache mit dem Politbüro der KPD durchzuführen. Die am 19. Januar angenommene Resolution kritisierte scharf die sektiererische Politik der Mehrheit des Politbüros um Hermann Schubert und Fritz Schulte und verurteilte sie. Es wurde vereinbart, eine Parteikonferenz der KPD einzuberufen.

Eine Reichskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, die vom 13. bis 18. Dezember 1934 in Moskau tagte, hatte die Aufgabe, nach den Erfahrungen des fast zweijährigen illegalen Kampfes alle Hemmnisse und Vorbehalte zu überwinden, die es unter Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes in der Zusammenarbeit mit jungen Sozialdemokraten und anderen jungen Antifaschisten gab. An der Konferenz nahmen neben den Mitgliedern des Zentralkomitees des Verbandes mehr als 40 Jugendfunktionäre teil, die aus verschiedenen Bezirken Deutschlands, zum Beispiel aus Berlin, Hamburg, vom Niederrhein, aus dem Ruhrgebiet und aus Sachsen, kamen und illegal gegen das faschistische Regime gekämpft hatten. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die brennend aktuellen Probleme der Einheitsfront der Arbeiterjugend, der Wiederaufbau der Jugendsektion der freien Gewerkschaften, die antifaschistische Arbeit unter den Angehörigen der Hitlerjugend und die ideologische und or-

ganisatorische Stärkung des Verbandes. Die illegalen Gruppen des Jugendverbandes wurden in einem Brief der Reichskonferenz aufgefordert, mit den sozialdemokratischen Jungarbeitern und ihren Organisationen in fester, unverbrüchlicher Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur zu stehen. Die Reichskonferenz wurde mit der Wahl des neuen ZK des KJVD beendet, zu dem unter anderen Kurt Baumgarte, Lene Fischer, Fritz Große, Walter Hähnel, Erich Honecker, Erich Jungmann, Ewald Kaiser, Robert Lehmann, Gabo Lewin, Kurt Siegmund und Max Spangenberg gehörten.

Als Mitglied des ZK des KJVD organisierte Erich Honecker den Widerstandskampf der antifaschistischen Jugend im Saargebiet, in Baden und Hessen, im Ruhrgebiet und in Berlin. Im Dezember 1935 wurde er mit sieben Mitkämpfern in Berlin verhaftet und vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Auf einer mehrtägigen Beratung des Zentralkomitees der KPD Ende Januar 1935, auf der zur Lage in Deutschland und zur Verwirklichung der August-Resolution Stellung genommen wurde, konnte der vorherrschende Einfluß der sektiererischen Gruppe in der Parteiführung gebrochen werden. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht gelang es, die Mehrheit des Politbüros für die leninistische Politik zu gewinnen. Dabei wurden beide von Franz Dahlem und Wilhelm Florin in allen Fragen unterstützt. Das war ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Durchsetzung der neuen Strategie und Taktik, für die Sicherung der Kollektivität der Parteiführung und für die einheitliche Leitung der Parteiorganisationen sowohl innerhalb Deutschlands als auch außerhalb des Landes. Der Partei wurden Aufgaben gestellt, welche die Entwicklung einer breiten antifaschistischen Volksbewegung gegen die faschistische Diktatur zum Ziele hatten. Das Neue in der strategisch-taktischen Orientierung war die Forderung, eine antifaschistisch-demokratische Kampfbewegung zum Sturze des Hitlerregimes, die deutsche Volksfront, zu schaffen.

Einstimmig beschloß das Zentralkomitee am 30. Januar 1935 die Resolution „Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur“[40]. Dieses Dokument zeugte davon, daß das Zentralkomitee der KPD fest entschlossen war, eine wirkliche Wende in der Massenpolitik der Partei zu vollziehen. Die Parteiführung erklärte, daß der Sturz der faschistischen Diktatur nur durch die Gewinnung der breitesten Volksmassen für den

[40] Dokument Nr. 21.

Kampf gegen die faschistische Tyrannei und durch die Organisierung der antifaschistischen Volksfront erreicht werden könne. Die Resolution enthielt Losungen, die den Lebensinteressen der Arbeiter, der werktätigen Bauern, der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz entsprachen und die gleichzeitig soziale mit demokratischen Forderungen verbanden. In dieser Resolution standen die allgemein demokratischen Aufgaben mehr als bisher im Vordergrund: Kampf für demokratische Rechte, für die Freiheit der Versammlungen und der Presse, für die Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, Schutz vor Denunziation und Verfolgung, Auflösung der Konzentrationslager, Aufhebung der Schutzhaft und Befreiung aller Opfer des Hitlerregimes. Auch für das Ringen um die Aktionseinheit bedeutete die Januar-Resolution einen Schritt nach vorn. Die Kommunisten wurden aufgefordert, mit allen sozialdemokratischen Gruppen und Leitungen zusammenzuarbeiten, die zur Einheit bereit waren.

Die Erfahrungen illegaler Parteiorganisationen in Deutschland hatten bei der Ausarbeitung der Beschlüsse der Januar-Tagung eine große Rolle gespielt. Die neuen Formen und Methoden der Massenarbeit, welche viele Parteiorganisationen bereits im täglichen Kampf gegen die faschistische Diktatur angewandt hatten, ihre Vorschläge zur Veränderung und Verbesserung der illegalen Parteiarbeit, ihre Hinweise auf überholte und falsche Losungen und Einschätzungen hatten die Richtigkeit der von den marxistisch-leninistischen Kräften der Parteiführung entwickelten Politik bewiesen. Damit halfen sie, den Einfluß überlebter Vorstellungen und dogmatischer Losungen und Aufgabenstellungen allmählich zurückzudrängen.

Nach der Januar-Tagung begann der Kampf der leninistischen Kräfte in der Parteiführung um die vollständige ideologische Zerschlagung des Sektierertums und um die Durchsetzung der vom Zentralkomitee beschlossenen Politik in der ganzen Partei. Es wurde eine bessere Anleitung der illegalen Parteiorganisationen im Lande entwickelt. Die Kampferfahrungen der illegalen Gruppen wurden stärker ausgewertet. Zugleich stellte die Parteiführung die Organisationsmethoden um. Besonders Franz Dahlem und Walter Ulbricht gaben den Parteiorganisationen im Lande wirksame praktische Hilfe. Auf Grenzkonferenzen und bei zahlreichen Besprechungen mit Funktionären aus dem Lande informierten sie sich über die Lage und über den Kampf der Partei in der Illegalität und gaben kameradschaftliche Ratschläge zur Verbesserung der Parteiarbeit. Sie halfen zum Beispiel den Redak-

teuren der „Roten Fahne", Inhalt und Form der Parteizeitung auf der Grundlage der Januar-Beschlüsse zu gestalten, die Verbindung der Zeitung mit der illegalen Arbeit im Lande zu festigen und die Kampferfahrungen besser für die antifaschistische Widerstandsbewegung auszuwerten. Das Politbüro bildete unter Leitung von Walter Ulbricht eine Gruppe von Instrukteuren, welche die Aufgabe hatte, den illegalen Parteiorganisationen zu helfen, die Beschlüsse der Januar-Tagung auszuwerten, ihre Vorbereitungen auf den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu koordinieren und der Parteiführung einen Überblick über die Lage in der Partei zu verschaffen. Die Tätigkeit dieser Gruppe trug entscheidend dazu bei, daß in den Monaten nach dem Januar 1935 in vielen Parteiorganisationen die von den Sektierern in die Partei hineingetragene Desorientierung allmählich überwunden werden konnte. Im Auftrage der Parteiführung verhandelte Hermann Matern im Januar mit dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand in Prag über gemeinsame Aktionen, um die verhafteten Antifaschisten und ihre Familien zu unterstützen. Friedrich Stampfer lehnte aber jede Zusammenarbeit ab.

Eine neue Bewährungsprobe für die Partei waren die Vertrauensrätewahlen am 11./12. April 1935. Die Faschisten hofften, daß ihre Erfolge im Saargebiet und die breite chauvinistische Propaganda die Mehrheit der Arbeiterklasse dazu verleiten würde, bei den Vertrauensrätewahlen der antinationalen und verbrecherischen Politik des Hitlerstaates zuzustimmen. Das Zentralkomitee rief die gesamte Partei dazu auf, bei den Vertrauensrätewahlen die Politik der Einheitsfront praktisch zu verwirklichen und gemeinsam mit Funktionären der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften unter Ausnutzung aller legalen und halblegalen Möglichkeiten den Kampf für die Wahl von den Betriebsbelegschaften selbst vorgeschlagener Vertrauensleute und für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter zu führen. Das Zentralkomitee begründete nochmals die Notwendigkeit, materielle und demokratische Forderungen der Arbeiter miteinander zu verbinden und in den Mittelpunkt der Wahlvorbereitungen zu stellen. Die Wahlen sollten zur Entwicklung der antifaschistischen Einheitsfront und einer breiten Opposition in der Deutschen Arbeitsfront ausgenutzt werden.

Entsprechend dieser politischen Linie wandte sich das Zentralkomitee der KPD am 11. Februar 1935 an den Prager Emigrationsvorstand der Sozialdemokratie mit dem Angebot, die Mitglieder beider Parteien

aufzurufen, gemeinsam Arbeiterkandidaten aufzustellen und sich über die Losungen und über die Taktik bei den Vertrauensrätewahlen zu verständigen. Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte am 14. Februar diese Vorschläge jedoch ab. Er wandte sich gegen die Beteiligung an den Wahlen.

Obwohl diese Haltung den gemeinsamen Kampf erheblich erschwerte, kam es in vielen Betrieben und Orten zur Aktionseinheit zwischen sozialdemokratischen Gruppen und kommunistischen Parteiorganisationen. Eine der bedeutendsten Vereinbarungen war in diesem Zusammenhang das Dortmunder Einheitsfrontabkommen. Es enthielt den Aufruf, bei den Wahlen gemeinsam vorzugehen, Solidaritätsgruppen zu schaffen und einheitliche Gewerkschaften aufzubauen. Der Erfolg dieser Taktik war, daß überall dort, wo die antifaschistische Aktionseinheit verwirklicht worden war, Nazikandidaten gestrichen und solche Kandidaten – auch gegen den Willen der Unternehmer und der faschistischen Führer der DAF – gewählt wurden, die sich für die Interessen der Arbeiter einsetzen würden. Wie wenig die Faschisten von einer „vorhandenen Volksgemeinschaft" reden konnten, wurde durch die Wahlergebnisse erhellt. So stimmten zum Beispiel von 1130 Belegschaftsmitgliedern der Harburger Ölwerke Brinkmann und Merkel nur 430 mit Ja. In den Phönix-Gummiwerken Harburg gaben von 2347 Abstimmungsberechtigten nur 950 Ja-Stimmen ab. Selbst in der gefälschten Ergebnistabelle der Nazis wurde angegeben, daß von den 7 147 802 Wahlberechtigten 6 539 298 ihre Stimme abgaben, von denen 5 296 108, das waren 83 Prozent, mit Ja stimmten. Rechnet man die Zahl derjenigen Arbeiter, die nicht zur Wahl gingen, zu der Zahl der Nein- und ungültigen Stimmen hinzu, so ergibt sich, daß selbst nach den offiziellen faschistischen Angaben sich ein Viertel aller Wahlberechtigten gegen die Nazikandidaten ausgesprochen hatte.

Die Vertrauensrätewahlen vermittelten neue Erkenntnisse für die Entwicklung der Einheitsfrontpolitik. Sie lehrten die Partei, wie innerhalb von Massenorganisationen die legalen Möglichkeiten im Kampf gegen den Faschismus auszunutzen waren und wie durch Übernahme legaler Funktionen wichtige Positionen in den Betrieben erobert werden konnten. Die Praxis zeigte, daß der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften nicht einfach durch den organisatorischen Aufbau von Gruppen zu verwirklichen war, sondern vor allem durch die Entwicklung von Bewegungen und durch die lose Zusammenfassung der aktiven oppositionellen Arbeiter in der DAF, die sich erst im Prozeß

der Steigerung des antifaschistischen Kampfes innerhalb der DAF zu Gruppen der freien Gewerkschaften formierten.

In einer Reihe von Fällen entstanden aus der Aktionseinheit während der Vorbereitung der Vertrauensrätewahlen Einheitsfrontabkommen zwischen beiden Parteien auf betrieblicher, örtlicher und bezirklicher Ebene, so wie in Dortmund auch in einigen Städten Norddeutschlands. Mitte März erarbeiteten die Organisationen der KPD, der Sozialdemokratie, des KJVD, der Roten Hilfe Deutschlands und des Roten Schutzbundes in Mittel- und Oberbaden eine antifaschistische Plattform der Aktionseinheit und veröffentlichten einen „Aufruf zur gemeinsamen Solidarität mit allen Opfern des faschistischen Blutregimes". Die Organisationen vereinbarten: gemeinsame Organisierung des Widerstandes gegen den Lohnabbau; Wiederaufbau der freien Gewerkschaften; Organisierung einer breiten Opposition in der Deutschen Arbeitsfront und in anderen faschistischen Massenorganisationen; Ausnutzung aller legalen Positionen zur Auslösung betrieblicher Kampfaktionen; Organisierung des Widerstandes gegen die Kriegsvorbereitungen, Verstärkung der revolutionären Arbeit in den Rüstungsbetrieben und Verstärkung der antimilitaristischen Propaganda in den bewaffneten Formationen; Verstärkung der Oppositionsarbeit in der SA, in der Hitlerjugend und im Arbeitsdienst; Verteidigung der Sowjetunion und Propagierung der Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus; Bildung des Massenselbstschutzes in Betrieben und Arbeitervierteln; Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors.

In einem mitteldeutschen Bezirk unterzeichneten die Leitungen der KPD, der Sozialdemokratie und der Roten Hilfe ein Abkommen, das die Schaffung gemeinsamer Solidaritätskomitees im Bezirk und in acht Unterbezirken vorsah. Am 29. Juni 1935 veröffentlichten die Leitungen der Roten Hilfe und der Sozialdemokratie im Bezirk Berlin-Brandenburg einen Appell zur Einheitsfront, zum Kampf gegen den faschistischen Terror, gegen Spitzel und Provokateure und für die Unterstützung der Opfer des Faschismus. Das Zentralorgan der Roten Hilfe, „Das Tribunal", schrieb, daß allein die Mitteilung über die Schaffung der Aktionseinheit in Berlin die proletarische Solidarität der antifaschistischen Gruppen in ganz Deutschland aktiviert habe. Mitte 1935 wurde in Schlesien ein Abkommen über die Einheitsfront zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären abgeschlossen.

Im Sommer 1935 kam es in einer Reihe von Betrieben, besonders im Ruhrgebiet, beim Bau der Autobahn und des Westwalls, zu meist spontanen Protestaktionen und zu kleineren Streiks gegen Abzüge, Lohnabbau und sonstige Verschlechterungen der Lebenslage. Die Bewegungen beschränkten sich meist auf eine Arbeiterkolonne oder auf eine Abteilung, sie nahmen in der Regel die Form passiver Resistenz an und wurden in der Hauptsache von unteren Funktionären der Deutschen Arbeitsfront geführt. Charakteristisch war die teilweise Verknüpfung wirtschaftlicher mit demokratischen Forderungen, mit dem Widerstand gegen den Kadavergehorsam und gegen Sonderleistungen für die Kriegsrüstungen. Es gelang, eine Reihe von Forderungen durchzusetzen. Dabei zeigte es sich, daß durch das gemeinsame Vorgehen der Arbeiter auch unter den Bedingungen des Faschismus die Möglichkeit der Verwirklichung von Arbeiterforderungen bestand. Bergarbeiter einer Schicht auf den Zechen Hagenbeck und Bismarck im Ruhrgebiet streikten gegen Lohnausfall infolge von Feierschichten. Im August 1935 kam es auf mehreren Zechen des Ruhrgebietes, auf Werften in Bremen und in Hamburg, im Gaswerk Berlin-Köpenick, in der Rüttgerswerke AG in Berlin-Tempelhof, in der Theresienthaler Krystallglasfabrik und in einigen Werken der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH zu Streiks. Am 2. August demonstrierte die Belegschaft der Schuhfabrik Heß AG in Erfurt gegen die fristlose Entlassung eines Vertrauensmannes, der die Machenschaften eines Mitgliedes des Aufsichtsrates angeprangert hatte. Ferner gab es Aktionen von Erwerbslosen gegen ihre Zwangsvermittlung an Autobahn- und Heeresbaustellen und gegen die dort gezahlten niedrigen Löhne.

Kommunistische Parteiorganisationen und einzelne Kommunisten waren aktiv an diesen Widerstandsbewegungen beteiligt. In einigen Fällen formulierten sie in schriftlicher und mündlicher Agitation die Forderungen der Arbeiter. Dabei verstanden sie es immer besser, die Tagesinteressen der Arbeiter mit dem Kampf um demokratische Grundforderungen zu verbinden.

Entgegen den vielfältigen Bemühungen der Kommunistischen Partei um die Schaffung der Aktionseinheit verfolgten einige Führer im Prager Parteivorstand der Sozialdemokratie weiterhin eine Politik, die durch ihre Abwarteparolen sowie durch ihre Bestrebungen gegen die Aktionseinheit die antifaschistische Bewegung gespalten hielt und dadurch schwächte. Es war diesen Führern gelungen, ihre Positionen gegen die Opposition der linken Kräfte wieder etwas zu festigen.

Sie verfügten über die finanziellen Mittel der Partei. Mit Hilfe ihres Organisationsapparates, den sie verstärkt ausgebaut hatten, entstanden im Lande lose Gruppierungen von Sozialdemokraten, die die Politik des Emigrationsvorstandes unterstützten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland und in der Emigration standen vor allem die Lehren aus der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Januar 1933 und aus der Politik, die von der sozialdemokratischen Führung in der Weimarer Republik betrieben worden war, sowie die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Sozialdemokraten und Kommunisten zum Sturz der Hitlerdiktatur. Am 30. Januar 1935 wurden Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel aus dem Prager Vorstand ausgeschlossen, weil beide die einheitsfeindliche Politik der Gruppe um Otto Wels im Parteivorstand heftig kritisierten. Die weiteren Auseinandersetzungen um die Aktionseinheit und die Einheitsfront verschärften nach der relativen Konsolidierung der Stellung des Prager Parteivorstandes die Situation in der Sozialdemokratie im Verlauf der Jahre 1934/1935.

Die Kommunistische Partei Deutschlands vermochte es, bis Mitte 1935 trotz Terror und Pogromhetze der Faschisten, trotz Verhaftung und Verschleppung Hunderter ihrer besten Funktionäre und Mitglieder, ihre Reihen zu festigen und als politisch führende Kraft den Widerstand zu organisieren. Unter komplizierten Bedingungen entwickelten die marxistisch-leninistischen Kräfte der Parteiführung in diesem Zeitraum die Grundelemente der neuen Strategie und Taktik, durch welche die Parteiorganisationen im Lande befähigt wurden, mehr Hitlergegner zum Kampf gegen das verhaßte Regime um sich zu sammeln.

Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Die Brüsseler Reichsparteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands

1. Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale

Am 25. Juli 1935 trat im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Bis zum 20. August berieten 371 Delegierte mit beschließender und 139 Delegierte mit beratender Stimme die neuen Aufgaben der internationalen kommunistischen Bewegung im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, gegen Faschismus und Krieg. Von den 76 der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien waren 65 auf dem Kongreß durch Delegierte vertreten. 50 kommunistische Parteien kämpften zur Zeit des VII. Weltkongresses in der Illegalität. Nur 26 konnten die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen legal vertreten. Die in Moskau anwesenden Delegierten sprachen für etwa vier Millionen Kommunisten in aller Welt.

Der VII. Weltkongreß nahm den Bericht über die Tätigkeit des EKKI entgegen, der von Wilhelm Pieck erstattet wurde. Das Hauptreferat des Kongresses „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus" hielt Georgi Dimitroff. Palmiro Togliatti, der unter dem Namen Ercoli bekannt geworden war, sprach über „Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale". Über „Die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion" referierte D. S. Manuilski.

Das Referat Georgi Dimitroffs, das im Mittelpunkt des VII. Weltkongresses stand, war in monatelanger kollektiver Arbeit vorbereitet worden. In den Führungen vieler kommunistischer Parteien, auch in der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, hatte es dabei während der Vorbereitung des Kongresses, der ursprünglich in der zweiten Jahreshälfte 1934 stattfinden sollte, über die von der internationalen kommunistischen Bewegung einzuschlagende Politik heftige Auseinandersetzungen gegeben. In diesen Diskussionen wurde Georgi Dimitroff, der bei der Ausarbeitung der neuen Strategie und Taktik eine hervorragende Rolle spielte, von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) und von anderen bewährten Führern der internationalen Arbeiterbewegung wie Klement Gottwald, Dolores Ibárruri, Wilhelm Pieck, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti und Walter Ulbricht und anderen unterstützt.

Als wichtigste Veränderung in der Welt konstatierte der VII. Weltkongreß den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der UdSSR. „Zwischen dem VI. und VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale", sagte D. S. Manuilski, „ist im Leben der Völker ein außergewöhnlich großes Ereignis eingetreten – der endgültige und unumstößliche Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion. Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist dies der zweite große Sieg der internationalen Arbeiterklasse über den Weltkapitalismus ..."[41] Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der UdSSR bedeutete nicht nur eine gewaltige politische, soziale, materielle und moralische Stärkung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt sowie seiner internationalen Autorität. Vielmehr hatte der

41 D. S. Manuilski: Die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. In: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Gekürztes Stenographisches Protokoll, Moskau 1939, S. 493.

Eintritt der Sowjetunion in einen neuen Abschnitt ihrer gesellschaftlichen Entwicklung international entscheidende Auswirkungen zugunsten des Wachstums der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. In ihm zeigte sich der Hauptinhalt der neuen Epoche in der Weltgeschichte, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Zur Zeit des VII. Weltkongresses befand sich das Sowjetvolk mitten im Kampf um die Erfüllung des zweiten Fünfjahrplanes (1933 bis 1937). Seine wichtigste ökonomische Aufgabe bestand darin, die sozialistische Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft abzuschließen. Insgesamt wurden 4500 neue Industrieprojekte gebaut und in Betrieb genommen. Gegenüber dem ersten Fünfjahrplan stieg die Summe der Investitionsmittel von 65 Milliarden Rubel auf 148 Milliarden an. Die Steinkohlenförderung erhöhte sich auf das Doppelte, die Energieerzeugung fast auf das Dreifache, die Eisenerz- und die Roheisengewinnung auf mehr als das Doppelte und die Stahlproduktion auf das Dreifache. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde abgeschlossen. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) und die Sowjetregierung faßten wichtige Beschlüsse für die organisatorische und ökonomische Festigung der Kollektivwirtschaften und für die technische Rekonstruktion der Landwirtschaft. Im Februar 1935 wurde ein neues Kolchosstatut, das Statut des landwirtschaftlichen Artels, angenommen. Die materielle Lage der Werktätigen in Stadt und Land verbesserte sich grundlegend. Die Sowjetunion verwandelte sich in eine sozialistische Großmacht, deren Stärke auf ihrer Industrie und auf der kollektivwirtschaftlichen Ordnung auf dem Lande beruhte. In Übereinstimmung mit dieser Entwicklung vollzog sich in allen Unionsrepubliken erfolgreich die sozialistische Kulturrevolution. Neue Erfolge wurden bei der Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik errungen. Zwischen den sozialistischen Nationen der UdSSR entstanden immer engere Bande der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die grundlegenden Veränderungen in der Klassenstruktur der Sowjetgesellschaft hatten eine Vervollkommnung des Staatsaufbaus und entsprechende Veränderungen in der Verfassung der UdSSR notwendig gemacht. Im Juli 1935 wurde der Entwurf einer neuen Verfassung dem ganzen Volk zur Diskussion unterbreitet, welche am 5. Dezember 1936 vom Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß angenommen wurde. In der neuen Verfassung fanden die tiefgreifenden Veränderungen, die sich im Leben des Sowjetvolkes von 1924 bis 1936 voll-

zogen hatten, ihre gesetzliche Verankerung. Die Einführung der neuen Verfassung bedeutete eine große Hilfe und Unterstützung für alle Kämpfer um Freiheit und Demokratie in den kapitalistischen Ländern, besonders aber in den Ländern, in denen faschistische Regimes an der Macht waren.

Mit dem Aufstieg der Sowjetunion war in der Praxis die Möglichkeit bestätigt worden, den Sozialismus in einem einzelnen Land zum Siege zu führen. Die KPdSU(B) hatte die von W. I. Lenin erkannten und formulierten allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution als erste marxistisch-leninistische Partei in der Praxis durchgesetzt und damit gezeigt, wie der Sozialismus erfolgreich aufgebaut werden kann. Auf diese geschichtlichen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus im Sowjetstaat konnte sich fortan die Arbeiterklasse jedes Landes, die zusammen mit ihren Verbündeten für Demokratie und Sozialismus kämpfte, stützen. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Sowjetland war ein schwerer Schlag gegen den Antikommunismus und trug dazu bei, die faschistische Lüge vom „nationalen Sozialismus" zu entlarven. Das Vertrauen zur Sowjetunion wie überhaupt zur kommunistischen Bewegung wuchs bei vielen Anhängern der Sozialdemokratie und Gewerkschaften in den Ländern des Kapitals, was das Ringen der Kommunisten um die Aktionseinheit erleichterte.

Das neue internationale Kräfteverhältnis kam zugleich im Aufschwung der antifaschistischen Massenkämpfe in einer Reihe europäischer kapitalistischer Länder zum Ausdruck. In Frankreich entwickelte sich nach der Niederschlagung des faschistischen Putsches vom Februar 1934 durch die einig handelnde französische Arbeiterklasse die Einheits- und Volksfrontbewegung. In Österreich hatte sich im Februar 1934 ein Teil der Arbeiterklasse zum bewaffneten Kampf gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch die klerikale Reaktion erhoben, dabei aber eine Niederlage erlitten. Im Oktober 1934 traten Teile der spanischen Arbeiterklasse in einheitlicher Front in den Generalstreik gegen die Vorstöße der Reaktion. In Asturien gingen die Arbeiter zu bewaffneten Aktionen über. Zugleich wuchs in verschiedenen kolonial unterdrückten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas der antiimperialistische Befreiungskampf an.

Doch hatte es andererseits die Arbeiterklasse in einigen Ländern, zum Beispiel in Deutschland und Italien, nicht zu verhindern vermocht, daß der Faschismus seine antinationale und barbarische

Herrschaft errichten beziehungsweise festigen konnte. Der Weltimperialismus versuchte, die Ausbreitung der sozialistischen und antiimperialistischen Bewegung durch den Abbau der bürgerlichen Demokratie und den Übergang zur offenen faschistischen Diktatur aufzuhalten. Er beschleunigte die Vorbereitung eines neuen Krieges.

Die Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland und die damit verbundene allseitige Belebung der faschistischen Kräfte in anderen Ländern war ein Zeichen dafür, daß sich die Kräfte der imperialistischen Bourgeoisie umgruppiert hatten und zum schärfsten Angriff gegen das Proletariat, gegen alle Werktätigen übergingen. Der Faschismus war zu einer Weltgefahr geworden.

Die Faschisierungs- und Kriegspolitik der reaktionärsten Kreise des internationalen Finanzkapitals, die in Deutschland zur Hitlerherrschaft geführt hatte, richtete sich in erster Linie gegen die Sowjetunion. Zugleich bedrohten die faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und alle demokratischen Bewegungen in den kapitalistischen Staaten sowie den antiimperialistischen Befreiungskampf der versklavten und abhängigen Völker. Dadurch verschärfte sich nicht nur der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im Weltmaßstab, sondern wurde auch die Kluft zwischen der kriegslüsternen Clique des Weltimperialismus und den Völkern immer tiefer. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten traten immer deutlicher hervor. Ihr Kampf um die Beherrschung des Weltmarktes und um die Ausdehnung ihres Machtbereichs, ihr Streben nach Neuaufteilung der Welt verstärkten sich und beschworen die Gefahr eines Krieges herauf.

Zur Zeit des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale konnte die kommunistische Weltbewegung auf einen wichtigen Abschnitt ihrer Entwicklung zurückblicken. Viele kommunistische Parteien in den kapitalistischen Ländern waren gereift und hatten in den Kämpfen gegen die Gefahr des Faschismus, für die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte und Freiheiten der werktätigen Massen bedeutsame Erfahrungen gesammelt. Die geschichtlichen Erfolge, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion errungen hatte, trugen wesentlich zur politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der einzelnen kommunistischen Parteien und der ganzen Kommunistischen Internationale bei.

Aus den bedeutsamen Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen, die sich international vor allem im Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion, in der Niederlage der

Arbeiterklasse in Deutschland, in der Entwicklung der Einheits- und Volksfront in Frankreich und in den Aktionen und bewaffneten Kämpfen der österreichischen und spanischen Arbeiter niederschlugen, mußte die Kommunistische Internationale die Schlußfolgerungen für die Entwicklung der Strategie und Taktik ziehen und Klarheit darüber schaffen, wie die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder ihr Ringen um die Gewinnung der Massen zum Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg erfolgreich führen konnten. Die neuen Kampfbedingungen und die Erfahrungen der einzelnen Parteien veranlaßten die Kommunistische Internationale, die auf dem VI. Weltkongreß entwickelte Generallinie der kommunistischen Bewegung zu überprüfen. Aus dem Verlauf der Klassenkämpfe in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland mußten Schlußfolgerungen für die künftige Strategie und Taktik gezogen werden. Alle Probleme der Politik der kommunistischen Weltbewegung und der einzelnen kommunistischen Parteien mußten neu durchdacht werden. Auffassungen und Schritte, die sich als falsch erwiesen hatten oder die nicht mehr den veränderten Bedingungen entsprachen, mußten korrigiert, alles, was sich im Prozeß des Klassenkampfes in den vergangenen Jahren als fehlerhaft und hemmend für die Herstellung einer breiten Kampffront gegen die Reaktion und gegen den Faschismus herausgestellt hatte, mußte überwunden werden.

Der VII. Weltkongreß beschäftigte sich mit Grundproblemen der Strategie und Taktik, die seit der Gründung der Kommunistischen Internationale in der theoretischen und praktischen Tätigkeit der einzelnen kommunistischen Parteien und der ganzen kommunistischen Weltbewegung einen hervorragenden Platz einnahmen. Die von Georgi Dimitroff in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß ausgearbeiteten Grundsätze fußten auf den Prinzipien der von Lenin dargelegten kommunistischen Massenpolitik. Damit knüpfte der Weltkongreß an jene politische Linie an und entwickelte sie unter den veränderten Bedingungen weiter, die unter Leitung W. I. Lenins auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beschlossen worden war.

Das schöpferische Herangehen an alle durch die Entwicklung des Klassenkampfes aufgeworfenen Probleme war für den Ablauf und die Ergebnisse des VII. Weltkongresses charakteristisch. Der Kongreß wandte die Lehre des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen

des sechzehnjährigen Kampfes der Parteien der Kommunistischen Internationale und der internationalen Arbeiterbewegung auf die neue Lage an. Er zeigte der Arbeiterklasse die neuen Möglichkeiten und Wege des Kampfes um die politische Macht und korrigierte zugleich die schematischen und falschen Festlegungen des VI. Weltkongresses und der nachfolgenden Plenartagungen des EKKI in diesen Fragen. Die kommunistischen Parteien wurden darauf orientiert, die leninistische Lehre von der sozialistischen Revolution entsprechend den Bedingungen ihrer eigenen Länder anzuwenden.

An den Beratungen des VII. Weltkongresses nahm die Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands aktiven Anteil. Zu den deutschen Delegierten gehörten unter anderen Anton Ackermann, Franz Dahlem, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Wilhelm Florin, Walter Hähnel, Fritz Heckert, Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt und Walter Ulbricht. Sie berichteten über die Erfahrungen und Lehren des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen den Hitlerfaschismus. Die auf Initiative der marxistisch-leninistischen Kräfte in der Parteiführung der KPD erfolgte Erarbeitung einer Strategie und Taktik, die den veränderten Kampfbedingungen in Deutschland entsprach, sowie die Lehren, welche die deutsche Partei aus der gesamten Geschichte ihres Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gezogen hatte, waren ein wichtiger Beitrag der KPD zum VII. Weltkongreß. Die Analyse der Lage im faschistischen Deutschland und die daraus für die Politik und den Kampf der KPD gezogenen Schlußfolgerungen wurden auf dem Kongreß verallgemeinert und in seinen Beschlüssen berücksichtigt.

Entsprechend den Beschlüssen der XIII. Plenartagung des EKKI vom Dezember 1933 charakterisierte der VII. Weltkongreß den Faschismus als offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.[42]

Diese gründliche Analyse des Klassencharakters des Faschismus war von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Kampf zur Überwindung der Gefahr des Faschismus und jeder anderen Form einer offenen Diktatur der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals, für den Zusammenschluß der Kräfte des Volkes unter Führung

[42] Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, S. 87.

der einheitlich handelnden Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg.[43] Aus der wissenschaftlichen Analyse des Charakters des Faschismus zog der VII. Weltkongreß die Schlußfolgerung, daß der Sieg des Faschismus nicht unvermeidlich ist, sondern daß er verhindert werden kann.

Georgi Dimitroff wies in seinem Referat nach, daß die faschistische Diktatur in Deutschland vor allem deshalb errichtet werden konnte, weil die Arbeiterbewegung durch die Zusammenarbeit von Führern der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie gespalten und dadurch gegenüber der angreifenden Reaktion politisch und organisatorisch geschwächt war. Deshalb besaß die Arbeiterklasse nicht die Kraft, die anderen werktätigen Schichten um sich zu scharen und ein Übergewicht der antifaschistisch-demokratischen Kräfte über den Faschismus zu schaffen. Das Beispiel Frankreichs hatte bewiesen, daß die proletarische Einheitsfront die unerläßliche Voraussetzung für die Entwicklung einer breiten Kampffront aller friedliebenden demokratischen Kräfte war. Deshalb legte der Weltkongreß fest, „daß die Herstellung der Einheitskampffront der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen historischen Etappe die wichtigste, nächstliegende Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung ist"[44].

Da der Faschismus der Hauptfeind war, mußten gegen ihn alle Kräfte geeinigt werden. In den nichtfaschistischen Ländern mußten die Kommunisten die bürgerliche Demokratie gegen den Angriff des Faschismus verteidigen; in den Ländern, in denen ein faschistisches Regime herrschte, mußte die Demokratie erkämpft werden. Zum strategischen Ziel des Kampfes der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern war damit die Verteidigung der Rechte der Werktätigen gegen den Angriff des Faschismus beziehungsweise der Sturz des faschistischen Regimes und die Herstellung wahrhaft demokratischer Verhältnisse geworden. Das bedingte eine Veränderung der bisherigen Einheitsfrontpolitik der kommunistischen Parteien. Der Kongreß forderte die Kommunisten auf, von den gemeinsamen Interessen der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen der Werktätigen im Kampf gegen Faschismus und Krieg auszugehen und, dar-

[43] Dokument Nr. 22.

[44] Wilhelm Pieck/Georgi Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, S. 275.

auf gestützt, eine elastische Politik im Ringen um die Einheitsfront zu entwickeln. Die kommunistischen Parteien wurden auf die Mannigfaltigkeit der Formen hingewiesen, in denen die Einheitsfront verwirklicht werden konnte, und vor jedem Schematismus bei der Entwicklung des einheitlichen Kampfes der Arbeiterklasse gewarnt.

Die Beschlüsse des Kongresses orientierten auf den Zusammenschluß aller Anhänger der Demokratie und des Friedens zu einer breiten antifaschistischen Volksfront, deren Kern die proletarische Einheitsfront bilden sollte. Der Kongreß stellte den kommunistischen Parteien die Aufgabe, ein breites Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem städtischen Kleinbürgertum und der Intelligenz gegen den gemeinsamen Feind, den Faschismus, herzustellen. Die Kommunisten mußten die Bündnispolitik auch auf solche sozialen Gruppen ausdehnen, die sich für die traditionellen bürgerlich-demokratischen Freiheiten einsetzten.

Die Kommunisten mußten in ihrer Politik berücksichtigen, daß im Kampf gegen den Faschismus beziehungsweise bei dessen Sturz ein Kräfteverhältnis der Klassen entstehen konnte, das die Vernichtung des Faschismus ermöglichte, ohne unmittelbar zur sozialistischen Revolution übergehen zu können. In einer solchen Situation, so legte der Kongreß fest, sollten die Kommunisten für die Bildung einer Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion eintreten, die entschiedene Maßnahmen gegen die reaktionären Kreise des Finanzkapitals und dessen faschistische Handlanger traf, und sich unter bestimmten Umständen an einer solchen Regierung beteiligen. Georgi Dimitroff erläuterte in seinem Referat den Charakter solcher Regierungen, die – je nach der konkreten Lage – Regierungen der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront sein konnten. Dimitroff unterstrich, daß es sich mit dem Eintreten der Kommunisten für solche Regierungen zugleich, entsprechend den Hinweisen W. I. Lenins, um den Weg des Herankommens an die proletarische Revolution handele. Der VII. Weltkongreß zeigte der Arbeiterklasse die vielfältigen Wege zum Sturz des Faschismus und Imperialismus und wies auf die Fülle der Übergangsformen und Zwischenstufen zur sozialistischen Revolution hin.

Georgi Dimitroff unterzog die sektiererischen und dogmatischen Tendenzen in den Reihen der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale einer scharfen Kritik. Besonders wandte er sich dagegen, daß die sozialdemokratischen Parteien als

soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnet wurden. Mit allem Nachdruck forderte er, besonders unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes und angesichts des Vormarsches des Faschismus in Europa, zu den Sozialdemokraten und zu den Führungen der sozialdemokratischen Parteien ein neues Verhältnis herzustellen. Er setzte sich mit denjenigen Kommunisten auseinander, die sich noch immer auf die unmittelbare Errichtung der Diktatur des Proletariats orientierten und nicht begriffen, daß im Kampf gegen die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus und Militarismus die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Parteien darin bestand, die demokratischen Freiheiten und sozialen Rechte der Volksmassen zu verteidigen und eine breite antifaschistische Volksfront zu schaffen. Angesichts des wütenden Angriffs des Faschismus hatte sich die Gefährlichkeit des Sektierertums vervielfacht. Es hörte auf, eine bloße „Kinderkrankheit" zu sein und wurde, wie Dimitroff sagte, zu einem tief eingewurzelten Laster, von dem sich die kommunistischen Parteien befreien mußten, um die Einheitsfront herstellen und die Volksfront bilden zu können. Mit seiner Kritik an den sektiererischen Erscheinungen in der Arbeiterbewegung korrigierte der Kongreß die auf dem XIII. EKKI-Plenum gegebenen falschen Losungen und Einschätzungen und befähigte die Kommunisten, eine weltweite Volksbewegung gegen Faschismus und Kriegsgefahr zu führen.

Einen bedeutsamen Platz in den Reden und Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale nahm der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ein. Palmiro Togliatti gab in seinem Referat eine umfassende Einschätzung der Gefahren eines imperialistischen Weltkrieges, dessen Auslösung vor allem vom deutschen Faschismus drohte. Vorausschauend erklärte er: „Es kann für niemanden Zweifel darüber bestehen, daß der kommende Krieg, selbst wenn er als Krieg zwischen zwei imperialistischen Großmächten oder als ein Krieg irgendeiner Großmacht gegen ein kleines Land beginnt, zwangsläufig die Tendenz haben wird, sich zu verbreitern, und unbedingt auf einen Krieg gegen die Sowjetunion hinauslaufen wird."[45] Palmiro Togliatti verurteilte die Politik der amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten, die in ihrem blinden Haß gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion die Kriegsvorbereitungen des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus unterstützten.

[45] Ebenda, S. 222.

Der VII. Weltkongreß erklärte den Kampf für den Frieden zur zentralen Aufgabe der kommunistischen Parteien. Er betonte den engen Zusammenhang zwischen dem Kampf für Demokratie und dem Kampf für Frieden. Georgi Dimitroff sprach in seinem Schlußwort die Überzeugung aus, daß ein neuer Weltkrieg verhindert werden könne, wenn unter Führung der kommunistischen Parteien und bei einer einheitlich handelnden Arbeiterklasse eine bisher in ihrem Ausmaß nicht gekannte breite Volksbewegung zur Verteidigung des Friedens und der Demokratie entfaltet werde, die sich auf die politische, materielle und militärische Macht des siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion stützen würde.

Der VII. Weltkongreß leistete eine große Arbeit, um die kommunistischen Parteien ideologisch und organisatorisch zu stärken und sie so zu befähigen, ihrer erhöhten Verantwortung für die Organisierung und Führung des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus gerecht zu werden. Georgi Dimitroff widmete dieser Frage einen besonderen Abschnitt seiner Ausführungen und erklärte: „Die Einheitsfront des Proletariats schafft eine Arbeiterarmee, die ihre Mission erfüllen kann, wenn an der Spitze dieser Armee eine führende Kraft steht, die ihr Ziel und Weg weist. Diese führende Kraft kann *nur eine starke proletarische revolutionäre Partei sein... Die Einheit, die revolutionäre Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der kommunistischen Parteien* ist ein Gut von höchstem Wert, das nicht nur uns, sondern der gesamten Arbeiterklasse gehört."[46]

Die Delegierten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wählten das neue Exekutivkomitee, dem 47 Mitglieder angehörten, darunter Georgi Dimitroff, Jacques Duclos, Wilhelm Florin, William Foster, Klement Gottwald, Fritz Heckert, O. W. Kuusinen, D. S. Manuilski, Wilhelm Pieck, Harry Pollitt, Luis Carlos Prestes, Ernst Thälmann, Maurice Thorez und Palmiro Togliatti sowie 33 Kandidaten, darunter Franz Dahlem, Dolores Ibárruri und Walter Ulbricht. Georgi Dimitroff wurde zum Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gewählt.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde auf Grund seiner Beschlüsse zur bedeutendsten Beratung der Kommunistischen Internationale seit dem Tode W. I. Lenins. Er verallgemeinerte die Kampferfahrungen aller kommunistischen Parteien und entwickelte eine Strategie und Taktik, die den neuen historischen Be-

[46] Ebenda, S. 167/168.

dingungen entsprach und die differenzierte Entwicklung in den einzelnen Ländern berücksichtigte. Er befähigte die einzelnen kommunistischen Parteien, auf der festen Grundlage des Marxismus-Leninismus die speziellen nationalen Probleme und die für deren Lösung notwendigen Methoden, Formen und Wege des Kampfes ausfindig zu machen. Der Weltkongreß gab den Parteien das Rüstzeug, mit dem sie eine richtige Strategie und Taktik für die Führung des nationalen und sozialen Befreiungskampfes ausarbeiten konnten. Indem der Kongreß Sektierertum und Dogmatismus überwand und in bedeutsamen Grundfragen die Theorie des Marxismus-Leninismus bereicherte, vollzog er eine tiefgehende Wende in der Entwicklung der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Verlauf und Beschlüsse des Kongresses schufen die politische und theoretische Voraussetzung für den Sieg der volksdemokratischen Revolution in einer Reihe von Ländern Osteuropas und Asiens nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und für das Entstehen des sozialistischen Weltlagers.

Die Abschlußsitzung des Kongresses am 20. August 1935 demonstrierte die Einheit, Geschlossenheit und Stärke der kommunistischen Weltbewegung. Erfüllt vom Erlebnis des „Russischen Wunders", von der Gewißheit des Sieges der gerechtesten Sache der Welt, des Sozialismus, ausgerüstet mit einer klaren Linie des Kampfes gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg kehrten die Delegierten in ihre Länder zurück, um zu verwirklichen, was sie beschlossen hatten.

2. Das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Sturz des Hitlerregimes. Die Brüsseler Parteikonferenz der KPD

Nachdem der VII. Weltkongreß die Grundlinie der von den kommunistischen Parteien einzuschlagenden Politik beschlossen hatte, stand vor der Kommunistischen Partei Deutschlands die Aufgabe, diese Politik entsprechend den Kampfbedingungen in Deutschland schöpferisch auszuarbeiten und anzuwenden. Die KPD mußte ihre eigene Politik überprüfen und aus der genauen Analyse sowohl der im Kampf gegen die faschistische Diktatur und für die Verteidigung der Rechte und Freiheiten des Volkes gewonnenen Erfahrungen als auch der da-



Rassenhetze der Nazis



Der Händedruck zwischen Adolf Hitler und Paul von Hindenburg anläßlich des Tages von Potsdam symbolisiert das Bündnis von Faschismus und Militarismus, 21. März 1933



„Der Richter – Der Gerichtete", Fotomontage John Heartfields zum Reichstagsbrandprozeß



Georgi Dimitroff im Kreise seiner Angehörigen, Moskau 1934

Erläuterungen hierzu Univ.-Bibl. Nr. 4316 17.



Wallenstein.

Ein dramatisches Gedicht

von

Fr. von Schiller.

Erster Theil.

Leipzig.
Verlag von Philipp Reclam jun.

1. und 2. Teil in einem Ganzleinenband 80 Pf.

Illegale, getarnte Ausgabe
des „Braunbuches
über Reichstagsbrand
und Hitler-Terror", September 1933

BRAUNBUCH

über Reichstagsbrand und Hitler-Terror

Vorwort von LORD MARLEY

Trotz Hitler und Göring sollen es die deutschen Arbeiter erfahren: Die Welt ist in Bewegung. Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse ist lebendig. In allen Ländern der Erde treten die Arbeiter in Massenversammlungen zusammen, gehen demonstrierend auf die Strassen und verkünden laut:

Nieder mit den Reichstagsbrandstiftern Göring, Hitler und Goebbels! Heraus mit Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff! Rettet sie vor Zuchthaus und Tod! Freiheit für Ernst Thälmann und alle gefangenen Antifaschisten!

Die ganze Welt ist in Bewegung, wenn es auch die Hitlerpresse zu verschweigen sucht.

Die ganze Welt erklärt: Nicht die Kommunisten, sondern Göring hat den Reichstag angezündet!

Das «Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror» hat in allen Ländern wie eine Bombe eingeschlagen. Sofort beim Erscheinen war die Auflage der gesamten deutschen Ausgabe vergriffen. Es folgten sofort die englische, holländische, amerikanische und französische Ausgabe des Braunbuches. Es erscheint die russische, spanische, polnische, jugoslavische und tschechische Ausgabe. Die Wirkung des Braunbuches war so alarmierend, dass die grosse bürgerliche Presse in England, Frankreich, Amerika, Tschechoslovakei, Oesterreich und in anderen Ländern in grossen Artikeln zu diesem erschütternden Dokument der Hitlerschmach Stellung nahm.

Hitler, Göring und Goebbels konnten in Deutschland die legale Arbeiterpresse verbieten. Sie können in der gleichgeschalteten bürgerlichen Presse täglich plumpe Lügen verbreiten. Sie können durch SA und SS, durch Polizei und Spitzel Jagd auf die illegale Literatur machen. Aber sie werden die Wahrheit nicht unterdrücken können!

Die Wahrheit über den Reichstagsbrand marschiert auch in Hitlerdeutschland.

Die Wahrheit über die schurkische faschistische Provokation wird auch von den deutschen Arbeitern gelesen a

Für die Wahrheit, für die revolutionäre Wahrh

UNIVERSUM-BÜCHEREI BASEL

Antifaschisten,
die von den Nazis
ermordet wurden



Erich Baron



Ernst Eckstein



Wilhelm Firl



Albert Funk

Walter Häbisch



Helene Glatzer

Martin Hoop





Antifaschisten,
die von den Nazis
ermordet wurden



Hans Litten



August Lüttgens



Ludwig Marum

John Schehr



Erich Mühsam

Eugen Schönhaar



Ernst Putz





Antifaschisten,
die von den Nazis
ermordet wurden



Fiete Schulze



Walter Schütz



Rudolf Schwarz



Erich Steinfurth

Walter Stoecker



Johannes Stelling

Georg Stolt







Bodo Uhse, Lion Feuchtwanger, Anna Seghers in der Ausstellung
des Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur in Paris, 1935

bei zutage getretenen Mängel und Fehler Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf der Partei ziehen.

Diese Aufgabe löste die IV. Reichskonferenz der KPD, die vom 3. bis 15. Oktober 1935 stattfand und bei Moskau durchgeführt wurde. Sie war die erste Parteikonferenz der KPD nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland und zugleich die erste Konferenz der kommunistischen Partei eines größeren Landes nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Die internationale Bedeutung der Parteikonferenz ergab sich auch daraus, daß hier die Delegierten jener Partei berieten, die im schweren opferreichen Kampf gegen die aggressivste, barbarischste Spielart des Imperialismus, gegen den Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution und den Hauptanstifter eines neuen imperialistischen Weltkrieges stand. Die Erfahrungen der KPD im Ringen gegen den Hitlerfaschismus besaßen für die kommunistischen Parteien in vielen Ländern grundsätzliche Bedeutung.

Zur Konferenz waren Delegierte aus den Bezirken Berlin, Bremen, Danzig, Frankfurt (Main), Hamburg, Niederrhein, Oberschlesien, Ruhrgebiet und aus anderen Zentren des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in die Metropole des ersten sozialistischen Staates der Welt gekommen. Einige von ihnen hatten auch am VII. Weltkongreß teilgenommen. Sie mußten illegal über die Grenze gehen und über Frankreich, Holland, Skandinavien oder über die Schweiz und die Tschechoslowakei den Weg nach Moskau suchen. Sie gehörten zu den aktivsten Kämpfern gegen das verhaßte Naziregime. Sie hatten in ihrem Bezirk, in ihrer Stadt den Widerstand organisiert und waren ständigen Verfolgungen durch die Gestapo ausgesetzt. Um die Rückkehr der Delegierten auf ihre illegalen Kampfposten zu sichern und die faschistischen Agenten irrezuführen, verbreitete die Parteiführung nach Beendigung der Konferenz, daß sie in Brüssel stattgefunden habe. Deshalb ist sie allgemein als Brüsseler Konferenz bekannt geworden und unter diesem Namen in die Geschichte eingegangen.

Obwohl die Parteikonferenz unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität vorbereitet werden mußte, repräsentierten ihre Teilnehmer die gesamte Partei. Zusammen mit den Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees nahmen Delegierte aus fast allen Bezirksorganisationen teil. Auf der Konferenz waren unter anderen anwesend: Alexander Abusch, Anton Ackermann, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Richard Gladewitz, Walter Hähnel, Fritz Heckert,

Wilhelm Knöchel, Karl Mewis, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt, Walter Trautzsch und Walter Ulbricht. Ihren historischen Ergebnissen nach hatte die Parteikonferenz den Charakter eines Parteitages, weshalb sie als 13. Parteitag der KPD gezählt wird.

Den Bericht des Politbüros, das Hauptreferat der Konferenz, gab Wilhelm Pieck. Er sprach über die „Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale". In seinem Bericht gab er eine Einschätzung der wichtigsten Probleme der Politik der Partei seit dem 12. Parteitag. Er analysierte gründlich die internationale Lage und vor allem die Lage in Deutschland und entwickelte vor den Delegierten die Grundfragen der neuen Strategie und Taktik und den neuen Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Angesichts des aktiven und konsequenten Kampfes, den die Kommunistische Partei Deutschlands geführt hatte, um die Machtergreifung des Hitlerregimes zu verhindern, und angesichts der zahllosen Opfer, die die Partei im selbstlosen Kampf für seinen Sturz gebracht hatte, konnte Wilhelm Pieck mit vollem Recht im Namen des Zentralkomitees erklären: „Klar und eindeutig steht vor der deutschen Arbeiterklasse die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Deutschlands von dem einzigen Willen beseelt war, die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus zur Verhinderung des Sieges der faschistischen Diktatur herzustellen. Ihre Angebote an die zentralen Leitungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften waren auf die Auslösung des breitesten Massenkampfes gegen den anstürmenden Faschismus gerichtet... Die historische Wahrheit ist, daß nicht die KPD, nicht der Kommunismus, nicht der Weg der proletarischen Revolution, versagt hat, sondern der Weg der SPD, der Weg ihrer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Weg ihrer Koalitionspolitik."[47]

Ausgehend von dieser historischen Wahrheit, war es die Pflicht der Partei, sorgfältig die Ursachen für den Machtantritt des Faschismus in Deutschland zu untersuchen, die Erfolge der Partei im Kampf gegen den Faschismus hervorzuheben und zugleich offen und selbstkritisch zu den Fehlern und Schwächen der eigenen Arbeit Stellung zu neh-

47 Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S. 6/7 u. 20–22.

men, wie es dem Wesen einer marxistisch-leninistischen Partei entsprach. Trotz aller Bemühungen des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees, die richtige Generallinie der Partei im Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verwirklichen, war es bisher noch nicht gelungen, alle strategischen und taktischen Probleme, welche der Kampf unter den verschiedenen Bedingungen des Kräfteverhältnisses der Klassen aufgeworfen hatte, zu beantworten. Dogmatische und sektiererische Tendenzen in der KPD bekamen nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, infolge des barbarischen Naziterrors und andererseits durch die Paktierer- und Spalterpolitik rechter sozialdemokratischer Führer immer wieder neue Nahrung. Die sich daraus ergebenden Probleme der Politik der Partei wurden im Referat Wilhelm Piecks ausführlich behandelt.

Einen weiteren Bericht des Politbüros gab Wilhelm Florin mit dem Thema: „Die konkrete Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale". Er sprach über den Kampf um die Einheitsfront und die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront in Deutschland. Zu wichtigen Fragen der Massenpolitik der Partei wurden weitere Referate gehalten: Walter Ulbricht, Mitglied des Politbüros, behandelte „Die Arbeit in der ‚Deutschen Arbeitsfront' und der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften"; Anton Ackermann sprach über den „Kampf der Partei um die werktätige Jugend"; Franz Dahlem referierte über „Parteiaufbau und Massenarbeit".

Palmiro Togliatti begrüßte im Namen des EKKI die Parteikonferenz der KPD. Er übermittelte den Delegierten Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Faschismus und Krieg und wies eindringlich auf die internationale Verantwortung und die nächsten Aufgaben der KPD hin. Zeitweilig nahm auch D. S. Manuilski an der Konferenz teil. Vertreter der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Chinas, Frankreichs und Großbritanniens sprachen vor den Delegierten über die Kampferfahrungen ihrer Parteien.

An der umfassenden Aussprache beteiligten sich 38 Delegierte mit insgesamt 54 Diskussionsbeiträgen. Sie vermittelten vor allem praktische Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes in Deutschland. Alle Diskussionsredner der Parteiorganisationen aus dem Lande analysierten die Ergebnisse ihrer illegalen Arbeit und bestätigten die

Richtigkeit der insbesondere von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht entwickelten taktisch-strategischen Neuorientierung. Sie unterstützten geschlossen die marxistisch- leninistischen Kräfte in der Parteiführung und rechneten endgültig mit den sektiererischen Auffassungen Hermann Schuberts, Fritz Schultes und anderer ab. Damit räumte die Konferenz ein ernsthaftes Hindernis im Kampf um die Schaffung der Einheitsfront und der breiten antifaschistischen Volksfront aus dem Wege. Die Brüsseler Parteikonferenz zog einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzungen über die Politik der Partei in den zurückliegenden Jahren. Die Klärung aller Grundfragen schuf die Grundlage für die Kollektivität und Geschlossenheit der Parteiführung.

In den Diskussionsreden wurden alle Seiten der illegalen Arbeit behandelt: die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern zur Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront und zum Aufbau freier Gewerkschaften; die Anbahnung von Kontakten zwischen Kommunisten und Vertretern des demokratischen Bürgertums und der Bauern zur gemeinsamen Arbeit in einer antifaschistischen Volksfront; die Anleitung der Parteiorganisationen durch die Parteiführung und die Bezirksleitungen und durch den Einsatz von Instrukteuren und der richtige Einsatz der Kader; die Methoden zur Herstellung und Verteilung der illegalen Presse und anderer Materialien der Partei und vieles andere mehr. Viele Redner schilderten, wie trotz der Härte der politischen Arbeit, die häufig mit Lebensgefahr verbunden war, Erfolge erzielt werden konnten, und gingen zugleich auf die Ursachen für Fehlschläge ein.

So berichtete Karl Mewis, der unter dem Decknamen Arndt auftrat, über die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Er begründete die Wichtigkeit einer zielklaren, einheitlichen Anleitung der Parteiorganisationen durch die Parteiführung als eine Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung der Beschlüsse.

Paul Bertz sprach über den antifaschistischen Kampf in Städten und Gebieten im westlichen Deutschland. Im Mittelpunkt seines Beitrages standen die Ergebnisse von Einheitsfrontverhandlungen zwischen kommunistischen Organisationen und sozialdemokratischen Gruppen sowie die Notwendigkeit der Verknüpfung des politischen mit dem ökonomischen Kampf, mit Forderungen für Lohnerhöhung und Einhaltung des Achtstundentages.

Richard Gladewitz beschrieb in seinem Diskussionsbeitrag, wie

illegale Parteiorganisationen in Oberschlesien an die Unzufriedenheit der Werktätigen angeknüpft und dadurch erreicht hatten, daß sich in Versammlungen Funktionäre und Mitglieder der DAF zum Sprecher von berechtigten Forderungen der Arbeiter gemacht hatten. Diese Forderungen, deren Verwirklichung durch das Auftreten von Kommunisten unterstützt wurde, konnten auf diese Weise wenigstens zum Teil durchgesetzt werden.

Walter Trautzsch schilderte, wie Kommunisten und andere Antifaschisten durch richtige Ausnutzung von legalen und halblegalen Möglichkeiten untere Funktionen in der DAF und in anderen faschistischen Massenorganisationen mit Antifaschisten besetzen und weitere Arbeiter für den antifaschistischen Kampf gewinnen konnten. In dieser Arbeit entstanden illegale freie Gewerkschaftsgruppen, denen zusammen mit Kommunisten und Sozialdemokraten auch Christen und Parteilose angehörten.

Wilhelm Knöchel sprach über den schädlichen Einfluß der sektiererischen Auffassungen und Kräfte auf die Organisierung der politischen Arbeit im Lande und über die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Bezirksleitung Hamburg. Er wies nach, wie sich das Sektierertum hemmend auf die Gewinnung sozialdemokratischer und früher gewerkschaftlich organisierter Arbeiter für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf auswirkte.

Viele Diskussionsredner verlangten nachdrücklich, feste Garantien dafür zu schaffen, daß eine politisch einheitliche Führung der Partei und damit die klare Anleitung der Parteiorganisation im Lande gewährleistet wurde. Die Mehrzahl der Diskussionsredner bestätigte in diesem Zusammenhang, daß sie in ihrer bisherigen Tätigkeit die wirksamste Hilfe von Franz Dahlem und Walter Ulbricht erhalten hätten. Von ihnen wären die illegalen Kommunisten in vielen Besprechungen, die vor allem in Prag oder an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze stattgefunden hatten, auf die entscheidenden politischen und organisatorischen Aufgaben des Kampfes zum Sturz des Hitlerfaschismus orientiert worden.

Die Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie auf die neuen Bedingungen in Deutschland stand im Mittelpunkt der Beratungen der Konferenz und fand in ihren Beschlüssen ihren Niederschlag. Die Lehre W. I. Lenins vom revolutionären Weg zum Sozialismus, die vor allem in seinen Werken „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", „Der Imperialismus als höchstes Stadium

des Kapitalismus" und „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" ausgearbeitet war, wies der deutschen Arbeiterbewegung den Weg zur Lösung ihrer geschichtlichen Aufgaben. Die Kommunistische Partei Deutschlands zog auf der Brüsseler Konferenz alle prinzipiellen Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen, die sie seit ihrer Gründung gewonnen und die sie vor allem im Kampf gegen das faschistische Regime gesammelt hatte. Unter Berücksichtigung dieser Erfahrungen beantwortete die Konferenz die Frage, auf welchem Wege die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen den deutschen Imperialismus und Militarismus stürzen und die politische Macht erobern konnte. Diese Frage hatte seit dem Eintritt in die Epoche des Imperialismus auf der Tagesordnung gestanden. Ihre eigenen Kampferfahrungen und die Kampferfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung ermöglichten der Partei jetzt die zusammenhängende Beantwortung dieser Frage.

Gestützt auf die Charakterisierung des internationalen Kräfteverhältnisses der Klassen, die der VII. Weltkongreß gegeben hatte, nahm die Brüsseler Konferenz eine wissenschaftliche Analyse der Lage und der Klassenkräfte in Deutschland vor. Durch die Errichtung der faschistischen Diktatur hatte das Monopolkapital seine Macht konsolidieren können. Die Arbeiterklasse aber blieb weiterhin gespalten. So hatte sich in Deutschland das Kräfteverhältnis zuungunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten verändert. Die Konzentration der gesamten ökonomischen und politischen Macht in den Händen einer kleinen antidemokratischen und kriegslüsternen Clique der Finanzoligarchie bedeutete eine Zuspitzung des antagonistischen Gegensatzes zwischen dieser Kriegsfraktion und allen anderen Klassen und Schichten des Volkes.

Die Konferenz schätzte den Stand des Bewußtseins der verschiedenen Klassen und Schichten des deutschen Volkes unter dem Hitlerregime nüchtern und realistisch ein. Es war zwar den Faschisten nicht gelungen, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu gewinnen; aber die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse verhielt sich passiv und war schon gar nicht bereit, für den Sozialismus zu kämpfen. Nur eine Minderheit des deutschen Proletariats stellte sich aktiv gegen das faschistische Regime. Die Unzufriedenheit der potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse, vor allem der kleinbürgerlichen Schichten auf dem Lande und in den Städten, richtete sich objektiv gegen das Hitlerregime. Doch standen diese Schichten in ihrer

Masse dem Sozialismus ablehnend, oft sogar offen feindlich gegenüber.

Die Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen und die Klärung des Charakters des Faschismus als offener terroristischer Diktatur des Monopolkapitals führte die Konferenz zu der Erkenntnis, daß auch in einem hochentwickelten imperialistischen Land wie Deutschland, in dem schon seit der Jahrhundertwende die sozialökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus herangereift waren, die demokratische Umwälzung notwendig war. Im Unterschied zu den bürgerlich-demokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts, die antifeudalen Charakter trugen, mußte sich diese demokratische Umwälzung gegen die neuen Träger der politischen Reaktion, die hinter der faschistischen Diktatur stehenden Klassenkräfte, richten und damit antiimperialistischen Charakter tragen. Unter den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen konnte der Sturz der faschistischen Diktatur also nicht durch den unmittelbaren Kampf um die sozialistische Revolution und um die Errichtung der Diktatur des Proletariats herbeigeführt werden, sondern die Massen mußten auf der Grundlage eines demokratischen Programms für die nächsten Schritte zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur gewonnen werden. Die revolutionäre Erhebung gegen die faschistische Diktatur des deutschen Monopolkapitals mußte demokratischen Charakter tragen.

Mit dem Beschluß, den Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen deutschen Imperialismus mit der Zielstellung „für ein neues, freies Deutschland" zu führen, entsprach die Brüsseler Parteikonferenz der leninistischen Lehre. W. I. Lenin hatte gefordert, daß die revolutionäre Arbeiterklasse „das *gesamtdemokratische* Banner hissen muß, um alle Schichten und Elemente um sich zu gruppieren, die fähig sind, für die politische Freiheit zu kämpfen oder wenigstens diesen Kampf in irgendeiner Weise zu unterstützen"[48]. Die Konferenz wandte die von Lenin bereits 1905 entwickelten Grundsätze über die Strategie und Taktik der proletarischen Partei in der bürgerlich-demokratischen Revolution schöpferisch auf die Bedingungen Deutschlands als eines entwickelten imperialistischen Landes an.

Zur zentralen Aufgabe erklärte die Parteikonferenz die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die

[48] W. I. Lenin: Entwurf eines Programms unserer Partei. In: Werke, Bd. 4, Berlin 1963, S. 231.

Schaffung der antifaschistischen Volksfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und für ihren Sturz, für die Verhinderung des Krieges.

Der Kampf gegen das Hitlerregime und die Gefahr des Krieges konnte nur erfolgreich sein, wenn er unter Führung der deutschen Arbeiterklasse erfolgte. Die Arbeiterklasse war die zahlenmäßig stärkste Kraft und auf Grund ihrer objektiven gesellschaftlichen Stellung die revolutionärste und konsequenteste Klasse, die mit dem Kampf um ihre eigene Befreiung zugleich die grundlegenden Interessen aller anderen Klassen und Schichten außerhalb der Großbourgeoisie vertrat. Mit ihrem Kampf um Demokratie rang die Arbeiterklasse zugleich um den Kampfboden, auf dem erst sie die Kräfte für das Ringen um den Sozialismus zu formieren vermochte. Der Hauptfeind, gegen den sich alle demokratischen Bestrebungen richteten, war nicht die Bourgeoisie schlechthin, sondern waren die reaktionärsten, aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals, die Träger der faschistischen Diktatur, deren Überwindung zugleich entscheidend war, um an den Sozialismus heranzukommen.

Die wichtigste Frage, die gelöst werden mußte, um die Kraft der Arbeiterklasse geschlossen einsetzen zu können, war die Herstellung der Aktionseinheit zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie. Vom Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hing in entscheidendem Maße das Schicksal der Aktionseinheit der gesamten Arbeiterklasse und schließlich der antifaschistischen Volksfront ab.

Die Delegierten der Brüsseler Konferenz beschlossen, im Verhältnis der Kommunisten zur Sozialdemokratie eine tiefgreifende Wende herbeizuführen. Das erforderte von allen Mitgliedern, Funktionären und Leitungen der Kommunistischen Partei, die neue Lage zu berücksichtigen, in der sich die deutsche Sozialdemokratie seit dem Machtantritt des Hitlerfaschismus befand. Die Sozialdemokratie war nicht mehr Koalitionspartei in der Reichsregierung oder in einer der Länderregierungen. Ihre Parlamentarier und Beamten hatten ihre privilegierten Stellungen verloren. Die Sozialdemokratische Partei war verboten, und ein großer Teil ihrer Mitglieder und Funktionäre wurde vom faschistischen Terror ebenso getroffen wie die Kommunisten. Sie waren in eine Kampfstellung gegen die faschistische Diktatur gedrängt. Das aber bedeutete, daß sich die objektiven Möglichkeiten verbessert hatten, die Einheitsfront mit der ganzen Sozialdemokratie

herzustellen. Viele sozialdemokratische Arbeiter forderten das Zusammengehen mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern, um so die entscheidende Ursache für die Niederlage der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu beseitigen.

Die Parteikonferenz der KPD mußte zugleich die Tatsache berücksichtigen, daß der Prager Emigrationsvorstand der Sozialdemokratie auch weiterhin auf seiner antikommunistischen Position beharrte und die wiederholten Einheitsfrontangebote der KPD ablehnte. Die wichtigsten Vertreter der sozialdemokratischen Parteiführung hatten sich bereits wieder von der im Prager Manifest vom Januar 1934 formulierten Konzeption losgesagt. Die Teilnehmer der Brüsseler Konferenz stellten in Rechnung, daß die Politik des Prager Parteivorstandes auf große Teile der sozialdemokratischen Mitgliedschaft wirkte und damit die Entwicklung der Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hemmte. Der faschistische Terror hielt zudem viele Sozialdemokraten vom aktiven antifaschistischen Kampf ab. Die Delegierten der Parteikonferenz hoben hervor, daß jene Grundgedanken des Prager Manifestes, welche die Kampfforderungen vieler sozialdemokratischer Mitglieder berücksichtigten und eine Alternative zur bankrotten Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer forderten, mit der Grundlinie des Kampfes der KPD übereinstimmten.

Die Brüsseler Parteikonferenz beauftragte alle Organisationen der Partei und jeden einzelnen Kommunisten, unter Berücksichtigung der neuen Kampfbedingungen ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern und zu ihren Organisationen herzustellen, jegliches Sektierertum ihnen gegenüber zu überwinden und die Aktionseinheit auf allen Ebenen, auf der Ebene der Parteiführungen, der Bezirks-, der Ortsorganisationen und der Zellen, anzustreben. In den Vordergrund des gemeinsamen Kampfes sollten Forderungen gestellt werden, in denen grundsätzlich Übereinstimmung bestand: Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte; volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit; Glaubens- und Gewissensfreiheit; die Befreiung der eingekerkerten Antifaschisten und die gegenseitige Unterstützung inhaftierter Antifaschisten und deren Angehöriger.

Von großer Bedeutung für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse war die Orientierung auf die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften. Jeder Kommunist wurde aufgefordert, ihren Wiederaufbau mit allen Kräften zu unterstützen und zu fördern. Die Brüsseler Kon-

ferenz ging von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis aus, daß der Kampf um den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Arbeiter während der faschistischen Diktatur ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes um die Einheitsfront des Proletariats war. Dazu erklärte Walter Ulbricht: „Die freien Gewerkschaftsgruppen haben das größte Interesse an dem Zustandekommen der Einheitsfront zwischen KPD und SPD, denn das erleichtert auch die gemeinsame Förderung des gewerkschaftlichen Kampfes durch beide Parteien und die Sicherung der Gewerkschaftseinheit."[49] Mit dieser Orientierung wurde die KPD ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Gewerkschaftsbewegung gerecht.

Die Brüsseler Konferenz forderte eine Neuorientierung auch auf dem Gebiet der Jugendarbeit, da die Gewinnung der werktätigen Jugend in den von den Faschisten beherrschten Massenorganisationen von großer Bedeutung für die Verstärkung des antifaschistischen Kampfes war. Die Maßnahmen des faschistischen Regimes richteten sich zum großen Teil gegen die Jugend, die faschistisch und chauvinistisch beeinflußt und für den imperialistischen Krieg gedrillt wurde. Die Konferenz schlug daher die Vereinigung der kommunistischen und sozialistischen Jugend als Voraussetzung für eine breite demokratische Bewegung der jungen Generation vor. Alle werktätigen Jugendlichen, ohne Unterschied ihrer weltanschaulichen und religiösen Einstellung, sollten sich in einer großen Freiheitsbewegung der deutschen Jugend gegen den Hitlerfaschismus zusammenschließen.

Von großer historischer Bedeutung war die Tatsache, daß die Brüsseler Parteikonferenz dem Kampf um die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse Richtung und Ziel wies. Die Konferenz entwickelte die Hauptprinzipien für die politische und organisatorische Einigung der deutschen Arbeiterbewegung. Über deren Weg und Notwendigkeit hieß es in der Resolution der Konferenz: „Ausgehend von der Überzeugung, daß die Sache des Proletariats die *Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei* der deutschen Arbeiterklasse erfordert, arbeitet die Kommunistische Partei daran, alle klassenbewußten Arbeiter dafür zu gewinnen. Die praktische Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung ist die Schaffung der Aktionseinheit. Die bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse durch

[49] Walter Ulbricht: Der gewerkschaftliche Kampf in Deutschland. Aus der Rede auf der Brüsseler Reichsparteikonferenz der KPD, Oktober 1935. In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 102.

ihre Niederlage und den Sieg des Faschismus machte, haben in ihr den Willen zur Wiedervereinigung in einer einheitlichen politischen Massenpartei hervorgerufen."[50]

Damit entwickelte die Brüsseler Konferenz der KPD nicht nur eine neue Initiative zur Herstellung der Aktionseinheit, sondern auch zur endgültigen Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Aufgabenstellung ergab sich aus der Erkenntnis, daß die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes ohne eine geeinte revolutionäre marxistisch-leninistische Partei nicht möglich ist.

Die Konferenz hob hervor, daß die Einigung der Arbeiterklasse die Voraussetzung für den Zusammenschluß aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte in einer Volksfront ist. Wilhelm Pieck sagte dazu, solange es nicht gelungen sei, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, so lange werde die Arbeiterklasse für die Mittelschichten nicht die Kraft sein, auf die sie sich orientieren. „Erst wenn sie in der Einheitsfront der Arbeiterklasse die führende Kraft sehen, die fähig ist, den Faschismus zu schlagen, werden sie sich vom Faschismus abwenden und sich der Arbeiterklasse anschließen."[51]

Ausgehend von dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen den reaktionärsten Cliquen des Finanzkapitals und allen anderen sozialen Gruppen, legte die Parteikonferenz fest, die Volksfrontpolitik als eine spezifische Form der Bündnispolitik zu entwickeln. Damit ergriff die KPD die Initiative zur Schaffung einer Kampfgemeinschaft der verschiedenartigsten gesellschaftlichen Kräfte, unabhängig von ihrer politischen, konfessionellen oder sonstigen Bindung, auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen an Frieden, sozialer Sicherheit, politischer Freiheit und am Sturz des Hitlerregimes.

In ihrem Manifest „An das werktätige deutsche Volk" entwickelte die Konferenz eine Plattform für den Kampf der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, die für alle Antifaschisten annehmbar war: „Wir Kommunisten unterbreiten euch unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, für die Freiheit, den Frieden und die Sicherung der Existenz aller Werktätigen. Wir stellen an die Spitze des Programms den Kampf für die Freiheit des werktätigen Volkes, für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte, für volle Organi-

50 Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf . . ., S. 156.
51 Ebenda, S. 118.

sations-, Versammlungs- und Pressefreiheit, für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse ..."[52]

Die Brüsseler Konferenz beantwortete auch die Frage nach den Perspektiven des Kampfes der in der Einheits- und Volksfront zusammengeschlossenen Massen gegen den Hitlerfaschismus. Die Partei ging davon aus, daß das Kräfteverhältnis der Klassen im Augenblick des Sturzes des Faschismus sehr unterschiedlich sein konnte. Die Partei mußte sich darauf einstellen, daß aus den jeweiligen konkreten Umständen verschiedene Formen einer antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht mit unterschiedlich breiter sozialer Basis hervorgehen konnten. Deswegen erklärte die KPD, daß in Deutschland nach dem Sturz Hitlers eine Regierung der proletarischen Einheitsfront, der antifaschistischen Volksfront oder auch andere Formen einer demokratischen Volksmacht möglich seien. In welchem Maße eine solche neue, antiimperialistisch-demokratische Staatsmacht die Volksinteressen durchsetzen würde, hing in erster Linie von der Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der antifaschistischen Bewegung und von ihrem Einfluß in den neu entstehenden demokratischen Machtorganen, von ihrer Bewußtheit und Organisiertheit ab.

Mit diesen prinzipiellen Festlegungen wies die Brüsseler Parteikonferenz den Weg zum Sturz der Hitlerdiktatur und zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung als dem strategischen Ziel des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und aller anderen Antifaschisten. In dieser Formulierung des Kampfziels der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse bestand das grundsätzlich Neue der von der Brüsseler Konferenz beschlossenen Generallinie der Partei. Damit waren der Ausgangspunkt und die Grundlagen für die Ausarbeitung des konkreten Programms einer neuen deutschen demokratischen Republik geschaffen.

Diese Zielstellung enthielt eine schöpferische Antwort auf die in der Partei seit ihrer Gründung geführten Diskussionen über den Weg zur Macht der Arbeiterklasse unter den Kampfbedingungen in Deutschland. Damit zog die Parteikonferenz endgültig die grundlegende Lehre aus der Novemberrevolution und den ihr nachfolgenden Kämpfen, daß in Deutschland die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse nicht mit einem Schlag erfolgen kann. Sie arbeitete eine Linie aus, die die deutsche Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-

[52] Ebenda, S. 174/175.

leninistischen Partei befähigte, Schritt für Schritt den Weg zur Eroberung der politischen Macht zu gehen und ihre historische Mission zu erfüllen.

Die Orientierung der Brüsseler Parteikonferenz knüpfte an jene Erfahrungen an, welche die Partei mit der Entwicklung der Antifaschistischen Aktion vor dem Machtantritt des faschistischen Regimes gemacht hatte, und entwickelte die Hinweise weiter, welche Ernst Thälmann in seiner letzten Rede auf der illegalen Tagung des Zentralkomitees am 7. Februar 1933 gegeben hatte. Dank dem leninistischen Zentralkomitee mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an der Spitze wurde die neue Strategie und Taktik unter den schwierigen Bedingungen des illegalen Kampfes ausgearbeitet.

In die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz gingen die Erfahrungen und Erkenntnisse der internationalen kommunistischen Bewegung, wie sie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale formuliert hatte, ein und fanden ihre schöpferische Verarbeitung entsprechend der konkreten Lage in Deutschland. Die Brüsseler Konferenz handelte nach dem Hinweis Georgi Dimitroffs, der es als Fehler bezeichnet hatte, die Thesen des VII. Weltkongresses schematisch zu wiederholen und dogmatisch auf die Situation in Deutschland zu übertragen. Dadurch vermochte die Konferenz nicht nur die Aufgaben für den Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur darzulegen, sondern konnte auch mit wissenschaftlicher Voraussicht erste Vorstellungen über den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands nach der Beseitigung des Hitlerregimes entwickeln. Diese Generallinie der Partei war in der Resolution „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur" niedergelegt, die von den Delegierten der Parteikonferenz einmütig bestätigt wurde. In seinem Schlußwort erklärte Wilhelm Pieck, diese Resolution sei das bedeutendste Dokument, das die Partei bisher geschaffen habe.[53]

Das von der Parteikonferenz beschlossene und von der Parteiführung in den folgenden Jahren, entsprechend den Veränderungen der Lage, vervollkommnete Kampfprogramm entsprach den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung. Es war ein zutiefst nationales Programm, weil es auf die Lösung der nationalen Frage in Deutschland, auf die Überwindung der Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus gerichtet war. Das entsprach nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch den Interessen aller anderen werk-

[53] Dokument Nr. 23.

tätigen Schichten, der Klein- und Mittelbauern, der kleinen Geschäftsleute, Handwerker, Unternehmer und der Intelligenz.

Georgi Dimitroff hatte auf dem VII. Weltkongreß die Forderung nach der Anwendung der Taktik des „Trojanischen Pferdes" erhoben, um alle Möglichkeiten des legalen und halblegalen Auftretens der Kommunisten und anderen Antifaschisten in den faschistischen Massenorganisationen zur Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes auszunutzen. In seiner Rede auf der Brüsseler Konferenz setzte sich Walter Ulbricht mit den verschiedenen Einwänden gegen diese Taktik auseinander und bewies an zahlreichen Beispielen aus dem illegalen Kampf ihre Richtigkeit. Nur wenn allen Antifaschisten die Bedeutung dieser Taktik deutlich wurde, waren die großen Möglichkeiten der Mobilisierung der Massen für die Verteidigung der Arbeiterinteressen, für die Entfaltung der Einheitsfront und für den Kampf gegen das Hitlerregime auszuschöpfen. Deshalb erklärte die Konferenz, daß es notwendig sei, auch bestimmte Funktionen in faschistischen Massenorganisationen zu besetzen, um von diesen Positionen aus die Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Dazu war erforderlich, die Methoden des antifaschistischen Kampfes den Bedingungen in diesen Organisationen anzupassen.

Die komplizierten Aufgaben im Ringen um die Einheitsfront und um die Volksfront erforderten eine Stärkung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse. Die Ausweitung der demokratischen Kampffront, deren Kern die Arbeiterklasse bildete, erhöhte die Verantwortung der KPD. Das verlangte neue Methoden und Formen der Parteiarbeit und erforderte vor allem die weitere politisch-ideologische Festigung der Partei. Die Kader der Partei mußten befähigt werden, konsequent die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz durchzusetzen. In der Resolution der Brüsseler Parteikonferenz wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, alle inneren Hemmnisse zu überwinden, die der Einheits- und Volksfrontpolitik im Wege standen. Die Parteimitglieder wurden aufgefordert, beharrlich die Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen des Rechtsopportunismus und des Sektierertums zu führen und deren Einfluß jedweden Boden zu entziehen.

Bedeutsame Beschlüsse faßte die Brüsseler Konferenz der KPD auf politisch-organisatorischem Gebiet, um die illegalen Parteiorganisationen schlagkräftig zu machen und sie auch von der organisatorischen Seite her zu befähigen, die neue Strategie und Taktik im antifaschistischen Widerstandskampf zu verwirklichen.

In einem Begrüßungsschreiben an den vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gewählten Generalsekretär, Georgi Dimitroff, dankten ihm die Delegierten für sein mutiges und beispielgebendes Auftreten im Reichstagsbrandprozeß und bekannten sich zur Politik des VII. Weltkongresses. Die tiefe Verbundenheit mit dem seit dem 3. März 1933 eingekerkerten Vorsitzenden der Partei, Ernst Thälmann, sowie mit allen eingekerkerten Antifaschisten bekundeten die Delegierten in weiteren Grußadressen. Sie gelobten, den Kampf für die Befreiung aller politischen Gefangenen verstärkt weiterzuführen. Unter starker Zustimmung verabschiedete die Konferenz ein Grußschreiben an die Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung, an die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Grußschreiben wurden auch an die heldenhaft kämpfenden Kommunistischen Parteien Chinas und Frankreichs gesandt.

Die Einstimmigkeit, mit der alle Dokumente, mit der die Generallinie der Partei auf der Konferenz beschlossen wurden, widerspiegelte die ideologisch-politische Reife der Partei und ihre zunehmende marxistisch-leninistische Geschlossenheit. Auf der Parteikonferenz wurde ein Zentralkomitee gewählt, das aus Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Leopold Flieg, Wilhelm Florin, Walter Hähnel, Fritz Heckert, Paul Merker, Willi Münzenberg, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Herbert Wehner, Heinrich Wiatrek als Mitgliedern und Wilhelm Knöchel, Wilhelm Kowalski und Karl Mewis als Kandidaten bestand. Ernst Thälmann wurde erneut zum Führer der Partei berufen und Wilhelm Pieck für die Zeit der Kerkerhaft Ernst Thälmanns zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Dem neugewählten Politbüro gehörten als Mitglieder an: Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann und Walter Ulbricht. Anton Ackermann und Herbert Wehner waren Kandidaten des Politbüros. Die auf der Brüsseler Parteikonferenz gewählte Führung der KPD hat in den Jahren der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges die Partei konsequent den Weg des Kampfes zum Sturz des Hitlerfaschismus, für ein demokratisches, friedliebendes Deutschland geführt.

Nach der Konferenz wurden zur Verbesserung der politischen Arbeit unter Anleitung des Zentralkomitees, das seinen Sitz in Moskau hatte, in den an Deutschland grenzenden Ländern Abschnittsleitungen geschaffen. In die operative Auslandsleitung nach Paris wurden unter der Leitung Walter Ulbrichts die Mitglieder des Zentralkomitees An-

ton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Paul Merker und Elli Schmidt delegiert. Durch die Dezentralisation der Leitungstätigkeit konnte den ungeheuren Schwierigkeiten, auf die eine direkte und ständige Verbindung zwischen dem Zentralkomitee und den illegalen Bezirksorganisationen stieß, teilweise entgegengewirkt werden.

Die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz bildeten die Richtlinie im Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Hitlerfaschismus und die von ihm heraufbeschworene Gefahr eines neuen Völkermordens. Unermüdlich und unter Einsatz ihres Lebens kämpften die Kommunisten für die Einigung der Arbeiterklasse und aller friedliebenden und demokratischen Kräfte Deutschlands. Verfolgung, Folter und Verschleppung in die faschistischen Konzentrationslager konnten nicht verhindern, daß neue Kämpfer an die Stelle der Eingekerkerten traten. Die eigenen bitteren Erfahrungen und ihre reichen politischen Kenntnisse ließen die illegalen Kader, von dem von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitee im Geiste Lenins erzogen, trotz manchmal unterbrochener Verbindungen zur Parteiführung die richtigen Wege und Mittel finden, die Widerstandsbewegung aufzubauen. Nur der gemeinsame und geschlossene Kampf aller Hitlergegner bot die Gewähr dafür, den faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus an der Entfesselung des Krieges zu hindern, die Hitlerdiktatur zu stürzen und die Voraussetzungen für ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu schaffen. Das Ziel aller Anstrengungen der KPD bestand in der Rettung des deutschen Volkes vor der nationalen Katastrophe.

Ein solches Programm konnte nur eine marxistisch-leninistische Partei ausarbeiten. Es entsprach den Interessen des Volkes. Auf seiner Grundlage konnten sich alle Volksschichten zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen. Die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz waren in den Jahren der faschistischen Diktatur das einzige Programm einer deutschen Partei, das den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes wies.

Die Kriegsvorbereitungen des faschistischen deutschen Imperialismus. Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands um die antifaschistische deutsche Einheits- und Volksfront zum Sturz der Hitlerdiktatur (1935 bis 1936/1937)

1. Der Aufschwung des antifaschistischen Kampfes nach der Brüsseler Konferenz der KPD in Deutschland und in der Emigration. Das Ringen der Partei um die antifaschistische deutsche Volksfront

Viele illegale Parteiorganisationen in Betrieben und Bezirken bekundeten in Briefen und Stellungnahmen an das Zentralkomitee der KPD ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz und versicherten, alle Kräfte für deren Durchsetzung aufzubieten. So hieß es in einer Resolution der illegalen Bezirksleitung Berlin-Nord: „Die gemeinsame aktuelle Frontstellung ist es, von der aus wir an die sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen herantreten und unsere Vorschläge für die Einheitsfront, für die Aktionseinheit, machen. Wir stellen das Trennende zwischen uns zurück. Wir verlangen nicht, daß die sozialdemokratischen Organisationen sich für die Diktatur des Proletariats bekennen. Wir sind bereit zu absoluter Kameradschaftlichkeit in den Diskussionen über unsere verschiedenen Grund-

sätze und Programme, wir sind bereit, die Fragen der Vergangenheit zurückzustellen, um die Einheit für den Kampf gegen den Faschismus zu erreichen ... Von größter Bedeutung, besonders für die Organisierung unter dem Kleinbürgertum, ist die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen. Wenn wir den Feind, den Faschismus, schlagen wollen, dann müssen wir in sein eigenes Lager eindringen, ihn von innen heraus bekämpfen, ihn mit seinen eigenen Waffen schlagen."[54]

Doch stieß die Vermittlung der Konferenzergebnisse an alle Parteiorganisationen im Lande auf große Schwierigkeiten. An der Konferenz hatten zwar Vertreter der wichtigsten Bezirksorganisationen teilgenommen. Die Parteiführung konnte auch über den Moskauer Rundfunk, seit Ende 1935 über den französischen Rundfunk und seit Januar 1937 über den Sender 29,8 in Spanien direkt zu den illegalen kommunistischen Widerstandskämpfern sprechen und sie informieren. Außerdem kamen die wichtigsten Reden und Beschlüsse kurz vor Ende des Jahres 1935 als illegale Druckschriften nach Deutschland. Dennoch war es unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität und des ständig wachsenden faschistischen Terrors nur sehr schwer möglich, die Parteiorganisationen rasch mit den Materialien über die neue Strategie und Taktik vertraut zu machen. Viele Illegale erfuhren von diesen wichtigen Beschlüssen erst Monate oder sogar Jahre später.

Auf der Brüsseler Konferenz war beschlossen worden, die Organisation der Parteiarbeit zu verändern. Die bisher im wesentlichen nach dem Territorialprinzip aufgebauten illegalen Parteiorganisationen sollten dezentralisiert werden. Ihre Stützpunkte mußten in erster Linie die Betriebe, vor allem die Großbetriebe, sein. Seit 1936 erfolgte die Anleitung der einzelnen Parteibezirke und die Übermittlung von Informationen, Beschlüssen und illegalen Materialien durch Abschnittsleitungen der Partei, die ihren Sitz in den an Deutschland angrenzenden Nachbarländern hatten. Abschnittsleitungen wurden in Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, in Schweden, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei gebildet. Die Abschnittsleiter waren in einigen Fällen Mitglieder des Zentralkomitees. Es gab etwa 45 Parteibeauftragte, die regelmäßig illegal nach Deutschland fuhren. Sie überbrachten und erläuterten die Beschlüsse und Direktiven des Zentralkomitees und des Politbüros. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand

[54] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 5/1/400, Bl. 14 u. 15.

darin, neue Parteigruppen aufzubauen und feste Verbindungen herzustellen. Viele Beauftragte arbeiteten eine bestimmte Zeit im Lande, um die Parteigruppen anzuleiten. Sie werteten die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes aus, sammelten Nachrichten über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland und über die Stimmung in allen Kreisen der Bevölkerung. Sie setzten alle ihre Fähigkeiten und Kräfte ein, um die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz zur Herstellung der Einheits- und Volksfront im Lande zu verwirklichen. Von Oktober 1935 bis zu seiner Verhaftung Ende Januar 1936 arbeitete Wilhelm Firl in Berlin als verantwortlicher Funktionär für die Anleitung der illegalen Parteiorganisationen im Lande. Am 17. August 1937 wurde Wilhelm Firl hingerichtet. Nach wiederholter Instrukteurtätigkeit im Ruhrgebiet informierte sich Otto Kropp im Oktober 1935 in Amsterdam ausführlich über die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz. Dann kehrte er nach Köln zurück, um sie dort im illegalen Kampf durchzusetzen. Er wurde Ende März 1936 verhaftet und am 25. Mai 1937 hingerichtet. Von Anfang 1936 bis zu seiner Verhaftung Mitte Mai 1936 fuhr Ewald Funke wiederholt nach Stuttgart. Dann verhafteten ihn die Faschisten und richteten ihn am 4. März 1938 hin. Auch Frauen gehörten zu dem Kreis derjenigen Parteifunktionäre, die diese verantwortungsvolle und gefährliche Tätigkeit ausübten. Minna Fritsch, die bis 1936 illegal in Deutschland gearbeitet hatte und dann in die Tschechoslowakei emigriert war, fuhr von dort vierzigmal nach Deutschland, um den illegalen Parteiorganisationen Informationen des Zentralkomitees zu überbringen.

Unter den Bedingungen der Illegalität hatten sich die Formen und Methoden der Leitung der Parteiarbeit völlig verändert. Andere Möglichkeiten mußten gefunden werden, um die einzelnen Parteiorganisationen zu informieren und ihnen die Beschlüsse der Partei zukommen zu lassen. In der ersten Zeit nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hatten viele Parteiorganisationen und einzelne Parteimitglieder die politische Arbeit auf der Grundlage der allgemeinen Orientierung der Parteiführung völlig selbständig aufgenommen.

Mit Hilfe von Kontakten über die tschechoslowakische Grenze, die vor 1933 hergestellt worden waren, sowie durch Ausnutzung der in der ersten Zeit noch vorhandenen Möglichkeiten des relativ leichten Grenzübergangs hatten sehr bald feste Verbindungen zwischen Parteigruppen in Deutschland und den auf tschechoslowakisches Gebiet Emigrierten hergestellt werden können. Bereits Ostern 1935 begann

hier ein neuer Abschnitt in der illegalen Grenzarbeit, als Mitglieder des Politbüros, Franz Dahlem und Walter Ulbricht, nach Prag übersiedelten. Nun wurde die Grenzarbeit von der Parteiführung direkt angeleitet. Die bis dahin unabhängig voneinander entstandenen Stützpunkte und Verbindungen wurden in Abschnitte und Hauptabschnitte eingeteilt und zentral gelenkte Grenzabschnittsleitungen geschaffen. Sie hatten in der Regel ihren Sitz in den tschechoslowakischen Kreisstädten entlang der Grenze. Bis zum Herbst 1937 bestanden etwa 2600 feste Verbindungen von den Grenzstellen der Tschechoslowakei nach Deutschland.

In den Jahren vor Ausbruch des Krieges kamen regelmäßig deutsche Antifaschisten, Mitglieder der KPD, des KJVD und Arbeitersportler in Gruppen oder auch einzeln als „Ausflügler" in das Grenzgebiet der Tschechoslowakei. Eine große Zahl von Instrukteuren und Kurieren des ZK der KPD ging in regelmäßigen Abständen über die Grenze und überbrachte den illegalen Parteiorganisationen in Deutschland die Beschlüsse und Direktiven der Parteiführung. Eine solche systematisch organisierte Grenzarbeit der Partei gab es nicht nur in beiden Richtungen über die tschechoslowakische Grenze. Sie erfolgte auch an der Grenze Dänemarks, Frankreichs, Hollands und der Schweiz. Das war eine schwierige und gefahrvolle Arbeit. Oft kam es zu Schießereien mit der SS und den Grenzwachen. Es gab Tote und Verwundete. Die Gestapo ließ nichts unversucht, um die Grenzverbindungen zu unterbrechen und die illegalen Kuriere zu verhaften. Über eine der Beratungen zwischen Walter Ulbricht und illegalen Widerstandskämpfern aus Deutschland berichtete Klaus Lehmann, der dieses Treffen mit vorbereitet hatte: „Um nun einen möglichst großen Erfolg zu erzielen, einen planvollen und regelmäßigen Einsatz der Genossen zu gewährleisten und alle Anschläge des Gegners von vornherein zu vereiteln, trafen sich alle Mitglieder der KPD und des KJVD vor ihrer Fahrt an die Grenze zu gemeinsamen Besprechungen, auf denen alle Fragen bis ins einzelne beraten wurden. Die Leitung dieser Zusammenkünfte sowie der Einsätze und der Durchführung der Aktionen hatte Genosse Walter Ulbricht. Nach einer gründlichen politischen Instruktion legte er größten Wert auf genaue Einteilung aller Genossen, jede Möglichkeit mußte beachtet und jeder Treff genau festgelegt werden. Die Anweisungen von Walter Ulbricht zeigten seine große Kenntnis der illegalen Arbeit, aber auch seine große Sorge um die Sicherheit der Genossen. Selbstverständlich konnten Besprechungen mit größeren

Gruppen nicht irgendwo im Freien abgehalten werden, zumal sie mitunter viele Stunden dauerten. Die Genossen aus Deutschland wollten möglichst viel erfahren, möglichst viele Ratschläge für ihre Arbeit erhalten."[55]

Da die Widerstandskämpfer aus Deutschland während der Arbeitszeit nicht vom Betrieb fernbleiben konnten, benutzten sie häufig das Wochenende, um als „Sportler" oder „Ausflügler" über die Grenze zu fahren. Sie berieten bis in die späten Abendstunden an einem sicheren Ort im Grenzgebiet mit den Vertretern des Zentralkomitees und fuhren in der Nacht zum Montag zurück, um frühmorgens wieder zur Arbeit gehen zu können. Oft wurden auch die Feiertage und die Urlaubszeit dazu benutzt, um zu „Verwandten" zu fahren. Für die Instrukteure des Zentralkomitees in den Grenzgebieten kam es darauf an, möglichst viele Illegale zu treffen, alte Verbindungen zu festigen und neue anzuknüpfen. Oftmals erschienen bei ihnen Antifaschisten aus Deutschland als Delegierte von Betrieben und Organisationen mit Aufträgen, zum Beispiel Literatur zu beschaffen; sie übergaben gesammelte Gelder für die Internationalen Brigaden in Spanien, Warnmeldungen vor Gestapospitzeln, Informationen und anderes mehr.

Die Parteiführung nutzte noch andere Möglichkeiten, Materialien nach Deutschland zu bringen. Mit Hilfe antifaschistisch gesinnter Matrosen hinterlegten Beauftragte der Parteiführung an bestimmten Deckadressen in den Häfen Literatur und Informationen oder nahmen Nachrichten und Hinweise aus dem Lande entgegen. Auf diese Weise erhielt die Parteiführung wichtige Materialien und Informationen aus allen Gebieten Deutschlands. Das Material wurde an das Politbüro weitergeleitet, aufmerksam ausgewertet und zur Grundlage der Arbeitsberatungen und der politischen Besprechungen gemacht. Das ermöglichte eine genauere und konkretere Instruktion der Parteiorganisationen in Deutschland durch die Abschnittsleitungen und ihre Beauftragten.

Die Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands führte zwischen Ende 1935 und Ostern 1936 eine Reihe von Treffen mit jungen Antifaschisten aus den verschiedensten Teilen des Reiches durch, um mit ihnen über die Durchführung der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zu beraten. An diesen Zusammenkünften, die in

[55] Schon damals kämpften wir gemeinsam. Erinnerungen deutscher und tschechoslowakischer Antifaschisten an ihre illegale Grenzarbeit 1933 bis 1939, Berlin 1961, S. 69.

Belgien, in Luxemburg, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei stattfanden, nahmen neben Jungkommunisten auch junge Sozialdemokraten und Arbeitersportler teil. Führende Funktionäre des Zentralkomitees der KPD, wie Anton Ackermann, Franz Dahlem, Walter Ulbricht und andere, sprachen auf solchen Treffen mit antifaschistischen deutschen Jugendlichen. Die jungen Antifaschisten bemühten sich nach diesen Beratungen, entsprechend den Beschlüssen der KPD über die neuen Wege und Formen der Jugendarbeit zu handeln. Die Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes in Berlin, die in fast allen Stadtteilen illegal organisiert waren, leisteten in Sportorganisationen sowie in der Hitlerjugend, gemeinsam mit katholischen Jugendvereinen und illegalen jüdischen Gruppen, eine erfolgreiche antifaschistische Arbeit. Kontakte bestanden zu jungen Sozialdemokraten und zu Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend. Ebenso aktiv waren Jungkommunisten auch in anderen Bezirken Deutschlands, vor allem im Ruhrgebiet.

Nach den richtungweisenden Beschlüssen des Januar-Plenums 1935 hatte sich das Zentralkomitee der Partei viele Male mit Vorschlägen zu gemeinsamen Verhandlungen und Aktionen an den sozialdemokratischen Emigrationsvorstand gewandt. Im Februar, im April und im Juni 1935 waren dem Prager Vorstand der Sozialdemokratie Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen unterbreitet worden. Am 6. August 1935 verhandelte ein Vertreter des Zentralkomitees der KPD mit dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand in Prag über die Durchführung gemeinsamer Konferenzen in den Emigrationsländern. Unmittelbar nach der Brüsseler Parteikonferenz, am 10. November 1935, wandte sich die Parteiführung erneut in einem Brief an den Prager Vorstand, in dem sie die auf der Brüsseler Konferenz entwickelten Gedanken für die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront ausführlich erläuterte. Das Zentralkomitee schlug vor, gemeinsam die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Funktionäre und Mitglieder aufzufordern, die wichtigsten Aufgaben des Kampfes gegen das faschistische Regime zu beraten und sich zu kameradschaftlichem Handeln zusammenzufinden. Anknüpfend an Vorschläge aus dem Prager Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom Januar 1934, regte das Zentralkomitee eine Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen den faschistischen Terror, gegen die Teuerungswelle und gegen die faschistische Kriegspolitik an.

Diese Vorschläge entsprachen den Vorstellungen und Erkenntnissen vieler Sozialdemokraten. Unter den Mitgliedern und Funktionären der verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland und auch in der Emigration gab es heftige Diskussionen über die dringende Notwendigkeit der Einheitsfront beider Arbeiterparteien im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Immer nachdrücklicher wurden die Forderungen, die erfolgreichen Anfänge der Zusammenarbeit zu erweitern. Auf einer Besprechung des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes mit den Grenzsekretären, die am 22. Oktober 1935 in Prag stattgefunden hatte, war von diesen über den wachsenden Einheitsfrontwillen sozialdemokratischer Mitglieder im Lande ausführlich berichtet worden.

Die Nachrichten über die Beschlüsse der Parteikonferenz der KPD zur Einheits- und Volksfrontpolitik und über ein neues Verhältnis zur Sozialdemokratie ließen es einer größeren Gruppe im Parteivorstand um Friedrich Stampfer mit Paul Hertz, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Hans Vogel angeraten scheinen, von der bisherigen Praxis des Ignorierens der Angebote des Zentralkomitees der KPD abzugehen und eine elastischere Politik gegenüber diesen Vorschlägen und dem Drang sozialdemokratischer Gruppen und Funktionäre zur Einheitsfront einzuschlagen. Sie befürchteten, daß sie sonst von den einheitswilligen Kräften isoliert werden könnten, und hofften, durch eine solche Politik ihre Positionen festigen zu können.

Im Gegensatz dazu lehnten Curt Geyer, Erich Rinner, Otto Wels und andere nach wie vor jegliche Verhandlungen ab. Aber sie konnten sich nicht durchsetzen. Am 23. November 1935 fanden in Prag, im Büro des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes, Verhandlungen zwischen beiden Parteien statt. Vom Zentralkomitee der KPD nahmen Franz Dahlem und Walter Ulbricht und von sozialdemokratischer Seite Friedrich Stampfer und Hans Vogel daran teil.

Die Gruppe um Friedrich Stampfer hatte nach heftigen Auseinandersetzungen im Parteivorstand ihre Stellung zu den Vorschlägen des Zentralkomitees der KPD durchgesetzt und ihren Standpunkt in einer Denkschrift niedergelegt. Entsprechend der Bedeutung dieser Verhandlungen, bei denen zum ersten Mal seit der gemeinsamen Aktion gegen den Rathenau-Mord im Jahre 1922 und nach vorbereitenden Gesprächen offizielle Vertreter beider Parteileitungen an einem Tisch saßen, konnten die Vertreter des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes nicht umhin zuzugestehen, daß die Bildung eines gemein-

samen Willens zum Sturz der Hitlerdiktatur in allen Schichten des deutschen Volkes, insbesondere in der Arbeiterschaft, die dringendste politische Aufgabe sei. Aber ohne auf die konkreten Vorschläge der Parteiführung der KPD über die nächsten praktischen Schritte im gemeinsamen Kampf gegen das faschistische Regime überhaupt einzugehen, wurden alle Vorschläge des Zentralkomitees wiederum abgelehnt.

Franz Dahlem und Walter Ulbricht erläuterten während der Verhandlungen eingehend die Auffassungen des Zentralkomitees der KPD über den Weg und das Ziel des antifaschistischen Kampfes. Sie informierten Friedrich Stampfer und Hans Vogel über die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz, vor allem über die Beschlüsse zur Herstellung der Einheitsfront zwischen der KPD und der Sozialdemokratie. Gleichzeitig antworteten Franz Dahlem und Walter Ulbricht auf die in der Denkschrift des Emigrationsvorstandes vorgebrachten Einwände gegen den gemeinsamen antifaschistischen Kampf.

Obwohl aus den Antworten und Stellungnahmen Friedrich Stampfers und Hans Vogels zu entnehmen war, daß sie beide nicht in allen Fragen völlig übereinstimmten, lehnten sie ein gemeinsames Auftreten von Kommunisten und Sozialdemokraten ab. Diese Ablehnung wurde unter anderem damit begründet, daß es zwischen beiden Parteien über Weg und Ziel des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse prinzipielle Gegensätze gäbe. Gleichzeitig betonten die sozialdemokratischen Vertreter jedoch in der Aussprache, daß diese Meinungsverschiedenheiten kein Hindernis seien, von Fall zu Fall ein einheitliches Vorgehen gegen den Faschismus zu vereinbaren. Allerdings könne während der Verhandlungen eine solche Vereinbarung nicht abgeschlossen werden. Ein Einheitsfrontabkommen würde den faschistischen Machthabern die erwünschte Gelegenheit geben, das „bolschewistische Schreckgespenst" wieder aufleben zu lassen. Dadurch würden bürgerliche und andere oppositionelle Kräfte von der Sozialdemokratie abgestoßen werden. Schließlich erklärten Friedrich Stampfer und Hans Vogel, daß sozialdemokratische Funktionäre und Organisationen im Lande der Einheitsfront ablehnend gegenüberstünden.

Nach wie vor also lehnte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Prager Emigrationsvorstandes den gemeinsamen antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ab. Sie hofften auf

bestimmte Kreise in der Großbourgeoisie und der Wehrmachtsgeneralität, für die sie koalitionsfähig bleiben wollten.[56]

Nach den Novemberverhandlungen 1935 versuchten diese Führer, den Einfluß der einheitsfreundlichen Kräfte in ihrer Partei mit allen Mitteln zurückzudrängen. Im Namen des Parteivorstandes erschien ein Rundschreiben, in dem alle Grenzsekretäre angewiesen wurden, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu verbieten und den Austritt von Sozialdemokraten aus allen Organisationen, in denen Kommunisten mitarbeiteten, zu erzwingen. Im Weigerungsfalle wurde mit Ausschluß gedroht. Außerdem wurden verschiedenen Sozialdemokraten und einzelnen Gruppen, die für eine Einheitsfront eintraten, Flüchtlingsbeihilfen und andere finanzielle Unterstützungen entzogen.

Trotz dieser ablehnenden Haltung sozialdemokratischer Führer führten die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zu einem spürbaren Aufschwung des antifaschistischen Kampfes.[57] In zahlreichen deutschen Städten und Industriegebieten wurden auf Initiative der kommunistischen Parteiorganisationen weitere Vereinbarungen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf abgeschlossen und gemeinsame Aktionen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die faschistische Kriegspolitik vorbereitet und durchgeführt.

Im Januar 1936 reiste der Beauftragte der Abschnittsleitung West, Gerhard Jurr, nach Deutschland und nahm Verbindung zu illegalen Organisationen der KPD in Bochum, Essen und anderen Orten auf. Über diese Parteigruppen bestanden Kontakte zu sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern in anderen Städten. Mit ihnen wurden Fragen der Einheits- und Volksfront sowie der Aufbau freier Gewerkschaftsgruppen besprochen und illegale Schriften und Flugblätter ausgetauscht.

Im Frühjahr 1936 stellte die Abschnittsleitung in Prag neue Verbindungen mit der illegalen Thüringer Parteiorganisation her. Durch sie erhielten die Widerstandsgruppen Kenntnis von den Beschlüssen und den wichtigsten Reden der Brüsseler Parteikonferenz. Mitglieder der Thüringer Parteiorganisation nahmen auch Verbindungen zu demokratischen Kreisen des Bürgertums und der Intelligenz auf und trugen an sie die neuen Ideen der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz heran. Magnus Poser stellte nach seiner Entlassung aus der faschisti-

[56] Dokument Nr. 25.

[57] Dokument Nr. 26.

schen Kerkerhaft im Juli 1936 neue Verbindungen zu Kommunisten, Sozialdemokraten, Jungsozialisten und parteilosen Arbeitern her. Die Sendungen des Moskauer Rundfunks und des Deutschen Freiheitssenders 29,8 gaben der Thüringer Parteiorganisation Anleitung und Ratschläge zur Organisierung eines breiten antifaschistischen Kampfes. In der zum Flick-Konzern gehörenden Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte gab es heftige Diskussionen über die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz. Sie führten zur Bildung einer Einheitsfrontgruppe, der Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter angehörten.

Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz führten auch zu einem Aufschwung der Arbeit des KJVD. Ende 1935 konnten Einheitsfrontabkommen mit den Auslandsleitungen des mit der SAP verbundenen Sozialistischen Jugendverbandes und des Arbeiter-Turn-und-Sportbundes abgeschlossen werden. Sie enthielten Vereinbarungen über die Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen sowie über gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen die verstärkte Ausbeutung der Jugendlichen in der Rüstungsindustrie. Besonders in Berlin, Duisburg, Hamburg, Lübeck, Oberhausen und Stettin kam es gegen Ende des Jahres 1935 und im Verlauf des Jahres 1936 zu gemeinsamen Aktionen von jungen Kommunisten und jungen Sozialdemokraten sowie von Angehörigen anderer Jugendgruppen gegen die Einführung der Wehrpflicht und für die Verteidigung der Rechte der Jugendlichen in den Betrieben.

Am 7. März 1936 rückten Teile der faschistischen Wehrmacht in jene Gebiete des Rheinlandes ein, die nach dem Vertrag von Locarno militärisch nicht befestigt und besetzt werden durften. Mit dieser Maßnahme wollte die Hitlerregierung die strategischen Ausgangspositionen der Naziwehrmacht verbessern und das Ruhrgebiet als das wichtigste Rüstungszentrum Deutschlands sichern. Es wurde mit dem Bau des Westwalls entlang der Grenze nach Frankreich begonnen. Die entgegenkommende Haltung der Westmächte ermunterte den faschistischen deutschen Imperialismus zu diesen und zu weiteren Schritten der Kriegsvorbereitung.

Für den 29. März 1936 setzten die Faschisten Neuwahlen für den Reichstag an. Sie organisierten ein Wahlergebnis, mit dem sie der Weltöffentlichkeit die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu ihrer Politik vortäuschen wollten. Die Parteiführung der KPD richtete an den Prager Emigrationsvorstand der Sozial-

demokratie erneut ein Angebot, aus Anlaß der Reichstagswahl gemeinsam einen Aufruf beider Parteien herauszugeben. Die Antwort auf dieses Angebot wurde unter dem Vorwand, daß sich maßgebende Mitglieder des Parteivorstandes nicht in Prag befänden, so lange hinausgezögert, bis es für eine gemeinsame Aktion zu spät war. Dagegen handelten in vielen Gegenden Deutschlands Kommunisten und Sozialdemokraten einheitlich. Die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei im Saargebiet veröffentlichten zur Rheinlandbesetzung und zur Reichstagswahl einen Aufruf, in dem sie die Wähler aufforderten, mit ihrer Nein-Stimme gegen den faschistischen Gewaltakt zu protestieren. In München wurden von der Volksfront, Bezirk Bayern, Flugblätter ähnlichen Inhalts verbreitet. In der Woche vor der Wahl kam es in zahlreichen Städten des Reiches zu einer Vielzahl kleinerer Aktionen gegen die Wahlpropaganda der Nazis. In Augsburg, Heilbronn, Plauen und in Wuppertal-Barmen wurden die Wahlplakate der Faschisten mit Zetteln, auf denen antifaschistische Losungen standen, überklebt oder, wie in Dresden und in Essen, abgerissen. In Bochum-Hamme, Erfurt, Hamburg, Jena und Passau verteilten Antifaschisten Flugblätter und Streuzettel.

Für den 3. und 4. April 1936 setzten die Naziführer wiederum Wahlen zu den Vertrauensräten in den Betrieben an. Die illegalen Parteiorganisationen waren gerade während der Vorbereitung zu diesen Wahlen bemüht, besonders in großen Rüstungswerken Fuß zu fassen und den legalen Einfluß von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und ehemals freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern in faschistischen Organisationen zu verstärken. Immer häufiger waren Nazifunktionäre gezwungen, sich mit der stärker werdenden Einheitsfrontbewegung in den Betrieben auseinanderzusetzen. Die Faschisten verschoben die Vertrauensrätewahlen auf unbestimmte Zeit, um nicht eine noch größere Niederlage als bei den Wahlen der vergangenen Jahre einzustecken. Auch 1937 fanden keine Vertrauensleutewahlen statt. Sie wurden schließlich endgültig ausgesetzt.

Seit Ende des Jahres 1935 gab es eine Reihe kleinerer und größerer Streiks, von denen einige wenige auch zu offenen politischen Demonstrationen gegen das faschistische Regime wurden. Arbeitsniederlegungen und streikähnliche Aktionen fanden beim Autobahnbau, beim Bau des Westwalls, bei Flugplatzbauten, in den Bergbaubetrieben am Niederrhein, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet sowie in einigen Munitionsfabriken statt. Auf vielen Baustellen neuer Rüstungs-

betriebe war passiver Widerstand zwangsverpflichteter Arbeiter zu spüren. Antifaschistische Stimmungen gab es auch unter den oberschlesischen Landarbeitern, die als Saisonarbeiter auf die Güter der Großgrundbesitzer verpflichtet worden waren.

Im Berliner Siemens-Werk, das 40 000 Arbeiter beschäftigte, wurde im Spätherbst 1935 die Dekadenlohnzahlung mit monatlicher Abrechnung eingeführt, wobei höhere Abzüge vom Lohn gemacht wurden. Die Mehrzahl der Arbeiter des Werkes setzte sich dagegen zur Wehr und protestierte bei ihren Meistern, bei den Vertrauensräten und bei der Direktion. Sie weigerten sich, an einer von der Direktion und der Deutschen Arbeitsfront in der Deutschlandhalle organisierten Versammlung teilzunehmen, auf der die Arbeiter zur Aufgabe ihres Widerstandes bewogen werden sollten. Die Folge dieser Proteste war, daß die Direktion den Lohn wieder nach dem alten Verfahren zahlen mußte. Mit ihrer Haltung gaben die Siemens-Arbeiter ein gutes Beispiel für die Organisierung des Widerstandes unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten innerhalb der faschistischen Arbeitsfront.

Ende Februar 1936 erzwangen die Arbeiter von vier Zechen in Wanne-Eickel in einem 24stündigen Proteststreik die Freilassung von 50 willkürlich verhafteten Bergleuten. Am 20. April legten 300 Arbeiter der Firma Gebrüder Laurenz, Spinnerei in Ochtrup (Westfalen), aus Protest gegen die Senkung der Akkordsätze durch die Betriebsleitung die Arbeit nieder. In Mannheim gab die illegale Organisation der KPD zum 1. Mai 1936 eine hektographierte „Arbeiter-Zeitung" heraus. Darin versicherten die Kommunisten in einem Gruß an Ernst Thälmann, den Kampf für seine Freilassung sowie für die Freilassung aller anderen antifaschistischen Gefangenen verstärkt fortzusetzen.

Einer der bekanntesten Streiks war die Arbeitsniederlegung im Betrieb für Karosseriebau in der Adam Opel AG in Rüsselsheim. Dort stellte am 25. Juni 1936 die gesamte Belegschaft die Arbeit ein. Das Band wurde stillgelegt, und die Arbeiter zogen demonstrativ zur Betriebsverwaltung, um gegen Lohnverschlechterungen zu protestieren. Die Direktion entließ 262 Arbeiter fristlos. 37 Arbeiter, darunter auch Mitglieder faschistischer Organisationen, wurden verhaftet.

Diese Arbeitsverweigerungen, Arbeitsniederlegungen und Streiks blieben meist auf einen Betrieb oder auch nur auf einen Betriebsteil in einem größeren Werk beschränkt. Oftmals entstanden sie spontan auf Grund schlechter Arbeitsbedingungen oder weil die Betriebslei-

tungen die Löhne herabdrücken wollten. Die Arbeiter forderten in anderen Fällen bessere Unterkünfte, günstigere Transportmöglichkeiten und den Fortfall von Überstunden. Bei einigen dieser Aktionen standen kommunistische, sozialdemokratische und ehemals gewerkschaftlich organisierte Arbeiter an der Spitze. Sie begannen, die auf der Brüsseler Parteikonferenz gegebene Orientierung zu verwirklichen, alle legalen und halblegalen Möglichkeiten der Widerstandsarbeit in faschistischen Massenorganisationen auszunutzen, um die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu verteidigen und die Anfänge der Aktionseinheit zu festigen und auszubauen.

Die Bedingungen, unter denen diese Kämpfe geführt werden mußten, wurden jedoch immer komplizierter. Sehr viele der einzeln geführten Aktionen konnten unterdrückt werden. Der Gestapoterror nahm ständig zu. Die Nazis steigerten ihre Bemühungen, die chauvinistische Verhetzung in den Betrieben zu verstärken. Viele klassenfremde Elemente waren infolge der Auswirkungen der Aufrüstungsmaßnahmen in die Betriebe gekommen. Dadurch wurde es immer schwieriger, größere Gruppen von Arbeitern zu veranlassen, die Arbeit niederzulegen. Neue Formen des antifaschistischen Kampfes in den Betrieben mußten gefunden werden, um die Arbeiter an größere Aktionen heranzuführen und um möglichst viele von ihnen zur Beteiligung zu gewinnen.

Etwa Mitte 1936 schlug die Parteiführung den illegalen Organisationen in den Betrieben vor, von kurzfristigen Streiks abzugehen und Arbeite-langsam-Bewegungen zu organisieren, die über längere Zeit gingen und größere Produktionsausfälle in Rüstungsbetrieben verursachten. Solche Aktionen begannen erstmals im Sommer 1937 unter den Bergarbeitern des Rhein-Ruhrgebietes. Sie verstärkten sich nach der Verordnung Hermann Görings vom Beginn des Jahres 1939, nach der die Schichtzeit der Bergarbeiter um 45 Minuten verlängert wurde. Gruppen von Arbeitern, die beim Bau des Westwalls und an anderen militärischen Baustellen tätig waren, schlossen sich bald der Arbeite-langsam-Bewegung an.

Eine Zusammenfassung des Kampfes der Bergarbeiter war für diese Aktionen von besonderer Bedeutung. Auf Initiative des Zentralkomitees der KPD kamen am 23./24. Mai 1936 in Paris Vertreter von illegalen gewerkschaftlichen Gruppen und Leitungen der Bergarbeiter aus den Revieren in Oberschlesien, im Ruhrgebiet, an der Saar, in Sachsen und im Wurmbecken zusammen. Sie berieten über die Vereinigung

ihrer Anstrengungen, um die Lage der Bergarbeiter im Kampf gegen den Faschismus zu verbessern. Zur Leitung der illegalen Gewerkschaftsarbeit beschlossen sie, einen Arbeitsausschuß der Bergarbeiter Deutschlands zu bilden, eine Zeitung „Der Bergarbeiter" herauszugeben und Grenzstellen einzurichten. Der Arbeitsausschuß, dessen gleichberechtigte Vorsitzende der Kommunist Wilhelm Knöchel und der Sozialdemokrat Franz Vogt waren, wurde im August 1936 offiziell vom Exekutivkomitee der Internationale der Bergarbeiter als Vertretung der deutschen Bergarbeiter anerkannt. 1936 wurde auch ein illegaler Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands gebildet. Als illegale gewerkschaftliche Einheitsorganisation entstand der Gesamtverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer.

Die Faschisten versuchten mit allen Mitteln, dieser Entwicklung neuer Formen des einheitlichen Kampfes der Arbeiter entgegenzuwirken. Fieberhaft baute die Gestapo ihr Agenten- und Spitzelnetz aus, vor allem in den Betrieben, in den faschistischen Massenorganisationen und in anderen noch bestehenden legalen Organisationen, wie zum Beispiel in den Sport- und Konsumvereinen.

Nach unvollständigen Angaben hatten die Faschisten von der Errichtung ihrer Diktatur im Januar 1933 bis gegen Ende des Jahres 1935 bereits 5425 Prozesse gegen 20 883 aufrechte deutsche Antifaschisten geführt. Insgesamt verhängten sie 39 792 Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, 110 Antifaschisten wurden zum Tode verurteilt und 60 hingerichtet. In den Jahren nach 1935 inszenierten die Justizorgane in verschiedenen Städten Deutschlands zahlreiche Massenprozesse gegen Antifaschisten und verschleppten viele von ihnen in die Konzentrationslager, um die illegalen Kämpfer weiter einzuschüchtern und den wachsenden Widerstand gegen die Kriegspolitik der Hitlerregierung niederzuhalten. Im Jahre 1936 verhafteten die Faschisten 11 687 Kommunisten und 1374 Sozialdemokraten, im Jahre 1937 8068 Kommunisten und 733 Sozialdemokraten.

Im November 1935 begann in Hamburg ein Prozeß gegen 27 Arbeiter. Im Januar 1936 standen 36 Arbeiter wegen illegaler Tätigkeit in Schneeberg vor dem Dresdener Oberlandgericht. Im Februar klagte die faschistische Terrorjustiz elf Kommunisten aus Zeitz, zwölf Kommunisten aus Zangenberg und im Dezember desselben Jahres zehn Kommunisten aus Leipzig wegen Fortführung der illegalen Arbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands an. Im April 1936 fand in Magdeburg ein Prozeß gegen 120 Kommunisten, Sozialdemokraten

und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei statt. Von Mai bis August standen 450 Sozialdemokraten vor dem Oberlandgericht in Hamm. Sie waren angeklagt wegen ihrer Beteiligung am Ausbau einer illegalen sozialdemokratischen Organisation, wegen der Einfuhr und der Verbreitung illegaler Druckerzeugnisse und wegen Übermittlung von Nachrichten ins Ausland. Sie wurden zu Zuchthaus bis zu fünf Jahren verurteilt. Ende September 1936 erhielten führende Berliner Sozialdemokraten hohe Zuchthausstrafen, weil sie daran gearbeitet hatten, die sozialdemokratische Parteiorganisation wieder aufzubauen.

Im Dezember 1935 begann einer der größten Massenprozesse gegen 628 Kommunisten, Sozialdemokraten, freie und christliche Gewerkschafter, Mitglieder der DAF und Vertrauensräte. Sie wurden in größeren Gruppen von etwa 80 Antifaschisten unter anderen vom Landgericht Wuppertal-Elberfeld und von den Gerichtshöfen in Leipzig und Hamm zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie im Wuppertaler Gebiet die freien Gewerkschaften wieder aufgebaut und in geschlossenem Widerstand sich gegen Lohnabbau, verschärfte Ausbeutung und erhöhte Zwangsabgabe gewehrt hatten. Die Gestapo hatte in diesem Zusammenhang seit Ende 1934 über 1100 „Verdächtige" verhaftet. 27 Verhaftete wurden bereits während der Voruntersuchung durch Mißhandlungen und Folterungen ermordet oder zum Selbstmord getrieben.

Aus Anlaß dieses Massenprozesses organisierte ein internationales Initiativkomitee in Holland und in der Tschechoslowakei eine Unterschriftensammlung gegen den faschistischen Terror in Deutschland und rief zur Hilfe für die Inhaftierten und für ihre Angehörigen auf. Ebenfalls erließ der Internationale Gewerkschaftsbund von einer Tagung, die am 15./16. Januar 1936 in Paris stattfand, einen Solidaritätsaufruf.

Am 7. April 1936 verstarb in Moskau Fritz Heckert. Der Tod riß ihn unerwartet aus einem kampferfüllten Leben. Noch wenige Stunden vor seinem Ableben hatte er in einer Rede anläßlich des 50. Geburtstages Ernst Thälmanns leidenschaftlich zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und zum Kampf für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller anderen antifaschistischen Gefangenen, die in Hitlers Kerkern schmachteten, aufgerufen. Seit 1932 war Fritz Heckert ständiger Vertreter der KPD beim EKKI gewesen. Die Delegierten des VII. Weltkongresses hatten ihn zum Mitglied des EKKI und zum Kandidaten des Präsidiums des EKKI gewählt. Seit dem 6. Parteitag

war Fritz Heckert Mitglied des Führungskollektivs der KPD gewesen. Seine letzte Ruhe fand er neben Clara Zetkin an der Mauer des Kremls auf dem Roten Platz in Moskau.

Die Kriegsgefahr, die vom Hitlerfaschismus ausging, seine chauvinistische und revanchistische Hetze erforderten immer dringender, daß sich alle antifaschistischen, demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes vereinigten. Schon vor und während des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hatte das Zentralkomitee der KPD aus Anlaß des Internationalen Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur, der im Juni 1935 in Paris stattfand, praktische Schritte unternommen, um sich mit linksgerichteten Schriftstellern, Ärzten, Juristen und mit Sozialdemokraten darüber zu verständigen, wie man gemeinsam vorgehen und eine Organisation zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus schaffen könne. In Paris wurde mit führenden Sozialdemokraten wie Max Braun, Rudolf Breitscheid, dem ehemaligen preußischen Innenminister Albert Grzesinski, Viktor Schiff, Alexander Schifrin und mit Funktionären der SAP verhandelt. Besprechungen mit sozialdemokratischen Funktionären fanden auch in Kopenhagen, Prag und Stockholm statt. Engere Kontakte wurden mit Vertretern der früheren Deutschen Demokratischen Partei und der Zentrumspartei, mit bürgerlichen Journalisten und Schriftstellern wie Georg Bernhard, Hellmut von Gerlach, Konrad Heyden, Heinrich Mann, Leopold Schwarzschild und anderen aufgenommen.

Obwohl noch viele Fragen ungeklärt waren, einigten sich im August 1935 alle Beteiligten darüber, unter dem Namen eines Vorbereitenden Ausschusses für die Schaffung der Deutschen Volksfront einen Appell an alle antifaschistischen Deutschen auszuarbeiten, der folgende Hauptlosungen für den unmittelbaren Kampf gegen das faschistische Regime enthalten sollte:

1. Förderung des gemeinsamen Kampfes gegen die Hitlerdiktatur innerhalb und außerhalb Deutschlands;

2. gemeinsame Hilfe für die Opfer des faschistischen Terrors;

3. Kampf gegen die Kriegsgefahr und für den unteilbaren und dauerhaften Frieden.

Am 26. September und am 22. November 1935 fanden im Hotel Lutetia in Paris unter dem Vorsitz Heinrich Manns weitere Zusammenkünfte eines größeren Kreises von Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken, Funktionären der SAP und einigen Vertretern der bürgerlichen Opposition statt, um über aktuelle Fragen und konkrete

Schritte zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu beraten. Die Teilnehmer dieser Diskussionen nannten sich in der Folgezeit auch Lutetia-Kreis.

Die Hinrichtung von Rudolf Claus, den die Faschisten wegen seiner Tätigkeit in der Roten Hilfe zum Tode verurteilt hatten, war der Anlaß, daß sich führende deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten am 18. Dezember 1935 in einer gemeinsam unterschriebenen Erklärung öffentlich gegen das faschistische Gewaltregime wandten.[58] Diesem Protest, in dem alle freiheitlich denkenden Menschen aufgefordert wurden, dem Morden und der Barbarei im Hitlerreich Einhalt zu gebieten und für die Befreiung von Carlo Mierendorff, Theodor Neubauer, Carl von Ossietzky, Kurt Schumacher und Ernst Thälmann zu kämpfen, schlossen sich Heinrich Mann und viele andere Emigranten und antifaschistische Organisationen in einer besonderen Erklärung an.

Die Gründung eines Ausschusses, der die Bildung einer Volksfront vorbereiten sollte, war für die Sammlung aller Hitlergegner von großer Bedeutung. Erheblicher Anstrengungen bedurfte es jedoch, um eine erste gemeinsame öffentliche Stellungnahme gegen den Hitlerfaschismus herbeizuführen, die von führenden Vertretern aller in der Emigration befindlichen Gruppen und Richtungen der antifaschistischen Opposition unterschrieben war.

Zur Ausarbeitung einer solchen gemeinsamen Erklärung und zur Festlegung erster praktischer Schritte für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf fand am 2. Februar 1936 in Paris eine Konferenz statt, an der zusammen mit über 100 Vertretern der Arbeiterparteien antifaschistische Vertreter bürgerlicher Parteien und der Intelligenz teilnahmen. Vor der Konferenz fanden mehrere Aussprachen von Vertretern der KPD mit bürgerlich-liberalen Konferenzteilnehmern statt. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Teilnehmer einigten sich vor der Konferenz über ein gemeinsames Vorgehen. Die Auffassungen der verschiedenen politischen Gruppierungen in der Emigration waren noch sehr unterschiedlich. Es gab heftige Diskussionen über die Aufgaben der antifaschistischen Opposition im Kampf gegen die Hitlerdiktatur. Als erstes Ergebnis der Annäherung der Standpunkte wurde ein gemeinsamer Aufruf veröffentlicht, in dem alle Teilnehmer erklärten, daß die vordringlichste Aufgabe im Kampf gegen die Politik der Willkür, der Gewalt und des Gewissenszwanges durch die

[58] Dokument Nr. 24.

Hitlerregierung die Wiederherstellung der elementaren Menschenrechte sei. Die einzelnen Parteien und Gruppen der Anti-Hitler-Bewegung wurden aufgefordert, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung dieses Zieles einzusetzen und den Kriegsvorbereitungen Hitlers entgegenzutreten, um das deutsche Volk vor einem neuen Krieg zu bewahren. Einigkeit gab es darüber, daß die Erfolge im Kampf gegen die Hitlerdiktatur davon abhingen, ob und in welchem Grade die Kräfte des Widerstandes im deutschen Volk wachsen und sich zusammenschließen würden. Es wurde ein Manifest angenommen, das zur Hilfe für die Opfer des faschistischen Gewaltregimes aufrief und eine Amnestie für alle eingekerkerten und verfolgten Antifaschisten forderte. Eine Arbeitsgruppe bekam den Auftrag, eine politische Plattform zur Sammlung aller Oppositionsgruppen auszuarbeiten.

Die Pariser Februarkonferenz war ein weiterer Schritt vorwärts zur deutschen Volksfront. Vor allem ergab sich während der Vorbereitung und in den Diskussionen auf der Tagung selbst eine engere Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und denjenigen Sozialdemokraten, die bereits im Lutetia-Kreis mitgearbeitet hatten oder sich nun für die Mitarbeit entschieden. Am 24. Mai 1936 gaben führende deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und Vertreter des demokratischen Bürgertums und der Intelligenz gemeinsam den Aufruf „Seid einig, einig gegen Hitler!“[59] heraus. Immer öfter arbeiteten Kommunisten und Sozialdemokraten erfolgreich in verschiedenen überparteilichen Vereinigungen und Einrichtungen, wie in der Emigrantenfürsorge und im Asylrechtskomitee, zusammen.

Auf diesen allmählich fortschreitenden Prozeß der Sammlung aller deutschen Hitlergegner wirkten sehr stark die Erfolge der französischen und spanischen Volksfront ein. Auch auf dem amerikanischen Kontinent und in anderen Ländern entstand eine Volksfrontbewegung. Im Januar 1936 schlossen in Spanien die Kommunistische und die Sozialistische Partei mit anderen linksgerichteten republikanischen Parteien und Organisationen sowie mit der Allgemeinen Arbeiterunion einen Volksfrontblock auf der Basis eines von den Kommunisten vorgeschlagenen Programms. Die spanische Volksfront errang bei den Wahlen im Februar die Mehrheit aller Stimmen und der Parlamentssitze. Die neugebildete Regierung stellte die bürgerlich-demokratischen Freiheiten wieder her, die nach dem Oktoberaufstand

[59] Dokumente Nr. 27 u. 28.

der Bergarbeiter in Asturien im Jahre 1934 beseitigt worden waren, und befreite die politischen Gefangenen.

Die Leitung der französischen Volksfront, deren fester Kern der „Pakt der Aktionseinheit" zwischen Kommunisten und Sozialisten war, hatte sich kurz nach ihrer Bildung im Juni 1935 anläßlich einer Massenkundgebung in Montreuil an die deutschen Antifaschisten gewandt und sie aufgerufen, ihrem Beispiel zu folgen. Die in der französischen Volksfront zusammengeschlossenen Parteien und Arbeiterorganisationen errangen bei den Parlamentswahlen im April/Mai 1936 ebenfalls einen überwältigenden Sieg. Die Parteien der Volksfront erhielten 375 Sitze im Parlament, die Kommunisten erhöhten ihre Abgeordnetenzahl von zehn auf 72. Die Rechtsparteien bekamen nur 235 Sitze. Die Sozialistische und die Radikalsozialistische Partei bildeten die Regierung unter Ministerpräsident Léon Blum. In großen Massenbewegungen und in geschlossenen, disziplinierten Streiks wurden gegen den Widerstand der reaktionären Kräfte eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, welche die Lage der Arbeiterklasse, der kleinen und mittleren Bauern, der Angestellten und Kleingewerbetreibenden spürbar verbesserten. Die Arbeiter erkämpften die 40-Stunden-Woche, bezahlten Urlaub, Alterspensionen und Verordnungen über den Abschluß von Tarifverträgen, über die Auflösung faschistischer Organisationen und über die Nationalisierung der Rüstungsindustrie. In einem Jahr stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaft Confédération Générale du Travail von einer Million auf etwa fünf Millionen Mitglieder an. Im März 1936 vereinigte sich die CGT mit der Confédération Générale du Travail Unitaire zu einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation.

Für das Zustandekommen der deutschen Volksfront war wichtig, daß gemeinsame Festlegungen über praktische Kampfmaßnahmen gegen den faschistischen Terror, gegen die Aufrüstungspolitik der Hitlerregierung und deren aggressive Außenpolitik, gegen die allmähliche Verschlechterung der Lebenslage und die verstärkte Ausbeutung getroffen wurden. Es mußte Antwort auf die Frage gegeben werden, welche Ordnung nach dem Sturz des Faschismus in Deutschland errichtet werden sollte. Schon in der Kommission, die zur Ausarbeitung einer Volksfrontplattform eingesetzt worden war, hatte die letzte Frage heftige und langwierige Diskussionen ausgelöst. Bürgerlich-liberale Mitglieder des Lutetia-Kreises, wie Georg Bernhard und Leopold Schwarzschild, erklärten im Januar 1936, daß sich oppositio-

nelle Kreise des Bürgertums der Volksfrontbewegung nur dann anschließen würden, wenn Klarheit darüber bestünde, was nach dem Sturz Hitlers geschehen sollte. Sie erhoben die Forderung, nach dem Sturz der faschistischen Diktatur einen Staat nach dem Vorbild der Weimarer Republik zu errichten. Bereits auf der Februarkonferenz 1936 hatte es über diese Frage erregte Debatten gegeben. Die Erfahrungen, welche die Partei seit der Brüsseler Konferenz mit den verschiedenen Kräften der Anti-Hitler-Bewegung gemacht hatte, veranlaßten sie, im Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur das Wesen der neuen, demokratischen Republik, die aus der Beseitigung der Hitlerherrschaft hervorgehen sollte, genauer zu bestimmen.

Am 12., 13. und 16. Juni 1936 fand in Paris eine erweiterte Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees statt, an der auch drei leitende Funktionäre aus Deutschland teilnahmen. Diese Sitzung war durch eine Reihe von Besprechungen mit Vertretern der Abschnittsleitungen gründlich vorbereitet worden. Die auf dieser Tagung beschlossenen Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront enthielten ein Aktionsprogramm der Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur und die Formulierung der Staatsgrundsätze einer neuen, demokratischen Republik.[60] Die Richtlinien waren vorher und noch während der Beratungen des Politbüros in zwei Aussprachen mit den Arbeitervertretern in der Programmkommission des Lutetia-Kreises und auch mit einzelnen führenden Sozialdemokraten beraten worden.

Die Richtlinien gaben ein klares Bild über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze des neuen Staates, der nach dem Sturz Hitlers errichtet werden sollte. Die Parteiführung ging davon aus, daß der Sturz der Hitlerdiktatur nur durch den Kampf der Volksmassen, die die größten Opfer zu tragen hätten, erreicht werden könnte. Deshalb mußten die nationalen und sozialen Anforderungen und die Interessen des Volkes den Inhalt der neuen Demokratie bestimmen. In den Richtlinien heißt es: „Die in der Volksfront verbundenen Parteien, Richtungen, Organisationen, Gruppen und Personen erklären als den wichtigsten Staatsgrundsatz, daß das neue Reich eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk frei über alle Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidet und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl-

[60] Dokument Nr. 29.

rechts bestimmt wird. Das neue Reich wird alle Forderungen des Volkes, für die die Volksfront den Kampf führt, erfüllen.

Das neue Reich muß eine starke und mächtige Demokratie sein, gestützt auf den Willen der Volksmassen, errungen im Kampf und Sieg über die faschistische Reaktion. Es wird aus den Fehlern der Vergangenheit die Lehren ziehen, um zu verhindern, daß Deutschland nicht zum zweiten Mal den Angriffen der Reaktion unterliegt."[61]

Für die Innen- und Außenpolitik, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, das Erziehungs- und Bildungswesen und für die neue Volksarmee, Polizei und Justiz dieses demokratischen Staates wurden die wichtigsten Grundsätze formuliert und die politischen Kräfte gekennzeichnet, von denen die Republik getragen und beschützt werden sollte. Um den Einfluß des Volkes auf alle Bereiche der Politik und der Wirtschaft zu sichern und den Faschismus mit der Wurzel auszurotten, wurde gefordert, die Rüstungsgewinne des Großkapitals zu besteuern, die Rüstungsindustrie zu nationalisieren, die Banken zu einer Staatsbank zu verschmelzen und das Eigentum jener Großunternehmer und Großagrarier zu beschlagnahmen, die die ökonomischen Maßnahmen der demokratischen Regierung sabotieren sollten.

Wilhelm Pieck übergab die Richtlinien noch Ende Juni an Heinrich Mann, den Vorsitzenden des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, der sich am 9. Juni 1936 auf einer Sitzung des Vorstandes des Lutetia-Kreises in Paris konstituiert hatte. In einem Brief vom 15. Oktober 1936 an die Programmkommission erklärte Heinrich Mann seine volle Zustimmung zu den Richtlinien und schrieb, daß sie nach seiner Meinung geeignet wären, eine Plattform der Volksfront vorzubereiten.

2. Die faschistische Intervention in Spanien. Die internationale Solidarität mit dem antifaschistischen Freiheitskampf des spanischen Volkes und ihre Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Einheits- und Volksfront

Die Wahlen im Februar 1936 hatten die Hoffnungen der spanischen klerikal-faschistischen Reaktion zerstört, auf legale Weise die Macht

61 Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, S. 363/364.

zurückzugewinnen. Auf das äußerste war sie über das sprunghafte Wachsen der revolutionären Arbeiterbewegung beunruhigt. Allein die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei Spaniens stieg von 20 000 im Februar auf fast 84 000 im Juli 1936. Gegen die demokratische Entscheidung des Volkes bereitete die spanische Reaktion einen Militärputsch vor, um, wie in Deutschland, die faschistische Diktatur zu errichten.

Am 18. Juli 1936 brach in Spanien der faschistische Militäraufstand aus. Der Anführer des Putsches, General Sanjurjo, kam gleich zu Beginn bei einem Flugzeugunglück ums Leben. Ein Vertreter der deutschen Militärspionage in Spanien ließ den von der Volksfront verbannten Francisco Franco, der als Militärkommandant auf den Kanarischen Inseln saß, in einem Flugzeug nach Tetuan in Spanisch-Marokko bringen, damit er die Führung der faschistischen Meuterei übernehmen konnte. In deutschen und italienischen Flugzeugen wurden Francos Truppen und Fremdenlegionäre von Marokko nach Südspanien gebracht.

Die Kommunistische Partei Spaniens rief das ganze spanische Volk zum Kampf für die Verteidigung der Republik auf. Unter der Führung des Zentralkomitees machte die Partei die richtungweisenden Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zur Grundlage ihres Kampfes um die Freiheit des spanischen Volkes. Die spanischen Kommunisten erwiesen sich als glühende Verteidiger der Demokratie, als Kämpfer gegen Faschismus und Reaktion. Weltbekannt wegen ihres heldenmütigen und selbstlosen Einsatzes für die Sache des Volkes wurde die spanische Arbeiterführerin Dolores Gómez Ibárruri, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Spaniens. Ihr Name wurde zum Sinnbild des spanischen Freiheitskampfes. Das Volk nannte sie La Pasionaria, die Leidenschaftliche.

Die spanischen Kommunisten organisierten in Städten und Dörfern den Widerstand. Arbeiter stürmten Kasernen, bewaffneten sich und schlugen den Putsch in vielen Orten nieder. Matrosen der spanischen Kriegsflotte überwältigten ihre reaktionären Offiziere. Ein großer Teil der Kriegsflotte blieb dadurch in republikanischer Hand. Die Franco-Putschisten standen bald vor einer Niederlage. Drei Viertel des Landes befanden sich fest in den Händen der Volksfrontregierung. Franco wäre endgültig geschlagen worden, wenn er nicht vom deutschen und vom italienischen Faschismus mit Waffen, Soldaten und Material unterstützt worden wäre. Viele Zehntausende deutscher und

italienischer Soldaten kämpften bis zum Ende des Krieges auf der Seite der spanischen Faschisten.

Der deutsche Imperialismus unterstützte Franco vor allem deshalb, weil er sich mit der Errichtung eines faschistischen Regimes in Spanien für den kommenden Krieg einen zuverlässigen Verbündeten im Rücken Volksfrontfrankreichs schaffen wollte. Ein mit Hitlerdeutschland verbündetes Spanien hätte Frankreich der Umklammerung durch den deutschen Imperialismus preisgegeben. Die militärische Intervention gegen die spanische republikanische Armee bot den deutschen Militaristen eine willkommene Möglichkeit, ihr neuentwickeltes Kriegsmaterial, besonders Flugzeuge, Artillerie und Panzer, sowie andere Kampfmittel und vor allem neue Formen der taktischen Kriegführung vor dem geplanten Weltkrieg in einem lokalen Krieg zu erproben. Ebenso wie dem italienischen Imperialismus ging es den deutschen Faschisten ferner um bessere strategische Ausgangspositionen im Mittelmeer. Von Militärstützpunkten in Spanien aus sollte die britische Beherrschung des Zugangs zum Mittelmeer vom Atlantik her gebrochen werden.

Führende deutsche Monopole besaßen im spanischen Wirtschaftsleben einflußreiche Stellungen. Die IG-Farben beherrschten die spanische Farbstoffproduktion. Die Elektrokonzerne Siemens und AEG produzierten in Spanien elektrotechnische Ausrüstungen. Der Krupp-Konzern war an der Erz- und Hüttenindustrie Nordspaniens und an spanischen Schiffsbauunternehmen beteiligt. Im Jahre 1935 erwarben deutsche Konzerne neue Konzessionen für die Ausbeutung spanischer Erzvorkommen. Die Deutsche Bank und die Dresdener Bank wickelten über ihre spanischen Filialen die Geschäfte deutscher Monopole ab. Sie manipulierten über Spanien den ständig wachsenden Handel mit Südamerika. Die militärische Intervention diente dazu, neue Quellen für strategische Rohstoffe, wie Eisenerz und Quecksilber, zu erschließen und sie gegen die Konkurrenz britischer Monopolgruppen zu verteidigen. Für diese Waffenhilfe übereignete die Franco-Regierung dem deutschen Finanzkapital 80 Bergwerke zur Ausbeutung.[62]

Die reaktionärsten imperialistischen Kräfte in Frankreich und Großbritannien sahen sich durch die Erfolge der Volksfront in Frankreich und Spanien ebenfalls bedroht. Deshalb sympathisierten sie mit Francisco Franco, ohne jedoch zu wagen, offen für die Putschisten Partei zu ergreifen. Am 9. September 1936 nahm ein internationales

[62] Dokument Nr. 40.

Nichteinmischungskomitee die Arbeit auf. Es sollte angeblich dafür sorgen, daß sich keine ausländische Macht in den spanischen Bürgerkrieg einmische. Diesem Komitee gehörten 27 Staaten an, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die verbrecherische Begünstigung des franco-faschistischen Putsches und der deutsch-italienischen Intervention durch die heuchlerische Nichteinmischungspolitik der Regierung Großbritanniens und der französischen Regierung unter dem Rechtssozialisten Léon Blum trug ebenso wie die von der amerikanischen Regierung betriebene „Politik der Neutralität" dazu bei, dem kämpfenden spanischen Volk und der weltweiten antifaschistischen Bewegung in den Rücken zu fallen. Damit schadeten sie nicht zuletzt auch den Interessen der eigenen Nation. Das Nichteinmischungskomitee tat faktisch nichts, um die militärische Hilfe der faschistischen Staaten für Franco wirksam zu unterbinden.

Nur der erste sozialistische Staat der Welt, die Sowjetunion, verteidigte von Anfang an konsequent und entschieden im Geiste des proletarischen Internationalismus die Interessen der rechtmäßigen spanischen Regierung. Wiederholt wies die Sowjetregierung durch ihren Vertreter im Nichteinmischungskomitee nach, daß dessen Maßnahmen die Franco-Clique, das faschistische Deutschland und Italien in ihrem Krieg gegen das spanische Volk begünstigten. Am 23. Oktober 1936 erklärte die Regierung der UdSSR, daß sie sich nicht mehr an die Vereinbarungen über die Nichteinmischung gebunden fühlen könne, wenn die anderen Teilnehmer diese weiterhin offen mißachten würden. Diese Entscheidung der Sowjetregierung war von großer Tragweite und ermöglichte neue Maßnahmen zur Verteidigung des republikanischen Spaniens.

Das spanische Volk führte einen heldenhaften Befreiungskampf gegen die Franco-Putschisten. Es kämpfte zur Verteidigung seiner demokratischen Rechte und Freiheiten gegen die Reaktion im eigenen Lande und gegen die ausländischen Interventen. Das war ein nationalrevolutionärer Krieg.

Der Kampf in Spanien zwischen der klerikalen Reaktion und den Franco-Faschisten auf der einen und der Arbeiterklasse, den Bauern und den anderen Anhängern der Volksfront auf der anderen Seite wurde zu einem internationalen Kampf der Kräfte der Demokratie, des sozialen Fortschritts und des Friedens gegen die Kräfte der faschistischen Diktatur und der Vorbereitung eines neuen Krieges.[63]

[63] Dokument Nr. 31.

In der ganzen Welt wuchs die Sympathie mit dem um seine Freiheit kämpfenden spanischen Volk. In kurzer Zeit sammelte das Sowjetvolk 59 Millionen Rubel. Die Sowjetregierung stellte der spanischen Republik einen Kredit von 85 Millionen Rubel zur Verfügung und schickte mehrere Schiffe mit Lebensmitteln und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Sie unternahm alle Anstrengungen, um den kollektiven Widerstand gegen die faschistischen Aggressoren zu organisieren.

Überall in der Welt entstanden Hilfskomitees für das revolutionäre Spanien. Kommunisten und andere Antifaschisten sammelten Geld, Nahrungsmittel und Kleidungsstücke. Wo es möglich war, wurden Waffen gekauft. Im Oktober 1936 entstand in der spanischen Stadt Albacete eine Zentralstelle für die Aufstellung von Freiwilligeneinheiten. Etwa 30 000 Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten, Menschen aller sozialen Schichten, der verschiedensten politischen Strömungen und religiösen Überzeugungen aus 53 Ländern kamen der spanischen Republik zu Hilfe. Aus ihren Reihen formierten sich die Internationalen Brigaden, deren Bataillone nach großen Ereignissen und nach Namen der Helden des Freiheitskampfes ihrer Länder benannt wurden: Commune de Paris, Dąbrowski, Garibaldi, Lincoln. Alle Internationalen Brigaden gehörten der spanischen Volksarmee an. Zu ihren Kämpfern zählte auch eine beträchtliche Anzahl Spanier. Die Antifaschisten aus aller Welt gaben sowohl durch ihren militärischen Einsatz an den Fronten als auch durch ihre Mitwirkung im Kampf um die Festigung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung des republikanischen Spaniens und als Facharbeiter in der Kriegsindustrie ein hervorragendes Beispiel des proletarischen Internationalismus.

Einen ehrenvollen Platz in dieser gemeinsamen Front nahmen deutsche Antifaschisten ein. Der Kampf an der Seite des spanischen Volkes gegen Franco, Hitler und Mussolini war in dieser Situation für die deutschen Hitlergegner nicht nur ein Gebot des proletarischen Internationalismus, sondern auch eine nationale Pflicht, um das deutsche Volk vor der drohenden Gefahr eines neuen Weltkrieges zu retten. Deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten setzten auf den Schlachtfeldern des spanischen Bürgerkrieges ihr Leben für die Freiheit und für den Frieden auch der deutschen Nation ein.

Am 7. August 1936 richtete das Zentralkomitee der KPD einen Appell an alle militärisch ausgebildeten deutschen Antifaschisten, sich

der spanischen Volksfront zur Verfügung zu stellen. Die ersten deutschen antifaschistischen Emigranten, die sich schon seit Ende Juli in den Reihen der spanischen Miliz befanden, erhielten jetzt rasch Verstärkung.

Aus der Emigration, aber auch aus Deutschland folgten Antifaschisten dem Aufruf der KPD. Über Frankreich, über Österreich, über die Schweiz und die Tschechoslowakei gingen die Freiwilligen aus Deutschland illegal nach Spanien. Gegen Ende 1936 war das Netz der illegalen Verbindungen so sicher organisiert, daß es der Gestapo nur in den seltensten Fällen gelang, Antifaschisten, die aus Deutschland auf dem Wege nach Spanien waren, abzufangen.

Der Centuria Ernst Thälmann, der ersten militärischen Abteilung der deutschen Antifaschisten, gehörten im August und September 1936 160 bis 175 Deutsche an. Die Centuria erhielt ihre Feuerprobe bei der Verteidigung von Tardienta. Ende September und Anfang Oktober stieg der Zustrom deutscher Antifaschisten so stark an, daß neue militärische Abteilungen organisiert werden mußten. Die IX. Brigade, später XI. Brigade, der spanischen Volksarmee, deren Kommandeur Manfred Stern, bekannt als General Emil Kléber, war, bestand zu dieser Zeit aus zwei deutschen Infanterie-Hundertschaften, einer jugoslawisch-ungarischen Batterie und einer deutschen Maschinengewehrabteilung. Fast 5000 deutsche Antifaschisten reihten sich in den Jahren von 1936 bis 1939 in die Internationalen Brigaden, vor allem in die XI., XII. und XIII. Brigade, ein. Etwa 3000 von ihnen ließen im Kampf um Spaniens Freiheit ihr Leben. In der spanischen Volksarmee entstanden mit den Bataillonen Edgar André, Hans Beimler und Ernst Thälmann sowie mit den Batterien Georgi Dimitroff und Karl Liebknecht die ersten bewaffneten Formationen einer sich herausbildenden deutschen Volksfront.

Großen Ruhm erwarben sich die Bataillone Edgar André und Ernst Thälmann bei der Verteidigung von Madrid. Immer wieder versuchten die Franco-Truppen sowie deutsche und italienische Söldner seit November 1936, unter Einsatz von Panzern und schweren Geschützen, die spanische Hauptstadt zu erobern. Prahlerisch erklärte Franco, daß er mit seinen Truppen am 7. November Madrid einnehmen werde. Mit vier Kolonnen werde er gegen die Hauptstadt ziehen, eine fünfte Kolonne, seine faschistischen Anhänger, werde ihm von innen her den Weg bahnen. Seit dieser Zeit gilt der Begriff fünfte Kolonne als Bezeichnung für im geheimen wirkende Gruppen von Verrätern und

Organisationen faschistischen Gesindels, welche den kämpfenden Patrioten in den Rücken fallen, der Zersetzung Vorschub leisten und den Faschisten die Fronten öffnen.

Gemeinsam mit der spanischen Miliz schützten die Antifaschisten Madrid. „No pasaran!" [„Sie kommen nicht durch!"] war ihre Losung. 29 Monate lang erlitten die Faschisten vor der Stadt Rückschläge und Niederlagen. Erich Weinert schuf mit seinem „Lied der Internationalen Brigaden" ein immerwährendes Andenken an die Helden von Madrid. Die erste Strophe lautet:

Wir, im fernen Vaterland geboren,
Nahmen nichts als Haß im Herzen mit.
Doch wir haben die Heimat nicht verloren,
Unsere Heimat ist heute vor Madrid.
Spaniens Brüder stehn auf der Barrikade.
Unsre Brüder sind Bauer und Prolet.
Vorwärts, Internationale Brigade!
Hoch die Fahne der Solidarität!

Auch in einer großen Schlacht im Südosten von Madrid am Jaramafluß im Frühjahr 1937 wurden die Faschisten geschlagen. Im März 1937 erlitten sie eine weitere Niederlage in der Schlacht bei Guadalajara. Vor allem italienische Truppen versuchten, Madrid von den republikanischen Zentren an der Ostküste abzuschneiden. Sie wurden von der XI. und XII. Internationalen Brigade und der 12. Division der spanischen Armee völlig aufgerieben. 40 000 Söldner mit 300 Geschützen, 150 Panzern und 125 Flugzeugen wurden in die Flucht geschlagen.

Der Kampf für die Freiheit des spanischen Volkes verlieh der Entwicklung der Einheitsfront deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten neue Impulse. Schon am 7. August 1936 hatte das ZK der KPD dem Prager Parteivorstand der Sozialdemokratie vorgeschlagen, gemeinsam eine Erklärung zur moralischen und materiellen Unterstützung des spanischen Freiheitskampfes zu veröffentlichen. Ebenso riefen die Mitglieder der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei, die dem Pariser Volksfrontausschuß angehörten, am 15. August 1936 alle Gegner des faschistischen Regimes auf, dem spanischen Volk zu Hilfe zu eilen. Doch die meisten Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes lehnten die von der KPD vorgeschlagene gemeinsame Rekrutierung von antifaschistischen Freiwilligen und auch jede andere gemeinsame Solidaritätsaktion ab. Hans Vogel

vertrat die Auffassung, daß eine gemeinsame Erklärung beider Parteien nicht notwendig sei, da die deutsche Sozialdemokratie der Sozialistischen Arbeiterinternationale angehöre und diese bereits einen Aufruf veröffentlicht habe. Den erneuten Vorschlag des Zentralkomitees der KPD im Dezember 1936, einheitliche Aktionen beider Parteien für das republikanische Spanien und gegen die Intervention Hitlerdeutschlands einzuleiten, lehnte die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteivorstandsmitglieder mit der Bemerkung ab, man könne keinen offiziellen Aufruf herausgeben, weil sich die Tschechoslowakei zur Nichteinmischung verpflichtet habe und der Parteivorstand sein Gastrecht in diesem Lande nicht mißbrauchen könne.

Doch viele Sozialdemokraten in der Emigration und im Lande dachten anders. Im Dezember 1936 fand in Paris ein Internationaler Jugendkongreß für die Solidarität mit dem spanischen Volke statt. Vertreter der kommunistischen Jugendverbände Deutschlands und Italiens wandten sich gemeinsam mit Vertretern des Sozialistischen Jugendverbandes Deutschlands, der Sozialistischen Jugend Italiens und leitender Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterjugend an die deutsche und italienische Jugend und riefen sie auf, an der Seite des tapferen spanischen Volkes gegen die faschistischen Interventen zu kämpfen.

Im Dezember 1936 kamen norddeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen, um die Möglichkeiten gemeinsamer Schritte zur Unterstützung des spanischen Freiheitskampfes zu beraten. Nach dieser Beratung wandten sich einige von ihnen an die Führungen beider Parteien und erklärten, daß die Hilfe der vereinten Kräfte der deutschen Arbeiterparteien für das spanische Volk zugleich einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Förderung der Bewegung für Frieden und Freiheit in Deutschland bedeutete.

Die sozialdemokratische Emigrationsgruppe Neu Beginnen organisierte die Werbung von Sozialdemokraten für den Freiheitskampf in Spanien. Sie übermittelte außerdem der Botschaft des republikanischen Spaniens in der Tschechoslowakei Informationen über Truppen- und Waffentransporte für Franco. Paul Hertz, Mitglied des Prager Emigrationsvorstandes der Sozialdemokratie, unterstützte diese Arbeit ohne Wissen der anderen Vorstandsmitglieder. Er setzte sich auch für Radiosendungen aus Spanien für Deutschland ein. Als der Kreis um Otto Wels im Mai 1937 davon erfuhr, gab es im Parteivorstand heftige Auseinandersetzungen. Aber angesichts der starken

internationalen Solidarität mit der spanischen Republik und angesichts der Aufgeschlossenheit vieler Sozialdemokraten im Lande und in der Emigration für den Kampf des spanischen Volkes fuhren schließlich einige Parteivorstandsmitglieder mit internationalen Delegationen oder auch einzeln nach Spanien.

Im Mai 1937 erklärte der ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Erich Kuttner in einer Ansprache vor der XI. Internationalen Brigade, daß nur die Einheitsfront dem Vordringen des Faschismus einen Damm setzen könne.[64] Paul Hertz, der im Juni 1937 nach Spanien reiste, sprach vor Angehörigen der Internationalen Brigaden und sagte dort, daß er die Schwierigkeiten einer Aktionseinheit zwischen der Sozialistischen und Kommunistischen Internationale nicht für so groß halte, um nicht, bei beiderseitigem Verständnis für den Ernst der Lage, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, besonders bei der Hilfe für das republikanische Spanien, zu finden. Im Sommer 1937 fuhr auch Erich Ollenhauer als Mitglied einer Delegation der Sozialistischen Jugendinternationale nach Spanien. Unter dem Eindruck der dort geschaffenen Einheitsfront schrieb er nach seiner Rückkehr im „Neuen Vorwärts", daß sich an der spanischen Freiheitsfront das Schicksal des europäischen Friedens und der europäischen Demokratie entscheide. Es sei Aufgabe aller Antifaschisten, an der Seite des spanischen Volkes zu bleiben. Doch folgten diesen Worten keine Taten.

Bald nach Beginn des spanischen Freiheitskampfes hatte die Parteiführung der KPD leitende Funktionäre nach Spanien entsandt. Ende September 1936 wurden zehn Funktionäre mit der politischen und militärischen Leitung der Arbeit deutscher Antifaschisten in Spanien beauftragt. Schon vorher, seit Anfang August 1936, wirkte Hans Beimler, der aus dem Konzentrationslager Dachau geflohen war, als Vertreter des Zentralkomitees bei den aus deutschen Antifaschisten bestehenden militärischen Formationen. Kommandeure und Stabschefs der XI. und XIII. Brigade waren Hans Kahle, Heinrich Rau, Ludwig Renn, Albert Schreiner, Richard Staimer, Manfred Stern, Gustav Szinda und Wilhelm Zaisser, bekannt als General Gomez. Politkommissare der Bataillone waren Artur Becker, Ernst Blank, Willi Bredel, Arthur Dorf, Karl-Heinz Hoffmann, Otto Kühne, Ewald Munschke, Richard Stahlmann und zahlreiche andere. Dem Ruf des Zentralkomitees der KPD zur Unterstützung des bewaffneten Freiheitskampfes

[64] Dokument Nr. 38.

des spanischen Volkes folgten bewährte Funktionäre und Mitglieder der Partei wie Wilhelm Bahnik, Fritz Dickel, Richard Gladewitz, Erich Glückauf, Gustav Gundelach, Kurt Hager, Albert Hössler, Erich Hoffmann, Franz Klamm, Erwin Kramer, Bruno Kühn, Karl Mewis, Erich Mielke, Alfred Neumann, Fritz Rettmann, Hermann Schuldt, Louis Schuster, Walter Sehlmann, Georg Stibi, Erwin Strohmeier, Karl Thoma, Herbert Tschäpe, Paul Verner, Christian Wolf und viele andere. Gegen den Willen des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes nahmen Sozialdemokraten wie Paul Bergmann, Ernst Braun, Kurt Braun, Kurt Bröttinger, Hermann Drumm, Paul Feller, Kurt Garbarini, Otto Jürgensen, Hans Martens, Franz Schneider, Herbert Seifert und andere am militärischen Kampf der Internationalen Brigaden teil.

Am Freiheitskampf in Spanien beteiligten sich aktiv auch Vertreter der fortschrittlichen deutschen Intelligenz. 27 Mitglieder des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller kämpften als Offiziere, Soldaten, Ärzte und Berichterstatter an der Seite des spanischen Volkes. Rudolf Leonhard war Mitglied des Komitees für Spanienhilfe. Heinrich Mann verfaßte mehrere Aufrufe an die faschistischen deutschen Soldaten. Willi Bredel, Ernst Busch, Eduard Claudius, Walter Kaiser-Gorrish, Peter Kast, Egon Erwin Kisch, der Graphiker Heinz Kiwitz, Hanns Maaßen, Hans Marchwitza, Maria von Osten, Ludwig Renn, Bodo Uhse, Erich Weinert und viele andere gehörten zu den deutschen antifaschistischen Schriftstellern und Künstlern, die in Spanien die politische, soziale und geistige Freiheit aller vom Faschismus bedrohten Völker und des eigenen deutschen Volkes verteidigten.

Seit Dezember 1936 gehörte Franz Dahlem als Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands der führenden politischen Kommission für die Internationalen Brigaden an. Sein Auftrag bestand außerdem darin, in Spanien Radiosendungen zur Unterstützung des illegalen Kampfes in Hitlerdeutschland zu organisieren. Franz Dahlem war am 14. Januar 1892 als Sohn eines Weichenstellers in Rohrbach in Lothringen geboren worden. Nach Besuch eines Realgymnasiums und nach Abschluß der kaufmännischen Lehre hatte er als Exportkorrespondent in Köln gearbeitet. 1911 war er in die freien Gewerkschaften eingetreten und war 1913 Mitglied der deutschen Sozialdemokratie geworden. Im gleichen Jahr war er der Arbeiterjugendbewegung beigetreten, in deren Kölner Leitung er bis zum Kriegsausbruch aktiv mitgearbeitet hatte. Während des Krieges

war Franz Dahlem als Soldat an der Front, in Garnisonen und Lazaretten im Sinne der Linken gegen den imperialistischen Krieg aufgetreten. Er hatte die Schriften der Spartakusgruppe studiert und für den Frieden agitiert. Als die Novemberrevolution 1918 ausgebrochen war, war er zum Mitglied des Arbeiter-und-Soldaten-Rates in Allenstein, später in Köln gewählt worden. Als Mitbegründer und Redakteur der Zeitung „Sozialistische Republik" und als aktiver Funktionär des linken Flügels der USPD im Bezirk Mittelrhein hatte er in den Auseinandersetzungen mit den zentristischen Führern um den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale und um die Vereinigung mit der KPD eine wichtige Rolle gespielt. Es war in hohem Maße sein Verdienst gewesen, daß im Bezirk Mittelrhein fast die gesamte Mitgliedschaft der USPD sich mit der KPD vereinigt hatte. Franz Dahlem war auf dem Vereinigungsparteitag zum Mitglied des Zentralausschusses der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt worden. Als Stadtverordneter der KPD in Köln seit 1920, seit 1921 als Mitglied des Preußischen Landtages und von 1928 bis 1933 als Mitglied des Reichstages hatte er konsequent die politischen Interessen sowie die sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen vertreten. 1923 hatte ihn die Interalliierte Rheinlandkommission wegen seines aktiven Kampfes gegen den Separatismus, wegen seiner engen Zusammenarbeit mit den französischen Kommunisten und wegen seines Kampfes gegen die Besetzung des Ruhrgebietes aus dem besetzten Rheinland ausgewiesen. In den Jahren 1923 und 1924 hatte er in der Abteilung Betriebszellen der Zentrale der KPD eng mit Wilhelm Florin und Walter Ulbricht zusammengearbeitet. Franz Dahlem war im März 1927 Mitglied des Zentralkomitees der KPD und 1928 Mitglied des Politbüros geworden. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hatte er bis Juli 1933 und dann erneut von Februar bis Juli 1934 in der Leitung der illegalen Arbeit in Deutschland gewirkt, bis er auf Beschluß des Politbüros eine leitende Funktion außerhalb des Landes übernahm. Im Juli/August 1935 nahm er als Delegierter am VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teil.

Als Beauftragter der Kommunistischen Jugendinternationale hatte Artur Becker, Mitglied des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, hervorragenden Anteil an der Organisierung einer umfassenden antifaschistischen Bewegung der demokratischen Weltjugend für die Unterstützung des spanischen Volkes. Er

war einer der Organisatoren des Internationalen Jugendkongresses für die Solidarität mit Spanien, der im Dezember 1936 in Paris stattfand. Er hatte auch entscheidenden Anteil daran, daß sich Anfang 1937, entgegen dem Willen der Leitung der Sozialistischen Jugendinternationale, Vertreter der kommunistischen Jugendverbände Deutschlands und Italiens gemeinsam mit Vertretern der Sozialistischen Jugend Italiens, des Sozialistischen Jugendverbandes Deutschlands und leitenden Funktionären der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands gemeinsam an die deutsche und italienische Jugend wandten und sie aufriefen, an der Seite des spanischen Volkes gegen den Faschismus zu kämpfen. Mitte August 1937 ging Artur Becker im Auftrage der Kommunistischen Jugendinternationale selbst nach Spanien, um dort mitzuhelfen, die Einheit der Jugendbewegung herbeizuführen. Bei einem Frontdurchbruch der Faschisten in den Stellungen des Ernst-Thälmann-Bataillons deckte Artur Becker, der zu dieser Zeit Parteisekretär des Bataillons war, mit einem Maschinengewehr den Rückzug seiner Kampfgefährten. Schwerverwundet geriet er in Gefangenschaft. Nach wochenlangen Folterungen ermordeten ihn die Faschisten am 16. Mai 1938.

Von großer Bedeutung waren die deutschen Radiosendungen über die spanischen Sender Barcelona, Madrid und Valencia. Im Dezember 1936 sprach Walter Ulbricht über Radio Barcelona. Er prangerte die Verbrechen der deutschen und italienischen Interventen am spanischen Volk an und rief alle Antifaschisten zur verstärkten Solidarität auf. Im Januar 1937 richtete das Zentralkomitee der KPD mit Hilfe der spanischen Volksfrontregierung einen Sender auf Kurzwelle 29,8 ein. Der Sender war im antifaschistischen Kampf ein wichtiges ideologisches, politisches und organisatorisches Führungsinstrument des Zentralkomitees der KPD. Seit dem 11. April 1937 – nachdem das Zentralkomitee diesen Sender der deutschen Volksfront zur Verfügung gestellt hatte – war er unter der Bezeichnung „Deutscher Freiheitssender 29,8" zu hören. Redakteure des Senders waren Erich Glückauf und Hans Teubner, zu Anfang auch Gerhart Eisler und Kurt Hager. Sprecher des Senders war Hanns Maaßen. Der Sender gewann wegen seiner Aktualität und seiner Informiertheit über die Vorgänge in Nazideutschland international Beachtung. Ein umfangreicher Nachrichten- und Kurierdienst verband den Sender mit vielen Parteiorganisationen und Antifaschisten in Deutschland und in der Emigration, die über die neuesten Ereignisse in deutschen Betrieben und über



Georgi Dimitroff, Maurice Thorez und Wilhelm Pieck im Präsidium des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli/August 1935



Die Mitglieder des Sekretariats
des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale,
v. l. n. r.: Palmiro Togliatti, D. S. Manuilski, Klement Gottwald, Georgi Dimitroff
(Generalsekretär), O. W. Kuusinen, Wilhelm Pieck, André Marty



Das Präsidium des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli/August 1935



Wie unsere

KAKTEEN

richtig gepflegt werden müssen.

PREIS 10 Pfg

Die Stammformen der Eccoemokakteen sind an humusreichen Boden gewöhnt und man tut gut, die Erde möglichst nahrhaft zu gestalten und durch geeignete Pflanzennahrung Etisso-Kakteendünger, den Humus-

Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe aller Werktätigen für den Sturz der Hitler-Diktatur

(Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD in Oktober 1935)

Die Parteikonferenz begrüsst die vom VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale beschlossene neuetaktische Orientierung der kommunistischen Parteien auf die Sammlung der werktätigen Massen für den Klassenkampf. Die Konferenz stimmt allen Beschlüssen des Weltkongresses zu und begrüsst insbesondere die Wahl des Genossen Dimitroff zum Generalsekretär der Kommunistischen Internationale.

Die Parteikonferenz zieht aus der vom Kongress an der Arbeit der Partei und an den von ihr gemachten Fehlern geübten Kritik die Lehre, sofort mit aller Energie und mit allen Enthusiasmus die neue taktische Orientierung in ihrer gesamten Arbeit vorzunehmen, die sektiererischen Tendenzen restlos auszumerzen und ernste Garantien für die Durchführung der Beschlüsse zu schaffen.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses sind von der grössten Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern, sowie für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker der kolonialen und abhängigen Länder. Diese Beschlüsse beruhen auf den Veränderungen in der Weltlage die durch den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, durch die Weltwirtschaftskrise, die Offensive des Faschismus, die politische Krise in einigen Ländern und die Radikalisierung der werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt hervorgerufen sind. Mit diesen Beschlüssen zog der VII. Weltkongress die Lehren einerseits aus den bitteren Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse dadurch machte, dass sie den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht verhinderte und andererseits aus den Erfolgen, die das französische Proletariat in der Schaffung der Einheitsfront und Volksfront und damit im Zurückdrängen des faschistischen Ansturmes erreichte.

Tarnschrift mit der Resolution
der Brüsseler Konferenz der KPD



Franz Dahlem



Wilhelm Florin



Fritz Heckert



Paul Merker

Mitglieder des Politbüros
des ZK der KPD,
gewählt nach der Brüsseler
Konferenz, 1935



Wilhelm Pieck



Ernst Thälmann



Walter Ulbricht

Im Namen
des Deutschen Volkes

14 J 283 / 36
1 H 48 / 36 In der Strafsache gegen

1.) den Packer Otto Alex K r o p p , ohne feste Wohnung, zuletzt in Köln, geboren am 7. Mai 1907 in Wuppertal-Elberfeld, ledig, nicht bestraft,

2.) den staatenlosen Chemigraphen Ulrich Fritz Alexander O s c h e , zuletzt in Köln wohnhaft gewesen, geboren am 5. Januar 1911 in Berlin, ledig, nicht bestraft,
beide zur Zeit in dieser Sache in Untersuchungshaft

wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens

hat der Volksgerichtshof, 1. Senat, in der öffentlichen Sitzung vom 15. Januar 1937 auf Grund der mündlichen Verhandlung,

für Recht erkannt:

1. Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerenden Umständen werden verurteilt:
K r o p p unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit

z u m T o d e ,

Der Angeklagte Kropp hat sich noch in der Hauptverhandlung rückhaltlos zum Kommunismus bekannt. In dieser inneren Verbundenheit zu den Bestrebungen der KPD. hat der Angeklagte sich seit März 1933 bis zu seiner Verhaftung (27.3. 1936) in überaus zäher und gründlicher Weise an den für die KPD. wichtigsten Stellen Westdeutschlands für den illegalen Aufbau der Organisation der KPD. betätigt. Nach den getroffenen Feststellungen hat sich der Angeklagte, wohin immer ihn die leitenden Stellen in Amsterdam schickten, seiner Aufgabe mit äußerster Umsicht und umfassender Energie und, wie ohne weiteres auch festzustellen ist, mit erheblichem Erfolg gewidmet. Die Bereitwilligkeit, mit der er sich immer wieder einsetzen ließ und die von ihm betätigte Energie in der Lösung seiner Aufgaben beweisen seine enge, von ihm selbst bestätigte Verbundenheit mit dem hochverräterischen Wollen der KPD. Sie ergeben aber gleichzeitig seine unbelehrbare und fanatische Feindseligkeit gegenüber der nationalsozialistischen Regierung und ihrem Wollen

Aus der Urteilsbegründung des faschistischen Volksgerichtshofes

er ist bemüht gewesen, in den großen Betrieben der westdeutschen Industrie den Arbeitsfrieden durch Schaffung kommunistischer Zellen zu gefährden, er hat sich nicht gescheut, in weiten Kreisen gerade der werktätigen Bevölkerung, nur um der KPD. die Führung zu verschaffen, unter Verheimlichung dieses wahren Zieles und unter bewußt falscher Vorspiegelung einer zu erstrebenden Amnestie für politische Gefangene für eine sogen. Einheits- oder Volksfront dieses neue und tückische Mittel der Komintern zu werben. und ist nicht davor zurückgeschreckt, selbst Reichswehr und Polizei ihrer Pflicht zu entfremden und sie in kommunistischen Sinne zu zersetzen. Das alles hat er getan in engster Zusammenarbeit mit ausländischen leitenden Stellen der Komintern. Selbst als er bereits verhaftet war, war er bemüht, die Organisation der KPD. vor Schaden zu bewahren, indem er an sie die wichtige Nachricht von seiner und Osches Verhaftung gelangen ließ, einen vermeintlichen Spitzel benannte und meldete, daß die deutsche Polizei Bilder der Mitglieder der Amsterdamer Zentralstelle besitze.

Alles in allem ergibt sich aus den getroffenen Feststellungen über die an leitenden Stellen ausgeübten Tätigkeit des Kropp das Bild eines dem Kommunismus restlos und fanatisch verfallenen und dem Nationalsozialismus und seinem Wollen unbelehrbar und unversöhnlich feindlich gegenüberstehenden Mannes, der entschlossen ist, bedenklos alle Mittel in Anwendung zu bringen, um dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen und die von der deutschen Volksgemeinschaft gewollte nationalsozialistische Regierung und Verfassung zu vernichten. Es besteht nach Auffassung des Senats auch nicht die geringste Hoffnung, daß der Angeklagte Kropp sich vom Kommunismus abwendet und sich in die deutsche Volksgemeinschaft wieder eingliedert.

Der Angeklagte wußte, daß er mit seinem Leben spielte. Dennoch hat er sich mit aller Energie im größten Umfang für die KPD. und ihre hochverräterischen Bestrebungen eingesetzt. Im Interesse der Ruhe und Sicherheit des deutschen Volkes hält der Senat es für erforderlich, gegenüber dieser vom Angeklagten bewiesenen volksfeindlichen Energie mit gleicher rücksichtsloser Entschlossenheit das Gesetz in seiner letzten Konsequenz zur Anwendung zu bringen, und hat demgemäß gegen den Angeklagten auf die Todesstrafe erkannt und ihm gleichzeitig die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit abgesprochen.

gegen den Kommunisten Otto Kropp, 15. Januar 1937



Lesen! Weitergeben!

Informations-Dienst

der freien Gewerkschaftsgruppen Deutschlands

2. Jahrgang Nr. 1 Preis 10 Pfg. Januar-Februar 1938

Für den Arbeitervertrauensrat - gegen den Unternehmerknecht!



Lesen! Weitergeben!

DEUTSCHE Gewerkschafts INFORMATIONEN

2. Jahrgang Nr. 3. Preis 10 Pfg. April-Mai 1938.

Aus dem Inhalt:

1. Heraus die Löhne, herunter die Abzüge, her mit den Arbeiterrechten.
2. Löhne, Rationalisierung und Kriegsgefahr.
3. Der Kampf um den Lohn.
   a) Die Kollegen von Blohm & Voss geben ein Signal
   b) Mai-Aufruf an alle Werktätigen
   c) Das neue Opelwerk als Antreiber
   d) Gedingeverschlechterung im Saarbergbau
   e) Oberschlesische Kameraden setzen sich zur Wehr
4. Für den Arbeitervertrauensrat, gegen den Unternehmerknecht
5. Bündnis mit Sowjet-Union mindert Arbeitslosigkeit und bezwingt Kriegsgefahr.
6. So baut die DAF die Erwerbslosen-Unterstützung ab
7. Für den gemeinsamen Wiederaufbau der freien Gewerkschaften
   a) Die Arbeiterfrage (Fortsetzung).
   b) Was weiter in der Danziger Gewerkschaftsbewegung
   c) Was ist notwendig zur Sicherung des einheitlichen Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften
8. Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.
9. Mitteilung der Redaktionskommission

Alle Zuschriften für die Deutschen Gewerkschafts-Informationen sind ausschließlich zu richten an: Postschließfach 169, Prahe, Hauptpostamt!



Lesen! Weitergeben!

DEUTSCHE Gewerkschafts INFORMATIONEN

Zweiter Jahrgang Nr. 5. Preis 10 Pfg. November-Dezember 1938.

Wer den Frieden liebt, muss seinen Lohn verteidigen



die faschistischen Kriegsvorbereitungen berichteten. Über den Sender, dessen Wirksamkeit selbst die Geheime Staatspolizei eingestehen mußte, sprachen unter anderen Walter Ulbricht sowie Heinrich Mann, Arnold Zweig und andere deutsche Geistesschaffende, der schwedische Sozialistenführer Georg Branting, der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Österreichs Johann Koplenig und der Negersänger Paul Robeson. Der Sender informierte Millionen Menschen in aller Welt über den Kampf der deutschen Widerstandsbewegung, über die deutsche Volksfront, über den Freiheitskampf des spanischen Volkes und über den sozialistischen Aufbau und die Friedenspolitik der Sowjetunion. Den illegalen Parteiorganisationen in Deutschland gab er Richtlinien und Ratschläge zur Verwirklichung der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz und für die Schaffung der antifaschistischen Einheits- und Volksfront. Auch die deutschen antifaschistischen Schriftsteller trugen wesentlich zur Tätigkeit des Freiheitssenders bei. Bertolt Brecht schrieb eigens dafür seine „Deutschen Satiren". An anderen Sendern im republikanischen Spanien, die auch deutschsprachige Programme ausstrahlten, waren Kurt Hager und Georg Stibi als Redakteure tätig.

Die Berichte und Meldungen, die über den Kampf des spanischen Volkes und der deutschen Antifaschisten gegen den Franco-Faschismus und die deutsch-italienischen Interventen nach Deutschland gelangten, waren eine große politische und moralische Unterstützung für den illegalen Widerstandskampf. Die Solidaritätsbekundungen für den spanischen Freiheitskampf waren Ausdruck dafür, daß es die illegalen Kämpfer trotz der Rassen- und Völkerhetze der Faschisten verstanden hatten, den Geist des proletarischen Internationalismus unter den antifaschistisch gesinnten Arbeitern wachzuhalten. Im August 1936 protestierten die Teilnehmer einer illegalen Besprechung von Betriebsgruppenfunktionären aus neun Berliner Metallbetrieben gegen die Interventionspolitik der Hitlerregierung und gegen die Waffenlieferungen an Franco. Im September, Oktober und November 1936 tauchten in vielen Großstädten Deutschlands Flugblätter auf, in denen die Hintergründe der Intervention des deutschen Faschismus in Spanien entlarvt wurden. In einigen Berliner Stadtbezirken, vor allem in Kreuzberg, Mitte, Steglitz und Tempelhof, wurden im Frühjahr 1937 Flugblätter mit dem Angebot des Zentralkomitees der KPD an den sozialdemokratischen Emigrationsvorstand von Anfang Dezember 1936 verteilt. In diesem Aufruf warnte die Partei das deutsche Volk

vor der Gefahr, welche die faschistische Intervention für den Frieden der Welt in sich barg.

Ende 1936 und in den ersten Monaten des Jahres 1937 versammelten sich in verschiedenen Städten, zum Beispiel in Düsseldorf, Hamburg und München, erregte Frauen vor den Wehrbezirkskommandos. Diese Frauen und Mütter gefallener oder vermißter Legionäre waren in Trauerkleidung erschienen, obwohl es ihnen verboten worden war, diese öffentlich zu tragen. Sie forderten Aufklärung über den Aufenthalt ihrer Männer und Söhne sowie über die Ursachen jener mysteriösen „Unglücksfälle", denen Wehrmachtsangehörige seit Mitte des Jahres 1936 immer öfter zum Opfer gefallen waren.

Eine große Verantwortung lag auf den deutschen Hafenarbeitern. In den Hafenvierteln von Bremen, Emden, Hamburg und Wilhelmshaven wurden Flugblätter verteilt, in denen dazu aufgerufen wurde, Waffentransporte nach Spanien zu verhindern. Zwar gelang es nicht, in großem Ausmaße Lieferungen von Kriegsmaterial an Franco und für die faschistische Legion Condor aufzuhalten. Aber einige Male konnte die Beladung der Schiffe verzögert werden. Hamburger Werftarbeiter bildeten einen geheimen Kontroll- und Meldeausschuß, um den Organen der spanischen Volksfront über die auslaufenden und mit Soldaten und Kriegsmaterial beladenen Schiffe zu berichten. Auf vielen Schiffen der deutschen Handelsflotte arbeiteten illegale Zellen der Kommunistischen Partei. Es gelang ihnen, Verbindungen zu französischen und holländischen Werftarbeitern herzustellen und faschistische Waffentransporte zu signalisieren.

Auf Initiative illegaler kommunistischer Gruppen begann unter den Arbeitern der Bremer Werften die Sammlung von Geldspenden für die spanischen Frauen und Kinder, für den Ankauf von Nahrungsmitteln, Bekleidung, Waffen und Munition zur Unterstützung der republikanischen Armee. Die illegalen Widerstandsgruppen verbanden mit dieser Geldsammlung eine intensive propagandistische Aufklärung über die verbrecherischen Ziele der faschistischen Intervention. Matrosen brachten das gesammelte Geld nach Frankreich und übergaben es dem Komitee für Spanienhilfe. Im Herbst 1936 wurden in verschiedenen Gegenden Deutschlands, so im mitteldeutschen Kohlenrevier, im Ruhrgebiet und unter den Bergarbeitern Schlesiens, Geldsammlungen in verschiedener Form organisiert. Die Gestapo nahm in den Werken der Frankfurter Automobil-Industrie und der IG Farbenindustrie AG umfangreiche Verhaftungen vor, weil sich viele Arbeiter

an den Geldsammlungen beteiligt hatten. Ende 1936 wurden aus diesem Grunde in Frankfurt (Main) zahlreiche Arbeiter der Adler-Werke vormals Heinrich Kleyer AG und Arbeiter der Rödelheimer Werke verhaftet. Ein großer Teil von ihnen wurde ins Konzentrationslager geworfen. Allein in Frankfurt wurden innerhalb kurzer Zeit 105 Personen in Haft genommen, die unter dem Verdacht standen, sich an Sammlungen für Spanien beteiligt zu haben.

Die KPD organisierte Geldsammlungen auch unter den deutschen Antifaschisten in der Emigration. In all den Jahren der Hitlerdiktatur wirkten die deutschen antifaschistischen Emigranten, die von den Faschisten aus dem Lande vertrieben worden waren, als echte Patrioten und Vorkämpfer für ein friedliebendes und freiheitliches Deutschland. Die überwiegende Mehrheit der Emigranten in fast allen kapitalistischen Ländern lebte unter sehr schlechten Bedingungen. Reaktionäre und profaschistische Kreise in den Regierungen und im Staatsapparat dieser Länder legten ihnen zahllose Schwierigkeiten in den Weg. Viele Emigranten konnten nicht in ihrem Beruf arbeiten, sondern oft nur als ungelernte Arbeiter und Aushilfskräfte. Manche von ihnen waren nur einige Tage in der Woche beschäftigt oder überhaupt arbeitslos. Trotzdem opferten sie von dem wenigen, soviel sie entbehren konnten. So überwiesen die deutschen Emigranten in Paris dem französischen Komitee für Spanienhilfe bis Ende 1936 über 25 000 Francs.

Manchmal viele tausend Kilometer von der Heimat entfernt, verkörperten die antifaschistischen deutschen Emigranten in den Augen der demokratischen Weltöffentlichkeit das andere, das wahre Deutschland. Sie standen in enger Verbindung mit den revolutionären marxistischen Parteien der Arbeiterbewegung, mit allen anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften in den Emigrationsländern und nahmen durch ihre gesamte Tätigkeit, auch durch ihre Mitarbeit in Auslandsgruppen deutscher antifaschistischer Parteien und Organisationen, durch ihre publizistischen Beiträge und mit Werken der bildenden Kunst und der Literatur aktiven Anteil am Kampf gegen das faschistische Regime in Deutschland. Besondere Hilfe und Unterstützung erhielten die deutschen Emigranten in der sozialistischen Sowjetunion. Die Kommunistische Partei, die Sowjetregierung und das ganze sowjetische Volk schufen im Geiste des proletarischen Internationalismus alle nur möglichen Voraussetzungen, damit die Emigranten den antifaschistischen Kampf erfolgreich führen konnten.

Die Internationalen Brigaden in Spanien waren Ausdruck der unverbrüchlichen Solidarität der Antifaschisten und Demokraten vieler Länder mit dem spanischen Volk. Auf Initiative Georgi Dimitroffs und unter dem Druck der weltweiten Unterstützung für den Kampf des spanischen Volkes kam im Mai 1937 in Annemasse – einem französischen Ort in der Nähe des Genfer Sees – eine internationale Zusammenkunft von Vertretern der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Arbeiterinternationale zustande. Die mit den Vertretern der Sozialistischen Arbeiterinternationale, mit Friedrich Adler und Louis de Brouckére, getroffenen Abmachungen für eine internationale Solidaritätsaktion für das republikanische Spanien wurden jedoch wegen des Widerstandes der einheitsfeindlichen Kräfte in der Sozialistischen Arbeiterinternationale nicht verwirklicht.

In den Schützengräben des spanischen Krieges vor Barcelona, Madrid und Valencia entstand von Anfang an eine feste Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Im November 1937 wurde in Albacete ein Einheitskomitee deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet, dem je drei Vertreter beider Parteien angehörten. Im Arbeitsprogramm des Komitees, das auf der konstituierenden Sitzung am 8. Dezember angenommen wurde, heißt es: „Wir bilden dieses Komitee, weil wir aus der Erkenntnis über den Charakter des Krieges in Spanien und aus den gemeinsamen Erfahrungen in diesem Krieg mehr denn je ein gemeinsames Ziel haben: durch die Einheits- und Volksfront den Faschismus in Spanien und den Hitler-Faschismus in Deutschland zu besiegen."[65] Am 14. Dezember 1937 richtete das Komitee an den Prager Parteivorstand der Sozialdemokratie und an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands einen Brief, in dem ein einheitliches Auftreten und gemeinsame Aktionen beider Parteiführungen als die beste und wirksamste Hilfe der deutschen Arbeiterklasse für den Kampf in Spanien bezeichnet wurden.[66]

Eine deutsche Sektion, in der Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Antifaschisten mitarbeiteten, bestand beim Antifaschistischen Club in Barcelona. In der XI. Internationalen Brigade konstituierte sich im Februar 1938 ein Arbeitsausschuß deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten. Ihm gehörten je zwei Mitglieder

65 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/473, Bl. 56.

66 Dokument Nr. 41.

beider Arbeiterparteien an. Am 13. März 1938 trafen sich auf Initiative dieses Einheitskomitees 22 Delegierte aus den Internationalen Brigaden, 14 Kommunisten und 8 Sozialdemokraten, in Valencia zu einer ersten Konferenz der deutschen Antifaschisten in Spanien. Fast alle Delegierten sprachen über ihre Erfahrungen im gemeinsamen Kampf. Sie erklärten in einem Manifest: „Die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten verzehnfacht die Kraft der Arbeiterklasse. Die Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stärkt das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern, den Mittelschichten, der Intelligenz. Die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten ist der Motor für die Schaffung und Entwicklung einer wahrhaft umfassenden Volksfront gegen den Faschismus . . . Nie mehr getrennt, immer gemeinsam, dann werden wir siegen, dann sind die Tage der Hitler-Diktatur gezählt, dann werden wir gemeinsam ein freies, demokratisches Deutschland bauen, ein Deutschland des Friedens, ein Deutschland der Freiheit, ein Deutschland des Wohlstandes und der sozialen Neugestaltung."[67]

Nach monatelangen Angriffen, die Ende März 1937 die Franco-Truppen begonnen und in denen sie schwere Verluste erlitten hatten, waren der spanischen Volksfrontregierung Ende 1937 Asturien und das Baskenland verlorengegangen. Deutsche Bombengeschwader der Legion Condor flogen bei diesen Kämpfen barbarische Terrorangriffe gegen nordspanische Städte. In einem mörderischen dreistündigen Luftbombardement machten deutsche Fliegerverbände am 26. April 1937 die nordöstlich von Bilbao gelegene Stadt Guernica fast dem Erdboden gleich. Im April 1938 konnten die faschistischen Armeen infolge ihrer zahlenmäßigen und waffentechnischen Überlegenheit zum Mittelmeer vorstoßen und die Republik in zwei Teile spalten. Dagegen wurden ihre Versuche, Katalonien zu erobern, zurückgewiesen. Als die Faschisten auf Valencia vorstießen, unternahm die Volksarmee eine Entlastungsoffensive an der Ebrofront. Spanische und Internationale Brigaden überschritten den Ebro und verteidigten in den folgenden Monaten heldenhaft den Ebro-Brückenkopf.

Im Herbst 1938 verfügte die Regierung der nationalen Einheit in Spanien, einem Beschluß des Nichteinmischungskomitees vom 5. Juli 1938 folgend, die ausländischen Freiwilligen zurückzuführen, um der Regierung Neville Chamberlain, die im Völkerbund versuchte, die

[67] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/421, Bl. 108/109.

deutsch-italienischen Interventionstruppen mit den antifaschistischen Brigaden gleichzusetzen, den Boden für neue Anschläge gegen die spanische Republik zu entziehen. Diese Zurückziehung erfolgte unter der Bedingung, daß auch die deutschen und italienischen Faschisten abzögen. Die Internationalen Brigaden wurden aus dem Kampf herausgezogen, aber Francos deutsche und italienische Landsknechte kämpften weiter.

60 Delegierte der deutschen und österreichischen sozialdemokratischen und kommunistischen Spanienkämpfer gelobten auf einer Einheitskonferenz, die am 11. November 1938 in einem katalonischen Demobilisierungslager stattfand, alle ihre Kräfte dafür einzusetzen, daß die Spaltung der Arbeiterklasse in beiden Ländern beseitigt werde: „Wir kamen aus verschiedenen Parteien der Arbeiterklasse Deutschlands und Österreichs. Aber uns eine der Wille: Hitler zu schlagen. Mit den Waffen, die uns das spanische Volk gab, und wofür wir ihm immer dankbar sein werden, kämpften wir Schulter an Schulter mit unseren spanischen Kameraden ... Wir werden alles einsetzen, damit die unselige Spaltung und Zerrissenheit in der Arbeiterbewegung unserer Länder ein Ende nimmt, damit die brüderliche Zusammenarbeit und die Einheit der sozialistischen und kommunistischen Parteien unserer Länder verwirklicht wird. Dieser Gedanke der Einheit, um den wir rangen, ist hier in Spanien im Feuer des Kampfes Tat geworden. Und es gibt nun nichts mehr, was uns Sozialisten und Kommunisten, uns Söhne der deutschen und österreichischen Arbeiterklasse jemals wieder trennen könnte."[68]

3. Die militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus. Der verstärkte Kampf der Kommunistischen Partei um die Einheits- und Volksfront

Der Ausbau der faschistischen Wehrmacht und ihre Ausrüstung mit modernsten Waffen gingen in den Jahren nach 1935 schnell voran. Nur wenige Wochen nach dem Franco-Putsch in Spanien verlängerte die Hitlerregierung am 24. August 1936 die militärische Dienstpflicht in Deutschland auf zwei Jahre. Alle Jahrgänge, die nach 1918 keine

[68] Ebenda, Bl. 119.

militärische Ausbildung erhalten hatten, mußten kurzfristig Übungen ableisten. Der Bau militärischer Anlagen wurde beschleunigt.

Die Aufstellung neuer Einheiten des Heeres, der weitere Aufbau der Luftwaffe und der Kriegsmarine erforderten immer höhere Ausgaben. Der für 1936 vorgesehene Wehrmachtsetat von zehn Milliarden RM wurde erheblich überschritten. Hitler erklärte zu Beginn des zweiten Weltkrieges vor dem Reichstag, daß für den Aufbau der faschistischen Wehrmacht insgesamt über 90 Milliarden RM aufgewendet worden seien. Allein 55 Milliarden RM wurden für die Waffenproduktion ausgegeben, zehn Milliarden für den Ankauf und die Erzeugung strategischer Rohstoffe und die Anlage von Rohstoffreserven und etwa 25 Milliarden für militärische Anlagen. 1933 betrug der Anteil der Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht 7 Prozent des Volkseinkommens. Er stieg auf 21 Prozent im Jahre 1936 und auf 32 Prozent im Jahre 1938.

Schon im Jahre 1935 verfügte das faschistische Heer über 31 einsatzfähige Divisionen. Bis 1937 kamen 11 neue Divisionen hinzu, vor allem motorisierte Infanteriedivisionen. 1938 standen bereits 52 Divisionen des Heeres bereit. Ein erheblicher Teil der Rüstungsbeträge floß der Kriegsmarine zu. Schon 1936 war der Marinehaushalt doppelt so hoch wie 1935. Nach dem deutsch-britischen Flottenabkommen wurde vor allem die Produktion von U-Booten vorangetrieben. Im Sommer 1935 waren bereits 24 U-Boote fertiggestellt beziehungsweise im Bau. 1936 lagen weitere 12 Boote auf Kiel. In den Jahren von 1936 bis 1938 stellten die Faschisten zahlreiche neue Kriegsschiffe in Dienst. Im Herbst 1936 liefen zwei Schlachtschiffe und im ersten Halbjahr 1937 zwei schwere Kreuzer vom Stapel. 22 moderne Zerstörer wurden gebaut. Im August 1936 gab Hitler den Befehl, bis zum 1. April 1937 den Aufbau aller Formationen der Luftwaffe abzuschließen. Ständig wurde dieser Wehrmachtsteil vervollkommnet. Zu Beginn des Krieges konnte die faschistische Luftwaffe 4300 Flugzeuge einsetzen.

Um die faschistische Wehrmacht in einem solchen Ausmaß vergrößern zu können, hatte die Rüstungsindustrie in schnellem Tempo erweitert werden müssen. Der Index der gesamten Industrieproduktion, der 1933 nur 60,7 Prozent des Standes von 1929 betragen hatte, wuchs bis 1938 auf 125,7 Prozent an. Von 1933 bis 1938 stieg der Index der Erzeugung von Produktionsmitteln von 43,6 Prozent auf 136,2 Prozent. In den Jahren von 1933 bis 1938 wurden in der deutschen Wirtschaft

insgesamt 68 670 Millionen Reichsmark eigenes oder ausländisches, vor allem amerikanisches, Kapital investiert. Davon flossen 44 520 Millionen Reichsmark in die Rüstungsindustrie. Die Produktion der Maschinenbauindustrie stieg um das Vierfache. Die Herstellung wichtiger militärstrategischer Materialien wuchs noch schneller an. Die Aluminiumproduktion wurde von 19 000 Tonnen im Jahre 1932 auf 194 000 Tonnen im Jahre 1939 gesteigert. Deutschland erzeugte davon mehr als alle anderen kapitalistischen Staaten Europas zusammen genommen. Mit Hilfe amerikanischer Monopole wurden im Jahre 1938 etwa 1,6 Millionen Tonnen synthetischen Treibstoffes hergestellt. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges verfügte die deutsche Industrie im Vergleich zu allen anderen imperialistischen Staaten über den größten Bestand von Metallbearbeitungsmaschinen in Höhe von über 1,6 Millionen Stück.

Produktion in den Jahren 1933 bis 1939

	1933	1937	1939
Steinkohle (Mill. t)	109,7	184,5	189,9
Braunkohle (Mill. t)	126,8	184,7	233,7
Roheisen (Mill. t)	5,2	16,0	18,3
Rohstahl (Mill. t)	7,4	19,2	22,3
Benzin (Mill. t)	296,0	1259,0	–
Elektroenergie (Md. kWh)	25,6	49,0	61,4

Insgesamt war im Jahre 1939 die Rüstungsproduktion des faschistischen Deutschlands 12,5mal höher als 1933, im ersten Jahr der faschistischen Diktatur.

Die Militarisierung der Wirtschaft brachte den Konzernherren der deutschen Rüstungsindustrie steigende Profite. Die Friedrich Krupp AG konnte ihren Reingewinn von 6,65 Millionen RM im Jahre 1933/1934 auf 21,11 im Jahre 1938/1939 erhöhen. Die Rohgewinne stiegen bei der Vereinigte Stahlwerke AG von 1934 bis 1937 auf 213 Prozent, bei der Klöcknerwerke AG in den Jahren von 1936 bis 1939 auf 127 Prozent und bei der Hoesch AG auf 117 Prozent. Die Umsätze des Siemens-Konzerns konnten von 411 Millionen RM in den

Jahren 1933/1934 auf 1091,6 Millionen RM in den Jahren 1938/1939 erhöht werden. Der Gewinn der IG Farbenindustrie AG an der Aufrüstung betrug im Jahre 1937 bereits 231 Millionen RM gegenüber 48 Millionen im Krisenjahr 1932. Im Jahre 1939 stieg er auf 363 Millionen RM an, 1943 auf 822 Millionen.

Trotz der schnellen Entwicklung der Rüstungsindustrie befand sich jedoch die deutsche Wirtschaft weiterhin in einer schwierigen Lage. Ihre einseitige Ausrichtung auf die beschleunigte Kriegsvorbereitung hatte Rohstoff- und Devisenvorräte bald aufgezehrt. Eine Steigerung der Rohstoffimporte war aus Mangel an Devisen nicht möglich. Die Maßnahmen des von Hjalmar Schacht seit September 1934 durchgeführten „Neuen Planes" hatten die ökonomischen Schwierigkeiten nicht überwinden können. Deshalb wurde vom Nürnberger Parteitag der Nazipartei im September 1936 mit großem propagandistischem Aufwand ein sogenannter Vierjahresplan verkündet. Dieser Vierjahresplan sah vor, Hitlerdeutschland auf dem Gebiet der Rohstoffe und in der Nahrungsmittelversorgung autark zu machen und die deutsche Wirtschaft für die Kriegsvorbereitung noch straffer zu organisieren. Unter der Devise „Kanonen statt Butter" wurde das deutsche Volk angehalten, sich im Verbrauch von Lebens- und Genußmitteln, die aus dem Ausland eingeführt werden mußten, einzuschränken. Durch den Vierjahresplan sollten, wie Hitler in einer geheimen Denkschrift schrieb, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig und die faschistische Wehrmacht im gleichen Zeitraum für den Krieg einsatzfähig gemacht werden.[69]

In den Auseinandersetzungen innerhalb der Hauptgruppen des deutschen Monopolkapitals um die Frage, mit welchen Mitteln und Methoden und in welchem Tempo die Kriegsvorbereitungen fortgesetzt werden sollten, konnten sich die IG-Farben, die großen Elektrokonzerne wie Siemens und AEG, die Flugzeug-Konzerne und aus der Schwerindustrie die Monopolgruppen um Flick, Krupp und Mannesmann sowie die Deutsche Bank durchsetzen. Sie verlangten, alle wirtschaftlichen Kräfte im Innern des Landes ohne Rücksicht auf die Exportfähigkeit und die Rentabilität heranzuziehen, die einheimische Rohstofferzeugung zu steigern und zur weitgehenden Autarkie überzugehen. Die Produktion von Schwarz- und Buntmetallen, von synthetischem Benzin, von Kautschuk und Kunstfasern sollte wesentlich gesteigert werden.

[69] Dokument Nr. 30.

Um diese Politik, die auf einen schnellen Ausbau der faschistischen Rüstungsindustrie und der Wehrmacht gerichtet war, zu verwirklichen, schuf Hermann Göring als Beauftragter des Vierjahresplanes ein neues System der Lenkung und Regulierung der Wirtschaft. In diesem System der Vierjahresplanbehörden nahm das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe den wichtigsten Platz ein. Führende Fachleute der IG Farbenindustrie AG hatten unter Leitung von Carl Krauch in diesem Amt den Entwurf des Vierjahresplanes erarbeitet. In Gestalt der verzweigten Vierjahresplan-Behörden hatten die aggressivsten Monopole, vor allem die IG-Farben, ein neues Instrument zur Durchsetzung ihrer Ziele in der Hand, das die in den ersten Jahren der faschistischen Herrschaft geschaffene staatsmonopolistische Organisation noch bedeutend ausdehnte. Über diese neueingerichteten Dienststellen und über die schon bestehenden Reichs- und Wirtschaftsgruppen wurden Tausende von Verordnungen erlassen, mit denen nunmehr jeder Bereich der Wirtschaft erfaßt werden konnte. Bis zur Jahreswende 1937/1938 entwickelte sich eine allseitige und weitverzweigte Organisation kriegswirtschaftlicher Regulierung, wie sie vom kaiserlichen Deutschland erst im dritten Kriegsjahr des ersten Weltkrieges annähernd erreicht worden war.

Dieser Prozeß der weiteren Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus fand seinen Ausdruck auch im wachsenden Einfluß der führenden Konzerne auf die einzelnen Industriezweige. Der Anteil der Konzerne an der Gesamtsumme des Aktienkapitals betrug bereits Ende 1935 in der Steinkohlenindustrie 82,4 Prozent, in der Eisenmetallurgie 76,6 Prozent, in der Energiewirtschaft 85,2 Prozent. Die IG-Farben hatten fast die gesamte chemische Industrie in Deutschland monopolisiert. Insgesamt kontrollierten die mächtigsten Konzerne zu dieser Zeit 85 Prozent des gesamten Aktienkapitals. Gegenüber 1932 war bis 1938 der Anteil der Großbourgeoisie am Volkseinkommen von 19,1 auf 28 Prozent angestiegen.

In dem Maße, wie durch die staatsmonopolistische Entwicklung die Macht der führenden Monopole und Banken anwuchs und die Kriegsvorbereitungen voranschritten, vollzogen sich im Kräfteverhältnis der Klassen weitere Veränderungen zugunsten der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus und Militarismus.

Die soziale Struktur der Industriearbeiterschaft in Deutschland hatte sich seit der faschistischen Machtergreifung erheblich verändert. Im Interesse ihrer Rüstungspolitik hatte die Hitlerregierung die Zahl

der beschäftigten Arbeiter und Angestellten durch eine Reihe von Zwangsmaßnahmen und durch die beschleunigte Proletarisierung der Mittelschichten beträchtlich erhöht. Zählte man 1934 im Jahresdurchschnitt 15,47 Millionen Arbeiter und Angestellte, davon 5,05 Millionen Frauen, so waren es 1939 bereits 20,81 Millionen, davon 6,82 Millionen Frauen. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten hatte also um 34,5 Prozent, der Anteil der Frauen um 28,5 Prozent zugenommen.

Mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Arbeiter und Angestellten wandelte sich die soziale Struktur der in der Industrie arbeitenden Bevölkerungsteile und beeinflußte vornehmlich auch ihre politische Haltung. Hunderttausende Handwerker und kleine Gewerbetreibende mußten mit ihren Angehörigen in die Industrie gehen. Das rasche Eindringen kleinbürgerlicher Kreise oder rückständiger, der modernen Industrie fremd gegenüberstehender Schichten in die Reihen der Industriearbeiterschaft bot kleinbürgerlichen Einflüssen, dem Wirken der sozialen Demagogie der Nazis und der chauvinistischen und revanchistischen Hetze noch größere Möglichkeiten.

Die politische Situation der Arbeiterklasse war durch völlige Rechtlosigkeit gekennzeichnet. Das „Führer- und Gefolgschafts-Prinzip" hatte sich in den Betrieben vollständig durchgesetzt. Den Arbeitern war jedes noch so bescheidene Mitspracherecht geraubt. Seit Verkündung des Vierjahresplanes erließ der faschistische Staat zahllose Verordnungen und Gesetze, welche die Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechterten. Er sperrte bestimmte Berufe beziehungsweise verbot den Arbeitern teilweise die freie Berufswahl. Durch eine Verordnung Hermann Görings vom 22. Juni 1938 konnte jeder Werktätige, unabhängig von seinem Beruf, seinem Alter und seinem Geschlecht, an einen beliebigen Ort zu jeder Arbeit verpflichtet werden. Durch das immer weiter ausgebaute System faschistischer Organisationen mit seiner Überwachung und Bespitzelung der Arbeiter und Angestellten, das jede oppositionelle Regung registrieren und unterdrücken sollte, wurde der politische Druck noch mehr verschärft.

Im Vergleich zu den Jahren der Weltwirtschaftskrise und der Situation bei Machtantritt des Faschismus hatte sich die wirtschaftliche Lage für einen Teil der Arbeiter und Angestellten verbessert. Infolge der rüstungsbedingten wirtschaftlichen Hochkonjunktur gab es in den Jahren nach 1937 bereits einen spürbaren Mangel an Facharbeitern. Die Tariflöhne stagnierten zwar, und die Lebenshaltungskosten hatten

sich von 1933 bis 1938 um 7,6 Prozent erhöht. Aber der Index der geleisteten Arbeitsstunden war von 1936 bis 1939 von 100 auf 129 angestiegen. In einigen Berufen wurde die Arbeitszeit auf zehn Stunden verlängert. Oft wurden Überstunden gefordert. Dadurch hatte sich das tatsächliche Einkommen der Arbeiter erhöht. Die jährliche Lohnsumme für jeden Industriearbeiter stieg von 1934 bis 1938 um 31 Prozent. Da jedoch andererseits die Konsumgüterproduktion gegenüber der wachsenden Kaufkraft immer mehr zurückblieb und die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln einschneidend verringert wurde, trat 1938/1939 auf vielen Gebieten ein spürbarer Warenmangel ein. Das wurde zu einer Quelle latenter Unzufriedenheit. Der Grad der wachsenden Ausbeutung der Arbeiter wird daraus ersichtlich, daß der Leistungsindex pro Arbeiter – 1933 gleich 100 gesetzt – von 102 im Jahre 1934 auf 113 im ersten Halbjahr 1939 anstieg. Das Anwachsen der Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle von 1934 bis 1938 um 71 Prozent zeigt, daß diese Leistungssteigerung nicht allein auf einer besseren technischen Ausrüstung der Industrie, sondern vor allem auf einer enormen Steigerung des Arbeitstempos beruhte.

Gegenüber 1933 hatte sich die Besitzstruktur der deutschen Landwirtschaft nur geringfügig verändert. Es hatte sich jedoch ein beträchtlicher Konzentrationsprozeß vollzogen. Die Durchschnittsgröße der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1939 war gegenüber 1933 um 35,8 Prozent gestiegen. Sie hatte sich von 13,6 auf 18,5 Hektar erhöht. Dieser Prozeß vollzog sich in erster Linie auf Kosten der landarmen und kleinen Bauern. Vor allem Mittelbauern vergrößerten ihre Betriebsflächen und stiegen teilweise in die Reihen der Großbauern auf. Allein 17,7 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe waren seit September 1933 zu Erbhöfen mit Sonderrechten und besonderen sozialen Sicherheiten erklärt worden. SA- und SS-Leute bekamen außerdem Siedlungsland. Durch diese Maßnahmen verschoben sich in bestimmter Weise nicht nur die sozialen, sondern auch die politischen Verhältnisse auf dem Lande weiter zugunsten der Faschisten.

Jedoch gerieten die Mehrzahl der landarmen und kleineren Bauern, darunter auch ein Teil der Mittelbauern, durch die Folgen der Aufrüstungspolitik, des Zwangssystems des Reichsnährstandes und durch die rigorose Marktregelung in bestimmten Fragen in Widerspruch zu den Vorstellungen, die sie sich beim Machtantritt des Faschismus

gemacht hatten. Der Steuerdruck belastete die werktätigen Bauern schwer. Ein gewisser Ausgleich entstand nur dadurch, daß durch einige gute Ernten und infolge erhöhter Hektarerträge die Verkaufserlöse der Landwirtschaft insgesamt gestiegen waren. Der Mangel an Arbeitskräften traf besonders die Kleinbetriebe und einen Teil der mittelbäuerlichen Höfe. Für die stärkeren Mittelbauern und für die Großbetriebe lösten die Nazis dieses Problem durch das sogenannte Landjahr, das viele Jugendliche abzuleisten hatten, durch den Einsatz des Reichsarbeitsdienstes und mit anderen Dienstverpflichtungen. Die Landenteignung für militärische Zwecke, welche wirtschaftlich schwache Bauern stärker in Mitleidenschaft zog, rief ebenfalls Mißstimmung hervor. Die Lage der Landarbeiter war nach wie vor schlecht. Die Löhne stagnierten und lagen weit unter denen der Industriearbeiter. Bereits seit 1934 waren die Landarbeiter durch eine Verordnung an ihren Arbeitsplatz gebunden. Arbeitszeit und Arbeitsintensität nahmen in dem Maße zu, wie die Zahl der Arbeitskräfte auf dem Lande abnahm.

Seit dem Machtantritt des Faschismus hatte sich auch der Differenzierungsprozeß innerhalb der Mittelschichten stark beschleunigt. Im unerbittlichen Konkurrenzkampf gegen die Allmacht der Konzerne und Banken standen die kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute auf verlorenem Posten. Von 1933 bis 1938 wurden 37 754 Konkurse, Vergleichsverfahren und Wechselproteste registriert. Allein von 1937 bis 1939 sank die Zahl der Handwerksbetriebe um 132 987. Auf diesen Schichten lastete der Steuerdruck ebenso stark wie auf den kleinen Bauern. Besonders sie trafen die Maßnahmen der Hitlerregierung zur „Auskämmung" des Handwerks und des Handels, um Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie frei zu machen. Von Beginn der faschistischen Machtübernahme bis zum Ausbruch des Krieges mußten etwa 700 000 Handwerker der verschiedensten Branchen sowie ungezählte Klein- und Einzelhändler ihre Betriebe, Werkstätten und Läden schließen.

Für die Geschäftsleute und die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden entstanden zahllose Schwierigkeiten bei der Führung ihrer Betriebe. Da die Vertreter der Monopole in den Reichsgruppen der Wirtschaft, in den Wirtschaftskammern sowie im Staatsapparat vor allem ihre eigenen Betriebe mit Rohstoffen versorgten, litt die Mehrzahl der Handwerksbetriebe ständig unter Rohstoffknappheit. Viele kleine Geschäftsleute bekamen den immer stärker werdenden Mangel

an Waren des täglichen Gebrauchs in erster Linie zu spüren, während die Warenhaus-Konzerne vorrangig beliefert wurden. Besser als vorher ging es jenen gewerblichen Unternehmungen, welche sich an der Rüstung beteiligten, die als Zulieferbetriebe arbeiteten und Wehrmachtsausrüstungen herstellten.

Die durch die Aufrüstung geschaffene künstliche Wirtschaftskonjunktur stärkte die Positionen der kriegslüsternen, antidemokratischen Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus weiter. Das deutsche Monopolkapital als Ganzes hielt in seinen Händen die unumschränkte Macht. Seine politische Stellung und das System seiner Diktatur waren fester als je zuvor. Der unmittelbare Einfluß auf den Staatsapparat, auf alle Bereiche der Innen- und Außenpolitik hatte sich durch die beschleunigte Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wesentlich verstärkt. Das ausgeklügelte System der politischen Unterdrückung, der sozialen Demagogie, der Lüge, Hetze und Verleumdung und der völligen politischen und sozialen Entrechtung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen garantierte deren uneingeschränkte Ausbeutung und ständig wachsende Profite.

Zugleich mit den neuen Maßnahmen für den weiteren Ausbau des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus unternahm die Hitlerregierung einige wichtige Schritte auf außenpolitischem Gebiet, um die internationalen Kräfte des Faschismus zusammenzufassen und einen Block der faschistischen Mächte zu bilden.

Die wohlwollende Haltung Hitlerdeutschlands gegenüber dem Krieg, den Italien vom 4. Oktober 1935 bis zum 9. Mai 1936 gegen das nordostafrikanische Kaiserreich Abessinien führte, hatte dazu beigetragen, günstige Voraussetzungen für eine engere Verbindung zwischen beiden faschistischen Staaten zu schaffen und alte Differenzen zu beseitigen. Die Verhandlungen des italienischen Außenministers Galeazzo Ciano mit der deutschen Regierung in Berlin führten am 25. Oktober 1936 zum Abschluß des Vertrages, der die Achse Berlin–Rom begründete. Das faschistische Deutschland erkannte die Annexion Abessiniens durch Italien an. Beide Staaten verständigten sich über ihr weiteres Vorgehen in Spanien und grenzten ihre Interessensphären auf dem Balkan und im Donaubecken ab. Durch das Bündnis beider Staaten verstärkten sich die Machtpositionen des Faschismus in Europa erheblich.

Seit Februar 1936 hatten sich auch in Japan die extrem faschistischen Kreise in der Regierung durchgesetzt. Am 25. November 1936

schlossen Deutschland und Japan den sogenannten Antikominternpakt ab.[70] Diesem Pakt trat am 6. November 1937 auch Italien bei. Er war eine offene Kampfansage an die Sowjetunion, an die revolutionäre internationale Arbeiterbewegung und an alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte. Die antikommunistische und antisowjetische Konzeption dieses Paktes bedeutete, daß sich die faschistischen Signatarmächte offen als Bannerträger des Weltimperialismus für einen antikommunistischen Feldzug anboten. Auf diese Weise glaubten sie von ihren Kriegsvorbereitungen auch gegen die Westmächte ablenken und die Unterstützung der anderen imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion gewinnen zu können.

Hinter der Propaganda eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus verbarg der faschistische deutsche Imperialismus seine Vorbereitung auf die geplante Neuaufteilung der Welt. Deshalb richtete sich der faschistische Block, der sich seit Ende 1936 bildete, nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen die imperialistischen Konkurrenten der faschistischen Staaten, gegen Frankreich, Großbritannien und die USA und deren Positionen in Europa und im Fernen Osten.

Die Hitlerregierung mißbrauchte die XI. Olympischen Spiele, die vom 1. bis 16. August 1936 in Berlin und Kiel stattfanden, zur Stärkung ihres außenpolitischen Prestiges und zur ideologischen Vorbereitung ihrer Aggressionen. Kommunisten, Sozialdemokraten und antifaschistische Sportler verteilten an die Teilnehmer und Besucher der Olympischen Spiele Flugblätter, die den volksfeindlichen Charakter der Hitlerdiktatur nachwiesen und zum Kampf gegen das faschistische Regime aufriefen.

Die militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur weiteren Vorbereitung des Krieges, die neuen außenpolitischen Schritte der Hitlerregierung, die von einer maßlosen antisowjetischen Hetze begleitet waren, und die verbrecherische Intervention in Spanien erforderten, den gemeinsamen Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten und allen anderen antifaschistischen Kräften zur Schaffung der Einheits- und Volksfront energisch zu verstärken, um den Frieden zu erhalten.[71]

Die weiteren Diskussionen im Pariser Volksfrontausschuß sollten diesem Ziele dienen. In diesen Aussprachen bemühte sich vor allem Heinrich Mann immer wieder um die Einigung aller Hitlergegner. Er

[70] Dokument Nr. 32.

[71] Dokument Nr. 35.

erkannte in der Arbeiterklasse die führende Kraft im Kampf gegen den Faschismus, unterstützte die Initiative der Vertreter der KPD im Volksfrontausschuß zum Zusammenschluß aller Antifaschisten und wurde nach den Worten Wilhelm Piecks zu einem Lehrer der Demokratie. Seine Aufsätze über die Entstehung und das Wirken der Volksfront und über ihre Ziele waren von großer Bedeutung für die Sammlung aller Kräfte der Opposition gegen Hitler.

Wilhelm Pieck regte an, anläßlich des vierten Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur einen Aufruf des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront abzufassen. Am 21. Dezember 1936 beschloß der Ausschuß den Aufruf „Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!"[72] Dieser Aufruf war gemeinsam von Johannes R. Becher, Rudolf Breitscheid, Heinrich Mann, Alfred Meusel, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht vorbereitet worden. Er war das erste bedeutende programmatische Dokument, das die Unterschriften von führenden Vertretern der Kommunistischen Partei, wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, der Sozialdemokratischen Partei, wie Siegfried Aufhäuser, Karl Böchel, Rudolf Breitscheid, Toni Sender, und der Sozialistischen Arbeiterpartei, wie Walter Fabian und Jacob Walcher, trug. Zum ersten Mal bekannten sich auch eine größere Anzahl führender Vertreter der deutschen Intelligenz gemeinsam mit Kommunisten und Sozialdemokraten zu einem einheitlichen politischen Kampfprogramm. So unterzeichneten den Volksfrontaufruf Johannes R. Becher, Lion Feuchtwanger, Wolfgang Hallgarten, Wieland Herzfelde, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Klaus Mann, Julius Schaxel, Anna Siemsen, Ernst Toller und weitere 18 Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und andere Emigranten.

Die Unterzeichner erklärten in dem Aufruf, daß nicht Hitlers brutale Gewalt- und Kriegspolitik, sondern die Politik der deutschen Volksfront Freiheit und Brot bringen werde:

„Die Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, wie kleine Gruppen Bevorrechteter, die den Großgrundbesitz, die großen Industriekonzerne und die Banken beherrschen, zu Totengräbern der Freiheit wurden. Um die Freiheit zu sichern, wird das neue Deutschland die Volksfeinde ihrer Macht entkleiden.

Es wird die Rüstungsindustrie und die Großbanken verstaatlichen.

72 Dokument Nr. 33.

Es wird alle Sabotageversuche des Großkapitals unter Anwendung der schärfsten Mittel zu verhindern wissen.

Es wird die junkerlichen Saboteure der Volksernährung und Volksfreiheit enteignen. Es wird Heer und Verwaltung von allen Staatsfeinden säubern und zu verläßlichen Stützen des neuen Deutschland machen."[73] Das neue Deutschland sollte eine große starke Macht des Friedens werden, die für friedliche Beziehungen mit allen Nachbarvölkern eintreten und der gewissenlosen Hetze gegen die Sowjetunion ein Ende bereiten würde.

Im Prozeß des Kampfes um die Einheits- und Volksfront entstand am 20. März 1937 in Paris der Koordinierungsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich. Dem Ausschuß gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche und parteilose Arbeiter an. Sie setzten sich zum Ziel, durch den Zusammenschluß aller nach Frankreich emigrierten Gewerkschafter den illegalen gewerkschaftlichen Kampf in den an Frankreich grenzenden industriellen Gebieten Deutschlands zu unterstützen. Der Ausschuß suchte enge Kontakte mit der Auslandsleitung der deutschen Gewerkschaften, die im August 1935 in der Tschechoslowakei gebildet worden war, und dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Auf Hunderten von Betriebs- und Verbandsversammlungen französischer Arbeiter sprachen Mitglieder des Koordinierungsausschusses über die verbrecherische Politik des Hitlerregimes und über die Lage und den Kampf der deutschen Arbeiter. Auf diese Weise organisierten sie die materielle und moralische Unterstützung des illegalen Kampfes in Deutschland durch die französische Arbeiterklasse.

Der Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront hielt am 10. und 11. April 1937 in Paris erneut eine Konferenz ab. Heinrich Mann leitete mit einer großen Rede die Tagung ein.[74] Er appellierte eindringlich an alle Hitlergegner, nun endlich alles Trennende beiseite zu lassen und sich der Volksfront anzuschließen. Als das große einigende Ziel aller Freunde des Friedens und der Freiheit bezeichnete er die Schaffung einer demokratischen Volksrepublik, in der das deutsche Volk frei über seine Geschicke entscheiden könne. Diese demokratische Republik müsse den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, die Fehler und Schwächen von 1918 dürften nicht wiederholt

[73] Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, S. 379.

[74] Dokument Nr. 36.

werden. Eine starke Volksmacht gegen die Feinde der Freiheit müsse die demokratische Republik schützen.

In einer „Botschaft an das deutsche Volk" forderten die Teilnehmer der Konferenz alle Hitlergegner auf: „Reichen wir einander die Hand! Verbünden wir uns gegen den gemeinsamen Feind Hitler! Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, Angehörige aller Konfessionen, handeln wir gemeinsam, helfen wir uns gegenseitig, beenden wir jegliche Zersplitterung, die nur Hitler nützt! Schließen wir uns zusammen zur großen deutschen Volksfront, die allein unser deutsches Volk zum Sturze Hitlers führen kann und führen wird."[75]

An diese Tagung hatten Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten aus Barcelona und aus Madrid, Kommandeure und Politkommissare der XI. Internationalen Brigade und der Bataillone Edgar André und Ernst Thälmann Briefe gesandt, in denen sie diesen neuen Schritt der antifaschistischen Opposition begrüßten. Sie erklärten, daß die Einigung aller deutschen Hitlergegner die größte Hilfe für das kämpfende Spanien bedeuten würde, ebenso wie ihr gemeinsamer Kampf in Spanien der Geburt eines neuen demokratischen Deutschlands diene.

Die April-Konferenz des Pariser Volksfrontausschusses fand auch bei Emigranten in Schweden große Aufmerksamkeit. Kommunisten und Sozialdemokraten, die an der Volksfronttagung teilgenommen hatten, bereiteten im Oktober 1937 in Stockholm eine Beratung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitgliedern der SAP vor. An dieser, unter der Bezeichnung Nordische Herbstkonferenz bekannt gewordenen Tagung nahmen 23 Vertreter der Arbeiterparteien teil. Beraten wurden die Grundlagen und Aufgaben der deutschen Volksfront, die illegale Arbeit in Betrieben sowie unter der Jugend in Norddeutschland. In einem Beschluß wurde erklärt, daß es die Aufgabe der deutschen Volksfront sei, Hitler zu stürzen und die Welt vor einem Krieg zu bewahren. Ein Zentraler Arbeitsausschuß für den Norden sollte den gemeinsamen Widerstandskampf in Norddeutschland im Sinne der Volksfront organisieren. Ein besonderer Beschluß wurde über die Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront und in den faschistischen Jugendorganisationen gefaßt. Er orientierte auf die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten in den faschistischen Massenorganisationen.

Die Volksfrontpolitik der Kommunistischen Partei und ihre ersten Erfolge in der Emigration wirkten sich auch in Deutschland aus. In

[75] Norddeutsche Tribüne, 1937, Nr. 3.

Berlin hatten Sozialdemokraten eine Volksfrontgruppe gebildet mit dem Ziel der Zusammenarbeit der Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung mit Christen und anderen bürgerlichen Antifaschisten. In ihrem Manifest bekannte sich die Gruppe zur Einheit aller Hitlergegner. Ende Dezember 1936 wurde ihr politisches Programm als Entwurf für eine Volksfrontplattform in zehn Punkten formuliert.[76] Darin wurden der Sturz der Hitlerdiktatur, Befreiung der politischen Gefangenen, Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung, Friede und Freundschaft mit allen Völkern, die Einziehung des Großgrundbesitzes, großzügige Bauernsiedlung, die Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft gefordert.

Die Berliner Volksfrontgruppe sandte ihr Programm an den Prager Vorstand der Sozialdemokratie und an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zur Diskussion und als Grundlage zum gemeinsamen Handeln. Im Januar 1937 begrüßte die Parteiführung der KPD in einem Brief an den sozialdemokratischen Parteivorstand und an die sozialdemokratischen Widerstandskämpfer, die den Entwurf ausgearbeitet hatten, die Initiative der Berliner Gruppe. Sie schlug vor, darüber inner- und außerhalb Deutschlands die Meinungen auszutauschen und gleichzeitig mit der praktischen Arbeit im Sinne dieser Volksfrontforderungen zu beginnen.

Am 1. März 1937 bildete sich ein Arbeitsausschuß für die Vorbereitung einer Volksfront des Saargebietes. Aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Rückgliederung des Saargebietes an Hitlerdeutschland traten in Paris Kommunisten und Sozialdemokraten, Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften sowie des Christlichen Volksbundes des Saargebietes zusammen. An der Konferenz nahmen 35 Personen teil, darunter 20 Sozialdemokraten und neun Kommunisten. Zu den Mitgliedern des Ausschusses gehörten unter anderen die Kommunisten Philipp Daub, Otto Niebergall, Josef Wagner, die Sozialdemokraten Max Braun, Emil Kirschmann, Friedrich Wilhelm Wagner und der Gewerkschafter Otto Pick. Die Teilnehmer der Gründungskonferenz richteten einen Aufruf an die Bevölkerung des Saargebietes, den Kampf gegen das faschistische Regime fortzusetzen. Der Arbeitsausschuß organisierte die antifaschistische Arbeit im Saargebiet und verbreitete Mitteilungen, Informationen und Flugblätter. Einige seiner Mitglieder beteiligten sich aktiv an der Arbeit des Volksfrontausschusses in Paris.

[76] Dokument Nr. 34.

Auch in anderen Teilen Deutschlands bildeten sich Anfänge der deutschen Volksfront. Im Oktober erschien der „Rheinische Freiheitsbrief der deutschen Volksfront", gerichtet an die Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront. Ein Flugblatt der Saar-Volksfront wandte sich Mitte Dezember an die Bauern des Saargebietes. Ende 1937 rief ein Flugblatt der Volksfront für Westdeutschland die Werktätigen in Rheinland-Westfalen und Ende 1938 ein Flugblatt der Volksfrontgruppe einer westdeutschen Großstadt zur Bildung der Einheits- und Volksfront auf.

In Verwirklichung der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz unternahm die Parteiführung große Anstrengungen, um auch katholische und evangelische Kreise für die Volksfront und zum gemeinsamen Kampf gegen das verbrecherische Hitlerregime zu gewinnen.

Etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung gehörten der katholischen Kirche an. Große Teile des Kleinbürgertums, des Mittelstandes und auch der Arbeiter und Bauern waren in den katholisch stark beeinflußten Gegenden Deutschlands von der sozialen Demagogie, der antikommunistischen und nationalistischen Hetze der Nazis irregeführt worden. Doch allmählich wuchsen auch in bestimmten Kreisen dieser konfessionell gebundenen Schichten Mißstimmungen von unterschiedlicher Stärke und Wirkung, als sich die Lebenslage zu verschlechtern begann, als die Existenzgrundlagen der kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter eingeschränkt wurden und als durch die aggressive Politik der Hitlerregierung die Gefahr eines neuen Krieges immer sichtbarer wurde.

Verstärkt wurde die Antinazistimmung in diesen Kreisen vor allem durch den Terror der Faschisten gegen die katholischen Jugendorganisationen und Arbeiterverbände, die immer mehr zu Sammelpunkten der Unzufriedenheit wurden. Am 23. Juli 1935 erließ Reichsinnenminister Wilhelm Frick eine Verordnung, in der den konfessionellen Jugendorganisationen jegliches öffentliche Auftreten und alle sportliche Betätigung verboten wurde. Am 1. Dezember 1936 wurde durch ein Gesetz die gesamte deutsche Jugend in die Hitlerjugend gezwungen. Im September 1935 hatten die Faschisten im Regierungsbezirk Münster bereits alle katholischen Arbeitervereine verboten. 1936 lösten sie das Generalsekretariat des Reichsverbandes der Katholischen Arbeitervereine auf. Am 3. Januar 1938 schlossen die Nazis die Reichszentrale der katholischen Aktion in Düsseldorf. Die katholische

Presse wurde durch zahlreiche Maßnahmen, schließlich auch durch Verbote, behindert. Eine Reihe von Klöstern, theologischen Hochschulen und Fakultäten an den Universitäten mußten schließen.

Ein nicht geringer Teil des hohen katholischen Klerus hatte in den ersten Jahren der Naziherrschaft mit den Faschisten paktiert. Das am 20. Juli 1933 zwischen der Hitlerregierung und der Kurie abgeschlossene Reichskonkordat half, das faschistische Regime zu festigen. Ein anderer Teil des katholischen Klerus hatte einen Zweifrontenkrieg geführt, war also sowohl gegen die Faschisten als auch gegen die Kommunisten aufgetreten, oder hatte sich von Anfang an passiv gegenüber dem faschistischen Regime verhalten. Mutige Priester und Bischöfe begannen jetzt jedoch ihre religiöse Bekenntnisfreiheit zu verteidigen. Sie forderten von den Kanzeln ihrer Kirchen Glaubens- und Gewissensfreiheit und setzten sich gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Faschisten zur Wehr. Vor allem die faschistische Rassenhetze und die barbarischen Maßnahmen der Judenverfolgungen riefen den Protest vieler Katholiken hervor. Hunderte von katholischen Geistlichen waren bereits verhaftet und in die Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt worden.

Vom 4. bis 28. April 1937 inszenierten die Nazis in Berlin einen großen Schauprozeß gegen den katholischen Kaplan Joseph Rossaint und gegen einige Führer katholischer Jugendverbände. Insgesamt wurden 70 katholische Geistliche und Angehörige katholischer Jugendorganisationen der Diözese Köln in diesem Zusammenhang verhaftet. Sie wurden angeklagt, weil sie als Mitglieder des Friedensbundes deutscher Katholiken gegen die Kriegspolitik der Hitlerregierung auftraten und sich seit Ende 1933 mit Funktionären des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands unter direkter Anleitung seines Vorsitzenden Fritz Große darüber beraten hatten, wie man gemeinsam für den Frieden wirken könne. Die Gemeinsamkeit des Strebens zur Rettung des Friedens und zur Verhinderung des Krieges, nach Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit hatte Katholiken und Kommunisten zusammengeführt und ein hervorragendes Beispiel für ein festes Zusammenwirken in einer deutschen Volksfront geschaffen. Trotz der entlastenden Zeugenaussagen der bereits zu Zuchthausstrafen verurteilten kommunistischen Jugendfunktionäre, wie Fritz Große und Ewald Kaiser, wurden die Angeklagten zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Ende April 1937 wandte sich das Zentralkomitee der KPD in

einem Aufruf an alle Katholiken Deutschlands.[77] Die Parteiführung erklärte zum Berliner Katholikenprozeß, daß der Terror der Faschisten gegen die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ein fester Bestandteil des allgemeinen Vorgehens der faschistischen Diktatur gegen die Freiheit des Gedankens, der Rede, der Schrift, der Versammlung und des Rechtes auf freie Koalition sei. Deshalb sei auch der Kampf der Katholiken und Protestanten für die Verteidigung ihrer Glaubensfreiheit ein Teil des großen Freiheitskampfes des ganzen deutschen Volkes. In dem Aufruf hieß es: „Diese Gemeinsamkeit im Kampf gegen die Volksverderber ist das Fundament für die künftige Demokratie, für einen wahrhaften Rechtsstaat, in dem die Menschenwürde geschützt sein wird, in dem die Menschen wieder die volle Freiheit erhalten, sich zu vereinigen, und in dem die gerechten und billigen Ansprüche der Schaffenden erfüllt werden können. Dieses Deutschland der Freiheit und des Friedens kann nur erkämpft werden durch die Schaffung einer großen deutschen Volksfront, durch die Einigung aller Freunde des Friedens und der Freiheit in Stadt und Land."[78]

Im Zeichen des gemeinsamen Protestes von Katholiken, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die verbrecherische Politik des Hitlerregimes standen Ende Mai 1937 im Rheinland, in Städten wie Koblenz, Köln und Trier, die Fronleichnamsprozessionen. Zehntausende von Menschen, die daran teilnahmen oder an den Straßen Spalier standen, waren sich des Charakters dieser Prozessionen als einer schweigenden Demonstration gegen die Terrormaßnahmen und gegen die Katholikenverfolgungen bewußt. Sie protestierten auf diese Weise auch gegen die Urteile im Prozeß gegen Kaplan Joseph Rossaint und die katholischen Jugendführer. Zu Protestaktionen der katholischen Jugend kam es ebenfalls in Breslau, Essen, Mühlhausen und Solingen.

Im Herbst 1937 befanden sich nach unvollständigen Angaben auch über 130 protestantische Pfarrer für längere Zeit in Haft, unter ihnen der unerschrockene Antifaschist und anerkannte Vorkämpfer der Bekennenden Kirche, Martin Niemöller. Gegen die Versuche der Faschisten, mit Hilfe der Bewegung Deutsche Christen und mit der Einsetzung eines ihnen hörigen Reichsbischofs die Kontrolle über die evangelischen Kirchen zu erlangen, erließ Martin Niemöller im September 1933 einen Aufruf zur Bildung eines Pfarrernotbundes, aus

[77] Dokument Nr. 37.

[78] Deutsche Volkszeitung (Prag), 25. April 1937.

dem Mitte 1934 die Bekennende Kirche hervorging. Einige ihrer führenden Mitglieder wandten sich in scharfer Form gegen die Unterdrückungsmethoden des faschistischen Staatsapparates, gegen die Einschränkung der Glaubensfreiheit und gegen den zügellosen Antisemitismus. Im März 1935 wurden 715 protestantische Geistliche vorübergehend verhaftet, weil sie von den Kanzeln ein Manifest gegen die faschistische Rassenmystik verlesen hatten. Im Jahre 1936 wandten sich einige Führer der Bekennenden Kirche in einer Pfingstdenkschrift offen gegen die immer stärker werdende antisemitische Hetze des faschistischen Regimes. Im Juli 1937 wurde Martin Niemöller verhaftet. Die Faschisten machten ihm den Prozeß. Sie mußten ihn zwar freisprechen, aber die Gestapo verschleppte ihn in das Konzentrationslager Sachsenhausen.

Im Oktober 1937 verhaftete die Gestapo einen der mutigsten Prediger der Bekennenden Kirche, den Pfarrer Paul Schneider aus dem Hunsrück. Alle Verfahren, die gegen ihn beim Kölner Sondergericht anhängig gemacht waren, wurden niedergeschlagen, da keine höhere Strafe oder Gesamtstrafe als eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten zu erwarten war. Die Faschisten verschleppten ihn in das Konzentrationslager Buchenwald. Ungebrochen starb Paul Schneider am 18. Juli 1939 nach wochenlangen, viehischen Mißhandlungen durch die SS-Henker im Bunker des Konzentrationslagers.

Am 12. Juni 1937 wurde Liselotte Herrmann, Mutter eines Kleinkindes, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Nach qualvollen Folterungen und Verhören, bei denen sie keinen ihrer Mitkämpfer verriet, wurde sie als erste Antifaschistin am 20. Juni 1938 zusammen mit ihren kommunistischen, sozialdemokratischen und katholischen Freunden mit dem Fallbeil in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Die Konzentrationslager im faschistischen Deutschland waren der barbarischste Ausdruck der Hitlerdiktatur. Sie spielten im System des organisierten Terrors eine besondere Rolle. Die Konzentrationslager waren schon 1933 überall im Reich entstanden. Sie dienten dazu, die Antifaschisten zu isolieren und die Hitlergegner zu vernichten. Viele Tausende Antifaschisten, die nach der Machtübernahme des Faschismus für kürzere oder auch längere Zeit verhaftet worden waren, wurden von den SA- und SS-Banden in die Konzentrationslager verschleppt. Damit wollte die Hitlerregierung eine ständig anhaltende Psychose der Angst unter der Bevölkerung schaffen. Viele aus den Zuchthäusern und Gefängnissen entlassene Antifaschisten, deren Haft-

zeit abgelaufen war, wurden anschließend in die Konzentrationslager gebracht und auf unbestimmte Zeit erneut eingekerkert.

Unsagbare Leiden mußten die Opfer der Hitlerbarbarei in den Konzentrationslagern ertragen. Die Lager wurden zu einer festen Einrichtung und nach und nach zu einem ganzen System ausgebaut. Mit ausgeklügeltem Sadismus ersannen die SS-Schergen immer neue Mittel und Methoden, um den Häftlingen das Leben zur Hölle zu machen. Grausame Quälereien, Strafexerzieren, Mißhandlungen, Essenentzug bis zur Aushungerung, Zwangsarbeit und schließlich Totschlag gehörten in den faschistischen Konzentrationslagern zum Alltag. Die Häftlinge wurden zum Beispiel damit bis zur Bewußtlosigkeit gequält, daß sie Sand und Steine Tag für Tag und Woche für Woche in schnellem Tempo von einer Stelle zur anderen karren oder tragen mußten. Diese sinnlosen Arbeiten, von teuflischen Gehirnen erdacht, sollten die politischen Gegner des faschistischen Regimes zermürben und ihre Widerstandskraft brechen. Häftlinge wurden „auf der Flucht" erschossen, zu Tode geprügelt, von Felsen gestürzt und lebendig eingemauert, wie im Konzentrationslager Hohnstein; sie wurden mit Knüppeln, Peitschen und Gewehrkolben geschlagen oder mit anderen Mitteln bis zum Wahnsinn getrieben.

Im Jahre 1937 wurden für die verschiedenen Häftlingsgruppen in den Konzentrationslagern als äußere Kennzeichen eine Nummer und ein farbiger Dreieckswinkel auf der linken Brustseite eingeführt. Die politischen Häftlinge trugen eine rote Kennzeichnung. Diese Maßnahme war eine zusätzliche Schikane und diente der weiteren Terrorisierung und der Aufspaltung der Häftlinge in einzelne Gruppierungen. Jedoch organisierten kommunistische und sozialdemokratische Häftlinge von Anfang an gemeinsam den Widerstand gegen die SS-Henker. In allen Lagern wurden illegale Leitungen der Partei gebildet, die fast überall feste Kontakte zu den illegalen Parteiorganisationen außerhalb der Lager hatten.

In den Konzentrationslagern sangen die Antifaschisten ihre selbstgedichteten und meist auch selbstkomponierten Lieder. Schon 1933 entstand im Konzentrationslager Börgermoor im Emsland das Moorsoldatenlied. Von dort aus wurde es von Baukommandos in fast alle anderen Lager getragen. Die Gefangenen des faschistischen Regimes sangen es auf allen Appellplätzen von Fuhlsbüttel bis Mauthausen, von Natzweiler bis Treblinka. 1938 wurde von österreichischen Häftlingen das Buchenwaldlied geschaffen. Text und Refrain des Liedes

sollten die Gefühle der ihrer Freiheit beraubten Antifaschisten, vor allem aber ihren unbeugsamen Lebenswillen und ihre Zuversicht in den Sieg ihrer gerechten Sache zum Ausdruck bringen. Der Refrain des Liedes lautete:

O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen,
Weil du mein Schicksal bist.
Wer dich verließ, der kann es erst ermessen,
Wie wundervoll die Freiheit ist.
Doch, Buchenwald, wir jammern nicht und klagen,
Und was auch unsre Zukunft sei,
Wir wollen trotzdem ja zum Leben sagen,
Denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei.

Diese in den Konzentrationslagern entstandenen Lieder waren Kampflieder und Trostlieder, sie waren Trauerlieder und Siegeslieder. Sie zeugten vom heroischen Widerstand deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten und anderer Hitlergegner gegen die Barbarei des Faschismus und von ihrer Gewißheit, daß die Ideen der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus unbesiegbar sind.

Schon vor dem Kriege hatte Heinrich Himmler die Funktion der Konzentrationslager auch darin gesehen, eine eigene wirtschaftliche Basis für die SS zu schaffen. Die Häftlingsarbeit war billig, Häftlinge standen in nahezu unbegrenzter Zahl zur Verfügung und konnten bis zur physischen Vernichtung ausgebeutet werden. Vor Kriegsausbruch wurden Häftlinge aus den Konzentrationslagern vor allem beim Aufbau der SS-Zentren, wie Kasernen, Werkstätten, Wohnhäusern, Garagen, Sport- und Exerzierplätzen, eingesetzt.

Die Zahl der vielen kleinen Lager, die nach dem Machtantritt des faschistischen Regimes überall entstanden waren, wurde bis zum Jahre 1937 faktisch auf die drei großen Lager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen reduziert. Nach der Annexion Österreichs wurde im Jahre 1938 mit dem Bau des Konzentrationslagers Mauthausen begonnen, in das in der Folge führende Funktionäre der kommunistischen Parteien und der Widerstandsbewegungen aus allen von den Hitlertruppen besetzten Ländern, Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands aus verschiedenen in Deutschland liegenden Konzentrationslagern und Tausende Rotarmisten, unter ihnen Hunderte Kommandeure und Polit-Kommissare der Sowjetarmee, zur Vernichtung eingeliefert wurden. 1938 entstand auch das Lager Flossenbürg

und im Mai 1939 das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Ende 1938 befanden sich in den Konzentrationslagern Buchenwald 11 028, in Dachau 18 000, in Flossenbürg 1800, in Mauthausen 1010 und in Sachsenhausen 8309 Häftlinge. Im April 1939 registrierte die Gestapo 162 734 politische Häftlinge in den Konzentrationslagern.

Die neue Organisation des Systems der Konzentrationslager war dazu bestimmt, diese Lager auf den Kriegsfall vorzubereiten. Die in den Jahren vor dem Kriegsbeginn neuentstandenen großen Lager waren von vornherein für die Aufnahme von Zehntausenden von Häftlingen vorbereitet und angelegt. Die Umorganisierung der Konzentrationslager, die Bildung neuer zentraler Lager in Deutschland hingen eng mit den Kriegsvorbereitungen zusammen und sollten dazu dienen, dem zu erwartenden verstärkten Widerstand gegen die Kriegspolitik des faschistischen Regimes entgegentreten zu können.

Breite Kreise der antifaschistischen, demokratischen Weltöffentlichkeit hatten aus Anlaß des 50. Geburtstages Ernst Thälmanns, den er am 16. April 1936 in der Haftanstalt Berlin-Moabit verbringen mußte, erneut alle Anstrengungen unternommen, um den eingekerkerten Führer der KPD den Händen der Faschisten zu entreißen. Sie verbanden ihre Glückwünsche mit der Versicherung, nicht eher zu ruhen, bis Ernst Thälmann und alle anderen Häftlinge aus den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlerdeutschlands befreit wären. Im August 1937 wurde Ernst Thälmann, der seit längerem härteren Strafbestimmungen unterworfen worden war, in die Strafanstalt Hannover übergeführt.

Trotz verschärfter Bewachung fand die Parteiführung über Rosa Thälmann Mittel und Wege, weiter mit Ernst Thälmann Verbindung zu halten. Einer der Kuriere war Walter Trautzsch. Er hielt von Sommer 1936 bis Anfang 1939 im Auftrag des Zentralkomitees den Kontakt mit Ernst Thälmann aufrecht. Er unternahm von Prag, ab Herbst 1936 von Paris aus mehr als 20 Reisen nach Deutschland. Er fuhr nach Hamburg, aber auch nach Berlin. Vor jeder Fahrt erhielt er genaue Instruktionen von Franz Dahlem oder von Walter Ulbricht. Mit Rosa Thälmann traf er sich meist am Tage vor und wieder am Tage nach ihrem Besuch bei Ernst Thälmann. Walter Trautzsch überbrachte Rosa Thälmann die Informationen der Parteiführung, die sie an Ernst Thälmann weitergeben sollte. Er hatte auch den Auftrag, über die Verteidiger Ernst Thälmanns Einfluß zu nehmen, um Möglichkeiten zu finden, dessen Los zu erleichtern, und um auch durch ihre Hilfe und

Unterstützung die Nähe der Partei zu bezeugen und um schließlich über sie alles Material an Ernst Thälmann heranzubringen, das er für den geplanten Prozeß benötigte. Walter Trautzsch hatte zeitweilig auch Verbindung zu einem Gefängnisbeamten. Die Parteiführung versuchte auf verschiedenen Wegen, Ernst Thälmann aus dem Gefängnis zu befreien. Aber all diese Versuche schlugen fehl.

In Briefen und Aufzeichnungen teilte Ernst Thälmann seine Gedanken zur Politik der KPD mit. Er behandelte vor allem auch Fragen der Strategie und Taktik des Kampfes der Partei. Seine wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen des Imperialismus, zur nationalen Frage und über die Sowjetunion halfen der Partei bei der Klärung theoretischer und taktischer Fragen. Aus dieser theoretischen Arbeit Ernst Thälmanns im Kerker sprach seine feste Überzeugung von der Kraft der Arbeiterklasse, seine tiefe Liebe zur Sowjetunion, und sie zeigte ihn als einen glühenden Internationalisten. Die Briefe und Aufzeichnungen waren direkt für die Führung der KPD bestimmt. Sie antworteten auf Mitteilungen der Parteiführung, gaben Ratschläge und Hinweise. Die Informationen, die Ernst Thälmann über seine Frau an den Kurier des Zentralkomitees weitergab, schrieb Walter Trautzsch erst im Ausland nieder. Nach jeder Reise verfaßte er einen ausführlichen Bericht, der von Paris nach Moskau an Georgi Dimitroff, Wilhelm Pieck und auch an Walter Ulbricht, der sich ab Januar 1938 in Moskau befand, ging.

Die deutsche Literatur und Kunst, die humanistische deutsche Nationalkultur, wurden während der faschistischen Herrschaft hauptsächlich durch die Werke der aus Deutschland vertriebenen antifaschistischen Schriftsteller und Künstler repräsentiert und weiterentwickelt. Innerhalb Deutschlands stand die kämpferische antifaschistische Literatur vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. In den ersten Jahren der faschistischen Diktatur arbeitete der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands illegal weiter und leistete aktive literarische und politische Widerstandsarbeit. Eigene illegale Veröffentlichungen, wie die Zeitung „Stich und Hieb", prangerten die Zustände in Nazideutschland an. Die bis 1935 in Prag erschienene Zeitschrift „Neue Deutsche Blätter" druckte literarische Beiträge von illegal in Deutschland lebenden Schriftstellern. Als größtes Werk erschien der 1933/1934 von Jan Petersen geschriebene Roman „Unsere Straße", der den Helden des illegalen antifaschistischen Widerstandskampfes ein würdiges Denkmal setzte. Die Arbeit der illegalen Ber-

liner Gruppe des Schriftstellerbundes wurde im Sommer 1935 von der Gestapo aufgedeckt, viele ihrer Mitglieder wurden verhaftet. Einigen der in Deutschland verbliebenen antifaschistischen Schriftsteller wie Adam Kuckhoff, Günter Weisenborn und anderen gelang es, besonders während des zweiten Weltkrieges, Verbindungen zu illegalen Widerstandsgruppen zu bekommen.

Im Ausland entstanden verschiedene Zentren und Organisationen der deutschen antifaschistischen Kunst und Literatur. Die wichtigsten Gruppen der emigrierten deutschen Schriftsteller fanden sich in Moskau, Paris, Prag, in Mexiko und in den USA zusammen. Während der ganzen Zeit der antifaschistischen Emigration war von besonderer Bedeutung das Moskauer Zentrum, dem Johannes R. Becher, Willi Bredel, Alfred Kurella, Adam Scharrer, Erich Weinert, Friedrich Wolf und andere angehörten. Die Arbeit des Moskauer Zentrums wirkte sich auf die gesamte deutsche antifaschistische Literatur im Exil aus. Das eigene Erlebnis der sozialistischen Wirklichkeit und des kulturellen Lebens in der Sowjetunion vermittelte den deutschen Schriftstellern bedeutungsvolle Anregungen und Impulse für ihr literarisches Schaffen.

In Paris wirkten kommunistische, bürgerlich-demokratische und andere antifaschistische Schriftsteller vor allem innerhalb des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller im Geiste der deutschen Volksfront eng zusammen. Sie gründeten am 10. Mai 1934 die Deutsche Freiheitsbibliothek. Durch enge Kontakte mit der französischen Volksfrontbewegung erhielt die literarische Arbeit dieser deutschen Schriftsteller neuen Auftrieb.

Die nach Prag emigrierten deutschen Schriftsteller nahmen aktiv am Kampf des tschechoslowakischen Volkes gegen die Henlein-Faschisten teil. Gemeinsam mit deutschen Kommunisten und antifaschistischen Intellektuellen des Gastlandes gründeten sie den Bertolt-Brecht-Club, der zu einem Zentrum der deutschen Volksfrontbewegung in der Tschechoslowakei wurde.

In Mexiko wirkten, vor allem nach der Besetzung der Tschechoslowakei und dann nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, Alexander Abusch, Ludwig Renn, Anna Seghers und Bodo Uhse. In den Vereinigten Staaten von Amerika arbeiteten Bertolt Brecht, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Oskar Maria Graf, Heinrich und Thomas Mann, Hans Marchwitza, F. C. Weiskopf und andere. Gemeinsam mit den demokratischen Kräften des amerikanischen Volkes traten sie

während des zweiten Weltkrieges besonders gegen jene reaktionären Bestrebungen auf, welche mittels antisowjetischer Hetze die Einheit der Antihitlerkoalition zu stören trachteten.

Durch die Aggressionen des deutschen Faschismus wurde die Lage der deutschen Emigranten in vielen europäischen Ländern immer schwieriger. Sie wurden – oftmals unter Lebensgefahr – zu einer zweiten Emigration gezwungen. Die emigrierten deutschen Schriftsteller lebten in verschiedenen Ländern in Europa und in Übersee. Trotzdem blieb die einheitliche antifaschistische und demokratische Zielsetzung gewahrt, und neue Arbeitsgruppen entstanden.

Besondere Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Literatur unter den schwierigen Bedingungen des Exils gewannen die antifaschistischen Zeitungen und Zeitschriften. Die „Zentralzeitung" in Moskau, die „Deutsche Volkszeitung" und die „Pariser Tageszeitung" in Frankreich, „Freies Deutschland" in Mexiko und die „Volks-Illustrierte" in Prag druckten Beiträge antifaschistischer deutscher Schriftsteller. Als bedeutendste literarische Zeitschrift erschien von 1933 bis 1945 in Moskau die „Internationale Literatur", seit 1937 mit dem Untertitel „Deutsche Blätter" unter der Redaktion Johannes R. Bechers. Sowohl in den umfangreichen literarischen Beiträgen der bekanntesten deutschen Schriftsteller als auch durch grundsätzliche theoretische Arbeiten zur Literatur und Ästhetik repräsentierte diese Zeitschrift die antifaschistische Literatur.

Viele antifaschistische deutsche Schriftsteller schlossen sich der Volksfrontbewegung an. Zwischen den Kommunisten und Schriftstellern mit anderen politischen Auffassungen entstand ein enges Kampfbündnis, das auf dem gemeinsamen Willen beruhte, den Idealen des Humanismus und der Demokratie in Deutschland zum Triumph über die faschistische Barbarei zu verhelfen. Dabei gewannen bürgerlich-humanistische Schriftsteller neue Erkenntnisse über die historische Rolle der Arbeiterklasse, und viele korrigierten allmählich ihre zuvor abwartende oder auch ablehnende Einstellung zur Sowjetunion und zur Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die antifaschistischen deutschen Kulturschaffenden waren eng mit der internationalen antifaschistischen Bewegung verbunden. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller wurde auf dem I. Internationalen Kongreß zur Verteidigung der Kultur, der vom 21. bis zum 25. Juni 1935 in Paris stattfand, als deutsche Sektion in die Internationale Schriftstellervereinigung zur Verteidigung der Kultur auf-

genommen. Deutsche Schriftsteller, wie zum Beispiel Johannes R. Becher, waren an der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung maßgeblich beteiligt. Das Auftreten des illegal in Deutschland lebenden antifaschistischen Schriftstellers Jan Petersen wurde zu einem Höhepunkt des Kongresses.

In der Emigration schufen die deutschen Schriftsteller bedeutende literarische Werke, die von unversöhnlichem Haß gegen die Faschisten und von tiefer Liebe zu Deutschland erfüllt waren. Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Willi Bredel, Lion Feuchtwanger, Heinrich und Thomas Mann, Anna Seghers, Erich Weinert, Friedrich Wolf und Arnold Zweig schufen Werke von nationaler und internationaler Bedeutung. Konsequent die humanistischen Traditionen bewahrend und weiterführend, setzten die antifaschistischen Schriftsteller dem barbarischen „Literatur"-Programm der Faschisten ihr humanistisches Programm entgegen. Daran hatte Johannes R. Becher entscheidenden Anteil. Auf dem Schriftstellerkongreß in Paris entwickelte er die Grundzüge einer wahrhaft nationalen Dichtung, deren Kernpunkte lauteten: realistische Gestaltung des ganzen Menschen in seinen Beziehungen zur Gesellschaft; poetische Gestaltung wahrhaft patriotischer Gesinnung; schöpferische Fortführung aller humanistischen Traditionen. Besonders Johannes R. Becher und Bertolt Brecht, aber auch Anna Seghers, Erich Weinert und Friedrich Wolf schufen mit ihren Werken Vorbilder des sozialistischen Realismus. Diese und die anderen revolutionären deutschen Schriftsteller beeinflußten mit ihrem Wirken die Entwicklung der gesamten antifaschistischen Literatur und wurden zu einer bestimmenden Kraft der deutschen Nationalliteratur.

In der Dichtung Johannes R. Bechers wurde jener Typ des revolutionären Patrioten geprägt, der von Liebe zur Heimat und zum Volk ebenso stark durchdrungen war wie von unerbittlichem Haß gegen die Feinde der Nation. Die nationale und internationale Bedeutung Johannes R. Bechers war darin begründet, daß er eine konsequent patriotische, antifaschistische und humanistische Haltung mit der meisterhaften Beherrschung vielfältiger literarischer Formen verband. 1940 erschien sein Roman „Abschied. Einer deutschen Tragödie erster Teil. 1900–1914", und in den Monaten der schweren Kämpfe um Moskau entstand die dramatische Dichtung „Winterschlacht".

In jenen Jahren wurde auch Bertolt Brecht zu einem Dramatiker von Weltgeltung. Besonders seine Meisterwerke „Leben des Galilei", „Mutter Courage und ihre Kinder", „Der aufhaltsame Aufstieg des

Arturo Ui" und „Der gute Mensch von Sezuan" übten entscheidenden Einfluß auf die zeitgenössische Dramatik aus.

Das neue Menschenbild der deutschen Literatur, gestaltet vor allem in den antifaschistischen Dichtungen Johannes R. Bechers, in den Balladendichtungen Bertolt Brechts, Louis Fürnbergs und Erich Weinerts sowie in den Helden des antifaschistischen Romans, zum Beispiel bei Willi Bredel, Eduard Claudius, Hans Marchwitza und Anna Seghers, verband eine humanistische Einstellung mit der optimistischen Erkenntnis, daß die Menschheit eine Zukunft und die Geschichte einen progressiven Sinn hat. Der antifaschistische Kampf wurde als Fortsetzung aller revolutionären und humanistischen Traditionen und des allgemeinen Befreiungskampfes der ganzen Menschheit aufgefaßt. Deshalb hielt die deutsche antifaschistische Literatur Abrechnung mit allen reaktionären Erscheinungen der deutschen Geschichte und mit den Verantwortlichen für Faschismus und Militarismus und stellte ihnen als positive Alternative progressive heroische Gestalten und Volksbewegungen entgegen.

Willi Bredels „Prüfung" und Wolfgang Langhoffs Tatsachenbericht „Die Moorsoldaten" enthüllten vor aller Welt die Leiden der in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingekerkerten Antifaschisten und den barbarischen Charakter des faschistischen Regimes. Lion Feuchtwangers Roman „Die Geschwister Oppenheim" und Friedrich Wolfs Drama „Professor Mamlock" geißelten die unmenschlichen faschistischen Judenverfolgungen. Sehr eindrucksvoll zeigte Bertolt Brecht mit seiner Szenenfolge „Furcht und Elend des Dritten Reiches", daß Gleichgültigkeit, Feigheit und kleinbürgerlicher Untertanengeist Vorbedingungen der faschistischen Diktatur waren.

Aus der Teilnahme am spanischen Freiheitskampf entstanden Lieder und literarische Werke, welche die tapfere Kampfentschlossenheit des spanischen Volkes und der Internationalen Brigaden schilderten. Zu den bedeutendsten Liedern deutscher Spanienkämpfer gehörte Paul Dessaus „Thälmann-Kolonne". Bertolt Brechts Einakter „Die Gewehre der Frau Carrar" appellierte an das Weltgewissen, dem Faschismus in Spanien Einhalt zu gebieten. Willi Bredel schrieb 1939 die Reportage „Begegnung am Ebro". Eduard Claudius setzte später in seinem Roman „Grüne Oliven und nackte Berge" den Spanienkämpfern ein literarisches Denkmal.

Autobiographische Darstellungen des antifaschistischen Kampfes zeichneten lebenswahre Bilder proletarischer antifaschistischer Helden.

Solche und andere Darstellungen zeigten den neuen Typ des aktiven, standhaften und im Sinne des historischen Fortschritts handelnden Kämpfers und Patrioten, der aus dem Ringen gegen den deutschen Imperialismus und vor allem aus der antifaschistischen Widerstandsbewegung hervorging.

In seinem 1936 nach mündlichen Berichten illegaler Widerstandskämpfer entstandenen Roman „Dein unbekannter Bruder" gestaltete Willi Bredel, wie sich der revolutionäre Teil der deutschen Arbeiterbewegung als führende Kraft der Nation im Widerstandskampf gegen den Faschismus bewährte. Am eindrucksvollsten repräsentierte die antifaschistische deutsche Prosa der 1942 erschienene und in viele Sprachen übersetzte Roman von Anna Seghers „Das siebte Kreuz". Er schildert den Opfermut und die Kühnheit proletarischer Widerstandskämpfer. Die Aktionen der illegalen deutschen Widerstandskämpfer und der Internationalen Brigaden, das mutige und erfolgreiche Auftreten Georgi Dimitroffs vor dem Reichsgerichtshof und der ungebrochene Mut Ernst Thälmanns wurden in bedeutenden Porträtdichtungen gewürdigt, so in Johannes R. Bechers „Der Mann und sein Name", Bertolt Brechts „Adresse an den Genossen Dimitroff" und in Erich Weinerts „Eine deutsche Mutter".

Die großen bürgerlichen Realisten rangen sich von teilweise pazifistischen Positionen zu einem kämpferischen Humanismus durch. Sie blieben nicht bei der bloßen Negation des Hitlerfaschismus stehen, sondern setzten ihm als echte Alternative eine demokratische, freie und friedliche Zukunft Deutschlands entgegen. Solche Romane wie Lion Feuchtwangers „Exil", Heinrich Manns „Lidice", Arnold Zweigs „Das Beil von Wandsbek" und auch das Drama Ernst Tollers „Pastor Hall" zeigten in der Gestaltung bürgerlicher Helden, die an die Seite kämpfender Antifaschisten finden, daß die kritischen Realisten sich Positionen des sozialistischen Realismus zu nähern begannen. Geschichtliche Vorgänge gaben den bürgerlich-humanistischen Schriftstellern neue Möglichkeiten, im historischen Roman wesentliche Probleme der Gegenwart in der Form historischer Stoffe zu gestalten. Der Held dieser Dichtungen vermochte als kämpferischer Humanist seine gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten und zu verändern. Die teilweise noch idealistische Geschichtsauffassung mancher Autoren aber, die zum Beispiel in der Überschätzung der Rolle der Persönlichkeit zum Ausdruck kam, führte mitunter zu utopischen Zügen bei der Gestaltung der Helden und der Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung.

Lion Feuchtwangers Romansatire „Der falsche Nero" war eine historisch-parabolische Anspielung auf Hitler als größenwahnsinniges Werkzeug in den Händen finanzgewaltiger Hintermänner. Seine Josephus-Trilogie, „Der jüdische Krieg", „Die Söhne" und „Der Tag wird kommen", verarbeitete bereits Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes. Thomas Manns Josephs-Tetralogie gestaltete ein Menschenbild progressiv-humanistischer Prägung. Im letzten Band, „Joseph, der Ernährer", ist der Held ein fortschrittlich handelnder Reformator der Gesellschaft, der die sozialen Grundlagen des „Totenlandes" mit List und Gewalt umgestaltet. In Heinrich Manns großem Romanwerk „Die Jugend des Königs Henri Quatre" und „Die Vollendung des Königs Henri Quatre" zeugte der literarische Held von der Unüberwindlichkeit des kämpferischen Humanismus.

An historischer Einsicht und gesellschaftlichen Konsequenzen wurde das Schaffen Lion Feuchtwangers noch von den bedeutenden Romanen Arnold Zweigs „Erziehung vor Verdun" und „Einsetzung eines Königs" übertroffen. In seinem Romanzyklus gestaltete Arnold Zweig die Wandlung eines Menschen vom passiven bürgerlichen Humanisten zum kämpferischen Demokraten, der schließlich folgerichtig an die Seite der revolutionären Arbeiter gelangt. Mit diesen Werken schuf Arnold Zweig bedeutende realistische deutsche Gesellschaftsromane unseres Jahrhunderts.

In den Jahren der Naziherrschaft entstanden in Deutschland einige der schönsten und ergreifendsten Menschengestaltungen der proletarisch-revolutionären bildenden Kunst, so zum Beispiel von Fritz Cremer, Alfred Frank, Hans und Lea Grundig und von Otto Nagel. Sie wurden zumeist erst nach dem Sturz des Hitlerregimes bekannt.

Mehr als 300 bildende Künstler verließen aus Protest gegen den Faschismus Deutschland; ihr politisch bewußtester Teil drängte in den Hauptzentren der Emigration, in Paris, in Prag und dann in London, mit den Mitteln der Kunst zum Zusammenschluß für den Kampf gegen den Faschismus. 1936 entstand in Paris das Kollektiv deutscher bildender Künstler, das von Otto Freundlich, Hanns Kralik, Heinz Lohmar, Gert Wollheim und anderen ins Leben gerufen worden war. Es erweiterte sich 1938 zum Freien Künstlerbund, dem mehr als 30 Künstler unterschiedlicher künstlerischer und weltanschaulich-politischer Haltung angehörten. Es entwickelte sich allmählich zum Zentrum antifaschistischer deutscher bildender Künstler in den westeuropäischen Emigrationsländern. Der 1937 in Prag gegründete Oskar-Kokoschka-

Bund leistete bis zur Okkupation der Tschechoslowakei durch die Faschisten eine vielseitige Arbeit. Die wohl bedeutendste und größte kulturelle Organisation der antifaschistischen Emigration war der Freie Deutsche Kulturbund, der im Jahre 1939 in England entstand. An der Arbeit seiner Sektion für bildende Kunst beteiligten sich fast 100 Künstler. Zum Präsidenten des Bundes wurde der Maler Oskar Kokoschka gewählt. Zu den aktivsten Mitgliedern des Bundes gehörten solche bewußten revolutionären Künstler wie John Heartfield und andere, die bereits in der Prager Emigration aktiv gegen den Faschismus gearbeitet hatten. Einen bedeutenden Beitrag für die Entwicklung einer sozialistisch-realistischen Kunst leistete der Maler Heinrich Vogeler, der in Moskau tätig war. Andere, kleinere Zentren antifaschistischer bildender Künstler entstanden in Palästina, Schweden, Mittel- und Südamerika und in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Antifaschistische bildende Künstler wie Theo Balden, Max Beckmann, Hans und Lea Grundig, John Heartfield, Max Lingner, Heinz Lohmar, Heinz Kiwitz, Reinhard Schmidhagen und viele andere prangerten den faschistischen Terror in seinen vielfältigen Erscheinungsformen an. Sie gestalteten aber auch den Widerstandskampf gegen den Faschismus in aller Welt. Auch fast alle namhaften Maler der abstrakten Richtung wie Max Ernst, Hans Hartung, Paul Klee und andere waren nach 1933 emigriert. Mit ihrer meist freiwilligen Auswanderung dokumentierten sie ihren Protest gegen die faschistische Willkürherrschaft. Im antifaschistischen Exil sammelten sich revolutionär gesinnte und bürgerlich-humanistische bildende Künstler, um in gemeinsamer Arbeit ihrer antifaschistischen Geisteshaltung künstlerischen Ausdruck zu verleihen und ihren Beitrag zum Sturz der Hitlerherrschaft zu leisten.

Die besten Vertreter des deutschen Geisteslebens, sowohl revolutionäre als auch bürgerlich-humanistische Künstler und Schriftsteller, Wissenschaftler und Kulturschaffende, standen mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und den anderen Kräften der Opposition gegen Hitler in einer Front. Unter den schweren Bedingungen der Emigration führten sie ihren Kampf gegen die Kräfte der Reaktion, gegen den faschistischen deutschen Imperialismus und verteidigten damit das humanistische Kulturerbe der deutschen Nation.

Der Beginn der faschistischen deutschen Aggression gegen die Völker Europas. Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Verhinderung des Krieges (1937/1938 bis August 1939)

1. Die Schaffung von Ausgangspositionen für die Entfesselung des Krieges durch den faschistischen deutschen Imperialismus. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung gegen die ersten faschistischen Aggressionen

In der zweiten Hälfte des Jahres 1937 brach in der kapitalistischen Welt eine neue Wirtschaftskrise aus, die jedoch nicht alle Staaten erfaßte. Sie wirkte vor allem in den USA sowie in Frankreich und Großbritannien. Die Militarisierung der Wirtschaft und die fieberhafte Aufrüstung hatten es Deutschland, Italien und Japan ermöglicht, der Krise zunächst zu entgehen und die Industrieproduktion in ihren Ländern hochzutreiben.

Am Ende des Jahres 1937 nahm der faschistische deutsche Imperialismus im Umfang der Industrieproduktion hinter den USA den zweiten Platz ein.

Die Produktion in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA entwickelte sich in den Jahren 1932 und 1937 wie folgt:

		Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
Kohle (Braunkohle in Steinkohle umgerechnet) (Mill. t)	1932	141	47	212	325
	1937	240	45	244	450
Rohstahl (Mill. t)	1932	5,6	5,6	5,3	14
	1937	19,2	7,9	13,2	51
Elektroenergie (Md. kWh)	1932	23,5	14,8	19,5	99
	1937	49	20	31,9	146

Deutschland überholte sogar die USA im Export von Maschinen, Eisenmetallen, Chemikalien, optischen Geräten und in anderen Waren. Der deutsche Imperialismus wurde in Europa die stärkste ökonomische und militärische Macht. In der Produktion von Rohstahl, Roheisen, Steinkohle, Aluminium und Elektroenergie überflügelte er Frankreich und Großbritannien. Sein Anteil am Welthandel stieg von 1936 bis Jahresende 1937 von 6,9 auf 7,3 Prozent. Im Konkurrenzkampf vor allem mit amerikanischen und britischen Monopolen konnte er seine Handelspositionen in Südosteuropa und in Mittel- und Südamerika erheblich ausbauen. Die deutschen Monopole drangen immer rücksichtsloser in die Märkte schwach entwickelter, jedoch rohstoffreicher Länder ein und brachten diese in immer stärkere ökonomische Abhängigkeit. 1938 nahm der Außenhandel mit den Ländern Südost- und Nordeuropas, Vorderasiens und Lateinamerikas etwa 40 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels ein gegenüber 20 Prozent im Jahre 1932. Mit den USA und den Ländern Westeuropas ging der Handel im gleichen Zeitraum von 80 auf 60 Prozent zurück.

Die neue Wirtschaftskrise verschärfte erneut alle Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten im Kampf um den Weltmarkt, um Rohstoffquellen und Einflußsphären. Die reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals drängten deshalb besonders darauf, die Kriegsvorbereitungen weiter zu beschleunigen. Die anhaltend schwierige Rohstoff- und Devisenlage offenbarte jedoch, daß der Vierjahresplan nicht zu dem erwarteten Ergebnis führen werde. Es war nicht gelungen, die einheimische Rohstofferzeugung so weit zu steigern, daß die deutsche Wirtschaft autark wurde. Deshalb brachen die für einige Zeit überdeckten politischen Differenzen innerhalb der führenden Gruppen der deutschen Großbourgeoisie und innerhalb der militärischen Führungsclique wieder verstärkt hervor. Es kam um die Jahres-

wende 1937/1938 erneut zu Auseinandersetzungen über die Methoden und über das Tempo der weiteren Aufrüstung, aber auch über die Frage, ob Hitlerdeutschland zusammen mit den Westmächten oder unter Umständen gegen diese vorgehen sollte. Die Gruppierung um Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen und andere trat dafür ein, angesichts der schwierigen Rohstoff- und Devisenlage dem Export zeitweilig den Vorrang zu lassen, um für die großen Rüstungsanstrengungen eine solidere Grundlage zu schaffen und weitere Anleihen vor allem von den USA zu erhalten. Sie war der Ansicht, daß die Eroberungspläne dann weit bessere Aussicht auf Erfolg hätten.

Dieser Konzeption standen die Bestrebungen der Kreise um die IG-Farben, die Elektrokonzerne, Flick, Krupp und Mannesmann entgegen. Deren Ansicht war es, das verschärfte Tempo der Rüstung und die auf die Autarkie gerichtete Vierjahresplanpolitik weiter fortzusetzen und unverzüglich, auch auf die Gefahr eines Zweifrontenkrieges hin, mit der Durchführung des militärischen Eroberungsprogramms zu beginnen.

Im November 1937 schied Hjalmar Schacht im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen als Reichswirtschaftsminister aus. Reichskriegsminister Generalfeldmarschall Werner von Blomberg legte im Januar 1938 sein Amt nieder. Am 4. Februar 1938 erhielt der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, den Abschied. Adolf Hitler übernahm das Amt des Reichskriegsministers, ernannte sich selbst zum Oberbefehlshaber und schuf das Oberkommando der Wehrmacht. Konstantin von Neurath mußte seinen Posten als Außenminister verlassen. Neuer Reichsaußenminister wurde der Nazi Joachim von Ribbentrop.

Diese Differenzen im Lager der einflußreichsten Gruppen der Wirtschaft und der Wehrmacht waren Ausdruck dafür, daß einige der führenden Monopolisten und Generäle mit einer Reihe von Maßnahmen, die Hitler durchgeführt und vorbereitet hatte, nicht völlig einverstanden waren. Sie wollten die Annexions- und Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus verwirklichen, ohne dazu einen Krieg in dem Ausmaß, wie Adolf Hitler ihn plante, zu führen. Der Gruppe um den Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Ludwig Beck, um den Preiskommissar Carl Goerdeler und um Hjalmar Schacht, die sich in den Jahren 1937 und 1938 zu formieren begann, ging es darum, das Risiko eines Zweifrontenkrieges zu vermeiden. Nach ihrer Meinung waren die Wirtschaft und die Wehrmacht einer solchen Kriegführung

zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewachsen. Sie wollten den Krieg zunächst auf dem europäischen Festland zum Siege führen und alles vermeiden, was Großbritannien und die USA in den Krieg hineinziehen könnte. Sie befürchteten, daß die Politik der Hitlerregierung Deutschland von diesen beiden Westmächten isolieren würde.

Die gesamte strategische Planung des Naziregimes richtete sich auf die Entfesselung eines Blitzkrieges größten Ausmaßes. Noch als Oberbefehlshaber der Wehrmacht hatte Generalfeldmarschall Werner von Blomberg am 24. Juni 1937 eine „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“[79] herausgegeben. Am 5. November 1937 hatte eine Besprechung Adolf Hitlers mit den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile, dem Kriegsminister und dem Außenminister stattgefunden, auf der Hitler das Annexionsprogramm des deutschen Imperialismus und Militarismus entwickelte. Er erklärte, daß es zur Lösung der deutschen Frage nur den Weg der Gewalt geben könne. Fest davon überzeugt, daß die Westmächte nicht eingreifen würden, bezeichnete Adolf Hitler die Eroberung Österreichs und der Tschechoslowakei bei der ersten, günstig erscheinenden Gelegenheit als die nächste Aufgabe.

Seit dem faschistischen Machtantritt in Deutschland betrieben die österreichischen Nazis, gelenkt und geleitet von der Hitlerregierung, als „fünfte Kolonne“ umfangreiche Wühl- und Agententätigkeit. Sie terrorisierten die Bevölkerung und forderten unter der Losung „Heim ins Reich“ den Anschluß Österreichs an Hitlerdeutschland.

Adolf Hitler forderte am 12. Februar 1938 vom österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg bei dessen Besuch in Berchtesgaden die Ernennung des Führers der österreichischen Faschisten, Artur Seyß-Inquart, zum Innen- und Sicherheitsminister. Diese Forderung wurde am 16. Februar erfüllt. Anfang März kam es in Graz und anderen Städten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nazis und Anhängern der nationalen Unabhängigkeit Österreichs. 1,6 Millionen Österreicher unterzeichneten ein Protestschreiben gegen die Kapitulationspolitik Schuschniggs. Sie erzwangen für den 13. März 1938 die Ansetzung einer Volksabstimmung über die nationale Unabhängigkeit des Landes. Nach einem Ultimatum marschierte am 12. März, also zwei Tage vor der Volksabstimmung, die faschistische Wehrmacht in Österreich ein.[80] Zwei Tage danach vollzog die neue Regierung Seyß-

[79] Dokument Nr. 39.

[80] Dokument Nr. 42.

Inquart den Anschluß an das „Großdeutsche Reich", wie die Faschisten Deutschland von nun an nannten.

Den faschistischen Truppen folgten unmittelbar die Beauftragten der Monopole, die die Übernahme der österreichischen Wirtschaft und ihrer Betriebe organisieren sollten.[81] Die Österreichische Nationalbank wurde liquidiert. Ihre Geschäfte übernahm die Reichsbank. Österreichs Gold- und Devisenvorräte wurden nach Berlin verschleppt. Die Deutsche Bank verstärkte erheblich ihren Einfluß auf die Creditanstalt-Bankverein Wien, die fast 90 Prozent der österreichischen Industrie und des Großhandels kontrollierte. Die Übertragung der Vierjahresplanpolitik auf Österreich am 19. März 1938 führte auch hier in kurzer Zeit zur Zentralisation großer Teile des österreichischen Kapitals in den Händen der mächtigsten deutschen Monopolgruppen. Die Aktiengesellschaft Reichswerke „Hermann Göring" beherrschte fast den gesamten Bergbau und die Hüttenindustrie, die IG Farbenindustrie AG die chemische Industrie. Die Vereinigte-Industrie-Unternehmungen-AG, Berlin, die zur Wahrnehmung der Vierjahresplaninteressen auf dem Gebiet der Elektrowirtschaft für Österreich eingesetzt wurde und hinter der die großen deutschen Elektrokonzerne Siemens und AEG standen, drang beherrschend in die österreichische Elektroindustrie ein. Die deutsche Rüstungsindustrie erhielt einen erheblichen Zuwachs an Rohstoffen, wie Eisenerz, Blei, Zink, Kupfer, Antimon, Nickel, Chrom, Magnesit, Quecksilber, Gold, Öl sowie an Stein- und Braunkohle. Diese wirtschaftliche Ausplünderung Österreichs durch das deutsche Finanzkapital widerlegt eindeutig die in der westdeutschen Geschichtsschreibung weit verbreitete Legende, daß das deutsche Monopolkapital an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges nicht beteiligt gewesen sei.

Mitten im Frieden konnten die deutschen Imperialisten und Militaristen sich erlauben, das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen zu treten und einen souveränen Staat zu annektieren. Die imperialistischen Westmächte, Frankreich, Großbritannien und die USA, erkannten trotz formaler Proteste die Annexion bald an. Die reaktionärsten Kräfte in diesen Ländern wollten mit dieser „Befriedungspolitik" gegenüber Hitlerdeutschland über alle imperialistischen Gegensätze hinweg eine einheitliche Front der führenden imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zustande bringen.

Als einzige Regierung wandte sich die Sowjetregierung im Völker-

[81] Dokument Nr. 43.

bund gegen den faschistischen Gewaltakt. Sie schlug vor, im Völkerbund oder auch in jedem anderen Gremium praktische Maßnahmen für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit zu erörtern und erste Schritte dazu einzuleiten. Ihre Vorschläge fanden jedoch in London, Paris und anderen Hauptstädten kein Gehör.

Schon wenige Tage nach der Annexion wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einem Aufruf an das deutsche Volk und in einem Brief an das Zentralkomitee der österreichischen Bruderpartei.[82] Die Parteiführung erklärte, daß die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk mit der faschistischen Kriegspolitik nichts gemein haben. An alle aufrechten Deutschen erging der Appell, die chauvinistische großdeutsche Hetze der Goebbels-Propaganda, mit der Deutschland in den Krieg hineingetrieben wurde, abzuwehren, im Geiste des proletarischen Internationalismus für das Recht des österreichischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung einzutreten und zu fordern, die faschistischen Truppen und die Gestapo aus Österreich zurückzuziehen. Die Kommunistische Partei Deutschlands trat ein für die völlige Unabhängigkeit Österreichs und für Freiheit und wirkliches Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes. Die KPD erklärte, daß sie ihre Anstrengungen im Kampf gegen die Hitlerdiktatur verstärken werde und daß in diesem Kampf das deutsche und das österreichische Volk Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind stünden.

Viele Deutsche erkannten nicht die drohenden Gefahren, die durch Hitler heraufbeschworen wurden. Viele Millionen Deutsche stimmten der Politik der Naziregierung sogar zu. Die Hitlerregierung wollte sich mit einer Volksabstimmung in beiden Ländern, deren Ergebnis im vornherein feststand, vor der Weltöffentlichkeit bestätigen lassen, daß das deutsche und das österreichische Volk den Anschluß Österreichs befürworteten. Gestützt auf die Angabe, daß 99,08 Prozent aller abgegebenen Stimmen in beiden Ländern für den Anschluß gewesen seien, konnten die Nazis erklären, daß die Wähler ihre Politik billigten. Aber überall in Deutschland und in Österreich gab es zugleich Proteste gegen den gewaltsamen Anschluß Österreichs. Das Zentralkomitee der KPD, illegal arbeitende Parteiorganisationen und antifaschistische Volksfrontgruppen entlarvten in Aufrufen, Flugblättern und mit mündlicher Propaganda die Ziele der faschistischen „Heim-ins-Reich"-Politik. Das Zentralkomitee warnte in einem Flugblatt davor, Hitlers Politik zuzustimmen. Ein „Ja" bedeute für Hitler

[82] Dokument Nr. 44.

den Freibrief für weitere aggressive Schritte. Hitler müsse gestürzt, ein freies demokratisches Deutschland und ein freies demokratisches Österreich müßten errichtet werden, wenn beide Länder vor einem vernichtenden Kriege bewahrt bleiben sollten. Aufrufe und Flugblätter ähnlichen Inhalts wurden verfaßt und verbreitet von der Sächsischen Volksfrontgruppe, vom Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, von der Leitung einer illegalen Parteiorganisation in Westdeutschland, gerichtet an die Metall- und Hüttenarbeiter der Krupp-Werke und des Stahlvereins, von den Freunden der deutschen Volksfront Lübecks, von der Volksfrontgruppe Oberschlesien, der Deutschen Volksfront Sachsen und von anderen Widerstandsorganisationen.

Im Mai 1938 tagte das Zentralkomitee der Partei. Es beriet die neuen Aufgaben, die mit dem Übergang des faschistischen deutschen Imperialismus zu offenen Aggressionshandlungen zu lösen waren, und die bisherigen Erfahrungen des Kampfes um die Einheits- und Volksfront im Lande und in der Emigration. Die von der Tagung angenommene Resolution bildete die Grundlage für die Vorbereitung der zweiten illegalen Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, die gegen Ende des Jahres stattfinden und an der Delegierte der wichtigsten illegalen Bezirke aus dem Lande teilnehmen sollten. In der Resolution hieß es, daß es Hitler mit seiner Außenpolitik nicht um die Sicherheit, um das Lebensinteresse und um die nationale Ehre Deutschlands gehe, sondern um die Unterjochung und Ausplünderung anderer Völker sowie um die Vernichtung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Organisationen in Europa. Die Feinde des deutschen Volkes seien nicht die Völker anderer europäischer Länder, sondern die reaktionärsten und aggressivsten Teile des deutschen Monopolkapitals sowie deren Beauftragter Adolf Hitler und dessen Partei. Diese Kräfte trieben zu einem Kriege, der verheerender sein werde als der Krieg von 1914 bis 1918. Die nationale Frage in Deutschland wurzele im tiefen Widerspruch zwischen dem Regime des faschistischen deutschen Imperialismus und dem deutschen Volke, das keinen Krieg, sondern den Frieden wolle.

Im Interesse des Kampfes für den Frieden schlug das Zentralkomitee allen Hitlergegnern vor zu fordern, die faschistischen Truppen, Flugzeuge und Kriegsschiffe aus Österreich und Spanien zurückzuziehen, die Drohungen gegen die Tschechoslowakei einzustellen und den Kriegspakt mit Italien und Japan zu kündigen sowie für die kol-

lektive Sicherheit und gegen die Hetze und Provokationen gegen die Sowjetunion einzutreten. Im Kampf um Brot und Freiheit sollten sich die Antifaschisten über solche Teilforderungen verständigen, die den täglichen Interessen der Werktätigen entsprachen. Angesichts der ersten offenen Aggression der Faschisten entwickelte das Zentralkomitee der KPD auf seiner Mai-Beratung ein Aktionsprogramm zur Herstellung der Einheitsfront und zur Schaffung einer deutschen Volksfront aller Hitlergegner.

Das Zentralkomitee hob die Notwendigkeit hervor, daß bei allen wichtigen Ereignissen Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam auftreten und ständig Verbindungen, bis zur Bildung von Einheitsfrontkomitees, schaffen müßten. Es beschloß deshalb, sich erneut an alle Sozialdemokraten und deren Organisationen zu wenden. Es schlug vor, sich über beiderseitige Hilfe gegen den faschistischen Terror zu verständigen, Vereinbarungen über Flüster- und Flugblattpropaganda gegen Hitlers Kriegspolitik zu treffen, gemeinsame Maßnahmen zur Verteidigung der durch die forcierte Aufrüstungspolitik bedrohten Arbeiterinteressen festzulegen, die antifaschistische Arbeit in der Arbeitsfront und in anderen nazistischen Massenorganisationen zu koordinieren und über neue gemeinsame Anstrengungen zur Schaffung der Volksfront und über die enge Zusammenarbeit in den bereits bestehenden Gruppen und Ausschüssen der Volksfront zu beraten. Bei diesen Vorschlägen konnte das Zentralkomitee von der schon bewährten vertrauensvollen Zusammenarbeit ausgehen, die zwischen sozialdemokratischen Funktionären, Führern und Gruppen und den Kommunisten in verschiedenen Gebieten des Landes und in der Emigration bereits entstanden war.

Doch weder der Emigrationsvorstand noch der Landesverband der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich, der sich im Januar 1938 konstituiert und Max Braun zum Vorsitzenden gewählt hatte, noch die Gruppe Neu Beginnen und andere sozialdemokratische Emigrantengruppen in anderen Ländern antworteten auf dieses neue Angebot des Zentralkomitees der KPD. Diese einheitsfeindliche Haltung löste bei illegalen Sozialdemokraten im Lande, die mit Kommunisten im antifaschistischen Kampf eng verbunden waren, erstmals sehr nachdrücklichen Protest aus. Eine Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter in einer westdeutschen Großstadt schrieb an den Leiter der Landesgruppe der Sozialdemokratie in Frankreich, Max Braun, im Juni 1938 einen Brief. Sie forderte ihn auf, endlich energische Maßnahmen zu

ergreifen, um die Einheit der Arbeiterklasse auf allen Ebenen voranzubringen und den Pariser Volksfrontausschuß zu einem zentralen Organ der deutschen Volksfront zu machen. Ähnliche Briefe, gerichtet an alle Mitglieder des Volksfrontausschusses in Paris, wurden auch von anderen sozialdemokratischen Widerstandskämpfern im Lande geschrieben. Ebenso wandten sich die Anhänger der Deutschen Volksfront Frankfurt (Main) in einem Flugblatt an alle antifaschistischen Kräfte im Lande und in der Emigration. Auch sie forderten, endlich die Zersplitterung der Hitlergegner zu überwinden.

Ausdruck dieses Strebens zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus war auch die Gründung von antifaschistischen deutschen Jugendorganisationen und Gruppen in der Emigration, insbesondere in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei. Am 8. Mai 1938 gründeten in der Tschechoslowakei 85 Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes, der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Sozialistischen Jugendverbandes Deutschlands und der jüdischen Jugend einen Bund der antifaschistischen Jugend Deutschlands in der Tschechoslowakei, der sich den Namen Freie Deutsche Jugend gab. Damit entstanden die ersten Grundlagen einer einheitlichen deutschen Jugendbewegung, die für den Sturz des Hitlerregimes, für die Verhinderung des Krieges und für ein freies, demokratisches Deutschland eintrat. Junge deutsche Antifaschisten leisteten von den genannten Ländern aus eine wichtige Arbeit im illegalen Grenzverkehr, um besonders gefährdete Antifaschisten vor der Gestapo zu retten beziehungsweise illegale Flugblätter und Flugschriften nach Deutschland einzuschleusen. Der Kampf junger deutscher Widerstandskämpfer erhielt die solidarische Unterstützung der antifaschistischen Jugend vieler Länder Europas, vor allem französischer, sowjetischer und tschechoslowakischer Jugendlicher. Diese halfen auch bei der illegalen Grenzarbeit, um antifaschistisches Material und insbesondere „Die Junge Garde" nach Deutschland zu bringen.

Nach der Mai-Beratung des Zentralkomitees schrieb Wilhelm Pieck am 16. Mai 1938 einen Brief an Heinrich Mann, in dem er betonte, daß kein Teil des deutschen Volkes die große Aufgabe, Hitler zu stürzen und den Frieden zu retten, allein erfüllen könne und kein Teil der antifaschistischen Opposition in diesem Kampf beiseite stehen oder ausgeschaltet werden dürfe. Der Zusammenschluß aller Hitlergegner erfordere von niemandem, sein politisches oder weltanschau-

liches Bekenntnis aufzugeben. Aber einigen müßten sich alle Antifaschisten darüber, wie der Frieden gesichert und demokratische Rechte und Freiheiten errungen werden könnten und welche Kampfmaßnahmen zum Sturz des Faschismus erforderlich seien.

Es war nur natürlich, daß das Zusammenwirken von politischen Kräften, die ihrer sozialen Herkunft, ihrer Stellung im gesellschaftlichen Leben der Weimarer Republik, ihrer politischen Überzeugung und Tradition nach sehr unterschiedlich waren, von vielen langwierigen Diskussionen und auch von heftigen Meinungsverschiedenheiten begleitet sein mußte. Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht leisteten in diesen Diskussionen während der ganzen Zeit des Bestehens des Volksfrontausschusses in Paris immer wieder eine sachliche und beharrliche Überzeugungsarbeit. Sie wurden dabei von Heinrich Mann und anderen bürgerlichen und sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses unterstützt.

Reaktionäre Kräfte der bürgerlichen Emigration machten nicht geringe Anstrengungen, um die Einheit des Volksfrontausschusses zu sprengen. Von solchen Gruppierungen in der deutschen Emigration in Frankreich wurden mehrmals Versuche unternommen, neben dem Volksfrontausschuß andere Ausschüsse und Komitees zu schaffen. Diese Kräfte erklärten, daß auch sie gegen Hitler kämpften. Die sogenannte Freiheitspartei, ein Zusammenschluß rechter bürgerlicher Kreise und früherer Nazianhänger, forderte eine Volksfront ohne Kommunisten. Ihre Anhänger behaupteten, daß die Zusammenfassung der antihitlerischen Kräfte viel schneller vor sich gehen würde, wenn die Kommunisten nicht daran beteiligt wären. Solche Bestrebungen fanden die Zustimmung einiger rechter Führer der Sozialdemokratie, die in der Zusammenarbeit mit diesen Gruppen und mit vermeintlich oppositionellen Kräften in der Großbourgeoisie einen gangbaren Weg für die Beseitigung Hitlers sahen.

Auch trotzkistische Elemente und einige Vertreter der SAP arbeiteten der Entwicklung einer deutschen Volksfront entgegen. Einige Führer der SAP wie Erwin Bauer, Paul Frölich und Rosi Wolfstein versuchten von Anfang an, die von den Kommunisten vertretene Politik der Volksfront mit der Koalitionspolitik der SPD in der Weimarer Republik gleichzusetzen. Sie behaupteten, die Kommunisten leisteten mit der Volksfrontpolitik der Bourgeoisie Vorschub. Sie diffamierten die vom Volksfrontausschuß gebilligte Losung des Kampfes um die demokratische Republik als opportunistisch und stellten ihr dem-

agogisch die Losung von der Errichtung einer „deutschen Sowjetrepublik" als nächstes Ziel entgegen, obgleich die Bedingungen für eine sozialistische Revolution in Deutschland in der gegebenen Situation überhaupt nicht vorhanden waren. Darüber hinaus versuchten einige dieser Führer der SAP bei bürgerlichen Vertretern des Volksfrontausschusses gegen die konsequentesten und aktivsten Kämpfer für die deutsche Volksfront, gegen die Kommunisten, zu intrigieren und Mißtrauen gegen die Kommunistische Partei und diejenigen sozialdemokratischen Funktionäre, die im Pariser Volksfrontausschuß mitarbeiteten, zu erwecken.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Führer im Prager Emigrationsvorstand verhielt sich zunächst abwartend gegenüber der Entwicklung im Volksfrontausschuß. In dem Maße jedoch, wie sich in der praktischen Zusammenarbeit in der Volksfrontbewegung Kommunisten und Sozialdemokraten vor allem auf das Einende im antifaschistischen Kampf orientierten, gingen einige Führer im Prager Vorstand dazu über, die Anfänge einer Volksfront in Deutschland und in der Emigration zu stören. Sie verlangten von den sozialdemokratischen Funktionären, die sich an der Arbeit des Volksfrontausschusses in Paris beteiligten, daß diese ihre Mitarbeit aufgeben sollten.

Besonders das Verhalten dieser sozialdemokratischen Führer, Vertreter der SAP und Trotzkisten führte dazu, daß einige bürgerliche Mitglieder des Volksfrontausschusses in Paris, die mit dem Widerstandskampf der klassenbewußten Arbeiter und der fortschrittlichen Kräfte aus allen Volksschichten wenig verbunden waren und daher in tiefem Pessimismus verharrten, immer mehr ins Schwanken gerieten. Die Verleumdungen der Politik der KPD zielten darauf ab, solche bürgerlich-demokratischen und christlichen Anhänger der Volksfront einzuschüchtern, sie von den Kommunisten zu isolieren und schließlich den Ausschuß aktionsunfähig zu machen. Die Faschisten selbst unternahmen schließlich alles nur mögliche, um mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß ein aktionsfähiger Volksfrontausschuß außerhalb Deutschlands zustande kam und als einheitliches Zentrum der antifaschistischen deutschen Opposition auftrat. Sie waren bemüht, mit Hilfe ihres Geheimdienstes die im Volksfrontausschuß vorhandenen Differenzen immer wieder künstlich hochzuspielen. Dabei kam ihnen vor allem das Wirken trotzkistischer Elemente zugute.

Aus allen diesen Gründen erklärt sich, warum der Ausschuß nach und nach immer passiver wurde. Trotz der ständigen Versuche seines

Vorsitzenden, Heinrich Mann, und der Vertreter der Kommunistischen Partei, ihn zu einem zentralen Organ der deutschen Volksfront zu entwickeln, konnte er seine Aufgabe immer weniger erfüllen. Gerade zu dem Zeitpunkt, als die Faschisten im Auftrage der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals zu ihren ersten Aggressionen übergingen und der Kampf für die Erhaltung des Friedens zur wichtigsten Aufgabe aller deutschen Hitlergegner wurde, wären die Autorität und der Aufruf eines politisch einheitlich handelnden Zentrums der deutschen Volksfront zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus von großer Bedeutung gewesen.

Die aktiven militärischen Kriegsvorbereitungen Hitlerdeutschlands und die Festigung des Blocks der faschistischen Staaten wurden durch einflußreiche Regierungskreise der Westmächte begünstigt. Wiederholte Vorschläge der Sowjetunion, im Völkerbund zu einer gemeinsamen Definition des Begriffs des Aggressors zu kommen und ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, stießen bei den Regierungen der Westmächte auf Ablehnung. Immer deutlicher wurden die Absichten verschiedener reaktionärer Kräfte in Frankreich, Großbritannien und in den USA, zusammen mit Hitlerdeutschland eine einheitliche imperialistische Front gegen die Sowjetunion zu bilden. Die Sowjetunion mußte unter diesen Bedingungen die sozialistische Umgestaltung ihres Landes auf sich allein gestellt zu Ende führen. Gleichzeitig war sie gezwungen, alle Kräfte ihres Landes für die Verstärkung ihrer Verteidigung und für den Kampf gegen die drohende imperialistische Einkreisung anzuspannen. Diese komplizierte innere und äußere Lage der Sowjetunion erforderte eiserne Disziplin, ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung. Infolge bestimmter negativer Charaktereigenschaften J. W. Stalins, auf die bereits von W. I. Lenin hingewiesen worden war, und der Entwicklung des Personenkultes um Stalin führten in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen zu schwerwiegenden Verletzungen der Leninschen Normen des Parteilebens, der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Demokratie. Die aggressive Politik der Staaten des faschistischen Blocks bewies die Richtigkeit der Forderungen Stalins, daß man den Sowjetstaat mit allen Mitteln stärken und gegenüber den Anschlägen der Feinde, vor allem gegenüber Anschlägen der das Sowjetland umgebenden feindlichen imperialistischen Mächte, wachsam sein müsse. Aber Stalins These, daß sich der Klassenkampf im Lande auch nach dem Sieg des Sozialismus in der UdSSR unvermeid-

lich verschärfen müsse, war falsch. Hinzu kam, daß imperialistische Mächte provokatorische Mitteilungen organisierten, welche die Aufmerksamkeit der sowjetischen Staatsorgane in eine falsche Richtung lenken sollten. Alle diese Umstände benutzten solche verbrecherischen Kräfte wie Berija, Jeshow und andere zur Begründung von Massenrepressalien und Ungesetzlichkeiten. Diese Maßnahmen richteten sich sowohl gegen die politisch geschlagenen oppositionellen Gruppen der Trotzkisten und Sinowjew-Leute, der Rechten und Nationalisten als auch gegen ehrliche, der Sache der Partei treu ergebene Funktionäre, Kommunisten und Parteilose. Viele von ihnen wurden verhaftet, zu langjährigen Freiheitsstrafen oder zum Tode verurteilt. Darunter fielen auch eine Anzahl Mitglieder und verantwortliche Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands.

In den Jahren 1936 und 1937 war es der Mehrheit im Prager sozialdemokratischen Emigrationsvorstand gelungen, alle Ansätze zur Herausbildung der Einheitsfront im Lande weitgehend zurückzudrängen. Einige linke sozialdemokratische Führer und Gruppen kapitulierten angesichts des vom Parteivorstand auf sie systematisch ausgeübten politischen und materiellen Druckes. Die Gruppe Revolutionärer Sozialisten löste sich Anfang September 1937 von selbst auf. Die oppositionellen Kräfte in der Sozialdemokratie waren weiterhin sehr zersplittert. Hinzu kam, daß ein Teil derjenigen Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen, die in einer Reihe von Fragen gegen den Parteivorstand auftraten, mehr oder weniger unter den Einfluß trotzkistischer Strömungen gerieten. Aber dennoch war der Wille zum einheitlichen Kampf vor allem unter vielen illegalen Sozialdemokraten im Lande weiter vorhanden, und der Einfluß des Prager Vorstandes blieb noch immer schwach.

Gleichzeitig war in diesen Jahren der Einfluß der Auslandsleitung der Gruppe Neu Beginnen in der sozialdemokratischen Emigration, aber auch bei illegalen sozialdemokratischen Gruppen erheblich gewachsen. Während der Parteivorstand immer weiter von den Grundsätzen des Prager Manifestes abrückte, entwickelte Richard Löwenthal (Paul Sering) im Auftrage der Leitung der Gruppe Neu Beginnen im Juni 1936 in einem Artikel mit der Überschrift „Die Aufgaben der deutschen Revolution" programmatische Grundsätze, in denen er erklärte, daß das industrielle Proletariat der entscheidende Faktor im Kampf gegen den Faschismus sei. Die Vernichtung des faschistischen Unterdrückungsapparates sowie die Enteignung des

Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie sah er als Vorbedingung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland an. Diese Umwälzung konnte nach Ansicht des Verfassers nur unter der Führung der Arbeiterklasse vor sich gehen. Allerdings sah die Auslandsleitung Neu Beginnen diese Grundsätze zunächst nur als Plattform zur Einigung der Sozialdemokratie an und nicht als Basis für die Sammlung aller Kräfte der Opposition gegen Hitler, vor allem nicht für die Herstellung der Einheitsfront mit den Kommunisten. Diese Grundsätze sollten dazu dienen, die Position der Neu Beginnen-Leitung gegenüber dem Prager Parteivorstand zu festigen, wobei ihre führenden Funktionäre die Illusion hegten, das Zentrum einer sich neu bildenden Arbeiterbewegung zu werden. Diese programmatische Erklärung, die in vieler Hinsicht den Ansichten und der Stimmung zahlreicher Sozialdemokraten entsprach, trug wesentlich dazu bei, die Stellung des Parteivorstandes weiter zu schwächen und den Einfluß der Gruppe Neu Beginnen zu erhöhen.

Eine Reihe von Mitgliedern des Parteivorstandes erkannte die Gefahr, die von einer solchen Entwicklung drohte. Paul Hertz legte deshalb am 8. Februar 1938 dem Parteivorstand eine Denkschrift vor, in der er eine organisatorische Zusammenfassung aller sozialdemokratischen Gruppen vorschlug auf der Basis ihrer Gleichberechtigung und unter Beibehaltung der unterschiedlichen Auffassungen über den Weg und das Ziel des antifaschistischen Kampfes. Er wurde sofort von der Gruppe Neu Beginnen unterstützt, die sich von einem solchen Schritt eine weitere Stärkung ihrer Position versprach. Trotz des Widerstandes von Curt Geyer, Erich Rinner und Otto Wels stimmte die Mehrheit des Parteivorstandes am 26. Februar 1938 einer solchen Konzentration zu.

In verschiedenen Zustimmungserklärungen sozialdemokratischer Gruppen und Funktionäre aus der Emigration und aus Deutschland zu diesem Konzentrationsbeschluß widerspiegelten sich der Wille und die Sehnsucht nach Vereinigung der seit dem Machtantritt des Faschismus immer mehr zersplitterten Kräfte der Sozialdemokratie. Verschiedene Gruppen, wie zum Beispiel die des sozialdemokratischen Emigrationszentrums in Stockholm entwickelten Vorstellungen, die sich von den Konzeptionen des Emigrationsvorstandes und auch der Gruppe Neu Beginnen unterschieden. Sie verlangten, daß die Konzentration der sozialdemokratischen Kräfte gleichzeitig auf die Herstellung der Einheitsfront mit der KPD und auf die Bildung einer breiten

Mitglieder
des Ausschusses
zur Vorbereitung
einer deutschen
Volksfront



Anton Ackermann



Johannes R. Becher



Rudolf Breitscheid



Hermann Budzislawski



Lion Feuchtwanger

Mitglieder
des Ausschusses
zur Vorbereitung
einer deutschen
Volksfront



Egon Erwin Kisch



Wilhelm Koenen



Heinrich Mann



Alfred Meusel



Wilhelm Pieck

Mitglieder des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront



Toni Sender



Ernst Toller



Bodo Uhse



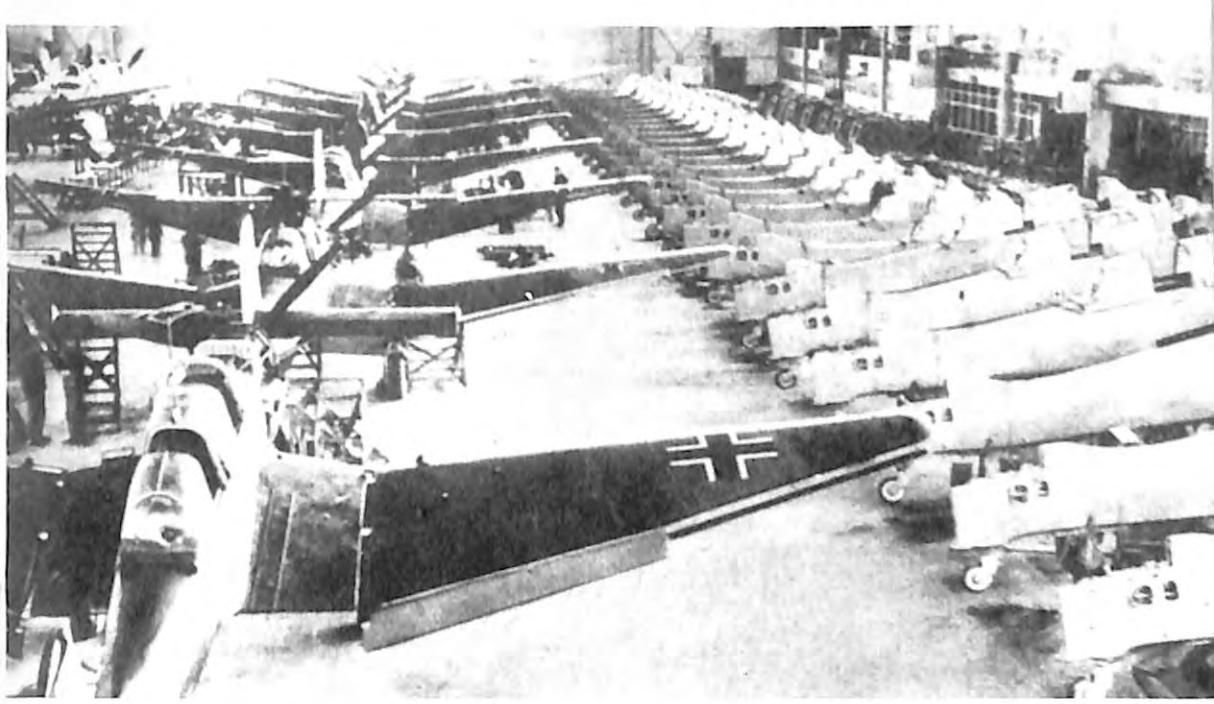
Walter Ulbricht



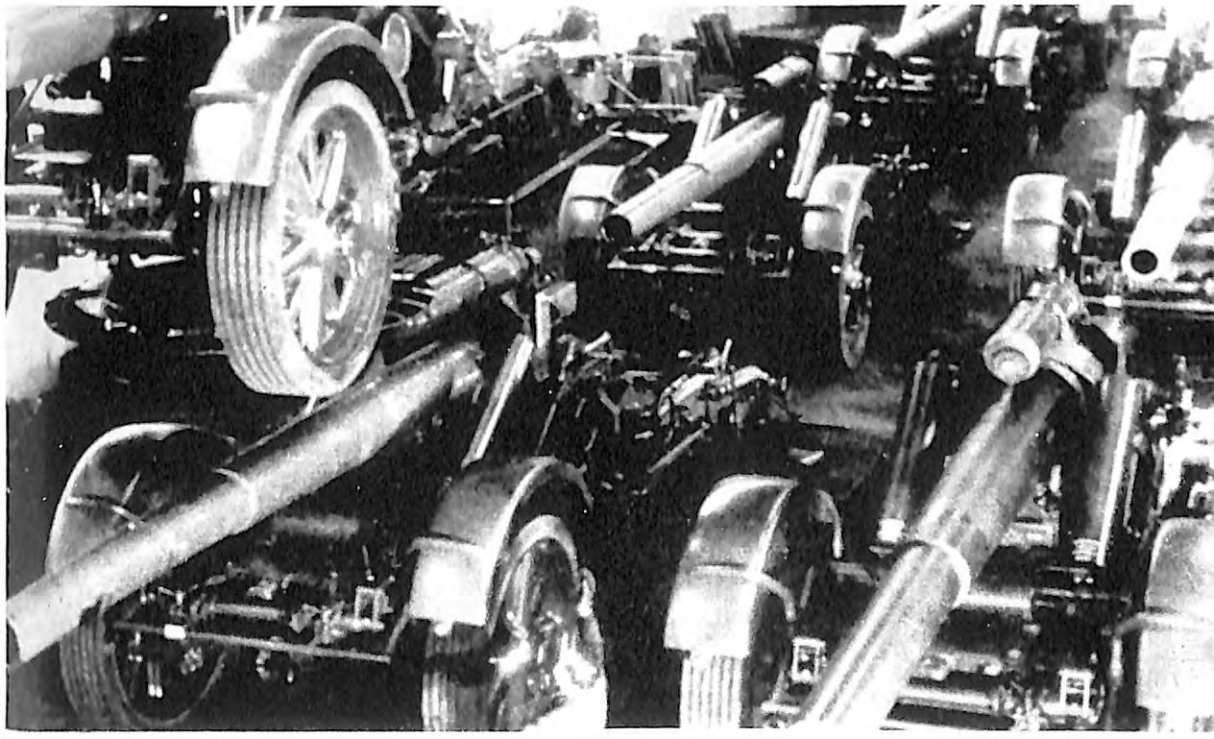
Arnold Zweig



Fotomontage John Heartfields, 1937



Aufrüstung Hitlerdeutschlands





Franz Dahlem als Funktionär der Internationalen Brigaden auf einer internationalen Einheitsfrontkundgebung in Albacete (Spanien), Sommer 1937



Das Thälmannbataillon auf dem Wege zur Front



Richard Staimer und Heinrich Rau im Gespräch mit einer spanischen Mutter



Freiheitskämpfer in Spanien, 1936 bis 1939



Aufbahrung des Politkommissars des Thälmannbataillons, Hans Beimler,
gefallen am 1. Dezember 1936 vor Madrid im Freiheitskampf des spanischen Volkes

Volksfront gerichtet sein müßten, weil nur so die Bedingungen für den Sturz des Faschismus und die Errichtung einer freien demokratischen Republik geschaffen werden könnten.

Nach der Besetzung Österreichs schalteten sich auch die Revolutionären Sozialisten Österreichs in diese Konzentrationsbestrebungen ein. Deren führende Vertreter Otto Bauer und Gustav Richter hielten die Gruppe Neu Beginnen für die einzige sozialdemokratische Organisation, die ein annehmbares Programm für einen Zusammenschluß habe und auch über den erforderlichen Einfluß auf die sozialdemokratische Emigration und auf die illegalen Gruppen in Deutschland verfüge. Der sozialdemokratische Emigrationsvorstand, der inzwischen nach Paris übergesiedelt war, befürchtete, daß mit der Unterstützung der Revolutionären Sozialisten Österreichs der Einfluß der Auslandsleitung von Neu Beginnen noch weiter wachsen werde. Rechte Führer im Emigrationsvorstand um Curt Geyer, Erich Rinner und Otto Wels versuchten deshalb gemeinsam mit dem Landesverband der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich eine Konzentration von rechts zu bilden, um gegen die sich anbahnende Arbeitsgemeinschaft von Neu Beginnen und der Revolutionären Sozialisten Österreichs ein Gegengewicht zu schaffen. Damit wollten sie auch dem Druck der einheitsfreundlichen Kräfte aus dem Lande begegnen. Daß es hierbei nicht lediglich um eine organisatorische Vereinigung ging, bewies die großangelegte politisch-ideologische Offensive, die der Parteivorstand im Sommer 1938 eröffnete. Die Politik dieser Gruppe zielte darauf, eine echte Konzentration, die dem antifaschistischen Kampf nur nützen konnte und die von der KPD begrüßt und unterstützt wurde, um jeden Preis zu verhindern.

In einem Aufruf vom 14. September 1938 meldete der Emigrationsvorstand seinen alleinigen Führungsanspruch in der deutschen Sozialdemokratie an.[83] Der Vorstand der Sozialdemokratie, so wurde in dem Aufruf erklärt, sei die letzte Körperschaft, die noch von der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gewählt worden sei. Deshalb sei er allein berechtigt, für die Partei zu sprechen. Der September-Aufruf widerspiegelte den tiefen Pessimismus der meisten Mitglieder des Prager Emigrationsvorstandes, die keine Orientierung auf die Organisierung und Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte in Deutschland zum Sturz des Hitlerregimes und zur Verhinderung des Krieges geben konnten, sondern schon eindeutig auf die Beseiti-

[83] Dokument Nr. 45.

gung der faschistischen Diktatur durch einen Krieg und mit Hilfe der Westmächte spekulierten.

Nach der Angliederung Österreichs bereitete die Hitlerregierung im Sommer 1938 verstärkt die Eroberung der Tschechoslowakei vor. Truppen wurden an der Grenze konzentriert, um die Prager Regierung unter Druck zu setzen und die tschechische Bevölkerung einzuschüchtern. Die Hauptmethode zur inneren Aufweichung des tschechoslowakischen Staates bestand darin, die deutsche nationale Minderheit aufzuputschen und den nationalen Hader der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Tschechoslowakei anzustacheln. Die nazistische Sudetendeutsche Partei, nach ihrem Führer auch Henlein-Partei genannt, forderte zunächst in ihrem Karlsbader Programm die territoriale Autonomie der Sudetengebiete und dann, im Verlauf des Sommers, ihre Abtretung an Deutschland. Die chauvinistische Hetze der „Heim-ins-Reich"-Propaganda schwoll zu einer neuen Welle an. Die Henlein-Faschisten provozierten zahlreiche Zwischenfälle an der deutsch-tschechischen Grenze. Sie organisierten einen ständig wachsenden Flüchtlingsstrom aus den tschechischen Randgebieten nach Deutschland. Alle faschistischen Massenbeeinflussungsmittel hetzten, unter Mißbrauch der Losung vom Selbstbestimmungsrecht, die Sudetendeutschen gegen die Tschechoslowakei auf. Eine gesteuerte und sich ständig steigernde nationalistische Propagandakampagne sollte die Stimmung in Deutschland so weit hochtreiben, daß das gewaltsame Eingreifen der Hitlerregierung und die militärische Besetzung der Sudetengebiete als gerechtfertigte, erwünschte und notwendige Maßnahme erschien.

Als Antwort auf die deutschen Truppenkonzentrationen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze demonstrierten am 20. Mai 1938 die Werktätigen Prags und forderten von der Regierung energische Maßnahmen zur Abwehr des drohenden militärischen Überfalls. In den Grenzgebieten bildeten deutsche und tschechische Patrioten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose, bewaffnete Arbeiterwehren. Die Regierung der Tschechoslowakei führte am 21. Mai 1938 eine Teilmobilisierung durch. Die Westmächte wandten sich zwar dagegen, sahen sich aber angesichts der Verteidigungsbereitschaft des tschechoslowakischen Volkes gezwungen, bei der Hitlerregierung zu intervenieren und ihr Zurückhaltung in den Kriegsvorbereitungen gegen die Tschechoslowakei zu empfehlen.

Am 15. September 1938 traf sich Hitler mit dem britischen Premier-

minister Neville Chamberlain auf dem Obersalzberg. Neville Chamberlain erklärte sich bereit, die faschistischen Forderungen auf die sudetendeutschen Gebiete in London, Paris und Prag durchzusetzen. Die amerikanische Regierung unterstützte die britisch-französische Beschwichtigungspolitik. In diesen Tagen schwerster Bedrängnis stand allein die Sowjetunion treu zur Tschechoslowakei. Auf eine Anfrage des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, Edvard Beneš, sagte die Sowjetregierung schnelle und wirksame Hilfe zu, wenn auch Frankreich der Tschechoslowakei, gemäß dem Beistandspakt vom Mai 1935, bei einem Überfall Hitlerdeutschlands militärische Hilfe leisten werde. Dazu war Frankreich jedoch nicht bereit. Die Sowjetregierung versicherte daraufhin am 20. September, ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag dennoch zu erfüllen, wenn die Prager Regierung um sowjetische Hilfe ersuchen werde. Nach erneuten Unterredungen mit Neville Chamberlain vom 22. bis 24. September, in denen Hitler die sofortige Räumung der Sudetengebiete forderte, stellte er zur Erfüllung seiner Forderungen Ultimaten für den 26. September und dann für den 1. Oktober.[84] Wiederum kapitulierten die Westmächte vor dem aggressiven Auftreten Hitlers.

Am 29. September trafen sich Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Adolf Hitler und Benito Mussolini in München zu Besprechungen, in deren Verlauf das sogenannte Abkommen von München zustande kam.[85] In diesem Abkommen wurde die Tschechoslowakei gezwungen, die Sudetengebiete an Deutschland abzutreten. Alle militärischen Anlagen sollten unbeschädigt übergeben werden. Außerdem wurde der tschechoslowakischen Regierung untersagt, Material oder Einrichtungen abzutransportieren oder die vorhandenen Anlagen zu zerstören. Polnische und ungarische Gebietsforderungen wurden ebenfalls erfüllt. Die faschistische Wehrmacht marschierte am 1. Oktober 1938 in die Sudetengebiete ein.

Das Münchener Abkommen war das Ergebnis der brutalen Gewaltpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus gegen die Völker der Tschechoslowakei. Mit ihrer Beteiligung an diesem Abkommen verrieten die herrschenden Kreise Frankreichs und Großbritanniens schmählich die Interessen des tschechoslowakischen Volkes und verschacherten lebenswichtige, industriell entwickelte Gebiete ihres Verbündeten an den deutschen Faschismus. Dem Verrat der Westmächte

[84] Dokument Nr. 46.
[85] Dokument Nr. 47.

an der Tschechoslowakei lag die von den reaktionärsten Kreisen dieser Länder seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verfolgte Linie zugrunde, die Stoßkraft des deutschen Imperialismus und Militarismus nach dem Osten zu lenken, um sie zur Zerschlagung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auszunutzen.

Am 15. März 1939 annektierte Hitlerdeutschland das restliche tschechische Territorium und errichtete am 16. März 1939 das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren. In der Slowakei wurde mit Hilfe slowakischer Separatisten ein slowakischer Marionettenstaat errichtet. Damit hatte der faschistische deutsche Imperialismus, ohne daß auch nur ein Schuß gefallen war, das erreicht, was Hitler im November 1937 als das nächste militärische Eroberungsziel bezeichnet hatte.

Die faschistische deutsche Propaganda verbreitete ebenso wie die „Befriedungs"-Politiker in Frankreich und Großbritannien die Legende, das Münchener Abkommen habe den Frieden in Europa gerettet. Gegen den Verrat am tschechoslowakischen Volk und gegen die Irreführung der Weltöffentlichkeit erhob sich eine breite internationale Protestbewegung.[86] In Frankreich und Großbritannien fanden im November und Dezember 1938 große Massenversammlungen statt. In einem gemeinsamen Aufruf der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Tschechoslowakei und in einem Aufruf aller kommunistischen Parteien Europas und Nordamerikas wurde hervorgehoben, daß den Frieden nur die Arbeiter und Bauern und die mit ihnen verbündeten demokratischen Kräfte aller Völker retten könnten. München sei dagegen die Fortsetzung jener Kapitulationspolitik, welche die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bereits angewandt hatten, als sie mit ihrer Nichteinmischungspolitik gegenüber dem republikanischen Spanien die bewaffnete Intervention deutscher und italienischer Faschisten duldeten und als sie die faschistische Annexion Österreichs hinnahmen, dessen Unabhängigkeit sie garantiert hatten.

Die außenpolitischen Erfolge der Hitlerregierung und die ersten militärischen Aggressionen, die ohne Verluste verliefen, hatten in breiten Kreisen des deutschen Volkes immer mehr den Glauben erweckt, daß Hitler mit friedlichen Mitteln alles erreichen könne. Seit Jahren hatte die Goebbels-Propaganda verkündet, alle Maßnahmen zum Aufbau der Wehrmacht und zum Ausbau der Rüstungsindustrie dienten dem Frieden.

[86] Dokument Nr. 48.

Adolf Hitler selbst sagte über diese demagogische Friedenspropaganda im Verlauf einer internen Konferenz, die am 10. November 1938 mit Vertretern der faschistischen Presse in München stattfand, daß die Umstände ihn jahrzehntelang gezwungen hätten, fast nur vom Frieden zu reden.[87] Jetzt aber, nachdem das Programm der ersten Aggressionen erfolgreich abgeschlossen worden war, forderte er von der Presse, die öffentliche Meinung in Deutschland psychologisch so umzustellen, daß in den Vorstellungen von Millionen Deutscher die Anwendung von militärischer Gewalt als gerechtfertigt und der Ausbruch des Krieges unvermeidbar erschien.

Während Hitler sein Programm der ideologischen Kriegsvorbereitung entwickelte, brannten im ganzen Reich die Synagogen. Tausende jüdischer Bürger wurden wie Freiwild gejagt. Mit der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, mit der „Kristallnacht", begann die erste Aktion der angekündigten verstärkten psychologischen Kriegsvorbereitung. Als Vorwand für den Pogrom diente die Ermordung des deutschen Legationsrates Freiherr vom Rath in Paris. 281 Synagogen gingen in Flammen auf. Über 7500 jüdische Geschäfte, Wohnhäuser und Schulen wurden zerstört. 91 Juden wurden in dieser Nacht ermordet und mehr als 20 000 in den folgenden Tagen in die Konzentrationslager verschleppt. Den jüdischen Bürgern in Deutschland wurde eine Kontribution in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.

In einer Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome"[88] widerlegte das Zentralkomitee der KPD die von der Nazipropaganda verbreitete Parole, daß die Juden das nationale Unglück Deutschlands seien: „Es sind nicht die Juden, die durch eine fortgesetzte Politik der Gewalt und der erpresserischen Drohungen gegenüber den anderen Ländern den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute, in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern. Immer in der Vergangenheit hat die Reaktion, wenn sie ein Volk aufs schlimmste ausplünderte und die Erbitterung des Volkes fürchtete, sich der schmutzigen Mittel der Judenhetze und der Pogrome zum

[87] Dokument Nr. 49.
[88] Dokument Nr. 50.

Zwecke der Ablenkung von den wahren Schuldigen am Volkselend bedient."[89] Der klassenbewußte Kern der deutschen Arbeiterklasse sagte dem antisemitischen Sadismus den schärfsten Kampf an und erwies verfolgten jüdischen Bürgern jede nur mögliche Hilfe. Auch christliche Bürger beider Konfessionen sowie liberal und humanistisch eingestellte Vertreter des Bürgertums und der Intelligenz verurteilten den Pogrom und leisteten in zahlreichen Fällen tätige Hilfe.

Die barbarische Grausamkeit des Judenpogroms vom November 1938 stellte einen Höhepunkt in den schon seit 1933 eingeleiteten Judenverfolgungen dar. Vom 1. Februar 1933 bis zum 1. April 1936 waren bereits über 93 000 jüdische Bürger aus Deutschland vertrieben worden. Die Ereignisse der „Kristallnacht" nahm der faschistische Staat zum Anlaß, durch eine Flut von Gesetzen und Verordnungen die bereits angekündigte Enteignung der Juden in die Tat umzusetzen. Alle großen Konzerne bereicherten sich durch die „Arisierung" der in jüdischem Besitz befindlichen Betriebe und Banken. Die Deutsche Bank schluckte die Mendelsohn-Bank. Siemens verleibte sich das Kabelwerk Cassirer und die Helioth-Werke ein. Die AEG strich Hüschs Kupfer- und Messingwerke ein. Friedrich Flick übernahm die mitteldeutschen Braunkohlengruben des Petscheck-Konzerns und die jüdischen Anteile am Rhenania-Schiffahrts-Konzern.

Am 15. September 1935 hatten die Faschisten auf einem Parteitag das unter führender Mitarbeit von Hans Globke ausgearbeitete Nürnberger Rassegesetz verkündet. Danach waren Eheschließungen mit Juden unter Strafandrohung verboten. Der Nachweis der sogenannten arischen Abstammung wurde Voraussetzung für jede Anstellung bei staatlichen Dienststellen. Seit dem Frühjahr 1938 wurden zahlreiche neue Verordnungen zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen. Es wurde der Kennkartenzwang eingeführt. Alle Juden mußten einen jüdischen Vornamen annehmen. Ein ganzes System von Verordnungen und Polizeimaßnahmen folgte im November und Dezember 1938. Juden durften kein Einzelhandels- und kein Versandgeschäft führen. Die selbständige Führung eines Handwerkes wurde ihnen verboten. Geschäfte, Betriebe und Grundeigentum mußten veräußert werden. Das Vermögen wurde eingezogen. Für Wertpapiere wurde der Depot-Zwang eingeführt. Den Juden war es verboten, den Bereich ihrer Wohngemeinde ohne schriftliche Genehmigung der Polizei zu verlassen. Sie durften kein Theater, Kino oder Konzert, keine Museen,

[89] Die Rote Fahne – Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome, 1938, Nr. 7.

Ausstellungen und Sportplätze, keine Restaurants und Badeanstalten besuchen. Von deutschen Schulen waren sie ausgeschlossen.

Der Boykott jüdischer Geschäfte, die Diskriminierung der jüdischen Mitbürger durch die Nürnberger Gesetze, die Ausschreitungen gegen die Juden und die Zerstörung ihrer Synagogen sowie die darauf folgenden Kollektivstrafen geschahen vor aller Augen. Aber es gab in Deutschland keine umfassende Protestbewegung gegen die barbarischen Maßnahmen, mit denen die Nazis die jüdische Bevölkerung drangsalierten und verfolgten. Die Passivität, die beträchtliche Teile des deutschen Volkes gegenüber dem terroristischen Treiben der SA- und SS-Banden in der „Kristallnacht" an den Tag legten, zeigte deutlich, wie die faschistische Ideologie in zunehmendem Maße Einfluß gewonnen hatte. Der seit dem Machtantritt der Hitlerregierung als Staatsdoktrin sanktionierte Antisemitismus, den Presse, Rundfunk und Film täglich in ungezählten Variationen verbreiteten, fraß sich immer tiefer in das Denken von Millionen deutscher Menschen. Faschistische Presseorgane, wie das von Julius Streicher herausgegebene Schmutzblatt „Der Stürmer", verbreiteten ihre antisemitischen Lügen in Millionenauflagen.

Die Judenhetze und die Judenpogrome waren wohlberechnete Teile der psychologischen Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Krieg. Sie sollten das Mitgefühl und das Solidaritätsempfinden abtöten und an Grausamkeit und Brutalität gewöhnen. Hinzu kam, daß der unmenschliche Terror gegen die Juden abschreckend wirken sollte; er war darauf gerichtet, alle oppositionellen Kräfte in Deutschland einzuschüchtern. Erhebliche Teile des Kleinbürgertums, der Intelligenz und der kleinen Unternehmer wurden darüber hinaus durch die rigorosen Maßnahmen, mit denen die Nazis die Juden aus dem Wirtschaftsleben, aus der Wissenschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausschalteten, noch weiter korrumpiert, mit dem Ziel, sie an den faschistischen Verbrechen zu beteiligen. Sie nahmen deren Stellungen ein, übernahmen deren Geschäfte und Unternehmungen und bereicherten sich an Haus- und Grundbesitz jüdischer Mitbürger.

In fast allen Staaten löste dieses organisierte Kesseltreiben der Nazis gegen die jüdischen Bevölkerungsteile einen Sturm der Empörung aus. Eine mächtige Protestwelle lief um die ganze Welt. In führenden demokratischen Kreisen vieler kapitalistischer Staaten führten die Judenverfolgungen zu einer Ernüchterung über die faschi-

stische Politik. Überall wurden Hilfsaktionen eingeleitet. Selbst die konservative Presse in Frankreich, Großbritannien und in anderen Ländern sah sich gezwungen, gegen die Vorgänge in Deutschland zu protestieren. Unter dem Druck der Arbeiterklasse, der Werktätigen und anderer progressiver Kräfte der Bevölkerung wurden die meisten kapitalistischen Regierungen in Berlin vorstellig. Doch es wurden keinerlei ernsthafte Sanktionen unternommen, um dem terroristischen Treiben Einhalt zu gebieten. Die „Befriedungs"-Politiker von München waren bemüht, auch weiterhin mit dem deutschen Faschismus zu paktieren.

Das faschistische Regime war im wesentlichen auf den Krieg vorbereitet. Es unternahm jetzt die letzten Schritte, um ihn zu gegebener Zeit auszulösen.

2. Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands und das Programm der neuen demokratischen Republik

Vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1939 tagte in Draveil bei Juvisy an der Seine, südlich von Paris, als erweiterte Sitzung des Zentralkomitees eine Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Entsprechend ihrer großen Bedeutung wird sie als 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands gezählt. Um die Gestapospitzel in die Irre zu führen, wurde verbreitet, daß sie in Bern stattgefunden hätte. In die Parteigeschichte ist sie deshalb als Berner Konferenz eingegangen. Geschützt durch die internationale Solidarität der Kommunistischen Partei Frankreichs und anderer Bruderparteien, beriet die Führung der Kommunistischen Partei die neuen Aufgaben, die durch die drohende Kriegsgefahr entstanden waren.

Von den 15 Mitgliedern und drei Kandidaten des Zentralkomitees, die auf der Brüsseler Parteikonferenz 1935 gewählt worden waren, waren zwölf, darunter die Abschnittsleiter für Berlin und Wasserkante, anwesend. Dazu kamen die Abschnittsleiter für Mittelrhein, Saargebiet, Süd und West, Beauftragte der Abschnittsleitungen, ein Vertreter der Jugend, ein Vertreter der Zeitschrift „Internationale", ein Vertreter der Zeitung „Die Rote Fahne" und ein Vertreter der illegalen Kommunistischen Partei Österreichs. Insgesamt nahmen 22

Parteifunktionäre an der Konferenz teil, darunter Alexander Abusch, Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Gerhart Eisler, Arthur Emmerlich, Erich Gentsch, Walter Hähnel, Erich Jungmann, Wilhelm Knöchel, Johann Koplenig, Paul Merker, Karl Mewis, Otto Niebergall, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädel, Elli Schmidt, Willi Seng und Josef Wagner.

Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD, hielt auf der Tagung das Referat „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei"[90]. Franz Dahlem sprach über Fragen der Einheits- und Volksfront, Paul Merker über die Gewerkschaftsarbeit und über die wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland, Paul Bertz über organisatorische Fragen der Parteiarbeit, Gerhart Eisler über die Innen- und Außenpolitik des Hitlerfaschismus und Anton Ackermann über die Schulungsarbeit der Partei. Die Konferenz beschloß eine Resolution an das deutsche Volk.

Die Berner Konferenz entwickelte, die Bedingungen der drohenden Gefahr eines neuen Weltkrieges berücksichtigend, die auf der Brüsseler Konferenz beschlossene Strategie und Taktik weiter. Die Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes der illegalen Parteiorganisationen und des Kampfes der Partei um die Schaffung der deutschen Volksfront fanden in neuen Beschlüssen ihren Niederschlag. Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands warnte Wilhelm Pieck vor der durch das Hitlerregime unablässig gesteigerten Kriegsgefahr. Er entlarvte die antinationale Politik des Faschismus und jener Klassenkräfte, die hinter der Hitlerregierung standen.

Unter den Bedingungen der unmittelbaren Kriegsgefahr war der Kampf um die Erhaltung des Friedens zur höchsten nationalen Aufgabe aller ehrlichen und patriotischen Deutschen geworden. Wilhelm Pieck charakterisierte im ersten Teil seines Referates die antinationale Rolle der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals. Er erklärte vor den Mitgliedern des Zentralkomitees und den Funktionären aus dem Lande: „Wichtig ist vor allem, daß wir in den Massen den Schwindel Hitlers entlarven müssen, daß er den Frieden will... Wir müssen aufzeigen, daß der Hitlerfaschismus nicht eine Politik zugunsten der deutschen Nation, sondern nur zugunsten der relativ kleinen Oberschicht der Bourgeoisie, des Trustkapitals, führt, daß er ein Knecht dieser großkapitalistischen Schicht ist... Das trifft gerade auf die Kriegspolitik des Hitlerfaschismus zu. Es gibt nur eine kleine

[90] Dokument Nr. 51.

Schicht im deutschen Volke, die ein Interesse am Kriege, an der Eroberung und Unterjochung anderer Völker hat, das ist das Trustkapital, der ‚reaktionärste, am meisten imperialistische und chauvinistische Teil der deutschen Bourgeoisie' ...

Diesen Gegensatz zwischen der Politik des Hitlerfaschismus und den Interessen der deutschen Nation müssen wir sehr stark in unserer Agitation herausarbeiten. Das haben wir bisher wenig oder gar nicht getan und es dadurch Hitler erleichtert, sich als Beschützer der deutschen Nation auszugeben. Wir sollen uns nicht scheuen, das Wort Nation in unserer Agitation zu verwenden, ebensowenig wie das Wort Volk. Wir wollen damit nicht die bestehenden Klassengegensätze innerhalb der Nation vertuschen, sondern zeigen damit gerade den Gegensatz auf, der zwischen den nationalen Interessen des Volkes und den Interessen seiner Beherrscher und Unterdrücker, des Trustkapitals und des Hitlerfaschismus, besteht. Wir müssen an Hand ihrer Politik nachweisen, wie dadurch die nationalen Interessen des deutschen Volkes geschädigt, wie das Ansehen der deutschen Nation herabgewürdigt, wie die Einheit der Nation zerstört [werden] und wie sie mit ihrer Kriegspolitik die Existenz der Nation geradezu aufs Spiel setzen." Wilhelm Pieck schloß diesen Teil seiner Rede mit den Worten: „Die Nation vor dem Untergang retten, heißt also, ihre Verräter und Verderber, den Hitlerfaschismus und das Trustkapital, stürzen. Das ist [die] höchste nationale Tat in dieser Epoche."[91]

Im zweiten Teil des Referats wandte sich Wilhelm Pieck der Hauptaufgabe zu, die gelöst werden mußte, sollte das Hitlerregime gestürzt und der Krieg verhindert werden: der Schaffung der Aktionseinheit aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und der Volksfront aller Hitlergegner.

Vor allem mußte die faschistische Diktatur gestürzt werden, bevor das Hitlerregime das deutsche Volk in ein Kriegsabenteuer treiben konnte. Die Kommunistische Partei Deutschlands betonte, daß alle Sonderinteressen der Hitlergegner zurückgestellt werden müßten. Der Kampf gegen das faschistische Regime und für die Errichtung einer neuen demokratischen Ordnung in Deutschland war nicht ein Kampf nur im Interesse einer einzelnen Klasse oder Schicht, sondern der Kampf im Interesse des ganzen Volkes gegen die aggressivsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals.

[91] Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin), 1964, Heft 1, S. 93/94.

Von der Einigung der Arbeiterklasse hing die Rettung und Sicherung des Friedens in erster Linie ab. Die einige deutsche Arbeiterklasse bildete im Bunde mit allen patriotischen Kräften des Volkes die entscheidende Macht, die das faschistische Regime des deutschen Imperialismus und Militarismus daran hindern konnte, einen Weltbrand zu entfachen. Die Herstellung der Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse war die wichtigste Voraussetzung für das Zustandekommen und für den Bestand der Volksfront, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem Mittelstand, den Beamten und Intellektuellen darstellte. Auf anderem Wege war ein sicherer Sieg über den Faschismus nicht möglich. Wilhelm Pieck betonte, daß es gelingen müsse, gerade diese Teile des Volkes von der Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse zu überzeugen. Von der Herstellung eines einheitlichen, starken nationalen Zentrums für den Widerstandskampf hing der Erfolg im Ringen gegen das faschistische Regime und zur Verhinderung des Krieges ab.

Über die Aufgaben der Volksfront bestanden bei vielen Antifaschisten noch große Unklarheiten. Wilhelm Pieck bemerkte dazu: „Zwar wird allgemein von den Befürwortern der Volksfront erklärt, daß es sich um den Kampf gegen den Hitlerfaschismus handelt, um die Herbeiführung seines Sturzes und um die Schaffung einer demokratischen Republik. Aber über das Wie dieses Kampfes, über die anzuwendenden Kampfmittel, über das Wesen der demokratischen Republik bestehen keine oder nur sehr unklare Vorstellungen."[92] Es war deshalb notwendig, sich in allen Einzelheiten über das Ziel zu verständigen, das mit dem Sturz des Hitlerregimes erkämpft werden sollte, und bis zu Ende Klarheit über das neue Deutschland zu schaffen.

Auf der Berner Konferenz wurden deshalb die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz weiterentwickelt, das Programm für ein neues demokratisches Deutschland umfassend ausgearbeitet und allen Hitlergegnern zur Diskussion unterbreitet. In der Berner Resolution hieß es dazu: „Das ZK der KPD wiederholt ausdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Repu-

[92] Ebenda, S. 97.

blik zu setzen... Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen."[93]

Das Programm der neuen demokratischen Republik entsprach nicht nur den Vorstellungen der Kommunisten. Es berücksichtigte die Diskussionen, die im Volksfrontausschuß in Paris seit seiner Gründung über den zukünftigen deutschen Staat nach dem Sturz Hitlers geführt worden waren. Es berücksichtigte auch die Dokumente, in denen andere Hitlergegner ihre Vorstellungen von Deutschlands Zukunft entwickelt hatten. So gab es zwischen dem Prager Manifest der Sozialdemokratie vom Januar 1934 und dem Programm, das die KPD in Bern entwickelte, viele Gemeinsamkeiten.

Das Programm der Kommunistischen Partei für die neue demokratische deutsche Republik trat für die Sicherung umfassender demokratischer Rechte und Freiheiten für alle Bürger ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion ein. Alle volksfeindlichen Gesetze des faschistischen Regimes sollten beseitigt werden, jedermann sollte volle Glaubens- und Gewissensfreiheit besitzen. Der neue demokratische Staat sollte das freie, gleiche und direkte Wahlrecht wiederherstellen und die Freiheit der Organisation, der Presse und der Versammlung garantieren. Die wissenschaftliche Lehre und die Forschung, die Kunst und die Literatur mußten von Gleichschaltung und Unterdrückung befreit werden.

Den Feinden der Nation dagegen sollten alle ökonomischen und politischen Möglichkeiten genommen werden, auf die Politik der neuen Demokratie Einfluß zu nehmen. Die Kommunisten forderten

93 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1965, S. 174 u. 179/180.

die Enteignung der faschistischen Monopolisten und des Bankkapitals sowie die Durchführung einer demokratischen Bodenreform zugunsten der landarmen Bauern und der Landarbeiter. Die Überführung der Schlüsselindustrie, vor allem der Rüstungsindustrie, und der Banken in die Hände des Volkes bedeutete noch nicht die Verwandlung des gesamten Privateigentums an Produktionsmitteln in Volkseigentum. Sie war nur die notwendige ökonomische Voraussetzung für demokratische Verhältnisse in Deutschland und eine erste wirtschaftliche Maßnahme zur Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Volkes im Frieden. An die Stelle der Rüstungs- und Autarkiepolitik sollte eine Wirtschaftspolitik treten, die der Hebung des Volkswohlstandes diente.

Um den Sieg der Volksfront zu sichern und um die Schwächen der Weimarer Republik gegenüber der Reaktion nicht zu wiederholen, mußte der Staatsapparat grundlegend demokratisiert werden. Den faschistischen Organisationen und ihrer Presse war jede Tätigkeit zu verbieten. Der von den Faschisten geschaffene Staatsapparat sollte aufgelöst und ein neuer aus den zuverlässigsten Kräften der Volksfront gebildet werden. Faschistische und militaristische Kräfte hatten im Dienst des neuen Staates nichts mehr zu suchen. Armee und Polizei waren von faschistischen Elementen zu säubern und an ihre Spitze der Volksfront treu ergebene Menschen zu stellen, um eine wirkliche Armee und Polizei des Volkes zu schaffen. Das Programm der Kommunistischen Partei sah Maßnahmen zur Verteidigung der erstrebten Freiheiten vor, die ein für allemal eine Wiederkehr der faschistischen Tyrannei unmöglich machten.

Die Einheit und Sicherheit Deutschlands und die Lebensrechte des deutschen Volkes mußten durch eine neue Außenpolitik gewährleistet werden, die für die Erhaltung des Friedens und im Geiste der Völkerverständigung wirkte. Die Freundschaft mit der Sowjetunion war dabei ein entscheidendes Merkmal nationaler deutscher Politik. Eine solche Politik verlangte ferner, den Kampf für ein demokratisches Deutschland untrennbar zu verbinden mit dem Kampf der vom Hitlerregime und den faschistischen Achsenmächten unterjochten und bedrohten Völker. Das deutsche Volk sollte deshalb allen Völkern in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit ebenso beistehen, wie die deutschen Antifaschisten in der Sowjetunion, in der internationalen Arbeiterklasse und in den demokratischen Kräften der ganzen Welt treue Bundesgenossen besaßen.

Die Verwirklichung des Programms der Kommunisten, wie es auf der Berner Konferenz formuliert wurde, bedeutete, in Deutschland eine demokratische, antiimperialistische und antimilitaristische Ordnung zu schaffen. Es blieb auch auf der Berner Konferenz kein Zweifel darüber, daß das Endziel des Kampfes der Arbeiterklasse die Errichtung des Sozialismus in ganz Deutschland sein würde. Erst der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung würde jeden Versuch der Restaurierung des Faschismus und Militarismus zunichte machen. Die Kommunistische Partei Deutschlands stellte jedoch in konsequenter Fortsetzung der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz nicht die Aufgabe, unmittelbar für den Sozialismus zu kämpfen. In Anwendung der Leninschen Lehre über den Weg zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und zum Aufbau des Sozialismus enthielt die Resolution der Berner Konferenz das Programm für die erste Etappe dieses Weges. Die Kommunisten stellten im Kampf gegen den Krieg und die faschistische Diktatur Forderungen, die der politischen Lage in Deutschland, dem Kräfteverhältnis der Klassen und dem Bewußtseinsstand der Volksmassen entsprachen. Die nächste wichtige Aufgabe in diesem Kampf hieß: Rettung der deutschen Nation vor der drohenden Gefahr eines Weltkrieges.

Die Beseitigung der reaktionären Cliquen des faschistischen Imperialismus und Militarismus und des Hitlerregimes mit seinen Helfern schuf erst die Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratie im Interesse des Volkes und für eine friedliche Zukunft der Nation. Ohne wahrhaft demokratische Zustände in Deutschland, in denen die revolutionäre marxistisch-leninistische Partei die Volksmassen in einem länger dauernden Zeitabschnitt an die revolutionäre sozialistische Umgestaltung heranführen konnte, war an den Aufbau des Sozialismus in Deutschland nicht zu denken.

Die neue antifaschistische demokratische Ordnung, die nach dem Sturz des Hitlerregimes aufgebaut werden sollte, hatte ihre Wurzeln im gemeinsamen Kampf aller Hitlergegner und stützte sich auf die Arbeiterklasse als die konsequenteste Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf. In der neuen Regierung dieses Staates würde die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein, weil sie am meisten dazu beitrug, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und das Volk auf den Weg der bewußten revolutionären Umgestaltung zu führen.

Zum Kampf um die Rettung der Nation und zur Durchführung der

sozialen und politischen Umwälzung nach dem Sturz des Faschismus war eine geeinte, revolutionäre marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterbewegung notwendig. In der Resolution der Berner Konferenz hieß es, daß im weiteren Prozeß des Kampfes gegen das Hitlerregime die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung endgültig überwunden werde. Damit erfülle sich die Sehnsucht der deutschen Arbeiter nach der Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Grundlage dieser Vereinigung sollten die gemeinsamen Anstrengungen zum Sturze der faschistischen Diktatur und zur Schaffung der neuen demokratischen Republik sein.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei stellte die Frage nach der Schaffung einer Einheitspartei vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse zur Diskussion und forderte insbesondere die Kommunisten und die Sozialdemokraten auf, sich zu dieser wichtigen Frage der weiteren Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zu äußern und in den Betrieben und Orten, wo bereits eine Verständigung zwischen einer sozialdemokratischen und kommunistischen Organisation möglich war, auch schon einheitliche Organisationen einer künftigen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu bilden.

Auf der Berner Konferenz wurden eine Reihe wichtiger Beschlüsse zur Arbeit der Parteiorganisationen gefaßt. Die Parteiführung appellierte an jeden einzelnen Kommunisten, alle seine Kräfte und Fähigkeiten einzusetzen, um unter strengster Einhaltung der Konspiration ein dichtes Netz von Parteiverbindungen zu knüpfen. Dabei berücksichtigte sie bereits jene Notwendigkeiten, die im Falle eines Krieges eintreten konnten. Es wurde beschlossen, den Instrukteurstab der Abschnittsleitungen durch Beauftragte im Lande zu vergrößern, neue Parteigruppen in den Betrieben und Orten und selbständige Leitungen über größere Bezirke aufzubauen. Das Zentralkomitee steigerte nach der Konferenz seine Anstrengungen, um die Parteiinstrukteure noch besser auf die illegalen Kampfbedingungen in Deutschland vorzubereiten und zu schulen, das Netz der illegalen Parteiorganisationen weiter zu spannen und im Lande eine operative Leitung zu schaffen. Die Berner Konferenz beschloß ferner die neue Zusammensetzung des Zentralkomitees der Partei. Ihm gehörten jetzt 17 Mitglieder und drei Kandidaten an. Mitglieder des Zentralkomitees waren Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Walter Hähnel, Wilhelm Knöchel, Paul Merker, Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädel, Elli Schmidt, Emil Svoboda, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht,

Herbert Wehner und Heinrich Wiatrek. Dazu gehörte als Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs Johann Koplenig.

Mit dem Programm der Berner Konferenz wies die Kommunistische Partei Deutschlands den Weg des Kampfes zum Sturz des Hitlerregimes und zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands.

3. Die Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa und die antifaschistischen Kampfaktionen im Sommer 1939

Hitlers Versicherung während der Münchener Konferenz, seine Regierung erhebe nach der Lösung der sudetendeutschen Frage keine territorialen Forderungen in Europa mehr, war gezielte Heuchelei. Nur eine Woche nach der Besetzung des restlichen Staatsgebietes der Tschechoslowakei, am 22. März 1939, zwang die Hitlerregierung mit Druck und Erpressung die litauische Regierung, das Memelgebiet an Deutschland zurückzugeben. Rumänien mußte einen Tag später einen Wirtschaftsvertrag unterzeichnen, der den deutschen Konzernen die Kontrolle über die rumänische Wirtschaft, insbesondere über die Erdölproduktion, sicherte.

Am 28. April verkündete Hitler in einer Reichstagsrede seine weiteren Aggressionspläne. Er sprach Frankreich das Recht auf Elsaß und Lothringen ab, erklärte das britisch-deutsche Flottenabkommen von 1935 für ungültig und forderte von Großbritannien die Rückgabe der Kolonien. Hitler kündigte den deutsch-polnischen Beistands- und Freundschaftsvertrag von 1934 und verlangte die Rückgabe Danzigs.

Am 22. Mai 1939 festigte der Abschluß des sogenannten Stahlpaktes zwischen Deutschland und Italien den Block der faschistischen Länder in Europa, nachdem Franco-Spanien schon am 27. März dem Antikominternpakt beigetreten war. Deutschland und Italien verpflichteten sich, den anderen im Falle einer kriegerischen Verwicklung mit allen militärischen Mitteln zu unterstützen. Später, im September 1940, trat auch Japan dem deutsch-italienischen Militärpakt bei. Der Antikominternpakt wurde damit durch ein militärisches Bündnis ergänzt.

Seit Ende März 1939 bereitete der deutsche Imperialismus den

Überfall auf Polen direkt vor. Das Oberkommando der faschistischen Wehrmacht befahl am 3. April, den „Fall Weiß" – den Überfall auf Polen – so zu bearbeiten, daß er ab 1. September 1939 jederzeit ausführbar sei. Am 23. Mai 1939 erklärte Adolf Hitler im engsten Kreise der faschistischen Führung, daß es bei dem Überfall auf Polen nicht um Danzig gehe, sondern um die Erweiterung des Lebensraumes nach dem Osten. Das sei ohne Blutvergießen und ohne Einbruch in fremde Staaten oder ohne Angriff auf fremdes Eigentum nicht möglich.

Angesichts der drohenden Kriegsgefahr setzte die Parteiführung der KPD alle ihre Mittel ein, um den Widerstandskampf im Lande zu verstärken. Bei der Information der illegalen Parteiorganisationen über die Parteikonferenz und über ihre Beschlüsse stützte sich das Zentralkomitee auf das in jahrelanger Arbeit geschaffene System der konspirativen Verbindungen zwischen der Parteiführung und den Abschnittsleitungen sowie zwischen diesen und den Parteiorganisationen in Deutschland. Eine wichtige Rolle spielten dabei die nach Deutschland gesandten Beauftragten der Abschnittsleitungen. Für den Berliner Raum war die Abschnittsleitung Zentrum der KPD mit dem Sitz in Schweden verantwortlich. Von dort aus fuhren allein vom Februar bis zum August 1939 mit Hilfe dänischer und schwedischer Seeleute die Beauftragten Arthur Emmerlich und Rudolf Hallmeyer dreimal, Willi Gall und Charlotte Krone zweimal und Johannes Müller einmal nach Berlin, um die illegalen Parteiorganisationen über die Beschlüsse der Berner Konferenz zu informieren und sie bei der illegalen Arbeit zu unterstützen. Es gelang, in Adlershof, Baumschulenweg, Moabit, Neukölln, Niederschöneweide, Oberschöneweide, Prenzlauer Berg, Reinickendorf und Spandau wieder illegale Parteiorganisationen der KPD aufzubauen. Willi Gall übernahm im Mai 1939 selbst die Leitung der illegalen Parteigruppen in den südöstlichen Randgebieten Berlins. Er knüpfte enge Kontakte zu verschiedenen Gruppen und einzelnen Kommunisten in Berliner Großbetrieben und begann, mit ihrer Hilfe eine operative Leitung der Partei, zunächst für den Berliner Raum, aufzubauen.

Um mehr als bisher auch die Mittelschichten in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen und um sie von der Notwendigkeit und von der Bedeutung einer deutschen Volksfront zu überzeugen, gab die Abschnittsleitung Süd der KPD mehrere Spezialbroschüren heraus, in denen sie sich an ganz bestimmte Bevölkerungsschichten wandte und Fragen behandelte, die diese besonders interessierten. So verteilte sie

im zweiten Vierteljahr 1939 unter anderem 800 Studentenbriefe, 400 Elternbriefe, 60 Hausfrauenbriefe und 200 vornehmlich an die Bauern gerichtete Bundschuh-Broschüren. Vor allem aber leitete sie den Parteiorganisationen in Deutschland die vom Zentralkomitee herausgegebenen Materialien zu. Neben diesen bedeutsamen Materialien, die vom unermüdlichen Kampf der deutschen Kommunisten für die Herstellung der Volksfront zeugten, ist besonders das Dokument „Wir Kommunisten und die deutsche Nation"[94] hervorzuheben, das nach der Berner Konferenz der KPD verfaßt und in vielen Gegenden Deutschlands illegal verteilt wurde.

Im Frühjahr 1939 ging der Krieg in Spanien seinem Ende entgegen. Ende Dezember 1938 hatten die Faschisten mit dreifacher Übermacht einen neuen Großangriff auf Katalonien unternommen. Angesichts dieser für das spanische Volk so gefährlichen Lage forderten die Internationalen Brigaden, daß sie wieder eingesetzt würden. Die Militärjunta, die in Madrid die Macht an sich gerissen hatte und gegen die republikanische Regierung Juan Negrin einen offenen Kampf führte, öffnete den Faschisten die Front und machte jeden Widerstand unmöglich. Am 28. März 1939 brachen die Faschisten in die Straßen Madrids ein. Das gesamte Territorium Spaniens wurde von den Interventen und den Franco-Truppen besetzt.

Die Internationalen Brigaden mußten Spanien verlassen. Ihre Angehörigen wurden in Frankreich in Konzentrationslagern interniert und unter Polizeiüberwachung gestellt. Unter schwierigen und unmenschlichen Bedingungen bereiteten sich die Interbrigadisten auf neue Aufgaben im antifaschistischen Kampf vor. Bereits in den ersten Wochen der Internierung, im Februar 1939, gelang es der Vertretung des Zentralkomitees in Frankreich, den deutschen Spanienkämpfern mit Hilfe französischer Kommunisten die Dokumente der Berner Konferenz zu übermitteln. Im Lager Gurs, wo rund 650 deutsche Spanienkämpfer interniert waren, davon 331 Kommunisten, wurde von der Organisation der KPD die innerparteiliche sowie massenpolitische Arbeit im Sinne der Berner Resolution geleistet.

Überall in Deutschland, wo die Parteiorganisationen ihre illegale Arbeit richtig mit der Ausnutzung legaler Möglichkeiten verbanden, gelang es ihnen, den Kampf für die Verteidigung der sozialen und politischen Rechte der Werktätigen besser zu organisieren. Diese unermüdliche, mit großen Schwierigkeiten und Gefahren verbundene

[94] Dokument Nr. 52.

Tätigkeit schuf die Grundlage für die Herausbildung bedeutender zentralisierter Widerstandsorganisationen, die unter der Führung illegaler Parteiorganisationen während des Krieges einen heroischen und mutigen Kampf für die Beendigung des Krieges und den Sturz des Hitlerfaschismus führten.

Eine Reihe illegaler Parteiorganisationen sammelte in systematischer Kleinarbeit einen festen Kreis von Hitlergegnern aus allen Schichten der Bevölkerung um sich. So begann Robert Uhrig bereits im Jahre 1938, nach seiner Haftentlassung, mit dem Aufbau antifaschistischer Betriebsgruppen in Berlin, die sich bis zum Ausbruch des Krieges zu einem umfangreichen Netz aktiver Kader in den Betrieben erweiterten. In Köln bauten Kommunisten in beharrlicher illegaler Arbeit Fünfergruppen mit einer zentralen Leitung auf. Diese Gruppen besaßen in wichtigen Rüstungsbetrieben, wie in der Felten & Guilleaume Carlswerk AG in Köln-Mülheim und in den IG-Farben-Werken Leverkusen, feste Stützpunkte. In Mannheim und Umgebung stellte Georg Lechleiter, ehemaliger Vorsitzender der kommunistischen Fraktion im Hessischen Landtag, gemeinsam mit anderen Kommunisten Verbindungen zu Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern her und faßte sie zu einer Organisation zusammen. In Berlin, Hamburg, Leipzig, in Thüringen und in anderen Gebieten Deutschlands begannen ebenfalls führende Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands, die nach mehrjähriger Kerkerhaft entlassen worden waren, erneut mit der Organisierung der illegalen Arbeit. In Sachsen arbeiteten Funktionäre der KPD und des KJVD in der Vereinigten Kletterabteilung auch nach der Besetzung der Tschechoslowakei eng mit tschechoslowakischen Antifaschisten zusammen. In einigen Städten Deutschlands gewannen Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes Kontakte zu Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterjugend, zu illegalen katholischen Jugendorganisationen und ehemaligen bündischen Jugendgruppen. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der bündischen Jugend lag vor allem in Chemnitz, Dresden und Leipzig. In den größtenteils unter Führung von Jungkommunisten stehenden Gruppen waren oft mehrere hundert Jugendliche erfaßt.

Getragen von der Sorge um das Schicksal der deutschen Nation, wandte sich im Frühjahr 1939 Heinrich Mann mit einem mahnenden Aufruf zur Einheit an die deutsche Arbeiterklasse. Er erklärte, daß die Einheit der Arbeiterklasse notwendig sei, um Hitler zu stürzen. Sie sei die erste Bedingung, wenn der Kampf mit voller Kraft

beginnen solle. „Nur die geeinte Arbeiterklasse ist eine Macht. Geeint sammelt die Arbeiterklasse alle Deutschen gegen die faschistische Diktatur. Die Befreiung Deutschlands wird einzig verbürgt durch die Einheit seiner Arbeiterklasse ... Die Sendung der geeinten Arbeiterklasse ist unvergleichlich. Ihr sind auferlegt das Gesetz der Geschichte und die Verantwortung vor ihr."[95]

Auf Initiative Heinrich Manns und Hermann Budzislawskis wurde Mitte März 1939 in Paris ein Aktionsausschuß Deutscher Oppositioneller gebildet. In ihm fanden sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertreter des demokratischen Bürgertums zusammen, die dem Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront angehört hatten, darunter Intellektuelle und Schriftsteller wie Georg Bernhard, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Rudolf Leonhard, Alfred Meusel und andere. Präsident des Ausschusses war Heinrich Mann, Sekretär Albert Norden. Der Ausschuß setzte sich das Ziel, alle deutschen Antifaschisten in der Emigration, antifaschistische Kämpfer in Deutschland und progressive Kräfte unter den Auslandsdeutschen in allen Ländern zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu sammeln. Es wurden einige Kommissionen gebildet, zum Beispiel für Propaganda, für Arbeiter-, Bauern- und Mittelstandsfragen sowie für wirtschaftliche, kulturelle und militärpolitische Fragen. Entsprechend den programmatischen Grundsätzen des Ausschusses wurden Denkschriften zu verschiedenen Problemen ausgearbeitet und Material für die antifaschistische Propaganda vorbereitet. Der Aktionsausschuß wirkte durch Publikationen und auf anderen Wegen nach Deutschland hinein. Im Ausland verbreitete er im Kontakt mit zahlreichen Parteien, Verbänden, Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Künstlern die Wahrheit über die Tätigkeit der deutschen antifaschistischen Opposition und über die Verbrechen des Hitlerregimes und stärkte durch zahlreiche Verbindungen die internationale Kampffront gegen Hitler.

Das Zentralkomitee der KPD versuchte immer wieder, engere Verbindungen mit sozialdemokratischen Emigrantengruppen anzubahnen. So fand am 22. März 1939 eine Aussprache von Vertretern der KPD und der Kommunistischen Partei Österreichs mit dem Arbeitsausschuß deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs statt, der sich am 16. September 1938, nach dem Scheitern der sozialdemokratischen Konzentrationsversuche, gebildet hatte. Der Arbeitsausschuß setzte sich aus Funktionären der Auslandsleitung der österreichi-

[95] Deutsche Volkszeitung (Paris), 23. April 1939.

schen Sozialisten, der Gruppe Neu Beginnen und der Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Die Vertreter der KPD versicherten, daß die Partei jederzeit bereit sei, mit allen sozialdemokratischen Gruppen zusammenzuarbeiten, und wiesen darauf hin, daß das Schwergewicht der Einheitsbewegung jedoch im Lande liegen müsse, um dem Hitlerfaschismus einen erfolgreichen Widerstand entgegensetzen zu können. Die Vertreter der sozialdemokratischen Gruppen stimmten den Vorschlägen der KPD zu. Am 30. März 1939 erschien ein Aufruf „An die Arbeiter Deutschlands und Österreichs", der von der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Österreichs und dem Arbeitsausschuß deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs unterzeichnet war.[96] Er enthielt einen scharfen Protest gegen die Annexion der Tschechoslowakei, eine umfassende Widerlegung der Propagandalügen der Nazis und einen Appell zur Einigung an alle kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen antifaschistischen Kämpfer in Deutschland und in Österreich.

Unter Hinweis auf diesen Schritt zur Einigung von Kommunisten und Sozialisten unterbreitete das Zentralkomitee der KPD am 3. April 1939 dem Emigrationsvorstand der Sozialdemokratie einen weiteren Vorschlag zur Verständigung über gemeinsame Schritte im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr und zum Sturz des Hitlerregimes. Das Zentralkomitee schlug vor zu erklären, daß Adolf Hitler nicht im Sinne und im Auftrage des deutschen Volkes handele und es im ureigensten Interesse der deutschen Nation liege, das Hitlerregime aus eigener Kraft zu stürzen. Beide Parteizentren sollten vor der Weltöffentlichkeit eine gemeinsame Erklärung abgeben, in der Hitler als Kriegstreiber und Kriegsschuldiger angeklagt wird. Für den Fall, daß der deutsche Faschismus den Ausbruch des Krieges provoziere, sollte Einigung darüber erzielt werden, mit allen Mitteln und Methoden und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten gemeinsam auf den Sturz der Diktatur hinzuarbeiten und den Frieden wiederherzustellen.

Auf den Vorschlag des Zentralkomitees der KPD von Anfang April erfolgte eine Antwort erst Mitte Juni. In ihrer Presse erklärte die führende Gruppe um Curt Geyer, Rudolf Hilferding, Friedrich Stampfer und andere, daß sie an ihrem Standpunkt, jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten abzulehnen, unverändert festhalte. Aus den Protokollen der Vorstandssitzungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes geht allerdings hervor, daß auch die sozialdemo-

[96] Dokument Nr. 53.

kratische Führung die Konsequenzen der Politik Hitlers begriffen hatte. Bei fast allen sozialdemokratischen Führern bestand auch Klarheit darüber, daß dieses Unheil nicht aus eigener Kraft aufgehalten werden könne. Aber der gemeinsame Kampf mit den entschiedensten Hitlergegnern, mit den Kommunisten, wurde nach wie vor abgelehnt, wenngleich es im Emigrationsvorstand über die Art und Weise dieser Ablehnung unterschiedliche Auffassungen gab. Einige sozialdemokratische Führer befürchteten, daß der Einfluß der Kommunisten durch deren konsequenten antifaschistischen Kampf so gewaltig wachsen werde, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse ihrem eigenen Einfluß entgleiten könnte.

Rudolf Hilferding erklärte auf einer Sitzung der II. Internationale im Januar 1939, daß die entscheidende Frage jetzt das Zusammengehen mit den Westmächten sei, bei kompromißlosem Kampf gegen die Kommunisten und gegen diejenigen Kräfte in der eigenen Partei, die zur Einheitsfront bereit waren. Illegal kämpfende Sozialdemokraten im Lande waren anderer Auffassung als die Mehrheit des sozialdemokratischen Vorstandes. Eine sozialdemokratische Gruppe in einer westdeutschen Großstadt erklärte in einem Brief an den Emigrationsvorstand der Sozialdemokratie in Paris und an das Zentralkomitee der KPD im Sommer 1939: „Wir sozialdemokratischen Berg- und Metallarbeiter in einer Stadt des Ruhrgebietes haben schon seit langem den Wunsch und den Willen zur Einigung der Arbeiterklasse gehabt... Weshalb von unseren sozialdemokratischen Freunden im Ausland die Einheitsfrontangebote der KPD abgelehnt wurden, ist für uns unverständlich. Wir haben weder Bedenken noch ein Mißtrauen zu den Kommunisten. Ihr Kampfziel: eine demokratische Republik, ist auch unser Ziel. Etwas anderes kann es jetzt gar nicht geben."[97]

Für den äußersten rechten Flügel im Parteivorstand ging es schon nicht mehr darum, den drohenden Krieg durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und aller Antifaschisten zu verhindern. Sie waren bereits dabei, sich auf die Bedingungen des Krieges einzurichten. Fritz Tarnow entwickelte dazu im April 1939 auf einer Parteivorstandssitzung[98] entsprechende Vorstellungen. Diese Konzeption war durchdrungen von der Furcht vor einer revolutionären Massenbewegung im Falle einer schweren Krise des faschistischen Regimes im Verlauf des Krieges. Fritz Tarnow erklärte, das Volk werde dann

97 Die Rote Fahne, 1939, Nr. 6.

98 Dokument Nr. 54.

wie in der Novemberrevolution 1918 „verrückt" spielen. Deshalb müsse die Sozialdemokratie mit einem Programm radikalsozialistischer Färbung rechtzeitig eine Auffangstellung schaffen. Fritz Tarnow forderte, zur Vorbereitung einer solchen Auffangstellung alle Gegner des Hitlerregimes unter Ausschluß der Kommunisten zusammenzufassen, ein Minimalprogramm auszuarbeiten und ein überparteiliches Komitee zu bilden.

Der Vorschlag des Zentralkomitees der KPD an den sozialdemokratischen Emigrationsvorstand wurde zu einer Zeit abgelehnt, als die faschistische Diplomatie höchste politische Aktivität zur Vorbereitung des nächsten Aggressionsschrittes gegen Polen entwickelte, in der es aber auch unter dem Eindruck des unmittelbar drohenden Krieges zu einer Reihe von Streiks und Protestaktionen kam, die in vielen Fällen von kommunistischen Parteiorganisationen in Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Gruppen geführt wurden.

Eine Protestbewegung unter den Bergarbeitern des Saargebietes und unter Metall- und Hüttenarbeitern in Rheinland-Westfalen richtete sich gegen die von den Konzernherren geforderte Mehrarbeit, gegen die Sonntagsarbeit und gegen die Versuche, die Löhne trotz gesteigerter Leistungen und steigender Preise auf dem gleichen Stand zu halten. Aktionen der Metall- und Eisenhüttenarbeiter erzwangen, den Mangel an Facharbeitern ausnutzend, in einigen Werken und Hütten eine Erhöhung der Stundenlöhne, Akkordzuschläge und Prämien, die Heraufsetzung niedriger Akkordsätze, die Herabsetzung der vorgeschriebenen Arbeitsleistungen pro Schicht, der Überstunden und anderes mehr. Bergleute des Saargebietes, unter denen katholische Arbeiter eine große Rolle spielten, erzwangen nach mehrmonatigem Widerstand im Frühjahr 1939 zwei Obleutekonferenzen, um die Forderungen der Arbeiter zu beraten. Eine Abstimmung ergab, daß sich etwa 40 000 Bergarbeiter gegen die Sonntagsarbeit und nur 3000 dafür aussprachen. Vorübergehend mußte die Sonntagsarbeit eingestellt werden. Auch aus anderen Industriegebieten, aus Berlin, Hamburg und Oberschlesien kamen Berichte über solche oder ähnliche Aktionen gegen die Unternehmer und gegen die faschistischen Behörden.

Im März 1939 rief der Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands auf, den Achtstundentag zu verteidigen, das Arbeitstempo zu verlangsamen und kein Gedinge mehr abzuschließen, das nicht auf der Arbeitsleistung einer normalen Schicht beruhe. Auf der Burbacher Hütte bei Saarbrücken kam es bei der Lohnzahlung zu

solch ausgedehnten Protestaktionen, daß Polizei eingesetzt werden mußte. Ebenso fand Anfang Juni 1939 an den Westwallbauten eine Reihe von Streiks und kleineren Protestdemonstrationen statt, die in einigen Fällen unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei standen. Die Partei hatte in mehreren Flugblättern die Forderungen der Arbeiter formuliert. Die Bewegung richtete sich vor allem gegen die schlechte Ernährung, ungenügende Unterstützung der Familien, Urlaubsverweigerung, mangelhafte Fahrgelegenheit von und zur Arbeitsstelle, fehlende Schutzbekleidung und anderes. Die Naziregierung mußte erhebliche Zugeständnisse machen, weil es ihr nicht gelang, die Unzufriedenheit durch Terror zu ersticken.

In Hamburger Großbetrieben und Werften organisierten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam mit parteilosen Arbeitern den Kampf gegen den Zehnstundentag, gegen Überstunden, Akkord- und Sonntagsarbeit. Sie erreichten, daß bei Blohm & Voß Ende Juli 1939 die Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter entgegen dem angeordneten Lohnstopp erheblich erhöht werden mußten. In einem Aufruf vom August 1939 wurden die Arbeiter von Blohm & Voß aufgefordert, wachsam gegenüber weiteren Versuchen zu sein, die Ausbeutung zu verschärfen. Die Arbeiter der anderen Werft- und Metallbetriebe der Wasserkante wurden aufgerufen, ebenfalls die Heraufsetzung der Löhne zu verlangen und im Kampf für bessere Löhne und Lebensbedingungen, für Frieden und für den Sturz des Hitlerregimes die Einheitsfront herzustellen.

Im Sommer 1939 verstärkten die deutschen Faschisten ihre Aggressionsvorbereitungen gegen Polen. Den Zeitplan für den militärischen Überfall hatte das faschistische Oberkommando am 22. Juni 1939 fertiggestellt. Im Juli begann der Aufmarsch deutscher Truppen an den polnischen Grenzen. Immer drohender erhob sich damit die Gefahr eines Weltkrieges, nachdem schon an mehreren Stellen des Erdballs Kriege tobten. In dieser Situation spielten die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens entgegen den Interessen und Forderungen ihrer Völker ein Doppelspiel. Die wiederholten Vorschläge der Sowjetunion für eine gemeinsame Abwehr der faschistischen Aggressoren waren an der Haltung der Westmächte gescheitert. Vom 11. bis 21. August fanden in Moskau auf Initiative der Sowjetunion Verhandlungen von Militärkommissionen Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR über den Abschluß eines Beistandspaktes statt. Bei diesen Verhandlungen stellte sich endgültig heraus, daß Frankreich und Großbritan-

nien im Falle der Entfesselung eines Krieges durch Deutschland keine Koalition mit der Sowjetunion bilden würden. Gleichzeitig mit den Besprechungen in Moskau, bei denen die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens keinerlei Mandate für einen Vertragsabschluß hatten, führte die britische Regierung Geheimverhandlungen mit der Hitlerregierung. Sie schlug Hitler vor, einen Nichtangriffspakt und ein Abkommen über die Aufteilung der Welt in Einflußsphären abzuschließen und auch China und die Sowjetunion in diese Aufteilung einzubeziehen. Gleichzeitig versprach sie, die Verhandlungen mit der UdSSR abzubrechen und deutete die Möglichkeit einer Preisgabe Polens durch Großbritannien an. Alles das zeigte deutlich die Absicht der reaktionären Kreise der Westmächte, die Sowjetunion und Hitlerdeutschland in eine Frontstellung gegeneinander zu bringen und den faschistischen deutschen Imperialismus als Stoßtrupp gegen den Osten zu benutzen. Einflußreiche Kreise der Westmächte hegten gegenüber Hitler und dem deutschen Imperialismus Illusionen.[99] Sie glaubten, daß sie Hitler und die hinter ihm stehenden Kräfte lenken könnten.

Die Sowjetunion befand sich in einer schwierigen und komplizierten Lage. Nicht nur vom Westen, sondern auch vom Osten zog die Gefahr eines Krieges gegen sie drohend herauf. Schon 1937 hatten die japanischen Imperialisten einen Krieg gegen China entfesselt. Die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion wurden immer gespannter. Im Jahre 1938 führten die japanischen Militaristen einen bewaffneten Überfall auf sowjetisches Territorium in der Nähe von Wladiwostok durch. Im Sommer 1939 drangen starke japanische Kräfte in das Gebiet der Mongolischen Volksrepublik ein, mit der die Sowjetunion seit 1936 durch einen Vertrag über gegenseitige Hilfe verbunden war.

Während die Sowjetunion im Fernen Osten bereits Kampfhandlungen führen mußte, wurden im Westen die Aggressionsabsichten Hitlerdeutschlands und die beabsichtigte Bildung eines gemeinsamen imperialistischen Blocks gegen die UdSSR zu einer akuten Gefahr. Der Sowjetunion drohte infolge dieser Lage bei völliger Isolierung ein Zweifrontenkrieg. Diese Gefahr abzuwenden war nicht nur eine Lebensfrage für das Sowjetland. Die Interessen der Werktätigen aller Länder, der internationalen Arbeiterbewegung, die Interessen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt erforderten die Erhaltung und Sicherung des ersten sozialistischen

[99] Dokument Nr. 55.

Staates. Die Regierung der Sowjetunion faßte deshalb den schweren Entschluß, einem deutschen Angebot folgend, am 23. August mit der Hitlerregierung einen Nichtangriffspakt auf zehn Jahre abzuschließen. Das war in der damaligen Situation ein notwendiger Schritt der sowjetischen Außenpolitik.

Die Sowjetregierung hegte dabei keinerlei Illusionen gegenüber der Vertragstreue des Hitlerregimes. Der Vertrag durchkreuzte die Bildung einer antisowjetischen Front der mächtigsten imperialistischen Länder. Die Sowjetunion gewann weitere Jahre für den sozialistischen Aufbau. Die Entscheidung, die von der Sowjetregierung mit dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages getroffen wurde, beeinflußte in vielem den für die UdSSR und die freiheitsliebenden Völker günstigen Ausgang des zweiten Weltkrieges.

Das Zentralkomitee der KPD veröffentlichte nur wenige Tage später eine Erklärung zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes.[100] Darin wurde der Pakt begrüßt, „weil er nicht wie das Bündnis Hitlers mit Mussolini und den japanischen Militaristen ein Instrument des Krieges und der imperialistischen Vergewaltigung anderer Völker, sondern ein Pakt zur Wahrung des Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist. Die durch den Pakt geschaffene außenpolitische und innenpolitische Lage stellt aber vor alle Antifaschisten, vor alle friedens- und freiheitsliebenden Deutschen große Aufgaben, die im verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur gelöst werden müssen."[101] Von vornherein war dieser Vertrag von Hitler nur auf kurze Dauer berechnet. Der Nichtangriffspakt änderte nichts an der Aggressivität des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus und nichts an seinen grundlegenden Zielen, über Europa und große Teile der Welt die Herrschaft zu errichten. Deshalb konnte nur das deutsche Volk der Garant für die Einhaltung des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion sein. Das Zentralkomitee der KPD erklärte: „Nur wenn das deutsche Volk selbst das Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein. Vertraut nur auf eure eigene Kraft!"[102]

100 Dokument Nr. 56.

101 Aus der Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. I, 1. Halbbd., Berlin 1955, S. 330/331.

102 Ebenda, S. 332.

Mit dieser richtigen Einschätzung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes gab das Zentralkomitee die politische Orientierung für die ideologische Arbeit der Parteiorganisationen in den komplizierten Wochen und Monaten nach Kriegsbeginn. Obwohl die Nachricht über den Abschluß des Nichtangriffspaktes bei den deutschen Kommunisten im Lande und in der Emigration zunächst Überraschung und hier und da auch Unverständnis und Verwirrung auslöste, erkannte die Mehrheit der Parteimitglieder doch die Notwendigkeit dieses Schrittes der sowjetischen Außenpolitik. Illegale Parteiorganisationen stimmten in Erklärungen der Stellungnahme des Zentralkomitees zu.

Mit dem Übergang zur Politik der offenen Annexionen hatte der deutsche Faschismus seinen Terror und die Unterdrückung wesentlich verstärkt. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte in ihrem Kampf gegen die faschistische Diktatur und den drohenden Krieg große Opfer gebracht. Viele bewährte Parteikader waren in die Hände der Faschisten gefallen. Bis zum Kriegsbeginn hatte die Partei etwa 60 bis 70 Prozent ihrer bewährten und erfahrenen Mitglieder verloren. Insgesamt waren bis zum selben Zeitpunkt allein durch Gerichtsverfahren in Deutschland 225 000 Männer und Frauen zu rund 600 000 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Etwa eine Million Deutscher hatte für längere oder kürzere Zeit in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Faschisten gesessen.

Diese Zahlen beweisen, daß Hunderttausende der besten Deutschen niemals den Kampf für die Lebensinteressen der Nation, gegen Faschismus und Krieg aufgegeben hatten.[103] Aber der Kommunistischen Partei Deutschlands und den mit ihr zusammen kämpfenden Sozialdemokraten allein gelang es nicht, noch vor Ausbruch des Krieges eine geschlossene antifaschistische Kampffront zu bilden. Die opportunistische Politik des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes hinderte die Herausbildung der Aktionseinheit der antifaschistischen Arbeiter und einer deutschen Volksfront.

Dem Hitlerfaschismus war es gelungen, durch zügellosen Terror, durch massiven ideologischen Druck und durch demagogische soziale und nationale Propaganda große Teile des deutschen Volkes chauvinistisch zu verhetzen oder in Passivität und Resignation zu versetzen. Die über Jahrzehnte betriebene nationalistische und antikommunistische Verhetzung hatte dazu geführt, daß die faschistische Ideologie tief in das Denken breiter Schichten unseres Volkes hatte eindringen

103 Dokument Nr. 57.

können. Diese Ideologie versperrte vielen Deutschen den Blick dafür, daß der Feind des Volkes und der Nation die Unterdrücker im eigenen Lande, die deutschen faschistischen Machthaber in Politik und Wirtschaft und die Militaristen waren. Die deutschen Faschisten vermochten daher den zweiten Weltkrieg zu entfesseln, ohne auf größeren Widerstand im Lande zu stoßen.

Kapitel XI

Der vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselte zweite Weltkrieg. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD für die Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerdiktatur. Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR und der Große Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee
(Periode von September 1939 bis Mai 1945)

Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den faschistischen deutschen Imperialismus. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD für die Beendigung des Krieges und den Sturz der Hitlerdiktatur (September 1939 bis Juni 1941)

1. Die neuen Aufgaben der KPD, ihr Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die rasche Herbeiführung eines Volksfriedens

Am 1. September 1939 entfesselte der faschistische deutsche Imperialismus den zweiten Weltkrieg.[1] 55 Divisionen, 2500 Panzer und 2000 Flugzeuge brachen in Polen ein. Der unmittelbare Vorwand für diese Aggression war der fingierte Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz in Schlesien, den Angehörige der SS in polnischer Uniform am 31. August ausgeführt hatten. Diese Provokation sollte die Weltöffentlichkeit und das deutsche Volk über die wahren Kriegsschuldigen täuschen. Hitler hatte wenige Monate vorher den militärischen Oberbefehlshabern offen gesagt, daß der Entschluß bestehenbleibe, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen"[2]. Am 3. September

[1] Dokument Nr. 58.

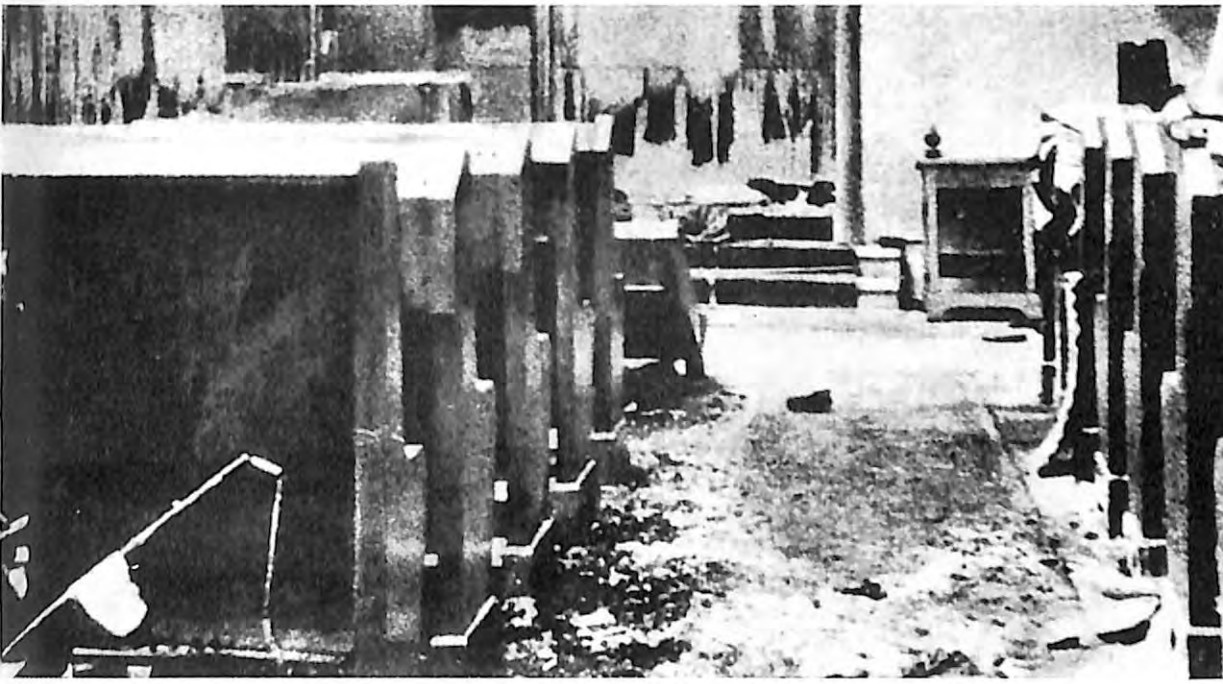
[2] Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, Bd. II, Berlin 1962, S. 165.

verkündeten die britische und die französische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland. So war der Krieg, auf den der deutsche Imperialismus und Militarismus seit ihrer Niederlage im Jahre 1918 hingearbeitet hatten, zur Tatsache geworden. Jetzt bestätigte sich, was die KPD schon vor 1933 wiederholt gesagt hatte: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Die Mehrheit des deutschen Volkes hatte diese Warnung leider nicht beachtet.

Die Hitlerwehrmacht drang rasch nach Osten vor, eroberte große Teile Polens und schloß die Hauptstadt Warschau ein. Die polnische Armee kämpfte heldenhaft und wurde bei der Verteidigung Modlins, Warschaus und anderer Städte von den Werktätigen aktiv unterstützt. Sie unterlag jedoch dem materiell-technisch überlegenen Aggressor. Nach wenigen Wochen ungleichen Kampfes mußte sie kapitulieren. Die bürgerliche Regierung hatte mit ihrer volksfeindlichen antisowjetischen Innen- und Außenpolitik Polen politisch und militärisch isoliert und zur Niederlage geführt. Sie floh am 17. September nach Rumänien. Das polnische Volk aber führte einen gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieg, mit dem es seinen langjährigen Kampf gegen die Gewaltpolitik des deutschen Imperialismus, für die nationale Selbständigkeit und Freiheit Polens fortsetzte.

Für das polnische Volk begann nach der Kapitulation der polnischen Armee die nazistische Okkupation, eine Zeit rücksichtsloser Ausplünderung, grausamer Unterdrückung und bestialischer Ausrottung. Hitlerdeutschland annektierte die industriell entwickelten Gebiete West- und Nordpolens und bildete aus dem Rest des Landes das sogenannte Generalgouvernement. Die Okkupation Polens war der erste Schritt des deutschen Monopolkapitals zur Verwirklichung der langfristig vorbereiteten Pläne der Germanisierung und Kolonisierung der osteuropäischen Länder. Die Okkupanten konnten den Widerstandswillen des polnischen Volkes jedoch nicht brechen. Angesichts der Bedrohung der Existenz der polnischen Nation durch den deutschen Faschismus erhob es sich zum nationalen Befreiungskampf, in dessen erster Reihe die Arbeiterklasse stand. Organisator und Führer dieses Kampfes waren die polnischen Kommunisten.

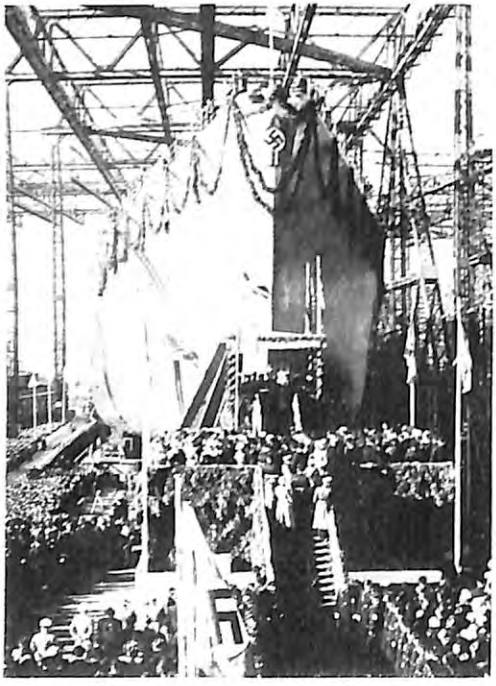
Nach ihrer Kriegserklärung verkündeten die britische und die französische Regierung offiziell, die im März, Mai und August Polen gegebenen Garantieversprechen einlösen zu wollen. Tatsächlich aber führten 110 französische und 5 britische Divisionen keine Kampfhandlungen zur Unterstützung Polens gegen die 31 deutschen Divi-

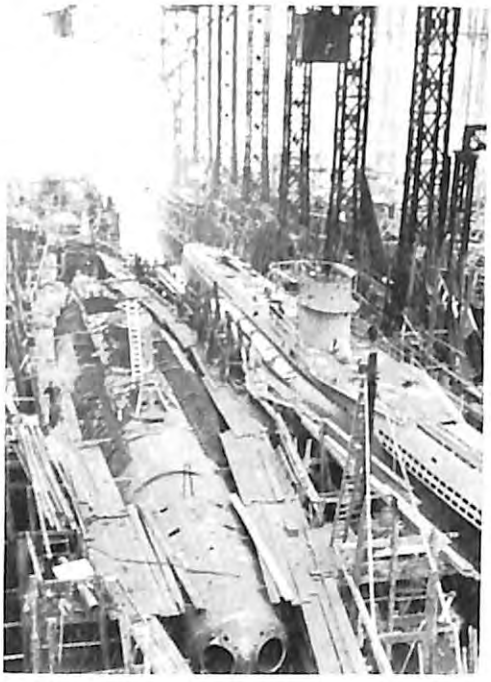


So wüteten die Nazis in der „Kristallnacht" in einer Synagoge, November 1938



In ganz Deutschland werden jüdische Bürger in Konzentrationslager verschleppt





Aufrüstung Hitlerdeutschlands





Einheiten der faschistischen Wehrmacht marschieren in Österreich ein, 12. März 1938



Einheiten der faschistischen Wehrmacht besetzen Prag, 15. März 1939



Kriegsausbruch.
Faschistische Truppen fallen in Polen ein, 1. September 1939

Im September 1939.Kriegsausbruch.

"Ich rufe die Jugend der Welt."

Es ist noch garnicht so lange her,als diese sechs Worte aus dem Olympia-Stadion verklungen sind.Junge Berliner und junge Berlinerinnen, gedenkt Ihr noch des ehrlichen und sportlichenWettkampfes mit jungen Engländern,Franzosen,Polen und vielen Anderen?Wieviel hat sich nun mit einem Mal an diesem friedlichen Streben geändert.Diese,unsere jungen, lachenden Sportsfreunde,Arbeiter,Angestellte und Lehrlinge sollen plötzlich allesamt unsere vorhinigen Feinde sein?Wir sollen jetzt,anstatt mit Speer,Fußball,Diskus usw. diesen jungen Menschen mit den grausamsten und fürchterlichsten Mordmaschinen gegenübertreten?Alle jene,die uns garnichts getan haben,sollen wir grundlos ermorden? Jawohl,grundlos! Es gibt nichts in der Welt, was diesen [illegible] rechtfertigen könnte.Denkt daran,sie alle haben Väter,Mütter,Brüder und Schwestern,genau so wie Ihr.Sie alle verdammen ein solches neues Völkermorden bis in die tiefsten Tiefen Ihres Herzens genau wie Ihr.Kaum 20 Jahre sind vergangen seit dem großen Blutbad und schon [illegible] die Beschütze wieder gegeneinander.Und warum das?Die Antwort darauf ist nicht schwer.Als Ihr auf dem Sportplatz standet,da war der Verrat schon längst im Gange.Die falschen"Führer" Deutschlands waren bereits am Werke,ihre "Raubpolitik"gegenüber Spanien,Österreichund Tschechoslowakei festzulegen. Jeder Deutsche,der von der Einmischung Deutschlands in Spanien sprach, sollte schwer bestraft werden.Der "falsche Führer " ordnete ein Gesetz, wonach deutsche Soldaten nicht auf fremden Boden kämpfen sollten.Drei Jahre später,als die Vergewaltigung Spaniens gelungen vergab der " falsche Führer" offen zu,daß er hauptbeteiligt war am spanischen Mord.Inzwischen schritt Österreich "heim".Tage vor der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erklärte der "Führer" vor aller Welt feierlich:"Ich will keine Tschechen in meinem Reiche haben".Das war also eine bewußte Lüge. Wir glauben,daß es sich an den Skodawerken jetzt genau so gut verdient, wie [illegible] Siemens,AEG. Borsig usw.Nachdem erklärte derselbe "falsche Führer" " [illegible] habe in Europa keine territorialen Forderungen mehr." Das war wieder eine bewußte Lüge.Jetzt hat der Führer das deutsche Volk und die deutsche Jugend auf den Weg gebracht, der zur Katastrophe führt. Hitler will das Blut der deutschen Nation opfern wegen der Machtgier der wenigen großdeutschen Großkapitalisten.Überlegt einmal,was die deutschen Rüstungsfönige an Weltkriegsprofit verdient haben mögen? An spanischen Blut? Am tschechischen Blut?Deutsche Jugend,an Deinem Blut wollen sie wieder verdienen! Das soll und darf nicht sein.

Berliner Jugend wehre Dich und empör Dich.

Setzt den Kriegstreibern überall schärfsten Widerstand entgegen.

Berliner Mädels!Auf Euch kommt es an.Weigert Euch Munition herzustellen.

Je schneller Ihr handelt,desto kürzer ist der Krieg.

Denkt an unsere 2Millionen toten Väter und Brüder des Weltkrieges,das darf niemals wieder soweit kommen!

Nur der Sturz Hitlers und seiner Kriegsverbrecherbande bringt den Frieden.

Kommunistischer Jugendverband.
(Berlin-Süd.)

Flugblatt der von den Kommunisten Heinz Kapelle und Erich Ziegler geleiteten Widerstandsorganisation in Berlin, September 1939



Antifaschistische Handzettel

LAS FREIE WORT!

Und Frieden auf Erden....
Wollen wir deutschen Arbeiter den Frieden? Ja wir wollen Frieden, wollen einen dauerhaften Frieden, einen Frieden, der nicht wieder eine Atempause zu neuen Kriegen bedeutet! Wir wollen kein neues Versailles, ganz gleich wer es diktieren würde! Kann Hitler diesen Frieden bringen? nein, das kann weder er, noch seine Plutokraten-Klikke, noch überhaupt die raublustige Bourgoisie! Diesen Frieden müssen wir deutschen Arbeiter uns mit der Waffe in der Hand erringen und sichern! Die Opfer des Krieges sind für uns Arbeiter sinnlos, sie kommen uns nicht zu Gute, wohl aber unseren Plutokraten von Stahl, Eisen und Chemie. Wir sind bereit Opfer zu bringen und sind uns im Klaren darüber daß diese Opfer gebracht werden müssen für eine friedliche Zukunft, für eine Zukunft ohne Ausbeuter, für eine Zukunft in der auch wir Arbeiter an den Gütern des Volkes teilhaben werden! Wir versichern der Nazi-plutokratenklique, daß diese Opfer [illegible] werden!
Dies sind die Gedanken des deutschen Arbeiters!

Weisst Du schon:
daß der "Gauleiter" Hitler Hauptinhaber des Eher-Verlages ist
daß Goebbels bei Tefunken, Göring bei BMW und den Göringwerken Hauptaktionär ist?
daß die Hälfte des deutschen Volkseinkommens, das heisst die Hälfte deiner Arbeit, in die Steuerkassen fließt?
daß die Besatzungsverwaltung in Lettland unter anderen sozialen Massnahmen, die sofortige Lohnerhöhung um 40% durchgeführt hat?

Was sollen wir tun?
[illegible] arbeiten!
nichts in die Nazisammelbüchsen, stattdessen politischen Gefangenen und ihren Angehörigen helfen!
Solidarität über das Klassenziel [illegible]!
Verlängerung der Arbeitszeit ablehnen! Auf einem Grossbau in Tempelhof sollte kürzlich die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert werden. Die Arbeiter hörten aber zur gewohnten Zeit geschlossen mit der Arbeit auf. Durch ihre Solidarität wurde die Verlängerung verhindert!
Unsere Flugblätter verbreiten und selbst neue Flugblätter mit unseren Parolen verfassen!
Verhindern, daß unbesonnene Kameraden dies Flugblatt zur Polizei bringen. Sie bringen dadurch nur sich selbst und ihre Kameraden bei der Polizei in Verdacht und haben unangenehme Nachforschungen zu erwarten!

Für Freiheit, Brot und Frieden — Hitlers Sieg - Früher Krieg!
Krieg dem WahnsinnsKriege! — Volkes Sieg-Bedeutet den Krieg!

DAS DEUTSCHE FREIHEITSSPRACHROHR!

Eine Seite der antifaschistischen Flugschrift „Das freie Wort", 6. Folge,
hergestellt und verbreitet durch junge Berliner Kommunisten unter Leitung Hanno Günthers

Sonderausgabe

Berliner Volkszeitung

Für Frieden, Freiheit, Demokratie!

Unser Volk will den Frieden!

Wen erfüllt der Gedanke an Frieden nicht mit neuer Hoffnung und Zuversicht — Wer denkt dabei nicht an die Wochen größter Sorge und Bangigkeit? Wochen in denen Frauen und Mütter um das Schicksal ihrer Männer und Söhne zitterten. Nächte, die ihnen in peinigender Angst die Ruhe zum Schlaf raubten.

Mit Beendigung des Krieges in Polen hofften viele, daß Frieden werden würde. Aber der Glaube hat sich als trügerisch erwiesen Selbst die Naziführer, die die Hoffnung auf baldigen Frieden nährten, können sich nicht mehr getrauen, die Wahrheit zu verschweigen.

Ley erklärte auf der Handelstagung:

> Wie lange der Krieg dauert, weiß niemand. Aber, daß das deutsche Volk am Ende dieses Krieges in der gleichen Verfassung sein wird, ist uns allen eine Selbstverständlichkeit.

Hitler sagte in München:

> Wie lange der Krieg dauert, spielt keine Rolle. Was immer auch im einzelnen uns an Opfern zugemutet wird das wird vergehen und ist belanglos.

Hat der Krieg in Polen noch nicht genug Opfer gekostet? Hat er unserm Volk noch nicht genug Leid und Not gebracht? In Wahrheit wurden bereits nach zwei Wochen Krieg im Kriegsministerium 72000 Tote gemeldet. Aber die Führer, weit vom Schusse, sprechen vom Durchhalten

Wofür das alles mußte das so sein?

Diese Frage drängt sich unserem Volke auf. — Hitler, der nicht Frau und Kind hat und nicht den Schmerz zerstörten Familienglückes kennt, gab den Marschbefehl. Er behauptete, es ginge um die Heimholung Danzigs und der ehemaligen deutschen Gebiete zum Reich. Man fragt sich, dafür mußten Hundert tausende Söhne unseres Volkes ihr Leben lassen Und dafür mußte ein Land in Trümmer gelegt und seine Bewohner zu Hunderttausenden abgemetzelt werden.

Titelblatt der achtseitigen Sonderausgabe der „Berliner Volkszeitung", hergestellt und verbreitet durch die kommunistische Parteiorganisation des Unterbezirks Berlin-Adlershof nach Ausbruch des Krieges

sionen an der Westfront. Die USA erklärten am 5. September ihre Neutralität im deutsch-polnischen Krieg. Damit ermöglichten die imperialistischen Westmächte den Hitlerfaschisten, Polen ungestört zu erobern. Die britische und die französische Regierung hofften immer noch, daß es ihnen gelingen werde, die faschistischen Aggressoren gegen die UdSSR zu lenken. Aus diesem Grunde provozierten sie im Winter 1939/1940 den Krieg Finnlands gegen die Sowjetunion und unterstützten diesen Verbündeten Deutschlands mit Waffen und Geld. Außerdem bereiteten die britisch-französischen Generalstäbe bereits seit Herbst 1939 Pläne für einen Überfall auf den Süden der UdSSR vor. So führten Großbritannien und Frankreich in Westeuropa einen Krieg, der in der ganzen Welt als „seltsamer Krieg" bezeichnet wurde und der seinem Wesen nach die Fortsetzung der betrügerischen antisowjetischen Münchener „Befriedungs"-Politik mit neuen Methoden war.

Der zweite Weltkrieg begann als Zusammenstoß zweier kapitalistischer Koalitionen: des faschistischen Blocks unter Vorherrschaft Hitlerdeutschlands und des britisch-französischen Blocks. Der Krieg entsprang den Widersprüchen des imperialistischen Systems. Er war die unmittelbare Fortsetzung der langjährigen Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Großmächten in der Vorkriegszeit, wobei Deutschland als Hauptaggressor auftrat. Der faschistische Imperialismus verfolgte im zweiten Weltkrieg imperialistische Raub- und Klassenziele. Er führte den Krieg nicht nur um die Beherrschung Europas und um die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten, sondern letztlich um die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne. Er strebte danach, die revolutionäre Arbeiterbewegung, alle demokratischen und nationalen Bewegungen in Europa und in anderen Erdteilen zu zerschlagen und vor allem die Sowjetunion zu vernichten. Hitler erklärte mit zynischer Offenheit: „Die wirtschaftlichen Probleme müssen auch gelöst werden ... Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist dies nicht möglich."[3] Die aggressive, antinationale Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus war seit ihrer gesetzmäßigen Niederlage im ersten Weltkrieg stets darauf gerichtet, die Ergebnisse dieses Krieges zu revidieren, die Eroberung der Weltherrschaft erneut zu versuchen und die ungeteilte Herrschaft des kapitalistischen Systems in der Welt wieder-

[3] Ebenda, S. 164.

herzustellen. Der zweite Versuch des deutschen Imperialismus innerhalb von fünfundzwanzig Jahren, seine Weltherrschaft zu errichten, war von Anfang an zur unvermeidlichen Niederlage verurteilt und setzte die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel.

Auch die britische und die französische Regierung verfolgten imperialistische Kriegsziele. Sie wollten im Krieg, unterstützt von den USA, die eigenen imperialistischen Interessen sichern, Deutschland als gefährlichen Konkurrenten ausschalten und die eigene Großmachtstellung in Europa behaupten. Der zweite Weltkrieg begann also als ein beiderseits ungerechter, imperialistischer Krieg. Getrieben von blindem Haß gegen die Sowjetunion, versuchten die britische und die französische Regierung gleichzeitig, die faschistischen Aggressoren gegen den ersten sozialistischen Staat zu lenken. Der Antikommunismus war die Triebkraft ihrer Innen- und Außenpolitik. Die wachsenden Widersprüche im imperialistischen System und die kluge Außenpolitik der UdSSR verhinderten jedoch das Entstehen einer antisowjetischen Einheitsfront der kapitalistischen Staaten.

Der zweite Weltkrieg unterschied sich wesentlich vom ersten. Das war bedingt durch die neue geschichtliche Situation und durch die gewachsene Rolle der Volksmassen, vor allem durch die Existenz der UdSSR, deren Kampf gegen die Ausweitung der Aggression und für den Frieden die internationale Entwicklung stark beeinflußte. So überschritt am 17. September die Rote Armee die sowjetisch-polnische Grenze und nahm Westbelorußland und die Westukraine unter ihren Schutz, die nach der Intervention der polnischen Imperialisten gegen den jungen sozialistischen Staat im Jahre 1920 mit Hilfe anderer imperialistischer Mächte gewaltsam von Sowjetrußland abgetrennt worden waren. Damit rettete die Sowjetunion mehr als zwölf Millionen Belorussen und Ukrainer vor der unmittelbar drohenden faschistischen Versklavung. Gleichzeitig verlegte sie damit zeitweilig der Aggression des deutschen Imperialismus den weiteren Weg nach Osten. Am 28. September unterzeichneten die UdSSR und Deutschland einen Vertrag, nach dem die Westgrenze des Sowjetstaates etwa entlang der sogenannten Curzon-Linie festgelegt wurde, die schon 1919 von Frankreich, Großbritannien, den USA und anderen Ländern als Grenze zwischen Sowjetrußland und Polen vorgeschlagen worden war. Der Oberste Sowjet der UdSSR beschloß im November 1939 auf die Bitte der Bevölkerung die Aufnahme Westbelorußlands und der Westukraine in die Sowjetunion und ihre Wiedervereinigung mit der Belo-

russischen und der Ukrainischen SSR. Die Verschiebung der sowjetischen Grenze nach dem Westen und der Abschluß von Verträgen über gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Estland, Lettland und Litauen waren ein bedeutender Beitrag zur Festigung der Sicherheit der Sowjetunion, zum gemeinsamen Kampf der Völker gegen die Hitleraggression.

Die beiden gegeneinander kämpfenden Koalitionen stellten keine Wiederholung des Dreibundes und der Entente aus der Zeit des ersten Weltkrieges dar. Der faschistische Imperialismus verkörperte die reaktionärsten gesellschaftlichen Kräfte, verfolgte die räuberischsten Kriegsziele und führte den ungerechtesten Krieg. Um sein Ziel, die Errichtung seiner Weltherrschaft, zu erreichen, scheute er nicht vor der Versklavung und Ausrottung ganzer Völker zurück.

Obwohl der zweite Weltkrieg als ein beiderseits imperialistischer Krieg begann, enthielt er von Anfang an Elemente eines gerechten, antifaschistischen Krieges auf der Seite der gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Völker und Kräfte. Seit Kriegsbeginn entwickelte sich in den vom deutschen Imperialismus unterjochten oder bedrohten Ländern der antifaschistische Befreiungskampf der freiheitsliebenden Völker für ihre nationale Existenz und Unabhängigkeit, für die Rettung der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts vor der Hitlerbarbarei. Davon zeugten anschaulich der nationale Befreiungskampf des österreichischen, des tschechoslowakischen und des polnischen Volkes sowie die antifaschistische Bewegung der Werktätigen in anderen Ländern. Dieser Kampf war vor allem Ausdruck des Protestes breitester Volksmassen gegen den Hitlerfaschismus, den Raubkrieg und die imperialistische Gewaltpolitik des deutschen Monopolkapitals. Er richtete sich aber auch gegen die reaktionären Kräfte im eigenen Lande, die mit den faschistischen Okkupanten paktierten oder die profaschistische, antisowjetische Politik des „seltsamen Krieges" verfolgten und die nationalen Interessen der Völker verrieten. In diesem Kampf, dessen Hauptkraft die Arbeiterklasse war, nahmen die Kommunisten einen führenden Platz ein. Im weiteren Verlauf des Krieges verstärkte sich dieser Volkskampf immer mehr. Der widersprüchliche Charakter des Krieges zeigte sich außerdem darin, daß Frankreich und Großbritannien sowie die unterjochten und bedrohten Völker Europas in Hitlerdeutschland einen gemeinsamen Feind hatten. Somit war der zweite Weltkrieg in seinem Anfangsstadium eine ungleich kompliziertere gesellschaftliche Erscheinung als der erste Weltkrieg.

Auch nach Kriegsausbruch kämpften die kommunistischen Parteien entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale unbeirrbar für den Zusammenschluß aller Kräfte gegen den Faschismus. Dieser Kampf war darauf gerichtet, den Faschismus und vor allem den Hitlerfaschismus zu beseitigen, da er das Haupthindernis für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt darstellte. Angesichts der veränderten internationalen Situation war es notwendig, daß die kommunistischen Parteien den Charakter des Krieges einschätzten, die Stellung zu ihm bestimmten und ihre neuen Aufgaben festlegten. Die internationale kommunistische Bewegung beurteilte von den ersten Kriegstagen an den Charakter des zweiten Weltkrieges richtig. Anfang November erklärte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in einem Aufruf[4]: „Die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs und Deutschlands führen Krieg *um die Herrschaft über die Welt*. Dieser Krieg ist die Fortsetzung des vieljährigen imperialistischen Streites im Lager des Kapitalismus... Das ist der wahre Sinn dieses Krieges, der ein ungerechter, reaktionärer und imperialistischer Krieg ist."[5] Gleiche Einschätzungen trafen die kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens, der USA und anderer Länder.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale formulierte auch die neue taktische Linie der kommunistischen Weltbewegung in den Fragen des Krieges und des Friedens. Sie fand ihren Ausdruck in der Losung: „Keinerlei Unterstützung der Politik der herrschenden Klassen, die darauf gerichtet ist, das imperialistische Gemetzel fortzusetzen und zu schüren!"[6] Gleichzeitig rief das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die internationale Arbeiterklasse, alle demokratischen und friedliebenden Kräfte auf, für die sofortige Beendigung des räuberischen, ungerechten, imperialistischen Krieges zu kämpfen. In einer gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei vom 2. November zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges hieß es: „Die Kommunisten setzen alle Kräfte ein, um den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse mit dem nationalen Freiheitskampf der Tschechen, Slowaken, Österreicher und Polen zu einer

[4] Dokument Nr. 65.

[5] Kommunistische Internationale (Stockholm), November 1939, S. 1105/1106.

[6] Ebenda, S. 1111.

festen Einheit gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden."[7] Die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens wandten sich in einem gemeinsamen Aufruf vom Dezember entschieden gegen den imperialistischen Krieg und forderten einen sofortigen Friedensschluß.

Entsprechend der politischen Orientierung bestand die vorrangige Aufgabe der kommunistischen Parteien deshalb darin, die Antikriegskräfte aller Länder zusammenzuschließen und zu Aktionen gegen die Ausweitung des imperialistischen Krieges und für die Beendigung des Krieges und den unverzüglichen Friedensschluß zu führen. Insbesondere mußten die Pläne reaktionärer Kräfte des Weltimperialismus durchkreuzt werden, den Krieg in einen antisowjetischen Krieg zu verwandeln. Die imperialistischen Zielsetzungen der Westmächte mußten zurückgedrängt werden; die Volksmassen in den gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Ländern mußten den entscheidenden Einfluß auf die Kriegführung erzwingen. Deshalb forderten die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Großbritanniens unter anderem auch die Entfernung der Münchener „Befriedungs"-Politiker aus den Regierungen dieser Länder. Nur so konnte die reaktionäre Politik des „seltsamen Krieges" überwunden und der Krieg gegen Hitlerdeutschland in einen gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieg verwandelt werden. Trotz großer Schwierigkeiten und trotz gewisser sektiererischer, doktrinärer Erscheinungen wurde diese politische Orientierung zur Richtschnur für das praktische Handeln der kommunistischen Parteien, die getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit ihrer Länder kämpften.

In Deutschland war die KPD die einzige politische Kraft, die vom ersten Kriegstage an die Aggression Hitlerdeutschlands als imperialistische Eroberung entlarvte und den Widerstand gegen das Hitlerregime und seine räuberische Kriegspolitik organisierte. Damit setzte sie auch nach Kriegsbeginn ihre wahrhaft nationale Politik und ihren entschlossenen Kampf gegen den faschistischen deutschen Imperialismus konsequent fort. Unermüdlich erläuterte sie der Arbeiterklasse und dem ganzen Volke, warum die Politik des Monopolkapitals gesetzmäßig zur Katastrophe für Deutschland führen mußte. Bereits am

7 Aus der gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, S. 335.

2. September erörterte das Politbüro des ZK der KPD die neue Lage und die neuen Aufgaben der Partei nach Kriegsausbruch. Es erklärte, daß die KPD gegen die Ausweitung des Krieges, für dessen rasche Beendigung und für die Lösung der strittigen Fragen auf internationalen Konferenzen der daran interessierten Länder kämpfe. „Die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Deutschen verurteilen aufs schärfste die nationale Unterdrükkung, den furchtbaren Terror, wie die Germanisierungsmaßnahmen der deutschen Okkupanten. Das deutsche Volk kann selbst nicht frei sein und in Frieden leben, solange es zuläßt, daß die herrschende Klasse Deutschlands andere Völker unterdrückt"[8], hieß es in einer der Erklärungen der KPD. Der Krieg stellte allen deutschen Antifaschisten die Aufgabe, sich zusammenzuschließen und alle gegen Hitler opponierenden Kräfte für den Sturz des faschistischen Regimes und für die Beendigung des Krieges zu mobilisieren. Deshalb forderte das ZK der KPD in der Erklärung vom 3. September[9] „alle Antifaschisten in Deutschland und in der Emigration auf, jetzt erst recht zäh und beharrlich im Sinne der Einigung der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Opposition zu wirken..."[10] Die KPD brachte in diesem Dokument die Überzeugung zum Ausdruck, daß aus der antifaschistischen Zusammenarbeit „von Kommunisten und Sozialdemokraten an der Front wie im Hinterlande, aus der Kameradschaft der Soldaten und Arbeiter untereinander, ... aus dem einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse die revolutionäre Einheitspartei hervorwachsen wird, die in der Lage ist, das ganze deutsche Volk zu führen"[11].

Eine erste ausführliche politische Orientierung und praktische Anleitung für den weiteren antifaschistischen Kampf unter den Bedingungen des Krieges enthielt der „Brief der Parteileitung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande über die Aufgaben der Partei" vom 21. Oktober.[12] In ihm analysierte die Parteiführung die neue internationale Situation, den Charakter, die Ziele und die Perspektiven des Krieges und erläuterte die neuen Aufgaben der illegalen Organisationen der KPD im antifaschistischen Kampf. Sie hob hervor,

8 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 3.

9 Dokument Nr. 59.

10 Die Welt (Stockholm), 1939, Nr. 1, S. 17.

11 Ebenda.

12 Dokument Nr. 64.

daß nunmehr jede Parteiorganisation, jeder Kommunist vor allem Klarheit über den imperialistischen Charakter des Krieges haben und imstande sein müsse, alle Lügen der kriegführenden Mächte über ihre Kriegsziele zu widerlegen. Das ZK der KPD stellte den illegalen Parteiorganisationen die Aufgabe, breitesten Bevölkerungskreisen den Charakter des Krieges, den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die Friedenspolitik der UdSSR und die Bedeutung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk zu erläutern und alle antisowjetischen Aggressionspläne zu entlarven. Dabei sollten sie die durch den Nichtangriffsvertrag gegebenen neuen Möglichkeiten für die illegale Arbeit nutzen, die soziale Demagogie und die antinationale Politik der Hitlerfaschisten enthüllen und die Wahrheit über den Sozialismus in der Sowjetunion verbreiten. Als eine wichtige Aufgabe der illegalen Parteiorganisationen betrachtete das ZK der KPD die straffere Organisierung des antifaschistischen Kampfes. Es betonte in seinem Brief, daß sie sich in ihrer Tätigkeit nicht auf die mündliche Propaganda und einzelne Kampfaktionen beschränken dürften, sondern Widerstandsaktionen in vielfältigen Formen auslösen und diese eng mit dem Kampf für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen verbinden müßten. Insbesondere gelte es, den Widerstandswillen der Arbeiterklasse zu stärken und deren Aktionseinheit herzustellen. Die oppositionelle Bewegung gegen das Naziregime und den Hitlerkrieg müsse verstärkt, größere Teile der Arbeiterklasse und anderer Bevölkerungskreise sollten an den antifaschistischen Kampf herangeführt werden. Die Politik der KPD war darauf gerichtet, den veränderten Bedingungen entsprechende Kampfformen zu entwickeln, die Niederlage Hitlerdeutschlands im Krieg zu beschleunigen und die Beendigung des Krieges und den Sturz der faschistischen Diktatur immer mehr zur Sache ganzer Volksschichten zu machen. Die Parteiführung nannte in ihrem Brief die wichtigsten Voraussetzungen, die geschaffen werden mußten, um die neuen Aufgaben erfolgreich lösen und alle unzufriedenen, oppositionellen Kräfte in den antifaschistischen Kampf einbeziehen zu können: Schaffung neuer illegaler Parteizellen; Bildung fester Leitungen für die Parteiarbeit; organisierte antifaschistische Tätigkeit in den Betrieben; systematische und geduldige Arbeit unter den Mitgliedern der faschistischen Massenorganisationen; verstärkte antifaschistische Flugblattpropaganda. Somit gab das ZK der KPD den illegalen Parteiorganisationen nicht nur eine richtige politische Orientierung für den weiteren Kampf

gegen Faschismus und Krieg, sondern zeigte ihnen gleichzeitig, wie dieser Kampf unter den schwierigen Bedingungen des Krieges geführt werden mußte.

Die Stellung der verschiedenen Gruppierungen der deutschen Sozialdemokratie zum Krieg und zu den Grundfragen des antifaschistischen Kampfes war nicht einheitlich. In dem „Aufruf an das deutsche Volk!" erklärte der sozialdemokratische Parteivorstand am 1. September 1939 in Paris, daß er gemeinsam mit allen demokratischen Kräften Europas für die Niederlage und den Sturz Hitlers, für die „endgültige Überwindung des neuen deutschen Militarismus"[13] wirken werde. Der Parteivorstand deckte jedoch nicht den imperialistischen Charakter und die tatsächlichen Ursachen des Krieges auf. Er machte keine konkreten praktischen Vorschläge, wie der Hitlerkrieg schnellstens beendet und die Nazidiktatur gestürzt werden könne. Von Beginn des Krieges an setzte er vielmehr seine Hoffnungen auf die Kriegspolitik der westlichen Regierungen, die – wie Rudolf Hilferding schrieb – zu „Vorkämpfern des Menschenrechts und der Kulturentwicklung"[14] geworden seien und deren „rückhaltlose Unterstützung... zur Pflicht aller"[15] geworden sei. Rudolf Hilferding und Friedrich Stampfer machten neben Hitlerdeutschland auch die UdSSR für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Curt Geyer erklärte unverblümt, daß jedes der faschistischen Diktatur folgende Regime in Deutschland ein Riegel gegen die Sowjetunion sein müsse. Im Oktober 1939 wandten sich Friedrich Stampfer und andere gegen jede konsequente antifaschistisch-demokratische Umwälzung nach dem Sturz des Faschismus. Sie forderten die „Entbolschewisierung Deutschlands" und setzten sich für die Schaffung einer der Weimarer Republik entsprechenden Ordnung ein. Deshalb erwähnte auch der Parteivorstand in seinem Aufruf mit keinem Wort die Notwendigkeit des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes aller deutschen Arbeiter. Selbst in dieser Situation führten rechte sozialdemokratische Führer wie Curt Geyer, Rudolf Hilferding und Friedrich Stampfer einen offenen Kampf gegen die antifaschistische Einheits- und Volksfront, um deren Herstellung die KPD unermüdlich rang. Sie diffamierten die KPD wegen ihrer konsequenten Stellung zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag als nicht bündnisfähig und lehnten jede Verbindung zu ihr ab. Die antikommuni-

13 Neuer Vorwärts (Paris), 10. September 1939.
14 Neuer Vorwärts (Paris), 24. September 1939.
15 Ebenda.

stische Politik rechter Führer der Sozialdemokratie erwies sich immer wieder als das entscheidende Hindernis für die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront, für den Zusammenschluß aller Hitlergegner.

Die Haltung des Parteivorstandes der SPD wurde von den anderen sozialdemokratischen Gruppierungen nicht vorbehaltlos gebilligt. Das Auslandsbüro Neu Beginnen zum Beispiel wandte sich gegen die bedingungslose Unterstützung der Kriegspolitik des britischen und des französischen Imperialismus. Auch die Gruppe um den ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Siemsen in Buenos Aires und die Gruppe Revolutionäre Sozialisten unter Leitung von Alfred Mozer und Franz Vogt in Holland lehnten den Kurs des Parteivorstandes ab und distanzierten sich offen von der antikommunistischen Propaganda rechter sozialdemokratischer Führer. Im Verlaufe der ersten Kriegsmonate kamen diese und andere sozialdemokratische Gruppen zu der Einsicht, daß die Westmächte nicht gewillt waren, „einen wirklichen antifaschistischen Krieg zu führen“[16]. Der Sturz Hitlers durch einen Generalsputsch wurde abgelehnt. Deutschland könne nur frei sein, wenn eine tiefgehende demokratische Umwälzung den Militarismus vernichte. Trotz dieser und anderer Erkenntnisse lehnten die genannten sozialdemokratischen Gruppen die Einheitsfront mit der KPD ab.

Der vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselte Krieg veränderte weitgehend die Bedingungen für den antifaschistischen Kampf und brachte der KPD und allen anderen Antifaschisten neue, unermeßliche Schwierigkeiten. Sie mußten vor allem mit der Tatsache rechnen, daß es trotz ihrer Anstrengungen dem Hitlerregime durch ständigen ideologischen Druck, durch raffinierte Demagogie und brutalen Terror gelungen war, den Friedenswillen des Volkes zu unterdrücken und es gegen seine eigenen Interessen in den Krieg zu treiben. Die vollständige Gleichschaltung der Propaganda, Literatur und Kunst sowie die grausame Verfolgung und Vernichtung politisch Andersdenkender ermöglichten eine ununterbrochene ideologische Beeinflussung großer Teile der Bevölkerung. Ein strenges Abhörverbot ausländischer Rundfunkstationen, die Errichtung von Störsendern, das Einfuhrverbot für ausländische Presseerzeugnisse und andere Maßnahmen verstärkten das faschistische Monopol der Volksbeeinflussung. Wenn auch die Kriegserklärungen Frankreichs und Großbritanniens

[16] Left (London), 1939, Nr. 39. S. 326.

viele Deutsche bedenklich gestimmt hatte, so übertönten dann doch die Siegesfanfaren der „Sondermeldungen" das Gewissen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes und verdeckten die ersten Kriegsverluste. Die deutschen Städte und Dörfer hatten noch nicht unter Luftangriffen zu leiden. Am Raubzug der großen Konzerne durften sich viele Deutsche durch kleine Räubereien beteiligen. Sie schickten Feldpostpakete mit geraubtem Gut nach Deutschland, die bei Hunderttausenden jedes Solidaritätsgefühl für die unterjochten Völker töteten und Millionen andere schweigen ließen. Obwohl der faschistische Raubkrieg den Grundinteressen des Volkes zutiefst widersprach, erhofften sich weite Kreise der Bevölkerung von ihm eine Verbesserung ihrer sozialen Lage und standen deshalb ideologisch im Lager des faschistischen deutschen Imperialismus.

Nach Kriegsausbruch verstärkten die Hitlerfaschisten die brutale Unterdrückung der antifaschistischen Kräfte und bauten ihr verzweigtes Terrorsystem weiter aus. Der Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich forderte in den „Grundsätzen der inneren Staatssicherung während des Krieges"[17] vom 3. September 1939, jedes Auftreten gegen den Krieg „rücksichtslos zu unterdrücken" und jede Person festzunehmen, „die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt"[18]. In dem Erlaß vom 20. September über die „Grundsätze der inneren Staatssicherheit während des Krieges"[19] wurden „rücksichtslose Härte und Strenge" gegen alle Antifaschisten, insbesondere die Ermordung von Kommunisten und Sozialdemokraten unter Ausschaltung der Gerichte, angeordnet. Am 27. September wurde unter Leitung Heydrichs das Reichssicherheits-Hauptamt, die berüchtigte Terror- und Mordzentrale, gebildet. Es faßte alle faschistischen Repressivorgane zusammen und koordinierte deren Tätigkeit. Diese Zentrale, deren Kern die Gestapo war, bestand aus sieben Ämtern. Gleichzeitig wurden auch in den Betrieben das Gestaponetz beträchtlich erweitert und das Spitzelsystem ausgebaut. Im November erfolgte die Einführung der Todesstrafe für die Beschädigung von Wehrmitteln. Die Zahl der „Vergehen", auf denen die Todesstrafe stand, erhöhte sich von 1939 bis 1943/1944 von 3 auf 46. Das erste Opfer nach Ausbruch des Krieges war der Kommunist Hans Heinen, der in der Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke AG

17 Dokument Nr. 60.

18 Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Opolu, I – 27/15, Bl. 507.

19 Dokument Nr. 62.

in Dessau arbeitete und wegen „Sabotage des Verteidigungswillens" auf Befehl Heinrich Himmlers am 8. September exekutiert wurde. Zu Kriegsbeginn verhaftete die Gestapo zahlreiche Kommunisten und andere Antifaschisten, darunter etwa 2000 Funktionäre der illegalen KPD. Auch viele Sozialdemokraten, die vorübergehend aus der Haft entlassen worden waren, wurden wieder eingekerkert. Im November/Dezember wurden in zwanzig Großstädten weitere 772 antifaschistische Arbeiter, vor allem Kommunisten, verhaftet. Die Gestapo kerkerte zu dieser Zeit erneut den sozialdemokratischen Funktionär Otto Grotewohl ein. Dieses Terrorsystem erschwerte den antifaschistischen Kampf außerordentlich. Auch die feste Abriegelung der deutschen Grenzen machte es den illegalen Parteiorganisationen sehr schwierig, ständige Verbindung mit dem ZK der KPD zu halten.

Doch weder der zunehmende ideologische und physische Terror noch die gewachsenen Schwierigkeiten und Hindernisse konnten die KPD beugen. Viele ihrer Mitglieder entwickelten sich im illegalen Kampf zu hervorragenden Funktionären der revolutionären Arbeiterbewegung mit hohen politischen und moralischen Qualitäten. Auf sie trafen die Worte zu, die Ernst Thälmann – nach über zehn Jahren faschistischen Kerkers – schrieb: „Treu und fest, stark im Charakter und siegesbewußt im Handeln, so und *nur* so werden wir unser Schicksal meistern und unsere revolutionären Pflichten für die große, historische Mission, die uns auferlegt ist, erfüllen und dem wirklichen Sozialismus zum endgültigen Sieg verhelfen können."[20]

Für die Lösung des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen der Macht- und Eroberungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus und den friedlichen Lebensinteressen der deutschen Nation, den der Krieg noch deutlicher machte, hatte nur die KPD ein reales antifaschistisches, demokratisches Programm. Es hatte zum Ziel, das deutsche Volk aus der imperialistischen Kriegspolitik herauszuführen, den Krieg durch den Sturz der Hitlerdiktatur zu beenden und die Grundlagen für ein neues, freies, demokratisches Deutschland zu schaffen. Die KPD hatte auf ihrer Berner Konferenz rechtzeitig auf die sich mit dem Krieg ergebenden neuen Kampfaufgaben hingewiesen. Das ZK der KPD hatte am 25. August 1939 in der Erklärung zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion alle deutschen Arbeiter und das ganze deutsche Volk

[20] Ernst Thälmann: Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1961, S. 81.

aufgerufen, sich zusammenzuschließen, den Kampf aufzunehmen und in der Stunde höchster Gefahr den Frieden zu retten. In diesem Dokument hieß es: „Stürzt Hitler das deutsche Volk trotz allem in die Katastrophe des Krieges, dann muß jeder Deutsche wissen: Der Nationalsozialismus ist der Schuldige am Krieg! Dann kommt es darauf an, für die Niederlage des Naziregimes im Kriege und für den Sturz der Nazis zu kämpfen. Die Arbeiterklasse, das befreite deutsche Volk werden dann den Frieden schließen und Deutschland einer neuen, glücklichen Zukunft entgegenführen."[21]

Die Grundaufgabe des antifaschistischen Kampfes für die Zeit des Krieges blieben der Sturz der Hitlerdiktatur und die Errichtung eines neuen, demokratischen Deutschlands. Sie stimmte vollständig mit den Beschlüssen der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD überein. Sie war in allen Dokumenten enthalten, die das ZK der KPD nach Kriegsausbruch erarbeitet und veröffentlicht hatte. Einige Aufgaben mußten aber auf neue Art gelöst werden. Bisher richtete sich alle Anstrengung auf die Verhinderung des Krieges. Nun war die rasche Beendigung des Krieges zur wichtigsten Aufgabe geworden. Dabei durfte die KPD nicht unberücksichtigt lassen, daß einflußreiche Kreise des englischen und des französischen Monopolkapitals die faschistische Kriegsmaschine gegen die Sowjetunion zu lenken versuchten und gegenüber dem deutschen Volk imperialistische Ziele verfolgten. Auch in Deutschland gab es imperialistische Kräfte, die nach der Niederlage Polens sofort den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt brechen und den Krieg gegen die Sowjetunion beginnen wollten. Außerdem mußte die KPD beachten, daß Deutschland als einzige imperialistische Großmacht in Europa einen Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR abgeschlossen hatte. Diese komplizierte internationale und innerdeutsche Situation zwang die Partei zur Ausarbeitung einer neuen taktischen Linie, die der Grundaufgabe des antifaschistischen Kampfes während des Krieges entsprach.

Das Politbüro des ZK der KPD beriet darüber Ende Dezember 1939 in Moskau mit verantwortlichen Parteifunktionären. Sie analysierten die neue Lage, verallgemeinerten die ersten Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes seit Kriegsbeginn und erörterten den Entwurf einer „Politischen Plattform der Kommunistischen Partei Deutsch-

21 Aus der Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, S. 333.

lands“[22]. Von September bis Dezember hatte das Politbüro des ZK der KPD eine große theoretische Arbeit geleistet, an der Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht in hervorragendem Maße beteiligt waren. In vielen Beratungen waren eine Reihe von Dokumenten und Materialien zu den Grundfragen des weiteren Kampfes gegen Faschismus und Krieg erarbeitet worden. Die Plattform war auch ein Ergebnis der brüderlichen Unterstützung der KPD durch führende Funktionäre der Kommunistischen Internationale und der KPdSU(B), vor allem durch Georgi Dimitroff.

Die „Politische Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands“ enthielt die konkrete taktische Linie der Partei für den antifaschistischen Kampf in der Anfangsperiode des Krieges. Sie orientierte die illegalen Parteiorganisationen und alle Kommunisten auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront gegen die Hitlerdiktatur und für politische Rechte des Volkes, gegen den imperialistischen Krieg und für die rasche Herbeiführung eines den Interessen des Volkes entsprechenden Friedens. „Die taktische Orientierung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der gegenwärtigen Situation“, hieß es in der Plattform, „muß auf die Entfaltung einer breiten Volksbewegung und auf die Schaffung der Volksfront der werktätigen Massen – einschließlich der nationalsozialistischen Werktätigen – zur Verteidigung der Interessen und Rechte der Volksmassen, zur Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion und zur Beendigung des imperialistischen Krieges im Interesse des Volkes gerichtet sein.“[23] Der sofortige Friedensschluß entsprach nicht nur den Lebensinteressen der deutschen Nation, sondern auch denen der europäischen Völker. Aus diesem Grunde trat die KPD für die Bildung einer Regierung ein, die bereit war, den Krieg schnellstens zu beenden und eine wahrhaft nationale Politik zu verfolgen. Ein wirklicher Volksfriede konnte günstigere Voraussetzungen für den weiteren Kampf um demokratische Freiheiten und soziale Forderungen, um die politische und ökonomische Entmachtung des deutschen Monopolkapitals schaffen. Gemeinsame internationale Aktionen der Völker aller am Krieg beteiligten Länder hätten die Gewähr dafür geboten, daß der Friede kein imperialistisches Diktat gegen irgendein Volk geworden wäre. Diese

22 Dokument Nr. 66.

23 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N 9–A, Bl. 1.

politische Linie der KPD war eindeutig gegen die Hitlerdiktatur gerichtet, sie erforderte eine Steigerung des antifaschistischen Widerstandes.

Zugleich forderte die Parteiführung in diesem Dokument die illegalen Parteiorganisationen und alle Kommunisten auf, verstärkt gegen die antisowjetischen Kriegspläne reaktionärer imperialistischer Kräfte aufzutreten und den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt solange wie möglich zu sichern. Denn die Verwirklichung dieser antisowjetischen Pläne mußte die nationale Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes gefährden und das größte nationale Unglück, einen Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion, heraufbeschwören. Im Gegensatz zu diesen antinationalen Plänen forderte die KPD das deutsche Volk auf, über die Einhaltung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages zu wachen. Sie erklärte, daß dafür der Friedenswille der Massen die einzige Garantie sei.

Die neue taktische Orientierung der KPD verlangte also entschiedene antifaschistische Aktionen sowohl gegen den faschistischen Krieg und das Hitlerregime wie auch gegen die Versuche von Kräften des internationalen Monopolkapitals, Deutschland in einen Krieg mit der UdSSR zu verwickeln. Das entscheidende Mittel dazu war die Schaffung der antifaschistischen Volksfront unter Führung der Arbeiterklasse und der KPD. Diese Front, hieß es in der Plattform, „wird sich aber nur im Kampfe für die politischen Rechte des werktätigen Volkes, für die Verbesserung seiner Lebenshaltung, für die Abwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Reichen und gegen jede soziale und nationale Unterdrückung entfalten. Dieser Kampf muß gegen das herrschende System gerichtet werden, weil dieses den werktätigen Massen in ihrem Kampfe um diese Forderungen entgegentritt und damit zugleich die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegen den aggressiven Kriegsplan des englischen und französischen Imperialismus und den Kampf gegen die Feinde der Freundschaft mit der Sowjetunion und die Helfershelfer des englischen und französischen Imperialismus in Deutschland schwächt."[24]

Aus der neuen taktischen Orientierung ergaben sich folgerichtig die in der Plattform formulierten politischen Hauptaufgaben der KPD: Organisierung des Kampfes zur Beendigung des Krieges, Festigung und Vertiefung der Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion, Verhinderung der Kriegspläne des englischen und des fran-

[24] Ebenda, Bl. 3.

zösischen Imperialismus, Stärkung der politischen und organisatorischen Kraft der werktätigen Massen.

Das erforderte von der Partei vor allem eine gründliche Aufklärung breiter Bevölkerungskreise über den imperialistischen Charakter des Krieges und über die Bedeutung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, über die sozialistische Sowjetunion und ihre friedliebende Außenpolitik, aber auch über die aggressiven Ziele des faschistischen und des britisch-französischen Blocks, über die gefährliche Politik der Gegner des Nichtangriffsvertrages Deutschlands mit der UdSSR und über andere Grundfragen des Kampfes gegen den Krieg und für einen Volksfrieden. Eine besondere Bedeutung gewannen jetzt der Widerstand gegen die politische Entrechtung des Volkes und die Zurückgewinnung der demokratischen Freiheiten, die das Hitlerregime brutal beseitigt hatte. Diesen Umstand nutzten gerade die westlichen Imperialisten, um ihre aggressiven Kriegsziele mit dem Deckmantel der „Demokratie" zu tarnen. In diesem Kampf für die politischen Rechte des Volkes und die Rettung Deutschlands mußten alle deutschen Antifaschisten zugleich für die nationale Freiheit aller vom Hitlerregime geknechteten und bedrohten Völker, insbesondere für das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen, des polnischen und des tschechoslowakischen Volkes, eintreten. Und nicht zuletzt war es notwendig, verstärkt gegen die monopolkapitalistische Ausbeutung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen aufzutreten. Die Parteiführung erklärte in der Plattform: „Die entscheidende Kraft in allen Kämpfen ist die Arbeiterklasse, deren politische und organisatorische Kraft auf das höchste gesteigert werden muß. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe die Schaffung der Aktionseinheit durch die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und der nationalsozialistischen Werktätigen für den gemeinsamen Kampf."[25] Besonders wichtig waren dabei die Verbreitung antifaschistischer Ideen unter der Jugend und die Gewinnung Jugendlicher für Aktionen gegen den Krieg. Die Parteiführung beschloß darum detaillierte Richtlinien für die Arbeit unter der Jugend, die ein wichtiger Bestandteil der Politischen Plattform der KPD waren.

In der Plattform wurde die nationale Verantwortung der KPD hervorgehoben. Die Führung der KPD wies darauf hin, daß die Partei an allen Abschnitten des antifaschistischen Widerstandes unbedingt führen muß. In Übereinstimmung mit den neuen Bedingungen ent-

[25] Ebenda, Bl. 9.

schied die Parteiführung, die Abschnittsleitungen des ZK der KPD aufzulösen und wieder eine unter der Führung des Zentralkomitees stehende operative Leitung der Partei in Deutschland zu schaffen. Sie wies den illegalen Parteiorganisationen und allen Kommunisten den weiteren Weg: „Vor der Partei steht die Aufgabe des Aufbaus einer festen Parteiorganisation im Lande mit einheitlichen Leitungen, welche, auf das engste mit den Massen verbunden, die politische Linie und die Aufgaben der Partei im Lande durchführen."[26] Die Parteileitungen waren für die einheitliche politische Orientierung der Parteikader auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK der KPD und der Kommunistischen Internationale verantwortlich. Sie sollten sich darauf konzentrieren, vorhandene Tendenzen des Wartens auf eine spontane Entwicklung der Ereignisse, eine gewisse Enge in der Parteiarbeit und ideologische Unklarheiten, die sich aus der ungenügenden Beachtung der veränderten Lage, der unzureichenden kollektiven Beratung der politischen Fragen und der Vernachlässigung der ideologischen Erziehung der Kader ergeben hatten, zu überwinden. Diese Direktiven zur Umstellung der politischen und organisatorischen Tätigkeit der KPD zeigten den Weg, wie unter den veränderten Bedingungen des antifaschistischen Kampfes seit Kriegsausbruch die Aktionsfähigkeit der gesamten Partei gesteigert werden konnte.

Die „Politische Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands" war das richtungweisende Dokument des ZK der KPD für den antifaschistischen Kampf in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges; ihre politische Bedeutung reichte jedoch weit über diese Zeit hinaus. Sie zeigte die hohe theoretische Reife und politische Verantwortung der Parteiführung und präzisierte entsprechend der neuen Lage die Strategie und Taktik der KPD. Das Neue bestand darin, daß in der Plattform der Kurs der KPD auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront zum Kampf gegen den Hitlerkrieg und für seine revolutionär-demokratische Beendigung, für die rasche Herbeiführung eines wahrhaften Volksfriedens, für die Verteidigung der nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes gegen die antisowjetischen Kriegspläne imperialistischer Kräfte ausgearbeitet und begründet wurde. Damit setzte die KPD auch unter den neuen Bedingungen ihre nationale Politik kontinuierlich fort. In der nationalen Politik und in den antifaschistisch-demokratischen Zielsetzungen der KPD gab es

[26] Ebenda, Bl. 10a.

auch zu dieser Zeit keinerlei Stillstand oder Frontwechsel, wie das in der westdeutschen Geschichtsschreibung verleumderisch behauptet wird. Die KPD und ihr Zentralkomitee standen theoretisch und praktisch auf der Höhe der nationalen und internationalen Aufgaben.

In der damaligen komplizierten internationalen und innerdeutschen Situation war die von der KPD verfolgte Taktik der einzig mögliche Weg zur Wahrung der Interessen der deutschen Nation und zur Lösung der nationalen Frage im Sinne des Volkes. Die erfolgreiche Anwendung dieser Taktik wurde aber durch die gesteigerte antikommunistische, gegen die antifaschistische Einheitsfront gerichtete Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes außerordentlich erschwert. Denn zu dieser Zeit waren rechte sozialdemokratische Führer wie Curt Geyer, Rudolf Hilferding, Friedrich Stampfer und andere verstärkt dazu übergegangen, die wahren Ursachen und den imperialistischen Charakter des Krieges zu leugnen und die sowjetfeindlichen Bestrebungen der herrschenden Kreise Frankreichs, Großbritanniens und der USA zu unterstützen. Ende 1939 verstieg sich Rudolf Hilferding zu der haltlosen Behauptung, daß der Krieg nicht aus kapitalistischen Interessengegensätzen entsprungen wäre und die englische, die französische wie auch die deutsche Kapitalistenklasse ihn nicht gewollt hätten. Er schrieb: „Englands und Frankreichs Sieg über Hitler wird zum Sieg der Demokratien über die totalitären Staaten überhaupt... So erscheint uns der Sinn des Krieges, und deshalb bejahen wir rückhaltlos und ohne Vorbehalte den Sieg Frankreichs und Englands."[27] In diesen Worten kam offen zum Ausdruck, daß für diese rechten sozialdemokratischen Führer nicht die Beendigung des imperialistischen Krieges und der Sturz der Hitlerdiktatur durch die Organisierung des antifaschistischen Volkskampfes im Vordergrund stand. Erst nach der völligen militärischen Niederwerfung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte sahen sie einen Weg zum Sturz des faschistischen Regimes. Dieser Standpunkt bedeutete objektiv, die Kriegspolitik der britischen und der französischen Regierung zu unterstützen und die antifaschistische Bewegung zur Passivität zu verdammen. Die gleiche Konzeption zeigte sich auch in dem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Macht Euch nicht mitschuldig!"[28] von Ende Januar 1940. Zugleich sprach sich der Parteivorstand darin für die Wiedergutmachung der von den Hitlerfaschisten

[27] Neuer Vorwärts (Paris), 31. Dezember 1939.
[28] Dokument Nr. 67.

am polnischen und tschechoslowakischen Volk begangenen Verbrechen aus und erklärte, daß die von der Nazidiktatur gezogenen Grenzen nicht endgültig seien. Auf einer Konferenz von Funktionären der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die am 8. April 1940 in Kopenhagen unter dem Vorsitz von Fritz Tarnow tagte, wurde ebenfalls die Ansicht vertreten, daß der antifaschistische Widerstandskampf der Arbeiterklasse und anderer Schichten aussichtslos sei. Nach Auffassung dieser Konferenz konnte der Sturz des Faschismus erst nach entscheidenden militärischen Niederlagen an den Fronten und nur durch oppositionelle Kreise der Wehrmachtsgeneralität erfolgen. Alles das machte sichtbar, daß sich maßgebliche rechte sozialdemokratische Führer auch weiterhin auf Kräfte des britischen und des französischen Imperialismus sowie auf Teile des deutschen Monopolkapitals und der Generalität orientierten, von denen sie die Befreiung der deutschen Nation vom Hitlerfaschismus erwarteten. Diese illusionäre Politik widersprach den Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen deutschen Nation.

Um die Verwirklichung der von der Führung der KPD seit September 1939 gestellten Aufgaben führten die illegalen Parteiorganisationen, die oft als leitender Kern antifaschistischer Widerstandsgruppen handelten, einen heroischen und opferreichen Kampf. Das ZK der KPD veränderte die Anleitung der illegalen Parteiorganisationen wesentlich und unternahm große Anstrengungen, um die Parteiarbeit und den Widerstandskampf operativ zu unterstützen, auszudehnen und organisiert zu führen. Nachdem die Auslandsleitung des ZK der KPD in Frankreich interniert und die Abschnittsleitungen des ZK der KPD aufgelöst worden waren, setzte das Politbüro des ZK der KPD eine neue, von Karl Mewis geführte Auslandsleitung ein. Sie unterstand unmittelbar dem ZK der KPD und hatte ihren Sitz in Stockholm. Es war sehr schwer, eine operative Leitung der Partei in Deutschland zu schaffen. Deshalb sollte die neue Auslandsleitung im Auftrag des Politbüros zunächst von Schweden aus die illegale Parteiarbeit organisieren und anleiten und dann, nach entsprechenden Vorbereitungen, als operative Leitung des ZK der KPD in Deutschland selbst tätig sein.

Zur Lösung dieser Aufgabe entsandte das ZK der KPD über Schweden, aber auch über die Niederlande und die Schweiz einige erfahrene Funktionäre nach Deutschland. Sie nahmen nicht nur Verbindung mit den illegalen Parteiorganisationen auf, sondern stellten

auch zahlreiche Kontakte zu sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, zu Angehörigen der Intelligenz und des Mittelstandes her. So kamen 1939/1940 trotz großer Schwierigkeiten und Gefahren die Beauftragten des ZK der KPD Arthur Emmerlich, Willi Gall, Georg Gläser, Rudolf Hallmeyer, Georg Henke, Charlotte Krone, Johannes Müller, Heinrich Schmeer und Kurt Siegmund illegal nach Deutschland. Sie hatten vor und nach 1935 bereits eine aktive Arbeit im Kommunistischen Jugendverband geleistet, besaßen eine fundierte marxistisch-leninistische Bildung und hatten in ihrer Instrukteurtätigkeit seit 1937 Erfahrungen in der konspirativen Arbeit erworben. Arthur Emmerlich, Willi Gall und Rudolf Hallmeyer arbeiteten nach Kriegsbeginn insgesamt 26 Monate illegal in Deutschland. Die Aufgabe der Beauftragten bestand vor allem darin, den illegalen Parteiorganisationen die Beschlüsse des ZK der KPD zu übermitteln und zu erläutern, sie in ihrem Kampf zu unterstützen und von Berlin und anderen Zentren des antifaschistischen Kampfes aus Verbindungen zwischen ihnen herzustellen. Sie verfolgten dabei in organisatorischer Hinsicht das Ziel, die illegalen Parteikader zusammenzuführen und feste Zellen und Gruppen zu bilden, selbständig arbeitende Parteileitungen in den Betrieben, Wohngebieten, Orten, Gebieten und Bezirken aufzubauen und damit Voraussetzungen zu schaffen für das Wirken einer unter Führung des ZK der KPD stehenden operativen Leitung der Partei in Deutschland. Ab Sommer und Herbst 1940 bereiteten die Beauftragten des ZK der KPD Alfons Kaps, Alfred Kowalke, Willi Seng und Erna Wilke, denen weitere Beauftragte im Jahre 1942 folgten, sorgfältig die spätere illegale Arbeit des Mitglieds des ZK der KPD Wilhelm Knöchel in Berlin und im Rhein- und Ruhrgebiet vor. Über Kuriere, Rheinschiffer, ausländische Seeleute und auf dem Funkwege gab die Parteiführung den Beauftragten Anweisungen und nahm von ihnen Berichte entgegen. Gestützt auf zahlreiche Verbindungen, konnten illegale Quartiere, Postanlaufstellen und Büros eingerichtet werden. Von Kriegsbeginn bis Sommer 1941 waren in Berlin, Bremen, Gera, Hamburg, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, München, Stuttgart und in anderen Städten und Gebieten Beauftragte des ZK der KPD tätig.

In Berlin entwickelte die illegale kommunistische Parteiorganisation des Unterbezirks Berlin-Adlershof, die die Ortsteile Adlershof, Altglienicke sowie Bohnsdorf umfaßte und über 150 Mitglieder hatte, starke Aktivität. Sie wurde von dem Beauftragten des ZK der KPD

Willi Gall angeleitet, dem im August 1939 die Rückkehr ins Ausland nicht mehr gelungen war. Er hatte illegale Parteikader in diesem Gebiet zusammengeführt und sie mit den neuen Beschlüssen der Parteiführung, insbesondere mit der Resolution der Berner Parteikonferenz, vertraut gemacht. Gemeinsam mit seinem engsten Mitstreiter Otto Nelte gelang es ihm, auch nach Kriegsbeginn die illegale Parteiarbeit zu entwickeln. Die Organisation festigte und erweiterte ihre Verbindungen zu den illegalen Zellen der KPD und zu antifaschistischen Arbeitern in den Rüstungsbetrieben Adrema Maschinenbau GmbH, AEG, Ambi Maschinenbau AG, Dürener Metallwerke AG, Henschel Flugzeug-Werke AG in Schönefeld, Kreis Teltow, Deutsche Hollerith Maschinen Gesellschaft mbH, Schering-AG, Berliner Maschinenbau AG sowie in den Berliner Verkehrsbetrieben und in mehreren Kleinbetrieben. Die Leitung der illegalen Parteiorganisation unter Willi Gall begann, in ihrer Tätigkeit immer erfolgreicher als illegale Leitung der Berliner Parteiorganisation zu wirken. Die Organisation knüpfte Kontakte mit illegal kämpfenden Sozialdemokraten in Baumschulenweg, Charlottenburg und Treptow. Wie in anderen Gebieten Deutschlands standen auch hier trotz der einheitsfrontfeindlichen Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes viele Sozialdemokraten mit ihren kommunistischen Klassengenossen in einer Front gegen den Faschismus.

In der Arbeit der Parteiorganisation nahm die intensive politische Aufklärung der Bevölkerung einen wichtigen Platz ein. Zahlreiche Flugblätter erläuterten den imperialistischen Charakter des Krieges, die Notwendigkeit des Kampfes für einen Volksfrieden, die Friedenspolitik der UdSSR, die Rolle der Partei und andere Fragen des antifaschistischen Kampfes. Über den Friedenskampf und den sozialen Inhalt der nationalen Frage hieß es in einem Flugblatt: „Wir Kommunisten vertreten die Interessen des ganzen Volkes, und das Volk will den Frieden. Wir kämpfen aber nicht nur für den Frieden schlechthin. Wir kämpfen am besten für den Frieden, wenn wir diejenigen bekämpfen, die das Unglück des Krieges über unser Volk gebracht haben. Einen wirklichen Frieden kann es nur geben, wenn die Kriegsschuldigen, Hitler und das Monopolkapital, verschwinden."[29] Regelmäßig erschienen politische Informationen, die die illegalen Kämpfer

[29] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NJ-1622/14, Pag. 3.

theoretisch schulten und zum Handeln anleiteten. Nachdem eine kleine Druckpresse beschafft worden war, erschienen im November etwa 200 Exemplare der ersten Nummer der illegalen „Berliner Volkszeitung". In einer achtseitigen Sonderausgabe erläuterte die Leitung der Organisation die vielfältigen Möglichkeiten des Kampfes um den Frieden: „Handeln wir gemeinsam, dann sind wir eine Macht. Jeder Widerstand im Betrieb, jede Stunde weniger oder langsamer gearbeitet, jede sabotierte Steuerzahlung der Mittelständler, jede verhinderte Lebensmittelablieferung der Bauern, jeder Widerstand der Soldaten und Frauen ist ein Schritt auf dem Wege zum Frieden. Ob Sozialdemokrat, Kommunist oder Demokrat, ob Protestant oder Katholik, alle haben wir ein Ziel: Frieden! Sturz des Kriegsschuldigen Hitler!"[30] In kurzer Zeit gab die Parteiorganisation insgesamt 35 illegale Schriften heraus. Davon erschienen einige in einer Auflage bis zu 30 Exemplaren und andere in einer Auflage bis zu 250 Exemplaren. Ende 1939/Anfang 1940 verhaftete die Gestapo Willi Gall und 94 Mitglieder der Parteiorganisation. Willi Gall und Otto Nelte wurden wegen ihrer Tätigkeit für die illegale KPD zum Tode verurteilt und starben im Juli 1941 auf dem Schafott. Damit waren die erfolgreichen Bemühungen zum Aufbau einer Leitung der Berliner Parteiorganisation empfindlich getroffen.

Die Beauftragten des ZK der KPD Arthur Emmerlich, Rudolf Hallmeyer und Heinrich Schmeer setzten jedoch gemeinsam mit den illegalen Parteiorganisationen die begonnene Arbeit fort. Ihre Aufgabe war es, die Parteikader mit der „Politischen Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands" vertraut zu machen, in Berlin eine illegale Leitung der Parteiorganisation zu schaffen und „Die Rote Fahne" wieder herauszugeben. Die Anlaufstelle der Beauftragten befand sich in Berlin-Moabit, Pritzwalker Straße 5. Sie wirkten vor allem in den großen Betrieben Moabits, Reinickendorfs und anderer Stadtteile Berlins. Dort sammelten sie die Parteikader und leiteten diese nach den Weisungen der Parteiführung an. Darüber hinaus hatten sie feste Kontakte mit klassenbewußten parteilosen Arbeitern und früheren Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben AEG, Jaroslaw's Erste Glimmerwaren-Fabrik, Philipp Holzmann AG, „Olex" Deutsche Benzin- und Petroleum-GmbH und Siemens. Von besonderer Bedeutung war ihre Verbindung zu dem mit der KPD sympathisierenden Lehrer Kurt Steffelbauer, um den sich ein größerer Kreis von

[30] Ebenda, Pag. 10.

Intellektuellen gesammelt hatte. Rudolf Hallmeyer und Heinrich Schmeer wurden im August beziehungsweise September 1940 verhaftet. Die in der Freiheit gebliebenen Genossen setzten den antifaschistischen Kampf fort. Rudolf Hallmeyer wurde zum Tode verurteilt und im September 1943 hingerichtet. Im Mai 1941 verhaftete die Gestapo Arthur Emmerlich, der später hingerichtet wurde.

In Berlin-Neukölln leisteten seit Kriegsausbruch die Jungkommunisten Heinz Kapelle und Erich Ziegler verstärkt antifaschistische Arbeit, bei der sie sich von den Weisungen des ZK der KPD leiten ließen. Seit 1938 hatten sie eine illegale Organisation von etwa 60 jungen Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken und Angehörigen anderer früherer demokratischer Jugendorganisationen aufgebaut und zu einer festen antifaschistischen Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen. Der leitende Kopf dieser Organisation waren die Jungkommunisten um Heinz Kapelle. Er arbeitete in einer Druckerei. Hier nahm er Verbindung zu ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auf. Gemeinsam stellten sie antifaschistische Flugblätter her. Bereits in der Nacht zum 9. September 1939 verteilten die jungen Kämpfer dieser Gruppe in der Berliner Innenstadt einige hundert Exemplare des Flugblattes „Ich rufe die Jugend der Welt". Das Flugblatt entlarvte die imperialistischen Kriegsziele Hitlers und rief die Jugend zum entschlossenen Kampf gegen das faschistische Regime auf: „Berliner Jugend, wehre dich und empöre dich. Setzt den Kriegstreibern überall schärfsten Widerstand entgegen! Berliner Mädel! Auf euch kommt es an. Weigert euch, Munition herzustellen! Je schneller ihr handelt, desto kürzer ist der Krieg. Denkt an unsere 2 Millionen toten Väter und Brüder des Weltkrieges, das darf niemals wieder soweit kommen! Nur der Sturz Hitlers und seiner Kriegstreiberbande bringt den Frieden!"[31] Unmittelbar danach wurden weitere antifaschistische Flugblätter gedruckt und verteilt. Aber schon nach wenigen Wochen erfolgreichen Kampfes geriet Heinz Kapelle mit fünf seiner Gefährten in die Hände der Nazis. Trotz „verschärfter Vernehmungen" blieb er standhaft. Der mutige Jungkommunist Heinz Kapelle besiegelte im Juli 1941 seinen Kampf für die Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlerbarbarei mit dem Tod. Seine letzten Worte waren: „Es lebe die Kommunistische Partei!"

Anfang September 1939 rief ein Aktionsausschuß deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten das deutsche Volk auf, sich zur Volks-

[31] Ebenda, NJ–1708, Mappe 2.

front gegen den Hitlerkrieg und das Naziregime zusammenzuschließen und den gegen die nationalen Interessen Deutschlands gerichteten Krieg zu beenden. „Jetzt kann Deutschland", erklärte der Ausschuß, „nur noch durch das Volk selbst gerettet werden! Ein Sieg Deutschlands ist ausgeschlossen gegen die Übermacht der ganzen übrigen Welt. Die Niederlage und der Zusammenbruch sind unabwendbar... Daher muß gleich zu Beginn des Krieges das Denken und Handeln jedes verantwortungsvollen Deutschen beseelt sein von dem alles umfassenden Ziel: *Sofortigen und schnellsten Schluß mit dem verbrecherischen Hitlerkrieg, der unser Land und Volk zu vernichten droht!*"[32] Gewerkschafter und sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter der Berliner Siemens-Werke, die bereits im Mai 1939 ein Einheitsfrontkomitee gebildet hatten, forderten im Herbst in dem Aufruf „An unsere Kameraden in den Rüstungsbetrieben, an die gesamte Bevölkerung Berlins!"[33] zum Kampf für die Beendigung des imperialistischen Krieges durch den Sturz der Hitlerdiktatur auf. Das Komitee bezeichnete das als wahre nationale Aufgabe im Gegensatz zu den demagogischen Losungen der Faschisten vom Lebensraum und vom Selbstbestimmungsrecht. Diese Sozialdemokraten und Kommunisten begründeten, warum das Hitlerregime durch einen demokratischen Staat ersetzt und der Faschismus mit der Wurzel ausgerottet werden müsse, und bekannten sich zur neuen, demokratischen Republik.

Junge Berliner Kommunisten organisierten Ende 1939 unter der Leitung von Hanno Günther einige Flugblattaktionen gegen den faschistischen Raubkrieg. Sie stellten die antifaschistische Flugschrift „Das freie Wort" in sieben Folgen mit etwa 300 Exemplaren her und verteilten sie. Darin deckten sie den räuberischen Charakter des Hitlerkrieges auf und forderten entschlossenen Widerstand. Auf zehn verschiedenen Arten von Klebezetteln brachten sie an Schaufenstern, Litfaßsäulen und Naziplakaten antifaschistische Losungen an wie „Volkes Sieg – beendet den Krieg!", „Jeder Sieg – bringt neuen Krieg!", „Wenn Hitler auch siegt, das Volk nur neue Lasten kriegt" und „Hitler triumphiert, doch's Volk krepiert!" Hanno Günther wurde in seiner Tätigkeit von Herbert Bochow beraten, der in Berlin und

32 Deutsches Volk! Der Krieg ist da – von Hitler herbeigeführt! Aufruf des Aktionsausschusses deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten. In: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin 1958, S. 169.

33 Dokument Nr. 63.

Leipzig einen größeren Kreis antifaschistisch gesinnter Angehöriger der Intelligenz um sich geschart hatte. Die Nazis verhafteten die jungen kommunistischen Widerstandskämpfer und ließen Hanno Günther und andere hinrichten.

In vielen Gebieten Deutschlands nahm die KPD gemeinsam mit anderen Antifaschisten den Kampf gegen den Hitlerkrieg auf. In Dresden hatten seit 1934/1935 der Bauarbeiter Albert Hensel, der Maler Fritz Schulze und der Angestellte Karl Stein, zu denen 1936 nach seiner Entlassung aus dem faschistischen Kerker Herbert Bochow gestoßen war, eine Widerstandsgruppe aufgebaut, in der Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder der SAP erfolgreich zusammenarbeiteten. Dieser Gruppe gehörten über hundert aktive Kämpfer an. Die aus Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Antifaschisten bestehende Widerstandsgruppe um Arthur Hoffmann in Leipzig begann ihre Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Abhören des Moskauer Rundfunks und gründete Betriebszellen, denen Kommunisten und Sozialdemokraten angehörten. Stuttgarter Antifaschisten verschickten von Juni bis September 1939 an zahlreiche Einwohner der Stadt die Flugschrift „Die Stimme des Volkes". In ihr forderten sie den Zusammenschluß aller Hitlergegner zur antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die „allein Hitler stürzen und Deutschland vor der Katastrophe bewahren kann"[34]. Wenn auch die Gestapo etwa 30 Exemplare beschlagnahmen konnte, so gelang es ihr nicht, einen dieser Antifaschisten zu verhaften. In der Nacht vom 6. zum 7. September versahen Antifaschisten in Wiesbaden viele Plakate, Briefkästen, Automaten und andere Stellen mit dem Stempelaufdruck „Hitler ist schuld". Im Rüstungsbetrieb Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Werk I, in Ulm schrieben Antifaschisten im Februar 1940 an Wände und Maschinen die antifaschistischen Losungen „Wir Arbeiter wollen keine Ausbeutungsobjekte sein, wie es bei Humboldt-Deutz der Fall ist!", „Fort mit dem Antreibersystem!" und „Wir Soldaten wollen keinen Beamten- und Zuchthausstaat!" Die von der Gestapo durchgeführte Fahndung und die verschärfte Überwachung der Betriebsarbeiter blieben erfolglos. In anderen Betrieben Ulms wurden ähnliche Aktionen durchgeführt. Im gleichen Monat kamen Otto Häuslein und Adam Leis mit anderen kommunistischen Funktionären zusammen, um über den weiteren Aufbau der illegalen Organisation der KPD in Frank-

[34] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, U-NJ-150.

furt (Main) zu beraten. Sie beschlossen, die kommunistischen Kader und klassenbewußten Arbeiter in den einzelnen Stadtteilen und Rüstungsbetrieben zu einer kampfkräftigen Widerstandsorganisation zusammenzufassen. Gleichzeitig festigten sie die bereits bestehende Verbindung zur illegalen Organisation der KPD in Wiesbaden. In weiteren Zusammenkünften berieten sie über die Kriegslage, tauschten Informationen des Moskauer Rundfunks aus und besprachen Maßnahmen zur Herstellung und Verbreitung von antifaschistischen Flugblättern. Im Sommer 1941 verhaftete die Gestapo 33 Mitglieder dieser Organisation. Unter den Verhafteten befanden sich auch Sozialdemokraten. Otto Häuslein, Adam Leis und fünf ihrer Genossen wurden im September 1942 hingerichtet.

Von der KPD im Geiste des proletarischen Internationalismus erzogen und vom ZK der KPD auf die Herstellung einer internationalen antifaschistischen Kampfgemeinschaft orientiert, unterstützten klassenbewußte Arbeiter und andere Antifaschisten auf vielfältige Weise die ausländischen Kriegsgefangenen und vereinten ihre Kräfte im Widerstand. Im Oktober 1939 unterstützten die Kommunisten Herbert Bogdan und Erdmann Meyer polnische Kriegsgefangene, um ihre Lage zu erleichtern. Erdmann Meyer, der als Kommandoführer bei den Landesschützen in Michendorf eine größere Arbeitskolonne polnischer Kriegsgefangener beaufsichtigte, arbeitete eng mit den von Herbert Bogdan geleiteten Antifaschisten in Berlin zusammen. Herbert Bogdan sammelte bei Antifaschisten Kleider, Seife, Medikamente, Lebensmittel und Tabakwaren, die über Erdmann Meyer an die polnischen Kriegsgefangenen verteilt wurden. Es gelang Erdmann Meyer, auch andere Soldaten des Wachkommandos, unter ihnen ehemalige Sozialdemokraten, für diese Solidaritätsaktionen zu gewinnen.

Aber trotz des mutigen Einsatzes gelang es der illegalen KPD und allen anderen Antifaschisten nicht, größere und wirkungsvollere antifaschistische Aktionen gegen das Naziregime und den Hitlerkrieg auszulösen. Nur ein kleiner, der politisch reifste Teil der Arbeiterklasse, voran die Kommunisten, verstärkte seit Kriegsbeginn den antifaschistischen Widerstand. Die Mehrheit des deutschen Volkes aber war von dem chauvinistischen Siegestaumel ergriffen, den die Hitlerfaschisten mit der schnellen Niederlage Polens ausgelöst hatten. Viele Deutsche wiegten sich in dem trügerischen Glauben, daß die deutschen Waffen überlegen seien und Frankreich und Großbritannien diesmal niedergerungen werden würden. Weit verbreitet war auch die

Annahme, daß es nach dem Sieg über Polen – ähnlich wie bei der Aggression gegen die Tschechoslowakei – schnell wieder Frieden geben würde. Diese Stimmungen wurden durch das „Friedensangebot" Hitlers an die Westmächte vom 6. Oktober 1939 noch verstärkt. Da dieses Angebot aber mit unannehmbaren Forderungen verknüpft war, lehnten es die britische und die französische Regierung ab. Diese Tatsache nutzten die Nazis weitgehend dazu aus, um dem deutschen Volk einzureden, daß Großbritannien der Kriegsschuldige und der Hauptfeind sei, daß Deutschland im Falle einer Niederlage ein „Überversailles" drohe und daß es deshalb um Sieg oder Untergang gehe. Die faschistische Propaganda blieb nicht wirkungslos. Der Glaube an die Überlegenheit der deutschen Waffen und die Hoffnung auf den schließlichen Sieg Hitlerdeutschlands machte viele Deutsche blind. Die in verschiedenen Bevölkerungskreisen aufkommenden Anzeichen von Unsicherheit und Unzufriedenheit mit einzelnen Maßnahmen der Regierung unterdrückten die Hitlerfaschisten mit verstärktem Terror, mit einer raffinierten Propaganda vom „baldigen Sieg" und mit demagogischen Versprechungen, zum Beispiel einer ausreichenden Altersversorgung und einem großzügigen Wohnungsbau nach dem Krieg. Nicht wenige Deutsche beteiligten sich an der Ausplünderung Polens und schickten skrupellos Lebensmittel, Kleidung und anderes Raubgut nach Hause. So wurde der Großteil des deutschen Volkes, besonders der Jugend, über die tatsächliche Lage und die wahren Kriegsziele des faschistischen Imperialismus getäuscht. Das alles erschwerte den antifaschistischen Widerstandskampf. Die Antifaschisten vermochten es deshalb nicht, die Vorbereitungen des deutschen Imperialismus und Militarismus auf neue Aggressionsakte gegen die europäischen Völker zu verhindern.

Schon am 9. Oktober 1939 hatte das faschistische OKW unter der Bezeichnung „Fall Gelb" die Weisung zum Überfall auf Belgien, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande erlassen. Am 1. März 1940 folgte unter dem Decknamen „Fall Weserübung" die Weisung zum Überfall auf Dänemark und Norwegen. Dem schlossen sich weitere Schritte zur Stärkung der Kriegswirtschaft an. Der faschistische Imperialismus verfügte zu Beginn des Krieges über eine ausgiebig vorbereitete, straff organisierte staatsmonopolistische Wirtschaft. Die „Kriegswirtschaftsverordnung"[35] der Hitlerregierung vom 4. September 1939 stellte das gesamte gesellschaftliche Leben noch stärker in

[35] Dokument Nr. 61.

den Dienst der Rüstungsproduktion und schränkte die Produktion für den zivilen Bedarf radikal ein. In der Wirtschaft herrschten rücksichtslos solche Kriegsmonopole wie die AEG, die Aktiengesellschaft Reichswerke „Hermann Göring", der Flick-Konzern, die IG Farbenindustrie AG, die Friedrich Krupp AG, der Siemens-Konzern, die Vereinigte Stahlwerke AG und andere. Ein anschauliches Bild von der Konzentration der Betriebe und der Beschäftigten vermittelt die Tatsache, daß in nur 0,5 Prozent der Betriebe 42 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten. Von fast sieben Millionen Beschäftigten der Großindustrie arbeiteten allein über ein Drittel in den Betrieben der AEG, der Aktiengesellschaft Reichswerke „Hermann Göring", der IG Farbenindustrie AG, der Friedrich Krupp AG, des Siemens-Konzerns und der Vereinigten Stahlwerke AG. Die Aktiengesellschaft Reichswerke „Hermann Göring", der Flick-Konzern, die Friedrich Krupp AG und die Vereinigte Stahlwerke AG förderten etwa 60 Prozent der Ruhrkohle und produzierten rund 70 Prozent des Stahlvolumens. Der Krieg und die ständig wachsende Rüstungsproduktion brachten den Kriegskonzernen höchste Profite. So erzielte die von Alfred Hugenberg, Robert Pferdmenges, Albert Vögler und anderen Monopolisten geleitete Vereinigte Stahlwerke AG allein von Oktober 1939 bis September 1940 einen Reingewinn von 27,6 Millionen Mark. Der Reingewinn der IG Farbenindustrie AG betrug 1939 sogar 363 Millionen Mark.

Die Hitlerregierung traf am 17. März 1940 neue Maßnahmen zur weiteren staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft. Sie bildete unter der Leitung von Fritz Todt das Ministerium für Bewaffnung und Munition, dem zunächst nur die Lenkung der Waffen- und Munitionserzeugung oblag. Gleichzeitig wurden staatsmonopolistische Organisationen gebildet, wie die sogenannten Zentralauftragsstellen für die Einbeziehung der okkupierten Länder in die faschistische Kriegswirtschaft und die sogenannten Handelsgesellschaften für die Ausplünderung dieser Länder durch das deutsche Monopolkapital. Es entstanden auch neue, staatsmonopolistische Vereinigungen, die in einem oder in mehreren Wirtschaftszweigen ihre Macht uneingeschränkt ausübten. Solche Vereinigungen wurden nach einer Verordnung der Hitlerregierung vom 4. September 1939 in der Textilindustrie, der Schuhindustrie und in anderen Industriezweigen geschaffen. Eine noch höhere Form der staatsmonopolistischen Organisation waren die von führenden Monopolkapitalisten geleiteten sogenannten Reichsvereini-

gungen in der Kohlenwirtschaft, dem Hüttenwesen, der Zementindustrie, der Erdölproduktion, der Kunstfaserindustrie und anderen Industriezweigen. Mit bisher nicht gekannten weitreichenden staatlichen Vollmachten ausgestattet, verkörperten sie die enge Personalunion zwischen führenden Monopolisten und den Spitzen des faschistischen Staatsapparates.

Mit der Schaffung des Ministeriums für Bewaffnung und Munition begann eine neue Entwicklungsphase der Kriegswirtschaft. Sie war gekennzeichnet durch das Streben der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, die Rüstungsproduktion stärker bei den führenden Kriegskonzernen zu konzentrieren. Durch die genannten und andere Maßnahmen stieg die Rüstungsproduktion von 1939 bis 1940 um 76 Prozent; im Vergleich zu 1933 wuchs sie auf das Zweiundzwanzigfache an. Alles das führte zu einer weiteren Konzentration der ökonomischen und politischen Macht in den Händen weniger führender Kriegsmonopole und verstärkte deren Aggressionsdrang.

Der faschistische Raubkrieg und die gesteigerte staatsmonopolistische Entwicklung bürdeten der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen neue Lasten auf. Ein umfassendes Rationierungssystem für Lebensmittel und Gebrauchsgüter, die „Kriegswirtschaftsverordnung" und andere Gesetze und verschärfte Strafbestimmungen verschlechterten die wirtschaftliche Lage der Werktätigen und machten sie politisch noch rechtloser. Während der deutsche Imperialismus die okkupierten Länder ausplünderte und in ihnen den Hunger organisierte, betrug die Erwachsenenration für den Normalverbraucher in Deutschland wöchentlich 2400 Gramm Brot und Mehl, 500 Gramm Fleisch und 270 Gramm Fett, das heißt im Vergleich zum Durchschnittsverbrauch im Jahre 1937 bei Brot und Mehl geringfügig weniger und bei Fleisch und Fett etwa die Hälfte. Allerdings erhielten etwa drei Millionen Schwerst- und Schwerarbeiter sowie rund vier Millionen Lang- und Nachtarbeiter der Rüstungsindustrie Rationen, die ungefähr ihrem Durchschnittsverbrauch von 1937 entsprachen. Verschiedene Waren, so Seife und Schuhe seit August 1939, Textilien ab November, waren streng rationiert. Weit mehr verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen. Der Arbeitsplatzwechsel wurde völlig verboten. Die Arbeitszeit betrug im allgemeinen zehn, oftmals sogar elf bis zwölf und mehr Stunden. Die Betriebe vervollständigten das Zwangssystem, die Arbeitshetze nahm ständig zu. Im November wurde die Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit gesetzlich eingeführt,

die auch Frauen und Jugendliche verrichten mußten. Schon Anfang September verbot die Hitlerregierung jede Lohnerhöhung sowie die Zahlung von Nacht- und Feiertagszuschlägen und erhöhte beträchtlich die Lohnsteuer. Wenn auch einige dieser Maßnahmen unter dem Druck der Proteste aus der Arbeiterklasse nach wenigen Monaten wieder aufgehoben werden mußten, so blieb die erhöhte Lohnsteuer bestehen. Allein die Lohn- und Gehaltsabzüge für das sogenannte Winterhilfswerk betrugen 1939/1940 131 Millionen Mark. Auch die Wohnungsverhältnisse verschlechterten sich immer mehr. Durch eine Vielzahl solcher Begleiterscheinungen des Krieges sank der Lebensstandard der Werktätigen beträchtlich.

Die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus wirkte sich auch auf die Lage der Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten, der Intelligenz und anderer Bevölkerungskreise aus. Die Bauernschaft befand sich unter dem ständigen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Druck des faschistischen Reichsnährstandes, in dem die mit den Kriegskonzernen paktierenden Großgrundbesitzer sowie reiche Bauern herrschten. Der Reichsnährstand, dem die „Lenkung" der Landwirtschaft oblag, setzte mit seinen 16 Hauptvereinigungen, 20 Landesbauernschaften, 515 Kreis- und rund 55 000 Ortsorganisationen die faschistische Agrarpolitik rücksichtslos durch. Die nazistische Ideologie von „Blut und Boden" hatte große Teile der Bauern erfaßt. Schwer lasteten auf vielen Bauernwirtschaften die Auswirkungen des Krieges, wie die Ablieferungspflicht aller Erzeugnisse, die Einberufung der Söhne zur Armee, der Mangel an Arbeitskräften, Transport-, Futter- und Düngemitteln. Der Krieg und die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zerstörten noch mehr als der bisherige Druck der großen Monopole die wirtschaftliche Existenz der mittleren und kleinen Unternehmer, der Handwerker und der Gewerbetreibenden. So wurden allein bei Kriegsbeginn durch die Einberufung etwa 500 000 Klein- und Handwerksbetriebe geschlossen. Nur für eine kleine Schicht von Monopolkapitalisten und mit ihnen verbundenen Großgrundbesitzern bedeuteten also der Krieg, die gesteigerte Rüstungsproduktion und die Unterjochung und Ausplünderung anderer Völker, ein profitables Geschäft.

Nach der Annexion Polens überfiel die Hitlerwehrmacht am 9. April 1940 Dänemark und Norwegen. Die dänische Regierung kapitulierte kampflos. Dänemark wurde an einem Tag okkupiert. Die norwegischen Truppen und Patrioten leisteten den faschistischen Eindring-

lingen bei Arendal, Bergen, Egersund, Kristiansand, Narvik, Oslo, Stavanger, Trondheim und anderen Städten erbitterten Widerstand. Sie erlagen jedoch der Übermacht des Feindes. Die schnelle Besetzung des Landes hatten die nazistischen Agenten des Führers der faschistischen Partei Nasjonal Samling und späteren Chefs der norwegischen Marionettenregierung, Vidkun Quisling, bedeutend erleichtert. Sein Name wurde bald zum Inbegriff des nationalen Verrats und der Kollaboration. Frankreich und Großbritannien fühlten sich durch die faschistische Aggression in Nordeuropa nunmehr stärker bedroht. Trotzdem setzten sie an der Westfront den „seltsamen Krieg" fort. Sie entsandten allerdings Expeditionstruppen nach Norwegen, die Ende Mai/Anfang Juni wieder evakuiert werden mußten, weil die deutsche Aggression in Westeuropa eine ernste Lage geschaffen hatte. Die dänischen und norwegischen Patrioten, voran die Arbeiterklasse und ihre kommunistischen Parteien, setzten den nationalen Freiheitskampf gegen die Okkupanten entschlossen fort.

Die KPD protestierte am 15. April in einem Kettenbrief energisch gegen die Unterdrückung des norwegischen Volkes und entlarvte die faschistische „Neuordnung Europas" mit den Worten: „Diese ‚Neuordnung Europas' ist eben die Ausdehnung des Machtbereiches der deutschen Kapitalisten. Und in diesem ganzen Bereich wollen sie ein Regime einführen, wie sie es in Deutschland errichtet haben."[36]

Am 10. Mai 1940 fiel die Hitlerwehrmacht in Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden ein. Die in den Aggressionsplänen des deutschen Imperialismus und Militarismus vorgesehene völkerrechtswidrige Verletzung der Neutralität Belgiens und der Niederlande bemäntelten die Hitlerfaschisten zynisch damit, diese Neutralität schützen zu müssen. Am gleichen Tage erfolgte die Bombardierung Freiburgs (Breisgau). Die Nazis verbreiteten die Zwecklüge, alliierte Flugzeuge hätten diesen Bombenangriff geflogen. In Wirklichkeit jedoch waren es Flugzeuge des unter dem Kommando von Oberst Josef Kammhuber stehenden faschistischen Kampfgeschwaders 51. 57 Menschen, darunter 20 Kinder, kamen dabei ums Leben. Dieses Verbrechen benutzten die Hitlerfaschisten als Vorwand, um britische und französische Städte rücksichtslos zu bombardieren.

Die Hitlerwehrmacht okkupierte kampflos Luxemburg. Bis zum 4. Juni eroberte sie Belgien, die Niederlande und Nordfrankreich. Die

[36] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 4.

faschistische Luftwaffe bombardierte barbarisch Flüchtlingskolonnen und offene Städte. Obwohl mit der niederländischen Seite für den 14. Mai vor Rotterdam Waffenruhe vereinbart worden war und die Übergabeverhandlungen kurz vor dem Abschluß standen, legten an diesem Tag faschistische Bomber die Stadt in Schutt und Asche. 78 000 Einwohner wurden obdachlos, 847 Menschen getötet. Dieser Bombenangriff auf Rotterdam erfolgte nach den Plänen des Majors im Generalstab Heinz Trettner. Die Niederlande mußten am 15. Mai vor dem materiell-technisch überlegenen Aggressor kapitulieren. Wenige Tage später erreichten deutsche Panzerverbände die französische Kanalküste. Damit waren die alliierten Truppen in Belgien und Nordfrankreich abgeschnitten. Am 21. Mai begann der faschistische Angriff in Flandern. Die britischen und die französischen Truppen mußten den Rückzug antreten und wurden bei Dünkirchen eingeschlossen. Am 28. Mai kapitulierte die belgische Armee. Der Hauptteil der bei Dünkirchen eingeschlossenen britischen und französischen Truppen, insgesamt 338 000 Mann, konnte über den Kanal nach England evakuiert werden.

Die entschlossenere Kriegführung Großbritanniens zeigte, daß mit der Bildung der Regierung Winston S. Churchill am 10. Mai 1940 die Münchener Politik der Kräfte um Neville Chamberlain eine Niederlage erlitten und sich in der britischen Politik eine gewisse Wende vollzogen hatte. Angesichts der realen Gefahr für die englische Nation erklärte Winston Churchill, daß sich Großbritannien niemals ergeben werde. Zu einer solchen Wende kam es in Frankreich nicht. Die klerikal-faschistischen Kreise der herrschenden Klasse und des Offizierskorps konnten einen immer stärkeren Einfluß auf die Politik und die Kriegführung ausüben. Sie sabotierten die Verteidigung des Landes und suchten eine Verständigung mit dem faschistischen deutschen Imperialismus. Einer ihrer Vertreter, Marschall Henri Philippe Pétain, trat am 19. Mai 1940 als stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung Paul Reynaud ein. Die von der Reaktion verbotene und verfolgte KPF forderte von der Regierung, einen echten Volkskrieg gegen die faschistischen Aggressoren zu führen, um Frankreich zu retten. General Charles de Gaulle und ihm nahestehende bürgerliche Kräfte traten gegen die Kapitulation Frankreichs vor dem Hitlerfaschismus auf und setzten sich für die Fortführung des Krieges an der Seite Großbritanniens ein.

Seit dem 5. Juni setzte die Hitlerwehrmacht an verschiedenen Front-

abschnitten die Offensive fort, besetzte große Teile Frankreichs und marschierte am 14. Juni kampflos in Paris ein. Am 10. Juni erklärte Italien Frankreich den Krieg, da es bei der Verteilung der Beute nicht zu kurz kommen wollte. In Frankreich ging die Macht endgültig an die klerikal-faschistischen Kräfte über. Am 16. Juni wurde Marschall Pétain Ministerpräsident einer profaschistischen Regierung, die sofort Waffenstillstandsverhandlungen mit Deutschland und Italien einleitete.

Der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag wurde am 22. Juni 1940 in Rethondes bei Compiègne unterzeichnet. Die wichtigsten Bedingungen, die der faschistische Imperialismus Frankreich brutal diktierte, waren: Besetzung von zwei Dritteln Frankreichs, einschließlich der gesamten französischen Atlantikküste und der Hauptstadt Paris; Annexion von Elsaß und Lothringen; Entwaffnung und Demobilisierung der französischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte, mit Ausnahme geringfügiger Truppen zur „Aufrechterhaltung der Ordnung"; Bezahlung des Unterhalts der faschistischen Okkupationstruppen in Höhe von täglich 400, später 550 Millionen Francs; Verbleib von etwa 1,5 Millionen französischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand bis zum Abschluß eines Friedensvertrages; Auslieferung aller Deutschen, die von der Hitlerregierung namhaft gemacht werden. Gleichzeitig begann das deutsche Monopolkapital mit der systematischen Ausplünderung Frankreichs. Das faschistische Okkupationsregime unterdrückte alle Schichten des französischen Volkes. In der sogenannten nichtbesetzten Zone herrschte das Vichy-Regime unter Laval und Pétain, die ihre antinationale Politik der Zusammenarbeit mit den faschistischen Okkupanten fortsetzten. Außerdem annektierte Hitlerdeutschland Luxemburg und Eupen, Malmedy und Moresnet. Mit dem Diktat von Compiègne verfolgte Hitlerdeutschland eines seiner wichtigsten Kriegsziele, Frankreich als Militärmacht zu vernichten, in ein von Deutschland vollständig abhängiges Land zu verwandeln und die Vormachtstellung des deutschen Imperialismus über einen großen Teil Europas zu sichern.

Aber das französische Volk ergab sich nicht. Unter Führung der ruhmreichen Arbeiterklasse folgte es dem Ruf der KPF zum nationalen, antifaschistischen Widerstandskampf gegen die faschistischen Okkupanten und die Kollaborateure. In dem „Aufruf an das französische Volk" vom 10. Juli 1940 erklärte die KPF: „Niemals wird ein so großes Volk wie das unsere ein Volk von Sklaven sein... Frankreich wird nicht eine Art Kolonialland werden. Das einst so

ruhmreiche Frankreich wird sich nicht beugen vor einer Clique von Lakaien, die sich zu allem hergeben."[37]

Getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, erhob die KPD erneut ihre Stimme, diesmal gegen die Aggression des faschistischen deutschen Imperialismus in Westeuropa. Schon am 12. Mai hatte das ZK der KPD in einer Erklärung zum Überfall Hitlerdeutschlands auf Belgien, Luxemburg und die Niederlande[38] versichert, daß sich die deutschen Kommunisten mit der Arbeiterklasse dieser Länder solidarisch und eng verbunden fühlen. „Wir deutschen Kommunisten", hieß es in der Erklärung, „führen den Kampf um die baldige Beendigung dieses imperialistischen Raubkrieges, der den Völkern, und vor allem dem deutschen Volke, nur schreckliche Blutopfer, die Qualen des Hungers und unerhörte Leiden auferlegt."[39] Anfang Juli protestierte das ZK der KPD gegen das schändliche Diktat von Compiègne[40] und nannte es einen ungeheuerlichen Gewaltakt gegen das französische Volk und einen Schlag gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes. Vor aller Welt enthüllte das ZK der KPD den Raub- und Eroberungscharakter der faschistischen „Neuordnung Europas" und erklärte: „Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird nicht dulden, daß mit bewaffneten Kräften Deutschlands und im Auftrag der deutschen Ausbeuter diese verkommensten Elemente aus der französischen Plutokratie die französischen Arbeiter und Bauern zu Boden werfen und zertrampeln."[41] Das ZK der KPD forderte die Beendigung des Krieges und den Abschluß eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen. In dieser Stellungnahme berücksichtigte die KPD vor allem die Tatsache, daß der nationale, antifaschistische Befreiungskampf der Völker immer stärker wurde und zunehmend den Charakter des Krieges der gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Länder beeinflußte.

Der sozialdemokratische Parteivorstand wandte sich erstmalig seit Kriegsbeginn Mitte Mai in einer Erklärung zum Überfall Deutsch-

37 Aufruf an das französische Volk. Manifest der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 10. Juli 1940. In: Maurice Thorez: Ausgewählte Reden und Schriften 1933–1960, Berlin 1962, S. 262.

38 Dokument Nr. 68.

39 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 5.

40 Dokument Nr. 70.

41 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 9.

lands auf Belgien, Luxemburg und die Niederlande direkt an die deutschen Werktätigen und Soldaten. Er forderte sie auf, sich an den Verbrechen des Hitlerfaschismus nicht mitschuldig zu machen und dem verbrecherischen Krieg Widerstand entgegenzusetzen. Aber auch jetzt wieder gab der Parteivorstand keine Hinweise, wie dieser Kampf geführt werden mußte.

Die unerwartete militärische Niederlage Frankreichs hatte weitreichende Auswirkungen auf die verschiedenen politischen Gruppierungen der deutschen Sozialdemokratie. Mit dieser Niederlage wurde die politische Konzeption des sozialdemokratischen Parteivorstandes entscheidend erschüttert, nach der die Herrschaft des Hitlerfaschismus vor allem im Zusammenwirken der imperialistischen Westmächte mit bestimmten Kreisen des deutschen Monopolkapitals und der Wehrmachtsgeneralität überwunden und dabei den antifaschistischen Kräften aus der Arbeiterklasse eine untergeordnete Rolle zugedacht werden sollte. Diese politische Konzeption hatte maßgebliche sozialdemokratische Führer immer stärker an die Seite einflußreicher britischer und französischer Regierungskreise geführt und deren ablehnende, vom Antikommunismus getragene Haltung zur antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik bestimmt. Dadurch war seit Kriegsausbruch der Einfluß dieser Führer auf die Sozialdemokratie in Deutschland fast vollständig verlorengegangen. Der Parteivorstand mußte Frankreich verlassen. Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding wurden auf der Flucht nach Portugal von der Vichy-Polizei verhaftet und im Februar 1941 an die Gestapo ausgeliefert. Sie brachte Rudolf Breitscheid in ein Konzentrationslager. Rudolf Hilferding erlag den Mißhandlungen im Pariser Gefängnis La Santé. Im Herbst 1940 sah sich der Rest des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Lissabon gezwungen, den Beschluß zu seiner Selbstauflösung zu fassen. Curt Geyer, Fritz Heine, Erich Ollenhauer und Hans Vogel emigrierten nach Großbritannien, Erich Rinner und Friedrich Stampfer gingen in die USA. Auf ähnliche Weise zerfielen die anderen sozialdemokratischen Gruppierungen. Die Auslandsleitung der SAP, seit September 1939 im Zustand des Zerfalls, hörte auf zu bestehen. Das Auslandsbüro Neu Beginnen verlor ebenfalls an Bedeutung und existierte nur noch als kleine Gruppe in Großbritannien weiter. Damit hatte die deutsche Sozialdemokratie nun auch offiziell im Ausland keine Führung mehr. Keines der verschiedenen Führungszentren konnte von sich aus sagen, daß es die deutsche Sozialdemokratie leite.

2. Der Kampf der KPD gegen die faschistische „Neuordnung Europas", für die Verhinderung eines Überfalls des deutschen Imperialismus auf die UdSSR

Die Ereignisse Mitte 1940 wirkten sich spürbar auf die internationale Situation aus. Die Niederlage Frankreichs veränderte das Kräfteverhältnis in Europa weiter zugunsten Hitlerdeutschlands, das zur stärksten imperialistischen Großmacht Europas geworden war. Die nationale Unabhängigkeit und die Existenz der europäischen Völker waren von einer tödlichen Gefahr bedroht. Über Großbritannien selbst hing das Damoklesschwert der Aggression. Das faschistische OKW hatte am 16. Juli 1940 unter der Bezeichnung „Operation Seelöwe" die Weisung zur Vorbereitung der Landung in England gegeben. Der deutsche Imperialismus war entschlossen, seinen Eroberungskrieg fortzusetzen. Bereits am 17. Juni 1940 hatten die Vertreter des Monopolkapitals auf einer Tagung der Reichsgruppe Industrie das Kriegsprogramm des faschistischen deutschen Imperialismus unter den Losungen „Neuordnung der europäischen Wirtschaft" und „Europäische Großraumwirtschaft" beträchtlich erweitert. Die verschiedenen Konzerne, so zum Beispiel die IG Farbenindustrie AG[42] und Carl Zeiß Jena[43], arbeiteten Programme aus, in denen sie ihre Ansprüche bei der „Neuordnung der europäischen Wirtschaft" anmeldeten. Im Herbst 1940 festigten die drei aggressiven Staaten Deutschland, Italien und Japan ihr Kriegsbündnis. Sie schlossen am 27. September in Berlin den Dreimächtepakt ab, der die gegenseitige Anerkennung ihrer Vorherrschaftsansprüche bei der imperialistischen „Neuordnung" in Asien und Europa enthielt und sich gegen Großbritannien und die USA, insbesondere aber gegen die UdSSR richtete. Unter deutschem Druck mußten sich im November Rumänien, die Slowakei und Ungarn und im März 1941 Bulgarien diesem Kriegsblock anschließen. Das Wesen und das Ziel dieser „Neuordnung" waren die Herstellung und Sicherung der Hegemonie des deutschen Monopolkapitals in Europa. Sie sollte die räuberische Aktion des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR vorbereiten und entsprechende Voraussetzungen für seinen Kampf um die Weltherrschaft schaffen.

[42] Dokument Nr. 69.

[43] Dokument Nr. 71.

Auf politischem Gebiet bedeutete die „Neuordnung Europas" die direkte Annexion ehemals souveräner Staaten, die Errichtung reaktionärer, terroristischer Regime in den okkupierten Ländern und die Schaffung von Vasallenstaaten mit totalitären Regierungen. Die Hitlerfaschisten und ihre Helfershelfer beseitigten in diesen Ländern die bürgerlichen Rechte und demokratischen Freiheiten, unterdrückten brutal die Arbeiterbewegung und die demokratischen Bewegungen. Die Faschisten überzogen Europa mit einem Netz von Gefängnissen und Zuchthäusern, Konzentrations- und Vernichtungslagern, in denen Millionen Menschen der verschiedensten Nationalitäten gequält und vernichtet wurden. Gewalt, Willkür, Bestialität und Massenvernichtung richteten sich besonders gegen die slawischen Völker und gegen die Juden und fanden ihren Ausdruck in der blutigen Germanisierungs- und Kolonisierungspolitik der Faschisten.

Auf ökonomischem Gebiet bedeutete die „Neuordnung Europas" die staatsmonopolistische Beherrschung der europäischen Wirtschaft durch die führenden deutschen Monopolverbände. Sie ordneten sich die okkupierten Länder auch in wirtschaftlicher Hinsicht vollständig unter. Das deutsche Monopolkapital beutete die umfangreichen Produktionskapazitäten, Rohstoffquellen, Lebensmittelvorräte, Bodenschätze und Arbeitskräftereserven dieser Länder rücksichtslos zur Stärkung seiner Kriegswirtschaft aus. Ende 1941 erreichten zum Beispiel die Lieferungen von Kriegsmaterial aus Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Polen eine Höhe von fast 12,8 Milliarden Mark. Der Raubzug des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus fügte den europäischen Völkern ungeheure Schäden zu. Der Gesamtschaden, den die Länder bis Kriegsende erlitten, betrug in Belgien etwa 150 Milliarden belgische Francs, in Frankreich fast 4,4 Milliarden Francs, in den Niederlanden über 22,2 Milliarden Gulden, in Norwegen 4,7 Milliarden Dollar und in Polen 51,6 Milliarden Dollar. Bis Kriegsende zwangen die deutschen Monopole schätzungsweise 14 Millionen Menschen zur Sklavenarbeit nach Deutschland.

Auf ideologischem Gebiet bedeutete die „Neuordnung Europas" die Verbreitung des menschenfeindlichen nazistischen Gedankenguts in Europa. In mehreren okkupierten Ländern wandten die Hitlerfaschisten und ihre Helfershelfer neben dem Terror auch die nationale und soziale Demagogie an. Mit ihrer Hilfe wollten sie die Völker geistig knechten, das reaktionäre Wesen des faschistischen Okkupations-

regimes und die räuberischen Kriegsziele des deutschen Imperialismus tarnen. Der Inhalt der nazistischen Propaganda waren der Antikommunismus, der Militarismus, der Rassismus und die wahnsinnige Idee von der Weltherrschaft des deutschen Monopolkapitals. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei der faschistische Rundfunk. Er verbreitete die faschistische Ideologie in den sogenannten Auslandssendungen, für die monatlich etwa 120 dicke Manuskriptbände zusammengeschrieben wurden. Gleichzeitig begannen die Nazis mit der Ausrottung der wahrhaft nationalen geistigen Werte und humanistischen Traditionen, mit der Unterdrückung der nationalen Eigenarten und Sprachen der europäischen, besonders der slawischen Völker.

Der faschistische deutsche Imperialismus, der in den okkupierten Ländern ein barbarisches Zuchthaus- und Ausplünderungsregime errichtet und mit der Vernichtung ganzer Staaten und Völker begonnen hatte, bedrohte mit dieser „Neuordnung" weitere Staaten und Völker. Den imperialistischen Charakter der „Neuordnung Europas" entlarvte das ZK der KPD Anfang Juli 1940 mit den Worten: „Der Plan der Schaffung eines ‚neuen Europas' ... läuft auf nichts anderes hinaus, als über ganz Europa die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zu errichten, den unterworfenen und abhängigen Völkern reaktionäre, volksfeindliche totalitäre Regierungen aufzuzwingen, die seine willfährigen Werkzeuge sind. Ein solches ‚neues Europa' wäre ein Europa mit entrechteten, versklavten Arbeitern und Bauern, ein Europa der Not, des Elends, des Hungers der werktätigen Massen."[44]

Die faschistische „Neuordnung" Europas stand im unversöhnlichen Widerspruch zu den Lebensinteressen der europäischen Völker. In den okkupierten Ländern entfalteten sich unter maßgeblicher Führung der kommunistischen Parteien breite antifaschistische Widerstandsbewegungen. Die Volksmassen übten mit ihren Aktionen auch in Großbritannien, den USA und anderen Ländern einen immer stärkeren Druck auf die Regierungen aus und verlangten von ihnen einen kompromißlosen Kampf gegen Hitlerdeutschland. Zur gleichen Zeit wurden auch Veränderungen in der Politik der herrschenden Kreise dieser Länder sichtbar. Angesichts der zunehmenden Bedrohung ihrer Interessen und internationalen Positionen sowie der realen Gefahren für die nationale Unabhängigkeit und die staatliche Selbständigkeit ihrer Länder waren sie trotz des Widerstandes einflußreicher pronazistischer

[44] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 8.

Kräfte im eigenen Land gezwungen, von ihrer volksfeindlichen Politik abzugehen und einen entschiedeneren Kampf gegen die faschistischen Aggressoren zu beginnen. Der antifaschistische Volkskampf rückte immer mehr an die erste Stelle und nahm schließlich einen bestimmenden Platz ein. Damit beschleunigte sich seit der zweiten Hälfte des Jahres 1940 und besonders Anfang 1941 der Prozeß der Umwandlung des Krieges in einen gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieg der gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Länder. Der entscheidende Faktor in diesem Prozeß waren jedoch der durch den faschistischen Einfall erzwungene Eintritt der UdSSR in den Krieg und der von der KPdSU(B) geführte Widerstand des Sowjetvolkes gegen die faschistischen Aggressoren.

Mit der Annexion weiterer europäischer Länder verstärkten die Hitlerfaschisten auch die psychologische Kriegführung gegen das deutsche Volk. Sie nutzten dabei besonders die relativ schnellen Siege der Hitlerwehrmacht im Frühjahr und Sommer 1940 aus und beeinflußten große Teile der Bevölkerung noch stärker im Sinne des räuberischen Hitlerkrieges. Viele Deutsche hielten die verbrecherischen Überfälle des deutschen Imperialismus und Militarismus auf andere Völker und die faschistische „Neuordnung Europas" für gerechtfertigt. Sie waren von dem scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch der deutschen Truppen geblendet und fühlten sich deshalb bereits als „Herren Europas", die dazu berufen wären, andere Völker auszuplündern und zu versklaven. Andere Deutsche schwiegen dazu. Gleichzeitig nahm der Terror gegen die Antifaschisten zu. So verhaftete die Gestapo allein im Mai 1940 in Berlin, Braunschweig, Chemnitz, Darmstadt, Frankfurt (Main), Halle, Karlsruhe und Magdeburg 127 Kommunisten und Sozialdemokraten wegen antifaschistischer Tätigkeit gegen den Hitlerkrieg. Trotz neuer Schwierigkeiten und Opfer setzten aber die illegale KPD und alle anderen Antifaschisten ihren Kampf gegen Krieg und Faschismus fort.

Von den illegalen Organisationen der KPD waren es vor allem die Kommunisten um Robert Uhrig in Berlin, die die kommunistischen Kader und Zellen zusammenfaßten und die Arbeit an der Schaffung einer umfassenden Widerstandsorganisation mit einer einheitlichen Leitung energisch vorantrieben. Schon seit 1936/1937 hatte der Metallarbeiter Robert Uhrig einen festen Kern erprobter Kommunisten um sich geschart und gemeinsam mit ihnen den antifaschistischen Kampf verstärkt. In Diskussionen über aktuelle politische und ökono-

mische Fragen schulten sie sich, um der faschistischen Ideologie wirkungsvoll entgegentreten zu können. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie der Herstellung von festen Verbindungen zu den Betrieben und der Entwicklung der antifaschistischen Arbeit in den großen Rüstungsbetrieben. Dadurch wurde erreicht, daß die Träger dieser aktiven Widerstandsorganisation in erster Linie Betriebsarbeiter waren. 1939 wurde die Leitung der Organisation gebildet, der die Kommunisten Kurt Lehmann, Franz Mett und Robert Uhrig und der Sozialdemokrat Leopold Tomschik angehörten. Dieser Leitung stand der Beauftragte des ZK der KPD, Rudolf Hallmeyer, bis zu seiner Verhaftung im August 1940 mit Rat und Tat zur Seite.

Dank der Anstrengungen des führenden kommunistischen Kerns nahm die von Robert Uhrig geleitete Organisation ab 1940 eine noch festere Gestalt an. Die Mitglieder setzten die regelmäßigen Aussprachen fort und sammelten Geld für die illegale Arbeit. In den seit dieser Zeit geführten Gesprächen mit Hauptmann a. D. Josef Römer vertrat Robert Uhrig den Gedanken einer breiten Volksfront aller Hitlergegner. Schrittweise entwickelte sich aus den ersten Kontakten die engere Zusammenarbeit der illegalen Organisation der KPD und der von Josef Römer geleiteten Widerstandsgruppe. Der illegale „Informationsdienst", den Josef Römer anfänglich für die mit ihm verbundenen Hitlergegner in München herausgegeben hatte, wurde jetzt gemeinsam vorbereitet und den Funktionären der Widerstandsbewegung übermittelt. Josef Römer war für die militärpolitischen und Robert Uhrig für die wirtschaftspolitischen Mitteilungen verantwortlich. Dieser „Informationsdienst" erschien vom Frühjahr 1940 bis Anfang 1942 fast jeden Monat.

Im Frühjahr 1941 wurde die Betriebsarbeit weiter ausgebaut. Zu dieser Zeit hatte die Uhrig-Organisation bereits in 22 Betrieben – darunter AEG, Brandenburgische Motorenwerke GmbH, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG, Kabelwerk Oberspree, Knorr-Bremse AG, L. Loewe & Co AG, C. Lorenz AG, Osram GmbH, Siemens, Turbinenfabrik – festen Fuß gefaßt. Sie umfaßte jetzt etwa 200 Mitglieder. Die Leitung der Organisation führte regelmäßig mit den Funktionären der Betriebe Besprechungen durch, in denen über die politische Lage und über die nächsten gemeinsamen Schritte in der illegalen antifaschistischen Arbeit beraten wurde. Die Leitung konnte auch eine ständige Verbindung zu der Widerstandsgruppe um Otto Grabowski, Herbert Grasse und John Sieg herstellen. Sie wurde von

dem Sozialdemokraten Erich Breitbach, einem engen Kampfgefährten Robert Uhrigs, und von John Sieg aufrechterhalten. Diese Gruppe war 1939 aus einer antifaschistischen Interessengemeinschaft von Mitgliedern des Unterbezirks der KPD Berlin-Neukölln und anderen Hitlergegnern, die in den Jahren 1935 bis 1939 in kleinem Kreis Vorträge und Diskussionen über Politik, Literatur und Kunst durchgeführt hatte, entstanden. Sie konzentrierte sich besonders auf die antifaschistische Arbeit in Betrieben, zu denen Otto Grabowski und Herbert Grasse Kontakt hatten. Die Gruppe wollte auf Vorschlag John Siegs eine illegale Zeitung herausgeben. Die vorhandenen geringen technischen Möglichkeiten ließen es aber zunächst nur zu, weiterhin antifaschistische Flugblätter und Klebezettel herzustellen und zu verbreiten. Eine feste Zusammenarbeit bahnte die Widerstandsgruppe mit der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation an. Dabei wurde erfolgreich die Verbindung genutzt, die John Sieg seit mehreren Jahren mit Adam Kuckhoff hatte. Außerdem knüpfte die von Robert Uhrig geleitete Organisation zahlreiche Verbindungen zu kommunistischen Funktionären und Widerstandsorganisationen in Dortmund, Essen, Hamburg, Hannover, Hildesheim, Leipzig, München und in anderen Städten. Die Fäden ins Ausland liefen nach Dänemark, den Niederlanden, Österreich und der Tschechoslowakei.

Das Ziel dieser umfangreichen politischen und organisatorischen Tätigkeit bestand darin, zuerst die illegalen Berliner Parteizellen, -gruppen und -organisationen zu einer einheitlichen Organisation der KPD zusammenzufassen und eine illegale Bezirksleitung zu bilden, sodann die illegalen Organisationen der KPD in Deutschland zusammenzuführen und ihre Aktionen im Landesmaßstab zu koordinieren und schließlich eine operative Leitung der KPD in Deutschland zu schaffen. Die Anleitung dafür erhielt die Leitung der Parteiorganisation von den Beauftragten des ZK der KPD, die unter Führung des Mitglieds des ZK der KPD, Wilhelm Knöchel, in Berlin und in den westlichen Teilen Deutschlands wirkten.

Bei der Einbeziehung größerer Bevölkerungskreise in eine breite antifaschistische Kampffront waren die von dem Kommunisten Arvid von Harnack, Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, und von dem Antifaschisten Harro Schulze-Boysen, Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium, seit 1933 aufgebauten Widerstandsgruppen besonders erfolgreich. Die enge Zusammenarbeit dieser beiden Gruppen ab Herbst 1939 führte später zu deren Zusammenschluß und zur Bil-

dung einer gemeinsamen Leitung. Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation entwickelte sich daraufhin zu einer weitverzweigten illegalen antifaschistischen Widerstandsorganisation in Berlin, die in vielen Orten Deutschlands Stützpunkte hatte und deren Verbindungen bis nach Frankreich, Griechenland, den Niederlanden, Österreich, in die Schweiz und die Sowjetunion reichten. Ihr schlossen sich auch die Kommunisten und Antifaschisten um Wilhelm Schürmann-Horster und John Rittmeister an. Die Organisation umfaßte viele kleinere Gruppen von Widerstandskämpfern, die sich in den verschiedensten Bereichen des faschistischen Staatsapparates, der Wirtschaft und der Hitlerwehrmacht gebildet hatten. Die Verbindungen zu Angestellten des Reichsluftfahrt-, des Reichspropaganda- und des Reichswirtschaftsministeriums, des Rassenpolitischen Amtes und der Reichsstelle für Arbeitsschutz sowie zum Oberkommando der Wehrmacht und zum Oberkommando der Marine waren für die antifaschistische Arbeit der Organisation besonders bedeutungsvoll. Ihr schlossen sich weiterhin Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Ärzte, Journalisten, Studenten, Diplomaten, Offiziere und Soldaten an. In klarer Erkenntnis der nationalen und internationalen Verantwortung der deutschen Antifaschisten und der entscheidenden Rolle der Sowjetunion für den Befreiungskampf der Völker gegen den Hitlerfaschismus hielt es die Leitung der Widerstandsorganisation für ihre Pflicht, den Sowjetstaat über alle ihr bekannt gewordenen faschistischen Kriegspläne zu informieren. Sie nahm Verbindung zu sowjetischen Nachrichtenorganen auf. Kämpfer der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation leisteten mit ihrer gefahrvollen Tätigkeit als Kundschafter einen bedeutsamen Beitrag zur Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus und zur Verteidigung des ersten sozialistischen Landes der Welt.

Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation arbeitete seit langem gemeinsam mit der illegalen Organisation der KPD. Besonders enge Kontakte hatte sie zu den kommunistischen Funktionären Wilhelm Guddorf, Walter Husemann, John Sieg, Martin Weise und anderen. Der offizielle Vertreter und ständige Verbindungsmann der KPD in der Leitung der Widerstandsorganisation war seit 1941 Wilhelm Guddorf. Mit seiner Hilfe konnte die Leitung auch Verbindungen zu illegalen Organisationen und Funktionären der KPD in Hamburg herstellen und diesen verschiedene politische Materialien übermitteln. Die genannten kommunistischen Funktionäre unternahmen große Anstrengungen, um Hitlergegner aus allen Schichten des Volkes zum gemein-

samen Kampf gegen das faschistische Regime zu gewinnen. Dank der Bemühungen dieser Funktionäre stießen zur Widerstandsorganisation auch zahlreiche Gruppen antifaschistischer Arbeiter, die von Kommunisten geleitet wurden. Über diese Gruppen, in denen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter gemeinsam Widerstand leisteten, war die Organisation mit einer Anzahl Berliner Großbetriebe verbunden. Die Widerstandsgruppe um Otto Grabowski, Herbert Grasse und John Sieg hatte zum Beispiel Verbindung zu klassenbewußten Arbeitern in Betrieben der AEG und des Siemens-Konzerns und zum Hauptpostamt in Berlin-Neukölln. Sie schuf sich neue illegale Stützpunkte in den Betrieben Askania-Werke AG, Bamag-Meguin AG, Berliner Kraft- und Licht-AG, Deutsche Industriewerke AG, Hasse & Wrede GmbH, C. Lorenz AG und Rhenania-Ossag-Mineralölwerke AG, im graphischen Gewerbe sowie in einigen Reichsbahnausbesserungswerken und S-Bahnhöfen. Im Sinne der Herstellung einer Volksfront aller Hitlergegner dehnte die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation ihren politischen Einfluß Schritt für Schritt aus und wurde eine der größten antifaschistischen Widerstandsorganisationen in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges. Das war eine folgerichtige praktische Anwendung der Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD auf die neuen Kampfbedingungen und Möglichkeiten während des Krieges.

So wurden in Berlin durch die unermüdliche gemeinsame Tätigkeit der führenden Funktionäre der illegalen Parteiorganisationen und der Beauftragten des ZK der KPD die Zusammenfassung der dezentralisierten Parteikader zu einer festen Parteiorganisation, die Herstellung der Aktionseinheit mit den kämpfenden Sozialdemokraten und der Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte zu einer gemeinsamen Kampffront erfolgreich eingeleitet. 1940 entstand unter Robert Uhrig eine einheitliche Leitung der illegalen Berliner Parteiorganisation, die auf der Grundlage der Weisungen des ZK der KPD einige Zeit erfolgreich tätig war. Infolge der umfangreichen politischen und organisatorischen Verbindungsarbeit begann diese Leitung, im Landesmaßstab wirksam zu werden. Damit entstanden zugleich günstige ideologische, politische und organisatorische Voraussetzungen für die Schaffung einer künftigen operativen Leitung der KPD in Deutschland. Auf Grund der außerordentlich schwierigen und komplizierten Bedindungen der konspirativen Arbeit ging der Aufbau dieser Leitung jedoch nur langsam voran.

Seit Anfang 1941 erschien in Berlin erneut „Die Rote Fahne". Sie wurde in Deutschland illegal hergestellt und von Beauftragten des ZK der KPD herausgegeben. Die Zeitung, mit der Schreibmaschine vervielfältigt, erschien jeden zweiten Monat als Doppelnummer. Die Artikel der Zeitung stützten sich auf die Beschlüsse der KPD und Nachrichten, die der Moskauer Rundfunk verbreitete, sowie auf Informationen aus Berliner Betrieben. Sie behandelten unter anderem die Politik der Partei, die Lage an den Fronten, die Stimmung der Werktätigen, den sozialistischen Aufbau in der UdSSR und den proletarischen Internationalismus. „Die Rote Fahne" wurde an bekannte Adressen verschickt oder über Verbindungsleute der illegalen Organisation der KPD in Berliner Großbetrieben verteilt.

Wie in Berlin, so gab es auch in anderen Zentren des antifaschistischen Kampfes in Deutschland Fortschritte bei der Zusammenfassung der dezentralisierten Parteikader und beim Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte. Überall waren dabei große Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden. Erfolgversprechende Anfänge in der schrittweisen Sammlung der Parteikader und der Hitlergegner unter der Führung illegaler Parteiorganisationen zeigten sich vor allem im Rhein- und Ruhrgebiet in den Städten Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Oberhausen, Remscheid und Wuppertal, an der Wasserkante in Hamburg, in Sachsen hauptsächlich in Dresden und Leipzig, in Thüringen in den Städten Gotha und Jena, im Mansfelder Gebiet, in Bayern unter anderem in München sowie teilweise auch in Brandenburg, Mecklenburg und Pommern.

Unter der Leitung von Funktionären der KPD kämpften im Rhein- und Ruhrgebiet einzelne Gruppen von Hitler- und Kriegsgegnern und gaben maschinengeschriebene Informationen als Leitfaden für den antifaschistischen Widerstandskampf heraus. Im Herbst 1940 organisierten Kommunisten um Robert Büchner in Eisleben und im Mansfelder Gebiet die Fortführung der antifaschistischen Arbeit. Im Eislebener Betrieb Dampfmühle bauten sie zum Beispiel eine illegale Zelle der KPD auf, stellten die Verbindung zu sozialdemokratischen Arbeitern her und kämpften mit ihnen gemeinsam für die Interessen der Betriebsbelegschaft. Als der nazistische Unternehmer nach einer kurzbefristeten Arbeitsniederlegung von Angehörigen dieses Betriebes den Speicherarbeiter Robert Büchner bei der Gestapo denunziert hatte, verhinderte die solidarische Haltung der Belegschaft die erneute Verhaftung des kommunistischen Funktionärs. Am 8. März

1941 trafen sich Albert Hähnel und andere Funktionäre der KPD im Chemnitzer Zeisig Wald. Einer von ihnen, der zur Hitlerwehrmacht eingezogen worden war, hatte in einer Kaserne in Thorn in Westpreußen Offiziere beim Sandkasten-Planspiel des Überfalls auf die Sowjetunion beobachtet. Er notierte sich die Angriffsskizze, die ein Teil des sogenannten Barbarossa-Plans war, auf Apfelsinenpapier. Während seiner Anwesenheit im Ersatztruppenteil informierte er die illegale Organisation der KPD über die Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR. In Stuttgart bauten im Frühjahr 1941 Kommunisten, die seit Kriegsbeginn die illegale Arbeit vorantrieben, die Organisation der KPD weiter aus. Sie hörten systematisch die Meldungen des Moskauer Rundfunks ab und verbreiteten sie unter den antifaschistischen Arbeitern. Außerdem stellten sie die Verbindung zu den Berliner Kommunisten her und begannen mit der Bildung neuer kommunistischer Widerstandszellen in den Betrieben. Sie setzten den antifaschistischen Kampf bis zu ihrer Verhaftung im Herbst 1943 fort.

1939/1940 waren bewährte Funktionäre der KPD wie Bernhard Bästlein, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Anton Saefkow, Georg Schumann und andere aus dem faschistischen Kerker entlassen worden. Obwohl die Nazis ihnen mit der Todesstrafe gedroht hatten, nahmen sie die illegale Tätigkeit wieder auf. Durch ihre politische Initiative und geschickte organisatorische Arbeit wurden vor allem in Hamburg, Sachsen und Thüringen erste Maßnahmen eingeleitet, die die dezentralisierten Kräfte der illegalen Parteiorganisationen und einzelner antifaschistischer Widerstandsgruppen zusammenführten und auf bezirklicher Ebene einheitliche Leitungen der Partei vorbereiten sollten. Damit begannen sie auch hier, die Politische Plattform der KPD zu verwirklichen. Der heroische und opferreiche Kampf der illegalen Organisationen der KPD widerlegt eindeutig die lügenhaften Behauptungen westdeutscher Historiker und Historiker anderer kapitalistischer Länder, die KPD hätte nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom August 1939 bis Sommer 1941 ihren Kampf gegen den Faschismus eingestellt.

Auf die Entwicklung des Widerstandskampfes in Deutschland wirkte sich auch die politische Arbeit der Organisationen der KPD in Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden sowie in Großbritannien, Schweden, der Schweiz und anderen Ländern aus. Viele dieser Organisationen arbeiteten unter der unmittel-

baren Leitung des ZK der KPD. Einige von ihnen hatten feste Kontakte zu illegalen Parteiorganisationen in Deutschland geknüpft und sicherten oftmals deren Verbindungen zur Parteiführung. Sie druckten zahlreiche antifaschistische Materialien und schleusten sie auf den verschiedensten Wegen nach Deutschland ein. Als der faschistische Aggressor in eine Reihe dieser Länder eingefallen war, nahmen die deutschen Kommunisten, getreu dem proletarischen Internationalismus und ihrer nationalen Verantwortung, an der Seite der kommunistischen Bruderparteien aktiv am Kampf gegen die nazistischen Okkupanten teil. Gemeinsam mit den Bruderparteien begannen die deutschen Kommunisten, die antifaschistische Agitation unter den Soldaten und Offizieren der Hitlerwehrmacht zu entwickeln. In dieser Hinsicht war besonders die Organisation der KPD in Frankreich an der Seite der Résistance tätig.

Der Aggression in Westeuropa folgte der Krieg Hitlerdeutschlands auf dem Balkan. Faschistische Truppen marschierten im Oktober 1940 in Rumänien und im März 1941 in Bulgarien ein. Am 6. April 1941 überfiel die Hitlerwehrmacht Griechenland und Jugoslawien. Die jugoslawische Armee, deren Soldaten heldenhaft für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpften, kapitulierte am 17. April. Am 21. April unterzeichneten die Vertreter der griechischen Armee die Kapitulation. Die britischen Expeditionstruppen in Griechenland mußten evakuiert werden. Die Völker Griechenlands und Jugoslawiens beugten sich aber nicht dem faschistischen Joch. Sie erhoben sich zum nationalen Befreiungskampf, in dessen Verlauf sich starke Volksbefreiungsarmeen entwickelten. In einer Erklärung vom 12. April 1941[45] solidarisierten sich die KPD und der KJVD mit diesem gerechten Kampf und forderten das deutsche Volk auf, die Ausweitung des Krieges zu verhindern und einen Volksfrieden zu erzwingen.

Mit der fortschreitenden Aggression Hitlerdeutschlands rückte 1941 der Kampf gegen einen Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus auf die UdSSR immer mehr in den Mittelpunkt der Tätigkeit der KPD und der von ihr geführten antifaschistischen Widerstandsbewegung. In dem Flugblatt „Hände weg von der Sowjetunion!" forderte die KPD am 5. Mai 1941 das deutsche Volk auf, für die Einhaltung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes einzutreten. „Sollte die deutsche Militärmaschine einen Überfall wagen, dann wird der Angreifer von der Roten Armee erbarmungslos

[45] Dokument Nr. 74.

geschlagen werden, und das auf seinem eigenen Territorium. Das sollten sich alle Sowjetfeinde merken."[46]

Mit Beginn des Jahres 1941 verstärkte sich der Prozeß der Herausbildung politisch und organisatorisch weitgehend voneinander unabhängiger sozialdemokratischer Emigrationszentren, die die unterschiedlichsten Auffassungen vertraten. Die German Labor Delegation in den USA mit Max Brauer, Albert Grzesinski, Rudolf Katz, Gerhart H. Seger, Wilhelm Sollmann und Friedrich Stampfer bildete seitdem das Zentrum des extrem rechten Flügels der sozialdemokratischen Emigration, der die alte antikommunistische Linie des ehemaligen Parteivorstandes verfolgte. Ähnliche rechte Auffassungen vertraten in der sozialdemokratischen Landesgruppe in Schweden Kurt Heinig und Fritz Tarnow und in der Schweiz Otto Braun und Wilhelm Hoegner. Das Hauptzentrum der sozialdemokratischen Emigration entstand nach der Kapitulation Frankreichs jedoch in Großbritannien. Erich Ollenhauer und Hans Vogel begannen sich von Teilen ihrer früheren politischen Konzeption zu lösen und näherten sich den Auffassungen des Auslandsbüros Neu Beginnen, daß mit der Beseitigung des Naziregimes auch die Stützen der Reaktion – die preußischen Junker, die Rüstungskonzerne und der Militarismus – entmachtet werden müssen. Damit waren wesentliche Voraussetzungen für die Verständigung der sozialdemokratischen Gruppen in Großbritannien entstanden. Deshalb schlossen sich am 19. März 1941 die Restgruppe des sozialdemokratischen Parteivorstandes unter Hans Vogel, die Leitung der Londoner Ortsgruppe der SAP, der Vorstand des ISK und das Auslandsbüro Neu Beginnen zur Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien zusammen.[47] Die Gründung der Union war ein erster Versuch, den immer sichtbarer werdenden Veränderungen im Charakter des Krieges Rechnung zu tragen und zu einer politischen Neuorientierung zu kommen. Während die KPD unermüdlich im deutschen Volk die Wahrheit über die Sowjetunion verbreitete und die imperialistische Kriegspolitik des deutschen Monopolkapitals entlarvte, rechneten sozialdemokratische Führer im Frühjahr 1941 – neben dem möglichen Eintritt der USA in den Krieg an der Seite Großbritanniens – mit dem Ausbruch des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR. Ihre Auffassungen deckten sich in

[46] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NJ–1601/17.

[47] Dokument Nr. 73.

dieser Frage mit den Vorstellungen herrschender imperialistischer Kreise Großbritanniens und der USA, die das größte Interesse daran hatten, die militärischen Hauptkräfte Deutschlands gegen die Sowjetunion gebunden zu sehen und die Hitlerwehrmacht und die Rote Armee einander zerfleischen zu lassen, um dann Deutschland und der UdSSR ihren Willen zur politischen Gestaltung Europas und der Welt aufzuzwingen.

Die Anfangserfolge der Hitlerwehrmacht und der ideologische Einfluß auf große Teile der Bevölkerung ermöglichten es dem Hitlerregime, das deutsche Volk entgegen seinen ureigensten Interessen immer fester an den faschistischen Kriegskarren zu ketten. Trotz der großen Anstrengungen der KPD vermochte es die deutsche Arbeiterklasse nicht, den Überfall der Hitlerwehrmacht auf den sozialistischen Staat zu verhindern. Durch den blutigen Terror des faschistischen Regimes niedergehalten und durch die nationale und soziale Demagogie der Nazis irregeführt, aber auch durch den jahrzehntelangen Einfluß des Revisionismus gelähmt, war die Arbeiterklasse nicht imstande, die deutsche Nation vor dieser vom Monopolkapital herbeigeführten Schande zu bewahren.

Vom Herbst 1939 bis Sommer 1941 hatten der deutsche Imperialismus und Militarismus die Mehrzahl der europäischen Länder – ein Territorium von fünf Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von über 290 Millionen Menschen – mit Waffengewalt erobert oder in völlige Abhängigkeit gebracht. In den besetzten Ländern wurde ein blutiges Okkupationsregime errichtet. Die Wirtschaft eines großen Teils Europas befand sich in der Hand des deutschen Monopolkapitals. In Hitlerdeutschland, einschließlich seiner Satellitenstaaten und der okkupierten Länder, wurden 1941 31,8 Millionen Tonnen Stahl erzeugt und 400 Millionen Tonnen Kohle sowie 7,5 Millionen Tonnen Erdöl gefördert. Die deutsche Rüstungsproduktion war im Sommer 1941 um etwa drei Viertel höher als zu Beginn des Krieges. Die stärkste Militärmacht unter den kapitalistischen Ländern war Hitlerdeutschland, dessen Streitkräfte 7,2 Millionen Mann zählten. Die Gesamtverluste der Hitlerwehrmacht betrugen in der ersten Kriegsperiode etwa 97 000 Tote und Vermißte. Der deutsche Imperialismus und Militarismus hatte insgesamt seine strategischen Positionen für die geplante Aggression gegen die UdSSR und den Kampf um die Weltherrschaft verbessert.

Der deutsche Imperialismus hatte in der ersten Kriegsperiode be-

deutende militärische Erfolge errungen. Seine militärische Doktrin ging davon aus, daß das Kriegspotential Deutschlands für einen längeren Mehrfrontenkrieg gegen eine Koalition europäischer Staaten nicht ausreichen würde. Diesen Umstand wollte er dadurch wettmachen, daß er jeden Aggressionsakt sorgfältig vorbereitete und das ganze Land für eine maximale, aber kurzfristige Anspannung der Kräfte mobilisierte. Seine militärische Strategie bestand darin, blitzartig in einzelne Länder einzufallen und die Gegner nacheinander niederzuwerfen, ehe sie eine wirkungsvolle Abwehr organisieren konnten. Dabei griffen die Hitlerfaschisten zum politischen Verrat und zur Provokation und schwächten das jeweilige Land durch ihre „fünfte Kolonne". Die anfänglichen Erfolge bei der Anwendung dieser Blitzkriegsstrategie ergaben sich aus den zeitweiligen militärischen Vorteilen Hitlerdeutschlands, wie einer kriegsbereiten und modern ausgerüsteten Armee, einer auf den Krieg vollständig ausgerichteten Wirtschaft sowie aus den Vorteilen des Angreifers. Sie erklärten sich aber zugleich durch die Preisgabe der Interessen der eigenen und anderen europäischen Völker durch einflußreiche Kreise der herrschenden Klassen Frankreichs und Großbritanniens. Dennoch war die faschistische Blitzkriegsstrategie selbst bei zeitweiligen militärischen Erfolgen abenteuerlich. Sie mußte scheitern, sobald eine feste Koalition europäischer Staaten hergestellt war. Sie brach vollständig zusammen, als die Hitlerfaschisten in die Sowjetunion einfielen und unter Führung der UdSSR die Antihitlerkoalition entstand.

Vom September 1939 bis Juni 1941 stand die KPD trotz gesteigerten Terrors und der durch den Krieg bedingten größeren Schwierigkeiten an der Spitze des Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation. Sie führte in dieser Zeit den nationalen, antifaschistischen Kampf konsequent fort. In dieser Periode stellte sich die KPD auf die neuen Aufgaben und die neue Taktik unter den Bedingungen des Krieges ein, führte die zersplitterten Parteikräfte zusammen und unternahm erfolgreiche Schritte zur Zentralisierung der Parteiarbeit in den Gebieten und Bezirken. Die KPD sammelte Hitler- und Kriegsgegner aus allen Volksschichten um sich. Es gab in Deutschland keine andere politische Partei, die so klar und deutlich die nationalen Interessen des deutschen Volkes mit der Wahrung der Interessen jener Völker Europas verband, die um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpften.

Gesamtzahl der Festnahmen:		
Kommunismus, Marxismus		1.210
Reaktion, Opposition		1.267
Widerstandsbewegung		1.007
Kath.		69
Ev. Kirchenbewegung		12
Sekten		35
Juden		1.019
Wirtschaftsangelegenheiten		267
Arbeitsniederlegungen		
Deutsche	1.781	
Ostarbeiter	20.422	
Polen	6.751	
Litauer, Letten, Estl.	565	
Franzosen	801	33.826
Holländer	910	
Belgier	281	
Protektoratsange .	402	
Südosteuropäer	898	
Italiener	192	
Sonstige	623	
Verb. Umgang mit ausl. Arbeitern u. Kriegsgefangenen		1.583
weg. verb. Abhören ausl. Sender		416
Gesamtzahl:		40.726

Aus einem Bericht des Reichssicherheits-Hauptamtes über die illegale antifaschistische Tätigkeit, August 1942

Bekanntmachung.

Die am 23. Januar 1941 vom Volksgerichtshof wegen Zersetzung der Wehrkraft des deutschen Volkes, landesverräterischer Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilten

Willi Gall aus Pethau, 32 Jahre alt,

und **Otto Nelte aus Berlin,** 42 Jahre alt,

sind heute hingerichtet worden.

Berlin, den 25. Juli 1941.

Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.

Justizterror der Faschisten

KPD und andere marxistische Organisationen.

Die Stapostelle Schwerin nahm 8 Arbeiter eines Industrie=betriebes in Neubrandenburg, die früher sämtlich Mitglieder der KPD bezw. anderer linksgerichteter Organisationen waren, in Haft, weil sie auf ihrer Arbeitsstätte wiederholt kommuni=stische Hetzreden geführt und zum Teil gemeinschaftlich Nachrichten ausländischer Sender abgehört hatten.

Wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz wurden von der Stapostelle Dortmund ebenfalls 8 Personen, von denen die meisten vor der Machtübernahme Mitglieder der KPD waren, festgenommen. Die Beschuldigten hatten staatsabträgliche Reden geführt und versucht, ihre Arbeitskameraden im de=faitistischen Sinne zu beeinflussen.

"Hammer, Sichel, Hitlers Tod!
Es lebe SSSR, Rote Armee und Stalin!"

In Berlin sind in mehreren Fällen Hausfronten und Treppen=aufgänge mit kommunistischen Losungen oder dem Wort "Frieden" beschmiert worden. Außerdem mußten in einigen Bahnhöfen und Eisenbahnzügen kommunistische Beschmierungen entfernt werden.

In Dresden sind an verschiedenen Stellen u.a. folgende Parolen angeschmiert worden:

"Volk hungert, Bonzen fressen",

"Bonzen fressen",

"Hitler: Kriegstreiber",

"Wo Hitler führt, ist Tod und Verderben".

In den Heinkel-Flugzeugwerken in Rostock-Marienehe sind an der Innenseite sämtlicher Türen von den zu einer Werkhalle gehörenden 20 Aborten Hetzaufschriften angebracht worden. Einige der Aufschriften lauteten wie folgt:

"Warum führt Deutschland Krieg? Arbeitskameraden, der Arbeiter bleibt nach wie vor dem Kriege ein Knecht und Sklave!",

"Wer Göring und Hitler glaubt, dem haben sie den Verstand geraubt!",

"Einst haben wir gekämpft für Freiheit und Brot! Heute haben wir Knechtschaft und leiden Not!".

Weiter sind in einem Abortraum des gleichen Werkes neben den Zeichen Hammer und Sichel in ungarischer Sprache die Worte

"Wir brauchen kein anderes Zeichen als Hammer und Sichel"

geschrieben worden.

Schließlich wurden noch in Bochum, Erfurt, Beuthen und im Bereich der Stapostelle Karlsbad kommunistische bezw. marxistische Beschmierungen vorgefunden.

Aus einem Bericht des Reichssicherheits-Hauptamtes
über die illegale antifaschistische Tätigkeit im Jahre 1942

Führende
antifaschistische
Widerstandskämpfer
in Deutschland



Alfred Althus



Wilhelm Guddorf



Arvid Harnack

John Sieg



Adam Kuckhoff

Hans-Ludwig Siercks



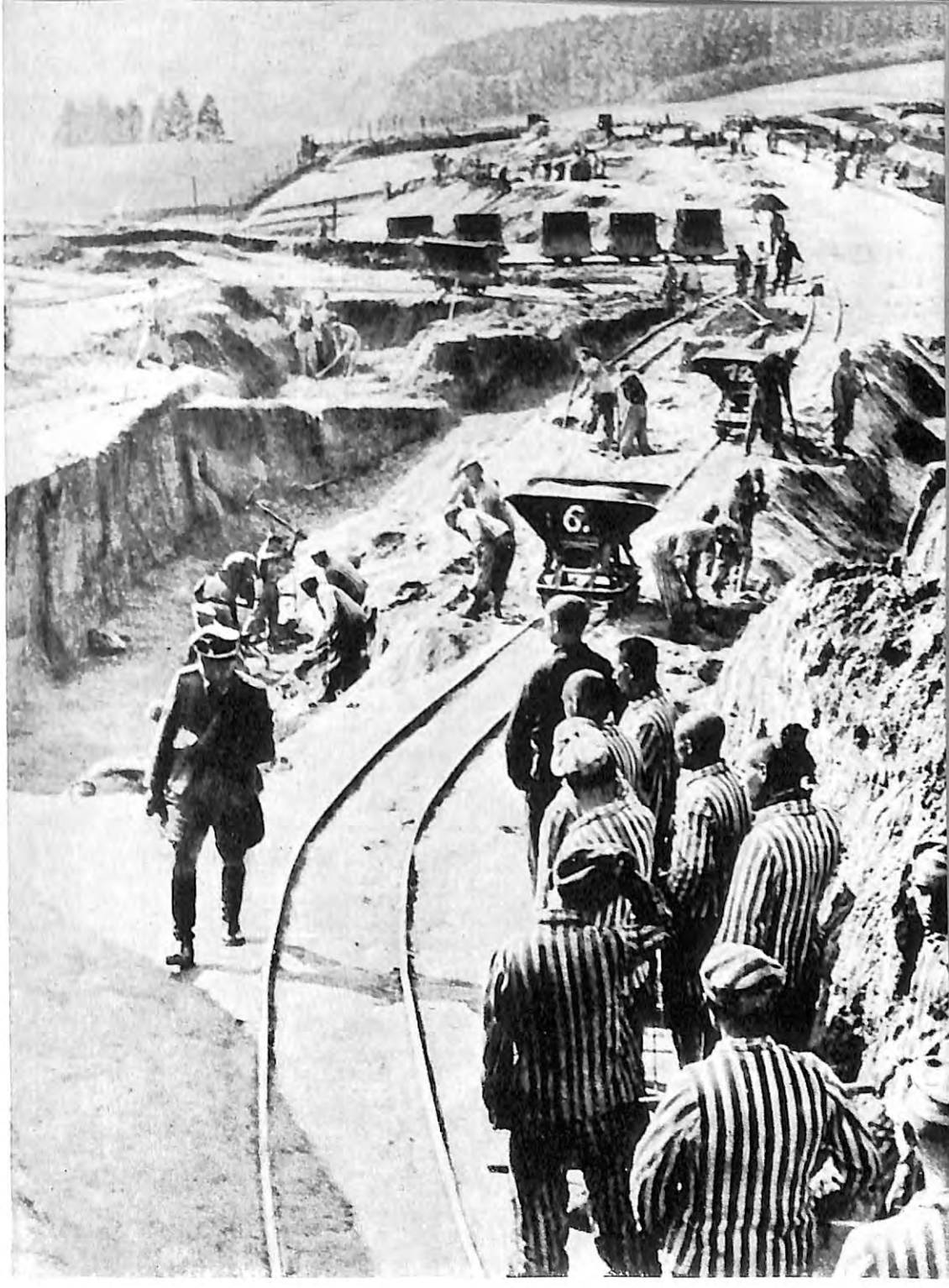
Harro Schulze-Boysen

Robert Uhrig









Konzentrationslager Mauthausen



Die Hitlerwehrmacht überfällt die Sowjetunion, 22. Juni 1941

Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

An das deutsche Volk und das deutsche Heer!

Arbeiter! Bauern! Deutsche Werktätige!

Seit mehr als zwei Jahren verblutet das deutsche Volk für die wahnwitzigen Pläne Hitlers, der die Weltherrschaft anstrebt. In diesen schweren Tagen wendet sich die Kommunistische Partei Deutschlands an das deutsche Volk und an das deutsche Heer. Wir Kommunisten warnten Euch mehrfach vor der gewaltigen Gefahr, die Hitler für unser Volk und für unser Land darstellt. Wir riefen Euch auf zum Kampf gegen die Bestie Hitler. Wir sagten Euch, daß Hitler maßlose Not, beispiellose Schmach und endlosen Krieg bedeutet. Doch war unser nationales Unglück früher noch nie so groß wie gegenwärtig. Die militärischen Erfolge Hitlers in Holland, Belgien, Frankreich und auf dem Balkan haben keinen Frieden gebracht, sondern nur neue Kriege, neue, größere Opfer und Leiden.

Am 22. Juni hat Hitler durch seinen heimtückischen und treubrüchigen Überfall auf die Sowjetunion das schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen und das größte Unheil über Deutschland gebracht. Millionen deutscher Soldaten wurden während dieser vier Monate Krieg sinnlos geopfert. Und jetzt treibt Hitler das deutsche Volk über Berge von Leichen zu einer neuen, zur blutigsten Offensive. Mit beispiellosem Zynismus verspricht er den erschöpften und verzweifelten deutschen Soldaten, daß diese Offensive den Endsieg und den Frieden bringen wird.

Aber denkt daran, deutsche Soldaten! Bereits vor einem Jahr prahlte Hitler, der Ausgang des Krieges sei entschieden und England niedergerungen. Das war eine Lüge. Seitdem ist England nur stärker geworden. Im Juli dieses Jahres erklärte Hitler, die Rote Armee sei vernichtet. Das war eine Lüge. Der Widerstand der Roten Armee wurde noch zäher und stärker. Und heute erkennen die Soldaten und ihre Familien immer klarer die verhängnisvolle Wahrheit. Millionen und aber Millionen Deutsche werden niemals nach Hause zurückkehren aus der Schlacht, die sich auf dem unermeßlichen Territorium Sowjetrußlands abspielt. Keine Regierung Deutschlands hat jemals bisher eine ganze Generation Deutscher so überlegt ausrotten lassen, wie Hitler dies tat.

Angesichts dieser blutigen Katastrophe fragt sich jeder Deutsche: warum wurde dieser verbrecherische Krieg gegen Sowjetrußland begonnen? Ihr wißt noch, wie wir alle durch die Kunde vom Überfall auf die Sowjetunion erschüttert waren. Wir wußten, daß russische Volk war ein Freund des deutschen Volkes und hat seit 1918 zahlreiche Beweise für diese Freundschaft geliefert. Es unterstützte Deutschland in den schweren Tagen von Versailles. Die Sowjetunion schloß mit Deutschland den Rapallo-Vertrag, als Deutschland isoliert war. Wir wußten, daß Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hatten. Wir wußten, daß die Sowjetunion diesen Pakt streng befolgte. Niemals hat Hitler bis zum 22.Juni irgendwelche Beschwerden und Ansprüche vorgebracht. Alle die lügenhaften Behauptungen Hitlers nach seinem verräterischen Überfall auf die Sowjetunion werden durch Tatsachen widerlegt. Millionen unserer Soldaten können bestätigen, daß nicht die Sowjetunion, sondern Hitler zu Beginn dieses Jahres gewaltige Streitkräfte an der Grenze Sowjetrußlands konzentrierte. Hitler hat nach Finnland, Rumänien, Bulgarien deutsche Truppen geschickt, um günstige Ausfallstellungen für einen Überfall auf die Sowjetunion zu beziehen. Ohne jegliche Warnung bombardierten die deutschen Luftstreitkräfte auf Befehl Hitlers friedliche Sowjetstädte. Ohne Kriegserklärung setzte Hitler wortbrüchig das deutsche Heer gegen Sowjetrußland ein. Hätte die Sowjetunion einen Anschlag auf Deutschland beabsichtigt, so würde sie nicht den Überfall der deutschen Armee abgewartet haben. Bekanntlich hat die Sowjetunion ihre Streitkräfte erst nach dem wortbrüchigen Einbruch der deutschen Armee in das Sowjetland mobilisiert. Die Tatsachen klagen Hitler an. Es wird ihm nicht gelingen, das deutsche

Nieder mit Hitler und seiner Bande der Goebbels, Göring, Himmler und Ribbentrop!

Soldaten! Beendet den Krieg! Weigert Euch, anzugreifen!

Arbeiter! Bringt mit allen Mitteln die Kriegsmaschine zum Stehen!

Frauen! Verlangt die Rückkehr Eurer Männer, Brüder und Söhne von der Front!

Deutsches Volk! Vorwärts zum Kampf für ein Volksdeutschland, für ein Deutschland des Friedens und der Freiheit!

Zentralkomitee der Komm. Partei Deutschlands

Wilhelm Pieck
Wilhelm Florin
Walter Ulbricht
Herbert Funk
Fritz Arndt
Anton Ackermann
Michel Niederkirchner
Irene Gartner
Gustav Sobottka
Wilhelm Erasmus
Richard Stahlmann

Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 6. Oktober 1941



Widerstand in Deutschland, Losungen aus dem Jahre 1941

Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR und der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes. Die Entstehung der Antihitlerkoalition. Die Verstärkung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter der Führung der KPD (Juni 1941 bis November 1942)

1. Der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. Die Herausbildung der Antihitlerkoalition

Am 22. Juni 1941 überfielen Hitlerdeutschland und seine Satelliten Finnland und Rumänien ohne Kriegserklärung die Sowjetunion. Am gleichen Tag erklärten Italien, am 24. Juni die Slowakei und wenige Tage später Ungarn der UdSSR den Krieg. Das Pétain-Regime in Vichy brach die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab. Der heimtückische Einfall in die Sowjetunion entlarvte Deutschland erneut vor aller Welt als blutgierigen Aggressor. Das Sowjetvolk erhob sich unter Führung der KPdSU(B) zum Großen Vaterländischen Krieg.

Die deutschen Militaristen und Monopolkapitalisten hatten bereits im Sommer 1940 mit den unmittelbaren Vorbereitungen für die Aggression gegen die UdSSR begonnen. Nach eingehenden Vorbesprechungen mit hohen Militärs befahl Hitler am 31. Juli die Vorbereitung

des Überfalls auf die Sowjetunion. Bereits einen Tag später erörterten führende Generalstäbler die erste Operationsstudie für den geplanten Blitzkrieg gegen das Sowjetland. Seit dieser Zeit trat zugunsten der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen den sozialistischen Staat die Kriegführung gegen Großbritannien immer mehr in den Hintergrund. Am 18. Dezember unterzeichnete Hitler die mit dem Decknamen „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa"[48] getarnte Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) zum Überfall auf die UdSSR, die die Grundlage für alle militärischen, politischen und wirtschaftlichen Pläne des faschistischen Imperialismus zur Vernichtung des Sowjetstaates und zur Versklavung des Sowjetvolkes war. In maßloser Unterschätzung der militärischen Widerstandskraft der UdSSR war vorgesehen, die Rote Armee in einem raschen Feldzug zu zerschlagen und innerhalb weniger Wochen die Linie Archangelsk–Wolga zu erreichen. Von Januar bis Juni 1941 bereiteten die verschiedenen Exponenten des deutschen Monopolkapitals die wirtschaftliche und politische Versklavung der UdSSR und den Massenmord an Sowjetbürgern vor. Anfang 1941 setzte das faschistische OKW einen Arbeitsstab zur Planung der wirtschaftlichen Ausbeutung der Sowjetunion ein. Führende deutsche Konzerne sollten die sowjetischen Industriebetriebe übernehmen sowie die Bodenschätze und die Landwirtschaft ausplündern. Die Ausarbeitungen dazu wurden im Juni von Hermann Göring zusammengefaßt. Ab April bereitete Alfred Rosenberg die politische Versklavung der UdSSR durch den deutschen Imperialismus in Einzelheiten vor. Am 17. März übergab das OKW Heinrich Himmler die Terror- und Mordaufgaben in der Sowjetunion. Im Mai bildete die SS Einsatzgruppen, die in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion jegliche Widerstandsbewegung rücksichtslos bekämpfen, ganze Bevölkerungsteile ausrotten und kommunistische Funktionäre sowie jüdische und andere Bürger der UdSSR ermorden sollten. Am 31. März befahl Adolf Hitler die Ermordung der politischen Funktionäre der Roten Armee. Am 6. Juni gab das OKW eine entsprechende Richtlinie an die Hitlerwehrmacht. Zynisch erklärte Hitler: „Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können."[49] Diese Pläne zeigen deutlich, daß das deutsche Monopolkapital mit seiner Aggression gegen die

[48] Dokument Nr. 72.

[49] Der Nürnberger Prozeß . . ., Bd. II, S. 101.

UdSSR imperialistische Raub- und Klassenziele verfolgte, deren Erreichung der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Weltherrschaft sein sollte. Gleichzeitig wollte es damit die internationale Arbeiterbewegung und die nationalen Befreiungsbewegungen empfindlich treffen. Angesichts dieser Tatsachen erweist sich die Behauptung einiger westdeutscher Historiker und memoirenschreibender Hitlergenerale, Deutschland habe einen Präventivkrieg geführt, als eine politische Zwecklüge.

Während die faschistische Wehrmacht an der sowjetischen Grenze zum Sprung bereitstand, wagten deutsche Patrioten ihr Leben für die Sache der internationalen Arbeiterklasse, für den Schutz der sozialistischen Sowjetunion. Schon im Frühjahr 1941 erhielt die sowjetische Staatsführung durch deutsche Antifaschisten Mitteilung über die von den Hitlerfaschisten vorbereiteten Maßnahmen und den von ihnen festgelegten Zeitpunkt für den Überfall auf die UdSSR. Bereits am 5. März 1941 übermittelte der deutsche Kommunist Richard Sorge aus Japan, einem der Zentren der faschistischen Aggression, wo er seit vielen Jahren erfolgreich die Erkundung der Kriegspläne des internationalen Imperialismus gegen die Sowjetunion leitete, der Sowjetregierung die erste Warnung über den bevorstehenden Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR. Am 15. Juni funkte er nach Moskau den inhaltsschweren Satz: „Der Krieg wird am 22. Juni beginnen." Seit Anfang 1941 übermittelte auch die Leitung der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation auf dem Funkwege der sowjetischen Staatsführung die verschiedenen Termine für den geplanten Aggressionskrieg des faschistischen deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion und meldete wenige Wochen vor dem Überfall den 22. Juni als feststehendes Datum. Am 10. Juni verließ der einundzwanzigjährige Schütze Rudolf Richter, Jungkommunist und Sohn eines sozialdemokratischen Arbeiters, seine nördlich von Włodawa am Bug stationierte Einheit. Er trat auf die Seite der Roten Armee über, um seine sowjetischen Klassenbrüder rechtzeitig vor dem vertragsbrüchigen Vorhaben der deutschen Imperialisten und Militaristen zu warnen. In den Abendstunden des 21. Juni entfernte sich der Soldat Alfred Liskow, vor der Einberufung Arbeiter in einer Möbelfabrik in Kolberg, von der am Bug stehenden 74. Infanteriedivision. Er schwamm in der Nähe von Sokal durch den Fluß, trat auf die Seite der Roten Armee über und berichtete den sowjetischen Genossen vom unmittelbar bevorstehenden Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR. Eine Stunde

vor Kriegsbeginn, nachdem in seiner Division der Angriffsbefehl Hitlers gerade verlesen worden war, verließ der Unteroffizier Wilhelm Schulz, Mitglied der KPD und früher Mechaniker in Eisenach, unauffällig seine Einheit. Er eilte zum San, sprang in den Fluß und strebte schwimmend dem sowjetischen Ufer zu. Von faschistischen Kugeln schwer verwundet, drohte er zu ertrinken. Ein sowjetischer Grenzsoldat holte ihn aus dem Wasser. Fast bewußtlos und unter Aufbietung seiner letzten Kräfte flüsterte er: „Freunde, ich bin Kommunist. In einer Stunde bricht der Krieg aus. Man überfällt euch, seht euch vor, Genossen!“[50] Zweiunddreißig Minuten vor dem faschistischen Einfall starb der deutsche Arbeiter und Kommunist Wilhelm Schulz. Die Heldentat dieser deutschen Patrioten zeigt, daß die besten Kräfte der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes fest entschlossen waren, gemeinsam mit dem Sowjetvolk den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat zu verteidigen.

Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR war nicht nur ein schweres Verbrechen gegen das Sowjetvolk; er war vor allem das schwerste Verbrechen, das der deutsche Imperialismus seit seinem Bestehen an der deutschen Nation begangen hatte. Seit 1917 hatte der Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion eine vorrangige Rolle in den Weltherrschaftsplänen der deutschen Imperialisten gespielt. Sofort nach dem ersten Weltkrieg begannen sie mit der Vorbereitung der Revanche und leiteten die Wiederaufrüstung Deutschlands ein. Dabei erhielten sie die direkte Unterstützung der imperialistischen Westmächte, weil diese im deutschen Imperialismus die geeignete Stoßkraft gegen die UdSSR sahen. Geblendet vom Antikommunismus begünstigten sie den faschistischen Aggressor und versuchten, ihn gegen das sozialistische Land zu lenken. Somit war der faschistische Einfall in die Sowjetunion zugleich der Versuch des Weltimperialismus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und seine ungeteilte Herrschaft über die ganze Erde wiederherzustellen. Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus und Militarismus standen zu den Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung, zu den eigenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten in krassem Widerspruch und waren mit dem Angriff auf die Sowjetunion erst recht zum Scheitern verurteilt. Der faschistische Überfall mußte dazu führen, daß sich das Sowjetvolk und die gesamte fortschrittliche Menschheit zur Vernich-

50 Zit. nach: Lew Schejnin: Eine Stunde vor Kriegsbeginn. Die Heldentat des deutschen Kommunisten Wilhelm Schulz. In: Junge Welt (Berlin), 7./8. Mai 1960.

tung des faschistischen Aggressors erhoben. Da der deutsche Imperialismus bereit war, alles auf eine Karte zu setzen, beschwor er eine neue, noch größere nationale Katastrophe über Deutschland herauf.

Das ZK der KPD forderte am 24. Juni 1941 in einem Aufruf[51] das deutsche Volk zum Kampf gegen den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion auf. Es bezeichnete diesen Überfall als den verhängnisvollsten Schlag gegen die Lebensinteressen der deutschen Nation. Das ZK der KPD begründete die Unvermeidlichkeit der Niederlage des faschistischen Imperialismus und erklärte: „Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind! Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.

In unseren Händen, in den Händen des schaffenden deutschen Volkes, liegt jetzt das Schicksal unserer Nation."[52]

Mit dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion veränderte sich der gesamte Verlauf des zweiten Weltkrieges entscheidend. Der Charakter des Krieges gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten als gerechter, antifaschistischer Befreiungskrieg trat nun voll hervor. Nunmehr bestimmte die Teilnahme des sozialistischen Sowjetstaates das politische Wesen des Krieges; die sowjetisch-deutsche Front wurde zur Hauptfront des zweiten Weltkrieges und ausschlaggebend für seinen weiteren Verlauf und für seinen Ausgang. Das internationale Kräfteverhältnis veränderte sich dadurch grundlegend. Die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus wurde eingeleitet.

Im Großen Vaterländischen Krieg gegen die Länder des faschistischen Blocks verfolgte die UdSSR als politische Ziele: Beseitigung der dem Sowjetland vom faschistischen Imperialismus drohenden Gefahr; Unterstützung der Völker Europas in ihrem Kampf zur Befreiung von der faschistischen Versklavung; vollständige und endgültige Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus, der Hauptkraft der Weltreaktion; Schaffung von Voraussetzungen für eine friedliche, freie und fortschrittliche Entwicklung der Völker. Diese Ziele der UdSSR stimmten vollkommen mit den Interessen aller Völker, mit der nationalen Politik der KPD und den Lebensinteressen des deutschen Volkes überein.

51 Dokument Nr. 75.

52 Die Welt (Stockholm), 11. Juli 1941, S. 886.

Der Eintritt der UdSSR in den Krieg verlieh den vom Hitlerfaschismus unterdrückten und bedrohten Völkern neue Kraft, gab ihnen weiteren Auftrieb und volle Zuversicht in den Sieg ihrer gerechten Sache. Er gab auch den von der KPD geführten antifaschistischen Kräften des deutschen Volkes die reale Perspektive zur erfolgreichen Überwindung der volksfeindlichen, antinationalen Herrschaft des faschistischen Imperialismus, zur Lösung der nationalen Frage im Sinne des Volkes.

190 Divisionen, davon 153 deutsche Divisionen, das waren über 70 Prozent der faschistischen Wehrmacht, sowie 3700 Panzer, 4900 Flugzeuge und 50 000 Geschütze und Granatwerfer wurden zur Verwirklichung des Barbarossa-Plans eingesetzt. Die Hauptkräfte der Hitlerwehrmacht stießen in drei Richtungen vor: durch die baltischen Sowjetrepubliken nach Leningrad, über Minsk und Smolensk nach Moskau und über Shitomir nach Kiew und in das Donezbecken. Trotz heldenhaften Widerstandes der Roten Armee besetzte die Hitlerwehrmacht einen großen Teil der westlichen UdSSR. Im August/September 1941 wurde der faschistische Vormarsch vorübergehend an allen wichtigen Frontabschnitten zum Stehen gebracht.

Die Anfangserfolge der Hitlerwehrmacht waren durch eine Reihe politischer, ökonomischer und militärischer Faktoren bedingt. Das faschistische Deutschland überfiel die UdSSR, nachdem es sich der wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen großer Teile Europas bemächtigt und die eigenen ökonomischen Möglichkeiten weiterhin erweitert hatte. Das verstärkte bedeutend sein kriegswirtschaftliches Potential und sicherte ihm zeitweilig die Überlegenheit auf diesem Gebiet. Hitlerdeutschland konnte den Hauptteil seiner Land- und Luftstreitkräfte gegen die Sowjetunion einsetzen und vorübergehend eine zahlenmäßige Überlegenheit an Menschen und Material schaffen, da es die Kampfhandlungen im übrigen Europa beendet hatte und Großbritannien und seine Verbündeten keine aktiven militärischen Aktionen durchführten. Die faschistische Wehrmacht verfügte außerdem über eine für die damalige Zeit moderne Kriegstechnik, hatte bedeutende Erfahrungen in der modernen Kriegführung und griff nach einem sorgfältig vorbereiteten Aggressionsplan an. Der Kaderbestand der Roten Armee dagegen war wesentlich erneuert worden und hatte keine Erfahrungen in der modernen Kriegführung. Die neue Kriegstechnik, die die Rote Armee in zunehmendem Maße erhielt, wurde

noch nicht genügend beherrscht. Die Wirkung aller dieser Faktoren wurde durch das Überraschungsmoment erhöht.

Die Sowjetunion befand sich in einer überaus komplizierten Lage. Sie war gezwungen, starke militärische Kräfte im Fernen Osten zu konzentrieren, da sie damit rechnen mußte, daß Japan einen Überfall Deutschlands auf die UdSSR ausnutzen und seinerseits in die Sowjetunion einfallen würde. Die zahlenmäßig geringeren Truppen der Roten Armee konnten den starken Kräften der Hitlerwehrmacht nicht standhalten und mußten sich in das Innere des Landes zurückziehen.

Auch die politischen und militärisch-strategischen Fehleinschätzungen J. W. Stalins verstärkten die Schwierigkeiten der Sowjetunion. Trotz deutlicher Anzeichen und trotz verschiedener Warnungen schlossen J. W. Stalin und seine nächsten Mitarbeiter die Möglichkeit einer faschistischen Aggression im Sommer 1941 aus. J. W. Stalin glaubte bis zum letzten Moment daran, daß es ihm gelingen würde, den Beginn des Krieges Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR mit politischen und diplomatischen Mitteln hinauszuzögern. Das führte zu unrichtigen Entscheidungen auf dem Gebiet der Landesverteidigung.

Angesichts der faschistischen Aggression mobilisierte die KPdSU(B) das ganze Sowjetvolk und führte es unter den Losungen „Alles für die Front, alles für den Sieg!" und „Alle Kräfte für die Zerschlagung des Feindes!" in den Vaterländischen Krieg. Es wurde das Staatliche Verteidigungskomitee unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU(B), J. W. Stalin, gebildet, das alle Aktionen zur Abwehr der Hitlerfaschisten organisierte und leitete. Die KPdSU(B), ihr Zentralkomitee und das Staatliche Verteidigungskomitee sorgten für die rasche Verstärkung der Kampfkraft der Roten Armee. Sie organisierten die Arbeit der sowjetischen Werktätigen im Hinterland, um die Front mit allem Notwendigen zu versorgen. In diesem Prozeß wurden die Folgen der politischen und militärisch-strategischen Fehleinschätzungen überwunden.

Gestützt auf die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung war es der KPdSU(B) und dem Staatlichen Verteidigungskomitee möglich, alle bedeutenden Faktoren in die Führung des Krieges wirksam einzubeziehen: die Macht des Sowjetstaates, die Vorzüge der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft, die sozialistische Kriegswissenschaft, die marxistisch-leninistische Ideologie, das sozialistische Bewußtsein und die sozialistische Moral, den sozialistischen Internationalismus und Patriotismus. Damit wurden die wichtigsten inne-

ren Voraussetzungen für den vollen Sieg des Sowjetvolkes über die Länder des faschistischen Blocks geschaffen.

Das faschistische OKW wollte seinen abenteuerlichen Plan um jeden Preis noch vor Anbruch des Winters verwirklichen. Deshalb ging die Hitlerwehrmacht im Herbst 1941 an allen Hauptabschnitten der Front erneut zur Offensive über, wobei allein etwa 80 Divisionen gegen Moskau konzentriert wurden. Für die Sowjetunion entstand eine außerordentlich gefährliche Situation. Der Feind stand vor den Toren Moskaus und Leningrads. Einige Sowjetrepubliken waren vollständig und andere zum großen Teil besetzt. Wichtige Zentren der Metallurgie und des Bergbaus waren in der Hand der Faschisten. Es entstanden noch größere Schwierigkeiten in der industriellen Produktion und der Versorgung der Roten Armee mit Waffen und Munition. In den besetzten Gebieten errichteten die Hitlerfaschisten ihr terroristisches Okkupationsregime. Sie zerstörten Städte und Dörfer, Industriebetriebe und Kollektivwirtschaften. Wertvolle Einrichtungen, Getreide, Vieh und anderes mehr transportierten sie nach Deutschland ab. Sie führten die Zwangsarbeit ein und verschleppten Hunderttausende sowjetischer Bürger zur Sklavenarbeit nach Deutschland.

In dieser gefährlichen Situation riefen die KPdSU(B) und die Sowjetregierung alle Sowjetmenschen auf, jeden Fußbreit Boden bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, den faschistischen Truppen um jeden Preis den Weg nach Moskau zu versperren, sie vernichtend zu schlagen und ihre Hauptkräfte aufzureiben. Die Sowjetregierung und die KPdSU(B) ergriffen weitreichende Maßnahmen zur schnellen Mobilisierung aller Kräfte des Sowjetlandes. Nachdem die Rote Armee, unterstützt von kommunistischen Kampfgruppen und Partisanenabteilungen, den faschistischen Vormarsch auf Moskau zum Stehen gebracht hatte, gingen die sowjetischen Truppen Ende November/Anfang Dezember bei Moskau und an anderen Frontabschnitten zur Gegenoffensive über. Bis Januar 1942 stießen sie stellenweise 150 bis 400 km nach dem Westen vor, befreiten die Gebiete Moskau und Tula vollständig und andere Gebiete teilweise.

Der Sieg der Roten Armee in der Schlacht vor Moskau war von großer militärischer, politischer und moralischer Bedeutung. Erstmalig im zweiten Weltkrieg erlitt die Hitlerwehrmacht eine schwere Niederlage. Sie mußte zur strategischen Verteidigung übergehen. Die strategische Initiative ging in die Hände der Roten Armee über, die den

faschistischen Truppen schwere Verluste zufügte. Von Juni 1941 bis Februar 1942 verlor die Hitlerwehrmacht über eine Million Mann. Der Blitzkriegsplan Hitlers und seiner Militärs war endgültig gescheitert. Die Rote Armee hatte den Nimbus der Unbesiegbarkeit der Hitlerwehrmacht zerstört. Die deutschen Imperialisten und Militaristen sahen sich nun vor die Notwendigkeit gestellt, einen langwierigen Krieg zu führen. Damit waren alle Berechnungen und Hoffnungen der faschistischen Führung zerschlagen.

Die Schlacht vor Moskau bewies die Unbesiegbarkeit der Sowjetunion und spornte den Widerstandswillen der von den Faschisten versklavten Völker Europas an. In Deutschland aber machten sich die ersten Anzeichen einer ernsthaften Krise des faschistischen Regimes bemerkbar. Sie zeigte sich unter anderem darin, daß Hitler etwa 35 Generale entließ und selbst das Oberkommando des Heeres übernahm und daß weitere Differenzen in monopolkapitalistischen und militärischen Kreisen auftraten.

Die KPdSU(B) und die Sowjetregierung schufen mit ihrer klugen Leninschen Außenpolitik auch günstige internationale Bedingungen für den erfolgreichen Verlauf des Krieges. Die Herausbildung der Antihitlerkoalition war dabei von größter Bedeutung.

Der heldenhafte Kampf des Sowjetvolkes fand die Sympathie der fortschrittlichen Menschheit, der Werktätigen der ganzen Welt. Insbesondere betrachteten es die internationale Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien als ihre Pflicht, den sozialistischen Staat aktiv zu unterstützen. Nach dem 22. Juni 1941 nahm der nationale, antifaschistische Befreiungskampf der Völker der okkupierten Länder einen sichtbaren Aufschwung. Auch in Großbritannien, den USA und in anderen Ländern kam es zu Massenkundgebungen und Solidaritätsdemonstrationen für die Sowjetunion. Die Volksmassen forderten die Regierungen ihrer Länder energisch auf, der UdSSR im Kampf gegen Hitlerdeutschland auf jede Weise zu helfen. Sie verstanden, daß an der sowjetisch-deutschen Front nicht nur das Schicksal der Sowjetunion, sondern auch ihr eigenes Schicksal, die nationale Unabhängigkeit und die Freiheit aller Völker entschieden wurden. Diese Aktionen der Völker förderten im entscheidenden Maße die Schaffung der Antihitlerkoalition. Die Sowjetunion wurde zum Zentrum für den Zusammenschluß der Völker zur antifaschistischen Koalition.

Bei ihrem Einfall in die Sowjetunion hatten die Hitlerfaschisten gehofft, daß es ihnen gelingen werde, die UdSSR international zu iso-

lieren und einen antisowjetischen Block kapitalistischer Staaten zu schaffen. Aber 1939 hatten sich die imperialistischen Widersprüche stärker erwiesen als die Widersprüche zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus und hatten zum Krieg zwischen den beiden imperialistischen Koalitionen geführt. Unter den Bedingungen des Krieges verschärften sich die imperialistischen Widersprüche noch mehr. Die aggressiven Pläne Hitlerdeutschlands und Japans bedrohten aufs äußerste die Interessen Großbritanniens und der USA in Europa, im Nahen Osten, in Afrika, in Asien und auf dem amerikanischen Kontinent. Die Ausweitung des Krieges durch den Überfall der japanischen Militaristen auf den Flottenstützpunkt der USA Pearl Harbor im Stillen Ozean am 7. Dezember 1941 sowie die Unterzeichnung eines neuen Kriegspaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan am 11. Dezember 1941, der den Berliner Dreimächtepakt vom 27. September 1940 präzisierte, machten das deutlich sichtbar. Die herrschenden Kreise Großbritanniens und der USA fühlten, daß die Interessen ihrer eigenen Existenz die Zerschlagung des faschistischen Staatenblocks erforderten. Vielen, auch den führenden Staatsmännern Großbritanniens und der USA, wurde es klar, daß nur mit der Sowjetunion die faschistische Wehrmacht aufgehalten und Hitlerdeutschland der Weg zur Weltherrschaft verlegt werden konnte. Unter diesen Umständen war es für Großbritannien und die USA vorteilhaft, mit der UdSSR gegen den gemeinsamen Feind zusammenzugehen. Diese Faktoren waren die objektiven Voraussetzungen für die Schaffung der Antihitlerkoalition.

So bildete sich bis Ende 1941 die Antihitlerkoalition, der Großbritannien, die UdSSR und die USA angehörten. Ihr schlossen sich die Völker der von Hitlerdeutschland okkupierten Länder an. Anfang 1942 gehörten bereits 26 Staaten zur Antihitlerkoalition. Diese Staaten unterzeichneten am 1. Januar 1942 in Washington eine gemeinsame Deklaration, in der die Kriegsziele der Antihitlerkoalition formuliert waren. In ihr verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten, alle verfügbaren militärischen und wirtschaftlichen Mittel gegen den Dreimächteblock einzusetzen und mit ihm keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen. Die Antihitlerkoalition vereinigte somit die vom Hitlerregime überfallenen und bedrohten Völker unter Führung der Sowjetunion im Kampf gegen die Eroberungs- und Ausrottungspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus.

Die Antihitlerkoalition war das Ergebnis und ein großer Erfolg der

konsequenten Außenpolitik der UdSSR. Ihr Entstehen bestätigte erneut die Wirksamkeit der Leninschen Prinzipien der Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht nur in Friedenszeiten, sondern auch unter den sehr komplizierten Bedingungen des Krieges. Die Bildung der Antihitlerkoalition bedeutete nicht, daß sich die reaktionären imperialistischen Kräfte Großbritanniens und der USA von ihren imperialistischen Kriegszielen losgesagt hätten. Das zeigte sich vor allem darin, daß die Bildung einer zweiten Front in Europa immer wieder hinausgeschoben wurde. Jedoch trugen auch Großbritannien und die USA wesentlich zum Sieg über den faschistischen Staatenblock bei. Die Völker beider Länder kämpften opferreich für die Vernichtung des Hitlerfaschismus und des japanischen Militarismus und der Rassenbarbarei des deutschen Imperialismus, für die Schaffung einer stabilen Friedensordnung in Europa und in der ganzen Welt.

2. Der Kampf der KPD für den Ausweg aus der Kriegskatastrophe und für die Rettung der deutschen Nation

Der faschistische Überfall auf die Sowjetunion schuf für die KPD und den antifaschistischen Widerstandskampf neue Bedingungen. Die deutschen Arbeiter und alle Antifaschisten, voran die KPD, hatten nunmehr in ihrem Kampf um die Rettung der deutschen Nation noch größere und verantwortungsvollere Aufgaben. Ihr Widerstandskampf verschmolz jetzt mit dem gerechten Befreiungskampf der Völker der Sowjetunion; die Rote Armee aber wurde ihr unmittelbarer und stärkster Verbündeter. Im Sieg der Roten Armee, erklärte Wilhelm Pieck, lag die Rettung des deutschen Volkes. Der Verlauf des Krieges an der deutsch-sowjetischen Front, insbesondere die Niederlage der Hitlerwehrmacht vor Moskau, hatte tiefgehende Auswirkungen auf die Entwicklung der Klassenkräfte, die Verstärkung des antifaschistischen Widerstandskampfes und die Stimmung aller Bevölkerungsschichten in Deutschland sowie auf die gesamte Innenpolitik des Naziregimes.

Die Hitlerfaschisten verschärften in Deutschland den Terror, um jede Äußerung der Unzufriedenheit mit ihrer Politik sofort zu unterdrücken. Sie verhafteten im Juni 1941 8817, im Juli 10 693, im

August 10 131, im September 11 609, im Oktober 10 776, im November 10 421 und im Dezember 8398 Antifaschisten und Kriegsgegner. Im Dezember 1941 befahl das faschistische Oberkommando der Wehrmacht mit dem sogenannten Nacht-und-Nebel-Erlaß die Verschleppung von Antifaschisten aus den okkupierten Ländern. Die bei Widerstandsaktionen oder unter anderen Vorwänden verhafteten Antifaschisten wurden nach Deutschland verschleppt und in die Konzentrationslager geworfen. Aber die klassenbewußten Arbeiter und alle aufrechten Antifaschisten beugten sich nicht.

Die deutschen Antifaschisten unter Führung der KPD beantworteten den faschistischen Einfall in die Sowjetunion damit, daß sie ihren Kampf bedeutend verstärkten. Das Haupthindernis, das sie bei der Verwirklichung der nationalen Politik der KPD zu überwinden hatten, war der stark verbreitete Antikommunismus. Millionen deutsche Werktätige, von den Nazis jahrelang ideologisch verhetzt, in ihrer Mehrheit politisch desinteressiert, durch die leichten Erfolge der Hitlerwehrmacht in Westeuropa und auf dem Balkan siegestrunken, waren in der Uniform ihres ärgsten Feindes gegen das sozialistische Land gezogen oder arbeiteten in der Rüstungsindustrie für den Sieg dieses Feindes. Diese Tatsache mußten die deutschen Antifaschisten in ihrer schweren Tätigkeit berücksichtigen.

Am 6. Oktober 1941 wandte sich das ZK der KPD erneut mit einem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer.[53] In ihm gab die Parteiführung eine exakte Einschätzung der neuen Lage und der Perspektiven des antifaschistischen Kampfes und betonte, daß die Niederlage Hitlerdeutschlands in diesem Krieg unvermeidlich war. Gleichzeitig entlarvte das ZK der KPD die imperialistischen Raub- und Klassenziele des faschistischen Imperialismus im Krieg gegen die Sowjetunion und stellte dem ein klares Aktionsprogramm zum Kampf für den Ausweg aus der Kriegskatastrophe und für die Rettung der Nation gegenüber. Die politischen Hauptaufgaben, die dieses Aktionsprogramm stellte, waren:

Erstens: Das deutsche Volk muß das Schicksal Deutschlands in seine eigenen Hände nehmen, durch aktive antifaschistische Aktionen den Krieg rasch beenden und durch den Sturz des Hitlerregimes einen ehrenvollen Frieden erringen. „Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Der Krieg

53 Dokument Nr. 79.

wird so lange weitergehen, wie Hitler und seine Bande Deutschland regieren."[54] Das ZK der KPD stellte die Losung des entschlossenen Kampfes für den Frieden an die erste Stelle, um die Volksmassen für die Rettung der Nation zu mobilisieren. Unter den konkreten historischen Bedingungen bedeutete diese Losung, für die unverzügliche Einstellung der Kampfhandlungen, die vollständige militärische Niederlage Hitlerdeutschlands im Krieg, die aktive Unterstützung der Roten Armee und auf dieser Grundlage für den Sturz des Hitlerregimes zu kämpfen. Das entsprach vollständig den nationalen Interessen des deutschen Volkes sowie auch den Interessen der anderen Völker. Der Aufruf gab konkrete Hinweise für die weitere Aktivierung des antifaschistischen Kampfes, für die Entwicklung vielfältiger und wirksamer Kampfformen und für die Schaffung einer breiten antifaschistischen Front.

Zweitens: Das deutsche Volk muß ein freies, demokratisches und friedliebendes Deutschland errichten. Der Aufruf präzisierte die von der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD ausgearbeitete Linie und zeigte noch deutlicher, wie das neue Deutschland aussehen soll. Im Aufruf wurde gesagt, daß die Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerregime zur Schaffung eines Deutschlands führen wird, das „endlich verstehen wird, in Frieden zu leben, und eine Verkörperung des wahren Volkswillens sein wird. Das wird ein Deutschland ohne die Herrschaft der plutokratischen Hyänen und der faschistischen Räuber sein, in welchem es keine Arbeitslosigkeit geben wird, in welchem das Recht auf Arbeit garantiert sein wird, in welchem der Bauer die Freiheit haben wird, über die Erzeugnisse seiner Arbeit zu verfügen. Das wird ein Deutschland sein, in welchem mit der faschistischen Barbarei Schluß gemacht ist, ein Deutschland, in welchem nicht die Reichtümer und die Herkunft, sondern die Fähigkeiten und die Arbeit des Menschen seine Stellung in der Gesellschaft bestimmen werden. Das wird ein Deutschland sein, in welchem es keinen schreienden Widerspruch zwischen dem Reichtum der einen und dem fürchterlichen Elend der anderen gibt."[55] Um aber dieses Deutschland zu schaffen, war es notwendig, die Grundlagen des Imperialismus, Faschismus und Militarismus – dieser Totengräber der deutschen Nation – restlos zu beseitigen. Nur unter dieser Bedingung konnte die nationale Wiedergeburt

[54] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 101.

[55] Ebenda.

Deutschlands als freier, demokratischer und friedliebender Staat gesichert werden.

Drittens: Die Außenpolitik des neuen Deutschlands muß eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern sein. Die KPD war davon überzeugt, daß Deutschland – wenn die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk selbst zur unverzüglichen Beendigung des Hitlerkrieges und zum Sturz des faschistischen Regimes beitragen würden – ein gleichberechtigtes Mitglied in der Familie der Völker sein wird. Deshalb hieß es in dem Aufruf: „Das wird ein unversehrtes, unabhängiges Deutschland sein, ein Gleiches unter Gleichen, ein Deutschland, das mit allen Völkern in Frieden lebt."[56] Die entscheidende Rolle der Sowjetunion in der Antihitlerkoalition war die wichtigste Garantie dafür, daß die nationalen Interessen des künftigen freien, demokratischen und friedliebenden Deutschlands gewahrt wurden. Das ZK der KPD rief die Arbeiter, Bauern und Bürger auf, für dieses Deutschland zu kämpfen, und betonte: „Die Schaffung eines solchen Deutschlands wird ein wahrer, wird der größte Sieg des deutschen Volkes in diesem Kriege sein."[57]

Dieses nationale Aktionsprogramm der KPD war die Anwendung der von der Brüsseler und der Berner Parteikonferenz ausgearbeiteten Strategie und Taktik und zeigte konkret den Ausweg aus der Kriegskatastrophe, den Weg zur Rettung der deutschen Nation. Der Kampf um einen ehrenvollen Frieden durch den Sturz der Hitlerdiktatur und die Errichtung eines Deutschlands des Volkes wurde zur Hauptaufgabe aller Antifaschisten erklärt. Das Aktionsprogramm wandte sich an alle Hitler- und Kriegsgegner und war geeignet, sie für diesen Kampf zusammenzuschließen und zu mobilisieren.

Das ZK der KPD, seine Beauftragten und die illegalen Organisationen der KPD in Deutschland und in den okkupierten Ländern unternahmen große Anstrengungen, diesen Aufruf zu popularisieren. Die deutschen Kommunisten, die in die UdSSR emigriert waren, standen treu an der Seite des Sowjetvolkes und nahmen aktiv teil an der Verteidigung der von den Hitlerfaschisten überfallenen Sowjetunion. Sie meldeten sich freiwillig zur Roten Armee oder zum Einsatz bei den sowjetischen Partisanen. Sie gingen an die sowjetisch-deutsche Front und sprachen dort über Grabenlautsprecher zu deutschen Soldaten. Sie schrieben Flugblätter oder erläuterten dem deutschen Volk über

56 Ebenda.

57 Ebenda.

den Rundfunk die nationale Politik der KPD. Sie begannen mit einer umfangreichen antifaschistischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen. Sie trugen durch ihre Arbeit in der sowjetischen Verteidigungsindustrie auch zur Stärkung der Kampfkraft der Roten Armee bei. Die deutschen Kommunisten erfüllten auf jedem Platz, auf den sie in der Sowjetunion gestellt waren, ehrenvoll ihre Pflicht. Dieses Handeln entsprach der internationalen Verpflichtung der KPD und stimmte vollständig mit den Lebensinteressen der deutschen Nation überein.

Die politische und organisatorische Führungstätigkeit des ZK der KPD war nach wie vor auf die Leitung der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Deutschland konzentriert, zu deren Unterstützung es verschiedenartige Methoden der Verbindungs- und Organisationsarbeit anwandte. Eine dieser Methoden war die Entsendung weiterer erfahrener Parteifunktionäre als Beauftragte des ZK der KPD, die mittels Fallschirmabsprungs nach Deutschland kamen. Sie hatten die Aufgabe, antifaschistische Aufklärung unter der Bevölkerung zu leisten, Verbindung zu illegalen Parteiorganisationen und Widerstandsgruppen herzustellen, diese anzuleiten und gemeinsam mit ihnen die antifaschistische Widerstandsfront zu aktivieren und zu verbreitern. Die entsprechende Ausrüstung ermöglichte es den Beauftragten, dem ZK der KPD über ihre Arbeit zu berichten und weitere Direktiven entgegenzunehmen. Einer der ersten, der einen solchen gefahrvollen Auftrag der Parteiführung erhielt, war Bruno Kühn. Er kam bereits im August 1941 nach Deutschland. Ihm folgten in bestimmten Abständen bis Kriegsende mehrere Gruppen von drei bis fünf Kommunisten, unter denen sich auch Frauen, so zum Beispiel Erna Eifler, Elvira Eisenschneider, Käthe Niederkirchner und Else Noffke, befanden. Jede Gruppe hatte ihr Einsatzgebiet. Die Beauftragten schlugen sich nach ihrem Absprung in Ostpreußen oder Polen bis nach Berlin, Hamburg, Oberschlesien, dem Rheinland, dem Ruhrgebiet, nach Sachsen und Thüringen durch. Der Bergmann Franz Zielasko, der mit dem Fallschirm in der Nähe von Warschau abgesprungen war, erreichte das Ruhrgebiet. Dort suchte er frühere Freunde aus dem ehemaligen Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" auf, zu denen Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Antifaschisten, Bergleute und Metallarbeiter gehörten. Von Gladbeck aus konnte er in Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Hannover, Recklinghausen, Rheine und in anderen Städten in Rüstungsbetrieben und Schächten Antifaschisten zu-

sammenfassen und gemeinsam mit ihnen die antifaschistische Aufklärungsarbeit über den verbrecherischen Krieg verstärken. Im August 1943 gelang es der Gestapo, der diese Tätigkeit nicht verborgen geblieben war, Franz Zielasko zu verhaften.

Dank der brüderlichen Hilfe der KPdSU(B) und der Sowjetregierung konnte das ZK der KPD einen eigenen Sender, den Deutschen Volkssender, einrichten, der vom 10. September 1941 bis Kriegsende sein Programm ausstrahlte. Er war neben der Entsendung von Beauftragten ein Hauptinstrument in der politischen und organisatorischen Führungstätigkeit des ZK der KPD und spielte bei der Orientierung der illegalen Parteikader in Deutschland eine bedeutsame Rolle. Er wandte sich darüber hinaus an alle Bevölkerungsschichten. Die Sendungen des Deutschen Volkssenders wurden in vielen Städten Deutschlands gehört, sie waren den illegal arbeitenden Antifaschisten eine große Hilfe bei der Ausarbeitung der illegalen antifaschistischen Materialien.

Viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre fanden den Weg des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes mit der KPD. Die Erklärungen der einzelnen Gruppen rechter sozialdemokratischer Führer dagegen spiegelten insgesamt nicht diese Entwicklung wider. Auch deren Stellungnahmen zum faschistischen Überfall auf die Sowjetunion und zu den neuen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes waren sehr unterschiedlich. Die führenden Vertreter der German Labor Delegation in den USA, Albert Grzesinski, Rudolf Katz, Gerhart H. Seger und Friedrich Stampfer, und die Restgruppe des sozialdemokratischen Parteivorstandes in London mit Erich Ollenhauer und Hans Vogel betrachteten den Überfall auf die UdSSR lediglich als einen „dramatischen Szenenwechsel" im Verlauf des Krieges. Friedrich Stampfer stellte Überlegungen an, was beim Bestehen der Antihitlerkoalition gegen die „Gefahr des Bolschewismus" getan werden könne. Die Londoner Parteivorstandsgruppe bekannte sich Ende Juni 1941 offen zu den Auffassungen Harry S. Trumans.[58] Sie spekulierte darauf, daß sich die Hitlerwehrmacht und die Rote Armee in langen Schlachten erschöpfen würden und damit die Westmächte „zum beherrschenden Faktor der politischen Neugestaltung der Welt werden"[59]. Um diese, den nationalen Interessen des deutschen Volkes widersprechen-

58 Dokument Nr. 76.

59 Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1941, Nr. 27, S. 1.

den Auffassungen entbrannte im Juli in der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien eine heftige Auseinandersetzung, die zu einer Krise führte und die weitere Existenz dieser Organisation vorübergehend in Frage stellte. Vertreter der SAP[60] und das Auslandsbüro Neu Beginnen[61] distanzierten sich von diesen reaktionären Ansichten. Das Auslandsbüro Neu Beginnen erklärte dazu in seiner Stellungnahme, „daß nicht nur die Verteidigung des Sowjetstaates gegen Hitler, sondern auch die Verteidigung und Fortentwicklung seiner revolutionären Errungenschaften, die Sicherung seines künftigen Aufbaus, die Überwindung seiner Isolierung nach dem Sieg über Hitler zu den wichtigsten Interessen des internationalen Sozialismus gehören"[62]. Unter dem Druck des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses war aber auch die Londoner Parteivorstandsgruppe sehr bald gezwungen, ihre im Juni vertretenen Ansichten preiszugeben und sich ebenfalls für die Antihitlerkoalition auszusprechen. Dennoch hielten diese rechten Führer an ihrer Westorientierung und antikommunistischen Grundlinie fest. Sie diffamierten die KPD auch zu dieser Zeit als eine Partei, die angeblich keine deutsche Politik verfolge, und erklärten, „keine Veranlassung" zu haben, „auf die jetzige Einheitsfrontaktion der deutschen Kommunisten einzugehen"[63].

Die von der KPD verfolgte Politik der Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte zum Kampf gegen den Krieg und die Hitlerregierung wurde jetzt trotz aller Hindernisse in der Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und bürgerlichen Intellektuellen in zahlreichen antifaschistischen Widerstandsorganisationen und -gruppen immer wirksamer. Im heldenhaften Kampf gegen den Gestapoterror und gegen den verhängnisvollen Glauben der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an die Nazilüge, daß die Rote Armee bereits geschlagen sei, verstärkten diese Organisationen und Gruppen in allen Teilen Deutschlands, in den vom deutschen Faschismus besetzten Ländern und in der Hitlerwehrmacht unter dem entscheidenden Einfluß illegaler Organisationen der KPD und einzelner Kommunisten ihre Arbeit. Sie verbreiteten die Wahrheit über den Hitlerfaschismus und den verbrecherischen Krieg und setzten alle ihre Kräfte für

60 Dokument Nr. 77.

61 Dokument Nr. 78.

62 Das andere Deutschland (Buenos Aires), 1941, Nr. 44, S. 14.

63 Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1941, Nr. 29, S. 8.

die Niederlage Adolf Hitlers und den Sturz der Hitlerregierung ein. In Aachen, Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Düsseldorf, Erfurt, Friedrichshafen, Halle, Hamburg, Hildesheim, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen, Lüneburg, Magdeburg, München, Münster, Nürnberg, Potsdam, Rostock, Stuttgart, Trier, Ulm, Weimar, Wilhelmshaven und in vielen anderen Städten der Industriezentren erschienen zahlreiche antifaschistische Flugblätter und Streuzettel. Die Anzahl der von der Gestapo erfaßten antifaschistischen Materialien schwankte von Januar bis Mai 1941 zwischen 62 und 519 monatlich, erreichte im Juli 3797, blieb im August und September auf der gleichen Höhe und stieg dann im Oktober auf 10 227 Materialien an. In einem dieser Flugblätter, das im August 1941 in Berlin verteilt wurde, hieß es: „Langsam arbeiten, keine Überstunden, Hitlers Krieg ist nicht euer Krieg. Macht Schluß mit dem Krieg der Reichen! Hitlers Niederlage ist euer Sieg! Trotz Hitlers Terror – die KPD lebt!"[64] In Breslau malten am 28. September Antifaschisten an Häusern und anderen Stellen Losungen gegen den faschistischen Krieg wie: „Gegen Hitler, für Frieden und Freiheit!", „Hitler stürzen heißt Freiheit und Frieden!", „Hitler – Mörder unserer Väter und Söhne!" und „Helft Hitler stürzen und sein Hunger-WHW!" Die fieberhafte Fahndungsaktion der Gestapo nach den „Tätern" blieb erfolglos. An diesen Flugblattaktionen hatten die illegalen Organisationen der KPD einen hervorragenden Anteil.

In vielen Teilen Deutschlands vollzog sich ein Aufschwung in der illegalen Parteiarbeit und in der antifaschistischen Tätigkeit. Unter der Leitung bewährter und in der illegalen Arbeit erfahrener Parteifunktionäre bildeten sich 1941/1942 in Berlin, in Sachsen, Süddeutschland, Thüringen und an der Wasserkante politisch-organisatorische Zentren der illegalen Parteiarbeit und des antifaschistischen Kampfes im Bezirksmaßstab heraus. In Übereinstimmung mit der nationalen Politik der KPD kämpften die Kommunisten gemeinsam mit anderen Antifaschisten in solchen größeren zentralisierten Widerstandsorganisationen wie der Uhrig-Organisation, der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation, der Bästlein-Jacob-Abshagen-Organisation, der Schumann-Engert-Kresse-Organisation, der Neubauer-Poser-Organisation und der Lechleiter-Organisation.

In Berlin konnten die großen Widerstandsorganisationen wie die

[64] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, St 3/174, Bl. 131.

Uhrig-Organisation und die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation ihre Zusammenarbeit weiter festigen. Ihre leitenden Funktionäre verständigten sich regelmäßig über wichtige politische Fragen des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes und tauschten untereinander zentrale und örtliche Materialien aus. Beide Organisationen erweiterten außerdem beträchtlich die Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Kräften. So arbeitete die Uhrig-Organisation seit Sommer 1941 mit der Widerstandsgruppe des Kommunisten Walter Budeus zusammen, der kommunistische, sozialdemokratische und andere antifaschistische Arbeiter angehörten und die Kontakte zu Vertretern des Mittelstandes hatte. Die Kämpfer um Walter Budeus leisteten in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG und in anderen Berliner Betrieben aktive Widerstandsarbeit. In der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG bestand eine straff organisierte Widerstandszelle mit mehr als 75 antifaschistischen Arbeitern, die unter anderem über 20 000 Spezialbohrer zum Bohren von Zündkanälen beiseite schafften, Tausende Patronenhülsen durch Übersäuerung unbrauchbar machten und auch auf andere Weise empfindlich die faschistische Rüstungsproduktion störten.

Die Leitung der Uhrig-Organisation strebte ständig danach, noch andere Hitler- und Kriegsgegner in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen. Sie nahm weitere Verbindungen zu sozialdemokratischen Funktionären, darunter zu Friedrich Ebert, auf. Um diese Zeit festigte sich auch die Zusammenarbeit zwischen der Uhrig-Organisation und der von Josef Römer geleiteten Gruppe. Letztere hatte zahlreiche Verbindungen zu oppositionell eingestellten ehemaligen Angehörigen des Freikorps Oberland und zu früheren Mitgliedern des Stahlhelms in München, die ihrerseits in einem engen Kontakt zu der Gruppe des Kommunisten Wilhelm Olschewski standen. Weiterhin gab es Einzelverbindungen zu Rechtsanwälten, Kaufleuten und Künstlern aus verschiedenen Städten sowie Kontakte mit Antifaschisten aus dem Ruhrgebiet, aus Hannover, Hildesheim und Österreich. Besonders wichtig waren die Verbindungen zu oppositionellen Offizierskreisen der Hitlerwehrmacht. Sie boten die Möglichkeit, einen organisierten Widerstand unter Angehörigen der faschistischen Wehrmacht zu entwickeln. Im Herbst 1941 schlossen sich die Gruppen um Walter Budeus und Josef Römer der Uhrig-Organisation an. Es wurde eine gemeinsame politische Leitung gebildet, der Walter Budeus, Josef Römer und Robert Uhrig angehörten.

Zu dieser Zeit wurde auch eine Verbindung zwischen Robert Uhrig und Anton Saefkow und seinen Kampfgefährten hergestellt. In einer Aussprache beriet man über die künftige Zusammenarbeit und die Aktivierung des antifaschistischen Kampfes durch die Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte und Widerstandsgruppen. Auch die Beauftragte des ZK der KPD Charlotte Bischoff, die am 25. Juli 1941 illegal nach Deutschland gekommen war, hatte Kontakte mit der von Robert Uhrig geleiteten Widerstandsorganisation. Sie traf sich zweimal mit Charlotte Eisenblätter und übergab ihr wichtige Materialien des ZK der KPD, die an die politische Leitung der Organisation weitergegeben wurden.

Die politische Leitung der Uhrig-Organisation trat regelmäßig zusammen und beriet die Aufgaben des Widerstandskampfes. Der Beauftragte des ZK der KPD Alfred Kowalke, der über Werner Seelenbinder eng mit der Organisation verbunden war, unterstützte die Leitung mit Rat und Tat. Er nahm im Winter 1941/1942 an einigen Leitungssitzungen teil und sicherte die Verbindung der Organisation mit der Parteiführung. Für die Leitungstätigkeit war charakteristisch, daß zur Entscheidung wichtiger politischer Fragen des antifaschistischen Kampfes jeweils die verschiedensten Funktionäre der Organisation, aber auch Funktionäre aus anderen Städten und Gebieten, zum Beispiel aus Essen und Tirol, hinzugezogen wurden. Der regelmäßig erscheinende „Informationsdienst" gelangte zusammen mit anderen antifaschistischen Materialien der Uhrig-Organisation bis nach Duisburg, Essen, Hannover, Hildesheim, München, Tirol und Wien. Auch nach Kopenhagen, Prag und den Niederlanden bestanden Verbindungen. Der „Informationsdienst" gab den Mitgliedern der Organisation politische Anleitung und Hilfe bei der Organisierung des Kampfes. Er informierte ausführlich über die militärische Lage an den Fronten, die außenpolitische Situation und die wirtschaftliche Lage Hitlerdeutschlands und vermittelte antifaschistische Losungen. Er gab konkrete Hinweise, wie die faschistische Rüstungsproduktion empfindlich gestört werden konnte. Besondere Aufmerksamkeit widmete der „Informationsdienst" der Erläuterung der Politik der UdSSR und der Verbreitung der Wahrheit über die Sowjetunion. In einer Ausgabe des „Informationsdienstes" wurde gesagt, daß es das erste Gebot jedes Sozialisten sei, zum Schutz der Sowjetunion in der Illegalität ein Höchstmaß an Aufklärung der Arbeiter und Soldaten sowie an Sabotage zu leisten.

Im Herbst 1941 konnte die Widerstandsgruppe um Otto Grabowski, Herbert Grasse und John Sieg gemeinsam mit den früheren Redakteuren des Zentralorgans der KPD „Die Rote Fahne" Wilhelm Guddorf, Walter Husemann und Martin Weise die seit langem geplante illegale Zeitung „Die Innere Front", die den Untertitel „Kampfblatt für ein neues, freies Deutschland" hatte, herausgeben. Sie erschien über einen längeren Zeitraum regelmäßig. In ihr wurden Materialien aus den Rüstungsbetrieben veröffentlicht, Erfahrungen aus dem Widerstandskampf vermittelt und Ratschläge für die illegale Arbeit gegeben. Auch führende kommunistische und andere antifaschistische Funktionäre der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation schrieben Beiträge für „Die Innere Front". Die Zeitung wurde vor allem in den großen Berliner Rüstungsbetrieben verbreitet. Sie wandte sich jedoch nicht nur an die deutsche Bevölkerung. Einige spezielle Einlagen in der Zeitung waren in polnischer, russischer, tschechischer und auch in französischer und italienischer Sprache verfaßt und an die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen gerichtet, um diese in die gemeinsame Kampffront gegen den Hitlerfaschismus einzubeziehen. Die illegale Zeitung „Die Innere Front" wurde zum Sprachrohr der Berliner antifaschistischen Widerstandsbewegung.

So intensivierte die Uhrig-Organisation nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion ständig ihre Widerstandsarbeit. Dieser Kampf zeigte anschaulich, wie auf der Grundlage der Einheitsfront und unter Führung der illegalen Parteiorganisation eine breite antifaschistische Volksfront für die Beendigung des Krieges, den Sturz der Hitlerdiktatur und die Rettung der Nation praktisch zu verwirklichen war.

Die Gestapo, die die Widerstandsarbeit der Organisation in den Betrieben schon einige Zeit beobachtet hatte, begann Anfang 1942 mit Massenverhaftungen. Sie verhaftete am 4. Februar und danach etwa 200 Mitglieder der Organisation, unter ihnen Walter Budeus, Josef Römer und Robert Uhrig. Bereits während der Voruntersuchung ermordete die Gestapo 16 Antifaschisten. 36 Mitglieder der Organisation wurden 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Andere erhielten hohe Zuchthausstrafen. Trotzdem gelang es der Gestapo nicht, die Tätigkeit der Organisation zu unterbinden. Die der Verhaftung entgangenen Mitglieder der Organisation setzten den illegalen Kampf fort und schlossen sich der von Franz Jacob und Anton Saefkow geleiteten Organisation an.

Auch die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation in Berlin verstärkte seit Sommer 1941 den antifaschistischen Kampf. Die führenden kommunistischen Funktionäre, der politische Kern in dieser Widerstandsorganisation, unternahmen große Anstrengungen, weitere kommunistische Kader der Organisation zuzuführen. Ihnen zur Seite stand der Beauftragte des ZK der KPD, der Spanienkämpfer Albert Hößler, der mit dem Fallschirm über Deutschland abgesprungen und nach Berlin gekommen war. Er übermittelte den illegalen Funktionären der KPD die neuen Direktiven der Parteiführung und sollte gemeinsam mit ihnen von Berlin aus die Parteiarbeit zentralisieren und alle Hitlergegner zusammenfassen. Anfang April 1942 erhielt die Beauftragte des ZK der KPD Charlotte Bischoff Verbindung mit der Organisation und übergab deren Leitung bei einem Treff mit Elisabeth Schumacher verschiedene Materialien der Parteiführung.

Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation erweiterte über einige Widerstandsgruppen die vorhandenen Verbindungen zu den Betrieben, zu sozialdemokratischen Arbeitern, zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Die Herstellung eines engen Kampfbündnisses zwischen den deutschen Arbeitern und den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen war unter anderem eine wichtige Seite in der antifaschistischen Betriebsarbeit der von Otto Grabowski, Herbert Grasse und John Sieg geleiteten Widerstandsgruppe „Innere Front". Sie wurde dabei aktiv von dem lettischen Kommunisten A. N. Kotschetkow unterstützt, der im Transformatorenwerk in Berlin-Oberschöneweide arbeitete und enge Kontakte zu den Zwangsarbeitern verschiedener Nationalitäten hatte. Im Mai 1942 erhielt die Beauftragte des ZK der KPD Charlotte Bischoff durch den Kommunisten und Zahnarzt Kurt Hess eine ständige Verbindung mit der genannten Widerstandsgruppe, deren Leitung sie ebenfalls Materialien der Parteiführung übergab. Die politische Leitung der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation war sich darüber im klaren, daß nur eine breite antifaschistische Bewegung den Krieg beenden und das Hitlerregime stürzen konnte. Deshalb dehnte die Organisation unentwegt ihren politischen Einfluß aus und zog patriotische Kräfte aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten an sich heran. So konnten feste Verbindungen zu den Künstlerkreisen um die Kommunisten Elisabeth und Kurt Schumacher, zur studentischen Jugend um die parteilose Antifaschistin Eva Maria Buch und die Kommunistin Ursula Goetze sowie zu anderen Kreisen hergestellt werden. Aus einem Be-

richt der Gestapo ist nur annähernd die soziale Zusammensetzung der Organisation ersichtlich: Unter den später Verhafteten waren 13 Prozent Arbeiter und Handwerker, 29 Prozent Akademiker und Studenten, 21 Prozent Künstler und Journalisten und 17 Prozent Angehörige der Hitlerwehrmacht. Obwohl diese Angaben unvollständig sind, vermitteln sie dennoch eine Vorstellung über den Umfang und die Differenziertheit der antifaschistischen Widerstandsarbeit der Organisation.

Inmitten des faschistischen Terrors und in einer Flut von nazistischen Lügen hatte die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation nur ein Ziel: die Wahrheit zu verbreiten, die Menschen aufzurütteln und für den Kampf um ein neues, demokratisches Deutschland zu gewinnen. Sie verbreitete in verschiedenen Teilen der Hitlerwehrmacht an der Front und in Deutschland Soldatenbriefe, in denen sie die verlogenen Naziparolen vom „Durchhalten" und vom „Endsieg" entlarvte. In der antifaschistischen Aufklärungsarbeit der Organisation spielte die illegale Zeitung „Die Innere Front" eine große Rolle. Sie rief alle Hitlergegner zur schnellen Beendigung des Krieges auf. Die Zeitung erläuterte ihnen, daß der Friede nur erzwungen werden könne, wenn sie sich auf jene Kräfte orientierten, die schon immer eine wahrhaft nationale Politik verfolgt haben – die klassenbewußten Arbeiter und ihre Kommunistische Partei. Die Zeitung entkräftete die Furcht einiger Hitlergegner vor einem neuen Versailles. Sie erklärte ihnen, daß die Wiederholung eines Versailles unmöglich sei, wenn die künftige deutsche demokratische Regierung eine enge Freundschaft mit der Sowjetunion halten und mit den fortschrittlichen Kräften anderer Länder zusammenarbeiten werde.

Die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack stellte antifaschistische Flugschriften her und verbreitete sie unter dem Pseudonym „Agis". Zu den Autoren gehörten Wilhelm Guddorf, Arvid von Harnack, Adam Kuckhoff, Harro Schulze-Boysen, John Sieg und andere. Diese Schriften enthielten Berichte aus den Betrieben und Informationen des ZK der KPD, die über den Rundfunk oder durch Beauftragte des ZK der KPD nach Deutschland gelangt waren. Außerdem wurden Probleme der faschistischen Herrschaftsform des Imperialismus sowie die Aufgaben zur Sammlung aller antifaschistischen Kräfte zum Kampf für die Beendigung des Krieges und die Schaffung eines demokratischen deutschen Staates behandelt. Neben diesen Flugschriften blieb das persönliche Gespräch die Hauptform der antifaschisti-

schen Überzeugungsarbeit. Die Kampfkraft der weitverzweigten illegalen Widerstandsorganisation steigerte sich in dem Maße, wie sie es verstand, ihre eigenen Reihen zu festigen und eine breite antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik auf allen Ebenen zu verwirklichen.

Im August und September 1942 kamen die Gestaposchergen der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation auf die Spur. Nahezu 600 Antifaschisten wurden verhaftet. Mehr als 50 Männer und Frauen – die Kommunisten Hans und Hilde Coppi, Ursula Goetze, Wilhelm Guddorf, Arvid von Harnack, Albert Hößler, Walter Husemann, Elisabeth und Kurt Schumacher, Martin Weise und andere sowie die Antifaschisten Eva Maria Buch, Mildred von Harnack, Adam Kuckhoff, Harro und Libertas Schulze-Boysen und andere – mußten ihre mutige Aktion mit dem Leben bezahlen. Die junge Kommunistin Ursula Goetze schrieb am Tage ihrer Hinrichtung: „Ich war so empfänglich geworden für alles Große und Schöne auf Erden, daß ich mir erst meines Menschentums bewußt wurde. Ich hatte für so vieles Interesse gefunden und hatte meine Freude an dem Streben nach Wissen, das plötzlich so produktiv geworden war. Ich fühlte mich vertieft und umgeformt und wirklich fähig, das Leben neu zu beginnen ... Erst in der letzten Zeit waren mir die Worte Lessings klargeworden: ‚Ich würde nach dem Streben nach Erkenntnis greifen und nicht nach der Erkenntnis selbst.' Ich war nicht mehr solch ein Dummkopf und hätte künftig mehr Vertrauen zu mir selbst gehabt und hätte das Leben schon gemeistert. Die gewonnene Selbsterkenntnis hätte ich positiv genutzt. Es war eigenartig, wie gerade erst nach dem Urteil alle Vitalität bei mir durchgebrochen war und ich auch das mir noch verbleibende Leben bewußt lebte, wirklich als strebender Mensch."[65] Die Mitglieder der Organisation, die der Verhaftung entgangen waren, setzten den antifaschistischen Kampf trotz aller Hindernisse fort.

Während in Deutschland unzählige antifaschistische Kämpfer mutig Widerstand leisteten und viele aufrechten Hauptes starben, verriet Herbert Wehner die revolutionäre Sache der deutschen Arbeiterklasse. Er befand sich damals in der Emigration in Schweden und war von der Parteiführung mit wichtigen Aufgaben betraut worden. Herbert Wehner sollte nach entsprechenden Vorbereitungen illegal nach

65 Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 184.

Deutschland zurückkehren und hier in leitender Funktion am antifaschistischen Widerstandskampf teilnehmen. Um sich diesem Auftrag zu entziehen, ließ er sich im Februar 1942 in Stockholm von der schwedischen Staatspolizei verhaften. In der Voruntersuchung und vor dem Gericht machte er detaillierte Angaben über die Schwerpunkte der illegalen Tätigkeit der KPD, über illegale Anlaufstellen, über den Aufbewahrungsort illegaler Materialien und über Antifaschisten, die bereits nach Deutschland entsandt worden waren. Dieser Verrat hatte schwerwiegende Folgen für die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung. Die Gestapo verhaftete eine Reihe antifaschistischer Widerstandskämpfer. In Anbetracht dieser Tatsachen erklärte damals der bekannte schwedische sozialdemokratische Rechtsanwalt Georg Branting: „Das ist kein Antifaschist. Das ist ein Provokateur und ein Verräter! Ich muß es ablehnen, ihn zu verteidigen."[66] Das ZK der KPD stieß Herbert Wehner am 8. Juni 1942 aus den Reihen der Partei und stellte dazu in einem Beschluß unter anderem fest: „Kurt Funk (Herbert Wehner) wird wegen Parteiverrat aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen. Im schroffen Gegensatz zu dem mutigen Verhalten Tausender Kommunisten und anderer Antifaschisten, die unter dem grausamsten Terror der Gestapo in Deutschland ihre politische Überzeugung und ihre Treue zur Sache der Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlertyrannei tagtäglich im Kampfe bekunden und für den viele ihr Leben opferten, hat Funk bei seiner Verhaftung in Schweden aus erbärmlicher Feigheit Aussagen vor den Untersuchungsbehörden und vor Gericht gemacht, die infamer Verrat an der Partei und eine ernste Schädigung des antifaschistischen Kampfes sind."[67]

Auch Heinrich Wiatrek, Kandidat des ZK der KPD, verübte Parteiverrat. Nachdem er im Mai 1941 in Kopenhagen verhaftet und dann nach Hamburg übergeführt worden war, machte er vor der Gestapo umfangreiche Aussagen. Die Nazis erhielten dadurch Einblick in die illegale Tätigkeit der KPD und konnten weitere antifaschistische Widerstandskämpfer verhaften.

Eine aktive antifaschistische Arbeit unter der Jugend entwickelte besonders die von dem Jungkommunisten Herbert Baum geleitete Widerstandsgruppe in Berlin. Sie bestand zum großen Teil aus jun-

66 Zit. nach: Zur Person: Herbert Wehner. In: Berliner Zeitung, 24. Januar 1964.

67 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, 3/1/313, Bl. 69.

gen jüdischen Menschen, unter denen Herbert Baum seit 1935/1936 im Auftrag der KPD politische Arbeit geleistet hatte. Die Gruppe war bereits im Jahre 1938 entstanden. Zu ihr gehörten Mitglieder der KPD, des KJVD, fortschrittliche Vertreter der SAJ, parteilose Arbeiter und Studenten. Die Gruppe wuchs bald auf über 70 antifaschistische Kämpfer an. Ihre leitenden politischen Funktionäre gehörten der illegalen Berliner Parteiorganisation an. Durch sie hatte die Gruppe Verbindung zur Uhrig-Organisation und Kontakte mit der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation. In regelmäßigen Schulungen studierten die jungen Antifaschisten marxistische Schriften und Materialien der Parteiführung. Sie schufen sich so das theoretische und politische Rüstzeug für ihren illegalen Widerstandskampf. Die führenden kommunistischen Funktionäre erzogen die Mitglieder dazu, das Wesen des Hitlerfaschismus nicht nur im Terror gegen die Juden, sondern in der Unterdrückung des ganzen deutschen Volkes zu sehen und deshalb aktiv für seinen Sturz zu kämpfen. Einen festen Stützpunkt hatte die Gruppe in den Siemens-Werken, wo Herbert Baum und viele andere der jungen Widerstandskämpfer als jüdische Zwangsarbeiter arbeiten mußten. Nach der Niederlage der Hitlerwehrmacht vor Moskau verstärkten die Antifaschisten um Herbert Baum ihren Widerstandskampf. Sie gaben zwei eigene Zeitungen und antifaschistische Flugblätter heraus, die sie in ganz Berlin verbreiteten und die sie an die Front schickten. Die Zeitung „Der Ausweg" wurde direkt als Frontausgabe für die Soldaten gestaltet. Die Nazis eröffneten im Mai 1942 im Berliner Lustgarten eine Hetzausstellung gegen die Sowjetunion, mit der sie eine neue antikommunistische Welle auslösen und das deutsche Volk von ihren Mißerfolgen ablenken wollten. Zehn Mitglieder der Widerstandsgruppe legten einen Brand in der antisowjetischen Hetzschau. Diese mutige antifaschistische Aktion wurde zu einem Fanal des Widerstandskampfes in Deutschland. Der Gestapo gelang es, die ganze Gruppe zu verhaften. Sie mißhandelte und folterte die aktivsten Mitglieder der Gruppe grausam. Herbert Baum schied selbst aus dem Leben. 28 seiner treuen Mitkämpfer wurden im Sommer 1942 hingerichtet. Drei Mädchen wurden in faschistischen Konzentrationslagern umgebracht. Etwa 50 Kampfgefährten erhielten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Wie in Berlin, so entwickelte sich unter der Führung der illegalen KPD in ganz Deutschland der antifaschistische Widerstandskampf erfolgreich weiter. In Mannheim verstärkte die illegale Parteiorgani-

sation nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion ihre antifaschistische Tätigkeit. Sie arbeitete bereits vor 1939 und wurde von Georg Lechleiter geleitet. In ihrem Widerstandskampf stützte sich die Parteiorganisation insbesondere auf die Mannheimer Großbetriebe und baute in solchen Betrieben wie Bopp & Reuther GmbH, Brown, Boveri & Cie AG, Heinrich Lorenz AG, Motorenwerke Mannheim AG, vorm. Benz, Rheinhafen, Schiffs- und Maschinenbau-AG und Strebelwerk GmbH illegale kommunistische Zellen auf. Sie stellten in diesen Betrieben zahlreiche Verbindungen zu sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen her. Mitglieder und aktive Kämpfer der Organisation waren eine Anzahl Sportler Mannheims. Die Leitung der Parteiorganisation gab eine große Anzahl von antifaschistischen Flugblättern und seit Anfang Oktober 1941 die illegale Zeitung „Der Vorbote" heraus. Sie stützte sich dabei vielfach auf Materialien, die der Deutsche Volkssender verbreitete. Die Mannheimer Parteiorganisation wollte mit ihrer umfassenden antifaschistischen Aufklärung eine Massenstimmung und Massenbewegung gegen den Hitlerkrieg schaffen. Gleichzeitig strebte sie beharrlich danach, die illegale Parteiarbeit und den antifaschistischen Kampf in Süddeutschland zu zentralisieren und einheitlich zu leiten. Die erfolgreichen Ansätze dazu wurden zerstört, als die Gestapo im Februar und März 1942 in den Mannheimer Großbetrieben zahlreiche Verhaftungen vornahm. In zwei Prozessen wurden 19 Mitglieder der Organisation wegen Wiederaufbaus der illegalen KPD zum Tode verurteilt, unter ihnen der Kommunist Georg Lechleiter und der fünfundsiebzigjährige aktive sozialdemokratische Funktionär Philipp Brunnemer.

Auch in den okkupierten Ländern steigerten die illegalen Organisationen der KPD gemeinsam mit den kommunistischen Bruderparteien seit Sommer 1941 den antifaschistischen Kampf. So hatte die Organisation der KPD in Frankreich unter schwierigen Bedingungen ihre Tätigkeit kontinuierlich fortgesetzt. Fast alle Funktionäre und Mitglieder dieser Organisation waren zu Kriegsbeginn auf Anordnung der Regierung Edouard Daladier verhaftet beziehungsweise interniert worden. Der Beschluß des Sekretariats der Auslandsleitung des ZK der KPD von Anfang September 1939, nach dem in falscher Einschätzung der Lage und des Charakters des Krieges sich die Sekretariatsmitglieder und die Mitarbeiter dieser Leitung von den französischen Behörden freiwillig internieren lassen sollten, hatte eben-

falls für eine gewisse Zeit die Parteiarbeit gehemmt. In Paris wurde von Funktionären, die noch nicht verhaftet worden waren, eine illegale provisorische Leitung der Organisation geschaffen.

Im August 1940 konnte in Toulouse, im nichtbesetzten Frankreich, von einigen illegal wirkenden Funktionären im Einverständnis mit Franz Dahlem, der im Lager Le Vernet interniert war, eine neue Leitung der Organisation der KPD gebildet werden. Diese Leitung bestand aus Alexander Abusch, Walter Beling, Otto Niebergall und Albert Norden. In ihrem Arbeitsprogramm stand an erster Stelle die Aufgabe, die Verbindung zum illegalen ZK der KPF herzustellen und die Möglichkeiten der antifaschistischen Arbeit unter den deutschen Soldaten zu prüfen. Auf Initiative und unter Leitung des illegalen ZK der KPF wurde ab Herbst 1940 der Sektor der französischen Résistance für die antifaschistische Agitations- und Organisationsarbeit in den Einheiten und Dienststellen der faschistischen deutschen Okkupationsorgane in Frankreich, genannt Deutsche Arbeit – Travail Allemand (TA) –, aufgebaut. Verbindungsmann der KPD zum Sektor Deutsche Arbeit und später Mitglied der illegalen Leitung dieses Sektors war Otto Niebergall. Mit Unterstützung der TA verstärkte die Organisation der KPD die antifaschistische Aufklärungsarbeit unter den Angehörigen der Hitlerwehrmacht. Mitte September 1941 erschien die erste Nummer der illegalen antifaschistischen Soldatenzeitung für die besetzte Zone Frankreichs „Soldat im Westen", die von deutschen und österreichischen Kommunisten in Paris herausgegeben und von der TA verbreitet wurde. Die Parteiorganisation knüpfte Verbindungen zu Angehörigen der faschistischen Wehrmacht, die für den Kampf gegen das Naziregime und gegen dessen Krieg gewonnen werden sollten.[68] In Bordeaux, Dijon, Nantes, Paris und in anderen Städten konnten sogar einige illegale antifaschistische Soldatengruppen geschaffen und Einzelverbindungen hergestellt werden. Die Organisation der KPD gab zu dieser Zeit den Soldaten der Hitlerwehrmacht den Rat, sich dem Abtransport an die deutsch-sowjetische Front zu widersetzen oder aber dort auf die Seite der Roten Armee überzugehen. Mitglieder der Organisation leisteten auch eine wertvolle Aufklärungs- und Informationsarbeit in Dienststellen der deutschen Okkupationsbehörden. Sie konnten in einigen Fällen Widerstandskämpfer vor der Verfolgung und französische Arbeiter vor der Verschleppung als Zwangsarbeiter nach Deutschland warnen. Gleich-

[68] Dokument Nr. 90.

zeitig begannen die deutschen Kommunisten in Frankreich die Herausgabe von antifaschistischen Flugblättern, die über Urlauber, Eisenbahner oder auf dem Postwege nach Deutschland gelangten. Diese Arbeit war eine ernsthafte Unterstützung des Widerstandskampfes der illegalen Parteiorganisationen und der Antifaschisten in Deutschland. Während deutsche und französische Widerstandskämpfer in gemeinsamer Front gegen den Hitlerfaschismus standen, lieferte das Vichy-Regime auf Verlangen der Gestapo viele Antifaschisten an die Nazis aus, darunter die kommunistischen Funktionäre Franz Dahlem, Siegfried Rädel und Heinrich Rau, die über Paris in die Gestapozentrale Berlin, Prinz-Albrecht-Straße, überführt wurden.

Ein neues, außerordentlich wichtiges Gebiet in der Tätigkeit der KPD war die antifaschistische Aufklärungsarbeit in den Lagern für deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR. Sie wurde gemeinsam von deutschen und sowjetischen Kommunisten geleistet. In geduldigen und beharrlichen Aussprachen konnten die Beauftragten des ZK der KPD in den Kriegsgefangenenlagern bereits in den ersten Monaten gewisse Erfolge in der Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie erreichen. Einen besonderen Anteil daran hatten die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPD Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht sowie Johannes R. Becher, Willi Bredel, Erich Weinert und zahlreiche andere Funktionäre der KPD. So war zum Beispiel Walter Ulbricht als Mitglied einer deutsch-sowjetischen Kommission im August 1941 im Kriegsgefangenenlager Temnikow. In vielen Gesprächen mit Kriegsgefangenen zeigte sich, welchen starken Einfluß die antikommunistische Lügenpropaganda der Nazis auf das Denken und Handeln der übergroßen Mehrheit der Kriegsgefangenen ausübte und welche großen Anstrengungen notwendig sein würden, sie zu wirklichen Antifaschisten umzuerziehen. Doch Schritt für Schritt konnten die aufgeschlossensten Kriegsgefangenen für den Antifaschismus und die nationale Politik der KPD gewonnen werden. So entwickelte sich mit der wachsenden Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion auch hier die antifaschistische Bewegung unter den ehemaligen Soldaten und Offizieren der Hitlerwehrmacht.

Vom 8. bis 10. Oktober 1941 fand im Kriegsgefangenenlager Nr. 58 die erste Beratung kriegsgefangener deutscher Soldaten statt, die nach einer zwei Tage währenden Aussprache mit Vertretern der KPD den „Appell an das deutsche Volk, unterzeichnet von 158 deutschen Sol-

daten“[69] beschlossen. Der vom Politbüro des ZK der KPD vorgeschlagene Entwurf des Appells war zunächst mit 42 Soldaten beraten und dann mit Unterstützung fortschrittlicher Kriegsgefangener im ganzen Lager diskutiert worden. An der Diskussion beteiligten sich Soldaten und Offiziere aus allen Schichten des deutschen Volkes. Eine Redaktionskommission formulierte den endgültigen Text des Appells. Danach unterschrieben 158 Soldaten den Appell. Unter ihnen befanden sich 113 Arbeiter, 13 Landarbeiter, 11 Bauern, 9 Angestellte, 7 Angehörige freier Berufe und des Mittelstandes sowie Vertreter anderer Schichten; das waren insgesamt etwa ein Zehntel der Kriegsgefangenen des Lagers. Der Appell sagte den deutschen Soldaten und dem deutschen Volk die Wahrheit: Hitlers Krieg führt zur Niederlage und zur nationalen Katastrophe. Deshalb begann der Appell mit den klaren Worten: „Hitlers Niederlage ist unvermeidlich! Hitlers Sturz ist des deutschen Volkes Rettung!“[70]

Der Appell der 158 war von großer politischer Bedeutung, weil mit ihm erstmalig eine größere Gruppe deutscher Soldaten das deutsche Volk zur Beendigung des Krieges, zum Sturz Hitlers und zur Schaffung eines freien, unabhängigen Deutschlands aufrief. Er leitete die antifaschistische Bewegung in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion ein.

Dieser Appell wurde zur Grundlage eines tiefgreifenden, allerdings sehr langwierigen ideologischen Klärungsprozesses unter den deutschen Kriegsgefangenen. Sie diskutierten ihn in zahlreichen Versammlungen und Aussprachen. In scharfen Streitgesprächen wurden die faschistischen Anschauungen und Argumente zerschlagen. Auch die seit November 1941 regelmäßig erscheinende Zeitung für die deutschen Kriegsgefangenen, „Das freie Wort“, setzte sich mit der Naziideologie auseinander, verbreitete die wahrhaft antifaschistischen Ideen des Appells und unterstützte die sich entwickelnde antifaschistische Bewegung der Kriegsgefangenen. Bei der Entlarvung der Verbrechen der Hitlerfaschisten in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion und bei der Klärung der Aufgaben der antifaschistischen Bewegung gegen den Hitlerkrieg spielte der Aufruf von 60 Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Schriftstellern Deutschlands an das

[69] Dokument Nr. 80.

[70] Appell an das deutsche Volk, unterzeichnet von 158 deutschen Soldaten. In: Sie kämpften für Deutschland. Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland“ bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee, Berlin 1959, S. 114.

deutsche Volk vom 25. Januar 1942 eine bedeutsame Rolle.[71] In Zustimmungserklärungen, Aufrufen, Stellungnahmen und Beschlüssen der Kriegsgefangenen zum Appell der 158 zeigte sich das Wachsen der antifaschistischen Bewegung.

3. Die weiteren Schritte der KPD zur Verwirklichung der antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik. Das Anwachsen des antifaschistischen Widerstandskampfes

Die Hitlerregierung traf Anfang 1942 neue Maßnahmen zur weiteren staatsmonopolistischen Regulierung der Kriegswirtschaft und zur Steigerung der Rüstungsproduktion, um die großen Verluste an Menschen und Material ausgleichen und den Raubkrieg des deutschen Monopolkapitals mit allen Mitteln fortsetzen zu können. Am 8. Februar übertrug sie Albert Speer, einem der rücksichtslosesten Exponenten der führenden Monopole, die Leitung des Ministeriums für Bewaffnung und Munition. Es wurde mit noch größeren Vollmachten ausgestattet und entwickelte sich praktisch zur obersten Kriegswirtschaftsbehörde, die zuerst die volle Verantwortung für die Ausrüstung des Heeres und später auch für die der Marine und der Luftwaffe übernahm. Albert Speer löste die neuen Aufgaben, indem er die Leitung der einzelnen Zweige der Kriegswirtschaft den großen Rüstungsindustriellen oder ihren Vertretern als sogenannten Wehrwirtschaftsführern unmittelbar übertrug und zahlreiche Hauptausschüsse und Hauptringe schuf. Alle Rüstungsbetriebe, in denen die Endfertigung der Kriegsgüter erfolgte, wurden zu sogenannten Hauptausschüssen zusammengefaßt. Die sogenannten Hauptringe dagegen steuerten die Produktion der Grundstoffe und Halbfabrikate. Den Hauptausschuß Wehrmachts- und allgemeines Gerät leitete Wilhelm Zangen, Generaldirektor der Mannesmannröhren-Werke, den Hauptausschuß Munition Edmund Geilenberg, Direktor in der Aktiengesellschaft Reichswerke „Hermann Göring", den Hauptausschuß Waffen leitete Arthur Tix, Direktor im Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation AG usw. Zahlreiche kleine und mittlere Betriebe wurden damit dem bedingungslosen Diktat der Kriegskonzerne unterworfen und praktisch zu deren Werkabteilungen degradiert. Auch der Produktionsapparat der

71 Dokument Nr. 83.

okkupierten Länder wurde noch stärker in die deutsche Kriegswirtschaft einbezogen. Mit Hilfe dieser Hauptausschüsse und -ringe sollten auch die letzten Reserven der Wirtschaft in den Dienst des Krieges gestellt, die Rüstungsproduktion maximal gesteigert und weitere riesige Kriegsprofite für die führenden Monopole gesichert werden.

Außerdem wurde beim Ministerium für Bewaffnung und Munition unter dem Vorsitz von Albert Speer der sogenannte Rüstungsrat gebildet, der zugleich ein Kriegsrat war. Ihm gehörten an die Schwerindustriellen und Kriegsinteressenten Hermann Bücher, AEG, Philipp Keßler, Bergmann-Elektrizitäts-Werke AG, Paul Pleiger, Aktiengesellschaft Reichswerke „Hermann Göring", Ernst Poensgen, Vereinigte Stahlwerke AG, Hermann Röchling, Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke GmbH, Hellmuth Roehnert, Rheinmetall-Borsig AG, Albert Vögler, Vereinigte Stahlwerke AG, und Wilhelm Zangen, Mannesmannröhren-Werke, sowie Generalfeldmarschall Erhard Milch, Oberkommando der Luftwaffe, Generaloberst Fritz Fromm, Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaladmiral Karl Witzell, Oberkommando der Marine, General Georg Thomas, Oberkommando der Wehrmacht, und General Wilhelm Ritter von Leeb, Oberkommando des Heeres. Diese mit staatlichen Funktionen versehene kleine Gruppe von Monopolisten und Militaristen verständigte sich über alle Maßnahmen der weiteren Aufrüstung. Die Monopolherren rissen die profitabelsten Rüstungsaufträge an sich und sicherten sich die absolute Herrschaft über die gesamte Wirtschaft. Damit hatte der staatsmonopolistische Kapitalismus in Deutschland seine bis dahin höchste Entwicklungsstufe erreicht.

Im März 1942 beschlossen die Faschisten den Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie.[72] Im gleichen Monat ernannte die Hitlerregierung den Thüringer Gauleiter Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Er hatte die Aufgabe, die faschistische Kriegswirtschaft mit Arbeitskräften aus Deutschland und aus den okkupierten Ländern zu versorgen. Es begann eine verstärkte Massendeportation ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland. Selbst Kinder, werdende Mütter und Greise wurden von den Faschisten verschleppt und zur Arbeit gepreßt. Die Fritz Sauckel unterstellten Organe zwangen bis Juli 1942 aus den okkupierten Gebieten der Sowjetunion 1,3 Millionen und aus Belgien, Frankreich, Jugoslawien, den Niederlanden, Polen und anderen besetzten Ländern 339 000

72 Dokument Nr. 87.

Menschen zur Sklavenarbeit für die Monopole nach Hitlerdeutschland. Was Albert Speer in der Organisierung der faschistischen Kriegswirtschaft war, das war Fritz Sauckel bei der rücksichtslosen „Beschaffung" von Arbeitskräften.

Diese und andere Maßnahmen, die insgesamt ein umfassendes System zur staatsmonopolistischen Regulierung der Kriegswirtschaft bildeten, trugen dazu bei, daß 1942 im Vergleich zu 1941 die Kohlenförderung in Deutschland von 246 auf 258 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung in Deutschland und den okkupierten Ländern von 31,8 auf 32,1 Millionen Tonnen und die Produktion von Waffen und Munition erhöht werden konnten.

Während sich die Kriegskonzerne bereicherten, verschlechterte sich die Lage breiter Volksschichten, insbesondere der Arbeiterklasse. Im April 1942 ordnete die Hitlerregierung die erste einschneidende Kürzung der Lebensmittelrationen seit Kriegsausbruch an. Die Erwachsenenration betrug jetzt wöchentlich 2000 Gramm Brot und Mehl, 300 Gramm Fleisch und 206 Gramm Fett, das heißt im Vergleich zu 1939 wöchentlich 400 Gramm Brot und Mehl, 200 Gramm Fleisch und 64 Gramm Fett weniger. Auch die Rationen für Lang-, Nacht-, Schwer- und Schwerstarbeiter wurden beträchtlich gekürzt. Im Juni erfolgte die Rationierung der Kartoffeln. Durch die zunehmende Ausplünderung der okkupierten Länder lebte das deutsche Volk jedoch immer noch wesentlich besser als die unterjochten, vom Hunger gequälten europäischen Völker. Seit Sommer 1941 trieben die Monopole die Arbeitszeit in den Betrieben erneut hoch. Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie außerdem der weiteren Rationalisierung. Anfang 1942 führten sie zum Beispiel in einigen Betrieben den sogenannten Zwei-für-Drei-Plan ein, nach dem zwei Arbeiter die Leistungen von drei Arbeitern vollbringen sollten. 1942 wurde auch damit begonnen, möglichst viele Stundenlöhne durch den Stück- und Akkordlohn zu ersetzen und die Einteilung nach gelernten und ungelernten Arbeitern weiter zu untergliedern. Damit wollten die Monopole die Arbeiter gegeneinanderhetzen und noch mehr aus ihnen herauspressen. Die Unternehmer erhielten sogar das Recht, die Arbeiter nach Belieben mit Geldstrafen zu belegen. Eine Folge dieser verschärften Ausbeutung war die Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiter. Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion brachte somit den deutschen Arbeitern eine Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Kriegführung des deutschen Imperialismus und Militarismus waren die barbarische Ausrottung und Versklavung ganzer Völker. Hohe nazistische Beamte und SS-Offiziere beschlossen auf der „Wannsee-Konferenz" im Januar 1942 zur „Endlösung der Judenfrage" die Ermordung von 11 Millionen jüdischer Bürger aus 27 europäischen Staaten.[73] Damit wurde das größte Massaker in der Weltgeschichte eingeleitet, dem innerhalb von drei Jahren in Auschwitz, Bełżec, Chełmno, Majdanek, Sobibór, Treblinka und anderen faschistischen Vernichtungszentren etwa 6 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Gleichzeitig stellten die Hitlerfaschisten den sogenannten „Generalplan Ost" auf, in dem detailliert die Germanisierung und die Kolonisierung der europäischen Länder, insbesondere die Vernichtung des Sowjetstaates, die physische Ausrottung eines beträchtlichen Teils des russischen Volkes und die Aussiedlung anderer Teile des russischen Volkes nach Sibirien festgelegt wurden.[74] Mit diesem ungeheuerlichen Vernichtungsprogramm erreichten die Unmenschlichkeit und die Barbarei des deutschen Imperialismus und Militarismus unvorstellbare Ausmaße.

Alle wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen Hitlerdeutschlands deuteten darauf hin, daß der faschistische Imperialismus 1942 eine Wende im Verlauf des Krieges erzwingen wollte. Er nutzte das Fehlen der zweiten Front in Westeuropa und bereitete am Südabschnitt der deutsch-sowjetischen Front eine neue Offensive vor. Damit wollte der faschistische Imperialismus die kaukasischen Erdölgebiete in die Hand bekommen, die über den Kaukasus bestehenden Verbindungen der UdSSR mit anderen Ländern abschneiden, die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands verbessern und die Türkei und Japan in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinziehen. Außerdem sollte die Offensive bessere militärische Bedingungen schaffen, um die Rote Armee am Mittelabschnitt der Front niederzuwerfen, die mittlere Wolga zu erreichen und so den Krieg erfolgreich zu beenden. Die Faschisten stellten sich also wieder Ziele, die bereits 1941 unter günstigeren Bedingungen unerreichbar gewesen waren.

Ende Juni 1942 ging die Hitlerwehrmacht am Südabschnitt der Front zur Offensive über und riß vorübergehend die Initiative an sich. Nach schweren und verlustreichen Kämpfen gelang es ihr, den

[73] Dokument Nr. 82.

[74] Dokument Nr. 86.

Don zu überschreiten, bis an die Wolga vorzustoßen und Mitte September das Vorgelände von Stalingrad zu erreichen. Gleichzeitig drang sie über Rostow am Don zum Kaukasus vor. Erneut war für die Sowjetunion eine gefährliche Lage entstanden. Die Hitlerfaschisten hatten ein Territorium besetzt, auf dem vor dem Krieg 45 Prozent der gesamten Bevölkerung gewohnt hatten und auf das 33 Prozent der industriellen Bruttoproduktion und 47 Prozent der Aussaatfläche der Sowjetunion entfielen.

An der Wolga entwickelte sich eine der größten Schlachten des zweiten Weltkrieges. Wieder riefen die KPdSU(B) und die Regierung alle Sowjetmenschen auf, die über dem Vaterland schwebende Gefahr abzuwenden. Das Gebot der Kämpfer der Roten Armee war: „Keinen Schritt mehr zurück!" Sie verhinderten in der ersten Phase der Schlacht die Eroberung Stalingrads durch die Faschisten. In erbitterten Kämpfen banden oder vernichteten sie starke Kräfte des Feindes. Die Hitlerwehrmacht verlor allein in dieser Zeit 650 000 Mann. In dieser gewaltigen Verteidigungsschlacht an der Wolga wurden gleichzeitig Voraussetzungen für eine machtvolle Gegenoffensive der Roten Armee geschaffen. Es bahnte sich die grundlegende Wende im Verlauf des Krieges an.

Angesichts der Gefahren für die deutsche Nation unternahm das ZK der KPD neue große Anstrengungen, um den antifaschistischen Widerstandskampf in Deutschland rascher zu verbreitern und wirksamer zu führen. Von Dezember 1940 bis Juni 1942 wurden vom ZK wieder erfahrene Funktionäre als Beauftragte nach Deutschland geschickt. Von besonderer Bedeutung war dabei die umfangreiche illegale Tätigkeit der vom Mitglied des ZK der KPD Wilhelm Knöchel geleiteten Beauftragten Wilhelm Beuttel, Albert Kamradt, Alfons Kaps, Alfred Kowalke, Luise Rieke, Wilhelm Seng und Jacob Welter in Berlin und im Rhein- und Ruhrgebiet, den wichtigsten Zentren des antifaschistischen Kampfes gegen die faschistische Kriegsmaschine. Wilhelm Knöchel kam im Januar 1942 von den Niederlanden illegal nach Berlin und leitete von hier aus die Tätigkeit der Beauftragten. Paul Hinze, Mitglied der von Robert Uhrig geführten Widerstandsorganisation, organisierte den illegalen Aufenthalt Wilhelm Knöchels und Alfred Kowalkes in Berlin. Unter anderem beschaffte er ihnen Räume, um eine Druckmaschine und Abziehapparate unterzustellen. Über die Vertreter des ZK der KPD in den Niederlanden und in Schweden sowie auf dem Funkwege hatte Wilhelm Knöchel ständige

Verbindung mit dem Politbüro des ZK der KPD in Moskau, arbeitete nach dessen Weisungen und übermittelte ihm regelmäßig Berichte über den Kampf der Parteiorganisationen und über die Stimmung der Bevölkerung. Das Politbüro des ZK der KPD verfolgte aufmerksam die Arbeit in Berlin und im Rhein- und Ruhrgebiet, wertete die Berichte gründlich aus, übermittelte neue Direktiven und gab so den illegalen Parteiorganisationen über Wilhelm Knöchel Anleitung und Hilfe. Die Hauptaufgabe dieser Gruppe bestand zunächst darin, die illegalen Parteikader im Rhein- und Ruhrgebiet zu einer einheitlichen Parteiorganisation mit eigener Leitung zusammenzuführen und dann Verbindungen zu den illegalen Organisationen der KPD in anderen Teilen Deutschlands herzustellen, illegale Parteileitungen in den Bezirken und auf dieser Grundlage eine unter Führung des ZK der KPD stehende operative Leitung der Partei in Deutschland zu schaffen. Sie sollten damit die von den Beauftragten des ZK der KPD in den Jahren 1939 und 1940 erfolgreich begonnene Arbeit kontinuierlich fortsetzen. Gleichzeitig sollten sie die illegalen Parteiorganisationen bei der Einbeziehung verschiedener Bevölkerungsschichten in den antifaschistischen Kampf unterstützen.

Gemeinsam mit den Parteiorganisationen schufen die Beauftragten zuerst illegale Stützpunkte der Partei in Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Köln und Wuppertal. Bald danach wurde eine illegale Gebietsleitung der KPD für das Rhein- und Ruhrgebiet gebildet. Sie konnte in der kurzen Zeit von eineinhalb Jahren eine starke illegale Parteiorganisation des Rhein- und Ruhrgebietes aufbauen, die aktive Gruppen in den großen Rüstungswerken und Betrieben von Bottrop, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Holten, Köln, Leverkusen, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal und in anderen Städten und Orten hatte. Diese Gruppen entwickelten eine vielfältige antifaschistische Agitation, störten wirksam die faschistische Rüstungsproduktion und unterstützten die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. Sie forderten in Flugblättern bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, soziale Rechte und demokratische Freiheiten für die Werktätigen und verbanden diese Forderungen mit der antifaschistischen Losung „Frieden – Freiheit – Fortschritt". Nachdem Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate beschafft worden waren, konnte die illegale Gebietsleitung eigene Zeitungen, antifaschistische Aufklärungsmaterialien, Flugblätter, Klebezettel und Plakate in größerer Anzahl herstellen und ver-

breiten. Eine längere Zeit erschienen fast regelmäßig die illegalen Zeitungen „Das Ruhr-Echo", Zeitung der KPD im Ruhrgebiet, „Die Freiheit", Zeitung der KPD im Gebiet Niederrhein, „Der Friedenskämpfer", Zeitung der illegalen Friedensbewegung an Rhein und Ruhr, und „Der patriotische SA-Mann", Zeitung für oppositionelle Nationalsozialisten und Mitglieder in faschistischen Massenorganisationen. So wurde insgesamt ein Aufschwung in der Parteiarbeit und der antifaschistischen Tätigkeit erreicht.

Ein Beweis dafür war die Beratung der illegalen Organisation der KPD des Gebietes Niederrhein und Ruhr Ende Mai 1942. Die Funktionäre überprüften die bisherige Arbeit und gaben eine Einschätzung der politischen Lage. Sie beschlossen den „Aufruf der illegalen Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Gebiet Niederrhein und Ruhr"[75] und orientierten die Parteiorganisationen und alle Kommunisten auf den „Kampf für Frieden, Freiheit und Brot, für ein neues, freies Deutschland"[76]. Entschieden wandten sich die Teilnehmer der Beratung gegen die Auffassung, daß die Zeit für einen verstärkten Kampf noch nicht reif sei. Deshalb forderten sie von jedem Kommunisten aktiven Widerstandskampf und feste Zugehörigkeit zu einer Parteiorganisation. Gleichzeitig wiesen sie den Weg zur Schaffung einer breiten nationalen Friedensfront aller Hitler- und Kriegsgegner.

Gemeinsam mit den illegalen Parteiorganisationen leiteten die Beauftragten des ZK der KPD weitere Maßnahmen ein, um verschiedene Schichten der Bevölkerung für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen und im Rhein- und Ruhrgebiet die nationale Friedensfront zu entwickeln. Sie verstärkten die auf ihre Initiative entstandene antifaschistische Aktion „Frieden – Freiheit – Fortschritt", indem sie in Städten und Dörfern an sichtbaren Stellen den Buchstaben „F" schrieben. Wilhelm Knöchel bekräftigte in einem Bericht an die Parteiführung über die illegale Beratung den Standpunkt des ZK der KPD, ein deutsches Nationalkomitee als nationales Zentrum des antifaschistischen Widerstandskampfes zum Sturz des Hitlerregimes und zur Beendigung des Krieges zu bilden.

[75] Dokument Nr. 88.

[76] Aufruf der illegalen Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Gebiet Niederrhein und Ruhr. In: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, 2., durchges. Auflage, Berlin 1955, S. 420.

Der Wirkungsbereich der Beauftragten des ZK der KPD blieb nicht auf das Rhein- und Ruhrgebiet beschränkt. Sie festigten bereits bestehende und knüpften neue Verbindungen zu den illegalen Parteiorganisationen und Funktionären in Berlin, Bremen, Chemnitz, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg und in anderen Städten. Mit diesen Verbindungen wurden neue Fortschritte bei der Herausbildung und Festigung politisch-organisatorischer Zentren der illegalen KPD in den Bezirken erzielt und weitere Voraussetzungen für den Aufbau einer operativen Leitung der Partei in Deutschland geschaffen.

Die erfolgreiche illegale Arbeit der Beauftragten wurde durch Verhaftungen im Januar 1943 jählings unterbrochen. Wilhelm Beuttel, Wilhelm Knöchel, Alfred Kowalke, Wilhelm Seng und viele andere standhafte Kommunisten wurden verhaftet und später zum Tode verurteilt und hingerichtet. Wenn es auch in den Jahren 1941 und 1942 noch nicht gelang, eine operative Leitung der Partei in Deutschland zu schaffen, so wurde doch durch den mutigen und tapferen illegalen Kampf dieser Beauftragten des ZK der KPD ein außerordentlich wichtiger Schritt in jener Richtung getan. Ihre selbstlose Tätigkeit für die Partei, die Arbeiterklasse und die ganze deutsche Nation setzten andere kampferprobte Kader der illegalen KPD erfolgreich fort.

Im Bezirk Wasserkante, vor allem in Hamburg, waren es Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Franz Jacob und andere Funktionäre der KPD, die nach ihrer Entlassung aus dem Konzentrationslager 1939/1940 die illegalen Parteikader zusammengeführt, erneut eine einheitliche illegale Parteiorganisation im Bezirksmaßstab aufgebaut und die antifaschistischen Kräfte zusammengefaßt hatten. Sie stützten sich dabei auf die noch bestehenden illegalen Betriebszellen der KPD, die teilweise Verbindung mit der früheren Abschnittsleitung Nord des ZK der KPD gehabt hatten. Nach der Überwindung großer Schwierigkeiten trafen sie im Dezember 1941 zu einer Beratung zusammen, in der sie die politische Linie für die weitere Arbeit festlegten, die Aufgabenbereiche bestimmten und den von Bernhard Bästlein ausgearbeiteten Organisationsplan bestätigten.

Die politische Leitung der Organisation der KPD in Hamburg konzentrierte sich auf die Entwicklung der illegalen Parteiarbeit in den großen Betrieben. So konnten bis Oktober 1942 in über dreißig Hamburger Großbetrieben, unter anderem Blohm & Voss, Deutsche Werft AG, Howaldtswerke AG, Klöckner Flugmotorenbau GmbH

und Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, illegale Parteiorganisationen aufgebaut werden. Die vielfältige, oftmals sehr differenzierte illegale Parteiarbeit in den verschiedensten Betrieben wurde von der politischen Leitung auf der Grundlage von Industriegruppen angeleitet. Es bestanden unter anderen die Industriegruppen Bau, Chemie, Hafen, Holz, Metall, Verkehr, Werften und lebenswichtige Betriebe. Diese Leitungsmethode in der illegalen Arbeit sicherte eine konkrete und tatkräftige Unterstützung der Parteiorganisationen in den entsprechenden Bereichen der Industrie.

In vielen dieser Betriebe entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit den illegal kämpfenden sozialdemokratischen Arbeitern. So hielt die sozialdemokratische Widerstandsgruppe um Adolph Kummernuß und Otto Schumann feste Verbindung zur Leitung der Organisation der Hamburger KPD. Gleichzeitig schlossen die illegalen Parteiorganisationen im Geiste des proletarischen Internationalismus ein enges Kampfbündnis mit den Widerstandsgruppen französischer, polnischer und sowjetischer Zwangsarbeiter in den Betrieben Heidenreich und Harbeck, Holsatia-Werke, Heinz Meyer KG Hamburg-Altona, Vereinigte Deutsche Metallwerke AG und in anderen Betrieben. Neben der antifaschistischen Aufklärungsarbeit taten die Kommunisten und andere Antifaschisten alles, um die faschistische Rüstungsproduktion zu stören. Sie machten zum Beispiel Hölzer für die Stapelläufe von Schiffen unbrauchbar, streuten Sand in die Lager der Schiffswellen und warfen Sauerstoffflaschen in die Elbe. Die illegalen Parteiorganisationen setzten sich auch für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter ein. Nachdem die Hitlerregierung im April 1942 die Lebensmittelrationen gekürzt und im Juni die Kartoffeln rationiert hatte, erschien das von Franz Jacob verfaßte Flugblatt „Über die Kürzung der Lebensmittelrationen".

Auch in Hamburg und an der Wasserkante waren die leitenden Funktionäre ständig bemüht, den politischen Einfluß der illegalen Parteiorganisationen zu verstärken und größere Teile der Bevölkerung in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen. Sie stellten Verbindungen zu jugendlichen Sportlern und zu Künstlern her. Regelmäßig wurden die Durchgaben von Namenslisten deutscher Kriegsgefangener im Moskauer Rundfunk abgehört und deren Angehörige benachrichtigt. Die Mitteilungen an die Angehörigen verbanden die Kommunisten mit der antifaschistischen Aufklärung und der Aufforderung, den Moskauer Rundfunk zu hören. Große Aufmerksamkeit wurde

der Anleitung der Kommunisten gewidmet, die sich an der deutsch-sowjetischen Front oder in den okkupierten Ländern befanden. Diese Arbeit lag in den Händen von Bernhard Bästlein. 1941 und 1942 gab die politische Leitung den Kommunisten an der deutsch-sowjetischen Front die Direktive, Soldaten um sich zu scharen und in Gruppen auf die Seite der Roten Armee überzugehen. Außerdem versandte sie seit Sommer 1942 antifaschistische Feldpostbriefe an Soldaten. Erfolge in dieser Arbeit blieben nicht aus. An der deutsch-sowjetischen Front und in Dänemark, Italien und Norwegen schlossen sich antifaschistisch eingestellte Soldaten um Kommunisten zusammen. Gleichfalls entstanden Kontakte zu einzelnen Einheiten der Hitlerwehrmacht in Hamburg und in verschiedenen norddeutschen Häfen.

Die politische und organisatorische Wirksamkeit der Leitung der Hamburger Parteiorganisation ging weit über Hamburg hinaus. Die Leitung festigte die bestehenden Verbindungen mit den illegalen Parteiorganisationen und Widerstandsgruppen in Bremen, Flensburg, Kiel, Lübeck, Rostock und in anderen Städten und leitete sie politisch an. Damit wurden erfolgreich Schritte zur Leitung der illegalen Parteiarbeit im Bezirksmaßstab getan. Die Hamburger Leitung hatte auch Verbindungen zu Widerstandsorganisationen in Ostpreußen, im Rheinland und im Ruhrgebiet, in Sachsen und in Thüringen sowie in Wien. Besonders enge Kontakte bestanden über Wilhelm Guddorf mit der illegalen Berliner Parteiorganisation. Robert Abshagen und Bernhard Bästlein berieten im Dezember 1941 in Berlin mit leitenden kommunistischen Funktionären der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack ihre künftige Zusammenarbeit. Wilhelm Guddorf seinerseits kam oftmals nach Hamburg und übergab wertvolle politische Materialien, die vervielfältigt und in der Parteiorganisation verbreitet wurden. Im Frühjahr 1942 wurde auch die Verbindung zu Anton Saefkow hergestellt.

So wurden in Hamburg und an der Wasserkante ein Aufschwung in der illegalen Parteiarbeit und Fortschritte bei der Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte erzielt. Im Bezirksmaßstab war eine einheitliche Parteiorganisation mit einer festen politischen Leitung entstanden, die die antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik immer wirksamer durchsetzte. Im Oktober 1942 begann die Gestapo jedoch mit umfangreichen Verhaftungen. Die in Freiheit gebliebenen Mitglieder der Organisation der KPD setzten den Widerstandskampf fort. Franz Jacob gelang die Flucht nach Berlin.

In Thüringen nahmen am Neujahrstag 1942 Theodor Neubauer und Magnus Poser Verbindung auf. Magnus Poser hatte seit 1938 in Jena und Umgebung eine Widerstandsorganisation von Kommunisten, Jungsozialisten, Arbeitersportlern und anderen Antifaschisten aufgebaut. Ebenso erfolgreich hatte Theodor Neubauer in Gotha nach seiner Haftentlassung im April 1939 gewirkt. Beide Funktionäre der illegalen KPD erzielten in allen Fragen völlige Übereinstimmung. Sie betrachteten es als ihre Hauptaufgabe, entsprechend der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD – gestützt auf die vorhandenen kommunistischen Parteikader – in Thüringen eine umfassende antifaschistische Widerstandsorganisation aufzubauen. Durch die Aufnahme neuer Verbindungen sollte die organisatorische Basis für eine breite antifaschistische Arbeit in ganz Thüringen geschaffen werden. Das Hauptaugenmerk wurde dabei auf die politische Arbeit in den Betrieben, auf die enge Zusammenarbeit mit den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen gelegt. Auch zu fortschrittlichen Vertretern der Intelligenz in der Universität in Jena und bei Carl Zeiss Jena wurde die Verbindung hergestellt. Zur politischen Information und antifaschistischen Agitation stellten die Thüringer Antifaschisten zuerst mit Vervielfältigungsapparaten und später in einer illegalen Druckerei zahlreiche Flugblätter her und verteilten sie. Daran war besonders Albert Bauer beteiligt. Theodor Neubauer und Magnus Poser bauten unter Überwindung großer Schwierigkeiten in der folgenden Zeit eine weitverzweigte Organisation der KPD in Thüringen auf.

Das Politbüro des ZK der KPD verfolgte aufmerksam die Zusammenfassung der Parteikräfte und die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes in Deutschland. Um diesen Kampf weiter zu fördern, noch mehr zu verbreitern und zentralisiert zu führen, legte es am 3. April 1942 neue Schritte zur Verwirklichung der antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik fest.[77] Es orientierte darauf, auf dem Gebiet der UdSSR eine antihitlerische Konferenz von Kriegsgefangenen und Emigranten aus allen Klassen und Schichten des deutschen Volkes einzuberufen, die sich mit einem programmatischen Aufruf an das deutsche Volk wenden sollte, und einen Vorbereitenden Ausschuß für die Gründung eines deutschen Nationalkomitees oder gleich ein solches Nationalkomitee zu wählen. Die politische Grundlinie des Aufrufs war bestimmt von fünf Hauptforderungen: Zusam-

[77] Dokument Nr. 85.

menschluß aller ehrlichen Deutschen zur Volksbewegung gegen Krieg und Faschismus unter der Losung „Schluß mit dem Krieg! Weg mit Hitler!"; aktiver antifaschistischer Kampf bis zur Volkserhebung für die Beendigung des Krieges und den Sturz der Hitlerclique; Abschluß des Friedens durch gewählte Vertreter des Volkes auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands und des Verzichts auf Annexionen sowie der Freundschaft mit der Sowjetunion und allen Ländern, der Sicherung des Friedens durch Entmachtung der imperialistischen Kriegstreiber in Wirtschaft, Staat und Armee; Schaffung einer deutschen Volksrepublik, in der das Volk durch seine demokratisch gewählten Vertreter bestimmt und in der die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes gesichert sind; Entwicklung einer dem Wohl des Volkes und dem Frieden dienenden Wirtschaft, Überführung der großen Konzerne und Banken in die Hände des Volkes. „Das nationale Interesse unseres Volkes", erklärte das Politbüro des ZK der KPD, „erfordert die Beendigung des Krieges durch den Zusammenschluß und die Aktion aller Kräfte im deutschen Volk, die den Frieden, die Freiheit und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes wollen. Das ist nur möglich durch den Sturz Hitlers."[78]

Mit diesen neuen Vorschlägen orientierte das Politbüro des ZK der KPD schon zu dieser Zeit auf die heranreifenden neuen Aufgaben und unternahm einen wichtigen Schritt zur programmatischen, politischen und organisatorischen Vorbereitung der deutschen Antihitlerkoalition. Gleichzeitig förderte es mit ganzer Kraft die antifaschistische Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR. Im Februar 1942 fand im Kriegsgefangenenlager Nr. 95 eine Beratung von 190 kriegsgefangenen Gefreiten, Obergefreiten, Unteroffizieren und Feldwebeln statt, von denen 65 Prozent Arbeiter, 16 Prozent Berufssoldaten, 10 Prozent Angehörige früherer demokratischer Organisationen und 35 bis 40 Prozent Mitglieder der Nazipartei und ihrer Organisationen waren. Sie waren vorher von 1242 Kriegsgefangenen als Delegierte gewählt worden. Nach einer eingehenden Aussprache mit den Vertretern der KPD beschloß die Beratung den Aufruf „An die deutsche Armee und an das deutsche Volk", dessen politischer Inhalt mit dem Appell der 158 übereinstimmte.

Die antifaschistische Einwirkung auf die kriegsgefangenen deut-

[78] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N 9-A.

schen Offiziere brachte ebenfalls erste Erfolge. Am 30. und 31. Mai 1942 fand im Kriegsgefangenenlager Nr. 95 eine Beratung von 97 deutschen Kriegsgefangenen statt, die eine von Hauptmann Ernst Hadermann geleitete, 21 Mitglieder umfassende antifaschistische Offiziersgruppe einberufen hatte. Ernst Hadermann wies in seinem Vortrag „Das deutsche Volk unter dem Hitlerjoch" die Perspektivlosigkeit des Hitlerkrieges nach, klagte die Hitlerfaschisten der Verbrechen in der UdSSR an, charakterisierte das künftige demokratische Deutschland und forderte die Offiziere zur Entscheidung für Volk und Nation auf. Außerdem sprach Oberleutnant Friedrich Reyher zum Thema: „Ein Jahr Raubzug gegen die Sowjetunion." Nach der Aussprache mit Vertretern der KPD beschloß die Beratung einstimmig einen „Aufruf an die Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht und an das deutsche Volk". In diesem Aufruf forderten die Teilnehmer der Beratung dazu auf, „das deutsche Volk vor der ungeheuersten Katastrophe seiner Geschichte zu retten durch den Sturz Hitlers, die Wiederherstellung der Freiheit des deutschen Volkes, den Abschluß eines rechtzeitigen, ehrenvollen Friedens"[79]. Die Beratung wandte sich gleichzeitig mit einem Aufruf an alle kriegsgefangenen deutschen Offiziere in der Sowjetunion.

Ein weiterer erfolgreicher Schritt war die antifaschistische Kundgebung von 1900 deutschen Kriegsgefangenen am 28. Juni 1942 im Kriegsgefangenenlager Nr. 27, die auf Initiative der Antifaschisten der Lager Nr. 27, 58 und 95 einberufen worden war. Diese Kundgebung wurde vom Moskauer Rundfunk übertragen. In ihren Ansprachen forderten die deutschen Soldaten und Offiziere die schnelle Beendigung des Krieges durch den unverzüglichen Sturz der Hitlerregierung. Sie berichteten über ihr Leben in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft. Die Kundgebungsteilnehmer wandten sich mit einem Aufruf an die deutschen Frontsoldaten. Sie erklärten, daß der Krieg unvermeidlich mit einer Niederlage Hitlerdeutschlands enden werde und daß sie und andere kriegsgefangene deutsche Soldaten und Offiziere mit dem Hitlerregime gebrochen hätten. So wuchs die antifaschistische Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse. In beharrlicher Überzeugungsarbeit, an der sich die in der Sowjetunion weilenden deutschen Kommunisten und Antifaschisten, vor allem Mitglieder des ZK der KPD, beteilig-

79 Zit. nach: Ernst Hadermann: Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Nationalkomitees „Freies Deutschland". In: Freies Deutschland (Moskau), 29. August 1943.

ten, wurden Voraussetzungen für die Bildung eines nationalen Zentrums des antifaschistischen Kampfes geschaffen, wie es das Politbüro des ZK der KPD im April 1942 beschlossen hatte.

Besonders trug dazu bei, daß in den Kriegsgefangenenlagern und auf den antifaschistischen Schulen viele Deutsche die Möglichkeit erhielten, die eigene Vergangenheit zu durchdenken und Lehren aus der Geschichte des deutschen Volkes zu ziehen. Nicht wenige von ihnen beschäftigten sich erstmals mit der demokratischen Literatur und den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Mit Unterstützung der Regierung der UdSSR und der KPdSU(B) konnten unter der Leitung deutscher Kommunisten zahlreiche Kader für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau nach dem Sturz des Hitlerfaschismus erzogen und geschult werden.

Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg. Der Beginn und die Verschärfung der politischen Krise in Deutschland. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Das weitere Anwachsen der antifaschistischen Widerstandsbewegung (November 1942 bis Dezember 1943)

1. Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg. Die Entwicklung einer politischen Krise in Deutschland. Der Kurs der KPD auf die Schaffung eines nationalen Zentrums des antifaschistischen Widerstandskampfes

Am 19. November 1942 begann die Rote Armee an der Wolga eine machtvolle Gegenoffensive und schloß bis Ende November 20 deutsche und zwei rumänische Divisionen mit etwa 300 000 Mann ein. Auf Befehl des faschistischen OKW lehnte Generaloberst Friedrich Paulus das humane sowjetische Ultimatum zur Kapitulation ab. Die Vertreter des ZK der KPD, der Schriftsteller Willi Bredel, der Abgeordnete des Deutschen Reichstages Walter Ulbricht und der Schriftsteller Erich Weinert, versuchten, an der Wolgafront die Angehörigen der eingeschlossenen deutschen 6. Armee davon zu überzeugen, daß der Einschließung die unvermeidliche Niederlage folgen werde und die ehrenvolle Kapitulation der einzige Weg zur Rettung des Lebens sei. Gemeinsam mit den kriegsgefangenen antifaschistischen Offizieren Eber-

hard Charisius, Ernst Hadermann und Friedrich Reyher riefen sie die deutschen Soldaten auf, den sinnlosen Widerstand einzustellen und nicht länger den verbrecherischen Befehlen Hitlers und seiner Generale zu folgen. Alle ihre Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Danach begann der sowjetische Generalangriff. Am 31. Januar 1943 mußten die Südgruppe und am 2. Februar die Nordgruppe der eingeschlossenen 6. Armee kapitulieren. 90 000 Mann, darunter 2500 Offiziere und 24 Generale mit dem inzwischen zum Generalfeldmarschall beförderten Friedrich Paulus, gerieten in sowjetische Gefangenschaft. Trotz aufopfernder Pflege durch sowjetisches Sanitätspersonal starben noch viele deutsche Soldaten, von Hunger und Epidemien entkräftet, in den ersten Tagen der Kriegsgefangenschaft. Auf den Schlachtfeldern an der Wolga wurden 147 200 tote Deutsche geborgen. Die Gesamtverluste der Hitlerwehrmacht an der deutsch-sowjetischen Front betrugen vom 19. November 1942 bis 2. Februar 1943 über 800 000 Mann.

Die Rote Armee ging auch an anderen Frontabschnitten zur Offensive über. Sie warf die faschistischen Truppen stellenweise bis zu 700 Kilometer zurück. Damit begann die Vertreibung der faschistischen Okkupanten vom Territorium der Sowjetunion. Der Sieg der Roten Armee bei Stalingrad leitete den grundlegenden Umschwung im zweiten Weltkrieg ein.

Dieser Sieg war kein Zufallserfolg, sondern durch tiefe Ursachen bedingt, die einen objektiven Charakter hatten. Er zeugte davon, daß sich das militärische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der von der UdSSR geführten Antihitlerkoalition geändert hatte. Er bewies unwiderlegbar die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dank den gewaltigen Anstrengungen der KPdSU(B) und des ganzen Sowjetvolkes war bis Herbst 1942 eine gut funktionierende und rasch erstarkende sozialistische Kriegswirtschaft geschaffen worden. Sie versorgte die Rote Armee mit modernen Waffen und technischen Ausrüstungen. So wurden 1942 in der Sowjetunion 24 700 Panzer und 25 400 Flugzeuge, in Deutschland dagegen nur 9300 Panzer und 14 700 Flugzeuge hergestellt. Die militärischen Kader hatten sich im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten die notwendigen Erfahrungen erworben. Die Widerstandskraft der Roten Armee erhöhte sich von Tag zu Tag. Armee und Volk kämpften und arbeiteten mit dem Einsatz aller Kräfte für den vollständigen Sieg über die faschistischen Aggressoren. Dieser Sieg der Roten Armee bestätigte die Worte W. I. Lenins, daß im Krieg derjenige siegt, der die

meisten Reserven, die meisten Kraftquellen und den größten Rückhalt in den Volksmassen hat.

Die erfolgreichen Kampfhandlungen der Roten Armee im Winter 1942/1943 wirkten sich unmittelbar und tiefgreifend auf die gesamte außen- und innenpolitische Lage Hitlerdeutschlands aus. Japan und die Türkei traten nicht, wie beabsichtigt, in den Krieg gegen die UdSSR ein. In Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn entwickelte sich eine angespannte innenpolitische Lage. Einflußreiche Kräfte der herrschenden Kreise dieser Länder waren bestrebt, mit Hilfe der imperialistischen Westmächte der unvermeidlichen Niederlage auszuweichen und ihre Machtpositionen zu retten. Zwischen Hitlerdeutschland und den Satellitenstaaten verschärften sich die Widersprüche. Die außenpolitische Isolierung Deutschlands nahm zu. Der Kriegsblock der faschistischen Staaten begann zu zerfallen. Das internationale Ansehen der UdSSR aber wuchs. Davon zeugten vor allem der zunehmende Widerstandskampf der Völker in den okkupierten Ländern, die Sympathiekundgebungen für das Sowjetvolk in vielen Staaten der Erde und die Forderungen der Bevölkerung Großbritanniens und der USA nach größeren eigenen Anstrengungen zur Niederwerfung des gemeinsamen faschistischen Gegners. Die Siege der Roten Armee festigten die Antihitlerkoalition. Die Sowjetunion bewährte sich als führende Kraft dieser Koalition. Damit war eine neue internationale Lage entstanden.

Die historischen Siege der Roten Armee gaben den freiheitsliebenden Völkern die feste Zuversicht in die Zukunft. Sie stärkten deren Überzeugung, daß die militärische Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus unvermeidlich ist. Diese Zuversicht und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen in Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn gegen die faschistische Tyrannei waren die wichtigsten internationalen Auswirkungen der Siege der Roten Armee. Es entstanden mächtige und gut organisierte Partisaneneinheiten, die sich in einigen europäischen Ländern zu Volksbefreiungsarmeen entwickelten. Die Befreiungsbewegungen festigten sich im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten und die innere Reaktion. Auf Initiative der kommunistischen Parteien wurden einheitliche nationale Organisationen und Zentren zur Leitung des antifaschistischen Kampfes geschaffen, in denen sich breite Schichten der vom deutschen Monopolkapital unterjochten Völker vereinigten. Sie wurden zu einer großen Kraft, die die

Macht der faschistischen Okkupanten unterhöhlte. Die nationalen Befreiungsbewegungen verschmolzen mit dem Befreiungskampf des Sowjetvolkes. Sie beschleunigten die Niederlage der faschistischen Aggressoren. Die führende Kraft des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker war die Arbeiterklasse, an deren Spitze die kommunistischen Parteien standen.

Die kommunistischen Parteien der Länder, die zur Antihitlerkoalition gehörten, unterstützten die wirtschaftlichen und militärischen Anstrengungen ihrer Länder. Sie kämpften für die Festigung des Kampfbündnisses mit der Sowjetunion, um den Sieg über Hitlerdeutschland schneller herbeizuführen. So hatte die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten bereits Anfang Dezember 1941 erklärt, das Land bis zum letzten Blutstropfen gegen die faschistischen Aggressoren zu verteidigen. Die Kommunisten erfüllten ihre patriotische Pflicht, setzten sich für eine wahrhaft antifaschistische Kriegspolitik ein, kämpften tapfer an den Fronten und arbeiteten mit ganzer Kraft für die Steigerung der Produktion von Kriegsmaterial. Eine ähnliche Politik verfolgte die Kommunistische Partei Großbritanniens. Die führende Rolle der Kommunisten im nationalen Befreiungskampf ihrer Völker, ihr Heldentum und ihre Opferbereitschaft für die Sache des Volkes stärkten ihren Einfluß, hoben ihr Ansehen und verbanden sie noch enger mit ihren Völkern.

Am 15. Mai 1943 faßte das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale den Beschluß[80], den Sektionen die Auflösung der Kommunistischen Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung vorzuschlagen und sie von den Pflichten zu entbinden, die sich aus dem Statut und den Kongreßbeschlüssen ergaben. In dem Schreiben vom 24. Mai an Georgi Dimitroff stimmte das ZK der KPD diesem Vorschlag zu.[81] Am 9. Juni gab das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf seiner letzten Tagung die einmütige Zustimmung aller Sektionen der Kommunistischen Internationale bekannt. Es betrachtete das Exekutivkomitee, sein Präsidium und das Sekretariat sowie die Kontrollkommission der Kommunistischen Internationale mit dem 10. Juni 1943 als aufgelöst.

Die Kommunistische Internationale hat in der internationalen Arbeiterbewegung eine bedeutsame Rolle gespielt. Die Gründung und

80 Dokument Nr. 94.

81 Dokument Nr. 95.



Walter Ulbricht im Gespräch mit kriegsgefangenen deutschen Soldaten
in der Sowjetunion

Länder sichern.

Ein solches Deutschland will unser Volk. Ein freies Deutschland unter freien Völkern. Ein Deutschland, das frei, gleichberechtigt und unabhängig im Kreise der Völker lebt und schafft. Die Errichtung eines solchen Deutschland wird der größte Sieg unseres Volkes im jetzigen Kriege sein. Ein solches Deutschland im aufopferungsvollen Kampfe zu erringen, dazu rufen wir unsere Kameraden im Heere und alle deutschen Männer und Frauen in der Heimat auf.

Nieder mit dem Krieg!

Nieder mit Hitler!

Es lebe das freie unabhängige Deutschland!

Eine Seite des Appells der ersten Beratung kriegsgefangener deutscher Soldaten in der UdSSR an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht, 8. bis 10. Oktober 1941



Sowjetische Truppen auf dem Roten Platz vor ihrem Abmarsch an die Front vor Moskau, 7. November 1941



Der Blitzkrieg ist gescheitert, Dezember 1941



Kampf um Stalingrad



Walter Ulbricht und Erich Weinert an der Stalingrader Front, 12. Dezember 1942



Deutsche Kriegsgefangene als Hörer der Antifaschistischen Zentralschule
im Lager Nr. 165 in Taliza (Sowjetunion)



Hans Scholl



Sophie Scholl

Kommilitoninnen! Kommilitonen!

Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreissigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt. Führer, wir danken dir!

Es gärt im deutschen Volk: Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen? Wollen wir den niedrigen Machtinstinkten einer Parteiclique den Rest der deutschen Jugend opfern? Nimmermehr!

Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung unserer deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannis, die unser Volk je erduldet hat. Im Namen der ganzen deutschen Jugend fordern wir von dem Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen hat.

In einem Staat rücksichtsloser Knebelung jeder freien Meinungsäusserung sind wir aufgewachsen. HJ, SA, SS haben uns in den fruchtbarsten Bildungsjahren unseres Lebens zu uniformieren, zu revolutionieren, zu narkotisieren versucht. „Weltanschauliche Schulung" hiess die verächtliche Methode, das ...keimende Selbstdenken und Selbstwerten in einem Nebel leerer Phrasen zu ersticken. Eine Führerauslese, wie sie teuflischer und borniert zugleich nicht gedacht werden kann, zieht ihre künftigen Parteibonzen auf Ordensburgen zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, zur blinden, stupiden Führergefolgschaft. Wir „Arbeiter des Geistes" wären gerade recht, dieser neuen Herrenschicht den Knüppel zu machen. Frontkämpfer werden von Studentenführern und Gauleiteraspiranten wie Schuljungen gemaßregelt, Gauleiter greifen mit geilen Spässen den Studentinnen an die Ehre. Deutsche Studentinnen haben an der Münchner Hochschule auf die Besudelungführer Ehre eine würdige Antwort gegeben, deutsche Studenten haben sich für ihre Kameradinnen eingesetzt und standgehalten. Das ist ein Anfang zur Erkämpfung unserer freien Selbstbestimmung, ohne die geistige Werte nicht geschaffen werden können. Unser Dank gilt den tapferen Kameradinnen und Kameraden, die mit leuchtendem Beispiel vorangegangen sind!

Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf gegen die Partei! Heraus aus den Parteigliederungen, in denen man uns politisch weiter mundtot halten will! Heraus aus den Hörsälen der SS- Unter- oder Oberführer und Parteikriecher! Es geht uns um wahre Wissenschaft und echte Geistesfreiheit! Kein Drohmittel kann uns schrecken, auch nicht die Schliessung unserer Hochschulen. Es gilt den Kampf jedes einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewussten Staatswesen.

Freiheit und Ehre! Zehn lange Jahre haben Hitler und seine Genossen die beiden herrlichen deutsche Worte bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht, wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte einer Nation vor die Säue werfen. Was ihnen Freiheit und Ehre gilt, haben sie in zehn Jahren der Zerstörung aller materiellen und geistigen Freiheit, aller sittlichen Substanz im deutschen Volk genugsam gezeigt. Auch den dümmsten Deutschen hat das furchtbare Blutbad die Augen geöffnet, das sie im Namen von Freiheit und Ehre der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich neu anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, seine Peiniger zerschmettert und ein neues, geistiges Europa aufrichtet.

Studentinnen! Studenten! Auf uns sieht das sieht das deutsche Volk! Von uns erwartet es, wie 1813 die Brechung des Napoleonischen, so 1943 die Brechung des nationalsozialistischen Terrors aus der Macht des Geistes.

Beresina und Stalingrad flammen im Osten auf, die Toten von Stalingrad beschwören uns!

„Frisch auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen!"

Unser Volk steht im Aufbruch gegen die Verknechtung Europas durch den Nationalsozialismus, im neuen gläubigen Durchbruch von Freiheit und Ehre!

Flugblatt, verfaßt vom Münchner Professor Kurt Huber und verbreitet von der Widerstandsgruppe „Weiße Rose", Februar 1943



Sowjetische Partisanen in Belorußland



Junge belorussische Partisanen erhalten Waffen

die Entwicklung dieser Internationale ist untrennbar mit dem Namen W. I. Lenins, des Begründers des Sowjetstaates und des Führers der KPdSU(B), verbunden. W. I. Lenin verteidigte den Marxismus gegen alle Schattierungen des Opportunismus und bereicherte die marxistische Theorie durch die Analyse des Imperialismus, die weitere Entwicklung der Lehre von der Diktatur des Proletariats und von der nationalen Befreiungsbewegung, die Lehre vom Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die Grundsätze der Strategie und Taktik in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus und durch die Prinzipien der Partei neuen Typus. Unter seiner Führung stellte die Kommunistische Internationale die von den Sozialchauvinisten während des ersten Weltkrieges zerstörte Verbindung zwischen den Werktätigen der einzelnen Länder wieder her und baute sie aus. Die Kommunistische Internationale verteidigte auch nach dem Tode W. I. Lenins den Marxismus-Leninismus gegen alle Entstellungen durch die Opportunisten. Im Kampf gegen den Opportunismus und das Sektierertum entwickelte sie eine revolutionäre Strategie und Taktik. Dadurch wurden die kommunistischen Parteien befähigt, entsprechend den geschichtlichen und nationalen Bedingungen ihrer Länder die Volksmassen an den Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse heranzuführen. Die Kommunistische Internationale half der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse vieler Länder bei deren Entwicklung zu wirklichen Arbeiterparteien und bei der Erziehung revolutionärer Führungskader. Der Leitfaden dafür waren die Lehren W. I. Lenins. Unter dem Banner der Kommunistischen Internationale wurde eine Reihe gewaltiger Klassenschlachten ausgefochten. Die Kommunistische Internationale schuf die Voraussetzungen, daß die jungen kommunistischen Parteien nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu Massenparteien der Arbeiterklasse heranwachsen konnten. Damit hatte sie ihre Hauptaufgabe erfüllt. W. I. Lenin, der den Platz der Kommunistischen Internationale in der Geschichte der Arbeiterbewegung einschätzte, schrieb im April 1919: „Die I. Internationale legte den Grundstein zum internationalen proletarischen Kampf für den Sozialismus.

Die II. Internationale war die Epoche der Vorbereitung des Bodens für eine weite Ausbreitung der Bewegung unter den Massen in einer Reihe von Ländern.

Die III. Internationale übernahm die Früchte der Arbeit der II. Internationale, beseitigte ihren opportunistischen, sozialchauvinistischen,

bürgerlichen und kleinbürgerlichen Unrat und *begann*, die Diktatur des Proletariats zu *verwirklichen*."[82]

Die Tätigkeit und die Erfahrungen der Kommunistischen Internationale hatten bereits vor dem zweiten Weltkrieg gezeigt, daß die unterschiedlichen historischen Entwicklungsbedingungen, der verschiedenartige Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Unterschied im Niveau und im Tempo der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung sowie der unterschiedliche Grad des Bewußtseins und der Organisiertheit der Arbeiterklasse der einzelnen Länder es immer schwieriger machten, die vielseitigen und komplizierten Probleme der Arbeiterbewegung in diesen Ländern von einem internationalen Zentrum aus zu beantworten. Schon in den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wurden eine große Selbständigkeit der Sektionen und die notwendige Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse und Besonderheiten jedes einzelnen Landes gefordert. Mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges nahm die Vielfalt der innen- und außenpolitischen Situation, der Kampf- und Arbeitsbedingungen der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern noch beträchtlich zu. Die Erfahrungen und die Erfolge des nationalen Befreiungskampfes während des Krieges bestätigten erneut, daß der Zusammenschluß der fortschrittlichen Kräfte um die Arbeiterklasse und die Mobilisierung der Massen zum Kampf für Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt und Sozialismus am besten durch die kommunistischen Parteien jedes einzelnen Landes verwirklicht werden konnten, da sie die Lage im jeweiligen Land gut übersehen und die sich daraus ergebenden Aufgaben genau bestimmen konnten. Aus der Analyse dieser langjährigen Erfahrungen zog das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die Schlußfolgerung, daß die vom I. Kongreß im Jahre 1919 gewählte Organisationsform nicht mehr den Erfordernissen der internationalen Arbeiterbewegung entsprach und zum Hindernis für ihre weitere Entwicklung geworden war. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale zeugte erneut davon, daß die Kommunisten ihre Organisationsformen immer den grundlegenden politischen Interessen der Arbeiterbewegung, den Besonderheiten der konkreten geschichtlichen Situation und den sich daraus ergebenden Aufgaben untergeordnet haben.

[82] W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 296.

Nach der Stalingrader Schlacht reifte in Deutschland eine innenpolitische Krise heran, die im Laufe des Jahres 1943 immer empfindlicher spürbar wurde. Sie war eine allumfassende und sich immer mehr verschärfende Krise des gesamten faschistischen Systems. Sie erfaßte sowohl das militärische als auch das wirtschaftliche und das politisch-moralische Gebiet. Sie trat sowohl unter den breiten Volksmassen, den Soldaten und Offizieren der faschistischen Wehrmacht als auch in den herrschenden monopolkapitalistischen Kreisen und in der Nazipartei auf. Diese Krise zeigte sich auch in dem weiteren Anwachsen der von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandsbewegung.

Ein Ausdruck der tiefen Krise des Hitlerregimes waren die mit der „totalen Mobilmachung" Anfang 1943 eingeleiteten einschneidenden politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Hitlerregierung, die den Versuch darstellten, aus der Krise herauszukommen und den Krieg doch noch zugunsten Hitlerdeutschlands zu wenden. Diese Maßnahmen verfolgten das Ziel, die Rüstungsproduktion maximal zu steigern, die dafür notwendigen Rohstoffe in Deutschland und den okkupierten Ländern sicherzustellen sowie zusätzliche Menschenreserven für die Hitlerwehrmacht und die Kriegswirtschaft frei zu machen. Sie verschärften die Ausbeutung der Arbeiterklasse noch mehr und bauten das militärische Zuchthausregime aus. Sie festigten die Macht der herrschenden Rüstungsmonopole und führten zu einer völligen Verschmelzung der Macht der Monopole mit der faschistischen Staatsmacht.

Die „totale Mobilmachung" wurde von Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast vor Tausenden fanatisierter Nazis angekündigt. Er drohte mit „drakonischen Strafen" gegen alle, die nicht vorbehaltlos und willig den faschistischen Machthabern folgen würden. Die „totale Mobilmachung" sollte die ungeheuren Material- und Menschenverluste an der deutsch-sowjetischen Front ausgleichen, das Volk noch enger an den Krieg des deutschen Imperialismus ketten und den Terror gegen jene verstärken, die am „Endsieg" des faschistischen Deutschlands zu zweifeln begannen. Für alle Männer von 16 bis 65 Jahren und für alle Frauen von 17 bis 45 Jahren wurde die Arbeitspflicht eingeführt, um die kriegsdienstfähigen Männer für den Einsatz an der Front frei zu machen. Die Registrierung der arbeitsfähigen Bevölkerung, die der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz durchführte, stieß auf den Widerstand vieler Werktätiger. Es wurden etwa zwei Millionen Menschen zusätzlich für die Front beziehungsweise für die Kriegswirtschaft mobilisiert. Die Hitler-

wehrmacht konnte verstärkt und im Jahre 1943 bis auf 11,2 Millionen Mann gebracht werden.

Die „totale Mobilmachung" richtete sich auch gegen die Mittelschichten des Volkes. Die Faschisten schlossen weitere Zehntausende kleiner Betriebe, Handwerksstätten und Geschäfte. Ihre Eigentümer wurden zur Arbeit in den großen Kriegsbetrieben gezwungen. Aber auch die mittleren Betriebe, die die starken monopolistischen Verbände nicht zu den kriegswichtigen Betrieben zählten, mußten Arbeitskräfte abgeben und ihre Produktion einschränken. Die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz und die wachsende Mißstimmung in diesen Schichten schufen neue objektive Möglichkeiten, auch sie in die Front der Kriegs- und Hitlergegner einzubeziehen.

Mit der „totalen Mobilmachung" der Menschenreserven war zugleich eine neue Steigerung der Kriegsproduktion, insbesondere der Produktion von Flugzeugen und schweren Panzern, vorgesehen. Zu diesem Zweck verfügte die Hitlerregierung die weitere Konzentration der Kriegswirtschaft. Die führenden Monopole erhielten in der Leitung der Rüstungsproduktion immer mehr Vorrechte. Albert Speers Ministerium wurde umbenannt in „Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion". Seine Vollmachten wurden erweitert. Es verteilte nunmehr nicht nur die Rüstungsaufträge, sondern auch die Rohstoffe an die Betriebe. Außerdem leitete es die Betriebe, die früher zum Bereich des Wirtschaftsministeriums gehört hatten. Die „Zentrale Planung" regulierte die Arbeit ganzer Industriezweige. Das Ministerium Albert Speers verwandelte sich so in einen leitenden Trust riesigen Ausmaßes mit uneingeschränkten Rechten. Ein kleiner Kreis von Vertrauensmännern der mächtigsten Rüstungskonzerne hatte alle Schlüsselpositionen besetzt. Die Verbindung zwischen dem Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, den Rüstungsmonopolen und den höchsten Kommandostellen der Hitlerwehrmacht wurde noch enger. Alle diese staatsmonopolistischen Maßnahmen konnten aber die Widersprüche zwischen den Monopolkapitalisten nicht beseitigen. Der Kampf zwischen ihnen um die ertragreichsten Posten im Speer-Ministerium und um die profitabelsten Rüstungsaufträge setzte sich nun auf höherer Ebene fort.

Eine kleine Schicht von Industrie- und Finanzmagnaten scheffelte ungeheure Profite. So erhöhte sich unter anderem der Wert der Betriebe der Friedrich Krupp AG von 76 Millionen Mark am 1. Oktober 1933 auf 237,3 Millionen Mark am 1. Oktober 1943, das heißt um das

Dreifache. Die IG Farbenindustrie AG hatte 1943 ein Bruttoeinkommen von 822 Millionen Mark. Das war das Sechszehnfache des Bruttoeinkommens von 1932 und übertraf das Gesamtkapital dieses Konzerns aus dem Jahre 1925. Gewaltige Profite zogen die Rüstungskonzerne aus der Sklavenarbeit der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. Bis Ende Mai 1943 wurden nach Deutschland 12,1 Millionen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene verschleppt. Davon wurde etwa die Hälfte zu Tode geschunden. Ende 1943 waren allein in der Friedrich Krupp AG 55000 und bei der IG Farbenindustrie AG sogar 58000 Zwangsarbeiter beschäftigt. Solche Konzerne wie IG Farbenindustrie AG, Krupp und Siemens errichteten Zweigstellen ihrer Werke in unmittelbarer Nähe der Konzentrationslager. Viele Rüstungskonzerne, beispielsweise die Bayerische Motorenwerke AG, Ernst Heinkel Flugzeugwerke, Messerschmitt AG, Mitteldeutsche Stahlwerke AG, Rheinmetall-Borsig AG, zogen immer mehr KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit heran. Die barbarische und gesteigerte Ausrottungspolitik „Vernichtung durch Arbeit", die die Hitlerfaschisten systematisch in den Konzentrationslagern verwirklichten, war ein Bestandteil der „totalen Mobilmachung" und der nazistischen Kriegführung überhaupt.

Der Terror und die Gewaltakte der Hitlerfaschisten gegen die Arbeiterklasse erreichten ihren Höhepunkt. Viele Arbeiter wurden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Im März 1943 verhaftete die Gestapo in Berlin 2663 Widerstandskämpfer, von denen 2226 Arbeiter waren. Darunter befanden sich 1800 ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Aus dieser schweren Zeit berichtet eine antifaschistische Widerstandskämpferin: „Die Nazis veröffentlichten alle Hinrichtungen in großen roten Plakaten. Von jeder Litfaßsäule und jeder öffentlichen Bekanntmachungstafel quälte dieses ‚Rot' den klassenbewußten Arbeiter und ließ sein Herz erstarren. Um noch brutaler herrschen zu können, baute die Gestapo ihr Spitzelsystem noch stärker aus. Dabei versuchte sie gerade in den Betrieben mit Druckmitteln und Versprechungen neue Verbindungsleute – die sogenannten V-Männer – anzuwerben. Leider fanden sich immer wieder Menschen für diese schmutzige Arbeit."[83]

83 Grete Drögemüller: Der Widerstandskampf erforderte disziplinierte, mutige und selbstlose Patrioten. In: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und seine militärpolitische Bedeutung. Hrsg. vom Institut für Deutsche Militärgeschichte, Potsdam 1963, S. 157.

Die Widerstandskämpfer trotzten jedoch dem Terror und den Spitzeleien der Gestapo. Dank der angestrengten Arbeit und den persönlichen Opfern dieser Kämpfer konnte die antifaschistische Tätigkeit verstärkt werden, die sich in zunehmender passiver Resistenz, im Fernbleiben von der Arbeit, in der Arbeitsverweigerung, in der versteckten oder offenen Arbeitsniederlegung und in der direkten Sabotage der Kriegsproduktion zeigte. Aufgerüttelt durch das Geschehen an der Wolga, ging die studentische Widerstandsorganisation Weiße Rose in München, die schon im Sommer 1942 Flugblätter hergestellt und verteilt hatte, zu Aktionen über. Alexander Schmorell, Hans und Sophie Scholl und weitere Mitglieder der Organisation verbreiteten im Januar und im Februar 1943 in München und in anderen Städten etwa 7000 antifaschistische Streuzettel und verschickten ungefähr 4000 Exemplare durch die Post. Sie schilderten in den Flugblättern die wahre Lage an den Fronten und forderten die Bevölkerung auf, der antisowjetischen Hetze der Hitlerfaschisten nicht zu glauben und sich durch die Tat vom nazistischen Gewaltsystem zu trennen. Bei einer Flugblattaktion in der Münchener Universität am 18. Februar fielen die Geschwister Scholl und ihre Mitkämpfer der Gestapo in die Hände. Professor Kurt Huber, Christoph Probst, Hans und Sophie Scholl wurden von der faschistischen Blutjustiz am 21. Februar zum Tode verurteilt und am nächsten Tag hingerichtet. In Berlin wurden von Januar bis Juni 1943 34 neue antifaschistische Flugblätter in Hunderten von Exemplaren verbreitet. Die Mehrzahl dieser Flugblätter stammte von den illegalen Organisationen der KPD. Sie riefen die Berliner Bevölkerung auf, dem weiteren Völkermorden Widerstand entgegenzusetzen.

Die staatsmonopolistischen Maßnahmen der Hitlerregierung führten zwar zur totalen Mobilisierung aller Menschen- und Materialreserven und zur Steigerung der Rüstungsproduktion. Sie gaben den Hitlerfaschisten die Möglichkeit, den sinnlosen Krieg fortzusetzen. Sie änderten aber nichts an dem gesetzmäßigen Verlauf des Krieges, an der unvermeidlichen Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus und an der tiefen Krise des Hitlerregimes.

Diese Krise verstärkte auch die Differenzierung innerhalb des Monopolkapitals. In den Spitzen der Monopolbourgeoisie und der faschistischen Wehrmacht verbreitete sich die Ansicht, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen, politisch aber noch nicht verloren sei. Die imperialistischen Kreise wollten die Grundlagen ihrer Klassen-

herrschaft erhalten, ein im Vergleich zu früheren Plänen wesentlich reduziertes Annexionsprogramm verwirklichen, eine Atempause gewinnen und unter günstigeren Bedingungen erneut den Kampf um die Weltherrschaft aufnehmen. Deshalb begannen die Spitzen des Monopolkapitals zu lavieren. Sie unterstützten sowohl die Hitlerclique als auch den Politiker Carl Goerdeler. Dabei orientierten sich im Verlaufe der Entwicklung führende Vertreter der Kohlen-Eisen-Stahl-Industrie und der Elektroindustrie wie Hermann Bücher, Carl Bosch, Robert Bosch, Hermann Reusch, Hjalmar Schacht, Carl Friedrich von Siemens, Albert Vögler, Hans Walz und andere, die sich im sogenannten Reusch-Kreis und Bosch-Kreis gesammelt hatten, immer stärker auf Carl Goerdeler. Er wurde von Kräften des Junkertums und von reaktionären Militärs unterstützt. In den reaktionären politischen Plänen Carl Goerdelers glaubten sie, einen gangbaren Ausweg aus der tiefen Krise, die die Existenz des Monopolkapitals bedrohte, zu finden. Diese Pläne sahen vor, Hitler preiszugeben, um dadurch eine Verständigung mit den imperialistischen Westmächten zu erzielen, mit ihnen einen antisowjetischen Separatfrieden abzuschließen und mit ihrer Hilfe die Macht des deutschen Monopolkapitals zu retten. So wollten sie einen imperialistischen Übergang vom Krieg zum Frieden unter Ausschluß des Volkes finden.

Auch die Hitlerregierung nahm Veränderungen in ihrer Taktik vor. Sie war gezwungen, die offensive Strategie aufzugeben und zur strategischen Defensive überzugehen. Dabei spekulierte sie darauf, daß es ihr gelingen werde, Zeit zu gewinnen, den Krieg zu verlängern und die Länder der Antihitlerkoalition militärisch zu erschöpfen und friedensbereit zu machen. Eine Möglichkeit, diese Taktik anzuwenden, erblickte die Hitlerclique in der erfolgreichen Abwehr einer Invasion der Alliierten in Westeuropa, mit der für das Jahr 1944 fest gerechnet wurde. Weiter forderte Hitler am 5. Juni 1943 in Sonthofen in einer Beratung mit dem Generalstab und den Armeebefehlshabern, überall an der Ostfront Gegenstöße zu führen, den Vormarsch der Roten Armee aufzuhalten und ihr große Verluste zuzufügen. Die Front sollte gehalten werden, um eine bereits nicht mehr vorhandene militärische Kraft vorzutäuschen. Mit dieser taktischen Orientierung wurde der Kampf fortgesetzt in der Hoffnung, die Westmächte zu einem Kompromiß bewegen, die frei werdenden Truppen an die deutsch-sowjetische Front werfen und den Einfrontenkrieg gegen die UdSSR führen zu können. Diese Zielstellung der Hitlerfaschisten fand ihren

Ausdruck in den Losungen „Unsere neuen Waffen werden siegen" und „Verteidigung der Festung Europa". Sowohl die Spekulationen Carl Goerdelers als auch die der Hitlerclique waren aussichtslos und scheiterten.

Auf Grund der internationalen Lage, der realen Veränderungen im militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis führte die faschistische Offensive im Kursker Bogen im Sommer 1943, die unter dem geheimen Kennwort „Operation Zitadelle" erfolgte, zu einer katastrophalen Niederlage für die Hitlerwehrmacht. Der Sieg der Roten Armee in dieser Sommerschlacht und ihre erfolgreichen Angriffsoperationen im Sommer und im Herbst 1943 vollendeten den grundlegenden Umschwung im zweiten Weltkrieg.

Der letzte Versuch Hitlerdeutschlands, durch eine Offensive den Verlauf des Krieges zu wenden, den faschistischen Kriegsblock vor dem Zerfall zu bewahren und die politischen Auswirkungen der kriegsentscheidenden Niederlage bei Stalingrad zu mindern, war vollständig gescheitert. Nach der Landung der Alliierten auf der Insel Sizilien am 10. Juli 1943 wurde am 25. Juli durch einen Staatsstreich das faschistische Mussoliniregime gestürzt. Die neue Regierung Pietro Badoglio kapitulierte Anfang September und erklärte am 13. Oktober Deutschland den Krieg. In anderen Ländern Europas setzten die Völker ihren Befreiungskampf erfolgreich fort. Die Türkei brach am 2. August die diplomatischen Beziehungen zu Hitlerdeutschland ab. Die Überlegenheit der Antihitlerkoalition unter Führung der Sowjetunion wurde offensichtlich.

In Deutschland verschärfte sich die innenpolitische Krise. Die Nazis verstärkten die antisowjetische Hetze, nährten den Glauben an „Wunderwaffen" und steigerten den Terror. Die Hitlerregierung ernannte am 24. August Heinrich Himmler zum Innenminister[84] und vereinigte die faschistischen Repressivorgane in der Hand des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei. Er erhielt weitreichende Vollmachten und sollte die „innere Front" unter allen Umständen festigen. In den Einheiten der Hitlerwehrmacht wurden sogenannte NS-Führungsoffiziere eingesetzt, die jeden auftauchenden Unglauben an den „Endsieg" brutal unterdrückten. So hatte das Naziregime nur noch das Mittel des gesteigerten Terrors und der Unterordnung des gesamten Lebens unter die SS, um der wachsenden Mißstimmung im Volk zu begegnen.

[84] Dokumente Nr. 100, Nr. 101 u. Nr. 124.

Die katastrophalen Niederlagen der Hitlerwehrmacht wirkten auf das Fühlen und Denken aller Bevölkerungsschichten. Das deutsche Volk, das zu einem großen Teil noch an „Wunderwaffen" oder an andere faschistische Lügenparolen glaubte, hatte dennoch viele Illusionen verloren. Beklommenheit, Ernüchterung und auch eine gewisse Unruhe machten sich bemerkbar. Mehr Menschen dachten nach über den Sinn des Krieges und über die Folgen, die die verbrecherische Hitlerpolitik für die deutsche Nation haben mußte. Vor allem im Bewußtsein eines Teils der Arbeiterklasse begannen sich, die nahende Kriegsniederlage und ihre unheilvollen Auswirkungen schärfer auszuprägen. Die Maßnahmen der „totalen Mobilmachung" und die steigenden Verluste an den Fronten trafen mit ganzer Härte auch die Bauernschaft. Das städtische Kleinbürgertum verlor unter den Bedingungen des „totalen Krieges" immer mehr seine Existenzmöglichkeiten. Es wurde zur Arbeit in die großen Rüstungskonzerne gepreßt. In diesen Schichten wuchs ebenfalls die Stimmung gegen den Krieg und das Hitlerregime an. Auch unter den deutschen Kriegsgefangenen festigten sich die Meinungen über die Ungerechtigkeit des Krieges und die unausbleibliche Niederlage.

Die allgemeine Ernüchterung und die Mißstimmung reichten bis in die Reihen der Bourgeoisie und verbanden sich dort mit der wachsenden Angst vor der drohenden Niederlage. Selbst im faschistischen Staatsapparat und unter den Mitgliedern der Nazipartei nahm die Unsicherheit zu und wurde das Vertrauen zur Hitlerregierung erschüttert.

In der Stimmung breiter Bevölkerungsschichten bahnte sich eine Wende an. Teile des deutschen Volkes fingen an, den grundlegenden Widerspruch zwischen den Interessen der Nation und der faschistischen Kriegspolitik zu erkennen. Die sich verschärfende Krise des faschistischen Regimes führte dazu, daß Teile der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, patriotisch gesinnte Bürger und Offiziere nach einem Ausweg aus der drohenden nationalen Katastrophe suchten. Auch an den Fronten erkannten Soldaten immer mehr, daß Deutschland den Krieg verlieren wird und die kleine Clique um Hitler gewillt war, nicht nur Hunderttausende von Soldaten, sondern das ganze Volk zu opfern. Deshalb hatten sie alle das gemeinsame Interesse, den Krieg zu beenden und den Frieden herbeizuführen. Damit reiften günstigere Bedingungen heran für die Durchsetzung der von der KPD auf der Brüsseler und der Berner Konferenz gewiesenen

Einheits- und Volksfrontpolitik und für die Bildung eines nationalen Zentrums des antifaschistischen Widerstandskampfes.

Im Sinne dieser Politik strebte die KPD unermüdlich danach, die Befreiung Deutschlands von der Hitlertyrannei durch die antifaschistischen Kräfte des deutschen Volkes, die eng mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern verbunden waren, selbst herbeizuführen. Die meisten sozialdemokratischen Führer in der Emigration dagegen spekulierten weiterhin auf die Befreiung vor allem durch die Truppen der westlichen Alliierten. So meinte zum Beispiel Hans Vogel, daß für die deutschen Arbeiter die Stunde des aktiven Widerstandes noch nicht gekommen sei. Während die German Labor Delegation in den USA hartnäckig auf antikommunistischen Positionen verharrte, rückten dagegen – beeindruckt durch die militärischen und außenpolitischen Erfolge der UdSSR – führende Sozialdemokraten der Londoner Parteivorstandsgruppe, wie Karl Rawitzki, Victor Schiff, Hans Vogel und Fritz Wolff, allmählich von ihrer bisherigen antisowjetischen Haltung ab und begannen, ihre Einstellung zur Sowjetunion zu ändern. Sie äußerten trotz gewisser Vorbehalte auch Ansichten, in denen sie die Notwendigkeit der Verständigung mit den Kommunisten anerkannten. Davon zeugten unter anderem die im Juli 1942 erfolgten ersten Verhandlungen zwischen dem Vertreter der KPD, Wilhelm Koenen, und dem Vorsitzenden der Londoner Parteivorstandsgruppe, Hans Vogel, der in diesen Beratungen allerdings noch nicht bereit war, sich auch zur offiziellen Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu bekennen. In dieser Zeit rückten die Probleme der Gestaltung des neuen Deutschlands nach dem Sturz der faschistischen Herrschaft immer mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit vieler sozialdemokratischer Führer und Gruppen. Sie betonten immer wieder, daß die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands die Beseitigung der Machtgrundlagen des Imperialismus und des Militarismus sei. Bereits Anfang November 1941 hatte Hans Vogel erklärt, daß in Deutschland eine tiefgreifende demokratische Umwälzung notwendig sei und diese nicht vor den Großgrundbesitzern, Schlotbaronen und Bankgewaltigen haltmachen dürfe, da diese Hitler zur Macht gebracht hätten und für das gegenwärtige Unglück verantwortlich wären.[85] Erich Ollenhauer stellte auf der ersten Landeskonferenz der Londoner Parteivorstandsgruppe am 7. und 8. November 1942 fest, daß es keine Wiederholung

[85] Dokument Nr. 81.

der Fehler der Novemberrevolution von 1918 und keine Rückkehr zur Weimarer Republik geben dürfe, daß die neue Demokratie in Deutschland eine kämpferische Demokratie sein müsse.[86] Deutschland müsse selbst, betonten Erich Ollenhauer und Hans Vogel, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens und für die verständnisvolle Zusammenarbeit mit allen Völkern leisten. Hans Vogel bekräftigte seine Auffassung, daß die Verständigung zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten auf keinen Fall bis in die Zeit nach dem Krieg aufgeschoben werden dürfe. Wenn auch führende Funktionäre der Londoner Parteivorstandsgruppe nach wie vor die offizielle Zusammenarbeit mit Vertretern der KPD ablehnten, so entsprachen dennoch die genannten Ansichten den Vorstellungen vieler in Deutschland illegal kämpfender Sozialdemokraten. Sie förderten die weitere Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und deren gemeinsamen Kampf für die Beendigung des Krieges und den Sturz des Hitlerregimes.

In der neuen Periode des antifaschistischen Kampfes um die Rettung der deutschen Nation orientierte das ZK der KPD die illegalen Parteiorganisationen, alle Kommunisten und Antifaschisten rechtzeitig auf die jetzt zu lösenden Aufgaben. Das geschah durch das richtungweisende Dokument der Parteiführung „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht" vom 6. Dezember 1942.[87] Das Friedensmanifest enthielt eine gründliche Einschätzung der militärischen und politischen Lage. Es stellte fest, daß die Fortsetzung des Hitlerkrieges Deutschland zum Kriegsschauplatz machen wird und damit eine Katastrophe nie dagewesenen Ausmaßes heraufbeschwört. Klar und bestimmt zeigte das Friedensmanifest den einzigen noch verbliebenen Ausweg: Dem deutschen Volk stand der Weg zu einem ehrenvollen Frieden offen, wenn es durch die eigene Tat mit dem Krieg, dem Hitlerregime und dessen Gewaltpolitik unverzüglich Schluß machte. Dazu, so hieß es im Friedensmanifest, mußten sich aber alle Volkskräfte in der großen nationalen Friedensbewegung zusammenschließen. Um dieser Bewegung eine wirksame und mit der neuen Situation übereinstimmende Grundlage für den gemeinsamen Kampf zu geben, enthielt das Friedensmanifest ein Zehn-Punkte-Aktionsprogramm. Es konzentrierte die Aufmerksamkeit aller Hitler- und Kriegsgegner auf die wichtigste Frage: die schnelle Beendigung des Krieges

[86] Dokument Nr. 89.
[87] Dokument Nr. 91.

und die rasche Herbeiführung des Friedens. Deshalb forderte das Friedensmanifest den Sturz der Hitlerregierung und die Bildung einer nationalen demokratischen Friedensregierung. Sie sollte die Kampfhandlungen sofort einstellen, die Wehrmacht unverzüglich nach Deutschland zurückführen und auf alle eroberten Gebiete verzichten. Damit wurde auch den nationalen Kräften in der Armee an der Front der konkrete Weg zum Frieden gezeigt. Gleichzeitig forderte das Friedensmanifest für die Zeit nach der Beendigung des Krieges vor allem weitgehende soziale Rechte und demokratische Freiheiten für die Werktätigen, die Sicherung der Existenz der Mittelschichten, die Bestrafung und Enteignung der Kriegsschuldigen, eine Außenpolitik des Friedens und die Zusammenarbeit mit allen Völkern. Die Ziele und Forderungen des Friedensmanifests waren eine echte nationale Alternative, eine breite politische Plattform, auf der sich die Hitlergegner der verschiedensten Bevölkerungsschichten, politischen Richtungen und Konfessionen über den gemeinsamen Kampf verständigen und einigen konnten. Das Manifest, das vom Deutschen Volkssender und von den illegalen Parteiorganisationen in Deutschland als Flugblatt verbreitet wurde, bildete einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines nationalen Zentrums, wie es das Politbüro des ZK der KPD im April 1942 vorgeschlagen hatte.

Am 28. Januar 1943 erörterte die Parteiführung die Lage in Deutschland und die sich daraus ergebenden Aufgaben. Am 10. und 11. Februar beriet sie den weiteren Weg des deutschen Volkes nach dem Sturz Hitlers und dem Ende des Krieges. Eine Woche später setzte sie die Diskussion fort und beschloß, zur Ausarbeitung praktischer Vorschläge Arbeitsgruppen für einzelne Sachgebiete und für Bezirke in Deutschland zu bilden. Anfang März wurden die Aufgaben für die Arbeitsgruppen festgelegt. Die Arbeitsgruppen berieten Gewerkschafts-, Militär-, Organisations-, Bauern-, Jugend- und Kulturfragen sowie Probleme wichtiger Bezirke in Deutschland.

Unter dem Einfluß der sich in Deutschland entwickelnden innenpolitischen Krise und der politisch-organisatorischen Arbeit der Beauftragten des ZK der KPD wuchs die antifaschistische Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR im ersten Halbjahr 1943. Auf Versammlungen in einigen Kriegsgefangenenlagern wurde vorgeschlagen, alle deutschen Hitlergegner unter Führung eines nationalen Komitees zusammenzuschließen. Das ZK der KPD unterstützte diese Vorschläge und erörterte im Mai und Juni 1943 Grundfragen der Bil-

dung eines nationalen Komitees „Freies Deutschland".[88] So war der Abgeordnete des Deutschen Reichstages und Vorsitzende der KPD Wilhelm Pieck vom 18. bis 28. Juni 1943 im Lager für kriegsgefangene Offiziere in Susdal. Er erläuterte in Versammlungen und Beratungen die nationale Politik der KPD und erörterte mit höheren Offizieren und Generalen die Möglichkeit einer Verständigung über den gemeinsamen Kampf zur Rettung der Nation und über deren Teilnahme an der bevorstehenden Gründungskonferenz des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Er hatte auch eine Unterredung mit Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, der darüber später berichtete: „Diese Aussprache war für uns Generale der erste Anstoß, über den engeren Bereich unseres rein militärischen Denkens hinaus – wenn auch zunächst nur tastend – uns auch mit den gesamten politischen Zusammenhängen zu befassen."[89] Die übergroße Mehrheit der höheren Offiziere und der Generale lehnte es aber noch ab, am Kampf um die Beendigung des Krieges und um die Rettung der Nation teilzunehmen. Ende Juni fand im Kriegsgefangenenlager Nr. 27 eine Versammlung von Vertretern des Politbüros des ZK der KPD, Reichstagsabgeordneten, Schriftstellern und kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren statt, die nach eingehender Diskussion einen „Vorbereitenden Ausschuß für die Bildung eines deutschen Nationalkomitees" wählte. Sein Vorsitzender war der bekannte Schriftsteller Erich Weinert. Dem Ausschuß gehörten weiter die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPD Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die Kommunisten Johannes R. Becher und Hans Mahle, die Antifaschisten Jacob Eschborn, Theologiestudent, Ernst Hadermann, Studienrat, Bernt von Kügelgen, Verleger, und Herbert Stresow, Lehrer, an. Die Beratung beschloß den vom Vorbereitenden Ausschuß unterzeichneten Aufruf „An alle deutschen Offiziere und Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion!", der die Bildung eines Nationalkomitees vorschlug. Der Ausschuß leitete unter führender Teilnahme von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht die unmittelbaren programmatischen, politischen und organisatorischen Vorbereitungen zur Gründung des Nationalkomitees. Er erwirkte das Einverständnis der Regierung der UdSSR. Der Ausschuß entsandte Delegationen von Mitgliedern der

88 Dokument Nr. 96.

89 Zit. nach: Dieter Dreetz: Weg und Bekenntnis des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus zum Nationalkomitee „Freies Deutschland". In: Zeitschrift für Militärgeschichte (Berlin), 1962, H. 1, S. 96.

KPD und kriegsgefangenen Antifaschisten in die wichtigsten Lager zur Wahl der Delegierten, beriet mit den Vertretern der KPD und mit den Delegierten den Ablauf der Gründungskonferenz und die Zusammensetzung des künftigen Komitees und bildete eine Kommission zur Erörterung des Entwurfs eines Manifests, der der Gründungskonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte.

2. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und des Bundes Deutscher Offiziere

Am 12. und 13. Juli 1943 gründeten auf Initiative des ZK der KPD, vor allem Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts, kriegsgefangene deutsche Soldaten und Offiziere, antifaschistisch eingestellte Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz gemeinsam mit Reichstagsabgeordneten der KPD, Gewerkschaftsfunktionären, fortschrittlichen Schriftstellern und Christen beider Konfessionen in Krasnogorsk bei Moskau das Nationalkomitee „Freies Deutschland" (NKFD). Damit hatte die antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD unter den neuen, schwierigeren Bedingungen des Krieges einen großen Erfolg errungen. Der entscheidende Schritt zur Formierung der antifaschistischen Bewegung „Freies Deutschland" und zur Entwicklung des politischen und organisatorischen Zentrums der deutschen Antifaschisten war getan. Die Bewegung „Freies Deutschland" war ihrem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition, das heißt ein festes antifaschistisches Kampfbündnis verschiedener Volksschichten und nationaler Kräfte der Armee, in dem die Arbeiterklasse unter Führung der KPD ihre Hegemonie verwirklichte.

Das führende Organ der deutschen Antihitlerkoalition, das Nationalkomitee „Freies Deutschland", war seiner Zusammensetzung und Zielstellung nach ein wahrhaft nationales Komitee. Die Gründungskonferenz wählte einstimmig 38 Persönlichkeiten in das Nationalkomitee und Erich Weinert zu dessen Präsidenten. Das Nationalkomitee setzte sich zusammen aus dreizehn Arbeitern, einem Bauern, vier Angestellten, dreizehn Intellektuellen, einem Geistlichen, einem Studenten, einem Verleger und vier Berufssoldaten. Dreizehn Mitglieder gehörten der KPD an, unter ihnen deren hervorragende Führer Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht sowie die erfah-

renen kommunistischen Funktionäre Anton Ackermann, Willi Bredel, Edwin Hoernle, Hans Mahle und Gustav Sobottka. Die kriegsgefangenen Antifaschisten waren im NKFD mit 25 Mitgliedern, vom Soldaten bis zum Major, vertreten. Die Mitglieder des NKFD stammten aus den verschiedensten Teilen Deutschlands. Sie schoben das Trennende beiseite und fanden sich in der Sorge um das Schicksal der Nation zum gemeinsamen Handeln zusammen. Alle einte der Haß gegen die faschistischen Verderber Deutschlands, die Liebe zur deutschen Nation und der unbeugsame Wille, den Krieg zu beenden, die Hitlerregierung zu stürzen und ein freies, unabhängiges Deutschland zu schaffen. In einem Zeitungsbericht über die Konferenz hieß es: „Erich Weinert, der Vorsitzende des Vorbereitenden Ausschusses, erhebt sich zur einleitenden, programmatischen Rede.

Einer nach dem anderen folgen ihm am Rednerpult die Delegierten, Männer vom Pflug und Schraubstock im Soldatenrock, Männer der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens im Offizierskleid; Teilnehmer des ersten Weltkrieges, die zwei Jahrzehnte und mehr für die Rechte des Volkes gekämpft haben, Jünglinge, die der zweite Weltkrieg aus dem Hörsaal, aus der Fabriklehre, aus der eben gegründeten Familie gerissen hat. Man spürt den Pulsschlag ganz Deutschlands, des ganzen Volkes, das sich besinnt, sich erhebt, zur befreienden Tat schreiten will."[90] Solch eine breite nationale Front von Vertretern verschiedener Schichten des Volkes und aus Teilen der Armee hatte es im antifaschistischen Kampf vor 1943 noch nicht gegeben. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" durfte mit Recht im Namen des ganzen deutschen Volkes sprechen.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen der Delegierten standen die programmatischen Fragen der antifaschistischen Bewegung „Freies Deutschland". Sie beschlossen einmütig das Programm der deutschen Antihitlerkoalition, das „Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' an die Wehrmacht und an das deutsche Volk"[91]. Die Tatsache, daß die antifaschistischen Vertreter aller Volksschichten sich eine gemeinsame politische Plattform zum Kampf für die Beendigung des Krieges und für die Schaffung eines freien, unabhängigen Deutschlands erarbeiteten, bewies die Richtigkeit der nationalen Politik der KPD.

Das Manifest gab eine klare Einschätzung der militärischen sowie

90 Freies Deutschland (Moskau), 19. Juli 1943.

91 Dokument Nr. 97.

der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands und beantwortete vor allem die wichtigste Lebensfrage der deutschen Nation, die Frage nach dem Frieden. Im Manifest hieß es: „Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler.

Die Tatsachen beweisen: Der Krieg ist verloren. Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermeßlicher Opfer und Entbehrungen. Die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.

Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes."[92] Die Beendigung des Krieges und die schnelle Herbeiführung des Friedens, das war der einzig mögliche Weg zur Rettung des Bestandes, der Freiheit und der Ehre der deutschen Nation. Auf diese Aufgabe konzentrierte das Nationalkomitee die Anstrengungen aller Antifaschisten. „Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden"[93], erklärte unmißverständlich das Manifest.

Mit dem aggressiven deutschen Imperialismus und der Hitlerregierung, die den zweiten Weltkrieg entfesselt und zahllose Verbrechen gegen andere Völker und gegen das deutsche Volk begangen hatten, die den Krieg fortsetzen wollten und eine noch nie dagewesene nationale Katastrophe heraufbeschworen, konnte und durfte es keinen Friedensschluß geben. Deshalb, so wurde im Manifest gefordert, war der Sturz der Hitlerregierung und „die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes"[94].

Die neue, wahrhaft demokratische Regierung konnte nur aus dem antifaschistischen Kampf des Volkes und der volkstreuen Kräfte der Armee hervorgehen. Sie mußte stark sein und über die notwendigen Machtmittel verfügen, um die Friedens- und Volksfeinde unschädlich zu machen, eine feste demokratische Ordnung zu errichten und Deutschland nach außen würdig zu vertreten. Sie mußte den Hitlerkrieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Grenzen Deutschlands zurückziehen, unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete Friedensverhandlungen einleiten und so das deutsche Volk in die Gemeinschaft der Völker zurückführen. Auf diese Weise sollte die

92 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. I. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S. 4.

93 Ebenda.

94 Ebenda.

neue Regierung Bedingungen dafür schaffen, daß das deutsche Volk in Frieden seinen nationalen Willen frei bekunden und seine demokratische Staatsordnung souverän gestalten konnte. Die neue Regierung wäre eine Art Koalitionsregierung gewesen, in der die KPD entscheidende Positionen und eine große Verantwortung gehabt hätte. Die Forderung nach Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung war eine der taktischen Hauptlosungen der KPD und der mit ihr im NKFD verbündeten Kräfte. Diese Losung trug, ausgehend von der starken Zuspitzung der nationalen Frage in Deutschland, der Notwendigkeit und Möglichkeit Rechnung, diese Regierung auf eine breite soziale Grundlage zu stellen.

Der in Deutschland und an den Fronten geführte entschlossene antifaschistische Kampf gegen die Fortsetzung des Krieges, für die Einstellung der Kriegshandlungen und der Kriegsproduktion, für den Sturz der Hitlerregierung war somit der Hauptweg zur Erzwingung des Friedens. „Der Sturz der Hitlerregierung", sagte Wilhelm Pieck auf der Gründungskonferenz des NKFD, „kann nicht ohne schwere Kämpfe in der Heimat und an der Front herbeigeführt werden. Die Hitlerregierung wird nicht freiwillig abtreten. Darum müssen Mittel und Wege gefunden werden, der Hitlerregierung die Fortsetzung des Krieges unmöglich zu machen."[95] Das Manifest zeigte, wie der Krieg beendet werden sollte. Die Soldaten und Offiziere an allen Fronten wurden aufgefordert, unter den Waffen zu bleiben und sich mutig unter verantwortungsbewußten Führern, die eins mit ihnen waren im Kampf gegen Hitler und den Krieg, den Weg nach Deutschland und zum Frieden zu bahnen. Alle Bevölkerungsschichten wurden aufgerufen, Hitler nicht weiter zu folgen und sich der Verlängerung des Krieges zu widersetzen. Sie sollten mit allen Mitteln und auf jede Weise gegen das Hitlerregime kämpfen und überall Kampfgruppen für die Beendigung des Krieges bilden. An alle Deutschen erging der Ruf:

„Für Volk und Vaterland! Gegen Hitler und seinen Krieg!
Für sofortigen Frieden!
Für die Rettung des deutschen Volkes!"[96]

Die Politik des Nationalkomitees „Freies Deutschland" bestand

95 Wilhelm Pieck: Es darf kein neues 1918 geben! Wie kann der heraufziehenden Katastrophe Einhalt geboten werden? In: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin 1958, S. 225.

96 Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 6.

darin, den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung zu beenden, den Friedensschluß durch Kräfte der Arbeiterklasse, der bürgerlichen Hitleropposition und der Opposition in der Armee herbeizuführen und die Leidenszeit des deutschen Volkes zu verkürzen.

Diese Politik orientierte dem Wesen nach auf den revolutionärdemokratischen Kampf für die Beendigung des Krieges und die Herbeiführung des Friedens. Sie entsprach den Grundinteressen der Arbeiterklasse und der übergroßen Mehrheit des Volkes. Sie war auf die Lösung der nationalen Frage in Deutschland gerichtet.

Das Manifest des NKFD umriß darüber hinaus die politische Zielsetzung des antifaschistischen Kampfes sowie die Aufgaben, durch deren Lösung solide Grundlagen für ein demokratisches Deutschland und einen gesicherten Frieden geschaffen werden sollten. Das politische Hauptziel der Bewegung „Freies Deutschland" bestand darin, die Herrschaft des faschistischen Imperialismus für immer zu überwinden und ein freies, unabhängiges Deutschland zu schaffen. Im Manifest wurde deshalb gesagt:

„Das Ziel heißt: Freies Deutschland.

Das bedeutet:

Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt."[97] Diese Zielsetzung umriß den Kampf der Arbeiterklasse und aller antifaschistischen Kräfte von der Beendigung des Krieges und der Herbeiführung des Friedens bis zur konsequenten Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage.

Das Manifest des NKFD forderte die Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Werktätigen, insbesondere die Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion. Ein untrennbarer Bestandteil der tiefgehenden Demokratisierung mußte die restlose Beseitigung aller faschistischen Zwangsgesetze, Einrichtungen und Organisationen sein. Die Opfer des Hitlerregimes waren sofort zu befreien und zu entschädigen. Das neue Deutschland, so erklärte das Manifest vor aller Welt, werde die Kriegsverbrecher und ihre imperialistischen Hintermänner vor Gericht stellen und schonungslos aburtei-

[97] Ebenda, S. 5.

len. Den Anhängern des Nazismus aber, die keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten, die sich durch Taten rechtzeitig von Hitler trennen und sich der Bewegung „Freies Deutschland" anschließen würden, räumte es eine Amnestie ein.

Auf ökonomischem Gebiet forderte das Manifest des NKFD die wirtschaftliche Entmachtung der Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnler, das heißt die entschädigungslose Enteignung der Kräfte des Monopolkapitals und des Junkertums, die das Hitlerregime an die Macht gebracht hatten und deren Klasseninteressen es verwirklichte. Damit sollten die ökonomischen Machtgrundlagen des Monopolkapitals endgültig vernichtet und feste wirtschaftliche Grundlagen für die neue demokratische Staatsmacht geschaffen werden. Mit der antimonopolistischen Forderung nach Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes vertrat das Manifest die wirtschaftlichen Interessen der bürgerlichen Hitleropposition und der Gewerbetreibenden, Handwerker, Geschäftsleute und Bauern. Darüber hinaus verlangte das Manifest die Sicherung des Rechts auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums sowie die Entwicklung des Handels mit allen Ländern.

Dieser Innenpolitik sollte auch die Außenpolitik des künftigen freien, unabhängigen Deutschlands entsprechen. Anstelle der Aggressions- und Machtpolitik forderte das NKFD eine Außenpolitik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern, insbesondere mit den Völkern der UdSSR. Diese Politik sollte frei sein von Bevormundung durch andere Staaten und keinerlei Bevormundung und Beleidigungen anderer Völker mehr dulden.

Die Bildung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und das von der Gründungskonferenz beschlossene Manifest waren der sichtbare Ausdruck der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis sowie des beginnenden Wandels in der Stimmung des deutschen Volkes. Das Programm der deutschen Antihitlerkoalition gab Antwort auf die grundlegenden Lebensfragen der deutschen Nation. Es war die Fortsetzung des von der KPD auf der Brüsseler und auf der Berner Konferenz gewiesenen Weges entsprechend der neuen Lage in Deutschland. Es beachtete die besonderen Bedingungen und Aufgaben des antifaschistischen Kampfes nach dem grundlegenden Umschwung im zweiten Weltkrieg und war auf die Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gerichtet. Entsprechend den konkreten historischen Bedingungen in Deutschland und den geschicht-

lichen Lehren der deutschen Arbeiterbewegung mußte diese Umwälzung die nationale Frage lösen und gleichzeitig der Arbeiterklasse ermöglichen, die Werktätigen an den Kampf um die politische Macht heranzuführen. Das Manifest des NKFD bestätigte erneut die Richtigkeit der auf der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD ausgearbeiteten Strategie und Taktik. Das Neue bestand darin, daß diese Strategie und Taktik nunmehr zur politischen Grundlinie eines Programms geworden war, auf dessen Grundlage sich die Vertreter der verschiedensten Klassen und Schichten des deutschen Volkes zusammen mit der KPD im Nationalkomitee „Freies Deutschland" zusammengeschlossen hatten. Die programmatischen Grundsätze und Forderungen des Manifests und die Politik des NKFD waren so weit gefaßt, daß sich dem Kampf der Bewegung „Freies Deutschland" immer neue oppositionelle Kräfte anschließen konnten. Das war eine hervorragende politische und theoretische Leistung des ZK der KPD, an dessen Spitze Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht standen. Sie gab ein eindeutiges Zeugnis für das historische und moralische Recht der KPD, als Partei der Arbeiterklasse zusammen mit anderen antifaschistischen Kräften das nationale und staatliche Leben des deutschen Volkes im künftigen freien, unabhängigen Deutschland zu leiten.

So zeigte das Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland" die einzige reale deutsche Alternative zum Hitlerkrieg, zur Nazidiktatur und zum faschistischen Imperialismus. Es stimmte vollständig mit den Grundsätzen und Zielen der Antihitlerkoalition überein, wie sie später im Potsdamer Abkommen vereinbart wurden.

Die Gründung des NKFD erfolgte nicht zufällig in der UdSSR. Die deutsche Antihitlerkoalition entstand und entwickelte sich unter dem unmittelbaren Einfluß des grundlegenden Umschwungs im zweiten Weltkrieg. Manche deutsche Soldaten und Offiziere brachten die Unzufriedenheit der verschiedensten Schichten des Volkes mit dem Naziregime und dem Hitlerkrieg und deren Sehnsucht nach Frieden mit in die sowjetische Gefangenschaft. Sie hatten an der deutsch-sowjetischen Front den sinnlosen faschistischen Krieg am härtesten zu spüren bekommen. Aber erst in der sowjetischen Gefangenschaft lernten sie, die wahren Ursachen für den nationalen Notstand des deutschen Volkes zu begreifen. Hierbei leisteten ihnen die im Klassenkampf erfahrenen deutschen und sowjetischen Kommunisten eine wertvolle politische Hilfe. Die deutsche Antihitlerkoalition entstand und entwickelte sich dank der umfangreichen programmatischen, politischen und orga-

nisatorischen Arbeit des ZK der KPD, das sich in der Sowjetunion befand. Das ZK der KPD gab dem Friedensstreben der Arbeiterklasse und anderer Schichten des Volkes die Richtung und das Ziel, das Programm und die Organisation. Während die Regierungen einiger kapitalistischer Länder die Tätigkeit deutscher Antifaschisten behinderten, unterstützte die Sowjetunion jede wahrhaft nationale Bewegung, die der Befreiung und demokratischen Entwicklung der Völker sowie der schnellen Herbeiführung des Friedens diente. Die KPdSU(B) und die Regierung der UdSSR halfen uneigennützig den deutschen Antifaschisten und unterschieden sorgfältig zwischen der Hitlerclique und dem deutschen Volk. Das entsprach vollständig dem sozialistischen Charakter der Gesellschafts- und Staatsordnung der Sowjetunion.

Mit der Schaffung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" begann ein neuer Abschnitt des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes. Unter dem Einfluß der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, der Existenz der Antihitlerkoalition, der erfolgreichen antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD sowie der im Manifest des NKFD enthaltenen echten nationalen Alternative verstärkte sich die Differenzierung innerhalb der verschiedenen sozialdemokratischen Emigrantengruppen sowie auch zwischen diesen Gruppen. In Deutschland und in der Emigration kam es zu einer weiteren Annäherung und teilweisen politischen Zusammenarbeit der KPD mit einigen führenden Sozialdemokraten. Führende sozialdemokratische Funktionäre, wie Siegfried Aufhäuser, Albert Grzesinski und Kurt Rosenfeld in den USA, Karl Rawitzki, Victor Schiff und Adele Schreiber in Großbritannien und Fritz Bauer und Hans Mugrauer in Schweden, bekannten sich zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der Bewegung „Freies Deutschland" und begrüßten die Gründung des NKFD. Maßgebliche rechte sozialdemokratische Führer um die „Neue Volkszeitung" und die German Labor Delegation in den USA, die unter Einfluß von Max Brauer, Rudolf Katz, Gerhart H. Seger und Friedrich Stampfer standen, lehnten weiterhin jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ab. Sie verleumdeten das in Moskau gegründete NKFD als ein Instrument russischer Staats- und Außenpolitik, in dem sich „Parteigänger einer totalitären Diktatur"[98] zusammengefunden hätten. Andere sozialdemokratische Funktionäre wie Erich Ollenhauer, Wilhelm Sander und Hans Vogel in London erkannten,

[98] Neue Volkszeitung (New York), 24. Juli 1943.

daß die Gründung des NKFD eine starke Resonanz in der Welt gefunden hatte. Sie übten aber Kritik an der Bewegung „Freies Deutschland", weil sich der Inhalt des Manifests des NKFD nach ihrer Meinung nur in nationalen und bürgerlich-demokratischen Zielsetzungen erschöpfen würde. Sie unterstellten dem NKFD, daß es die Klassenkräfte, die Hitler an die Macht gebracht hatten, nicht beseitigen wolle. Deshalb bezichtigten sie das NKFD einer opportunistischen Haltung. Gleichzeitig wandten sie sich gegen die Mitarbeit von Generalen im Nationalkomitee und bezeichneten die Antifaschisten, die für die Mitarbeit aller Hitlergegner in der Bewegung „Freies Deutschland" eintraten, als bedenkenlose Versöhnungspolitiker neuester Art. Aus diesen Gründen lehnte eine Reihe sozialdemokratischer Funktionäre auch angesichts der herannahenden Katastrophe weiterhin jede Verständigung und Zusammenarbeit mit der KPD im Kampf um die Rettung der Nation ab. Sie selbst orientierten sich nach wie vor auf die westlichen Imperialisten und vertraten dabei den Standpunkt, daß die Entwicklung der Antihitler- und Antikriegsbewegung in Deutschland nicht die Aufgabe der deutschen Antifaschisten, sondern die Aufgabe der politischen Kriegführung der Westmächte sei. Für den Kampf um die Beendigung des Krieges und den Sturz der Hitlerregierung sahen sie erst Möglichkeiten, nachdem die amerikanisch-britischen Truppen in Westeuropa gelandet und in Deutschland einmarschiert wären.

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" entwickelte sich zum politischen und organisatorischen Zentrum der deutschen Antifaschisten. Es leistete eine umfangreiche und unermüdliche Arbeit, um die Ideen des Manifests des NKFD in alle Schichten des deutschen Volkes zu tragen. Die gesamte politische und organisatorische Arbeit der Bewegung „Freies Deutschland" wurde vom Nationalkomitee auf seinen Plenartagungen beschlossen und vom Geschäftsführenden Ausschuß, dem der Präsident Erich Weinert vorstand, und seiner Operativen Abteilung unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts unmittelbar geleitet. Beim Nationalkomitee arbeiteten die Redaktion der Zeitung „Freies Deutschland", die Redaktion des Rundfunksenders „Freies Deutschland" und einige Kommissionen, die sich mit Fragen der laufenden Tätigkeit und des demokratischen Neuaufbaus in Deutschland nach dem Sturz des Faschismus befaßten. Das Nationalkomitee entsandte an die einzelnen Frontabschnitte Gruppen von Antifaschisten, die von den Frontbevollmächtigten des NKFD geleitet wurden. In den

Kriegsgefangenenlagern bildete es antifaschistische Lagergruppen der Bewegung „Freies Deutschland", an deren Spitze die Lagerbevollmächtigten des NKFD standen. Die Arbeit des NKFD erstreckte sich auch auf Deutschland und andere Länder.

Das NKFD stand immer wieder vor neuen, komplizierten Aufgaben. Es konkretisierte ständig die Wege, Mittel, Methoden und Organisationsformen im Kampf gegen Faschismus und Krieg. Dabei leistete das ZK der KPD eine umfangreiche politische und theoretische Arbeit, um aus der Analyse der Kriegslage, der sich verschärfenden innenpolitischen Krise und der wachsenden Antihitlerbewegung wirksamere Losungen und Formen des antifaschistischen Kampfes zu entwickeln. Dadurch sollten alle Hitlergegner von der Richtigkeit der Politik des NKFD überzeugt, die deutsche Antihitlerkoalition verbreitert und ihr Kampf schrittweise zum Erfolg geführt werden.

Zwei der wichtigsten Mittel zur Organisierung und Leitung des antifaschistischen Widerstandskampfes waren die Zeitung und der Rundfunksender „Freies Deutschland". Die Zeitung „Freies Deutschland", das Organ des NKFD, erschien seit dem 19. Juli 1943 wöchentlich. Sie wurde in der Hitlerwehrmacht an der Front, in den Kriegsgefangenenlagern, nach Möglichkeit in Deutschland und in geringer Anzahl auch in anderen Ländern verbreitet. Die Zeitung veröffentlichte die offiziellen Dokumente des NKFD. Sie wandte sich an die Soldaten und Offiziere, an die verschiedensten Volksschichten und erläuterte ihnen die Ziele, die Aufgaben und die Losungen der Bewegung „Freies Deutschland". Die Zeitung berichtete ausführlich über die Tätigkeit des NKFD an der Front und in den Lagern. Sie informierte die Leser über den Kriegsverlauf, über die Ereignisse in Deutschland und über die Weltpolitik. Gleichzeitig widerlegte sie die faschistische Lügenpropaganda. Eines ihrer Hauptanliegen war die Pflege der Freundschaft zur Sowjetunion.

Der Rundfunksender „Freies Deutschland" sendete mehrmals täglich. Mit seiner Hilfe konnten das ZK der KPD und das NKFD den illegalen Parteiorganisationen und antifaschistischen Widerstandsgruppen Orientierung, Anleitung und Information geben. Er trug wesentlich dazu bei, daß die politischen Ziele des NKFD in Deutschland bekannt wurden. Viele Deutsche erfuhren erst durch den Sender die Wahrheit über die Lage an den Fronten. In seinen Sendungen sprachen oftmals Kriegsgefangene und übermittelten Grüße an ihre Angehörigen. Damit entlarvten sie die Nazilügen, daß es angeblich keine

deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gäbe. Gleichzeitig gab der Sender den illegalen Gruppen der Bewegung „Freies Deutschland" an der Front und in Deutschland detaillierte Anleitung über den Aufbau illegaler Widerstandsorganisationen, über den Inhalt, die Formen und die Methoden des antifaschistischen Kampfes. Die Zeitung und der Rundfunksender „Freies Deutschland" waren Künder einer wahrhaft nationalen Politik. Sie trugen dazu bei, den antifaschistischen Widerstandskampf zu verbreitern, und halfen, ihm Richtung und Ziel zu weisen. Sie bewährten sich als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Gewinnung kriegsgefangener höherer Offiziere und der Generale. Sie äußerten viele Bedenken und Vorbehalte gegenüber der Politik des NKFD, glaubten noch nicht an die unvermeidliche Niederlage Hitlerdeutschlands und hegten starke Zweifel an der Kraft des Volkes, besonders der Arbeiterklasse. Sie mußten bisher für unumstößlich gehaltene Grundlagen ihrer Weltanschauung aufgeben. Die breite antifaschistische Volksfrontpolitik der KPD und die verständnisvolle, beharrliche Arbeit der Vertreter des ZK der KPD machten aber die Einbeziehung auch dieser Offiziere und Generale in den nationalen Kampf möglich. Den Weg dazu öffnete vor allem die Schaffung des Bundes Deutscher Offiziere, dessen Gründungskonferenz vom ZK der KPD und vom NKFD in allen Offizierslagern vorbereitet wurde. So war Walter Ulbricht in einem Offizierslager bei Gorki. Er erreichte dank seiner geduldigen politischen Arbeit, daß 130 kriegsgefangene Offiziere das Manifest des NKFD unterzeichneten und 25 Offiziere als Delegierte für die Gründungskonferenz gewählt wurden.

Die Gründungskonferenz des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) fand am 11. und 12. September 1943 in Lunjowo bei Moskau statt. An ihr nahmen über 100 Delegierte aus fünf Lagern teil. Generale, Offiziere und Wehrmachtsbeamte, Deutsche verschiedener sozialer Herkunft, politischer Ansichten und religiöser Bekenntnisse berieten gemeinsam mit den Vertretern des ZK der KPD und den Antifaschisten des NKFD über die Ziele und Aufgaben des Bundes Deutscher Offiziere. In dem einmütig beschlossenen Dokument „An die deutschen Generale und Offiziere! An Volk und Wehrmacht!" rief die Gründungskonferenz die Generale und Offiziere der faschistischen Wehrmacht auf, den sofortigen Rücktritt der Hitlerregierung zu fordern. Das zweite, ebenfalls einstimmig beschlossene Dokument „Auf-

gaben und Zielsetzung des Bundes Deutscher Offiziere" begründete eingehend die politische Entscheidung der Konferenz, den Bund zu bilden und seinen Anschluß an die antifaschistische Bewegung „Freies Deutschland" zu erklären. Beide Dokumente legten ein beredtes Zeugnis davon ab, daß sich der BDO vollständig zum nationalen Programm des NKFD bekannte und entschlossen war, auf seiner Grundlage zu kämpfen.

Zum Präsidenten des Bundes Deutscher Offiziere wurde General Walther von Seydlitz gewählt. Seine Stellvertreter waren Generalleutnant Alexander Edler von Daniels, Oberst Hans-Günther van Hooven und Oberst Luitpold Steidle. Dem Präsidium des Bundes gehörten weitere 23 Persönlichkeiten an, darunter Generalmajor Otto Korfes, Generalmajor Martin Lattmann, Major Bernhard Bechler, Major Erwin Engelbrecht und Major Egbert von Frankenberg. Auf der Plenartagung des NKFD am 14. September 1943 wurden einstimmig Alexander Edler von Daniels, Max Emendörfer und Walther von Seydlitz zu weiteren Vizepräsidenten des NKFD und unter anderen der führende Funktionär der KPD Hermann Matern, die Offiziere Egbert von Frankenberg, Günther van Hooven, Otto Korfes, Martin Lattmann und Luitpolt Steidle, die Soldaten Hans Goßens und Theo Grandy zu neuen Mitgliedern des NKFD gewählt.

Gemeinsam mit dem NKFD leistete der BDO einen bedeutsamen Beitrag zur Beschleunigung der Niederlage Hitlerdeutschlands im Krieg. Bis Frühjahr 1945 traten dem BDO ungefähr 4000 Generale und Offiziere, darunter ein Generalfeldmarschall, 51 Generale, etwa 40 Oberste, 50 Oberstleutnante, etwa 150 Majore und 400 Hauptleute bei, Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen. Die antifaschistische Bewegung „Freies Deutschland" verbreiterte sich auf diese Weise außerordentlich. Mit der Gründung des Bundes Deutscher Offiziere hatte die weitsichtige Volksfrontpolitik der KPD, ihr konsequenter Kampf um die Schaffung einer breiten nationalen Front aller Hitler- und Kriegsgegner einen neuen bedeutsamen Erfolg errungen.

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere begannen an der sowjetisch-deutschen Front eine umfangreiche antifaschistische Tätigkeit, deren Breite, Intensität, Vielseitigkeit und Beharrlichkeit ständig zunahm. Es baute dabei auf den Erfahrungen der KPD auf und setzte die systematische Frontarbeit auf einer höheren Stufe fort. Die Hauptaufgaben der Gruppen des

NKFD und des BDO an der Front bestanden darin, die antifaschistische Aufklärungsarbeit unter den deutschen Soldaten und Offizieren zu verstärken, sie für die Teilnahme am Kampf um die Rettung der Nation unter den Losungen des Nationalkomitees zu gewinnen und die Bewegung „Freies Deutschland" in der Hitlerwehrmacht an der Front zu organisieren. In kurzer Zeit entstand ein festes und weitverzweigtes System der antifaschistischen Aufklärungsarbeit, das zwölf Frontbevollmächtigte des NKFD, eine große Anzahl von Armeebeauftragten in den Bereichen der sowjetischen Armeen und von Divisionshelfern in den Bereichen der sowjetischen Divisionen, Frontdruckereien, Sendeanlagen und antifaschistischen Frontschulen umfaßte. Zu den ersten Frontbevollmächtigten gehörten Oberleutnant Eberhard Charisius, Soldat Max Emendörfer, Soldat Franz Gold, Leutnant Ernst Kehler, Soldat Heinz Keßler, Soldat Erich Kühn, Feldwebel Herbert Stresow und andere. Sie wurden von Walter Ulbricht angeleitet, der als Leiter der Operativen Abteilung des NKFD besonders für die Fronttätigkeit verantwortlich war.

Entsprechend den politischen Zielen der Bewegung „Freies Deutschland" verlief die antifaschistische Arbeit des NKFD und des BDO an der Front bis Ende 1943 unter folgender taktischer Hauptlosung: Geordnete Rückführung der Armee an die Reichsgrenzen unter verantwortungsbewußten Führern gegen den Befehl Hitlers! Diese Losung berücksichtigte, daß die Hitlerwehrmacht noch Hunderte von Kilometern von den Grenzen Deutschlands entfernt stand und die Niederlage für Deutschland unvermeidlich war. Sie bedeutete, den sinnlosen Kampf für die verbrecherischen Ziele des faschistischen Imperialismus einzustellen und sich gegen den Befehl Hitlers geordnet zurückzuziehen, noch ehe Deutschland selbst zum Kriegsschauplatz wurde. Die Einstellung der Kampfhandlungen und die geordnete Rückführung der Armee hätten zum Signal für eine antifaschistische Erhebung in Deutschland werden und den unmittelbaren Kampf zum Sturz der Hitlerregierung durch die deutschen antifaschistischen Kräfte einleiten können. Das wäre ein wesentlicher Beitrag des deutschen Volkes zur Beendigung des Krieges und zur Rettung der Nation gewesen, der die Achtung aller Völker gefunden hätte. Damit wies die Losung den Soldaten und Offizieren auf eine neue Art den Weg, wie sie vom antinationalen Eroberungskrieg zum wahrhaft nationalen Kampf hätten übergehen können. Wäre dieser Weg beschritten worden, so wäre das wichtigste Instrument der Aggressionspolitik des deutschen Im-

perialismus, die Hitlerwehrmacht, vollständig oder zumindest teilweise unwirksam gemacht und der antifaschistische Volkskampf ungemein erleichtert worden. Die Losung wandte sich vor allem an jene Generale und Kommandeure, von denen noch ein bestimmtes Maß nationaler Verantwortung zu erwarten war. Sie richtete sich aber auch an die Soldaten und an die übrigen Offiziere, die ihrerseits diese Generale und Kommandeure zur nationalen Tat auffordern sollten. Die Realität dieser weitsichtigen Losung des NKFD und des BDO war in der Entwicklung der bürgerlichen Hitleropposition und der Opposition in der Armee sowie in deren möglichem Zusammenwirken mit dem Nationalkomitee begründet. Ihre Verwirklichung sollte durch die Organisierung der Bewegung „Freies Deutschland" in der Hitlerwehrmacht gesichert werden.

Kämpfer des Nationalkomitees und des Bundes Deutscher Offiziere sprachen in den vordersten Linien jeden Tag und jede Nacht über Grabenlautsprecher zu den deutschen Soldaten. Sie erläuterten ihnen immer wieder die politischen Kampfziele des NKFD, zeigten ihnen beharrlich die Aussichtslosigkeit ihrer Lage und forderten sie eindringlich zur Einstellung der Kampfhandlungen auf. Sie brachten unzählige Flugblätter und die Zeitung „Freies Deutschland" unter Lebensgefahr in die deutschen Schützengräben. Mit welcher Kraftanspannung das NKFD die antifaschistische Aufklärung an der Front führte, zeigt die Tatsache, daß allein bis 1. September 1943 das Manifest in fünf Auflagen mit insgesamt 6 628 000 Exemplaren und andere Druckschriften mit insgesamt 5 354 000 Exemplaren gedruckt und verbreitet wurden. Gleichzeitig erhielten die Frontbevollmächtigten 350 Schallplatten mit dem Manifest und Mitteilungen des Nationalkomitees sowie weitere 300 Schallplatten mit anderen Texten für die Aufklärungsarbeit. Andere Antifaschisten überschritten im Auftrage des NKFD unter Einsatz ihres Lebens die Frontlinie, verbreiteten unter den deutschen Soldaten antifaschistische Flugschriften, nahmen am Kampf sowjetischer Partisanen teil, waren als Kundschafter tätig oder erfüllten andere Aufgaben.[99] Dabei sind viele Kommunisten und Antifaschisten – unter ihnen Heinz Ackermann, Otto Blume, Hermann Büche, Werner Bullack, Georg Eichinger, Reinhold Gehring, Franz Hingerl, Hans Jahn, Herbert Krug, Erich Kühn, Ewald Mai, Werner Mertsching, Horst Peim, Karl Pomp, Gerhard Protzer, Willi Ruschel, Valentin Schmidt, Rudolf Strobel,

[99] Dokument Nr. 107.

Heinz Taxweiler, Horst Viedt, Bernhard Voß, Otto Wormuth und Kurt Zier – für die Sache der Nation gefallen.

Ein anderes wichtiges Arbeitsgebiet des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und des Bundes Deutscher Offiziere war die Erziehung und Bildung der ehemaligen deutschen Soldaten und Offiziere in den Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR. Allmählich entstanden und wuchsen in allen Lagern die Gruppen der Bewegung „Freies Deutschland", die von demokratisch gewählten und vom NKFD und vom BDO bestätigten Bevollmächtigten geleitet wurden. Sie arbeiteten eng mit den Beauftragten des ZK der KPD und den Vertretern der sowjetischen Organe zusammen. Die Lagergruppen konzentrierten sich in ihrer antifaschistischen Massenarbeit besonders darauf, das imperialistische Hitlersystem und die faschistische Ideologie zu entlarven, die Wahrheit über die deutsche Geschichte zu lehren, ein umfangreiches Wissen über die Sowjetunion zu vermitteln und die Kriegsgefangenen von der Notwendigkeit einer ehrlichen Wiedergutmachung durch Arbeit zu überzeugen. Sie wollten dadurch das Interesse der Kriegsgefangenen an einer kämpferischen Demokratie wecken und sie auf den politischen Kampf für das neue Deutschland vorbereiten. Erst in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft konnten sich viele, besonders junge Deutsche, ein klares Bild über die Ursachen, den Charakter und den Verlauf des Krieges, die Geschichte des eigenen Volkes, die Stellung der UdSSR zum deutschen Volk und andere Probleme machen. Hier hatten sie erstmalig die Möglichkeit, offen ihre Meinung zu den Lebensfragen der deutschen Nation zu sagen und an der Entscheidung über den weiteren Weg des deutschen Volkes teilzunehmen. Viele Kriegsgefangene lasen zum ersten Mal in ihrem Leben die Werke der fortschrittlichen deutschen und Weltliteratur, die in Hitlerdeutschland verboten waren. Unter der Anleitung erfahrener Kommunisten studierten Kriegsgefangene auf den antifaschistischen Schulen die Werke Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins sowie die Schriften anderer hervorragender Führer der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung und lernten das Wesen der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung verstehen. Die Lagergruppen „Freies Deutschland" hatten in ihrer politischen Arbeit viele Schwierigkeiten zu überwinden. Nicht wenigen Kriegsgefangenen fiel es sehr schwer, mit der faschistischen Ideologie zu brechen. Immer wieder versuchten unverbesserliche Faschisten, die antifaschistische Erziehungsarbeit zu stören. Ungeachtet dessen erklärten bis Ende 1944 schätzungsweise 75 Pro-

zent der kriegsgefangenen Soldaten und Unteroffiziere ihren Beitritt zur Bewegung „Freies Deutschland" und bekannten sich damit offen zum nationalen Kampf. So konnten zahlreiche neue Kämpfer für ein freies, unabhängiges Deutschland gewonnen und erzogen werden.

3. Die allmähliche Durchsetzung der Politik des NKFD im neuen Abschnitt des antifaschistischen Widerstandskampfes

Die gesamte Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland" beeinflußte entscheidend die Organisierung und politische Führung des Kampfes aller deutschen Antifaschisten für die Beendigung des Krieges, den Sturz der Hitlerregierung und die Schaffung eines freien, unabhängigen Deutschlands. Die Politik des NKFD stimmte mit der politischen Linie der in Deutschland arbeitenden illegalen Gruppen überein und wies ihnen Richtung und Ziel. Die illegalen Parteiorganisationen und -zellen, die selbst als Widerstandsorganisationen und -gruppen kämpften oder der leitende politische Kern der antifaschistischen Widerstandsorganisationen und -gruppen waren, wurden zu Initiatoren und Organisatoren der antifaschistischen Bewegung „Freies Deutschland". Dabei waren die programmatischen Dokumente, die politischen Aufrufe und Direktiven des Nationalkomitees von besonderer Bedeutung. Für den neuen Abschnitt des antifaschistischen Widerstandskampfes um die Beendigung des Krieges und die Rettung der Nation stellte das NKFD in seinen „Anweisungen Nr. 2" folgende Aufgaben: Bildung von Kampfausschüssen der Bewegung „Freies Deutschland" in den Städten, Betrieben, Dörfern, Institutionen und Einheiten der Wehrmacht; organisiertes Abhören und systematisches Verbreiten der Nachrichten des Senders „Freies Deutschland"; verstärkter Kampf gegen die nazistische Kriegspropaganda durch die Verbreitung der Zeitung und der Aufrufe des NKFD sowie die Herausgabe eigener Zeitungen und Flugblätter unter der Losung „Fort mit Hitler!"; Organisierung des Volksprotestes gegen die Verhaftung, Verurteilung und Hinrichtung aufrechter antifaschistischer Kämpfer; Boykott der nazistischen Versammlungen und Zeitungen sowie Einstellung der Zahlungen an die Nazipartei; Entlarvung und Ächtung der Volksfeinde, Denunzianten und Spitzel; Unterstützung der Antifaschisten und ihrer Familien. Mit diesen Aufgaben lenkten das ZK

der KPD und das NKFD die illegalen Parteiorganisationen und alle Antifaschisten auf wichtige Probleme des Widerstandskampfes, auf zweckmäßige Kampfmethoden und Organisationsformen mit dem Ziel, bestimmte Bevölkerungsschichten in den Kampf um die Rettung der Nation einzubeziehen.

Die Auseinandersetzungen über die Bildung, den Charakter und die politischen Kampfziele des Nationalkomitees „Freies Deutschland" stärkten die kommunistischen Kader und die aktiven antifaschistischen Kämpfer ideologisch. Das ZK der KPD und seine Beauftragten sowie die illegalen Parteileitungen arbeiteten unermüdlich daran, falsche Auffassungen zu korrigieren und neue Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Lehre zum Gemeingut der illegal kämpfenden Kommunisten zu machen. Nicht alle verstanden sofort, daß nach der Beendigung des Hitlerkrieges und dem Sturz der faschistischen Diktatur nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung die nächste Aufgabe sein mußte. Es galt, jegliche sektiererische Einstellung zu den Verbündeten im antifaschistischen Kampf zu überwinden. Viele illegal kämpfende sozialdemokratische Mitglieder hatten wenig oder noch keinen Kontakt zu den kommunistischen Klassenbrüdern gefunden und waren von der antikommunistischen Orientierung rechter sozialdemokratischer Führer beeinflußt. Viele andere hingegen hatte der gemeinsame antifaschistische Widerstandskampf mit den Kommunisten bereits gelehrt, daß antikommunistische Vorbehalte nur den Todfeinden der Arbeiterklasse und der Nation nutzen. Diese Erkenntnis setzte sich immer mehr durch und wurde zur Grundlage des gemeinsamen Widerstandskampfes illegaler Organisationen der KPD und sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und dessen politisches Programm trugen entscheidend dazu bei, daß viele falsche Auffassungen über Weg und Ziel des gemeinsamen Widerstandskampfes überwunden wurden. Dadurch entstanden günstige Voraussetzungen dafür, daß andere antifaschistische und oppositionelle Kräfte ihre Vorbehalte und Zweifel überwanden und sich den gemeinsam kämpfenden Kommunisten und Sozialdemokraten enger als bisher anschlossen.

Unter dem Einfluß der Siege der Roten Armee an der Wolga und im Kursker Bogen, der sich verschärfenden innenpolitischen Krise sowie des sich anbahnenden Stimmungsumschlags in bestimmten Bevölkerungsschichten verstärkte sich seit Anfang 1943 der antifaschistische

Widerstandskampf unter Führung der KPD. Die KPD unternahm große Anstrengungen, um die antifaschistischen Kräfte in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, München und in anderen Städten zusammenzuschließen.

In Berlin erhielt die Leitung der Organisation der KPD im Herbst 1943 über schwedische Antifaschisten Verbindung mit dem Vertreter des ZK der KPD in Schweden, Karl Mewis. Er informierte die Berliner Organisation über die Beschlüsse und Direktiven des Politbüros des ZK der KPD und übermittelte ihr Hinweise und illegales Material für die weitere Organisierung und Führung des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland. Die Vertreter der Berliner Organisation schickten auf diesem Wege dem Politbüro des ZK der KPD Informationen über die Lage und die Stimmung in Deutschland sowie Berichte über die Erfahrungen im antifaschistischen Kampf.

Auch in Hamburg verstärkten die illegalen Parteiorganisationen ihre Arbeit. Sie stellten die unterbrochenen Verbindungen mit Betrieben wieder her, festigten die Kontakte mit illegal kämpfenden Sozialdemokraten und gewannen neue antifaschistische Kämpfer. Sie nahmen die Verbindung zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation in Berlin auf, von der sie Flugblätter und Materialien des NKFD erhielten.

In München arbeitete eine der größten antifaschistischen Widerstandsorganisationen, die Antinazistische Deutsche Volksfront (ADV). Sie war Ende 1942 unter der Leitung von Kommunisten und Anhängern der christlich-radikalen Arbeiter- und Bauernpartei wie Rupert Huber, Hans Hutzelmann und Karl Zimmet entstanden und dehnte ihren antifaschistischen Kampf über ganz Süddeutschland aus. Die ADV stellte sich die Aufgabe, alle antinazistischen Kräfte zum entschlossenen Kampf für die Beendigung des Krieges und den Sturz der Hitlerdiktatur zu vereinigen. Sie verbreitete zahlreiche antifaschistische Flugblätter und gab zur politischen Information ihrer Mitglieder seit September 1943 die illegale Zeitschrift „Der Wecker" heraus. Die ADV hatte Verbindungen zu Einheiten der Hitlerwehrmacht und der Polizei, bis in die Gefängnisse und sogar in das Konzentrationslager Dachau. Sie nahm enge Verbindung auf zu der weitverzweigten Organisation kriegsgefangener sowjetischer Offiziere Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen. Diese Organisation wiederum hatte Kontakte zu englischen, französischen, jugoslawischen und polnischen Kriegsgefangenen. Sie vereinigte einige tausend militärisch gegliederte und teilweise bewaffnete Anhänger. Die bedeutendsten

Stützpunkte dieser Organisation befanden sich in Baden-Baden, Erfurt, Heidelberg, Karlsruhe, Kempten, Mannheim, München, Nürnberg, Rastatt, Weimar, Wolfen und in anderen Städten. Das vereinigte Zentrum beider Organisationen, der ADV und der Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen, wollte größere Aktionen gegen die Naziherrschaft und den Hitlerkrieg vorbereiten. Diese Pläne scheiterten, da es der Gestapo gelang, in diese Organisationen einzudringen und viele deutsche und ausländische Antifaschisten zu verhaften.

Die Schaffung eines engen Kampfbündnisses mit den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen machte sich eine kleine, aber aktive Widerstandsgruppe nichtkommunistischer Wissenschaftler, Künstler, Handwerker und Arbeiter zur Aufgabe, die sich Europäische Union nannte. Als wahrhafte Patrioten hatten sie verstanden, daß der Faschismus mit allen Mitteln und Kräften bekämpft werden mußte.

In Pommern konzentrierten sich die illegalen Parteiorganisationen auf den antifaschistischen Kampf in den Betrieben. Sie hatten in ihnen Aktivgruppen aufgebaut. Ende 1942 verstärkten die Kommunisten den antifaschistischen Kampf und gewannen neue Kräfte. Die Kommunisten Walter Empacher und Werner Krause sammelten um sich etwa 90 kampferprobte Parteimitglieder. Bis Ende 1944 gelang es ihnen, bis zu 300 aktive Mitkämpfer zu gewinnen.

In Leipzig hatten die Funktionäre der KPD Otto Engert, Kurt Kresse und Georg Schumann nach der Entlassung aus dem faschistischen Kerker 1939/1940 untereinander und mit klassenbewußten Arbeitern, fortschrittlichen Angehörigen der Intelligenz und Künstlern Verbindung aufgenommen. Gemeinsam mit Arthur Hoffmann, Georg Schwarz, William Zipperer und anderen konzentrierten sie sich vor allem auf die Zusammenfassung der bestehenden Widerstandsgruppen sowie den Ausbau vorhandener und die Schaffung neuer illegaler Betriebszellen. Es gelang Otto Engert, Kurt Kresse und Georg Schumann, die Leipziger Organisation der KPD zu festigen und die antifaschistische Arbeit auf Chemnitz, Dresden, Zeitz und andere Städte in Sachsen und Sachsen-Anhalt auszudehnen. Im Frühjahr 1943 gingen sie dazu über, eine im Bezirksmaßstab geleitete illegale Organisation aufzubauen.

Eine hervorragende antifaschistische Arbeit leisteten die Mitglieder des Internationalen Antifaschistischen Komitees in Leipzig, zu dessen

leitenden Funktionären der Kommunist Max Hauke gehörte. Er hatte seit 1941/1942 enge Verbindung mit sowjetischen Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern. An seiner Seite stand der sowjetische Kommunist Nikolai Rumjanzew. Das Internationale Antifaschistische Komitee unterhielt feste Kontakte mit allen Gefangenenlagern der Rüstungsbetriebe inner- und außerhalb Leipzigs sowie mit einem Lager für kriegsgefangene sowjetische Offiziere. Diese antifaschistische Organisation stellte sich die Hauptaufgabe, alle ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zu vereinigen und in den aktiven antifaschistischen Kampf zu führen. Unter außerordentlich schwierigen Bedingungen setzte sie die Ideen des proletarischen Internationalismus und der Völkerfreundschaft in die Tat um.

In gleicher Weise handelte der deutsche Kommunist Richard Jänsch, der im Februar 1943 eine illegale antifaschistische Gruppe in Bruchmühle (bei Alt-Landsberg) schuf, in der deutsche und sowjetische Patrioten gemeinsam kämpften. Diese Gruppe hatte Verbindung zu den Lagern bei Oranienburg und Berlin hergestellt, in denen sich sowjetische Bürger und französische Kriegsgefangene befanden. Die sowjetischen Mitglieder der Gruppe stellten Kontakte zu anderen sowjetischen Patrioten her und halfen ihnen, in ihren Lagern illegale Organisationen aufzubauen. Die deutschen und sowjetischen illegalen Kämpfer beschafften sich Waffen, um beim Herannahen der Roten Armee für den bewaffneten Kampf gerüstet zu sein.

Im Juni 1943 trafen sich illegal in Berlin die Stuttgarter Kommunisten Anton Hummler und Max Wagner mit dem Berliner Kommunisten Herbert Bogdan und berieten den weiteren Aufbau und die künftige Zusammenarbeit der illegalen Organisationen der KPD. Gemeinsam hörten sie den Moskauer Sender. Außerdem legten sie Maßnahmen fest, um Solidaritätsaktionen für sowjetische Zwangsarbeiter zu organisieren. Am 19. September sprach Herbert Bogdan in Stuttgart auf einer illegalen Beratung von Antifaschisten über die militärische Lage an den Fronten und die notwendige Verstärkung der antifaschistischen Arbeit in Stuttgart und Berlin.

Im Mansfelder Gebiet wurde im Januar und Februar 1943 das Kampfprogramm für die Widerstandsorganisation Antifaschistische Arbeitergruppe Mitteldeutschland ausgearbeitet, zu der sich 1942 die illegale Organisation der KPD in diesem Gebiet und die illegale Gruppe im Geiseltal, der auch Otto Gotsche angehörte, vereinigt hatten. Dieses Programm war die Plattform für den gemeinsamen Kampf

der Kommunisten und Sozialdemokraten. Es gelangte in einigen Exemplaren auch in die Hände der Antifaschisten in Düsseldorf, Hagen und Wuppertal. Ein Flugblatt dieser mitteldeutschen Widerstandsorganisation, die mit ausländischen Zwangsarbeitern zusammenarbeitete, begrüßte den Sturz Mussolinis und forderte verstärkte gemeinsame Anstrengungen für den Sturz Hitlers.

In den Konzentrationslagern schlossen sich die antifaschistischen Widerstandskämpfer aus den verschiedenen Ländern noch enger zusammen. In allen großen Konzentrationslagern bildeten die Vertreter der illegalen nationalen Organisationen und der illegalen Organisationen der KPD Internationale Lagerkomitees. So entstand zum Beispiel im Sommer 1943 im Konzentrationslager Buchenwald das Internationale Lagerkomitee, dem der Deutsche Walter Bartel als Leiter sowie Ernst Busse aus Deutschland, Domenico Ciufolè aus Italien, Henri Glineur aus Belgien, Jan Haken aus den Niederlanden, Otto Horn aus Österreich, Emil Hrsel und Kvetoslav Innemann aus der Tschechoslawakei, Jan Izydorczyk aus Polen, Nikolai Kjung aus der Sowjetunion, Harry Kuhn aus Deutschland, Frédéric Manhès aus Frankreich, Alois Neumann aus der Tschechoslawakei, Marcel Paul aus Frankreich, Gustav Schuster aus Österreich, Nikolai Simakow und Iwan Smirnow aus der Sowjetunion und Rudi Supek aus Jugoslawien angehörten. Ähnliche internationale Leitungen und Organisationen entstanden auch in den Konzentrationslagern Auschwitz, Dachau, Mauthausen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen.

Der antifaschistische Widerstandskampf entwickelte sich zu dieser Zeit in außerordentlich zahlreichen Formen. Sie reichten von der antifaschistischen Aufklärungsarbeit bis zur empfindlichen Störung der faschistischen Rüstungsproduktion. Zu diesen Formen gehörten langsames Arbeiten mit den verschiedensten Begründungen, häufige Krankmeldungen, längeres Fernbleiben von der Arbeit nach Luftangriffen oder unter anderen Vorwänden, Produktion von Ausschuß, Beschädigung von Maschinen, Brandlegung, Herbeiführung von Zugausfällen und -entgleisungen, Verschwendung von Rohstoffen und Materialien, Übertreibung der Sparsamkeitsvorschriften, Arbeitsniederlegungen einzelner Arbeiter oder von Gruppen von Arbeitern, Durchsetzung der Freistellung von Antifaschisten vom Militärdienst wegen „Unabkömmlichkeit" im Betrieb, Solidaritätsaktionen für die Familien der verhafteten Antifaschisten und für die ausländischen

Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, Abhören des Moskauer Rundfunks, des Deutschen Volkssenders sowie des Senders „Freies Deutschland" und die Verbreitung ihrer Nachrichten, Verbreitung von Flugblättern, Klebezetteln und illegalen Zeitungen, Anschreiben von Losungen, Versendung antifaschistischer Feldpostbriefe und Briefe an die Angehörigen gefallener oder gefangengenommener Soldaten.

Nach der offiziellen Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden stieg die Zahl der Krankmeldungen in vielen Betrieben sehr stark an. In einer Reihe von Betrieben betrug der dadurch eingetretene Verlust an Arbeitszeit etwa 30 Prozent. Unter den deutschen und ausländischen Arbeitern war besonders die Methode des langsamen Arbeitens verbreitet. Wegen Arbeitsniederlegungen wurden allein im Januar und März 1943 fast 54000 deutsche und ausländische Arbeiter verhaftet. Nach dem Sturz des Mussoliniregimes in Italien streikten am 26. Juli 1943 im Mineralölwerk Lützkendorf in Krumpa in Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten 3000 italienische Arbeiter und forderten die Rückkehr nach Italien. In der Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke GmbH in Suhl wurden Anfang September 1943 etwa 50 Arbeiter, Mitglieder der illegalen KPD und parteilose Gewerkschafter, verhaftet, weil sie die Losung „Langsam arbeiten" verbreitet und den Arbeitern die Notwendigkeit des Sturzes Hitlers erläutert hatten. In der Mercedes Büromaschinen-Werke AG in Zella-Mehlis störten kommunistische Arbeiter dadurch die Produktion, daß sie Seife in das Schmieröl mischten und Sand in Wellen- und Kugellager streuten. In gemeinsamen Aktionen mit jugoslawischen Kriegsgefangenen warfen antifaschistische Arbeiter in der Zinkelektrolyse GmbH in Magdeburg Steine in die Zinkanlage und ließen die Kaliumlauge in die Elbe laufen. In der Meinke Maschinen- und Kühlschrank-Fabrik in Rostock änderte eine Gruppe Antifaschisten unter maßgeblicher Beteiligung des Kommunisten Hans Mahnke und der Komsomolzen Krasnikow und Sobelow Zeichnungen für Bootskörper, die in diesem Betrieb als Teile für die in Rostocker Großbetrieben gebauten Unterseeboote und Minensuchboote hergestellt wurden. Eine Gruppe von Antifaschisten sprengte unter der Leitung eines Oberfeuerwerkers eine Halle der Muna-Werke in Dingelstedt. Alle diese Formen des antifaschistischen Widerstandskampfes waren auf ein Ziel gerichtet: das faschistische Regime und seine Kriegsmaschine zu schwächen, die Niederlage Hitlerdeutschlands im Krieg zu beschleunigen, den Sturz der Hitlerregierung und den Friedensschluß schneller herbeizuführen.

Ein hervorragendes Beispiel des antifaschistischen Widerstandes in der Hitlerwehrmacht war der mutige Kampf von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Arbeitersportlern und bürgerlichen Hitlergegnern in Einheiten der sogenannten Bewährungsdivision 999. Nach den riesigen Verlusten der Hitlerwehrmacht in den Jahren 1941 und 1942 erließ das faschistische OKW am 2. Oktober 1942 eine als „Gnadenbeweis" getarnte Verfügung, die die Einberufung der „Wehrunwürdigen", der wegen politischer oder krimineller Vergehen Bestraften zur Bewährungseinheit 999 vorsah. Die Nazis organisierten in den Einheiten der Division ein spezielles Spitzelsystem aus besonders ausgesuchten kriminellen Elementen und versuchten, jede Widerstandstätigkeit mit brutalem Terror zu ersticken. Trotzdem nahmen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten in verschiedenen Kompanien den gefahrvollen Kampf auf. Die in der illegalen Arbeit erfahrenen Antifaschisten stellten untereinander Verbindungen her, tauschten politische und militärische Informationen aus, unterstützten sich bei Schikanen der Vorgesetzten gegenseitig und organisierten zunächst einige kleine illegale Gruppen. Sie führten kameradschaftliche Gespräche mit einzelnen Soldaten. In zunehmendem Maße gelang es ihnen, auch auf andere Angehörige der Einheit politischen Einfluß zu gewinnen. Später bildeten sich in Kompanie- und Bataillonsbereichen, meist unter Führung von Kommunisten, illegale Organisationen und Leitungen, die den Widerstand lenkten und koordinierten.

Überall, wo Neunhundertneunundneunziger eingesetzt wurden, unterstützten viele von ihnen den Befreiungskampf der unterjochten Völker. An der deutsch-sowjetischen Front nahm zum Beispiel die illegale Gruppe des 15. Bataillons Ende 1943 entsprechend den Weisungen des ZK der KPD und den Aufrufen des NKFD Verbindung zur Roten Armee auf. Antifaschisten dieser Einheit nahmen Anfang 1944 eine deutsche Bunkerbesatzung gefangen, überschritten mit Hilfe sowjetischer Partisanen die Frontlinie am Dnepr und gingen zur Roten Armee über. Die Mehrzahl der Einheiten der Neunhundertneunundneunziger war in Griechenland und Jugoslawien stationiert, wo die antifaschistische Tätigkeit in der Bewährungsdivision zu bedeutenden Ergebnissen führte. Seit Sommer 1943 wurde die Verbindung deutscher Antifaschisten aus den einzelnen Bataillonen zur griechischen Widerstandsbewegung und zur Griechischen Volksbefreiungsarmee, der Elinikos Laikos Apeleftherotikos Stratos (ELAS), immer fester.

Im Juli 1943 vermochte die Leitung der illegalen Organisation im 4. Bataillon griechische Partisanen vor einer Aktion der Hitlerwehrmacht gegen das Dorf Iráki zu warnen, so daß alle Partisanen und männlichen Einwohner rechtzeitig das Dorf verlassen konnten. Auf Anweisung der Leitung wurden den Partisanen verschiedene Nachrichtengeräte und ein transportables Kurzwellengerät übergeben, mit dem sie eine ständige Funkverbindung zur Griechischen Volksbefreiungsarmee herstellten. Dadurch konnten viele Dörfer rechtzeitig vor drohenden Strafexpeditionen der SS und der Hitlerwehrmacht gewarnt werden. In Athen und Saloniki, im Pindosgebirge und auf dem Peloponnes kämpften deutsche Antifaschisten, vorwiegend Neunhundertneunundneunziger, an der Seite des griechischen Volkes. Im September 1943 wurde zum Beispiel während einer faschistischen Veranstaltung im Athener Herodes Attikus-Theater, an der etwa 2000 deutsche Okkupanten teilnahmen, eine Flugblattaktion durchgeführt. In den Flugblättern wurde zum Kampf gegen Faschismus und Krieg und für ein freies, demokratisches Deutschland aufgerufen. Unmittelbar nach dem Staatsstreich in Italien verteilten deutsche und griechische Patrioten in deutschen und italienischen Militärunterkünften antifaschistische Flugschriften. Mit Lebensmitteln und Medikamenten retteten deutsche Antifaschisten Hungernde, Kranke und Verwundete in Albanien, Griechenland und Jugoslawien. Sie übergaben den Partisanen dieser Länder Waffen und Munition und kämpften selbst in deren Reihen.

Im Kampf gegen die Nazityrannei an der Seite der griechischen Patrioten opferten viele deutsche Antifaschisten ihr Leben, unter ihnen Gerhard Franz, Arno Gravitz, Werner Illmer, Otto Mirbach, Heinz Steyer und Otto Stück.

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" entwickelte sich zum politischen und organisatorischen Zentrum der deutschen Antifaschisten auch in vielen kapitalistischen Ländern. Zahlreiche antinazistische Vereinigungen deutscher Emigranten und fortschrittliche deutsche Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Politiker, wie zum Beispiel Albert Bassermann, Professor Walter A. Berendsohn, Leo Blech, Ferdinand Bruckner, Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, John Heartfield, Max Hodann, Oskar Kokoschka, Professor Arthur Liebert, Thomas Mann[100], Alfred Meusel, Reinhold Niebuhr, Rosalinde von Ossietzky-Viredius, Karl Rawitzki, Kurt Rosenfeld, Adele Schreiber,

[100] Dokument Nr. 103.

Curt Trepte, Leopold Ullstein und August Weber, begrüßten die Gründung des NKFD und dessen antifaschistische Ziele. Die Gedanken und die Gefühle dieser im Exil lebenden Deutschen brachte später der greise Schriftsteller Arnold Zweig zum Ausdruck mit den Worten: „Als ich im Jahre 1943 in Palästina die Nachricht bekam, daß das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland' in der Nähe von Moskau gegründet worden sei – und ich mir die Namen derer vorlesen ließ, die dort zusammenwirkten, um sich mit den gefangenen deutschen Soldaten in Verbindung zu setzen und zur Öffentlichkeit der Welt zu sprechen –, da wußte ich: Es wird wieder ein Deutschland geben, in das ich mit meiner Frau und meinen Kindern zurückkehren kann und in dem ich meine Arbeit fortsetzen werde, soweit es mein Leben und meine Gesundheit zulassen."[101] Unter Führung der KPD und nach dem Beispiel des NKFD breitete sich auch in Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Jugoslawien, Lateinamerika, Schweden, in der Schweiz, in den USA und in anderen Ländern die Bewegung „Freies Deutschland" aus, deren Organisationen sich fast ausnahmslos als untrennbaren Bestandteil der deutschen Antihitlerkoalition betrachteten.

Die Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz entstand im August 1943 unter dem unmittelbaren politischen Einfluß der Gründung und der Tätigkeit des NKFD. Ihr gehörten Vertreter verschiedener Schichten des deutschen Volkes, verschiedener politischer Parteien und religiöser Bekenntnisse an. Sie gab in Zürich die hektographierte Zeitung „Freies Deutschland – Organ im Sinne des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland'" in 300 Exemplaren heraus. Die Bewegung verfolgte von Anfang an folgende politische Hauptziele: Einheit aller antifaschistischen Deutschen in der Schweiz zur Vernichtung des Faschismus und Militarismus auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms; Errichtung einer freien, unabhängigen demokratischen Republik; Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften im Ausland, um eine Vertrauensbasis für das demokratische Deutschland zu schaffen und um es wieder in den Kreis der friedliebenden Nationen einzureihen. Ihr Programm[102] stimmte mit den Grundsätzen des Manifests der NKFD überein. Die deutschen Antifaschisten in der Schweiz arbeiteten politisch vor allem unter den deut-

101 Arnold Zweig: Hier ist Deutschland. In: Neues Deutschland (Berlin), 29. Juli 1960.

102 Dokument Nr. 98.

schen Flüchtlingen, den Deserteuren, den internierten Wehrmachtsangehörigen, den ansässigen Deutschen und in der deutschen Kolonie. Sie hatten Kontakte mit der illegalen antifaschistischen Widerstandsbewegung in Süd- und Südwestdeutschland und schickten Antifaschisten zum Partisanenkampf nach Oberitalien. An ihrer Spitze standen unter anderem Wilhelm Abegg, ehemaliges Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und Staatssekretär im preußischen Innenministerium, der Kommunist und Schauspieler Wolfgang Langhoff und Charlotte von Kirschbaum. Die Tatsache, daß die Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz bis kurz vor Kriegsende illegal arbeiten mußte, hemmte ihre Entwicklung und verhinderte den engeren Zusammenschluß der patriotischen Deutschen in diesem Lande.

Am 25. September 1943 fand in der Trinity Hall in London die Gründungskonferenz der Freien deutschen Bewegung in Großbritannien statt. An ihr nahmen 400 Personen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Vertreter der Intelligenz, Geistliche, Soldaten, Frauen, Jugendliche sowie Vertreter der In- und Auslandspresse, teil. Für den Zusammenschluß aller deutschen Hitlergegner in Großbritannien zu einer gemeinsamen Bewegung hatten die Organisation der KPD, die Freie Deutsche Jugend und der Freie Deutsche Kulturbund in der Zeit vor 1943 unermüdlich gewirkt. Die Londoner Gruppe der Sozialdemokratie dagegen hatte in einem Schreiben die offizielle Mitarbeit in der Bewegung abgelehnt, da die Klärung der wichtigsten politischen Grundfragen angeblich noch nicht gelungen sei. Die Konferenz wählte einen Arbeitsausschuß von 23 Persönlichkeiten. Sie beschloß den Aufruf „Deutsche in Armee und Heimat!"[103], der unterschrieben war vom ersten Präsidenten der Freien deutschen Bewegung in Großbritannien René Kuczynski, ferner von dem sozialdemokratischen Schriftsteller Heinrich Fraenkel, den Kommunisten Kurt Hager und Wilhelm Koenen, der Schriftstellerin Irmgard Litten, Alfred Meusel, dem sozialdemokratischen Funktionär Karl Rawitzki, Leopold Ullstein, dem früheren Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei August Weber und anderen. Bereits Mitte November fand die 1. Delegiertenkonferenz statt, die ein Aktionsprogramm annahm, dessen politische Zielsetzungen denen des Manifests des NKFD entsprachen. Zu dieser Zeit hatte die Freie deutsche Bewegung in Großbritannien bereits zahlreiche Bezirksgruppen in London und Provinzgruppen in Birmingham, Glasgow, Leamington Spa, Leeds, Llan-

[103] Dokument Nr. 102.

gollen, Manchester und Stoke on Trent. Außerdem waren ihr kooperativ angeschlossen der Freie Deutsche Kulturbund, die Freie Deutsche Jugend, die Organisation der KPD in England, die Gruppe deutscher Seeleute, die Freie Deutsche Hochschule und die deutsche Sektion ehemaliger Mitglieder der Internationalen Brigaden.

Eine der bedeutendsten Organisationen des NKFD war die Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen, die Ende September 1943 in Paris gegründet wurde. Ihr gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen beider Konfessionen, früher nicht organisierte Emigranten, Arbeiter, Angestellte, parteilose Intellektuelle, Vertreter des Bürgertums, Jugendliche sowie antifaschistisch eingestellte Angehörige der Hitlerwehrmacht in Frankreich an. Sie wurde geleitet von einem Komitee, dem als Präsident der Kommunist Otto Niebergall vorstand und dem Richard Gladewitz, Walter Hähnel, Harald Hauser, Hans Heisel, Alfred Spitzer und andere angehörten. Die illegalen Zeitungen „Volk und Vaterland" und „Unser Vaterland", die als Organe dieser Bewegung erschienen, veröffentlichten das Manifest des NKFD in vollem Wortlaut, erläuterten es eingehend und gaben Aktionslosungen für den Widerstandskampf deutscher Antifaschisten in Frankreich heraus. Im Oktober veröffentlichte die Zeitung „Volk und Vaterland" den Gründungsaufruf des Komitees „Freies Deutschland" für den Westen „An die Wehrmacht und alle Deutschen in Frankreich!"[104], das sich mit einem Treuegelöbnis dem NKFD anschloß und sich diesem unterstellte. Unter der Leitung der illegalen Organisation der KPD in Frankreich kämpfte die Bewegung „Freies Deutschland" an der Seite der französischen Widerstandsbewegung. Sie erhielt dabei verstärkte Unterstützung der KPF, der Nationalen Front und des Sektors Deutsche Arbeit der Résistance. Gebietsvertretungen der Bewegung „Freies Deutschland" wurden in Lyon, Marseille und Toulouse gebildet. Außerdem schuf die Bewegung eine Anzahl von Verbindungsstellen in anderen Städten und stellte Kontakte mit deutschen Antifaschisten her, die in den Reihen der französischen Freischärler kämpften. Mit Hilfe eines Sozialdemokraten aus Meuselwitz bei Altenburg, der 1943 eine „Frontbuchhandlung" der Hitlerwehrmacht in Toulouse geleitet hatte, konnte eine ständige Verbindung zu der im Sinne des NKFD wirkenden großen Widerstandsorganisation im Gebiet Leipzig hergestellt werden. Auf diesem Wege gelangten illegale Flugschriften sowie Dokumente der

[104] Dokument Nr. 104.

KPD und des NKFD in die Hände der Leipziger Widerstandskämpfer. Mit der Gründung des Komitees „Freies Deutschland" für den Westen hatte auch im Widerstandskampf der deutschen Antifaschisten in Frankreich ein neuer Abschnitt begonnen. Nach der Befreiung Frankreichs gehörten dem legalen Komitee 120 Mitglieder und Bevollmächtigte an, darunter 17 Mitglieder der KPD, 18 Sozialdemokraten, 15 Mitglieder der ehemaligen Zentrumspartei, 11 Mitglieder der früheren Deutschen Staatspartei, 8 Mitglieder der früheren Deutschen Volkspartei, 12 ehemalige Deutschnationale, 18 Gewerkschaftsfunktionäre und 25 ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen. Mitglieder dieses Komitees waren unter anderen Otto Niebergall als Präsident, Heinrich W. Friedmann, Karl Hoppe, Arno Müller, Luise Schiffgens und Wilhelm Tesch als Vizepräsidenten, Harald Hauser als Generalsekretär sowie Ernst Buschmann, Fritz Fränken, Walter Hähnel, Hans Heisel, Wilhelm Knigge, Wilhelm Leo, Rudolf Leonhard, Adolf Ludwig, Ernst Melis, Karl Mössinger, Fritz Nickolay, Adolf Pöffel und Professor Otto Stamfort. Insgesamt hatten sich bis dahin etwa 2500 ehemalige deutsche Emigranten, darunter rund 350 Mitglieder der KPD, 250 Sozialdemokraten, 1200 Gewerkschafter, ungefähr 120 Angehörige ehemaliger bürgerlicher Parteien und zahlreiche parteilose Emigranten sowie annähernd 27 000 deutsche Kriegsgefangene in fast hundert Lagern zu der politischen Zielsetzung der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen bekannt.

Im Kampf an der Seite der französischen Patrioten fielen, wurden für die Teilnahme an diesem Kampf nach der Verhaftung in Frankreich oder nach der Auslieferung durch das Vichy-Regime an die Gestapo von den Hitlerfaschisten ermordet: Karl Becker, Josef Belgard, Egon Berlin, Alfred Bucher, Eberhard Decken, Gottlob Feidengruber, Peter Fell, Max Frank, Kurt Granzow, Karl Heinz, Siegfried Holzmann, Emil Jacob, Willy Jans, Hans Lambertz, Anton Lindner, Herbert Matzel, Hans Mosch, Lisa Ost, Siegfried Rädel, Hedwig Rahmel-Robens, Christian Robens, Carlo Schönhaar, Hellmut Thomas, Philipp Urbach , Käte Voelkner, Josef Wagner, Irene Wosikowski und viele andere.

Erfolgreich entwickelte sich die Bewegung „Freies Deutschland" in den Ländern Mittel- und Südamerikas. Bereits im November 1941 hatten deutsche und deutschsprechende emigrierte Schriftsteller in Mexiko-City die antifaschistische literarische Monatsschrift „Freies Deutschland" ins Leben gerufen. Die Zeitschrift, an deren Gestaltung

besonders Alexander Abusch, Erich Jungmann, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Paul Merker, Albert Norden, Ludwig Renn, Anna Seghers und Georg Stibi beteiligt waren, propagierte im Sinne der antifaschistischen Volksfrontpolitik der KPD die Losung der Einheit im Kampf gegen Hitler. Sie unterstützte das Bestreben der zahlenmäßig kleinen Organisation der KPD, eine einheitliche Front aller deutschen Hitlergegner in Mexiko zu schaffen. Sie weckte und förderte deren Bereitschaft, sich mit den Kommunisten zu dieser Front zusammenzuschließen. Auf dem Wege zu diesem Ziel waren nicht wenige Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden. Es war notwendig, immer wieder von neuem und mit großer Geduld über Sinn und Ziel des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren. Im Ergebnis dieser Tätigkeit konstituierte sich Ende Januar 1942 unter dem Vorsitz von Ludwig Renn ein Vorbereitendes Komitee, das das leitende Organ der Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko war und das ein Aktionsprogramm dieser Bewegung veröffentlichte.[105] Die Zeitschrift „Freies Deutschland" wurde jetzt zum Presseorgan der Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko.

Das Vorbereitende Komitee und dessen Vertreter leisteten unter den deutschen Emigranten und den Auslandsdeutschen eine umfangreiche politische und kulturelle Arbeit. Sie unterstützten die Bildung von Frauen- und Jugendgruppen „Freies Deutschland" und halfen bei der Organisierung der Bewegung in verschiedenen Provinzen Mexikos. Am 8. und 9. Mai 1943 fand in Mexiko-City die erste Landeskonferenz der Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko statt. Die Delegierten riefen in einem Manifest das deutsche Volk auf, überall und mit allen Mitteln zur schnellen militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands beizutragen. Sie wählten ein erweitertes Komitee, dessen Präsident Ludwig Renn wurde und dem als Mitglieder Alexander Abusch, Erich Jungmann, Anna Seghers, Bodo Uhse und andere Persönlichkeiten angehörten. Die Konferenz zeugte davon, daß die Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko immer stärkeren Einfluß gewann.

Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen der Bewegung „Freies Deutschland" wirkten auch in anderen mittel- und südamerikanischen Ländern. Bei vielen von ihnen reifte mehr und mehr die Erkenntnis, daß es notwendig ist, alle deutschen antinazistischen Kräfte in diesem Teil der Erde zusammenzufassen und ein leitendes Zentrum

[105] Dokument Nr. 84.

des antifaschistischen Kampfes zu schaffen. Auf Initiative der Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko schlossen sich deshalb im Februar 1943 die deutschen antifaschistischen Organisationen in Brasilien, Chile, Kuba und Mexiko zusammen und bildeten das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen mit dem Sitz in Mexiko-City. Im Gründungsaufruf setzte sich das Komitee das Ziel, alle deutschen antifaschistischen Bewegungen und Persönlichkeiten – ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der Parteizugehörigkeit – in Lateinamerika zu einigen und gemeinsame Aktionen für die Beendigung des Krieges, für den Sturz des Hitlerregimes und für ein freies, demokratisches Deutschland durchzuführen.[106] Ludwig Renn wurde zum Präsidenten und Paul Merker zum Sekretär des Komitees gewählt. Die Ehrenpräsidentschaft übernahmen unter anderem René Kuczynski, Heinrich Mann, Kurt Rosenfeld und Anna Seghers. Organ des Komitees wurde die Monatsschrift „Freies Deutschland". Im März 1943 schlossen sich deutsche antifaschistische Bewegungen und Persönlichkeiten in Bolivien, Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Ecuador, Guatemala, Honduras, Panama, Uruguay und Venezuela dem Lateinamerikanischen Komitee an. Etwas später folgten Gruppen deutscher Hitlergegner in Argentinien und Kolumbien. Dank der erfolgreichen Tätigkeit des Lateinamerikanischen Komitees dehnte sich die Bewegung „Freies Deutschland" auf ganz Mittel- und Südamerika aus und konnte von hier aus die deutsche antifaschistische Front gegen Hitlerkrieg und Nazismus gestärkt werden. Das war ein großer Schritt vorwärts in der Schaffung der Einheit der deutschen antihitlerischen Kräfte. Am 24. Juli 1943 begrüßte das Lateinamerikanische Komitee im Namen der ihm angegliederten Organisationen und Gruppen die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland", machte dessen Programm zur Richtschnur seiner weiteren politischen Arbeit und erklärte sich als Teil der vom NKFD geleiteten Gesamtbewegung „Freies Deutschland". Unter Führung des NKFD setzte das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen seinen Kampf bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus fort.

In Schweden machten die Sammlung und die Einigung der deutschen Hitlergegner ebenfalls Fortschritte. Unmittelbar nach der Gründung des NKFD erschien ab 15. Juli 1943 in Stockholm die Halbmonatszeitschrift „Politische Information". Die Zeitschrift propagierte

[106] Dokument Nr. 92.

die Ziele und die Tätigkeit des NKFD und wirkte im Sinne seiner Politik für den Zusammenschluß aller deutschen antinazistischen Kräfte in Schweden. Deutsche Hitlergegner gründeten unter maßgeblicher Teilnahme der Organisation der KPD, in der Karl Mewis, Paul Peschke, Paul Verner und Herbert Warnke führend tätig waren, Anfang Januar 1944 in Stockholm den Freien Deutschen Kulturbund. Der vorläufige Vorstand wandte sich mit einem Aufruf an alle Deutschen in Schweden[107], dem sich 56 Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtungen und sozialer Stellung anschlossen, darunter die Vertreter der KPD Karl Mewis, Paul Peschke und Herbert Warnke, die sozialdemokratischen Funktionäre Fritz Bauer, Hans Mugrauer und Fritz Tarnow, der Funktionär der SAP August Enderle sowie Max Seydewitz. Darin stellte sich der Kulturbund vor allem die Aufgabe, die in Schweden lebenden Deutschen ohne Unterschied der Herkunft, der Religion und der politischen Richtung zur Pflege der deutschen humanistischen Traditionen zu vereinen. Das Bekenntnis zur humanistischen deutschen Kultur und die Mitarbeit an ihrem Wiederaufbau sollten der Beitrag des Kulturbundes zur Schaffung eines freien, demokratischen Deutschlands sein. Im Verlaufe seines vielseitigen politischen und kulturellen Wirkens entwickelte sich der Freie Deutsche Kulturbund zur wichtigsten Organisation der Bewegung „Freies Deutschland" in Schweden. Im Oktober 1944 beschlossen der Freie Deutsche Kulturbund, die Organisation der KPD, die Ortsgruppen der SPD Eskilstuna, Göteborg, Malmö und Stockholm und die Landesgruppe der deutschen Gewerkschaften, den Arbeitsausschuß deutscher antinazistischer Organisationen in Schweden zu bilden, dessen Vorsitzender der sozialdemokratische Funktionär Hans Mugrauer wurde. Damit waren die Einheit und die Zusammenarbeit der deutschen Hitlergegner in Schweden im wesentlichen hergestellt. Unmittelbar nach Kriegsende führte der Arbeitsausschuß eine Pressekonferenz durch, auf der er die schwedische Öffentlichkeit ausführlich über die Ziele und die Ergebnisse des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland" informierte.

In den USA wurde am 2. Mai 1944 in New York das Council for a Democratic Germany (Rat für ein demokratisches Deutschland) gegründet, dem bürgerliche Demokraten, Katholiken, Protestanten, Wissenschaftler, Schriftsteller, Gewerkschafter und Mitglieder der SPD, der SAP und der KPD angehörten und dessen provisorischer Vorsitzender Professor Paul Tillich war. Der Rat veröffentlichte eine

[107] Dokument Nr. 109.

Erklärung[108], die die Unterschriften von Persönlichkeiten aus den verschiedensten sozialen Schichten und politischen Lagern trug, darunter Siegfried Aufhäuser, Horst Bärensprung, Elisabeth Bergner, Felix Boenheim, Bertolt Brecht, Hermann Budzislawski, Hermann Duncker, Lion Feuchtwanger, Albert Grzesinski, Marie Juchacz, Fritz Kortner, Professor Julius E. Lips, Heinrich Mann, Hans Marchwitza, Albert Norden, Erwin Piscator, Maximilian Scheer, Albert Schreiner, Professor Paul Tillich und Walter Victor. In dieser Erklärung wurde betont, daß für die Lösung der deutschen Frage die Ausrottung des Nationalsozialismus und die politische, soziale und wirtschaftliche Entmachtung der Träger des deutschen Imperialismus notwendig sei und daß sich die künftige deutsche Demokratie auf die vielfältigen Kräfte des antifaschistischen Widerstandes stützen müsse. Verschiedene Kommissionen des Rates erarbeiteten Denkschriften über die Notwendigkeit der antimonopolistischen Entwicklung im nachhitlerischen Deutschland, über Probleme der Gewerkschaften und über Kultur- und Erziehungsfragen.

Besondere Bedeutung und Verbreitung gewann die bereits im Mai 1942 von einer Gruppe deutscher Antifaschisten ins Leben gerufene deutschsprachige Halbmonatszeitschrift „The German American", die im Sinne der Bewegung „Freies Deutschland" wirkte. Die Zeitschrift begann sofort mit dem Abdruck von Reden deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion und publizierte, teilweise in Sonderausgaben, Dokumente des NKFD. Trotz der Behinderung durch amerikanische Behörden und trotz des Terrors kriegsgefangener faschistischer Elemente konnte die Zeitschrift unter deutschen Kriegsgefangenen verbreitet und konnten antifaschistische Verbindungsleute in die Lager geschickt werden. Unter Berufung auf das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und auf die Zeitschrift „The German American" bildeten etwa 1500 deutsche Kriegsgefangene das War Prisoner Council for a Democratic Germany (Kriegsgefangenenrat für ein demokratisches Deutschland). Dieser Rat führte antifaschistische Schulungen durch und erließ einen Aufruf an das deutsche Volk: „Brecht mit den Nazis! Macht Schluß mit dem Krieg!" Neben der Zeitschrift „The German American" machte das Bulletin „German Today" die englischsprechende Öffentlichkeit mit den Zielen und dem Wirken des NKFD bekannt. Gründer und ständige Mitarbeiter beider Presseorgane waren unter anderen Gerhart Eisler, Ernst Krüger, Hans Marchwitza, Albert

[108] Dokument Nr. 112.

Norden, Karl Obermann, Kurt Rosenfeld, Albert Schreiner und Max Schroeder.

Der Rat für ein demokratisches Deutschland nahm keine Verbindung zum Nationalkomitee „Freies Deutschland" auf und lehnte es ab, das NKFD anzuerkennen. Diese Tatsache erklärte sich dadurch, daß er von einer bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Mehrheit, die weiter auf antikommunistischen Positionen verharrte, beherrscht wurde. Trotzdem waren jedoch die Schaffung des Rates für ein demokratisches Deutschland und die Mitarbeit von Kommunisten in diesem Rat ein Schritt vorwärts auf dem Wege zum Zusammenschluß deutscher antihitlerischer Kräfte.

In Griechenland gründeten deutsche Kommunisten gemeinsam mit anderen Antifaschisten und mit Unterstützung der griechischen Widerstandsbewegung am 10. August 1944 das Antifaschistische Komitee deutscher Soldaten „Freies Deutschland". An diesem Tag fand im Hauptquartier der Griechischen Volksbefreiungsarmee eine Beratung statt, an der als Vertreter der deutschen Antifaschisten Falk von Harnack und der Jungkommunist Gerhard Reinhardt und als Vertreter der griechischen Befreiungsbewegung der Oberkommandierende der Volksbefreiungsarmee (ELAS) General Stefanos Sarafis, der juristische und diplomatische Vertreter des Oberkommandierenden Constantin Despotopoulos und der Kulturminister des Politischen Komitees der Nationalen Befreiung Griechenlands, der Politiki Epitropi Ethnikis Apeleftherosis (PEEA), Professor Petros Kokkalis teilnahmen. Die Beratung erörterte und bestätigte den Gründungsaufruf des Antifaschistischen Komitees deutscher Soldaten „Freies Deutschland", der wenige Tage später in den griechischen Zeitungen „Elefteri Ellada" und „Rizospastis" veröffentlicht und danach als Flugblatt unter den deutschen Soldaten an der Front verbreitet wurde.

Im Gründungsaufruf[109] setzte sich das Antifaschistische Komitee das Ziel, im Sinne des Programms und der Politik des NKFD zu wirken. Es entwickelte eine intensive politische und organisatorische Arbeit, stellte Verbindungen zu den Widerstandsorganisationen und -gruppen in den Einheiten der Bewährungsdivision 999 her und koordinierte deren Tätigkeit. Das Komitee begann mit der Aufstellung deutscher antifaschistischer Hundertschaften in den Regimentern der Griechischen Volksbefreiungsarmee, um an der Seite der griechischen Patrioten den bewaffneten Kampf deutscher Antifaschisten gegen den

[109] Dokument Nr. 116.

Hitlerfaschismus zu führen. Eine wichtige Aufgabe sah das Komitee vor allem darin, den geschlossenen Übertritt deutscher Soldaten und Offiziere auf die Seite des Antifaschistischen Komitees deutscher Soldaten „Freies Deutschland" oder der Griechischen Volksbefreiungsarmee zu erreichen und die antifaschistische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen zu leiten.

Das Antifaschistische Komitee deutscher Soldaten „Freies Deutschland" wurde in seiner erfolgreich begonnenen Tätigkeit vor eine sehr schwierige Situation gestellt, als Anfang Dezember 1944 britische Truppen die von der Volksbefreiungsarmee befreiten Gebiete Griechenlands besetzten, die griechische Widerstandsbewegung unterdrückten und die Tätigkeit des Komitees untersagten. Von den etwa 600 aktiven Kämpfern der Bewegung „Freies Deutschland" in Griechenland wurde ein beträchtlicher Teil als „Kriegsgefangene" Großbritanniens nach Nordafrika deportiert. Einige Gruppen von Kämpfern des Antifaschistischen Komitees konnten sich mit Hilfe griechischer Antifaschisten nach Bulgarien und Jugoslawien durchschlagen, wo sie den Kampf gegen den Hitlerfaschismus fortsetzten.

An der Entwicklung der Bewegung „Freies Deutschland" hatten die kommunistischen Schriftsteller, so Johannes R. Becher, Willi Bredel und Friedrich Wolf in der Sowjetunion, Ludwig Renn und Anna Seghers in Mexiko, bedeutsamen Anteil. Ihnen schlossen sich die bürgerlich-humanistischen Kulturschaffenden Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, Thomas Mann und andere an, die dem Manifest des Nationalkomitees zustimmten. Die antifaschistischen Schriftsteller standen mit der Waffe des Wortes in der vordersten Reihe des Kampfes gegen Krieg und Faschismus. Davon kündete unter anderem der Aufruf deutscher antifaschistischer Schriftsteller und Künstler „An das deutsche Volk" und der Aufruf „Deutsche Schriftsteller an die deutschen Soldaten". Darin hieß es: „Wir sind nicht von der Art derer, die man mürbe macht oder die ihr politisches Gewissen für ein behagliches und unbehelligtes Dasein verkaufen. Wir haben ein hartes, soldatisches und entbehrungsreiches Leben geführt, solange wir den Partisanenkrieg gegen den Verderber unseres Vaterlandes geführt haben. Und wir werden nicht müde werden, ehe wir nicht die Fahne der deutschen Freiheit mitten in Deutschland aufgepflanzt haben. Und fragt ihr uns, woher diese Leidenschaft, mit der wir zu unserer Sache stehn? Das wollen wir euch sagen: Es war die tiefe und unzerstörbare Liebe zu unserem Volk und Vaterland ... überall waren wir an der *Front*!

An der Front *für* Deutschland! An der Front *gegen* Hitler."[110] Der Kampf für die Befreiung der deutschen Nation von den faschistischen, imperialistischen Verderbern blieb auch jetzt das Hauptanliegen solcher antifaschistischen Dichter wie Johannes R. Becher, Bertolt Brecht und Erich Weinert. Sie entlarvten in ihren Dichtungen leidenschaftlich das Wesen des Faschismus, dessen verbrecherische Kriegspolitik und die Hitlerbarbarei. Ihre aufrüttelnden Worte waren Mahnrufe an die deutschen Soldaten im Osten, von dem Weg, der unvermeidlich ins Verbrechen und Verderben führt, abzugehen. Die antifaschistischen Schriftsteller begannen auch, sich in ihren Werken mit dem Überfall des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion auseinanderzusetzen. Davon zeugten Willi Bredels Schöpfungen „Das Vermächtnis der Frontsoldaten" und „Der Sonderführer". In vielen Werken der antifaschistischen Literatur wurde die nationale Tragödie des deutschen Volkes gestaltet und fand zugleich die echte, vom realen Humanismus des antifaschistischen Kampfes geprägte Vaterlandsliebe ihren dichterischen Ausdruck. Thomas Mann sprach über den englischen Rundfunk zu den Hörern in Deutschland. In der Sendereihe „Deutsche Hörer" rechnete er mit dem Faschismus ab und verband diese Auseinandersetzung mit einer kritischen Sicht der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Tragik der deutschen Geschichte, so sagte er in seiner Rede „Deutschland und die Deutschen", liegt darin, daß die deutsche Einigung nicht auf revolutionär-demokratischem Weg zustande gekommen, daß die Idee der Nation nicht mit der Idee der Freiheit und der Demokratie verbunden war. Sein Roman „Doktor Faustus – Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde", eines der bedeutendsten Werke der deutschen antifaschistischen Literatur, war eine scharfe Abrechnung mit der Herrschaft der Bourgeoisie und den geistigen Grundlagen des Faschismus in Deutschland. So halfen die antifaschistischen Schriftsteller mit künstlerischen Mitteln, mit der überzeugenden Kraft ihres Wortes, die Ideale des nationalen, antifaschistischen Kampfes zu verbreiten.

Die Gründung des NKFD und dessen antifaschistisches demokratisches Programm wirkten sich in einem bestimmten Maße auch auf die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien aus.

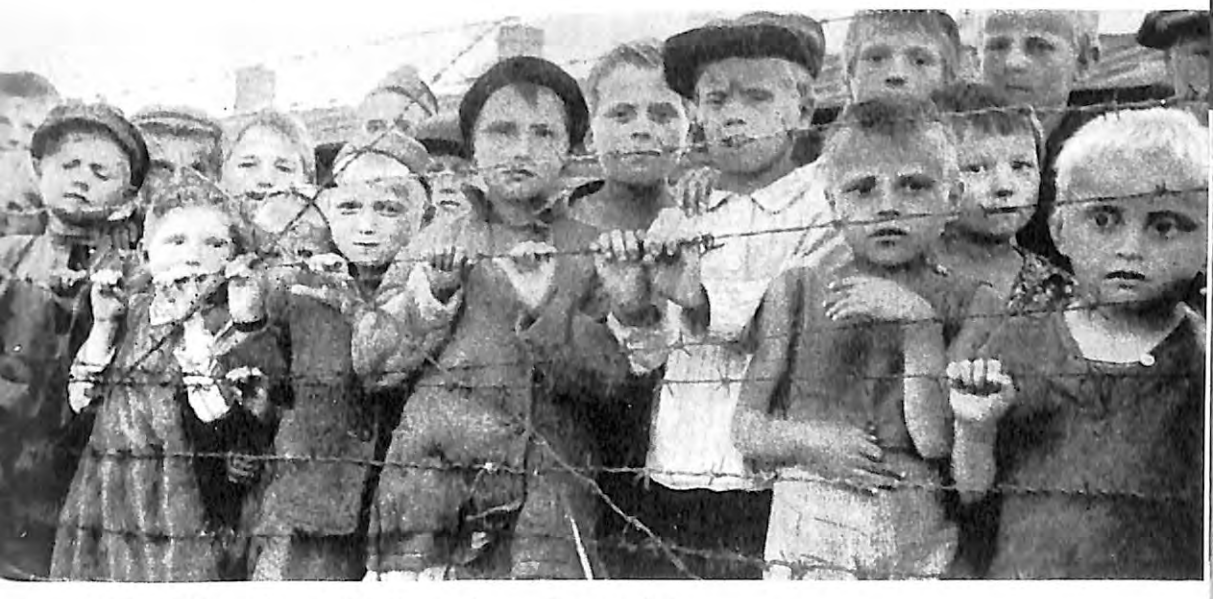
110 Erich Weinert: Um Deutschlands Freiheit. Literarische Arbeiten aus der Zeit des zweiten Weltkrieges. Mit einem Vorwort von Alfred Kurella, Berlin 1958, S. 335/336.



Angehörige
der faschistischen Wehrmacht
ermorden sowjetische Bürger



Die jüdische Bevölkerung des Warschauer
Ghettos wird zum Abtransport in die
Konzentrationslager zusammengetrieben



Rund 40 000 sowjetische Kinder werden zur Zwangsarbeit
nach Deutschland verschleppt, Juli 1944



Reichsführer SS Heinrich Himmler
mit Oberingenieur Max Faust vom IG-Farben-
Konzern im Konzentrationslager Auschwitz



Rüstungsminister Albert Speer
dekoriert Hermann Röchling



Ankunft eines Transports im Vernichtungslager Auschwitz, Nebenlager Birkenau



Präsidium der Gründungsversammlung des Nationalkomitees „Freies Deutschland",
v. l. n. r.: Major Karl Hetz, Major Herbert Stößlein, Erich Weinert, Soldat Max Emendörfer, Wilhelm Pieck, Gefreiter Hans Zippel (verdeckt), Hauptmann Hadermann, 12./13. Juli 1943

Freie Deutsche Bewegung in Gross-Britannien

Konferenzbericht

Die erste Konferenz zur Bildung einer "Freien Deutschen Bewegung" in England am 25. September wird allen denen, die ihr beiwohnen konnten ein unvergeßliches Erlebnis bleiben. Der Einladung Prof. Kuczynskis—im Namen des vorbereitenden Ausschusses—waren annähernd 400 Menschen gefolgt. In der alten Trinity-Hall war kurz nach 4 Uhr bereits kein Platz mehr zu finden. Dichtgedrängt standen und saßen die Delegierten von Organisationen und die, die sich durch ihre Vergangenheit und ihr Verantwortungsbewußtsein zu dieser Tagung gezogen fühlten.

DER VERLAUF DER TAGUNG

PROF. R. KUCZYNSKI, dessen Verdienste um die Sammlung aller fortschrittlichen Kräfte nicht erst jüngsten Datums sind, eröffnete die Konferenz.

Bisher habe es an der Einheit gefehlt. In Deutschland selbst hat sich der maßlose Terror als ein ausreichendes Bindeglied angesichts der ständigen Lebensgefahr für die Einheit der Oppositionellen erwiesen. Hier in England, wo der Haß nicht lebensgefährlich ist, hier ist noch ein anderes positives Bindeglied nötig. Eine Einheit, wie sie im Aufruf zu dieser Konferenz zum Ausdruck kommt.

Prof. MEUSEL:

HITLER-DEUTSCHLAND VOR DEM UNTERGANG

Leider sind wir nicht in der Lage, die ausgezeichneten Ausführungen, mit denen Prof. Meusel die Gründungskonferenz der Freien Deutschen Bewegung einleitete, ungekürzt wiederzugeben. "Wir wollen nicht mehr warten," das war der Grundton der begeistert aufgenommenen Rede, in der es u.a. hieß:

"Sechs Faktoren sind es vor allem, die Hitlerdeutschland dem Untergang entgegentreiben:

1. Die gewaltigen Siege der Roten Armee und der gesamten Sowjetunion über die deutschen faschistischen Eroberungsheere und ihre Satelliten.
2. Die Auflösung des italienischen Imperiums, die Invasion Italiens und der Zusammenbruch des italienischen Faschismus, der sich von dem Schlage, den ihm die Alliierten und das italienische Volk beigebracht haben, nur schwer erholen wird.
3. Die wachsende Luftüberlegenheit gegen Deutschland und die Lähmung Europas.
4. Das Vorgehen des U-Boot-Krieges als eines Mittels, die "neue" von der "alten" Welt zu trennen und England in die Knie zu zwingen.
5. Die wachsende Unzufriedenheit und Erbitterung in den von Hitler unterdrückten Ländern.
6. Die innenpolitische Lähmung Deutschlands."

Mit reichhaltigem Material, der Nazi-Presse entnommen, schilderte Prof. Meusel die Wirkung aller dieser Umstände auf das deutsche Volk. Eine besonders aufschlußreiche Uebersicht über "Propagandablätter" gebe der "Nationalsozialistische Kurier" in Stuttgart vom 3. September, 1943:

"Punkt 1.—Wir, die Deutschen, konnten den Krieg verhindern, wenn wir in der Frage Hitler-gegen-alle Kontinente nachgegeben hätten.

"Punkt 2.—Die SU wurde keinen Krieg begonnen haben, wenn sie sie nicht angegriffen hätten.

"Punkt 3.—Die amerikanischen Materialzuschüsse sind uns schlecht bekommen.

"Punkt 4.—Die Flugangriffe werden unsere Rüstungsindustrie in solchen Maße beschädigen, daß wir nicht imstande sein werden, der kommenden Aufgabe gewachsen Freude Widerstand zu leisten.

"Punkt 5.—England hat alle großen Kriege gewonnen, und es wird auch diesen gewinnen.

"Punkt 6.—Im ersten Weltkrieg mußte der Krieg zu zwei Fronten gegen Sieg gewonnen. Wenn nun eine zweite Front errichtet wird, wird die Lage die gleiche sein.

"Punkt 7.—Die Gebiete vom Osten und Westen werden in Europa Unterstützung finden wenn sie eine große Offensive unternehmen."

"Das alles ist Wiedergabe von Stimmungen. Wie in den früheren Jahren müssen wir auch dieses Mal feststellen, daß eine sehr ernste Kluft besteht zwischen der oppositionellen Stimmung und der Art, in der sich diese Stimmung in Taten umsetzt. . . Es ist eine wachsende Minderheit, aber sie wächst noch zu langsam, d.h. ihr Wachstum bleibt hinter den objektiven Notwendigkeiten und Möglichkeiten zurück."

Die Bedeutung der Westdeutschen Friedenskonferenz, die Anfang Dezember vorigen Jahres stattfand und das von ihr ausgehende Friedensmanifest behandelnd, geht der Redner

Bericht der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien

VOLK UND VATERLAND

Wir berichten aus Radio u. Presse des: NATIONALKOMITEES "FREIES DEUTSCHLAND" Fuer den Westen Nr. 1 Aug. 1943

Deutschland muß leben deshalb muß Hitler fallen!

Am 12. und 13. Juli d.J. fand in Moskau eine Konferenz statt, zu der sich Kriegsgefangene Offiziere und Soldaten, sowie in der SU befindliche antifaschistische Reichstagsabgeordnete, Gewerkschaftler und Maenner des oeffentlichen Lebens zusammengefunden hatten. An den Arbeiten der Konferenz beteiligten sich Vertreter aus allen Kriegsgefangenenlagern in der SU., Menschen der verschiedensten Schichten und der verschiedensten politischen und religioesen Ueberzeugung. Als Ergebnis der Konferenz beschlossen die Konferenzteilnehmer einmuetig die Schaffung des "NATIONALKOMITEES "FREIES DEUTSCHLAND".

Es wurde aus den Reihen der Konferenz gewaehlt.

In seiner ersten Sitzung waehlte das Nationalkomitee "Freies Deutschland" einmuetig den bekannten deutschen Schriftsteller Erich Weinert zum Praesidenten, Major Karl Hess zum ersten Vize-Praesidenten, Leutnant Heinrich Graf von Einsiedel zum zweiten Vize-Praesidenten.

Das Nationalkomitee "FREIES DEUTSCHLAND" wendet sich mit folgendem Manifest an die Wehrmacht und an das deutsche Volk:

MANIFEST DES NATIONALKOMITEES FREIES DEUTSCHLAND AN DIE WEHRMACHT UND AN DAS DEUTSCHE VOLK:

Die Ereignisse fordern von uns Deutschen unverzuegliche Entschei dung. In dieser Stunde beschwoeren Gefahr fuer Deutschlands Bestand und

Zeitung des Komitees „Freies Deutschland" für den Westen, August 1943



Deutsche und österreichische Mitglieder einer sowjetischen Partisaneneinheit, 1944



Griechische und deutsche Partisanen bei Volos, August 1944



Partisanen
des 1. Kroatischen
Proletarischen
Bataillons
auf dem Marsch



Straßensperre französischer Partisanen



Heinz Kehler (links), Bevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland" an der Narwa-Front, und Horst Silow, Armeebeauftragter des Nationalkomitees „Freies Deutschland", im Gespräch mit sowjetischen Offizieren



Wilhelm Pieck und Erich Weinert im Gespräch mit den kriegsgefangenen deutschen Generalen Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, General der Artillerie Walther von Seydlitz und Generalmajor Hans-Georg Leyser



Julius Leber



Adolf Reichwein



Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg

Teilnehmer an der Verschwörung vom 20. Juli 1944



Baracke des Führerhauptquartiers nach dem Bombenattentat des Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, 20. Juli 1944

Sie veröffentlichte im Oktober 1943 die programmatischen Dokumente „Für eine neue deutsche Republik" und „Richtlinien für die internationale Politik".[111] In beiden Dokumenten wurden die restlose Beseitigung des Faschismus, die Vernichtung des deutschen Militärapparates und seiner wirtschaftlichen und politischen Träger sowie der Aufbau eines demokratischen Deutschlands gefordert. Diese Ansichten stimmten mit dem Inhalt des Manifests des NKFD weitgehend überein. Mit diesen Dokumenten brachten führende Sozialdemokraten ihren Willen zum Ausdruck, an der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens und am Neuaufbau Deutschlands nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus maßgeblich teilzunehmen, ohne allerdings die Notwendigkeit der Einigung der Arbeiterklasse als grundlegende Bedingung für eine demokratische Entwicklung Deutschlands zu verstehen. In den „Richtlinien für die internationale Politik" orientierten die sozialdemokratischen Funktionäre auf eine Föderation aller europäischen Länder, in die Deutschland einbezogen werden sollte. Sie traten für die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und den USA ein, da nur so der Frieden in Europa erhalten werden könne. Bestimmte Gedanken in den genannten Dokumenten, die auf die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zielten, zeigten, daß das NKFD von „links" her überholt werden sollte. Trotz wesentlicher Gemeinsamkeiten lehnten leitende Funktionäre der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien weiterhin jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der Bewegung „Freies Deutschland" ab.

So wuchs der antifaschistische Widerstandskampf, an dessen Spitze die KPD stand, in der Zeit von November 1942 bis Dezember 1943 weiterhin an. Das wichtigste politische Ergebnis des unermüdlichen Kampfes der KPD um die Rettung der Nation in dieser Periode des Krieges war die Schaffung der vom Nationalkomitee „Freies Deutschland" geleiteten deutschen Antihitlerkoalition, die ihren Einfluß rasch verbreiterte. Es begann ein neuer Abschnitt des antifaschistischen Kampfes, der dank den weiteren Anstrengungen der KPD in der folgenden Zeit zu einem sichtbaren Aufschwung führte.

111 Dokument Nr. 105.

Der Aufschwung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter der Führung der KPD. Die gesetzmäßige Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Die Vorbereitung der KPD und des Nationalkomitees „Freies Deutschland" auf den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland nach der Beendigung des Krieges (Dezember 1943 bis Mai 1945)

1. Der Aufschwung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD

Das Sowjetvolk errang im Krieg gegen Hitlerdeutschland immer neue Erfolge. Bis Ende 1943 hatte die Rote Armee zwei Drittel des von den Hitlerfaschisten besetzten Gebietes der UdSSR befreit. Im Januar 1944 und in der darauffolgenden Zeit begann die Rote Armee mit neuen mächtigen Angriffen, die zur Einkreisung und Vernichtung starker faschistischer Verbände führten. Der Krieg war in die Periode der vollständigen Vertreibung der faschistischen Truppen aus der UdSSR, der Befreiung der Völker Ost- und Südosteuropas und der endgültigen Niederwerfung Hitlerdeutschlands getreten.

Diese Veränderungen in der militärischen Lage und im Verlauf des Krieges mußten das ZK der KPD und das NKFD auch hinsichtlich

der taktischen Hauptlosung für die antifaschistische Tätigkeit an der Front beachten. Die großen Einschließungsschlachten der Roten Armee und das fluchtartige, desorganisierte und demoralisierte Zurückfluten der Hitlerwehrmacht machten die Losung der geordneten Rückführung der Armee nach Deutschland illusorisch. Außerdem waren die Generale und Kommandeure der deutschen Truppen gegen diese Losung. Der Einfluß der faschistischen Ideologie auf die deutschen Soldaten und Offiziere hatte sich als noch so stark erwiesen, daß es unmöglich war, die Losung in die Tat umzusetzen. Ferner hatten die westlichen Alliierten auf der Konferenz in Casablanca im Januar 1943 den Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verkündet, dem die Regierung der UdSSR zustimmte. Auf der Konferenz von Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 beschlossen die Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA einmütig die Vernichtung aller militärischen Streitkräfte Hitlerdeutschlands[112], wobei die von J. W. Stalin geleitete sowjetische Delegation gleichzeitig entschieden die amerikanisch-britischen Zerstückelungspläne gegenüber Deutschland zurückwies. Auch die Erfahrungen der Antifaschisten an der Front, insbesondere die Erfahrungen, die die von Walter Ulbricht im Dezember 1943 geleitete Gruppe an der 1. Belorussischen Front gemacht hatte, sprachen für die Änderung der taktischen Hauptlosung. Die 6. Plenartagung des NKFD am 5. Januar 1944 diskutierte darüber ausführlich und formulierte die zweite taktische Hauptlosung: Einstellung der Kampfhandlungen und Übertritt auf die Seite des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Einen anderen Weg gab es nicht mehr.

Die neue Losung des NKFD blieb bis Kriegsende gültig und bindend für die gesamte antifaschistische Tätigkeit an der Front. Sie bedeutete nicht schlechthin Kapitulation, sondern nach der Einstellung der Kampfhandlungen den Übertritt auf die Seite des Nationalkomitees. Unter den Bedingungen des Krieges war damit die Gefangenschaft verbunden. Jedoch war die Losung so formuliert, daß sie von vornherein das weitverbreitete Argument über die „unehrenhafte Kapitulation" entkräftete. Sie bedeutete einen ersten politischen Schritt im Kampf um die Beendigung des Krieges, den Sturz der Hitlerregierung und den Aufbau eines neuen, freien Deutschlands. Sie führte heran an die klare Entscheidung für Volk und Nation, gegen Faschismus und Krieg.

[112] Dokument Nr. 106.

Die neue taktische Hauptlosung erforderte die Konkretisierung und Weiterentwicklung einer Reihe von Aufgaben der Bewegung „Freies Deutschland". Die antifaschistische Arbeit mußte sich mehr denn je auf die Bildung von illegalen Armeegruppen der Bewegung „Freies Deutschland" in den Fronttruppenteilen konzentrieren. Diese Gruppen sollten die politische Führung in den Einheiten übernehmen und den Kommandeuren den Entschluß zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Übertritt auf die Seite des NKFD erleichtern oder, wenn notwendig, die Einstellung der Kampfhandlungen gegen deren Befehl durchsetzen.

Die antifaschistischen Kämpfer des NKFD unternahmen unter der neuen taktischen Hauptlosung große Anstrengungen, um das Leben und die Gesundheit Tausender deutscher Soldaten und Offiziere zu retten.[113] Eine der größten Aktionen war die Tätigkeit der Vertreter des Nationalkomitees am Kessel von Korsun-Schewtschenkowski im Januar und Februar 1944. Dort waren von der Roten Armee zehn Divisionen der Hitlerwehrmacht eingeschlossen worden. Das Nationalkomitee entschied, zur Unterstützung der an diesem Frontabschnitt tätigen Antifaschisten eine Gruppe leitender Persönlichkeiten des NKFD einzusetzen. Diese Gruppe bestand aus dem Vizepräsidenten des NKFD und Präsidenten des BDO, General Walther von Seydlitz als Leiter, Generalmajor Otto Korfes, Major Hermann Lewerenz, Major Erwin Engelbrecht, Hauptmann Ernst Hadermann und Leutnant Bernt von Kügelgen. Im Mittelpunkt der antifaschistischen Aufklärungsarbeit stand die Aufforderung an die eingeschlossenen faschistischen Truppen: Stellt die Kampfhandlungen ein und tretet auf die Seite des Nationalkomitees über! Auch das sowjetische Kommando unterstützte die Arbeit der deutschen Antifaschisten und verschob das längst fällige Ultimatum zur Kapitulation. Zuerst wandte sich General Walther von Seydlitz an den kommandierenden General Wilhelm Stemmermann mit einem Brief, der über dessen Stab in zehn Exemplaren abgeworfen, aber nicht beantwortet wurde. Danach wurden ein Aufruf an die Eingeschlossenen in 1 050 000 Exemplaren, eine Kurzfassung dieses Aufrufs in 1 800 000 Exemplaren und das Flugblatt „Der Ausweg" in 1 282 000 Exemplaren mit der Aufforderung zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Übertritt auf die Seite des NKFD über den Eingeschlossenen abgeworfen. Am 16. Februar wurden sie mit dem Flugblatt „Ihr steht unmittelbar vor der Vernichtung!" in

[113] Dokumente Nr. 111 u. Nr. 113.

100 000 Exemplaren letztmalig gewarnt. Insgesamt wurden über dem Kessel 3,5 Millionen Flugblätter abgeworfen. Die Antifaschisten setzten auch eine Funkanlage, Großlautsprecher und andere Mittel ein. Alle ihre Schritte blieben im wesentlichen erfolglos. Die Hauptschuld dafür trug SS-General Herbert Gille, der im Kessel ein Terrorregime errichtet, dann aber mit dem Flugzeug das Weite gesucht hatte. Obwohl die breit angelegte antifaschistische Aufklärungsarbeit bei Korsun-Schewtschenkowski nicht zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Übertritt auf die Seite des NKFD führte, war sie dennoch nicht umsonst. 18 200 Soldaten und Offiziere wurden von der Roten Armee gefangengenommen und blieben dadurch am Leben. Viele von ihnen schlossen sich gleich in den ersten Tagen der Gefangenschaft der Bewegung „Freies Deutschland" an.

Das NKFD setzte auch in den rückwärtigen Gebieten der Hitlerwehrmacht Gruppen deutscher Antifaschisten ein. Sie hatten vor allem die Aufgabe, in den deutschen Truppenteilen die Ideen des Manifests des NKFD zu verbreiten, die Stimmung der deutschen Soldaten und Offiziere zu erkunden und nach Möglichkeit Wehrmachtsgruppen der Bewegung „Freies Deutschland" zu bilden. Diese Gruppen des NKFD waren mit Waffen und Munition, mit entsprechenden Dokumenten, Zahlungsmitteln, Lebensmitteln, Lebensmittelkarten, Papiervorräten, Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten und teilweise sogar mit Handdruckereien zur Herstellung von Flugblättern ausgerüstet. Sie sollten bewaffneten Auseinandersetzungen ausweichen, weil diese die Durchführung ihres eigentlichen Auftrages gefährdet hätten und weil sie für den militärischen Kampf nicht die ausreichende Bewaffnung hatten. In der Regel wurden diese Gruppen in Gebiete sowjetischer Partisanenabteilungen eingeflogen. Die sowjetischen Offiziere, die die Gruppen begleiteten und betreuten, regelten die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Partisanen. Zwei dieser Gruppen wurden im Februar 1944 von Walter Ulbricht und Erich Weinert verabschiedet. Die eine Kampfgruppe bestand aus den Antifaschisten Ernst Apelt, Alfred Gothe, Hermann Schauer und Theodor Zimmermann. Sie wurde von dem sowjetischen Major N. D. Djatlenko geleitet und sollte im Gebiet Baranowitschi eingesetzt werden. Zu der anderen Kampfgruppe gehörten die Antifaschisten Hugo Bahrs, Herbert Hentschke, Felix Scheffler und der Österreicher Karl Rienagel. Sie wurde von dem sowjetischen Hauptmann A. Koslow und dem sowjetischen Oberleutnant G. F. Chromuschina geleitet und sollte im Gebiet Minsk eingesetzt

werden. Anfang März wurden beide Gruppen in die vorgesehenen Einsatzgebiete geflogen, wo sie mit dem Fallschirm absprangen. Die im Raum Minsk abgesprungene Gruppe kam bei der bekannten Partisanenbrigade Platon zum Einsatz. Sie fand dort jegliche Unterstützung der sowjetischen Partisanen, die ihrerseits aus eigenen Kundschaftern einen Apparat zur Verteilung der Flugblätter der deutschen Antifaschisten aufbauten. Die Gruppe schrieb eine Vielzahl persönlicher Briefe an deutsche Soldaten und Offiziere der in der Nähe gelegenen Garnisonen und gab mehr als 40 Arten von Flugblättern zu je 5000 Exemplaren heraus, in denen sie systematisch die Ziele der Bewegung „Freies Deutschland" erläuterte und zum Übertritt auf die Seite des NKFD aufforderte. Die Flugblätter trugen die Unterschrift: Die Beauftragten des Nationalkomitees im Hinterland des Abschnitts Mitte – Gruppe 117. Die Flugblätter der Gruppe 117 klebten an Häuserwänden, Bäumen und Telegraphenmasten in den Garnisonen und wurden in Soldatenheimen, Lazaretten und Urlauberzügen ausgelegt. Der Versuch der Gestapo, die Gruppe 117 mit Hilfe eines in das Partisanengebiet entsandten SS-Mannes unschädlich zu machen, mißlang. Dieser konnte mit Unterstützung der Partisanen rechtzeitig entlarvt werden. Besondere Aktivität zeigte die Gruppe, als die Offensive der Roten Armee zur Befreiung Belorußlands begann. Kämpfer der Gruppe waren als Parlamentäre, als vorgebliche Regulierungsposten der Feldgendarmerie und im bewaffneten Kampf eingesetzt. Ende Juli 1944 kehrte die Gruppe 117 nach Moskau zurück, wo sie Walter Ulbricht und Erich Weinert über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit und die dabei gewonnenen Erfahrungen berichtete.

Anfang März 1944 veröffentlichte das NKFD das politisch außerordentlich bedeutsame Dokument „Das Nationalkomitee an Volk und Wehrmacht: 25 Artikel zur Beendigung des Krieges". Es wandte sich an alle Schichten des deutschen Volkes, an die Arbeiter, Bauern, Soldaten, Wissenschaftler, Künstler, Ingenieure, Ärzte, Geistlichen, Beamten, Angestellten, Mittelständler und Unternehmer. Die „25 Artikel zur Beendigung des Krieges" beruhten auf dem Manifest des NKFD. In ihnen wurde die politische Zielsetzung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" dargelegt. Da sich der Krieg immer mehr den Grenzen Deutschlands näherte und auf deutsches Territorium überzugehen drohte, stand die dringende Beendigung des Krieges im Mittelpunkt der 25 Artikel. Sie forderten alle Deutschen auf, endlich zu handeln und sich nicht durch die sinnlose Weiterführung des Krieges am Ruin

Deutschlands mitschuldig zu machen. Als Antwort auf die verlogene Parole der Nazis „Sieg oder Untergang" und auf die zahlreichen Verleumdungen gegen das NKFD wurde in den 25 Artikeln die Wahrheit über die historische Rolle der Sowjetunion und die Antihitlerkoalition, die Ziele des NKFD, die Gestalt des zukünftigen freien, unabhängigen Deutschlands und die Kampfaufgaben jedes ehrlichen Deutschen dargelegt. Die 25 Artikel spielten in der antifaschistischen Aufklärungsarbeit an der sowjetisch-deutschen Front, in den Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR und in Deutschland eine wichtige Rolle. Sie zeigten allen Deutschen den Weg zur Lösung der wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes: schnellste Herbeiführung des Friedens und Rettung der Nation vor der Katastrophe.

Während die Führung der KPD und das NKFD ihre ganze Kraft auf die rasche Beendigung des Krieges konzentrierten und zugleich das Programm für die demokratische Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege ausarbeiteten, waren maßgebliche sozialdemokratische Funktionäre vorwiegend mit der weiteren Konzipierung ihrer Nachkriegspolitik beschäftigt. So veröffentlichten Erich Ollenhauer, Wilhelm Sander und Hans Vogel im März/April 1944 in London erneut größere Teile des sogenannten Prager Manifests aus dem Jahre 1934. Sie schrieben dazu unter anderem: „Heute, nach mehr als 11 Jahren Naziherrschaft in Deutschland und nach mehr als vier Jahren Krieg, hat sich zwar der Ausgangspunkt dieser grundsätzlichen Stellungnahme der Partei wesentlich verschoben, aber die revolutionäre Grundhaltung der Programmerklärung tritt jetzt noch deutlicher in Erscheinung. Sie ist durch die umwälzenden Ereignisse, die wir seit 1934 erlebt haben, nicht überholt oder widerlegt worden. Im Gegenteil: Das Programm hat heute eine größere aktuelle Bedeutung als zur Zeit der Ausarbeitung und Veröffentlichung. Selbstverständlich bedingen die inzwischen eingetretenen Ereignisse, vor allem der durch die Politik der Hitlerdiktatur herbeigeführte Krieg, eine Korrektur im einzelnen, aber als Gesamtleistung ist das Programm heute wie vor zehn Jahren sowohl in seinem zukunftweisenden Teil als auch in seinen Gegenwartsforderungen ein leuchtendes Fanal sozialistischer Aufbauarbeit in Deutschland."[114] Mit dem Zurückgreifen auf dieses Manifest bekannten sich sozialdemokratische Funktionäre ein weiteres Mal zum Sturz des Faschismus und zur entschädigungslosen Enteignung der Schwerindustrie

[114] Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1944, Nr. 6, S. 1.

und des Großgrundbesitzes. Viele Gedanken, die in diesem Manifest enthalten waren, entsprachen völlig den Aufgaben, die in dieser Zeit des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus von der deutschen Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen antifaschistischen Kräften gelöst werden mußten. Doch die politische Orientierung auf die „Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft", wie sie im Manifest enthalten war, erschwerte den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und die Einigung aller Hitlergegner im Ringen um die Lösung der demokratischen Aufgaben und mußte sich letztlich auch schädlich auf den Kampf um den Sozialismus auswirken. Gleichzeitig verzichteten Erich Ollenhauer, Wilhelm Sander und Hans Vogel darauf, sich klar über die Kräfte zu äußern, die nach dem Sturz der Hitlerdiktatur Deutschland auf den Weg der friedlichen, demokratischen Entwicklung führen mußten. Die „Korrektur im einzelnen", von der sie schrieben, bezog sich vor allem auf den Abschnitt des Programms „Die Einheit des revolutionären Sozialismus". Die politisch entscheidenden Teile dieses Abschnitts, die die Einigung der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Antifaschisten aller politischen Richtungen behandelten, waren nicht wieder veröffentlicht worden. Diese politische Konzeption zeigte, daß sich einige sozialdemokratische Führer in Großbritannien eindeutig vom Manifest des NKFD abgrenzten und sich zielstrebig auf die Teilnahme an einer bürgerlich-demokratischen Staatsmacht unter Ausschluß der Kommunisten für die Zeit nach dem Sturz des Faschismus vorbereiteten. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß bei anderen verantwortlichen sozialdemokratischen Funktionären die Bereitschaft wuchs, gemeinsam mit der KPD zu kämpfen.

Die neuen Siege der Roten Armee Ende 1943 und Anfang 1944, die innenpolitische Krise in Deutschland und die Gründung des NKFD stellten die illegalen Parteiorganisationen vor immer größere Aufgaben. Jetzt ergaben sich neue vielfältige Möglichkeiten, die antifaschistische Kampffront zu verbreitern und zu festigen. In erster Linie mußten die teilweise noch isoliert arbeitenden illegalen Parteiorganisationen zusammengefaßt und eine operative Leitung der Partei in Deutschland geschaffen werden. Von Kriegsbeginn bis Herbst 1943 hatten sich in Berlin, Sachsen und Thüringen wieder im Bezirksmaßstab geleitete illegale Parteiorganisationen herausgebildet. Der Parteiorganisation Berlin-Brandenburg, die von Fritz Emrich, Franz Jacob und Anton Saefkow geleitet wurde, war es bis Ende 1943 gelun-

gen, die Widerstandsorganisation zu festigen, mehr illegale Zellen in den Rüstungsbetrieben und neue Stützpunkte der Partei zu schaffen. Die Betriebszellen umfaßten jeweils drei bis fünf Kommunisten. Ihre Aufgabe war es, die Flüsterpropaganda gegen den Hitlerkrieg, die Losung „Langsam arbeiten" und die Aufforderung zur Störung der Kriegsproduktion zu verbreiten, die Arbeiter über die wahre militärische Lage aufzuklären und die Zusammenarbeit mit den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu organisieren. Diese illegalen Parteizellen brachten Flugblätter in die Betriebe, die oft von Hand zu Hand gingen. Sie hatten Einfluß auf viele sie umgebende Arbeiter, in denen Zorn und Empörung über die Verbrechen des Hitlerregimes brannten. Der Terror der Hitlerfaschisten und die nazistische Beeinflussung der Bevölkerung, insbesondere die demagogisch betriebene chauvinistische Propaganda, erschwerten wesentlich die antifaschistische Arbeit. Die Widerstandskämpferin Grete Drögemüller berichtet aus eigenem Erleben: „Dabei war es für sie selber nicht leicht, am Tage auf der Arbeitsstelle für die Antreiber und Spitzel das Gesicht des uninteressierten Mitglieds der ‚Volksgemeinschaft' [zu zeigen], aber mit wachen Sinnen auf die leisesten Symptome reagierend, des Abends heimliche Zusammenkünfte, Besprechungen und dergleichen, des Nachts in unruhigen Schlaf fallend, ständig neue Verhaftungen erwartend. Wußte man denn, ob der, mit dem man gerade die nächsten Vereinbarungen getroffen hatte, wirklich ‚echt' war, ob man auch wirklich keine konspirative Regel verletzt hatte? Oder es konnte ganz plötzlich in der Nachbarschaft aus irgendwelchen Motiven zu Razzien und Verhaftungen kommen, für die der Geheimdienst immer Gründe fand. Dann lagen die Genossen wach und überprüften noch einmal in Gedanken ihre Standhaftigkeit und ihren Willen, auch das Schlimmste für die Partei auf sich zu nehmen. Sie wußten, daß – falls sie den Schergen wieder in die Hände fielen – ihren Frauen ebenfalls das Schlimmste drohte und ihre jetzt noch ruhig schlafenden Kinder dann kein Elternhaus mehr haben würden."[115]

Wo mehrere Zellen in einem Betrieb bestanden, wurden sie zu Kadergruppen zusammengefaßt. Das war in den riesigen Rüstungsbetrieben Askania-Werke AG, Daimler-Benz AG, Siemens, Telefunken Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH und vielen anderen

[115] Grete Drögemüller: Der Widerstandskampf erforderte disziplinierte, mutige und selbstlose Patrioten. In: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und seine militärpolitische Bedeutung, S. 158.

der Fall. Die Kadergruppen aller Betriebsteile arbeiteten nach den Anweisungen der illegalen Kadergruppenleitung, die aus drei Parteimitgliedern bestand. 1941 und 1942 waren die Kadergruppenleiter von der Berliner Leitung noch direkt angeleitet worden. Ende 1943 machte es die Ausdehnung der politischen und organisatorischen Arbeit in den Betrieben notwendig, die Leitungen der Betriebe stadtbezirksweise in mehreren Abschnitten zusammenzufassen. In der konspirativen Arbeit erfahrene Kommunisten wurden zu Abschnittsleitern bestimmt. Verantwortlich für die Instruktion der Betriebsfunktionäre waren im Abschnitt Nord Fritz Goltz, im Abschnitt Nordost Max Sauer, im Abschnitt Ost Erich Fähling und im Abschnitt Süd Wilhelm Moll. Sie sicherten die politische Anleitung der Betriebsarbeit. Franz Jacob und Anton Saefkow zogen diese Abschnittsleiter zu wichtigen Beratungen hinzu, so daß einige Beschlüsse, die die Weiterentwicklung der Berliner Parteiorganisation betrafen, kollektiv erarbeitet wurden. Die illegale Berliner Bezirksleitung hatte außerdem enge Verbindung zu leitenden Funktionären der Partei in Hamburg und Magdeburg sowie zu den illegalen Parteigruppen in Bernau, Greifswald, Landsberg an der Warthe, Liebenwalde (Mark), Mühlenbeck bei Berlin, Oranienburg und Schildow. Letztere erhielten den Auftrag, auf dem Lande Stützpunkte der Partei zu schaffen. Außerdem war die Verbindung zur illegalen Leitung der KPD im Konzentrationslager Sachsenhausen hergestellt worden.

Die Leitung der Parteiorganisation ließ entsprechend den Weisungen des ZK der KPD nichts unversucht, auch zu dem eingekerkerten Führer der Partei, Ernst Thälmann, die Verbindung aufzunehmen und dessen Befreiung zu organisieren. Im August 1943 fand in Berlin-Adlershof, in der Silberbergstraße, eine illegale Beratung statt, an der Bernhard und Erna Almstadt, Franz Jacob und Anton Saefkow teilnahmen. Dort wurde der Beschluß gefaßt, mit Ernst Thälmann, der sich zu dieser Zeit im Gefängnis in Hannover befand, die Verbindung herzustellen. Diesen Auftrag erhielt eine Verwandte Erna Almstadts, die durch ihren Betrieb, für den Gefangene arbeiten mußten, Zutritt zum Gefängnis hatte. Über diesen Weg erhielt die Parteileitung ständig Informationen. Sie erfuhr auch, daß Ernst Thälmann am 11. August 1943 von Hannover nach Bautzen übergeführt wurde, wo er Anfang 1944 die bekannte „Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen“[116] geschrieben hat.

[116] Dokument Nr. 108.

Die illegale Berliner Parteileitung konzentrierte ihre Anstrengungen darauf, die besten und aktivsten Mitglieder zusammenzufassen und einheitlich anzuleiten. Diesem Zweck dienten die verschiedenen Materialien für die Parteikader. Im „Material Nr. 1. Aktuelle Fragen unserer Arbeit. 1. Oktober 1943", das nochmals eindringlich die Notwendigkeit unterstrich, die Parteiarbeit auf die Betriebe zu konzentrieren, hieß es darum: „Alle politischen Dinge sind in Fluß geraten. Es gilt, diesem Fluß eine Bahn zu weisen, ihn in das Bett zu lenken, das wir wünschen.

Das aber können nicht noch so viele einzelne Genossen, sondern nur eine feste, zielklare Partei."[117] In diesen Materialien, die der politischen Schulung der illegalen Kämpfer dienten, begründete die Berliner Parteileitung entsprechend den Direktiven des ZK der KPD die politische Linie im antifaschistischen Widerstandskampf. Darüber hinaus wurden Flugblätter hergestellt, die in den Berliner Betrieben verbreitet und durch Kuriere nach Hamburg, Magdeburg und anderen Städten gebracht wurden.

Die illegale Thüringer Parteiorganisation unter der Führung von Theodor Neubauer und Magnus Poser verfügte in den Betrieben über eine bedeutende Anzahl von Parteizellen. Diese illegalen Zellen bestanden in der Erfurter Olympia-Büromaschinenwerke AG, der Gothaer Maschinenbauanstalt Theodor Ehrlich, bei Carl Zeiss Jena, in den Suhler Rüstungsbetrieben und in vielen anderen Betrieben. In Bad Salzungen, Eisenach, Gotha, Jena, Suhl, Weimar und Zella-Mehlis waren Unterbezirksleitungen der Partei aufgebaut worden, die die Parteistützpunkte in den umliegenden Städten und Gemeinden anleiteten. Auch die Thüringer Organisation der KPD stellte feste Verbindungen her zu ehemaligen Funktionären der SPD, wie zu dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralverbandes der Angestellten in Thüringen Gustav Brack, zu August Frölich und dem früheren Reichstagsabgeordneten Paul Voigt, der Kontakte zu sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären in Berlin unterhielt. In vielen von der Parteiorganisation geleiteten Widerstandsgruppen kämpften Kommunisten und Sozialdemokraten Schulter an Schulter, unter anderem auch der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Guido Heym. Darüber hinaus bestanden Verbindungen nach Dortmund und

[117] Material Nr. 1. Aktuelle Fragen unserer Arbeit. 1. Oktober 1943. In: Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942 bis 1945), Berlin 1957, S. 141.

Bad Kreuznach, zu Geistlichen und anderen christlichen und bürgerlichen Antifaschisten in Jena und zu einem Kreis antifaschistischer Lehrer in Bielefeld. Der Parteiorganisation war es gleichfalls gelungen, zu den politischen Gefangenen im Konzentrationslager Buchenwald eine regelmäßige Verbindung herzustellen. Mitte 1943 gab es bereits engste Kontakte mit der illegalen Berliner Bezirksleitung der KPD.

Theodor Neubauer verfaßte in der zweiten Hälfte 1943 den „Bericht zur Lage", der den Kadern der Thüringer Parteiorganisation die theoretische Grundlage für den weiteren Widerstandskampf vermittelte. In einer eingehenden Analyse des neuen Kräfteverhältnisses unterstrich der Bericht, daß die Sowjetunion der beste Freund der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt sei. Er warnte schon lange vor dem 20. Juli 1944 vor etwaigen Plänen reaktionärer Kräfte des Monopolkapitals und des Militärs, sich mit den westlichen Imperialisten verständigen und die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus vor dem Zorn des Volkes retten zu wollen. Der „Bericht zur Lage" verlangte von allen Kommunisten, den Tendenzen des tatenlosen Wartens auf die Befreiung durch die Rote Armee wirksam entgegenzutreten. Die Befreiung vom faschistischen Joch sei in erster Linie die Aufgabe des deutschen Volkes selbst. Der „Bericht zur Lage" schloß mit einigen programmatischen Forderungen, die zum überwiegenden Teil mit dem „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht" vom 6. Dezember 1942 übereinstimmten. Sie berücksichtigten allerdings noch nicht die breite antifaschistische Volksfrontpolitik, wie sie in der Gründung des NKFD und seinem Manifest zum Ausdruck kam.

Ende 1942 nahm die Organisation der KPD in Thüringen feste Verbindungen mit der Leipziger Parteiorganisation auf, die von Otto Engert, Kurt Kresse und Georg Schumann geleitet wurde. Beide Organisationen tauschten antifaschistische Materialien aus. Die in Thüringen hergestellten Flugblätter „Hitlers Krieg ist verloren", „Nur Kindsköpfe träumen noch vom Sieg" und „Ihr wißt, daß Hitler seinen Krieg unrettbar verloren hat" wurden auch in den sächsischen Betrieben verbreitet. Die Leipziger Parteiorganisation konzentrierte sich ebenfalls auf die Widerstandsarbeit in den Betrieben. Bis 1943 dehnte sie ihre Verbindung auf die Buna-Werke GmbH Zschopau, die Ammoniakwerke Merseburg GmbH und die verschiedenen Mansfelder Bergbaubetriebe sowie auf Breslau, Chemnitz und Dresden aus. Sie

stellte enge Kontakte mit den Parteiorganisationen in Hamburg, in Bayern, in Württemberg und im Rhein- und Ruhrgebiet her. Die führenden Funktionäre der Leipziger Parteiorganisation Otto Engert, Arthur Hoffmann, Kurt Kresse, Georg Schumann, Georg Schwarz und William Zipperer arbeiteten daran, die Hitlergegner aus der Arbeiterklasse, den Mittelschichten, der Intelligenz, dem Bürgertum und aus der Hitlerwehrmacht in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen und zu einer Widerstandsorganisation zusammenzufassen, deren Kern die illegale Parteiorganisation sein sollte.

Neben der Herausgabe von zahlreichen Flugblättern und der Organisierung von Sabotage der Kriegsproduktion zusammen mit Sozialdemokraten erarbeitete die Leitung der illegalen Parteiorganisation in Sachsen die „Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft (Plattform)", die zur Orientierung der Parteikader bestimmt waren. Diese Leitsätze enthielten eine richtige Einschätzung der Kriegslage. Sie betonten die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Kampf um die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes. Die Leitsätze enthielten aber noch die unrichtige Vorstellung, daß nach dem Sturz des Faschismus sofort die sozialistische Ordnung errichtet werden könne. Diese Linie erschwerte die Durchsetzung der Politik der Parteiführung, engte die antifaschistische Kampffront ein und hemmte die Gewinnung neuer Kräfte. Nach der Diskussion Theodor Neubauers und Anton Saefkows mit Georg Schumann wurde in der dritten Fassung der Leitsätze vom Februar 1944 richtig zwischen dem Kampf gegen Krieg und Faschismus und den weiterreichenden Zielen der KPD unterschieden und gefordert, daß sich alle Hitlergegner mit der Arbeiterklasse in der antifaschistischen Volksfront verbünden sollen. Die demokratischen Forderungen in den Leitsätzen waren auf den Sturz der Hitlerdiktatur und die Schaffung demokratischer Verhältnisse gerichtet.

Die Parteieinheiten der drei illegalen Bezirksorganisationen der KPD in Berlin, Sachsen und Thüringen standen in enger Kampfgemeinschaft mit sozialdemokratischen Betriebsarbeitern. Sie hatten vielfache Verbindungen zu ausländischen Kommunisten, die als Zwangsarbeiter oder als Kriegsgefangene nach Deutschland gepreßt worden waren. Es gab auch Kontakte mit Angehörigen des Mittelstandes und antifaschistischen Soldaten. Im Herbst 1943 reiften die politischen und organisatorischen Bedingungen für den Zusammen-

schluß der drei größten Bezirksorganisationen der KPD und die Bildung einer gemeinsamen politischen Leitung heran.

Nachdem sich wieder in mehreren Bezirken durch das ZK der KPD gelenkte illegale Parteiorganisationen mit eigener Leitung herausgebildet hatten, entstand aus der immer engeren Zusammenarbeit dieser Leitungen und der größten illegalen Widerstandsorganisation, der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation in Berlin, mit der Neubauer-Poser-Organisation in Thüringen und der Schumann-Engert-Kresse-Organisation in Sachsen, eine unter der Führung des ZK der KPD stehende operative Leitung der Partei und des illegalen antifaschistischen Kampfes in Deutschland selbst, die die politische Linie des Nationalkomitees „Freies Deutschland" zu ihrer Richtschnur machte. In Übereinstimmung mit den Weisungen des ZK der KPD fand im November 1943 in Berlin eine Beratung der leitenden Funktionäre statt. Sie faßte den bedeutsamen Beschluß, von nun an eine gemeinsame Leitung zu bilden und die Kraft und Zielstrebigkeit der bestehenden illegalen Parteigruppen zusammenzufassen. Der operativen Leitung der Partei gehörten Franz Jacob, Theodor Neubauer, Anton Saefkow, Georg Schumann und Martin Schwantes an; Bernhard Bästlein wurde in die Leitung einbezogen, nachdem ihm am 29. Januar 1944 die Flucht aus dem Zuchthaus Plötzensee in Berlin-Charlottenburg geglückt war.

Die Beratung der operativen Leitung prüfte eingehend die bisher erarbeiteten theoretischen Materialien und stimmte dem politisch reifsten Material, dem von der Berliner Leitung erarbeiteten „Material Nr. 2. Zur Lage. Oktober 1943", zu. Dieses Material gab eine eingehende Analyse der militärischen Lage, zog daraus die notwendigen politischen Schlußfolgerungen für die Einschätzung der internationalen Situation und zeigte die tiefe Krise des Hitlerregimes. Gleichzeitig enthielt es eine Einschätzung der verschiedenen Kräftegruppierungen des deutschen Monopolkapitals und der Stimmungen im Mittelstand und in der Arbeiterklasse.

Die Analyse der Situation und der Kräfte führte zu der klaren politischen Schlußfolgerung: „Wir haben Tempoverlust. Sowohl die objektiven Erfordernisse, wie auch die subjektiven Möglichkeiten, die sich uns tagtäglich darbieten, verlangen einen höheren Grad von Aktivität und Leistung, als wir heute aufzubringen vermögen. Die erste Forderung, die wir also aufstellen müssen, ist die Forderung an alle Kommunisten, trotz aller Gefahren und Widerstände, sich wieder zu-

sammenzuschließen und sich, unter Einhaltung aller konspirativen Sicherungen, einer zielklaren politischen Leitung zu unterstellen."[118] Und weiter hieß es im Material: „Die Schaffung neuer Zellen, die Aufnahme der Verbindung zur Leitung, die Koordinierung der Arbeit zwischen den Zellen sich ähnlicher Betriebe und zwischen den Zellenleitungen und den Leitungen der Gruppen organisiert arbeitender ausländischer Arbeiter ist eine notwendige revolutionäre Aufgabe, an deren Lösung viele, auch nicht im Betrieb befindliche Genossen mitarbeiten können."[119] Das Material enthielt ein festes Treuebekenntnis zur Sowjetunion und erklärte, daß Deutschland und die anderen europäischen Länder neue kriegerische Konflikte und einen neuen Weltkrieg nur dann vermeiden würden, wenn sie ihre Außenpolitik engstens an die Friedenspolitik der Sowjetunion anlehnten. Dieses politisch bedeutsame Dokument unterstrich die Notwendigkeit des Zusammengehens mit allen gegen Hitler opponierenden Kräften. Es rief allen Kommunisten zu: „Mut! Kühnheit und Entschlossenheit!"

Die Analyse der Krise des Hitlerregimes und der wachsenden Unzufriedenheit in breiten Bevölkerungsschichten ließen die operative Leitung der Partei zu der Schlußfolgerung kommen, daß das Ende des Hitlerregimes durch eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse herbeigeführt werden könnte. Sie meinte, daß die breite Bündnispolitik mit allen nationalen Kräften nur Gültigkeit habe bis zum Sturz des Faschismus, dem dann sofort ein sozialistisches Deutschland folgen werde. Diese und andere Unklarheiten in den Parteiorganisationen über die Politik der KPD, über das Nationalkomitee und über die Aufgaben der Kommunisten in der Bewegung „Freies Deutschland" mußten aber im Interesse des weiteren antifaschistischen Kampfes überwunden werden.

Franz Jacob und Anton Saefkow arbeiteten deshalb in Übereinstimmung mit Theodor Neubauer im Februar 1944 die politische Plattform „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'"[120] aus. Sie gingen davon aus, daß „Klarheit in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung über alle Fragen unserer Strategie und Taktik, unserer Politik ... die Voraussetzung für die einheitliche

[118] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NJ – 1524/9.

[119] Ebenda, S. 19.

[120] Dokument Nr. 110.

und erfolgreiche Führung unseres Kampfes"[121] ist. Sie schätzten die Bewegung „Freies Deutschland" richtig als eine breite Kampffront des deutschen Volkes für eine neue, bessere Zukunft Deutschlands ein, die auf Initiative und unter Führung des Politbüros des ZK der KPD geschaffen wurde und an der die Vertreter der verschiedensten Klassen und Schichten des deutschen Volkes beteiligt waren. Diese geschichtlich bedeutsame Tat der Parteiführung wurde mit den Worten gekennzeichnet: „Die deutschen Kommunisten in Moskau sind die Pioniere des gewaltigsten politischen Brückenbaues aller Zeiten."[122] Die Rolle der KPD, so betonte die Plattform, bestehe darin, der aktivste und politisch klarste Teil der Bewegung „Freies Deutschland" zu sein. In diesem Dokument wurde jegliches Sektierertum abgelehnt. Es hieß darin: „Wir Kommunisten reichen jedem Hitlergegner die Hand und schlagen in jede ehrlich uns gereichte Hand ein – zum gemeinsamen Kampf gegen den Volksfeind Hitler."[123] Die Hauptlosungen der Plattform waren die Losungen des NKFD: Sturz Hitlers, schnellste Beendigung des Krieges, Schaffung eines freien, unabhängigen, demokratischen Deutschlands. Das war auch der Hauptinhalt der Politik und des Kampfes der KPD. Nur auf diesem Wege konnte die deutsche Nation gerettet werden. Alle von Franz Jacob und Anton Saefkow in diesem Dokument entwickelten Losungen und Maßnahmen zeigten das Hauptanliegen der deutschen Kommunisten: Das deutsche Volk mußte aus eigener Kraft das Naziregime stürzen, den Hitlerkrieg beenden und der Nation den Weg für eine friedliche, demokratische Entwicklung bahnen. Sie erläuterten das Hauptziel des antifaschistischen Kampfes und den Charakter der nach dem Sturz des Faschismus zu errichtenden demokratischen Ordnung und schrieben: „Nicht Weimar ist das Ziel der Volksrevolution, sondern die Errichtung der revolutionären Demokratie, die wirkliche Herrschaft des deutschen Volkes ... Die kommende Demokratie wird eine revolutionäre Demokratie der um den Fortschritt kämpfenden Massen sein. Die kommende Demokratie wird die wirkliche Herrschaft des werktätigen Volkes verkörpern."[124] In der Plattform wurde erklärt, daß der Kampf um die Beseitigung des Faschismus und die Schaffung

121 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NJ – 1500/4, Bl. 1.

122 Ebenda, Bl. 13.

123 Ebenda, Bl. 6.

124 Ebenda, Bl. 5/6.

demokratischer Verhältnisse nur von der Arbeiterklasse geführt werden könne. Aus dieser Tatsache leiteten Franz Jacob und Anton Saefkow die Notwendigkeit der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ab: „Die Einheit aller ehemaligen Mitglieder der verschiedensten damaligen Arbeiterparteien und Gewerkschaften, ihr sofortiger Zusammenschluß zu betrieblichen Kampfgruppen muß Tatsache werden. Das ist die Hauptaufgabe der nächsten Wochen im Kampf gegen Hitler."[125] Im Dokument wurde die große Bedeutung des heroischen Kampfes der Roten Armee und des ganzen Sowjetvolkes unter der Führung der KPdSU(B) für die Befreiung vom Nazijoch betont. Somit hatte die operative Leitung der Partei die Politik der KPD und die unmittelbaren Aufgaben der Kommunisten und aller anderen Antifaschisten im Widerstandskampf im wesentlichen richtig erläutert.

Dieses bedeutsame politische Dokument gab auf der Grundlage der Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD und der Direktiven des ZK der KPD eine einheitliche politische Orientierung und eine im wesentlichen richtige konkrete Aufgabenstellung für den unmittelbaren antifaschistischen Widerstandskampf. Sie war eine wichtige Grundlage für das Ringen der illegalen Parteiorganisationen um den Zusammenschluß aller Kräfte des deutschen Volkes zu einer breiten antifaschistischen Widerstandsfront unter Führung der Arbeiterklasse. Dieses Dokument war ein Ergebnis der marxistisch-leninistischen Erziehung der Parteifunktionäre und Mitglieder durch das von Ernst Thälmann geleitete Zentralkomitee, das die Kader befähigt hatte, auf der Grundlage der Beschlüsse der Parteiführung selbständig die konkreten politischen Aufgaben zu entwickeln und den Kampf für ihre Durchführung zu organisieren und zu leiten.

Der operativen Leitung gelang es, das Dokument den im Konzentrationslager Sachsenhausen eingekerkerten führenden kommunistischen Funktionären zur Prüfung und Beratung zuzustellen. Die illegale Parteileitung im Konzentrationslager, der August Baumgarte, Albert Buchmann, Bruno Leuschner, Max Opitz, Max Reimann, Rudi Reutter, Ernst Schneller, Hans Seigewasser, Fritz Selbmann und Matthias Thesen angehörten, übermittelte der operativen Leitung ihre Antwort. Diese Antwort bewies, daß auch hinter den Kerkermauern die Stimme des ZK der KPD über einen gut organisierten illegalen Abhördienst vernommen wurde. Dadurch war die illegale Parteileitung

[125] Ebenda, Bl. 4.

in der Lage, außerordentlich wichtige Ergänzungen vorzuschlagen. Sie wies insbesondere darauf hin, daß das Ziel des antifaschistischen Kampfes die Errichtung einer Demokratie neuen Typus sei, die „nicht nur die demokratischen Freiheiten wiederherstellt, sondern eine wirkliche Volksherrschaft unter Führung der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Finanzkapital darstellt“[126]. Es wurde auch der Versuch unternommen, das Dokument über einen Justizwachtmeister Ernst Thälmann zu übermitteln und seine Meinung einzuholen. Dieser Versuch scheiterte. Alles das unterstreicht das ständige Bemühen der führenden Funktionäre der operativen Leitung der Partei, sich im Kollektiv volle Klarheit über die einzuschlagende politische Linie und die nächsten praktischen Aufgaben zu verschaffen.

Die operative Leitung der Partei traf erneut Maßnahmen zur Befreiung Ernst Thälmanns aus dem faschistischen Kerker in Bautzen. Mit dieser Aufgabe wurde die Dresdener Organisation der KPD betraut. Den unmittelbaren Befreiungsversuch sollten Max Fischer, Erich Grahle, Arthur und Rudolf Grimmer und Otto Kobach von der illegalen Parteigruppe in Schmiedeberg durchführen. Anton Saefkow hatte den Aktionsplan gebilligt und die Unterstützung durch einige Berliner Kommunisten zugesagt. Im April 1944 war er in Dresden, um sich über den Stand der Vorbereitungen zu dieser kühnen Aktion zu informieren. Entsprechende Verbindungen waren bereits aufgenommen. Jedoch konnte der Plan infolge der Verhaftungswelle von Anfang Juli 1944 nicht durchgeführt werden.

Der Zusammenschluß der Parteiorganisationen unter einer einheitlichen Leitung führte bald zu einem neuen Aufschwung in der illegalen Parteiarbeit. Die antifaschistischen Widerstandsorganisationen dehnten im ersten Halbjahr 1944 ihre politische Tätigkeit immer weiter auf die Betriebe der Rüstungsindustrie aus. In Berlin, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Magdeburg und in den Städten Thüringens wurden zahlreiche neue Parteizellen und -stützpunkte aufgebaut. In fast allen Rüstungsbetrieben, in denen Kommunisten tätig waren, entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Klassengenossen. So kämpften sie Schulter an Schulter in den Berliner Betrieben Askania-Werke AG, Daimler-Benz AG, L. Loewe & Co AG, C. Lorenz AG, Rheinmetall-Borsig AG, Schüler-Motoren AG, Berliner Maschinenbau AG vorm. L. Schwartzkopff und anderen, in den Thüringer Betrieben Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke

[126] Ebenda, Bl. 39.

GmbH in Suhl, Carl Zeiss Jena und in anderen sowie in Betrieben Hamburgs und des Rhein- und Ruhrgebietes. In diesem gemeinsamen antifaschistischen Kampf bildeten sich entscheidende Grundlagen für die Überwindung der Spaltung und die Schaffung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse.

Die illegalen kommunistischen Kader in den Betrieben sahen ihre Hauptaufgabe darin, gemeinsam mit Sozialdemokraten die „Arbeitelangsam-Bewegung" und Arbeitsverweigerungen zu organisieren, die mündliche antifaschistische Aufklärungsarbeit zu entwickeln, Streu- und Klebezettel, Flugblätter und Nachrichten ausländischer Sender zu verbreiten, Kriegsgeräte zu beschädigen, illegal lebende Antifaschisten zu unterstützen und in vielen anderen Formen zu kämpfen. So nahm beispielsweise die Organisation der KPD bei der Siemens-Apparate und Maschinen GmbH in Berlin-Marienfelde Verbindung mit einer Widerstandsgruppe von über 20 Sozialdemokraten auf. Beide Gruppen arbeiteten fortan sehr eng zusammen, verbreiteten Flugblätter und Nachrichten des NKFD und organisierten gemeinsam Sabotageaktionen in der Rüstungsproduktion. Die Parteiorganisation bei der C. Lorenz AG in Berlin-Tempelhof führte gemeinsam mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern Sabotageakte durch, so daß es zeitweilig zu einem Ausfall von 30 Prozent in der Rüstungsproduktion kam.

Nach der Verhaftung von Herbert Grasse und John Sieg im Oktober 1942 hatte die Widerstandsgruppe, von der die illegale Zeitung „Die Innere Front" herausgegeben worden war, ihren Hauptstützpunkt in Berlin-Pankow, in der Wohnung Heinz Plüschkes. Die Druckerei und wichtige Verbindungen, unter anderem zu ausländischen Zwangsarbeitern, waren erhalten geblieben. Anfang Februar 1944 verlegte die Gruppe ihre Tätigkeit nach Oranienburg. Von Oktober 1942 bis Juni/Juli 1944 gab sie noch etwa zehn Nummern der illegalen Zeitung „Die Innere Front" in Auflagen bis zu 160 Exemplaren heraus und verschickte davon eine gewisse Anzahl an die Front. An der Herausgabe und der Verbreitung der Zeitung waren die Beauftragte des ZK der KPD Charlotte Bischoff und Heinz Plüschke beteiligt. Anfang 1944 festigte die Widerstandsgruppe ihre Verbindung zu der von Anton Saefkow geleiteten Berliner Organisation.

In fast allen Betrieben bestanden enge brüderliche Beziehungen zu organisierten Gruppen ausländischer Zwangsarbeiter. Im Geiste des

proletarischen Internationalismus legte die operative Leitung der Partei größtes Gewicht darauf, den ausländischen Klassengenossen jede nur mögliche materielle und politische Hilfe zu leisten. Sie gab einige Flugblätter in französischer und russischer Sprache heraus, die in den Betrieben und Lagern verteilt wurden. Eine besonders enge Zusammenarbeit bestand mit den sowjetischen und französischen Kommunisten. Es war ein großer Erfolg des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes, daß sich im ersten Halbjahr 1944 12 945 deutsche Arbeiter und 193 024 ausländische Zwangsarbeiter an Arbeitsniederlegungen beteiligten. Die gegenseitige Information und der Erfahrungsaustausch, das gemeinsame Organisieren von Sabotageakten und die Übereinstimmung im Handeln gegen den Hitlerfaschismus zeugten von der brüderlichen Solidarität deutscher und ausländischer Antifaschisten im Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

Gleichzeitig verbreiterten die Widerstandsorganisationen beharrlich die antifaschistische Widerstandsfront. 1943/1944 gelang es, Verbindungen zu führenden Funktionären der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften herzustellen, so zum Beispiel zu dem ehemaligen ersten und zu dem früheren zweiten Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, August Imhoff und Emil Priemer, und zu dem früheren Vorsitzenden des Bekleidungsarbeiterverbandes Wilhelm Lehmann. Von Anfang des Jahres bis zum Sommer 1944 konnten neue Verbindungen zu den verschiedensten Bevölkerungskreisen und Einzelpersönlichkeiten geknüpft und die Zusammenarbeit mit ihnen begonnen werden. Es bestanden unter anderem folgende Kontakte: mit einer Widerstandsgruppe in Luckenwalde, in der Angehörige des Mittelstandes, Soldaten und Kriegsgefangene wirkten, die ihrerseits Verbindungen nach der Tschechoslowakei, nach einigen süddeutschen Städten und dem Konzentrationslager Theresienstadt hatten; mit einer Berliner Gruppe, die sich aus kleinen Unternehmern zusammensetzte und eigene Flugblätter mit dem Titel „Volksfront" herausgab; mit antifaschistischen Frauengruppen in den Berliner Bezirken Tiergarten und Wedding; mit einer Gruppe in den Apparatefabriken in Berlin-Treptow, der ein Arzt, ein Ingenieur und eine Krankenschwester angehörten; mit einer Gruppe von sechs Ärzten im Paul-Gerhard-Stift in Berlin; mit einer Gruppe von Medizinern in Dresden; mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Albert Bergholz in Mitteldeutschland, der Verbindung zu Wilhelm Leuschner und Hermann Schlimme hatte. Es gab weiterhin Verbindungen zu Lehrern

in Berlin und Magdeburg, zu einer Gruppe von Intellektuellen in München, zu einer umfangreichen Gruppe von Künstlern und Intellektuellen in Dresden, unter denen der Kunstmaler Alfred Frank einen besonderen Einfluß hatte, zu dem Schauspieler Hans Mayer vom Schiller-Theater Berlin, der auf seine Kollegen politisch einwirkte, und zu einem Kammersänger der Staatsoper. Außerdem hatten alle von der operativen Leitung gelenkten Parteiorganisationen zahlreiche Einzelverbindungen zu Handwerksmeistern, Geschäftsleuten, Fuhrunternehmern, Gastwirten und kleinen Fabrikbesitzern. Kontakte wurden auch zu katholischen Geistlichen in Kiesewald und Petersdorf im Riesengebirge hergestellt, die auf ihre Anhänger einwirkten und die Wahrheit über die Hitlerverbrechen verbreiteten. Einige neue Verbindungen entstanden zu den illegalen Parteiorganisationen in Bremen, Düsseldorf, Eberswalde, Genthin, Halberstadt, Hannover, Liegnitz, Meißen und Stuttgart.

Alle diese verschiedenen Gruppen und Kräfte bekannten sich zu den Zielen und zu der Politik des NKFD und trugen in den verschiedensten Formen ihren Teil zum gemeinsamen Widerstand bei. Sie beherbergten illegal lebende antifaschistische Kämpfer, sammelten Geld und Lebensmittelkarten für sie und für die Angehörigen der verhafteten Antifaschisten und übten Solidarität mit jüdischen Mitbürgern, mit ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Sie stellten Räume für Schreibmaschinen- und Vervielfältigungsarbeiten zur Verfügung und beschafften und transportierten Materialien. Nicht wenige Ärzte unterstützten die Widerstandsbewegung mit Medikamenten oder halfen durch Krankschreibungen die Kriegsmaschine Hitlers zu bremsen. Die genannten Gruppen und Kräfte gaben antifaschistische Flugblätter weiter, ermöglichten ausländischen Zwangsarbeitern das Abhören von Nachrichten, organisierten gemeinsam mit ihnen Sabotageakte in den Betrieben und verbreiteten durch Flüsterpropaganda die Losungen des NKFD und die Wahrheit über die Kriegslage. Im ersten Halbjahr 1944 verhaftete die Gestapo 310 686 deutsche und ausländische Antifaschisten wegen Teilnahme an Widerstandsaktionen. Trotz Terrors und Gewalt wuchs die antifaschistische Widerstandsfront weiterhin an.

Die operative Leitung der Partei lenkte entsprechend den Weisungen des ZK der KPD die Aufmerksamkeit der illegalen Parteiorganisationen auf die antifaschistische Arbeit in der Hitlerwehrmacht, besonders auf die Einbeziehung der Soldaten in den gemeinsamen

Kampf. Ein Anfang 1944 verfaßtes „Merkblatt für die zur Wehrmacht eingezogenen Genossen" erläuterte die Politik des NKFD und gab wertvolle Ratschläge für die politische Aufklärungsarbeit unter den Soldaten. Das Merkblatt nannte ganz offen die Schwierigkeiten und Hindernisse dieser gefährlichen Arbeit, aber es wies auch auf die verschiedensten Möglichkeiten der politischen Einflußnahme auf Angehörige der Hitlerwehrmacht hin. Die operative Leitung maß der antifaschistischen Arbeit unter den Soldaten eine solche Bedeutung bei, daß sie dafür einen selbständigen Sektor schuf und einige erfahrene Funktionäre beauftragte, sich ausschließlich damit zu befassen. Dank den unermüdlichen Anstrengungen vieler Kommunisten entstand ein weitverzweigtes Netz ständiger Verbindungen zu antifaschistisch eingestellten Soldaten in Lazaretten, Heeresbekleidungsämtern, im Heereswaffenamt und Luftwaffenbekleidungsamt, zu Unteroffizieren der Berliner Flugabwehr, zum Infanterieregiment in Berlin-Spandau, zum Heereszeugamt und zur Standortverwaltung in Berlin-Spandau, zu Genesungskompanien in Eisenach und Mühlhausen und zu verschiedenen Flugabwehrbatterien in Thüringen. Auf der Insel Fehmarn gewannen Mitglieder der Leipziger Parteiorganisation politischen Einfluß auf einige zur Hitlerwehrmacht einberufene Medizinstudenten. In Dänemark konnte ein Berliner Kommunist eine antifaschistische Wehrmachtsgruppe bilden, der zehn Soldaten angehörten. Von großem Wert war die Verbindung zu einer Dienststelle im faschistischen OKW, durch die die operative Leitung in den Besitz von Originalflugblättern des NKFD und der „25 Artikel zur Beendigung des Krieges" gelangte. Sie erhielt auch durch Kommunisten Flugblätter des NKFD direkt von der deutsch-sowjetischen Front. Die operative Leitung organisierte regelmäßig Besprechungen mit Fronturlaubern und in Deutschland stationierten antifaschistisch gesinnten Soldaten. Sie gab monatlich „Soldatenbriefe" heraus, die von den illegalen Parteiorganisationen in Berlin, Hamburg, Sachsen, Schlesien und Thüringen an die Front geschickt wurden.

Wenn auch trotz größter Anstrengungen ein entscheidender Erfolg der antifaschistischen Arbeit in der Hitlerwehrmacht am Einfluß des Antikommunismus und der nazistischen Ideologie scheiterte, war diese Arbeit dennoch nicht erfolglos. Sie verstärkte die schwelende Unzufriedenheit der Soldaten vor allem in den Fronttruppenteilen. Sie verhalf manchem Angehörigen der Hitlerwehrmacht zum tieferen Nachdenken über die nazistische Lügenpropaganda und förderte seine

Bereitschaft zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Übertritt auf die Seite des NKFD. Um dieser Entwicklung mit terroristischen Mitteln entgegenzuwirken, bildeten die deutschen Militaristen am 7. Juli 1944 ein Zentrales Sonderstandgericht für die Wehrmacht, das die „politischen Straftaten" deutscher Soldaten und Offiziere im Schnellverfahren aburteilte. Die antifaschistische Arbeit in der Hitlerwehrmacht war eine wertvolle Unterstützung für das Wirken des NKFD an der sowjetisch-deutschen Front.

Angesichts der herannahenden unvermeidlichen Niederlage Hitlerdeutschlands begann die operative Leitung der Partei, den künftigen antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands vorzubereiten. Dazu wurden antifaschistische Mitstreiter aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten herangezogen und mit der Ausarbeitung entsprechender Materialien beauftragt. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Willi Skamira entwarf ein Bauernprogramm, in dem die Notwendigkeit eines engen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft im Kampf für den Sturz des Hitlerregimes und den Aufbau eines freien, unabhängigen Deutschlands begründet wurde. Der Chefarzt eines Reservelazaretts, der sich zur Bewegung „Freies Deutschland" bekannt hatte, fertigte eine Denkschrift zur Seuchenbekämpfung nach dem Sturz des Faschismus an. Ein Magdeburger Stabsarzt erhielt den Auftrag, ein Exposé über Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens nach Kriegsende auszuarbeiten. Ein Mitglied einer Lehrergruppe des NKFD sollte ein Sofortprogramm für den demokratischen Neuaufbau des Schul- und Volksbildungswesens entwerfen. Der Blick der antifaschistischen Kämpfer war fest auf die Zukunft, auf ein freies, unabhängiges Deutschland gerichtet, für das sie täglich ihr Leben einsetzten.

So gelang es der unter der Führung des ZK der KPD stehenden operativen Leitung der Partei und des illegalen antifaschistischen Kampfes, die Parteikader ideologisch zu festigen, ihre Aktivität zu verstärken und mit ihrer Hilfe Hitler- und Kriegsgegner aus allen Volksschichten in die antifaschistische Bewegung „Freies Deutschland" einzubeziehen und sie auf der Grundlage der Beschlüsse des NKFD einheitlich zu führen. Die deutsche Antihitlerkoalition gewann immer mehr an Einfluß. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung in der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung nahmen weitere fortschrittliche Kräfte aus dem Bürgertum, die nach einem Ausweg suchten, Verbindung mit den Vertretern der Arbeiterklasse auf. Diese

Kräfte erkannten, daß die Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerregierung ohne Zusammenarbeit mit der von der KPD geführten Widerstandsbewegung nicht möglich sein würde. Während die imperialistischen und militaristischen Kräfte um Carl Goerdeler und Generaloberst a. D. Ludwig Beck zutiefst volksfeindliche Ziele verfolgten, stimmten die wahrhaften Patrioten um Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg dem Programm und der Tätigkeit des NKFD im wesentlichen zu. Zwischen ihnen und den Vertretern der Bewegung „Freies Deutschland" kam es deshalb im Sommer 1944 zu mehreren Besprechungen. In Dresden hatte General Fritz Lindemann im Auftrage Claus Schenk von Stauffenbergs mit Otto Engert als Vertreter der operativen Leitung der Partei einige Aussprachen, zu denen auch der sozialdemokratische Architekt Hans-Ludwig Sierks und der ehemalige sozialdemokratische Bürgermeister von Wurzen Georg Boock hinzugezogen wurden. In Leipzig verhandelte Georg Schumann durch Mittelsmänner mit Carl Goerdeler, ohne jedoch zu irgendwelchen nennenswerten Ergebnissen zu kommen.

Mit Zustimmung Fritz-Dietlofs von der Schulenburg, Claus Schenk von Stauffenbergs und Peter York von Wartenburgs gingen die sozialdemokratischen Funktionäre Julius Leber und Professor Adolf Reichwein auf die Bemühungen der operativen Leitung der KPD um Kontaktaufnahme ein. Diese beiden Sozialdemokraten, die lange einseitig auf die bürgerliche Opposition orientiert waren, hatten 1943 und 1944 ihre Haltung geändert und den Weg der antifaschistischen Einheitsfront mit den Kommunisten beschritten. Sie hatten am 22. Juni 1944 eine grundlegende Aussprache mit Franz Jacob und Anton Saefkow. Diese Zusammenarbeit sollte der Auftakt für weitere Gespräche sein. Sie konnten aber nicht mehr stattfinden, da Franz Jacob und Anton Saefkow und die beiden sozialdemokratischen Funktionäre Anfang Juli 1944 verhaftet worden waren.

In dieser Zeit erreichte die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung ihre größte Breite und Wirksamkeit. Die operative Leitung der Partei hatte in mehr als 30 Städten und Orten des Landes Brandenburg, in 18 Städten und Orten Sachsens und Sachsen-Anhalts und in über 37 Städten und Orten Thüringens fest organisierte illegale Stützpunkte. Sie konnte sich auf etwa 10 000 aktive Kämpfer stützen. Sie besaß darüber hinaus Verbindungen zu Partei- und Widerstandsorganisationen in mehr als 26 Städten in anderen Gebieten Deutschlands. Einige dieser Widerstandsorganisationen in Breslau, im Rhein-

und Ruhrgebiet und in Süddeutschland kämpften ebenfalls auf der Grundlage der Politik des NKFD. Auch andere illegale Parteiorganisationen verstärkten ebenfalls den antifaschistischen Widerstandskampf; sie wurden jedoch noch nicht zentral geleitet. Der antifaschistische Kampf in Deutschland erhielt einen sichtbaren Aufschwung und gewann an Kraft.

2. Die Gesetzmäßigkeit der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus. Der 20. Juli 1944

Im Sommer und Herbst 1944 errang das Sowjetvolk neue, bedeutsame Siege im Kampf gegen Hitlerdeutschland. Die Rote Armee hatte die Befreiung des Sowjetlandes von den faschistischen Okkupanten im wesentlichen abgeschlossen. Die Staatsgrenze der UdSSR war in ihrer ganzen Ausdehnung von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer wiederhergestellt. Die Rote Armee überschritt im September 1944 die ostpreußische Grenze und betrat damit deutsches Territorium. Sie half den um ihre nationale Freiheit kämpfenden Völkern Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Norwegens, Polens, Rumäniens und Ungarns, sich von der faschistischen Unterdrückung zu befreien.

Die großen Siege des Sowjetvolkes spornten die Völker in ihrem nationalen Befreiungskampf gegen die faschistischen Aggressoren und die reaktionären Kräfte in den eigenen Ländern an. In Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn verstärkten die nationalen Befreiungsfronten unter Führung der kommunistischen Parteien ihren Kampf für die Vertreibung der faschistischen Eindringlinge. Die militärischen Erfolge der Roten Armee zeigten deutlich, daß die Sowjetunion imstande war, Hitlerdeutschland allein zu schlagen und die versklavten Völker Ost-, Südost- und Westeuropas vom faschistischen Joch zu befreien. Die herrschenden Kreise Großbritanniens und der USA erkannten, daß sie mit der Verzögerung der zweiten Front keine weitgehende Schwächung und Ausblutung der UdSSR im Krieg gegen Hitlerdeutschland erreicht hatten. Sie mußten sogar befürchten, daß die UdSSR auch ganz Westeuropa vom faschistischen deutschen Im-

perialismus befreien würde und die Volksmassen dann mit den reaktionären imperialistischen Kräften ihrer Länder abrechnen würden. Um die Machtpositionen des Imperialismus in Europa zu retten, trafen sie deshalb Vorbereitungen für die Invasion in Westeuropa.

Am 6. Juni 1944 landeten acht amerikanisch-britische Luftlande- und Infanteriedivisionen in der Normandie in Nordfrankreich. Damit war nach mehrjähriger Verzögerung die zweite Front in Europa eröffnet. Obwohl das amerikanisch-britische Oberkommando über große Kräfte und Reserven verfügte, führte es die Angriffsoperationen in Nordfrankreich nur sehr zögernd und schleppend. Dadurch konnte das faschistische Oberkommando der Wehrmacht die Hauptkräfte der Hitlerwehrmacht weiter gegen die unaufhaltsam vordringende Rote Armee und die nationale Befreiungsbewegung der Völker in den okkupierten Ländern einsetzen. Somit hatte die Sowjetunion auch nach der Eröffnung der zweiten Front in Europa die Hauptlast des Krieges zu tragen.

Der Verlauf des Krieges machte sichtbar, daß die Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus historisch unvermeidlich und gesetzmäßig war. Die Hauptursache dafür lag in der eindeutigen politischen, ökonomischen, militärischen und moralischen Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion gegenüber der imperialistischen Ordnung Hitlerdeutschlands. Diese Überlegenheit hatte sich schon lange vor der Eröffnung der zweiten Front in Westeuropa offenbart. In der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet worden war, mußte jede Aggression gegen das Land des Sozialismus gesetzmäßig mit einer Niederlage enden. Die Macht des Sowjetlandes und die politisch-moralische Einheit des Volkes waren die Quelle des Sowjetpatriotismus, der im Heldentum der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz an der Front und in der Heimat seinen Ausdruck fand.

Der deutsche Imperialismus verkörperte die reaktionärsten, historisch längst überlebten gesellschaftlichen Kräfte. Er führte den ungerechtesten Krieg und trat als Hauptstoßkraft der Weltreaktion gegen die sozialistische Sowjetunion auf, deren Vernichtung sein wichtigstes Kriegsziel war. Seine aggressiven Weltherrschaftspläne bedrohten ganze Völker mit der Versklavung und Ausrottung. Dem deutschen Volk bürdete er alle Lasten des Krieges, unermeßliche Leiden und Opfer auf. Während er breite Bevölkerungsschichten mit seiner natio-

nalen und sozialen Demagogie irreführte, steigerte er gleichzeitig den Terror und setzte im Interesse seiner Weltherrschaftspläne die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel. Der deutsche Imperialismus war jetzt noch weniger als im ersten Weltkrieg imstande, den antagonistischen Widerspruch zwischen seiner hemmungslosen Gier nach Weltherrschaft und seinen begrenzten politischen, ökonomischen und militärischen Möglichkeiten zu lösen.

Angesichts der tiefen Krise, die das Hitlerregime seit der Schlacht bei Stalingrad erfaßt hatte, versuchten führende Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie und der reaktionären Militärs, die die Niederlage des Hitlerkrieges voraussahen, mit Hilfe der imperialistischen Westmächte die Existenz des deutschen Imperialismus zu retten. Sie wollten unter allen Umständen verhindern, daß das deutsche Volk und die anderen Völker die vollständige Niederlage Hitlerdeutschlands ausnutzten und mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus schonungslos abrechneten. Diese Kräfte des Monopolkapitals, die Hitler als Vertreter ihrer Klasseninteressen zur Macht gebracht hatten, wollten nunmehr angesichts der immer näherkommenden Niederlage Hitler preisgeben und so ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen retten.[127]

Die Goerdeler-Gruppe wollte die Hitlerregierung durch eine Regierung von Vertrauensleuten des Monopolkapitals und der Militaristen ersetzen, die durch den Hitlerfaschismus nicht zu sehr kompromittiert waren. Zu diesen Vertrauensleuten gehörten der als Staatsoberhaupt vorgesehene Generaloberst a. D. Ludwig Beck, Carl Goerdeler, der das Amt des Reichskanzlers übernehmen sollte, sowie Paul Lejeune-Jung, Ewald Loeser, Josef Wirmer, Andreas Hermes und andere, die verschiedene Ministerien leiten sollten. Diese Regierung sollte eine Militärdiktatur gegen das Volk ausüben und jegliche demokratische Bestrebungen unterdrücken. Die Verschwörer beabsichtigten, nach dem Sturz der Hitlerregierung die uneingeschränkte Herrschaft des Monopolkapitals entweder in einer parlamentarischen Monarchie oder aber in einem autoritären Ständestaat zu verwirklichen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung unter Vorherrschaft der größten Monopolverbände sollte die sozialökonomische Grundlage dieses Staates bleiben. Die von der Goerdeler-Gruppe vorbereiteten Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen sowie auch der Entwurf einer Verfassung hatten zum Ziel, eine wirklich demokratische Umwälzung in Deutschland zu

127 Dokument Nr. 93.

verhindern. Sie enthielten keine demokratischen Rechte und Freiheiten, wie das Wahlrecht, das Recht auf Parteienbildung und das Streikrecht. Die KPD, die führende Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf, sollte weiterhin unterdrückt bleiben. Man sah vor, die neu entstehenden Gewerkschaften gleichzuschalten. So wäre auch der geplante Goerdeler-Staat nichts anderes als eine Diktatur der reaktionären und aggressiven Kräfte des Monopolkapitals gewesen. Dieser Staat hätte im Vergleich zur Weimarer Republik sogar einen großen Schritt zurück bedeutet.

Die vorrangige außenpolitische Aufgabe der neuen Regierung sollte darin bestehen, durch den Abschluß eines Sonderfriedens mit den imperialistischen Westmächten Truppen frei zu bekommen, die das weitere Vordringen der Roten Armee verhindern sollten. Die gemeinsamen Interessen mit reaktionären Gruppen der westlichen Imperialisten und die gemeinsame Furcht vor einem Sieg der Sowjetunion schienen den Kräften des deutschen Monopolkapitals die geeignete Grundlage für eine antisowjetische Koalition zur Rettung der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus. Die Grundrichtung der außenpolitischen Linie der Goerdeler-Gruppe war also: direkte Fortführung der antinationalen, antisowjetischen Pläne des deutschen Imperialismus, Spaltung der Antihitlerkoalition, Schaffung einer antisowjetischen Front der Weltreaktion und Fortsetzung des Krieges gegen die UdSSR. So wollten die Verschwörer das Rad der Geschichte zurückdrehen. Das war eine große Gefahr nicht nur für das deutsche Volk, sondern ebenso für alle anderen friedliebenden Völker.

Die innen- und außenpolitischen Pläne der Goerdeler-Gruppe verkörperten somit nur eine andere Variante der antinationalen Politik des deutschen Monopolkapitals. Sie zeigten dem deutschen Volk keinen Ausweg, keine Lösung der nationalen Lebensfragen.

An der Verschwörung gegen Hitler waren auch Patrioten aus Offizierskreisen und dem Bürgertum beteiligt, wie die besonders aktiv handelnden Offiziere um Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Zu den patriotischen Kräften gehörten auch Mitglieder des vom Grafen Helmuth von Moltke geleiteten christlich-sozialen Kreisauer Kreises[128], wie Pfarrer Harald Poelchau, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Adam von Trott zu Solz, Peter Graf York von Wartenburg sowie die Sozialdemokraten Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Professor Adolf Reichwein. Sie lehnten die reaktionäre Konzeption

[128] Dokument Nr. 99.

der Goerdeler-Gruppe ab. Die fortschrittlichsten Kräfte der Verschwörung wirkten in der Gruppe um Stauffenberg. In ihr waren kluge und aufrechte Männer vereint, die keine panische Angst vor dem Volk und keine Illusionen über die imperialistischen Westmächte hatten. Zu dieser Gruppe gehörten die Generale Fritz Lindemann, Friedrich Olbricht, Helmuth Stieff und Eduard Wagner, Oberst Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haeften. Das innenpolitische Leitmotiv der Gruppe um Stauffenberg bestand darin, in Deutschland durch den gemeinsamen Kampf aller antifaschistischen Kräfte eine Ordnung zu errichten, die alle Deutschen zu Trägern des Staates machen und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgen sollte. Sie war von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Hitlerdiktatur beseitigt und durch eine demokratische Republik ersetzt werden mußte. Ihr außenpolitisches Programm sah vor allem die Beendigung des Krieges an allen Fronten, die vorbehaltlose Zurückziehung der deutschen Truppen hinter die Reichsgrenzen und den Verzicht auf alle eroberten Gebiete vor. Ihr war klar, daß es künftig ohne oder gegen die UdSSR keine europäische Politik mehr geben könnte. Sie trat für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein.

Die sozialdemokratischen Funktionäre bildeten keine in sich geschlossene Gruppe mit eigenem Programm, sondern wirkten in mehreren Kreisen. Gustav Dahrendorf, Theodor Haubach, Emil Henk und Carlo Mierendorff gehörten zum Kreisauer Kreis. Sie lehnten die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab und ordneten sich zunächst der Politik der Goerdeler-Gruppe unter. Später jedoch begannen sie sich von deren Einfluß zu lösen. Julius Leber und Wilhelm Leuschner sollten in die Goerdeler-Regierung eintreten und dieser einen demokratischen Anstrich geben. Wenn auch in unterschiedlichem Grade, waren sie sich aber doch des reaktionären Charakters der Goerdeler-Gruppe bewußt und wollten die Entwicklung in Richtung auf eine demokratische Umgestaltung Deutschlands vorantreiben. Wilhelm Leuschner, der in den Plänen Carl Goerdelers nur eine Übergangslösung sah und sich in der illegalen Arbeit für die Einigung der Gewerkschaften im Kampf gegen Hitler und für den Aufbau eines neuen Deutschlands einsetzte, sagte vor seiner Hinrichtung zu seinen Freunden: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!“[129] Julius Leber und Professor

[129] Zit. nach: Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1950, S. 193.

Adolf Reichwein übten einen starken Einfluß auf den Kreisauer Kreis und auf die Stauffenberg-Gruppe aus und verstärkten in ihnen das demokratische Element. Sie traten für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein.

Insgesamt standen die Zielsetzungen der fortschrittlichen Kräfte um Julius Leber, Helmuth von Moltke und Schenk von Stauffenberg in unversöhnlichem Gegensatz zu denen der reaktionären Mehrheit der Verschwörer. Die Gruppen um Julius Leber, Helmuth von Moltke und Schenk von Stauffenberg konnten aber den Gesamtcharakter der Verschwörung, der von den Kräften um Carl Goerdeler geprägt wurde, nicht entscheidend beeinflussen.

Am 20. Juli 1944 unternahm Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg erneut einen Versuch, den geplanten Sprengstoffanschlag zur Beseitigung Hitlers durchzuführen. An diesem Tage sollte Schenk von Stauffenberg in einer Lagebesprechung in der Wolfsschanze, dem sogenannten Führerhauptquartier bei Rastenburg in Ostpreußen, über die Neuaufstellung von Divisionen berichten. Schenk von Stauffenberg, der begleitet war von Generalmajor Helmuth Stieff und Oberleutnant Werner von Haeften, traf am Vormittag mit dem Flugzeug in Rastenburg ein. Wohlbehalten konnte er die Aktentasche mit der Zeitzünderbombe in die Wolfsschanze bringen. Nachdem es ihm gelungen war, die Tasche in unmittelbare Nähe Hitlers zu stellen, verließ er unter einem Vorwand den Raum. Danach erfolgte dann die Explosion, durch die es zahlreiche Leicht- und Schwerverletzte gab. Hitler selbst kam mit leichten Verletzungen davon. Werner von Haeften und Schenk von Stauffenberg, die vom Tod Hitlers überzeugt waren, fuhren auf dem schnellsten Wege zum Flugplatz und flogen nach Berlin zurück. In Berlin war inzwischen mit dem Stichwort „Walküre" ein Militärputsch ausgelöst worden, der jedoch schnell wieder zusammenbrach. Diese Aktion vom 20. Juli 1944, insbesondere das Attentat des Obersten Claus Graf Schenk von Stauffenberg, war eine antinazistische Tat, die objektiv auf die Beseitigung des Hitlerregimes gerichtet war. Am späten Abend des 20. Juli wurden Oberleutnant Werner von Haeften, General Friedrich Olbricht, Oberst Mertz von Quirnheim und Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg im Stab der Verschwörer in der Bendlerstraße in Berlin standrechtlich erschossen.

Die Verschwörung des 20. Juli 1944 gegen Hitler blieb erfolglos. Die Pläne der Goerdeler-Gruppe, einen Keil zwischen die Staaten der Antihitlerkoalition zu treiben, widersprachen dem realen Kräftever-

hältnis, das durch den siegreichen Vormarsch der Roten Armee und ihrer Verbündeten geschaffen worden war. Die westlichen Regierungen konnten trotz der Machenschaften einflußreicher reaktionärer Kräfte in ihren Ländern nicht mitten im Krieg offen mit dem Feind paktieren und den sowjetischen Verbündeten verraten. Die Pläne der Goerdeler-Gruppe mußten scheitern, weil sie letztlich gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtet waren, weil diese Gruppe die Verbindung zum Volk mied und alles tat, um insbesondere die Arbeiterklasse und die KPD vom Kampf um die Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerregierung auszuschalten. Der Putsch blieb erfolglos, weil er dilettantisch und ohne Verbindung mit der antifaschistischen Widerstandsbewegung vorbereitet war und die an diesem Putsch teilnehmenden Offiziere für die Zeit unmittelbar nach der Beseitigung Hitlers keine politische Konzeption hatten. Unter den Bedingungen des nazistischen Terrorsystems konnte selbst der bestorganisierte Offiziersaufstand nicht erfolgreich sein, wenn er von der Vorhut der Arbeiterklasse und den antifaschistischen Widerstandsorganisationen isoliert blieb.

Im Juli 1944 verhaftete die Gestapo einen großen Teil der Widerstandskämpfer in Berlin-Brandenburg und Sachsen. Die Thüringer Parteiorganisation blieb zunächst fast völlig erhalten. In den darauffolgenden Wochen und Monaten peitschte der sogenannte Volksgerichtshof unter dem Vorsitz Roland Freislers einen Prozeß nach dem anderen durch. Weit über 1000 Antifaschisten wurden in die Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen und über 400 Todesurteile wurden gefällt, darunter gegen die Mitglieder der operativen Leitung der Partei und die Leiter der illegalen Organisation der KPD in Berlin-Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Nach dem 20. Juli 1944 fielen dem blutigen Terror des Hitlerfaschismus ungezählte deutsche und ausländische Antifaschisten zum Opfer. Unter ihnen befanden sich Bernhard Bästlein, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Anton Saefkow und Georg Schumann sowie die führenden Kommunisten in den Konzentrationslagern Ernst Grube, Albert Kuntz, Ernst Schneller und Matthias Thesen.[130] Am 18. August 1944 wurde im Konzentrationslager Buchenwald Ernst Thälmann, der unvergessene Führer der KPD, ermordet. Dort starb einige Tage später auch der führende Sozialdemokrat Rudolf Breit-

[130] Dokumente Nr. 114, Nr. 117 u. Nr. 125.

scheid. Ernst Thälmann hatte mehr als elf Jahre hinter faschistischen Kerkermauern geschmachtet und war allen nur denkbaren Folterungen und Qualen ausgesetzt. Als der Tod Ernst Thälmanns im Lager bekannt geworden war, kamen politische Häftlinge im Kellerraum der Desinfektion zu einer illegalen Gedenkfeier zusammen. Robert Siewert würdigte in einer kurzen Ansprache die unbeugsame Haltung Ernst Thälmanns. Die Häftlinge ehrten schweigend den großen Führer der deutschen Arbeiterklasse und sangen abschließend die Warschawjanka. In der internationalen Arbeiterbewegung, in vielen Ländern der Welt wurde die Nachricht von der feigen Ermordung Ernst Thälmanns mit großer Entrüstung und tiefer Erschütterung aufgenommen. Georgi Dimitroff und Dolores Ibarruri versicherten dem Vorsitzenden der KPD, Wilhelm Pieck, ihr tiefes Mitgefühl und würdigten Ernst Thälmann als ein Beispiel der Treue zum Marxismus-Leninismus.

Die Ermordung Ernst Thälmanns war für die Arbeiterklasse, für die deutsche Nation ein schwerer Verlust. In seiner Person verlor die deutsche und internationale Arbeiterklasse einen ihrer hervorragenden Funktionäre, einen konsequenten Marxisten-Leninisten. Sein Name war untrennbar mit dem Kampf der KPD gegen Imperialismus, Faschismus und Militarismus, für Frieden, Freiheit und eine bessere Zukunft des deutschen Volkes verbunden. Ernst Thälmann war ein glühender Internationalist, dem die Freundschaft zur Sowjetunion, der Frieden zwischen den Völkern und die Wohlfahrt und das Glück seines Volkes höchstes Anliegen waren.

3. Die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die nationale Katastrophe des deutschen Volkes. Die Vorbereitungen des ZK der KPD für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in Deutschland

Am 25. Juli ordnete die Naziregierung eine neue „totale Mobilmachung" an. Joseph Goebbels, zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz ernannt, ließ im Herbst alle Theater, Kabaretts, Ausstellungen, Konservatorien und fast alle Verlage schließen. Die Angestellten dieser Einrichtungen mußten an die Front oder in die Rüstungsindustrie gehen. Gleichzeitig wurden der Reiseverkehr, die Postzustellung und der Universitätsunterricht eingeschränkt. Auch die

Schüler der höheren Klassen wurden gezwungen, in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Das wehrpflichtige Alter wurde von 17½ auf 16 Jahre herabgesetzt. Die sogenannte Normalarbeitswoche dauerte mindestens 60 Stunden. Obwohl die Rüstungsproduktion seit Sommer 1944 zurückging, betrug sie im Vergleich zum Zeitraum Januar/Februar 1942 im Juli noch 322 Prozent und im Dezember 263 Prozent. Am 6. September verfügte die Naziführung die Bildung des sogenannten Volkssturms.[131] Er stand unter Leitung von faschistischen Funktionären. Alle deutschen Männer zwischen 16 und 60 Jahren, die noch nicht Militärdienst leisteten, wurden in den Volkssturm gepreßt. Das faschistische Oberkommando zwang die Soldaten und Offiziere seit Dezember, sich unterschriftlich zu verpflichten, in der Gefangenschaft nicht auf die Seite des NKFD überzutreten. Ihnen wurde angedroht, daß man sie im entgegengesetzten Falle aus der „Volksgemeinschaft" ausstoßen und ihre Sippe ausrotten würde. Diese und andere Maßnahmen sollten das deutsche Volk bis zum Ende an den Hitlerkrieg ketten.

Mit der Verhaftungswelle im Sommer 1944 konnten die Hitlerfaschisten dem antifaschistischen Widerstandskampf zwar einen schweren Schlag zufügen, aber die in diesem Kampf gestählten Antifaschisten nicht beugen. Viele von ihnen, auch Otto Grotewohl, mußten in die Illegalität gehen, um nicht verhaftet zu werden. Sie setzten in vielen Teilen Deutschlands in kleineren Gruppen und oftmals einzeln mutig den antifaschistischen Kampf fort. In vielen Fällen orientierten sie sich nach den vom ZK der KPD und vom NKFD über den Deutschen Volkssender und den Sender „Freies Deutschland" gegebenen Direktiven und Losungen. Zu ihrem Leitmotiv wurde die Losung „Alle Waffen gegen Hitler!". Immer wieder riefen die standhaften Antifaschisten, allen voran die Kommunisten, das deutsche Volk zum Kampf auf. In einzelnen Fällen gelang es den illegalen Parteiorganisationen sogar, erneut größere Widerstandsgruppen zu schaffen.

In Köln konnte die Organisation der KPD Anfang 1944 eine illegale Widerstandsorganisation des NKFD aufbauen. Sie umfaßte bald über 200 aktive Kämpfer, von denen mehr als die Hälfte parteilose Antifaschisten waren. Dieser Widerstandsorganisation gehörten Vertreter fast aller Bevölkerungsschichten an. Die von ihr verbreiteten Flugblätter und Klebezettel enthielten Hinweise zur Störung der Rüstungsproduktion und forderten die Arbeiter auf, bei Luftangriffen

131 Dokument Nr. 118.

den Arbeitsplatz zu verlassen und ihre Familien in Sicherheit zu bringen. Große Aufmerksamkeit widmete die Organisation der antifaschistischen Arbeit unter den Soldaten und den ausländischen Zwangsarbeitern. Bis Ende 1944 hatte sich die Zahl der allein in Köln desertierten Soldaten auf etwa 4000 erhöht. Viele von ihnen schlossen sich zu bewaffneten Gruppen zusammen. Eine enge Zusammenarbeit entwickelte sich mit einigen Ärzten, die für aktive Widerstandskämpfer Atteste zur Befreiung vom Militärdienst ausstellten, Krankschreibungen vornahmen und illegal lebende Kommunisten behandelten. Die Widerstandsorganisation stellte enge Verbindungen zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in einigen Betrieben her. Sie gab regelmäßig gedruckte Informationen in russischer Sprache heraus. Gleichzeitig erhielt die Organisation von den sowjetischen Kampfgefährten die vom Moskauer Rundfunk verbreiteten Nachrichten über die Lage an der Front. Die Widerstandsorganisation vergrößerte ihren Wirkungsbereich und rüstete ihre Mitglieder mit den verschiedensten Waffen aus. Doch bald setzten größere Verhaftungen ein. Von Januar bis März 1945 ermordeten die Gestapo und die SS in Köln etwa 1800 deutsche und ausländische Antifaschisten.

Wie in Köln, so kämpften auch in anderen Städten und Gebieten Deutschlands die Kommunisten und Antifaschisten tapfer weiter. In Halle zum Beispiel schloß sich eine Widerstandsgruppe ehemaliger Sozialdemokraten und Gewerkschafter der Antifaschistischen Arbeitergruppe Mitteldeutschland an. Französischen Kriegsgefangenen wurde erfolgreich Fluchthilfe geleistet. In der Brotfabrik Schubert wurde die Herstellung des „Russenbrotes", eines Gemischs von Roggenkleie und Rübenschnitzeln, unterbunden. Im Dezember 1944 beschloß eine Beratung der Antifaschistischen Arbeitergruppe, gemeinsam mit allen Hitlergegnern die Anstrengungen für die Beendigung des Krieges zu verstärken. Immer häufiger kam es zu spontanen Protestäußerungen in der Bevölkerung gegen den Krieg und zu Desertionen in den Truppenteilen. Die Hitlerfaschisten richteten deshalb Mitte Februar 1945 Standgerichte in den frontnahen Gebieten ein, denen bis Mai etwa 8000 deutsche Soldaten zum Opfer fielen. So bekamen gegen Kriegsende immer größere Teile des deutschen Volkes den faschistischen Mordterror zu spüren.

Nach den großen Niederlagen der Hitlerwehrmacht im Sommer 1944 erklärte in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Generalfeldmarschall Friedrich Paulus im August seinen Beitritt zur Bewegung

„Freies Deutschland".[132] Im Dezember riefen fünfzig kriegsgefangene Generale das deutsche Volk auf, mit dem Krieg Schluß zu machen.[133]

Da der Krieg sich Deutschland näherte, war es notwendig, daß die durch Fallschirmabsprung nach Deutschland gelangenden Parteifunktionäre auch den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Terrorsystem vorbereiteten. Der weitere Vormarsch der Roten Armee mußte auch durch das bewaffnete Eingreifen deutscher Antifaschisten unterstützt werden. Eine der Kampfgruppen deutscher Kommunisten, die das ZK der KPD entsandte, war die von Joseph Gieffer geleitete Gruppe, der außerdem Ferdinand Greiner, Rudolf Gyptner, Artur Hofmann und Josef Kiefel angehörten. Sie wurde von Georgi Dimitroff und Wilhelm Pieck verabschiedet. Sie hatte den Auftrag, die Kampfaktionen der Partisanen in Westpolen zu unterstützen und alles zu versuchen, auf deutsches Gebiet westlich der Oder vorzustoßen. Dort sollte sie Verbindung zu Widerstandsgruppen herstellen und mit diesen gemeinsam den Krieg verkürzen und weitere Verluste und Schäden verhindern helfen. Die Gruppe sprang in der Nacht vom 22. zum 23. August 1944 im Raum von Częstochowa ab. Bereits am 29. September erhielt sie von Wilhelm Pieck ein Funktelegramm, in dem er um Nachricht bat und Hinweise für die weitere Tätigkeit gab. In weiteren Funksprüchen erkundigte er sich nach der Möglichkeit, die antifaschistischen Gruppen in Berlin, Breslau und Oppeln zu unterstützen.

Eine andere Gruppe unter Leitung des Kommunisten Georg Thiele erreichte mit Hilfe von Partisanen innerhalb von zwei Monaten im November 1944 Berlin. Sie stellte Verbindung zu deutschen Widerstandskämpfern und zu sowjetischen Kriegsgefangenen her und informierte die Parteiführung über die Lage in Berlin. In Berlin-Karow konnte sie verhindern, daß Männer und Jugendliche zum Volkssturm gingen.

Während die Hitlerfaschisten neue Divisionen auf die Schlachtfelder jagten, um sich verzweifelt der drohenden Niederlage entgegenzustemmen, und während die reaktionären Verschwörer fieberhaft nach einem Ausweg zur Rettung der volksfeindlichen Macht des Imperialismus gesucht hatten, kämpften die antifaschistischen Widerstandsorganisationen heroisch gegen den mörderischen Krieg, entwickelte die Führung der KPD in intensiver Kleinarbeit die Grund-

132 Dokument Nr. 115.

133 Dokument Nr. 123.

linie für ein neues, demokratisches Deutschland. Das ZK der KPD, das mit Gewißheit den Sieg der UdSSR und der anderen Staaten der Antihitlerkoalition erwartete und fest auf die fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterklasse und im ganzen deutschen Volk baute, erarbeitete eine detaillierte Konzeption für das neue Deutschland nach der Beseitigung des Naziregimes und richtete so den Blick in die Zukunft.

Bereits am 6. Februar 1944 hatte das Politbüro des ZK der KPD beschlossen, eine Arbeitskommission aus zwanzig Mitgliedern zu bilden. Ihr gehörten an: Anton Ackermann, Fritz Apelt, Johannes R. Becher, Wilhelm Florin, Georg Hansen, Rudolf Herrnstadt, Edwin Hoernle, Alfred Kurella, Rudolf Lindau, Hans Mahle, Hermann Matern, Fred Oelßner, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt, Sepp Schwab, Gustav Sobottka, Walter Ulbricht, Paul Wandel, Erich Weinert und Otto Winzer. Die Kommission sollte eine Reihe politischer Grundfragen des Kampfes für den Sturz Hitlers und der Gestaltung eines neuen Deutschlands beraten und beantworten. Das Arbeitsprogramm umfaßte solche Probleme wie die Lage und die Entwicklung bis zum Sturz Hitlers, die politische Führung beim Sturz Hitlers und im neuen Deutschland, die Rolle der UdSSR in der Nachkriegszeit, die nationale Frage in Deutschland, der neue Staat, die Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik der KPD, die neuen Gewerkschaften, die Agrarpolitik im neuen Deutschland, die ideologische Umerziehung des deutschen Volkes, die Rolle der Intellektuellen und die katholische Bewegung. Es wurde festgelegt, zu den genannten Problemen Dispositionen auszuarbeiten und sie auf regelmäßigen Sitzungen zu beraten. Mitte April beschäftigte sich die Parteiführung mit der Ausbildung von Lehrkräften für die Schulen im neuen Deutschland und mit der Beschaffung neuer Lehrbücher für alle Wissensgebiete. Am 25. September fand eine Beratung des Politbüros des ZK der KPD mit Schriftstellern über Kulturfragen im neuen Deutschland statt. Unter dem Vorsitz von Johannes R. Becher wurde eine Kulturkommission gebildet, die Vorschläge für die Gebiete Film, Rundfunk, Bühne und Literatur ausarbeiten und entsprechende Richtlinien verfassen sollte.

In der programmatischen Arbeit der Parteiführung nahmen das „Kampfprogramm für Beendigung des Krieges, Frieden und Schaffung eines neuen, freien Deutschlands" und das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie"[134] einen besonderen Platz ein. Beide Programme wurden im Oktober im kleinen Kreis beraten und

[134] Dokument Nr. 119.

waren nicht für die Veröffentlichung, sondern als Arbeitsgrundlage bestimmt. Diese Grundsatzdokumente der KPD enthielten die zur Beendigung des Krieges und zum Sturz Hitlers unmittelbar notwendigen prinzipiellen Vorschläge sowie ausführliche Hinweise für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in der Zeit nach der Beseitigung des faschistischen Regimes.

An der Spitze des Kampfprogramms stand die Forderung der KPD nach „Schaffung einer einheitlichen Kampffront aller wahrhaft deutschen Männer und Frauen, Bildung illegaler Volkskomitees zur Organisierung und Führung des Kampfes“[135]. Das Programm enthielt bis ins einzelne gehende Vorschläge von Aufgaben und Forderungen für die Arbeiter in den Betrieben und im Transportwesen, für die Bauern, die Landarbeiter, den gewerblichen Mittelstand, die Intelligenz, die Soldaten und andere Bevölkerungsschichten. Diese Vorschläge waren darauf gerichtet, der weiteren Fortsetzung des Krieges einen aktiveren Widerstand entgegenzusetzen und den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung rasch zu beenden. Die zentrale Idee des Programms bestand darin, daß deutsche Arbeiter gemeinsam mit ausländischen Zwangsarbeitern in vielfältigen Formen die faschistische Rüstungsproduktion schwächen und schließlich einstellen sollten. Auf der Grundlage gemeinsamer Interessen galt es, durch das Bündnis der Arbeiter und Bauern eine breite Front herzustellen, der sich auch andere Bevölkerungsschichten anschließen würden. So wies das Programm den konkreten Weg, wie der Krieg in seiner abschließenden Phase auf deutschem Boden beendet und die deutsche Nation gerettet werden konnte.

Im Aktionsprogramm entwickelte die Führung der KPD diese Linie weiter und zeigte, wie, in welcher Richtung und mit welchen Maßnahmen in Deutschland der Übergang vom Krieg zum Frieden, von der faschistischen Diktatur zu einer kämpferischen Demokratie vollzogen werden mußte. Das Programm ging davon aus, daß das Naziregime und der imperialistische Raubkrieg Deutschland in eine wirtschaftliche, politische, in eine nationale Katastrophe geführt sowie den Bestand und die Einheit der deutschen Nation aufs Spiel gesetzt hatten. Als wichtigste Ursachen für diese Katastrophe wurden genannt: der imperialistische Weg Deutschlands unter der Diktatur des Monopolkapitals, die Verseuchung großer Teile des deutschen Volkes durch die

[135] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N 11-B.

imperialistische Ideologie und Moral, die Niederlage der Revolution von 1918, in der es nicht gelang, die Machtpositionen des deutschen Imperialismus und Militarismus zu zerschlagen, und damit im ursächlichen Zusammenhang die historische Schuld der rechten sozialdemokratischen Führer.

Um die deutsche Nation zu retten und aus der Katastrophe heraus zum friedlichen Aufstieg zu führen, formulierte die Parteiführung folgende wichtige Programmleitsätze: Sturz Hitlers und Zerschlagung des imperialistischen Gewaltapparats; Bestrafung der Kriegsverbrecher; Brechung der Allmacht des Monopolkapitals und Enteignung der Kriegsverbrecher; friedliche Außenpolitik und Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung; Errichtung eines starken demokratischen Volksregimes und Umstellung der Wirtschaft in den Dienst des Volkes; Überwindung des Chaos und Schaffung einer festen Ordnung; Ausrottung aller Wurzeln des Imperialismus, Faschismus und Militarismus und Umerziehung des deutschen Volkes im Geiste der Demokratie.

Diese nationalen Aufgaben konnten aber nur durch die aktive Mitarbeit aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes gelöst werden. Deshalb zielte die KPD mit dem Aktionsprogramm auf die „Entfaltung einer Massenbewegung für die Schaffung eines Blockes der kämpferischen Demokratie, der alle Organisationen, Parteien, Gruppen und Personen erfassen soll, die für die Rettung Deutschlands durch Vernichtung der faschistisch-imperialistischen Reaktion und Aufrichtung eines demokratischen Volksregimes kämpfen werden"[136]. Die wichtigste Voraussetzung für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte des deutschen Volkes war, wie es im Programm hieß, die „Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, die sich nur durch innere Geschlossenheit und eine richtige Politik die ihr zukommende wichtige Rolle im Block der kämpferischen Demokratie verschaffen kann"[137]. Die im Aktionsprogramm enthaltenen umfangreichen Sofortmaßnahmen betrafen alle gesellschaftlichen Bereiche, darunter die Innen- und Außenpolitik, die Wirtschaftspolitik, den Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer, die Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik, das Gesundheitswesen, die Kulturpolitik, die Volksbildung und die Rechtspflege. Sie sahen auch die Durchführung einer demokratischen Bodenreform vor. Das Neue im Aktionsprogramm bestand

136 Ebenda.
137 Ebenda.

darin, daß die Parteiführung damit die revolutionär-demokratische Umgestaltung auf breitester Basis, die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage anstrebte, daß sie die konkrete Form der Bündnispolitik der KPD für die Nachkriegszeit bestimmte und die militärische Besetzung Deutschlands als besonderen Gesichtspunkt beachtete.[138] Das war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Ausarbeitung jener nationalen Politik, die die KPD nach 1945 erfolgreich verwirklicht hat. Diese geschichtlichen Tatsachen strafen alle Meinungen westdeutscher Historiker Lügen, die behaupten, daß es unmittelbar vor und nach 1945 keine deutsche Politik gegeben und alles von den Besatzungsmächten abgehangen hätte. Die KPD war die einzige politische Kraft in Deutschland, die eine deutsche, wirklich nationale Politik ausgearbeitet hatte und erfolgreich in die Tat umsetzte.

Nachdem die Rote Armee die deutsche Grenze überschritten hatte, ging sie Anfang 1945 zu den abschließenden Angriffshandlungen über. Ihre Aufgabe bestand nunmehr darin, gemeinsam mit den Truppen der Verbündeten Hitlerdeutschland endgültig niederzuwerfen und den Krieg in Europa mit dem Sieg der friedliebenden Völker zu krönen. Da die von der faschistischen Dezemberoffensive bedrängten amerikanischen und britischen Truppen in den Ardennen Hilfe brauchten, begann die Rote Armee schon am 12. Januar 1945 ihre großangelegte Offensive vom Baltikum bis zu den Karpaten. So besetzte die Rote Armee bereits im Frühjahr 1945 Ostpreußen, Pommern, Schlesien und einen Teil der Provinz Brandenburg und kämpfte sich den Weg nach Berlin frei. In dieser Zeit gab Hitler der Wehrmacht den Befehl, auch in Deutschland die Taktik der „verbrannten Erde" zu befolgen und beim Rückzug alle Industrie-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen sowie alle Sachwerte zu zerstören.[139]

Vom 4. bis 11. Februar 1945 fand in Jalta die Konferenz der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA statt. Sie legte den Plan für die endgültige Niederwerfung des faschistischen Deutschlands fest und arbeitete die Forderungen für dessen bedingungslose Kapitulation aus. Auf Vorschlag der UdSSR nahm die Konferenz Grundsatzbestimmungen über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands an. Die Regierungen der drei Großmächte erklärten ihre Entschlossenheit, den deutschen Militarismus

[138] Dokument Nr. 120.

[139] Dokument Nr. 127.

und Faschismus zu vernichten und Garantien dafür zu schaffen, daß Deutschland in Zukunft den Frieden nicht mehr verletzen könne. Es wurde hervorgehoben, daß das deutsche Volk einen würdigen Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen werde, wenn Faschismus und Militarismus ausgerottet sein werden.[140] Die Konferenz bestätigte das Abkommen der drei Regierungen vom 12. September 1944 über die Errichtung von drei Besatzungszonen in Deutschland und über die koordinierte Verwaltung und Kontrolle Deutschlands durch eine Kontrollkommission der drei Mächte mit dem Sitz in Berlin. Frankreich sollte aufgefordert werden, eine vierte Besatzungszone zu übernehmen und als Mitglied in der Kontrollkommission mitzuarbeiten. Auch auf dieser Konferenz wies die von J. W. Stalin geführte sowjetische Delegation die von Winston S. Churchill vorgetragenen Pläne der politischen Zerstückelung Deutschlands und die von Franklin D. Roosevelt vorgeschlagene weitgehende Zerstörung der deutschen Industrie konsequent zurück. In den Dokumenten der Konferenz wurde festgelegt, daß Deutschland verpflichtet ist, den von ihm anderen Ländern zugefügten Schaden wiedergutzumachen. Die berechtigten Ansprüche Frankreichs betrugen 21,143 Milliarden, die Großbritanniens 6,383 Milliarden, die der UdSSR 128 Milliarden und die der USA 1,267 Milliarden Dollar. Die Delegation der UdSSR und der USA vereinbarten, die Gesamthöhe der von Deutschland zu leistenden Reparationssumme auf 20 Milliarden Dollar festzulegen, wovon die UdSSR 50 Prozent erhalten sollte. Die Konferenz von Jalta beschloß schließlich endgültig die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen.

Angesichts der nahenden Zerschlagung der Hitlerherrschaft setzte das Politbüro des ZK der KPD Anfang Februar 1945 eine Kommission unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts ein, die in kürzester Zeit Direktiven für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung ausarbeiten sollte. In den Monaten Februar, März und April wurden für die Parteiführung unter anderen folgende Ausarbeitungen fertiggestellt: Richtlinien für die Propaganda, Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der ideologischen Aufklärung, Plan einer demokratischen Tageszeitung, Vorschlag zur Einrichtung deutschsprachiger Sendungen auf den Sendestationen der Roten Armee, Entwurf zu Anweisungen für Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation, Vorschlag für nächste Maßnahmen der deutschen Kommunisten, Rat-

[140] Dokument Nr. 126.

schläge für städtische Finanzangelegenheiten, Ratschläge für die Arbeit auf dem Lande, Richtlinien für die Tätigkeit der lokalen Volksausschüsse auf dem Gebiet der Wirtschaft, Vorschläge für Film und Theater, Entwurf eines Lehrplanes zur Schulung antifaschistischer Volksschullehrer, Themenplan für antifaschistische Kurse und Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet.[141]

In den zuletzt genannten Richtlinien vom 5. April umriß das Politbüro die Hauptaufgabe der deutschen Antifaschisten: „Herstellung der Ordnung, Schaffung der Bedingungen des täglichen Lebens der Bevölkerung, Unterstützung der Roten Armee bei der Liquidierung der nazistischen Terror- und Provokationsnester und Organisierung des Kampfes für die politisch-moralische Ausrottung des Nazismus, Militarismus aus dem Leben des deutschen Volkes."[142] Bei der Lösung aller Aufgaben ging die Parteiführung davon aus, daß in den Städten und Landgemeinden die demokratischen Verwaltungsorgane aufgebaut werden mußten. Die Richtlinien enthielten ausführliche Hinweise über die Struktur und die Arbeitsweise dieser Organe, die sich in den Betrieben auf Betriebsvertrauensleute und in den Wohngebieten auf Block- und Straßenvertrauensleute stützen mußten. In den Verwaltungen sollten bewährte und standhafte Antifaschisten leitende Funktionen übernehmen. Die Kommunisten und Antifaschisten standen vor der neuen Aufgabe, die demokratische Macht auszuüben und sich dabei mit allen antifaschistischen und aufbauwilligen Kräften zu verbinden.

In einer Direktive für die Arbeit der Parteigruppen in Deutschland erklärte das Politbüro des ZK der KPD, daß die Zerschlagung des Faschismus günstige Bedingungen für eine fortschrittliche Entwicklung in Deutschland schaffen werde. Der wachsende Einfluß der Sowjetunion werde sich in der ganzen Welt auswirken. Das sei eine Chance für das deutsche Volk, nach der Ausrottung des Faschismus und Militarismus mit der demokratischen Erneuerung Deutschlands als gleichberechtigte Nation an der fortschrittlichen Entwicklung teilzunehmen. Das Ziel der KPD sei und bleibe der Sozialismus. Aber dazu seien jetzt die Voraussetzungen nicht gegeben. Der Weg führe über die nunmehr möglich gewordene breite Entfaltung der kämpferischen Demokratie, die eine Demokratie neuen Typus sein werde.

[141] Dokument Nr. 128.

[142] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N 11–B.

Als nächste Aufgabe wurde die politische, wirtschaftliche und ideologische Zerschlagung des Faschismus bezeichnet. Deshalb mußten der preußische Militarismus als Brutstätte der Reaktion vernichtet, die faschistische Staatsmacht zerschlagen, alle Betriebe, Institutionen und Schulen von den aktiven Nazis und Kriegsverbrechern gesäubert und die faschistischen Gesetze abgeschafft werden. Die Ausrottung der Wurzeln des Faschismus bedeutete vor allem, das deutsche Monopolkapital politisch und ökonomisch zu entmachten. Außerdem mußte die faschistische Ideologie aus den Köpfen der Menschen vertrieben werden. Es galt, neue Voraussetzungen für die Entwicklung einer humanistischen Wissenschaft, Kunst und Kultur zu schaffen. Als eine der wichtigsten Aufgaben wurde bezeichnet, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen.

In der Erkenntnis, daß keine Partei allein imstande sein konnte, diese großen Aufgaben zur Schaffung demokratischer Verhältnisse in Deutschland zu bewältigen, wurde festgelegt, die Einheit aller Gegner des Hitlerregimes zur Rettung der Nation zu schaffen. Es war die gemeinsame Aufgabe aller Kräfte des Volkes, aktiv am wirtschaftlichen Wiederaufbau und an der Wiedergutmachung der Schäden zu arbeiten, die anderen Völkern durch den Krieg zugefügt worden waren.

Da nur die Arbeiterklasse das deutsche Volk beim demokratischen Neuaufbau führen konnte, war die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die wichtigste Aufgabe. Die bitteren Erfahrungen der Geschichte und der gemeinsame antifaschistische Kampf von kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern boten die Gewähr dafür, daß diese Aufgabe erfolgreich gelöst wurde. Die Arbeiterklasse konnte aber ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie nach dem Sturz des Hitlerfaschismus sofort begann, das Bündnis mit den werktätigen Bauern zu schaffen. Deshalb mußte eine ökonomische Politik entwickelt werden, die die Bauern anregte, mehr zu produzieren und für die Versorgung der Bevölkerung abzuliefern. In den Ratschlägen für die Arbeit auf dem Lande waren auch die Schaffung eines staatlichen Bodenfonds aus enteignetem Boden der Kriegsverbrecher und die Bildung von Bodenkomitees in den Kreisen und Dörfern vorgesehen, die die Übergabe des Bodens an die Landarbeiter und landarmen Bauern selbst vornehmen sollten. Nur durch eine konsequente demokratische Bodenreform konnte die ökonomische Basis des reaktionären preußischen Junkertums endgültig beseitigt und ein

enges Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern geschaffen werden.

Große Aufmerksamkeit widmete das Politbüro des ZK der KPD der Frage, wie der Einfluß der nazistischen Ideologie auf Millionen Deutsche völlig beseitigt werden konnte. Gegen die faschistische Ideologie mußte ein systematischer Kampf geführt werden. Sie konnte aber nur ausgemerzt werden, wenn ihre Grundlage, die Ideologie des deutschen Imperialismus, überwunden wurde. Dabei sollten die geplante Herausgabe einer antifaschistischen Zeitung unter dem Namen „Deutsche Volkszeitung" sowie die vorgesehene Einrichtung von Rundfunksendungen in deutscher Sprache eine besondere Rolle spielen. „Der Bevölkerung", hieß es in den Richtlinien vom 5. April, „ist die Ursache der Katastrophe, der Kriegsschuld Deutschlands, die Verbrechen des Nazisystems und die Mitverantwortung des deutschen Volkes zu erklären. Die Massen sind zum Haß gegen Nazismus, Militarismus und Reaktion zu erziehen, zur Mithilfe bei der organisatorischen, politischen und moralischen Vernichtung des Nazismus und Militarismus."[143] Zur Entwicklung des kulturellen Lebens legte das Politbüro fest, daß die Schulen neue, demokratische Erziehungsziele erhalten sollten. Nach einer gründlichen Beratung der Vorschläge antifaschistischer Lehrer erklärte die Kommission des Politbüros des ZK der KPD, daß alle aktiven Nazis aus den allgemeinbildenden Schulen, von den Hochschulen und Universitäten entfernt und antifaschistische Lehrkräfte ausgebildet und eingesetzt werden müssen.

Bei all diesen Arbeiten fand das Politbüro des ZK der KPD immer wieder die Hilfe Georgi Dimitroffs. Er erkundigte sich bei den deutschen Genossen nach den Einzelheiten des Plans zur Liquidierung der faschistischen Staatsmacht, den ersten wirtschaftlichen Maßnahmen und den Plänen für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Verwaltung. Georgi Dimitroff wies darauf hin, daß neben der Organisierung der Kommunistischen Partei die Schaffung der Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und die Organisierung einheitlicher freier Gewerkschaften die ersten Aufgaben sein müßten.

Diese richtungweisende Arbeit des ZK der KPD zu dieser Zeit führte folgerichtig zu dem programmatischen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, zu dem Aktionsabkommen mit der SPD, zu der Grün-

[143] Ebenda.

dung der einheitlichen Gewerkschaften, des FDGB, und zu dem antifaschistisch-demokratischen Block. Sie erleichterte die ersten Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Demokratisierung des Lebens. Die Kommunisten und die Anhänger des NKFD waren die einzigen Kräfte des deutschen Volkes, die sich auf die Durchführung eines wahrhaft demokratischen Programms für den Aufbau eines neuen Deutschlands vorbereiteten.

Die konzeptionellen Vorstellungen über das neue Deutschland, die vor allem in den Jahren 1943 und 1944 in den verschiedenen sozialdemokratischen Emigrantenzentren erörtert worden waren und ihren Niederschlag in einer Reihe von Dokumenten gefunden hatten, zeigten, daß es kein einheitliches Nachkriegsprogramm der deutschen Sozialdemokratie gab. Allerdings stimmten diese Dokumente in gewissen Grundfragen überein. In einigen von ihnen wurde zum Beispiel gefordert die Enteignung der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, die Ausrottung des Nazismus, die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Wiedergutmachung an anderen Völkern und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen. Diese Forderungen entsprachen den Aufgaben zur Lösung der nationalen Frage und bildeten zugleich objektiv eine Grundlage für die Verständigung und Zusammenarbeit mit der KPD, für den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse nach der Niederlage des Hitlerfaschismus. Der Vertreter der Gruppe der SAP in Schweden, Willy Brandt, erklärte im Dezember 1944, daß derjenige, der nicht bereit sei, den Weg der konsequenten antifaschistischen Umwälzung durch die politische und ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals zu gehen, die Zeichen der Zeit nicht verstehe.

Keine einheitliche Auffassung bestand über die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten beim Neuaufbau Deutschlands. In dieser Frage war die Landesgruppe der SPD in Schweden politisch am fortgeschrittensten. In der Entschließung der Landeskonferenz dieser Gruppe[144] am 2. und 3. Dezember 1944, auf der die Mehrheit der Mitglieder der Gruppe der SAP zur SPD übertrat, hieß es: „Die Konferenz betont die Notwendigkeit, daß sich die sozialistische Arbeiterklasse sofort nach der militärischen Niederlage des nazistischen Deutschlands neu formiert, um durch revolutionäre Maßnahmen zur Ausrottung des Hitlerismus, des Militarismus und Imperialismus beizutragen sowie die Lebensinteressen der deutschen Ar-

[144] Dokument Nr. 122.

beiterklasse wahrzunehmen."[145] Die Konferenz erklärte weiter, daß die Einheit der Arbeiterklasse nach dem Sturz Hitlers die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes sei. Die führenden Funktionäre der German Labor Delegation in den USA, Rudolf Katz, Gerhart H. Seger und Friedrich Stampfer, waren dagegen nach wie vor gegen jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten. Auch Erich Ollenhauer trat im Februar 1945 in seinem Artikel „Grenzen der Einheit" gegen die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf. Er erkannte in Worten zwar an, daß es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht wenige Gemeinsamkeiten gäbe. Jedoch lehnte er eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Bewegung „Freies Deutschland" ab, da in ihr Generale mitarbeiteten. Gleichzeitig war er gegen die antifaschistisch-demokratische Zielsetzung des NKFD, weil diese angeblich der Aufrechterhaltung des Privateigentums und der alten sozialen Ordnung dienen würde.

Die Ansichten der sozialdemokratischen Emigrantengruppen über den Charakter der Nachkriegsordnung in Deutschland gingen ebenfalls auseinander. Die German Labor Delegation in den USA orientierte mit der Losung des Aufbaus einer zweiten Republik im wesentlichen auf die Wiedererrichtung der Weimarer Republik. In Schweden wurden Gedanken entwickelt, die sowohl eine demokratische Umwälzung als auch den sofortigen Aufbau des Sozialismus zum Inhalt hatten. Das Wesen der künftigen staatlichen Ordnung wurde oft mit „Rechtsstaat" oder „Sozialstaat" umschrieben. Übereinstimmung herrschte dahingehend, daß im neuen Deutschland die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielen sollte. Die Vorstellungen über die Gestaltung der Wirtschaft entsprachen in vielem den Auffassungen von der „Wirtschaftsdemokratie" aus den zwanziger Jahren.

In vielen programmatischen Dokumenten waren die alten Europa-Föderationspläne wieder aufgegriffen worden. So vertraten führende deutsche Sozialdemokraten in Schweden beispielsweise die Auffassung, „daß die Verhältnisse überreif sind für eine Reduzierung der nationalen Souveränität zugunsten einer wirklich kollektiven Sicherheit. Wir sind der Meinung, daß die Bedeutung der staatlichen Grenzen durch überstaatliche wirtschaftliche und militärische Regelungen entscheidend eingeschränkt werden sollte."[146] In der Haltung der Ger-

[145] Mitteilungsblatt der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden (Stockholm), 1945, Nr. 1, S. 2.

[146] Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Stockholm 1944, S. 20.

man Labor Delegation in den USA und der Londoner Parteivorstandsgruppe rückte die einseitige Westorientierung immer mehr in den Vordergrund.

Die Vielfalt der Nachkriegskonzeptionen sozialdemokratischer Funktionäre zeigte deren Bemühen, verschiedene Wege und Möglichkeiten zu suchen, um an der Gestaltung Deutschlands nach Beendigung des Krieges führend teilnehmen zu können. Sie wollten sich unbedingt in irgendeiner Form an der Staatsmacht beteiligen und sich nicht wieder aus dem Staat hinausdrängen lassen. Gleichzeitig damit bildeten sich wesentliche Elemente der späteren Nachkriegspolitik der westdeutschen Sozialdemokratie heraus.

Am 16. April 1945 begann der Kampf der Roten Armee um Berlin. Ihre tapferen Kämpfer hißten am 30. April auf der Kuppel des Reichstages die rote Siegesfahne. Andere Verbände der Roten Armee stießen nach Torgau an der Elbe vor und vereinigten sich dort am 25. April mit amerikanischen Truppen. Wenige Tage später trafen sich die sowjetischen und die britischen Truppen bei Schwerin und Rostock. Nachdem Hitler am 30. April in Berlin feige Selbstmord begangen hatte, ließ sich der von ihm zu seinem Nachfolger ernannte Großadmiral Karl Dönitz am gleichen Tage in Flensburg als „Reichspräsident" nieder. Karl Dönitz, die von ihm ernannte „geschäftsführende Reichsregierung" und das faschistische Oberkommando suchten fieberhaft nach Mitteln und Wegen, um eine für sie günstige Beendigung des Hitlerkrieges zu erreichen und so die Reste der Herrschaft des deutschen Imperialismus vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Deshalb sollten die Kampfhandlungen im Westen durch separate Abkommen mit den Westmächten beendet und die Front gegen die Rote Armee unter Aufbietung aller noch verfügbaren Kräfte um jeden Preis gehalten werden.[147]

Doch alle antisowjetischen Intrigen und diplomatischen Machinationen, eine Bresche in die Antihitlerkoalition zu schlagen, nutzten nichts. Unter den Schlägen der Roten Armee und der Truppen der Alliierten brach Hitlerdeutschland zusammen. Am 8. Mai 1945 unterzeichneten die Vertreter des deutschen Imperialismus und Militarismus in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Land-, Luft- und Seestreitkräfte.[148] Der in der vorbereiteten Kapitulationsurkunde auf Initiative der Regierung der USA ursprünglich aufge-

[147] Dokumente Nr. 129, Nr. 130, Nr. 132 u. Nr. 133.
[148] Dokument Nr. 138.

nommene Passus „Zerstückelung Deutschlands" wurde auf entschiedenen Einspruch J. W. Stalins gestrichen. Er erklärte einen Tag später, am 9. Mai 1945, im Auftrag des ZK der KPdSU(B) und der Regierung der UdSSR: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten."[149] Der Krieg in Europa war beendet. Der gemeinsame Kampf der Völker der Antihitlerkoalition, in dem der heldenhafte Kampf und die aufopferungsvolle Arbeit des Sowjetvolkes den führenden Platz einnahmen, wurde mit dem vollständigen Sieg über Hitlerdeutschland gekrönt. Der zweite Weltkrieg endete für den deutschen Imperialismus und Militarismus mit einer Niederlage, die in ihrem Ausmaß seinen Zusammenbruch im ersten Weltkrieg um ein vielfaches übertraf.

In den letzten Wochen des Krieges wandte sich das ZK der KPD wiederholt an das deutsche Volk, endlich mit den verbrecherischen Kriegshandlungen der geschlagenen Hitlerwehrmacht auf deutschem Boden Schluß zu machen. In Rundfunkansprachen forderte Walter Ulbricht die Frauen und Männer in Deutschland auf, allerorts Volksausschüsse und Kampfgruppen zu bilden und mit eigenen Kräften den Kampf der Roten Armee gegen die Hitlertruppen zu unterstützen und die Beendigung des Krieges zu beschleunigen. Er rief die Soldaten auf, die Waffen niederzulegen. Er appellierte an die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, die Kriegsproduktion einzustellen und die Betriebe zu verlassen. Walter Ulbricht forderte alle einsichtigen Deutschen auf, den Abtransport von lebensnotwendigen Gütern, die Sprengung wichtiger Anlagen und die Zerstörung der Städte und Dörfer mit allen Mitteln zu verhindern.

Aber es kam bis Ende des Krieges zu keinen großen antifaschistischen Massenaktionen des deutschen Volkes. Die Gründe dafür waren der blutige Terror des Hitlerfaschismus in der Schlußphase des Krieges, die ideologische Irreführung und materielle Korrumpierung großer Teile des deutschen Volkes durch das Hitlerregime. Die Spaltungspolitik rechter sozialdemokratischer Führer hatte die deutsche Widerstandsbewegung geschwächt. Dennoch gelang es einigen Parteiorganisationen und Widerstandsgruppen des NKFD gemeinsam mit anderen patriotischen Kräften in den letzten Wochen des Krieges, durch beherzte Aktionen Menschenleben zu retten, Städte, Dörfer

149 J. W. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin 1952, S. 223.

und Betriebe vor den verbrecherischen Zerstörungen der Faschisten zu bewahren.

So konnten verschiedene Städte und Orte kampflos den sowjetischen oder amerikanisch-britischen Truppen übergeben werden. Im Frühjahr 1945 wandten sich illegale Organisationen der KPD in Berlin, in Mitteldeutschland, in Sachsen und Thüringen in Flugblättern gegen die von Hitler befohlene Zerstörung aller Einrichtungen. Sie forderten die Bevölkerung zum Kampf für die Beendigung der Kriegshandlungen, gegen die sinnlosen Zerstörungen auf. Obwohl die leitenden Funktionäre der Parteiorganisation und viele deutsche und ausländische Antifaschisten den faschistischen Henkern zum Opfer gefallen waren, setzten die Leipziger Antifaschisten entsprechend den Direktiven des NKFD ihren unerschrockenen Kampf fort. Sie verbreiteten unter der Bevölkerung antifaschistische Hand- und Klebezettel und bereiteten durch ihren Einsatz die kampflose Übergabe der Stadt Leipzig an die amerikanischen Truppen vor. In Eisleben bereitete die Antifaschistische Arbeitergruppe Mitteldeutschland planmäßig die Befreiung der Stadt vor. Sie konnte in den ersten Apriltagen einen illegalen Bürgerausschuß bilden, der unter Leitung des Kommunisten Robert Büchner stand. Am 13. April übernahmen die Antifaschisten noch vor dem Einmarsch der alliierten Truppen alle staatlichen Machtfunktionen in der Stadt und in den folgenden Tagen auch in zwei Landkreisen. Nach diesem Beispiel handelten Widerstandskämpfer der Antifaschistischen Arbeitergruppe Mitteldeutschland auch in anderen Orten des Mansfelder Gebietes, wie zum Beispiel in Augsdorf, Esperstedt, Helbra, Klostermansfeld, Oberröblingen am See, Siersleben, Stedten, Wansleben, Wolferode und Ziegelrode.

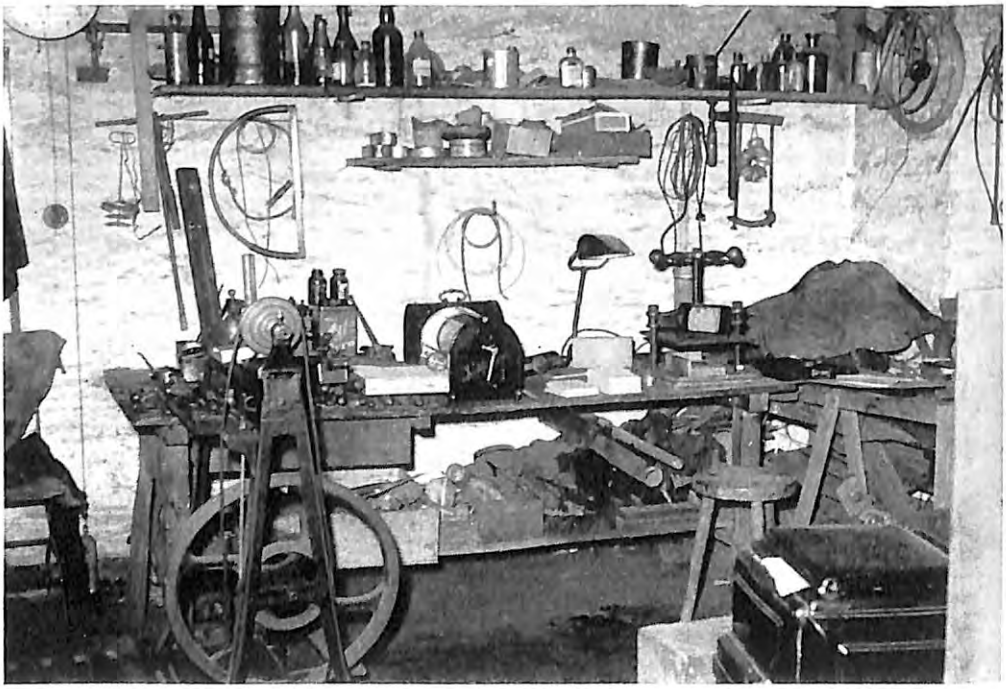
In Greifswald war im Auftrage Anton Saefkows eine illegale Widerstandsgruppe „Freies Deutschland" entstanden, die ihren antifaschistischen Kampf besonders in der zweiten Hälfte 1944 und Anfang 1945 verstärkt hatte. Ihre unermüdliche Arbeit in allen Bevölkerungskreisen der Stadt hatte die mutige Tat des Stadtkommandanten Oberst Rudolf Petershagen vorbereitet, der gemeinsam mit anderen Vertretern der Bevölkerung Greifswald kampflos der Roten Armee übergab. In Stralsund organisierten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam mit Vertretern der Intelligenz den Widerstand der Bevölkerung gegen die faschistische Vernichtungspolitik und erzwangen am 1. Mai 1945 die kampflose Räumung der Stadt. Auch in Bad Doberan, Grimmen, Kröpelin, Neubukow, Ribnitz, Rostock, Saß-



Ernst Thälmann im Gefängnis zu Hannover, 1943



Illegale Druckerei
der Neubauer-Poser-Organisation
in Jena





Bernhard Bästlein



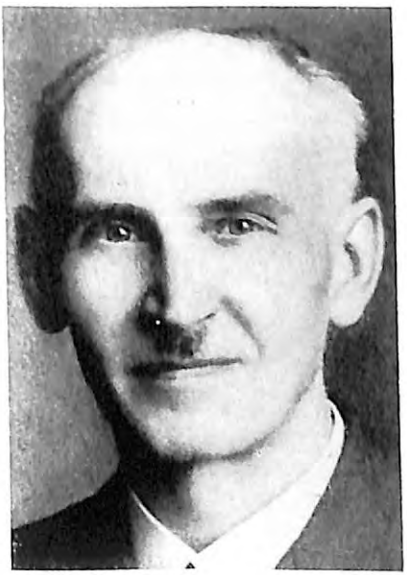
Franz Jacob



Theodor Neubauer



Anton Saefkow



Georg Schumann



Martin Schwantes

Von den Faschisten ermordete führende Funktionäre
illegaler kommunistischer Parteiorganisationen



Berlin nach einem Terrorangriff anglo-amerikanischer Bomber



Das Zentrum Dresdens nach dem Terrorangriff anglo-amerikanischer Bomber am 13./14. Februar 1945



Im Luftschutzstollen



Winston S. Churchill, Franklin D. Roosevelt und J. W. Stalin
auf der Konferenz von Jalta, Februar 1945



Sowjetische und amerikanische Offiziere und Soldaten nach der historischen Begegnung
am 25. April 1945 an der Elbe bei Torgau

An die deutschen Soldaten und Offiziere und an die Bevölkerung der Stadt Berlin!

Die Rote Armee hat zu Berlin niedergeworfene Kräfte herangeführt. Auf Berlin sind Zehntausende schwerer Geschütze und Salvengeschütze gerichtet. Auf den Flugplätzen warten Tausende schwerer Bomber. In den Bereitstellungen liegen Tausende von Panzern.

Zu dieser mächtigen Kraft der Roten Armee hat sich die mächtige Kraft unserer Verbündeten gesellt. Jetzt sind die letzten entscheidenden Tage gekommen.

Die Truppen der Roten Armee sind zum entscheidenden Sturm vollständig bereit.

Hört Ihr nicht auf diese unsere Warnung und stellt Ihr den Widerstand nicht ein, so lassen wir auf Berlin eine ungeheure Masse von Feuer und Stahl niedergehen. Wir werden gezwungen sein, jeden Widerstandsherd vollständig zu vernichten, ihn dem Erdboden gleichzumachen, so wie wir es überall getan haben, wo man uns dazu gezwungen hat.

Berliner! Nehmt Vernunft an!

Wollt Ihr denn den eigenen Tod für eine Euch fremde Sache, für ein Häuflein von Nazihäuptlingen?

Erfüllt nicht die Befehle Eurer Führung! Hört auf mit Schanzarbeiten und stellt die Arbeit in den Rüstungsbetrieben ein!

Versteckt Euch in Luftschutzräumen!

Verbergt Soldaten und Offiziere, die nicht weiterkämpfen wollen, und die erkannt haben, daß der Krieg verloren ist.

Soldaten und Offiziere der deutschen Armee! Volkssturmmänner!

Stellt den Widerstand ein! Geht Euch gefangen! Geht heim! Versteckt Euch in Luftschutzräumen!

Befolgt Ihr diese Aufforderungen nicht, so werdet Ihr die Schuldigen am Tode Eurer Väter, Mütter, Frauen und Kinder, an dem Verlust Eures Hauses und Eurer Habe sein.

Das Kommando der Roten Armee garantiert die Erhaltung des Lebens und des persönlichen Eigentums allen (auch einfachen Mitgliedern der N.S.D.A.P.), die den Widerstand einstellen und sich nicht feindselig zur Roten Armee verhalten werden.

Das Kommando
der 1. Bjelorussischen Front der Roten Armee

Aufruf der Roten Armee, den sinnlosen Widerstand einzustellen

Organisiert Euch in Widerstandsgruppen zum Widerstand gegen die Nazibande und zur Unterstützung der Roten Armee und handelt sofort!

1. Überzeugt alle Soldaten und Offiziere von der Notwendigkeit, den Widerstand sofort einzustellen!
2. Verbergt jeden Soldat und Offizier, der nicht weiterkämpfen will!
3. Verlaßt Eure Arbeitsstätten in den Rüstungswerken und bei den Befestigungsbauten!
4. Verlaßt den Volkssturm!
5. Sabotiert die Erfüllung der Befehle Hitlers und seiner Bande!

Duldet nicht die Zerstörung von Brücken, Transport- und Kommunaleinrichtungen! Merkt Euch diejenigen, die diese Niederträchtigkeiten durchführen.

Duldet nicht die Verminung von Gebäuden und Brücken! Merkt Euch die verminten Stellen und die Personen, die die Verminung durchführen.

Hißt überall weiße Flaggen als äußeres Zeichen Eurer Bereitschaft, den Widerstand einzustellen.

Kommt getrost über die Frontlinie in die russischen Stellungen. Hier seid Ihr in Sicherheit.

Aufruf des Nationalkomitees „Freies Deutschland", April 1945



Berlin, Mai 1945





Rotarmisten hissen
die rote Fahne
auf dem Reichstagsgebäude
in Berlin



Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel unterzeichnet in Berlin-Karlshorst
die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands, 8. Mai 1945

nitz und Wolgast trugen mutige Antifaschisten mit dazu bei, daß diese Städte oder Orte kampflos von der Roten Armee befreit werden konnten. Dem persönlichen Mut eines deutschen Offiziers war es zu verdanken, daß die Stadt Freiberg in Sachsen der Roten Armee kampflos übergeben werden konnte. Große Tapferkeit bewiesen deutsche Frauen, die in einigen Städten und Orten mutig gegen die Zerstörungswut der Hitlerfaschisten auftraten. Sie forderten in Anklam, Chemnitz, Eberswalde und anderen Städten die kampflose Übergabe. In Neustrelitz konnte eine Frauendelegation die kampflose Übergabe der Stadt erzwingen. Deutsche und ausländische Antifaschisten retteten durch ihr unerschrockenes Handeln Eisenbahnbrücken, Tunnel, Kraftwerke, Lebensmittellager und andere lebenswichtige Anlagen. So verhinderten beispielsweise Arbeiter die Sprengung der Stepnitz-Brücke in Dassow (Mecklenburg), des Kraftwerkes in Peenemünde, der Petridamm-Brücke in Rostock und der Slipanlage der Hansa-Werft in Wismar.

Im April 1945 wehrten sich die Antifaschisten der Bergarbeiterstadt Penzberg in Oberbayern gegen die von den Hitlerfaschisten geplante Sprengung des Bergwerkes, des Wasserwerkes, der Brücken und anderer lebenswichtiger Einrichtungen der Stadt und verhinderten die geplante Ermordung von sowjetischen und französischen Kriegsgefangenen. Sie setzten die nazistische Stadtverwaltung ab, besetzten die Polizeistation und bildeten aus zuverlässigen Bürgern, Sozialdemokraten, Kommunisten und ehemaligen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei, einen neuen Polizeischutz aus 40 Personen. Der sozialdemokratische Bürgermeister aus der Zeit vor 1933 wurde wieder eingesetzt. Auf Befehl des faschistischen Gauleiters verhafteten Wehrmachts- und SS-Einheiten die Antifaschisten, von denen 17 erschossen oder gehängt wurden.

Auch an der Befreiung von Breslau am 6. Mai hatten deutsche Antifaschisten Anteil. An der Seite der Roten Armee kämpften deutsche antifaschistische Soldaten und Offiziere, die Schüler der Schule des NKFD bei der 1. Ukrainischen Front waren. In der Nacht zum 6. Mai wurde ihre Kampfgruppe von rund 80 Antifaschisten eingesetzt. In der Stadt selbst hatte sich seit Sommer 1944 die Widerstandsorganisation Freiheitsbewegung gebildet. Der führende Kern dieser etwa 300 aktive Mitglieder umfassenden Organisation waren Kommunisten, die schon lange vor Ausbruch des Krieges Widerstand geleistet hatten. Seit Februar hatten Kommunisten und andere Antifaschisten der Or-

ganisation Flugblattaktionen durchgeführt und die illegale Zeitung „Der Freiheitskämpfer" herausgegeben. Von ihnen wurden einige Ortsgruppenbüros der Nazipartei gesprengt. Sie hatten auch Kontakte mit der polnischen Widerstandsbewegung. Trotz beiderseitiger Bemühungen konnte aber die Verbindung zwischen ihnen und der Roten Armee nicht hergestellt werden. Nach der Kapitulation der Hitlertruppen in Breslau sprach Generalmajor Nadorszyn den antifaschistischen Kämpfern den Dank der Roten Armee aus.

In den Konzentrationslagern gab die internationale Solidarität den deutschen und ausländischen Antifaschisten die Kraft, in den letzten Wochen des Hitlerregimes eigene Aktionen zu ihrer Befreiung durchzuführen. Die illegalen Widerstandsorganisationen der Konzentrations- und Todeslager Buchenwald, Dachau, Neuengamme, Sachsenhausen und anderer organisierten den Kampf gegen die von den Faschisten geplante Ermordung der Lagerinsassen und trafen Vorbereitungen zur bewaffneten Befreiung der Häftlinge. Im Vernichtungslager Mauthausen war in mehr als zweijähriger Arbeit unter Leitung von sowjetischen Offizieren und Spanienkämpfern verschiedener Nationalitäten eine starke illegale Militärorganisation aufgebaut worden. Angesichts der herannahenden alliierten Truppen gab das Internationale Lagerkomitee am 5. Mai 1945 das Signal zum bewaffneten Aufstand. Die Kampfgruppen des Lagers überwältigten die Wachposten, und bald flatterte am Kommandanturgebäude die rote Fahne. Mit den erbeuteten Waffen wurden drei sowjetische und zwei deutsche Kompanien sowie je eine belgische, französische, jugoslawische, spanische und tschechische Kompanie, insgesamt etwa 1000 Kämpfer, ausgerüstet. Dadurch konnten Hunderte führende kommunistische und andere antifaschistische Funktionäre aus vielen europäischen Nationen gerettet werden, unter ihnen Józef Cyrankiewicz und Antonín Novotný. Von den deutschen Funktionären wurden unter anderen gerettet: Bruno Baum, Jakob Boulanger, Franz Dahlem, Fritz Große, Herbert Herklotz, Oskar Hoffmann, Willi Kling, Bruno Leuschner, Heinrich Rau, Alfred Reinert, Hans Seigewasser und Horst Sindermann. Im Zuchthaus Brandenburg (Havel) gelang es, einen Gefangenenausschuß aus Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen und konfessionellen Auffassungen zu schaffen, bewaffnete Stoßtrupps zu bilden und andere Maßnahmen zur Selbstbefreiung einzuleiten.

Ein leuchtendes Fanal des ungebrochenen Kampfeswillens und Heldentums war der Aufstand der deutschen und ausländischen Anti-

faschisten im Konzentrationslager Buchenwald, der von der internationalen Widerstandsorganisation vorbereitet und geleitet wurde. Die Widerstandskämpfer hatten sich unter den schwierigsten Bedingungen Waffen beschafft und in mühevoller Arbeit die Kader für den bewaffneten Aufstand geschult. Ende März 1945 bestand die Militärorganisation des Lagers Buchenwald, die vom Mitglied des illegalen Internationalen Lagerkomitees, Harry Kuhn, geleitet wurde, aus 178 Kampfgruppen mit 850 Widerstandskämpfern aller Nationen. Am 11. April 1945 gelang die Befreiung aus eigener Kraft. Die antifaschistischen Widerstandsorganisationen in den Konzentrationslagern Dachau und Sachsenhausen verzögerten organisiert die Evakuierung der Häftlinge. Im Lager Dachau setzte eine Gruppe von Widerstandskämpfern die Wachposten unter Druck und nahm mit den alliierten Truppen Verbindung auf, die dann am 30. April das Lager befreiten. Eine andere Gruppe von Widerstandskämpfern war in die Stadt Dachau geflohen und hatte sich bewaffnet. Als sie von dem Aufstand der Hitlergegner in München am 29. April erfuhr, zog sie unter dem Gesang von Kampfliedern vor das Rathaus in Dachau und entwaffnete faschistische Soldaten. Während des Todesmarsches der Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen gelang es einigen Widerstandskämpfern, die Wachmannschaften zu entwaffnen und Verbindung zur Roten Armee herzustellen. Deren unaufhaltsamer Vormarsch verhinderte den Mord an weiteren Häftlingen. Sie befreite etwa 18000 Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Am 30. April 1945 wurden die Frauen des Konzentrationslagers Ravensbrück von der Roten Armee befreit.

Noch während der letzten Kampfhandlungen bereiteten sich Mitglieder des ZK der KPD auf den Einsatz in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten vor. Am 1. April 1945 fand in Moskau bei Georgi Dimitroff eine Beratung mit Anton Ackermann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht über die Tätigkeit der KPD nach dem Sturz des Hitlerfaschismus statt. Am 30. April traf auf dem Luftwege eine Gruppe von Beauftragten des ZK der KPD unter der Leitung Walter Ulbrichts in Deutschland ein. Die Gruppe Ulbricht, der Richard Gyptner, Karl Maron, Otto Winzer und andere Funktionäre angehörten, nahm sofort ihre Arbeit in Berlin auf, um die ersten wichtigen Aufgaben des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus in Angriff zu nehmen. Dazu gehörten vor allem die Normalisierung des Lebens, die Schaffung der ersten Selbstverwaltungsorgane, die Vor-

bereitung zur Gründung der freien Gewerkschaften und die Organisierung der legalen Tätigkeit der Kommunistischen Partei in Deutschland. Sie unterstützte die Initiative aller aufbauwilligen Menschen und begann, unter den Kommunisten und Antifaschisten Klarheit über die nächsten dringendsten Aufgaben zu schaffen. Weitere Gruppen von Beauftragten des ZK der KPD arbeiteten in Dresden unter der Leitung Anton Ackermanns und in Mecklenburg unter der Leitung Gustav Sobottkas. An der Tätigkeit dieser Gruppen nahmen teil: in Dresden Peter Florin, Hermann Matern, Fred Oelßner und andere und in Mecklenburg Willi Bredel, Gottfried Grünberg, Anton Switalla und andere.

Die gesamte Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur ist die Geschichte eines wahrhaft heldenhaften Kampfes für die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und zugleich des ganzen deutschen Volkes. Die KPD war die einzige Partei, die dem Hitlerfaschismus vom ersten bis zum letzten Tag organisierten Widerstand entgegensetzte. Sie rettete damit in der Zeit der tiefsten Schändung Deutschlands die Ehre der deutschen Nation und leistete ihren Beitrag zum Sieg der Völker über den Hitlerfaschismus. Die KPD war die einzige deutsche Partei, deren Führung den illegalen Kampf in Deutschland und die Arbeit im Ausland leitete und koordinierte. Die entscheidende Leistung der KPD und ihres Zentralkomitees bestand in den zwölf Jahren der Hitlerherrschaft darin, daß sie als einzige Partei ein reales antifaschistisches und demokratisches Kampfprogramm ausarbeitete und es gemeinsam mit anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften unter großen Opfern zu verwirklichen begann. Sie schuf damit entscheidende Voraussetzungen für die grundlegende Wende, die nach 1945 in Deutschland vollzogen werden konnte. Die KPD besiegelte ihre Treue zum proletarischen Internationalismus, zu den Interessen der Arbeiterklasse und der deutschen Nation mit den größten Opfern im antifaschistischen Kampf: Von rund 300 000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, wurden etwa 150 000 verfolgt, eingekerkert oder in die Konzentrationslager verschleppt. Zehntausende von Funktionären und Mitgliedern der Partei wurden ermordet.

Aber trotz aller Anstrengungen und Opfer hatten es die KPD und die mit ihr verbündeten antifaschistischen Kräfte nicht vermocht, das deutsche Volk zur Selbstbefreiung zu führen. Die wichtigsten Ursachen dafür waren der nazistische Terror, die materielle Korrumpierung gro-

ßer Bevölkerungskreise auf Kosten anderer Völker, der verderbliche Einfluß der faschistischen Ideologie, insbesondere des Antikommunismus und des Rassismus, auf breite Volksschichten, der Mißbrauch nationaler Gefühle durch die Hitlerfaschisten sowie der verbreitete Glaube an die Lüge, daß die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands die Vernichtung des deutschen Volkes zur Folge haben würde.

Der vom deutschen Monopolkapital entfesselte zweite Weltkrieg hat von den Völkern der Welt ungeheure Opfer verlangt. Die Kampfhandlungen erfaßten ein Gebiet von 22 Millionen Quadratkilometern. 72 Staaten befanden sich im Kriegszustand. Ihre direkten Kriegsausgaben betrugen 935 Milliarden Dollar. Insgesamt wurden 110 Millionen Menschen zum Kriegsdienst einberufen. Der Krieg forderte 50 Millionen Tote und hinterließ 35 Millionen Kriegsversehrte. Die Sowjetunion trug die Hauptlast im Krieg und hatte den Hauptanteil am Sieg der Staaten der Antihitlerkoalition über den Block der faschistischen Länder. An der deutsch-sowjetischen Front waren zum Beispiel im Juni 1941 69,6 Prozent und in den folgenden Jahren zwischen etwa 52 und 70 Prozent der Hitlerwehrmacht konzentriert. Die Rote Armee hatte den grundlegenden Umschwung im Krieg zu einer Zeit erzwungen, als es in Westeuropa noch keine zweite Front gab. Durch den Hitlerkrieg und durch den barbarischen Terror der Nazis verlor das Sowjetvolk 20 Millionen Menschen. In der Sowjetunion zerstörte der faschistische Krieg 1700 Städte, über 70 000 Dörfer, rund 32 000 Industriebetriebe sowie 127 000 Schulen, Universitäten und öffentliche Bibliotheken.[150] Auch andere Länder hatten schwere Verluste zu beklagen. Polen verlor über 6 Millionen, Jugoslawien über 1,7 Millionen, Frankreich über 600 000, die USA etwa 405 000 und Großbritannien über 375 000 Menschen. In Frankreich wurden fast 1 Million Wohnhäuser schwer beschädigt beziehungsweise völlig vernichtet und 5000 km Eisenbahnstrecke zerstört. Allein in den polnischen Westgebieten fielen fast 77 Prozent der Industrie und 55 Prozent des Wohnraumes dem Krieg zum Opfer. In Griechenland wurden 400 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, in Jugoslawien zwei Drittel des Viehbestandes zugrunde gerichtet.

Das deutsche Volk verlor rund 6 Millionen Menschen, davon weit über 4 Millionen Gefallene[151], rund 410 000 Luftkriegsopfer und etwa 200 000 Opfer des faschistischen Terrors. In den Zuchthäusern, Kon-

150 Dokument Nr. 121 u. Nr. 136.

151 Dokument Nr. 134 u. Nr. 135.

zentrationslagern und Vernichtungslagern wurden während des Krieges rund 8 Millionen Menschen verschiedener Nationalität ermordet.[152] Bei Bombenangriffen der amerikanisch-britischen Luftstreitkräfte auf 61 deutsche Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern wurden 3,6 Millionen Wohnungen zerstört und 7,5 Millionen Einwohner obdachlos. Die Faschisten sprengten noch in den letzten Kriegswochen lebenswichtige Anlagen. In Berlin beispielsweise wurden von 225 Brücken 140 auf diese Weise zerstört.

Das sind die gewaltigen Opfer, die der zweite Krieg des deutschen Imperialismus und Militarismus dem deutschen Volke und den anderen Völkern brachte. Auch dieser Krieg endete mit einer gesetzmäßigen Niederlage der Aggressoren. Die ersten fünfzig Jahre des 20. Jahrhunderts waren in Deutschland im wesentlichen geprägt durch den teuflischen imperialistischen Kreislauf Krise, Vorkriegszeit, Krieg, Nachkriegszeit, Krise. Vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg gab es einige Jahre, in denen es dem deutschen Volk einigermaßen „gut" ging. In der restlichen Zeit aber bürdeten der deutsche Imperialismus und Militarismus dem deutschen Volk nur Opfer und Entbehrungen auf. Das ist das wahre Gesicht dieser Totengräber der deutschen Nation. Die geschichtliche Lehre konnte am Ende des zweiten Weltkrieges nur darin bestehen, die Chance zu nützen und die Herrschaft des Imperialismus und Militarismus zu überwinden.

Der weltgeschichtliche Sieg der Sowjetunion und der Völker der Antihitlerkoalition über den faschistischen deutschen Imperialismus befreite das deutsche Volk vom nazistischen Joch. Der opferreiche Kampf der deutschen Kommunisten und aller Antifaschisten hat entscheidend dazu beigetragen, daß in Deutschland nun der Weg zu einem neuen, demokratischen Leben eingeschlagen werden konnte. Es begann eine grundlegende Wende in der Geschichte des deutschen Volkes.

[152] Dokument Nr. 131 u. Nr. 137.

Dokumente

1
Aus dem Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdiktator – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!

Die Betrugsmanöver des „sozialen" Generals sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen" Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus – die KPD will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße!

Legt die Betriebe still!

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!

Flugblatt.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 10/158, Bl. 98.
Die Kommunistische Partei Deutschlands
und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936.
Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat,
Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 3/4.

2

Aufruf des Vorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933

Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder auferstanden.

Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten.

Undisziplinliertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.

Darum her zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!

Vorwärts (Berlin), 31. Januar 1933 (Morgenausgabe).

3

Aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Kabinetts Adolf Hitler am 30. Januar 1933

Der Reichskanzler wies darauf hin, daß eine Vertagung des Reichstags ohne Mithilfe des Zentrums nicht möglich sei. Nun könne man vielleicht daran denken, die kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Nach seiner Erfahrung seien jedoch Verbote von Parteien zwecklos. Er befürchte als Folgen eines eventuellen Verbots der KPD schwere innenpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik. Sicherlich gebrauche die Wirtschaft Ruhe. Wenn man jedoch die Frage aufwerfe, was für die Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute, die mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung oder ein Generalstreik, so müsse man nach seiner Ansicht zu dem Ergebnis kommen, daß ein Generalstreik für die Wirtschaft weit gefährlicher sei.

Es sei schlechterdings unmöglich, die 6 Millionen Menschen zu verbieten, die hinter der KPD ständen. Vielleicht könne man nach Auflösung des Reichstags bei den dann bald vorzunehmenden Neuwahlen doch eine Mehrheit für die jetzige Reichsregierung gewinnen. Am allerbesten werde es sein, wenn der Reichstag sich freiwillig vertage.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft führte aus, daß er gewiß keine Sehnsucht nach einem Generalstreik habe. Nach seiner Überzeugung werde es jedoch nicht möglich sein, um die Unterdrückung der KPD herumzukommen. Anderenfalls werde man keine Mehrheit im Reichstag erreichen, jedenfalls keine Zweidrittelmehrheit.

Nach der Unterdrückung der KPD sei die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag möglich. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob im Falle der Unterdrückung der KPD ein Generalstreik ausbrechen werde. Er ziehe die Unterdrückung der KPD den Neuwahlen vor.

Reichsminister Göring teilte mit, daß die Kommunisten für heute abend (30. 1.) eine Demonstration geplant hätten, die er verboten habe. Nach seinen Feststellungen würde die SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen. Die Sozialdemokratie dränge zur Zeit auf eine Aussprache im Reichstag.

Nach seiner Auffassung sei es am besten, möglichst bald den Reichstag aufzulösen und zu Neuwahlen zu kommen. Der Reichskanzler habe sein Wort dahin verpfändet, daß auch nach den Neuwahlen die jetzige Zusammensetzung des Reichskabinetts nicht geändert werde.

Der Reichskanzler bestätigte die Richtigkeit dieser Mitteilung.

Der Reichsarbeitsminister führte aus, daß in den Reihen des Stahlhelms

Jubel über die Bildung der jetzigen Reichsregierung herrsche. Die Zwistigkeiten zwischen dem Stahlhelm und den SA seien nicht mehr vorhanden.

Nach seiner Ansicht sei es mißlich, wenn die erste Handlung der jetzigen Reichsregierung in einem Verbot der KPD bestehe und dann ein Generalstreik einsetze.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für Preußen wies darauf hin, daß das deutsche Volk jetzt Ruhe gebrauche. Nach seiner Ansicht sei es am besten, zunächst vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz zu verlangen. Nach Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes könne die Lage immer noch erneut geprüft werden.

Der Reichskanzler führte aus, daß ein Generalstreik nicht leicht genommen werden dürfe. Zur Unterdrückung eines eventuellen Generalstreiks dürfe Reichswehr nach Möglichkeit nicht eingesetzt werden.

Der Reichswehrminister dankte dem Reichskanzler für diese Auffassung und betonte, daß der Soldat als einzig möglichen Gegner einen äußeren Feind anzusehen gewohnt sei.

Der Reichsminister des Auswärtigen untersuchte unter außenpolitischen Gesichtspunkten die Frage, ob eine Auflösung der KPD mit eventuell folgendem Generalstreik oder Neuwahlen zum Reichstag vorzuziehen seien. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Auflösung der KPD mit eventuell folgendem Generalstreik weit bedenklicher sei.

Der Reichsminister der Finanzen wies darauf hin, daß die Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden nur durch eine allmähliche Besserung der Wirtschaftslage in Ordnung zu bringen seien. Die Auflösung der KPD betrachte er als letztes politisches Mittel.

Staatssekretär Dr. Meissner stellte zur Erwägung, ein Ermächtigungsgesetz des Inhalts zu beantragen, daß die Reichsregierung zur Vornahme der Maßnahmen ermächtigt werde, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig seien. Ein derartiges Ermächtigungsgesetz erfordere nur eine einfache Mehrheit im Reichstag.

Reichskommissar Dr. Gereke führte aus, daß das Zentrum die Regierung nicht werde tolerieren wollen. Baldige Neuwahlen zum Reichstag würden erforderlich werden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen schlug vor, daß der Reichskanzler baldigst in einem Interview sich gegen Gerüchte über Gefährdung der Währung und gegen Gerüchte über die Antastung von Beamtenrechten aussprechen möge.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1947, Bd. XXV, S. 374–376.

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Beweg. Sie wird wachsen.) Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- u. Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.

3. Wirtschaft! Der Bauer muß gerettet werden! Siedlungspolitik! Künft. Steigerung d. Ausfuhr zwecklos. Aufnahmefähigkeit d. Welt ist begrenzt u. Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Mögl., Arbeitslosenheer z. T. wieder einzuspannen. Aber braucht Zeit u. radikale Änderung nicht zu erwarten, da Lebensraum für d(eutsches) Volk zu klein.

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gifte verfallen.

Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel.

Wehrmacht wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d. Staates. Sie soll unpol. u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen. Anders wie in Italien keine Verquikkung v. Heer u. SA beabsichtigt. – Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Fr(ankreich) Staatsmänner hat;

wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).

Gerhard Förster, Heinz Helmert, Helmut Otto, Helmut Schnitter:
Der preußisch-deutsche Generalstab 1640–1965.
Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte,
Berlin 1966. S. 260/261.

5

Aus der Rede Ernst Thälmanns auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands bei Zeuthen am 7. Februar 1933

Mit Hitler ist der Mann Reichskanzler geworden, der die Kriegserklärung an die Sowjetunion zur Richtschnur seiner Außenpolitik gemacht hat. Das Proletariat und die Werktätigen der ganzen Welt blicken auf uns und auf das deutsche Proletariat. Die russischen Arbeiter und Bauern blicken auf uns ... Jetzt sind in höchstem Grade entscheidende Wochen. Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei zu bestehen hat. Er kann nicht verglichen werden mit den Jahren seit 1923. Er gibt jedem Kommunisten eine noch höhere Verantwortung, als selbst in der damaligen Situation ...

Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene, faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser Regierung der offenen, faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten. Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen Methoden des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.

Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.

Schon die ersten Taten der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbei-

terklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann, als ihren revolutionären Sturz. Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe ...

Der wüste faschistische Terror in Deutschland, dem wir jetzt entgegengehen, ändert nichts an unserer revolutionären Perspektive. Sowenig wir eine Unterschätzung der Hitlerregierung, der furchtbaren Gefahr, die der Arbeiterklasse Deutschlands von der offenen, faschistischen Diktatur droht, dulden, sowenig lassen wir eine Überschätzung dieser Regierung, ihrer Festigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Proletariat zu ...

Worauf kommt es jetzt vor allem an? Wir müssen erreichen, daß die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in ganz Deutschland nicht mehr abreißt ...

Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur. Das ist die entscheidende Aufgabe im Kampf um die proletarische Mehrheit ...

Zusammengefaßt, Genossen:

Eiserner Kurs auf die Sicherung der Partei und ihre Fortführung trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors!

Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes, der Massenaktionen und Massenkämpfe auf der Linie: Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks, Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Einheitsfrontpolitik zur Kampfmobilisierung in höheren Formen mit kühnerer Initiative!

Stärkster Kurs auf die Zerschlagung aller parlamentarischen Illusionen, auf die Erziehung der Massen zum außerparlamentarischen Massenkampf! ...

Höchste Entfaltung der Masseninitiative, der eigenen Aktivität und Selbständigkeit der unteren Einheiten und Leitungen!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 358, Bl. 51–66.
Die Kommunistische Partei Deutschlands
und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936.
Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat,
Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 6–8, 10/11,16/17.

6

Aus der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;

3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239 des Strafgesetzbuchs) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1933, Teil I, Nr. 17, S. 83.

7

Aus dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (Ermächtigungsgesetz), beschlossen im Reichstag am 23. März 1933

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1933, Teil I, Nr. 25, S. 141.

8

Beschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. April 1933

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein

ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschmälerung für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Gewerkschaftszeitung (Berlin), 22. April 1933.

9

Aus dem Rundschreiben Robert Leys über die Zerschlagung der Gewerkschaften vom 21. April 1933

Die Oberste Leitung der PO.
Der Stabsleiter — München, den 21. 4. 1933

Rundschreiben Nr. 6/33

Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften.

Die Leitung der gesamten Aktion liegt in den Händen des Aktionskomitees. Das Aktionskomitee setzt sich folgendermaßen zusammen:

Dr. Robert Ley, Vorsitzender,
Rudolf Schmeer, Stellvertreter,
Schuhmann, Kommissar für den ADGB,
Peppler, Kommissar für den AFA-Bund,
Muchow, Organisation,
Bankdirektor Müller, Komm. Leiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Brinckmann, Komm. Hauptkassierer,
Biallas, Propaganda und Presse.

Zum erweiterten Aktionskomitee gehören sämtliche kommissarischen Leiter der Verbände.

Im wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AFA-Bund). Was darüber hinaus von den Freien Gewerkschaften abhängig ist, ist dem Ermessen der Gauleiter anheimgestellt.

Verantwortlich für die Durchführung der Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter. Träger der Aktion soll die NSBO sein.

SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.

Der Gauleiter trifft seine Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit dem zuständigen Gaubetriebszellenleiter.

Die Aktion in Berlin wird durch den Aktionsausschuß selbst geleitet.

Im Reich werden besetzt:

die Leitung der Verbände;

die Gewerkschaftshäuser und Büros der Freien Gewerkschaften, die Parteihäuser der SPD, soweit Gewerkschaften dort untergebracht sind;

die Filialen und Zahlungsstellen der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.";

die Bezirksausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes;

die Ortsausschüsse des ADGB und des AFA-Bundes.

In Schutzhaft werden genommen:

alle Verbandsvorsitzenden;

die Bezirkssekretäre und

die Filialleiter der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.".

Die Ortsausschußvorsitzenden sowie die Angestellten der Verbände sind nicht in Schutzhaft zu nehmen, sondern zur Weiterarbeit zu veranlassen.

Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Gauleiters zulässig.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1947, Bd. XXV, S. 534/535.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof.
Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger,
Bd. II, Berlin (1962), S. 66/67.

10

Aus dem Brief Gustav Krupp von Bohlen und Halbachs an Hjalmar Schacht über die Adolf-Hitler-Spende vom 30. Mai 1933

Wie ich Ihnen gestern gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Köttgen kurz mitzuteilen Gelegenheit hatte, wird beabsichtigt, für die weitesten Kreise der deutschen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft und Bankwelt eine Sammlung einzuleiten, die dem Führer der NSDAP unter dem Namen

„Hitlerspende" zur Verfügung gestellt werden soll, um durch sie die vielfach getrennt vor sich gehenden Sammlungen der verschiedenen NSDAP-Organisationen und des Stahlhelms zu ersetzen. Es ist beschlossen worden, ein Kuratorium für diese konzentrische Sammlung einzusetzen; den Vorsitz des Kuratoriums habe ich auf einstimmigen Wunsch der Spitzenverbände angenommen, geleitet von dem Willen, an diesem Werk, das einen Dank für den Führer der Nation darstellen soll, mit ganzer Kraft mitzuwirken.

Sie hatten die Freundlichkeit, mir zuzusagen, sich durch die Herren Dr. Otto Christian Fischer von der Reichskreditgesellschaft, Berlin, und Dr. Mosler, von der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, Berlin, über alle Einzelheiten und insbesondere darüber unterrichten zu lassen, inwieweit die öffentlich rechtlichen Banken sich an diesem Werk beteiligen können.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1949, Bd. XXXV, S. 21.

11
Aus dem „Reichserbhofgesetz" vom 29. September 1933

Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten.

Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.

Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet.

Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen. Die Grundgedanken des Gesetzes sind:

Land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackernahrung und von höchstens 125 Hektar ist Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört.

Der Eigentümer des Erbhofs heißt Bauer.

Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist.

Der Erbhof geht ungeteilt auf den Anerben über.

Die Rechte der Miterben beschränken sich auf das übrige Vermögen des Bauern. Nicht als Anerben berufene Abkömmlinge erhalten eine den Kräften des Hofes entsprechende Berufsausbildung und Ausstattung; geraten sie unverschuldet in Not, so wird ihnen die Heimatzuflucht gewährt.

Das Anerbenrecht kann durch Verfügung von Todes wegen nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar ...

§ 12

Erfordernis der deutschen Staatsangehörigkeit

Bauer kann nur sein, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 13

Erfordernis deutschen oder stammesgleichen Bluts

(1) Bauer kann nur sein, wer deutschen oder stammesgleichen Blutes ist.

(2) Deutschen oder stammesgleichen Blutes ist nicht, wer unter seinen Vorfahren väterlicher- oder mütterlicherseits jüdisches oder farbiges Blut hat.

(3) Stichtag für das Vorhandensein der Voraussetzungen des Abs. 1 ist der 1. Januar 1800. Ist zweifelhaft, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 gegeben sind, so entscheidet hierüber auf Antrag des Eigentümers oder des Kreisbauernführers das Anerbengericht.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1933, Teil I, Nr. 108, S. 685/686.

12

Aus der Schlußrede Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß am 16. Dezember 1933

Dimitroff: Der Polizeibeamte Heller hat hier ein kommunistisches Gedicht aus einem 1925 erschienenen Buch zitiert, um zu beweisen, daß die Kommunisten 1933 den Reichstag in Brand gesetzt haben. Ich erlaube mir, hier auch ein Gedicht, aber von dem größten deutschen Dichter, Goethe, zu zitieren:

Lerne zeitig klüger sein.
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt herrschen und gewinnen
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.

Ja, wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein! Diese Wahrheit hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit weder 1918 noch 1923, noch am 20. Juli 1932, noch im Januar 1933 verstanden. Die sozialdemokratischen Führer, die Wels, Severing, Braun, Leipart und Graßmann, sind schuld daran. Jetzt werden die deutschen Arbeiter das wohl verstehen können! . . .

Dimitroff: Der Herr Oberreichsanwalt hat beantragt, die bulgarischen Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freizusprechen. Damit aber bin ich gar nicht zufrieden. So einfach ist die Sache nicht. Das würde den Verdacht nicht beseitigen. Nein, während des Prozesses wurde bewiesen, daß wir mit der Reichstagsbrandstiftung nichts gemein haben, und deshalb gibt es keinen Platz für irgendeinen Verdacht. Wir Bulgaren sowie Torgler müssen freigesprochen werden nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern weil wir als Kommunisten mit dieser antikommunistischen Tat nichts zu tun haben und nichts zu tun haben konnten.

Ich beantrage folgenden Beschluß:

1. daß das Reichsgericht unsere Unschuld an dieser Tat und die Anklage als unberechtigte Anklage anerkennt; das bezieht sich auf alle, auch auf Torgler, Popoff und Taneff;

2. van der Lubbe als mißbrauchtes Werkzeug der Feinde der Arbeiterklasse zu betrachten;

3. die Schuldigen an der unberechtigten Anklage gegen uns zur Verantwortung zu ziehen;

4. uns auf Rechnung dieser Schuldigen die entsprechende Entschädigung für die verlorene Zeit, für die geschädigte Gesundheit und für die ertragenen Leiden zuzuerkennen.

Präsident: Diese Ihre sogenannten Anträge wird das Gericht bei der Beratung des Urteils berücksichtigen.

Dimitroff: Es kommt eine Zeit, wo diese Anträge mit Zinsen durchgeführt werden. Was die volle Klärung des Reichstagsbrandes betrifft und die Feststellung der wirklichen Brandstifter, so bleibt dies natürlich dem Volksgericht der zukünftigen proletarischen Diktatur vorbehalten.

Im 17. Jahrhundert stand der Begründer der Physik, Galileo Galilei, vor dem strengen Inquisitionsgericht und sollte als Ketzer zum Tode verurteilt werden. Er hat mit tiefster Überzeugung und Entschlossenheit ausgerufen:

„Trotzdem, sie, die Erde – dreht sich doch!" Und diese wissenschaftliche These wurde später zum Gemeingut der ganzen Menschheit.

(Der Präsident unterbricht Dimitroff schroff, steht auf, nimmt die Akten und will gehen.)

Dimitroff (fährt fort):

Wir Kommunisten können heute nicht weniger entschlossen als der alte Galilei sagen:

Und dennoch dreht sie sich! Das Rad der Geschichte dreht sich vorwärts – nach einem Sowjeteuropa, nach einem Weltbund der Sowjetrepubliken!

Und dieses Rad, getrieben durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale, wird durch keine Ausrottungsmaßnahmen, durch keine Zuchthausstrafen und Todesurteile aufgehalten werden. Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!

Georgi Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß.
Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen,
Berlin 1960, S. 177–179.

13

Aus einem Brief Ernst Thälmanns an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes

Die Denkschrift „Kommunistische Umsturzbestrebungen in Deutschland", von der Oberreichsanwaltschaft zusammengestellt, lehne ich im ganzen ab, da sie mit Ausnahme von Formulierungen und Hinweisen, die den Beschlüssen des Zentralkomitees entsprechen, als Ganzes ein Zerrbild und eine Verfälschung der Politik der Partei abgibt. Die Politik der Partei ist eine Massenpolitik und hat mit einer Putschpolitik nichts zu tun. Es wird der Versuch hier gemacht, für Abweichungen vom Kommunismus und für einzelne Handlungen und Maßnahmen von Personen im ganzen deutschen Reiche die Partei verantwortlich zu machen . . .

Es wird behauptet, daß die Partei den Kampf um die Macht als unmittelbaren Kampf der „direkten Aktion" stellt. Das ist falsch und entspricht nicht den realen Tatsachen der Politik der Partei.

Wir sind keine Anarcho-Syndikalisten, die es belieben, die direkte Aktion zu stellen und zu fordern. Wir sind der Auffassung, daß Revolution, wirkliche Umwälzung, notwendig ist – eine Revolution im Interesse des Volkes, vom Volke (das sind Arbeiter plus übrigen Werktätigen im Kampfe gegen die bisherigen Ausplünderer im Lande) getragen, durchgeführt, gesichert und ausgebaut –, nicht eine Verschwörung einer kleinen Gruppe, wie uns unterstellt wird, sondern ein großer gewaltiger Kampf der Arbeiter und werktätigen Bauern sowie aller übrigen Werktätigen. In dieser Auffassung – die sich durch alle Beschlüsse, Reden, Abhandlungen hindurchzieht – liegt begründet die Notwendigkeit der Voraussetzungen der Revolution, die unabhängig sind von der Kommunistischen Partei, ohne damit ihre führende Rolle in der Revolution einzuschränken.

Die wichtigste Voraussetzung: tiefgehendste Krise der bisher bestehenden Gesellschaftsordnung – der Wirtschaft und des Staates. Wir sprechen von revolutionärer Krise – ganz zweifellos sind die vollständige Erschütterung der Wirtschaft und des Staates mitentscheidend für eine revolutionäre Krise (allerdings nicht allein: denn immerhin gehören tiefe Zerklüftung im Lager der Bourgeoisie und ihrer festen Anhänger aller Art wie gewaltiger revolutionärer Aufschwung im Lager der Arbeiterklasse und der Werktätigen maßgebend dazu) ... Wir sagten deshalb: Es gibt eine Lösung, einen Ausweg aus der Krise, das ist die siegreiche Volksrevolution, das heißt Arbeiter-und-Bauern-Macht, gestützt auf Arbeiter und Werktätige, geführt von der Kommunistischen Partei.

Bedeutet das für Deutschland unmittelbare Vorbereitung des Sturzes der kapitalistischen Macht? Keineswegs! Wir sprechen von dem möglich raschen Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise.

Heranreifen – also ist sie noch nicht da. Wahnwitz – im Heranreifen etwa die Reife vorweg wenigstens anzunehmen und entsprechend dann die Reife unmöglich zu machen. Wir hatten im Februar 1933 in Deutschland keine unmittelbare revolutionäre Situation, auch keine revolutionäre Situation, auch keine unmittelbare Entfaltung und Verschärfung der revolutionären Krise, auch keine revolutionäre Krise. In unseren offiziellen Dokumenten des ZK, der Parteikonferenz, auch in meinen Referaten (trotz der fehlerhaften Wiedergabe bei der Veröffentlichung) und im Programm zu den Reichstagswahlen im März 1933 ist festzustellen, daß wir immer wieder von dem beschleunigten Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise sprechen und nur in dieser Linie unsere Taktik festlegten. Es ist deshalb unwahr, wenn behauptet wird, daß wir Ende Februar 1933 den Umsturz in Deutschland planten; es ist absurd, vom bewaffneten Aufstand und von Aufstandsvorbereitungen der Partei zu sprechen. Tatsächlich haben wir nicht eine solche Umwälzung vorbereitet; es lag kein im einzelnen bestimmter Aktionsplan vor. Wir sind der festen Meinung, daß für uns die offene Kampfesmöglichkeit nicht gekommen war. Das Zentralkomitee hat die Bewaffnung der Arbeiter als Aktionslosung nicht gestellt und nicht als Forderung erhoben, wie ebenfalls eine Losung der KPD, die Parteiangehörigen müßten sich zum Zweck des Aufstandes bewaffnen, nicht herausgegeben wurde. Die auf diesem Gebiet sonst noch aufgestellten allgemeinen Behauptungen sind mir unbekannt und haben mit der Politik der Partei in der gegebenen Situation nichts zu tun.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 3/33.
Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
(Berlin), 1964, Heft 3, S. 464–467.

14

Aus dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934

§ 1

Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2

(1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

§ 6

(1) Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.

(2) Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bußen auf Grund der Betriebsordnung zu hören ...

§ 9

(1) Der Führer des Betriebes stellt im Einvernehmen mit dem Obmann der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation im März jeden Jahres eine Liste der Vertrauensmänner und deren Stellvertreter auf. Die Gefolgschaft hat zu der Liste alsbald durch geheime Abstimmung Stellung zu nehmen ...

§ 26

In jedem Betriebe, in dem in der Regel mindestens zwanzig Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, ist vom Führer des Betriebes eine Betriebsordnung für die Gefolgschaft des Betriebes (§ 1) schriftlich zu erlassen.

§ 27

(1) In die Betriebsordnung sind folgende Arbeitsbedingungen aufzunehmen:

1. Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Pausen;

2. Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts;

3. die Grundsätze für die Berechnung der Akkord- oder Gedingearbeit, soweit im Betriebe im Akkord oder Gedinge gearbeitet wird;

4. Bestimmungen über die Art, Höhe und Einziehung von Bußen, wenn solche vorgesehen werden;

5. die Gründe, aus denen die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgen darf, soweit es nicht bei den gesetzlichen Gründen bewenden soll.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1934, Teil I, Nr. 7, S. 45/46, 48.

15

Aus dem Manifest des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes in Prag „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vom 28. Januar 1934

Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt. Grundstürzend hat der Sieg der deutschen Gegenrevolution das Wesen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung geändert. Der Knechtschaft und Gesetzlosigkeit preisgegeben ist das Volk im totalen faschistischen Staat. Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Recht der Freiheit, die Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung ... Wenn die Gegensätze im Innern des Faschismus, wenn die stets sich verschärfenden Klassengegensätze im Kapitalismus sich entfalten, wenn Unzufriedenheit und Enttäuschung die Massengrundlage der nationalsozialistischen Herrschaft erschüttern, wenn oppositionelle Strömungen entstehen und spontane Massenbewegungen beginnen, dann wird es zur Aufgabe der revolutionären Elite, die Gegensätze im Bewußtsein der Massen zu vertiefen, ihre Entwicklung zu lenken, ihre Zielsetzung zu beeinflussen, die Verbindungen auszudehnen und die revolutionäre Organisation zur Massenorganisation zu erweitern ...

Im schweren, opferreichen, leidenschaftlichen Ringen um den Sturz der Diktatur erfüllt sich die Arbeiterbewegung mit radikalem, kompromißlosem Geist. Der politische Umschwung von 1918 vollzog sich am Abschluß einer konterrevolutionären Entwicklung, die durch den Krieg und die nationalistische Aufpeitschung der Volksmassen bedingt war. Nicht durch den organisierten, vorbereiteten, gewollten revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die Niederlage auf den Schlachtfeldern wurde das kaiserliche Regime beseitigt. Die Sozialdemokratie als einzig

intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging ...

Die Niederwerfung des nationalsozialistischen Feindes durch die revolutionären Massen schafft eine starke revolutionäre Regierung, getragen von der revolutionären Massenpartei der Arbeiterschaft, die sie kontrolliert. Die erste und oberste Aufgabe dieser Regierung ist es, die Staatsmacht für die siegreiche Revolution zu sichern, die Wurzeln jeder Widerstandsmöglichkeit auszureißen, den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln.

Der revolutionären Regierung obliegt deshalb die sofortige Durchführung einschneidender politischer und sozialer Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners. Das erfordert:

Einsetzung eines Revolutionstribunals.

Aburteilung der Staatsverbrecher, ihrer Mitschuldigen und Helfer in der Politik, der Bürokratie und Justiz wegen Verfassungsbruches, Mordes und Freiheitsberaubung unter Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte.

Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter.

Besetzung aller entscheidenden Stellen der Justiz durch Vertrauensmänner der revolutionären Regierung.

Grundlegende Umgestaltung der Justiz durch Verstärkung des Laienelementes.

Reinigung der Bürokratie, sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen.

Organisierung einer zuverlässigen Militär- und Polizeimacht.

Völlige Erneuerung des Offizierskorps.

Aufhebung aller die Freiheit der Arbeiterschaft beschränkenden Gesetze und Verordnungen der nationalsozialistischen Despotie.

Volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Unterschied der Rasse und Religion.

Trennung der Kirche vom Staat.

Unterbindung jeder konterrevolutionären Agitation.

Sofortiger Erlaß der notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesetze durch die revolutionäre Regierung.

Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger.

Das erfordert:

Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, Überführung der Forsten in Reichseigentum und Reichsverwaltung, Verwen-

dung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauernsiedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern mit ausreichender Förderung durch Staatsmittel.

Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie.

Übernahme der Reichsbank in den Besitz und die Verwaltung des Reiches.

Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen.

Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht in Einzelwahlkreisen ...

Mit dem Sieg des totalen Staates ist die Frage seiner Überwindung mit grausamer Eindeutigkeit gestellt. Die Antwort lautet: totale Revolution, moralische, geistige, politische und soziale Revolution!

In diesem Kampfe wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben. Sie wird die Bauern, die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute, die durch die Versprechungen der Nationalsozialisten betrogen sind, sie wird die Intellektuellen, die unter dem gegenwärtigen Regime ein bisher unvorstellbares Maß der Unterdrückung und Entwürdigung erleiden, zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufrufen.

Wir haben den Weg, wir haben das Ziel des Kampfes gezeigt. Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahllosen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.

Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen. Wie sie die illegale Arbeit aller Gruppen, die den Kampf gegen die Diktatur und nicht gegen andere Parteien der Arbeiterklasse führen, zu unterstützen bereit ist, so öffnet sie ihre Zeitungen, Zeitschriften und Publikationen allen Diskussionen über die Probleme des revolutionären Sozialismus, der Machteroberung und der Machtbehauptung in der Überzeugung, daß nur aus gemeinsamer geistiger Arbeit die Verwirklichung des einheitlichen revolutionären sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse erstehen kann. Aber sie lehnt es ab, die Selbst-

zerfleischung zuzulassen, die um der Frage der Ausnutzung noch nicht errungener Siege willen die Spaltung der Arbeiterklasse, den sichersten Schutz der Diktatur, verewigen will.

Die nationalsozialistischen Machthaber rühmen sich, die revolutionäre sozialistische Arbeiterbewegung vernichtet, den Freiheitsgedanken ausgerottet zu haben. Sie sind die Sieger und üben an den Unterdrückten grausame Rache. Aber je größer ihr Sieg, der Sieg der kapitalistischen Mächte, desto schwerer wird ihre künftige Niederlage sein. Die kapitalistische Entwicklung schafft selbst ihre Totengräber, und [der] Triumph von heute ist der Untergang von morgen.

Gegen die faschistische Barbarei führen wir den Kampf für die großen und unvergänglichen Ideen der Menschheit. Wir sind die Träger der großen geschichtlichen Entwicklung seit der Überwindung der mittelalterlichen Gebundenheit, wir sind die Erben der unvergänglichen Überlieferungen der Renaissance und des Humanismus, der englischen und französischen Revolution. Wir wollen nicht leben ohne Freiheit, und wir werden sie erobern, Freiheit ohne Klassenherrschaft, Freiheit bis zur völligen Aufhebung aller Ausbeutung und aller Herrschaft von Menschen über Menschen!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Deutsche Arbeiter, ihr habt nur die Ketten eurer Knechtschaft zu verlieren, aber die Welt der Freiheit und des Sozialismus zu gewinnen!

Deutsche Arbeiter, einigt euch im revolutionären Kampf zur Vernichtung der nationalsozialistischen Diktatur!

Durch Freiheit zum Sozialismus, durch Sozialismus zur Freiheit!

Es lebe die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, es lebe die Internationale!

Sozialistische Aktion (Karlsbad), 28. Januar 1934.

16

Aus dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft" vom 27. Februar 1934

§ 1

Der Reichswirtschaftsminister wird zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft ermächtigt,

1. Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen;

2. Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen;

3. Satzungen und Gesellschaftsverträge von Wirtschaftsverbänden zu ändern und zu ergänzen, insbesondere den Führergrundsatz einzuführen;

4. die Führer von Wirtschaftsverbänden zu bestellen und abzuberufen;

5. Unternehmer und Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anzuschließen.

Wirtschaftsverbände sind solche Verbände und Vereinigungen von Verbänden, denen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange von Unternehmern und Unternehmungen obliegt.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1934, Teil I, Nr. 185, S. 185.

17

Aus einem Brief Georgi Dimitroffs an die Kommission zur Erörterung seines Referates für den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vom Juni 1934

Aus dem beigefügten Rohentwurf ersehen Sie, wie ich mir den Charakter des Referates zum 2. Punkt der Tagesordnung des Kongresses vorstelle. Außerdem möchte ich . . . folgende Fragen stellen:

I. Über die Sozialdemokratie

1. Ist es richtig, die Sozialdemokratie in Bausch und Bogen als Sozialfaschismus zu qualifizieren? Mit dieser Einstellung verbarrikadieren wir uns oft den Weg zu den sozialdemokratischen Arbeitern.

2. Ist es richtig, die Sozialdemokratie überall und unter allen Umständen als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu bezeichnen?

3. Ist es richtig, alle linken sozialdemokratischen Gruppierungen in allen Fällen als Hauptgefahr zu betrachten?

4. Ist es richtig, alle leitenden Kader der sozialdemokratischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaften samt und sonders als bewußte Verräter der Arbeiterklasse zu behandeln? Schließlich ist ja anzunehmen, daß im Verlauf des Kampfes zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern auch nicht wenige der heutigen verantwortlichen Funktionäre der sozialdemokratischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften auf den revolutionären Weg übergehen werden; es liegt in unserem Interesse, ihnen diesen Übergang in jeder Weise zu erleichtern und damit auch den Übergang der sozialdemokratischen Arbeiter auf unsere Seite zu beschleunigen.

5. Ist es nicht an der Zeit, mit dem nutzlosen Gerede von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Gewinnung der reformistischen Gewerkschaften Schluß zu machen, statt unter ihrer Mitgliedschaft klar und deutlich die Aufgabe zu formulieren, diese Gewerkschaften in ein Werkzeug des proletarischen Klassenkampfes zu verwandeln?

6. Die Frage der Vereinigung der revolutionären und der reformistischen Gewerkschaften, ohne daß die Anerkennung der Hegemonie der kommunistischen Partei als Vorbedingung gestellt wird.

II. Über die Einheitsfront

1. Im Zusammenhang mit der veränderten Situation muß sich auch unsere Taktik der Einheitsfront ändern. Statt sie ausschließlich als Manöver zur Entlarvung der Sozialdemokratie anzuwenden, ohne ernsthafte Versuche, die wirkliche Einheit der Arbeiter im Kampf herbeizuführen, müssen wir sie in einen wirksamen Faktor der Entfaltung des Massenkampfes gegen die Offensive des Faschismus verwandeln.

2. Es muß Schluß gemacht werden mit der Orientierung, daß die Einheitsfront nur von unten geschaffen werden kann und daß jeder gleichzeitige Appell an die Führung der sozialdemokratischen Partei als Opportunismus betrachtet wird.

3. Die kämpferische Initiative der Massen muß entfaltet werden, ohne kleinliche Bevormundung der Einheitsfrontorgane durch die kommunistischen Parteien; keine Deklamationen über die Hegemonie der kommunistischen Partei, sondern Verwirklichung der Leitung durch die kommunistische Partei in der Praxis.

4. Unser Herangehen an die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter muß sich in unserer ganzen Massenarbeit, Agitation und Propaganda von Grund auf ändern. Wir dürfen uns nicht auf allgemeine Behauptungen über den Verrat der Sozialdemokratie beschränken, sondern müssen den Arbeitern konkret, geduldig und überzeugend erläutern, wohin die sozialdemokratische Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie führt und bereits geführt hat. Nicht alles auf die sozialdemokratischen Führer abwälzen, sondern auch auf die Verantwortung der sozialdemokratischen Arbeiter selber verweisen, sie zum Nachdenken über ihre eigene Verantwortung zwingen, sie zwingen, den richtigen Weg des Kampfes zu suchen, usw.

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
(Berlin), 1963, Heft 2, S. 282/283.

18

Aus der Resolution des ZK der KPD „Die Schaffung der Einheitsfront der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Hitlerdiktatur" vom 1. August 1934

Die Vorgänge des 30. Juni sind ein Ausdruck der Krise der Hitlerpartei und der Hitlerdiktatur. Sie haben aber auch aufgezeigt, daß die bisherige Arbeit der KPD unter den werktätigen Massen noch nicht ausreicht, um in solchen

günstigen Situationen breite Massenaktionen gegen die Hitlerdiktatur auszulösen. Sie wird daran besonders durch die Spaltung der Arbeiterklasse gehindert. Es ist deshalb eine der wichtigsten Lehren des 30. Juni, daß die KPD schnellstens die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse herstellt, eine kühne Initiative der Führung und besonders der unteren Einheiten zur Auslösung dieser Kämpfe entfaltet und die Kräfte der Partei auf die strategisch wichtigsten Industriegebiete konzentriert...

Das ZK der KPD beschließt deshalb:

1. Es werden sofort in der Partei alle Maßnahmen zur Schaffung einer breiten Einheitsfront der Arbeitermassen zum Kampf gegen die Durchführung des faschistischen Arbeitsgesetzes vom 20. Januar 1934 mit seinem unerhörten Lohnabbau und [seinen] Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in den Betrieben und gegen das sogenannte Arbeitseinsatzgesetz (mit dem Berliner Göring-Plan) sowie gegen den faschistischen Terror ergriffen. Es muß die Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen Arbeiter und der oppositionellen Elemente unter den SA-Leuten, der Hitlerjugend, den Mitgliedern der NSBO, der Arbeitsfront und der „Kraft durch Freude" durch die Entfaltung des Widerstandes in den Betrieben, des Streikkampfes, von Straßendemonstrationen und anderen Kampfformen hergestellt werden. Dabei ist kühn die Enttäuschung der SA-Leute über den Faschismus auszunutzen, und es ist ihnen zu helfen, in die Reihen der antifaschistischen Front überzugehen. Besonderes Gewicht ist dabei auf die Gewinnung der werktätigen Jugend in den gleichgeschalteten Jugendorganisationen zu legen.

2. Der in der Arbeiterschaft immer stärker hervortretende Wille zur Einheit findet in den Betrieben auch seinen Ausdruck in den Bestrebungen der Arbeiter zur Schaffung der Gewerkschaftseinheit und der Wiederherstellung der freien Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes gegen den Faschismus und gegen die Offensive des Unternehmertums. Die Partei hat diese Bestrebungen nicht nur auf das tatkräftigste zu unterstützen, sondern auch die Initiative zu ergreifen und in ihren Reihen die Hindernisse zu beseitigen, die der Herstellung der Gewerkschaftseinheit im Wege stehen. Dabei müssen die besonderen betrieblichen Verhältnisse berücksichtigt und in den Vordergrund die Organisierung von Widerstandsaktionen gegen die Lohnabbauoffensive gestellt werden. Im Kampfe um die Verwirklichung der von den Arbeitern gemeinsam aufgestellten Forderungen muß die Gewerkschaftseinheit geschaffen werden.

3. Zu diesem Zweck sind sofort mit den bestehenden sozialdemokratischen Gruppen Verhandlungen aufzunehmen, um mit ihnen gemeinsam die Kampfforderungen aufzustellen und feste Vereinbarungen über die Führung des Kampfes (Bildung von Kampfkomitees usw.) zu treffen. Dabei hat die Partei den Kurs auf die Vereinigung dieser Gruppen mit der

KPD auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Internationale und der Taktik der KPD zu nehmen. Es ist von der Partei eine kühne Werbung unter den ehemaligen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und dem besten Teil ihres Funktionärkaders für den Beitritt zur KPD zu unternehmen. Dabei ist ein brüderliches, kameradschaftliches Verhältnis zu den ehemaligen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zu schaffen und den übergetretenen Mitgliedern die weiteste Möglichkeit der aktiven Beteiligung an der Parteiarbeit und der Übernahme von Parteifunktionen zu geben.

Rundschau (Basel), 1934, Nr. 45, S. 1867.
Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936. Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat, Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 22–24.

19

Aus dem gemeinsamen Aufruf der KPD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt und der SPD-Bezirksleitung Hessen-Nassau vom 5. September 1934

Werktätige in Stadt und Land! Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter! Gewerkschaftler!

Terror und Hunger wüten über Hitlerdeutschland. 1½ Jahre faschistischer Diktatur brachten unerhörten Lohnraub, Raub der Erwerbslosenunterstützung, Versklavung der werktätigen Jugend durch Arbeitsdienst und Landhilfe, Preissteigerung und beginnende Inflation! 1½ Jahre Hitlerregierung brachten den Ruin der werktätigen Bauern durch Ablieferungszwang ihrer Produkte und die Enterbung der Bauernsöhne durch das Erbhofgesetz. Die Not der kleinen Gewerbetreibenden ist trotz aller Versprechungen der Nazis noch größer geworden ...

Hitler führt Deutschland in die Katastrophe, wenn nicht die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen seinem verbrecherischen Treiben ein Ende bereitet.

Einheitliche antifaschistische Aktion ist deshalb das Gebot der Stunde!

Schon stehen überall sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter Schulter an Schulter im Kampf. Schon bilden sich überall, besonders in den Betrieben, antifaschistische Einheitsorgane zur Führung des Kampfes. Die sich immer stärker herausbildende und immer mutiger und siegesbewußter auftretende Einheitsfront der Arbeiterklasse beginnt bereits, auf die bisher irregeleiteten Werktätigen aller Bevölkerungsschichten tiefen Eindruck auszuüben.

In dem ehrlichen Bestreben, diesen Willen der Massen zur kämpfenden Einheitsfront über alles bisher uns Trennende hinweg zur unüberwind-

lichen Front des antifaschistischen Kampfes bis zum Sturz des Faschismus zu steigern, haben die illegalen Bezirksleitungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in gemeinsamer Beratung beschlossen, sich zu einer Aktionseinheit zusammenzuschließen mit dem Ziel, den tagtäglichen Kampf aller Ausgebeuteten um Lohn und Brot zu breiten Massenkämpfen gegen den Faschismus und die hinter ihm stehende profitgierige Ausbeuterklasse bis zu ihrer Vernichtung durch die proletarische Revolution zu steigern, um dann durch die Diktatur der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen den wirklichen Sozialismus aufzubauen ...

In der Erkenntnis, daß zur Führung dieses Kampfes breite Einheitsorganisationen erforderlich sind, erblicken wir Bezirksleitungen der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei die erste und wichtigste Aufgabe unserer Aktionseinheit in dem Wiederaufbau der freien Gewerkschaften auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes.

Wir fordern euch Sozialdemokraten und Kommunisten auf, unverzüglich in allen Betrieben gemeinsam illegale Gewerkschaftskomitees aus den erfahrensten und zuverlässigsten Kollegen und Kolleginnen zu bilden, welche durch illegale Vertrauensleute mit den einzelnen Abteilungen des Betriebs in Verbindung treten und Abteilungsgruppen der Gewerkschaft aufbauen. Diese Abteilungsgruppen machen es sich zur Aufgabe, die Mobilisierung aller Belegschaftsmitglieder zur Steigerung des Massenwiderstandes für betriebliche Forderungen und zu Massenkämpfen und Streiks vorzunehmen.

Um dem faschistischen Terror Einhalt zu gebieten und auch die Wehrhaftigkeit unserer Klasse zu steigern, rufen wir euch ferner auf, in allen Orten und Wohnblocks den gemeinsamen Aufbau eines illegalen antifaschistischen Massenselbstschutzes vorzunehmen, welcher sich u. a. auch zur Aufgabe stellt, in faschistischen Organisationen, wie SA, SS, HJ usw., die unzufriedenen Elemente zu erfassen und für unseren antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Darüber hinaus schließt euch überall zu Einheitskomitees zur Befreiung aller eingekerkerten Antifaschisten zusammen. Schafft in den Landgebieten einheitliche Bauernkomitees zur Verteidigung der Lebenslage der Landbevölkerung. Schafft an allen Stempelstellen Erwerbslosenkomitees! Schafft einheitliche Jugend- und Frauenkomitees zum Kampf gegen Arbeitsdienst, Landhilfe und Militarisierung bzw. gegen den Hinauswurf der Frauen aus dem Produktionsprozeß und für Gleichstellung der Frauenlöhne mit denen der Männer.

Die Bezirksleitungen der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei erklären, daß sie jeden Saboteur dieser Einheitsaktion als Feind der Arbeiterklasse betrachten und daß sie über diese Aktionseinheit hinaus eine restlose Klärung aller Meinungsverschiedenheiten und die Schaffung der einen revolutionären Partei der Arbeiterklasse anstreben.

Antifaschisten in Stadt und Land! Sozialdemokraten und Kommunisten!

Je schneller wir diese unsere Aktionseinheit in allen Betrieben, Stempelstellen und Orten zur höchsten Entfaltung bringen, je schneller wir uns im gemeinsamen Kampfe zusammenfinden, desto schneller werden wir Hitler und die kapitalistische Ausbeuterklasse zum Teufel jagen.

Die Kommunistische Internationale (Basel), 1934, Nr. 19, S. 1909–1912.
Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936. Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat, Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 50–52.

20

Aus der „Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft" vom 27. November 1934

§ 1

Die gewerbliche Wirtschaft wird fachlich und bezirklich zusammengefaßt und gegliedert. Die Organisation und die öffentlich-rechtlichen Vertretungen der gewerblichen Wirtschaft werden organisch verbunden.

§ 2

Fachlich wird die gewerbliche Wirtschaft in einer Reichsgruppe Industrie in Hauptgruppen und in den Reichsgruppen Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft zusammengefaßt.

In den Hauptgruppen der Industrie und in den Reichsgruppen der übrigen gewerblichen Wirtschaft werden Wirtschaftsgruppen gebildet, die sich nach Bedarf in Fachgruppen und Fachuntergruppen gliedern.

§ 3

Bezirklich wird die gewerbliche Wirtschaft in Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt.

Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Fachuntergruppen können sich bezirklich untergliedern, wenn ein zwingendes wirtschaftliches Bedürfnis besteht, einen bestimmten Wirtschaftszweig für einen Wirtschaftsbezirk oder innerhalb eines solchen zusammenzufassen. Wenn die Erfassung der Mitglieder es erfordert, kann eine Bezirksorganisation in der Weise gebildet werden, daß Bezirksgruppen für Wirtschaftsbezirke und Bezirksuntergruppen für die Bezirke der Industrie- und Handelskammern errichtet werden ...

§ 6

Die bestehenden Wirtschaftsverbände sind soweit tunlich in die fachliche oder bezirkliche Gliederung zu überführen und erhalten damit die neue Rechtsform (§ 5). Die Überführung wird durch den Reichswirtschaftsminister angeordnet, soweit sie nicht von den Verbänden durchgeführt wird ...

§ 16

Die Gruppe der gewerblichen Wirtschaft hat ihre Mitglieder auf dem Fachgebiet zu beraten und zu betreuen.

Der Leiter hat die Gruppe im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen und die Angelegenheiten der Gruppe und ihrer Mitglieder unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung des Staatsinteresses zu fördern. Der Leiter ist der Gruppe und den Leitern der übergeordneten Gruppen für die ordnungsmäßige Führung der Gruppe verantwortlich.

Weisungen des Leiters, die durch den Zweck der Gruppe oder durch den Zusammenschluß der gewerblichen Wirtschaft bedingt sind, haben die Mitglieder zu folgen.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1934, Teil I, Nr. 131, S. 1194–1196.

21

Aus der Resolution des ZK der KPD „Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur" vom 30. Januar 1935

Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront ist der wichtigste Hebel zur Entfaltung der Aktionen der Massen und [zu] ihrer Heranführung an die großen revolutionären Schlachten zum Sturz der faschistischen Diktatur. Gegenüber der sozialdemokratischen Politik, die auf eine ganze Periode des Faschismus und der Reaktion orientiert ist und die Massen zum Abwarten verleitet und vom Kampf abhält, und gegenüber dem Prager SPD-Vorstand, der im Interesse seiner Politik der Klassenzusammenarbeit den Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiter zu unterdrücken sucht, hat die Kommunistische Partei die feste Überzeugung und das Vertrauen zur Klassenkraft des Proletariats, die faschistische Diktatur zu zerbrechen ...

Der Sturz der faschistischen Diktatur kann nur durch die Gewinnung der breitesten Volksmassen für den Kampf unter proletarischer Führung gegen die faschistische Tyrannei, gegen die imperialistische Kriegspolitik und gegen die Kapitalsoffensive, durch die Organisierung der antifaschi-

stischen Volksfront erreicht werden. Auf dem Wege des Zusammenschlusses der Kommunisten mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Organisationen zur gemeinsamen Steigerung des Klassenkampfes wird die Arbeiterklasse alle Schichten der Werktätigen an sich ziehen und sie zum Kampf gegen den Faschismus führen.

Die Schaffung der Einheitsfront erleichtert es uns, in den faschistischen Massenorganisationen alle legalen und halblegalen Möglichkeiten auszunützen. Überall, wo Massen organisiert sind und zusammenkommen (Betriebsversammlungen, Stempelstellen, Arbeitsfront, Hitlerjugend, bei den Sportlern, in den Konsumvereinen usw.), müssen die Kommunisten und alle Antifaschisten zur Stelle sein, um die Opposition gegen den Hitlerfaschismus zu organisieren. In den faschistischen Massenorganisationen müssen die Kommunisten den Stoß gegen die Mißwirtschaft der Kommissare und der eingesetzten Leitungen, gegen die Bonzenwirtschaft und das Führerprinzip richten, müssen sie für das Recht zur Kritik, für die Wahl der Leitungen durch die Mitglieder, für Kontrollrecht über Beitragsgelder usw. kämpfen.

Diese Arbeit ist bisher von der Partei fast vollkommen vernachlässigt worden. Das betrifft besonders die Arbeit in der Hitlerjugend, was eine außerordentliche Schwäche der Arbeit der Partei unter der werktätigen Jugend gerade in der Zeit zum Ausdruck bringt, in der ihre Abkehr vom Faschismus einsetzt. Die Wendung der Partei in der revolutionären Massenpolitik muß ihren besonderen Ausdruck finden in einer wirklichen Orientierung der Partei auf die Jugend, in der vollen Verantwortlichkeit für die Vernichtung des faschistischen Einflusses in der werktätigen Jugend und in ihrer Gewinnung für den Klassenkampf. Von großer Bedeutung sind: der Kampf gegen die Militarisierung der Jugend; die Arbeit in den Arbeitsdienstlagern, in denen zielbewußte antifaschistische Aufklärung und Massenschulung geleistet werden muß; die Arbeit bei den Massentransporten aufs Land, bei denen sich zu größeren Demonstrationen der Angehörigen bei der Abfahrt Anlaß bietet; ferner die Ausnützung der Landhelfer als Agitatoren der Arbeiterklasse bei den Bauern und Landarbeitern in den Dörfern und auf den Gütern. Die antimilitaristische Arbeit muß gleichfalls in den Wehrorganisationen, der SA, SS usw., organisiert werden.

Die Lage der Frauen und Mädchen ist unter der Hitlerregierung durch die Entrechtung, Hinausdrängung aus dem Produktionsprozeß und durch die Teuerung außerordentlich verschlechtert. Die Frauen und Mädchen sind mit am stärksten von der Enttäuschung erfaßt. Die Wendung der Partei muß auch zu einer ernsten Entfaltung der Arbeit unter den werktätigen Frauen führen, um sie als aktive Kämpferinnen in die antifaschistische Kampffront einzureihen.

Die Organisierung des Kampfes für die Interessen der werktätigen Bauern, des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz erfordert die besondere Aufmerksamkeit der Kommunisten für die Tagesforderungen dieser Schichten. Für die Klein- und Mittelbauern fordern wir: sofortige Beseitigung aller Zwangsbewirtschaftung, Niederschlagung sämtlicher Steuerrückstände, Senkung der Futtermittelpreise auf Kosten des Großhandels und der Monopolzuschläge, Herabsetzung der Pachten und Verlängerung der Pachtverträge, Zinssenkung für alle Grundbuchforderungen und für alle übrigen Kredite, langfristige, zinslose Kredite zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und zur Ergänzung des Viehbestandes, Aufhebung des Verbots des Selbstschlachtens zum eigenen Verkauf, Erlaubnis zum Selbstmarkten mit allen Produkten, darüber hinaus entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und Zuteilung an die Klein- und Mittelbauern und Siedler.

Für das städtische Kleinbürgertum stehen die folgenden Forderungen im Vordergrund: Steuerfreiheit bei Einkommen bis zu 3000 Reichsmark jährlich, bei Vermögen bis zu 20 000 Reichsmark, Aufhebung der Bier-, Schlacht-, Bürger-, Salzsteuer und ihre Ersetzung durch Sondersteuer auf große Banken, Konzerne, Syndikate, Kartelle, Trusts und Warenhäuser, keine Zwangsabgaben und „freiwilligen" Spenden, keinen Rentenraub an kleinen Rentnern und Invaliden, Mietsenkung für alle Ein- bis Dreizimmerwohnungen und für kleine Geschäfte, schließlich eine Millionär-, Aufsichtsrats- und Dividendensteuer.

Die Intelligenz rufen wir auf gegen faschistische Entwürdigung der Wissenschaft, gegen Maßregelung unabhängiger Künstler und Gelehrter, gegen Willkür und Dunkelmännerei der Goebbels und Rosenberg, für Unabhängigkeit der Wissenschaft und Kunst von der faschistischen Diktatur, gegen Gesinnungsschnüffelei, Dilettantismus und Protektionswirtschaft in Wissenschaft und Kunst, für Wissen und Leistung.

Für die Gesamtheit aller Werktätigen stellen wir Kommunisten in der proletarischen Einheitsfront und in der antifaschistischen Volksfront das Programm des Kampfes für alle demokratischen Rechte auf: Freiheit der Versammlung und Presse, Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, Schutz vor Denunziationen und Verfolgung, Aufhebung von Konzentrationslagern und Schutzhaft, Befreiung aller Opfer des Hitlerregimes. Millionenmassen der Werktätigen müssen mobilisiert werden zum aktiven Kampf für die Befreiung des Führers des Kampfes gegen den Faschismus, Genossen Thälmann ...

Nur indem wir mit unseren Losungen an alle Lebensfragen der breitesten werktätigen Massen in Stadt und Land anknüpfen und in unserer gesamten Agitation ihre einfache Sprache sprechen, werden wir imstande sein, eine wirkliche Millionenbewegung gegen die faschistische Diktatur

ins Leben zu rufen und die antifaschistische Volksfront zu schmieden. So gewinnen wir zugleich die Kraft, unsere politischen Losungen, vor allem auch im Kampf gegen chauvinistische Verhetzung unser Programm zur sozialen und nationalen Befreiung, in die Massen hineinzutragen ...

Das Haupthemmnis für die Durchführung der Einheitsfrontpolitik ist das Sektierertum, das die Partei an der Entfaltung einer revolutionären Massenpolitik zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und zur Gewinnung der Verbündeten hindert. Wenn es der Partei nicht gelingt, das Sektierertum schnellstens zu überwinden, wird sie nicht imstande sein, die Wendung zur revolutionären Massenpolitik durchzuführen und den Prozeß der Organisierung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront zu beschleunigen. Die Partei muß deshalb alle Kräfte auf die Überwindung des Sektierertums konzentrieren, das seinen besonderen Ausdruck fand in dem Widerstand gegen die Einheitsfront und gegen die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften, in der fehlenden Differenzierung zwischen den rechten und linken SPD-Führern, in scheinradikaler Einschätzung der Lage und in einer Unterschätzung der Selbstkritik ...

Indem die Partei in Verbindung mit der Vorbereitung des VII. Weltkongresses in selbstkritischer Weise alle Fehler und Schwächen der Parteiarbeit aufdeckt, entschlossen auf eine ideologische Überwindung des Sektierertums hinwirkt und die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber dem parteifeindlichen Opportunismus und Versöhnlertum verstärkt, schafft sie die Voraussetzungen für die Festigkeit und Geschlossenheit der Partei in der Durchführung der richtigen Linie auf allen Frontabschnitten der revolutionären Massenarbeit.

Rundschau (Basel), 1935, Nr. 10, S. 553–555.
Die Kommunistische Partei Deutschlands und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936. Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat, Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 112, 115–119.

22

Aus der Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zum Bericht Georgi Dimitroffs vom 20. August 1935

2. Die reaktionärste Abart des Faschismus – das ist der Faschismus deutschen Schlages, der sich dreist als Nationalsozialismus bezeichnet, der aber weder mit dem Sozialismus noch mit der Verteidigung der wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes irgend etwas gemein hat, sondern lediglich die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie spielt,

und der kein bloßer bürgerlicher Nationalismus, sondern bestialischer Chauvinismus ist.

Vor den Augen der ganzen Welt zeigt das faschistische Deutschland anschaulich, was die Volksmassen bei einem Siege des Faschismus zu gewärtigen haben. Das rasende faschistische Regime rottet in den Gefängnissen und Konzentrationslagern die Blüte der Arbeiterklasse, ihre Führer und Organisatoren aus. Es hat die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle legalen Organisationen der Arbeiter, auch alle anderen nichtfaschistischen politischen und kulturellen Organisationen vernichtet. Es hat den Arbeitern die elementarsten Rechte der Verteidigung ihrer Interessen geraubt. Es hat ein kulturell hochstehendes Land in geistige Finsternis gestürzt und in einen Herd der Barbarei und des Krieges verwandelt. Der deutsche Faschismus ist der Hauptanstifter eines neuen imperialistischen Krieges und tritt als Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution auf.

3. Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale unterstreicht die wachsende Gefahr des Faschismus in allen kapitalistischen Ländern und warnt vor jeder Unterschätzung der faschistischen Gefahr. Der Kongreß verwirft auch die fatalistischen Anschauungen von der Unvermeidlichkeit des Sieges des Faschismus; diese Anschauungen sind grundfalsch, sie können nur Passivität erzeugen und den Massenkampf gegen den Faschismus schwächen. Die Arbeiterklasse kann den Sieg des Faschismus verhindern, wenn sie ihre Kampfeinheit verwirklicht und durch rechtzeitige Entfaltung ihrer Kampfaktionen nicht zuläßt, daß der Faschismus erstarkt, wenn sie es dank einer richtigen revolutionären Führung versteht, die breiten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land um sich zu scharen.

5. Im Zusammenhang mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland und dem Anwachsen der faschistischen Gefahr in den anderen Ländern verschärfte und verschärft sich der Klassenkampf des Proletariats, das immer mehr zum entschiedenen Widerstand gegen die faschistische Bourgeoisie übergeht. In allen kapitalistischen Ländern entfaltet sich die Einheitsfrontbewegung gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus. Die Entfesselung des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland hat den stärksten Anstoß auch zur internationalen Einheitsfront des Proletariats gegeben. (Der Leipziger Prozeß – die Kampagne für die Freilassung Dimitroffs und seiner Genossen, die Verteidigung Thälmanns usw.)

Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti:
Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten
im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus.
Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935),
Berlin 1960, S. 271–273.

23

Aus dem Schlußwort Wilhelm Piecks auf der Brüsseler Konferenz der KPD vom 15. Oktober 1935

Was ist nun das Neue, das uns die Parteikonferenz gegeben hat? Worin bestehen die neuen Wege, die neuen Methoden, die wir in unserer Massenpolitik anwenden müssen? Ich möchte das in fünf Hauptpunkten zusammenfassen:

1. Es ist das neue Verhältnis, das wir zur Sozialdemokratie schaffen müssen. Darin besteht eines der wesentlichen Merkmale der Einheitsfront auf neue Art. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf Grund ihrer durch den Sieg des Faschismus herbeigeführten veränderten Lage nicht mehr die Rolle der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie spielen kann, sondern in eine Kampfstellung gegenüber dem Faschismus gezwungen wurde, ist für die Bestimmung unseres Verhältnisses zu ihr von entscheidender Bedeutung.

Wir haben einen gemeinsamen Feind, wir haben ein gemeinsames Ziel, wir müssen gemeinsam kämpfen – darin besteht die Grundlage unseres Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Das hebt noch nicht die politischen Gegensätze auf, die zwischen der Politik der Sozialdemokratie und der der Kommunistischen Partei bestehen, aber das zwingt uns, die gemeinsame Kampfaufgabe vor den sozialdemokratischen Arbeitern, Funktionären und Organisationen zu stellen. Das heißt nicht, daß wir darauf verzichten, über die politischen Gegensätze zu diskutieren. Aber es kommt auf die Form an, in der wir über diese Fragen mit den sozialdemokratischen Arbeitern sprechen. Denn gerade indem wir ihnen die von uns verfolgte Politik begreiflich machen, müssen wir uns zwangsläufig mit der entgegengesetzten Politik, die von den Reformisten geführt wird, auseinandersetzen. Das neue Verhältnis muß auch in der Form unseres Herantretens, in der Art unserer Sprache, in den ganzen Methoden unserer Arbeit zum Ausdruck kommen, um bei den Sozialdemokraten das Verständnis und die Bereitwilligkeit für den gemeinsamen Kampf, für den Abschluß von Einheitsfrontabkommen herbeizuführen. Wir müssen jeden Versuch, die Einheitsfront als Werbeaktion für die KPD, als Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer zu betrachten, zurückweisen und jeder formellen Behandlung der Einheitsfrontangebote und jeder schematischen Gegenüberstellung der Einheitsfront von oben und von unten entgegentreten und jede Geringschätzung der sozialdemokratischen Arbeiter energisch bekämpfen. Nur wenn wir so in unseren eigenen Reihen eine völlige Umstellung in unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie herbeiführen, werden wir auch Erfolg bei der Schaffung der Einheitsfront haben.

2. Es ist die neue Erkenntnis, daß die faschistischen Massenorganisationen das entscheidende Wirkungsfeld für unsere gesamte Tätigkeit zur Gewinnung der Massen für den Kampf gegen den Faschismus sind. Wir müssen den Faschismus mit den Massen, die er in seinen Zwangsorganisationen vereint und beherrscht, zu schlagen verstehen. Das werden wir aber nur vermögen, wenn wir uns mit unserer gesamten Organisation und unserer Arbeit in diesen Massenorganisationen wirklich verankern. Wir müssen eine ständige systematische Arbeit zur Beeinflussung der Massen in diesen Organisationen leisten, sowohl in der allgemeinen politischen Aufklärung wie in der gewerkschaftlichen Tätigkeit und in allen Betriebsfragen. Darin liegt die hohe Bedeutung des vom Genossen Dimitroff gegebenen Beispiels des Trojanischen Pferdes. Das ist natürlich unter den illegalen Bedingungen, unter denen unsere Genossen arbeiten müssen, nicht so einfach. Wir müssen dazu die Kunst erlernen, alle legalen Möglichkeiten in diesen Organisationen und im Betrieb richtig auszunutzen. Die Faschisten werden selbstverständlich dagegen mit dem schärfsten Terror vorgehen. Sie haben schon damit begonnen, weil sie verstehen, welche Gefahr das Trojanische Pferd für sie bedeutet.

3. Es ist die Überwindung der Uneinigkeit innerhalb der Opposition gegen das faschistische Regime, auf die Hitler auf dem Nürnberger Parteitag hingewiesen hat. Wir müssen durch unsere Politik, durch eine geeignete politische Plattform die Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte herbeizuführen versuchen. Wir haben das in unserem Manifest an die werktätigen Massen unternommen. Wir wollen mit diesem Manifest und mit dem darin enthaltenen Kampfprogramm die Möglichkeit des Herankommens an die verschiedensten Oppositionsschichten und ihrer Gewinnung für den Kampf schaffen. Aber selbstverständlich handelt es sich nicht nur um ein solches Dokument, sondern vielmehr darum, durch unsere tägliche Arbeit, durch die neuen Formen und Methoden unserer Arbeit die Verbindung mit diesen Massen herzustellen, sie für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, für die Wiedereroberung der demokratischen Freiheiten, für die Erhaltung des Friedens und für den Sturz des Faschismus zu gewinnen ...

5. Es ist die Schaffung eines völlig neuen Parteilebens, einer von Grund auf geänderten Form unserer Organisation, entsprechend den illegalen Bedingungen und den Anforderungen unserer revolutionären Massenarbeit. Das Entscheidende dabei ist, daß die höchste Initiative jeder Parteieinheit in allen Situationen und bei allen Anlässen, die eine Mobilisierung der Massen, ihre Vereinigung auf ein bestimmtes Kampfziel erfordern, entfaltet wird. Das eben heißt Politik machen. Jede Parteiorganisation, jede Parteizelle muß lernen, selbständig politisch zu handeln, und darf keine Gelegenheit ungenützt vorübergehen lassen, die zur

Auslösung irgendwelcher, selbst der kleinsten Widerstandsaktionen geeignet ist.

Wir müssen dabei auch eine solche Lage ins Auge fassen, die sehr schnell über uns hereinbrechen kann, daß durch den Ausbruch eines Krieges die Möglichkeit der zentralen Leitung der Partei außerordentlich erschwert ist, trotzdem aber unsere Parteieinheiten, unsere Kader keinen Tag in der Durchführung ihrer Aufgaben nachlassen dürfen.

Die Gelegenheit zur Auslösung von Widerstandsaktionen wird in den nächsten Wochen und Monaten bei dem Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande, bei der gegenwärtigen Teuerung und ihrer Auswirkung auf die Lebenshaltung der Massen, bei dem wachsenden Terror der Faschisten sehr oft gegeben sein, und es wird viel davon abhängen, ob wir es vermögen, unsere gesamte Parteiorganisation schnell auf diese Notwendigkeiten umzustellen.

Wir müssen vor allem versuchen, zu Einheitsfrontabkommen mit den sozialdemokratischen Organisationen zu kommen, die der erste Schritt zur Verwirklichung der Einheitsfront und zur Auslösung gemeinsamer Kämpfe sind. Aber gerade bei diesen Abkommen wird außerordentlich viel davon abhängen, ob unsere Genossen es verstehen, diese Abkommen wirklich zu einem Motor der Einheitsfront zu machen, daß sie den sozialdemokratischen Arbeitern geeignete Vorschläge unterbreiten, wie der Kampf gemeinsam geführt werden soll, solche Vorschläge, die von diesen als real angesehen werden und auch ihren Auffassungen und Bedürfnissen entsprechen. Wenn wir das nicht verstehen, werden unsere Einheitsfrontabkommen auf dem Papier bleiben und uns nicht helfen, die Einheitsfront zu verwirklichen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 1/13/33, Bl. 298–304.
Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf
für den Sturz der Hitlerdiktatur.
Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz
der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1935,
Berlin 1960, S. 130–134.

24
Aus dem gemeinsamen Protest deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Justizmord an Rudolf Claus vom 18. Dezember 1935

Wir deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten stellen angesichts dieses eklatanten neuen Mordes unsere prinzipiellen Gegensätze und tak-

tischen Meinungsverschiedenheiten zurück, um uns zum ersten Male in einer gemeinsamen öffentlichen Anklage gegen das schuldige Regime zusammenfinden ...

Wir deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten, die im Auslande leben, wissen: die Sühne für die Kette scheußlicher Verbrechen kann und wird nur vom deutschen Volk selbst, von innen heraus, vollzogen werden!

Wir Sozialdemokraten und Kommunisten richten in heiliger Empörung im Angesicht des Märtyrertodes von Rudolf Claus an alle freiheitlich denkenden Menschen der Welt, an alle zivilisierten Staaten den feierlichen Appell:

Durch die Kraft des Weltprotestes, den Morden und der Barbarei im „Dritten Reiche" Einhalt zu gebieten!

Nur durch die Kraft brüderlicher Solidarität, für die Rudolf Claus sein Leben hingab, können neue Hinrichtungen und Morde verhindert, kann die Folterung in den Nazigefängnissen abgeschafft, können die Kerkertore für Mierendorff, Thälmann, Schumacher, Heilmann, Neubauer und Ossietzky aufgestoßen und kann all unseren gequälten und todbedrohten Brüdern die Freiheit erkämpft werden!

Einheit für Hilfe und Verständigung (Paris),
1936, Nr. 1, S. 21/22.

25

Aus dem Aufruf des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes „Für Deutschland – gegen Hitler!" vom 30. Januar 1936

Am 1. Februar 1933 versprach Hitler dem deutschen Volke, er werde es nach vier Jahren zu einer freien Entscheidung aufrufen. Er hat dieses Versprechen gebrochen. Ein Volk, das frei entscheiden soll, muß alle Tatsachen kennen, alle Meinungen hören und sich aus ihnen sein Urteil bilden. Es gibt keine freie Entscheidung ohne Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit des Zusammenschlusses, der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens. Hitler hat alle diese Voraussetzungen einer freien Entscheidung zerstört. Nun muß sich das Volk nicht mit Hitler, sondern durch den Sturz der Diktatur den Weg zu seinem Recht bahnen. Es ist der Weg zu seiner Rettung. Nur eine frei gewählte Volksvertretung, die aus sich heraus eine neue, dem Volk verantwortliche Reichsleitung schafft, kann Deutschland vor dem Untergang bewahren.

Nach Hitler das Chaos? Nein, Hitler ist das Chaos! Nach Hitler der Bolschewismus? – All das, was Hitler dem Bolschewismus vorwerfen kann, hat er selbst in der abstoßendsten Form verwirklicht. Nur eines hat

er nicht getan, was der Bolschewismus getan hat. Er hat keine Diktatur gegen das Großkapital aufgerichtet, er schwingt die Peitsche für das Großkapital.

Während das ganze Land beunruhigt und aufgewühlt einer ungewissen Zukunft entgegensieht, bilden sich unter den Arbeitern der Großstädte Zentren des Widerstandes, Kristallisationspunkte der neuen Ordnung. Nur aus den dicht zusammengedrängten Massen der Industriebevölkerung kann die Kraft emporsteigen, die den inneren Feind der ganzen Nation überwindet ...

Aber der Kampf gegen die Hitlerdiktatur ist nicht die Aufgabe der Arbeiter allein. Alle Klassen und Schichten, abgesehen von einer Oberschicht, die aus den gegenwärtigen Zuständen Gewinn zieht, sind berufen, an dem Befreiungskampf des Volkes mit gleichen Rechten und Pflichten teilzunehmen. Sein Ziel ist nicht eine neue Diktatur an Stelle der alten, nicht die despotische Beherrschung eines Volksteils durch einen anderen Volksteil, sondern die Freiheit des ganzen Volkes.

Freiheit der Meinung in Wort und Schrift, Freiheit der Wissenschaft, der Kunst, des religiösen Lebens, Gleichberechtigung aller ohne Unterschied der Partei, der Religion und der Rasse! Freiheit und gleiches Recht für alle die, die Freiheit und gleiches Recht für alle wollen, unerbittlicher Kampf gegen alle Feinde der Freiheit und des gleichen Rechts!

Neuer Vorwärts (Karlsbad), 2. Februar 1936.

26

Aus dem Gestapo-Lagebericht über die Ereignisse in Berlin im Januar 1936

Die Entwicklung der allgemeinen Stimmung innerhalb der Bevölkerung der Reichshauptstadt ist im Laufe des Monats Januar Gegenstand umfangreicher und eingehender Erhebungen in allen Stadtteilen gewesen. Dabei mußte festgestellt werden, daß eine weitere Verschlechterung eingetreten ist. Ein wachsender Pessimismus und Mißmut, der auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen ist, macht sich von Woche zu Woche stärker bemerkbar. Soweit nicht, was für einen erschreckend hohen Prozentsatz der Bevölkerung gilt, eine direkt negative Einstellung zu Staat und Bewegung im Laufe der letzten Monate Platz gegriffen hat, herrscht eine große Gleichgültigkeit und Müdigkeit dem politischen Geschehen gegenüber ...

Viele Volksgenossen, die, ohne sich zum Nationalsozialismus zu bekennen, nach der Machtübernahme eine loyal abwartende Haltung gegen-

über dem Dritten Reich einnahmen, haben inzwischen den Glauben an die Verwirklichung gerade der sozialistischen Punkte des Parteiprogramms verloren. Das Sinken des Ansehens der NSDAP in der Bevölkerung kann nicht mehr übersehen werden ...

Aus den dargestellten Übelständen und ihrer Aufnahme in der Allgemeinheit schöpft die kommunistische Propaganda, besonders in Berlin, mit Eifer und großem Geschick ...

In den letzten Wochen haben sich in auffälligem Maße die Anzeichen für Erfolge der Wühlereien der Dimitroffschen „Antinationalsozialistischen Volksfront" gemehrt. Dies zeigt sich auch bei der Arbeit der Staatspolizeibeamten, die in den Arbeiterbezirken Berlins, wenn sie sich als Polizeibeamte zu erkennen geben, Auskünfte entweder gar nicht oder nur widerstrebend erlangen können. Die offene und freudige Mitarbeit der Allgemeinheit bei der Bekämpfung des Kommunismus, wie sie bis ins Jahr 1935 hinein deutlich festgestellt werden konnte, hat erheblich nachgelassen. Von einer Immunität gegen das Gift des Marxismus kann in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung keine Rede mehr sein. Bezeichnend ist die vorläufig noch vereinzelte Feststellung, daß sich alte SA-Männer mit fanatischen Kommunisten zusammenfinden und politische Debatten führen ...

Allgemein kann zwar gesagt werden, daß der Kommunismus vor allem wegen der starken Bekämpfung, die er durch die Staatsorgane erfährt, und der damit verbundenen ständigen Aufreibung seiner Organisation und Festnahme seiner führenden Männer eine augenblickliche Gefahr für den Bestand des Staates nicht bedeutet. Es muß aber ernsthaft darauf hingewiesen werden, daß trotz aller Erfolge gegen den organisierten Kommunismus das Heer der durch kommunistische Ideen wieder oder neu Verseuchten im stetigen Wachsen begriffen ist ...

Das im Lagebericht des Vormonats berichtete Einheitsfrontabkommen zwischen dem Bezirksvorstand der SPD von Berlin und der Roten Hilfe wird durch die Rede Piecks auf der 4. Parteikonferenz in Brüssel bestätigt. Auf Grund dieses Abkommens hat die SPD eine größere Aktivität entwickelt. Am 9.–10. Januar mußten schätzungsweise 6000 Flugzettel mit der Aufschrift „Die Sozialdemokratie lebt" u. a. in Köpenick und Treptow aufgesammelt werden. In Charlottenburg wurden bei der Leerung der Briefkästen mehrere hundert derselben Zettel sowie die „Sozialistische Aktion" gefunden. Letztere erhielten auch mehrere Geschäftsleute in Charlottenburg durch die Post von Dresden aus zugesandt ...

Bemerkenswert ist im Berichtsmonat vor allem die Auswirkung der unter strengster Geheimhaltung veranstalteten Fuldaer Bischofs-Konferenz und das gesteigerte Bemühen der katholischen Kirche um die Familie. – Die Bischofs-Konferenz hat verschiedene Hirtenbriefe beschlossen, die

auch in Berlin von den Kanzeln verlesen wurden. In dem einen Hirtenbrief wird gesagt, daß der Heilige Bonifatius aus seinem Grabe heraus den Bischöfen den Befehl erteilt habe, gegen den Unglauben und das Neue Heidentum zu predigen und die Gläubigen zur Einheit und Treue zum Heiligen Vater in Rom aufzufordern. Ein 2. Hirtenbrief befaßt sich unter Berufung auf das päpstliche Hirtenschreiben casti connubii vom 31. Dezember 1930 mit dem Wesen der Kirche nach katholischem Kirchenrecht und betont nochmals die Ablehnung der Sterilisations-Gesetzgebung durch die Kurie ...

Im Berichtsmonat mußte auch in einigen Fällen gegen evangelische Pfarrer wegen Angriffs auf die Reichsregierung von der Kanzel herab gemäß § 130a des StGB eingeschritten werden. Es handelt sich in diesen Fällen um Angehörige des radikalen Flügels der Bekenntnisfront, auch um Kreise des evangelischen Pfarrer-Nachwuchses, die sich in erkennbar gesteigertem Maße gegen die von dem Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten bzw. von den Kirchenausschüssen getroffenen Maßnahmen zur Befriedigung der Verhältnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche richten.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, St 3/102, Bl. 85, 89, 92–94, 96.

27

Aus dem Artikel Rudolf Breitscheids „Einheitsfront für Frieden" vom April 1936

Die Truppen des deutschen Diktators stehen am Rhein, die des italienischen in Addis Abeba. Die Verträge liegen zerfetzt und zerstampft am Boden. Die Regierungen, die sich verpflichtet hatten, gemeinsam für die „Beobachtung der Vorschriften des internationalen" Rechts zu sorgen, haben sich als unfähig zur Bewältigung der ihnen gestellten Aufgabe erwiesen ...

Und gibt es nun, nachdem die Hoffnungen auf den Völkerbund gescheitert sind, keinen Wall mehr gegen den Krieg? Sollen wir uns auf die Rüstungen verlassen, die die einzelnen Länder auftürmen und im übrigen mit verschränkten Armen einer für unabwendbar gehaltenen Katastrophe entgegengehen? Oder sollen wir uns vielleicht dabei beruhigen, daß sich Leute, denen es um den Schein und nicht um das Wesen der Sache zu tun ist, um eine Reform des Völkerbundes bemühen, die die Form rettet und den Inhalt preisgibt? Sind nicht Kräfte vorhanden, die ein festeres Friedensfundament zu errichten imstande wären?

Die Antwort auf diese Fragen ist erteilt, wenn wir uns über die Wurzeln der gegenwärtigen Kriegsgefahr klargeworden sind. Sie liegen in der Politik des Faschismus, der, um sich an der Macht zu halten und die ihm unterworfenen Menschen von den Gedanken an ihr Recht, ihre Freiheit und ihr tägliches Brot abzulenken, auswärtige Abenteuer sucht und dabei gleichzeitig dem Kapitalismus die Erweiterung der Märkte in Aussicht stellt. Krieg und Faschismus sind untrennbar miteinander verbunden, und der Kampf gegen den einen wie den andern muß auf derselben Ebene geführt werden. Mit anderen Worten: Wer den Frieden will, muß die Überwindung und Niederwerfung des Faschismus wollen.

Also sind die antifaschistischen Kräfte in allen Ländern die tatsächlichen Träger der Friedensidee, und ihnen Führung und Antrieb zu geben, sind in erster Linie die Arbeitermassen und ihre Organisationen berufen.

Dazu aber ist erste und dringendste Voraussetzung die Verständigung über Strategie und Taktik und die Herbeiführung einer einheitlichen Aktion, denn wie Walter in seinem Artikel mit Recht sagt, kann getrenntes Marschieren, selbst bei einer grundsätzlichen Übereinstimmung über das Kampfziel, zu schweren Niederlagen führen. Koalitionskriege, in denen jeder Generalstab nach eigenen Methoden und nach eigenen Plänen handelte, sind immer gewagte Unternehmungen gewesen.

Nun haben erfreulicherweise sowohl nach dem 7. März wie jetzt wieder am Weltfeiertag der Arbeit alle proletarischen Organisationen national und international die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Friedenswilligen betont. Dieser Grundton klang durch die Aufrufe der Sozialisten, der Kommunisten und der Gewerkschaften. Indessen ist es bisher leider im weiten Umfang bei dieser Bekundung einer richtigen Erkenntnis geblieben. Nur in einzelnen Ländern ist es darüber hinaus zu einer gewissen Verständigung über gemeinsames Handeln gekommen, aber gerade dort, wo es am notwendigsten wäre, ist die Einigung noch nicht hergestellt. Die beiden großen politischen Internationalen haben den Weg zueinander noch nicht gefunden, und ebensowenig ist es bisher zu einer Annäherung zwischen den Auslandsvertretungen der deutschen Arbeiterparteien gekommen, obwohl doch niemand besser weiß, was die Welt von dem Hitlertum zu erwarten hat, als die deutschen Kommunisten und die deutschen Sozialdemokraten.

Ich prüfe hier nicht die Schuldfrage. Ich suche bei denen, die für die Verzögerung verantwortlich sind, auch nicht nach Motiven, zu denen sie sich nicht selbst bekennen. Ich stelle alle Schwierigkeiten, die sich im Laufe eines halben Menschenalters zwischen den beiden proletarischen Organisationen aufgerichtet haben, in Rechnung. Aber sollte es denn wirklich unmöglich sein, daß sich die Vertreter von hüben und drüben ohne Voreingenommenheit zusammentun, um ein Einverständnis über die

Behandlung des Problems herbeizuführen, das das ernsteste und furchtbarste der nächsten Zukunft ist?

Die Zeit drängt. Jeder verlorene Tag ist ein Gewinn für die Kriegstreiber. Die Verantwortung derer, die nicht alles daransetzen, um einen starken Wall gegen den Krieg zu errichten, wird immer größer. Nennt es Volksfront, nennt es Einheitsfront, nennt es, wie ihr wollt! Name ist Schall und Rauch. Es kommt auf den Entschluß und die Tat an.

Mitteilungen der deutschen Freiheitsbibliothek (Paris),
1936, Nr. 12, S. 41–43.

28

Aus dem gemeinsamen Aufruf deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlicher Antifaschisten und Geistesschaffender „Seid einig, einig gegen Hitler!" vom 24. Mai 1936

Am 2. Februar 1936 haben 118 Mitglieder aller Arbeiterparteien Deutschlands und Vertreter seines freiheitlichen Bürgertums in einer Kundgebung an das deutsche Volk eindringlich darauf hingewiesen, daß der von Hitler vorbereitete Vernichtungs- und Eroberungskrieg täglich näherrückt.

Am 7. März 1936 hat Hitler den Locarno-Vertrag gebrochen. Dieser war von Deutschland freiwillig unterzeichnet und von Hitler wiederholt anerkannt. Hitler redet von Gleichberechtigung Deutschlands, aber in Wirklichkeit organisiert er den Krieg zur Unterdrückung anderer Völker. Die Kriegstreiber von 1914, dieselben Krupp, Thyssen, Vögler, denen Deutschland seine Niederlage von 1918 verdankt, sie stehen auch jetzt wieder hinter den Ereignissen. Innere Schwierigkeiten sind mit der großkapitalistischen Hitlerdiktatur unzertrennlich. Hitlers Kriegspolitik führt das deutsche Volk in die Katastrophe. Einzig und allein das deutsche Volk selbst kann den Verbrechern in die Arme fallen, aber die entschlossenen Friedensfreunde aller Nationen können ihm helfen, das Unheil aufzuhalten ...

Die Unterzeichneten, Angehörige sämtlicher deutscher Arbeiterparteien und Organisationen, die in Deutschland einen Heldenkampf gegen das Hitlerregime führen, erklären gemeinsam mit Vertretern des freiheitlichen deutschen Bürgertums: Die deutschen Volksmassen wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Die Kriegspolitik Hitlers widerspricht dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Es ist unwahr, daß hinter Hitler 99 Prozent des deutschen Volkes stehen. Die Zahlen der Wahlen sind teils durch einen unerhörten Terror erpreßt, teils sind sie erreicht vermittels nachgewiesener beispielloser Fälschungen.

Die große Masse des deutschen Volkes, besonders die Werktätigen

Deutschlands, haben im Zusammenleben mit anderen Nationen nur ein Ziel in einem freiheitlichen, von Naziterror erlösten Deutschland mit allen Völkern in Frieden zu leben und alle strittigen Fragen durch friedliche Verständigung zu lösen.

Die Kundgebung vom 2. Februar 1936 erklärte, daß der Ausbruch oder Nichtausbruch des Verderbens vielleicht davon abhängt, ob und in welchem Grade sich die Widerstände im deutschen Volke verbreitern und zusammenschließen.

Angesichts der gesteigerten Kriegsgefahr und drohenden Katastrophe ist dieser Zusammenschluß notwendiger denn je, um die Machenschaften Hitlers bloßzustellen, um die chauvinistische Demagogie, die ideologische Vorbereitung des Krieges zunichte zu machen.

Die Rote Fahne, 1936, Nr. 4.

29

Aus den „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform für die deutsche Volksfront", beschlossen vom Politbüro des ZK der KPD am 16. Juni 1936

Die Staatsgrundsätze des neuen Deutschen Reiches

... Die in der Volksfront verbundenen Parteien, Richtungen, Organisationen, Gruppen und Personen erklären als den wichtigsten Staatsgrundsatz, daß das neue Reich eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk frei über alle Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidet und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bestimmt wird. Das neue Reich wird alle Forderungen des Volkes, für die die Volksfront den Kampf führt, erfüllen ...

Zur Sicherung des Friedens

Das neue Reich wird frei, stark und unabhängig sein, weil es sich auf die deutschen Volksmassen stützt, die den Frieden und die Verständigung mit den anderen Völkern wollen. Das neue Reich wird sämtliche von dem Volksfeind Hitler abgeschlossenen Kriegspakte für null und nichtig erklären. Es wird wieder dem Völkerbund beitreten und seine ganze Kraft dafür einsetzen, ihn zu einem wirksamen Werkzeug der kollektiven Friedenssicherung und der Abrüstung zu machen. Es wird mit allen Ländern kollektive Verträge für den Frieden und Nichtangriffspakte abschließen.

Das neue Reich strebt keinerlei territoriale Eroberungen oder Kolonien an. Deutschland hat genug Boden, Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten

für das deutsche Volk. Es ist reich genug, um allen seinen Bewohnern Wohlstand und Glück zu gewähren. Aber die Voraussetzung dazu ist, daß es sich frei macht von der Herrschaft der Kriegstreiber und der Hitlerbarbarei ...

Die Sicherung der Freiheit

Das neue Reich sichert die volle und uneingeschränkte Freiheit der Person, der Wohnung, der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens, der Religion, der wissenschaftlichen Forschung und der Kunst. Es sichert den Angehörigen aller Berufe, aller nichtfaschistischen politischen, weltanschaulichen und religiösen Richtungen das volle und uneingeschränkte Recht, sich zur Vertretung ihrer Interessen und Anschauungen zusammenzuschließen. Es ist bereit, mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften die von ihnen gewünschten Verträge zur Sicherung ihres selbständigen Lebens abzuschließen. Es sichert die Freiheit des Volkes, indem es die faschistischen Terrorbanden zerschlägt, jede Neubildung nationalsozialistischer und reaktionärer Organisationen und jede propagandistische Verteidigung des faschistischen Terrors rücksichtslos verhindert ...

Der Staatsapparat, das Heer, alle öffentlichen Ämter und Behörden werden von volksfeindlichen, faschistischen Elementen gereinigt. Das neue Reich wird ein Reich der Sauberkeit und der Ordnung sein, es wird Schluß machen mit der faschistischen Korruption, mit dem Denunziantentum, mit der Heuchelei und Kriecherei, die das faschistische Regime erzeugt hat ...

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Das neue Reich wird eine neue, nur den Interessen der werktätigen Massen dienende Wirtschaftspolitik durchführen und eine gründliche Umstellung der von Hitler geführten Kriegswirtschaft vornehmen. Statt der wahnsinnigen Rüstungen wird das neue Reich große öffentliche Arbeiten zu Tariflöhnen organisieren, die der Befriedigung der Massenbedürfnisse und dem Wohnungsbau dienen. Die für die Arbeitsbeschaffung und Verbesserung der Sozialversicherung erforderlichen Beträge werden zu einem Teil durch sofortige Rückforderung aller den Monopolisten und Trustgewaltigen gewährten Subventionen und durch radikale Besteuerung der Rüstungsgewinne des Großkapitals aufgebracht ...

Das neue Reich verwendet die Gutshöfe, Erbhöfe und Ländereien, die von Hitler auf Kosten des werktätigen Volkes an die Helfershelfer des faschistischen Terrors verschenkt wurden, für die landarmen Bauern und Landarbeiter. Es wird von den preußischen Junkern die sofortige Rückzahlung der Osthilfe und sonstigen Subventionsgelder fordern und im Unvermögensfalle entsprechende Teile ihres Bodens für Siedlungszwecke einziehen.

Die Banken, deren Aktien im Staatsbesitz sind oder es vor der Hitlerdiktatur waren, werden zu einer Staatsbank verschmolzen, deren Aufgabe darin besteht, das Kreditbedürfnis der Bauern und des Mittelstandes zu befriedigen, unter systematischer Herabsetzung des Zinsfußes.

Das neue Reich wird die Rüstungsindustrie nationalisieren, um den Kriegstreibereien des Rüstungskapitals entgegenzuwirken. Im Interesse der Ordnung und zur Sicherung der Produktion und der Volksernährung wird das neue Reich das Eigentum jener Großkapitalisten und Großagrarier beschlagnahmen, die die ökonomischen Maßnahmen der demokratischen Regierung sabotieren ...

Die in dem Ausschuß zur Organisierung der deutschen Volksfront geeinten politischen Parteien, Richtungen und Personen gehen die feierliche Verpflichtung ein, mit ihrer ganzen Kraft für die gemeinsame große Sache einzustehen und alles zu tun, um das Zustandekommen der Volksfront auf breitester Basis zu fördern. Sie verpflichten sich, die illegale Arbeit im Lande als die entscheidende Aufgabe des deutschen Freiheitskampfes zu unterstützen, sich gegenseitig in allen Angelegenheiten dieses Kampfes beizustehen und die planmäßige, praktische Zusammenarbeit immer enger zu gestalten.

Sie verpflichten sich, die gemeinsam beschlossene Plattform der Volksfront mit allen ihren Kräften innerhalb und außerhalb des Landes zu propagieren und gemeinsam die Interessen des Freiheitskampfes für ein demokratisches Deutschland überall zu vertreten. Sie verpflichten sich, gemeinsam das Los aller emigrierten Freiheitskämpfer erleichtern zu helfen.

Sie sind sich einig nicht nur in dem Willen zum Sturz der volksfeindlichen Hitlerdiktatur, sondern auch in der Entschlossenheit, alles an den Sturz der Hitlerdiktatur und an die Errichtung und Sicherung eines neuen demokratischen Deutschlands zu setzen.

Die Internationale (Prag), 1937, Nr. 1/2, S. 79–82.
Die Kommunistische Partei Deutschlands
und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936.
Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat,
Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 363–367, 369.

30

Aus der Denkschrift Adolf Hitlers zum Vierjahresplan vom August 1936

Deutschland wird wie immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber den bolschewistischen Angriffen anzusehen sein. Ich fasse dies

nicht als eine erfreuliche Mission auf, sondern als eine leider durch unsere unglückliche Lage in Europa bedingte Erschwerung und Belastung unseres völkischen Lebens. Wir können uns aber diesem Schicksal nicht entziehen.

Unsere politische Lage ergibt sich aus folgendem:

Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. Die anderen Länder sind entweder durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen oder von autoritären Regierungen beherrscht, deren einzige Stärke die militärischen Machtmittel sind, d. h. aber: sie sind infolge der Notwendigkeit, die Existenz ihrer Führung den eigenen Völkern gegenüber durch die Brachialmittel der Exekutive zu sichern, unfähig, diese Brachialgewalt zur Erhaltung der Staaten nach außen anzusetzen. Alle diese Länder wären unfähig, jemals einen aussichtsvollen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen ...

Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden! Es ist ein Kapitalirrtum, zu glauben, daß über diese Punkte irgendein Verhandeln oder ein Abwägen stattfinden könnte mit anderen Lebensnotwendigkeiten. Sosehr auch das gesamte Lebensbild eines Volkes ein ausgeglichenes sein soll, so sehr müssen doch in gewissen Zeiten einseitige Verschiebungen zuungunsten anderer, nicht so lebenswichtiger Aufgaben vorgenommen werden. Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem auch in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein! Es gilt hier der Grundsatz, daß das, was in Monaten des Friedens versäumt wurde, in Jahrhunderten nicht mehr eingeholt werden kann.

Es haben sich daher dieser Aufgabe alle anderen Wünsche bedingungslos unterzuordnen ...

Wir sind übervölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren ...

Es ist nicht genug damit getan, von Zeit zu Zeit nur Rohstoff- oder Devisen-Bilanzen aufzustellen oder von einer Vorbereitung der Kriegswirtschaft im Frieden zu sprechen, sondern es ist notwendig, der Friedensernährung und vor allem der Kriegsführung die Mittel zu sichern, die durch menschliche Energie und durch Tatkraft gesichert werden können ...

Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen, und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und wenn nötig auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit ...

Ich halte es für notwendig, daß nunmehr mit eiserner Entschlossenheit auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt, auf denen diese möglich ist, und daß dadurch nicht nur die nationale Versorgung mit diesen wichtigsten Rohstoffen vom Ausland unabhängig wird, sondern daß dadurch auch jene Devisen eingespart werden, die wir im Frieden für die Einfuhr unserer Nahrungsmittel benötigen. Ich möchte dabei betonen, daß ich in diesen Aufgaben die einzige wirtschaftliche Mobilmachung sehe, die es gibt, und nicht in einer Drosselung von Rüstungsbetrieben im Frieden zur Einsparung und Bereitlegung von Rohstoffen für den Krieg. Ich halte es aber weiter für notwendig, sofort eine Überprüfung vorzunehmen der Devisenausstände der deutschen Wirtschaft im Auslande ...

Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen ...

Die Erfüllung dieser Aufgaben in der Form eines Mehr-Jahresplans der Unabhängigmachung unserer nationalen Wirtschaft vom Ausland wird es aber auch erst ermöglichen, vom deutschen Volk auf wirtschaftlichem Gebiet und dem Gebiete der Ernährung Opfer zu verlangen, denn das Volk hat dann ein Recht, von seiner Führung, der es die blinde Anerkennung gibt, zu verlangen, daß sie auch auf diesem Gebiete durch unerhörte und entschlossene Leistungen die Probleme anfaßt und sie nicht bloß beredet, daß sie sie löst und nicht bloß registriert!

Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten. Genau so wie wir zur Zeit 7 oder 800 000 t Benzin produzieren, könnten wir 3 Millionen t produzieren. Genau so wie wir heute einige tausend t Gummi fabrizieren, könnten wir schon jährlich 70 und 80 000 t erzeugen. Genau so wie wir von $2^1/_2$ Millionen t Eisenerz-Erzeugung auf 7 Millionen t stiegen, könnten wir 20 oder 25 Millionen t deutsches Eisenerz verarbeiten, und wenn notwendig, auch 30. Man hat nun Zeit genug gehabt, in 4 Jahren festzustellen, was wir nicht können. Es ist jetzt notwendig, auszuführen, das, was wir können.

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Stuttgart),
1955, Heft 2, S. 204–206, 208–210.

31

Aus dem Aufruf des ZK der KPD „An das spanische Volk, an die Soldaten und Milizen!" vom September 1936

Teure Brüder und Schwestern!

Wir deutschen Kommunisten senden euch unsere heißen Grüße. Mit tiefster Bewunderung und Liebe verfolgen wir euren beispiellos heldenhaften Kampf zur Verteidigung der Demokratie und der Republik gegen die faschistische Barbarei der Franco und Mola.

Die Freunde und Helfershelfer der spanischen aufständischen Generäle, die Hitler und Mussolini, sind auch unsere Todfeinde. Hitler hat Deutschland zu einem Riesenzuchthaus gemacht, in dem die brutale Ausplünderung des Volkes, die Folterung und der Mord gegen die Werktätigen regieren. Das wollen auch die Franco und Mola aus Spanien machen ...

Das wahre Deutschland in den Fabriken und Bergwerken steht auf eurer Seite. Das wahre Deutschland, das mit Todesverachtung gegen das Hitlerregime kämpft, wird repräsentiert durch Ernst Thälmann, der seit Jahren von den Schergen Hitlers im Gefängnis gehalten wird. Dieses Deutschland steht auf eurer Seite.

In den Betrieben, in den illegalen Zusammenkünften, überall in Deutschland geht von Mund zu Mund die Losung: Helft dem spanischen Volk! Alle Hilfe für die Freiheitskämpfer. Das wahre Deutschland versteht, daß euer Kampf unser Kampf, der Kampf aller Arbeiter, aller Friedens- und Freiheitsliebenden gegen die faschistische Barbarei und gegen die Kriegsanstifter ist.

Wir glauben fest an euren Sieg. Die Garantie eures Sieges liegt für uns in eurer heldenhaften Tapferkeit, in eurer revolutionären Disziplin und in der unzerstörbaren Einheitsfront der spanischen Arbeiter, die imstande war, durch das Bündnis aller Freiheits- und Friedensliebenden in der Volksfront alle Kräfte gegen die faschistischen Generäle zusammenzuschließen.

Wir deutschen Antifaschisten wurden von Hitler geschlagen, weil die Arbeiterklasse gespalten war und weil keine einheitliche Volksfront dem Faschismus gegenüberstand. Ihr werdet siegen, weil den Großkapitalisten, Großgrundbesitzern und Generälen die festverbundene glorreiche spanische Volksfront gegenübersteht.

Die Rote Fahne, 1936, Nr. 7.
Der Freiheitskampf des spanischen Volkes
und die internationale Solidarität. Dokumente und Bilder
zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936–1939.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1956, S. 78/79.

32

Aus dem sogenannten Antikominternpakt vom 25. November 1936

Die Regierung des Deutschen Reiches
und
Die Kaiserlich-Japanische Regierung

In der Erkenntnis, daß das Ziel der Kommunistischen Internationale, Komintern genannt, die Zersetzung und Vergewaltigung der bestehenden Staaten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist, in der Überzeugung, daß die Duldung einer Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Verhältnisse der Nationen nicht nur deren inneren Frieden und soziales Wohlleben gefährdet, sondern auch den Weltfrieden überhaupt bedroht,

Sind in dem Wunsche, gemeinsam zur Abwehr gegen die kommunistische Zersetzung zusammenzuarbeiten, in folgendem übereingekommen:

Artikel I Die Hohen Vertragschließenden Staaten kommen überein, sich gegenseitig über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu unterrichten, über die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beraten und diese in enger Zusammenarbeit durchzuführen.

Artikel II Die Hohen Vertragschließenden Staaten werden dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen, Abwehrmaßnahmen im Geiste dieses Abkommens zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen ...

Das Zusatzprotokoll

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens gegen die Kommunistische Internationale sind die unterzeichneten Bevollmächtigten in folgendem übereingekommen:

a) Die zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten werden in bezug auf den Nachrichtenaustausch über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale sowie auf die Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen gegen die Kommunistische Internationale in enger Weise zusammenarbeiten.

b) Die zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten werden im Rahmen der bestehenden Gesetze strenge Maßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die sich im Inland oder Ausland direkt oder indirekt im Dienste der Kommunistischen Internationale betätigen oder deren Zersetzungsarbeit Vorschub leisten.

c) Um die in a) festgelegte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten zu erleichtern, wird eine ständige Kommission errichtet werden. In dieser Kommission werden die

weiteren zur Bekämpfung der Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale notwendigen Abwehrmaßnahmen erwogen und beraten ...

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1937, Teil II, Nr. 4, S. 28, 30.

33

Aus dem Aufruf zur Bildung der deutschen Volksfront vom 21. Dezember 1936

In kurzem werden vier Jahre seit Hitlers Machtergreifung vergangen sein. Bei seinem Amtsantritt versprach der „Führer und Reichskanzler" dem Arbeiter, dem Bauern und dem gewerblichen Mittelstand Deutschlands Arbeit, Frieden und Wohlstand.

Hitler hat sein Versprechen nicht gehalten. Die Not der Werktätigen in Stadt und Land, in Fabriken, Schächten und Kontoren, in Handwerk, Handel und auf den Bauernhöfen hat sich ständig verschärft. Die Unterdrückung der Persönlichkeit wird immer brutaler.

Die Volksinteressen werden rücksichtslos der Vorbereitung eines neuen Krieges geopfert, der furchtbarer sein wird als alle bisherigen Kriege. Auf dem letzten Nürnberger Parteitag hat Adolf Hitler die Steigerung dieser Politik angekündigt. Sie droht, nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in eine entsetzliche Katastrophe zu stürzen. Um ihretwillen wird das deutsche Volk gezwungen, dem Rüstungskapital immer größere Opfer zu bringen.

In Nürnberg haben die Führer der Nationalsozialisten den Kreuzzug gegen die Sowjetunion und gleichzeitig gegen die demokratischen Staaten gepredigt. Der Ausrottungskampf gegen alle freiheitlichen Bewegungen in der Welt wurde verkündet. Er hat begonnen in Spanien. Deutsche Bomben legen Madrid und andere spanische Städte in Trümmer. Deutsche Divisionen, ausgerüstet mit allen Mitteln der Mordtechnik, stürzen sich auf das heroisch um seine Freiheit kämpfende spanische Volk.

Erfüllt von der Überzeugung, daß die braune Tyrannei einzig und allein durch den Zusammenschluß aller zum Kampf für Freiheit und Recht bereiten Deutschen gebrochen werden kann, rufen wir unsere Volksgenossen im Reich und im Ausland auf, sich in einer deutschen Volksfront zu vereinigen!

Die Volksfront will keine neue Partei sein. Sie soll ein Bund aller derer werden, die entschlossen sind, ihre Kraft für Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes einzusetzen. Alle in ihr vereinigten Parteien und Gruppen bleiben ihren besonderen weiterreichenden Zielen treu. Alle eint der Wille, die braune Zwangsherrschaft zu vernichten.

Erst der Sturz der nationalsozialistischen Machthaber wird jeder politischen, geistigen und religiösen Strömung die Möglichkeit geben, für ihre Ansichten, Ziele und Ideale in freier Gleichberechtigung einzutreten. Um das zu erreichen, verpflichten sich alle Gegner des heutigen Regimes, geeint zu bleiben und in geschlossener Front zu streiten, bis der Gegner besiegt und ein freies Deutschland geschaffen ist.

Wir fordern: Freiheit für das Volk!

Freiheit für alle Opfer des Regimes, die in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten! Aufhebung aller Terror- und Ausnahmegesetze! Keine Folter, keine Konzentrationslager mehr!

Bestrafung aller, die für die Verbrechen des heutigen Systems verantwortlich sind!

Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit!

Freiheit des Gewissens, des Denkens und der religiösen Übung!

Ein Ende der Rassenhetze, dieser Schmach für die deutsche Kultur!

Ein Ende der kriegshetzerischen Propaganda in jeder Gestalt!

Wahl der Richter durch das Volk! Sicherung des einzelnen gegen Willkür durch eine verbürgte Rechtsordnung!

Koalitionsrecht für alle schaffenden Männer und Frauen!

Befreiung der Wissenschaft von allen Fesseln! Neuaufbau aller Unterrichtsanstalten in freiheitlichem und modernem Geist!

Brot durch Freiheit!

Die Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, wie kleine Gruppen Bevorrechteter, die den Großgrundbesitz, die großen Industriekonzerne und die Banken beherrschen, zu Totengräbern der Freiheit wurden. Um die Freiheit zu sichern, wird das neue Deutschland die Volksfeinde ihrer Macht entkleiden.

Es wird die Rüstungsindustrie und die Großbanken verstaatlichen. Es wird alle Sabotageversuche des Großkapitals unter Anwendung der schärfsten Mittel zu verhindern wissen.

Es wird die junkerlichen Saboteure der Volksernährung und Volksfreiheit enteignen. Es wird Heer und Verwaltung von allen Staatsfeinden säubern und zu verläßlichen Stützen des neuen Deutschlands machen.

Dagegen wird im neuen Deutschland der Bauer frei auf seinem Besitz sein. Er wird des Schutzes seines Eigentums gegen die Zwangswirtschaft und gegen jene Zwangsabgaben teilhaftig werden, die ihn heute häufig genug zwingen, sich seines Grundes und Bodens zu entäußern.

Der deutsche Bauer wird der Bevormundung und der Schikanen der Reichsnährstandsbonzen ledig sein. Die Aufhebung der Erbhofgesetzgebung wird die freie Verfügung [über] sein Eigentum und seine ihm vom Dritten Reich geraubte Kreditfähigkeit wiederherstellen. Durchgreifende Entschuldungsmaßnahmen sind vorzunehmen ...

Gegen Krieg und Autarkie, für Frieden
und Zusammenarbeit!

Hitler braucht den Krieg um der Erhaltung seiner Herrschaft und um der Erreichung der imperialistischen Ziele seiner Auftraggeber willen. Das neue Deutschland braucht den Frieden zur Befestigung seiner jungen Freiheit und für seinen sozialen und wirtschaftlichen Aufbau. Es wird eine große starke Macht des Friedens sein, die die Politik der friedenstörenden Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder verlassen wird. Sie wird der gewissenlosen Hetze gegen die Sowjetunion ein Ende bereiten. Das Recht, das an Stelle der Gewalt das staatliche und private Leben Deutschlands beherrschen soll, wird auch maßgebend für die Gestaltung der Beziehungen unter den Völkern sein. Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit tritt an die Stelle der das gesamte Wirtschaftsleben zerstörenden Autarkie.

Zur Erreichung dieser Ziele haben wir uns zusammengefunden, sicher der Zustimmung unserer Gesinnungsgenossen in der Heimat.

Die Rote Fahne, 1937, Nr. 1.
Die Kommunistische Partei Deutschlands
und der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente und Materialien, 1933 bis 1936.
Zusammengestellt und eingeleitet von Karl-Heinz Biernat,
Klaus Mammach und Gerhard Nitzsche, Berlin 1966, S. 378–381.

34

Aus dem Entwurf des Programms der sozialdemokratischen Volksfrontgruppe in Berlin vom 21. Dezember 1936

Entschlossen, Deutschland aus der Schmach und Schande der Diktatur zu befreien, der gesellschaftlichen Zerstörung durch die Kriegswirtschaft des Vierjahresplanes Einhalt zu gebieten und die Gefahr eines neuen Weltkrieges mit allen Mitteln zu bekämpfen, haben sich die demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gruppen Deutschlands zu einer Deutschen Volksfront vereinigt und verkünden dem deutschen Volke folgende programmatische Forderungen:

1. Sturz und Vernichtung der Hitlerdiktatur.

2. Recht und Gerechtigkeit für alle: Abschaffung der Blutjustiz, Befreiung der politischen Gefangenen, Sühne für die begangenen Verbrechen. Wiedergutmachung des verübten Unrechts.

3. Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung, staatlicher Schutz jeder Religionsausübung, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

4. Volle Selbstregierung und Selbstverwaltung des deutschen Volkes in einem erneuerten Reich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.

5. Einstellung des Wettrüstens und der Kriegswirtschaft. Sicherheit durch Abrüstung, Verkürzung der Dienstzeit.

6. Restlose Aussöhnung und aufrichtige Zusammenarbeit mit Frankreich. Friede und Freundschaft mit allen Völkern. Aufbau einer europäischen Staatengemeinschaft durch ehrliche Mitarbeit in einem reorganisierten Völkerbund.

7. Beseitigung der Ernährungsnot, der Armut und der Arbeitslosigkeit durch Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft.

8. Rettung der Versicherungen und Spareinlagen vor der Inflation. 40-Stunden-Woche. Freien Arbeitsvertrag.

9. Einziehung des Großgrundbesitzes, großzügige Bauernsiedlung, Aufhebung der Zwangswirtschaft an Boden (Erbhofgesetz), an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen (sogenannte Marktordnung), freies landwirtschaftliches Genossenschaftswesen.

10. Verstaatlichung der Banken, der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft. Einführung einer Wirtschaftspolitik, die allein der Sicherung und Steigerung des deutschen Lebens dient.

Norddeutsche Tribüne, 1937, Nr. 3.

35

Aus einem Bericht Wilhelm Piecks an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vom 21. Dezember 1936

Einige Bemerkungen zur Lage Deutschlands

Was kann man heute im Lande in bezug auf die Arbeiterklasse feststellen? Der strategisch wichtigste Teil der Arbeiter, die Arbeiterschaft in den Rüstungsbetrieben und besonders ihr qualifizierter Teil, ist selbstbewußter, aktiver geworden, nützt die günstige Situation der Vollbeschäftigung und des Arbeitermangels aus, um sich in den verschiedensten, meistens noch sehr einfachen Formen gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu wehren und Verbesserungen zu erreichen, wobei das Mittel des Streiks, wenn auch etwas häufiger, als wir im Juni feststellen konnten, doch noch zunächst eine selten angewandte Waffe darstellt. Da sich gerade in diesen Schichten der Arbeiter viele Sozialdemokraten, alte Gewerkschafter befinden, die keineswegs zum Faschismus übergelaufen sind, kann man im Zusammenhang mit dieser Situation auch eine größere Aktivität der Sozial-

demokraten und alten Gewerkschafter beobachten, die auch bereits auf den Parteivorstand der SPD auszustrahlen beginnt ...

Zweifellos hat die Arbeit unserer Partei zu einem gewissen Grade diese Entwicklung beeinflußt. Aber noch für sehr wichtig halte ich, daß sehr viele Arbeiter, ganz unabhängig von uns und besonders unter den Sozialdemokraten und alten Gewerkschaftern durch das Leben selbst, durch ihre eigenen Erfahrungen, beginnen, auf dem trojanischen Pferd zu reiten, wobei sie die unzähligen Naziversprechungen in geschickter Weise ausnutzen ...

Bei dem Studium aller Berichte aus dem Lande fallen immer mehr folgende Erscheinungen ins Auge:

a) daß die von den Nationalsozialisten beeinflußten Arbeiter, die sich besonders unter den unqualifizierten befinden, immer mehr geneigt sind, gemeinsame Sache mit der übrigen Belegschaft zu machen, besonders wenn man geschickt an sie herantritt;

b) daß besonders dort, wo es gelingt, diese Naziarbeiter mit in die Bewegung einzubeziehen, und sie in solchen Bewegungen auszunutzen, größere Erfolge in der Herstellung der Einheit der Belegschaft erreicht werden können. Bei vielen Sozialdemokraten und übrigens auch bei unseren Genossen war lange die Einstellung, mit den vom Nationalsozialismus beeinflußten Arbeitern ist nichts anzufangen. Aber alle letzten Erfahrungen zeigen, besonders unter dem steigenden wirtschaftlichen Druck – und das müssen auch immer mehr die Sozialdemokraten zugeben –, daß es sich bei diesen vom Nationalsozialismus beeinflußten Arbeitern durchaus nicht nur um eine hoffnungslose Schicht von Lumpenproletariern und von Lumpen handelt. Natürlich kann man zu diesen Elementen unter den Bedingungen des Terrors, der Bespitzelung nicht mit der Parole „gegen den Faschismus" herantreten. Man muß an sie herangehen vom Standpunkt der unmittelbarsten Interessen, unter Ausnutzung all der Phrasen der Nazis über Sozialismus, über Volksgemeinschaft, über gerechte Löhne etc. ...

Ohne auch nur für einen Augenblick die gewaltigen Schwierigkeiten in Deutschland zu unterschätzen, glaube ich doch, daß, wenn wir die Lage in Deutschland mit der Lage vergleichen, die in den Juni-Verhandlungen untersucht wurde, wir bestimmte wichtige neue Erscheinungen beobachten können: eine relativ größere Aktivität der Arbeiterklasse und größere Risse zwischen dem Nationalsozialismus und seiner kleinbürgerlichen Massenbasis, d. h. die objektiven Voraussetzungen für eine Volksfrontbewegung sind, vorsichtig ausgedrückt, ein wenig leichter geworden.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 135/2/1825, Bl. 4–6.

36

Aus der Eröffnungsrede Heinrich Manns auf der Konferenz des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" in Paris am 10. April 1937

Hitler treibt Deutschland in die Kriegskatastrophe. Damit stellt er vor dem deutschen Volk die Frage des Schicksals unserer deutschen Heimat. Die Hauptaufgabe der deutschen Volksfront kann daher nur sein, gegen Hitlers Kriegspolitik, gegen die unerträglichen Rüstungslasten und die Kriegs-Zwangsmaßnahmen, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Dieser Kampf für den Frieden, der auch unsere Jugend vor der Vernichtung auf dem Schlachtfeld rettet, entspricht den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes. Es ist möglich, den Frieden zu erhalten und Millionen Menschen das unermeßliche Leid des Krieges zu ersparen, wenn Hitler gestürzt wird, bevor er die Brandfackel entzünden kann!

Jede Hinauszögerung des Kriegsausbruches durch die Stärkung der internationalen Friedenskräfte, jeder militärische Erfolg des spanischen Volksheeres gegen die Interventionstruppen, jeder Widerstand der deutschen Volksmassen schafft günstigere Möglichkeiten für den Sieg über den Volksfeind Hitler.

Das große einigende Kampfziel aller Freunde des Friedens und der Freiheit in Deutschland ist die demokratische Volksrepublik. In dieser demokratischen Volksrepublik wird das deutsche Volk selbst frei über seine Geschicke entscheiden. Es wird den Faschismus mit der Wurzel ausrotten. Es wird nicht die folgenschweren Fehler und Schwächen von 1918 wiederholen, sondern eine starke Volksmacht gegen die Feinde der Volksfreiheit schaffen. Persönlich darf ich hinzufügen, daß ich niemals, auch in der Zeit der Weimarer Republik, etwas anderes gewollt habe. Neben mir sitzt jemand, der es weiß.

Nur die deutsche Volksfront wird die Kraft sein, die alle im Volke niedergedrückten freiheitlichen Regungen entfalten und zu großen Volksbewegungen einigen wird. Nur die deutsche Volksfront kann das Werk der Einigung des Volkes gegen Hitler vollbringen. Nur die deutsche Volksfront wird die Gestalterin einer freien glücklicheren Zukunft Deutschlands sein.

Was will die Deutsche Volksfront?
Rede von Heinrich Mann auf der Tagung des Ausschusses
zur Vorbereitung der deutschen Volksfront am 10. und 11. April 1937.
Hrsg. als Sondernummer von „Das Freie Deutschland".
Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek (Paris), S. 8/9.

37

Aus dem Aufruf des ZK der KPD „Offene Worte an alle Katholiken Deutschlands" vom April 1937

Durch zunehmende Verfolgungen und systematische Knebelung der Glaubens- und Vereinigungsfreiheit wollen die nationalsozialistischen Führer den Katholiken die Vereine und Vereinigungen vollends zerschlagen, die konfessionellen Schulen auflösen, die Karitassammlungen verhindern und die Diözesenpresse verbieten und somit die Konkordatsbestimmungen, die sie im täglichen Leben schon fortgesetzt gebrochen haben, ebenso liquidieren, wie sie alle Verträge brechen, wenn es ihnen paßt.

Daher mußte Papst Pius XI. in seiner „Enzyklika über die Lage der katholischen Kirche im deutschen Reich" feststellen, daß die nationalsozialistischen Machenschaften „von Anfang an kein anderes Ziel kannten, als den Vernichtungskampf" gegen die Kirche und daß „die mehr oder minder öffentliche Vertragsverletzung zum ungeschriebenen Gesetz des Handelns gemacht wurde".

Somit hat die Erfahrung unsere Auffassung bestätigt, daß Hitler das Konkordat nur deshalb so bereitwillig abschloß, um die Gegner des Nationalsozialismus zu zersplittern und getrennt zu schlagen ...

Nennen wir die Dinge offen beim Namen: Weil die Katholiken den Frieden lieben, weil sie jeden Rest von Bewegungsfreiheit, der ihnen geblieben ist, dazu verwerten, im Sinne des Friedens und der sozialen Liebe zu wirken, gegen das nationalsozialistische Gift, das unsere Jugend verdirbt, sollen ihnen die letzten Rechte genommen werden.

So soll auch der große Katholikenprozeß in Berlin ein Prozeß gegen das Eintreten für den Frieden in Deutschland sein. Vor dem ganzen deutschen Volk haben sich die Angeklagten, ob katholische Geistliche oder Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes, mutig zur Sache des Friedens bekannt! ...

Der Kampf für Glaubensfreiheit ist unzertrennlich verbunden mit dem Freiheitskampf des deutschen Volkes. Es wird in Deutschland keine Glaubensfreiheit geben, die nicht im großen Freiheitskampf der deutschen Volksfront errungen wird. Wir fühlen uns eins mit der mutig vorgebrachten Erkenntnis der angeklagten Katholiken, daß das Hitlersystem nur eine vorübergehende Herrschaft sei und nicht die sozialen Fragen in Deutschland lösen kann. Dieser Bekennermut der katholischen und kommunistischen Angeklagten trotz Folterung und Schmähungen, verkörpert die edelste Moral unseres Volkes. Diese „Angeklagten" sind die wahren Ankläger in diesem Prozeß, Ankläger gegen Hitler-Rosenberg ...

Katholische Freunde, angesichts der großen Gefahr, die unserer Heimat durch Hitlers Kriegspolitik droht, wollen wir unsere brüderliche

gegenseitige Hilfe im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind Hitler geloben.

Schaffen wir die Einheit des deutschen Volkes gegen
seine Unterdrücker gegen die „wenigen Überreichen" –
von denen Pius XI. sprach, gegen die oberen Zehntausend.

Die Zukunft unserer Jugend, der soziale Aufstieg aller werktätigen Schichten, Glück und Wohlstand unseres Volkes sind es wert, daß wir keine Anstrengung scheuen.

Deutsche Volkszeitung (Prag), 25. April 1937.

38

Aus der Ansprache Erich Kuttners vor den Einheiten der XI. Internationalen Brigade in Spanien im Mai 1937

In den demokratischen Ländern . . ., dort, wo das freie Wort noch nicht unterdrückt ist, wächst von Monat zu Monat die Solidarität des Proletariats mit den spanischen Freiheitskämpfern.

Mit großer Freude darf uns folgendes erfüllen: Zum erstenmal seit vielen Jahren hat das Weltproletariat zwar nicht gemeinschaftlich, aber in einem einheitlichen Geiste am 1. Mai demonstriert; sowohl die Sozialistische II. wie die Kommunistische III. Internationale haben die gleiche Mai-Parole herausgegeben: Für den spanischen Befreiungskampf!

Wenn auch diese Gemeinschaft nicht einem gemeinsam gefaßten Beschlusse entsprang, so darf doch die Tatsache, daß beide Teile des Proletariats im gleichen Geiste demonstrieren, uns mit einer gewissen Hoffnung erfüllen.

Aus der Gleichheit des Zieles wird am ehesten die Einheit der Aktion geboren. Wir hoffen: Spanien kann und soll die Brücke werden, über welche die entzweiten Teile des deutschen Proletariats wieder zueinander finden werden.

Wir schaffen in Spanien die innere, die geistige Voraussetzung für den kommenden Sieg in Deutschland. So wie hier der deutsche Sozialdemokrat, leider in geringer Zahl, Schulter an Schulter mit den kommunistischen Kameraden in den Internationalen Brigaden kämpft, so werden wir lernen, in Deutschland gemeinsam unseren Feind zu schlagen. Die II. Internationale, der ich angehöre, ergreift in ihrem Mai-Aufruf mit besonderer Wärme Partei für das kämpfende spanische Volk, preist die spanischen Arbeiterkämpfer und Euch, die Internationalen Brigaden, als die leuchtenden Vorbilder der gesamten Arbeiterklasse und spendet Euch wärmsten Dank und begeisterte Anerkennung.

Die sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt werden durch diesen Aufruf in flammenden Worten aufgefordert, sich dieser Vorbilder würdig zu erweisen und ihre bisherigen Anstrengungen für das kämpfende Spanien zu verdoppeln, zu vervielfachen. „Gebt den kämpfenden spanischen Brüdern jede politische, wirtschaftliche und moralische Hilfe, deren ihr fähig seid", so heißt es in dem Aufruf.

Die deutschen Sozialisten der Volksfront sind bereit, im Sinne des Aufrufs der Internationale dem spanischen Volke und Euch jede politische, wirtschaftliche und moralische Unterstützung zukommen zu lassen, derer sie fähig sind. Sozialisten und Kommunisten der Einheitsfront sind in der ersten Aprilhälfte wieder in Paris zusammengekommen, zusammen mit Vertretern des demokratischen deutschen Bürgertums. Sie haben für die Volksfront neuen Boden gewonnen.

Die werdende deutsche Volksfront, sie blickt mit Stolz und Dankbarkeit auf Euch. Sie begrüßt Euch alle, die Ihr für die Befreiung Spaniens und zugleich für die Befreiung Deutschlands kämpft, für die Befreiung von der unreinen Schmach des Faschismus. Sie begrüßt Euch, ihre Freiheitshelden, mit ihrem Kampfruf: Freiheit!

Pasaremos (Madrid), 16. Mai 1937.

39

Aus der Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht Werner von Blomberg für die einheitliche Kriegsvorbereitung der faschistischen Wehrmacht vom 24. Juni 1937

Geheime Kommandosache.
von Offizier geschrieben!

Chef Sache
Nur durch Offizier

Weisung
für die einheitliche Kriegsvorbereitung
der Wehrmacht
(gültig vom 1. 7. 1937 bis voraussichtlich 30. 9. 1938)

... Allgemeine Richtlinien.

1. Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Vermutung, daß Deutschland mit keinem Angriff von irgendeiner Seite zu rechnen hat. Hierfür sprechen in erster Linie neben dem fehlenden Kriegswillen bei fast allen Völkern, insbesondere bei den Westmächten, auch die mangelnde Kriegsbereitschaft einer Reihe von Staaten, vornehmlich Rußlands.

Ebensowenig besteht von seiten Deutschlands die Absicht, einen europäischen Krieg zu entfesseln.

Trotzdem erfordert die politisch labile und überraschende Zwischenfälle nicht ausschließende Weltlage eine stete Kriegsbereitschaft der deutschen Wehrmacht

a). um Angriffen jederzeit entgegentreten

b). und um etwa sich ergebende politisch günstige Gelegenheiten militärisch ausnutzen zu können.

Dem müssen die Vorbereitungen der Wehrmacht für einen etwaigen Krieg im Mob.-Abschnitt 1937/38 Rechnung tragen ...

Berlin, den 7. 12. 37

... 1. Nachtrag ...

4. Ich verbiete jedoch alle Maßnahmen, die geeignet sind, bei Stäben und Truppe die Vermutung auszulösen, als ob schon im Jahre 1938 mit einem Kriege zu rechnen sei.

Ebenso sind alle Maßnahmen zu unterlassen, die den vorgesehenen planmäßigen Aufbau der Wehrmacht und ihrer Mobilmachung schädigen oder unterbrechen.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1949, Bd. XXXIV, S. 734/735, 746.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof.
Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger,
Bd. II, Berlin (1962), S. 110.

40

Aus dem deutsch-spanischen Protokoll vom 16. Juli 1937

I

Die Deutsche Regierung und die Spanische Nationalregierung sind sich darüber einig, daß es unter den derzeitigen Umständen untunlich ist, über die Art und Weise der Abwickelung der Zahlungsverpflichtungen, die durch die besonderen Lieferungen von deutscher Seite für die Spanische Nationalregierung entstanden sind, abschließende Vereinbarungen zu treffen ...

II

Um der Deutschen Regierung eine gewisse Sicherung hinsichtlich der Abdeckung der in I erwähnten Verpflichtungen zu geben, wird die Spanische Nationalregierung dafür sorgen, daß Waren, insbesondere Roh-

stoffe, die die Deutsche Regierung aus dem spanischen Hoheitsgebiet einschließlich der spanischen Protektoratszone in Marokko zu beziehen wünscht, nach jeweiliger Vereinbarung der beiden Regierungen in Anrechnung auf die in Betracht kommenden deutschen Forderungen nach Deutschland geliefert werden und daß ferner Beträge, die zwischen beiden Regierungen jeweils vereinbart werden, zu Lasten dieser Forderungen der Deutschen Regierung zur Verwendung für wirtschaftliche Zwecke in den vorgenannten Gebieten zur Verfügung gestellt werden.

III

Angesichts des Umstandes, daß sich Deutschland und Spanien wirtschaftlich in glücklicher Weise zu ergänzen vermögen, halten es die Deutsche Regierung und die Spanische Nationalregierung im beiderseitigen Interesse für geboten, sich gegenseitig in der Förderung der Produktion zu unterstützen und damit zur Hebung der Wohlfahrt ihrer Länder beizutragen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Spaniens, im besonderen an der Erschließung und Nutzung von Bodenschätzen und sonstigen Rohstoffen in dem spanischen Hoheitsgebiet einschließlich der spanischen Protektoratszone in Marokko, mitzuwirken. Demgemäß stellt sie in Aussicht, sowohl sachverständiges Personal als auch die Lieferung des notwendigen technischen Materials zu vermitteln, soweit die Spanische Nationalregierung dies wünscht.

Die Spanische Nationalregierung wird die Gründung von spanischen Gesellschaften für die Erschließung und wirtschaftliche Nutzung von Bodenschätzen und sonstigen Rohstoffen und für andere der Allgemeinheit dienende wirtschaftliche Zwecke unter Beteiligung deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Firmen im Einklang mit den allgemeinen spanischen gesetzlichen Bestimmungen nach Möglichkeit erleichtern ...

Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918–1945.
Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes,
Serie D, Bd. III, Baden-Baden MCMLI, S. 354/355.

41

Aus dem Schreiben des Einheitskomitees deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten in Albacete/Spanien an den Vorstand der SPD und an das ZK der KPD vom 14. Dezember 1937

Die Bildung dieses Einheitskomitees in Spanien ist nur ein Ausdruck, der hier in der Tat bereits seit den ersten Tagen des Krieges bestehenden Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Bildung im gegenwärtigen Zeitpunkt hat jedoch eine besondere Bedeutung:

Das spanische Volk steht vor neuen großen Kämpfen. Nachdem wir den Norden verloren haben, verstärkt der Faschismus seine Anstrengungen, um eine Entscheidung in seinem Kriege zur Unterjochung Spaniens herbeizuführen. Wir wissen, daß uns Kämpfe bevorstehen, die an Schwere und Härte alle zurückliegenden übertreffen werden. Wir sind aber auch Zeugen der großen Anstrengungen des spanischen Volkes, sehen seinen entschlossenen Willen, den Faschismus niederzuzwingen. Mit unseren spanischen Brüdern sind wir der tiefen, unerschütterlichen Überzeugung, daß die Sache des Fortschritts und der Freiheit über die faschistische Barbarei siegen wird.

Ihr dürft überzeugt sein, daß jeder sozialdemokratische und kommunistische Genosse es als seine Ehre empfindet, seine Pflicht in den bevorstehenden Kämpfen zu erfüllen. Dies gibt, so glauben wir, uns das Recht zu fragen: Wie steht es mit der Organisierung der Hilfe für das spanische Volk? Der moralischen und der praktischen Hilfe?

Wir betrachten alle unsere Arbeit hier nicht nur als eine Verpflichtung gegenüber dem spanischen Volk, das von Hitler überfallen wurde, sondern auch als eine unmittelbare praktische Hilfe für unsere Brüder, die in Deutschland gegen die faschistische Diktatur kämpfen. In engster Verbundenheit und mit Bewunderung verfolgen wir den Kampf der illegalen sozialistischen und kommunistischen Gruppen und aller Freiheitskämpfer gegen die faschistische Schmach. Unser besonderes und brennendes Interesse gilt all dem, was wir über die wachsende Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten erfahren. Uns ist bekannt, daß die Genossen unzufrieden damit sind, daß ihre schwere Arbeit nicht eine bessere Unterstützung und Förderung von draußen findet. Jeder neue Kamerad, der in Spanien eintrifft, berichtet uns davon, daß die Illegalen ein schnelleres Tempo in der Entwicklung der Einheits- und Volksfront in der Emigration verlangen. Im Lande versteht man vor allem nicht, warum sich noch immer nicht nach fast 5 Jahren Hitlerregierung die verantwortlichen Leitungen der beiden Arbeiterparteien zusammengefunden haben. Das ist auch unsere Meinung, die Meinung der Sozialdemokraten und Kommunisten in Spanien. Wir sind einig mit den Forderungen unserer Genossen im Lande ...

Es ist für uns beschämend, wenn wir unseren spanischen Genossen noch immer nicht berichten können, daß es gelungen ist, eine generelle und zentrale Einigung im Kampf gegen Hitlers Kriegspolitik zwischen SPD und KPD herbeizuführen und alle antifaschistischen Kräfte zusammenzufassen.

Wir können keine Gründe sehen, die das Fortbestehen dieses Zustandes der Uneinigkeit, der nur unserem Feinde, dem Hitler-Faschismus nützt, rechtfertigen; keine Gründe.

Die Einigkeit der beiden deutschen Arbeiterparteien ist eine Pflicht gegenüber dem spanischen Volk. Die Einigung ist eine Pflicht gegenüber unserem deutschen Volk, das nun fast 5 Jahre vom Hitlerregime geknechtet wird. Sie ist eine Notwendigkeit zum Kampf gegen die Kriegsverbrechen der braunen Diktatur. Wir brauchen den Zusammenschluß zur Einheits-, zur Volksfront ...

Aus all dem glauben wir erwarten und fordern zu dürfen, daß Ihr Genossen Euch endlich, endlich einigt. Die Einigung der Leitungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei auf ein gemeinsames Programm der Aktion ist die beste und wirksamste Hilfe Eurerseits für den Kampf hier in Spanien und die beste Unterstützung für den Kampf im Lande.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/3, Bl. 190/191.

42

Aus Adolf Hitlers Weisung Nr. 1 an die Wehrmacht vom 11. März 1938

Weisung Nr. 1

1. Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken, um dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.

2. Den Befehl über das gesamte Unternehmen führe ich.

Nach meinen Weisungen führen:

der Ob. d. H. die Operationen zu Lande mit der 8. Armee in der mir vorgeschlagenen Zusammensetzung und Stärke und den aus der Anlage ersichtlichen Zuteilungen der Luftwaffe, der SS und der Polizei,

der Ob. d. L. die Unternehmungen in der Luft mit den mir vorgeschlagenen Kräften ...

4. Die für das Unternehmen bestimmten Kräfte des Heeres und der Luftwaffe müssen ab 12. März 38 spätestens 12.00 Uhr einmarsch- bzw. einsatzbereit sein.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1949, Bd. XXXIV, S. 336.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof.
Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger,
Bd. II, Berlin (1962), S. 115/116.

43

Aus dem Protokoll der Österreich-Besprechung der IG Farbenindustrie AG vom 21. März 1938

Herr Dr. Ilgner berichtet zunächst kurz über die Bemerkung, die Herr Ministerpräsident Göring kürzlich Herrn Geheimrat Schmitz gegenüber gemacht hat: er hoffe, daß die großen reichsdeutschen Konzerne nicht nach Vollzug des Anschlusses über Deutsch-Österreich herfallen und die dortige Industrie aufsaugen würden. Soweit Beteiligungspläne der I.G. in Österreich bestehen, ist dazu zu bemerken, daß die I.G. bereits seit Jahren bemüht ist, den Anschluß wirtschaftlich durch Zusammenarbeit und Einflußnahme auf Österreichs chemische Industrie zu untermauern. Insbesondere sind wegen der Skoda-Werke Wetzler A.G. (SWW) seit etwa 2 Jahren laufend Verhandlungen über eine Beteiligung der I.G. geführt worden, die ihren Ausgangspunkt in dem Bestreben der I.G. fanden, eine Beteiligung Aussigs an SWW zu verhindern. Bis zu den jüngsten politischen Ereignissen hatten die Verhandlungen das Ergebnis gehabt, daß man einen Zusammenschluß der SWW mit den österreichischen Gesellschaften des DAG Pressburg-Konzerns auf der Basis in Aussicht genommen hatte, daß 51% der neuen Austro Chemie-Gesellschaft in österreichischem und 49% im Besitz der I.G. und der ihr befreundeten Firmen liegen sollten, wobei die I.G. gegen eine Majorisierung vertraglich gesichert werden sollte.

Die Situation hat sich durch die letzten Ereignisse insofern verändert, als Generaldirektor Pollak von SWW in Schutzhaft genommen worden und von österreichischer Seite die Idee aufgekommen ist, die kommissarische Leitung der Gesellschaft der I.G. zu übertragen, um zu verhindern, daß das führerlos gewordene Unternehmen Rückschläge erleidet. Über diese Idee wird von dem Direktor Joham von der Österreichischen Kreditanstalt, der Majoritätsbesitzerin von SWW, mit dem österreichischen Wirtschaftsminister Fischböck und dem österreichischen Wirtschaftsberater Bürgermeister Neubacher zur Zeit verhandelt, da die Durchführung dieser Anregung nur mit Zustimmung der amtlichen Stellen möglich erscheint. Herr Dr. Ilgner ist der Ansicht, daß es unlogisch wäre, wenn wir die seit 2 Jahren im Hinblick auf künftigen Anschluß geführten Verhandlungen jetzt, wo der Anschluß Wirklichkeit geworden ist, plötzlich aufgeben würden und ist der Meinung, daß auch die Bemerkung des Ministerpräsidenten kein Anlaß ist, die in Aussicht genommenen Pläne fallenzulassen . . .

Die Aussprache wendet sich daraufhin der Frage zu, welches Ziel sich die I.G. für die weiteren Verhandlungen in Österreich stellen muß. Die Aussprache ergibt Übereinstimmung darüber, daß es das Ziel der I.G.

sein müsse, die bisher schon in Aussicht genommene Fusion von SWW mit den österreichischen DAG-Firmen in der Weise durchzuführen, daß die I.G. dabei eine Majorität von 75% (gegebenenfalls von 51% mit einer Option auf die restlichen 24%) erhält. Eine Minoritätsbeteiligung der Kreditanstalt bleibt schon aus Gründen der Schonung unserer flüssigen Mittel wünschenswert; hierbei muß jedoch vertraglich sichergestellt werden, daß eine mißbräuchliche Ausnutzung der von uns zur Verfügung zu stellenden technischen Erfahrungen ausgeschlossen ist. Mit Rücksicht auf die Fülle von Problemen, mit denen die amtlichen Stellen in Berlin und Wien zur Zeit befaßt sind, erscheint es möglich, daß eine eindeutige Erklärung der beteiligten Stellen darüber, ob der I.G. eine mindestens 51%ige Beteiligung an SWW eingeräumt werden kann, in der nächsten Zeit nicht erhältlich ist. Mit der Übernahme der kommissarischen Leitung von SWW werden aber unvermeidlich gewisse technische und kaufmännische Erfahrungen seitens der I.G. in SWW eingebracht werden.

Deutsches Zentralarchiv Potsdam,
IG NW 7, vorläufige Aktennummer DAW 11.

44

Aus dem Brief des ZK der KPD „Für Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs" an das ZK der Kommunistischen Partei Österreichs vom März 1938

Die Deutsche Kommunistische Partei, die seit Jahren unter den schwersten Bedingungen gegen das Naziregime kämpft, wendet sich an Euch, österreichische Kommunisten, und durch Euch an das gesamte österreichische Volk, um laut und entschieden zu verkünden:

Die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk lehnen den ungeheuerlichen Gewaltakt Hitlers gegen Österreich mit aller Leidenschaft ab. Die Arbeiterschaft und das deutsche Volk wollen nichts zu tun haben mit der militärischen Niederwerfung und Unterdrückung des österreichischen Volkes.

Das österreichische Volk, dessen heldenhafter Widerstand gegen die braune Diktatur die Bewunderung aller anständigen Deutschen herausfordert, ist von der Hitlerdiktatur unter Einsatz gewaltiger militärischer Machtmittel seiner Unabhängigkeit und seines Selbstbestimmungsrechtes beraubt worden. Österreich wird von der Hitlerdiktatur nun wie ein Kolonialvolk behandelt. Die treuesten Söhne des österreichischen Volkes werden mißhandelt, verhaftet, ermordet oder in die Emigration getrieben. Wie Schmeißfliegen lassen sich die korruptionbraunen Bonzen aus dem

Reiche in Österreich nieder, besetzen alle Posten und beginnen systematisch das österreichische Volk auszuplündern. Die österreichische Wirtschaft wird der Kriegskasse Hitlers einverleibt. Die österreichische Kultur, von jedem wahren Deutschen und von der ganzen Welt geliebt, ist der Schändung durch den braunen Ungeist ausgeliefert ...

Die braune Diktatur will die militärische, wirtschaftliche und politische Vorherrschaft in Mitteleuropa und am Balkan errichten. Dem dient die Vergewaltigung Österreichs und ebenso der geplante Angriff gegen die Tschechoslowakei. Die Annexion Österreichs durch die Hitlerdiktatur hat daher nichts zu tun mit dem Gedanken der Einigung der deutschen Nation. Im Gegenteil: Die Annexion ist ein weiterer Schritt Hitlers zur Zerreißung des Volkes, zur Entfesselung des Weltkrieges, der zur Katastrophe für das deutsche Volk werden muß. Die Annexion Österreichs steht daher im schärfsten Gegensatz zu den wahren Anschauungen unseres deutschen Volkes und zu den wahren Interessen der deutschen Nation, die den Krieg haßt und den Frieden liebt.

Teure Freunde, in diesen so schicksalsschweren Stunden geloben wir deutschen Kommunisten, alle unsere Anstrengungen im Kampfe gegen die Hitlerdiktatur zu verstärken, um dem schwergeprüften österreichischen Volke in seinem Kampf um Freiheit und Selbstbestimmungsrecht Beistand zu leisten. In diesem Kampf steht das deutsche und österreichische Volk Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind.

Wir deutschen Kommunisten werden auch nicht einen Augenblick vergessen, das deutsche Volk über das Verbrechen Hitlers an Österreich aufzuklären und für die Freiheit des österreichischen Volkes einzutreten.

Die Internationale (Prag), 1938, Nr. 3/4, S. 139/140.

45

Aufruf des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes in Paris „An das deutsche Volk!" vom 14. September 1938

Der Krieg ist in nächster Nähe, in dieser entscheidenden Stunde erklären wir vor dem deutschen Volk und der ganzen Welt, daß der Sturz Hitlers das oberste Ziel unserer Politik ist.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die letzte Körperschaft, die noch von der sozialdemokratischen Massenorganisation in Deutschland selbst gewählt worden ist. Er spricht für die Partei und darüber hinaus für jene Teile des deutschen Volkes, die den Krieg verabscheuen und deren Ziel es ist, in Frieden und Freiheit zu leben.

Die Zerstörung des Weltfriedens ist von Anfang an das Ziel der nationalsozialistischen Politik gewesen. Wenn der Krieg ausbricht, so fällt die ganze Wucht der Schuld auf Hitler und sein System.

Der Sturz Hitlers ist deshalb das Ziel, für das wir kämpfen werden, gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und allen demokratischen Kräften in Europa.

Hitler und der neue deutsche Militarismus sind eins. Die Niederlage und die endgültige Überwindung dieses Militarismus sind die Voraussetzungen für den Frieden und die Neuorganisation Europas.

Als verbündete Kraft an der Seite aller Gegner Hitlers, die für die Freiheit und die Kultur Europas kämpfen, werden wir im Kriege in diesem Sinne wirken.

Wir führen diesen Kampf für das deutsche Volk und für das große Ziel der Sicherung der Freiheit, des Friedens und der Demokratie in Europa.

Wir rufen dem deutschen Volke zu: Erkämpfe deine Freiheit! Der Sturz des Systems verkürzt den Krieg, bewahrt Millionen vor dem Tode, rettet das Volk!

Neuer Vorwärts (Paris), 18. September 1938.

46

Aus der Rede Adolf Hitlers im Berliner Sportpalast am 26. September 1938

Und nun, meine Volksgenossen, glaube ich, daß der Zeitpunkt gekommen ist, an dem nun Fraktur geredet werden muß. Wenn jemand 20 Jahre lang eine solche Schande, eine solche Schmach und so ein Unglück erduldet, wie wir es getan haben, dann kann man wirklich nicht bestreiten, daß er friedensliebend ist ...

Ich habe jetzt verlangt, daß nun nach 20 Jahren Herr Benesch endlich zur Wahrheit gezwungen wird. Er wird am 1. Oktober uns dieses Gebiet übergeben müssen ...

Ich habe nur weniges zu erklären: Ich bin Herrn Chamberlain dankbar für alle seine Bemühungen. Ich habe ihm versichert, daß das deutsche Volk nichts anderes will als Frieden; allein, ich habe ihm auch erklärt, daß ich nicht hinter die Grenzen unserer Geduld zurückgehen kann. Ich habe ihm weiter versichert und wiederhole es hier, daß es – wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt!

Und ich habe ihm weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem

die Tschecho-Slowakei ihre Probleme löst, das heißt, indem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen! Allein, ebenso will ich nun vor dem deutschen Volke erklären, daß in bezug auf das sudetendeutsche Problem meine Geduld jetzt zu Ende ist! Ich habe Herrn Benesch ein Angebot gemacht, das nichts anderes ist als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand! Frieden oder Krieg!

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1949, Bd. XXXIX, S. 28/29.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof.
Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger,
Bd. II, Berlin (1962), S. 139/140.

47

Aus dem Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, beschlossen in München am 29. September 1938

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

4. Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober. Die vier auf der anliegenden Karte bezeichneten Gebietsabschnitte werden in folgender Reihenfolge durch deutsche Truppen besetzt:

Der mit I bezeichnete Gebietsabschnitt am 1. und 2. Oktober, der mit II bezeichnete Gebietsabschnitt am 2. und 3. Oktober, der mit III bezeichnete Gebietsabschnitt am 3., 4. und 5. Oktober, der mit IV bezeichnete Gebietsabschnitt am 6. und 7. Oktober.

Das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters wird unverzüglich von dem obenerwähnten internationalen Ausschuß festgestellt und bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden.

8. Die Tschechoslowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an alle Sudetendeutschen aus ihren militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die Tschechoslowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüßen.

Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. I, November 1937–1938. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Hrsg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1948, S. 261/262, 267.

48

Aus dem Aufruf des ZK der KPD „An das deutsche Volk!" vom Anfang Oktober 1938

Hitler hat in den letzten Septembertagen Deutschland an den Rand eines neuen Weltkrieges gebracht. Die Angst vor den schrecklichen Folgen eines solchen Krieges erfüllte den größten Teil unseres deutschen Volkes, das den Krieg verabscheut und aus ganzem Herzen den Frieden wünscht. Aber wenige Tage nach der Münchener Konferenz hielt Hitler neue Drohreden gegen andere Länder, wie in Saarbrücken. Schon kündigte er den Bau weiterer Ausfallsbefestigungen gegen Frankreich an. Soll so der versprochene Frieden aussehen? Sollen unser Volk und unser Land wieder neuen Tagen des Kriegsschreckens entgegengetrieben werden? ...

Deutsches Volk! München war eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Tschechoslowakei war von der Entscheidung über ihr eigenes Geschick ausgeschaltet. Und Hitler hat das Münchener Diktat zur Unterdrückung von einer Million Tschechen, zur Annektierung vieler rein tschechischer Orte ausnützen können. Nein, der Münchener imperialistische Kuhhandel entspricht ebensowenig der Sehnsucht unseres deutschen Volkes nach einem wirklichen und dauerhaften Frieden wie der Friedenssehnsucht der andern Völker ...

Es sind die volksfremden Interessen des eroberungsgierigen deutschen

Großkapitals und der neureichen Nazibonzen, die Hitler zu immer neuen Abenteuern und Kriegsprovokationen treiben.

Hitlers Hintermänner sind die alten Kriegstreiber von 1914, die Millionäre und Rüstungsgewinnler. Hitler setzt größenwahnsinnig und mit faschistischen Gewaltmethoden die verhängnisvolle alldeutsche Eroberungspolitik fort, die im Jahre 1918 zur Niederlage und zu Versailles führte. Hitler will Herr im Hause der andern Völker sein! Darum seine kriegerische Einmischung zugunsten Francos in Spanien, darum seine Zerstückelung und Unterjochung der Tschechoslowakei. Darum drohte Hitler in seiner Saarbrückener Rede mit dem Weltkrieg, falls in England und Frankreich sich die Völker anstelle Chamberlains und Daladiers andere Regierungen erwählen ...

Die Naziführer reden jetzt viel vom „Friedenswillen aller Völker" und einem „neuen Europa". Da ist es endlich an der Zeit, überall die Frage zu erheben: Wenn Frieden, wozu dann noch länger die wahnwitzigen Rüstungen? Warum wird nicht die gesamte Wirtschaft sofort auf Friedensbedarf zur Hebung des Wohlstandes des Volkes umgestellt? ...

Deutsches Volk! Nur durch Deine Einigung zum Kampf für Frieden und Freiheit, nur durch Deinen Zusammenschluß in der Volksfront gegen die Hitlertyrannei kannst Du Dir das Recht erringen, selbst über Dein Schicksal zu entscheiden, und nur dadurch kannst Du das Unglück des Krieges für immer bannen!

Die Rote Fahne, 1938, Nr. 6.

49

Aus der Rede Adolf Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938

Wir haben uns dabei einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda – und hier darf ich die gegenwärtige Presse mit an die Spitze der Instrumente stellen – erreichen wollen. Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung

festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.

Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (Stuttgart),
1958, Heft 2, S. 182/183.

50

Aus der Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome" von Mitte November 1938

Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker, erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben ...

Es ist eine elende Lüge, daß die Pogrome ein „Ausbruch des Volkszornes" gewesen seien. Sie wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern. Sie sollten

in Wirklichkeit dazu dienen, den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur, gegen die wahnwitzige Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes zugunsten der Rüstungsmillionäre und der korrupten Nazibonzen abzulenken auf Unschuldige, mit dem Ruf: „Der Jud ist schuld!" ...

Es sind nicht die Juden, die durch eine fortgesetzte Politik der Gewalt und der erpresserischen Drohungen gegenüber den andern Ländern den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute, in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern.

Immer in der Vergangenheit hat die Reaktion, wenn sie ein Volk aufs Schlimmste ausplünderte und die Erbitterung des Volkes fürchtete, sich der schmutzigen Mittel der Judenhetze und der Pogrome zum Zwecke der Ablenkung von den wahren Schuldigen am Volkselend bedient ...

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen mit dem Appell: Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!

Die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen. Gegen die mittelalterliche barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb Fichtes von „der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".

Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei. Deshalb müssen alle deutschen Menschen, die das Regiment der Unterdrückung und der Schändung des deutschen Namens ablehnen und es beseitigen wollen, ihren festen Zusammenhalt schaffen.

Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen, Solidarität mit den gehetzten Kommunisten und Sozialisten, Solidarität mit den bedrohten Katholiken, Solidarität aller untereinander im täglichen Kampf zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes durch die Schaffung der breitesten deutschen Volksfrontbewegung – das ist es, was die Stunde von allen friedens- und freiheitsliebenden Deutschen verlangt!

Die Rote Fahne – Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome, 1938, Nr. 7.

51

Aus dem Referat Wilhelm Piecks „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei", gehalten auf der Berner Parteikonferenz der KPD am 30. Januar 1939

Für die Schaffung der Aktionseinheit ist von größter Bedeutung die Initiative, die wir in der Stellung der konkreten Aufgaben für den Kampf gegen den Hitlerfaschismus entfalten. Nur dadurch werden wir die führende Rolle der Partei in dieser Bewegung den Massen zum Bewußtsein bringen und die Einheits- und Volksfrontbewegung entfalten und beschleunigen. Ich glaube, daß wir in der Durchführung dieser Aufgabe noch sehr viel versäumt haben und viel nachholen müssen, sowohl in der Agitation als auch in der Politik. Wir müssen sehr gut verstehen, daß Agitation und Politik zwei verschiedene Aufgaben sind, die sich ständig ergänzen müssen. Agitation und Aufklärungsarbeit sind dringend nötig, die ständig verbessert werden müssen, indem wir unsere Argumente in der Agitation sehr gut überlegen, damit sie von den Massen verstanden werden und die Massen überzeugen. Auch hier hängt sehr viel davon ab, immer zur rechten Zeit die richtigen Argumente zu finden und anzuwenden und sehr gut mit Beispielen aus den täglichen Erfahrungen der Massen zu begründen. Aber Politik machen, das heißt die Resultate dieser Agitation in die Aktion der Massen umsetzen, den Gegner ins Gedränge bringen, seine Maßnahmen durchkreuzen, jede seiner Schwächen sofort ausnutzen, um gegen ihn vorzustoßen, sich nicht von ihm provozieren lassen, wenn er glaubt, uns einen Schlag versetzen zu können, die Massen für unsere Vorschläge gewinnen, daß sie uns folgen, und schließlich Schritt für Schritt, manchmal auch in Sprüngen, die Aktion der Massen vorantreiben. Lenin hat uns für eine solche revolutionäre Politik die besten Beispiele gegeben.

Das alles erfordert, daß wir sehr elastisch in unserer Politik und Agitation sein müssen. Wir können nicht nach Rezepten suchen, die uns für alle Situationen als Wegweiser dienen. Gerade deshalb müssen wir so großes Gewicht darauf legen, daß auch unsere Genossen im Lande die Kunst einer selbständigen Politik erlernen, damit sie besser als bisher auf die Ereignisse im Lande reagieren und diese Ereignisse selbst beeinflussen können ...

In den sozialdemokratischen Massen ist tief die Auffassung vorhanden, daß die Einigung nur durch den Zusammenschluß zu einer einheitlichen Partei geschaffen werden kann, daß ohnedem keine Einigung zustande kommen wird. Wir haben demgegenüber diese Frage mehr als Ergebnis des einheitlichen Kampfes gestellt, also als eine Frage, die noch nicht spruchreif sei und erst in späterer Zeit verwirklicht werden kann. Mir

scheint, daß wir auf unserer Beratung überlegen müssen, ob wir uns nicht den Auffassungen der sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Frage nähern sollten. Wir haben die Tatsachen, daß verschiedene Leute in der sozialdemokratischen Opposition, die Milesleute und andere, die sozialdemokratischen Arbeiter von dem Zusammenschluß mit den Kommunisten dadurch abzuhalten versuchen, daß sie die Frage der Schaffung einer neuen Partei stellen. Die Sozialdemokratische Partei habe versagt, aber auch die KPD; deshalb müsse eine neue Partei geschaffen werden. Sollen wir diesen Leuten die Initiative überlassen, mit der sie natürlich ein anderes Ziel verfolgen als wir? Diese Leute finden mit ihrer Argumentation ein williges Ohr bei den sozialdemokratischen Arbeitern, weil diese darin eine Entlastung von der Schuld ihrer Partei sehen. Wir müssen natürlich dieser Argumentation entgegentreten. Aber ich denke, wir sollten jetzt von uns aus die Frage der Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei stellen, die durch den Zusammenschluß der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zustande kommt und die alle mit ihnen verbundenen Arbeiter in sich vereinigen soll. Natürlich soll das nicht ein organisatorischer, sondern ein politischer Akt auf der Grundlage des Bekenntnisses für das Programm des Kampfes gegen den Krieg, des Sturzes des Faschismus, der Schaffung einer demokratischen Volksrepublik und des Sozialismus sein. Wir sollten diese Frage offen vor den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern im Lande durch unsere illegale Literatur und durch unsere Radiosender stellen, eine regelrechte Kampagne darum beginnen und die Arbeiter auffordern, darüber gemeinsam zu diskutieren und ihre Meinung uns mitzuteilen ...

Aber über die Einigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter hinaus müssen wir die Einheitsfront in der Arbeiterklasse durch die Hineinziehung der katholischen und christlichen Arbeitermassen und der politisch nichtorganisierten Arbeitermassen herbeiführen. Aber das wird um so schneller vor sich gehen, wenn erst die Einigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter geschaffen ist, die natürlich auch noch nicht mit der Schaffung einer einheitlichen Partei vollständig sein wird, sondern sich erst durch den gemeinsamen Kampf verwirklichen wird. Es wird dabei noch mancherlei Schwierigkeiten und Rückfälle in alte Streitigkeiten geben. Die Schaffung der Einheitspartei darf also nicht als ein Allheilmittel, sondern nur als ein sehr wichtiger Schritt zu dieser Einheit betrachtet werden.

Mit der Schaffung der Volksfront steht es gegenwärtig eher noch schlechter als mit der Schaffung der Einheitsfront. Im Lande sind überhaupt noch keine ernsten Ansätze dazu vorhanden. Es gibt wohl Verbindungen zu Handwerkern, Händlern und Intellektuellen, aber von Verbindungen zu den Bauern wissen wir sehr wenig. Auch was in der

Emigration von uns versucht wurde, um einen Anfang in der Volksfront zu schaffen, ist wenig befriedigend. Der Pariser Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront ist durch die Machinationen einiger Sozialdemokraten wieder vollständig zerfallen. Dabei wird überall sehr viel von der Notwendigkeit der Volksfront geredet und geschrieben. Es haben sich die verschiedensten Gruppen gebildet, die von sich behaupten, daß sie die Volksfront zum Sturze des Hitlerfaschismus wollen, es herrscht aber überall die größte Verwirrung über das Wesen und die Aufgaben der Volksfront. Einige möchten die Kommunisten davon ausschalten, andere wieder verstehen darunter sogar ein Bündnis der Werktätigen mit Teilen der Bourgeoisie, was im Grunde genommen auf die Fortsetzung der Koalitionspolitik hinausläuft. Wir müssen demgegenüber ganz klar zum Ausdruck bringen, daß die Volksfront das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem Mittelstande und den Intellektuellen, also ein Bündnis der Werktätigen gegen den Hitlerfaschismus ist. Selbstverständlich wird im Kampfe gegen den Faschismus auch ein vorübergehendes Zusammengehen mit Teilen der Bourgeoisie möglich sein, aber dieses Zusammengehen ist nicht auf eine Stufe mit dem Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und anderen Werktätigen zu stellen. Dieses Bündnis richtet sich nicht nur gegen den Hitlerfaschismus, sondern ist auch auf die Aufrichtung und Sicherung einer demokratischen Volksrepublik gerichtet, in der nicht mehr die Bourgeoisie, sondern die Volksfront die Führung haben wird. Es ist schon aus diesem Grunde sicher, daß die Bourgeoisie aus ihrem Klasseninteresse heraus gegen eine solche Republik auftreten wird. Die Volksfront ist also keine Versöhnung des Proletariats mit der Bourgeoisie, auch nicht mit Teilen von ihr, und wir dürfen nicht einer Verwischung oder Ignorierung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie Vorschub leisten, wie das von denen geschieht, die sogar die Volksfront mit der Bourgeoisie machen wollen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N9-B, Bl. 16–19.
Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin),
1964, Heft 1, S. 94–96.

52

Aus dem Aufruf der KPD „Wir Kommunisten und die deutsche Nation", verfaßt nach der Berner Parteikonferenz der KPD 1939

Die Nazis versuchen uns deutsche Kommunisten als Feinde der Nation zu denunzieren. Sie wollen damit einen Keil zwischen die revolutionären Arbeiter und die übrigen Deutschen treiben, um den Zusammenschluß

des ganzen Volkes gegen die Hitlerdiktatur zu verhindern. Darum wollen wir in unserem heutigen Vortrag die Stellung der deutschen Kommunisten zur Nation auch allen jenen klarmachen, die noch die Naziverleumdungen glauben.

Wir deutschen Kommunisten lieben unser Deutschland, wir sind stolz, Deutsche zu sein, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen unser deutsches Volk frei und glücklich sehen, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen ein Volk aufrechter Männer, die die Wahrheit sagen und die Wahrheit anhören können, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes. Wir deutschen Kommunisten wollen nicht, daß unser Land das verhaßteste in der Welt wird, deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes, das Deutschland verhaßt macht. Wir deutschen Kommunisten wollen nicht, daß Millionen deutscher Männer in einem neuen Krieg umkommen, daß unsere schönen Städte in einem Krieg verwüstet werden, daß das Kriegselend durch unser Land und durch andere Länder stampft. Deshalb sind wir die Todfeinde des Hitlerregimes, das unser Land in die Katastrophe des Krieges führt.

Darum heißt's heute tapfer sein und Deutschland dienen, der Todfeind des Hitlerregimes sein und dieses Regime mit allen Mitteln bekämpfen.

Wer ist tapfer? So fragen wir alle Deutschen. Der hochbezahlte Nazibonze, der in Saus und Braus lebt, dessen Reden sich jeder anhören muß, ohne das Recht zu haben, widersprechen zu können, geschützt durch die Gestapo – oder der deutsche Kommunist, der unter Lebensgefahr seine Arbeitsgefährten, seine Freunde und Bekannten aufklärt, ermutigt und, wenn er von den Schergen der Gestapo ergriffen wird, aufrecht sein furchtbares Schicksal erträgt?

Wer ist ein wahrer, ein treuer Diener des deutschen Volkes? Die Krupp, Thyssen, Mannesmann, die Rüstungsmillionäre, die sich vom deutschen Volke Milliarden für Rüstungen zahlen lassen, die vom Hitlerregime mit Ehren überschüttet werden, die sich Führer nennen, weil sie Milliarden besitzen – oder der deutsche Kommunist, der unbestechlich, unbeirrt, tagaus, tagein unter größter persönlicher Gefahr die Wahrheit an das Volk heranbringt, den Widerstand gegen die Ausbeutung, gegen den Krieg organisiert, der keinen anderen Lohn kennt als das Bewußtsein, für die Befreiung Deutschlands, für die Rettung Deutschlands vom Hitlerregime zu kämpfen?

Wer ist tapfer? Die Goebbels, die das Radio und die Presse ausnützen, um die Wahrheit vor dem Volke zu verbergen, um das Volk mit chauvinistischen Phrasen in den Krieg zu hetzen, die unser Volk blind machen wollen, um es in den Abgrund zu führen – oder der deutsche Kommunist,

der die Wahrheit durch die Flüsterpropaganda verbreitet, der illegale Sender bedient, der Flugblätter verbreitet, der Verbindungen mit allen Volksschichten herstellt, der jeder Lüge der Nazipropaganda die Wahrheit entgegenstellt?

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, St 3/708, Bl. 173.
Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin),
1960, Heft 3, S. 564/565.

53

Aus dem Aufruf des Arbeitsausschusses deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs, der KPD und der Kommunistischen Partei Österreichs „An die Arbeiter Deutschlands und Österreichs" vom 30. März 1939

Mit der Annexion der Tschechoslowakei, mit der Besetzung von Memel, mit den Wirtschaftsultimaten an die Länder Südosteuropas und der offenen Unterstützung der Forderungen Mussolinis hat Hitler die letzten Illusionen über den imperialistischen Charakter seiner Kriegspolitik zerstört, den eigenen Propagandalügen den letzten Glauben entzogen, die Nähe des Entscheidungskampfes um die Neuverteilung der Erde allen Völkern, vor allem dem eigenen Volk, drohend zum Bewußtsein gebracht.

Zerstört ist der Schwindel vom Kampf um nationale Ziele, um das „Selbstbestimmungsrecht der deutschen Brüder", um die „Wiedergutmachung des Unrechts von Versailles". Die bewaffnete Unterwerfung von Millionen Tschechen und Slowaken, die wirtschaftliche Versklavung der Balkanvölker macht auch dem Blindesten deutlich, daß schon die Annexion Österreichs und des Sudetengebietes nicht nationale Befreiungstaten, sondern Etappen einer imperialistischen Eroberungspolitik waren...

In dieser Lage, in der jeder weitere Schritt unmittelbar über Krieg und Frieden, über das Schicksal von Millionen Menschen entscheidet, sind deutsche und österreichische Sozialisten und Kommunisten, Vertreter der illegal kämpfenden Arbeiterbewegung zusammengetreten, um gemeinsam im Namen des deutschen und österreichischen Volkes gegen die Annexion der Tschechoslowakei zu protestieren und durch diesen gemeinsamen Schritt den Kampf gegen den gemeinsamen faschistischen Feind zu fördern.

Die deutschen und österreichischen Sozialisten und Kommunisten erklären feierlich, daß sie das Recht des tschechoslowakischen Volkes anerkennen, mit allen Mitteln um die Wiedererringung seiner nationalen Freiheit und staatlichen Unabhängigkeit zu kämpfen. Die deutsche Ar-

beiterbewegung wird ihre ganze Kraft aufbieten, um alle vom Hitlerfaschismus unterdrückten fremden Völker in ihrem nationalen Freiheitskampf zu unterstützen ...

Im Kampf um ihre Ziele erstrebt die Arbeiterklasse die Bundesgemeinschaft mit den werktätigen Mittelschichten in der Stadt, mit den Bauern auf dem Dorf, mit allen Schichten, die bereit sind, die Diktatur des Großkapitals und seiner faschistischen Partei in einer demokratischen Volksrevolution zu stürzen. Das ist der Weg für den weiteren erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse zur Erringung ihres sozialistischen Zieles. Sozialisten und Kommunisten tragen als Vorhut der Arbeiterklasse die Verantwortung dafür, daß die kommende Revolution nicht wieder wie 1918 auf halbem Wege stehenbleibt, daß die Bastionen der Reaktion gebrochen werden, daß nicht wieder innere Kämpfe der Arbeiterbewegung dem Gegner Zeit geben, neue Kräfte zu sammeln.

Für diese unmittelbaren und weiteren Ziele wollen die unterzeichneten Organisationen gemeinsam kämpfen.

Wir rufen alle deutschen Sozialisten und Kommunisten auf, sich unserer Initiative anzuschließen.

Den sozialistischen und kommunistischen und allen antifaschistischen Kämpfern in Deutschland und Österreich entbieten wir unseren gemeinsamen revolutionären Gruß. An sie richten wir den Appell: Haltet in den Betrieben zusammen! Übt Solidarität in euren Kämpfen! Verständigt euch über die wirksamsten Mittel des Widerstandes!

Es lebe der einheitliche Kampf der Arbeiter gegen den gemeinsamen faschistischen Feind!

Es lebe der Freiheitskampf des deutschen und österreichischen Volkes!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, St 3/708, Bl. 168.

54

Aus dem Protokoll der Sitzung des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes in Paris am 26. April 1939

Wels rekapituliert die Besprechung, die die [sozialdemokratischen] Parteien der unter dem Faschismus lebenden Völker kürzlich veranstaltet haben, und berichtet außerdem kurz über die Verhandlungen, die der Parteivorstand mit französischen Stellen in Angriff genommen hat, und gibt einen kurzen Bericht über die letzte Parteivorstandssitzung.

Ollenhauer ergänzt diese Mitteilungen und weist darauf hin, daß wir vor die Frage gestellt waren, ob wir unseren Genossen im Ausland neue

Anweisungen für den Kriegsfall geben sollen. Wir haben uns entschlossen, über den Septemberaufruf [1938] nicht hinauszugehen, sondern etwa in der Richtung vorzugehen, daß wir den Genossen sagen, sie sollen die Gesetze der Gastländer befolgen und im übrigen für Deutschland gegen Hitler kämpfen.

Tarnow: ... Zu der Frage der Beteiligung der Emigration am Kriege weist er auf die entstehenden Schwierigkeiten hin. Er zieht es vor, daß jeder das mit sich selbst abmachen muß, und hält es für unzweckmäßig, eine Entscheidung des Parteivorstandes herbeizuführen. Er befürchtet von einer Entscheidung des Parteivorstandes, daß sie die Bewegung sehr schädigen könnte und möglicherweise eine Keimzelle für eine neue Dolchstoßlegende bilden würde. Er empfiehlt für den Fall einer Publikation vorsichtige Formulierung und schlägt vor, nichts in einen solchen Aufruf hineinzuschreiben, was so ausgelegt werden könne, als ob der Parteivorstand zum Kampf mit der Waffe in der Hand gegen das Regime auffordern würde. Er empfiehlt, sich um die Beantwortung der Frage, ob die deutschen Soldaten kämpfen sollen oder nicht, herumzudrücken ...

Tarnow: Nach Amerika zu gehen, würde natürlich die Flucht bedeuten, Flucht aus der aktiven Politik und Selbstausschaltung. Der Kriegsausbruch wirft selbstverständlich auch sofort die Frage des Kriegsendes auf, und damit beginnt ja eigentlich erst unsere große Aufgabe. Wir müssen die Situation nüchtern sehen. Nach dem Sturz Hitlers wird wahrscheinlich nichts mehr da sein, was als Auffangstellung dienen könnte. 1918 war das anders. Die Parteien waren vorhanden und intakt. Heute ist keine Partei da, kein Name, der allgemeine Bedeutung hat. Vorhanden sind lediglich in der Erinnerung die alten Parteien, die alten Namen, deren Tätigkeit während der Hitlerzeit geruht haben. Meine große Sorge ist das Verhalten der Kommunisten bei Kriegsende. Ich fürchte, daß Rußland zwar nicht die Weltrevolution, wohl aber die Kontinental-Europa-Revolution im Augenblick des Zusammenbruchs Hitlers erzwingen will. Ein gewisser Trost und ein gewisser Schutz ist darin zu erblicken, daß diese Gefahr erkannt worden ist.

Crummenerl: Der Kriegsausbruch ist sehr wahrscheinlich. Ich glaube nicht mehr an eine friedliche Lösung ...

Rinner: ... Was unser Verhalten im Kriegsfall betrifft, so denkt selbstverständlich keiner daran, aus der politischen Tätigkeit fliehen zu wollen. Im Gegenteil, die höchste Aktivität wird notwendig sein. Die wichtigste Frage ist, was wird nach dem Kriege? Ich fürchte, daß nach Kriegsende zwischen uns und den Kommunisten ein Kampf auf Leben und Tod folgen wird.

Die KPD wird nicht als Freundin einer Diktatur auftreten, sondern in Demokratie heucheln und doch versuchen, alle entscheidenden Macht-

mittel in die Hand zu bekommen. Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen und den Kampf aufnehmen ...

Die Dolchstoßlegende halte ich nicht für so ganz gefährlich wie Tarnow. Innerhalb des künftigen Parteiensystems wird nicht die gleiche Differenzierung wie 1918 eintreten. Die neue Reaktion wird sich schwerer als damals sammeln, da heute auch die Konservativen in Opposition zu diesem Regime stehen. Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß wir den Versuch machen sollten, die Zusammenfassung der Hitlergegner im Ausland zu organisieren. Ich weiß, daß das große Schwierigkeiten bereitet. Ich setze auch voraus, daß wir die Kommunisten von dieser Zusammenfassung ausschließen müssen. Gelingt die Zusammenfassung bis weit in die Kreise der Konservativen, dann ist die Dolchstoßlegende nicht so zu befürchten ...

Tarnow: ... Als wichtigste Frage sehe ich an, welche Einstellung wir zu den kriegführenden Mächten einnehmen. Ich wende mich gegen eine Beteiligung an der allgemeinen Kriegspropaganda. Macht eine deutsche sozialistische Organisation derartige Sachen mit, dann ist sie für später in Deutschland erledigt. Wir müssen uns auf die These festlegen, daß wir bereit sind, für ein neues Deutschland zu arbeiten, aber dürfen nicht so weit gehen, die deutschen Soldaten aufzufordern, die Waffen niederzulegen und Sabotage an der deutschen Kriegführung zu üben. Die Gefahr, sich für die Zeit nach dem Kriege selbst zu erledigen, ist zu groß und steht in keinem Verhältnis zu dem möglichen Nutzen. Außerdem gebe ich zu bedenken, daß die Propaganda nicht kriegsentscheidend ist. Meine Besorgnisse bezüglich der Erfolge der KPD nach dem Zusammenbruch sind nicht kleiner geworden. Man muß sich in die Kriegsschluß-Situation versetzen. Das Volk wird wieder wie 1918 verrückt spielen. Die Kommunisten können den Massen Tod und Teufel versprechen. Man wird mit dem Argument arbeiten, daß Rußland und Deutschland gemeinsam unüberwindlich sind und sich aufs beste ergänzen. Die Kommunisten haben glänzende Möglichkeiten der Argumentation.

Ich bin ebenfalls für eine Zusammenfassung all derjenigen Kräfte, die auf ein Mindestprogramm, das wir akzeptieren können, sich verständigen. Ich würde mich für ein überparteiliches Komitee einsetzen, an dessen Spitze einige Leute mit Namen stehen, die auch heute noch Bedeutung haben.

Die Lösung der ökonomischen Fragen sehe ich nach dem nächsten Krieg im Prinzip als leichter, in der praktischen Durchführung als schwieriger an.

Stampfer: ... Notwendig ist, daß wir als selbständige politische Kraft in Erscheinung treten. Wir müssen sagen, daß wir für Deutschland und gegen Hitler kämpfen. Wer Deutschland retten will, kann es nur dadurch retten, daß er für Abkürzung des Krieges eintritt. Denn jede Verlängerung des Krieges vermindert die Möglichkeit eines erträglichen Friedens

und die Wahrscheinlichkeit des Wiederaufbaus Deutschlands. Verkürzung des Krieges ist aber nur durch den Sturz Hitlers zu erzielen. In meiner Stellung zu den Kommunisten unterscheide ich mich in taktischer Beziehung von meinen Kollegen, ohne daß ich deshalb weniger entschiedener Antibolschewist bin als die anderen ...

Wels: ... Uns fällt es furchtbar schwer, zu dem eventuellen Krieg eine präzise Stellung einzunehmen. Trotzdem können wir nicht darum herumkommen. Es ist richtig, daß wir nicht vorhersehen können, wie die Entwicklung läuft. Wir müssen daran festhalten, daß wir, mit wem wir auch kämpfen, für Deutschland kämpfen. Die Situation der Emigration in den einzelnen Ländern ist so verschieden, daß wir in einer eventuellen Erklärung hervorheben würden, daß sich die Emigranten den Gesetzen des betreffenden Landes anpassen müssen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, St 3/713, Bl. 244–248.

55

Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht vom 22. August 1939

Es kann auch anders kommen bezügl. England und Frankreich. Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit prophezeien. Ich rechne mit Handels-Sperre, nicht mit Blockade, ferner mit Abbrechen der Beziehungen. Eisernste Entschlossenheit bei uns. Vor nichts zurückweichen. Jeder muß die Ansicht vertreten, daß wir von vornherein auch zum Kampf gegen die Westmächte entschlossen waren. Kampf auf Leben und Tod. Deutschland hat jeden Krieg gewonnen, wenn es einig war. Eiserne, unerschütterliche Haltung vor allem der Vorgesetzten, feste Zuversicht, Siegesglauben, Überwindung vergangener Zeiten durch Gewöhnen an schwerste Belastung. Eine lange Friedenszeit würde uns nicht gut tun. Es ist also notwendig, mit allem zu rechnen. Mannhafte Haltung. Nicht Maschinen ringen miteinander, sondern Menschen. Bei uns qualitativ der bessere Mensch. Seelische Faktoren ausschlaggebend. Auf der Gegenseite schwächere Menschen. 1918 fiel die Nation, weil die seelischen Vorbedingungen ungenügend waren. Friedrich der Große hatte seinen Enderfolg nur durch seine Seelenstärke. Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. Auch wenn im Westen Krieg ausbricht, bleibt Vernichtung Polens im Vordergrund. Mit Rücksicht auf Jahreszeit schnelle Entscheidung.

Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob

er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.

Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Mill. Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.

Schnelligkeit der Entscheidung notwendig. Festen Glauben an den deutschen Soldaten. Krisen sind nur auf Versagen der Nerven der Führer zurückzuführen.

Erste Forderung: Vordringen bis zur Weichsel und bis zum Narew. Unsere technische Überlegenheit wird die Nerven der Polen zerbrechen. Jede sich neu bildende lebendige polnische Kraft ist sofort wieder zu vernichten. Fortgesetzte Zermürbung.

Neue deutsche Grenzführung nach gesunden Gesichtspunkten evtl. Protektorat als Vorgelände. Mil. Operationen nehmen auf diese Überlegungen keine Rücksicht. Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel. Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung.

Überzeugung, daß die deutsche Wehrmacht den Anforderungen gewachsen ist. Auslösung wird noch befohlen, wahrscheinlich Samstag morgen.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1.Oktober 1946, Nürnberg 1947, Bd. XXVI, S. 523/524.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof.
Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger,
Bd. II, Berlin (1962), S. 157.

56
Aus der Erklärung des ZK der KPD zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 25. August 1939

Das deutsche Volk begrüßt den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland, weil es den Frieden will und in diesem Pakt eine erfolgreiche Friedenstat von seiten der Sowjetunion sieht. Es begrüßt diesen Pakt, weil er nicht wie das Bündnis Hitlers mit Mussolini und den japanischen Militaristen ein Instrument des Krieges und der imperialistischen Vergewaltigung anderer Völker, sondern ein Pakt zur Wahrung des Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist.

Die durch den Pakt geschaffene außenpolitische und innenpolitische Lage stellt aber vor alle Antifaschisten, vor alle friedens- und freiheitsliebenden Deutschen große Aufgaben, die im verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur gelöst werden müssen ...

Die Arbeiter und die friedliebenden Massen in Deutschland erkennen immer mehr, daß nur sie ein wirklicher Garant des Friedens mit der Sowjetunion sind.

Das werktätige deutsche Volk und besonders die deutschen Arbeiter müssen die Friedenspolitik der Sowjetunion unterstützen, sich an die Seite aller von den Nazis unterdrückten und bedrohten Völker stellen und nunmehr erst recht dafür kämpfen, daß im Geiste des von der Sowjetregierung mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes sofort ebensolche Friedenspakte mit Polen, Rumänien, mit Frankreich und England, mit allen Völkern, die sich mit Recht durch die Angriffspolitik Hitlers bedroht fühlen, geschlossen werden ...

Die Kommunistische Partei Deutschlands warnt das deutsche Volk, sich Illusionen hinzugeben, daß das Hitlerregime eine solche Politik, die allein im Interesse des deutschen Volkes liegen würde, durchführen wird. Hitler hat den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nur in der Notlage einer schwierigen Situation abgeschlossen. Das ganze deutsche Volk muß der Garant für die Einhaltung des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland sein. Nur wenn das deutsche Volk selbst das Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein. Vertraut nur auf eure eigene Kraft! ...

Für eine freie Deutsche Republik, in der das deutsche Volk selbst über sein Schicksal und seine Zukunft entscheiden kann.

Auf den Schultern der deutschen Arbeiterklasse, der einzigen geschlossenen Kraft, die fähig ist, das Naziregime zu stürzen und eine neue Ordnung zu erkämpfen und zu behaupten, liegt jetzt die Zukunft Deutschlands. Sie wird diese Aufgabe lösen, sobald sie ihre Einheit hergestellt hat. Vor den Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland steht die große Verantwortung, durch die Schließung der Einheitsfront bis zur Schaffung der revolutionären Einheitspartei diese notwendige Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu schmieden. Dann wird sich auch das ganze werktätige Volk, werden sich die Bauernmassen in den Dörfern, die Mittelschichten in den Städten, im gemeinsamen Kampf gegen das Diktaturregime unter der Führung der Arbeiterklasse in der antifaschistischen Volksfront sammeln. Das ist der einzige Weg, wie die Macht der Kriegstreiber gebrochen und das Naziregime durch die Volksrevolution hinweggefegt werden kann. Nur so wird die Stunde der Freiheit für Deutschland und des Friedens in der Welt schlagen.

Rundschau (Basel), 1939, Nr. 46, S. 1323/1324.
Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit.
Die Niederlage Hitlerdeutschlands
und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung,
Bd. I, 1. Halbbd., Berlin 1955, S. 330–333.

57
Flugblatt deutscher Antifaschisten von Ende August 1939

Deutsche Arbeiter und Bauern!

Wer kämpft für Deutschland? – Hitler und seine Pg's – oder die d[eutschen] A[ntifaschisten]?

Der Führer kann und macht alles, brüllen seine gedankenlosen Heilsjünger. Der Führer hat die Arbeitslosigkeit beseitigt, hat das tausendjährige Reich geschaffen und das deutsche Volk zum Herrenvolk gemacht. Der Führer wird Deutschland immer größer und schöner machen, so hören wir es tagein, tagaus von seinen braunen Einpeitschern in das Land schreien.

Wir d[eutschen] A[ntifaschisten] wissen, mit Aufschneidereien, Rassen- und Völkerverhetzung kann man unter friedliebenden Nationen nicht Freunde, sondern nur Feinde bekommen. Das deutsche Volk verdankt seinen äußeren Frieden unter dieser vertragsbrüchigen Naziregierung nicht dem staatsmännischen Geschick dieser verantwortungslosen Maulhelden, sondern nur der Langmut und Friedensliebe anderer Völker.

Machthungrige, ehrgeizige und hemmungslose Abenteurer ruhen aber nicht. Hitler und seine kriegslüsternen Hintermänner sind dabei, Deutschland durch einen künstlich herbeigeführten Konflikt in ein neues gefährliches Abenteuer zu stürzen. Sie wollen und suchen den Krieg mit allen Mitteln. Welche schlimmen Auswirkungen und verheerenden Folgen er für Deutschland und die ganze Welt haben wird, darüber machen sich diese gewissenlosen Generalverbrecher keine Gedanken.

Jeder Deutsche, der seine Heimat, sein Vaterland liebt, jeder, der seine Frau, Kinder und Eltern schützen will, jeder, der seine Brüder und Schwestern, sich selbst und seine Mitmenschen vom Schlimmsten bewahren will, muß sich gegen diesen entsetzlichen Krieg auflehnen und alles tun, was ihn noch verhüten kann.

Wer sich gegen den Kriegsbrandstifter Hitler und sein ganzes Nazisystem stellt, kämpft gegen den Krieg. Wer gegen den verbrecherischen Hitlerkrieg kämpft, kämpft für Deutschland. Darum nieder mit den faschistischen Kriegstreibern!

Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Nieder mit der Nazityrannei!

Ende August 1939 Deutsche Antifaschisten

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, DFX/8.

58

Aus Adolf Hitlers Weisung Nr. 1 für die Kriegführung vom 31. August 1939

1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1. 9. 39

Angriffszeit: 4^{45}

Diese Zeit gilt auch für die Unternehmungen Gdingen – Danziger Bucht und Brücke Dirschau.

3. Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegenzutreten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten. Die deutsche Westgrenze ist zu Lande an keiner Stelle ohne meine ausdrückliche Genehmigung zu überschreiten. Zur See gilt das gleiche für alle kriegerischen oder als solche zu deutenden Handlungen. Die defensiven Maßnahmen der Luftwaffe sind zunächst auf die unbedingte Abwehr feindl. Luftangriffe an der Reichsgrenze zu beschränken, wobei solange als möglich die Grenze der neutralen Staaten bei der Abwehr einzelner Flugzeuge und kleinerer Einheiten zu achten ist. Erst wenn beim Einsatz stärkerer franz. und engl. Angriffsverbände über die neutralen Staaten gegen deutsches Gebiet die Luftverteidigung im Westen nicht mehr gesichert ist, ist die Abwehr auch über diesem neutralen Gebiet freizugeben. Schnellste Orientierung des OKW über jede Verletzung der Neutralität dritter Staaten durch die Westgegner ist besonders wichtig.

4. Eröffnen England und Frankreich die Feindseligkeiten gegen Deutschland, so ist es Aufgabe der im Westen operierenden Teile der Wehrmacht, unter möglichster Schonung der Kräfte die Voraussetzungen für den siegreichen Abschluß der Operationen gegen Polen zu erhalten.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Bd. XXXIV, S. 456–458.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet
von Prof. Dr. P. A. Steiniger, Bd. II, Berlin 1962, S. 169/170.

59

Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 3. September 1939

Die KPD hat stets ... die Auffassung vertreten, daß die Erlösung unseres Volkes von der faschistischen Diktatur nicht von außen kommt (Krieg), sondern das Ergebnis des Kampfes der Volksmassen ... sein wird. Deshalb haben die Kommunisten seit Jahren alle Kräfte auf die Entfaltung des Massenkampfes gegen Hitlers Kriegspolitik konzentriert und eine starke Bewegung des deutschen Volkes für den Frieden ausgelöst.

Eng mit den Massen verbunden und stets an der Spitze der Bewegungen gegen das Hitlerregime hat unsere Partei alles versucht, die zersplitterte Opposition zu vereinigen und damit ihre Kräfte zu vervielfachen ... Im Vertrauen auf die wachsende Kraft der Volksmassen unseres Landes, die Friedenspolitik der Sowjetunion und die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse hat die KPD ihre ganze Kraft eingesetzt und im Kampfe für den Frieden, für die Freiheit unseres Volkes, für den Sturz Hitlers kein Opfer gescheut.

Leider hatten die Bemühungen, mit den emigrierten Führern der SPD eine Einigung über die einheitliche Mobilisierung der Volksmassen zu ermöglichen, nur geringen Erfolg ...

Die KPD fordert alle Antifaschisten in Deutschland und in der Emigration auf, jetzt erst recht zäh und beharrlich im Sinne der Einigung der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Opposition zu wirken, die Feinde der Einheit und die Trotzkisten rücksichtslos zu bekämpfen und alle Kräfte für den Sturz Hitlers zu mobilisieren. Die verbrecherische Haltung einiger ehemaliger Führer der SPD hat die Kriegsvorbereitungen Hitlers erleichtert und den Zusammenschluß der Opposition in der Emigration verhindert. Es gibt deshalb heute keine gemeinsame Plattform der Opposition zum Sturze Hitlers. Die KPD ist die einzige Kraft in Deutschland, die – mit den Massen verbunden – ihre Absichten eindeutig verkündete, die ohne Schwankungen den Weg zur Volksrevolution beschritten hat.

Mehr denn je fühlen wir uns innig verbunden mit allen sozialdemokratischen Funktionären und Arbeitern in Deutschland, welche die Abwartepolitik überwunden haben, die für die Einheit der Arbeiterbewegung eintreten und für die Vernichtung der imperialistischen Kriegstreiber kämpfen.

Wir sind überzeugt, daß die kommende revolutionäre Demokratie in Deutschland keine Wiederholung von Weimar sein wird und keine Demokratie des englischen Imperialismus ...

Wir sind überzeugt, daß aus der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten an der Front wie im Hinterlande, aus der Kameradschaft der Soldaten und Arbeiter untereinander, aus der opferreichen

Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung der Volksrevolution, daß also aus dem einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse die revolutionäre Einheitspartei hervorwachsen wird, die in der Lage ist, das ganze deutsche Volk zu führen.

Die Welt (Stockholm), 1939, Nr. 1, S. 16/17.

60

Aus den „Grundsätzen der inneren Staatssicherung während des Krieges" vom 3. September 1939

1. Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfwillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt.

2. Dagegen sind mit psychologischem Verständnis und mit erzieherisch bestärkendem Bemühen diejenigen Volksgenossen zu behandeln, die aus äußerer oder innerer Not oder in Augenblicken der Schwäche sich Entgleisungen irgendwelcher Art zuschulden kommen lassen.

3. Besonderes Augenmerk ist auf alle Versuche zu richten, in der Öffentlichkeit – Gastwirtschaften, öffentlichen Verkehrsmitteln usw. – andere Personen in volks- und reichsfeindlichem Sinne zu beeinflussen. Ebenso ist gegen jeden Versuch der Bildung von Zusammenschlüssen und Kreisen zur Verbreitung derartiger Auffassungen und Nachrichten in der schärfsten Weise einzuschreiten. Wenn die Voraussetzungen der Öffentlichkeit oder der Zirkelbildung vorliegen, sind die verdächtigen Personen in jedem Falle festzunehmen.

4. Nach der Festnahme einer verdächtigen Person sind unverzüglich alle zur möglichst vollständigen Klärung des Falles erforderlichen Ermittlungen durchzuführen. Hierbei ist an Hand der bei den Staatspolizei(leit)-stellen und bei den SD-Unterabschnitten vorhandenen Unterlagen und durch Vernehmung geeigneter Gewährspersonen – auch durch Befragen der örtlichen Parteidienststellen – möglichst gründlich festzustellen, aus welcher allgemeinen Einstellung und aus welchen besonderen Beweggründen die betreffenden Personen gehandelt haben. Alsdann ist unverzüglich dem Chef der Sicherheitspolizei Bericht zu erstatten und um Entscheidung über die weitere Behandlung der festgenommenen Personen zu bitten, da gegebenenfalls auf höhere Weisung brutale Liquidierung solcher Elemente erfolgen wird.

Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Opolu,
I – 27/15, Bl. 507.

Die Sicherung der Grenzen unseres Vaterlandes erfordert höchste Opfer von jedem deutschen Volksgenossen. Der Soldat schützt mit der Waffe unter Einsatz seines Lebens die Heimat. Angesichts der Größe dieses Einsatzes ist es selbstverständliche Pflicht jedes Volksgenossen in der Heimat, alle seine Kräfte und Mittel Volk und Reich zur Verfügung zu stellen und dadurch die Fortführung eines geregelten Wirtschaftslebens zu gewährleisten. Dazu gehört vor allem auch, daß jeder Volksgenosse sich die notwendigen Einschränkungen in der Lebensführung und Lebenshaltung auferlegt.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet daher mit Gesetzeskraft:

Abschnitt I
Kriegsschädliches Verhalten
§ 1

(1) Wer Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseite schafft oder zurückhält und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden.

(2) Wer Geldzeichen ohne gerechtfertigten Grund zurückhält, wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

Abschnitt III
Kriegslöhne
§ 18

(1) Die Reichstreuhänder und Sondertreuhänder der Arbeit passen nach näherer Weisung des Reichsarbeitsministers die Arbeitsverdienste sofort den durch den Krieg bedingten Verhältnissen an und setzen durch Tarifordnung Löhne, Gehälter und sonstige Arbeitsbedingungen mit bindender Wirkung nach oben fest.

(2) Werden Betriebe oder Verwaltungen neu errichtet oder umgestellt, oder üben Arbeiter und Angestellte nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eine andere Tätigkeit aus als zuvor, so gelten die Lohn- und Gehaltssätze, die für gleichartige Betriebe oder Verwaltungen Geltung haben oder die für die neue Tätigkeit maßgebend sind. Bestehen Zweifel darüber, welche Lohn- und Gehaltssätze in Frage kommen, so trifft der Reichstreuhänder oder Sondertreuhänder der Arbeit hierüber Bestimmungen.

(3) Zuschläge für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind nicht mehr zu zahlen.

(4) Die Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend für die Entgelte und sonstigen Arbeitsbedingungen der Heimarbeit.

§ 19

Vorschriften und Vereinbarungen über den Urlaub treten vorläufig außer Kraft. Die näheren Bestimmungen über das Wiederinkrafttreten erläßt der Reichsarbeitsminister.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1939, Teil I, Nr. 163, S. 1609, 1611.

62

Aus den „Grundsätzen der inneren Staatssicherheit während des Krieges" vom 20. September 1939

1. Wie in den Grundsätzen vom 3. 9. 1939 zum Ausdruck gebracht wurde, muß jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, von vornherein mit rücksichtsloser Härte und Strenge unterdrückt werden. –

2. Andererseits sind jene Fälle mit psychologischem Verständnis und erzieherisch bestärkendem Bemühen zu behandeln, die auf innere oder äußere Not oder auf Augenblicksschwächen zurückzuführen sind.

3. Die Grenzziehung zwischen Ziffer 1 und 2 muß ich den Stapoleit- und Stapostellen überlassen.

4. Bei den Fällen zu Ziffer 1 ist zu unterscheiden zwischen solchen, die auf dem üblichen Wege erledigt werden können, und solchen, welche einer Sonderbehandlung zugeführt werden müssen. Im letzteren Falle handelt es sich um solche Sachverhalte, die hinsichtlich ihrer Verwerflichkeit, ihrer Gefährlichkeit oder ihrer propagandistischen Auswirkung geeignet sind, ohne Ansehung der Personen durch rücksichtslosestes Vorgehen (nämlich durch Exekution) ausgemerzt zu werden. Solche Fälle sind z. B. Sabotageversuche, Aufwiegelung oder Zersetzung von Heeresangehörigen (sic!) oder eines größeren Personenkreises, Hamsterei in großen Mengen, aktive kommunistische oder marxistische Betätigung usw. –

Diese Fälle sind nur als Beispiel zu werten und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch hier muß es den Stapoleit- und Stapostellen überlassen bleiben, mit psychologischem und politischem Fingerspitzengefühl vorzuentscheiden, ob sich dieser oder jener Fall zu einer Sonderbehandlung eignet. Glaubt die Stapoleit- und Stapostelle in einem Fall, daß sich dieser zur Sonderbehandlung eignet, ist sofort Schutzhaft zu ver-

hängen und schnellstens (Blitz-FS) anher zu berichten. Hierbei müssen nun meine vorerwähnten Richtlinien beachtet werden, so daß sich Rückfragen nach Möglichkeit erübrigen. Weitere Weisung bleibt sodann abzuwarten. Zweifelfälle sind anher zu berichten.

5. Jene Fälle, welche sich auf Grund des Sachverhalts zu einer Sonderbehandlung nicht eignen, sind, wie bisher, in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten, d.h., es ist ggf. mit Schutzhaft, mit Erstattung einer Strafanzeige, mit Verwarnung usw. vorzugehen. Die Berichterstattung über solche Fälle anher regelt sich in der bisher üblichen Weise. –

6. Die Berichterstattung über jene Fälle, welche sich für eine Sonderbehandlung eignen, muß verantwortungsbewußt und gründlichst erfolgen, damit jede Fehlentscheidung ausgeschlossen ist.

7. Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Kreis- und Ortspolizeibehörden besonders schwere Fälle sofort an die zuständige Stapoleit- und Stapostelle melden, so daß durch entsprechende Anordnung die Überstellung der festgenommenen Personen an den Ermittlungsrichter bis zum Eintreffen der Endentscheidung vermieden wird. – Dieser Erlaß eignet sich nicht zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1964, S. 108/109.

63

Aus dem Aufruf von Gewerkschaftern, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern des Siemens-Konzerns an die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben und an die Bevölkerung Berlins vom Herbst 1939

Dieser Krieg ist weder ein gerechter und nationaler Krieg noch ein Krieg für die Freiheit.

Es ist kein gerechter Krieg, weil er nicht für die Ehre und Freiheit unseres Volkes geführt wird, sondern für die Unterdrückung anderer Völker, für die Annexion anderer Länder. Hitler führt ihn, um neue Rohstoffquellen und neue Absatzmärkte für die Großindustrie zu erobern. Er führt ihn mit dem Ziel, die Arbeiter anderer Länder derselben Ausbeutung durch das deutsche Großkapital zu unterwerfen, unter der ihr selber schon leidet. Ein derartiger Krieg ist gegen das Volk, es ist ein imperialistischer Krieg . . .

Der Hitlerkrieg ist auch ein antinationaler Krieg. Er bringt die deutsche Nation und die Einheit Deutschlands in Gefahr. Der Versuch, anderen Völkern ein Nazi-Versailles aufzuzwingen, bedroht Deutschland mit einem noch schlimmeren Versailles. Darum ist die Beseitigung Hitlers zu

einer nationalen Aufgabe geworden, zu einem Kampf um die Erhaltung Deutschlands ...

Eine neue Situation ist durch den Krieg geschaffen worden. Zieht selbst Eure Folgerungen. Wir kämpfen für den Frieden. Und es kann keinen Frieden geben, solange Hitler an der Macht ist und solange die Macht der wahren Herren Deutschlands, der Krupp, Thyssen, Siemens, Klöckner, nicht vollkommen gebrochen ist. Diesmal wollen wir das Übel an der Wurzel ausreißen und ein neues Deutschland bauen, in dem der Ausbeutung und der Profitsucht, die zu immer neuen Kriegen führen, ein Ende gesetzt ist.

Wir kämpfen für den Frieden! Wir kämpfen für die Freiheit! Wir kämpfen für einen wahren und dauerhaften Frieden, der nur zustande kommen kann, wenn Schluß gemacht wird mit der Herrschaft Hitlers und der Rüstungsindustrie und wenn diese ersetzt wird durch eine wirkliche Volksregierung der wahren Vertreter der Arbeiter, Bauern und Handwerker. Für eine Regierung ohne die Thyssen und ihre Helfershelfer.

Kämpft für Euer Brot, für Eure Butter und für angemessene Löhne! Büroangestellte, kämpft für ein ausreichendes Gehalt! Bauern und Handwerker, kämpft für Eure gerechten Forderungen! Aber all dies werdet Ihr nur erreichen, wenn der Nazismus ersetzt wird durch ein demokratisches, fortschrittliches System.

Die deutschen Arbeiter sind ihren alten Idealen und Zielen treu geblieben. Niemand kann sie abhalten vom Kampf um die Erreichung ihrer Ziele für ein neues, fortschrittliches und freies Deutschland. Keine Macht der Welt kann den Fortschritt aufhalten.

Und so ist dieser Kampf für Frieden, Freiheit und Brot ein gerechter Krieg des Volkes, ein Antinazikampf.

Arbeitendes deutsches Volk, nutze die Krise aus, die dieses System mit sich bringen muß. Ihr müßt das Schicksal des Landes in Eure Hände nehmen. Ihr seid nicht allein. Ihr kämpft für das ganze Volk, Ihr kämpft für Deutschland.

Lang lebe das Bündnis des deutschen Volkes mit den von Hitler unterdrückten Österreichern, Tschechen, Slowaken und Polen! Für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Lang lebe die Freundschaft mit allen friedlichen und fortschrittlichen Kräften der Welt!

Dieser Kampf kann nur mit einer geeinten Arbeiterklasse geführt werden. Nehmt Euch ein Beispiel an unseren Fabrikgruppen, in denen Gewerkschaftler, Sozialdemokraten und Kommunisten geeint sind. Nichts kann unsere Einheit zerbrechen, nichts kann uns verwirren. Wir wissen Wahres von Falschem zu unterscheiden.

Wendet Euch an die Bauern auf dem Lande, an den Mittelstand in den Städten. Wir wollen weiterkämpfen gegen Antreiberei, Überstunden und

Lohnkürzungen, so wie wir es in den letzten sechs Jahren zu tun gelernt haben. Bereitet die Einigkeit und Widerstandskraft für den entscheidenden Kampf vor!

Helft den Kleinbauern und Handwerkern in ihrem Kampf um ihre Sicherheit und für den Sturz Hitlers.

Deutsche Soldaten, bereitet Euch vor auf die Zeit, wo Ihr Eure Waffen umkehren müßt. Der Feind steht in unserem eigenen Lande. Stürzt die am Kriege Schuldigen, das ist das einzige Ziel, das Opfer wert ist.

Deutsche Frauen! Von Euch hängt alles ab. Noch erinnert Ihr Euch an die Schrecken des letzten, vier Jahre dauernden Krieges. Handelt wieder so wie zu Ende des Weltkrieges, dann wird dieser Krieg nicht vier Jahre dauern. Laßt Euch nicht ausbeuten. Leistet Widerstand bis zum äußersten gegen diesen Krieg und die für ihn Verantwortlichen.

Das andere Deutschland (Buenos Aires), 1940, Nr. 21, S. 16–18.

64

Aus dem Brief der Parteiführung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande vom 21. Oktober 1939

Unter diesen Bedingungen muß die Partei ihre Kraft darauf konzentrieren, die Aktionseinheit der Arbeiter herzustellen, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter, christliche, parteilose und nationalsozialistische Arbeiter für den gemeinsamen Kampf mit der KPD und für die sozialistische Sowjetunion zu gewinnen und die reaktionären früheren führenden Kräfte der SPD und der früheren bürgerlichen Parteien, die auf den englischen Imperialismus spekulieren, zu isolieren, sie als Verräter zu bekämpfen.

Um siegen zu können, muß sich die Arbeiterklasse mit der ihr am nächsten stehenden Kraft, die unter der Diktatur des Finanzkapitals leidet, mit der werktätigen Bauernschaft, verbinden. Ohne die Heranziehung der Kleinbauern und noch breiterer Kreise der werktätigen Bauern an die Seite der Arbeiterklasse, ist der siegreiche Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus nicht möglich ...

Die Erfüllung der historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist abhängig von der politisch-organisatorischen Stärkung der KPD. Manche Genossen beschränken sich auf die individuelle mündliche Propaganda und haben noch nicht erkannt, daß die großen Aufgaben, die unter den Bedingungen des Krieges vor der Partei stehen, nur durch eine starke illegale Parteiorganisation erfüllt werden können. Die Zuspitzung der Ereignisse, die Linksentwicklung vieler Arbeiter, die größeren Sympathien in den werktätigen Massen für den Kampf um den Sozialismus schaffen günstigere Bedingungen für die Stärkung der Parteiorganisation.

Vor allem ist es notwendig, die Parteikader, die oft nur lose und zeitweise miteinander in Verbindung stehen, zu festen Parteizellen zusammenzuschließen und die kampferprobten Genossen als Leitungen zu bestimmen. Die opportunistische Auffassung, der Terror verhindere die Schaffung fester Parteiorganisationen, kommt dem Verzicht auf den revolutionären Kampf gleich. Genossen, die bei solchen Ereignissen wie bei Kriegsausbruch oder bei Bekanntwerden des sowjetisch-deutschen Paktes hartnäckig einen falschen Standpunkt vertraten, müssen von den leitenden Funktionen entfernt und durch kampfesmutige, politisch richtig orientierte Genossen ersetzt werden. Angesichts der Bemühungen der Trotzkisten und der Agenten des Imperialismus, die unter den verschiedensten Verkleidungen versuchen, in unsere Organisationen einzudringen, ist verstärkte Wachsamkeit notwendig.

Die Parteileitungen und -zellen müssen unmittelbar selbständig auf alle Ereignisse reagieren, die Hauptargumente des Faschismus sofort beantworten und die Organisierung des revolutionären Kampfes in den Betrieben und Massenorganisationen leiten. Es ist notwendig, Arbeiter, die sich im Kampfe bewährt haben, für die Partei zu gewinnen und dadurch die Parteizellen zu stärken und die Zahl der Parteigruppen zu vermehren. Von größter Bedeutung für die Führung des Massenkampfes ist die Herausgabe illegaler vervielfältigter Flugblätter und Zeitungen durch die Parteileitungen im Lande. Diese illegalen Zeitungen sind gleichzeitig ein organisatorisches Mittel, einen Kreis von Sympathisierenden um die Partei zu bilden.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/451, Bl. 151–153.

65

Aus dem Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von Anfang November 1939

Der Krieg tobt im Herzen Europas. Die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs und Deutschlands führen Krieg um die Herrschaft über die Welt. Dieser Krieg ist die Fortsetzung des vieljährigen imperialistischen Streites im Lager des Kapitalismus. Drei der reichsten Staaten – England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika – herrschen über die wichtigsten Weltstraßen und Absatzmärkte. Sie haben die entscheidenden Rohstoffquellen an sich gerissen. In ihren Händen befinden sich riesige wirtschaftliche Ressourcen. Sie haben sich mehr als die Hälfte der Menschheit unterworfen. Die Ausbeutung der Werktätigen, die Ausbeutung der unterdrückten Kolonialvölker verhüllen sie mit dem Trugbild einer fal-

schen Demokratie, um die Massen um so leichter zu betrügen. Gegen ihre Weltherrschaft, für die eigene Vorherrschaft kämpfen andere kapitalistische Staaten, die die Arena der kolonialen Expansion später betreten haben. Sie wollen die Rohstoff- und Lebensmittelquellen, die Goldvorräte und die Menschenmassen der Kolonien zu ihren Gunsten neu aufteilen. Das ist der wahre Sinn dieses Krieges, der ein ungerechter, reaktionärer und imperialistischer Krieg ist. An diesem Kriege tragen alle kapitalistischen Regierungen und die herrschenden Klassen der kriegführenden Staaten in erster Linie Schuld.

Diesen Krieg kann die Arbeiterklasse nicht unterstützen. Gegen einen derartigen Krieg haben die Kommunisten stets gekämpft. Sie haben die Werktätigen wiederholt gewarnt, daß die herrschenden Klassen für Hunderte Millionen Menschen ein vernichtendes, blutiges Gemetzel vorbereiten. Die Bourgeoisie hat Jahre hindurch zu diesem Krieg gerüstet.

Kommunistische Internationale (Stockholm), November 1939, S. 1105/1106.

66
Aus der Politischen Plattform der KPD vom 30. Dezember 1939

Ausgehend von dieser taktischen Orientierung steht vor der Partei in der gegenwärtigen Situation als Hauptaufgabe: die Organisierung des Kampfes für die Beendigung des Krieges, die Befestigung und Vertiefung der Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion, die Verhinderung des Kriegsplanes der englischen und französischen Imperialisten, die Stärkung der politischen und organisatorischen Kraft der werktätigen Massen innerhalb Deutschlands. Aus dieser Hauptaufgabe ergeben sich die folgenden weiteren Aufgaben:

1. Gründliche Aufklärung der werktätigen Massen

a) Über den imperialistischen Charakter des europäischen Krieges, besonders über die aggressive Rolle des englischen und französischen Imperialismus und seines Kriegsplanes. Umfassende Entlarvung der Feinde des sowjetisch-deutschen Freundschaftspaktes im eigenen Land. Wer gegen den Freundschaftspakt intrigiert oder Verleumdungen gegen die Sowjetunion verbreitet, muß als Feind des deutschen Volkes und als Helfershelfer der englischen und französischen Imperialisten gebrandmarkt werden. Dazu die Forderung auf Konfiszierung des Vermögens dieser Volksfeinde und ihrer Entfernung aus der Armee und dem Staatsapparat.

b) Über die Bedeutung des sowjetisch-deutschen Freundschaftspaktes und über die durch ihn im Zusammenhang mit dem Kriege herbeigeführ-

ten tiefgehenden Veränderungen der internationalen Lage und der Klassenkräfte in Deutschland.

c) Über die sich daraus ergebenden neuen Bedingungen und Aufgaben des Kampfes der werktätigen Massen Deutschlands.

2. Gründliche Aufklärung der werktätigen Massen über die Sowjetunion, über ihre konsequente Friedenspolitik, über die Verwirklichung des Sozialismus, über die Stalinsche Verfassung der sozialistischen Demokratie, über die nationale Freiheit und das Zusammenleben der Völker im Lande des Sozialismus, über die wirtschaftliche und militärische Stärke der Sowjetunion und den Charakter der Roten Arbeiter- und Bauernarmee. Es ist den werktätigen Massen die völlige Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik nachzuweisen, um dadurch den Massen die gewaltige Bedeutung des Freundschaftspaktes zu erklären und die Freundschaft der Massen zur Sowjetunion zu festigen und zu vertiefen.

3. Die Organisierung des Kampfes gegen die politische Entrechtung der werktätigen Massen und des Kampfes für ihre politischen Rechte.

Dem werktätigen Volke, dem im Kriege die schwersten Opfer und Entbehrungen auferlegt sind, werden von dem herrschenden Regime alle Rechte vorenthalten, über die Lebensfragen des Volkes seine Meinung zu sagen und in Versammlungen oder in der Presse seine berechtigten Forderungen zu vertreten. Wer aber dem werktätigen Volke seine Rechte vorenthält, untergräbt damit die nationale Existenz des deutschen Volkes ...

Deshalb muß besonders jetzt im Kriege der Kampf um die politischen Rechte des werktätigen Volkes geführt werden, für das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, für die Selbstverwaltung der Gemeinden durch die von den Massen gewählten Personen ihres Vertrauens, für die Wahl der Vertrauensräte in den Betrieben und der Funktionäre in den Massenorganisationen, für die Rechte der Arbeiter, Bauern, Handwerker, werktätigen Intelligenz und Soldaten.

Es darf nicht länger sein, daß Männer wie Ernst Thälmann und tausend andere, die stets für die Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und den Sowjetvölkern, gegen den Imperialismus und das Versailler Diktat gekämpft haben, noch immer eingekerkert sind. Es muß der Kampf für ihre Freilassung mit größter Entschiedenheit geführt werden.

4. Die Organisierung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und für das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Volkes.

Eng verbunden mit dem Kampfe der werktätigen Massen für ihre politischen Rechte in Deutschland muß der Kampf gegen die nationale Unterdrückung des österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen

Volkes durch den deutschen Imperialismus und der Kampf für ihr volles Selbstbestimmungsrecht geführt werden. Die Germanisierungs- und Ausplünderungsmaßnahmen in den annektierten Ländern und die Propaganda des großdeutschen Chauvinismus sind nur Wasser auf die Mühlen der kriegerischen Aggression des englischen und französischen Imperialismus, erzeugen nur bittere Feindschaft in diesen Völkern gegen das deutsche Volk und hindern den gemeinsamen Kampf der deutschen, österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Kapitalismus. Unmittelbar ist der Kampf zu führen für die Zurückziehung der Gestapo und der SS, für die Freilassung der Gefangenen, Liquidierung der Konzentrationslager und für die volle Selbstverwaltung des Volkes und Entfaltung seiner nationalen Kultur.

5. Die Organisierung des Kampfes gegen die großkapitalistische Ausbeutung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Massen.

Die großkapitalistischen Kräfte wälzen die ganze Last des Krieges auf die Schultern der werktätigen Massen. Die nationalsozialistische Behauptung, daß in Deutschland fortschrittliche soziale Verhältnisse beständen, daß eine gleichmäßige Verteilung der Lasten erfolge, daß keine Kriegsgewinne zugelassen würden, daß es einen deutschen Sozialismus gäbe, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist notwendig, den Massen den Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Behauptungen und den Tatsachen zum Bewußtsein zu bringen, den Schwindel über die angebliche „Volksgemeinschaft" zu enthüllen und den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen und um die Erhaltung der Volksgesundheit zu führen.

a) Gestützt auf die zähe Arbeit in den Massenorganisationen ist auf Grund der Verteuerung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ein entschlossener Kampf der Arbeiter zu führen für Lohnerhöhungen, für Weiterzahlung der Lohnzuschläge und Einhaltung der Urlaubsbestimmungen, für Verkürzung der Arbeitszeit, für den Gesundheitsschutz der Frauen und Jugendlichen, für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen, für ausreichende Versorgung der Betriebsarbeiter, Angestellten und selbständigen Werktätigen; gegen die ungerechte Verteilung der Waren, wie sie in der bevorzugten Belieferung der besitzenden Kreise zum Ausdruck kommt. Kampf für die Freizügigkeit der Landarbeiter und die Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen.

b) Tatkräftige Unterstützung der Forderungen der Klein- und Mittelbauern im Reichsnährstand auf Streichung der Pacht- und Zinsrückstände und Aussetzung dieser Zahlungen für die Dauer des Krieges, auf Herabsetzung der Steuern, auf das Mitbestimmungsrecht der Bauern in den

Organisationen des Reichsnährstandes und den ihnen unterstellten Genossenschaften usw., auf Aufhebung aller Gesetzesverordnungen, durch die die Bauernwirtschaft zugrunde gerichtet und durch die die armen und mittleren Bauern minderen Rechtes gegenüber den Großgrundbesitzern gemacht, die nachgeborenen Kinder der Erbhofbauern völlig enterbt und entrechtet werden, gegen die Bevorzugung der Großagrarier bei der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln.

Ferner muß der Kampf geführt werden für die Zuteilung von Boden an die Kleinbauern auf Kosten des Großgrundbesitzes, für die Gewährung ausreichender zinsloser Kredite und anderer staatlicher Unterstützungen zur Technisierung der Bauernwirtschaft.

c) Tatkräftige Unterstützung der Forderungen der Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler auf Schutz ihres Eigentums und ihrer Betriebe, für eine gerechte Auftragsverteilung und Rohstoffversorgung, auf Streichung rückständiger Kapitalzinsen und Steuern, auf Senkung der Steuern und Erleichterung der Mietszahlungen.

d) Kampf gegen die vielen, die werktätigen Massen besonders belastenden Steuern, Sammlungen und Abgaben (Winterhilfe etc.) und Verwandlung dieser Steuern, Sammlungen und Abgaben in Sonderabgaben und eine progressive Besteuerung und Sonderabgaben der besitzenden Kreise. Die Kriegsgewinne und jede anderweitige Bereicherung der kapitalistischen Kreise im Kriege sind durch progressive Vermögensabgaben bis zur völligen Konfiskation des Vermögens der Volksausplünderung zu kassieren.

6. Die entscheidende Kraft in allen diesen Kämpfen ist die Arbeiterklasse, deren politische und organisatorische Kraft auf das höchste gesteigert werden muß. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe die Schaffung der Aktionseinheit durch die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und der nationalsozialistischen Werktätigen für den gemeinsamen Kampf...

7. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei in allen diesen Kämpfen ist eine unbedingte Notwendigkeit, die sich die Partei durch ihre Massenarbeit verschaffen muß. Je tiefer sich die Partei in den Massen verankert, je aktiver sie den Kampf für die Interessen der werktätigen Massen führt, um so stärker wird sie von den Massen selbst unterstützt und gegen Terrormaßnahmen geschützt werden, desto eher wird die Partei zu halblegaler Tätigkeit übergehen können und sich schließlich die volle Legalität erkämpfen. Diese Perspektive erfordert von der Partei die aufmerksame Beachtung jeder wichtigen Veränderung in der Lage, damit die Kader rechtzeitig und richtig auf sie reagieren.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N9–A.

67

Aus dem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes von Ende Januar 1940

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich bei Kriegsbeginn an das deutsche Volk gewendet mit der Erklärung, daß die Niederlage Hitlers und die endgültige Überwindung des neuen Militarismus die Voraussetzung für den Frieden und die Neuorganisation Europas sind ...

Der Ausrottungsfeldzug gegen die beiden Völker ist eines der größten Verbrechen, die die Weltgeschichte jemals gesehen hat. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gegen dieses Verbrechen wiederholt seine Stimme erhoben. Er hat erklärt, daß die Wiedergutmachung des den beiden Völkern zugefügten Unrechtes ein Teil seiner eigenen Ziele im Kampfe um die Freiheit ist. Das Verbrechen Hitlers bedroht das deutsche Volk selbst mit ungeheurer Gefahr. Die Grenzen, die Hitler zieht, sind nicht endgültig. Die Eroberungen, die er gemacht hat, werden vergehen. Dieser Krieg kann nicht zu Ende gehen, ehe nicht Hitler geschlagen und sein System gestürzt ist.

Wenn das deutsche Volk nicht selbst Hand anlegt zum Sturz Hitlers, wenn es sich nicht von seinen Verbrechen abwendet, werden die Opfer der Hitlerpolitik dem deutschen Volke die Mitschuld zuschreiben.

Wenn das deutsche Volk, ohne eigene Mithilfe durch fremde Bajonette befreit, den Siegern die Hände zur Versöhnung entgegenstrecken wird, so könnte ihm der Ruf entgegenschallen: Ihr seid mitschuldig!

Dann besteht die Gefahr, daß der Schrei nach Vergeltung, das Gefühl des tiefsten Hasses gegen die Bedrücker und die Mörder der vergewaltigten Völker stärker sein wird als alle Kräfte der Versöhnung.

Deshalb sagen wir dem deutschen Volke:

Macht euch an dem ungeheuren Verbrechen nicht mitschuldig durch Schweigen oder Duldung oder gar Billigung!

Laßt nicht den Eindruck entstehen, daß alle Kräfte des Rechts und der Moral im deutschen Volke ertötet wären! Empört euch gegen diese Verbrechen, bedenkt, daß es edler ist, im Kampf um Recht und Freiheit Opfer zu bringen, als sein Leben einzusetzen für Verbrecher.

Zeigt dem polnischen und dem tschechoslowakischen Volke, daß ihr euch nicht als ihre Feinde fühlt, sondern als ihre Verbündeten im Kampfe um die Freiheit Polens, der Tschechoslowakei und Deutschlands.

In der Hand des deutschen Volkes liegt es, daß der Weg zum wahren Frieden, zur Versöhnung der befreiten Völker nicht versperrt wird durch die Verbrechen Hitlers.

Neuer Vorwärts (Paris), 4. Februar 1940.

68

Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 12. Mai 1940

Wir deutschen Kommunisten führen den Kampf um die baldige Beendigung dieses imperialistischen Raubkrieges, der den Völkern, und vor allem dem deutschen Volke, nur schreckliche Blutopfer, die Qualen des Hungers und unerhörte Leiden auferlegt. Jeder Tag der Fortsetzung dieses Völkermordens bringt nur Not und Elend über das arbeitende Volk und führt zur Zerstörung der Wirtschaft und zur unerhörten Versklavung durch die finanzkapitalistischen Hyänen auf beiden Seiten. Schon jetzt ist klar, daß statt der für die Zukunft versprochenen Verbesserung der Lage der Werktätigen die herrschende Klasse dem arbeitenden Volke die ganze Last des Krieges, des wirtschaftlichen Ruins und der Verwüstung aufbürdet.

Die deutschen Kommunisten sprechen ihre volle Sympathie aus für die Opfer der Vergewaltigung und des imperialistischen Krieges in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg, für das unterdrückte tschechische, polnische und österreichische Volk. Die deutschen Kommunisten fühlen sich solidarisch und kampfverbunden mit der Arbeiterklasse dieser Länder. Sie beschwören die deutschen Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, sich nicht mißbrauchen zu lassen für die Vergewaltigung, Terrorisierung und Ausplünderung ihrer werktätigen Brüder in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten. Die deutschen Proletarier fühlen sich mit den Arbeitern und Bauern Frankreichs verbunden, die jetzt am schwersten von den Greueln des Krieges betroffen werden ...

Schärfer denn je stehen in diesem imperialistischen Kriege die Interessen und Ziele der deutschen Arbeiterklasse denen der deutschen Großkapitalisten gegenüber. Die Arbeiter und Bauern sehen, wie sich die Kapitalisten am Kriege bereichern und Millionen-Profite machen, während den breiten Massen des Volkes unerträgliche Lasten aufgebürdet werden, ein Meer von Blut fließt und Berge von Leichen der Söhne des deutschen Volkes sich auf den Schlachtfeldern immer höher türmen. Um die werktätigen Massen in den Dienst ihrer imperialistischen Raubinteressen zu stellen, behaupten die Machthaber in Deutschland demagogisch, daß Deutschland siegen müsse, damit der sogenannte „deutsche Sozialismus" voll verwirklicht werden könne. Die deutschen Werktätigen erinnern sich, was aus ähnlichen Versprechungen im ersten Weltkriege geworden ist und haben am eigenen Leibe bereits verspürt, was dieser „deutsche Sozialismus" der deutschen Monopolkapitalisten ist ...

Einem Regime, das Tausende und aber Tausende der besten Kämpfer für Frieden, Freiheit und Brot, darunter Ernst Thälmann, den Führer unserer Partei, in Zuchthäusern gefangen hält, können die Arbeiter kein

Wort glauben. Selbst diese barbarische Unterdrückung wird das Volk nicht hindern, seiner Abscheu gegen den imperialistischen Krieg, seinem Willen zum Frieden Ausdruck zu geben. Aber die rasche Erringung des Friedens erfordert den unerschrockenen Kampf für die Beseitigung der Rechtlosigkeit des werktätigen Volkes. Wenn das werktätige Volk selbst über sein Schicksal entscheiden kann, dann wird es bald zum Frieden kommen. Dazu ist notwendig die Sammlung der Kraft der Arbeiterklasse, die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Massen zu einer mächtigen Volksbewegung.

Die deutsche Arbeiterklasse und die Arbeiter aller Länder haben das gemeinsame Interesse, dem Völkermorden so rasch als möglich ein Ende zu bereiten und mit den Kriegsschuldigen abzurechnen. Die deutschen Kommunisten heben hoch das Banner des proletarischen Internationalismus gegen den imperialistischen Krieg. Sie kämpfen für einen Frieden ohne Vergewaltigung anderer Völker, ohne Ausplünderung anderer Länder, ohne Kontributionen, für einen Frieden zwischen den Völkern auf der Grundlage ihrer gegenseitigen freien Verständigung.

Die deutschen Kommunisten erklären, daß die Völker aus diesem schrecklichen Krieg herauskommen können und ein solcher Frieden erreicht werden kann durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse aller Länder und durch die Solidarität mit dem großen Lande des Sozialismus.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 5–7.

69

Schreiben Georg von Schnitzlers an die Mitglieder des Kaufmännischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG vom 24. Juni 1940

An die Herren Mitglieder des Kaufmännischen Ausschusses.

Herrn Direktor Dr. ter Meer,	Frankfurt a. M. 20
Herrn Direktor Dr. von Knieriem,	Ludwigshafen a. Rh.
Herrn Ministerialrat a. D. Dr. Buhl,	Frankfurt a. M. 20
Herrn Direktor Dr. Anderhub,	Wiesbaden-Biebrich
Herrn Direktor Bachmann,	Knapsack b/Köln.

Sehr geehrte Herren!

Vom Büro des Kaufmännischen Ausschusses erging am 21. d. M. Einladung zur nächsten Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses für den

28./29. Juni d. J. in Frankfurt a. M. Abschrift der Einladung lege ich für diejenigen Herren bei, die, obgleich Nichtmitglieder des Kaufmännischen Ausschusses, hiermit freundlichst gebeten werden, am 28. Juni d. J. gleichfalls anwesend zu sein. Den Hauptgegenstand unserer Besprechung, der in der Tagesordnung unter Nr. 1 als „Wirtschaftspolitischer Bericht" bezeichnet ist, bildet die Erörterung des wirtschaftspolitischen Fragenkomplexes, der durch die rasche Entwicklung der kriegerischen Ereignisse im Westen aktuell geworden ist. Es liegt eine konkrete Anfrage der Reichsregierung vor, in kürzester Frist ein Programm auszuarbeiten, wie sich unsere Firma eine im künftigen Friedensvertrag zu verankernde Ordnung der gesamten europäischen Belange auf dem Chemie-Sektor vorstellt. Hierbei ist nicht nur an das Verhältnis zu den heute noch mit Deutschland im Kriege befindlichen, sondern auch an diejenigen Länder gedacht, die mit Deutschland verbündet oder die bis jetzt neutral sind. Die Fragestellung erstreckt sich also keineswegs allein auf die künftige Behandlung von England und Frankreich, sondern in gleichem Maße auch auf den Südostraum und Italien.

Dr. Janis Schmelzer: Dies war ein Staatsgeheimnis.
(Ein Blick in die Handakten des ehemaligen Direktors
der IG-Farben Agfa-Betriebe, Dr. Fritz Gajewski).
Hrsg.: VEB Filmfabrik Wolfen, Betriebsarchiv, o. O. u. J., S. 25.

70

Aus dem Protest des ZK der KPD gegen das Diktat von Compiègne von Anfang Juli 1940

Das am 22. Juni im Walde von Compiègne unterzeichnete Diktat stellt einen ungeheuerlichen Gewaltakt gegen das französische Volk dar. Dieses Diktat ist weder eine Wiedergutmachung der von den Siegern des Krieges 1914/18 in Versailles am deutschen Volke begangenen Vergewaltigung, noch trägt es zur Schaffung eines dauernden Friedens bei, wie das von der deutschen Presse und vom deutschen Rundfunk behauptet wird.

Der Plan der Schaffung eines „neuen Europas", von dem die deutsche Presse redet, läuft auf nichts anderes hinaus, als über ganz Europa die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zu errichten, den unterworfenen und abhängigen Völkern reaktionäre, volksfeindliche totalitäre Regierungen aufzuzwingen, die seine willfährigen Werkzeuge sind. Ein solches „neues Europa" wäre ein Europa mit entrechteten, versklavten Arbeitern und Bauern, ein Europa der Not, des Elends, des Hungers der werktätigen Massen. Ein wirklich neues, auf dem friedlichen Zusammenleben der Völker beruhendes Europa kann nur entstehen, wenn mit den alten

Methoden der Ausbeutung und Ausplünderung des eigenen Volkes und anderer Völker, der Verhetzung der Völker gegeneinander endlich Schluß gemacht wird ...

Die Niederwerfung und nationale Knechtung anderer Völker führt niemals zu dauerndem Frieden, sondern stets nur zu neuen, noch blutigeren Kriegen. Die imperialistische Eroberung und Unterdrückung entfacht den Haß der Völker gegen die Eroberer, unter deren Joch sie gerieten oder zu geraten befürchten. Das Diktat von Compiègne, das eine derartige Eroberungspolitik verwirklicht, richtet sich daher gegen das Interesse des deutschen Volkes, denn es erweckt in anderen Völkern Haß gegen Deutschland; es leitet Wasser auf die Mühlen des britischen Imperialismus, der seinerseits das Ziel verfolgt, das deutsche Volk zu unterwerfen.

Das werktätige Volk Deutschlands, das die Lasten und die Schmach von Versailles ausgekostet hat, hat kein Interesse daran und ist nicht gewillt, zuzulassen, daß dem französischen Volk ein neues Versailles aufgebürdet, daß Frankreich als national selbständiges Land vernichtet wird, daß die französischen Arbeiter und Bauern mit Hilfe der deutschen Waffen der doppelten Ausbeutung durch die eigenen und durch die deutschen Ausbeuter ausgeliefert werden. Die deutschen werktätigen Massen, die deutschen Arbeiter und Bauern, haben nichts Gemeinsames mit jenen raubgierigen Elementen Deutschlands, den alten und neuen Millionären und ihren Helfershelfern, die sich an der Ausplünderung des französischen Volkes und anderer Völker bereichern wollen.

Die deutschen Machthaber behaupten, ihr Krieg richte sich gegen die französische und englische Plutokratie. Aber sie, die in unserem Lande eine neue Plutokratie schufen, haben durch das Diktat von Compiègne in Frankreich die verworfensten und entartetsten plutokratischen Elemente ans Ruder gebracht. Sie ernannten Chiappe, den Henker der Volksfreiheit, diesen Helfershelfer und Büttel der Börsengauner, zu ihrem Platzhalter in Paris. Die Pétain, Weygand und Laval, die jetzt in Frankreich von Gnaden der Imperialisten Deutschlands regieren, sind dieselben, die 1923 als Spießgesellen Poincarés die Aufteilung und völlige Niederwerfung Deutschlands herbeiführen wollten. Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird nicht dulden, daß mit bewaffneten Kräften Deutschlands und im Auftrag der deutschen Ausbeuter diese verkommensten Elemente aus der französischen Plutokratie die französischen Arbeiter und Bauern zu Boden werfen und zertrampeln ...

Die deutschen Imperialisten setzen alle Register des Chauvinismus in Bewegung, um das deutsche Volk für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Sie behaupten, der weitere Krieg sei „notwendig im Lebensinteresse des deutschen Volkes". Tatsächlich aber dient die Fortsetzung des Krieges nur dem Profitinteresse und der Machtgier des deutschen

Großkapitals. Das wahre Interesse des deutschen Volkes erfordert die sofortige Einstellung des verbrecherischen Menschengemetzels ...

Die Arbeiterklasse Deutschlands verurteilt das brutale Diktat von Compiègne und wird es niemals anerkennen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist durchdrungen von dem Gefühl, daß dieses Diktat ein Schlag gegen das Lebensinteresse des deutschen Volkes ist. Sie nimmt in brüderlicher Verbundenheit mit dem französischen Proletariat den Kampf gegen dieses Diktat, gegen die infame Vergewaltigung des großen französischen Volkes auf.

Der Krieg mit allen seinen furchtbaren Folgen für das deutsche Volk geht weiter. Die Fortsetzung des Krieges zur Unterdrückung anderer Völker wollen nur die deutschen Großkapitalisten und ihre Lakaien, die sich am Kriege und an der Eroberung anderer Länder bereichern und deren Raub- und Machtgier unersättlich ist. Das deutsche Volk will Frieden, Verständigung mit den Völkern.

Die Arbeiterklasse Deutschlands tritt für die sofortige Beendigung des Krieges auf!

Schluß mit der Metzelei! Schluß mit den Blutopfern, mit den Greueln der Vernichtung, mit den furchtbaren Leiden von Millionen Werktätigen, die die Raubgier und die Machtgelüste der herrschenden Cliquen dem deutschen Volke auferlegen!

Mit ihrem Kampf für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, ohne Unterdrückung anderer Völker, vertritt die Kommunistische Partei Deutschlands das wahre Interesse und die Zukunft des deutschen Volkes!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 7–10.

71

Aus den Forderungen des Konzerns Carl Zeiss Jena zur „Neuordnung der europäischen Wirtschaft" vom 2. Oktober 1940

1. Frankreich.

Die Verwirklichung dieser Grundsätze in Frankreich erfordert

a) die Beschränkung der Herstellung von optischen Rüstungsgeräten – falls die Herstellung überhaupt gestattet werden soll – auf den zukünftigen Bedarf der eigenen Wehrmacht;

b) Verbot des Exports solcher Rüstungsgeräte;

c) Verbot des Exports von optischem Rohglas;

d) die Aufhebung von Zöllen, Einfuhrverboten, Kontingenten etc.

2. Belgien.

Unsere Information geht dahin, daß die beiden in Genf und Brüssel bestehenden optischen Firmen mit französischer Hilfe ins Leben gerufen worden sind und auch heute noch eine französische Beteiligung haben. Erwünscht wäre die Enteignung dieser französischen Beteiligung und nach Möglichkeit Stillegung der beiden Betriebe, welche unseres Wissens überwiegend, wenn nicht ausschließlich, Rüstungszwecken dienen und als solche wohl in Wegfall kommen dürften.

3. Holland.

Hier besteht nur eine Firma von Bedeutung, die Nedinsco in Venlo, welche der Firma Carl Zeiss nahesteht.

Die erst 1937/38 entstandenen beiden optischen Betriebe

Fräulein Dr. Bleeker in Utrecht und

Professor van Leer in Delft

sollten der Nedinsco angegliedert werden.

Diese Firma hat bisher Optik nicht hergestellt, ist aber im Begriffe, das zu tun und könnte dabei die genannten kleineren Firmen sehr gut in sich aufnehmen.

4. Protektorat Böhmen und Mähren.

Die beiden wesentlichsten Rüstungsfirmen unseres Gebietes

Optico-Techna, Prerau und

Srb & Styss, Prag,

sollten ausschließlich für deutsche Wehrmachtsaufträge beansprucht resp. reserviert bleiben.

5. In Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland haben wir keine nennenswerte Konkurrenz und deshalb auch keine Sonderwünsche.

6. Ungarn und Schweiz.

Frage: Ist hier eine staatliche Einflußnahme möglich?

Notizen für die Besprechung mit Ministerialrat Dr. Schlotterer
am 2. Oktober 1940 in Berlin.
Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss Jena, W 54.
Wolfgang Schumann: Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns.
In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin), 1963, H. 4, S. 718.

72
Aus Adolf Hitlers „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa" vom 18. Dezember 1940

Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres frei zu machen, daß mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, daß der gesamte von uns beherrschte Kampf- und Rüstungsraum gegen feindliche Luftangriffe hinreichend geschützt bleiben muß und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhr, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. 5. 41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird.

Die Vorbereitungen der Oberkommandos sind auf folgender Grundlage zu treffen:

I. Allgemeine Absicht:

Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.

In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga–Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.

Im Zuge dieser Operationen wird die russische Ostseeflotte schnell ihre Stützpunkte verlieren und damit nicht mehr kampffähig sein.

Wirksames Eingreifen der russischen Luftwaffe ist schon bei Beginn der Operation durch kraftvolle Schläge zu verhindern.

II. Voraussichtliche Verbündete und deren Aufgaben:

1. Auf den Flügeln unserer Operation ist mit der aktiven Teilnahme Rumäniens und Finnlands am Kriege gegen Sowjetrußland zu rechnen.

In welcher Form die Streitkräfte beider Länder bei ihrem Eingreifen

deutschem Befehl unterstellt werden, wird das Oberkommando der Wehrmacht zeitgerecht vereinbaren und festlegen.

2. Rumäniens Aufgabe wird es sein, zusammen mit der dort aufmarschierenden Kräftegruppe den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln und im übrigen Hilfsdienste im rückwärtigen Gebiet zu leisten.

3. Finnland wird den Aufmarsch der aus Norwegen kommenden abgesetzten deutschen Nordgruppe (Teile der Gruppe XXI) zu decken und mit ihr gemeinsam zu operieren haben. Daneben wird Finnland die Ausschaltung von Hangö zufallen.

4. Mit der Möglichkeit, daß schwedische Bahnen und Straßen für den Aufmarsch der deutschen Nordgruppe spätestens von Operationsbeginn an zur Verfügung stehen, kann gerechnet werden.

III. Die Führung der Operationen:

A. Heer (in Genehmigung der mir vorgetragenen Absichten):

In dem durch die Pripetsümpfe in eine südliche und eine nördliche Hälfte getrennten Operationsraum ist der Schwerpunkt nördlich dieses Gebietes zu bilden. Hier sind 2 Heeresgruppen vorzusehen.

Der südlichen dieser beiden Heeresgruppen – Mitte der Gesamtfront – fällt die Aufgabe zu, mit besonders starken Panzer- und mot. Verbänden aus dem Raum um und nördlich Warschau vorbrechend die feindlichen Kräfte in Weißrußland zu zersprengen. Dadurch muß die Voraussetzung geschaffen werden für das Eindrehen von starken Teilen der schnellen Truppen nach Norden, um im Zusammenwirken mit der aus Ostpreußen in allgemeiner Richtung Leningrad operierenden nördlichen Heeresgruppe die im Baltikum kämpfenden feindlichen Kräfte zu vernichten. Erst nach Sicherstellung dieser vordringlichsten Aufgabe, welcher die Besetzung von Leningrad und Kronstadt folgen muß, sind die Angriffsoperationen zur Besitznahme des wichtigen Verkehrs- und Rüstungszentrums Moskau fortzuführen.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1947, Bd. XXVI, S. 47–49.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof.
Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger,
Bd. II, Berlin (1962), S. 273/274.

73

Beschluß zur Gründung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 19. März 1941

Die deutschen Sozialisten in Großbritannien sind einig in der Überzeugung, daß die militärische Niederlage und der Sturz des Hitlersystems, die endgültige Überwindung des deutschen Militarismus und die Beseitigung der sozialen Grundlagen der Hitlerdiktatur unerläßliche Voraussetzungen bilden für einen dauernden Frieden, den Wiederaufbau Europas und eine demokratische und sozialistische Zukunft Deutschlands. Im Hinblick auf die besonderen Aufgaben, die sich für die in Großbritannien lebenden deutschen Sozialisten während des Krieges ergeben, erklären die unterzeichneten Organisationen ihre Entschlossenheit, unter Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit als deutsche Sozialisten den Kampf für die Niederlage Hitlers und seiner Bundesgenossen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und im Bündnis mit allen Gegnern der totalitären Kräfte zu führen.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
Leitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei in Großbritannien (SAP)
Vorstand des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK)
Auslandsbüro „Neubeginnen".

Zur Politik deutscher Sozialisten.
Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, London 1945, S. 26.

74

Aus der gemeinsamen Erklärung der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands vom 12. April 1941

Hitler erklärte Jugoslawien und Griechenland den Krieg. Deutsche Armeen sind in Jugoslawien eingebrochen. Deutsche Bombenflugzeuge zerstören die Arbeiterwohnviertel der offenen Stadt Belgrad und die Bauernhäuser der jugoslawischen Dörfer. Mit Hilfe deutscher Technik werden jugoslawische Arbeiter und Bauern niedergemäht, die die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat verteidigen, die nichts anderes wollen als den Frieden. Auf diese Weise wird in immer mehr europäischen Völkern, die früher das deutsche Volk geachtet hatten, der Haß gegen Deutschland hervorgerufen.

Diese Kriegsaggression des deutschen Imperialismus richtet sich zugleich gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes selbst. Dadurch wird der Krieg immer weiter ausgedehnt und verlängert, unser Volk immer tiefer in das Unglück gerissen, das Land ausgezehrt, die Blüte unserer Jugend vernichtet und führt zu für die Interessen und die Zukunft des deutschen Volkes gefährlichen Komplikationen in den Beziehungen mit dem großen Sowjetvolk ...

Das jugoslawische Volk führt einen gerechten Krieg, wenn es seine Heimat gegen die Aggression des deutschen Imperialismus verteidigt und vor der Ausplünderung durch die deutschen Okkupanten bewahren will. Die jugoslawischen Arbeiter und Bauern handeln zugleich im Interesse des arbeitenden Volkes aller europäischen Länder. Das Beispiel des jugoslawischen Volkes wird alle Völker zum Widerstand gegen den deutschen Imperialismus ermuntern. In den okkupierten Ländern wird die nationale Freiheitsbewegung wachsen. Der gerechte Kampf der Völker Jugoslawiens ist ein Appell an die deutschen Arbeiter und Bauern, mit dem Krieg Schluß zu machen, sich nicht weiter für volksfremde Zwecke zu opfern, die Kriegshetze der imperialistischen Machthaber mit der brüderlichen Solidarität des arbeitenden Volkes Deutschlands und der Völker der okkupierten Länder zu beantworten.

Heute wird die deutsche Jugend für reaktionäre großkapitalistische Interessen in den Bergen des Balkans, in den Wüsten Afrikas, auf fernen Meeren in den Tod getrieben. Die edelsten Ideale und der Heroismus unserer Jugend werden für eine schändliche Sache mißbraucht. Die deutsche Jugend soll ihr Blut hergeben für die volksfremden, verdammungswürdigen Kriegsinteressen der deutschen kapitalistischen Machthaber, sie wird mißbraucht als Gendarm gegen die Völker Europas. Die Ehre der deutschen Jugend gebietet, den Friedenswillen des jugoslawischen und des griechischen Volkes zu achten. So wie sich der deutsche Arbeiter und Bauer im Soldatenrock nach Rückkehr in die Heimat sehnt, so will auch der jugoslawische Arbeiter und Bauer in Frieden und Freiheit leben. Die Ideale der deutschen und der jugoslawischen Jugend können nicht im gegenseitigen Kampf, sondern nur im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen die kapitalistische Reaktion, verwirklicht werden. Jede Hilfe für den gerechten Kampf des jugoslawischen und des griechischen Volkes hilft dem deutschen Volk im Kampf gegen die kapitalistischen Kriegsinteressenten im eigenen Land. Der Friedenswille der deutschen Werktätigen verschafft sich immer stärker Geltung. Der Wunsch nach Rückkehr in die Heimat wird lauter hörbar.

Die Ausdehnung des Krieges treibt Deutschland immer tiefer in die Sackgasse, in das Unglück. Nachdem es dem deutschen Imperialismus nicht gelungen ist, durch einen Blitzkrieg den Sieg zu erringen, wird im

Verlaufe der langen Dauer des Krieges das größere Kriegspotential des englisch-amerikanischen Blocks immer wirksamer, während die deutschen Reserven sich vermindern und das Land ausgezehrt wird.

Die deutschen Machthaber treiben Deutschland immer tiefer in das Kriegsunglück, in den Ruin. Sie handeln damit entgegen den nationalen Interessen unseres Volkes. Nur das arbeitende Volk selbst kann Land und Volk retten. Dazu ist der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller Kräfte, die den Volksfrieden und die Beseitigung der kapitalistischen Ursachen des Krieges wollen, die dringendste Aufgabe. Nur die Front des arbeitenden Volkes kann Deutschland retten!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2/224, Bl. 16–18.

75

Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 24. Juni 1941

Schaffende aller Berufe! Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind! Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.

In unseren Händen, in den Händen des schaffenden deutschen Volkes, liegt jetzt das Schicksal unserer Nation.

Befreien wir uns aus den Klammern der unwürdigen, den Namen unseres Volkes beleidigenden Herrschaft des blutbesudelten Faschismus!

Wir sind stark, wenn wir nur ernstlich wollen. Wir haben Freunde und Verbündete in all den gemarterten Völkern, die ihre Freiheit wiederhaben wollen. Unser größter und stärkster Freund ist und bleibt das Sowjetvolk, dessen Banner das Wahrzeichen der gerechten Sache aller für Freiheit, Glück und Ehre kämpfenden Menschen geworden ist.

Werktätige, laßt Euch nicht für den verbrecherischen Krieg gegen unsere russischen Freunde mißbrauchen! ...

Eltern, Erzieher, tretet der Vergiftung und Verhetzung der Jugend entgegen! Laßt nicht zu, daß Eure Kinder und Schüler von den Meineidigen in den Sumpf des Verrats gezogen werden! Unterweist die Eurer Obhut Anvertrauten in den Euch heiligen Überlieferungen, die von den Faschisten mit Füßen getreten werden ...

Es lebe die Solidarität aller vom Faschismus Unterdrückten und Bedrohten!

Schmieden wir die Einheit der Arbeiterklasse, die ihre Reihen organisieren und im Kampf um die Befreiung unseres Volkes an der Spitze marschieren muß!

Bildet um die Arbeiterklasse die Front des werktätigen Volkes, die Schulter an Schulter mit den um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völkern und mit allen anständigen fortschrittlichen Menschen der Welt für den Sieg der Freiheit kämpft.

Das werktätige deutsche Volk kämpft an der Seite der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden Völker der besetzten Länder gegen den Feind der kultivierten Menschheit, den Faschismus.

Die Welt (Stockholm), 1941, Nr. 28, S. 886.

76
Aus der Stellungnahme der Londoner Gruppe des sozialdemokratischen Parteivorstandes von Ende Juni 1941

Keinen Augenblick dürfen wir uns unklar darüber sein, wieviel für den Ausgang dieses Weltkrieges und die Zukunft der Menschheit von den Ereignissen der nächsten Wochen abhängt. Die beiden zahlenmäßig stärksten Armeen der Welt kämpfen miteinander an einer Front, die vom Eismeer oder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer oder zum Mittelmeer reicht. Gelingt einer von beiden ein schneller Sieg, dann kann ihr auf dem europäisch-asiatischen Festland niemand mehr ernstlichen militärischen Widerstand leisten. Erschöpfen sie sich in langen Schlachten, dann kann der Druck von den Völkern des Festlandes weichen, dann kann die Macht der britischen und amerikanischen Demokratie zum beherrschenden Faktor der politischen Neugestaltung der Welt werden. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß Hitler gewußt hat, was er mit dem Angriff auf Rußland aufs Spiel setzte ...

Wir deutschen Sozialisten wissen, daß nur Hitlers Niederlage in diesem Kriege das deutsche Volk und die Welt befreien kann, und wir wünschen auch die Freiheit dem russischen Volke. Wir wissen, was von dem Ausgang des Kampfes abhängt, und davon, daß die Demokratien die großen Möglichkeiten nicht verkennen, die ihnen die nächste Zukunft eröffnen kann, und daß sie alles aufbieten für das Ziel, sich zu behaupten und Hitler zu vernichten.

Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1941, Nr. 27, S. 3.

77

Aus der Erklärung der Londoner Gruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei vom 20. Juli 1941

Die Sympathien der deutschen Sozialisten sind rückhaltlos auf seiten des russischen Volkes, des letzten Opfers der Naziaggression, ungeachtet ihrer berechtigten Kritik an der Sowjetregierung und der Komintern. Stalins Politik hat es nicht vermocht, das Ansehen der glorreichen Revolution von 1917 und des großen sozialen Experiments zu erschüttern, für dessen Erfolg die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion 24 Jahre lang unter den schwierigsten Bedingungen gekämpft haben.

Das Eindringen in das Land der Oktoberrevolution hat der Entschlossenheit der Arbeiter der ganzen Welt – der Arbeiter Deutschlands wie der der besetzten Länder, Großbritanniens und ihrer Kolonien und Dominions, Chinas und Japans und des gesamten amerikanischen Kontinents – neue Impulse gegeben, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um dem Naziterror ein Ende zu setzen. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion kämpfen mit einer Entschlossenheit, die sich auf ihre Überzeugung stützt, daß sie mehr zu verlieren haben als ihre nationale Unabhängigkeit. Je länger der Krieg im Osten dauern wird, um so wirksamer werden die Angriffe im Westen werden und um so sicherer wird die Niederlage des Nazismus. Dieser Glaube an eine bessere Zukunft inspiriert uns, wie er unsere Freunde innerhalb Deutschlands inspiriert.

The Tribune for Victory and Socialism (London), 1941, Nr. 242, S. 22. (Aus dem Englischen.)

78

Aus der Denkschrift des Auslandsbüros Neu Beginnen vom 10. August 1941

Aber die Hauptmerkmale eines Staates zeigen sich niemals deutlicher als in der schweren Prüfung des Krieges. Und diese schwere Prüfung hat bisher drei bemerkenswerte Merkmale gezeigt: erstens die Ausdauer und die Opferbereitschaft der russischen Truppen, die selbst vom Feind eingestanden wurden; zweitens der moderne Charakter der russischen Strategie und Kriegstechnik; und drittens die bewußte Anwendung spezifischer revolutionärer Methoden eines Volkskrieges ...

Aber der besondere Charakter der Sowjetgesellschaft und des Sowjetstaates zeigt sich am deutlichsten in der Art, wie bewußt ein wirklicher Volkskrieg begonnen wurde und wirksam durchgeführt wird, sowie in ...

dem systematischen Einsatz von Partisaneneinheiten hinter dem Rücken des Feindes. Die Wirksamkeit dieser Art der Kriegführung wird selbst von den Naziberichten, und was wichtiger ist, von ihrer Gegenpropaganda und ihren Gegenmaßnahmen, bestätigt. Sie kann jedoch nur wirksam sein, wenn sie von einer echten Volksbewegung unterstützt wird. Fallschirmspringer können wirkliche Partisanen unterstützen und helfen, sie zu organisieren, aber sie können sie nicht ersetzen; die Armee und die Partei können die systematische Organisation der Taktik der verbrannten Erde in jedem Gebiet, das evakuiert werden muß, überwachen, aber sie können sie niemals gegen den Willen der Bauern durchführen – sonst wäre schon längst anstelle des Kampfes des Volkes für den Sowjetstaat die Erhebung des Volkes gegen ihn eingetreten, auf die die Nazis vergeblich hofften. Ein Staat aber, der sich auf eine echte Volksbewegung bei der Durchführung solcher Maßnahmen stützen kann, ist kein Staat wie jeder andere.

The Left News (London), 1941, Nr. 64, S. 1871/1872. (Aus dem Englischen.)

79

Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 6. Oktober 1941

Am 22. Juni hat Hitler durch seinen heimtückischen und treubrüchigen Überfall auf die Sowjetunion das schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen und das größte Unglück über Deutschland gebracht ...

Angesichts dieser blutigen Katastrophe fragt sich jeder Deutsche: Warum wurde dieser verbrecherische Krieg gegen Sowjetrußland begonnen? Ihr wißt noch, wie wir alle durch die Kunde vom Überfall auf die Sowjetunion erschüttert waren. Wir wußten, das russische Volk war ein Freund des deutschen Volkes und hat seit 1918 zahlreiche Beweise für diese Freundschaft geliefert. Es unterstützte Deutschland in den schweren Tagen von Versailles. Die Sowjetunion schloß mit Deutschland den Rapallo-Vertrag, als Deutschland isoliert war. Wir wußten, daß Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hatten. Wir wußten, daß die Sowjetunion diesen Pakt streng befolgte. Niemals hat Hitler bis zum 22. Juni irgendwelche Beschwerden und Ansprüche vorgebracht. Alle die lügenhaften Behauptungen Hitlers nach seinem verräterischen Überfall auf die Sowjetunion werden durch Tatsachen widerlegt. Millionen unserer Soldaten können bestätigen, daß nicht die Sowjetunion, sondern Hitler zu Beginn dieses Jahres gewaltige Streitkräfte an der Grenze Sowjetrußlands konzentrierte. Hitler hat nach Finnland, Rumänien, Bulgarien deutsche Truppen geschickt, um günstige Aus-

fallstellungen für einen Überfall auf die Sowjetunion zu beziehen. Ohne jegliche Warnung bombardierten die deutschen Luftstreitkräfte auf Befehl Hitlers friedliche Sowjetstädte. Ohne Kriegserklärung setzte Hitler wortbrüchig das deutsche Heer gegen Sowjetrußland ein. Hätte die Sowjetunion einen Anschlag auf Deutschland beabsichtigt, so würde sie nicht den Überfall der deutschen Armee abgewartet haben. Bekanntlich hat die Sowjetunion ihre Streitkräfte erst nach dem wortbrüchigen Einbruch der deutschen Armee in das Sowjetland mobilisiert. Die Tatsachen klagen Hitler an. Es wird ihm nicht gelingen, das deutsche Volk von der Gerechtigkeit dieses Schandkrieges zu überzeugen und den Beweis für die Notwendigkeit oder Unvermeidlichkeit dieses Krieges zu führen.

Hitler überfiel die Sowjetunion, um sie zu berauben, um ihre Rohstoffe und Reichtümer für den Krieg gegen England auszunutzen und seinen Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Amerika vorzubereiten. Am Raubkrieg gegen die Sowjetunion wollen die glorreichen deutschen Plutokraten und die Nazihäuptlinge verdienen. Das deutsche Volk aber wird in diesem Krieg nichts gewinnen. Durch diesen Raubkrieg wird der Göringkonzern reicher werden, das deutsche Volk wird noch ärmer werden und das millionenköpfige russische Volk wird zu einem unversöhnlichen Feind Deutschlands werden ...

Deutsche Arbeiter! Ist es etwa keine Schande für euch, daß ihr Hitler nicht daran hindert, gegen den einzigen sozialistischen Staat der Welt Krieg zu führen, daß ihr in den Werken die Waffen schmiedet gegen ein Land, in welchem die Arbeiter und die Bauern die Herren sind? Begreift ihr denn nicht, daß ihr dadurch die Ketten einer noch schlimmeren eigenen Sklaverei schmiedet?

Deutsche Soldaten! Wollt ihr euer Blut vergießen und ehrlos zugrunde gehen als Landsknechte der Reaktion im Kampfe gegen ein Volk, das sein Land, seine Freiheit, seine sozialistische Ordnung mutig verteidigt?

Das deutsche Volk hat von diesem verbrecherischen Krieg genug. Er hat ihm Elend, Unglück und Schande gebracht. Das deutsche Volk will den Frieden. Jeder militärische Erfolg Hitlers aber zieht den Krieg nur in die Länge, vergrößert die Verluste und stürzt Deutschland immer tiefer in den Abgrund. Übermüdet von zermürbender Arbeit, hungernd, ohne Schuhe und Kleider, zitternd um das Leben seiner Söhne, erfüllt von tiefer Unruhe tritt unser Volk in den dritten Kriegswinter ein.

Rund um Deutschland erhebt sich der Haß der Völker, die das Joch der Sklaverei und des Terrors nicht länger tragen wollen. Der Krieg dieser unterdrückten und zerfleischten Völker gegen Hitler ist ein gerechter Krieg. Das deutsche Volk darf nicht die schändliche Rolle eines Würgers und Henkers der freiheitsliebenden Völker auf sich nehmen.

Wenn es frei sein will, wenn es den Schandfleck der Hitlerverbrechen

von sich abwaschen will, so muß es den Befreiungskampf der Völker Europas und vor allem den großen Befreiungskrieg der Sowjetunion unterstützen.

Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitler hat alle seine Reserven gegen die Sowjetunion geworfen, und doch hat er nicht die Kraft, das Sowjetvolk und seine Rote Armee zu überwinden. Die materiellen und moralischen Reserven der Sowjetunion sind unversiegbar. Hinter jeder Front erhebt sich eine neue Front. Für jeden Schritt vorwärts zahlen die deutschen Soldaten mit Blut und Leichen. Und während die deutsche Armee im Krieg gegen die Sowjetunion verblutet, sammelt England in allen Teilen seines Weltreiches gewaltige Kräfte an. Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen ihre gesamte gigantische Kriegsindustrie in den Dienst der Völker, die für die Freiheit kämpfen. Nur ein Verrückter kann glauben, daß Hitler die Kraft habe, eine solche Weltkoalition zu überwinden. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich.

Im Vorgefühl seines unerbittlich herannahenden Untergangs versucht Hitler, der Deutschland in immer neue Abenteuer hineinreißt, durch die lügenhafte Behauptung, seine, Hitlers, Niederlage bedeute eine Katastrophe für Deutschland, das deutsche Volk an sich zu fesseln.

Die Geschichte aber lehrt, daß Völker niemals dadurch untergegangen sind, daß sie verbrecherische Regierungen stürzten. Im Gegenteil! Der Sturz solcher Regierungen förderte die Wiedergeburt sowie den materiellen und moralischen Aufschwung des Volkes.

Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Der Krieg wird so lange weitergehen, wie Hitler und seine Bande Deutschland regieren. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet, wenn wir Deutschen nicht selber in Deutschland Ordnung schaffen, sondern es den anderen Völkern überlassen, Europa von der faschistischen Pest zu säubern.

Die Stunde hat geschlagen, wo unser Volk das Schicksal Deutschlands in seine eigenen Hände nehmen, mit dem Krieg Schluß machen und einen ehrenvollen Frieden erlangen muß. Wir wenden uns an alle Deutschen, denen es über ihre Kräfte geht, die Leiden des Krieges zu ertragen, an die Soldaten an der Front, an ihre Familien, an die Arbeiter, die Bauern und das ganze deutsche Volk im Hinterland und rufen ihnen zu: Kämpft für die Einstellung des Krieges, kämpft für die Rettung Deutschlands! Hitler, das ist der Krieg ohne Ende, Hitlers Weg führt zur Ausrottung des Volkes, zur Vernichtung des Landes, zur Katastrophe. Dieser Weg ist nicht der Weg des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk hat einen anderen, seinen eigenen Weg. Dieser Weg führt über die Befreiung des deutschen Volkes von dem hitlerfaschisti-

schen Unterdrückungsregime, über die Erringung eines Deutschlands, das es endlich verstehen wird, in Frieden zu leben, und eine Verkörperung des wahren Volkswillens sein wird. Das wird ein Deutschland ohne die Herrschaft der plutokratischen Hyänen und der faschistischen Räuber sein, in welchem es keine Arbeitslosigkeit geben wird, in welchem das Recht auf Arbeit garantiert sein wird, in welchem der Bauer die Freiheit haben wird, über die Erzeugnisse seiner Arbeit zu verfügen. Das wird ein Deutschland sein, in welchem mit der faschistischen Barbarei Schluß gemacht ist, ein Deutschland, in welchem nicht die Reichtümer und die Herkunft, sondern die Fähigkeiten und die Arbeit des Menschen seine Stellung in der Gesellschaft bestimmen werden. Das wird ein Deutschland sein, in welchem es keinen schreienden Widerspruch zwischen dem Reichtum der einen und dem fürchterlichen Elend der anderen gibt. Das wird ein unverschrtes, unabhängiges Deutschland sein, ein Gleiches unter Gleichen, ein Deutschland, das mit allen Völkern in Frieden lebt.

Arbeiter! Bauern! Deutsche Werktätige!

Kämpft für ein solches Deutschland! Die Schaffung eines solchen Deutschlands wird ein wahrer, wird der größte Sieg des deutschen Volkes in diesem Kriege sein.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224.

80

Aus dem Appell der ersten Beratung kriegsgefangener deutscher Soldaten vom 8. bis 10. Oktober 1941

Hitlers Niederlage ist unvermeidlich!

Hitlers Sturz ist des deutschen Volkes Rettung!

Kameraden an der Front! Deutsche Männer und Frauen!

Wir sind deutsche Soldaten, Arbeiter, Bauern und Angestellte wie Ihr. Jetzt befinden wir uns in Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion. Wir haben viel über den Krieg und das Schicksal Deutschlands nachgedacht. Wir sind überzeugt, das auszusprechen, was Millionen von Euch denken. Wir lieben unsere Heimat und unser Volk wie Ihr. Wir wollen die Knechtschaft und den Untergang unseres Landes ebensowenig wie Ihr. Und weil wir unser Volk lieben, weil wir unsere Heimat frei sehen wollen und das Glück unseres Volkes leidenschaftlich wünschen, darum hassen wir Hitler ...

Es gibt zwei Deutschlands:
das Deutschland der Nazischmarotzer und das Deutschland der Werktätigen; das Deutschland der vertierten Raub- und Mordgesellen und das

Deutschland des ehrlichen und fleißigen Volkes. Es gibt ein Deutschland der faschistischen Barbaren und das Deutschland der großen Denker, Erfinder und Dichter, die durch ihre Leistungen die Weltkultur bereichert haben. Es gibt ein Deutschland größenwahnsinniger Machthaber, die ihre Herrschaft durch einen aussichtslosen Krieg bis zum letzten deutschen Soldaten zu retten suchen; und es gibt ein anderes Deutschland, das Hitler und seine faschistische Terrorherrschaft verflucht. Es gibt ein Deutschland des Volkes, das die unverzügliche Einstellung des Krieges fordert.

Zwischen diesen beiden Deutschlands klafft ein Abgrund ...

Mit allen Mitteln zur militärischen Niederlage Hitlers beizutragen und entschlossen für seinen Sturz zu kämpfen, das wäre der wichtigste Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen dem deutschen Volke und dem Sowjetvolk. In diesem Vertrauen liegt die entscheidende Garantie für die Freiheit und die Unabhängigkeit Deutschlands.

Durch den Sturz Hitlers kann und wird unser Volk die Geschicke Deutschlands in seine eigenen Hände nehmen.

Es wird ein neues Deutschland schaffen, in dem das Volk Herr im eigenen Hause sein wird.

In diesem neuen Deutschland werden alle Rechte und Freiheiten durch eine wahrhaft demokratische Verfassung dem Volke gesichert.

In den Organisationen der Arbeiter, Bauern, Angestellten und Geistesarbeiter werden nicht von oben ernannte Nazibeamte die Leitung ausüben, sondern die von den Mitgliedern frei gewählten und ihnen verantwortlichen Vertrauensleute.

In dem neuen Deutschland werden die Löhne der Arbeiter und Angestellten erhöht und eine weitgehende soziale Gesetzgebung geschaffen.

In dem neuen Deutschland wird es keine Arbeitslosigkeit geben. Alle Arbeiter werden Arbeit erhalten, und zwar nicht für den Krieg, sondern zum friedlichen Aufbau, zur Hebung der Lebenshaltung und des Wohlstandes des deutschen Volkes.

Alle Zwangsmaßnahmen, die heute auf der bäuerlichen Wirtschaft lasten, werden für immer aufgehoben. Der deutsche Bauer wird frei über die Früchte seiner Arbeit verfügen. Er wird seine Wirtschaft so führen, wie es ihm richtig dünkt, und nicht wie heute, wo Nazibonzen ihn kommandieren.

Den Kindern der Arbeiter, Bauern und Angestellten wird das Studium an den Mittel- und Hochschulen erschlossen. Der faschistischen Unkultur und Barbarei wird ein Ende gemacht. Aus dem Schoße unseres an Talenten reichen Volkes wird die deutsche Kultur neu erblühen.

Weder Herkunft noch Besitz, noch Parteiprivilegien werden für den Aufstieg des Menschen ausschlaggebend sein, sondern einzig und allein die persönlichen Fähigkeiten, die eigene Tatkraft und Leistung.

Die wahre Einheit des Volkes, die heute durch den faschistischen Terror und die Privilegien der kapitalistischen Plutokratie gesprengt ist, wird im neuen Deutschland auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller deutschen Bürger entstehen. Die echte Volksgemeinschaft kann nur entstehen durch die Beseitigung des schreienden Widerspruches zwischen dem Reichtum der einen und der Armut der anderen.

Das deutsche Volk wird die Kriegsgewinnler die Kosten des Krieges zahlen lassen und nicht die Armen, die schon mit ihrem Blut gezahlt haben.

Ein solches neues Deutschland wird einen ehrenvollen Frieden auf der Grundlage seiner Unversehrtheit und Unabhängigkeit erringen. Es wird die Achtung vor internationalen Verträgen, vor übernommenen Verpflichtungen und das Vertrauen zu Deutschlands Wort wiederherstellen.

In friedlicher Zusammenarbeit mit anderen Völkern wird unser Volk die Vorwärtsentwicklung und den Wohlstand des Landes durch den Austausch seiner Industrieprodukte gegen die Rohstoffe und Lebensmittel anderer Länder sichern.

Ein solches Deutschland will unser Volk. Ein freies Deutschland unter freien Völkern. Ein Deutschland, das frei, gleichberechtigt und unabhängig im Kreise der Völker lebt und schafft.

Die Errichtung eines solchen Deutschlands wird der größte Sieg unseres Volkes im jetzigen Kriege sein.

Ein solches Deutschland im aufopferungsvollen Kampfe zu erringen, dazu rufen wir unsere Kameraden im Heere und alle deutschen Männer und Frauen in der Heimat auf.

Nieder mit dem Krieg!

Nieder mit Hitler!

Es lebe das freie, unabhängige Deutschland!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 238/1/1465.
Sie kämpften für Deutschland.
Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland"
bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee,
Berlin 1959, S. 114–121.

81

Aus der Rundfunkrede Hans Vogels vom 9. November 1941

Die Atlantikcharta Churchills und Roosevelts zeigt, daß nach diesem Kriege auch für ein unterlegenes Deutschland Raum und Platz ist im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit für wirtschaftliche und

soziale Sicherheit aller Völker und jedes einzelnen, für Freiheit, Gerechtigkeit und einen dauernden Frieden.

Voraussetzung dazu ist allerdings, daß Deutschland in seinem eigenen Hause Ordnung schafft...

Deutschland selbst muß einen entscheidenden Anteil zur Sicherung eines dauernden Friedens und für die verständnisvolle, glücklichere Zusammenarbeit mit anderen Völkern beitragen. Eine tiefgreifende demokratische Umwälzung ist in Deutschland notwendig.

Sie darf diesmal nicht haltmachen vor den sozialreaktionären Schichten, die Hitler zur Macht brachten und die für das gegenwärtige Unglück verantwortlich sind: den Großgrundbesitzern, den Schlotbaronen und Bankgewaltigen.

Diese Schichten haben die deutsche Arbeiterklasse immer gefürchtet und gehaßt, und die deutsche Arbeiterklasse hat die geschichtliche Aufgabe, ihre Macht endgültig zu brechen, nachdem die erste große Gelegenheit 1918 versäumt wurde.

Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1941, Nr. 32, S. 7/8.

82

Aus dem „Wannsee-Protokoll" zur „Endlösung der Judenfrage" vom 20. Januar 1942

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

Land	Zahl
A. Altreich	131 800
Ostmark	43 700
Ostgebiete	420 000
Generalgouvernement	2 284 000
Białystok	400 000
Protektorat Böhmen und Mähren	
Estland – judenfrei	74 200
Lettland	3 500
Litauen	34 000
Belgien	43 000
Dänemark	5 600
Frankreich, besetztes Gebiet	165 000
unbesetztes Gebiet	700 000
Griechenland	69 600

Land		Zahl
Niederlande		160 800
Norwegen		1 300
B. Bulgarien		48 000
England		330 000
Finnland		2 300
Irland		4 000
Italien, einschl. Sardinien		58 000
Albanien		200
Kroatien		40 000
Portugal		3 000
Rumänien, einschl. Bessarabien		342 000
Schweden		8 000
Schweiz		18 000
Serbien		10 000
Slowakei		88 000
Spanien		6 000
Türkei (europ. Teil)		55 500
Ungarn		742 800
UdSSR		5 000 000
Ukraine	2 994 684	
Weißrußland, ausschl. Bialystok	446 484	
zusammen:		über 11 000 000

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1964, S. 164/165.

83

Aus dem Aufruf von 60 Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Schriftstellern Deutschlands vom 25. Januar 1942

Die Schlacht vor Moskau war die entscheidende Schlacht, die Hitler verloren hat. Die Zeit seiner Erfolge ist vorbei. Die Zeit der Niederlagen dieses Abenteurers und Falschspielers hat begonnen. Mit jedem Erfolg der Roten Armee werden unsere Zwingherren und Unterdrücker schwächer. Die Hitler-Tyrannei hat schon und wird weiter vernichtende Schläge von außen erhalten. Jetzt muß das deutsche Volk sein entscheidendes Wort sprechen. Es ist Zeit, zu handeln.

Schließt euch alle zusammen gegen Hitler und seine blutige Leibgarde, gegen SS und Gestapo, gegen das ganze verbrecherische Naziregime. Zögert nicht, verliert keine Zeit, euren Beitrag zu leisten zum Freiheits-

krieg der Völker gegen die Hitlerbande! Tretet mit aller Kraft den Untaten Hitlers entgegen! Schädigt mit allen Mitteln die barbarische Kriegsmaschine Hitlers, die Europa verwüstet und Deutschland in den Abgrund schleift! Beweist durch die Tat, daß ihr nicht sterben wollt für Hitler, sondern kämpfen für die Freiheit, Ehre und Würde Deutschlands!

Retten wir Deutschland, ehe es zu spät ist!

Soldaten der deutschen Armee! Macht Schluß mit dem verbrecherischen Eroberungskrieg! Verweigert euren Offizieren den Gehorsam! Schießt nicht auf die sowjetischen Arbeiter und Bauern! Schafft in allen Truppenteilen und Einheiten Soldatenkomitees für den Kampf gegen den Krieg und gegen Hitler! Kehrt eure Waffen gegen den Unmenschen und Blutsäufer Hitler, gegen das verbrecherische Naziregime! Geht mit euren Waffen zur Roten Armee über!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Erhebt euch zum Kampf gegen die hitlersche Mörderbande, gegen das niederträchtige Kriegsregime, gegen Hunger und Konzentrationslager! Untergrabt und zerstört mit allen Mitteln und auf jede Weise die hitlersche Kriegsmaschine! Macht die Werkbänke und Maschinen, mit denen die Waffen des Todes hergestellt werden, unbrauchbar und bringt sie zum Stehen. Arbeitet langsamer! Weigert euch, die Kriegssteuern zu entrichten! Protestiert gegen die Zwangsabzüge zur Finanzierung des Eroberungskrieges!

Schafft illegale Betriebskomitees zur Leitung des Kampfes gegen Krieg und Hitlerismus, für ein freies Deutschland! Rüstet zu Massenstreiks und Demonstrationen, um mit dem Kriege und Hitler Schluß zu machen!

Deutsche Bauern und Bäuerinnen! Protestiert gegen den verbrecherischen Krieg, der eure Wirtschaften ruiniert! Versteckt eure Erzeugnisse vor den schnüffelnden Hitlerbeamten! Haltet eure Söhne, Brüder und Männer zurück, die zur Hitlerarmee einberufen werden! Fordert den freien Handel für die Erzeugnisse eurer Wirtschaft! Weigert euch, die Kriegssteuern zu entrichten!

Deutsche Frauen! Fordert, daß eure Männer, Brüder und Söhne unverzüglich von der Front und aus den okkupierten Ländern Europas zurückkehren! Haltet die an die Front gehenden Truppentransporte auf!

Mütter und Frauen! Verlangt von euren Söhnen und Männern, daß sie dem Eroberungskrieg unverzüglich ein Ende machen und nach Hause zurückkehren!

Deutsche Jugend! Jungens und Mädchen! Hitler hat euch das Schönste des Lebens, eure Jugend, geraubt und euch in die Arbeitsdienstlager gesteckt. Verweigert die Arbeitsdienstpflicht! Verlaßt die Arbeitsdienstlager und kehrt zu euren Familien zurück!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/2224, Bl. 4–6.

84

Aktionsprogramm der Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko von Ende Januar 1942

Die Bewegung „Freies Deutschland" ist entstanden im Bewußtsein der schweren Verantwortung, die infolge des Hitlerkriegs auf dem deutschen Volk lastet. Unsere Bewegung kämpft:

1. Gegen Hitler – für ein freies, demokratisches Deutschland.

2. Für die Sammlung und Einigung aller freien Deutschen und ihrer Organisationen ohne Unterschied der Rasse, Religion und Partei.

3. Für die Verteidigung der Demokratie – für die Verteidigung des Gastlandes.

4. Für den Sieg der Verbündeten über Hitler und seine Achsenpartner. Für die Unterstützung der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Groß-Britanniens, Chinas und aller Unterzeichner des Paktes von Washington.

5. Für die Unterstützung des Freiheitskampfes in Deutschland, für die Einigung des deutschen Volkes zum Sturz des Hitlerregimes.

6. Für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Für die Unterstützung des Befreiungskampfes der von Hitler unterdrückten Völker. Für die Zusammenarbeit mit den demokratischen Bewegungen aller Nationen.

7. Für die Vernichtung der 5. Kolonne und für die Brechung des Einflusses der nationalsozialistischen Auslandsorganisationen.

8. Für die Verteidigung und Förderung der freiheitlichen deutschen Kultur. Für die Wiederherstellung des von Hitler geschändeten deutschen Ansehens durch Anprangerung und Bekämpfung der Verbrechen des Nationalsozialismus am deutschen Volk und an allen Völkern der Erde.

Freies Deutschland (Mexiko), 1942, Nr. 4, S. 5.

85

Aus dem Dokument des Politbüros des ZK der KPD über neue Schritte zur Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik vom 3. April 1942

Sollte eine solche Konferenz ... stattfinden, so wäre es zweckmäßig, auf dieser Konferenz gewissermaßen das Programm des neuen Deutschlands in folgender Form zum Beschluß zu erheben:

Einleitung: Unser Volk hat genug des Krieges, genug des Todes, genug des Hungers. Hitler opfert sinnlos die Blüte der Nation. Ihm ist das Leben der deutschen Jugend, des deutschen Soldaten keinen Groschen

wert. Hitler ist der Feind der deutschen Nation. Durch seinen verbrecherischen, aussichtslosen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die Völker der Welt wie durch seine barbarische Herrschaft über das deutsche Volk treibt er Deutschland in den Ruin. Hitlers Brandstiftung des Weltkrieges wird sein letztes Verbrechen gewesen sein. Die Hitlerclique ist zum Untergang verurteilt. Hitlers Uhr ist abgelaufen. Aber die Hitlerbande will das deutsche Volk mit in ihren Untergang hineinreißen.

Das deutsche Volk steht am Scheidewege: Mit Hitler in den unvermeidlichen Untergang oder Rettung von Volk und Land durch den Sturz Hitlers. Die Hitlerclique will und kann keinen Frieden herbeiführen. Die Sache des Friedens und der Zukunft Deutschlands liegt in den Händen des deutschen Volkes selbst. Unser Volk muß seine Geschicke in die eigenen Hände nehmen.

Die Mehrheit unseres Volkes will sofortigen Frieden. Aber Hitler sucht durch Terror, Bürgerkriegsmaßnahmen und Betrug das deutsche Volk zu zwingen, sich weiter sinnlos für die millionenreichen Kriegsinteressenten, die Hitler und Krupp, Göring und Flick, Zangen und Poensgen, und für die adligen Großgrundbesitzer, für die Grafen von Donnersmarck und andere, zu opfern. Hitler sucht das deutsche Volk mit den Folgen seiner Niederlage zu schrecken. Aber die militärische Niederlage ist nur schrecklich für die Hitlerclique. Unserem Volke jedoch erleichtert Hitlers militärische Niederlage die Befreiung Deutschlands von der kriegstollen Hitlerclique. Sie ist das einzige Hindernis des Friedens. Das nationale Interesse unseres Volkes erfordert die Beendigung des Krieges durch den Zusammenschluß und die Aktion aller Kräfte im deutschen Volke, die den Frieden, die Freiheit und eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes wollen. Das ist nur möglich durch den Sturz Hitlers.

Die Vertreter des deutschen Volkes haben auf ihrer Konferenz einen Ausschuß zur Schaffung eines Nationalkomitees gewählt, das die Führung des Kampfes des deutschen Volkes für die Befreiung Deutschlands von der barbarischen Hitlerherrschaft und für die sofortige Beendigung des Krieges übernimmt.

Die Konferenz schlägt allen ehrlichen Deutschen die folgenden fünf Hauptforderungen als Grundlage des gemeinsamen Kampfes zur Rettung von Volk und Land vor:

1. Zusammenschluß aller ehrlichen Deutschen zum gemeinsamen Kampf für den Sturz des blutigen Kriegstreibers und Volksfeindes Hitler. Arbeiter und Bauern, Angestellte und Beamte, Mittelständler und Geistesarbeiter und andere Freunde des Friedens einigen sich, ungeachtet ihrer früheren und jetzigen politischen Auffassungen und Organisationszugehörigkeit, zur großen Volksbewegung unter der Losung: Schluß mit dem Krieg! Weg mit Hitler!

2. Beendigung des Krieges durch den aktiven Kampf gegen die Weiterführung des Krieges, durch Zerstörung der faschistischen Kriegsmaschine, durch Sabotage, Streiks, Demonstrationen, politische Massenstreiks und bewaffneten Kampf bis zur Volkserhebung zur Beendigung des Krieges und zum Sturze der Hitlerclique.

3. Abschluß eines Friedens durch die gewählten Vertreter des deutschen Volkes auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung und nationalen Unabhängigkeit Deutschlands und der Freundschaft mit der Sowjetunion und den demokratischen Ländern. Sicherung eines dauernden Friedens durch Enteignung und Entmachtung der faschistischen imperialistischen Kriegsinteressenten in Staat, Wirtschaft und Armee.

4. Deutschland wird eine Volksrepublik, in der die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes bestimmen. Durch die Herstellung der Volksrechte in Staat und Gemeinde, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsräte und freien Gewerkschaften sowie durch die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz und die Einführung einer neuen Rechtsordnung wird die freie Entwicklung aller gesunden Kräfte des deutschen Volkes und der friedliche Aufstieg unseres Volkes gesichert.

5. Die Wirtschaft wird in den Dienst des Volkes gestellt durch die Beseitigung der Naziparasiten und die Nationalisierung der großen Konzerne und Banken. Die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung wird sichergestellt durch den friedlichen Warenaustausch deutscher Qualitätsprodukte gegen die Erzeugnisse anderer Länder. Im neuen Deutschland dient die Arbeit dem Wohlstand des Volkes und nicht dem imperialistischen Kriegswahnsinn. Die Beseitigung der Kriegsschäden erfolgt auf Kosten der Kriegsgewinnler. In der neuen deutschen Volksrepublik wird dem schaffenden Volke Arbeit, Brot, besseres Einkommen und Aufstieg gesichert, indem die wahren Vertreter des schaffenden Volkes in Staat und Wirtschaft bestimmen. Der achtstündige Normalarbeitstag und die Arbeiterschutzbestimmungen werden wieder eingeführt. Die Lohnfestsetzung erfolgt im Einvernehmen mit den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern. Das kleine Eigentum wird geschützt. Der Bauer wird wieder frei auf seinem Hofe bestimmen. Durch bessere Preise, gesicherten Absatz und Senkung der Steuerlasten wird ihm die Hebung seiner Wirtschaft ermöglicht. Handwerk und Handel können wieder ungehindert zur Entfaltung kommen.

Schlußbemerkung: Es ist die nationale Pflicht jedes Deutschen, der seine Heimat liebt, seine ganze Kraft, sein ganzes Können in den Dienst der großen nationalen Aufgabe, der Rettung von Land und Volk aus der Hitlerbarbarei und der Kriegskatastrophe, zu stellen. Das Volk ist all-

mächtig, wenn es sich seiner Kraft bewußt wird und gemeinsam kämpft. Auf zum Volkskampf für den Sturz der Hitlerclique und die Beendigung des Krieges!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N9–A.

86

Aus der Niederschrift des Dezernenten im faschistischen Ostministerium, Erhard Wetzel, vom 27. April 1942 zum Generalplan Ost

Bereits im November 1941 wurde mir bekannt, daß das Reichssicherheitshauptamt an einer Generalplanung für den Osten arbeitete. Der zuständige Sachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt, Standartenführer Ehlich, nannte mir damals schon die im Plan erwähnte Ziffer von 31 Mill. auszusiedelnder Fremdvölkischer ...

In seiner Zielsetzung, nämlich der beabsichtigten Eindeutschung der in Betracht kommenden Ostgebiete, ist der Plan zu billigen ...

Aus dem Plan ergibt sich, daß es sich nicht um ein Sofortprogramm handelt, daß vielmehr die Besiedlung des Raumes mit Deutschen etwa 30 Jahre nach dem Kriege erreicht sein soll. Wie aus dem Plan hervorgeht, sollen 14 Mill. Fremdvölkische in dem Raum verbleiben. Ob diese jedoch innerhalb der vorgesehenen Zeit von 30 Jahren wirklich umgevolkt und eingedeutscht werden, erscheint mehr als zweifelhaft, da auch nach dem vorliegenden Plan die Anzahl der deutschen Siedler nicht gerade beträchtlich ist ...

Die Kernfrage der ganzen Ostsiedlung ist, ob es uns gelingt, im deutschen Volke den Siedlungstrieb nach dem Osten wieder zu erwecken ...

Damit ergibt sich für die hier in Betracht kommenden Gebiete eine Gesamtbevölkerung von 51 Mill. Die Zahl der an sich nach dem Plan zu Evakuierenden dürfte damit tatsächlich größer sein, als in dem Plan vorgesehen ist. Nur wenn man davon ausgeht, daß die etwa 5 bis 6 Mill. Juden, die in diesem Raume wohnen, schon vor der Evakuierung beseitigt sind, kommt man zu der in dem Plan erwähnten Ziffer von 45 Mill. Fremdvölkischen. Die Ausführungen des Planes ergeben jedoch, daß die Juden in den genannten 45 Mill. noch enthalten sind. Insofern erscheint also der Plan offensichtlich von falschen Bevölkerungsziffern auszugehen ...

Der Plan sieht nun die Aussiedlung von 80 bis 85% Polen [vor], d. h., es kommen, je ob man von 20 oder 24 Millionen Polen ausgeht, 16 bis 20,4 Millionen Polen zur Aussiedlung, während 3 bis 4,8 Millionen Polen im deutschen Siedlungsraum verbleiben sollen ...

Es kommt darauf an, im russischen Raum eine Bevölkerung zu haben,

die sich in ihrer großen Masse aus den oben beschriebenen, primitiv europiden Typen zusammensetzt. Sie wird einer deutschen Führung die geringsten Schwierigkeiten machen. Diese rassenmäßig bedingte stumpfe Masse bedarf vielmehr, wie die jahrhundertealte Geschichte dieses Raumes ergeben hat, einer Führung. Wenn es den deutschen Führungsschichten gelingt, den erforderlichen Abstand von der Bevölkerung zu halten und wenn vermieden wird, durch außereheliche Verbindungen deutsches Blut in das Russentum aufgehen zu lassen, kann die Möglichkeit einer längeren deutschen Herrschaft in diesem Raum durchaus bestehen, vorausgesetzt, daß wir mit der biologischen Gefahr, die nun einmal die ungeheure Vermehrungskraft dieser Primitiven darstellt, fertig werden ... Das Ziel einer deutschen Bevölkerungspolitik im russischen Raum wird sein müssen, die Geburtenziffern auf ein Maß zu bringen, das unter der deutschen Geburtenziffer liegt. Das gleiche dürfte übrigens auch für den äußerst geburtenstarken Kaukasusraum, zum Teil später auch für die Ukraine Geltung haben ... Für uns Deutsche kommt es nur darauf an, das Russentum derart zu schwächen, daß es nicht mehr in der Lage ist, den deutschen Führungsanspruch im europäischen Raum zu gefährden. Diesem Ziel bringen uns die oben aufgezeigten Wege näher ...

Nach den heute vorhandenen Auffassungen soll ein großer Teil der Tschechen, soweit sie rassisch nicht bedenklich erscheinen, zur Eindeutschung gelangen. Man rechnet hier mit ungefähr 50% der tschechischen Bevölkerung, die hierfür in Betracht kommt. Geht man von diesen Zahlen aus, würden etwa $3^1/_2$ Millionen Tschechen übrigbleiben, die, da ihre Eindeutschung nicht vorgesehen ist, allmählich aus dem Reichsgebiet entfernt werden müßten. Soweit es sich um tschechische intellektuelle Kreise hierbei handelt, ist stets mit einer besonderen Gefährlichkeit zu rechnen ...

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Stuttgart), 1958,
3. Heft, S. 297–324.

87

Aus dem Bericht des Chefs des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes Oswald Pohl an Heinrich Himmler über den Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie vom 30. April 1942

1. Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert.

Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die

Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund.

2. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich die notwendigen Maßnahmen, welche eine allmähliche Überführung der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.

3. Ich habe deshalb alle Führer der früheren Inspektion der Konzentrationslager, alle Lagerkommandanten und alle Werkleiter am 23. und 24. 4. 1942 versammelt und ihnen persönlich die neue Entwicklung dargelegt. Die wesentlichen Dinge, deren Durchführung vordringlich ist, damit die Aufnahme rüstungsindustrieller Arbeiten keine Verzögerung erleidet, habe ich in beiliegende Anordnung zusammengefaßt.

4. Die Überführung der Inspektion der Konzentrationslager in das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt ist im besten Einvernehmen aller beteiligten Hauptämter durchgeführt. Die Zusammenarbeit aller Dienststellen ist reibungslos, die Beseitigung des Nebeneinanders in den Konzentrationslagern wird allgemein als Überwindung der den Fortschritten hemmenden Fesseln begrüßt.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1964, S. 216/217.

88

Aus dem Aufruf der illegalen Beratung der KPD des Gebietes Niederrhein und Ruhr von Ende Mai 1942

Es kommt darauf an, im Kampf um den Frieden eine breite Friedensfront – unbeschadet der politischen und konfessionellen Zuneigung des einzelnen – zu schaffen, um Hitler und seine Bande durch die Volksrevolution zu stürzen und für immer unschädlich zu machen, um die nationale Existenz unseres Volkes und die Zukunft Deutschlands zu retten für ein neues, freies Deutschland.

Die Überwindung der organisatorischen Schwäche in diesem Kampf ist eine dringende Notwendigkeit.

Zur Schaffung von Volkskomitees für den Frieden, Betriebskomitees, die durch Vertrauensleute in den einzelnen Abteilungen verankert sind, und Soldatenkomitees wird die Partei die Initiative bei den breiten Massen unseres Volkes für diese organisatorische Notwendigkeit wecken und selbst beispielgebend vorangehen, um so auch die erforderliche Einheit unseres Volkes in diesem schweren Kampf zu fördern. Die Schaffung von Selbstschutzgruppen gegen den Naziterror erweist sich als immer dring-

licher. Die Zeit ist reif dazu, den Naziterror mit der Volksgewalt zu beantworten.

Zu dem bevorstehenden 22. Juni, dem ersten Jahrestag des Überfalls der Hitlerbanditen auf die Sowjetunion, der gleichzeitig der zweite Jahrestag ist, an dem Hitler dem französischen Volk die Schmach von Compiègne aufzwang, beschloß die Konferenz, folgendes durchzuführen:

Steigerung des Kampfes um die Tagesfragen, besonders die Häufigkeit der Sabotageakte vermehren.

Steigerung der „F-Aktion".

Anschreiben der Losungen „Nieder mit dem Krieg – Wir wollen Frieden", „Nieder mit Hitler – Nieder mit der Schmach von Compiègne".

Organisierung von kleinen Blitzdemonstrationen, bei denen im Sprechchor diese Losungen gerufen werden.

Es bleibt der Findigkeit der Genossen überlassen, auch noch auf andere Weise zu demonstrieren.

Bei der Überprüfung der Parteiarbeit zeigte es sich, daß trotz aller geleisteten Arbeit und den dabei erreichten nicht unwesentlichen Fortschritten, ein nicht zu unterschätzender Tempoverlust besteht, den es in kurzer Zeit wettzumachen gilt.

Die politische Aktivität in den Parteiorganisationen beginnt festere Formen anzunehmen. Die Reihen der Partei sowie die Parteidisziplin haben sich weiter gefestigt.

Die Parteikonferenz weist die Auffassung einer Reihe von „Parteimitgliedern" zurück, die jede, auch die kleinste Aktivität der Partei ablehnen, weil die Zeit noch nicht reif sei: man müsse noch warten, bis die Rote Armee Hitler den Gnadenstoß versetzt hat usw. usf. Der jahrelange Kampf der Partei hat bewiesen, daß man doch etwas tun kann. Und auf die Rote Armee warten? Wo bleibt denn da die internationale Solidarität des Proletariats?

Daher erklärt die Konferenz, daß nur der Parteimitglied ist, der sich in einer der Parteiorganisationen an der Parteiarbeit aktiv beteiligt.

Vorwärts, Genossen und Genossinnen, schließt noch fester die Reihen der Partei, macht sie stahlhart und eisern diszipliniert, und die Faschisten werden sich den Schädel an ihr einrennen!

Vorwärts, Genossen und Genossinnen, alles für den Sieg des deutschen Volkes über Hitler und seinen Krieg, für Frieden, Freiheit und Brot, für ein neues, freies Deutschland!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, DF X/14.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten
aus den Jahren 1914–1946, 2. durchgesehene Auflage,
Berlin 1955, S. 423/424.

89

Aus der Rede Erich Ollenhauers auf der 1. Landeskonferenz der Londoner Gruppe des sozialdemokratischen Parteivorstandes am 7./8. November 1942

Und dennoch wird sich der November 1918 nicht wiederholen. Zwischen 1918 und heute liegt eine Welt von Erfahrungen und Erkenntnissen für uns alle. Es gibt kein Zurück zum November 1918 und zur Republik von Weimar.

Heute wissen wir: Es ist wichtig für die Arbeiterklasse, die politische Macht zu erkämpfen, aber noch wichtiger ist es, sie zu behaupten und zielbewußt anzuwenden. Die neue deutsche Revolution muß die politische Demokratie sichern durch einschneidende Veränderungen in der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung. Die Hintermänner Hitlers in der Schwerindustrie und im Großgrundbesitz müssen mit Hitler stürzen. Die Basis ihrer Macht, ihr wirtschaftlicher Besitz, muß ihnen genommen werden.

Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesamtheit muß vom neuen Staat bestimmt werden. An die Stelle der Kriegswirtschaft muß die Friedens- und Bedarfswirtschaft treten, die Hunger und Not überwindet und den arbeitenden Menschen den gerechten Anteil an dem Ertrag ihrer Arbeit sichert.

Auf politischem Gebiet muß der neue Staat die elementaren Menschenrechte wieder in Kraft setzen. Es gibt nur eine Alternative auf den totalitären Staat, es gibt für Sozialisten nur eine Alternative auf die Mißachtung und die Schändung des Menschentums, das ist die Anerkennung des Rechts und der Freiheit der Persönlichkeit. Achtung der persönlichen Freiheit, Rechtssicherheit und politische Mitbestimmung müssen daher die Grundlagen der neuen politischen Ordnung sein. Es wird die Demokratie freier Menschen sein.

Aus den Erfahrungen und Schwächen der Vergangenheit aber wird die neue deutsche Demokratie in ihrer praktischen Politik die Lehren zu ziehen haben. Die neue Demokratie wird eine kämpferische Demokratie sein müssen. Demokratische Rechte ja, aber nicht für die Feinde der Demokratie, die nur das Ziel verfolgen, mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie zu vernichten.

Die neue Demokratie muß nicht nur stark in der Verteidigung, sie muß auch stark im Angriff sein. Wir müssen eine lebendige Demokratie schaffen . . .

Die Ideen der Völkerverständigung und der europäischen Zusammenarbeit müssen wir aus dem Reich der Propaganda und der Festveranstaltungen in den Bereich der praktischen Politik stellen. Vor allem müssen diese Ideen kompromißlos zur Grundlage der öffentlichen Meinungsbil-

dung und der öffentlichen Erziehung gemacht werden. Diese Ideen sind geboren aus unserer sozialistischen Überzeugung. So wie wir auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in der neuen Republik den Weg von der politischen Demokratie zur sozialistischen Ordnung gehen müssen und wollen, so müssen wir auch den Schritt tun zur Eingliederung Deutschlands in die neue europäische Ordnung. Nach dem furchtbaren Erbe, das Hitler dem deutschen Volk hinterlassen wird, wird diese Politik auch die einzige sein, die das deutsche Volk wieder als einen angesehenen und gleichberechtigten Partner in die europäische Völkerfamilie zurückführen kann.

Alle diese Aufgaben sind ungeheuer schwer. Sie werden in Angriff genommen werden müssen unter den schwersten innen- und außenpolitischen Bedingungen. Sie sind Aufgaben, die die größten Anforderungen an die konstruktiven Fähigkeiten der Sozialisten stellen werden, Aufgaben, die nur mit praktischen und konstruktiven Vorstellungen gelöst werden können.

Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1942, Nr. 44, S. 15, 17.

90

Aus dem Beschluß der Leitung der Organisation der KPD in Frankreich vom 15. November 1942

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch in Deutschland die Antihitlerfront wächst... Besonders die Kräfte in der Arbeiterschaft regen sich sichtbarlich, und zweifellos kann man von gebietlichen Organisationen der Kommunistischen Partei sprechen. Dafür zeugen die bekannt gewordenen herausgegebenen und verbreiteten Materialien (Flugblätter), die einheitlichen Parolen vor den Betrieben, die Losungen und Diskussionen im Betrieb; ... Natürlich handelt es sich um erste, aber sehr ernste Versuche auf dem Gebiet der Schaffung einer mächtigen, schlagfertigen Organisation.

Ausgehend von dieser Beurteilung der Lage und ihrer weiteren Gestaltung, steht für die Kommunistische Partei Deutschlands mit erhöhter Dringlichkeit die Pflicht zur höchsten Aktivität... Wir haben die Pflicht zur höchsten Kraftanwendung, um das deutsche Volk zurückzureißen vom Rande des Abgrunds. Das ist nur möglich durch den Sturz Hitlers, durch die Kraft des deutschen Volkes, um den Weg frei zu machen für ein neues, freies, glückliches Deutschland.

Was tun?

1. Heranziehung aller erreichbaren, zuverlässigen Kräfte, um wirklich alle Möglichkeiten ausnützen zu können.

2. Aufteilung dieser Kräfte für Sachgebiete und Spezialaufgaben.

3. Größte Wahrung aller Sicherungsmaßnahmen.

Arbeit für den Abschnitt West (Land).

a) Regelmäßige Herausgabe der Zeitung „Die Stimme des Volkes".

b) Herstellung von Flugblättern und ihre Verbreitung im Arbeitsgebiet.

c) Verbreitung der Parteidokumente (Reden Stalins, der Führer der Partei usw.) im Lande.

d) Laufende Herausgabe von Instruktionen für die nach und in Deutschland arbeitenden Kräfte (Instrukteure, Soldaten und Organe im Lande).

e) Pflege von Verbindungen zu aus Deutschland kommenden und nach Deutschland gehenden Arbeitern.

f) Aufspürung und Ausnützung aller Wege und Kanäle, um Material ins Land zu bringen.

g) Entsendung von Boten ins Land zur Übermittlung von Instruktionen und Nachrichten.

h) Verpflanzung von geeigneten Kräften ins Land.

i) Intensive, regsame Entfaltung einer breiten Agitations- und Propagandaarbeit unter den deutschen Soldaten, Schaffung von Soldatenkomitees und Parteigruppen im Lande sowie in den besetzten Gebieten. Schaffung der nationalen Friedensfront.

Bei der Durchführung aller dieser Arbeiten muß uns ein großer Gedanke beseelen: Sammlung aller Hitlergegner und Kriegsmüden und -überdrüssigen unter einer gemeinsamen Losung: Sturz Hitlers und seiner Kumpanei sowie Beseitigung ihrer Hintermänner, der deutschen Plutokraten. Dabei müssen alle weltanschaulichen Fragen, soweit sie der Bildung dieser Antihitlerfront entgegenstehen könnten, beiseite geräumt werden ... Alle solche etwa auftauchenden Hemmungen müssen schwinden hinter dem einheitlichen Gedanken der Schaffung einer wahren, kämpfenden nationalen Friedensfront zur Rettung des deutschen Volkes vor der unmittelbar drohenden Katastrophe ...

Der Charakter unserer Arbeit, der Inhalt unserer herausgegebenen Materialien muß mit einem Geist erfüllt werden, daß alle damit in Berührung Kommenden mit Hochachtung und Bewunderung für die Kommunistische Partei erfüllt werden und die in der revolutionären Arbeit Stehenden mit immer größerer, verbissener Leidenschaft und Beharrlichkeit ihr Ganzes einsetzen und, von tiefster Liebe für die Partei erfüllt, die zugeteilten Aufgaben lösen. So werden wir dazu beitragen, daß in Bälde das fluchwürdige Hitlersystem gestürzt wird und die Kommunistische

Partei Deutschlands an der Spitze der Werktätigen an den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung in Deutschland herangehen kann.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 231/4/1631, Bl. 116–119.

91

Aus dem „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht" vom 6. Dezember 1942

Zum gemeinsamen Einsatz für ein gemeinsames Ziel schlagen wir als das Aktionsprogramm der nationalen Friedensbewegung die folgenden zehn Punkte vor:

1. Sofortige Einstellung der Kriegshandlungen. Unverzügliche Zurückführung der Wehrmacht in die Heimat und den Verzicht auf Eroberungen und fremden Raum.

2. Sturz der Hitlerregierung und die Schaffung einer nationalen demokratischen Friedensregierung.

3. Verhaftung und Bestrafung der Kriegsschuldigen und die Einziehung ihres Vermögens. Auflösung der SS und der Gestapo.

4. Freilassung der verhafteten und verurteilten Geistlichen, Abgeordneten, Partei- und Gewerkschaftsführer und aller wegen politischer Delikte von der Hitlerregierung Eingekerkerten. Auflösung der Konzentrationslager. Außerkraftsetzung der entwürdigenden Rassenhetze.

5. Freiheit der Meinung, der Presse und der Versammlung, Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung. Ungehinderte Ausübung des Gottesdienstes. Freiheit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisation.

6. Aufhebung aller von der Hitlerregierung erlassenen volksschädlichen wirtschaftlichen Zwangsgesetze. Wiederherstellung der Freiheit der bäuerlichen und gewerblichen Wirtschaft und des freien Handels. Sicherung der Existenz und der Entwicklung der kleinen und mittleren Betriebe in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe. Gerechte Verteilung der Steuerlasten. Staatliche Förderung der Zivilgütererzeugung und des Außenhandels. Verfassungsmäßiger Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums.

7. Arbeit, gerechte Entlohnung, achtstündigen Normalarbeitstag und das Recht auf Erholung für alle Arbeiter und Angestellten. Wiederherstellung der alten Rechtsansprüche der Beamten. Förderung der Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten der Jugend.

8. Ausreichende staatliche Unterstützung und umfassende Fürsorge für

die Kriegsversehrten und für die Hinterbliebenen der Gefallenen auf Kosten des enteigneten Vermögens der Kriegsschuldigen, Kriegsgewinnler, Spekulanten und Schieber.

9. Eine auf den Frieden und die internationale Zusammenarbeit der Völker und Staaten orientierte Außenpolitik, Anerkennung des Rechtes auf Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit für alle Völker.

10. Einberufung einer aus freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehenden neuen deutschen Reichsversammlung, die eine demokratische Reichsverfassung beschließt und die verfassungsmäßigen und materiellen Garantien für Recht, Gesetz und Ordnung schafft.

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Offiziere und Soldaten!

Die nationale Friedensbewegung erstrebt ein neues Deutschland, einen wahrhaft demokratischen Staat, ein Reich des Friedens und der Freiheit. Das neue, demokratische Deutschland wird nicht Schwäche und Wehrlosigkeit sein, sondern ein Reich, stark durch die Einheit und Freiheit des Volkes. Nicht zurück in die Vergangenheit wollen wir schauen, sondern vorwärts in eine schönere deutsche Zukunft.

Hat das Volk den Willen, so hat es auch die Mittel in der Hand, seinem Willen Geltung zu verschaffen. Für das erhabene Ziel des Friedens und der Freiheit laßt uns den Kampf beginnen!

Zur Geschichte der deutschen
antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945.
Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten,
Berlin 1958, S. 179.

92

Aus dem Vorschlag des Organisationskomitees für die Gründung des Lateinamerikanischen Komitees der Freien Deutschen vom Februar 1943

Das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen kämpft gegen den Hitlerfaschismus, für ein freies, demokratisches Deutschland in Übereinstimmung mit der Atlantikcharta. Es kämpft daher für den Sieg der Verbündeten Nationen über Hitler und seine Achsenpartner, für die Verteidigung der Demokratie, für die Vernichtung der nazistischen Fünften Kolonne, für die Bestrafung aller nazistischen Kriegsschuldigen. Es unterstützt den Freiheitskampf der antifaschistischen deutschen Volksmassen und kämpft für die Einigung des deutschen Volkes zum Sturz des Hitlerregimes. Es tritt ein für die Befreiung aller von Hitler unterdrückten Völker und wirkt für die sofortige Zurückziehung der Achsentruppen aus allen besetzten Ländern.

Das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen arbeitet für die Zusammenfassung, Sammlung und Einigung aller deutschen antifaschistischen Bewegungen und aller deutschen antifaschistischen Persönlichkeiten, die in den lateinamerikanischen Ländern Asyl und Gastfreundschaft gefunden haben, ohne Unterschied der Rasse, Religion und der früheren Parteizugehörigkeit, sofern sie sich zu diesen Programmforderungen bekennen. Es wirkt in den einzelnen Ländern für den Zusammenschluß der Deutsch-Lateinamerikaner auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage.

Das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen setzt sich aus Vertretern der Bewegungen antifaschistischer Deutscher in den Ländern Lateinamerikas und aus Persönlichkeiten antifaschistischer Auslandsdeutscher und Flüchtlinge der Politik, Literatur, Wissenschaft, Gewerbe und Kunst zusammen ...

Das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen erstrebt die Durchführung einheitlicher Aktionen gegen den Hitlerfaschismus und für den Sieg der Verbündeten Nationen.

Freies Deutschland (Mexiko), 1943, Nr. 3, S. 32.

93

Aus der Denkschrift Carl Goerdelers vom 26. März 1943

Somit Programm:

a) Im Innern: Die verantwortliche Reichsregierung, die wieder in ordnungsmäßigen Kabinettsberatungen arbeiten muß, erhält genügend Bewegungsfreiheit, um führen zu können; unerläßlich aber ist eine Kontrolle durch eine Vertretung des Volkes. Einstweilen nur Beratungsorgane in Reich, Kreisen, Ländern und Gemeinden. Endgültige Verfassung erst nach Rückkehr der Frontsoldaten.

Sofort Wiederherstellung der alleinigen Souveränität des Staates;

Wiederherstellung von Recht und Anstand, von Gewissens- und Geistes-, von Glaubens- und Religionsfreiheit;

Trennung von Staat und Kirchen, die sich selbst erhalten müssen und keine Politik treiben dürfen. Saubere Vermögensauseinandersetzung; dafür weist der Staat ihnen lebensnahe Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und der Erziehung, zu und bekennt sich klar zu christlichen Grundsätzen. Eine Abteilung für kirchliche Angelegenheiten im Ministerium übt die erforderlichen Aufsichtsrechte aus.

Aufbau aller Verwaltungen auf Sachkunde und Verantwortungsbewußtsein;

Wiederherstellung der Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Ländern und gleichzeitige Beseitigung übertriebener Zentralisation;

Ordnung der Finanzen und der Währung;

Vereinfachung der Kriegswirtschaft unter voller Aufrechterhaltung der kriegsbedingten Zwangswirtschaft. Baldmögliche Überleitung der letzteren in eine Wirtschaft, die sich ebensosehr auf den Unternehmungsgeist der Persönlichkeit wie auf den notwendigen Verantwortungssinn gegenüber der Allgemeinheit, auf Anerkennung der Bedeutung des Wertes des Arbeiters und der Bedeutung des Kapitals stützt. Privatmonopole werden in Reichsgerechtsame überführt.

Wiederherstellung eines klaren Erziehungswesens, das auf jeder Stufe Grundkenntnisse lehrt und den Blick aufs Ganze richtet. Besonders wichtig die Bildung des Charakters auf christlicher Grundlage und eine wirtschaftliche Erziehung, die allein Unternehmer und Arbeiter befähigt, den Tatsachen Rechnung zu tragen, in gegenseitiger Achtung zusammenzuwirken sowie die rechte Grenze zu finden zwischen den berechtigten Interessen der Sparer und den berechtigten Interessen der Arbeiter, zwischen Einzelunternehmen und öffentlichen Betrieben.

Aufrechterhaltung einer genügend starken deutschen Wehrmacht, deren Offiziere und Unteroffiziere Aussichten haben müssen, vorübergehend (zwecks Fortbildung) oder dauernd in die Verwaltung, die Wirtschaft oder in das Erziehungswesen übergehen zu können.

b) Nach außen: Zusammenfassung aller Kräfte; Bereitschaft zur Verständigung, die die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes sichert.

Einigung Europas auf der Grundlage selbständiger europäischer Staaten. Die Einigung wird stufenweise durchgeführt. Sofort wird eine europäische Wirtschaftsunion mit einem ständig tagenden europäischen Wirtschaftsrat gebildet. Erst einer solchen wirtschaftlichen Einigung kann später politisches Zusammenwachsen folgen.

Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen unter Berücksichtigung der nationalen Notwendigkeiten eines lebensfähigen Bauerntums und unter Einsatz frei werdender Teile der Marine- und Luftstreitkräfte. Mitwirkung an der Stabilisierung der Währungen, ohne die Weltwirtschaft nicht möglich ist.

c) Alle diese Maßnahmen sollen plastisch den Willen verkörpern, daß wir kein 1918, sondern Deutschland und unser Volk zu nationaler Behauptung stärken wollen. Wir müssen uns aber klar sein, daß die Wiederholung von 1918 eben nur vermeidbar ist, wenn rechtzeitig so, wie hier vorgeschlagen, gehandelt wird.

Gerhard Ritter:
Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung,
Stuttgart 1955, S. 591–593.

94

Aus dem Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 15. Mai 1943

Von vorstehenden Erwägungen ausgehend, unter Berücksichtigung des Wachstums und der politischen Reife der Kommunistischen Parteien und ihrer leitenden Kader in den einzelnen Ländern sowie auch angesichts des Umstands, daß im Verlaufe des jetzigen Krieges eine Reihe Sektionen die Frage der Auflösung der Kommunistischen Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufwarfen, gestattet sich das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale – da es unter den Bedingungen des Weltkrieges nicht die Möglichkeit hat, den Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen – folgenden Vorschlag den Sektionen der Kommunistischen Internationale zur Bestätigung zu unterbreiten:

Die Kommunistische Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufzulösen und die Sektionen der Kommunistischen Internationale von den aus dem Statut und den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale entspringenden Verpflichtungen zu entbinden.

Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ruft alle Anhänger der Kommunistischen Internationale auf, alle ihre Kräfte auf die allseitige Unterstützung und aktive Teilnahme am Befreiungskrieg der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition zu konzentrieren zur raschesten Zerschmetterung des Todfeindes der Werktätigen, des deutschen Faschismus, seiner Verbündeten und Vasallen.

Die Welt (Stockholm), 1943, Nr. 21, S. 628.

95

Aus dem Brief des ZK der KPD an das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 24. Mai 1943

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands stimmt einmütig dem Vorschlag des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 15. Mai 1943 zur Auflösung der Kommunistischen Internationale und der dafür gegebenen Begründung zu. Wir sind fest überzeugt, daß die Gruppen und Organisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die unter den Bedingungen der Hitlertyrannei einen schweren und opferreichen Kampf zur raschen Beendigung des Raubkrieges des deutschen Imperialismus, für den Sturz des Hitler-

regimes, für Frieden und Freiheit führen, diese Entscheidung billigen und sich aus voller Überzeugung unserer Erklärung anschließen werden.

Der Vorschlag zur Auflösung der Kommunistischen Internationale wird einer dringenden historischen Notwendigkeit gerecht ...

Nun gilt es, mit verdoppelter Energie, unter Einsatz aller Kräfte heranzugehen an die Lösung dieser Aufgabe, die Einheit aller Hitlergegner ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubens herzustellen. Von Tag zu Tag schwerer wird die Last der Mitverantwortung des deutschen Volkes für das Kriegsverbrechen Hitlers, für die zahllosen unmenschlichen Grausamkeiten der Hitlerbanditen gegen andere Völker. Immer tiefer reißt Hitler Deutschland in den Morast seiner Verbrechen hinab. Immer weiter treibt Hitler mit seinem „totalen" Krieg und der „totalen" Mobilisierung das schaffende deutsche Volk in den Ruin. Es gibt nur ein unaufschiebbares nationales Gebot, nur die eine brennende Aufgabe für jeden Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in Hitlerdeutschland, der nicht mit den Nazihalunken entartet und verwildert ist. Das ist der unermüdliche, keine Opfer scheuende Kampf gegen die Hitlerbanditen, die Entfaltung einer einheitlichen, alltäglichen und allseitigen Aktion für die rasche Beendigung des Hitlerkrieges durch die Zertrümmerung der Kriegsmaschine Hitlers, für die Freiheit und die Rechte des Volkes. Das ist der einzige Weg für das deutsche Volk, sich vor dem Sowjetvolk und vor allen Völkern der Welt von der braunen Schande rein zu waschen und die Last der Mitverantwortung für Hitlers Verbrechen von seinen Schultern zu werfen! Das ist die einzige Rettung aus der Katastrophe, in die Hitler das schaffende deutsche Volk gestürzt hat!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N11-B.

96

Aus dem Vorschlag des Politbüros des ZK der KPD zur Bildung eines deutschen Komitees zum Kampf gegen Hitlerkrieg und Nazityrannei vom 27. Mai 1943

Das Komitee hat die Aufgabe, durch Aufklärungsarbeit unter deutschen Fronttruppen, unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und durch Flugblatt- und Radiopropaganda nach Deutschland alle Kräfte zum Kampf gegen den Hitlerkrieg und die Nazityrannei zu mobilisieren, den deutschen Soldaten und Offizieren und dem deutschen Volke zu helfen, sich vom Gift des Hitlerismus zu befreien, die Hitlerclique als Feind der Nation zu erkennen und sich in einer einheitlichen Front des Kampfes

für Frieden und Freiheit zusammenzuschließen. Diese Aufgaben sollen auf folgender Grundlinie entwickelt werden:

1. Sammlung aller Kräfte des deutschen Volkes in der nationalen Friedensbewegung für den Sturz der Hitlerclique und für die rascheste Beendigung des Hitlerkrieges; Unterstützung des gerechten Kampfes des Sowjetvolkes.

2. Hitler hat das deutsche Volk in die Katastrophe getrieben. Die Niederlage und der Sturz Hitlers sind der einzige Weg zur Rettung. Nur durch Einstellung der Kriegshandlungen durch die deutschen Truppen selbst, durch unverzügliche Räumung der besetzten Gebiete und durch eindeutige Ablehnung aller Ansprüche auf Eroberungen fremder Gebiete kann der sofortige Friede herbeigeführt werden.

3. Bestrafung der Hitlerclique als der einzigen Schuldigen am Kriege und Bestrafung aller Verantwortlichen für die am deutschen Volke und an den anderen Völkern verübten Naziverbrechen. Ausrottung des faschistischen Rassenhasses, Vernichtung der Wurzeln der imperialistischen Raubpolitik und des preußischen Militarismus. Zerschlagung des Gewaltapparates der Hitlerpartei und des Nazisystems.

4. Für ein demokratisches Deutschland, wo das deutsche Volk selber über seine innere Ordnung bestimmt, um in Frieden und Freundschaft mit dem Sowjetvolke und den anderen Völkern zu leben.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N11–A.

97

Aus dem „Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' an die Wehrmacht und an das deutsche Volk" vom 12./13. Juli 1943

Die Ereignisse fordern von uns Deutschen eine unverzügliche Entscheidung.

In dieser Stunde höchster Gefahr für Deutschlands Bestand und Zukunft hat sich das Nationalkomitee „Freies Deutschland" gebildet.

Dem Nationalkomitee gehören an: Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschaftler und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten.

Das Nationalkomitee bringt die Gedanken und den Willen von Millionen Deutscher an der Front und in der Heimat zum Ausdruck, denen das Schicksal ihres Vaterlandes am Herzen liegt.

Das Nationalkomitee erachtet sich als berechtigt und verpflichtet, in dieser Schicksalsstunde im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, klar und schonungslos, wie die Lage es erfordert.

Hitler führt Deutschland in den Untergang ...

Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler.

Die Tatsachen beweisen: Der Krieg ist verloren. Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermeßlicher Opfer und Entbehrungen. Die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.

Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes ...

Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden.

Aber mit Hitler schließt niemand Frieden. Niemand wird auch nur mit ihm verhandeln. Daher ist die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes. Nur sie wird das Vertrauen des Volkes und seiner ehemaligen Gegner genießen. Nur sie kann den Frieden bringen.

Eine solche Regierung muß stark sein und über die nötigen Machtmittel verfügen, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und Günstlinge, unschädlich zu machen, mit Terror und Korruption rücksichtslos aufzuräumen, eine feste Ordnung zu schaffen und Deutschland nach außen hin würdig zu vertreten. Sie kann nur aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Eine solche Regierung muß den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten, unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete. So wird sie den Frieden erzielen und Deutschland in die Gemeinschaft gleichberechtigter Völker zurückführen. Erst sie schafft dem deutschen Volke die Möglichkeit, im Frieden seinen nationalen Willen frei zu bekunden und seine Staatsordnung souverän zu gestalten.

Das Ziel heißt: Freies Deutschland.

Das bedeutet:

Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt.

Restlose Beseitigung aller auf Völker- und Rassenhaß beruhenden

Gesetze, aller unser Volk entehrenden Einrichtungen des Hitlerregimes, Aufhebung aller gegen die Freiheit und Menschenwürde gerichteten Zwangsgesetze der Hitlerzeit.

Wiederherstellung und Erweiterung der politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Schaffenden, Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion.

Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Sicherung des Rechtes auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums, Rückgabe des durch die nationalsozialistischen Machthaber geraubten Hab und Guts an die Eigentümer, Beschlagnahme des Vermögens der Kriegsschuldigen und der Kriegsgewinnler, Güteraustausch mit anderen Ländern als gesunde Grundlage eines gesicherten nationalen Wohlstandes.

Sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes.

Gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, über die Anführer, ihre Hintermänner und Helfer, die Deutschland ins Verderben, in Schuld und Schande stürzten, Amnestie jedoch für alle Hitleranhänger, die sich rechtzeitig durch ihre Taten von Hitler lossagten und der Bewegung für ein freies Deutschland anschließen.

Vorwärts, Deutsche, zum Kampf für ein freies Deutschland!

Wir wissen: Opfer sind unvermeidlich. Aber sie werden um so geringer sein, je entschlossener der Kampf gegen Hitler geführt wird. Die Opfer im Kampf um Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein als die sinnlosen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert.

Deutsche Soldaten und Offiziere an allen Fronten!

Ihr habt die Waffen! Bleibt unter den Waffen! Bahnt Euch mutig unter verantwortungsbewußten Führern, die eins sind mit Euch im Kampf gegen Hitler, den Weg zur Heimat, zum Frieden.

Schaffende Männer und Frauen in der Heimat!

Ihr seid die Mehrheit! Macht sie zur Stoßkraft durch Organisation! Bildet Kampfgruppen im Betrieb, im Dorf, im Arbeitslager, auf den Hochschulen, überall, wo Ihr zusammenkommt! Leistet Hitler keine Gefolgschaft mehr! Laßt Euch nicht mehr mißbrauchen zur Mithilfe an der Verlängerung des Krieges! Kämpft mit allen Mitteln, jeder auf seine Weise an seinem Platz im gesellschaftlichen Staats- und Wirtschaftsleben! . . .

Der Kampf für ein freies Deutschland erfordert Mut, Tatkraft und Entschlossenheit. Vor allem Mut. Die Zeit drängt. Rasches Handeln tut not. Wer aus Furcht, Kleinmut oder blindem Gehorsam weiter mit Hitler geht, handelt feige und hilft Deutschland in die nationale Katastrophe treiben. Wer aber das Gebot der Nation höher stellt als den Befehl des

„Führers" und Leben und Ehre für sein Volk einsetzt, handelt mutig und hilft das Vaterland vor seiner tiefsten Schmach erretten.

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland".
Manifest und Protokoll der Gründungstagung.
Juli 1943, o. O. u. J., S. 5–11.
Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Bd. 1, Mai 1945–April 1946,
Berlin 1959, S. 3–6.

98

Aus dem Programm der Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz vom August 1943

Sturz der Hitler-Regierung! Frieden!

Verhaftung aller für den Krieg Verantwortlichen und Beschlagnahme ihrer Vermögen. Strenge Durchführung der Aburteilungsverfahren. Verhaftung, Auslieferung oder Aburteilung derjenigen, die der Kriegsverbrechen beschuldigt sind.

Sofortige Auflösung und Entwaffnung der NSDAP und der NS-Verbände (SA, SS, HJ, NSLB, NSFK, NSKK, DAF, TENO usw.). Gleichzeitig Auflösung und Entwaffnung der Polizeiorgane des Hitlerregimes (Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Geheime Staatspolizei, Sicherheitsdienst der Waffen-SS, SD, Gendarmerie usw.). Schaffung von Orts- und Einwohnerwehren aus den Reihen der antifaschistischen Kämpfer.

Beschlagnahme aller im Besitze von NS-Organisationen befindlichen Werte und Einrichtungen und deren Übergabe an die von der Hitlerdiktatur beraubten demokratischen Organisationen.

Aufhebung der Rassengesetze, die ein Schandfleck für unsere Nation sind.

Radikale Austilgung der Nazi- und reaktionären Junkerideologie.

Eine demokratische Friedensregierung.

Sie wird folgende Maßnahmen veranlassen:

Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen.

Demobilmachung der gesamten Wehrmacht, schnellste Überführung der bisherigen Wehrmachtsangehörigen in die Friedensproduktion und den Wiederaufbau.

Aufbau eines demokratischen Staatsapparates. Abschaffung aller zum Schaden des Volkes erlassenen Wirtschaftsgesetze.

Übergang zur Friedensproduktion in der Wirtschaft, Förderung der

Volkswirtschaft und Schutz vor der Arbeitslosigkeit durch Industrie- und Produktionskontrolle der Arbeiter und Angestellten in Industrieausschüssen und Fabrikkomitees.

Gerechte Verteilung der Steuern, Liquidierung der hitlerischen Finanzkatastrophe. Einführung einer neuen Währung.

Umfassende Hilfe für alle Obdachlosen durch gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes, sofortige Erstellung provisorischer Wohngelegenheiten und großzügige Planung im Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Sofortige Hilfe für den Mittelstand.

Sicherung der Ernährung durch Zuteilung von Land und Maschinen an den bäuerlichen Kleinbesitz, an Landarbeiter und Siedler aus dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz der Junker. Beendigung der Zwangsablieferung landwirtschaftlicher Produkte. Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Landbevölkerung.

Freiheit und Gerechtigkeit in einem neuen Deutschland!

Deshalb:

Freie Initiative in der Wirtschaft.

Neuaufbau einer freien deutschen Gewerkschaftsbewegung, die der Arbeit ihren Lohn garantiert sowie das Recht auf ausreichenden Urlaub für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Mitbestimmungsrecht der Belegschaften bei Organisierung und Lenkung der Produktion.

Fortschrittliche Sozial- und Kulturpolitik.

Wiederherstellung aller demokratischen Grundrechte, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Religions- und Meinungsfreiheit für alle aufbauwilligen Kräfte und Schichten des Volkes, Wiederherstellung des Koalitionsrechtes für alle demokratischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen.

Wahlen zur Schaffung von Selbstverwaltungsorganen in Stadt und Land. Wählbar in verantwortliche Stellen sind nur solche Männer und Frauen, die durch ihre einwandfreie, kompromißlose Haltung während des Naziregimes das Vertrauen der Allgemeinheit erworben haben.

Wiedererringung der Souveränität des deutschen Volkes auf der Grundlage des Vertrauens und der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Nationen, Politik der Freundschaft und guten Nachbarschaft mit allen fortschrittlichen Völkern.

Wolfgang Langhoff: Die Bewegung „Freies Deutschland" und ihre Ziele, Zürich/New York 1945, S. 17–20.

99

Aus den Grundsätzen des Kreisauer Kreises für die Neuordnung vom 9. August 1943

1. Alle in der Wirtschaft tätigen Menschen haben gleiche Mindestpflichten zu erfüllen. Zu diesen Mindestpflichten gehören Ehrlichkeit und Sauberkeit in der Wirtschaftsführung, Vertrags- und Arbeitstreue im Rahmen der abgeschlossenen Verträge.

Die Existenzsicherung der Werktätigen ist um ihrer Menschwürde willen Aufgabe der Wirtschaftsführung. Zugleich sind alle Anstrengungen zu machen, um das durch die schweren Wirtschaftsschäden des Krieges zunächst beeinträchtigte Existenzminimum möglichst bald und allgemein zu heben. Die dazu erforderlichen Leistungen sind von dem einzelnen, dem Betriebe, den Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft, der Deutschen Gewerkschaft und dem Staat aufzubringen unter Berücksichtigung der Sicherung auch der von dem Werktätigen abhängigen Familie.

2. Die Reichsregierung sieht die Grundlage des Wiederaufbaues der Wirtschaft in einem geordneten Leistungswettbewerb, der sich im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung vollzieht und hinsichtlich seiner Methoden unter ständiger staatlicher Aufsicht vollzieht.

Wo die vorhandenen Bindungen und Verflechtungen der Wirtschaft (Monopole, Kartelle, Konzerne) diesen Leistungswettbewerb ausschließen, ist es Aufgabe der Wirtschaftsführung, die Grundsätze des geordneten Leistungswettbewerbs zur Geltung zu bringen und die Interessen der Gesamtheit zu wahren.

Das Gemeinschaftsinteresse der Wirtschaft an den Großindustrien erfordert in besonderem Maße bei diesen Industriezweigen eine straffe Wirtschaftsführung des Staates. Schlüsselunternehmen des Bergbaues, der eisen- und metallschaffenden Industrie, der Grundchemie und Energiewirtschaft werden in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden. Die Betriebe der öffentlichen Hand sind nach den allgemeinen für die Wirtschaft geltenden Grundsätze zu führen und zu beaufsichtigen.

Die wirtschaftliche Führung des Reiches wird über die Einflußnahme auf Märkte und Großindustrien die Wirtschaftspolitik der Länder fördern und für einen möglichst reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses sorgen. Die Reichsregierung fördert die Entwicklung des Betriebes zu einer Wirtschaftsgemeinschaft der in ihm schaffenden Menschen. In einer solchen „Betriebsgewerkschaft" genannten Gemeinschaft wird die Beteiligung der Belegschaft an der Betriebsführung und an den Betriebsergebnissen, insbesondere dem Wertzuwachs des Betriebes, zwischen dem Eigentümer des Betriebes und der Vertretung der Belegschaft

vereinbart. Diese Vereinbarung unterliegt der Genehmigung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaft des Landes.

3. Die „Deutsche Gewerkschaft" ist ein notwendiges Mittel zur Durchführung des dargestellten wirtschaftlichen Programms und des in diesem vorausgesetzten Staatsaufbaus. Sie findet ihre Erfüllung in der Durchsetzung dieses Programms und der Überleitung der von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe des Staates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Sollten die Aufgaben, die die „Deutsche Gewerkschaft" wahrzunehmen hat, ihr Weiterbestehen erfordern, so ist ihr Aufbau dem Staats- und Wirtschaftsaufbau anzupassen.

4. In der nach Ländern gegliederten wirtschaftlichen Selbstverwaltung sind die Betriebe von Industrie, Handel und Handwerk Mitglieder der Gewerbekammern. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind Mitglieder der Landwirtschaftskammern. Die Gewerbekammern und die Landwirtschaftskammern des Landes sind zusammengefaßt in der Landeswirtschaftskammer. Die Gewerbekammern und Landwirtschaftskammern werden paritätisch aus Betriebsführern und Belegschaftsvertretern zusammengestellt, die durch Wahl ermittelt werden. Die Landeswirtschaftskammer wird gebildet von den in sie entsandten Vertretern der Gewerbekammern und Landwirtschaftskammern.

Theodor Steltzer: Von deutscher Politik.
Dokumente, Aufsätze und Vorträge. Hrsg. von Friedrich Minssen,
Frankfurt a. M. 1949, S. 160/161.

100
Glückwunsch des Bankiers Kurt von Schröder an Heinrich Himmler zur Ernennung zum Reichsinnenminister vom 27. August 1943

Mein sehr verehrter Reichsführer!

Mit aufrichtiger Freude habe ich Ihre Ernennung zum Reichsminister des Innern begrüßt und erlaube mir, Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zur Übernahme dieses Amtes zu übermitteln.

Eine starke Hand ist jetzt für die Führung dieses Ministeriums sicher sehr notwendig, und es wird deshalb allseitig, insbesondere aber von Ihren Freunden, dankbar empfunden, daß der Führer Ihnen diese Aufgabe übertragen hat. Seien Sie auch versichert, daß wir immer und jederzeit alles tun werden, was in unseren Kräften steht, wenn wir Ihnen behilflich sein können.

Es ist mir eine Freude, Ihnen bei dieser Gelegenheit melden zu können, daß Ihr Freundeskreis Ihnen auch in diesem Jahr wieder einen Betrag von etwas über 1 Million RM für Ihre besonderen Aufgabengebiete zur

Verfügung gestellt hat. Eine genaue Aufstellung über die Zusammensetzung dieses Betrages werde ich Ihnen in Kürze übermitteln.

Mit vielen herzlichen Grüßen und nochmaligen guten Wünschen – auch namens meiner ganzen Familie – verbleibe ich, mein Reichsführer, in alter Treue und Verehrung mit

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
v. S.
SS-Brigadeführer.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Bd. XXXVI, S. 534.
Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten
und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet
von Prof. Dr. P. A. Steiniger, Bd. II, Berlin 1962, S. 75.

101

Liste der Beiträge führender Vertreter des deutschen Monopolkapitals aus dem „Freundeskreis" Heinrich Himmlers für das Sonderkonto „S" vom 21. September 1943

An Beträgen gingen auf Sonder-Konto „S" im Jahre 1943 ein:

durch Herrn Dr. R. Bingel		
	v/Siemens-Schuckertwerke A. G.	100 000,–
„	Herrn Dr. Bütefisch u. Herrn Geh. Rat Schmitz v/I. G. Farbenindustrie A. G.	100 000,–
„	Herrn Dr. Friedr. Flick v/Mitteldeutsche Stahlwerke GmbH	100 000,–
„	Herrn Ritter von Halt v/Deutsche Bank, Berlin	75 000,–
„	Herrn Ewald Hecker v/Ilseder Hütte	25 000,–
„	Herrn Staatsrat Helfferich v/Deutsch-Amerikanische Petroleum-Ges.	10 000,–
„	Herrn Staatsrat Lindemann v/Deutsch-Amerikanische Petroleum-Ges.	10 000,–
	u. persönlich	4 000,–
„	Herrn Dr. Kaselowsky v/Fa. Dr. August Oetker, Bielefeld	40 000,–
„	Herrn Dr. Alfred Olscher v/Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G.	30 000,–

„ Herrn Prof. Dr. Meyer u. Herrn Dr. Rasche v/Dresdner Bank, Berlin	50 000,–
„ Herrn Staatsrat Reinhart v/Commerz- und Privatbank A. G., Berlin	50 000,–
„ Herrn Gen. Dir. Roehnert v/Rheinmetall Borsig A. G.	50 000,–
„ Hermann Göring-Werke	30 000,–
„ Herrn Dr. Voss v/Hermann Göring-Werke	30 000,–
„ Herrn Gen. Dir. Rosterg v/Wintershall Akt. Ges.	100 000,–
„ Herrn Fregattenkapitän Otto Steinbrinck v/Vereinigte Stahlwerke A. G.	100 000,–
„ Herrn Kurt Frhr. v. Schröder v/Braunkohle-Benzin A. G.	100 000,–
„ Felten Guilleaume Carlswerk A. G.	25 000,–
„ Mix Genest A. G.	5 000,–
„ C. Lorenz A. G.	20 000,–
„ Gewerkschaft Preußen	30 000,–
„ Zinsen u. selber	16 000,–
	RM 1 100 000,–

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, Bd. XXXVI, S. 532/533.
SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS,
Berlin 1964, S. 52/53.

102

Aus dem Aufruf der Gründungskonferenz der Freien deutschen Bewegung in Großbritannien vom 25. September 1943

Wir Deutschen in Großbritannien sprechen zu Euch in einer schicksalsvollen Stunde unseres Volkes. Wie unsere Landsleute in der Sowjet-Union und in Lateinamerika haben wir uns zu einer Freien Deutschen Bewegung zusammengeschlossen. Wir handelten in der Überzeugung, daß nur der sofortige Zusammenschluß aller Deutschen über alle sozialen und weltanschaulichen Verschiedenheiten hinweg und ihr gemeinsames sofortiges Handeln gegen die Hitlerregierung und ihren verbrecherischen Krieg eine furchtbare Katastrophe für Volk und Heimat verhindern können.

Mit jedem Tage, den dieser sinnlose Krieg länger dauert, der nicht im

Interesse des deutschen Volkes geführt wird, wachsen Eure Leiden und wächst der berechtigte Haß der von Hitler versklavten Völker gegen Deutschland. Mit jedem Tag, um den dieser Krieg verlängert wird, wächst die Macht der Vereinigten Nationen, während Deutschland schwächer wird. Das deutsche Volk ist verloren, wenn es die Beseitigung der Hitlerclique andern Völkern allein überläßt. Seine Unabhängigkeit als Nation und die Einheit des Reiches sind aufs äußerste gefährdet, wenn das deutsche Volk nicht den Mut und die Kraft aufbringt, die Verderber der Nation zu beseitigen.

Das Deutschland, das nach Hitler kommt, muß alle Eroberungen Hitlers für nichtig erklären und alles daransetzen, die angerichteten Schäden wiedergutzumachen. Es muß alle Versuche, noch einmal die Freiheit des eignen Volkes in Ketten zu schlagen und einen neuen Krieg vorzubereiten, rücksichtslos schon im Keim ersticken.

Das Deutschland, das nach Hitler kommt, muß die Menschenrechte herstellen. Es muß alle Nazizwangsgesetze und besonders die barbarischen Rassengesetze beseitigen und dem Volke Freiheit geben: Freiheit zu schreiben und zu reden und sich in Vereinigungen zusammenzuschließen, Freiheit des Geistes, des Gewissens und der Religion, Freiheit des Arbeiters, seinen Arbeitsplatz selbst zu wählen, Freiheit des Bauern, auf seinem Hofe als eigner Herr zu walten. Das Deutschland, das nach Hitler kommt, wird das rechtmäßig erworbene Eigentum garantieren, aber es wird mit allen jenen rücksichtslos abrechnen, die am Krieg schuldig sind und die sich an ihm bereichert haben.

Freie Deutsche Bewegung in Groß-Britannien.
Konferenzbericht, o. O. u. J., S. 8.

103
Aus der Rundfunkrede Thomas Manns vom 29. September 1943

Ist Deutschland rettungslos verloren? Nein, es kann gerettet werden, noch heute, noch morgen, vor der äußersten Zerstörung, die ihm droht: durch eine demokratische Revolution, durch die entschlossene Beseitigung des weltunmöglichen Raub- und Mordregimes, das diesen Krieg entzündet hat, und dessen Verschwinden Deutschland friedensfähig machen würde, nach Ost und West. Das Manifest der in Rußland gefangenen deutschen Offiziere hat wieder die Tatsache an den Tag gestellt, daß Deutschland nicht um sein Leben, seine Ehre, daß es nur dafür kämpft, den Untergang dieses Schreckensregimes hinauszuschieben, der doch eine beschlossene und besiegelte, weil absolut notwendige Sache ist.

Wer rettet Deutschland? Die Frage brennt wohl, bei wachsender Not, in manchem Herzen. Der Aufruf der hingerichteten Münchner Studenten an das deutsche Volk, das Schandjoch abzuwerfen, ehe es zu spät ist, war ein Zeichen dafür ...

Was soll aus Deutschland werden? Man hat kein Recht zu dieser Frage nach allem, was schon aus Europa geworden ist, und doch, da Deutschland einem nun einmal Heimat war, fragt man sich so, und das Herz schnürt sich einem zusammen. Die Nazis wissen, daß sie verloren sind. Ihr größenwahnsinniger Satanismus will, daß so noch niemand und nichts untergegangen sein soll wie sie. Es soll ein Untergang sondergleichen, eine Katastrophe nie dagewesenen Stiles sein, und mit sich zur Hölle wollen sie reißen, was sich nur irgend in Blut und Flammen mit hinabreißen läßt. Für die Höllengroßartigkeit des Abganges dieser Brut kämpft heute allein noch das deutsche Volk, setzt es einen Krieg fort, aus dem ihm nichts mehr, aber auch nichts als äußerstes Elend erwachsen kann.

Deutsche Hörer! Fünfundfünfzig Radiosendungen nach Deutschland.
In: Thomas Mann: Gesammelte Werke, Zwölfter Band,
Berlin 1955, S. 703–705.

104

Aus dem Gründungsaufruf des Komitees „Freies Deutschland" für den Westen von Ende September 1943

Wir bekennen uns zu Kampf, Ziel und Programm des Nationalkomitees „Freies Deutschland" in Moskau. Wir unterstellen uns ihm mit dem Treuegelöbnis:

Für die heilige Sache unseres Volkes und Vaterlandes unser Blut und Leben im kompromißlosen Kampf zum Sturze Hitlers und für das freie, friedliche und unabhängige Deutschland einzusetzen ...

Hitler muß weg, damit Deutschland lebe!

Nur durch den Sturz Hitlers erringen wir uns die innere Freiheit zurück. Nur dadurch wird Deutschland auch wieder nach außen frei. Nur so verhindern wir ein noch schlimmeres 1918! Nur so retten wir die Einheit des Reiches und der Nation.

Soldaten und Offiziere! Ihr habt die Waffen. Mit Euch ist das Volk. Die vereinte Kraft und Macht von Volk und Wehrmacht wird das volksfeindliche Hitlerregime im Nu zum Teufel jagen, zum Wohle unseres Volkes und der ganzen Menschheit und der Erhaltung der Unabhängigkeit des Reiches, das sich im Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Erde wieder emporarbeiten wird.

Soldaten und Offiziere, Nachrichten-Helferinnen, Arbeitsdienstler,

HJ-ler, berufstätige Deutsche! Faßt Vertrauen zueinander als unerläßliche Voraussetzung der gemeinsamen Tat. Bildet Wehrmachtsgruppen der nationalen Bewegung „Freies Deutschland" in allen Truppeneinheiten vom Zuge aufwärts!

Generale und Offiziere, schließt Euch zu Gruppen des „Bundes Deutscher Offiziere" zusammen.

Geht überall in allen Truppeneinheiten an die sofortige Organisierung des Rückmarsches unter Waffen an die Reichsgrenzen. Werbt dafür unermüdlich in der Truppe! Ruhm und Ehre dem Regiment – der Division – die als erste das mutige und mitreißende Vorbild des Abmarsches in die Heimat gibt!

Deutsche in Frankreich! Kämpft in und mit der Bewegung „Freies Deutschland" für den Frieden! Tut nichts mehr für Hitler! – Aber alles für die Ehre und Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 231/4/1959, Bl. 1–2.

105

Aus den Richtlinien zur internationalen Politik der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 23. Oktober 1943

1. Als internationale Sozialisten erstreben wir eine internationale Ordnung, die die Ursachen kriegerischer Konflikte beseitigt.

Wir sehen in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung und in den anderen demokratischen Bewegungen, vor allem der Bauern und der Intellektuellen, die entscheidenden Kräfte für die Erreichung dieses Zieles. Wir erstreben die engste Zusammenarbeit der organisierten Arbeiterschaft aller Länder in einer neuen internationalen Organisation, die eine gemeinsame Politik der sozialistischen Arbeiterbewegung erarbeitet und verwirklicht.

2. Wir setzen uns ein für eine Föderation aller europäischen Völker, da die volle nationalstaatliche Souveränität nicht länger mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa vereinbar ist. Es ist ein Lebensinteresse der deutschen und europäischen Demokraten und Sozialisten, daß der Frieden Europas durch die Zusammenarbeit der britischen Völkergemeinschaft, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika eine stabile Grundlage erhält. Nur in der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten, nicht in Anlehnung nur an eine oder die andere Seite, kann sich ein einiges und freiheitliches Europa entwickeln.

In der Schaffung von Föderationen, die nur Gruppen von Völkern um-

fassen, sehen wir nur dann eine Friedenssicherung, wenn sie sich einer internationalen Organisation ein- und unterordnen.

3. Die Außenpolitik deutscher Sozialisten nach dem Krieg muß in erster Linie der Eingliederung eines demokratischen Deutschlands in eine solche internationale Ordnung dienen.

Für den Erfolg einer solchen Politik ist es wesentlich, daß die Grundsätze der Atlantikcharta in vollem Umfang auch auf ein demokratisches Deutschland Anwendung finden. Wir deutschen Sozialisten erkennen die realen Sicherheitsbedürfnisse der jetzt von den nationalsozialistischen und faschistischen Angreifern überfallenen und unterdrückten Völker an.

Wir sind dabei überzeugt, daß alle technischen Friedenssicherungen nur dann auf die Dauer wirksam sein können, wenn sie eingebaut werden in ein wahrhaft internationales Sicherheitssystem. Dieses System muß eine starke Exekutivgewalt zur Niederhaltung von Angreifern mit weitgehenden Schiedsvollmachten zur friedlichen Beilegung von Konflikten vereinigen. Ein solches System der kollektiven Sicherheit wird auch den Frieden und die Sicherheit eines demokratischen Deutschlands gewährleisten.

Der erste Beitrag eines demokratischen Deutschlands zu diesem System wird die sofortige militärische Abrüstung Deutschlands sein.

Wir sind überzeugt, daß die Vernichtung des deutschen Militärapparates nicht genügt. Wir sind entschlossen, die gesellschaftlichen Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Träger des deutschen Militarismus durch die Enteignung der deutschen Kriegs-Industrie und des Großgrundbesitzes und durch den demokratischen Neuaufbau des Verwaltungsapparates von Grund auf zu beseitigen.

Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des kommenden freien Deutschlands, an der Wiedergutmachung des Unrechts, das Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, und am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuhelfen.

Eine unserer wesentlichen Aufgaben wird es sein, durch eine tiefgreifende Reform des deutschen Erziehungswesens die geistigen und sittlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer konsequenten Verständigungs- und Friedenspolitik der neuen deutschen Demokratie zu schaffen.

Die Gewinnung des deutschen Volkes für eine solche Politik hängt in hohem Maße davon ab, daß dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben wird, in der Gestaltung seiner inneren politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten seiner eigenen Initiative zu folgen.

Vor allem müßte die Auferlegung von Bedingungen, die lang andauernde Massenarbeitslosigkeit hervorrufen und eine wirksame Politik der sozialen Sicherheit [verhindern] würde, verhängnisvolle Folgen für die innere Entwicklung Deutschlands haben.

4. Wir werden den innerpolitischen Kampf für eine solche Außenpolitik auch nach dem Sturz der Hitlerdiktatur gegen starke reaktionäre Kräfte zu führen haben. Wir hoffen, daß wir in diesem Kampf das Vertrauen und die aktive Unterstützung der Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung und des Friedens und Fortschritts in allen Völkern finden werden.

Sozialistische Mitteilungen – News for German Socialists in England (London), 1943, Nr. 55/56, S. 1/2.

106

Aus der Erklärung der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA auf der Konferenz in Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943

Wir bringen unsere Entschlossenheit zum Ausdruck, daß unsere Nationen im Kriege und in dem ihm folgenden Frieden zusammenarbeiten werden.

Was den Krieg anbelangt, so haben unsere militärischen Stäbe an unseren Besprechungen am Runden Tisch teilgenommen, und wir haben unsere Pläne zur Vernichtung der deutschen Streitkräfte abgestimmt. Wir erreichten völlige Übereinstimmung über Ausmaß und Zeit der Operationen, die von Osten, Westen und Süden angesetzt werden sollen. Das allseitige Einvernehmen, das wir hier erzielt haben, gewährleistet, daß der Sieg unser sein wird.

Und was den Frieden anbelangt, so sind wir sicher, daß unsere Eintracht ihn zu einem dauernden Frieden machen wird. Wir sind uns der hohen Verantwortung voll bewußt, die auf uns und allen Vereinten Nationen ruht, einen Frieden zu schließen, der den überwältigenden Massen der Völker der Welt Bereitwilligkeit abnötigen und die Geißel und den Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird.

Zusammen mit unseren diplomatischen Ratgebern haben wir die Probleme der Zukunft geprüft. Wir werden die Mitarbeit und aktive Teilnahme aller Nationen, der großen wie der kleinen, suchen, deren Völker sich ebenso wie unsere eigenen Völker mit Herz und Verstand der Ausrottung von Tyrannei und Sklaverei, von Unterdrückung und Intoleranz widmen. Wir werden sie begrüßen, sowie sie sich bereitfinden, in die Weltfamilie der demokratischen Nationen einzutreten.

Keine Macht der Erde kann uns daran hindern, die deutschen Heere zu Lande, ihre U-Boote zur See und ihre Rüstungsanlagen aus der Luft zu zerstören. Unsere Angriffe werden erbarmungslos und mit steigender Wucht geführt werden.

Nun, da wir von diesen freundschaftlichen Besprechungen scheiden, sehen wir vertrauensvoll dem Tag entgegen, an dem alle Völker der Erde, unberührt von Tyrannei, ihren verschiedenen Wünschen und ihrem eigenen Gewissen gemäß ein freies Leben führen können.

Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949).
Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin,
Berlin 1966, S. 42/43.

107

Aus dem Bericht Sepp Bichlers an das Nationalkomitee „Freies Deutschland" über die illegale Arbeit am Südabschnitt der deutsch-sowjetischen Front in der Zeit vom 1. bis 29. Dezember 1943

In der Nacht vom Dienstag, dem 30. 11., auf Mittwoch, den 1. 12., ca. 3 km von Alexandrowka bei Nacht weitermarschiert nach dem 7 bis 8 km entfernten Dorf Petrowka. Dort am Morgen des 1. 12. bei Hauptfeldwebel in Schreibstube einer Nachschubkolonne erkundigt über Weg und günstigste Reisemöglichkeit nach Nikolajew ... Der Hauptfeldwebel stellte uns ein Panjefahrzeug mit Pferden zur Verfügung, zur Fahrt nach Alexanderstadt. Auf der Fahrt mit dem Fahrer (Oberschlesier) in aufklärendem Sinn gesprochen. In Alexanderstadt an der Ortskommandantur gemeldet. Quartier im Übernachtungsheim I zugewiesen bekommen. Dortselbst mit einigen Urlaubern gesprochen ...

Donnerstag, den 2. 12.: Durch Feldwebel der Feldgendarmerie LKW anhalten lassen zur Fahrt nach Bahnhof Nowo Grinitschi. Dortselbst den ganzen Tag über kein Fahrzeug bekommen in Richtung Nikolajew, daher abends mit Eisenbahn gefahren (Dienst- und Urlauberzug überfüllt, nicht geheizt). In Snigirewka ausgestiegen, Privatquartier gesucht.

Freitag, den 3. 12.: In Snigirewka Kraftfahrer getroffen, der heftiger Kriegsgegner war und sich mit den Weisungen des NK „Freies Deutschland" einverstanden erklärte und in seinem Sinne arbeiten wird. Am Bahnhof Snigirewka zum erstenmal auf meine Reisepapiere Marschverpflegung empfangen – alles gut geklappt! Abends weitergefahren nach Nikolajew. Im Urlauberübernachtungsheim geschlafen.

Samstag, den 4. 12.: Wir waren auf dem Bazar, um uns die fehlenden Ausrüstungsgegenstände zu besorgen. Von Heeresstreife beanstandet, scharf kontrolliert und mit Verhaftung gedroht. Im Soldatenheim I mit verschiedenen Leuten gesprochen. Kein entscheidender Erfolg. Abends im Übernachtungsheim geschlafen.

Sonntag, den 5. 12.: Im Soldatenheim Nikolajew Bullack und Köhler

getroffen. Mit verschiedenen Leuten Gespräche geführt. Da der Heeres-Kraftfahr-Park, zu dem wir laut Marschdokumente fahren sollten, wenige Tage vorher nach Odessa verlegt worden war, gingen wir am 5. 12. zur Frontleitstelle und ließen uns dort einen Weiterleitungsschein nach Odessa ausstellen.

Montag, den 6. 12.: Fahrt mit Überlandauto nach Odessa ... In Odessa bei „Kommandeur für Urlaubsüberwachung" und Frontleitstelle gemeldet, in Artl. Schule geschlafen.

Dienstag, den 7. 12.: Verschiedene Gespräche mit Landsern im Soldatenheim geführt. Vom Quartieramt für 3 Tage Quartier anweisen lassen im Übernachtungsheim ...

Donnerstag, den 9. 12.: Im Soldatenheim mit einigen Leuten Gespräche geführt, sie über die Sinnlosigkeit des Krieges aufgeklärt. Für aktive Arbeit war keiner zu erreichen ...

Freitag, den 10. 12.: Treffe vor der Waschgelegenheit des Übernachtungsheims einen Wachtposten (aus Ternitz in Niederösterreich). Er kommt auf mich zu, sieht meine Auszeichnungen und fragt, wie lange wir denn da vorne noch aushalten wollten, der Krieg sei ja doch längst schon verloren und ob wir denn noch nicht genug hätten. Ich habe ihm über unsere Sache vollkommene Aufklärung gegeben, mußte aber das Gespräch abbrechen, da wir unangenehme Zuhörer hatten ... Am Quartieramt Nachtquartier um 2 Tage verlängern lassen ...

Sonntag, den 12. 12.: Im Kino des Soldatenheimes mit Feldwebel diskutiert, erklärte sich mit dem Programm des NK einverstanden, war zur aktiven Arbeit jedoch nicht bereit. In Restaurant „National" in Odessa Feldwebel (Saarländer) und Unteroffizier (Sudetendeutscher) von Kraftfahrabteilung gesprochen. Beide haben den Krieg gründlich satt und wollen los von Deutschland. Sie vertraten die Ansicht, Überlaufen zahle sich nicht mehr aus, da der Krieg sowieso bald zu Ende sei und sie normal nicht an die Front vorkommen. Illegal im Übernachtungsheim geschlafen ...

Mittwoch, den 15. 12.: Im Übernachtungsheim in Nikolajew traf ich 32 österreichische Industriearbeiter, die als Marscheinheit an die Front geschickt wurden ... Ich forderte sie auf, bei nächstbester Gelegenheit zur Roten Armee überzugehen und überall für die österreichische Sache einzutreten, was sie mir fest mit Handschlag versprachen. Ich sagte ihnen meinen richtigen Namen ... mit der Bemerkung, sie sollen bei der Roten Armee angeben, daß sie von mir geschickt wurden ...

Sonntag, den 19. 12.: Im Soldatenheim II von Heeresstreife (Hauptmann) wegen eines Fehlers auf dem „Sonderausweis D" beanstandet. Verhaftung angedroht. Mittags im Quartieramt beim Empfang der Essenmarken wegen zu langem Aufenthalt in Nikolajew aufmerksam gemacht

worden. Abends auf der Frontleitstelle beim Empfang der Marschverpflegung wegen zu langem Aufenthalt in N. angemeckert. Daher keine Möglichkeit mehr, sich legal aufzuhalten und deshalb Privatquartier gesucht zwischen einer Einheit ...

Dienstag, den 21. 12.: Gemeinsame Abfahrt aus Nikolajew mit Brigade Bullack-Köhler nach Snigirewka mittels Kraftfahrzeug ...

29. 12.: Bei deutscher Absetzbewegung in Nähe Nichailowka passieren der Linie und Eintreffen bei der Roten Armee.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 65–III/16, Bl. 11–16.

108

Aus Ernst Thälmanns Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen, geschrieben Anfang 1944

Ich bin kein weltflüchtiger Mensch, ich bin ein Deutscher mit großen nationalen, aber auch internationalen Erfahrungen. Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden. Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen! ...

Das Martyrium, das ich auf mich nahm und das sich für große sozialistische Ideale im zwanzigsten Jahrhundert vollzieht, steht nicht vereinzelt und isoliert, abgeschlossen vom deutschen Volke da, es wird geteilt von vielen, vielen namenlosen Kerkergenossen (zu denen auch Du, teurer Schicksalsgenosse, gehörst) und findet Widerhall im Leben einer gewaltigen Millionenbewegung, die in der sozialistischen Sowjetunion das ganze Volk erfaßt und begeistert und in vielen Teilen der Welt ihre ideologische und organisatorische Ausbreitung gefunden hat. Im Hinblick auf diese Tatsache und im engsten Zusammenhang mit der politischen und militärischen Entwicklung des gegenwärtigen Kriegsgeschehens, die nicht hier, sondern in einem besonderen Kapitel später behandelt werden soll, kann nur mein künftiges Leben erörtert werden ...

Zwei Kämpfer, zwei Schicksale, zwei Kerkerleben und zwei Leidenswege und doch Gleichklang der Gedanken und Ziele – zwei Gleich-

gesinnte in Treue zur sozialistischen Idee. Daß Menschen durch gemeinsame Kerkererlebnisse miteinander verbunden werden, ist eine Tatsache. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist da und ist durch die Einheit, die in beiderseitigen Auffassungen – wenn auch nur brieflich – zum Ausdruck kam, nur noch vertieft und gestärkt worden. Auf welcher Straße des Lebens Du auch in der Zukunft gehen wirst, Vorbedingung für Deine Haltung ist Dein Charakter. Wir haben uns ins Gesicht, ins Herz, ja in den Charakter geschaut, ohne uns persönlich zu kennen. Goethe sagt im „Torquato Tasso": „Es bildet ein Talent sich in der Stille, sich ein Charakter in dem Strom der Welt." Und in „Wilhelm Meisters Lehrjahren" heißt es: „Die Geschichte eines Menschen ist sein Charakter." So ist auch unser allgemeiner Sprachgebrauch: Ein Mensch von Charakter – das bedeutet: Er hat etwas erlebt und ist von den Erlebnissen geprägt worden, er hat in sich etwas Festes, auf das wir uns verlassen können. Das Wort „Persönlichkeit" ist Weiterbildung von „Person". Damit will man etwas Wesentliches am Menschen ausdrücken, was mehr ist als bloße äußere Form. Persönlichkeit aber heißt auch heute noch ein Mensch, aus dem etwas Großes, Bedeutendes spricht. Einmal wird es gebraucht, um etwas zu umreißen, „Persönlichkeit" heißt dann soviel wie: sein Charakter und seelisches Erscheinungsbild. Man wird also das Wort „Persönlichkeit" allgemein dann verwenden müssen, wenn man einen Menschen bezeichnen will, der über die Allgemeinheit hinausragt und seine Kräfte im Dienste seines Volkes einsetzt. Diese geschlossene Einheit des Charakters ist die Vorbedingung für eine fortschrittliche Persönlichkeit, denn Wert und Rang einer Persönlichkeit hängen von ihrem Charakter ab. Was ist das hohe Charakterliche an einer Persönlichkeit? Daß sie in jedem Augenblick um der Idee willen ihr ganzes Dasein einsetzt, um ein höheres zu gewinnen, daß sie wirklich „jede Sache um ihrer selbst willen tut". Die Geschichte unseres Lebens ist hart, deshalb fordert sie ganze Menschen. Du, ich und alle Mitkämpfer für unsere große Sache müssen alle stark, fest, kämpferisch und zukunftssicher sein. Denn Soldat der Revolution sein heißt: Unverbrüchliche Treue zur Sache halten, eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt, heißt unbedingte Verläßlichkeit, Zuversicht, Kampfesmut und Tatkraft in allen Situationen zeigen. Die Flamme, die uns umgibt, die unsere Herzen durchglüht, die unseren Geist erhellt, wird uns wie ein Leuchtfeuer auf den Kampfgefilden unseres Lebens begleiten.

Treu und fest, stark im Charakter und siegesbewußt im Handeln, so und nur so werden wir unser Schicksal meistern und unsere revolutionären Pflichten für die große, historische Mission, die uns auferlegt ist, erfüllen und dem wirklichen Sozialismus zum endgültigen Sieg verhelfen können.

„Ja! diesem Sinne bin ich ganz ergeben, das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß."

Mit revolutionären Grüßen
Dein treuer sozialistischer Mitkämpfer
und unbeugsamer Schicksalsgenosse

Ernst Thälmann: Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1961, S. 73, 75/76, 79–81.

109

Aus dem Aufruf des vorläufigen Vorstandes des Freien Deutschen Kulturbundes in Schweden von Anfang Januar 1944

Der Freie Deutsche Kulturbund will die in Schweden lebenden Deutschen ohne Unterschied der Herkunft, der Religion und der parteipolitischen Richtung zur Pflege der künstlerischen und wissenschaftlichen Tradition des deutschen Humanismus, zur Erneuerung seines Geistes und zur Verteidigung seines moralischen und politischen Gehalts gegen die nationalsozialistische Barbarei vereinen.

Gerade in einer Zeit, in der das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt durch die Untaten der Faschisten in den okkupierten Ländern und in Deutschland selbst schwersten Schaden erleidet, betrachten es die freien Deutschen, die unter dem Schutz eines demokratischen Staates ehrlich ihre Meinung bekennen dürfen, als ihre vornehmste Aufgabe, das andere und bessere Deutschland, das in der Heimat zum Schweigen verurteilt ist, durch die Werke seines Schrifttums und seiner künstlerischen Schöpfung zu Wort kommen zu lassen.

Der Freie Deutsche Kulturbund will daher durch Vorträge, Publikationen, Veranstaltungen literarischer und musikalischer Art und durch Aufführungsabende der „Freien Bühne" allen freiheitlich und demokratisch gesinnten Deutschen in Schweden die Möglichkeit geben, sich zur wahren deutschen Kultur zu bekennen und an ihrem Wiederaufbau im Rahmen der in Schweden gegebenen Möglichkeiten teilzunehmen.

Mit dieser Aufgabenstellung knüpft der Freie Deutsche Kulturbund an die Tätigkeit der 1926 in Stockholm gegründeten und 1933 von den Nationalsozialisten aufgelösten „Deutschkulturellen Vereinigung" an, wird aber diese Tätigkeit entsprechend den veränderten Verhältnissen und Aufgaben erweitern. Durch Austauschvorträge und gemeinsame Veranstaltungen soll auch die Zusammenarbeit mit den schwedischen und anderen skandinavischen Freunden eines demokratischen Deutschlands gefördert werden.

Wir rufen alle in Schweden ansässigen friedliebenden und fortschrittlichen Deutschen auf, uns bei unserem Vorhaben zu helfen, mit dem wir unseren Beitrag zum Aufbau eines freien, demokratischen Deutschlands leisten möchten. Der Freie Deutsche Kulturbund kämpft für das offene Wort, für Selbstverantwortung und Nächstenachtung, für das verpflichtende Erbe unserer Dichter und Denker und für die deutsche Mitarbeit am Werk der völkerverbindenden Kultur.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N7–A.
Politische Information (Stockholm), 1944, Nr. 2, S. 1.

110

Aus der Plattform der operativen Leitung der KPD „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'" vom Frühjahr 1944

Über das Nationalkomitee und die unter seiner Führung stehende Kampfbewegung „Freies Deutschland" sind in marxistisch denkenden Kreisen der deutschen Arbeiterklasse Unklarheiten sowie die widersprechendsten Auffassungen vorhanden. Klarheit in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung über alle Fragen unserer Strategie und Taktik, unserer Politik, Übergangslosungen usw. ist die Voraussetzung für die einheitliche und erfolgreiche Führung unseres Kampfes. Wir wollen nicht auf die verschiedensten Anschauungen und privaten Meinungen von Einzelgängern Bezug nehmen, sondern diese Bewegung einer marxistisch-leninistischen Kritik unterziehen. Wir wollen nicht nur untersuchen, ob diese Bewegung und ihre Politik mit dem revolutionären Marxismus-Leninismus vereinbar ist, sondern auch gleichzeitig den theoretischen Nachweis für unsere – zeitbedingte – Taktik bringen; daß dieselbe die einzig richtige Massenpolitik im gegenwärtigen Abschnitt und darüber hinaus der gesamten ersten Etappe unseres Kampfes darstellt.

Wir haben in unseren Materialien davon gesprochen, daß Anzeichen für einen neuen revolutionären Aufschwung vorhanden sind und mit der Beendigung des Krieges sich Deutschland in einer akut revolutionären Situation befinden wird. Wir haben die wirtschaftliche, politische und militärische Lage Hitlerdeutschlands und Europas analysiert, die tiefgreifende Krise des deutschen Faschismus aufgezeigt, auf die Zersetzungserscheinungen im faschistischen Staatsapparat hingewiesen sowie zur wachsenden Unzufriedenheit der vom Nationalsozialismus enttäuschten Mittelschichten und Bauernmassen Stellung genommen. Wir haben davon gesprochen, daß der Hitlerfaschismus nicht direkt von den Organen der proletarischen Diktatur abgelöst werden kann, sondern an seine Stelle

wird – infolge der antifaschistischen Volksrevolution – eine demokratische Übergangszeit treten, die nichts anderes sein wird als das vom Nationalkomitee und von uns propagierte „freie, unabhängige, demokratische Deutschland".

In dem Deutschland nach Hitler wird die deutsche Arbeiterklasse sich behaupten, alle Möglichkeiten freier Betätigung haben und sie durch ihre revolutionäre gewaltige Kraft auch sichern (bewaffnete Arbeiterformationen), so daß unter Führung unserer Kommunistischen Partei die Stunde herannahen wird, in der das Proletariat die Macht ergreift und die proletarische Diktatur durch die Arbeiter- und Soldatenräte im Bündnis mit den werktätigen Bauern und Mittelschichten verwirklicht.

Der Weg zum Sozialismus führt über die permanente Revolution!

Drei Etappen muß die deutsche Arbeiterklasse durchlaufen, um ihr Hauptziel zu erreichen.

Die erste Etappe, das ist die gegenwärtige Periode unserer Bündnispolitik mit allen Hitlergegnern. Das strategische Ziel: Sturz Hitlers! Schnellste Beendigung des Krieges! Schaffung eines freien, unabhängigen, demokratischen Deutschlands!

Die zweite Etappe, das ist die Periode, die mit dem Sieg der antifaschistischen Revolution des deutschen Volkes über den Faschismus und den räuberischen Imperialismus beginnt. Im freien, unabhängigen, demokratischen Deutschland ist die Hauptaufgabe und das strategische Ziel: Steigerung des Kampfes. Mobilisierung der Arbeiterklasse für das sozialistische Aktionsprogramm. Beginn der Arbeiterkontrolle über die Produktion durch die von den Proletariermassen gewählten Räte. Kampfbündnis mit einem Teil des Kleinbürgertums und den Bauernmassen. Die Errichtung der proletarischen Diktatur.

Die dritte Etappe, das ist die Periode der Diktatur des Proletariats. Die Arbeiterklasse hat die politische Macht erobert und hält sie fest in den Händen. Die Arbeiterklasse ist der alleinige Herrscher im proletarischen Staat, sie hat ihre Klassenherrschaft über die Bourgeoisie errichtet, sie ist zur unterdrückenden Klasse geworden. Im Bündnis mit den Bauernmassen und städtischen Mittelschichten – die unter ihrer Führung stehen – führt die Arbeiterklasse ihre Diktatur durch. Das Ziel dieser Etappe ist: Liquidation des Kapitalismus. Aufbau des Sozialismus . . .

„Wenn man alle Erscheinungen der Entwicklung seit 1933 berücksichtigt, dann wird man wohl oder übel zu der Schlußfolgerung kommen, daß sich Deutschland im Augenblick des Sturzes der Naziherrschaft in völlig veränderter innerer und äußerer Lage befindet. Einer Lage, der das deutsche Volk nur gewachsen ist, wenn es selbst aktiven Anteil am Sturz der Diktatur nimmt. Die aktive Beteiligung des Volkes an der Vertreibung der Nazis, die notwendige Volksrevolution gegen die nazistische

Herrschaft wird eben der erste befreiende Atemzug der neuen, demokratischen Republik sein und allem weiteren Geschehen seinen Stempel aufdrücken. Wie könnte es anders sein?

Ausgangspunkt der Betrachtungen über die kommende Demokratie darf und kann deshalb nicht der ausgeklügelte Rechthaberstandpunkt eines Gestrigen sein. Die fruchtbare Aussprache über die Zukunft wird auch die Lehren aus der Weimarer Periode berücksichtigen; aber sie wird in der Aufgabenstellung ausgehen von dem, was heute ist und was not tut." (Politische Information [Stockholm], 1944, Nr. 4.)

Nicht Weimar ist das Ziel der Volksrevolution, sondern die Errichtung der revolutionären Demokratie, die wirkliche Herrschaft des deutschen Volkes. Ist das richtig, was die „Politische Information" schreibt? Ja, es ist richtig! Wir können jeden Satz mit ruhigem Gewissen unterstreichen. Nicht auf die ewig Gestrigen kommt es an, sondern auf die sich heute in allen Schichten neu formierenden revolutionären Kräfte. Wer mit dem Gestern nicht brechen kann und heute, wo es auf jeden ankommt, der antifaschistischen Kampffront fernbleibt, der soll morgen, wenn das Volk über Hitler gesiegt hat, da bleiben oder hingehen, wo der Pfeffer wächst. Derartige Kreaturen kann die neue revolutionäre Arbeiterbewegung nicht gebrauchen.

Wir Kommunisten reichen jedem Hitlergegner die Hand – und schlagen in jede ehrlich uns gereichte Hand ein – zum gemeinsamen Kampf gegen den Volksfeind Hitler. Die Antifaschisten werden sich klar darüber, daß es nach dem Sieg über die faschistischen Kriegsabenteurer kein Zurück zur kapitalistischen Demokratie geben kann, sondern nur ein Vorwärts. Die kommende Demokratie ist keine Demokratie der Noske, Severing und Zörgiebel, ist keine Demokratie der Hitler und Goebbels, ist keine Demokratie der Reichswehrgenerale und Kapp-Putschisten, sie ist keine Demokratie des Finanzkapitalismus – des deutschen Imperialismus. Die kommende Demokratie wird eine revolutionäre Demokratie der um den Fortschritt kämpfenden Massen sein. Die kommende Demokratie wird die wirkliche Herrschaft des werktätigen Volkes verkörpern. Von unserer Kampfarbeit, die wir heute leisten, hängt es ab. Von der Schaffung der einheitlichen Arbeiterbewegung in Deutschland (Partei und Einheitsgewerkschaften) hängt es ab. Von der Verankerung der neuen revolutionären Arbeiterorganisationen in den Betrieben hängt es ab. Jawohl, von dem, was wir heute in dieser Richtung tun, hängt es ab, daß die kommende Demokratie unsere revolutionäre Färbung erhält. Die Arbeiterklasse in Marsch zu setzen, das ist unsere Aufgabe als Kommunisten. Diese Aufgabe steht nicht morgen, sondern sie steht heute als Tagesaufgabe vor uns. In dieser Richtung bewegt sich unsere Arbeit, und so werden wir zum aktiven Teil der Kampfbewegung „Freies Deutschland". Die

Arbeiterklasse, das ist die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, sie ist die größte und gewaltigste Armee der antifaschistischen Volksrevolution. Die Arbeiterklasse ist der ausschlaggebende Faktor im kommenden demokratischen Deutschland.

Revolutionäre Demokratie, das heißt Betriebsräte, Räte in Stadt und Land, Soldaten- und Bauernkomitees, Organisierung und Einberufung der Arbeiter- und Bauernkongresse. Revolutionäre Demokratie, das heißt das werktätige Volk unter Waffen zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Massen und der revolutionären Verfassung der demokratischen Republik. Revolutionäre Demokratie, das heißt bewaffnete Arbeiter- und Bauernwehren. Revolutionäre Demokratie, das heißt massenmäßige Ausrottung der Faschisten und Arbeitseinsatz der Kriegstreiber und ihrer kapitalistischen Hintermänner zu nutzbringender Arbeit beim Aufbau des zerstörten Europas. Revolutionäre Demokratie, das heißt die bewaffnete Verhinderung jedes konterrevolutionären Anschlages auf die demokratischen Rechte des Volkes durch die waffentragenden Massen selbst und nicht durch eine privatkapitalistischen Interessen dienende faschistische und halbfaschistische Reichswehr.

Lesen wir noch einmal durch, was wir aus der „Politischen Information" zitierten, und wir kommen zu dem Ergebnis, daß die deutschen Emigranten aller Richtungen zu dieser Erkenntnis sich durchgerungen haben und sich noch durchringen. An allen proletarischen Revolutionären in der Heimat liegt es, hieraus ebenfalls sofort alle Schlußfolgerungen zu ziehen.

„Man muß die Axt an die Wurzel legen." Unter dieser Überschrift schreibt die „Politische Information" in ihrem Leitartikel vom 1. März 1944: „Wer die Entwicklung nüchtern und real einschätzt, der weiß, daß die Zeit für die Schaffung einer sozialistischen Republik noch nicht gekommen ist. Den Weg zum Sozialismus kann nur eine gestählte, von einheitlichen Ideen erfüllte Arbeiterklasse bahnen. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeiter und Sozialisten nach so abgrundtiefem Sturz eine Zeit demokratischer Entwicklung, die das Privateigentum an Produktionsmitteln noch nicht aufhebt, ebenso brauchen wie alle anderen Schichten und Kreise des deutschen Volkes. Deshalb können die Sozialisten heute mit allen zusammengehen, die für die Rettung Deutschlands eintreten, die Hitler im Kampfe überwinden wollen und bereit sind, ein freies, demokratisches Deutschland zu schaffen. Niemand pocht also auf sofortige Verwirklichung der sozialistischen Ziele. Aber selbstverständlich muß als Bedingung für die Schaffung der demokratischen Republik gelten, daß sie Garantien gegen die Wiederholung faschistischer Abenteuer schafft. Keine noch so eifrige Okkupationsmacht kann dem deutschen Volke diese Aufgabe abnehmen. Deshalb lohnt es, sich der Mühe zu unterziehen und auszusprechen, in wessen Namen und Interesse die Nazis

regieren, wer die Kriegsverbrecher sind und wie man ihre materielle Basis zertrümmert."

Ist das richtig? Wir Kommunisten bejahen diese Frage! Tatsache ist, daß nicht nur die deutschen Kommunisten und das Nationalkomitee in Moskau, sondern auch die deutschen Emigranten in Schweden und England sowie in Amerika die Politik des freien Deutschlands vertreten. Der ausschlaggebende, überwiegende Teil der revolutionären Arbeiter bei uns in der Heimat einschließlich der deutsche Volkssender mit seiner nationalen Friedensbewegung und nicht zuletzt die Kommunistische Partei Deutschlands stehen einheitlich und geschlossen auf dem Standpunkt einer breiten, alle Schichten umfassenden Bündnispolitik. Sie alle, die deutschen Antifaschisten in der Heimat sowie in der Welt, stehen auf der politischen Plattform, die wir als das Programm der ersten Etappe bezeichnen ...

Wir Kommunisten stehen mitten in den Massen. Wir dürfen uns nicht mehr von ihnen entfernen. Wir haben aus der Vergangenheit und aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und Revolutionen unsere Lehren gezogen. Wir werden die Massen zum Kampf führen unter Anwendung richtiger Losungen und der Zeit entsprechenden Kampfprogramme und werden uns von radikalistischen Kindsköpfen hieran nicht hindern lassen. Diese Losungen sind heute: „Fort mit Hitler!" – „Schluß mit dem Krieg!" – „Für ein freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland!"

Diese Hauptlosungen müssen ihre Ergänzung finden durch Losungen für Betriebsarbeiter, Soldaten, Bauern, Frauen, Jugend, Geschäftsleute, Künstler, Wissenschaftler usw. und ergeben somit das Kampfprogramm der Bewegung „Freies Deutschland".

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NJ 1500/4, Bl. 1–7.

111

Aus dem Bericht Hans Goßens' an das Nationalkomitee „Freies Deutschland" vom 18. April 1944

Vom 2. bis 11. arbeitete ich in verschiedenen Divisionen und Regimentern und schickte sechs Gefangene in den Kessel zurück. Vom 11. bis 16. war ich wieder im Armeestab, sprach mit Gefangenen, las Beutebriefe, schrieb Flugblätter und Lautsprecherprogramme. Singer arbeitet jetzt ständig beim Armeestab (Gefangenengespräche und Briefauswertung), Duller und Schimann arbeiten jetzt als Vertrauensleute des NK in Divisionen (Lautpropaganda mit OGU und Funkgeräten, Rückschicken von Kriegsgefangenen). Am 16. ging ich mit einem Hauptmann der Roten Armee wieder in eine Division und sandte zwei Mann zurück. Allen

diesen Gefangenen habe ich jeweils mitgegeben: NK-Flugblätter (aus Moskau und Frontstellen), „Freies Deutschland", Nr. 23 1943 bis 11/1944, Briefe von Kriegsgefangenen aus dem Lager 27, Handzettel, Ausweise zum Übertritt auf die Seite des NK. Mehrere Gefangene berichten, es sei bekannt, daß die Russen Gefangene zurückschicken; es sei jetzt Befehl, solche Leute sofort nach Deutschland zu schicken, wo sie in Strafkompanien gesteckt werden. Zwei Mann haben mir, unabhängig voneinander, erzählt, daß bei Schepetowka drei von den Russen zurückgeschickte deutsche Soldaten standrechtlich erschossen wurden (Namen und Truppenteil nicht zu erfahren). Insgesamt habe ich bisher auf diese Weise 80 Zeitungen und etwa 600 verschiedene Flugblätter in die deutsche Truppe geschafft. Von der Nr. 11 erhielten wir 250 Exemplare, die den Divisionen zugeschickt wurden. Zwei der rückgeschickten Gefangenen nahmen einen Brief des Generals von Seydlitz mit (Grenadier May an den Kommandeur der 96. I. D., Unteroffizier Reuter an Kommandeur der 19. Pz. Div.).

Heute gingen wir zur Armee zurück, um Material zu holen; nachmittags werden wir mit der MGU nach vorn fahren, da die Wege jetzt einigermaßen befahrbar sind.

Sie kämpften für Deutschland.
Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland"
bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee,
Berlin 1959, S. 473/474.

112

Aus der Erklärung des Rates für ein demokratisches Deutschland in den USA vom 2. Mai 1944

Die Vorbedingung jeder Lösung ist die Besiegung des Nationalsozialismus, die Vernichtung seiner Träger und die Ausrottung seines Geistes in Deutschland und in jedem anderen Land. Das muß während der Kämpfe um die Befreiung Europas geschehen, in Erhebungen der Deutschen gegen die Nationalsozialisten, durch Verfolgung der dann noch vorhandenen Kriegsverbrecher. Darüber hinaus aber müssen die Gruppen, die die Träger des deutschen Imperialismus waren und die für die Auslieferung der Macht an den Nationalsozialismus verantwortlich sind, ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Machtstellung entkleidet werden. Das gilt in besonderem Maß für den Großgrundbesitz, die Großindustrie und die Militärkaste, deren Zusammenwirken das deutsche Schicksal wieder und wieder unheilvoll bestimmt hat. Wenn das deutsche Volk die Auflösung des Großgrundbesitzes, die Kontrolle der Großindustrie, die Beseitigung des Militarismus und die Ausschaltung der von diesen Grup-

pen abhängigen Beamten, Richter und Erzieher durchzuführen sucht – um endlich eine ständige Bedrohung seiner politischen Existenz zu beseitigen – so darf es nicht von außen daran gehindert werden ...

Für die Entwicklung Deutschlands zu einer vom Volk bejahten Demokratie ist es erforderlich, daß die militärischen und zivilen Repräsentanten der Vereinigten Nationen die künftigen Träger einer solchen Demokratie von vornherein gewähren lassen. Es ist weiter erforderlich, daß alle diejenigen ausgeschlossen werden, die für den Aufstieg des Nationalsozialismus mit verantwortlich sind, auch wenn sie anfängliche Vorteile bieten. Dafür müssen alle diejenigen einbezogen werden, die dem Nationalsozialismus widerstanden haben, die Unbekannten der Untergrundbewegung, der Gestapo-Gefängnisse und Konzentrationslager, Gewerkschaftler und Arbeiter aus der Arbeiterbewegung, die Widerstandskreise der Kirchen und Intellektuellen, des Mittelstandes in Stadt und Land und einzelne Persönlichkeiten, die zu keiner dieser Gruppen gehören. Auf sie muß sich die künftige deutsche Demokratie stützen. Mit ihrer Hilfe muß die Bildung einer unabhängigen Regierung vorbereitet, müssen Garantien der Rechtssicherheit und die Grundrechte der Deutschen ohne Verzug in Kraft gesetzt werden. Die Aufhebung der Rassengesetze muß sofort erfolgen, ebenso wie die Wiederherstellung der religiösen und wissenschaftlichen Freiheiten. Die Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit muß wieder eingeführt werden. Dem Neubau der Arbeiterbewegung dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Die von den Nationalsozialisten geschaffenen Einrichtungen müssen beseitigt, die von ihnen beseitigten sozialen und demokratischen Einrichtungen müssen neu geschaffen werden.

Wenn das deutsche Volk es unternimmt, durch eine Massenbewegung den Nationalsozialismus in seinen Wurzeln auszurotten und den Boden für eine künftige, innerlich gesicherte Demokratie zu errichten, so sollte ein solches Ereignis von den Vereinigten Nationen begrüßt, keinesfalls aber erschwert oder verhindert werden. Nur wenn das deutsche Volk durch eine solche Bewegung sich selbst vom Nationalsozialismus befreit, ist es ganz frei. Der Sieg der Vereinigten Nationen kann und muß die äußere Macht des Nationalsozialismus über das deutsche Volk brechen; aber nur das deutsche Volk selbst kann sich innerlich von ihm befreien. – Darum sollte dem deutschen Volk ein Friede gegeben werden, den es trotz aller Lasten, die er bringen wird, als gerecht empfinden kann. Es muß die innere und äußere Möglichkeit geschaffen werden, daß Deutschland eine Regierung durch das Volk und für das Volk entwickelt und aufrechterhält.

Das andere Deutschland (Buenos Aires),
1944, Nr. 82, S. 6–8.

113

Aus dem Bericht Gerhard Schmidts an das Nationalkomitee „Freies Deutschland" vom 16. Mai 1944

Ich teile Ihnen mit, daß vom 8. bis 12. Mai 1944 im Raume der Insel Permisköla an der Narva von unserer antifaschistischen Gruppe, die ich als Armeebevollmächtigter führe, eine propagandistische Operation durchgeführt wurde, deren Ziel die Aufklärung der deutschen Soldaten über das Nationalkomitee „Freies Deutschland" war.

Die Insel Permisköla befindet sich im oberen Lauf des Flusses Narva und ist 100 bis 120 Meter von dem rechten Ufer entfernt ...

Die Operation begann am 8. Mai 1944 durch die Arbeit des Großlautsprecherwagens, welcher in 400 bis 500 Metern Entfernung von der Insel Aufstellung genommen hatte. Obergefreiter Jakob Lehnort hat in meinem Auftrage das Programm des Nationalkomitees: „Was will die Bewegung ‚Freies Deutschland'?" und „Die 25 Artikel zur Beendigung des Krieges!" übertragen ...

Am 9. Mai 1944 um 10 Uhr morgens, ganz unerwartet für die deutschen Soldaten, begaben sich zwei Angehörige unserer Gruppe, Obergefreiter Gerhard Protzer ... und der Unteroffizier Reinhold Gehring, in einem Schlauchboot zur Insel. Sie hatten die Aufgabe, mit den deutschen Soldaten Verbindung aufzunehmen, sie über das Nationalkomitee „Freies Deutschland" aufzuklären, Zeitungen und Flugblätter des Nationalkomitees zu übergeben und sie aufzufordern, auf die Seite des Nationalkomitees „Freies Deutschland" überzutreten. Außerdem hatten die beiden Antifaschisten die Briefe von Angehörigen unserer Gruppe an die Familien in der Heimat zu übergeben ...

Der Übergang über den Fluß verlief ohne jeden Schuß von deutscher Seite. Die Antifaschisten Gehring und Protzer kamen aus dem Schlauchboot und begaben sich zu dem Stacheldraht vor den deutschen Stellungen ... Sie kamen sofort in eine Unterhaltung mit den deutschen Soldaten und wechselten sogar einen Händedruck über den Draht aus. Aus unserem Graben konnten alle Mitglieder der Gruppe beobachten, wie Unteroffizier Gehring den Soldaten die Briefe und Zeitungen sowie von mir an die Soldaten und Offiziere gerichteten Briefe übergab. Während einer ganzen Stunde erklärte Unteroffizier Gehring den deutschen Soldaten Fragen, die unsere Bewegung betrafen, Obergefreiter Protzer nahm hieran auch aktiv teil.

Während auf deutscher Seite die Übergabe der Zeitungen und Flugblätter erfolgte, wurden aus unserem Graben heraus zwei Fahnen des Nationalkomitees und ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'!" auf die Grabenböschung ge-

stellt ... Nach Beendigung ihrer Unterhaltung haben Gehring und Protzer den Draht überschritten und verschwanden mit den deutschen Soldaten in einem weit rückwärts liegenden Bunker. Im Graben wurden sie von anderen deutschen Soldaten ebenfalls durch Handschlag begrüßt. Ungefähr 20 Minuten später wurde unsere Stellung unter Artillerie- und MG-Feuer genommen ... Nachdem das Feuer eingestellt und es klar war, daß unsere Kameraden nicht zurückkehren würden, begab sich unsere Gruppe nach rückwärts. Noch am selben Abend wurde durch den Großlautsprecher ein Aufruf an die deutschen Soldaten erlassen ...

Der Aufruf forderte die sofortige Freilassung der beiden Antifaschisten. Über dasselbe Thema wurde ein Flugblatt im Namen des Armeebevollmächtigten gedruckt, welches schon am übernächsten Tage, bei gutem Winde, auf die Insel abgeschossen wurde ...

Am nächsten Tage begaben sich wieder 5 Angehörige unserer Gruppe in den Graben. Durch Rufe brandmarkten und verurteilten wir die Handlungsweise der Soldaten und Offiziere, welche unsere beiden Kameraden verraten haben. Sie forderten die deutschen Soldaten auf, auf die Seite des Nationalkomitees „Freies Deutschland" überzugehen ...

Am dritten Tage wurde eine Pause gemacht, um das Verhalten der deutschen Soldaten zu beobachten, doch es ereignete sich nichts besonderes.

Am letzten Tag, dem 12. Mai 1944, setzte unsere Gruppe die Arbeit im Graben fort ... Jetzt wurde von deutscher Seite das Feuer direkt auf uns eröffnet, und zwar aus einem Granatwerfer, der nach Beobachtungen von Rotarmisten früher an dieser Stelle nicht gestanden hatte ...

In der Nacht zum 13. Mai wurden von einem Flugzeug 100 Pakete mit Propagandamaterial auf die Insel abgeworfen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 65–III/16, Bl. 60–63.

114

Aus dem Todesurteil des faschistischen Volksgerichtshofes, 1. Senat, gegen Wilhelm Knöchel vom 12. Juni 1944

Gleich nach Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen uns und der Sowjetunion erhielt er von Moskau den Auftrag, nun die kommunistische Arbeit im Reiche zu organisieren.

Als einziges der dafür vorgesehenen vier Mitglieder des Berliner Sekretariats, das nach Deutschland heimkam, übernahm er die Leitung der kommunistischen Wühlarbeit für das ganze Reich im dritten und vierten

Kriegsjahr, hielt Verbindung mit dem Ausland und bemühte sich um Funkverbindung mit Moskau, kontrollierte die eingesetzten Instrukteure, sorgte für die Verbreitung zersetzender Zeitschriften und Flugblätter ...

Durch diesen Verrat an unserem kämpfenden Volk ist er für immer ehrlos geworden. Er wird mit dem Tode bestraft ...

Und dann wehrt sich Knöchel dagegen, daß er mit seiner Tätigkeit seit Kriegsausbruch unseren Feinden habe beistehen wollen. Er sagt, daß er im Gegenteil eine Katastrophe von unserem Volk habe abwenden wollen. Allein bei uns in Deutschland gelten unsere Gedankengänge ... Der kommunistischen Zersetzung gegenüber das besonders hervorzuheben erübrigt sich in diesen Urteilsgründen schon deshalb, weil wir ja gerade mit dem Kommunismus im Kriege um Leben und Freiheit stehen und weil der Kommunismus es ja ist, der an die Stelle der Nationen die Klassen setzen, der also den Krieg bei seinem Feinde in einen solchen der Klassen untereinander, wie er sich ausdrückt, umwandeln will, um so zu siegen. Muß man besonders sagen, daß ein Mitglied des Zentralkomitees der KPD das auch weiß!!!

Durch seinen schwer zersetzenden, bis ins vierte Kriegsjahr betriebenen Angriff auf unsere politische, unsere Lebenseinheit ... hat sich also Knöchel zugleich zum Helfershelfer unserer Kriegsfeinde gemacht ...

Der für immer ehrlose Verräter aber hat keinen Platz mehr unter uns. Er muß zum Tode verurteilt werden. Erst recht, wenn er getarnt im Kriege als unmittelbarer Feindagent unter uns gewühlt hat; erst recht, wenn er als die Spitze der ganzen Reichs- und volksfeindlichen kommunistischen Verratsarbeit bei uns für alles verantwortlich ist, was an kommunistischem Verrat überhaupt im Jahre 1942 von innen heraus gegen unser kämpfendes Volk geschah; für alles und für alle, die er eingesetzt oder mit denen er gearbeitet hat.

Weil Knöchel verurteilt ist, muß er auch die Kosten tragen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NJ-310, Bl. 1, 2, 9 und 10.

115

Aus der Erklärung Generalfeldmarschall Friedrich Paulus'
„An die kriegsgefangenen deutschen Offiziere und Soldaten in der UdSSR und an das deutsche Volk" vom 8. August 1944

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Fortsetzung des Krieges für Deutschland zu einem sinnlosen Opfer gemacht. Die Rote Armee geht auf breiter Front vor und hat die Reichsgrenze in Ostpreußen erreicht.

Im Westen haben Amerikaner und Engländer die deutsche Abwehr am Westflügel durchbrochen und gehen in den offenen französischen Raum vor. Weder im Osten noch im Westen verfügt Deutschland über Reserven, die die Lage wiederherstellen könnten. Die feindliche Überlegenheit in der Luft und zur See ist so erdrückend, daß die Lage dadurch noch aussichtsloser wird. Der Krieg ist für Deutschland verloren.

In diese Lage ist Deutschland trotz des Heldentums seiner Wehrmacht und des ganzen Volkes durch die Staats- und Kriegführung Adolf Hitlers geraten.

Dazu kommt, daß die Art, wie ein Teil seiner Beauftragten im besetzten Gebiet gegen die Bevölkerung vorgegangen ist, jeden wirklichen Soldaten und jeden wirklichen Deutschen mit Abscheu erfüllt und uns in der ganzen Welt schwerste Vorwürfe zuziehen muß.

Wenn sich das deutsche Volk nicht selbst von diesen Handlungen lossagt, wird es die volle Verantwortung für sie tragen müssen.

Unter diesen Umständen halte ich es für meine Pflicht, vor meinen kriegsgefangenen Kameraden und vor dem ganzen deutschen Volk zu erklären:

Deutschland muß sich von Adolf Hitler lossagen und sich eine neue Staatsführung geben, die den Krieg beendet und Verhältnisse herbeiführt, die es unserem Volke ermöglichen, weiterzuleben und mit unseren jetzigen Gegnern in friedliche, ja freundschaftliche Beziehungen zu treten.

Freies Deutschland (Moskau), 20. August 1944.

116

Aus dem Gründungsaufruf des Antifaschistischen Komitees deutscher Soldaten „Freies Deutschland" in Griechenland vom 10. August 1944

Kommt zum Antifaschistischen Komitee deutscher Soldaten „Freies Deutschland" (AKFD).

Unser Antifaschistisches Komitee, das in den freien Bergen Griechenlands gegründet wurde und von uns, deutschen Soldaten, geführt wird, steht brüderlich neben dem ELAS.

Wir marschieren die gleiche Richtung, wie das in Moskau unter dem Vorsitz von Erich Weinert bestehende Komitee „Freies Deutschland", dem nunmehr acht deutsche Generale angehören.

Das AKFD hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Überparteiliche Sammlung aller deutschen Antifaschisten.

2. Kampf für die Befreiung des deutschen Volkes und Europas aus der Knechtschaft Hitlers, des Nationalsozialismus und der Gestapo.

3. Einstellung des sinnlosen Krieges und sofortiger Friede.
4. Bereitschaft für den Aufbau eines neuen, freien Deutschlands.
5. Internationale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker auf dem Boden der Gleichberechtigung.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 238/4/1470, Bl. 9–10.

117

Aus dem Todesurteil des faschistischen Volksgerichtshofes, 1. Senat, gegen Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Anton Saefkow vom 5. September 1944

Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein haben als Spitzenfunktionäre einer im Jahre 1943 von den ersten beiden gegründeten Organisation den kommunistischen Hochverrat vorbereitet und zugleich den Feind des Reiches begünstigt.

Auch haben sie durch ihre Hetzparolen es unternommen, die Wehrkraft des deutschen Volkes zu zersetzen.

Sie sind für immer ehrlos und werden mit dem Tode bestraft... Sämtliche Angeklagten haben als Spitzenfunktionäre vornehmlich in Berlin sich maßgeblich am Aufbau der illegalen KPD, Jacob und Bästlein zudem auch schon in den Jahren 1941 und 1942 in Hamburg beteiligt. Gemäß der ihnen bekannten revolutionären Zielsetzung der KPD kam es, wie sie offen bekennen, allen Angeklagten darauf an, durch ihre organisatorische und propagandistische Arbeit den militärischen und inneren Zusammenbruch Deutschlands und damit die gewaltsame Beseitigung des ihnen verhaßten deutschen nationalsozialistischen Staates herbeizuführen... Durch ihre Umsturzvorbereitungen haben sich die Angeklagten der gemeinschaftlichen Vorbereitung des Hochverrats... schuldig gemacht, zugleich aber auch der landesverräterischen Feindbegünstigung... Denn es bedarf keiner besonderen Begründung, daß derjenige, der im Kriege durch Aufbau einer kommunistischen Organisation zur Niederlage des Großdeutschen Reiches beiträgt, bewußt unseren Kriegsfeinden überaus wertvolle Hilfe leistet. Durch die von ihnen betriebene Hetz- und Zersetzungspropaganda gegenüber der inneren und äußeren Front und durch Unterstützung der Bestrebungen des im Dienst der Feindmächte stehenden „Nationalkomitee Freies Deutschland" haben sie es schließlich zielstrebig unternommen, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zum Durchstehen in diesem schweren Schicksalsringen zu zerstören und somit auch Wehrkraftzersetzung... begangen...

Darin ist die Todesstrafe zwingend vorgeschrieben, es sei denn, daß ein leichter Fall angenommen werden kann. Davon kann in vorliegendem Fall überhaupt keine Rede sein. Saefkow, Jacob und Bästlein sind alte kommunistische Funktionäre, die von einem abgründigen Haß gegen unseren Führer und unseren Staat erfüllt sind und daraus selbst in der Hauptverhandlung keinen Hehl gemacht haben. Sie sind unbelehrbar und unverbesserlich. Die wegen Vorbereitung zum Hochverrat von ihnen verbüßten Strafen haben ebensowenig Eindruck bei ihnen hinterlassen wie ihr nachfolgendes Verweilen im Konzentrationslager. Sie haben vornehmlich im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfang wiederaufgezogen und die Wehrmacht zu zersetzen gesucht, daß hier für das Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschworen wurden ... Sie haben sich durch ihre Verrattat für immer ehrlos gemacht, so daß auch formell ein dahingehender Ausspruch zu erfolgen hatte ...

Als Verurteilte haben die Angeklagten nach dem Gesetz die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NJ–1563/1, Bl. 1, 7.

118

Aus dem Erlaß Adolf Hitlers zur Bildung des Volkssturms vom 25. September 1944

Zur Verstärkung der aktiven Kräfte unserer Wehrmacht und insbesondere zur Führung eines unerbittlichen Kampfes überall dort, wo der Feind den deutschen Boden betreten will, rufe ich daher alle waffenfähigen deutschen Männer zum Kampfeinsatz auf.

Ich befehle:

1. Es ist in den Gauen des Großdeutschen Reichs aus allen waffenfähigen Männern im Alter von 16 bis 60 Jahren der Deutsche Volkssturm zu bilden. Er wird den Heimatboden mit allen Waffen und Mitteln verteidigen, soweit sie dafür geeignet erscheinen.

2. Die Aufstellung und Führung des Deutschen Volkssturms übernehmen in ihren Gauen die Gauleiter. Sie bedienen sich dabei vor allem der fähigsten Organisatoren und Führer der bewährten Einrichtungen der Partei, SA, SS, des NSKK und der HJ.

3. Ich ernenne den Stabschef der SA, Schepmann, zum Inspekteur für die Schießausbildung und den Korpsführer des NSKK, Kraus, zum Inspekteur für die motortechnische Ausbildung des Volkssturms.

4. Die Angehörigen des Deutschen Volkssturms sind während ihres Einsatzes Soldaten im Sinne des Wehrgesetzes.

5. Die Zugehörigkeit der Angehörigen des Volkssturms zu außerberuflichen Organisationen bleibt unberührt. Der Dienst im Deutschen Volkssturm geht aber jedem Dienst in anderen Organisationen vor.

6. Der Reichsführer SS ist als Befehlshaber des Ersatzheeres verantwortlich für die militärischen Organisationen, die Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung des Deutschen Volkssturms.

7. Der Kampfeinsatz des Deutschen Volkssturms erfolgt nach meinen Weisungen durch den Reichsführer SS als Befehlshaber des Ersatzheeres.

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1944, Teil I, Nr. 53, S. 253, 254.

119

Aus dem Aktionsprogramm der KPD zur Schaffung eines Blocks der kämpferischen Demokratie vom Oktober 1944

II. Teil: Sofortprogramm (unter den Bedingungen der militärischen Besetzung).

1. Sofortige Freilassung aller von den Faschisten eingekerkerten Freiheits- und Friedenskämpfer.

Sofortige Verhaftung und Aburteilung der Nazimörder und Kriegsschuldigen für ihre Verbrechen am eigenen Volke und an den anderen Völkern. Enteignung ihres Besitztums und Vermögens.

Gründliche Säuberung des gesamten Staatsapparats und der Kommunalverwaltungen von allen faschistischen Elementen.

2. Aufhebung aller faschistischen volksfeindlichen, auf Völker- und Rassenhaß beruhenden Gesetze und aller unser Volk entehrenden Einrichtungen des Hitlerregimes.

Auflösung aller faschistischen Organisationen.

Verbot jeder faschistischen und imperialistischen Propaganda.

Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens (Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Theater, Kino, Literatur, Zeitungen usw.) von dem faschistischen imperialistischen Unrat und Ungeist. Pflege eines wahrhaft demokratisch-freiheitlichen nationalen Geistes zur Wiederherstellung der Ehre der Nation.

3. Energische Maßnahmen zur Ausrottung aller Wurzeln des barbarischen Faschismus und räuberischen Imperialismus und zur Umerziehung des deutschen Volkes auf freiheitlicher demokratischer Basis für den Frieden und die Freundschaft mit den anderen Völkern.

Ausrottung der vom Faschismus gezüchteten Korruption und Unmoral.

4. Energische Entfaltung einer wahren Demokratie, die die staatsbürgerliche Freiheit aller Volksangehörigen ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion und eine ständige Er-

weiterung der Anteilnahme des ganzen Volkes an der inneren Umgestaltung des Landes sichert.

Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Freiheit der Organisation, der Presse und der Versammlung.

Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und der schöpferischen, künstlerischen Gestaltung.

Wiederherstellung des freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle staatlichen und kommunalen Organe auf Grund des Verhältnis-Wahlsystems.

Schaffung und Entwicklung von Volksorganen zur Kontrolle und Sicherung der Durchführung der beschlossenen Gesetze und Maßnahmen und zur Heranziehung der Volksmassen zur aktiven Teilnahme am Staatsleben.

5. Sofortige Inangriffnahme von Maßnahmen zur Wiedergutmachung der den anderen Völkern, besonders dem Sowjetvolke, zugefügten Kriegsschäden unter der Verpflichtung der Anteilnahme aller deutschen Volksangehörigen an der Arbeit zur Wiedergutmachung.

6. Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die dem Wiederaufbau Deutschlands und der Herstellung friedlicher Wirtschaftsbeziehungen dient.

7. Sicherung des Wiederaufbaus der Wirtschaft durch Umstellung aller Betriebe auf die Erzeugung der den Bedürfnissen des Volkes dienenden Verbrauchsgüter.

Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft durch die Organe des demokratischen Staates im engen Zusammenwirken mit den Betriebsräten und Gewerkschaften.

8. Planmäßiger kommunaler und privater Wohnungsbau mit staatlicher Unterstützung.

Gewährung von billigen staatlichen Krediten an Ausgebombte für Heimstättenbau und Wohnungseinrichtungen.

9. Recht und Pflicht zur Arbeit.

Tarifliche Festlegung der Löhne und Arbeitsbedingungen auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern und gesetzliche Anerkennung dieser Verträge.

Anerkennung und Sicherung der alten Rechtsansprüche der für den demokratischen Staat zuverlässigen Beamten.

Schaffung weitgehender Möglichkeiten zur Berufsschulung und Umschulung.

10. Sicherung der Volksernährung.

Freiheit der bäuerlichen Wirtschaft und ihre staatliche Förderung.

Gewährung billiger staatlicher Kredite zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft.

Demokratische Bodenreform zugunsten der landarmen Bauern und der Landarbeiter.

Wiederherstellung freier bäuerlicher Genossenschaften und Schaffung demokratischer Bauernkammern als öffentlich-rechtliche Berufsvertretung.

11. Wirtschaftsfreiheit des gewerblichen Mittelstandes und Sicherung seiner Existenz.

Gewährung von billigen staatlichen Krediten zur Wiederherstellung ihrer Betriebe.

Staatliche Förderung der gewerblichen Genossenschaften und Berufsverbände.

12. Schutz der Arbeitskraft des schaffenden Volkes.

Ausbau des Arbeiterschutzes und seine unbeschränkte Ausdehnung auf Landarbeiter und Hausangestellte.

Recht auf Erholung für alle Arbeiter und Angestellten bei Fortzahlung der Löhne und Gehälter.

Ausbau des Sozialversicherungswesens (Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung) und des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Erweiterung des Schutzes für Mutter und Kind und der Unterstützung kinderreicher Familien.

13. Ausreichende Unterstützung und Fürsorge für Kriegsversehrte und Hinterbliebene.

Schaffung von weitgehenden Umschulungsmöglichkeiten für Kriegsversehrte.

14. Erziehung der Jugend im Geiste der wahren nationalen Ehre und des allgemeinen menschlichen Fortschritts, für das brüderliche, friedliche Zusammenleben der Nationen.

Staatliche Förderung der Begabten und der allgemeinen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten der Jugend. Gewährung von Freistellen an den Höheren Schulen und Universitäten.

Gründliche Berufsausbildung unter staatlicher Beihilfe.

Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder und energischer Schutz der Jungarbeiter.

Kräftiger Ausbau der Jugend-Gesundheitspflege und des Jugendsports.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N11–B.
Zwei Dokumente der KPD aus den Jahren 1944 und 1945
für das neue, demokratische Deutschland.
In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin),
1965, Heft 2, S. 262/263.

120

Aus der Rundfunkansprache Wilhelm Piecks über den Sender „Freies Deutschland" vom 4. Oktober 1944

Der Krieg ist für Deutschland hoffnungslos verloren. Die Niederlage Hitlers kann durch nichts mehr abgewendet werden.

Tatsächlich ist es nur noch eine Frage kurzer Zeit, daß die Armeen der verbündeten Mächte auf deutschem Boden die Wehrmacht zerschlagen und Deutschland militärisch besetzen ... Die möglichst baldige Erreichung des Zieles, das vom deutschen Volke gemeinsam mit den Besatzungsbehörden angestrebt wird: den faschistischen Gewaltapparat zu zerschlagen, die faschistischen Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen und sie der gerechten Strafe zuzuführen, die Schaffung von Sicherheiten gegen weitere faschistische Abenteuer, erfordert ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen dem deutschen Volke und den Besatzungsbehörden. Es ist die Aufgabe jedes Deutschen, der unserem Volke in dieser schweren Lage helfen will, alles für diese reibungslose Zusammenarbeit einzusetzen.

Die Naziführer treffen bereits Vorbereitungen, durch Provokationen Gegensätze zwischen unserem Volke und den Besatzungsbehörden zu schaffen. Das deutsche Volk wird sich dagegen nur sichern können, wenn es selber dazu beiträgt, die Nazibanditen in ihren Schlupflöchern aufzustöbern und sie unschädlich zu machen. Nachdem unser Volk zum zweiten Male die furchtbaren Folgen der Kriegsabenteuer imperialistischer Machthaber getragen hat, muß es alles daran setzen, ihre nochmalige Wiederholung unmöglich zu machen. In diesem Ziele fallen alle seine Interessen durchaus mit den Interessen der anderen Völker und damit auch mit den Maßnahmen der Besatzungsbehörden zusammen. Wenn es aber kühn und entschlossen durch eigene Initiative und mit eigener Kraft die Macht dieser kriegslüsternen Clique deutscher Großverdiener, ehrgeiziger Militaristen und faschistischer Abenteurer endgültig zerschlagen hilft, wird unser Volk die beste Voraussetzung einer Verständigung mit den anderen Völkern schaffen.

Das deutsche Volk hat gegenüber den anderen Völkern eine schwere Verantwortung auf sich geladen, indem es Hitler bei seinem Kriegsverbrechen unterstützt. Besonders groß ist die Verantwortung angesichts der ungeheuerlichen Verwüstungen und unmenschlichen Grausamkeiten, die von der Hitlerarmee im Sowjetlande und gegenüber der Sowjetbevölkerung verübt wurden. Unser Volk wird selbstverständlich einen großen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten müssen. Aber es kann diesen Beitrag in dem Bewußtsein leisten, daß die möglichst rasche Wiederherstellung der durch den Hitlerkrieg zerstörten Gebiete in Europa seinen

eigenen nationalen und wirtschaftlichen Interessen dienen, den Wiederaufbau seines eigenen Landes beschleunigen und ihm helfen wird, wieder Vertrauen bei den Völkern zu gewinnen.

Im Zuge dieser Umstellung unseres Volkes, seines offenen Kampfes gegen die faschistischen Kriegsverbrecher, seiner gründlichen Abkehr von der faschistisch-imperialistischen Ideologie und eines echten Bekenntnisses zu einer wahrhaft kämpferischen Demokratie, wird es sich wieder Vertrauen und Achtung bei den anderen Völkern erwerben und die Freiheit erlangen, selbst über seine inneren Angelegenheiten und über die Beziehungen zu den anderen Völkern zu bestimmen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36, 24–22.

121

Aus der Anlage zum Brief Alfred Rosenbergs an Martin Bormann vom 17. Oktober 1944

1. Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H. (ZO.) . . .

Die tatsächliche Bedeutung der ZO. und der Umfang ihrer Geschäfte ergibt sich aus folgendem:

1. Unter je einer Hauptgeschäftsstelle für das Ostland, das Gebiet Mitte und die Ukraine bestanden 30 Geschäftsstellen mit 200 Außenstellen.

2. In der Ukraine waren 11 ernährungswirtschaftliche Tochtergesellschaften mit 130 Filialen gegründet worden.

3. Die ZO. hat einschl. ihrer Tochtergesellschaften z. Zt. des größten Geschäftsanfalls – Sommer 1943 – rd. 7000 reichsdeutsche Gefolgschaftsmitglieder beschäftigt und darüber hinaus rd. 250 reichsdeutsche Firmen zum Einsatz gebracht.

4. Der Gesamtumsatz der ZO. hat seit ihrer Gründung bis zum 31. 3. 1944 rd. 5,6 Milliarden Reichsmark betragen.

5. In dieser Zeit hat die ZO. mit ihren Gliederungen erfaßt:

Getreide	9 200 000 t
Fleisch und Fleischwaren	622 000 „
Ölsaaten	950 000 „
Butter	208 000 „
Zucker	400 000 „
Rauhfutter	2 500 000 „

Kartoffeln	3 200 000 t
Saaten	141 000 „
sonst. landw. Erzeugnisse	1 200 000 „
Eier	1 075 Mill. Stck.

Für den Transport wurden benötigt:
1 418 000 Eisenbahnwaggons und
472 000 t Schiffsraum.

6. An Räumungsgütern hat die ZO. insgesamt 32 900 Waggons zurückgeführt, hiervon:

Getreide, Ölsaaten, sonstige Saaten usw.	22 400
Landmaschinen, sonstige Maschinen usw.	9 000
Versorgungswaren und Bedarfsartikel	1 500

Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel!
Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941–1944),
Moskau 1963, S. 397, 398/399.

122

Aus der Entschließung der ersten Landeskonferenz der sozialdemokratischen Landesgruppe in Schweden vom 2./3. Dezember 1944

Die Konferenz spricht aus, daß die militärische Niederwerfung des nazistischen Deutschlands im Interesse des deutschen Volkes liegt.

Die Konferenz betont die Notwendigkeit, daß sich die sozialistische Arbeiterklasse sofort nach der militärischen Niederlage des nazistischen Deutschlands politisch neu formiert, um durch revolutionäre Maßnahmen zur Ausrottung des Hitlerismus, des deutschen Militarismus und Imperialismus beizutragen sowie die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen.

Die Konferenz erklärt, daß es das Ziel des künftigen politischen Kampfes der Arbeiterklasse sein muß, die kapitalistische Gesellschaftsordnung in sozialistische Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage umzuwandeln.

Nur durch Einsatz für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt wird die Lebensfähigkeit eines neuen Deutschlands bewiesen und damit die Grundlage für eine Zusammenarbeit mit den demokratischen Aufbaukräften der Welt geschaffen.

Die Umgestaltung Deutschlands zu einem demokratischen und sozialistischen Staatswesen kann nur durch die Entfaltung einer freien gewerkschaftlichen und politischen Massenbewegung geschehen.

Die Konferenz spricht aus, daß die Einheit der politischen Arbeiterklasse nach dem Sturze Hitlers die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes ist. Die Schaffung einer einheitlichen deutschen Arbeiterbewegung kann nur in Deutschland selbst erfolgen. Jedoch bejaht die Konferenz die Zusammenarbeit der antifaschistischen Organisationen schon in der Emigration, um den antinazistischen Kampf der Gegenwart zu fördern.

Mitteilungsblatt der Landesgruppe
deutscher Gewerkschafter in Schweden (Stockholm),
1945, Nr. 1, S. 2.

123
Aus dem Aufruf 50 kriegsgefangener deutscher Generale an das deutsche Volk vom 8. Dezember 1944

Hindenburg und Ludendorff haben 1918 die Beendigung des Krieges gefordert, als er militärisch angesichts der Übermacht aussichtslos geworden war.

Aus dem gleichen Grunde rufen wir Generale zusammen mit vielen Hunderttausenden Soldaten und Offizieren, die sich in der Bewegung „Freies Deutschland" zusammengeschlossen haben, aus russischer Kriegsgefangenschaft Euch zu: Unser ganzes Fühlen und Denken gehört allein dem Schicksal unseres Volkes!

Deutsches Volk, steh auf zur rettenden Tat gegen Hitler und Himmler, gegen ihr unheilbringendes System!

Einig in allen Schichten, hast Du die Macht! Die Waffen zur Tat hast Du auch!

Befreie Dich selbst von dieser pflichtvergessenen und verbrecherischen Staatsführung, die Deutschland in den sicheren Untergang treibt!

Beende den Krieg, ehe durch den gemeinsamen Ansturm der verbündeten Gegner die Wehrmacht und das letzte vernichtet wird, was uns in der Heimat noch geblieben ist.

Es gibt keine Wunder, die uns noch helfen könnten.

Deutsche, stellt durch Eure mutige Tat die Ehre des deutschen Namens vor der Welt wieder her und tut damit den ersten Schritt in eine bessere Zukunft!

Freies Deutschland (Moskau), 10. Dezember 1944.

124

Aus der Aufstellung über Zahlungen der IG Farbenindustrie AG an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in den Jahren von 1939 bis 1944

1939: Adolf-Hitler-Spende	RM 1 091 611,–
Nazi-Organisationen	„ 440 245,–
Winterhilfswerk	„ 1 649 683,–
sonstige Zahlungen	„ 4 194 000,–
Auslandszahlungen	„ 164 318,–
	RM 7 539 857,–
1940: Adolf-Hitler-Spende	RM 1 186 295,–
Nazi-Organisationen	„ 200 693,–
Winterhilfswerk und Kriegshilfswerk f. d. Deutsche Rote Kreuz	„ 2 108 748,–
sonstige Zahlungen	„ 3 801 700,–
Auslandszahlungen	„ 174 184,–
	RM 7 471 620,–
1941: Adolf-Hitler-Spende	RM 1 273 981,–
Nazi-Organisationen	„ 86 685,–
Winterhilfswerk und Kriegshilfswerk f. d. Deutsche Rote Kreuz	„ 2 174 907,–
sonstige Zahlungen	„ 4 374 941,–
Auslandszahlungen	„ 147 468,–
	RM 8 057 982,–
1942: Adolf-Hitler-Spende	RM 1 414 315,–
Nazi-Organisationen	„ 249 037,–
Winterhilfswerk und Kriegshilfswerk f. d. Deutsche Rote Kreuz	„ 2 332 236,–
sonstige Zahlungen	„ 9 245 253,–
Auslandszahlungen	„ 195 360,–
	RM13 436 201,–
1943: Adolf-Hitler-Spende	RM 1 889 319,–
Nazi-Organisationen	„ 212 890,–
Winterhilfswerk und Kriegshilfswerk f. d. Deutsche Rote Kreuz	„ 2 061 316,–
sonstige Zahlungen	„ 4 064 876,–
Auslandszahlungen	„ 360 249,–
	RM 8 588 650,–

1944: Adolf-Hitler-Spende	RM 1 619 828,–
Nazi-Organisationen	„ 113 261,–
Winterhilfswerk und Kriegshilfswerk f. d. Deutsche Rote Kreuz	„ 1 491 981,–
sonstige Zahlungen	„ 4 942 573,–
Auslandszahlungen	„ 235 309,–
	RM 8 402 152,–

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, ADJ–I.
SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS,
Berlin 1964, S. 44/45.

125

Aus dem Todesurteil des faschistischen Volksgerichtshofes, 1. Senat, gegen Theodor Neubauer vom 8. Januar 1945

Theodor Neubauer hat bis weit in das Jahr 1944 hinein kommunistische Umsturzbestrebungen gefördert. Als Kriegshelfer unserer Feinde ist er für immer ehrlos. Er wird mit dem Tode bestraft ...

Die illegale Betätigung des Angeklagten war, wie näherer Begründung nicht bedarf, geeignet, die umstürzlerischen und im Kriege auch feindbegünstigenden Bestrebungen der illegalen KPD zu fördern. Dessen war sich Neubauer auch bewußt. Bei ihm handelt es sich um einen aus innerster Überzeugung sich zum Kommunismus bekennenden Akademiker, der als jahrelanges Mitglied der kommunistischen Reichstagsfraktion über eine umfassende politische Schulung und Erfahrung verfügt. Er wußte selbstverständlich auch, daß jede Betätigung für die illegale KPD hochverräterischen Charakter trägt und daß ihr mindestens seit dem Beginn des Kampfes gegen den Bolschewismus auch feindbegünstigende Bedeutung innewohnt. Er ist deshalb wegen erschwerter Vorbereitung zum Hochverrat und landesverräterischer Feindbegünstigung zu bestrafen ...

Wer, wie es der Angeklagte getan hat, in der Zeit einer ernsten politischen und militärischen Krise des Reiches bewußt dem bolschewistischen Feinde die Hand reicht und sich damit in unserer Mitte als Kriegshelfer unserer Gegner betätigt, schließt sich selbst aus der kämpfenden Gemeinschaft unseres Volkes aus ... Er ist für immer ehrlos und muß – dem Gesetz entsprechend – mit dem Tode bestraft werden.

Als Verurteilter hat Neubauer auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NJ–1563/1, 5 und 6.

126

Aus der Erklärung der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA auf der Konferenz in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945

1. Niederwerfung Deutschlands

Wir haben die militärischen Pläne der drei alliierten Mächte für die endgültige Niederwerfung des gemeinsamen Feindes erwogen und festgesetzt...

2. Besetzung und Kontrolle Deutschlands

Wir sind über die gemeinsame Politik und die Pläne zur Durchführung der Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation übereingekommen, die wir gemeinsam dem nationalsozialistischen Deutschland auferlegen werden, nachdem der bewaffnete deutsche Widerstand endgültig gebrochen ist...

Gemäß dem in gegenseitigem Einvernehmen festgelegten Plan werden die Streitkräfte der drei Mächte je eine besondere Zone Deutschlands besetzen. Der Plan sieht eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine Zentrale Kontrollkommission mit Sitz in Berlin vor, die aus den Oberbefehlshabern der drei Mächte bestehen soll.

Es ist beschlossen worden, daß Frankreich von den drei Mächten aufgefordert werden soll, eine Besatzungszone zu übernehmen und als viertes Mitglied an der Kontrollkommission teilzunehmen, falls es dies wünschen sollte...

Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören, die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine durch Leistung von Sachwerten erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die Nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militaristischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind.

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und der Militarismus ausgerottet sind, wird für das deutsche Volk Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.

3. Wiedergutmachung durch Deutschland

Wir haben die Frage des Schadens, den Deutschland in diesem Krieg den Vereinten Nationen zugefügt hat, erörtert und für Recht befunden, daß Deutschland in größtmöglichem Umfange verpflichtet wird, in gleicher Form Ersatz für den verursachten Schaden zu leisten ...

6. Polen

Wir kamen zur Krim-Konferenz mit dem Entschluß, unsere Meinungsverschiedenheiten über Polen beizulegen. Wir haben alle Ansichten zu dieser Frage ausführlich besprochen. Wir haben unseren gemeinsamen Wunsch erneut bestätigt, ein starkes, freies, unabhängiges und demokratisches Polen errichtet zu sehen ...

Nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens davon abweichen soll. Sie erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß die Ansicht der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieser Neuerwerbungen zu gegebener Zeit einzuholen ist ...

Известия (Moskau), 13. Februar 1945.
Международная жизнь (Moskau), 1965,
Nr. 9, S. 187–189. (Aus dem Russischen.)

127

Aus Adolf Hitlers Befehl zur Zerstörung aller Industrie-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen und aller Sachwerte in Deutschland vom 19. März 1945

Es ist ein Irrtum zu glauben, nicht zerstörte oder nur kurzfristig gelähmte Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen bei der Rückgewinnung verlorener Gebiete für eigene Zwecke wieder in Betrieb nehmen zu können. Der Feind wird bei seinem Rückzug uns nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen.

Ich befehle daher:

1. Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der

Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.

2. Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörung sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte einschl. der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen; die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstigen Sachwerte. Den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten.

3. Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben, entgegenstehende Weisungen sind ungültig.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg,
14. November 1945–1. Oktober 1946,
Nürnberg 1949, Bd. XLI, S. 430/431.

128

Aus den Richtlinien des Politbüros des ZK der KPD für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet vom 5. April 1945

II. Aufgaben für das gesamte von der Roten Armee besetzte Gebiet:

a) Herausgabe einer antifaschistischen deutschen Zeitung unter dem Namen „Deutsche Volkszeitung". Die Zeitung ist das Publikationsorgan der Stadt- und Ortsverwaltungen des besetzten Gebietes. Die Zeitung wird zunächst in einer der größeren Städte, wie Dresden oder Cottbus, hergestellt. Die Zeitung erscheint zunächst dreimal wöchentlich, später täglich mit 4–6 Seiten. Inhalt der Zeitung: Solange die Kriegshandlungen andauern, muß der Inhalt der Zeitung vorwiegend auf die Beeinflussung der Hitlerarmeen und der Bevölkerung im Hitlergebiet orientiert sein. Die Schilderung des Lebens in den besetzten Städten wird die Kapitulationsstimmung in der Hitlerarmee fördern. Die Zeitung soll die Bevölkerung des besetzten deutschen Gebietes zur Initiative für die Überwindung der Not mobilisieren im Sinne der Herstellung der Ordnung, Sicherung einer notdürftigen Ernährung, Unterbringung der Wohnungslosen, Ingangsetzung der städtischen Versorgungsbetriebe und eines Notverkehrs. Die Bevölkerung überzeugen, daß die Maßnahmen des Ortskommandanten der Roten Armee und der Gemeindeverwaltungen den Interessen der Bevölkerung entsprechen. Der Bevölkerung ist die Ursache der Katastrophe, der Kriegsschuld Deutschlands, die Verbrechen des Nazi-

systems und die Mitverantwortung des deutschen Volkes zu erklären. Die Massen sind zum Haß gegen Nazismus, Militarismus und Reaktion zu erziehen, zur Mithilfe bei der organisatorischen, politischen und moralischen Vernichtung des Nazismus und Militarismus. Die Bevölkerung ist zu überzeugen, daß die Vernichtung des Nazismus im Lebensinteresse des deutschen Volkes ist und deshalb alle aufrichtigen Deutschen mithelfen müssen bei der Aufspürung und Vernichtung von Kriegsverbrechern, faschistischen Terroristen, Provokateuren und Saboteuren.

Die antifaschistischen, fortschrittlichen Kräfte sollen in der Zeitung zu Wort kommen, um die Einheit der fortschrittlichen Kräfte aus allen werktätigen Schichten, der Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Demokraten und Christen, auf neuer, antifaschistischer Grundlage zu schaffen.

Die Zeitung soll die Bevölkerung im Geiste friedlicher Zusammenarbeit und Freundschaft der Völker, besonders mit der Sowjetunion, erziehen.

Durch grundsätzliche Aufsätze ist die allgemeine antifaschistische Umerziehung zu fördern, besonders die Aufklärung über das Wesen des deutschen Imperialismus, des preußischen Militarismus und des Rassismus.

Die Zeitung soll die Bevölkerung überzeugen, daß ehrliche Erfüllung der Wiedergutmachungsbedingungen, gründliche Liquidierung des Nazismus, Abkehr von der Naziideologie und von Revancheplänen, konsequente Demokratisierung des gesamten Denkens und Handelns sowie freundschaftliches Verhalten zur Sowjetunion und zu den anderen demokratischen Völkern die Voraussetzung ist für eine würdige Existenz des deutschen Volkes und für die spätere Rückkehr in die Gemeinschaft der Völker.

b) Im besetzten Gebiet wird eine deutsche antifaschistische Rundfunksendung organisiert. Sie arbeitet auf Grund der gleichen, für die Zeitung angeführten politischen Richtlinien. Der Sender spricht im Namen der Stadt, wo Zeitung und Sendestation ihre Basis haben. Es wird zunächst eine fahrbare Sendestation der Roten Armee verwendet, bis eine brauchbare deutsche Sendestation zur Verfügung steht. Mitglieder der Gemeindeverwaltungen und namhafte Persönlichkeiten aus der Bevölkerung sollen im Rundfunk auftreten.

Um der Bevölkerung das Abhören der Sendungen zu ermöglichen, sollen mit Hilfe des Ortskommandanten in den Hauptzentren der Stadt und in den Betrieben Lautsprecher angebracht werden.

c) Herausgabe von antifaschistischer und fortschrittlicher Literatur für Bibliotheken, Volkslesehallen, Lehrmaterial für Kurse und Schulen sowie Massenliteratur für den Vertrieb unter der Bevölkerung.

Für die Herausgabe dieser Literatur sind verantwortlich:

1. Für marxistisch-leninistische Literatur: Verlag für ausländische Literatur in Moskau.

2. Für deutsche antifaschistische Literatur, die von den Interessen des deutschen Volkes ausgeht, ist verantwortlich die Gruppe führender Genossen, die im deutschen Gebiet arbeitet. Diese Literatur behandelt die Kriegsschuld Deutschlands, die Kriegsverbrechen, die Zerschlagung der Naziideologie, die geschichtlichen Lehren für das deutsche Volk und die gegenwärtigen Aufgaben. Diese Literatur soll in namhaften deutschen Verlagen erscheinen. Außerdem sind herauszugeben die Werke antifaschistischer deutscher Schriftsteller.

3. Für Material für antifaschistische Schulungskurse und Schulen, das als Manuskript gedruckt wird, ist ebenfalls die Gruppe führender Genossen verantwortlich. Dieses Material wird herausgegeben von der Volksbildungskommission bei der Stadtverwaltung einer großen Stadt.

III. Schaffung von Verwaltungsorganen in den Städten und Dörfern des besetzten Gebietes.

Nach Ernennung eines Bürgermeisters durch den Ortskommandanten der Roten Armee wird eine Gemeindeverwaltung aus fünf bis sieben Antifaschisten geschaffen. Je nach der Größe der Stadt werden Abteilungen gebildet:

Ernährung,

Wohnung,

städt. Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Transport),

Gewerbe, Handwerk, Handel,

Gesundheitswesen und Fürsorge für Kinder, Invaliden und Schwerkriegsbeschädigte,

Volksbildung (Kurse, Bibliotheken, Schulen, Film),

Finanzen.

Die Gemeindeverwaltung stützt sich in den Betrieben auf Betriebsvertrauensleute (später Betriebsräte) und in den Wohngebieten auf Block- oder Straßenvertrauensleute. Die Gemeindeverwaltung kann im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde die Vertrauensleute zu Sitzungen zusammenrufen und auch zur Durchführung ihrer Aufgaben Einwohnerversammlungen einberufen.

Für die Auswahl und Registrierung der Funktionäre ist das „Personalamt" verantwortlich. Die Leitung dieses Amtes soll in der Regel ein Genosse in den Händen haben, der in den letzten Jahren außerhalb Deutschlands als antifaschistischer Funktionär gearbeitet hat. Für die Funktionen in der Gemeindeverwaltung werden Antifaschisten herangezogen, die schon vor 1933 antifaschistischen Organisationen angehört haben und während der Hitlerherrschaft standhaft geblieben sind; Werktätige, die während des Hitlerregimes am Kampf gegen die Naziherr-

schaft und gegen den Hitlerkrieg teilgenommen haben; verantwortungsbewußte, entwicklungsfähige Kräfte aus den Reihen der Intelligenz, die nicht der Nazipartei oder Hitlerjugend angehört haben. Es ist besonders zu prüfen, wer von den Intellektuellen, Ingenieuren, Ärzten und Lehrern herangezogen werden kann, die zwar in den letzten Jahren der Nazipartei beigetreten waren, aber keine aktive Tätigkeit ausgeübt haben. Frauen, deren Männer Mitglied der Nazipartei waren, können nicht zu Funktionen herangezogen werden.

IV. Direktiven für die nächsten Aufgaben der Stadtverwaltung.

a) Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben in erster Linie die Bevölkerung zu überzeugen, daß die Durchführung der Befehle und Maßnahmen der Militärverwaltung in ihrem eigenen Interesse liegt.

Vor allem sind die Behörden zu unterstützen bei der Aufdeckung und Vernichtung der Naziverbrecher, Saboteure und ihrer Helfer und Hintermänner. Aktive Unterstützung bei der Registrierung aller Mitglieder der Naziorganisationen sowie der Angehörigen der Wehrmacht und des „Volkssturms". Unterstützung der von den Militärbehörden angeordneten Arbeitsleistungen und sonstigen Dienste sowie strikte Durchführung aller Wiedergutmachungsverpflichtungen.

Für die Arbeit der wichtigsten Abteilungen der Gemeindeverwaltungen werden folgende Hinweise gegeben:

a) Ernährung (Aufgabe der Abteilung für Ernährung):

Zur Sicherstellung einer notdürftigen Ernährung erfolgt die Feststellung und Aufbringung der für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Lebensmittelvorräte. Ausgabe von Lebensmitteln erfolgt in erster Reihe für die Arbeitenden, vor allem an die Küchen für Betriebe und Arbeitskommandos, sowie für Kindergärten. Für die Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte werden Höchstpreise festgesetzt. Organisierung der Beschaffung von Lebensmitteln aus den Dörfern durch Vereinbarungen mit den ländlichen Gemeindeverwaltungen oder mit den Bauern, teilweise bei Gegenlieferung von Konsumartikeln und landwirtschaftlichen Geräten.

Entsendung von Arbeitskräften für die Frühjahrsbestellung und für die Reparatur landwirtschaftlicher Geräte in die Dörfer. Sicherung des Anbaus des gesamten geeigneten städtischen Bodens. Bodenzuteilung an Familien für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse.

b) Wohnung (Aufgaben des Wohnungsamtes):

Feststellung des zur Verfügung stehenden Wohnraums. Überführung der Gebäude, deren Besitzer abwesend sind, in Gemeindeverwaltung.

Unterbringung der wohnungslosen Bevölkerung in allen für private Zwecke zur Verfügung stehenden Räumen (große Privatwohnungen, Villen, Säle u. dgl.).

Organisierung der Haus- und Wohnungsreparaturen mit Hilfe städti-

scher Baubetriebe, Handwerker und privater Baufirmen. Schaffung von Notwohnungen und Bau von typisierten Wohngebäuden.

c) Städtische Betriebe:

Reinigung der Verwaltung und Belegschaft der städtischen Versorgungsbetriebe von Nazielementen und Besetzung der verantwortlichen Posten in Verwaltung und Betrieb mit zuverlässigen Antifaschisten.

d) Gewerbe, Handwerk, Handel:

Die Abteilung für Gewerbe, Handwerk, Handel hat für die planmäßige Ingangsetzung der Gewerbe-, Handels- und Handwerksbetriebe zu sorgen. Sie regelt die Fragen der Rohstoffbeschaffung, der Preise, des Verkaufs sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde.

Für Betriebe ohne Unternehmer beauftragt die Abteilung einen zuverlässigen qualifizierten Arbeiter oder Angestellten oder den Betriebsausschuß mit der vorläufigen Leitung.

Die Abteilung ist zuständig für die Aufklärungsarbeit unter den Unternehmern und Arbeitern über die Notwendigkeit der Erhöhung der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität im allgemeinen Volksinteresse. Der Abteilung unterstehen auch die Betriebsausschüsse der Arbeiter und Angestellten. Ihre Aufgabe ist die Steigerung der Produktion und Sicherung der Arbeitsdisziplin, antifaschistische Umerziehung der Belegschaft, Vereinbarung der Arbeitsbedingungen im Rahmen der allgemeinen Anweisungen der Stadtverwaltung, soziale Fürsorge.

Nachdem sich im Betrieb antifaschistische Kräfte herausgebildet haben, werden betriebliche Gewerkschaftsgruppen organisiert.

e) Volksbildung (Abteilung für Volksbildung):

Säuberung der Schulen, Bibliotheken und Institutionen von nazistischer, militaristischer und anderer reaktionärer Literatur. Organisierung von Kursen für die Funktionäre der städtischen Verwaltung, der Betriebsausschüsse und für Intellektuelle (Lehrer, Ingenieure usw.). Schaffung von Bibliotheken und Lesehallen, vor allem von Bibliotheken in den Betrieben.

Einsetzung eines Schulrates aus zuverlässigen Antifaschisten. Prüfung von Lehrern durch das Personalamt. Es sind solche früheren Lehrer auszuwählen, die von den Nazis gemaßregelt worden waren oder keine aktiven Nazis gewesen sind. Außerdem sind qualifizierte antifaschistische Werktätige, die pädagogische Fähigkeiten haben, als Hilfslehrer für bestimmte Lehrfächer zu schulen (vor allem für Geschichtsunterricht, Staatskunde und Geographie).

Bevor die Schulen eröffnet werden, sind für die Lehrerkandidaten dreimonatliche Kurse durchzuführen (Entwurf zum Lehrprogramm liegt vor).

Die früheren Lehrbücher, auch die aus der Zeit der Weimarer Republik, können nicht mehr für den Unterricht verwendet werden. Vom

Schulrat der größten Stadt des besetzten Gebietes werden Richtlinien ausgearbeitet für die ersten drei Monate des Schulunterrichts sowie ausführliche Richtlinien für alle Lehrfächer. Die Richtlinien müssen davon ausgehen, daß zunächst die antifaschistische Umerziehung der Kinder erfolgen muß.

Für die Kinder und Jugendlichen sind bis zum Schulbeginn Zusammenkünfte und Vorträge zu organisieren.

f) Finanzen (Finanzabteilung):

Die Finanzierung der städtischen Ausgaben erfolgt durch die Fortführung der Steuererhebung und Überschüsse aus den städtischen Betrieben. Die Abzüge vom Arbeitslohn erfolgen mit Ausnahme der Kriegs- und Kopfsteuer. Im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde kann die Gemeindeverwaltung eine Zwangsabgabe von großen Vermögen und hohen Einkommen erheben sowie eine allgemeine Notsteuer. Um über die Finanzschwierigkeiten der ersten Zeit hinwegzukommen, kann im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde Gemeindenotgeld herausgegeben werden.

V. Die Aufgaben in den Landgemeinden.

In jeder Gemeinde ist ein Gemeindevorsteher und Stellvertreter zu bestimmen und eine der Größe des Dorfes entsprechende Gemeindeverwaltung zu schaffen. In der Grundlinie gelten für die Landgemeindeverwaltungen die gleichen Richtlinien wie für die Städte bei entsprechender Begrenzung der Aufgaben.

Die besondere Sorge der Gemeindeverwaltungen ist die Sicherung des Anbaus und der Ablieferung der für die Volksernährung notwendigen Produkte. Die gesamte urbar gemachte Bodenfläche ist anzubauen.

Herrenloser Boden ist je nach den örtlichen Verhältnissen den anbauwilligen Werktätigen zur individuellen Nutzung zuzuteilen. Große Güter sind durch die Gutsarbeiter und Angestellten gemeinsam zu bewirtschaften, nachdem die individuellen Bodenwünsche der Landarbeiter, kleinbäuerlichen Anlieger und sonstigen Dorfproletarier befriedigt wurden. Alles auf den Landgütern und großen Bauernhöfen vorhandene Zugvieh und Maschineninventar ist maximal auszunützen und auch für die Bebauung des Bodens der kleineren Bauern und Parzelleninhaber zur Verfügung zu stellen. Jeder Bearbeiter des Bodens hat das uneingeschränkte Recht, nach Erfüllung der Ablieferungsnorm seine Produkte frei zu verwerten.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, NL 36/N11–B.
Zwei Dokumente der KPD aus den Jahren 1944 und 1945
für das neue, demokratische Deutschland.
In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin),
1965, Heft 2, S. 264–268.

129
Aus dem Fernschreiben Karl Dönitz' an Karl Kaufmann vom 30. April 1945

1. Hauptsorge der militärischen Führung in der augenblicklichen Situation ist die Rettung deutschen Landes und deutschen Volkstums vor dem Bolschewismus. Der Schwerpunkt der Kampfführung liegt daher eindeutig im Osten. Es wird militärisch alles nur Mögliche getan, den russischen Vormarsch im Mecklenburger Raum abzustoppen oder zumindest solange als möglich aufzuhalten, um den Abfluß der deutschen Menschen zu ermöglichen.

3. Es ist daher unumgänglich notwendig, die Elbe-Stellung mit äußerster Zähigkeit gegen den Westen zu verteidigen. Wo durch diese Kampfaufgabe Sachwerte zerstört werden, wird dies durch die Rettung deutschen Blutes im Osten tausendfach gerechtfertigt.

Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz.
Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1950, S. 135.

130
Aus der Rundfunkansprache Karl Dönitz' vom 1. Mai 1945

Der Führer hat mich zu seinem Nachfolger bestimmt. Im Bewußtsein der Verantwortung übernehme ich die Führung des deutschen Volkes in dieser schicksalsschweren Stunde. Meine erste Aufgabe ist es, deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den vordrängenden bolschewistischen Feind zu retten. Nur für diesen Zweck geht der militärische Kampf weiter. Soweit und solange die Erreichung dieses Ziels durch die Briten und Amerikaner behindert wird, werden wir uns auch gegen sie weiter verteidigen und weiterkämpfen müssen. Die Anglo-Amerikaner setzen dann den Krieg nicht mehr für ihre eigenen Völker, sondern allein für die Ausbreitung des Bolschewismus in Europa fort.

Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz.
Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1950, S. 138.

131
Aus dem Bericht Kurt Gersteins über das faschistische Vernichtungslager Belżec vom 4. Mai 1945

Am anderen Morgen kurz vor sieben kündigt man mir an: In zehn Minuten kommt der erste Transport! – Tatsächlich kam nach einigen Minuten

der erste Zug von Lemberg aus an. 45 Waggons mit 6700 Menschen, von denen 1450 schon tot waren bei ihrer Ankunft. Hinter den vergitterten Luken schauten, entsetzlich bleich und ängstlich, Kinder durch, die Augen voller Todesangst, ferner Männer und Frauen ... Ein großer Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: Sich ganz ausziehen, auch Prothesen, Brillen usw. Die Wertsachen am Schalter abgeben, ohne Bons oder Quittung. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden (wegen der Spinnstoffsammlung), denn in dem Haufen von reichlich 25 Meter Höhe hätte sonst niemand die zugehörigen Schuhe wieder zusammenfinden können. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scherenschlägen die ganzen Haare abschneidet und sie in Kartoffelsäcken verschwinden läßt ...

An der Ecke steht ein starker SS-Mann, der mit pastoraler Stimme zu den Armen sagt: „Es passiert euch nicht das geringste! Ihr müßt nur in den Kammern tief Atem holen, das weitet die Lungen, diese Inhalation ist notwendig wegen der Krankheiten und Seuchen." Auf die Frage, was mit ihnen geschehen würde, antwortet er: „Ja, natürlich, die Männer müssen arbeiten, Häuser und Chausseen bauen, aber die Frauen brauchen nicht zu arbeiten. Nur wenn sie wollen, können sie im Haushalt oder in der Küche mithelfen."

Für einige von diesen Armen ein kleiner Hoffnungsschimmer, der ausreicht, daß sie ohne Widerstand die paar Schritte zu den Kammern gehen – die Mehrzahl weiß Bescheid, der Geruch kündet ihnen ihr Los! – So steigen sie die kleine Treppe herauf, und dann sehen sie alles. Mütter mit Kindern an der Brust, kleine nackte Kinder, Erwachsene, Männer, Frauen, alle nackt – sie zögern, aber sie treten in die Todeskammern, von den anderen hinter ihnen vorgetrieben oder von den Lederpeitschen der SS getrieben. Die Mehrzahl, ohne ein Wort zu sagen. Eine Jüdin von etwa 40 Jahren, mit flammenden Augen, ruft das Blut, das hier vergossen wird, über die Mörder ... Die Menschen stehen einander auf den Füßen. 700 bis 800 auf 25 Quadratmetern, in 45 Kubikmetern! Die SS zwängt sie physisch zusammen, soweit es überhaupt geht. – Die Türen schließen sich. Währenddessen warten die anderen draußen im Freien nackt. Man sagt mir: Auch im Winter genauso! ... Jetzt endlich verstehe ich auch, warum die ganze Einrichtung Heckenholt-Stiftung heißt. Heckenholt ist der Chauffeur des Dieselmotors, ein kleiner Techniker, gleichzeitig der Erbauer der Anlage. Mit den Dieselauspuffgasen sollen die Menschen zu Tode gebracht werden. Aber der Diesel funktioniert nicht! Der Hauptmann Wirth kommt. Man sieht, es ist ihm peinlich, daß das gerade heute passieren muß, wo ich hier bin. Jawohl, ich sehe alles! Und ich warte. Meine Stoppuhr hat alles brav registriert. 50 Minuten, 70 Sekunden – der Diesel springt nicht an! Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Ver-

geblich! Man hört sie weinen, schluchzen ... Der Hauptmann Wirth schlägt mit seiner Reitpeitsche den Ukrainer, der dem Unterscharführer Heckenholt beim Diesel helfen soll, 12-, 13mal ins Gesicht. Nach zwei Stunden 49 Minuten – die Stoppuhr hat alles wohl registriert – springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen 4 Kammern, viermal 750 Menschen in 4 mal 45 Kubikmetern! – Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht das durch das kleine Fensterchen, in dem das elektrische Licht die Kammern einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten, ist alles tot!

Leon Poliakov/Josef Wulf: Das Dritte Reich und die Juden.
Dokumente und Aufsätze, Berlin-Grunewald 1955, S. 106/107.

132

Aus dem Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht zur Teilkapitulation deutscher Truppen im Nordraum vom 5. Mai 1945

1. Wenn wir in Nordwestdeutschland, Dänemark und Holland die Waffen niederlegen, so geschieht es, weil der Kampf gegen die Westmächte seinen Sinn verloren hat. Im Osten jedoch geht der Kampf weiter, um möglichst viele deutsche Menschen vor der Bolschewisierung und Versklavung zu retten.

Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz.
Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1950, S. 146.

133

Aus dem Fernschreiben und Funkspruch Karl Dönitz' vom 7. Mai 1945

1. Am 7. Mai 1945, 02.41 Uhr Gesamtkapitulation durch Oberkommando der Wehrmacht für alle Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft an Oberkommando der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig an sowjetisches Oberkommando unterschrieben. Dies war unvermeidlich, um in kurzer Zeit zu erwartende vollständige Vernichtung bestimmter Frontteile zu verhüten und somit noch möglichst viele Menschen für Deutschland zu retten.

Zusatz für H[eeres] Gr[uppe] Kurland und A[rmee] O[ber] K[ommando] Ostpreußen: Alle bis zum 9. Mai 1945, 01.00 Uhr gegebenen

Möglichkeiten zum Abtransport über See sind unter äußerster Anspannung aller Kräfte auszunutzen. Alle Schiffe müssen bis zu diesem Zeitpunkt ausgelaufen sein.

Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz.
Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1950, S. 151/152.

134

Aus Unterlagen des Oberkommandos der Wehrmacht über die Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht in der Zeit vom 1. September 1939 bis 31. Januar 1945

	Zusammen	davon: Heer	Kriegsmarine	Luftwaffe	Freiwilligen-Verbände
Tote:					
a) durch Feindeinwirkung:	1 810 061	1 622 561	48 904	138 596	72 664
b) Sonstige:	191 338	–	–	–	10 643
Verwundete:	4 429 875	4 188 037	25 259	216 579	118 127
Vermißte:	1 902 704	1 646 316	100 256	156 132	57 258
Gesamtverluste:	8 333 978	7 456 914	174 419	511 307	258 692

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab).
Band IV: 1. Januar 1944–22. Mai 1945.
Eingeleitet und erläutert von Percy Ernst Schramm.
Zweiter Halbband, Frankfurt/a. M. 1961, S. 1511.

135

Aus Unterlagen des Generalarztes im Oberkommando des Heeres über personelle Verluste des Heeres in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis 31. März 1945

	Gesamt	Gefallen davon Offiziere	Gesamt	Verwundet davon Offiziere	Gesamt	Vermißt davon Offiziere	Gesamt	Gesamt davon Offiziere
Osten:								
Gesamt	985 316	32 682	3 907 752	98 726	1 281 285	21 267	6 172 373	152 675
Geb.-AOK 2 O	16 369	513	60 413	1 430	6 851	142	83 633	2 085
Wehrm.-Befh. Dänemark	22	2	96	5	1	–	119	7
OB West: Gesamt	80 719	2 552	265 195	7 229	489 449	6 763	835 363	16 944
OB Südwest: Gesamt	46 805	1 665	168 571	4 501	208 239	5 326	423 615	11 492
OB Südost: Gesamt	20 276	594	63 098	1 585	21 846	293	105 220	2 472
Insgesamt	1 149 507	38 408	4 463 145	113 476	2 007 671	33 791	7 620 323	185 675

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab).
Band IV: 1. Januar 1944–22. Mai 1945.
Eingeleitet und erläutert von Percy Ernst Schramm.
Zweiter Halbband, Frankfurt a. M. 1961, S. 1515/1516.

136

Aus der Mitteilung der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Untaten der faschistischen deutschen Okkupanten und ihrer Komplizen und des Schadens, den sie Staatsbürgern, Kollektivwirtschaften, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR in den Jahren 1941 bis 1945 zugefügt haben, veröffentlicht am 12. September 1945

Auf Grund dieser Dokumente hat die Außerordentliche Staatliche Kommission den der Volkswirtschaft und den einzelnen Stadt- und Dorfbewohnern zugefügten Schaden auf 679 Milliarden Rubel in staatlichen Preisen von 1941 berechnet, davon entfallen auf

1. Staatliche Betriebe und Einrichtungen 287 Milliarden Rubel
2. Kollektivwirtschaften 181 Milliarden Rubel

3. Dorf- und Stadtbewohner 192 Milliarden Rubel
4. Genossenschaftliche, gewerkschaftliche und andere gesellschaftliche Organisationen 19 Milliarden Rubel

Nach Unionsrepubliken aufgeschlüsselt verteilt sich der Schaden wie folgt:

1. Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik 249 Milliarden Rubel
2. Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik 285 Milliarden Rubel
3. Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik 75 Milliarden Rubel
4. Lettische Sozialistische Sowjetrepublik 20 Milliarden Rubel
5. Litauische Sozialistische Sowjetrepublik 17 Milliarden Rubel
6. Estnische Sozialistische Sowjetrepublik 16 Milliarden Rubel
7. Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik 11 Milliarden Rubel
8. Karelo-Finnische Sozialistische Sowjetrepublik 6 Milliarden Rubel

Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel!
Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941–1944),
Moskau 1963, S. 415/416.

137

Aus der eidesstattlichen Erklärung des ehemaligen Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz Rudolf Höß über die Massenvernichtung in Konzentrationslagern während der Jahre 1934 bis 1944, abgegeben am 5. April 1946

2. Seit 1934 hatte ich unausgesetzt in der Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun und tat Dienst in Dachau bis 1938; dann als Adjutant in Sachsenhausen von 1938 bis zum 1. Mai 1940, zu welcher Zeit ich zum Kommandanten von Auschwitz ernannt wurde. Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2 500 000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3 000 000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 Prozent aller Personen dar, die als

Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden; die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien des Konzentrationslagers verwendet. Unter den hingerichteten und verbrannten Personen befanden sich ungefähr 20 000 russische Kriegsgefangene (die früher von der Gestapo aus den Gefängnissen der Kriegsgefangenen ausgesondert waren); diese wurden in Auschwitz von Wehrmacht-Transporten, die von regulären Offizieren und Mannschaften der Wehrmacht befehligt wurden, ausgeliefert. Der Rest der Gesamtzahl der Opfer umfaßte ungefähr 100 000 deutsche Juden und eine große Anzahl von Einwohnern, meistens Juden, aus Holland, Frankreich, Belgien, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Griechenland oder anderen Ländern. Ungefähr 400 000 ungarische Juden wurden allein in Auschwitz im Sommer 1944 von uns hingerichtet.

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1964, S. 278.

138

Urkunde der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen deutschen Wehrmacht, unterzeichnet in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945

Berlin-Karlshorst, 8. Mai 1945

1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

2. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich allen deutschen Land-, See- und Luftstreitkräften und allen unter deutschem Befehl stehenden Streitkräften den Befehl geben, die Kampfhandlungen um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit am 8. Mai 1945 einzustellen, in den Stellungen zu verbleiben, die sie in diesem Zeitpunkt innehaben, und sich vollständig zu entwaffnen, indem sie ihre Waffen und Ausrüstung den örtlichen alliierten Befehlshabern oder den von den Vertretern der obersten alliierten Militärführungen bestimmten Offizieren übergeben. Kein Schiff, Seefahrzeug oder Flugzeug irgendeiner Art darf zerstört werden, noch dürfen Schiffsrümpfe, maschinelle Einrichtungen oder Geräte, Maschinen irgendwelcher Art, Waffen, Apparaturen und alle technischen Mittel zur Fortsetzung des Krieges im allgemeinen beschädigt werden.

3. Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht wird unverzüglich den zuständigen Befehlshabern alle von dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und dem Oberkommando der Roten

Armee erlassenen zusätzlichen Befehle weitergeben und deren Durchführung sicherstellen.

4. Diese Kapitulationserklärung stellt kein Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.

5. Im Falle, daß das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht oder irgendwelche unter seinem Befehl stehende Streitkräfte es versäumen sollten, sich gemäß den Bestimmungen dieser Kapitulationserklärung zu verhalten, werden der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und das Oberkommando der Roten Armee alle diejenigen Straf- und anderen Maßnahmen ergreifen, die sie als zweckmäßig erachten.

6. Diese Erklärung ist in englischer, russischer und deutscher Sprache aufgesetzt. Allein maßgebend sind die englische und die russische Fassung.

Unterzeichnet zu Berlin, am 8. Mai 1945.

gez. v. Friedeburg gez. Keitel gez. Stumpff

Für das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht.
In Gegenwart von:
Für den Obersten Befehlshaber der Alliierten
Expeditionsstreitkräfte
gez. A. W. Tedder
Für das Oberkommando der Roten Armee
gez. G. Shukow
Bei der Unterzeichnung waren als Zeugen
auch zugegen:
General, Oberstkommandierender der
Ersten Französischen Armee
J. de Lattre-Tassigny
Kommandierender General der Strategischen
Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten
Carl Spaatz

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland,
Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin 1946, S. 6.
Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949).
Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin,
Berlin 1966, S. 54/55.

Register

Personenverzeichnis

Abegg, Wilhelm (1876–1951) 375
Abs, Hermann (geb. 1901) 58
Abshagen, Robert (1911–1944) 326 328
Abusch, Alexander (geb. 1902) 113 188 217 316 378
Ackermann, Anton (Hanisch, Eugen) (geb. 1905) 107 113 115 127/128 134 217 223 351 420 435/436
Ackermann, Heinz (gest. 1944) 363
Adler, Friedrich (1879–1960) 164
Almstadt, Bernhard (1897–1944) 394
Almstadt, Erna (geb. 1898) 394
Andersen Nexö, Martin (1869–1954) 50
Apelt, Ernst (1922–1953) 389
Apelt, Fritz (geb. 1893) 420
Apitz, Bruno (geb. 1900) 33
Arndt siehe Mewis, Karl
Aufhäuser, Siegfried (geb. 1884) 35 53 91/92 100 176 357 381

Bahnik, Wilhelm (1900–1938) 158
Bahrs, Hugo (geb. 1915) 389
Bakker-Nort 45
Balden, Theo (geb. 1904) 194
Barbusse, Henri (1873–1935) 33 38 49
Bärensprung, Horst 381
Baron, Erich (1881–1933) 82
Bartel, Walter (geb. 1904) 370
Bassermann, Albert (1869–1952) 34 373
Bästlein, Bernhard (1894–1944) 28 284 326 328 398 415
Bauer, Albert (geb. 1890) 329

Bauer, Erwin 204
Bauer, Fritz (geb. 1903) 357 380
Bauer, Otto (1882–1938) 209
Baum, Bruno (geb. 1910) 434
Baum, Herbert (1912–1942) 313/314
Baumgarte, August (geb. 1904) 401
Baumgarte, Kurt (geb. 1912) 94
Bebel, August (1840–1913) 33
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 33 176 188–192 317 349 383/384 420
Bechler, Bernhard (geb. 1911) 361
Beck, Ludwig (1880–1944) 197 408 411
Becker, Artur (1905–1938) 157 159/160
Becker, Karl (1894–1942) 377
Beckmann, Max (1884–1950) 194
Beimler, Hans (1895–1936) 28 157
Belgard, Josef 377
Beling, Walter (geb. 1899) 316
Beneš, Edvard (1884–1948) 211
Berendsohn, Walter A. (geb. 1884) 373
Bergery, Gaston 45
Bergholz, Albert (1892–1957) 404
Bergmann, Paul (1881–1951) 158
Bergner, Elisabeth (1897–1965) 34 381
Berija, L. P. (1899–1953) 207
Berlin, Egon (gest. 1944) 377
Berner, Erwin (gest. 1933) 23
Bernhard, Georg (1875–1944) 144 147 228
Bertz, Paul (1886–1950) 116 127/128 217 223
Beuttel, Wilhelm (1900–1944) 323 326
Bischoff, Charlotte (geb. 1901) 308 310 403
Blank, Ernst siehe Thoma, Karl
Blech, Leo (1871–1958) 373
Blomberg, Werner von (1878–1946) 10 61 198/199
Blum, Léon (1872–1950) 147 152
Blume, Otto 363
Böchel, Karl (1884–1946) 35 53 100 176
Bochow, Herbert (1906–1942) 263/264
Bogdan, Herbert (geb. 1907) 265 369
Boenheim, Felix (1890–1960) 381
Boock, Georg (1892–1961) 408
Bosch, Carl (1874–1940) 343
Bosch, Robert (1861–1942) 343
Boulanger, Jakob (geb. 1897) 434
Brack, Gustav (geb. 1892) 395
Brandt, Willy (Frahm, Herbert Karl) (geb. 1913) 428
Branting, Georg (geb. 1887) 45 161 313
Brauer, Max (geb. 1887) 286 357
Braun, Ernst (geb. 1909) 158
Braun, Franz (gest. 1933) 33
Braun, Kurt 158
Braun, Max (1892–1945) 144 179 202
Braun, Otto (1872–1955) 286
Brecht, Bertolt (1898–1956) 33/34 161 187 189–191 381 384
Bredel, Willi (1901–1964) 33 157/158 188 190–192 317 333 351 383/384 436
Bredow, Kurt von (1882–1934) 62
Breitbach, Erich (geb. 1905) 280
Breitscheid, Rudolf (1874–1944) 18 144 176 274 415
Bröttinger, Kurt 158
Brouckère, Louis de (1870–1951) 164
Bruckner, Ferdinand (Tagger, Theodor) (1891–1958) 373
Brunnemer, Philipp (1867–1942) 315
Buch, Eva Maria (1921–1943) 310 312
Büche, Hermann 363
Bucher, Alfred (gest. 1944) 377
Bücher, Hermann (1882–1951) 320 343
Buchmann, Albert (geb. 1894) 28 401
Büchner, Robert (geb. 1904) 283 432
Buchwitz, Otto (1879–1964) 19 35
Budeus, Walter (1902–1944) 307 309
Budzislawski, Hermann (geb. 1901) 228 381
Bullack, Werner (gest. 1944) 363
Busch, Ernst (geb. 1900) 34 158
Buschmann, Ernst (geb. 1914) 377
Busse, Ernst (1897–1952) 370

Chamberlain, Neville (1869–1940) 211 271
Charisius, Eberhard (geb. 1916) 334 362
Chromuschina, G. F. 389

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer (1874–1965) 271 387 423/424
Chwalek, Roman (geb. 1898) 28
Ciano, Galeazzo (1903–1944) 174
Ciufolè, Domenico (geb. 1898) 370
Claudius (Schmidt), Eduard (geb. 1911) 158 191
Claus, Rudolf (1893–1935) 145
Coppi, Hans (1916–1942) 312
Coppi, Hilde (1909–1943) 312
Cremer, Fritz (geb. 1906) 193
Creutzburg, August (geb. 1892) 28
Crummenerl, Siegmund (1892–1940) 35
Cyrankiewicz, Józef (geb. 1911) 434

Dąbrowski, Jarosław (1836–1871) 153
Dahlem, Franz (geb. 1892) 27–29 94, 95 107 111 113 115 117 127/128 132 134–136 158/159 176 186 204 217 223 316/317 434
Dahrendorf, Gustav (1901–1954) 413
Daladier, Edouard (geb. 1884) 211
Daniels, Alexander Edler von (1891 bis 1960 361
Daub, Philipp (geb. 1896) 65 179
Decken, Eberhard (gest. 1945) 377
Dengel, Philipp (1888–1948) 107
Despotopoulos, Constantin 382
Dessau, Paul (geb. 1894) 191
Dickel, Friedrich (geb. 1914) 158
Dimitroff, Georgi (1882–1949) 27 42 bis 49 73 86/87 102 106 108–111 125–127 164 187 192 253 336 416 419 427 435
Djatlenko, N. D. 389
Dönitz, Karl (geb. 1891) 430
Dorf, Artur (geb. 1908) 157
Drögemüller, Grete (geb. 1910) 393
Drumm, Hermann (1909–1937) 158
Duclos, Jacques (geb. 1896) 111
Duncker, Hermann (1874–1960) 381

Eberlein, Hugo (1887–1940) 107
Ebert, Friedrich (geb. 1894) 35 307
Eichinger, Georg 363
Eifler, Erna (1908–1944) 303
Einstein, Albert (1879–1955) 34
Eisenblätter, Charlotte (1903–1944) 308
Eisenschneider, Elvira (1924–1944) 303
Eisler, Gerhart (geb. 1897) 160 217 381
Eisler, Hanns (Johannes) (1898–1962) 34
Eltz-Rübenach, Peter Paul Freiherr von (1875–1943) 10
Emendörfer, Max (geb. 1911) 361/362
Emmerlich, Arthur (1907–1942) 217 225 259 261/262
Empacher, Walter (1906–1945) 368
Emrich, Fritz (1894–1947) 392
Enderle, August (1887–1959) 380
Engelbrecht, Erwin (geb. 1914) 361 388
Engels, Friedrich (1820–1895) 33 364
Engert, Otto (1895–1945) 368 396/397 408
Eppenstein 36
Ercoli siehe Togliatti, Palmiro
Ernst, Max (geb. 1891) 194
Eschborn, Jacob 349

Fabian, Walter (geb. 1902) 176
Fähling, Erich (geb. 1899) 394
Fechner, Max (geb. 1892) 35
Feidengruber, Gottlob (gest. 1944) 377
Fell, Peter (1901–1944) 377
Feller, Paul (geb. 1915) 158
Feuchtwanger, Lion (1884–1958 33 176 188 190–193 228 373 381 383
Firl, Wilhelm (1894–1937) 131
Fischer, Lene (Helene) geb. 1906 94
Fischer, Max (geb. 1898) 402
Flick, Friedrich (geb. 1883) 58 61 213/214
Flieg, Leopold (1893–1939) 127
Florin, Peter (geb. 1921) 436
Florin, Wilhelm (1894–1944) 27-29 37 42 94 107 111 113 115 127 159 176 204 223 317 350 420
Foster, William Z(ebulon) (1881–1961) 111
Franco, Francisco (geb. 1892) 150–154 156 161/162 166
Frank, Alfred (1884–1945) 193 405
Frank, James (geb. 1882) 34
Frank, Leonhard (1882–1961) 188 228

Frank, Max (1903–1944) 377
Fraenkel, Heinrich (geb. 1897) 375
Fränken, Friedrich (geb. 1897) 377
Frankenberg und Proschlitz, Egbert von (geb. 1909) 361
Franz, Gerhard (gest. 1944) 373
Freisler, Roland (1893–1944) 415
Freundlich, Otto (1878–1943) 193
Frick, Wilhelm (1877–1946) 10 180
Friedmann, Heinrich W. 377
Fritsch, Minna (1889–1946) 131
Fritsch, Werner Freiherr von (1880 bis 1939) 197
Frölich, August (1877–1966) 395
Frölich, Paul (1884–1953) 204
Fromm, Fritz (1888–1945) 320
Funk, Albert (1894–1933) 82
Funk, Kurt siehe Wehner, Herbert
Funke, Ewald (1905–1938) 131
Fürnberg, Louis (1909–1957) 33 191

Gall, Willi (1908–1941) 225 259–261
Garbarini, Kurt (1913–1943) 158
Garibaldi, Giuseppe (1807–1882) 153
Gaulle, Charles de (geb. 1890) 271
Gehring, Reinhold (gest. 1944) 363
Geilenberg, Edmund (geb. 1902) 319
Gentsch, Erich (1893–1944) 217
Gerlach, Hellmut von (1866–1935) 144
Geyer, Curt (geb. 1891) 135 208/209 229 248 257 274
Gieffer, Joseph (1908–1944) 419
Gille, Herbert (geb. 1897) 389
Gladewitz, Richard (geb. 1898) 113 116 158 376
Gläser, Georg (geb. 1915) 259
Glatzer, Helene (1902–1935) 82
Glineur, Henri (geb. 1899) 370
Globke, Hans Maria (geb. 1898) 214
Glückauf, Erich (geb. 1903) 158 160
Goebbels, Paul Joseph (1897–1945) 10 25 33 339 416
Gold, Franz (geb. 1913) 362
Goltz, Fritz (geb. 1914) 394
Gomez siehe Zaisser, Wilhelm
Goerdeler, Carl Friedrich (1884–1945) 197 343/344 408 411 413/414
Göring, Hermann (1893–1946) 10 12/13 25 42 62 141 170/171 290
Gorki, Maxim (Peschkow, A. M.) (1868 bis 1936) 33 49
Goßens, Hans (geb. 1921) 361
Gothe, Alfred (1903–1964) 389
Goethe, Johann Wolfgang von (1749 bis 1832) 44
Gotsche, Otto (geb. 1904) 369
Gottwald, Klement (1896–1953) 102 111
Götz, Sepp (Josef) (1895–1933) 82
Goetze, Ursula (1916–1943) 310 312
Grabowski, Otto (1892–1961) 279/280 282 309/310
Graf, Oskar Maria (geb. 1894) 188 373 383
Grahle, Erich (1900–1948) 402
Grandy, Theo (geb. 1919) 361
Granzow, Kurt (1907–1943) 377
Grasse, Herbert (1910–1942) 279/280 282 309/310 403
Gravitz, Arno (gest. 1944) 373
Greiner, Ferdinand (geb. 1900) 419
Grimmer, Arthur (geb. 1906) 402
Grimmer, Rudolf (geb. 1908) 402
Große, Fritz (1904–1957) 28 42 94 181 434
Grotewohl, Otto (1894–1964) 251 417
Grube, Ernst (1890–1945) 28 415
Grünberg, Gottfried (geb. 1899) 436
Grundig, Hans (1901–1958) 193/194
Grundig, Lea (geb. 1906) 193/194
Grzesinski, Albert (1879–1947) 144 286 304 357 381
Guddorf, Wilhelm (1902–1943) 281 309 311/312 328
Gundelach, Gustav (1888–1962) 158
Günther, Hanno (1921–1942) 263 264
Gürtner, Franz (1881–1941) 10
Gyptner, Richard (geb. 1901) 435
Gyptner, Rudolf (1923–1944) 419

Haber, Fritz (1868–1934) 34
Häbich, Walter (1904–1934) 82

Hadermann, Ernst (geb. 1896) 331 334 349 388
Haeften, Werner von (1908–1944) 413/414
Hager, Kurt (geb. 1912) 158 160/161 375
Hähnel, Albert (1903–1945) 284
Hähnel, Walter (geb. 1905) 94 107 113 127 217 223 376/377
Haken, Jan (1912–1956) 370
Hallgarten, Wolfgang (geb. 1901) 176
Hallmeyer, Rudolf (1908–1943) 225 259 261/262 279
Haniel, Karl (geb. 1877) 58
Hansen, Georg (geb. 1903) 420
Harnack, Arvid von (1901–1942) 280 311/312
Harnack, Falk von (geb. 1913) 382
Harnack, Mildred von (1902–1943) 312
Hartung, Hans (geb. 1904) 194
Haubach, Theodor (1896–1945) 413
Hauke, Maximilian Adolf (geb. 1889) 369
Hauser, Harald (geb. 1912) 376/377
Häuslein, Otto (1911–1942) 264/265
Hays, Arthur Garfield (geb. 1881) 45
Heartfield, John (Herzfeld, Helmut) (geb. 1891) 194 373
Heckert, Fritz (1884–1936) 27/28 86 107 111 113 127 143/144
Heine, Fritz (Friedrich) (geb. 1904) 274
Heinen, Hans (1909–1939) 250
Heinig, Kurt (1886–1956) 286
Heinz, Karl (gest. 1944) 377
Heisel, Hans (geb. 1922) 376/377
Hemingway, Ernest (1898–1961) 161
Henk, Emil (geb. 1893) 413
Henke, Georg (geb. 1908) 259
Hensel, Albert (1895–1942) 264
Hentschke, Herbert (geb. 1919) 389
Herklotz, Herbert (geb. 1911) 434
Hermes, Andreas (1878–1964) 411
Herrmann, Liselotte (1909–1938) 183
Herrnstadt, Rudolf (geb. 1903) 420
Hertz, Gustav (geb. 1887) 34
Hertz, Paul (1888–1961) 35 135 156/157 208
Herzfelde (Herzfeld), Wieland (geb. 1896) 176
Hess, Kurt (geb. 1909) 310
Heuck, Christian (1892–1934) 82
Heyden, Konrad 144
Heydrich, Reinhard (1904–1942) 250
Heym, Guido (1882–1945) 395
Hilferding, Rudolf (1877–1941) 135 229/230 248 257 274
Himmler, Heinrich (1900–1945) 62 185 251 290 344
Hindemith, Paul (1895–1963) 34
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934) 9 13 17 19 26
Hingerl, Franz (gest. 1944) 363
Hinze, Paul (1906–1945) 323
Hitler, Adolf (1889–1945) 9/10 12/13 18 25/26 28/29 31 34/35 50 55–57 62 68–70 74–77 124 143 146 148 153 166/167 169 176 178 193/194 197/198 200/201 203/204 208 210–213 217–220 224/225 227–230 233/234 239–241 246 248/249 252 257 260 bis 264 266 289/290 297 300/301 305/306 318 330/331 334 343 345/346 348 352/353 355 358 362 365 370/371 378 384 396 399 400/401 405 411 bis 415 417 420–423 429/430 432
Hodann, Max (1894–1946) 373
Hoffmann, Arthur (1900–1945) 264 368 397
Hoffmann, Erich (1906–1959) 158
Hoffmann, Karl-Heinz (geb. 1910) 157
Hoffmann, Oskar (geb. 1904) 434
Hofmann, Artur (geb. 1907) 419
Hoegner, Wilhelm (geb. 1887) 286
Holzmann, Siegfried (1897–1943) 377
Honecker, Erich (geb. 1912) 65 94
Hoop, Martin (1892–1933) 82
Hooven, Hans-Günther van (1896–1964) 361
Hoppe, Karl 377
Horn, Otto (geb. 1905) 370
Hoernle, Edwin (1883–1952) 28 351 420
Hößler, Albert (geb. 1910) 158 310 312
Hrsel, Emil (geb. 1901) 370
Huber, Kurt (1893–1943) 342

Huber, Rupert (1896–1945) 367
Hugenberg, Alfred (1865–1951) 10 13 267
Huidt, Vald 45
Hummler, Anton (1908–1944) 369
Husemann, Walter (1909–1943) 281 309 312
Hutzelmann, Hans (1906–1945) 367

Ibárruri, Dolores Gómez (geb. 1895) 102 111 150 416
Illmer, Werner (1914–1944) 373
Imhoff, August (geb. 1876) 404
Innemann, Kvetoslav (geb. 1910) 370
Izydorczyk, Jan (geb. 1900) 370

Jacob, Emil (1910–1944) 377
Jacob, Franz (1906–1944) 284 309 326 bis 328 392 394 398–401 408 415
Jahn, Hans (1920–1944) 363
Janitzki, Erich (1900–1933) 36
Jans, Willy (gest. 1943) 377
Jänsch, Richard (1898–1944) 369
Jeshow, N. J. (1895–1939) 207
Juchacz, Marie (1879–1956) 381
Jungmann, Erich (geb. 1907) 94 217 378
Jürgensen, Otto (gest. 1937) 158
Jurr, Gerhard (geb. 1905) 137

Kahle, Hans (1899–1947) 157
Kaiser, Ewald (geb. 1905) 94 181
Kaiser-Gorrish, Walter (geb. 1909) 158
Kammhuber, Josef (geb. 1896) 270
Kamradt, Albert (geb. 1903) 323
Kapelle, Heinz (1913–1941) 262
Kaps, Alfons (geb. 1901) 259 323
Kast, Peter (1894–1959) 158
Katz, Rudolf (1895–1961) 286 304 357 429
Kautsky, Karl (1854–1938) 135
Kehler, Ernst (geb. 1913) 362
Keßler, Heinz (geb. 1920) 362
Keßler, Philipp (geb. 1888) 320
Kiefel, Josef (geb. 1909) 419
Kirschbaum, Charlotte von (geb. 1899) 375
Kirschmann, Emil (1888–1948) 179
Kisch, Egon Erwin (1885–1948) 33 158 176 378
Kiwitz, Heinz (1910–1938) 158 194
Kjung, Nikolai (geb. 1917) 370
Klamm, Franz (1894–1937) 158
Kléber, Emil siehe Stern, Manfred
Klee, Paul (1879–1940) 194
Klemperer, Otto (geb. 1885) 34
Kling, Willi (geb. 1902) 434
Klühs, Franz (1877–1938) 35
Knigge, Wilhelm (geb. 1906) 377
Knöchel, Wilhelm (1899–1944) 114 117 127 142 217 223 259 280 323–326
Kobach, Otto (1906–1949) 402
Kokkalis, Petros (1896–1962) 382
Kokoschka, Oskar (geb. 1886) 194 373
Kollatsch, Alfred (gest. 1933) 23
Kollwitz, Käthe (1867–1945) 34
Koenen, Wilhelm (1886–1963) 176 346 375
Koplenig, Johann (geb. 1891) 161 217 224
Korfes, Otto (1889–1964) 361 388
Kortner, Fritz (geb. 1892) 34 381
Koslow, A. 389
Kotschetkow, A. N. (geb. 1912) 310
Kowalke, Alfred (1907–1944) 259 308 323 326
Kowalski, Wilhelm 127
Kralik, Hanns (geb. 1900) 193
Kramer, Erwin (geb. 1902) 158
Krasnikow 371
Krauch, Carl (geb. 1888) 170
Krause, Werner (1907–1945) 368
Kresse, Kurt (1904–1945) 368 396/397
Krone, Charlotte 225 259
Kropp, Otto (1907–1937) 131
Krug, Herbert (gest. 1944) 363
Krüger, Ernst (geb. 1895) 381
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav (1870–1950) 56–58 61 213
Kuckhoff, Adam (1887–1943) 188 280 311/312
Kuczynski, René R(obert) (1876–1947) 375 379
Kügelgen, Bernt von (geb. 1914) 349 388

Kuhn, Harry (geb. 1900) 370 435
Kühn, Bruno (1901–1941) 158 303
Kühn, Erich (gest. 1943) 362/363
Kühne, Otto (1893–1955) 157
Kummernuß, Adolph (geb. 1895) 327
Künstler, Franz (1888–1942) 35
Kuntz, Albert (1896–1945) 415
Kurella, Alfred (geb. 1895) 188 420
Kuttner, Erich (1887–1942) 157
Kuusinen, O. W. (1881–1964) 47 111

Lambertz, Hans (1908–1945) 377
Langhoff, Wolfgang (geb. 1901) 191 375
La Pasionaria siehe Ibárruri, Dolores Gómez
Lattmann, Martin (geb. 1886) 361
Laval, Pierre (1883–1945) 69 272
Leber, Julius (1891–1945) 408 412–414
Lechleiter, Georg (1885–1942) 227 315
Leeb, Wilhelm Ritter von (1876–1956) 320
Lehmann, Klaus (1910–1962) 132
Lehmann, Kurt (1906–1944) 279
Lehmann, Robert (geb. 1910) 94
Lehmann, Wilhelm (geb. 1887) 404
Leipart, Theodor (1867–1947) 31
Leis, Adam (1892–1942) 264/265
Lejeune-Jung, Paul (1882–1944) 411
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 33 104 106 109 111 117 119 128 206 334 337 364
Leo, Wilhelm 377
Leonhard, Rudolf (1889–1953) 158 228 377
Lessing, Gotthold Ephraim (1729–1781) 312
Leuschner, Bruno (1910–1965) 401 434
Leuschner, Wilhelm (1890–1944) 404 412/413
Lewerenz, Hermann (geb. 1911) 388
Lewin, Gabo (Gabriel) (geb. 1906) 94
Lewis, Harry Sinclair (1885–1951) 49/50
Liebermann, Max (1847–1935) 34
Liebert, Arthur 373
Liebknecht, Karl (1871–1919) 33 83
Lincoln, Abraham (1809–1865) 153
Lindau, Rudolf (geb. 1888) 420
Lindemann, Fritz (1894–1944) 408 413
Lindner, Anton (gest. 1944) 377
Lingner, Max (1888–1959) 194
Lips, Julius E. (1895–1950) 381
Liskow, Alfred (geb. 1910) 291
Litten, Irmgard (gest. 1953) 375
Löbe, Paul (geb. 1875) 35
Loeser, Ewald (gest. 1944) 411
Lohmar, Heinz (geb. 1900) 193/194
Löwenthal, Richard (Sering, Paul) (geb. 1908) 206/207
Lubbe, Marinus van der (1909–1934) 25
Ludwig, Adolf (geb. 1892) 377
Lüttgens, August (1892–1933) 82
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 33 83

Maaßen, Hanns (geb. 1908) 158 160
Maddalena, Max (1895–1943) 28 86
Mahle, Hans (geb. 1911) 349 351 420
Mahnke, Hans (geb. 1894) 371
Mai, Ewald (gest. 1944) 363
Manhès, Frédéric (1889–1959) 370
Mann, Heinrich (1871–1950) 33 144/145 148 158 161 175–177 188 190 192/193 203/204 206 227/228 378/379 381
Mann, Klaus (1906–1949) 176
Mann, Thomas (1875–1955) 33/34 188 190 193 373 383/384
Manuilski, D. S. (1883–1959) 102 111 115
Marchwitza, Hans (1890–1965) 158 188 191 381
Maron, Karl (geb. 1903) 435
Martens, Hans 158
Marx, Karl (1818–1883) 33 364
Matern, Hermann (geb. 1893) 96 361 420 436
Matzel, Herbert (1915–1943) 377
Mayer, Hans (1906–1945) 405
Merker, Paul (geb. 1894) 114 127/128 217 223 378/379
Mertsching, Werner (1923–1944) 363
Mertz von Quirnheim, Albrecht Ritter (1905–1944) 413/414
Mett, Franz (1904–1944) 279
Meusel, Alfred (1896–1960) 175 228 373 375

Mewis, Karl (geb. 1907) 107 114 116 127 158 217 223 258 367 380
Meyer, Erdmann (geb. 1897) 265
Mielke, Erich (geb. 1907) 158
Mierendorff, Carlo (1897–1943) 49 145 413
Milch, Erhard (geb. 1892) 320
Mirbach, Otto (gest. 1944) 373
Moissi, Alexander (1880–1935) 34
Moll, Wilhelm (1900–1944) 394
Moltke, Helmuth Graf von (1906–1945) 412 414
Moro-Giafferi, Vincent de (geb. 1878) 45
Mosch, Hans (1906–1944) 377
Mössinger, Karl 377
Mozer, Alfred 249
Mugrauer, Hans 357 380
Mühsam, Erich (1878–1934) 33
Müller, Arno 377
Müller, Johannes (geb. 1912) 225 259
Munschke, Ewald (geb. 1901) 157
Münzenberg, Willi (Wilhelm) (1889 bis 1940) 46 127
Mussolini, Benito (1883–1945) 153 211 234 370

Nadorszyn 434
Nagel, Otto (geb. 1894) 193
Nelte, Otto (1898–1941) 260/261
Neubauer, Theodor (1890–1945) 28 43 145 284 329 395–399 415
Neumann, Alfred (geb. 1909) 158
Neumann, Alois (geb. 1901) 370
Neurath, Konstantin Freiherr von (1873 bis 1956) 10 197
Nickolay, Fritz 377
Niebergall, Otto (geb. 1904) 179 217 316 376/377
Niebuhr, Reinhold 373
Niederkirchner, Käthe (1909–1944) 303
Niemöller, Martin (geb. 1892) 182/183
Noffke, Else (1905–1943) 303
Norden, Albert (geb. 1904) 228 316 378 381/382
Novotný, Antonín (geb. 1904) 434

Obermann, Karl (geb. 1905) 382
Olbricht, Friedrich (1888–1944) 413/414
Ollenhauer, Erich (1901–1953) 35 157 274 286 304 346/347 357 391/392 429
Olschewski, Wilhelm (gest. 1942) 307
Oelßner, Fred (geb. 1903) 420 436
Opitz, Max (geb. 1890) 28 401
Ossietzky, Carl von (1889–1938) 33 49 145
Ossietzky-Viredius (Ossietzky-Palm), Rosalinde von (geb. 1919) 373
Ost, Lisa (gest. 1944) 377
Osten, Maria von (Gresshöhner, Maria) (1908–1941) 158

Pallenberg, Max (1877–1934) 34
Papen, Franz von (geb. 1879) 10 13
Paul, Marcel (geb. 1900) 370
Paulus, Friedrich (1890–1957) 333/334 349 418
Peim, Horst (1924–1945) 363
Peschke, Paul (geb. 1890) 380
Pétain, Henri Philippe (1856–1951) 271/272
Petersen, Jan (geb. 1906) 187 190
Petershagen, Rudolf (geb. 1901) 432
Pferdmenges, Robert (1880–1962) 58 267
Pick, Otto (geb. 1882) 179
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 15 23 27–29 48 86–89 93/94 102 107 111 114–116 123 125 127 149 176 187 203/204 217–219 223 253 299 317 349/350 353 356 416 419/420 435
Piscator, Erwin (1893–1966) 381
Pleiger, Paul (geb. 1899) 320
Plüschke, Heinz (1897–1954) 403
Pöffel, Adolf (1914–1961) 377
Poelchau, Harald (geb. 1903) 412
Pollitt, Harry (1890–1960) 111
Pomp, Karl (1907–1944) 363
Poensgen, Ernst (1871–1949) 58 320
Popoff, Blagoj (geb. 1902) 28 47
Poser, Magnus (1907–1944) 137 329 395 415
Prestes, Luis Carlos (geb. 1898) 111

Priemer, Emil (geb. 1890) 404
Pritt, Denis Nowell (geb. 1887) 45
Probst, Christoph (1919–1943) 342
Protzer, Gerhard (gest. 1944) 363
Putz, Ernst (1896–1933) 82

Quandt, Günther (geb. 1881) 58
Quisling, Vidkun (1887–1945) 270

Rädel, Siegfried (1893–1943) 217 223 317 377
Rahmel-Robens, Hedwig (1896–1944) 377
Rath, Ernst Freiherr vom (1909–1938) 213
Rau, Heinrich (1899–1961) 157 317 434
Rawitzki, Karl 346 357 373 375
Regierungschef Großbritanniens siehe Churchill, Sir Winston Leonard Spencer
Regierungschef der UdSSR siehe Stalin, J. W.
Regierungschef der USA siehe Roosevelt, Franklin Delano
Reichenau, Walther von (1884–1942) 61
Reichwein, Adolf (1899–1944) 408 412 414
Reichspräsident siehe Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von
Reimann, Max (geb. 1898) 401
Reinert, Alfred (1904–1954) 434
Reinhardt, Gerhard (geb. 1916) 382
Reinhardt, Max (1873–1943) 34
Remarque, Erich Maria (geb. 1898) 33
Renn, Ludwig (Vieth von Golßenau, Arnold Friedrich) (geb. 1889) 157/158 188 378/379 383
Rettmann, Fritz (geb. 1902) 158
Reusch, Hermann (geb. 1896) 343
Reutter, Rudolf (geb. 1897) 401
Reyher, Friedrich (geb. 1907) 331 334
Reynaud, Paul (geb. 1878) 271
Ribbentrop, Joachim von (1893–1946) 197
Richter, Gustav 209
Richter, Rudolf 291
Rieke, Luise (1913–1945) 323
Rienagel, Karl 389
Rinner, Erich (geb. 1902) 35 135 208/209 274
Rittmeister, John (1898–1943) 281
Robens, Christian (1895–1944) 377
Robeson, Paul (geb. 1898) 161
Röchling, Hermann (1872–1955) 58 320
Röhm, Ernst (1887–1934) 61/62
Rochnert, Hellmuth (geb. 1888) 320
Rolland, Romain (1866–1944) 33 45 50
Römer, Josef (1892–1944) 279 307 309
Roosevelt, Franklin D(elano) (1882 bis 1945) 387 423/424
Rosenberg, Alfred (1893–1946) 290
Rosenfeld, Kurt (1877–1943) 45 357 373 379 382
Rossaint, Joseph (geb. 1902) 181/182
Rumjanzew, Nikolai (1912–1944) 369
Ruschel, Willi (1924–1944) 363

Saefkow, Anton (1903–1944) 284 308/309 328 392 394 397–403 408 415 432
Sander, Wilhelm 357 391/392
Sanjurjo y Sacanell, José (1872–1936) 150
Sarafis, Stefanos (1890–1957) 382
Sauckel, Fritz (1894–1946) 320 321
Sauer, Max (1893–1961) 394
Schacht, Hjalmar (geb. 1877) 24 58 61/62 67 69 169 196/197 343
Scharrer, Adam (1889–1948) 188
Schauer, Hermann-Ernst (geb. 1923) 389
Schaxel, Julius (1887–1943) 34 176
Scheer, Maximilian (geb. 1896) 381
Scheffler, Felix (geb. 1915) 389
Schehr, John (1896–1934) 27–30 82
Schiff, Victor (1895–1953) 144 346 357
Schiffgens, Luise (geb. 1892) 65 377
Schifrin, Alexander (geb. 1902) 144
Schleicher, Kurt von (1882–1934) 62
Schlimme, Hermann (1882–1955) 404
Schmeer, Heinrich (1906–1960) 259 261/262
Schmidhagen, Reinhard (1914–1945) 194
Schmidt, Elli (geb. 1908) 107 114 127/128 217 223 420

Schmidt, Valentin (1913–1945) 363
Schmorell, Alexander (1917–1943) 342
Schneider, Franz 158
Schneider, Paul (1897–1939) 183
Schneller, Ernst (1890–1944) 28 401 415
Scholl, Hans (1918–1943) 342
Scholl, Sophie (1921–1943) 342
Schönhaar, Carlo (1925–1942) 377
Schönhaar, Eugen (1898–1934) 30 82
Schreiber, Adele (1872–1957) 357 373
Schreiner, Albert (geb. 1892) 157 381/382
Schroeder, Max (1900–1958) 382
Schröder, Kurt Freiherr von (geb. 1889) 58
Schubert, Hermann (1896–1938) 29 84/85 89 93 116
Schuldt, Hermann (geb. 1896) 158
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der (1902–1944) 408 412
Schulte, Fritz (1890–1943) 29 84/85 89 93 116
Schulz, P. (gest. 1933) 23
Schulz, Wilhelm (gest. 1941) 292
Schulze, Fiete (Fritz) (1894–1935) 82
Schulze, Fritz (1903–1942) 264
Schulze-Boysen, Harro (1909–1942) 280 311/312
Schulze-Boysen, Libertas (1913–1942) 312
Schumacher, Elisabeth (1904–1942) 310 312
Schumacher, Kurt (1895–1952) 145
Schumacher, Kurt (1905–1942) 310 312
Schumann, Georg (1886–1945) 28 284 368 396–398 408 415
Schumann, Otto (1888–1945) 327
Schürmann-Horster, Wilhelm (1900 bis 1943) 281
Schuschnigg, Kurt von (geb. 1897) 198
Schuster, Gustav (1904–1943) 370
Schuster, Louis (Vehlow, Franz) 158
Schütz, Walter (1897–1933) 82
Schwab, Sepp (geb. 1897) 420
Schwantes, Martin (1904–1945) 398
Schwarz, Georg (1896–1945) 368 397
Schwarz, Rudolf (1904–1934) 30 82
Schwarzschild, Leopold (1891–1950) 144 147
Schwerin von Krosigk, Lutz (Johann Ludwig) Graf (1887–1952) 10
Seelenbinder, Werner (1904–1944) 308
Seger, Gerhart H. (geb. 1896) 286 304 357 429
Seghers, Anna (Radvanyi, Netty) (geb. 1900) 188 190–192 378/379 383
Sehlmann, Walter (gest. 1937) 158
Seifert, Herbert (geb. 1908) 158
Seigewasser, Hans (geb. 1905) 401 434
Selbmann, Fritz (geb. 1899) 28 401
Seldte, Franz (1882–1947) 10
Sender, Toni (1888–1964) 176
Seng, Wilhelm (1909–1944) 217 259 323 326
Sering, Paul siehe Löwenthal, Richard
Seydewitz, Max (geb. 1892) 380
Seydlitz, Walther von (geb. 1888) 361 388
Seyß-Inquart, Artur (1892–1946) 198
Sieg, John (1903–1942) 279–282 309 bis 311 403
Siegmund, Kurt (geb. 1910) 94 259
Siemens, Carl Friedrich von (1872–1941) 343
Siemsen, Anna (1882–1952) 176
Siemsen, August (1884–1958) 249
Sierks, Hans-Ludwig (1877–1945) 408
Siewert, Robert (geb. 1887) 416
Simakow, Nikolai (geb. 1915) 370
Sindermann, Horst (geb. 1915) 434
Skamira, Willi (1897–1945) 407
Smirnow, Iwan (geb. 1898) 370
Sobelow 371
Sobottka, Gustav (1886–1953) 351 420 436
Sollmann, Wilhelm (1881–1951) 286
Sorge, Richard (1895–1944) 291
Spangenberg, Max (geb. 1904) 94
Speer, Albert (geb. 1905) 319–321 340
Spitzer, Alfred (geb. 1903) 376
Springorum, Fritz (geb. 1886) 58
Stahlmann, Richard (geb. 1891) 157

Staimer, Richard (geb. 1907) 157
Stalin (Dshugaschwili), J. W. (1879 bis 1953) 206 295 387 423/424 431
Stamfort, Otto 377
Stampfer, Friedrich (1874–1957) 35 96 135/136 229 248 257 274 286 304 357 429
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von (1907–1944) 408 412–414
Stauß, Emil Georg von (1877–1942) 58
Steffelbauer, Kurt (1890–1942) 261
Steidle, Luitpold (geb. 1898) 361
Stein, Karl (1902–1942) 264
Steinfurth, Erich (1896–1934) 30 82
Stelling, Johannes (1877–1933) 36
Stemmermann, Wilhelm (gest. 1944) 388
Stenzer, Franz (1900–1933) 82
Stern, Manfred (1896–1954) 154 157
Steyer, Heinz (1909–1944) 373
Stibi, Georg (geb. 1901) 158 161 378
Stieff, Helmuth (1901–1944) 413/414
Stinnes, Hugo (geb. 1897) 58
Stolt, Georg (1879–1934) 82
Strasser, Gregor (1892–1934) 62
Streicher, Julius (1885–1946) 215
Stresow, Herbert (geb. 1910) 349 362
Strohmeier, Erwin (gest. 1936) 158
Strobel, Rudolf 363
Stück, Otto (gest. 1944) 373
Suhr, Paul (1902–1933) 82
Supek, Rudi (geb. 1913) 370
Svoboda, Emil 223
Switalla, Anton (geb. 1896) 436
Szinda, Gustav (geb. 1897) 157

Taneff, Vasil (1897–1941) 28 47
Tarnow, Fritz (1880–1951) 230/231 258 286 380
Taut, Bruno (1880–1938) 34
Taxweiler, Heinz (gest. 1944) 364
Tesch, Wilhelm (geb. 1901) 377
Teubner, Hans (geb. 1902) 160
Thälmann, Ernst (1886–1944) 13 21–23 25–30 38 42 48/49 84 89/90 111 115 125 127/128 140 143 145 186/187 192 223 251 394 401/402 415/416
Thälmann, Rosa (1890–1962) 186
Thesen, Matthias (1891–1944) 28 401 415
Thiele, Georg (geb. 1899) 419
Thoma, Karl (1903–1939) 157/158
Thomas, Georg (geb. 1888) 320
Thomas, Hellmut (gest. 1944) 377
Thorez, Maurice (1900–1964) 102 111
Thyssen, Fritz (1873–1951) 58 61 196 213
Tillich, Paul (geb. 1886) 380/381
Tix, Arthur (geb. 1897) 319
Todt, Fritz (1891–1942) 267
Togliatti, Palmiro (1893–1964) 102 110/111 115
Toller, Ernst (1893–1939) 176 192
Tomschik, Leopold (1903–1944) 279
Torgler, Ernst (1893–1963) 43
Trautzsch, Walter (geb. 1903) 114 117 186/187
Trepte, Curt (geb. 1902) 374
Trettner, Heinz (geb. 1907) 271
Trott zu Solz, Adam von (1909–1944) 412
Truman, Harry S. (geb. 1884) 304
Tschäpe, Herbert (1913–1944) 158
Tucholsky, Kurt (1890–1935) 33

Uhrig, Robert (1903–1944) 227 278 bis 280 282 307–309 323
Uhse, Bodo (1904–1963) 158 188 378
Ulbricht, Walter (geb. 1893) 13 22/23 27–30 40/41 48 82 84 87–89 91–96 102 107 111 114–117 122 125–127 134–136 159–161 176 186/187 204 223 253 317 333 349/350 356 358 360 362 387 389/390 420 424 431 435
Ullstein, Leopold 374/375
Urbach, Philipp 377

Vermeylen, Pierre 45
Verner, Paul (geb. 1911) 83 158 380
Victor, Walther (geb. 1895) 381
Viedt, Horst (1920–1945) 364
Vogel, Hans (Johann) (1881–1945) 35 135/136 155 274 286 304 346/347 357 391/392

Vogeler, Heinrich (1872–1942) 194
Vögler, Albert (1877–1945) 58 267 320 343
Vogt, Franz (geb. 1899) 142 249
Voigt, Paul (geb. 1876) 395
Voelkner, Käte (1906–1943) 377
Voß, Bernhard (1914–1944) 364

Wagner, Eduard (1894–1944) 413
Wagner, Friedrich Wilhelm (geb. 1894) 179
Wagner, Josef (1897–1943) 179 217 377
Wagner, Max (1899–1944) 369
Walcher, Jacob (geb. 1887) 176
Walz, Hans (geb. 1883) 343
Wandel, Paul (geb. 1905) 420
Warnke, Herbert (geb. 1902) 28 380
Wartenburg, Peter Graf York von (1904 bis 1944) 408 412
Weber, August (1871–1957) 374/375
Wehner, Herbert (geb. 1906) 127 224 312/313
Weidauer, Walter (geb. 1899) 28
Weill, Kurt (1900–1950) 34
Weinert, Erich (1890–1953) 155 158 188 190–192 317 333 349–351 358 384 389/390 420
Weise, Martin (1903–1943) 281 309 312
Weisenborn, Günter (geb. 1902) 188
Weiskopf, F(ranz) C(arl) (1900–1955) 188
Wels, Otto (1873–1939) 29 35 100 135 156 208/209
Welter, Jacob (1907–1944) 323
Wiatrek, Heinrich (geb. 1896) 127 224 313
Wilke, Erna (geb. 1907) 259
Winzer, Otto (geb. 1902) 420 435
Wirmer, Josef (1901–1944) 411
Witzell, Karl (geb. 1884) 320
Wolf, Christian (1904–1958) 158
Wolf, Friedrich (1888–1953) 188 190/191 383
Wolff, Fritz 346
Wollheim, Gert (geb. 1894) 193
Wolfstein (Frölich), Rosi (geb. 1888) 204
Wormuth, Otto (gest. 1944) 364
Wosikowski, Irene (1910–1944) 377

Zaisser, Wilhelm (1893–1958) 157
Zangen, Wilhelm (geb. 1891) 58 319/320
Zetkin, Clara (1857–1933) 28 37 144
Ziegler, Erich (geb. 1914) 262
Zielasko, Franz (1896–1943) 303/304
Zier, Kurt (1911–1944) 364
Zimmermann, Theodor 389
Zimmet, Karl (geb. 1895) 367
Zipperer, William (1884–1945) 368 397
Zweig, Arnold (geb. 1887) 33 161 190 192/193 374
Zweig, Stefan (1881–1942) 33

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachen 306
Abessinien (Äthiopien) 69 174
Adlershof siehe Berlin-Adlershof
Afrika 104 298
– Nordafrika 383
Albacete 153 164
Albanien 335 373 409
Allenstein (Olsztyn) 159
Altglienicke siehe Berlin-Altglienicke
Altona 29/30
Amerika 146 298
– Lateinamerika 104 196 374 379
– Mittelamerika 194 196 377 379
– Nordamerika 212
– Südamerika 151 194 196 377 379
Amsterdam 37 49 131
Anhalt 31 368 408 415
Anklam 433
Annemasse 164
Archangelsk 290
Archangelskoje (Gebiet Moskau) 37
Ardennen 423
Arendal 270
Argentinien 379
Asien 104 112 275 298
– Vorderasien 196
Asturien 104 147 165
Athen 373
Atlantik 70 151
Augsburg 139

Augsdorf (Mansfelder Seekreis) 432
Auschwitz (Oświęcim) 322 370

Bad Doberan 432
Baden 52
– Mittelbaden 98
– Oberbaden 98
Baden-Baden 368
Bad Kreuznach 396
Bad Salzungen 395
Balkanhalbinsel 174 285 300
Baltikum 423
Baltische Sowjetrepubliken 294
Baranowitschi 389
Barcelona 164 178
Barentssee 409
Basel 46
Baskische Provinzen 165
Baumschulenweg siehe Berlin-Baumschulenweg
Bautzen 394 402
Bayern 52 283 397
Bayreuth 42
Belgien 130 134 203 266 270/271 273/274 276 284 320 335 370 409
Belorussische SSR 242/243 390
Belorußland siehe Belorussische SSR
Bełżec 322
Berchtesgaden 198
Bergen (Norwegen) 270
Berlin 14 16 18 21–25 27 30 32/33 35 42 45 52 61 83 90 93 98 131 134 138 140 143 161 174/175 179 181/182 186 199 216 225 227 231 259 261 bis 263 265 275 278 280–284 303 306/307 309/310 313/314 317 323/324 326 328 339 341/342 367 369 392 395 397/398 402 404–406 414/415 419 423/424 430 432 435 438
– – Adlershof 225 259 394
– – Altglienicke 259
– – Baumschulenweg 225 260
– – Bohnsdorf 259
– – Charlottenburg 14 183 260 398
– – Friedrichsfelde 23
– – Karlshorst 430
– – Karow 419
– – Köpenick 36 99
– – Kreuzberg 161
– – Marienfelde 403
– – Mitte 161
– – Moabit 186 225 261
– – Neukölln 225 262 282
– – Niederschöneweide 225
– – Oberschöneweide 225 310
– – Pankow 403
– – Prenzlauer Berg 225
– – Reinickendorf 225 261
– – Spandau 225 406
– – Steglitz 161
– – Tempelhof 99 161 403
– – Tiergarten 404
– – Treptow 21 260 404
– – Wannsee 30 322
– – Wedding 404
Bern 216
Bernau bei Berlin 394
Bielefeld 52 396
Bilbao 165
Birmingham 375
Bochum 137
– – Hamme 139
Bohnsdorf siehe Berlin-Bohnsdorf
Bolivien 379
Bonn 34 94
Bordeaux 316
Börgermoor (Konzentrationslager) 184
Bottrop 324
Brandenburg (Havel) 434
Brandenburg, Provinz 283 408 415 423
Brasilien 379
Braunschweig 14 52 278
Bremen 52 99 162 259 306 326 328 405
Breslau (Wrocław) 14 52 182 306 396 409 419 433/434
Bruchmühle bei Alt-Landsberg 369
Brüssel 46 113
Buchenwald (Konzentrationslager) 183 185/186 370 396 415 434/435
Buenos Aires 249
Bug 291
Bulgarien 47 275 285 335 383 409
Burbach siehe Saarbrücken-Burbach

Casablanca 387
Charlottenburg siehe Berlin-Charlottenburg
Chelmno 322
Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) 14/15 32 53 227 278 284 306 326 368 396 402 433
Chicago 46
Chile 379
China 69 115 127 233
Costa Rica 379
Częstochowa 419

Dachau 157 185/186 367 370 434/435
Dahme 36
Dänemark 130 132 266 269 276 280 284 328 335 374 406 409
Danzig (Gdańsk) 66/67 224/225
Darmstadt 278
Dassow (Mecklenburg) 433
Dessau 251
deutsch-polnische Grenze 232
deutsch-tschechoslowakische Grenze 39 117 131/132 210
Dijon 316
Dingelstedt 371
Dnepr 372
Dominikanische Republik 379
Don 323
Donaubecken 174
Donezbecken 294
Dortmund 52 92 98 280 283 306 324 395
Draveil bei Juvisy 216
Dresden 14 32 52 139 227 264 283 368 396 402 404/405 408 436
Duisburg 15 138 283 308 324
Dünkirchen 271
Düsseldorf 14/15 162 180 283 306 324 367 370 405

Eberswalde 405 433
Ebro 165
Ecuador 379
Egersund 270
Eisenach 292 395 406
Eisleben 283 432
Elbe 327 371
Elberfeld siehe Wuppertal-Elberfeld
Elsaß 224 272
Emden 162
England siehe auch Großbritannien 194 244 257 271 275 376
Erfurt 26 99 139 306 368
Erzgebirge 53
Esperstedt (Mansfelder Seekreis) 432
Essen 137 139 182 280 303 308 324
Eßlingen 14
Estland 243
Eupen 272
Europa 11 37/38 45 68 110 168 174/175 189 196/197 201 203 212 224 234 241–243 248 252 270 272 275–278 287/288 293/294 297–299 322 344 354 385 399 410 423 431
– Nordeuropa 196 270
– Osteuropa 112 240 386 409
– Südosteuropa 196 386 409
– Westeuropa 193 196 241 270 273 285 300 322 343 358 409/410 437

Fehmarn 406
Ferner Osten 175 233 295
Finnland 241 289 335
Flandern 271
Flensburg 328 430
Flossenbürg 185/186
Forst (Lausitz) 52
Frankfurt (Main) 14 52 162/163 264/265 278 326
– – Rödelheim 163
Frankreich 11 45 48/49 64 66 86 104 106 108 113 115 127 130 132 138 146/147 151/152 154 162 175 177 188/189 195/196 199 202/203 206 211/212 216 224 226 232/233 241 bis 245 249 257/258 265/266 270–276 281 284–286 288 315–317 320 335 370 374 376/377 409 424 437
– Atlantikküste 272
– Kanalküste 271
– Nordfrankreich 270/271 410
Freiberg (Sachsen) 433
Freiburg (Breisgau) 270

Friedrichshafen 306
Fuhlsbüttel siehe Hamburg-Fuhlsbüttel

Geiseltal 369
Gelsenkirchen 303 324
Genthin 405
Gera 259
Gladbeck 303
Glasgow 375
Gleiwitz (Gliwice) 239
Gorki 360
Gotha 283 329 395
Graz 198
Greifswald 394 432
Griechenland 281 285 335 372–374 382/383 409 437
Grimmen 432
Großbritannien siehe auch England 11 66 70 115 151/152 175 195/196 198 199 203 206 211/212 216 224 232/233 241–245 249 257 265/266 270/271 274/275 277 284 286–288 290 294 297–299 305 335 357 367 374/375 383–385 387 392 409 423/424 437
Guadalajara 155
Guatemala 379
Guernica 165
Gurs 226

Hagen (Westfalen) 370
Halberstadt 405
Halle (Saale) 14 32 53 278 306 418
Hamburg 14 24 29 32 52 93 99 138/139 142 162 186 227 231/232 259 280/281 283/284 303 306 313 326–328 367 394/395 397 403 406
– – Fuhlsbüttel 184
Hamm (Westfalen) 143 303
Hannover 14 29 52 186 280 303 307/308 326 394 405
Harburg-Wilhelmsburg 97
Heidelberg 368
Heilbronn 139
Helbra (Mansfelder Seekreis) 432
Hildesheim 280 306–308
Hohnstein (Kreis Sebnitz) 184
Holland siehe Niederlande
Holten 324
Honduras 379
Hunsrück 183

Iráki 373
Italien 48 104 152 156 160 174/175 195 201 224 272 275 289 298 328 335 370/371 373 409
– Oberitalien 375

Jalta 423/424
Japan 174/175 195 201 224 233 275 291 295 298 322 335
Jarama 155
Jena 139 259 283 329 395/396
Jugoslawien 285 320 335 370 372–374 383 409 437

Kaiserslautern 15
Kanal 271
Kanarische Inseln 150
Karlsbad (Karlovy Vary) 53
Karlsruhe 14 278 306 326 367/368
Karpaten 423
Kassel 306
Katalonien 165/166 226
Kaukasus 322/323
Kempten (Schwaben) 368
Kiel 175 259 306 328
Kiesewald (Michałowice) 405
Kiew 294
Klostermansfeld (Mansfelder Gebirgskreis) 432
Koblenz 182
Kolberg (Kołobrzeg) 291
Köln 14 131 158/159 181–183 227 259 306 324 417/418
– – Mülheim 227
Kolumbien 379
Königsberg (Kaliningrad) 259 306
Konstanz 14
Kopenhagen 144 258 308 313
Korsun-Schewtschenkowski 388/389
Krasnogorsk (Gebiet Moskau) 350
Kristiansand 270
Kröpelin 432
Kuba 379
Kursker Bogen 344 366

Landsberg (Gorzów Wielkopolski) 394
Leamington 375
Leeds 375
Leipzig 14 24 32 42 45/46 52 142/143 227 264 280 283 306 326 367–369 375/376 402 408 432
Leningrad 294 296
Lettland 243
Leverkusen 227 324
Lichtenburg bei Prettin 26 43
Liebenwalde (Mark) 394
Liegnitz (Legnica) 405
Lippe 52
Lissabon 49 274
Litauen 69 243
Llangollen 375/376
Łódź 49
London 45/46 193 199/200 211 304 357 375 391
Lothringen 224 272
Lübeck 14 138 201 259 328
Luckenwalde 404
Ludwigshafen (Rhein) 306
Lüneburg 306
Lunjowo (Gebiet Moskau) 360
Lützkendorf 371
Luxemburg 134 266 270 272–274 284 409
Lyon 376

Madrid 154/155 164 178 226
Magdeburg 52 142 259 278 306 326 371 394/395 402 405
Mainz 14
Majdanek (Konzentrationslager) 322
Malmedy 272
Manchester 376
Mannheim 14 92 140 227 259 314/315 368
Mansfelder Gebiet 283 369 396 432
Marokko
– Spanisch-Marokko 150
Marseille 376
Mauthausen 184–186 370 434
Mecklenburg 283 436
Meißen 405
Memelgebiet 224
Meuselwitz bei Altenburg 376
Mexiko 188/189 378/379 383
Mexiko City 377–379
Michendorf (Mark) 265
Minsk 294 389/390
Mitteldeutsches Kohlenrevier 162 214
Mitteldeutschland 404 432
Mittelmeer 151 165
Moabit siehe Berlin-Moabit
Modlin 240
Mongolische Volksrepublik 233
Montreuil 147
Moresnet 272
Moskau 37 39 43 47 93 101 113 127 143/144 187–190 194 232/233 252 291 294 296/297 299 314 324 360 374 390 400 435
Mühlenbeck bei Berlin 394
Mühlhausen (Thüringen) 182 406
Mülheim (Ruhr) 324
München 14 61 139 162 211 213 224 259 279/280 283 306–308 342 367/368 405 435
München-Gladbach (Mönchen-Gladbach) 92
Münster (Westfalen) 180 306

Naher Osten 298
Nantes 316
Narvik 270
Natzweiler 184
Neubukow 432
Neuengamme 370 434
Neukölln siehe Berlin-Neukölln
Neustrelitz 433
New York 46 370
Niederlande 45 113 130 132 143 203 249 258 266 270/271 273/274 276 280/281 284 308 320 323 335 370 409
Niederlehme
– – Ziegenhals 20 22
Niederrhein 32 90 93 139 325
Niedersachsen 24 52 92
Niederschöneweide siehe Berlin-Niederschöneweide
Norddeutschland 98 156 178
Normandie 410

Norwegen 266 269/270 276 328 335 409
Nürnberg 169 306 368

Oberhausen (Ruhrgebiet) 138 283 324
Oberröblingen am See 432
Oberschöneweide siehe Berlin-Oberschöneweide
Ochtrup 140
Oder 419
Offenbach (Main) 52
Oppeln (Opole) 419
Oranienburg 26 369 394 403
Oschatz 52
Oslo 270
Österreich 48 104 154 166 185 198–201 209/210 212 229 244 280/281 307 370
Ostpreußen 303 328 409 414 423

Palästina 194 374
Panama 379
Papenburg 26
Paris 29 37 39 46 49 53 127 141 143 bis 146 148/149 156 160 163 177 179 186–190 193 200 203/204 205 209 211 213 220 228 230 248 272 274 316/317 376
Passau 139
Pearl Harbor 298
Peenemünde 433
Peloponnes 373
Penzberg 433
Petersdorf (Piechowice) 405
Pfalz 52
Pindos 373
Plauen (Vogtland) 139
Polen 225 231–233 239–242 252 265/266 269 276 303 320 335 370 409 437
– Nordpolen 240
– Westpolen 240 419 437
Pommern 283 368 423
Portugal 274
Potsdam 306
Prag 35 39 52/53 96 117 132 134/135 137 139 144 186–189 193/194 210/211 308
Prenzlauer Berg siehe Berlin-Prenzlauer Berg
Preußen 25

Rastatt 368
Rastenburg (Kętrzyn) 414
Ravensbrück 186 370 435
Recklinghausen 303
Reinickendorf siehe Berlin-Reinickendorf
Remscheid 283 324
Rethondes bei Compiègne 272
Rhein siehe auch Rheinland 66 325
Rheine (Westfalen) 303
Rheinland siehe auch Rhein 138 141 159 182 259 283 303 323–326 328 397 403 409
– linksrheinisches Gebiet 92
Rheinland-Westfalen 180 231
Ribnitz 432
Rödelheim siehe Frankfurt-Rödelheim
Rohrbach (Lothringen) 158
Rostock 306 328 371 430 432/433
Rostow am Don 323
Rotterdam 271
Ruhr siehe auch Ruhrgebiet 66 325
Ruhrgebiet siehe auch Ruhr 15 24 29 32 90 93 99 131 134 138/139 141 159 162 230 259 283 303 307 323 bis 326 328 397 403 409
Rumänien 224 240 275 285 289 335 409
Rüsselsheim 140

Saar siehe auch Saargebiet 64/65 141
Saarbrücken 35 65
– – Burbach 231
Saargebiet siehe auch Saar 52 63–67 87 93 96 139 179/180 231
Sachsen 93 141 227 283/284 303 306 328 368 392 396–398 406 408 415 432
Sachsen, Provinz 31 368 408 415
Sachsenhausen bei Oranienburg 183 185/186 370 394 401 434/435
Saloniki 373
San 292

Saßnitz 432/433
Sauerland 52
Schildow bei Berlin 394
Schlesien 98 162 406 423
– Oberschlesien 15 92 117 139–141 231 303
Schmiedeberg (Erzgebirge) 402
Schneeberg (Sachsen) 142
Schönefeld (Kreis Teltow) 260
Schwarzes Meer 409
Schweden 130 178 194 225 258 284 286 312/313 323 357 367 374 379/380 428/429
Schweiz 113 130 132 134 154 203 258 281 284 286 374/375
Schwerin 430
Shitomir 294
Sibirien 322
Siersleben (Mansfelder Seekreis) 432
Sizilien 344
Skandinavien 113
Slowakei 212 275 289
Smolensk 294
Sobibór 322
Sofia 46
Sokal 291
Solingen 52 182 324
Sonnenburg (Słońsk) 26
Sonthofen 343
sowjetisch-polnische Grenze 242
Sowjetunion 11 26 40 44 49 55 68/69 72–74 98 102–105 110/111 152 161 163 175 177 187–189 199 202 206 211 221 232–234 241–243 247/248 251–255 260 275 278 281 283–300 302–305 308/309 311 314/315 317/318 320–323 329–332 334–337 343/344 346 348/349 355–357 359/360 364 370 381 383–387 391 396/397 399 409/410 412/413 416 420 423 bis 426 431 437/438
Spandau siehe Berlin-Spandau
Spanien 48/49 69 130 133 146 150–158 160–166 174/175 178 191 201 212 224 226
– Nordspanien 151
– Ostküste 155
– Südspanien 150
Stalingrad (Wolgograd) 323 339 344 411
Staßfurt 14
Stavanger 270
Stedten (Mansfelder Seekreis) 432
Steglitz siehe Berlin-Steglitz
Stettin (Szczecin) 138
Stockholm 144 178 208 258 313 379/380
Stoke on Trent 376
Stralsund 432
Stuttgart 14 131 259 264 284 306 369 405
Süddeutschland 306 315 367 375 409
Sudetengebiete 210/211
Südwestdeutschland 375
Suhl 371 395 403
Susdal 349

Tardienta 154
Teheran 387
Temnikow 317
Tempelhof siehe Berlin-Tempelhof
Tetuan 150
Theresienstadt (Terezín) 404
Thorn (Toruń) 284
Thüringen 227 283/284 303 306 328/329 392 396–398 402 406 408 415 432
Tiergarten siehe Berlin-Tiergarten
Tirol 308
Torgau 430
Toulouse 316 376
Treblinka 184 322
Treptow siehe Berlin-Treptow
Trier 182 306
Trondheim 270
Tschechoslowakei 69 113 130–132 134 143 154 156 177 188 194 198 201 203 210–212 224 227 229 244 266 280 335 370 404 409
Tula 296
Türkei 322 335 344

UdSSR siehe Sowjetunion
Ukrainische SSR 243

Ulm 264 306
Ungarn 275 289 335 409
Uruguay 379
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Valencia 164/165
Venezuela 379
Vereinigte Staaten von Amerika 11 56 175 188 194–197 199 206 241/242 244 257 274/275 277 286/287 298/299 304 335 346 357 374 380 385 387 409 423/424 429/430 437
Le Vernet 316
Vichy 289

Wanne-Eickel 140
Wannsee siehe Berlin-Wannsee
Wansleben (Mansfelder Seekreis) 432
Warschau 49 240 303
Washington 298
Wasserkante 232 283 306 327/328
Wedding siehe Berlin-Wedding
Weimar 306 368 395
Wernigerode 15
Westbelorußland 242
Westdeutschland 116 180 201
Westukraine 242
Wien 308 328
Wiesbaden 264/265
Wilhelmshaven 162 306
Wismar 433
Wladiwostok 233
Włodawa 291
Wolfen 368
Wolferode (Mansfelder Seekreis) 432
Wolga 290 322/323 333/334 342 366
Wolgast 433
Wuppertal 15 92 143 283 324 370
– – Barmen 139
– – Elberfeld 14 143
Wurmbecken 141
Württemberg 52 397

Zangenberg 142
Zeitz 52 142 368
Zella-Mehlis 371 395
Ziegelrode bei Eisleben 432
Ziegenhals siehe Niederlehme-Ziegenhals
Zürich 374

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL X · Die Errichtung der faschistischen Diktatur und die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch den faschistischen deutschen Imperialismus. Die Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront für den Sturz der Hitlerdiktatur und zur Verhinderung des Krieges (Periode von Januar 1933 bis August 1939)

Die Errichtung und Konsolidierung der faschistischen Diktatur. Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands um die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen gegen das Hitlerregime (Januar 1933 bis Mitte 1934) 9

1. Die Errichtung der Hitlerregierung 9

2. Der Übergang der Kommunistischen Partei Deutschlands in die Illegalität. Der Kampf der KPD um die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen das Hitlerregime 20

3. Der Klassencharakter des Faschismus 55

Der Übergang der faschistischen Diktatur zur offenen Aufrüstung. Das Ringen der Kommunistischen Partei Deutschlands um die neue Strategie und Taktik zum Sturz der Hitlerdiktatur (Mitte 1934 bis Mitte 1935) 63

1. Der Übergang des Hitlerregimes zur offenen Aufrüstung. Die faschistische Ideologie 63

2. Die Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die verschiedenen Klassen und Schichten des deutschen Volkes 76

3. Die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes. Das Ringen der Kommunistischen Partei Deutschlands um die neue Strategie und Taktik zum Sturz der Hitlerdiktatur 81

Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Die Brüsseler Reichsparteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands 101

1. Die historische Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 101

2. Das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Sturz des Hitlerregimes. Die Brüsseler Parteikonferenz der KPD 112

Die Kriegsvorbereitungen des faschistischen deutschen Imperialismus. Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands um die antifaschistische deutsche Einheits- und Volksfront zum Sturz der Hitlerdiktatur (1935 bis 1936/1937) 129

1. Der Aufschwung des antifaschistischen Kampfes nach der Brüsseler Konferenz der KPD in Deutschland und in der Emigration. Das Ringen der Partei um die antifaschistische deutsche Volksfront 129

2. Die faschistische Intervention in Spanien. Die internationale Solidarität mit dem antifaschistischen Freiheitskampf des spanischen Volkes und ihre Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Einheits- und Volksfront 149

3. Die militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus. Der verstärkte Kampf der Kommunistischen Partei um die Einheits- und Volksfront 166

Der Beginn der faschistischen deutschen Aggression gegen die Völker Europas. Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Verhinderung des Krieges (1937/1938 bis August 1939) 195

1. Die Schaffung von Ausgangspositionen für die Entfesselung des Krieges

durch den faschistischen deutschen Imperialismus. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung gegen die ersten faschistischen Aggressionen 195

2. Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands und das Programm der neuen demokratischen Republik 216

3. Die Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa und die antifaschistischen Kampfaktionen im Sommer 1939 224

KAPITEL XI · Der vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselte zweite Weltkrieg. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD für die Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerdiktatur. Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR und der Große Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee (Periode von September 1939 bis Mai 1945)

Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den faschistischen deutschen Imperialismus. Der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD für die Beendigung des Krieges und den Sturz der Hitlerdiktatur (September 1939 bis Juni 1941) 239

1. Die neuen Aufgaben der KPD, ihr Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die rasche Herbeiführung eines Volksfriedens 239

2. Der Kampf der KPD gegen die faschistische „Neuordnung Europas", für die Verhinderung eines Überfalls des deutschen Imperialismus auf die UdSSR 275

Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR und der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes. Die Entstehung der Antihitlerkoalition. Die Verstärkung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter der Führung der KPD (Juni 1941 bis November 1942) 289

1. Der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. Die Herausbildung der Antihitlerkoalition 289

2. Der Kampf der KPD für den Ausweg aus der Kriegskatastrophe und für die Rettung der deutschen Nation 299

3. Die weiteren Schritte der KPD zur Verwirklichung der antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik. Das Anwachsen des antifaschistischen Widerstandskampfes 319

Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg. Der Beginn und die Verschärfung der politischen Krise in Deutschland. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Das weitere Anwachsen der antifaschistischen Widerstandsbewegung (November 1942 bis Dezember 1943) 333

1. Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg. Die Entwicklung einer politischen Krise in Deutschland. Der Kurs der KPD auf die Schaffung eines nationalen Zentrums des antifaschistischen Widerstandskampfes 333

2. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und des Bundes Deutscher Offiziere 350

3. Die allmähliche Durchsetzung der Politik des NKFD im neuen Abschnitt des antifaschistischen Widerstandskampfes 365

Der Aufschwung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter der Führung der KPD. Die gesetzmäßige Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Die Vorbereitung der KPD und des Nationalkomitees „Freies Deutschland" auf den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland nach der Beendigung des Krieges (Dezember 1943 bis Mai 1945) 386

1. Der Aufschwung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD 386

2. Die Gesetzmäßigkeit der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus. Der 20. Juli 1944 409

3. Die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die nationale Katastrophe des deutschen Volkes. Die Vorbereitungen des ZK der KPD für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in Deutschland 416

DOKUMENTE

1 Aus dem Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933 441

2 Aufruf des Vorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933 442

3 Aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Kabinetts Adolf Hitler am 30. Januar 1933 443

4 Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3. Februar 1933 445

5 Aus der Rede Ernst Thälmanns auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands bei Zeuthen am 7. Februar 1933 446

6 Aus der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 448

7 Aus dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (Ermächtigungsgesetz), beschlossen im Reichstag am 23. März 1933 449

8 Beschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19. April 1933 449

9 Aus dem Rundschreiben Robert Leys über die Zerschlagung der Gewerkschaften vom 21. April 1933 450

10 Aus dem Brief Gustav Krupp von Bohlen und Halbachs an Hjalmar Schacht über die Adolf-Hitler-Spende vom 30. Mai 1933 451

11 Aus dem „Reichserbhofgesetz" vom 29. September 1933 452

12 Aus der Schlußrede Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß am 16. Dezember 1933 453

13 Aus einem Brief Ernst Thälmanns an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes 455

14 Aus dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 457

15 Aus dem Manifest des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes in Prag „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vom 28. Januar 1934 458

16 Aus dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft" vom 27. Februar 1934 461

17 Aus einem Brief Georgi Dimitroffs an die Kommission zur Erörterung seines Referates für den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vom Juni 1934 462

18 Aus der Resolution des ZK der KPD „Die Schaffung der Einheitsfront der werktätigen Massen im Kampfe gegen die Hitlerdiktatur" vom 1. August 1934 463

19 Aus dem gemeinsamen Aufruf der KPD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt und der SPD-Bezirksleitung Hessen-Nassau vom 5. September 1934 465

20 Aus der „Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft" vom 27. November 1934 467

21 Aus der Resolution des ZK der KPD „Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur" vom 30. Januar 1935 468

22 Aus der Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zum Bericht Georgi Dimitroffs vom 20. August 1935 471

23 Aus dem Schlußwort Wilhelm Pieks auf der Brüsseler Konferenz der KPD vom 15. Oktober 1935 473

24 Aus dem gemeinsamen Protest deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Justizmord an Rudolf Claus vom 18. Dezember 1935 475

25 Aus dem Aufruf des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes „Für Deutschland – gegen Hitler!" vom 30. Januar 1936 476

26 Aus dem Gestapo-Lagebericht über die Ereignisse in Berlin im Januar 1936 477

27 Aus dem Artikel Rudolf Breitscheids „Einheitsfront für Frieden" vom April 1936 479

28 Aus dem gemeinsamen Aufruf deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlicher Antifaschisten und Geistesschaffender „Seid einig, einig gegen Hitler!" vom 24. Mai 1936 481

29 Aus den „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform für die deutsche Volksfront", beschlossen vom Politbüro des ZK der KPD am 16. Juni 1936 482

30 Aus der Denkschrift Adolf Hitlers zum Vierjahresplan vom August 1936 484

31 Aus dem Aufruf des ZK der KPD „An das spanische Volk, an die Soldaten und Milizen!" vom September 1936 487

32 Aus dem sogenannten Antikominternpakt vom 25. November 1936 488

33 Aus dem Aufruf zur Bildung der deutschen Volksfront vom 21. Dezember 1936 489

34 Aus dem Entwurf des Programms der sozialdemokratischen Volksfrontgruppe in Berlin vom 21. Dezember 1936 491

35 Aus einem Bericht Wilhelm Piecks an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vom 21. Dezember 1936 492

36 Aus der Eröffnungsrede Heinrich Manns auf der Konferenz des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront" in Paris am 10. April 1937 494

37 Aus dem Aufruf des ZK der KPD „Offene Worte an alle Katholiken Deutschlands" vom April 1937 495

38 Aus der Ansprache Erich Kuttners vor den Einheiten der XI. Internationalen Brigade in Spanien im Mai 1937 496

39 Aus der Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht Werner von Blomberg für die einheitliche Kriegsvorbereitung der faschistischen Wehrmacht vom 24. Juni 1937 497

40 Aus dem deutsch-spanischen Protokoll vom 16. Juli 1937 498

41 Aus dem Schreiben des Einheitskomitees deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten in Albacete/Spanien an den Vorstand der SPD und an das ZK der KPD vom 14. Dezember 1937 499

42 Aus Adolf Hitlers Weisung Nr. 1 an die Wehrmacht vom 11. März 1938 501

43 Aus dem Protokoll der Österreich-Besprechung der IG Farbenindustrie AG vom 21. März 1938 502

44 Aus dem Brief des ZK der KPD „Für Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs" an das ZK der Kommunistischen Partei Österreichs vom März 1938 503

45 Aufruf des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes in Paris „An das deutsche Volk!" vom 14. September 1938 504

46 Aus der Rede Adolf Hitlers im Berliner Sportpalast am 26. September 1938 505

47 Aus dem Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, beschlossen in München am 29. September 1938 506

48 Aus dem Aufruf des ZK der KPD „An das deutsche Volk!" vom Anfang Oktober 1938 507

49 Aus der Rede Adolf Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938 508

50 Aus der Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome" von Mitte November 1938 509

51 Aus dem Referat Wilhelm Piecks „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei", gehalten auf der Berner Parteikonferenz der KPD am 30. Januar 1939 511

52 Aus dem Aufruf der KPD „Wir Kommunisten und die deutsche Nation", verfaßt nach der Berner Parteikonferenz der KPD 1939 513

53 Aus dem Aufruf des Arbeitsausschusses deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs, der KPD und der Kommunistischen Partei Österreichs „An die Arbeiter Deutschlands und Österreichs" vom 30. März 1939 515

54 Aus dem Protokoll der Sitzung des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes in Paris am 26. April 1939 516

55 Niederschrift der Ansprache Adolf Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmacht vom 22. August 1939 519

56 Aus der Erklärung des ZK der KPD zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 25. August 1939 520

57 Flugblatt deutscher Antifaschisten von Ende August 1939 522

58 Aus Adolf Hitlers Weisung Nr. 1 für die Kriegführung vom 31. August 1939 523

59 Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 3. September 1939 524

60 Aus den „Grundsätzen der inneren Staatssicherung während des Krieges" vom 3. September 1939 525

61 Aus der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 526

62 Aus den „Grundsätzen der inneren Staatssicherheit während des Krieges" vom 20. September 1939 527

63 Aus dem Aufruf von Gewerkschaftern, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern des Siemens-Konzerns an die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben und an die Bevölkerung Berlins vom Herbst 1939 528

64 Aus dem Brief der Parteiführung an die Leitungen und Funktionäre der KPD im Lande vom 21. Oktober 1939 530

65 Aus dem Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von Anfang November 1939 531

66 Aus der Politischen Plattform der KPD vom 30. Dezember 1939 532

67 Aus dem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes von Ende Januar 1940 536

68 Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 12. Mai 1940 537

69 Schreiben Georg von Schnitzlers an die Mitglieder des Kaufmännischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG vom 24. Juni 1940 538

70 Aus dem Protest des ZK der KPD gegen das Diktat von Compiègne von Anfang Juli 1940 539

71 Aus den Forderungen des Konzerns Carl Zeiss Jena zur „Neuordnung der europäischen Wirtschaft" vom 2. Oktober 1940 541

72 Aus Adolf Hitlers „Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa" vom 18. Dezember 1940 542

73 Beschluß zur Gründung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 19. März 1941 545

74 Aus der gemeinsamen Erklärung der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands vom 12. April 1941 545

75 Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 24. Juni 1941 547

76 Aus der Stellungnahme der Londoner Gruppe des sozialdemokratischen Parteivorstandes von Ende Juni 1941 548

77 Aus der Erklärung der Londoner Gruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei vom 20. Juli 1941 549

78 Aus der Denkschrift des Auslandsbüros Neu Beginnen vom 10. August 1941 549

79 Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 6. Oktober 1941 550

80 Aus dem Appell der ersten Beratung kriegsgefangener deutscher Soldaten vom 8. bis 10. Oktober 1941 553

81 Aus der Rundfunkrede Hans Vogels vom 9. November 1941 555

82 Aus dem „Wannsee-Protokoll" zur „Endlösung der Judenfrage" vom 20. Januar 1942 556

83 Aus dem Aufruf von 60 Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Schriftstellern Deutschlands vom 25. Januar 1942 557

84 Aktionsprogramm der Bewegung „Freies Deutschland" in Mexiko von Ende Januar 1942 559

85 Aus dem Dokument des Politbüros des ZK der KPD über neue Schritte zur Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik vom 3. April 1942 559

86 Aus der Niederschrift des Dezernenten im faschistischen Ostministerium, Erhard Wetzel, vom 27. April 1942 zum Generalplan Ost 562

87 Aus dem Bericht des Chefs des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes Oswald Pohl an Heinrich Himmler über den Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie vom 30. April 1942 563

88 Aus dem Aufruf der illegalen Beratung der KPD des Gebietes Niederrhein und Ruhr von Ende Mai 1942 564

89 Aus der Rede Erich Ollenhauers auf der 1. Landeskonferenz der Londoner Gruppe des sozialdemokratischen Parteivorstandes am 7./8. November 1942 566

90 Aus dem Beschluß der Leitung der Organisation der KPD in Frankreich vom 15. November 1942 567

91 Aus dem „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht" vom 6. Dezember 1942 569

92 Aus dem Vorschlag des Organisationskomitees für die Gründung des Lateinamerikanischen Komitees der Freien Deutschen vom Februar 1943 570

93 Aus der Denkschrift Carl Goerdelers vom 26. März 1943 571

94 Aus dem Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 15. Mai 1943 573

95 Aus dem Brief des ZK der KPD an das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 24. Mai 1943 573

96 Aus dem Vorschlag des Politbüros des ZK der KPD zur Bildung eines deutschen Komitees zum Kampf gegen Hitlerkrieg und Nazityrannei vom 27. Mai 1943 574

97 Aus dem „Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' an die Wehrmacht und an das deutsche Volk" vom 12./13. Juli 1943 575

98 Aus dem Programm der Bewegung „Freies Deutschland" in der Schweiz vom August 1943 578

99 Aus den Grundsätzen des Kreisauer Kreises für die Neuordnung vom 9. August 1943 580

100 Glückwunsch des Bankiers Kurt von Schröder an Heinrich Himmler zur Ernennung zum Reichsinnenminister vom 27. August 1943 581

101 Liste der Beiträge führender Vertreter des deutschen Monopolkapitals aus dem „Freundeskreis" Heinrich Himmlers für das Sonderkonto „S" vom 21. September 1943 582

102 Aus dem Aufruf der Gründungskonferenz der Freien deutschen Bewegung in Großbritannien vom 25. September 1943 583

103 Aus der Rundfunkrede Thomas Manns vom 29. September 1943 584

104 Aus dem Gründungsaufruf des Komitees „Freies Deutschland" für den Westen von Ende September 1943 585

105 Aus den Richtlinien zur internationalen Politik der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 23. Oktober 1943 586

106 Aus der Erklärung der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA auf der Konferenz in Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 588

107 Aus dem Bericht Sepp Bichlers an das Nationalkomitee „Freies Deutschland" über die illegale Arbeit am Südabschnitt der deutsch-sowjetischen Front in der Zeit vom 1. bis 29. Dezember 1943 589

108 Aus Ernst Thälmanns Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen, geschrieben Anfang 1944 591

109 Aus dem Aufruf des vorläufigen Vorstandes des Freien Deutschen Kulturbundes in Schweden von Anfang Januar 1944 593

110 Aus der Plattform der operativen Leitung der KPD „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland' " vom Frühjahr 1944 594

111 Aus dem Bericht Hans Goßens' an das Nationalkomitee „Freies Deutschland" vom 18. April 1944 598

112 Aus der Erklärung des Rates für ein demokratisches Deutschland in den USA vom 2. Mai 1944 599

113 Aus dem Bericht Gerhard Schmidts an das Nationalkomitee „Freies Deutschland" vom 16. Mai 1944 601

114 Aus dem Todesurteil des faschistischen Volksgerichtshofes, 1. Senat, gegen Wilhelm Knöchel vom 12. Juni 1944 602

115 Aus der Erklärung Generalfeldmarschall Friedrich Paulus' „An die kriegsgefangenen deutschen Offiziere und Soldaten in der UdSSR und an das deutsche Volk" vom 8. August 1944 603

116 Aus dem Gründungsaufruf des Antifaschistischen Komitees deutscher Soldaten „Freies Deutschland" in Griechenland vom 10. August 1944 604

117 Aus dem Todesurteil des faschistischen Volksgerichtshofes, 1. Senat, gegen Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Anton Saefkow vom 5. September 1944 605

118 Aus dem Erlaß Adolf Hitlers zur Bildung des Volkssturms vom 25. September 1944 606

119 Aus dem Aktionsprogramm der KPD zur Schaffung eines Blocks der kämpferischen Demokratie vom Oktober 1944 607

120 Aus der Rundfunkansprache Wilhelm Piecks über den Sender „Freies Deutschland" vom 4. Oktober 1944 610

121 Aus der Anlage zum Brief Alfred Rosenbergs an Martin Bormann vom 17. Oktober 1944 611

122 Aus der Entschließung der ersten Landeskonferenz der sozialdemokratischen Landesgruppe in Schweden vom 2./3. Dezember 1944 612

123 Aus dem Aufruf 50 kriegsgefangener deutscher Generale an das deutsche Volk vom 8. Dezember 1944 613

124 Aus der Aufstellung über Zahlungen der IG Farbenindustrie AG an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in den Jahren von 1939 bis 1944 614

125 Aus dem Todesurteil des faschistischen Volksgerichtshofes, 1. Senat, gegen Theodor Neubauer vom 8. Januar 1945 615

126 Aus der Erklärung der Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA auf der Konferenz in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 616

127 Aus Adolf Hitlers Befehl zur Zerstörung aller Industrie-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen und aller Sachwerte in Deutschland vom 19. März 1945 617

128 Aus den Richtlinien des Politbüros des ZK der KPD für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet vom 5. April 1945 618

129 Aus dem Fernschreiben Karl Dönitz' an Karl Kaufmann vom 30. April 1945 624

130 Aus der Rundfunkansprache Karl Dönitz' vom 1. Mai 1945 624

131 Aus dem Bericht Kurt Gersteins über das faschistische Vernichtungslager Belżec vom 4. Mai 1945 624

132 Aus dem Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht zur Teilkapitulation deutscher Truppen im Nordraum vom 5. Mai 1945 626

133 Aus dem Fernschreiben und Funkspruch Karl Dönitz' vom 7. Mai 1945 626

134 Aus Unterlagen des Oberkommandos der Wehrmacht über die Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht in der Zeit vom 1. September 1939 bis 31. Januar 1945 627

135 Aus Unterlagen des Generalarztes im Oberkommando des Heeres über personelle Verluste des Heeres in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis 31. März 1945 628

136 Aus der Mitteilung der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Untaten der faschistischen deutschen Okkupanten und ihrer Komplizen und des Schadens, den sie Staatsbürgern, Kollektivwirtschaften, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR in den Jahren 1941 bis 1945 zugefügt haben, veröffentlicht am 12. September 1945 628

137 Aus der eidesstattlichen Erklärung des ehemaligen Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz Rudolf Höß über die Massenvernichtung in Konzentrationslagern während der Jahre 1934 bis 1944, abgegeben am 5. April 1946 629

138 Urkunde der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen deutschen Wehrmacht, unterzeichnet in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945 630

REGISTER 633

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 80 Bildseiten · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1966 · Lektor: Peter Bachmann
Printed in the German Democratic Republik · Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Vorlagen für die Illustrationen wurden vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck
V 15/30 · ES 5 C 4 · 11,00 * *